

Schriftenreihe Band 450

Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit dem
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
und dem Zentrum für Umfragen,
Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA)

Datenreport 2004

Zahlen und Fakten über die
Bundesrepublik Deutschland

Zweite, aktualisierte Auflage



Bundeszentrale für politische Bildung

Bonn 2004

Zweite aktualisierte Auflage 2005

(Teil I, Kap. 1, 3, 7, 8, 12, 16, 20;

Teil II, Kap. 11, 13, 18, 21)

Copyright dieser Ausgabe

Bundeszentrale für politische Bildung

Redaktion: Gernot Dallinger

Produktion: Heinz Synal

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung
der Bundeszentrale für politische Bildung dar.

Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Satzherstellung: Medienhaus Froitzheim AG, Bonn, Berlin

Technische Bearbeitung der Grafiken: Werbeagentur Rechl, Wanfried-Aue

Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Umschlagfoto: Paavo Blåfield, Kassel

Druck und Bindung: Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

ISBN 3–89331–597–7 · ISSN 0435–7604

Bestell-Nr. des Statistischen Bundesamtes: 1010400–04901–1

Der Datenreport kann auch über die Vertriebsstelle des

Statistischen Bundesamtes bezogen werden:

SFG Servicecenter Fachverlage

Part of the Elsevier Group

Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35

E-Mail: destatis@s-f-g.com

Statistik-Shop: www.destatis.de/shop

Inhalt

Vorwort	15
---------	----

Teil I: Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik

0	Das Statistische Bundesamt – DESTATIS Informationsdienstleister für Deutschland	19
0.1	Das Statistische Bundesamt heute	19
0.2	Die 50er-Jahre: Grundlagen für die Zukunft	21
0.3	Die 60er- und 70er-Jahre: Zeit des systematischen Aufbaus	22
0.4	Die 80er-Jahre: Zukunftsangst und Datenschutz	23
0.5	Die 90er-Jahre: Das wiedervereinigte Deutschland in der Europäischen Union	23
0.6	Die amtliche Statistik im neuen Jahrtausend: Informationsdienstleister Statistisches Bundesamt	24
0.7	Ansprechpartner	25
1	Bevölkerung	29
1.1	Die Bevölkerung im Spiegel der Statistik	29
1.2	Bevölkerungsentwicklung	30
1.3	Die räumliche Bevölkerungsverteilung	33
1.4	Altersaufbau	36
1.5	Geburten und Sterbefälle	38
1.6	Haushalts- und Lebensformen	40
1.7	Eheschließungen, Scheidungen	45
1.8	Ausländische Bevölkerung	47
1.9	Wanderungen	52
1.10	Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvoraus- berechnung für Deutschland bis zum Jahr 2050	56
2	Bildung	61
2.1	Einführung	61
2.2	Kindergärten	63

2.3	Allgemein bildende und berufliche Schulen	63
2.4	Betriebliche Berufsausbildung	71
2.5	Hochschulen	75
2.6	Weiterbildung	85
2.7	Bildungsniveau der Bevölkerung	87
2.8	Bildungsfinanzen	90
3	Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit	96
3.1	Im Blickpunkt: Erwerbstätige und Arbeitslose	96
3.2	Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle	98
3.3	Beteiligung am Erwerbsleben	99
3.4	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	102
3.5	Berufe und Tätigkeitsmerkmale	103
3.6	Stellung im Beruf	104
3.7	Arbeitslose und offene Stellen	107
3.8	Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit und Arbeitsmarktpolitik	110
3.9	Arbeitslosigkeit im nationalen und internationalen Vergleich	111
3.10	Struktur der Arbeitslosigkeit	114
3.11	Unterstützungsleistungen der Arbeitslosen	119
4	Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte	121
4.1	Zielsetzung der Statistik über Einnahmen und Ausgaben	121
4.2	Von den Einnahmen zu den Ausgaben der privaten Haushalte	122
4.3	Einnahmen der privaten Haushalte	122
4.4	Ausgaben der privaten Haushalte	126
4.5	Zusammensetzung der privaten Konsumausgaben	129
4.6	Ausstattung der Haushalte mit Gebrauchsgütern	134
4.7	Verbraucherinsolvenzen	143
5	Wohnen	146
5.1	Altersstruktur des Wohnungsbestandes	146
5.2	Eigentümerquote	147
5.3	Größe der Wohnungen	148
5.4	Beheizung der Wohnungen	149
5.5	Mieten	150
5.6	Wohnsituation der Haushalte	151
5.7	Wohnungsbautätigkeit	156
6	Freizeit und Kultur	160
6.1	Frei(e) Zeit?	160
6.2	Arbeitszeit und Urlaubstage	161
6.3	Ausgaben für Freizeit und Kultur	162

6.4	Unterhaltung und Kultur	162
6.5	Sport und Musizieren	167
7	Gesellschaftliche Mitwirkung	168
7.1	Einführung	168
7.2	Teilnahme am politischen Leben	168
7.3	Engagement in Berufsverbänden	178
7.4	Teilnahme am religiösen Leben	184
7.5	Stiftungen als Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements	187
8	Gesundheit	191
8.1	Gesundheitszustand der Bevölkerung	191
8.2	Medizinische Versorgung	194
8.3	Schwangerschaftsabbrüche	198
8.4	Schwerbehinderte Menschen	200
8.5	Ausgaben für Gesundheit	201
9	Soziale Sicherung	205
9.1	Entwicklung des Systems der sozialen Sicherung	205
9.2	Das Sozialbudget	205
9.3	Die Bestandteile des Sozialbudgets	207
9.4	Gesetzliche Rentenversicherung	208
9.5	Gesetzliche Krankenversicherung	210
9.6	Soziale Pflegeversicherung	210
9.7	Arbeitsförderung	213
9.8	Kindergeld/Familienleistungsausgleich	214
9.9	Erziehungsgeld und Elternzeit	216
9.10	Sozialhilfe und Leistungen an Asylbewerber	217
9.11	Jugendhilfe	222
10	Justiz	225
10.1	Grundsätze der Rechtsprechung	225
10.2	Gerichte	225
10.3	Straffälligkeit	229
11	Öffentliche Haushalte	234
11.1	Vorbemerkung	234
11.2	Ausgaben der öffentlichen Haushalte	235
11.3	Einnahmen der öffentlichen Haushalte	238
11.4	Länderfinanzausgleich	242
11.5	Schulden der öffentlichen Haushalte	244
11.6	Personal der öffentlichen Haushalte	246

12	Gesamtwirtschaft im Überblick	250
12.1	Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Geschehens	250
12.2	Einführung in die gesamtwirtschaftliche Darstellung	251
12.3	Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts	252
12.4	Entstehung des Bruttoinlandsprodukts	255
12.5	Verwendung des Bruttoinlandsprodukts	257
12.6	Verteilung des Volkseinkommens	260
12.7	Außenwirtschaft	262
13	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	271
13a	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei – insgesamt	271
13a.1	Bedeutung der Agrarwirtschaft	271
13a.2	Bodennutzung	272
13a.3	Landwirtschaftliche Betriebe	273
13a.4	Rechtsformen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft	276
13a.5	Pflanzliche Produktion	278
13a.6	Tierische Produktion	280
13a.7	Forstwirtschaft	285
13b	Landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischem Landbau	287
13b.1	Bedeutung des ökologischen Landbaus	287
13b.2	Betriebe im ökologischen Landbau	287
13b.3	Flächennutzung im ökologischen Landbau	289
13b.4	Viehbestände im ökologischen Landbau	290
13b.5	Arbeitskräfte im ökologischen Landbau	291
14	Produzierendes Gewerbe	292
14.1	Bedeutung des Produzierenden Gewerbes	292
14.2	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	292
14.3	Baugewerbe	300
14.4	Energie- und Wasserversorgung	303
14.5	Handwerk	305
15	Dienstleistungsbereich	307
15.1	Bedeutung des Dienstleistungsbereichs	307
15.2	Handel	308
15.3	Tourismus, Gastgewerbe	314
15.4	Banken	325
15.5	Versicherungen	330
15.6	Ergebnisse aus der neuen Dienstleistungsstatistik	331

16	Preise und Verdienste	342
16.1	Einführung	342
16.2	Preisindizes	342
16.3	Verbraucherpreisindex	343
16.4	Preisindex für Bauwerke, Kaufwerte für Bauland	349
16.5	Verdienste	351
17	Verkehr	364
17.1	Verkehr im Spannungsfeld von Wachstum und Umwelt	364
17.2	Verkehrsinfrastruktur	365
17.3	Fahrzeugbestände	369
17.4	Verkehrsleistungen	374
17.5	Verkehrsunfälle	380
18	Energie und Rohstoffe	383
18.1	Energieverbrauch im Wandel	383
18.2	Messung des Energieverbrauchs	384
18.3	Primärenergieverbrauch im Ländervergleich	386
18.4	Rohstoffgewinnung	386
18.5	Energieträger	388
18.6	Energieverbraucher	391
18.7	Energiepreise	392
19	Umwelt	394
19.1	Umweltökonomische Trends	394
19.2	Umweltbelastungen	400
19.3	Umweltzustand	416
19.4	Umweltschutz	422
20	Deutschland und die Europäische Union	430
20.1	Einführung	430
20.2	Entstehung, Entwicklung und Ziele der Europäischen Union	431
20.3	Konvergenz und Europäische Wirtschafts- und Währungsunion	432
20.4	Die Finanzierung der Europäischen Union	434
20.5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	436
20.6	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Europäischen Union	439
20.7	Die außenwirtschaftlichen Beziehungen der EU-Staaten und der Europäischen Union	443
20.8	Die Lebensverhältnisse in der Europäischen Union	446

Teil II: Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im vereinten Deutschland

Die Autoren 450

A Einleitung

1 Objektive Lebensbedingungen und subjektives
Wohlbefinden im vereinten Deutschland:
Konzepte und Daten der Sozialberichterstattung 451

B Subjektives Wohlbefinden

2 Zufriedenheit in Lebensbereichen 457

2.1 Zufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen 457

2.2 Zufriedenheit in einzelnen Bevölkerungsgruppen 461

2.3 Entwicklung der Zufriedenheit in ausgewählten Lebensbereichen
im vereinigten Deutschland 464

3 Wertorientierungen, Ansprüche und Erwartungen 468

3.1 Vorstellungen von einer lebenswerten Gesellschaft 468

3.2 Tolerierung von Verhaltensweisen 471

3.3 Ansprüche an den Lebensstandard und ihre Erfüllung 473

3.4 Zukunftserwartungen 474

3.5 Zusammenfassung 478

C Lebensbedingungen und ihre Bewertung

4 Gesundheit 479

4.1 Einschätzungen des Gesundheitszustandes
und der Gesundheitszufriedenheit 479

4.2	Inanspruchnahme von ambulanten Gesundheitsleistungen	482
4.3	Stationäre Inanspruchnahme – Krankenhausaufenthalte	484
4.4	Bewertung der finanziellen Absicherung im Krankheitsfall und Beurteilung von Plänen einer verstärkten Selbstbeteiligung der Patienten	485
4.5	Fazit	488
5	Bildung	489
5.1	Beteiligung an der allgemeinen Schulbildung	489
5.2	Soziale Ungleichheit von Bildungschancen	495
5.3	Bildungserfolg und Bildungsaspirationen	496
5.4	Psychische Folgen des Erfolgs oder Misserfolgs in der Schulausbildung	500
5.5	Fazit	501
6	Situation und Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt	503
6.1	Lage auf dem Arbeitsmarkt	503
6.2	Erwerbsorientierung von Müttern	506
6.3	Nichterwerbstätige und Erwerbsaufnahme	507
6.4	Bereitschaft zu Teilzeitarbeit	508
6.5	Erwerbstätige und ihre Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt	509
6.6	Ausblick	512
7	Wohnverhältnisse und Wohnkosten	513
7.1	Wohneigentum	513
7.2	Wohnsituation	515
7.3	Wohnraumversorgung	516
7.4	Wohnungsmieten	517
7.5	Mietbelastung und Wohngeldbezug	519
7.6	Wohnzufriedenheit	521
8	Umwelt	524
8.1	Wahrgenommene Umweltbeeinträchtigungen und -gefährdungen	524
8.2	Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt und Sorgen um den Schutz der Umwelt	526
8.3	Umweltrelevante Einstellungen und Verhaltensweisen	530
9	Familie	534
9.1	Lebens- und Familienformen	534
9.2	Heiratsalter und Ehedauer	536
9.3	Einstellungen zu Familie, Heirat und Kinderwünschen	541

10	Zeitverwendung	545
10.1	Die Zeitverwendung der Deutschen	545
10.2	Zeit für Haushalt und Familie und Zeit für Mediennutzung	547
10.3	Die Zufriedenheit mit der Zeitverwendung	552
11	Lebenssituation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen	555
11.1	Bildung und Erwerbstätigkeit	555
11.2	Lebens- und Wohnformen	557
11.3	Freizeitaktivitäten	559
11.4	Subjektives Wohlbefinden und Sorgen	561
11.5	Zusammenfassung	562
12	Lebenssituation von Älteren	564
12.1	Familien- und Haushaltssituation	564
12.2	Lebensstandard und Mobilität	565
12.3	Gesundheitszustand und Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen	568
12.4	Subjektives Wohlbefinden	571
12.5	Fazit	574
13	Zuwanderer und Ausländer in Deutschland	576
13.1	Lebensbedingungen im Vergleich	576
13.2	Bildung und Ausbildung	578
13.3	Erwerbstätigkeit und Einkommen	579
13.4	Soziale Integration	582
13.5	Fazit	583
14	Einstellungen und Kontakte zu Ausländern	584
14.1	Einstellungen zu in Deutschland lebenden Ausländern	584
14.2	Einstellungen zum »Islam«	589
14.3	Kontakte zu Ausländern	592
15	Sparen und Verschuldung privater Haushalte	595
15.1	Aufholprozess bei der ostdeutschen Haushaltsausstattung	595
15.2	Konsumentenkredite und Sparverhalten	596
15.3	Überschuldung	599
15.4	Fazit	602

D Sozialstruktur

16	Soziale Schichtung und soziale Lagen	603
16.1	Soziale Lagen in Deutschland	603
16.2	Klassenlagen	609
16.3	Subjektive Schichtzugehörigkeit	611
17	Soziale Mobilität	614
17.1	Besetzung von Berufspositionen nach sozialer Herkunft	614
17.2	Vererbung von Berufspositionen nach sozialer Herkunft	616
17.3	Ausmaß von sozialen Auf- und Abstiegen	618
17.4	Chancengleichheit in der Gesellschaft	620
17.5	Fazit	622
18	Einkommen – Verteilung, Armut und Dynamik	623
18.1	Daten und Methoden	623
18.2	Einkommensentwicklung	624
18.3	Ungleichheit und Angleichung	625
18.4	Einkommensschichtung und relative Armut	628
18.5	Armut in verschiedenen Bevölkerungsgruppen	631
18.6	Dynamik von Einkommen und Armut	634

E Gesellschaftspolitik

19	Politische Integration und politisches Engagement	639
19.1	Politisches Interesse und politische Partizipation	639
19.2	Bindung an Interessengruppen und politische Parteien	642
19.3	Interessenvertretung durch wichtige Mitgliederorganisationen	645
20	Demokratie und Sozialstaat	649
20.1	Akzeptanz der Staatsform der Bundesrepublik Deutschland	649
20.2	Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland	650
20.3	Einstellung zum Sozialismus	651
20.4	Einstellungen zur Demokratie in verschiedenen Bevölkerungsgruppen	651
20.5	Rolle des Staates in der Sozialpolitik	653
20.6	Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen	655
20.7	Bewertung sozialpolitischer Ergebnisse	656

F Deutschland und Europa

21	Lebensbedingungen und Wohlbefinden in Europa	658
21.1	Lebensstandard und Wohnen	658
21.2	Arbeitsmarktlage und Arbeitsbedingungen	660
21.3	Öffentliche Bereiche	662
21.4	Aspekte des sozialen Zusammenhalts	664
21.5	Subjektives Wohlbefinden	666
	Stichwortverzeichnis	669

Vorwort

Die Menschen in Deutschland erleben derzeit eine Vielzahl von Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Ökonomische und soziale Reformen, die Suche nach generationengerechten, nachhaltigen Lösungen, mehr Flexibilität betreffen die Lebensbereiche jedes Einzelnen.

Der Datenreport, der nun in zehnter Auflage vorliegt, bietet in dieser Situation Orientierungshilfe. Mit objektiven, zuverlässigen und verständlichen Angaben werden die wichtigsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland dargestellt. Der Datenreport ermöglicht auch interessante Vergleiche im Zeitablauf, seine Darstellungen werden durch übersichtliche Tabellen und anschauliche Grafiken ergänzt.

Das Besondere am Datenreport ist sein Charakter als Gemeinschaftsprodukt von amtlicher Statistik und wissenschaftlicher Sozialforschung: Die neutral, objektiv und unabhängig erhobenen Ergebnisse der amtlichen Statistik einerseits und die Erkenntnisse der Sozialwissenschaft andererseits spiegeln objektives Sein und subjektives Erleben gleichermaßen. Dies und die umfassende Palette wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Themen machen den Datenreport zu einer in Deutschland wohl einmaligen Form der Sozialberichterstattung.

Der Strukturwandel in den neuen Bundesländern und die Prozesse des »Zusammenwachsens« im vereinten Deutschland stehen – mehr als ein Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung – nicht mehr so stark im Vordergrund wie in vorangegangenen Ausgaben des Datenreports. Nach wie vor bestehende Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern werden jedoch weiterhin in einzelnen Kapiteln dokumentiert. Einen Schwerpunkt bildet die Rolle Deutschlands in Europa, insbesondere im Kontext der Europäischen Union. Neben dem Kapitel »Deutschland und die Europäische Union« finden Sie deshalb in den Texten zahlreiche Vergleiche mit anderen europäischen Ländern.

Ein großer Teil an Informationen aus früheren Ausgaben wurde wieder auf den neuesten Stand gebracht. Daneben spielen die Themen der aktuellen Diskussion eine wichtige Rolle. Beispielsweise bietet der Datenreport nun zur Alterung der Gesellschaft, zum Bildungsniveau und den Bildungsausgaben, zur Überschuldung privater Haushalte und zur regen Stiftungstätigkeit in Deutschland Angaben und weist auf weiterführende Informationen hin. Zu

den verschiedenen Themenbereichen stehen die aufgeführten Expertinnen und Experten als Ansprechpartner zur Verfügung. Und wenn es ganz schnell gehen soll: Zusätzlich zu der gedruckten Ausgabe und der CD-ROM-Version ist der Datenreport für Auskunftssuchende auch im Internet abrufbar.

Der Präsident
der Bundeszentrale für politische Bildung
Thomas Krüger

Der Präsident
des Statistischen Bundesamtes
Johann Hahlen

Teil I:

Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik

Die Texte stammen von zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes. Sabine Allafi, Renate Koenig, Heidi Stirner und Ilka Willand führten die redaktionelle Bearbeitung durch.

Erläuterungen zur Umstellung von Teil I auf den Euro

Seit dem 1. Januar 2002 verwendet das Statistische Bundesamt in seinen Veröffentlichungen grundsätzlich die Währungseinheit Euro. Sofern kein gesonderter Hinweis erfolgt, wurde bei der Umstellung von der DM auf den Euro folgendermaßen verfahren:

- Die in DM für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelten Werte wurden einheitlich mit dem konstanten Faktor 1 EUR = 1,95583 DM umgerechnet.
- Rundungsdifferenzen wurden bei der Summenbildung nicht ausgeglichen. Daher kann es zu geringfügigen Rundungsdifferenzen kommen.
- Die Zuwachsraten und Anteile vor dem 1. Januar 2002 wurden aus DM-Werten errechnet und können rundungsbedingt von den in Euro dargestellten Werten geringfügig abweichen.
- Glatte DM-Größenklassenangaben vor dem 1. Januar 2002 wurden zum Teil in ungerundete Euro-Größenklassenangaben umgerechnet. Ab dem 1. Januar 2002 werden jedoch wieder glatte Euro-Größenklassen dargestellt, sodass von diesem Zeitpunkt an Vergleiche wieder einfacher werden.

Zeichenerklärung (Teil I)

In den Tabellen wurden folgende Zeichen verwendet:

- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- ... = Angaben fallen später an
- × Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu
- / keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

0 Das Statistische Bundesamt DESTATIS – Informationsdienstleister für Deutschland

Seit dem Volkszählungsurteil 1983 ist klar: Ergebnisse der Statistik sind eine der vielseitigsten Informationsquellen und unverzichtbar für die Beobachtung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation und ihrer Entwicklung sowie für die Vorbereitung und Kontrolle von Entscheidungen, Maßnahmen und Planungsvorhaben. Diese im Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983 formulierten Ziele haben sich in Zeiten der Informationsgesellschaft in Deutschland – wie fast überall in der Welt – immer wieder bestätigt. Daten der amtlichen Statistik, deren Analyse sowie darauf aufbauende Prognosen sind Grundlage praktisch aller wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen. Mit rund 370 Bundes- und koordinierten Länderstatistiken über gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge stellt die amtliche Statistik einen wesentlichen Teil der informationellen Infrastruktur unseres Landes bereit. Steuergelder und Sozialbeiträge können nur wirksam und zielgerichtet eingesetzt werden, wenn die tatsächlichen Verhältnisse bekannt sind. An statistischen Daten lassen sich Erfolg oder Misserfolg politischer, wirtschaftlicher oder finanzieller Maßnahmen ablesen bzw. bewerten.

0.1 Das Statistische Bundesamt heute

Das Statistische Bundesamt und die 15 statistischen Ämter der Länder arbeiten auf der Grundlage des »Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke«¹. Hierin sind die grundlegenden Prinzipien für die Arbeit der Bundesstatistik sowie Stellung und Aufgaben des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Beirats festgelegt. Darüber hinaus enthält das Gesetz allgemeine Regelungen über die Anordnung und Durchführung von Statistiken, die Auskunftspflicht und die statistische Geheimhaltung. Neben Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung greifen Wissenschaft, Unternehmen, Gewerkschaften, Finanzmärkte, Medien und viele Bürgerinnen und Bürger auf Informationen aus der amtlichen Statistik zurück. Für sie alle ist die Bezeichnung »amtlich« ein Gütesiegel für die Daten. Es bedeutet: Die Informationen sind nach den strengen Grundsätzen der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit erstellt und damit wirklich zuverlässig.

1 Bundesstatistikgesetz – BStatG vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322).

Dass man Statistiken weitestgehend »gebündelt« von den statistischen Ämtern erstellen lässt – und nicht etwa von den Ministerien, welche die Erhebungen gerade brauchen – ist in vielen Ländern der Welt üblich und hat große Vorteile: Amtliche Statistiken werden von vielen Menschen und Institutionen genutzt, zentrale »Anlaufstellen« schaffen hier Transparenz. Und alle haben die gleichen Möglichkeiten amtliche Daten zu erhalten, was für eine Demokratie von grundlegender Bedeutung ist. Ein weiterer, nicht weniger wichtiger Vorteil ist inhaltlicher Art. Nur durch Bündelung kann ein Nebeneinander von verschiedensten Stellen, nach unterschiedlichen Verfahren, sich möglicherweise überschneidender oder unvollständig bleibender Statistiken vermieden werden. So verfügt die Bundesrepublik Deutschland heute über ein abgestimmtes Statistisches System. Als Beispiel seien hier die Wirtschaftsstatistiken genannt. Sie sind alle so konzipiert, dass sie – sich ergänzend – die Berechnungsgrundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bilden, die wiederum das Wirtschaftsgeschehen unseres Landes als Ganzes beschreiben.

Von dem Prinzip der Konzentration amtlicher Statistiken bei den statistischen Ämtern von Bund und Ländern gibt es allerdings einige wenige Ausnahmen. So ist die Deutsche Bundesbank z. B. für die Durchführung der Banken- und der Zahlungsbilanzstatistik zuständig.

Die amtliche Statistik versteht sich heute als Informationsdienstleister und ist – wie andere staatliche Einrichtungen auch – immer ein »Kind ihrer Zeit«. Sie beobachtet nicht nur den gesellschaftlichen Wandel, sondern sie wird von ihm geprägt und beeinflusst ihn durch ihre Arbeit zugleich wieder. So kann der Output der amtlichen Statistik – die statistische Information – Entscheidungsgrundlage für Maßnahmen sein, die neue Entwicklungen anstoßen.

Das Statistische Bundesamt legt als einer der größten Informationsdienstleister Deutschlands großen Wert auf eine konsequente Nutzung neuer Informationstechnologien für die Erstellung und Verbreitung von Statistiken. So hat sich nicht nur das Online-Meldeverfahren »w3stat« zur Intrahandelsstatistik und zu weiteren Erhebungen bei Unternehmen seit 2002 zu einem »Renner« entwickelt, sondern die kundenorientierte und effiziente Nutzung der modernen Informationstechnik wurde zu einem Projekt, in dem Datenerhebung, Datenaufbereitung und Ergebniserstellung in den statistischen Ämtern sowie die Veröffentlichung und Bereitstellung der Ergebnisse für die Kunden medienbruchfrei vollzogen werden.

Das Statistische Bundesamt sieht es als seine Hauptaufgabe auf dem Informationsmarkt an, schnell und zuverlässig die konkreten Bedürfnisse sehr unterschiedlicher Nutzergruppen zu erfüllen. In diesem Zusammenhang wurde in den vergangenen Jahren – zum Teil gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft – die Kooperation mit der Wissenschaft erheblich ausgebaut, zunächst durch die Bereitstellung faktisch anonymisierter Mikrodaten für die Forschung und weiter in den neu eingerichteten Forschungsdatenzentren des Bundes und der Länder, durch die Mikrodaten zu den gesellschaftlichen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Verhältnissen in Deutschland für die Wissenschaft unter Wahrung der statistischen Geheimhaltung nutzbar gemacht werden.

Im jährlichen F&E-Plan des Amtes finden Interessierte viele statistische Themen für Diplom- und Doktorarbeiten. Darüber hinaus wird jährlich der Gerhard-Fürst-Preis (benannt nach dem ersten Leiter des Statistischen Bundesamtes) für die besten Diplom- und Doktorarbeiten mit Bezug zur amtlichen Statistik ausgelobt.

Der umfassende Wandel des Statistischen Bundesamtes – weg von der Behörde hin zu einem fachkompetenten, innovativen Informationsdienstleister – kommt auch in dem im Jahr 2001 entwickelten Corporate Design und der neuen Wort-Bild-Marke »DESTATIS wissen.nutzen.« zum Ausdruck.

Der »Datenreport« bietet aktuelle Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Damit Sie diejenigen gut kennen lernen, deren Daten Sie vertrauen, bieten wir Ihnen einige Informationen über die Entwicklung der amtlichen Statistik in den vergangenen 50 Jahren.

0.2 Die 50er-Jahre: Grundlagen für die Zukunft

Anfang der 1950er-Jahre konnte die amtliche Statistik – wie in vielen anderen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft geschehen – an das fachliche und technische Know-how aus Vorkriegszeiten anknüpfen. Damals hatte es schon umfassende Statistiken gegeben über Bevölkerung, Landwirtschaft, Industrie, Handwerk, Bautätigkeit, Handel, Finanzen, Steuern, Preise, Löhne, Außenhandel oder Wirtschaftsrechnungen. Sie konnten fast durchweg wieder ins Programm der Bundesstatistik aufgenommen werden. Andererseits hatte sich der Informationsbedarf geändert. Die soziale Marktwirtschaft und die offene, demokratische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland machten neue Statistiken notwendig. Darüber hinaus gab es noch kurzfristige kriegsbedingte Anforderungen. Es fehlte in Deutschland an vielem, insbesondere an Wohnungen. So bedurfte es umfassender Statistiken, um den Bedarf an Wohnraum abschätzen und Fortschritte prüfen zu können.

Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der amtlichen Statistik waren die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen, in denen ein demokratisches Verhältnis zwischen Bürger und staatlicher Statistik vorgegeben wurde:

- In jedem Bundesland entstand – entsprechend dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland – ein statistisches Amt; heute sind es 15 statistische Landesämter. Während das Statistische Bundesamt in erster Linie für die methodische und technische Vorbereitung der Statistiken sowie die Zusammenstellung und Veröffentlichung der Bundesergebnisse zuständig ist, werden die Erhebungs- und Aufbereitungsarbeiten überwiegend von den Landesämtern geleistet. Sie übermitteln ihre Landesergebnisse an das Statistische Bundesamt, das sie zum Gesamtergebnis für Deutschland zusammenfasst. Einige wenige Statistiken – wie die Außenhandelsstatistik – werden zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführt.

- Für jede Erhebung ist grundsätzlich eine gesetzliche Ermächtigung notwendig, denn statistische Befragungen greifen – zumal bei Auskunftspflicht – in die Rechtssphäre des Einzelnen ein.
- In anderen Staaten – etwa in Frankreich – gehören zur Arbeit der statistischen Ämter auch Wirtschaftsanalysen und -prognosen, Konjunkturforschung und die Entwicklung ökonomischer Modelle. Nicht so in Deutschland: Das Statistische Bundesamt ist vor allem für die Erhebung und Verbreitung statistischer Daten sowie deren Interpretation zuständig. Wirtschaftsanalysen und -prognosen werden im Wesentlichen von den großen Wirtschaftsforschungsinstituten durchgeführt.

0.3 Die 60er- und 70er-Jahre: Zeit des systematischen Aufbaus

Diese Jahrzehnte standen im Zeichen der Weiterentwicklung des statistischen Erhebungsprogramms. Ziel war der Auf- und Ausbau eines Systems von Statistiken, das die wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Entwicklung unseres Landes umfassend beschreibt. Anforderungen an die Ergebnisse der Statistiken sind u. a. die Möglichkeit, Daten – auch aus verschiedenen Statistiken – zur Weiterverarbeitung zu verwenden (bspw. Indexberechnungen, Erstellung von Modellrechnungen oder Berechnung von Durchschnittszahlen), die Vergleichbarkeit von Statistiken im Zeitverlauf sowie die Aktualität der Daten und deren Zuverlässigkeit.

- Für die Weiterverarbeitung statistischer Ergebnisse sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) ein Paradebeispiel. Die VGR – Ende der 60er-Jahre für die Zwecke einer wirtschaftspolitischen »Globalsteuerung« zügig ausgebaut – sind ein geschlossenes System, das umfassend über das wirtschaftliche Geschehen informiert.
- Zeitreihen, die Ergebnisse aus vielen Jahren umfassen, lassen Aussagen über Entwicklungen zu und stellen die Grundlagen für Prognosen dar. Dabei müssen oft mehrere Parameter betrachtet werden, um einen Sachverhalt bewerten zu können. Ein Beispiel: Der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung – das ist die Summe der produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen – betrug 2000 30,4 Prozent. Die Zahl allein sagt nicht sehr viel aus. Wenn man aber weiß, dass 1960 der gleiche Anteil noch 53,2 Prozent betrug und darüber hinaus der Anteil des Dienstleistungsbereiches im gleichen Zeitraum von 13,6 Prozent auf 68,5 Prozent an der Bruttowertschöpfung gestiegen ist, dann kennzeichnen allein diese vier statistischen Daten die Entwicklung Deutschlands von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft.
- Der Mikrozensus, die jährliche Ein-Prozent-Bevölkerungstichprobe, dokumentiert mit seinem Fragenprogramm seit über 40 Jahren praktisch die gesamten Lebensumstände und damit den gesellschaftlichen Wandel in Deutschland: Da-

ten zur Bevölkerung, zu Haushalten und Familien, zum Arbeitsmarkt, zur ausländischen Bevölkerung, zu Bildung und Ausbildung, zum Lebensunterhalt und vieles mehr.

0.4 Die 80er-Jahre: Zukunftsangst und Datenschutz

In den 80er-Jahren stand die amtliche Statistik in der Kritik der Öffentlichkeit. In der Folge öffnete sich die Statistik, wurde transparenter und warb um breite Akzeptanz in der Gesellschaft. Die für 1983 geplante Volkszählung war in Westdeutschland auf ein gesellschaftliches Klima getroffen, das unter dem Eindruck der rasanten Fortschritte in der elektronischen Datenverarbeitung von Sorge vor dem »gläsernen Menschen« und vor dem »allwissenden Staat« geprägt war. Zukunftsängste fanden ihr Objekt nicht nur in der Raketennachrüstung, sondern auch in der geplanten Volkszählung. Es kam zu massiven Boykottaufrufen und einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. Das Gericht entwickelte in seinem Urteil vom 15. Dezember 1983 das Recht auf »informationelle Selbstbestimmung«, wonach jeder Bürger grundsätzlich über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten bestimmen kann. Zugleich bestätigte das Gericht die Bedeutung der amtlichen Statistik als eine »für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik unentbehrliche Handlungsgrundlage«.

Die dann 1987 durchgeführte Volkszählung verlief erfolgreich. Nur ca. ein Prozent der Bevölkerung wurde nicht angetroffen oder beteiligte sich nicht an der Zählung.

0.5 Die 90er-Jahre: Das wiedervereinigte Deutschland in der Europäischen Union

Die amtliche Statistik wurde in den 90er-Jahren durch die Wiedervereinigung Deutschlands sowie die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes und der Währungsunion geprägt.

Nach der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurde die der Objektivität, Neutralität und der demokratischen Öffentlichkeit verpflichtete amtliche Statistik der Bundesrepublik Deutschland auf die neuen Länder erstreckt, in denen alsbald statistische Landesämter entstanden. In der ehemaligen DDR hatte es zwar auch eine Statistik gegeben, die aber neben der Aufgabe, die Realitäten abzubilden, Kontrollfunktionen in der Staatswirtschaft besaß, die – unter der Diktatur der kommunistischen Staatspartei SED – propagandistisch missbraucht wurde und deren Ergebnisse von den Machthabern vielfach unter Verschluss gehalten wurden.

Je mehr die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wirtschaftlich, sozial und politisch zusammenwachsen, desto wichtiger sind europäische Statistiken. Damit die

Vergleichbarkeit von Daten gegeben ist, entstand so etwas wie eine »gemeinsame statistische Sprache«: Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union verwenden im Bereich der Statistik inzwischen zum großen Teil bereits die gleichen Begriffe, Klassifikationen, technischen Standards, Methoden und Veröffentlichungsgrundsätze. Koordiniert wird das so genannte Europäische Statistische System, das letztlich eine Zusammenfassung der nationalen statistischen Systeme ist, von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg. Eurostat selbst erhebt keine Daten, das ist Aufgabe der Statistikämter der Mitgliedstaaten. Für die Statistikämter der EU-Mitgliedstaaten ist es in den vergangenen Jahren – angesichts der begrenzten nationalen Ressourcen – immer schwieriger geworden, den mit jedem Integrationsschritt und den meisten Gemeinschaftspolitiken verbundenen Ruf nach neuen Daten und nach immer neuen europaweit gleichen Erhebungen zu erfüllen. Mit einem mehrjährigen Aktionsplan für das Statistische Europäische System versucht die EU mit dem US-amerikanischen statistischen System – was Datenangebot und Aktualität angeht – gleichzuziehen.

0.6 Die amtliche Statistik im neuen Jahrtausend: Informationsdienstleister Statistisches Bundesamt

Vor dem Hintergrund wachsender qualitativer Anforderungen an die amtliche Statistik als Informationsdienstleister hat das Statistische Bundesamt Ziele definiert, die nicht nur umgesetzt, sondern auch ständig überprüft und weiterentwickelt werden. An erster Stelle steht das Ziel, die Aktualität unserer Daten weiter zu erhöhen. Darüber hinaus soll es für jeden noch einfacher gemacht werden, unsere Daten zu nutzen. Dabei gilt es, ein Augenmerk auf neuen Informationsbedarf zu haben, damit dieser erkannt und befriedigt werden kann.

Im Interesse der Auskunftgebenden sind Wege zu finden und zu beschreiten, um diese zu entlasten und zugleich die finanziellen Ressourcen effizient zu nutzen, etwa durch die vermehrte Nutzung von Verwaltungsdaten.

Eine Antwort auf diese Vorhaben bietet das Konzept E-Statistik. Im Mittelpunkt stehen hier medienbruchfreie, netzbasierte Prozesse vom Datenlieferanten über die Datenverarbeitung in den statistischen Ämtern bis hin zu den Verbreitungswegen, über welche die Nutzer Zugang zu den Informationen erhalten. Derzeit baut das Statistische Bundesamt auf der einen Seite die Online-Datenerhebungen weiter aus, während auf der Nutzerseite über den Statistik-Shop im Internet der schnelle Zugang zu den Informationsangeboten erleichtert wurde.

Zugleich wird die Zusammenarbeit im föderalen statistischen System in Deutschland effizienter gestaltet. Hierauf zielt der von den Leitern der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder beschlossene »Masterplan« zur Reform des Kooperationsmodells der amtlichen Statistik, dem entsprechend neue, arbeitsteilige Prozesse der Statistikproduktion erprobt werden, mit denen die Statistischen Ämter

in Zeiten knapper Kassen die Statistikproduktion qualitativ besser und wirtschaftlicher gestalten werden.

Vergleichbares gilt im europäischen Kontext: Nur wenn die von den statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten angewandten Konzepte, Systematiken und Methoden aufeinander abgestimmt sind, werden die Ergebnisse auch international vergleichbar. Somit fördert diese Abstimmung auf europäischer Ebene die Konsistenz und Effizienz der statistischen Systeme. Eine bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit in der Statistik trägt zur Verbesserung der amtlichen Statistik in allen Ländern bei.

0.7 Ansprechpartner

Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: <http://www.destatis.de>

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0)611 75 2405
- Telefax: +49 (0)611 75 3330
- E-Mail: info@destatis.de

Ansprechpartner/-innen zu einzelnen Fachgebieten des **Teil I** finden Sie in der nachfolgenden Übersicht. Bei den aufgeführten Personen handelt es sich jedoch nicht immer um die Autoren, sondern häufig auch um Infostellen für einzelne Fachgebiete. Falls Sie zu einem Thema keinen Ansprechpartner/-in finden, können Sie direkt Kontakt mit der Redaktion (Telefon: +49 (0)611 75–2733 und -2382, E-Mail: datenreport@destatis.de) oder unserem Informationsservice aufnehmen.

Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner im Statistischen Bundesamt

Sachgebiet/Thema	Name	Rufnummer 06 11-75- oder 01888-644-	E-Mail
Bevölkerung			
Bevölkerungsfortschreibung, Wanderungen, Gebietsstand	Hermann Voit	2116	hermann.voit@destatis.de
Ausländerstatistiken	Elle Krack-Roberg	2046	elle.krack-roberg@destatis.de
Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen und -scheidungen, Bevölkerungsvorausberechnungen	Info-Team Natürliche Bevölkerungsbewegung	2395	natuerliche-bevoelkerungs-bewegung@destatis.de

Fortsetzung der Tabelle auf nächster Seite

Noch Ansprechpartnerinnen . . .

Sachgebiet/Thema	Name	Rufnummer 06 11-75- oder 01888-644-	E-Mail
Haushalte und Familien	Mikrozensus-Info- Team	8955	mikrozensus@destatis.de
Bildung und Kultur	Udo Kleinegees	2857	udo.kleinegees@destatis.de
Erwerbstätigkeit/Arbeitslosigkeit			
Erwerbstätigkeit	Mikrozensus-Info- Team	8955	mikrozensus@destatis.de
Arbeitslosigkeit	Margrit Thiele	2673	margrit.thiele@destatis.de
Einnahmen und Ausgaben und Ausstattung der privaten Haushalte¹			
Einnahmen (aus dem Mikrozensus)	Mikrozensus-Info- Team	8955	mikrozensus@destatis.de
Einnahmen (aus den VGR)	Norbert Schwarz	2218	norbert.schwarz@destatis.de
Ausgaben (aus der EVS) Ausstattung	Thomas Krebs	8842	thomas.krebs@destatis.de
Ausgaben (aus den VGR)	Michael Burghardt	2606	michael.burghardt@destatis.de
Bautätigkeit und Wohnen			
Wohnen	Ingeborg Vorndran	4547	wohnsituation@destatis.de
Bautätigkeit	Kerstin Kortmann	4740	bautaetigkeit@destatis.de
Wahlen	Karl Weichs	2945	karl.weichs@destatis.de
Gesundheit	Infodienst für Ge- sundheitsdaten	8951	gesundheitsstatistiken@destatis.de
Sozialleistungen	Angelika Kriescher	8139	sozialleistungen@destatis.de
Rechtspflege	Hans-Albert Conrad	4114	rechtspflegestatistik@destatis.de
Öffentliche Haushalte			
Finanzen	Klaus-Dieter Kleinjung	4173	klaus-dieter.kleinjung@destatis.de
Steuern	Klaus-Jürgen Hammer	2380	klaus-juergen.hammer@destatis.de
Personal	Reinhard Windgätter	4111	reinhard.windgaetter@destatis.de
Volkswirtschaftliche Gesamt- rechnungen	VGR-Info-Team	2626	vgr-bip-auskunft@destatis.de
Außenhandel	Infodienst Außenh.	2481	info-aussenhandel@destatis.de
Landwirtschaft	Dr. Alfred Kretzschmar	8612	agrар@destatis.de
Produzierendes Gewerbe			
Bergbau und Verarbeit. Gewerbe Monatsbericht (z. B. Betriebe, Beschäftigte, Umsätze)	Ulrich Prautsch	2807	ulrich.prautsch@destatis.de

Fortsetzung der Tabelle auf nächster Seite

1 Abkürzungen: EVS = Einkommens- und Verbrauchsstichproben. – VGR = volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

Noch Ansprechpartnerinnen . . .

Sachgebiet/Thema	Name	Rufnummer 06 11-75- oder 01888-644-	E-Mail/Internet
Index (Produktion, Auftragseingang, Umsatz)	Dr. Christine Bald-Herbel	2192	christine.bald@destatis.de
Strukturdaten (z. B. Unternehmensgröße, Investitionen)	Rolf Loidl	2075	rolf.loidl@destatis.de
Baugewerbe	Melitta Schulz	2829	melitta.schulz@destatis.de
Energie- und Wasserversorgung	Dieter Dingeldey	2305	dieter.dingeldey@destatis.de
Handwerk	Michael Ziebach	2811	michael.ziebach@destatis.de
Handel: Groß- und Einzelhandel	Michael Wollgramm	2423	gruppe-IVd@destatis.de
Tourismus und Gastgewerbe	Info-Service-Tourismus	4851	tourismus@destatis.de
Banken und Versicherungen	Wilfried Brust	2570	wilfried.brust@destatis.de
Dienstleistungen	Karl-Heinz Pesch	8563	dienstleistungen@destatis.de
Preise			
Preise (allgemeine Info)	Andreas Martin	2629	andreas.martin@destatis.de
Einzelhandels- und Verbraucherpreise	Info-Service-Preise	4777 oder 3777	verbraucherpreisindex@destatis.de
Ein- und Ausführpreise, Großhandelsverkaufspreise	Marion Knauer	2302	gruppeVA@destatis.de
Baupreise und Kaufwerte für Bauland	INFO-Service	2440	baupreisstatistik@destatis.de bodenmarkt@destatis.de
Löhne und Gehälter, Arbeitskosten			
Löhne und Gehälter	Alfred Höpfl	2198	alfred.hoepfl@destatis.de
Arbeitskosten	Marlies Walter	2689	marlies.walter@destatis.de
Verkehr	Raimund Götz	2424	verkehr@destatis.de
Energieverbrauch	Jörg Kaiser	2307	joerg.kaiser@destatis.de
Umwelt			
Material- und Energieflüsse	Angela Heinze	3768	angela.heinze@destatis.de
Maßnahmen des Umweltschutzes	Ursula Lauber	2737	ursula.lauber@destatis.de
Auslandsdaten			
weltweit	Info-Service-Ausland	8473	auslandsinfo@destatis.de
EU-Mitgliedstaaten u. Beitrittsländer	EDS Europäischer Datenservice	9427	eds@destatis.de www.eds-destatis.de

1 Bevölkerung

1.1 Die Bevölkerung im Spiegel der Statistik

Daten über Struktur und Entwicklung der Bevölkerung gehören zum grundlegenden Informationsbedarf für fast alle Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Politik benötigt sie, weil viele Entscheidungen – etwa im Bildungs- und Gesundheitswesen – nur auf der Grundlage exakter bevölkerungstatistischer Angaben getroffen werden können. Für das wirtschaftliche Geschehen sind demographische Gegebenheiten von Bedeutung, weil sie Informationen über den Menschen als Arbeitskraft, Einkommensbezieher und Konsumenten liefern.

Tab. 1: Bevölkerung am 31. 12. 2003 nach ausgewählten Altersgruppen

Alter von bis unter Jahren	Insgesamt		Weiblich	
	1 000	%	1 000	%
<i>Deutschland</i>				
Unter 15	12 162	14,7	5 924	14,0
15–40	27 106	32,8	13 247	31,4
40–65	28 404	34,4	14 133	33,5
65 und älter	14 860	18,0	8 872	21,0
Insgesamt	82 532	100	42 176	100
<i>Früheres Bundesgebiet¹</i>				
Unter 15	10 235	15,6	4 985	14,9
15–40	21 452	32,7	10 558	31,5
40–65	22 217	33,9	11 055	33,0
65 und älter	11 714	17,9	6 946	20,7
Insgesamt	65 619	100	33 545	100
<i>Neue Länder²</i>				
Unter 15	1 927	11,4	938	10,9
15–40	5 653	33,4	2 689	31,2
40–65	6 186	36,6	3 077	35,7
65 und älter	3 145	18,6	1 926	22,3
Insgesamt	16 913	100	8 631	100

1 Ohne Angaben für Berlin-West.

2 Mit Angaben für Berlin.

Hinter den bloßen Zahlen verbergen sich aber auch Werthaltungen und Lebenseinstellungen, die ihrerseits wieder Rückwirkungen auf die Bevölkerungsstruktur haben. So spiegelt sich z. B. in der Zahl der Eheschließungen und -scheidungen, der Geburtenentwicklung und der Familiengröße die Einstellung der Gesellschaft zur Familie

und zu Kindern wider. Der Altersaufbau hat direkte Auswirkungen auf die Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Bevölkerung und beeinflusst daher unmittelbar ihre Lebensweise.

Aufgrund dieser vielfältigen Wechselwirkungen und des weit reichenden Bedarfs an demographischen Daten ist es nicht verwunderlich, dass die Bevölkerungsstatistik zu den traditionsreichsten Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik gehört. Auf den Ergebnissen der Volkszählung aufbauend, führen die statistischen Ämter die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes durch. Zur Bevölkerungsfortschreibung werden die Aufzeichnungen der Standesämter über Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle herangezogen. Über die Wanderungsbewegungen, d. h. die Zu- und Fortzüge, geben die Unterlagen der Einwohnermeldeämter Auskunft. Die Bevölkerungsdaten der Fortschreibung werden ergänzt durch die Ergebnisse des jährlichen Mikrozensus, der eine Auswahl von 1 % der Bevölkerung erfasst, durch Hochrechnung aber verlässliche Aussagen über die Gesamtheit ermöglicht. Für die ehemalige DDR liegen in der Bevölkerungsstatistik im Wesentlichen den bundesdeutschen vergleichbare Angaben vor.

Seit 2001 werden grundsätzlich in der amtlichen Statistik nur noch Daten für Berlin insgesamt nachgewiesen, sodass bei Bevölkerungsangaben für das frühere Bundesgebiet und für die neuen Länder, soweit noch ein getrennter Nachweis erfolgt, Berlin bei den neuen Ländern enthalten ist.

1.2 Bevölkerungsentwicklung

Ende 2003 hatte Deutschland 82,5 Mill. Einwohner und damit knapp 13,2 Mill. mehr als 1950. In West- und Ostdeutschland hat sich die Bevölkerungszahl seit 1950 jedoch sehr unterschiedlich entwickelt. Im früheren Bundesgebiet stieg sie zwischen 1950 und 1973 von 51,0 Mill. auf 62,1 Mill. Danach bewegte sie sich bis 1988 wieder unter der 62-Millionen-Grenze.

Die Zunahme der Bevölkerungszahl des früheren Bundesgebiets nach dem Zweiten Weltkrieg beruhte zunächst im Wesentlichen auf der Aufnahme von Vertriebenen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reichs und den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland. 1950 betrug die Zahl der Vertriebenen im früheren Bundesgebiet rund 8 Mill.; das entsprach einem Anteil an der Bevölkerung von 16 %.

Zwischen 1950 und 1961 war der Bevölkerungszuwachs hauptsächlich auf die Zuwanderung aus der ehemaligen DDR zurückzuführen. So fanden von 1950 bis zum Mauerbau am 13. August 1961 etwa 2,6 Mill. Menschen aus Ostdeutschland als Übersiedlerinnen und Übersiedler im früheren Bundesgebiet Aufnahme.

Seit Mitte der 1960er-Jahre wird die Bevölkerungsentwicklung im früheren Bundesgebiet bzw. – ab November 1990 – in Deutschland entscheidend durch die Zu- und Abwanderung von Ausländerinnen und Ausländern beeinflusst. Zwischen 1960 und 2003 sind insgesamt 27,3 Mill. ausländische Staatsangehörige in das frühere Bun-

Tab. 2: Bevölkerungsentwicklung seit 1950
in Tausend

Jahr ¹	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ²	Neue Länder und Berlin-Ost ³
1950	69 346	50 958	18 388
1960	73 147	55 958	17 188
1970	78 069	61 001	17 068
1980	78 397	61 658	16 740
1990	79 753	63 726	16 028
1995	81 817	66 342	15 476
2000	82 260	67 140	15 120
2001	82 440	65 323	17 118
2002	82 537	65 527	17 009
2003	82 532	65 619	16 913

1 Ergebnisse jeweils am 31. 12.

2 Ab 2001 ohne Berlin-West.

3 Ab 2001 einschl. Berlin.

desgebiet bzw. nach Deutschland zugezogen und 20,3 Mill. haben es wieder verlassen. Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer erhöhte sich in diesem Zeitraum von knapp 690 000 auf knapp 7,3 Mill. Die Zunahme ist zum größten Teil auf Zuwanderungsüberschüsse zurückzuführen.

Ferner fanden zwischen 1960 und 2003 rund 4 Mill. Aussiedlerinnen und Aussiedler im früheren Bundesgebiet bzw. ab 1990 in Deutschland Aufnahme. Im Jahr 1990 wurde mit rund 397 000 Personen die mit Abstand höchste Aussiedlerzahl registriert. In den Jahren 1991 bis 1997 bewegte sich die Zahl zwischen knapp 231 000 (1992) und 134 000 (1997). In den Folgejahren war sie weiter rückläufig. In den Jahren 2000 bis 2003 kamen erstmals seit der Wende jeweils weniger als 100 000 Aussiedlerinnen und Aussiedler nach Deutschland. 2003 waren es nur noch knapp 73 000. Insgesamt

Abb. 1: Jährliche Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme in Deutschland

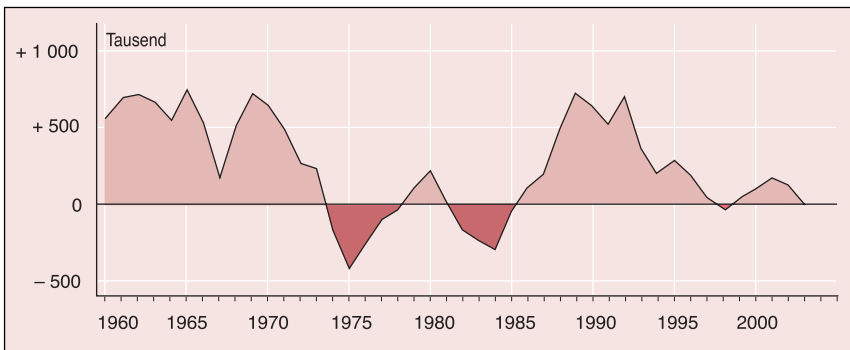
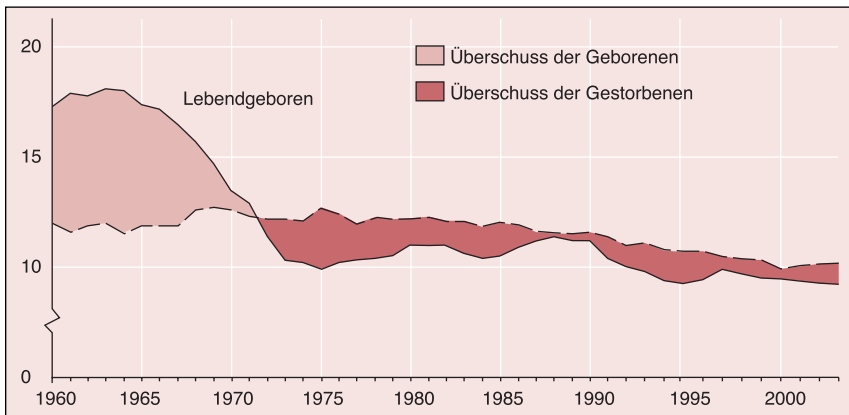


Abb. 2: Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland seit 1960
je 1 000 Einwohner



sind von 1950 bis 2003 etwa 4,4 Mill. Deutsche aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reichs sowie aus Ost- und Südosteuropa im früheren Bundesgebiet bzw. in Deutschland aufgenommen worden. Von ihnen kamen rund 2,2 Mill. aus der ehem. Sowjetunion, 1,4 Mill. aus Polen und weitere 430 000 aus Rumänien.

Tab. 3: Zuzug von Ausländer/-innen sowie Aussiedler/-innen 1950 bis 2003¹

Zeitraum bzw. Jahr	Insgesamt	Ausländer/-innen zusammen	Aussiedler/-innen			
			zusammen	Sowjet-union ²	Polen	Rumänien
1950–1959	999 357	561 135	438 222	13 580	292 183	3 454
1960–1969	5 754 077	5 532 561	221 516	8 571	110 618	16 294
1970–1979	6 575 227	6 219 361	355 866	56 585	202 712	71 417
1980–1989	5 806 115	4 822 028	984 087	176 565	632 803	151 161
1990–1994	6 030 870	4 739 758	1 291 112	911 407	199 614	171 900
1995	1 010 599	792 701	217 898	209 409	1 677	6 519
1996	885 705	707 954	177 751	172 181	1 175	4 284
1997	749 717	615 298	134 419	131 895	687	1 777
1998	708 580	605 500	103 080	101 550	488	1 005
1999	778 789	673 873	104 916	103 599	428	855
2000	744 864	649 249	95 615	94 558	484	547
2001	783 743	685 259	98 484	97 434	623	380
2002	749 757	658 341	91 416	90 587	553	256
2003	674 649	601 759	72 890	72 289	444	137

¹ Früheres Bundesgebiet; ab 1.11.1990 Deutschland. Einschl. nichtdeutsche Angehörige von Aussiedlern (ab 1993). – ² Bzw. Nachfolgestaaten.

Quellen: Bevölkerungsfortschreibung, Wanderungsstatistik und Bundesverwaltungsamt Köln (Aussiedler).

Im Gebiet der ehemaligen DDR stieg die Bevölkerungszahl nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als Folge der Aufnahme von Vertriebenen zunächst ebenfalls an, und zwar bis auf rund 19 Mill. im Jahr 1948. Die Zahl der Vertriebenen in der ehemaligen DDR – dort als »Neubürger« oder »Umsiedler« bezeichnet – betrug 1950 etwa 4,1 Mill., was einem Anteil an der Bevölkerung von 22 % entsprach.

Nach 1948 ging die Einwohnerzahl der ehemaligen DDR bis zum Mauerbau 1961 Jahr für Jahr zurück, hauptsächlich als Folge der starken Abwanderung in das frühere Bundesgebiet. 1961 lag sie bei 17,1 Mill. Durch die hermetische Abriegelung konnte der Bevölkerungsrückgang nur vorübergehend gestoppt werden. 1973 sank die Einwohnerzahl – auch bedingt durch Geburtendefizite in den 1970er-Jahren – unter die 17-Millionen-Grenze. Die Massenflucht im Jahr 1989 beschleunigte den Bevölkerungsrückgang, und Ende 1990 hatte die ehemalige DDR nur noch 16,0 Mill. Einwohner. Bis Ende 2000 verringerte sich die Einwohnerzahl in den neuen Ländern und Berlin-Ost um weitere 909 000 Personen auf 15,1 Mill. In letzter Zeit ist aber der Bevölkerungsrückgang geringer als in den ersten Jahren nach der Wende.

1.3 Die räumliche Bevölkerungsverteilung

Der Bevölkerungszahl entsprechend veränderte sich auch die Bevölkerungsdichte, d. h. die Zahl der Einwohner je Quadratkilometer, in beiden Teilen Deutschlands. Im früheren Bundesgebiet stieg sie im Zeitraum 1950/74 von 201 auf 250 an, ging im Zeitraum 1985/86 auf 245 zurück und lag 2000 bei 274. In den neuen Ländern und Berlin-Ost verringerte sich dieser Wert zwischen 1950 und 2000 von 171 auf 140 Einwohner je Quadratkilometer.

Im Jahr 2003 lag für Deutschland insgesamt die Einwohnerdichte bei 231 Einwohner je Quadratkilometer. Am dichtesten besiedelt sind die Stadtstaaten (Berlin: 3 800, Hamburg: 2 296, Bremen: 1 640 Einwohner je Quadratkilometer). Die geringste Besiedlung je Quadratkilometer weisen die Länder Mecklenburg-Vorpommern (75), Brandenburg (87), Sachsen-Anhalt (123), Thüringen (147) und Niedersachsen (168 Einwohner je Quadratkilometer) auf.

Mit rund 357 030 Quadratkilometern lag Deutschland 2003 im europäischen Vergleich in der Flächenausdehnung an siebter Stelle und in Bezug auf die Bevölkerungsdichte – nach den Niederlanden (477), Belgien (338) sowie dem Vereinigten Königreich (243) – an vierter Stelle (ohne die flächenmäßig kleinen Länder Malta, Monaco, San Marino und Vatikanstadt). Island mit durchschnittlich 3, Norwegen mit 18, Finnland mit 17 und auch die Russische Föderation mit 8 Einwohnern je Quadratkilometer sind im Vergleich dazu sehr dünn besiedelt.

Ende 2003 gab es in Deutschland 12 631 politisch selbstständige Gemeinden, und zwar 8 500 im früheren Bundesgebiet sowie 4 131 in den neuen Bundesländern. Aus der Verteilung der Einwohner auf Gemeindegrößenklassen ergibt sich, dass 2003 6,7 % der Bevölkerung Deutschlands in Gemeinden mit weniger als 2 000

Tab. 4: Bundesländer nach Fläche und Einwohnern am 31. 12. 2003

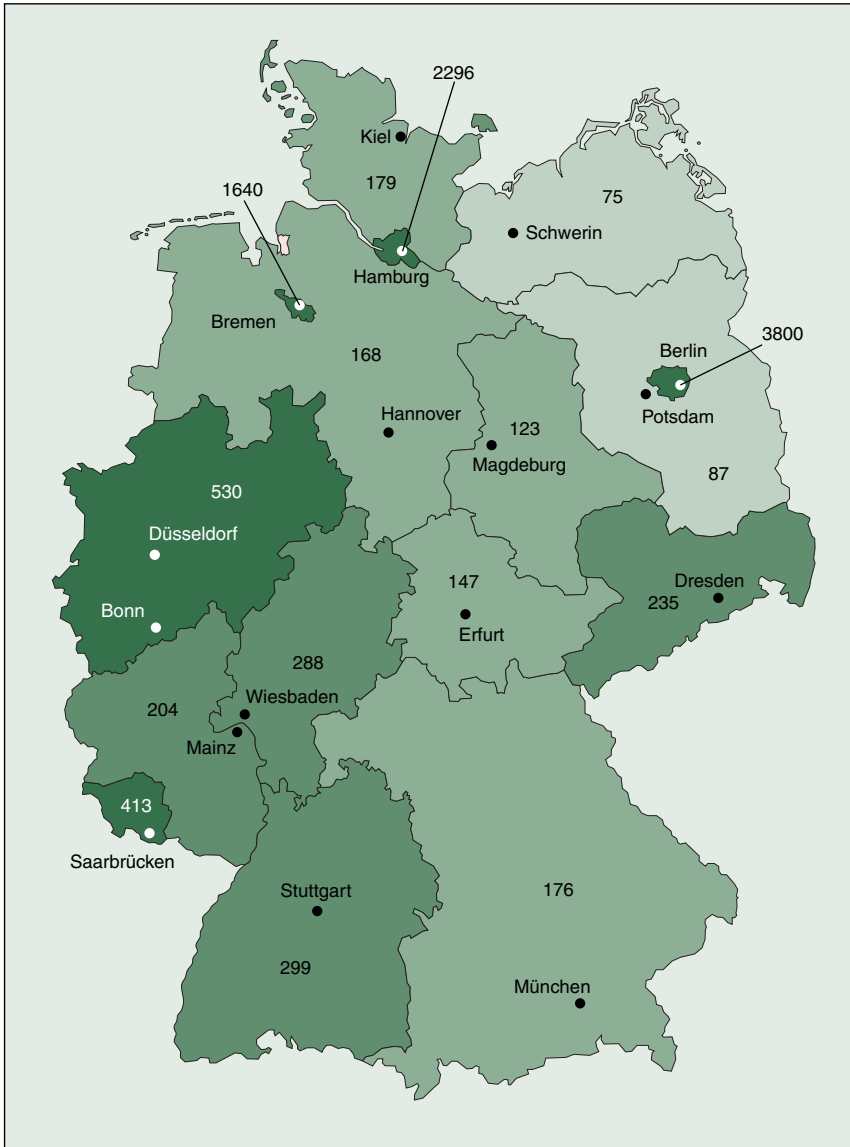
Bundesland	Regierungssitz	Fläche	Einwohner	
		1 000 km ²	1 000	je km ²
Baden-Württemberg	Stuttgart	35,8	10 693	299
Bayern	München	70,5	12 423	176
Berlin	Berlin	0,9	3 388	3 800
Brandenburg	Potsdam	29,5	2 574	87
Bremen	Bremen	0,4	663	1 640
Hamburg	Hamburg	0,8	1 734	2 296
Hessen	Wiesbaden	21,1	6 089	288
Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin	23,2	1 732	75
Niedersachsen	Hannover	47,6	7 993	168
Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	34,1	18 080	530
Rheinland-Pfalz	Mainz	19,8	4 059	204
Saarland	Saarbrücken	2,6	1 061	413
Sachsen	Dresden	18,4	4 321	235
Sachsen-Anhalt	Magdeburg	20,4	2 523	123
Schleswig-Holstein	Kiel	15,8	2 823	179
Thüringen	Erfurt	16,2	2 373	147
Deutschland	Berlin	357,0	82 532	231

Einwohnern, 35,3 % in Gemeinden mit 2 000 bis 20 000 Einwohnern und 27,3 % in Gemeinden mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern lebten. Auf die Großstädte (Gemeinden mit 100 000 oder mehr Einwohnern) entfielen 30,7 % der Bevölkerung.

Tab. 5: Einwohnerzahlen und Bevölkerungsdichten
in ausgewählten Großstädten am 31. 12. 2003

Rang- folge	Stadt	Einwohner in 1 000	Stadt	Einwohner pro km ²
1	Berlin	3 388	München	4 019
2	Hamburg	1 734	Berlin	3 800
3	München	1 248	Herne	3 363
4	Köln	966	Oberhausen	2 856
5	Frankfurt a. M.	643	Stuttgart	2 841
6	Dortmund	590	Essen	2 802
7	Stuttgart	589	Bochum	2 662
8	Essen	589	Offenbach a. M.	2 655
9	Düsseldorf	573	Nürnberg	2 648
10	Bremen	545	Düsseldorf	2 638
11	Hannover	516	Gelsenkirchen	2 598
12	Duisburg	506	Frankfurt a. M.	2 591
13	Leipzig	498	Hannover	2 530
14	Nürnberg	494	Köln	2 384
15	Dresden	484	Hamburg	2 296

Abb. 3: Bevölkerungsdichte in den Ländern und Stadtstaaten
 am 31. 12. 2003
 Einwohner je km²

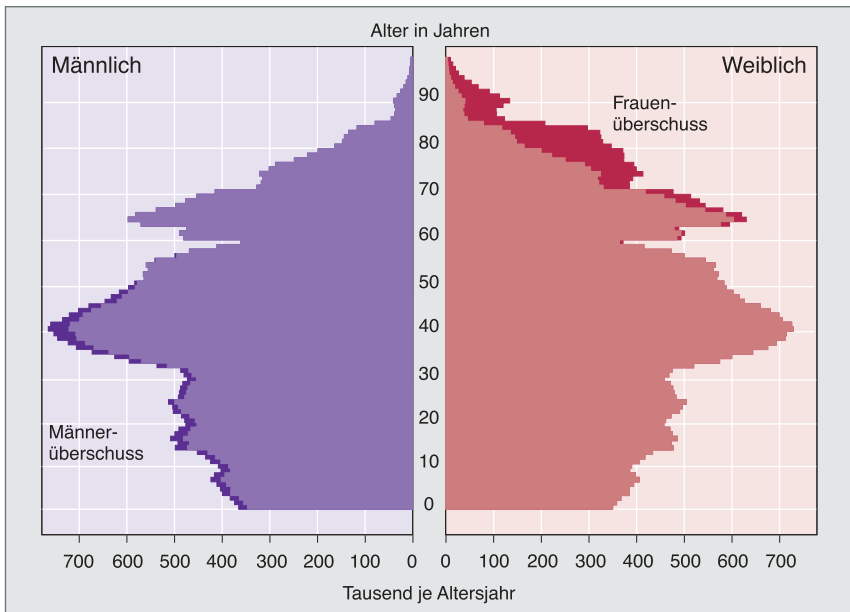


1.4 Altersaufbau

Zwischen dem Altersaufbau der Bevölkerung und der Zahl der Geburten sowie der Sterbefälle bestehen enge Wechselbeziehungen. So beeinflusst die Stärke der einzelnen Altersjahrgänge die Zahl der Geburten und Sterbefälle. Umgekehrt wirken sich Veränderungen der Geburtenhäufigkeit oder der Sterblichkeit unmittelbar auf die zahlenmäßige Besetzung der jeweiligen Jahrgänge aus. Langfristig führen solche Veränderungen u. a. zu einer Verschiebung der Relationen zwischen den Bevölkerungsgruppen im Kindes- bzw. Jugendalter, im erwerbsfähigen Alter und im Rentenalter. Gleichzeitig ändern sich damit auch die Quoten zwischen dem Teil der Bevölkerung, der sich aktiv am Erwerbsleben beteiligt, und dem Teil, der von den Erwerbstätigen unterhalten werden muss.

Um den Altersaufbau der Bevölkerung zu veranschaulichen, verwendet man in der Statistik eine graphische Darstellungsform, die als Alterspyramide beschrieben wird. Während sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch deutlich die klassische Pyramidenform erkennen ließ, gleicht ihr Bild heute eher einer »zerzausten Wettertanne«, wie sie der Bevölkerungsstatistiker Flaskämper treffend beschrieben hat. In dieser Darstellung treten die Wandlungen des Bevölkerungsaufbaus optisch besonders deutlich zutage.

Abb. 4: Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands am 31. 12. 2003



Tab. 6: Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands seit 1955

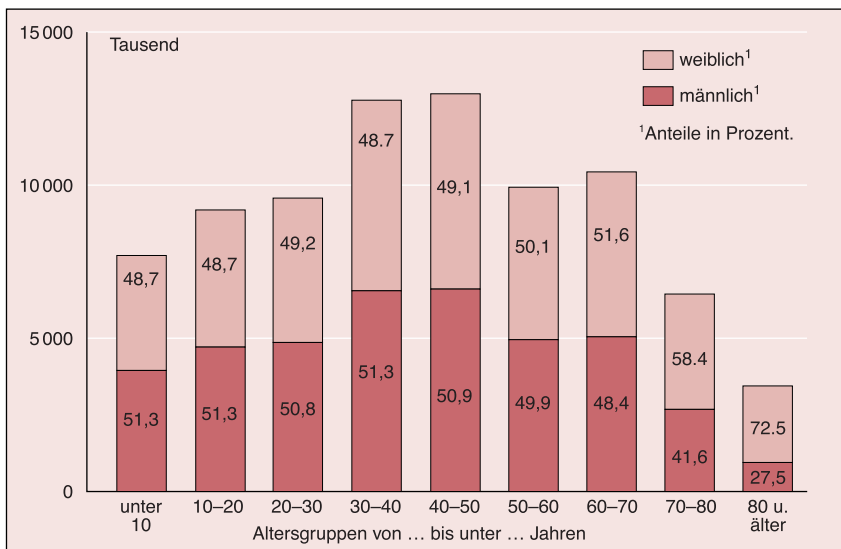
Jahresende	Bevölkerung 1 000	Davon im Alter von . . . bis . . . Jahren				Jugendquotient ¹	Altenquotient ²
		bis 19	20–59	60–79	darunter 80 und mehr		
		%					
1955	71 350	29,8	54,3	14,5	1,3	55,0	29,2
1965	76 336	29,2	52,0	17,0	1,8	56,1	36,3
1975	78 465	28,8	50,8	18,2	2,2	56,6	40,1
1985	77 661	23,6	56,4	16,7	3,3	41,8	35,4
1995	81 817	21,5	57,4	17,0	4,0	37,5	36,6
2000	82 260	21,1	55,3	19,8	3,8	38,3	42,7
2001	82 440	20,9	55,0	20,2	3,9	38,1	43,9
2002	82 537	20,7	54,9	20,3	4,1	37,7	44,3
2003	82 532	20,5	54,9	20,5	4,2	37,3	44,9

1 Altersgruppen der bis 19-Jährigen bezogen auf die Altersgruppen der 20- bis 59-Jährigen.

2 Altersgruppen der 60-Jährigen und Älteren bezogen auf die Altersgruppen der 20- bis 59-Jährigen.

Die Unterschiede in der Altersstruktur werden bei der Betrachtung der jüngeren Generation besonders deutlich. Ende 2003 betrug in Deutschland der Anteil der Nachwachsenden (unter 20-Jährige) 20,5 %. Auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 60 Jahre) entfielen 54,9 %, der Seniorenanteil (60-Jährige

Abb. 5: Bevölkerung Deutschlands am 31. 12. 2003 nach Altersgruppen und Geschlecht



und Ältere) betrug 24,7 %. Rund 4 % der Bevölkerung waren hochbetagt (80 Jahre oder älter). Der Jugendquotient (Zahl der unter 20-Jährigen bezogen auf die Zahl der 20- bis unter 60-Jährigen) lag bei gut 37, während der Altenquotient (Zahl der 60-Jährigen und Älteren bezogen auf die Zahl der 20- bis unter 60-Jährigen) knapp 45 betrug. Vor ca. fünfzig Jahren, Anfang 1955, hatte das Verhältnis von Jugend- zu Altenquotient noch 55 : 29 betragen.

In Deutschland werden etwas mehr Jungen als Mädchen geboren. So kommen im Durchschnitt auf 100 neugeborene Mädchen 106 Jungen. Wegen des erhöhten »Sterberisikos« der männlichen Bevölkerung baut sich dieses zahlenmäßige »Übergewicht« jedoch mit zunehmendem Lebensalter ab. Bis zum Alter unter 50 Jahren überwiegt in der heutigen Bevölkerung der Männeranteil. In der Altersgruppe der 50- bis unter 58-Jährigen geht die Geschlechterrelation vom ungefähren Gleichgewicht in einen Frauenüberschuss über. Von den 60- bis unter 70-jährigen Personen sind fast 52 % weiblichen Geschlechts. In den obersten Altersgruppen beträgt der Frauenanteil bei den 70- bis unter 80-Jährigen gut 58 % und bei den 80-jährigen oder älteren Personen sogar fast 73 %. Maßgebend hierfür sind neben der höheren Lebenserwartung der Frauen auch die starken Männerverluste durch den Zweiten Weltkrieg. Auf das Geschlechterverhältnis der Bevölkerung wirken sich ferner Wanderungen aus, an denen Männer im Allgemeinen stärker beteiligt sind als Frauen.

1.5 Geburten und Sterbefälle

In Deutschland werden seit 1972 jedes Jahr weniger Kinder geboren als Menschen sterben. Im Jahr 2003 wurden 147 000 mehr Sterbefälle als Lebendgeborene gezählt. Weniger Sterbefälle als Geburten hatte es in Deutschland zuletzt im Jahr 1971 gegeben. Maßgeblich für diese Entwicklung waren die Sterbefallüberschüsse der deutschen Bevölkerung. Die ausländische Bevölkerung verzeichnete demgegenüber – vor allem wegen des höheren Anteils jüngerer Menschen – mehr Geburten als Sterbefälle.

Die Zahl der Lebendgeborenen hatte in Deutschland 1964 mit 1,36 Mill. ihren höchsten Stand erreicht. Sie ging dann bis 1975 auf 782 000 zurück, nahm anschließend bis 1980 auf 866 000 zu, fiel in den 1980er-Jahren zunächst erneut und stieg dann wieder auf 906 000 im Jahr 1990 an. Nach einem erneuten Rückgang und zeitweisem Anstieg, was vor allem auf die Entwicklung in den neuen Ländern und Berlin-Ost zurückzuführen war, ist die Anzahl der Geburten seit 1998 wieder gefallen.

Mit 1,34 Kindern je Frau wurde 2003 in Deutschland die zur Erhaltung der Bevölkerungszahl auf längere Sicht erforderliche Zahl deutlich unterschritten, hierfür wären 2,1 Kinder erforderlich gewesen.

Außerhalb einer Ehe werden in Deutschland 27 % der Kinder geboren. In der Europäischen Union beträgt dieser Anteil etwa 28 %. In Schweden hat über die Hälfte der neugeborenen Kinder Eltern, die nicht verheiratet sind; in Dänemark, Frankreich, Finnland und im Vereinigten Königreich etwa vier Zehntel.

Die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland nimmt weiter zu. Sie beträgt heute für einen neugeborenen Jungen 75,6 Jahre und für ein gerade zur Welt gekommenes Mädchen 81,3 Jahre. Dies entspricht gegenüber dem Stand von Mitte

Tab. 7: Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland 1950 bis 2003
in Tausend

Jahr	Lebendgeborene		Gestorbene		Überschuss der Geborenen (+) bzw. der Gestorbenen (-)	
	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 1 000 Einwohner
<i>Deutschland</i>						
1950	1 117	16,3	748	10,9	+ 368	+ 5,4
1960	1 262	17,3	877	12,0	+ 385	+ 5,3
1970	1 048	13,5	976	12,6	+ 72	+ 0,9
1980	866	11,0	952	12,1	- 87	- 1,1
1990	906	11,4	921	11,6	- 16	- 0,2
1998	785	9,6	852	10,4	- 67	- 0,8
1999	771	9,4	846	10,3	- 76	- 0,9
2000	767	9,3	839	10,2	- 72	- 0,9
2001	734	8,9	828	10,1	- 94	- 1,1
2002	719	8,7	842	10,2	- 122	- 1,5
2003	707	8,6	854	10,3	- 147	- 1,8
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
1950	813	16,3	529	10,6	+ 284	+ 5,7
1960	969	17,4	643	11,6	+ 326	+ 5,9
1970	811	13,4	735	12,1	+ 76	+ 1,3
1980	621	10,1	714	11,6	- 93	- 1,5
1990	727	11,5	713	11,3	+ 14	+ 0,2
1998	682	10,2	688	10,3	- 6	- 0,1
1999	664	9,9	685	10,3	- 21	- 0,3
2000	656	9,8	678	10,1	- 23	- 0,3
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
1950	304	16,5	220	11,9	+ 84	+ 4,6
1960	293	16,9	234	13,5	+ 59	+ 3,4
1970	237	13,9	241	14,1	- 4	- 0,2
1980	245	14,6	238	14,2	+ 7	+ 0,4
1990	178	11,1	208	12,9	- 30	- 1,8
1998	103	6,7	164	10,7	- 61	- 4,0
1999	107	7,0	161	10,6	- 55	- 3,6
2000	111	7,3	160	10,5	- 49	- 3,2

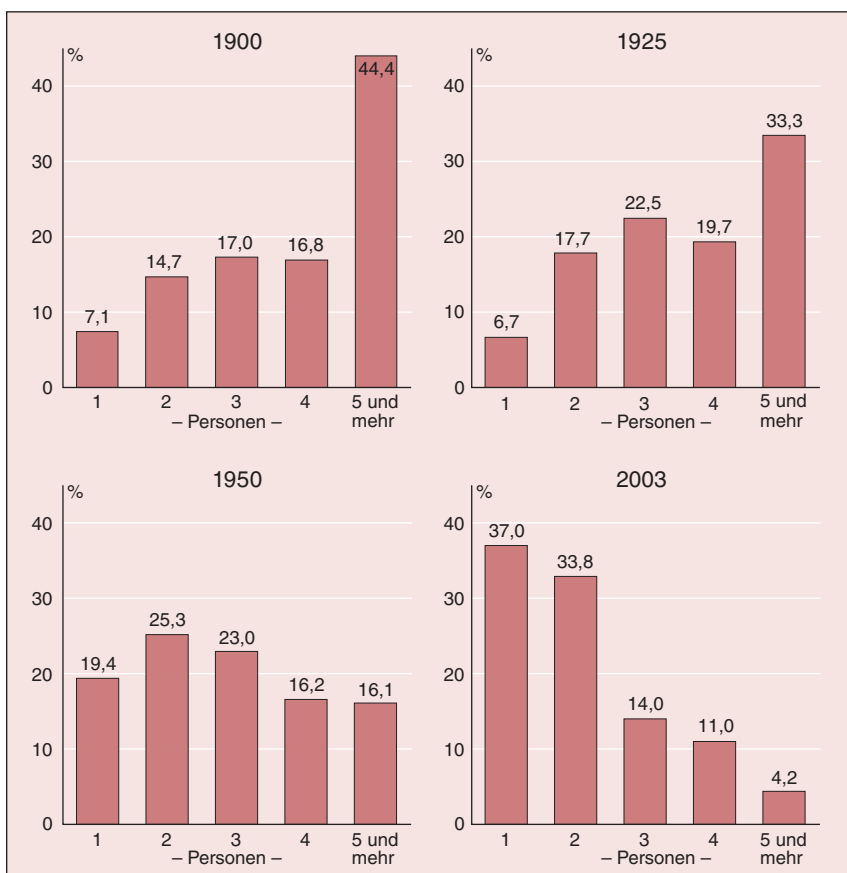
der 1980er-Jahre einer Zunahme von etwa 4,1 Jahren bei den Jungen und 3,2 Jahren bei den Mädchen. Für einen 60-jährigen Mann errechnet sich eine weitere durchschnittliche Lebensdauer von 19,8 Jahren und für eine Frau dieses Alters von 23,9 Jahren.

1.6 Haushalts- und Lebensformen

Die Angaben dieses Abschnitts sind Ergebnisse des Mikrozensus. Im Gegensatz zu früheren Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes basieren sie auf dem so genannten Lebensformenkonzept, dessen Definitionen, Abgrenzungen und Ergebnisse nur bedingt mit den bislang veröffentlichten Angaben auf der Grundlage des so genannten traditionellen Familienkonzepts vergleichbar sind.

Im Mai 2003 wurden in Deutschland mehr als 38,9 Mill. Haushalte ermittelt, davon zählten über 31,7 Mill. Haushalte zum früheren Bundesgebiet und 7,2 Mill. Haushalte zu den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Abb. 6: Haushaltsgrößen
in Prozent der Haushalte



2003 lebten in nur 4 % dieser Haushalte fünf oder mehr Personen, im Vergleich dazu lag dieser Anteil im Jahre 1900 im ehemaligen Reichsgebiet elfmal so hoch (44 %). Der Anteil der Zweipersonenhaushalte betrug im Mai 2003 mit 34 % verglichen mit dem Jahr 1900 mehr als das Doppelte (15 %) und der Anteil der Einpersonenhaushalte war 2003 mit 37 % gegenüber dem Jahr 1900 mehr als fünfmal so hoch (7 %). Damit betrug die durchschnittliche Haushaltsgröße um die Jahrhundertwende 4,49 Personen, 2003 hingegen nur noch 2,13 Personen. In den neuen Bundesländern und Berlin-Ost lag sie 2003 bei durchschnittlich 2,06 und im früheren Bundesgebiet bei 2,14 Personen.

Als Ursache für die seit gut einem Jahrhundert abnehmende Haushaltsgröße kann u. a. der Wandel von der Agrar- zur Industrie- und weiter zur Dienstleistungsgesellschaft angesehen werden. Damit in Zusammenhang steht die Zunahme der städtischen Haushalte, die auch heute noch im Durchschnitt kleiner sind als die Haushalte in ländlichen Gemeinden. So waren im Mai 2003 mit 48 % insbesondere die Einpersonenhaushalte in den Großstädten (500 000 Einwohner und mehr) zahlreich ver-

Tab. 8: Mehrpersonenhaushalte 2003 nach Haushaltsgröße und Zahl der Kinder im Haushalt¹

Haushalte mit ... Personen	Ins- gesamt	Davon				
		ohne Kinder	mit Kind(ern) ²			
			zusammen	1	2	3 und mehr
		1 000	% von Spalte »insgesamt«			
<i>Deutschland</i>						
2	13 169	11 600	1 569	100,0	X	X
3	5 462	253	5 209	88,7	11,3	X
4	4 268	37	4 232	3,4	93,7	2,9
5 und mehr	1 618	6	1 612	1,7	8,5	89,8
insgesamt	24 518	11 896	12 621	50,4	37,2	12,4
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
2	10 622	9 421	1 201	100,0	X	X
3	4 280	209	4 071	88,6	11,4	X
4	3 582	32	3 550	3,2	93,8	3,0
5 und mehr	1 455	6	1 450	1,7	8,2	90,1
zusammen	19 939	9 668	10 271	48,1	38,1	13,8
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
2	2 548	2 179	368	100,0	X	X
3	1 182	44	1 137	89,4	10,6	X
4	687	X	682	4,1	93,1	2,8
5 und mehr	163	X	162	1,9	11,1	87,0
zusammen	4 579	2 229	2 350	60,3	32,9	6,8

1 Ergebnisse des Mikrozensus. Bevölkerung in Privathaushalten.

2 Ledige Kinder ohne Altersbegrenzung.

treten. Damit führte im Jahr 2003 gut jeder vierte Großstadtbewohner (26 %) einen Einpersonenhaushalt, während dies in Gemeinden mit weniger als 100 000 Einwohnern nur auf etwa jeden siebten Einwohner (14 %) zutraf.

Neben der Frage der Struktur und Entwicklung der Haushalte ist auch die Frage des Familienverbandes – vor allem im Hinblick auf Kinder – von großem öffentlichem und politischem Interesse. 2003 lebten in Deutschland in 52 % der Mehrpersonenhaushalte Kinder (ohne Altersbegrenzung). In der Hälfte (50 %) der knapp 12,6 Mill. Haushalte mit Kindern lebte ein Kind, knapp zwei Fünftel (37 %) dieser Haushalte hatten zwei und gut ein Achtel (12 %) hatte drei und mehr Kinder.

Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet war im Mai 2003 der Anteil der Haushalte mit einem Kind in den neuen Ländern und Berlin-Ost höher (48 % gegenüber 60 %). Die Anteile der Haushalte mit zwei Kindern wiesen mit 37 % im früheren Bundesgebiet

Tab. 9: Nichteheliche Lebensgemeinschaften im Mai 2003¹

Gebiet	Insgesamt	Ohne Kinder		Mit Kind(ern) ²	
	1 000	1 000	% ³	1 000	% ³
Deutschland	2 325	1 583	68,1	743	31,9
Früheres Bundesgebiet	1 767	1 299	73,5	469	26,5
Neue Länder und Berlin-Ost	558	284	50,9	274	49,1

1 Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung (Lebensformenkonzept).

2 Ledige Kind(er) ohne Altersbegrenzung.

3 Anteil an Spalte »Insgesamt«.

und mit 33 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost vergleichsweise geringe Ost-West-Unterschiede auf, während die Haushalte mit drei oder mehr Kindern im Westen doppelt so häufig anzutreffen waren wie im Osten (14 % gegenüber 7 %).

Besondere familien- und sozialpolitische Bedeutung kommt den allein erziehenden Müttern und Vätern in Deutschland zu. Allein Erziehende werden hierbei im engen Sinn definiert, d. h. als Elternteile, die ohne Ehe- oder Lebenspartner bzw. -partnerin gemeinsam mit ihren minder- oder volljährigen Kindern in einem Haushalt leben. Gegenüber 1996 hat sich ihre Zahl um 214 000 auf insgesamt rund 2,5 Mill. allein erziehende Elternteile mit Kindern erhöht (+ 10 %). In 24 % der Fälle war das Alleinerziehen auf den Tod des Partners und in 55 % der Fälle auf Scheidung oder Trennung zurückzuführen. 21 % der allein Erziehenden waren niemals verheiratet. Zusammen machten damit die allein Erziehenden im Westen einen Anteil von 19 %, im Osten sogar von 23 % an allen Eltern-Kind-Gemeinschaften (Ehepaare mit Kindern, Lebensgemeinschaften mit Kindern und allein Erziehende mit Kindern) aus.

Das Zusammenleben als nichteheliche Lebensgemeinschaft, ob als voreheliche Form, die meist von jungen Erwachsenen als »Ehe auf Probe« verstanden wird, als nacheheliche Form, die von nicht mehr ledigen Personen eingegangen wird, oder

als dauerhafte »Alternative« zur Ehe, stößt heute auf breite gesellschaftliche Akzeptanz. Im Jahr 2003 existierten nach Ergebnissen des Mikrozensus in Deutschland rund 2,3 Mill. nichteheliche Lebensgemeinschaften, knapp 1,8 Mill. im früheren Bundesgebiet und 558 000 in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Damit hat sich ihre Zahl in Deutschland seit 1996 um gut ein Viertel (29 %) erhöht; 1996 wurden deutschlandweit erst rund 1,8 Mill. solcher Partnerschaften gezählt.

Betrachtet man die nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern, dann fällt auf, dass 2003 im früheren Bundesgebiet nur bei gut jeder vierten (27 %) nichtehelichen Lebensgemeinschaft Kinder lebten, während dies in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei fast der Hälfte (49 %) dieser Lebensgemeinschaften der Fall war. Dabei wurden die Kinder überwiegend von der Partnerin »mitgebracht«. Im Mai 2003 lebten in Deutschland in 68 % der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern ausschließlich Kinder der Frau, in 27 % dieser Lebensgemeinschaften lebten nur Kinder des Mannes. Lediglich in 5 % der Fälle handelte es sich um Lebensgemeinschaften mit gemeinsamen Kindern oder um »zusammengesetzte Familien« von zwei Partnern mit jeweils eigenen Kindern.

Neben den Angaben zu nichtehelichen (verschiedengeschlechtlichen) Lebensgemeinschaften stellt der Mikrozensus seit dem Berichtsjahr 1996 auch Ergebnisse zu gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften zur Verfügung. Als gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften gelten in diesem Zusammenhang Paare gleichen Geschlechts, die gemeinsam in einem Haushalt wohnen und wirtschaften und sich selbst – im Rahmen einer freiwilligen Angabe – als Lebensgemeinschaft einstufen. Aufgrund der geringen Fallzahlen, der Freiwilligkeit der Auskünfte und der Sensibilität des Themas sollten diese Ergebnisse vorsichtig interpretiert werden. Dennoch dürften sie eine untere Grenze für die Verbreitung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften in Deutschland darstellen. Danach zählte der Mikrozensus im Mai 2003 rund 58 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Eine Obergrenze für ihre Verbreitung bestimmt das Statistische Bundesamt mittels eines Schätzverfahrens, das auch Personengemeinschaften einbezieht, die sich selbst nicht ausdrücklich als gleichgeschlechtliches Paar einstufen. Danach gab es 2003 schätzungsweise 159 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften in Deutschland. Der tatsächliche Wert bewegt sich vermutlich zwischen diesen beiden Werten.

Trotz der Zuwächse bei den allein Erziehenden und Lebensgemeinschaften ist das Zusammenleben als Ehepaar nach wie vor weit verbreitet. Im Mai 2003 wurden insgesamt 19,2 Mill. Ehepaare mit oder ohne ledige Kinder im Haushalt gezählt, wobei – erstmalig seit April 2001 – der Anteil der Ehepaare ohne Kinder im Haushalt mit 51 % überwiegt. In den neuen Ländern und Berlin-Ost hat sich dieser Anteil seit 1991 um zwölf Prozentpunkte auf 55 % im Mai 2003 erhöht, im früheren Bundesgebiet stieg er im gleichen Zeitraum um sieben Prozentpunkte auf 50 %. Damit dominierte in Ostdeutschland der Anteil der Ehepaare ohne Kinder den Anteil an Ehepaaren mit Kindern im Haushalt bereits seit 1999. Zurückzuführen ist der deutliche Rückgang an Ehepaaren mit Kindern im Osten u. a. auf die starken Einbrüche in der Geburtenhäufigkeit in Folge der Wiedervereinigung.

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen kommt den Lebensformen, in denen Kinder aufwachsen und versorgt werden, zunehmendes Interesse zu, etwa der Betrachtung von Eltern-Kind-Gemeinschaften nach der Staatsangehörigkeit der Eltern(-teile). Im Mai 2003 waren in Deutschland bei 85 % der rund 9,4 Mill. Ehepaare mit Kindern (ohne Altersbegrenzung) beide Ehegatten Deutsche, bei 9 % der Ehepaare mit Kindern hatten beide Ehegatten eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die übrigen rund 6 % der Ehepaare setzen sich aus Partnern zusammen, von denen jeweils einer die deutsche und einer eine ausländische Staatsangehörigkeit besaß. Deutsch-deutsche Paare waren im Mai 2003 bei den rund 751 000 (nicht-ehelichen und gleichgeschlechtlichen) Lebensgemeinschaften mit Kindern häufiger

Tab. 10: Ehepaare mit Kindern, Eltern-Kind-Gemeinschaften in Deutschland im Mai 2003 nach Staatsangehörigkeit und Lebensform der Eltern(-teile) sowie Zahl der Kinder¹

Staatsangehörigkeit und Lebensform der Eltern(-teile)	Insgesamt	Davon mit Kind(ern)			Kinder je Eltern-Kind-Gemeinschaft
		1	2	3 und mehr	
		1 000			Anzahl
Deutsch-deutsche Ehepaare	7 965	3 640	3 295	1 030	1,71
Ausländisch-ausländische Ehepaare	880	320	334	226	2,02
Deutsch-ausländische Ehepaare	549	258	214	77	1,72
Deutsch-deutsche Lebensgemeinschaften ²	685	444	190	51	1,45
Ausländisch-ausländische Lebensgemeinschaften ²	16	8	6	X	1,78
Deutsch-ausländische Lebensgemeinschaften ²	50	32	12	6	1,50
Deutsche allein Erziehende	2 243	1 553	553	138	1,39
Ausländische allein Erziehende	207	118	61	27	1,62

1 Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung (Lebensformenkonzept). – Im Haushalt der Eltern(teile) lebende ledige Kinder ohne Altersbegrenzung.

2 Nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

vertreten (91 %) als bei den Ehepaaren. Während der Anteil deutsch-ausländischer Paare mit 7 % etwas höher lag als bei den Ehepaaren mit Kindern (6 %), waren ausländisch-ausländische Lebensgemeinschaften mit Kindern eher selten (2 %). Dagegen besaßen 9 % der rund 2,5 Mill. allein Erziehenden einen ausländischen Pass.

Deutliche Unterschiede bestehen – je nach Staatsangehörigkeit – bei Eltern-Kind-Gemeinschaften hinsichtlich der durchschnittlichen Zahl der Kinder (ohne Altersbegrenzung), wobei die ausländischen Eltern-Kind-Gemeinschaften durchweg kinderreicher sind. So betrug im Mai 2003 bei ausländisch-ausländischen Ehepaaren die Kinderzahl durchschnittlich 2,02 Kinder, bei ausländisch-ausländischen Lebens-

gemeinschaften 1,78 und bei ausländischen allein Erziehenden 1,62 Kinder. Diese lag bei den deutsch-deutschen Ehepaaren im Durchschnitt bei 1,71 Kindern, bei deutsch-deutschen Lebensgemeinschaften betrug sie 1,45 und bei deutschen allein Erziehenden durchschnittlich 1,39 Kinder. Der Grund für die höheren Kinderzahlen wird bei ausländischen Eltern-Kind-Gemeinschaften u. a. in der jüngeren Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung und der höheren Geburtenrate ausländischer Frauen gesehen.

Neben den vielfältigen Formen des Zusammenlebens – sei es mit oder ohne Kinder – setzt sich in Deutschland immer stärker das Alleinleben durch. Insgesamt wohnten und wirtschafteten im Mai 2003 rund 17 % der Bevölkerung für sich allein, 1991 waren es noch 14 % gewesen. Besonders weit verbreitet ist das Alleinleben unter der älteren Generation. Insgesamt waren von den rund 13,8 Mill. allein Lebenden im Mai 2003 knapp zwei Fünftel (38 %) im Seniorenalter (65 Jahre und mehr), gut ein Fünftel (22 %) gehörte sogar der Altersgruppe von 75 Jahren und mehr an. Dennoch ist der Anteil der allein Lebenden an der älteren Bevölkerung seit 1991 zurückgegangen. So lag er bei den Senioren im Mai 2003 mit 38 % fünf Prozentpunkte unter dem Anteil vom April 1991. Gestiegen ist dafür der Alleinlebendenanteil an der jüngeren Bevölkerung: Lebten 1991 noch 15 % der 20- bis unter 35-Jährigen allein, so waren es im Mai 2003 bereits 22 %.

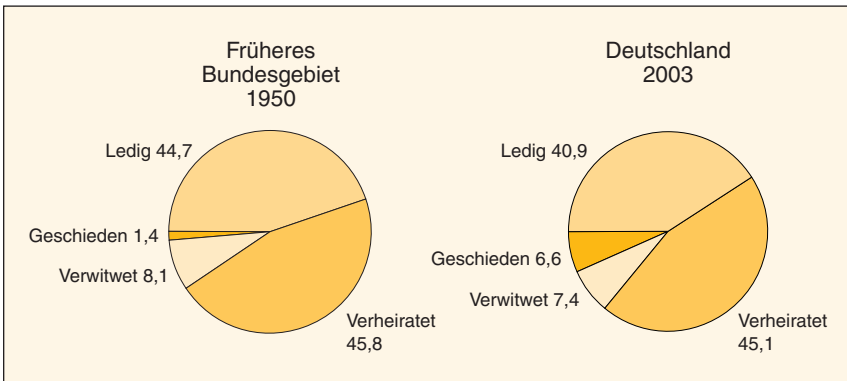
1.7 Eheschließungen, Scheidungen

In Deutschland schlossen im Jahr 2003 insgesamt 383 000 Paare die Ehe. Damit ging die Zahl der Hochzeiten weiter zurück, nachdem sie 2002 geringfügig zugenommen hatte. In den 1990er-Jahren war es nur 1999 – mit dem besonderen Datum 9. September 1999 – zu einem Anstieg der standesamtlichen Trauungen gekommen. Eine unter 500 000 liegende Zahl von Eheschließungen hatte es bereits von Ende der 1970er- bis Mitte der 1980er-Jahre gegeben. Der nachfolgende Anstieg war auf den veränderten Altersaufbau zurückzuführen und nicht auf eine Änderung des Heiratsverhaltens. Eine Zahl von mehr als 600 000 Heiraten waren zuletzt 1967 festgestellt worden.

Unter den 383 000 vor einem deutschen Standesamt geschlossenen Ehen des Jahres 2003 waren bei 312 000 Mann und Frau Deutsche. 25 000 deutsche Frauen heirateten einen ausländischen Mann und 35 000 deutsche Männer gingen mit einer ausländischen Frau die Ehe ein. Bei 11 000 Eheschließungen hatten beide eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die Heiraten zweier Deutscher gingen in den letzten Jahren ständig zurück, eine Ausnahme bildeten lediglich die Jahre 1999 und 2002.

Mit der Eheschließung warten junge Menschen immer länger. Seit Mitte der 1970er-Jahre ist in Deutschland das durchschnittliche Heiratsalter lediger ständig gestiegen. Im Jahr 2003 waren ledige Männer bei der Hochzeit im Durchschnitt 32 Jahre alt. Für die Frauen, die zum ersten Mal heirateten, ergab sich ein Durchschnitts-

Abb. 7: Familienstand der Bevölkerung
in Prozent



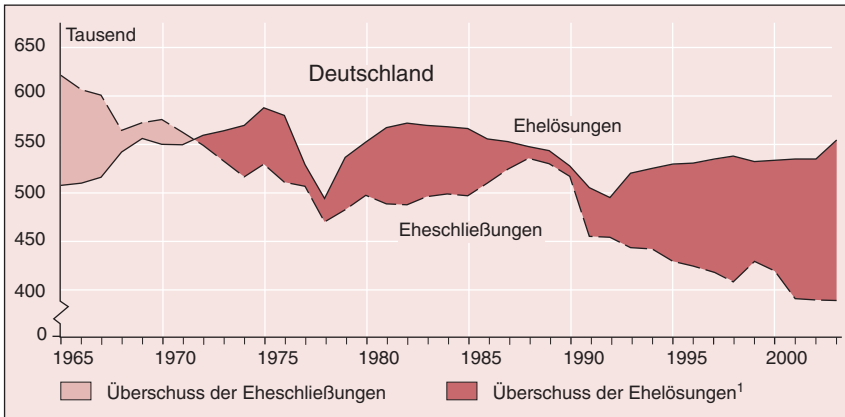
alter von 29 Jahren. Bei 62 % der Hochzeiten waren beide Personen ledig. 14 % der Ehen wurden zwischen einem geschiedenen Mann und einer geschiedenen Frau geschlossen.

Ehen können entweder durch den Tod eines Ehepartners oder durch Scheidung gelöst werden, wobei der erstgenannte Fall bei weitem überwiegt. Allerdings hat der Anteil der Scheidungen erheblich zugenommen. 2003 stieg ihre Zahl auf 214 000 an. Auf 10 000 bestehende Ehen kamen damit etwa 114 Ehescheidungen. Berücksichtigt man die Ehedauer der geschiedenen Ehen, so wäre bei einem Anhalten der derzeitigen Scheidungshäufigkeit damit zu rechnen, dass etwa 42 % der Ehen im Laufe der Zeit wieder geschieden werden.

Tab. 11: Eheschließungen und Ehescheidungen in Deutschland 1950 bis 2003

Jahr	Eheschließungen		Ehescheidungen	
	insgesamt 1 000	je 1 000 Einwohner	insgesamt 1 000	je 1 000 Einwohner
1950	750	11,0	135	2,0
1960	689	9,5	73	1,0
1970	575	7,4	104	1,3
1980	497	6,3	141	1,8
1990	516	6,5	155	2,0
1995	431	5,3	169	2,1
1998	417	5,1	192	2,4
1999	431	5,2	191	2,3
2000	419	5,1	194	2,4
2001	390	4,7	197	2,4
2002	392	4,8	204	2,5
2003	383	4,6	214	2,6

Abb. 8: Eheschließungen und Ehelösungen 1965 bis 2003



1 Durch Tod, Scheidung, Aufhebung oder Nichtigkeit der Ehe.

Mit der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 trat auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost das bundesdeutsche Scheidungsrecht in Kraft. Dies hatte, ähnlich wie die Reform dieses Rechts 1977 in den alten Bundesländern, einen starken Rückgang der Zahl der Scheidungen zur Folge: 1990 wurden etwa ein Drittel weniger Ehen geschieden als 1989, und 1991 waren es im Vergleich zu 1989 weniger als ein Fünftel. Seit 1993 steigt hier die Zahl der Ehescheidungen aber deutlich.

Von der Scheidung sind nicht nur die Ehepartner, sondern auch deren minderjährige Kinder betroffen. 108 000 der geschiedenen Ehepaare hatten Kinder unter 18 Jahren. Insgesamt erlebten 170 000 minderjährige Kinder im Jahr 2003 die Scheidung ihrer Eltern. Bei 34 % der Kinder handelte es sich um das einzige minderjährige Kind des geschiedenen Paares.

Weitere Informationen zum Thema Ehe und Familie siehe Teil II, Kap. 9.

1.8 Ausländische Bevölkerung

1.8.1 Stand und Entwicklung

Ende 2003 lebten in Deutschland gut 7,3 Mill. Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit. Gegenüber Ende 1991 hat sich diese Zahl um rund 1,5 Mill. erhöht. Der Anteil an der Bevölkerung stieg im gleichen Zeitraum von 7,3 auf 8,9 %.

Für die Veränderung der Zahl ausländischer Staatsangehöriger und der Struktur dieser Bevölkerungsgruppe ist zum weitaus größten Teil die Entwicklung im früheren

Bundesgebiet maßgebend. Hier hatte der 1950 einsetzende wirtschaftliche Aufschwung zu einem ständig wachsenden Bedarf an Arbeitskräften geführt, der bis zum Bau der Mauer am 13. August 1961 hauptsächlich durch die Aufnahme von Deutschen aus der ehemaligen DDR und Berlin-Ost gedeckt werden konnte. Ab diesem Zeitpunkt kam dann der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine immer größere Bedeutung zu. Dementsprechend erhöhte sich die Zahl der im früheren Bundesgebiet lebenden Ausländerinnen und Ausländer von knapp 690 000 im Jahr 1961 (1,2 % der Bevölkerung) auf 2,4 Mill. im Jahr 1970 (4,3 % der Bevölkerung). Nach einem vorübergehenden Rückgang zwischen 1974 und 1978 aufgrund des Anwerbestopps stieg die Zahl ausländischer Bürgerinnen und Bürger als Folge der Familienzusammenführung sowie der verstärkten Einreise von Asylsuchenden 1982 auf knapp 4,7 Mill., 1983 ging sie erstmals seit 1978 wieder zurück. Die starke Abwanderung als Folge des Rückkehrhilfegesetzes führte 1984 zu einer weiteren Abnahme. Nach dem Auslaufen dieses Gesetzes stieg die Zahl der Menschen mit ausländischem Pass im Jahr 1985 wieder. Ende 1999 betrug sie – auch bedingt durch die bis Mitte 1993 hohen Zahlen von Asylsuchenden sowie durch die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Bosnien und Herzegowina – 7,3 Mill. (8,9 % der Bevölkerung). Im Zeitraum von 1970 bis 1999 nahm die ausländische Bevölkerung im früheren Bundesgebiet somit um knapp 4,9 Mill. Personen zu.

Die meisten ausländischen Staatsangehörigen kamen in das frühere Bundesgebiet, um hier Arbeit zu finden. Sie waren größtenteils im erwerbsfähigen Alter und überwiegend männlichen Geschlechts. Im Laufe der Zeit nahm der Anteil der Ausländerinnen hauptsächlich aufgrund der Familienzusammenführungen von 31 % im Jahr 1961 auf rund 47 % im Jahr 2000 zu. Die Zahl ausländischer Kinder stieg ebenfalls an. Auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost leben und arbeiten ausländische Staatsangehörige. Eine vom Umfang her mit den Verhältnissen im früheren Bundesgebiet vergleichbare Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat es dort allerdings nicht gegeben.

Ende 1989 lebten in der ehemaligen DDR rund 191 200 Ausländerinnen und Ausländer (1,2 % der Bevölkerung). Bis Ende 1991 verringerte sich diese Zahl auf rund 110 500. Der Rückgang hing offensichtlich damit zusammen, dass ausländische Staatsangehörige in den Jahren 1990 und 1991 nach Auslaufen ihrer Arbeitsverträge bzw. der von

Tab. 12: Ausländische Bevölkerung Deutschlands am 31. 12. 2003
nach Altersgruppen¹

Altersgruppen von . . . bis unter . . . Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
unter 15	1 422,1	19,4	730,6	19,0	691,4	19,7
15–40	3 270,7	44,5	1 696,4	44,2	1 574,4	45,0
40–65	2 191,0	28,9	1 172,2	30,5	1 018,8	29,1
65 und älter	458,0	6,2	240,8	6,3	217,1	6,2
Insgesamt	7 341,8	100,0	3 840,0	100,0	3 501,7	100,0

¹ Auswertung der Fortschreibung.

Tab. 13: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung Deutschlands seit 1961

Zeitpunkt	Anzahl in 1 000	Anteil an der Bevölkerung in %
<i>Früheres Bundesgebiet</i>		
06. 06. 1961	686,2	1,2
27. 05. 1970	2 438,6	4,3
25. 05. 1987	4 145,6	6,8
31. 12. 1989	4 845,9	7,7
30. 09. 1990	5 241,8	8,2
<i>Deutschland</i>		
31. 12. 1991	5 882,3	7,3
31. 12. 1992	6 495,8	8,0
31. 12. 1995	7 173,9	8,8
31. 12. 1997	7 365,8	9,0
31. 12. 1999 ¹	7 336,1	8,9
31. 12. 2000 ¹	7 267,6	8,8
31. 12. 2001 ¹	7 318,3	8,9
31. 12. 2002 ¹	7 348,0	8,9
31. 12. 2003 ¹	7 341,8	8,9

1 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

der ehemaligen DDR getroffenen Arbeitskräftevereinbarungen in ihre Heimat zurückkehrten. Seit 1992 steigt die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in den neuen Ländern und Berlin-Ost – auch als Folge der Aufnahme von Asylsuchenden – Jahr für Jahr leicht; Ende 2003 betrug sie 324 500 (2,4 % der Bevölkerung).

1.8.2 Aufenthaltsdauer

Von den 7,3 Mill. Ausländerinnen und Ausländern, die Ende 2003 in Deutschland lebten, waren rund 39 % weniger als zehn Jahre – 34 % bereits 20 Jahre oder länger – hier ansässig. Etwa 25 % lebten seit weniger als sechs Jahre in Deutschland, und 14 % hatten einen Aufenthalt von sechs bis unter zehn Jahren. Für 2003 ergibt sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Deutschland von rund 16,0 Jahren, 1992 lag sie noch bei 12,0 Jahren. Der Anstieg der durchschnittlichen Verweildauer bedeutet, dass trotz der starken Wanderungsbewegungen in den letzten Jahren die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer erst kürzeren Verweildauer stärker abgenommen hat, als die Zahl derjenigen, die bereits seit längerer Zeit in Deutschland leben.

1.8.3 Geburtenentwicklung

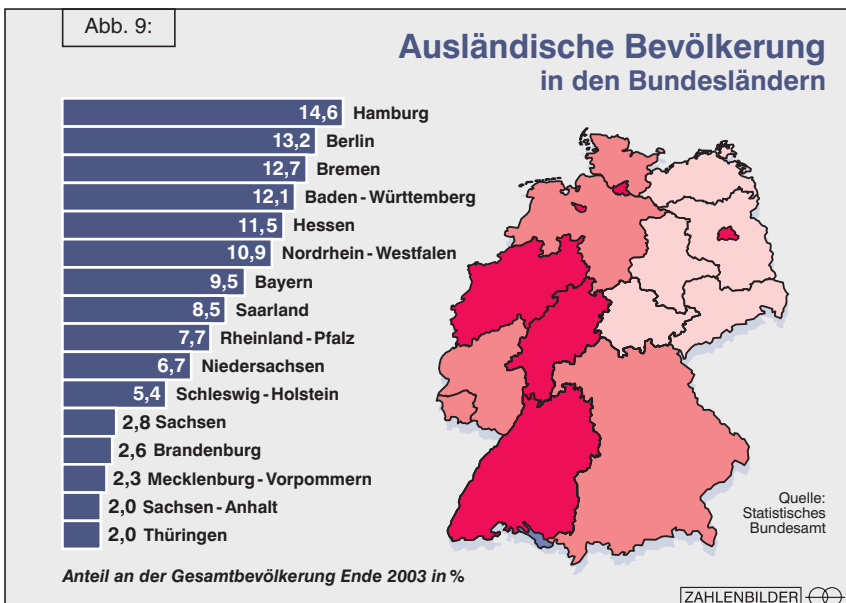
2003 wurden in Deutschland 39 000 Kinder mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft geboren, die weitaus meisten von ihnen in den alten Bundesländern, wo auch der größte Teil der in Deutschland lebenden ausländischen Bevölkerung heimisch ist.

Weitere 37 000 Kinder ausländischer Eltern besaßen entsprechend dem seit Jahresbeginn 2000 geltenden Staatsangehörigkeitsrecht die deutsche Staatsangehörigkeit. 1999 waren – nach dem bis dahin geltenden Recht – 95 000 ausländische Kinder in Deutschland zur Welt gekommen und im Jahr 2001 nach dem neuen Recht 44 000. In den alten Bundesländern wurde 1974 mit 108 000 die bisher höchste Zahl ausländischer Kinder geboren. Bis Mitte der 1980er-Jahre halbierte sich diese Zahl (mit einem zwischenzeitlichen Anstieg 1980 und 1981). Danach stieg sie (mit Ausnahme der Jahre 1994 und 1995) wieder, fällt aber seit 1998 erneut.

Ein Grund für diese Veränderung war die Entwicklung der Zahl der ausländischen Bevölkerung, die sowohl Mitte der 1970er- als auch Mitte der 1980er-Jahre zeitweise zurückgegangen war. Auch hatten bis Ende 1974 Kinder aus deutsch-ausländischen Ehen nur dann bei der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn der Vater Deutscher war. Seit 1975 erhalten Kinder deutscher Mütter, die mit einem Ausländer verheiratet sind, ebenfalls die deutsche Staatsangehörigkeit. Ab 1. Januar 2000 erhalten in Deutschland zur Welt gekommene Kinder automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sich zumindest ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhält.

1.8.4 Regionale Verteilung

In welchen Regionen des früheren Bundesgebiets ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Wohnsitz nehmen, hängt im Wesentlichen von den örtlichen



Wirtschaftsstrukturen und den Erwerbsmöglichkeiten ab. So liegt der Bevölkerungsanteil der ausländischen Bürgerinnen und Bürger in den industriellen Ballungsgebieten wesentlich über dem Bundesdurchschnitt, in wirtschaftsschwachen Räumen dagegen erheblich darunter.

Die Verteilung der ausländischen Bevölkerung auf die Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland zeigt, dass Ende 2003 die Stadtstaaten Hamburg (14,6 %) und Berlin (13,2 %) die höchsten Ausländeranteile an der Gesamtbevölkerung aufwiesen. Bei den Flächenstaaten war der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Baden-Württemberg (12,1 %), Hessen (11,5 %) und Nordrhein-Westfalen (11,0 %) am höchsten, am niedrigsten war er in den Bundesländern Thüringen und Sachsen-Anhalt mit jeweils 2,0 %.

1.8.5 Asylsuchende und -berechtigte

Zwischen Ende der 1980er-Jahre und Mitte 1993 reisten verstärkt Menschen als Asylsuchende in das frühere Bundesgebiet bzw. nach Deutschland ein. Im früheren Bundesgebiet waren es 1980 fast 108 000; danach ging die Zahl auf etwa 20 000 im Jahr 1983 zurück, stieg dann aber – vom Jahr 1987 abgesehen – Jahr für Jahr an. Mit 438 200 erreichte die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland 1992 ihren bisher höchsten Stand. Durch die jeweils Mitte 1993 erfolgte Änderung von Artikel 16 und

Tab. 14: Asylsuchende und Asylberechtigte ab 1975¹

Jahr	Asyl-suchende	Asyl-berechtigte	Anerkennungs- quote ²
	Anzahl		
1975	9 627	2 928	22,2
1980	107 818	12 783	12,0
1985	73 832	11 224	29,2
1990	193 063	6 518	4,4
1991	256 112	11 597	6,9
1992	438 191	9 189	4,3
1993	322 599	16 396	3,2
1994 ³	127 210	25 578	7,3
1996	116 367	14 389	7,4
1997	104 353	8 443	4,9
1998	98 644	5 883	4,0
1999	95 113	4 114	3,0
2000	78 564	3 128	3,0
2001	88 287	5 716	5,3
2002	71 127	2 379	1,8
2003	50 563	1 534	1,6

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

2 Die Anerkennungsquote bezieht sich auf die im jeweiligen Berichtsjahr getroffenen Entscheidungen.

3 Ab Berichtsjahr 1994 werden nur noch Erstanträge erfasst.

Quelle: Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Nürnberg.

Einführung von Artikel 16 a des Grundgesetzes sowie die hiervon ausgehenden asylverfahrensrechtlichen Neuregelungen sank die Zahl der Asylsuchenden 1993 auf 322 599. Dieser Rückgang setzte sich in den folgenden Jahren fort. Im Jahr 2001 wurde zwar ein leichter Anstieg verzeichnet. Demgegenüber wurde 2003 wieder ein deutlicher Rückgang registriert: So stellten nur 50 563 ausländische Staatsangehörige und damit 20 564 Menschen weniger als 2002 einen Asylantrag in Deutschland.

Der Anteil der als Asylberechtigte anerkannten Asylsuchenden unterliegt immer wieder Schwankungen. So sank er im Zeitraum 1985/93 – das Jahr 1991 ausgenommen – von 29 auf rund 3 % und stieg dann auf 9 % (1995). 2001 wurde nach einem Rückgang auf 3 % (1999/2000) nochmals ein Anstieg der Anerkennungsquote auf 5,3 % verzeichnet. Seitdem ist wieder ein Rückgang zu beobachten: Im Jahr 2003 lag die Anerkennungsquote mit 1,6 % auf dem bislang niedrigsten Niveau.

Weitere Informationen zum Thema ausländische Bevölkerung siehe Teil II, Kap. 13.

1.9 Wanderungen

Bei der Beobachtung und Analyse der Veränderung der Einwohnerzahl kommt der räumlichen Bevölkerungsbewegung und damit den Wanderungen neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle) eine zentrale Bedeutung zu. Bei den Wanderungen wird unterschieden zwischen Wohnsitzwechseln innerhalb Deutschlands (Binnenwanderung) und solchen über die Grenzen Deutschlands (Außenwanderung). Die Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und der ehemaligen DDR wurden bis zum 3. Oktober 1990 in der Außenwanderungsstatistik erfasst, seitdem handelt es sich um Binnenwanderungsfälle.

1.9.1 Binnenwanderung

Im Jahr 2003 haben 3,806 Mill. Personen ihren Wohnsitz innerhalb Deutschlands gewechselt. Bezieht man diese Zahl auf 1 000 Einwohner, erhält man die so genannte Mobilitätsziffer. Sie gibt Aufschluss über die Häufigkeit, mit der Einwohner eines Gebiets ihren Wohnsitz wechseln. 2003 betrug die Mobilitätsziffer rund 46, d. h. fast jeder 20. Einwohner ist in jenem Jahr innerhalb Deutschlands von einer Gemeinde in eine andere umgezogen.

Die räumliche Mobilität der Bevölkerung entwickelte sich seit 1970 sehr unterschiedlich. Im Zeitraum 1970/80 verringerten sich die Wanderungen über die Gemeindegrenzen im früheren Bundesgebiet von 3,662 Mill. auf 3,024 Mill. Die Mobilitätsziffer sank im gleichen Zeitraum von 60 auf 49. Dieser Rückgang dürfte auch eine Folge der Gebietsreform in den alten Bundesländern sein; im Zuge dieser Reform wurden Nahwanderungsfälle durch Eingemeindungen häufig zu Ortsumzügen und konnten sich deshalb in der Mobilitätsziffer nicht auswirken. Bis Ende der 1980er-

Tab. 15: Wanderungen über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen seit 1970

Jahr	Wanderungen über die					
	Gemeindegrenzen		Kreisgrenzen		Landesgrenzen	
	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner ¹	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner ¹	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner ¹
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
1970	3 662	59,8	2 942	48,1	1 118	18,5
1980	3 024	49,2	2 304	37,5	820	13,4
1985	2 572	42,1	1 850	30,3	640	10,5
1990	2 970	47,4	2 185	34,9	841	13,4
<i>Deutschland</i>						
1991	3 402	42,8	2 494	31,4	1 127	14,2
1993	3 629	44,8	2 540	31,4	1 000	12,4
1995	3 951	48,5	2 722	33,4	1 069	13,1
1997	4 015	49,0	2 730	33,3	1 063	13,0
1998	4 001	48,8	2 727	33,2	1 081	13,2
1999	3 968	48,4	2 722	33,1	1 104	13,5
2000	3 892	47,4	2 700	32,8	1 137	13,8
2001	3 875	47,1	2 712	33,0	1 181	14,4
2002	3 843	46,6	2 677	32,5	1 154	14,0
2003	3 806	46,1	2 646	32,1	1 115	13,5

1 Jeweils am 31. Dezember des Vorjahres.

Tab. 16: Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 1950

Jahr	Zuzüge aus den neuen Ländern und Berlin-Ost	Fortzüge nach den neuen Ländern und Berlin-Ost	Wanderungssaldo gegenüber den neuen Ländern und Berlin-Ost
1950	302 808	39 986	+ 262 822
1960	247 751	25 429	+ 222 322
1970	20 664	2 082	+ 18 582
1980	15 774	1 560	+ 14 214
1989	388 396	5 135	+ 383 261
1990	395 343	36 217	+ 359 126
1991	249 743	80 267	+ 169 476
1992	199 170	111 345	+ 87 825
1994	163 034	135 774	+ 27 260
1996	166 007	151 973	+ 14 034
1998	182 478	151 750	+ 30 728
1999	195 530	151 943	+ 43 587
2000	214 456	153 179	+ 61 277
2001 ¹	230 227	138 615	+ 91 612
2002 ¹	216 165	139 412	+ 76 753
2003 ¹	195 216	137 517	+ 57 699

1 Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West), neue Länder einschl. Berlin.

Jahre war die Zahl der Wanderungen über die Gemeindegrenzen weiterhin rückläufig. 1991 lag sie dann erstmals seit 1980 wieder über der Drei-Millionen-Grenze.

Im Jahr 2003 wurden 1,115 Mill. Wanderungen über die Landesgrenzen registriert. Im Zeitraum von 1991 bis 1993 hatte sich diese Zahl von 1,127 Mill. auf 1 Mill. verringert und 2001 mit 1,181 Mill. einen Höchststand erreicht.

Die Entwicklung der Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost war in den 1990er-Jahren gegenläufig, d. h. sie war durch eine Verringerung der Zuzüge aus den neuen Ländern und Berlin-Ost bei gleichzeitigem Anstieg der Wanderungen in entgegengesetzter Richtung gekennzeichnet, sodass die Wanderungsbilanz nahezu ausgeglichen war. Seit 1998 ist eine Umkehr des bisherigen Trends erkennbar. 2003 verlegten 195 200 Menschen ihren Wohnsitz von den neuen Ländern einschl. Berlin in eines der alten Bundesländer und rund 138 000 wählten den umgekehrten Weg. Daraus ergab sich für die neuen Länder einschl. Berlin ein Abwanderungsüberschuss von rund 58 000 Personen.

1.9.2 Außenwanderung

Deutsche

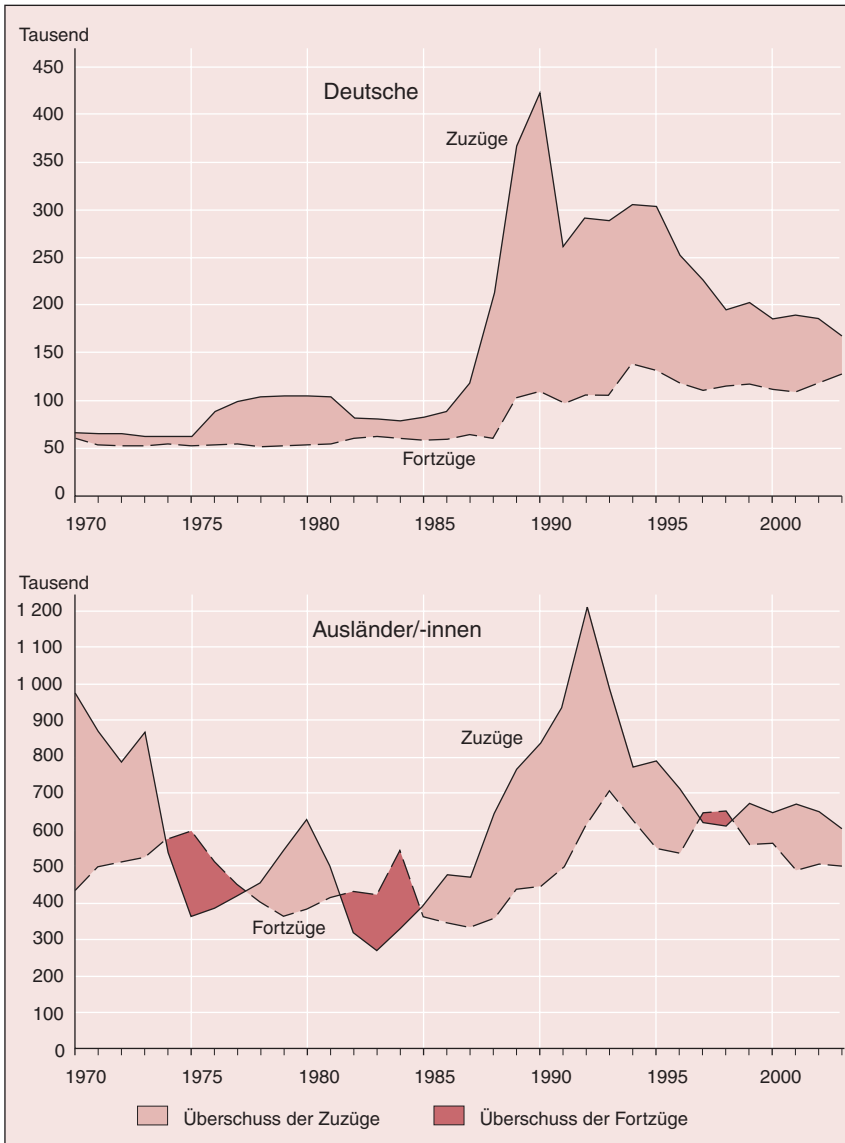
Aus den Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet (ab Berichtsjahr 1991: Deutschland) und dem Ausland ergab sich für die deutsche Bevölkerung – im Gegensatz zum ausländischen Bevölkerungsteil – in den beiden letzten Jahrzehnten Jahr für Jahr ein Zuwanderungsüberschuss. Die Höhe dieses Überschusses wurde hauptsächlich vom Ausmaß der Zuwanderung, insbesondere von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern aus osteuropäischen Ländern, bestimmt.

Ausländerinnen und Ausländer

Die in den beiden vergangenen Jahrzehnten im früheren Bundesgebiet (ab Berichtsjahr 1991: Deutschland) verzeichneten Außenwanderungssalden von ausländischen Staatsangehörigen resultieren aus einem relativ hohen Wanderungsvolumen. Dabei hat der Saldo mehrfach das Vorzeichen gewechselt, was phasenweise geschah. Anders als noch in den 1960er-Jahren spiegelt die Entwicklung der Zu- und Fortzüge ausländischer Staatsangehöriger über die Bundesgrenzen nicht mehr den Konjunkturverlauf in der Bundesrepublik Deutschland wider. Vielmehr wird das Wanderungsverhalten der Ausländerinnen und Ausländer seit Mitte der 1970er-Jahre von konjunkturunabhängigen Faktoren beeinflusst. Zu nennen sind hier der Familiennachzug sowie die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in den Herkunftsländern. Die Einreise zum Zweck der Asylsuche, die auch bei ungünstiger Arbeitsmarktlage im Bundesgebiet bis zum Sommer 1993 ein wichtiges Motiv war, ist hierfür ein augenfälliges Beispiel.

Auf den Umfang der Zu- und Abwanderung ausländischer Staatsangehöriger wirken sich auch die Maßnahmen der Bundesregierung zur Steuerung der Wanderungsströme aus. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang der 1973 erlassene Anwerbestopp, das Rückkehrhilfegesetz von 1983 sowie asylrechtliche Maßnahmen.

Abb. 10: Wanderungen von Deutschen und ausländischen Staatsangehörigen über die Auslandsgrenzen Deutschlands seit 1970¹



1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

Im Jahr 1992 hatte die Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger mit 1,211 Mill. ihren bisher höchsten Stand erreicht. Danach war bis 1994 ein Rückgang zu beobachten, der wesentlich mit der Entwicklung der Einreise von Asylsuchenden zusammenhing. 1995 stieg die Zahl der Zuzüge ausländischer Staatsangehöriger erneut und ging dann wieder bis 1998 zurück. In den vergangenen Jahren ist kein einheitlicher Trend zu beobachten, auf eine Zunahme folgte ein Rückgang im nächsten Jahr. Die Abwanderung von Ausländerinnen und Ausländern hatte sich seit 1987 Jahr für Jahr verstärkt, bis von 1994 bis 1996 wieder ein Rückgang der Fortzugszahlen festzustellen war. Dieser Trend kehrte sich in den Jahren 1997 und 1998 um, sodass in den Jahren 1999 und 2000 die Abwanderung ausländischer Staatsangehöriger wieder geringer ausfiel und in den Jahren 2001 bis 2003 weiter zurückging.

1.10 Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland bis zum Jahr 2050

Im Juni 2003 hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland vorgelegt. Die Vorausberechnung geht von dem Bevölkerungsstand vom 31.12.2001 aus und erstreckt sich über einen Zeithorizont von knapp 50 Jahren bis zum Jahr 2050. Für eine solche Vorausberechnung müssen zunächst bestimmte Annahmen getroffen werden. So geht sie von einer Stagnation der Geburtenhäufigkeit auf niedrigem Niveau (1 Annahme), einer weiteren Zunahme der Lebenserwartung (3 Annahmen) sowie von langfristigen Wanderungsüberschüssen (3 Annahmen) aus. Ihre Ergebnisse zeigen, wie sich Bevölkerungszahl und -struktur unter den aus heutiger Sicht realistisch erscheinenden Annahmen langfristig entwickeln würden. Da hierbei jedoch bedacht werden muss, dass der Verlauf der maßgeblichen Einflussgrößen – wie das generative Verhalten, die Sterblichkeit und das Wanderungsgeschehen – mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt immer schwieriger vorherzusehen ist, hat sie Modellcharakter.

Die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes umfasst neun Varianten (Übersicht 1), welche sich aus der Kombination von jeweils drei Annahmen zur Entwicklung der Lebenserwartung und des jährlichen Wanderungssaldos ergeben. In allen Varianten wird eine konstante Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern pro Frau während des gesamten Vorausberechnungszeitraums angenommen.

Alle Varianten der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung zeigen einen langfristigen Trend zur Schrumpfung der Bevölkerung. Für das Jahr 2050 ergibt sich für Deutschland aus den 9 Varianten eine Spannweite zwischen 67,0 und 81,3 Mill. Menschen, sodass die derzeitige Einwohnerzahl von 82,5 Mill. in allen Fällen unterschritten wird. Die niedrigste Bevölkerungszahl ist bei niedriger Zunahme der Lebenserwartung und niedriger Zuwanderung (Variante 1), die höchste bei hohem Lebenserwartungsanstieg und hoher Zuwanderung (Variante 9) zu erwarten. Nach der

Übersicht 1: Varianten der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung¹

Annahmen zum langfristigen jährlichen Außenwanderungssaldo bis zum Jahr 2050			Annahmen zur Lebenserwartung Neugeborener im Jahr 2050		
			Lebenserwartung lt. Sterbetafel 1999/2001: männlich: 75,1 weiblich: 81,1		
			männlich: 78,9 weiblich: 85,7	männlich: 81,1 weiblich: 86,6	männlich: 82,6 weiblich: 88,1
Deutsche	Ausländer/ -innen		L1	L2	L3
Schrittweiser Abbau des Wanderungsüberschusses von jährlich 80 000 Personen bis zum Nullniveau im Jahr 2040 (gilt für alle Varianten)	100 000 Personen 200 000 Personen Anfangs 200 000 Personen, ab dem Jahr 2011 300 000 Personen	W1 W2 W3	Variante 1 (niedrigste Bevölkerungszahl) Variante 2 Variante 3 (relativ »junge« Bevölkerung)	Variante 4 Variante 5 (»mittlere« Bevölkerung) Variante 6	Variante 7 (relativ »alte« Bevölkerung) Variante 8 Variante 9 (höchste Bevölkerungszahl)

¹ Die Geburtenhäufigkeit wird in allen Varianten während des gesamten Vorausberechnungszeitraums als konstant angenommen (durchschnittlich 1,4 Kinder pro Frau).

mittleren Variante (Variante 5) wird die Bevölkerungszahl nach einem geringen Anstieg auf 83,1 Mill. ab dem Jahr 2013 zurückgehen, 2024 den heutigen Stand unterschreiten und bis zum Jahr 2050 auf 75,1 Millionen und damit das Niveau des Jahres 1963 sinken.

Die Ursache für den langfristigen Bevölkerungsrückgang liegt in der Abnahme der Geburtenzahl bei einem gleichzeitigen Anstieg der Zahl der Gestorbenen. Bei einer Geburtenhäufigkeit von durchschnittlich 1,4 Kindern pro Frau bringt jede folgende Frauengeneration am Ende ihres gebärfähigen Alters, welches sich i. d. R. vom 15. bis zum 49. Lebensjahr erstreckt, weit weniger Kinder zur Welt, als es für den zahlenmäßigen Ersatz ihrer Generation erforderlich wäre (das so genannte Bestandserhaltungsniveau liegt bei der gegenwärtigen Sterblichkeit bei 2,1 Kindern pro Frau). Die heute geborenen Mädchenjahrgänge sind also zahlenmäßig kleiner als die ihrer Mütter. Sind diese Mädchen einmal erwachsen und haben ebenfalls durchschnittlich 1,4 Kinder, wird die künftige Kinderzahl weiter sinken, weil dann auch weniger potenzielle Mütter leben werden.

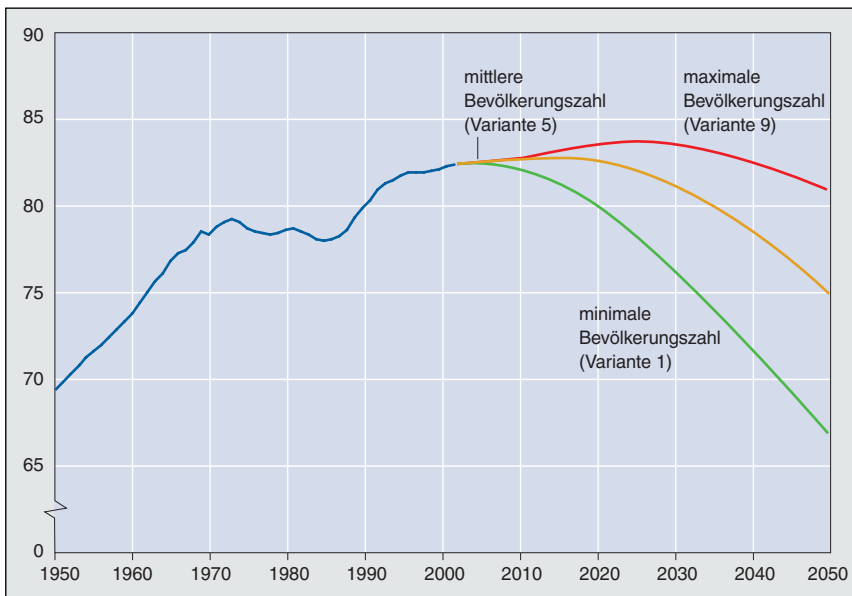
Die Zunahme der Sterbefälle ergibt sich aus der Tatsache, dass die relativ stark besetzten Jahrgänge der heute etwa 30- bis 40-Jährigen während der Vorausberechnungsperiode in hohe Altersgruppen wechseln, die durch entsprechend höhere Sterblichkeit gekennzeichnet sind. Diese Effekte finden sich in den Ergebnissen der Vorausberechnung wieder: die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter geht von 20 Mill. im Jahr 2001 auf 14 Mill. (Variante 5) im Jahr 2050 zurück. Ihr Anteil an der Bevölke-

Die Bevölkerung insgesamt sinkt ebenfalls: von 24 % auf 19 %. Das Geburtendefizit steigt von 122 000 im Jahr 2002 auf fast 600 000 (Variante 5) im Jahr 2050 an und kann durch die angenommenen Wanderungsüberschüsse nicht auf Dauer ausgeglichen werden.

Die Alterstruktur der Bevölkerung in Deutschland wird in Zukunft durch einen immer größeren Anteil älterer Menschen charakterisiert. Nach der mittleren Variante der Vorausberechnung (Variante 5) wird die Hälfte der Bevölkerung im Jahr 2050 älter als 48 Jahre sein. Der Anteil der 60-Jährigen (also der 13-Jährigen von heute) und Älteren erhöht sich von etwa einem Viertel im Jahr 2002 auf mehr als ein Drittel im Jahr 2050. Allein die 80-Jährigen und Älteren werden im Jahr 2050 etwa 9,1 Millionen oder 12 % der Bevölkerung stellen. Zum Vergleich: Heute leben 3,4 Millionen Personen dieses Alters in Deutschland, das entspricht 4 % der Bevölkerung. Bei den unter 50-Jährigen dagegen fallen die einzelnen Jahrgänge um so schwächer aus, je jünger sie sind. Die Zahl der geborenen Kinder wird im Jahr 2050 etwa halb so groß sein (52 %) wie die der 60-Jährigen. Die absolute Zahl der unter 20-Jährigen sinkt von aktuell 17,1 Mill. (dies entspricht einem Anteil an der Bevölkerung von 21 %) auf 12,1 Mill. im Jahr 2050 (16 %), das wird weniger als die Hälfte der über 60-Jährigen sein.

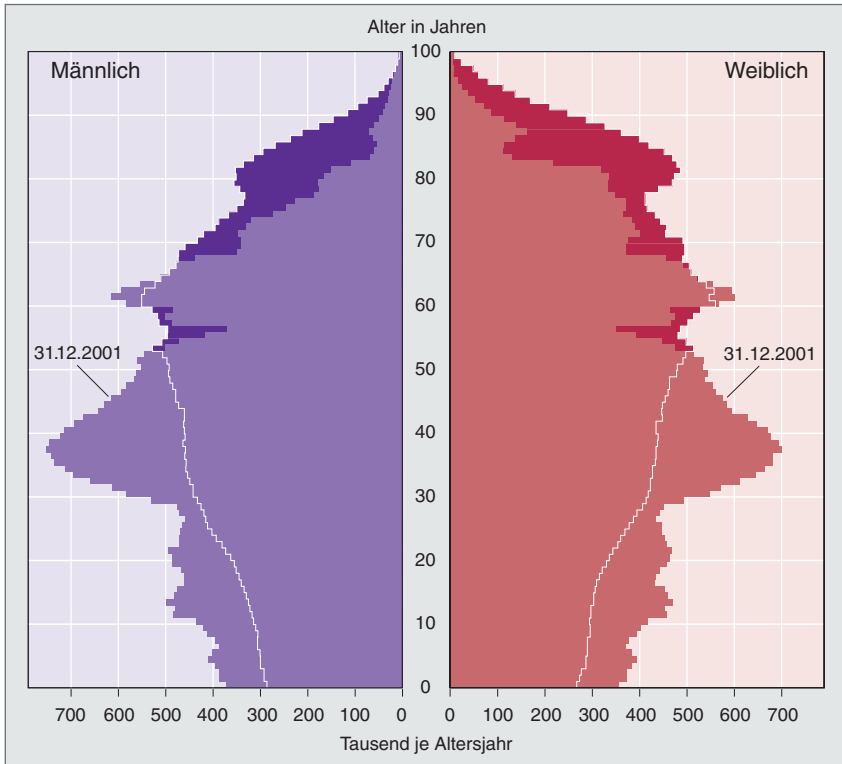
Die Alterung wird sich schon im 2. und 3. Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts deutlich bemerkbar machen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge aus den 60er-Jahren des

Abb. 11: Entwicklung der Bevölkerungszahl in Deutschland¹ von 1950 bis 2050



¹ Ab 2002 Schätzwerte der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.

Abb. 12: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland in den Jahren 2001 und 2050¹



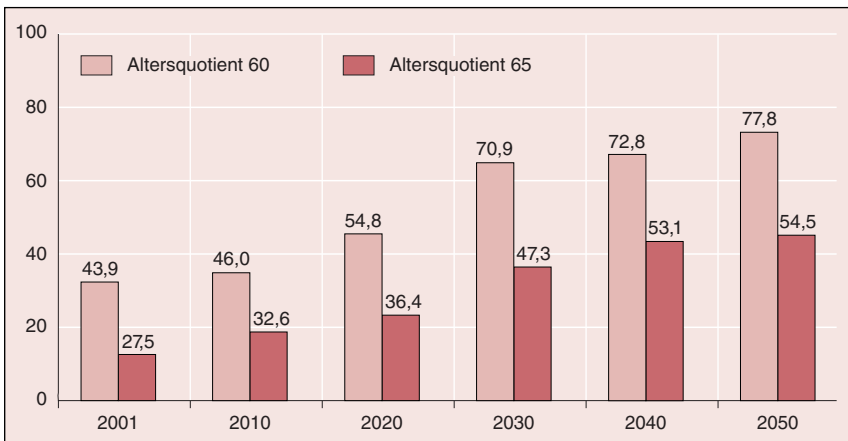
1 Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.

vergangenen Jahrhunderts in die höheren Altersgruppen hineinwachsen. Von der Bevölkerung im Erwerbsalter (hier 20 bis 64 Jahre) befinden sich in der ältesten Gruppe der 50- bis 64-Jährigen zurzeit 15,5 Mill. oder etwa 30 %. Im Jahr 2020 werden 19,5 Mill. Menschen (Variante 5) dieser Altersgruppe angehören, sie werden damit fast 40 % der Bevölkerung im Erwerbsalter stellen. Danach geht die Zahl der Menschen dieses Alters und auch ihr Anteil an der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren etwas zurück. Da aber das Arbeitskräftepotenzial insgesamt schrumpfen wird – von aktuell 51 Mill. auf knapp 40 Mill. im Jahr 2050 – bleibt die älteste Altersgruppe bei den Personen im Erwerbsalter mit 37 % weiterhin dominant.

Auch das Verhältnis zwischen den Senioren und der Bevölkerung im Erwerbsalter, der so genannte Altenquotient, wird sich – insbesondere in den nächsten 30 Jahren – drastisch verändern. 1995 kamen 37 Personen im Alter von 60 Jahren und älter auf

100 Menschen im Erwerbsalter (hier von 20 bis 59 Jahren), 2002 waren es schon 44. Nach der mittleren Variante der Vorausberechnung (Variante 5) würde der Altenquotient bis 2030 auf 71 emporschnellen und bis 2050 weiter bis auf 78 steigen. Läge das durchschnittliche Rentenzugangsalter nicht bei 60, sondern bei 65 Jahren, würden im Jahr 2050 etwa 20 Senioren weniger auf 100 Personen im Erwerbsalter (dann von 20 bis 64 Jahren) entfallen. Aber auch in diesem Fall würde der Altenquotient rasant ansteigen: von heute 28 auf 47 (Variante 5) im Jahr 2030 und weiter auf 55 im Jahr 2050. Somit würde eine Person im Erwerbsalter schon im Jahr 2030 für mehr Personen im Rentenalter aufkommen müssen als gegenwärtig bei dem Rentenzugangsalter von 60 Jahren (44).

Abb. 13: Entwicklung der Altenquotienten¹ für 60 und 65 Jahre
60- bzw. 65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von
20 bis 60 bzw. 65 Jahren



1 Schätzwerte der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5.

Die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung hat gezeigt, dass die Alterung nicht erst in 50 Jahren zu Problemen führen wird, sondern bereits in den nächsten Jahrzehnten eine große Herausforderung für Wirtschaft, Gesellschaft sowie vor allem für die sozialen Sicherungssysteme darstellen wird. Diese Entwicklung ist vorgegeben und unausweichlich: Ab den 2020er-Jahren werden die geburtenstärksten Jahrgänge Deutschlands, die 1960er, das Rentenalter erreichen.

Eine ausführliche Darlegung der Annahmen und Ergebnisse enthalten die Pressebrochüre »Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung« (kostenlos verfügbar im Internet unter http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2003/bev_2050b.htm) sowie die CD-ROM mit den Ergebnissen aller Varianten (Vertrieb: Statistisches Bundesamt; Gruppe Laufende Bevölkerungsstatistiken, Gebietsgliederungen bzw. über die E-Mail-Adresse gruppe-Vib@destatis.de).

2 Bildung

2.1 Einführung

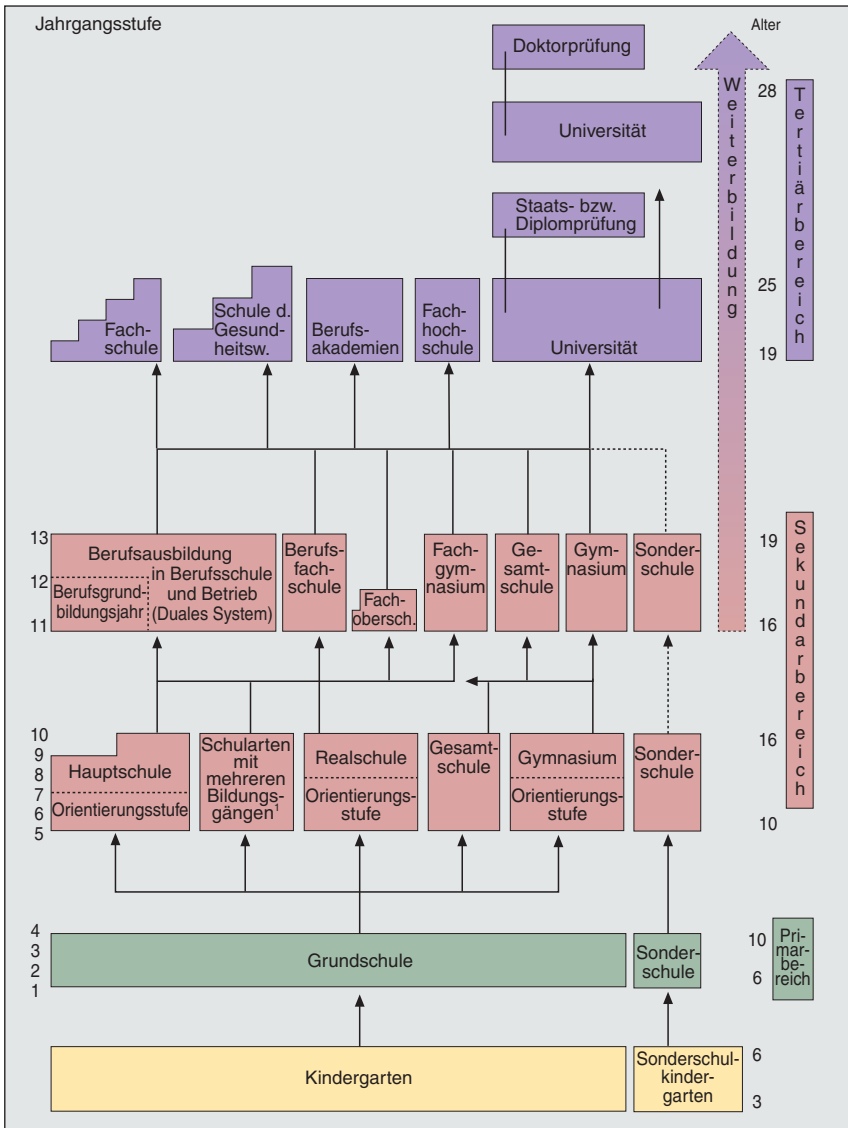
Die Bildungspolitik in Deutschland steht auch im dritten Jahrtausend im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Die Ergebnisse der IGLU-Studie (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung), insbesondere aber der PISA-Studie (Programme for International Student Assessment), die den deutschen Schülern und Schülerinnen ein im internationalen Vergleich weit unterdurchschnittliches Leistungsniveau bescheinigte, wurden und werden breit diskutiert. Was sind die Ursachen für das schlechte Abschneiden und welche Konsequenzen sollten daraus gezogen werden? Daneben bewegt zurzeit vor allem der deutlich spürbare Lehrstellenmangel und damit auch die Zukunft des dualen Systems die betroffenen jungen Menschen, Eltern, Lehrkräfte, Ausbilder und Ausbilderinnen, aber auch Politik und Wissenschaft. Die finanzielle und personelle Ausstattung der Hochschulen angesichts steigender Studierendenzahlen, das Für und Wider von Studiengebühren sowie die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen im Hinblick auf vergleichbare Abschlüsse in dem für 2010 angestrebten »Europäischen Hochschulraum« sind weitere Themen, die vor dem Hintergrund der Diskussion um Einsparungen in den öffentlichen Haushalten in jüngster Zeit erörtert werden. Zur Versachlichung der Diskussion und zur Problemlösung in der Bildungspolitik ist es notwendig, fundiertes statistisches Material bereitzustellen.

Nicht alle Bildungsprozesse lassen sich statistisch erfassen. »Bildung« erfährt schon das Kleinkind in der Familie, indem es z. B. die Sprache und soziale Verhaltensweisen lernt. Quantitative Aussagen hierüber sind kaum möglich. Die vorhandenen statistischen Unterlagen vermitteln in erster Linie Erkenntnisse über Schüler und Schülerinnen, Auszubildende und Studierende sowie über die eingesetzten Lehrkräfte. Abb. 1 zeigt Bereiche, für die statistisches Material zur Verfügung steht.

Darüber hinaus geben die Statistiken aber auch Einblick in die Rahmenbedingungen des Bildungsbereichs, die sich in den vergangenen Jahren grundlegend geändert haben. Entscheidende Einflüsse gehen dabei von der demographischen Entwicklung aus. Im früheren Bundesgebiet ist der Altersaufbau der Bevölkerung geprägt durch die geburtenstarken Jahrgänge der 60er-Jahre mit rund 1 Mill. Neugeborenen pro Jahr, die geburtenschwachen Jahrgänge mit durchschnittlich etwa 600 000 Neugeborenen von 1974 bis 1989, etwa 700 000 Neugeborene je Jahr in den 90er-Jahren und gut 600 000 Neugeborene pro Jahr seit 2000.

Ein drastischer Geburtenrückgang war in den neuen Ländern und Berlin-Ost zu verzeichnen. Während 1989 dort noch fast 200 000 Kinder zur Welt kamen, waren es 1994 nur noch 79 000. In den Jahren 1997 bis 2002 gab es mit jeweils etwa 100 000 wieder deutlich mehr Neugeborene. Zeitversetzt ergeben sich hierdurch unterschiedliche Jahrgangsstärken bei Schülern und Schülerinnen, Auszubildenden und

Abb. 1: Das Bildungssystem in Deutschland



1 Einschl. Bildungsgangübergreifende Klassen, Mittelschulen, Sekundarschulen und Erweiterte Realschulen, Kombinierte Klassen an Sekundarschulen, Regelschulen, Regionale Schulen und Duale Oberschulen.

Studierenden. Die Bevölkerungsentwicklung ist allerdings nicht der einzige Einflussfaktor des Bildungsangebots und der Bildungsnachfrage. Die individuellen Bildungsentscheidungen der Menschen und die Maßnahmen, die zur Umsetzung bildungspolitischer Ziele getroffen werden, sind hier ebenfalls von großer Bedeutung.

2.2 Kindergärten

In Kindergärten werden Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt erzieherisch betreut. Seit dem 1. August 1996 hat jedes drei- bis sechsjährige Kind einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Um diesen Anspruch erfüllen zu können, ist das Angebot an Kindergartenplätzen in den letzten Jahren deutlich vergrößert worden. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus besuchten im April 2002 71 % der Dreijährigen, 89 % der Vierjährigen, 86 % der Fünfjährigen und 39 % der sechs Jahre alten Kinder einen Kindergarten. In Deutschland standen 2002 in den 33 703 Kindergärten und kindergartenähnlichen Einrichtungen insgesamt 2,51 Mill. Kindergartenplätze zur Verfügung. Damit kamen im Jahr 2002 105 Kindergartenplätze auf 100 Drei- bis Sechsjährige. Theoretisch ist also eine Vollversorgung mit Kindergartenplätzen erreicht. Bezieht man die Kindergartenplätze auf die drei- bis sechseinhalbjährigen Kinder (da ja die Kinder nach ihrem sechsten Geburtstag bis zu ihrer Einschulung im Kindergarten verbleiben), liegt die Platz-Kind-Relation bei 90.

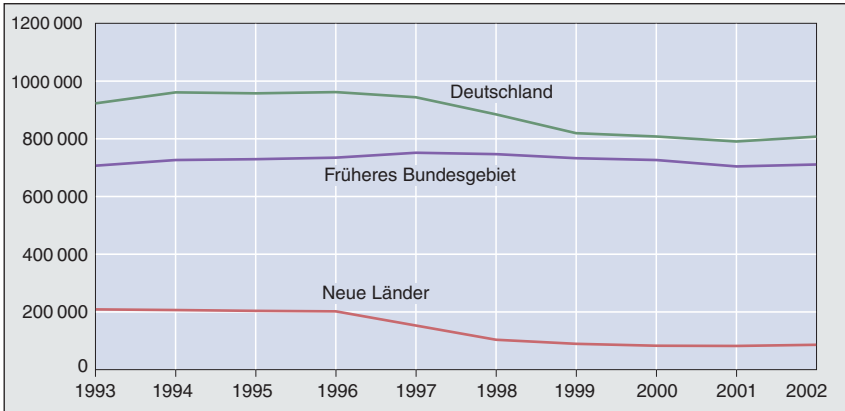
2.3 Allgemein bildende und berufliche Schulen

Das Grundgesetz weist den Ländern im Rahmen der föderalistischen Staatsordnung die Gesetzgebungskompetenz für das Schulwesen zu, die sie als Teil ihrer Kulturhoheit ausüben. Bei der Reform ihres Schulwesens orientierten sich die neuen Länder weitgehend an den Regelungen im früheren Bundesgebiet.

2.3.1 Schulbesuch

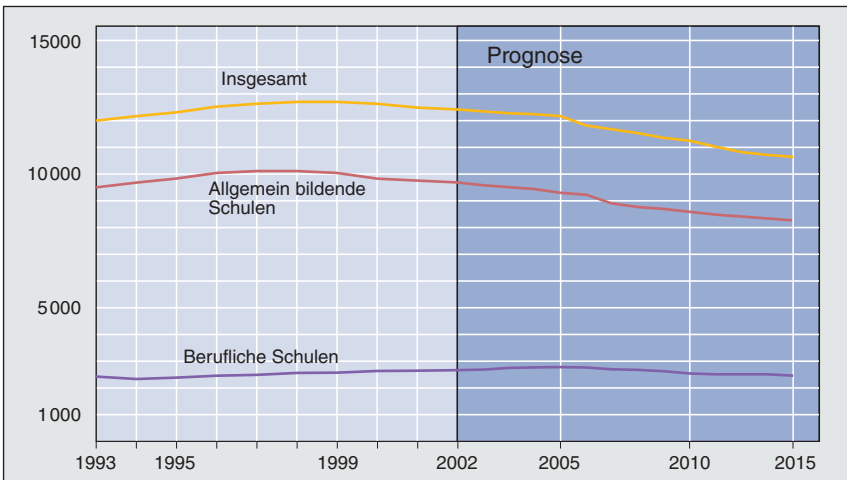
In allen Ländern beginnt die Schulpflicht für die Kinder, die bis zum 30. Juni das sechste Lebensjahr vollendet haben, d. h. für etwa die Hälfte der 6-Jährigen. Die Dauer der Schulpflicht beträgt zwölf Jahre, davon in der Regel neun Vollzeitschuljahre und drei Teilzeitschuljahre. Die Anzahl der Kinder, die jährlich eingeschult werden, wird außer durch die Geburtenentwicklung auch durch Wanderungsbewegungen in der Bevölkerung (z. B. durch den Zu- oder Wegzug ausländischer Kinder) beeinflusst. Im Jahr 2002 begannen 803 800 ABC-Schützen ihre Schullaufbahn, und zwar in der Regel in der Grundschule ihres Wohnbezirks. Von der Möglichkeit vorzeitiger Einschulungen machten 2002 rund 5,5 % (43 900) der Eltern Gebrauch, verspätet eingeschult wurden etwa 6,1 % (49 000) der Kinder. Schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder können in Schulkindergärten, noch nicht schulpflichtige

Abb. 2: Einschulungen



(aber schulreife) Kinder in Vorklassen auf die Einschulung vorbereitet werden. Im Jahr 2002 besuchten in Deutschland rund 54 800 Kinder diese Einrichtungen. Die höchsten Einschulungszahlen gab es im Bundesgebiet mit rund 953 600 im Jahr 1996, im Jahr 2002 lagen die Zahlen um ein Sechstel darunter. Insbesondere in den neuen Ländern ist die Anzahl der Schulanfänger, bedingt durch den starken Geburtenrückgang zu Beginn der 90er-Jahre, um mehr als die Hälfte gesunken (s. Abb. 2).

Abb. 3: Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und beruflichen Schulen¹



¹ Ohne Schulen des Gesundheitswesens.

Die Einschulungszahlen wirken sich entsprechend zeitversetzt auf die Schülerzahlen in allen Bildungsbereichen aus. Abb. 3 zeigt, dass die Anzahl der Schüler in allgemein bildenden Schulen seit 1997 kontinuierlich sinkt. Bei den beruflichen Schulen, die im Anschluss besucht werden, wird (laut Prognose der Kultusministerkonferenz) erst ab 2007 mit einem leichten Rückgang gerechnet. 2002 besuchten rund 3,1 Mill. Schülerinnen und Schüler in Deutschland eine Grundschule (s. Tab. 1).

Die sich daran anschließenden Schuljahre fünf und sechs der allgemein bildenden Schulen dienen der Förderung und Orientierung aller Kinder im Hinblick auf ihre weitere Schullaufbahn. Welche der weiterführenden Schulen nach dem Besuch der Grundschule in Betracht kommen – Hauptschule, Schularten mit mehreren Bildungs-

Tab. 1: Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen nach Schularten

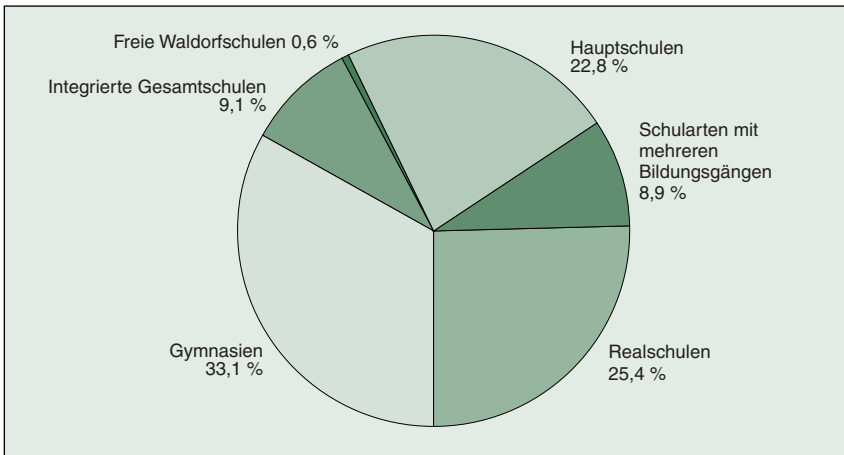
Schulart	1993	1994	1996	1998	2000	2002
	in 1 000					
Vorklassen und Schulkindergärten	85	86	82	69	64	55
Grundschulen	3 475	3 559	3 691	3 602	3 353	3 144
Orientierungsstufe	376	375	379	410	404	351
Hauptschulen	1 102	1 113	1 122	1 098	1 104	1 111
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	357	359	377	386	429	438
Realschulen	1 106	1 141	1 203	1 248	1 263	1 283
Gymnasien	2 116	2 149	2 182	2 223	2 257	2 297
Integrierte Gesamtschulen	465	489	527	548	549	547
Freie Waldorfschulen	59	61	64	67	70	72
Sonderschulen	372	383	399	410	420	429
Abendschulen und Kollegs	46	44	45	46	46	52
Insgesamt ¹	9 558	9 760	10 070	10 108	9 960	9 780

1 Abweichungen in der Summe wegen Rundung der Einzelergebnisse möglich.

gängen (mit den Bildungszielen Hauptschul- oder Realschulabschluss), Realschule, Gymnasium, Gesamtschule, Freie Waldorfschule oder eine schulartunabhängige Orientierungsstufe (die den weiteren schulischen Werdegang noch offen lässt) – richtet sich nach der Empfehlung der Grundschule, dem Wunsch der Eltern sowie den schulischen Leistungen des Kindes.

Abb. 4 zeigt, dass im Jahr 2002 nach dem Ende der Orientierungsphase, d. h. im 7. Schuljahr, etwa ein Drittel der Schüler und Schülerinnen im Gymnasium, ein knappes Viertel in Hauptschulen und ein weiteres Viertel in Realschulen unterrichtet wurden. Rund jeder sechste Schüler besuchte eine Schule, die die Entscheidung im Hinblick auf das anzustrebende Bildungsziel noch offen lässt (Schularten mit mehreren

Abb. 4: Schülerinnen und Schüler der 7. Klassenstufe im Schuljahr 2002/03



Bildungsgängen bzw. integrierte Gesamtschulen). An der Verteilung auf die weiterführenden Schulen hat sich in den letzten zehn Jahren wenig geändert, lediglich bei Hauptschulen ist ein leichter Rückgang (von 2 Prozentpunkten) zugunsten der Schularten mit mehreren Bildungsgängen zu verzeichnen. Im Schuljahr 2002/03 lernten in den Hauptschulen 1,1 Mill., in Realschulen 1,3 Mill. und in Gymnasien 2,3 Mill. Schülerinnen und Schüler. Daneben besuchten über 350 000 Schülerinnen und Schüler die schulartunabhängige Orientierungsstufe bzw. 438 000 Schularten mit mehreren Bildungsgängen. Ungefähr 619 000 Schülerinnen und Schüler wurden in integrierten Gesamtschulen unterrichtet (einschl. freier Waldorfschulen), in denen die Bildungsgänge von Hauptschule, Realschule und Gymnasium in unterschiedlicher organisatorischer und inhaltlicher Ausgestaltung zusammengefasst sind (s. Tab. 1).

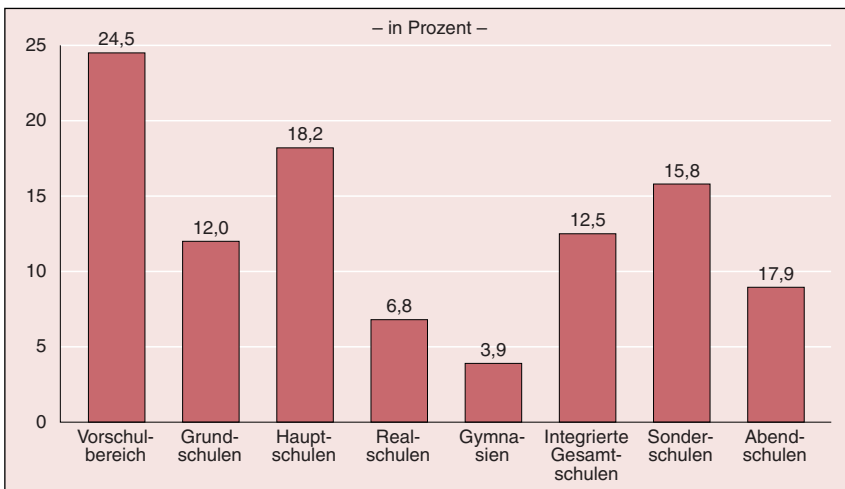
Neben den bereits genannten Schularten gibt es die Sonderschulen. Diese sind Einrichtungen zur Förderung und Betreuung körperlich, geistig oder seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in anderen Schulen unterrichtet werden können. Im Jahr 2002 besuchten 429 000 Kinder eine Sonderschule, rund 4,4 % der insgesamt etwa 9,8 Mill. Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen. Der überwiegende Teil (53,8 %) dieser Schüler wurde in Klassen mit dem Förderschwerpunkt »Lernen« unterrichtet. Schüler mit sonderpädagogischer Förderung werden zum Teil auch außerhalb von Sonderschulen in den übrigen allgemein bildenden Schulen (insbesondere in Grundschulen) pädagogisch gefördert, dies traf im Jahr 2002 für jeden achten Schüler mit sonderpädagogischer Förderung zu.

Außerhalb der allgemeinen Schulpflicht besteht die Möglichkeit, Schulabschlüsse an Abendschulen und Kollegs nachzuholen. Im Jahre 2002 nutzten rund 52 000 Erwachsene dieses Bildungsangebot.

In den Ergebnissen der PISA-Studie haben Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund besonders schlecht abgeschnitten. Rund jeder zehnte Schüler allgemein bildender Schulen besaß im Jahr 2002 einen ausländischen Pass. Vor zehn Jahren galt dies noch für jeden elften Schüler. In den einzelnen Schularten war der Ausländeranteil sehr unterschiedlich. Wie Abb. 5 verdeutlicht, reichte die Spanne von 3,9 % in Gymnasien über 6,8 % in Realschulen über 12,5 % in Integrierten Gesamtschulen, 15,8 % in Sonderschulen bis zu 18,2 % in Hauptschulen. Deutliche Unterschiede zeigen sich auch hinsichtlich des Anteils ausländischer Schüler in den einzelnen Bundesländern. Den niedrigsten Anteil hatte Thüringen (0,9 %), den höchsten Hamburg (19,8 %). Von den ausländischen Schülerinnen und Schülern hatten rund vier Fünftel die Staatsangehörigkeit eines europäischen Landes. Unter allen Herkunftsländern waren Schüler aus der Türkei mit 43,5 %, den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien (11,8 %), Italien (7,0 %) und Griechenland (3,5 %) am stärksten vertreten. Von allen Jugendlichen, die im Jahr 2002 eine allgemein bildende Schule verließen, blieb ungefähr jeder elfte ohne Abschluss. Je ein Viertel der Absolventen erwarb den Hauptschulabschluss oder die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife. Die übrigen (etwa 40 %) erhielten einen Realschulabschluss. In den letzten Jahren hat sich an dieser Struktur sehr wenig geändert.

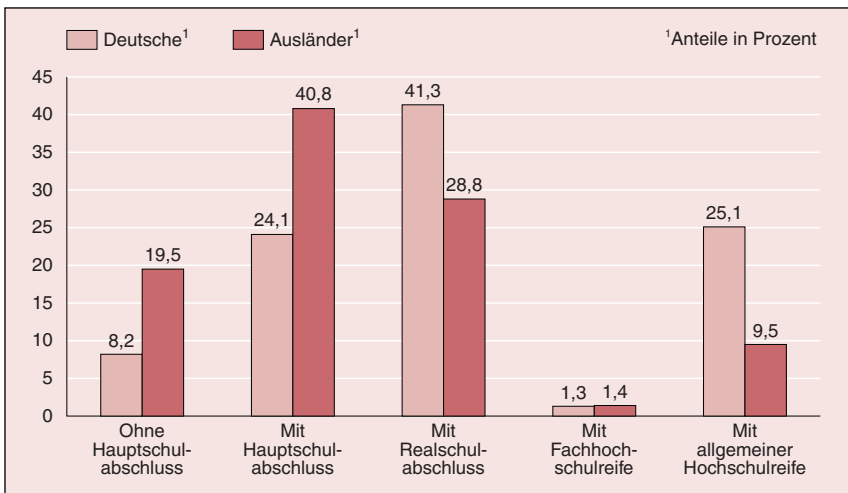
Entsprechend den von ihnen hauptsächlich besuchten Schularten erreichen ausländische Jugendliche ein deutlich niedrigeres Abschlussniveau als ihre deutschen Mitschülerinnen und Mitschüler: Von den ausländischen Absolventen verließen 19,5 % die allgemein bildenden Schulen ohne Abschluss gegenüber 8,2 % der deutschen. 10,9 % der ausländischen Jugendlichen erwarben die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife, bei den deutschen waren es immerhin 26,4 %.

Abb. 5: Ausländeranteile im Schuljahr 2002/03 nach ausgewählten Schularten



Die im Zuge der Bildungsreform in den 70er-Jahren geschaffene Möglichkeit, auch an beruflichen Schulen allgemein bildende Abschlüsse zu erwerben, wird in hohem Maße genutzt. Etwa die Hälfte der Absolventen ohne Hauptschulabschluss holt diesen an beruflichen Schulen nach. Neben den 235 300 Abiturienten aus allgemein bildenden Schulen (mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife) erreichten im Jahr 2002 noch 126 200 Jugendliche diesen Abschluss an beruflichen Schulen. Der größte Teil der Jugendlichen beginnt nach dem Verlassen der allgemein bildenden Schulen eine Berufsausbildung im dualen System von Berufsschule und Betrieb. Die Berufsschule ergänzt hier die gleichzeitige praktische Ausbildung im Betrieb. Daneben wird die Berufsschule zum Teil auch von Jugendlichen unter 18 Jahren ohne Ausbildungsvertrag besucht, die noch der dreijährigen Teilzeitschulpflicht unterliegen und keine andere berufliche Schule besuchen (2002 rund 85 000). Insgesamt wurden im Jahre 2002 in Deutschland ungefähr 1,7 Mill. Jugendliche in dieser Schulart unterrichtet.

Abb. 6: Deutsche und ausländische Absolventinnen und Absolventen nach Abschlussarten 2002



Diese Zahl lag im Jahr 2002 um ca. 64 000 niedriger als im Jahr 2000, vor allem aufgrund eines verminderten Angebots an Ausbildungsplätzen. Dagegen wiesen die übrigen beruflichen Schulen (ohne Schulen der beruflichen Weiterbildung) mehr Schüler als im Vorjahr auf. Viele Jugendliche versuchen, durch den Besuch berufsvorbereitender Schulen, wie z. B. Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr oder Berufsfachschulen, und/oder das Erreichen höherer allgemein bildender Schulabschlüsse (z. B. auch in Fachoberschulen oder Fachgymnasien), ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz im folgenden Jahr zu verbessern. Eine Alternative zur Ausbildung im dualen System ist auch eine rein schulische Berufsausbildung (in Be-

rufsfachschulen bzw. Schulen des Gesundheitswesens) oder ein Studium (sofern der entsprechende Abschluss hierfür erreicht wurde). Wie Tab. 2 zeigt, befanden sich in Berufsfachschulen, im Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr im Schuljahr 2002/03 350 600 Schülerinnen und Schüler in berufsvorbereitenden Ausbildungsgängen (ohne Lehrgänge des Arbeitsamtes, die meist nicht von Schulen durchgeführt werden), 215 100 strebten in Fachoberschulen und Fachgymnasien die Fachhochschul- bzw. Hochschulreife an. Rund 224 300 Schüler erlernten in Berufsfachschulen einen Beruf, vor allem Technische/r Assistent/in für Informatik, kaufmännische/r Assistent/Wirtschaftsassistent/in, Sozialassistent/in, Kinderpfleger/in,

Tab. 2: Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen nach Schularten

Schulart	1993	1994	1996	1998	2000	2002
	in 1 000					
Berufsschulen ¹	1 614	1 564	1 625	1 683	1 797	1 733
Berufsvorbereitungsjahr	46	52	65	67	73	79
Berufsgrundbildungsjahr	95	98	40	41	41	43
Berufsaufbauschulen	6	5	3	2	1	1
Berufsfachschulen	285	295	330	383	415	452
Berufsvorbereitung	169	183	198	201	212	228
Berufliche Ausbildung	117	112	132	182	204	224
Fachoberschulen	77	78	82	84	96	106
Fachgymnasien	82	86	90	93	98	109
Kollegschulen	77	80	81	89	0	–
Berufsober-/Technische Oberschulen	4	4	4	8	10	12
Fachschulen ²	163	167	159	150	150	163
Insgesamt ³	2 449	2 428	2 480	2 601	2 682	2 700

1 Ab 1996 einschl. Berufsgrundbildungsjahr.

2 Einschl. Fachakademien.

3 Abweichungen in der Summe wegen Rundung der Einzelergebnisse möglich.

Altenpfleger/in sowie Gesundheitsdienstberufe unterhalb der akademischen Ebene, soweit diese nicht in Schulen des Gesundheitswesens ausgebildet werden. Die Fachschulen (einschl. Fachakademien) werden in der Regel nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischer Berufserfahrung besucht und vermitteln eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf. Im Jahre 2002 gab es 163 200 Fachschülerinnen und Fachschüler. In den Schulen des Gesundheitswesens wurden im Jahr 2002 rund 113 400 Jugendliche zu (Kinder-) Krankenschwestern oder -pflegern oder für andere nichtakademische Gesundheitsdienstberufe ausgebildet. Da für diese Schulen nicht alle Merkmale erhoben werden können, ist diese Schulart in den Tabellen nicht berücksichtigt.

Frauen erreichten 2002, wie schon in den vergangenen zehn Jahren, deutlich bessere Abschlüsse an allgemein bildenden Schulen als ihre männlichen Mitschüler: So verließen nur 6,7 % von ihnen, aber 11,4 % der männlichen Absolventen die allgemein

bildenden Schulen ohne Abschluss. 29,0 % der weiblichen Absolventen erreichten die Hochschulzugangsberechtigung gegenüber 21,5 % der männlichen. Bei der Berufswahl jedoch finden sich die Frauen weitgehend in den klassischen Frauenberufen wieder. Einen hohen Frauenanteil haben die Ausbildungen als Altenpfleger/in und alle Gesundheitsdienstberufe sowie kaufmännische Berufe. Dagegen war von den Schülern im stark besetzten Ausbildungsgang Technische/r Assistent/in für Informatik in Berufsfachschulen lediglich jede zehnte (10,1 %) weiblich.

2.3.2 Lehrkräfte

2001 unterrichteten in Deutschland 612 500 Lehrkräfte (umgerechnete Vollzeitlehrereinheiten) an allgemein bildenden Schulen und 111 000 an beruflichen Schulen. Die Qualität der schulischen Ausbildung wird unter anderem durch die Schüler-Lehrer-Relation beeinflusst, die anzeigt, wie intensiv sich eine Lehrkraft mit einzelnen Schülern beschäftigen kann. Diese Betreuungsrelation hat sich an allgemein bildenden Schulen nach einer kontinuierlichen Verschlechterung ab 1998 wieder leicht verbessert, mit 16,1 Schülern bzw. Schülerinnen je Lehrer allerdings (wie Tab. 3 verdeutlicht) noch nicht den Stand von 1993 mit 15,7 wieder erreicht. Bei beruflichen Schulen

Tab. 3: Schüler-Lehrer-Relation an allgemein bildenden und beruflichen Schulen

Schulart	1993	1994	1996	1998	2000	2001
Allgemein bildende Schulen	15,7	15,9	16,3	16,5	16,3	16,1
Vorklassen und Schulkindergärten	14,3	14,3	14,4	13,2	12,8	12,7
Grundschulen	20,5	20,7	21,2	21,4	20,6	20,1
Orientierungsstufe	16,2	16,4	17,0	17,1	17,3	17,1
Hauptschulen	14,6	14,6	14,9	14,9	15,0	15,0
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	14,7	14,6	15,5	15,8	15,3	14,7
Realschulen	16,9	17,3	17,9	18,3	18,6	18,8
Gymnasien	14,5	14,7	15,0	15,5	15,8	15,9
Integrierte Gesamtschulen	12,8	13,0	13,5	13,9	13,9	13,9
Freie Waldorfschulen	14,2	14,1	14,4	14,7	14,8	14,7
Sonderschulen	6,6	6,7	6,8	6,9	6,9	6,8
Abendrealschulen und Kollegs	12,6	12,4	13,2	14,5	15,1	15,6
Berufliche Schulen ¹	23,5	23,2	23,4	24,2	24,5	24,3
in Vollzeitform	12,0	11,9	12,2	12,8	13,0	13,1
in Teilzeitform	35,6	36,3	36,5	37,8	37,8	37,4
Insgesamt	16,8	16,9	17,3	17,6	17,5	17,4

1 Ohne Schulen des Gesundheitswesens.

Quelle: KMK, Dokumentations-Nr. 164.

mit Vollzeitunterricht lag diese Relation bei 13,1 und denjenigen mit Teilzeitunterricht (insbesondere Berufsschulen) bei 37,4. Auch das Alter der hauptberuflichen Lehrkräfte kann sich auf die Qualität des Unterrichts auswirken. Seit Mitte der 90er-Jahre ist das Durchschnittsalter von 45,9 Jahren auf 47,6 gestiegen. Mehr als jede fünfte Lehrkraft war älter als 55 Jahre, allerdings auch jede achte jünger als 35 Jahre. Von den hauptberuflichen Lehrkräften der allgemein bildenden Schulen im Jahr 2002 waren rund zwei Drittel Frauen, in Grundschulen lag ihr Anteil sogar bei mehr als vier Fünftel.

2.4 Betriebliche Berufsausbildung

Die Berufsausbildung vollzieht sich in Deutschland vor allem durch das unmittelbare Lernen am Arbeitsplatz oder in den Ausbildungsstätten. Sie wird ergänzt durch die Vermittlung fachtheoretischer Ausbildungsinhalte beim Besuch der Berufsschulen. Für die Unternehmen dient die Ausbildung von Jugendlichen auch der Sicherstellung des eigenen Fachkräftenachwuchses. In Zeiten konjunktureller Schwierigkeiten, verbunden mit einem Abbau der Beschäftigtenzahlen, tritt dieses Ziel jedoch in den Hintergrund, und die Ausbildungsbereitschaft geht zurück.

2.4.1 Lehrstellen-Bilanz

Im Jahr 2002 sank die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze um 7,6 %. Obwohl die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in diesem Jahr ebenfalls zurückgegangen war, entstand ein Nachfrageüberhang von 6 000 Ausbildungsplatzsuchenden (s. Tab. 4).

Tab. 4: Angebot und Nachfrage von Ausbildungsplätzen sowie neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

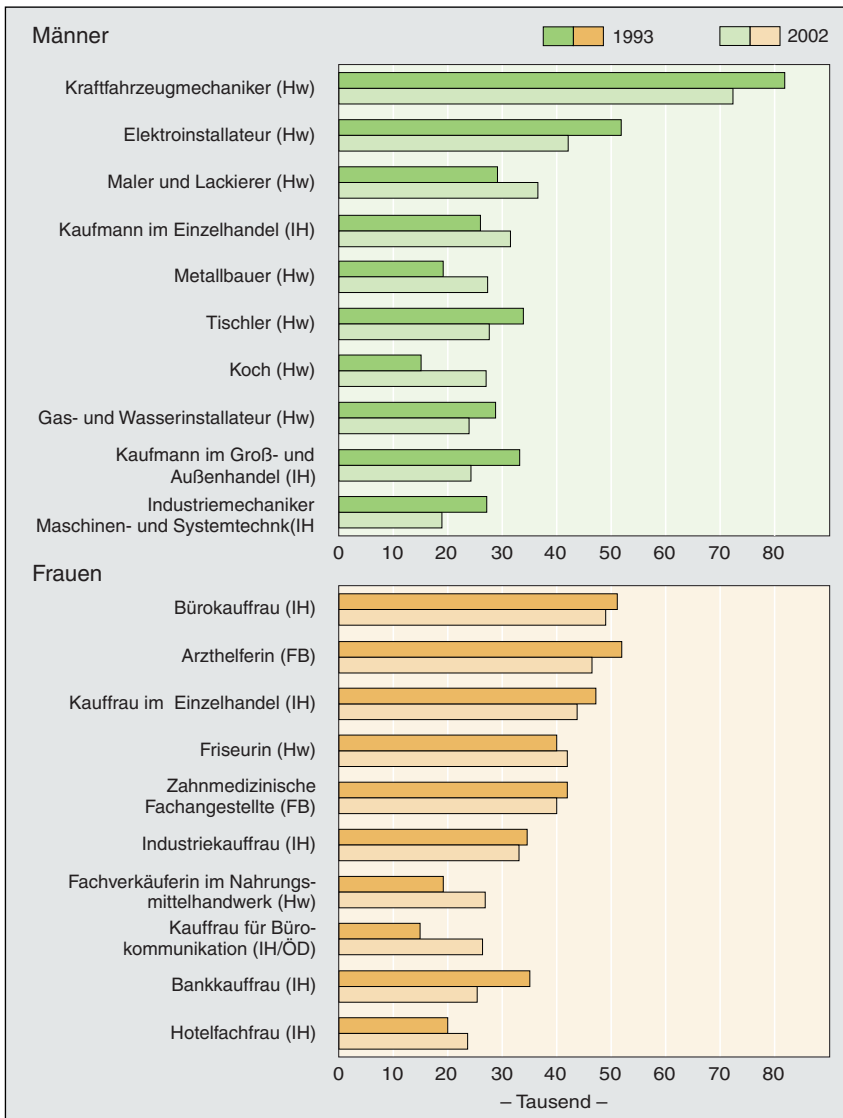
Jahr	Ausbildungsplätze		Angebots-/ Nachfrage- überhang (-)	Neu abgeschlossene Ausbildungs- verträge
	Angebot	Nachfrage		
in 1 000				
1993	656	588	68	571
1994	622	587	35	567
1995	617	598	19	579
1996	609	613	-4	579
1997	613	635	-22	598
1998	636	648	-12	612
1999	654	660	-6	636
2000	647	645	2	623
2001	639	635	4	610
2002	590	596	-6	568

Den 18 000 – am Ende des Ausbildungsjahres noch offenen – Ausbildungsplätzen standen rund 24 000 Bewerberinnen und Bewerber gegenüber. Zusätzlich bestehen noch große regionale Unterschiede. Insbesondere in den neuen Ländern stellt sich das Verhältnis der Bewerber und Bewerberinnen zu den freien Stellen deutlich schlechter dar, obwohl hier rund jede dritte Berufsausbildung gefördert wird: Einem Angebotsüberhang von etwa 3 900 Stellen im früheren Bundesgebiet steht ein Nachfrageüberhang von 9 300 in den neuen Ländern gegenüber. Damit ist es für die jungen Leute im Osten schwerer als für diejenigen im Westen, ihren Wunschberuf zu erlernen. Die Berufswahlmöglichkeiten sind unter diesen Bedingungen für die Bewerberinnen und Bewerber stark eingeschränkt. Die Chancen der Jugendlichen hängen neben der regionalen Wirtschaftsentwicklung auch von individuellen Qualifikationen, u. a. auch von den erreichten Schulabschlüssen, ab. Von den 568 100 Jugendlichen, die 2002 einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, besaß jeder siebte (13,6 %) die Hochschul- oder Fachhochschulreife, mehr als ein Drittel (36,7 %) verfügte über einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss, 33,6 % blieben mit ihrem erreichten Abschluss darunter. Ungefähr jeder achte Ausbildungsanfänger (12,1 %) hatte vor Abschluss eines Ausbildungsvertrages eine berufliche Schule (Berufsvorbereitungsjahr, schulisches Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule) besucht, sei es um seine Chancen auf einen Ausbildungsplatz durch einen höherwertigen Schulabschluss zu verbessern oder um die Zeit bis zur nächsten Bewerberrunde im folgenden Jahr zu überbrücken. In den letzten 10 Jahren hat insbesondere der Anteil der Ausbildungsanfänger mit Realschulabschluss zugenommen (+2 Prozentpunkte), zu Lasten der Auszubildenden mit niedrigeren Schulabschlüssen (-0,9 Prozentpunkte). Dagegen ist der Anteil von Abiturienten in der beruflichen Ausbildung nach einem Höhenflug bis zum Jahr 1998 (16,4 %) wieder annähernd auf den Wert von 1993 (13,8 %) zurückgefallen.

2.4.2 Verteilung auf Ausbildungsberufe

Die Verteilung der Auszubildenden auf die Ausbildungsberufe lässt deutliche Schwerpunkte erkennen: 2002 konzentrierten sich 34,8 % aller Ausbildungsplätze männlicher und 53,4 % aller Ausbildungsplätze weiblicher Auszubildender auf jeweils 10 von insgesamt 345 anerkannten Ausbildungsberufen. Allerdings finden viele Jugendliche im Beruf ihrer Wahl keinen Ausbildungsplatz und müssen deshalb auf andere Ausbildungsgänge ausweichen oder Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen. Bei den jungen Männern rangiert der Beruf des Kraftfahrzeugmechanikers in der Beliebtheitsskala eindeutig an erster Stelle (vgl. auch Abb. 7): Jeder dreizehnte Auszubildende ergriff ihn 2002. Ein großer Teil der Frauen entschied sich für die Berufe Bürokauffrau und Kaufrau im Einzelhandel oder Arzthelferin (jeweils jede vierzehnte). Die Berufswahl erfolgte auch 2002 noch weitgehend geschlechtsspezifisch. So waren in den Ausbildungsgängen der neuen IT-Berufe Frauen mit einem Anteil von nur 12,9 % unterrepräsentiert. Dagegen scheinen die neuen Medienberufe für sie besonders interessant zu sein, hier betrug ihr Anteil 51,6 %. Insgesamt waren 41,0 % der Auszubildenden weiblich. Dieser Anteil war in den letzten zehn Jahren weitgehend konstant. Frauen

Abb. 7: Auszubildende in den zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufen 1993 und 2002



IH = Industrie und Handel (einschl. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe); Hw = Handwerk; FB = Freie Berufe; ÖD = Öffentlicher Dienst.

erlernen neben den Berufen im dualen System häufig auch Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen, wie z. B. Krankenschwester oder Altenpflegerin, deren Ausbildung meistens rein schulisch erfolgt.

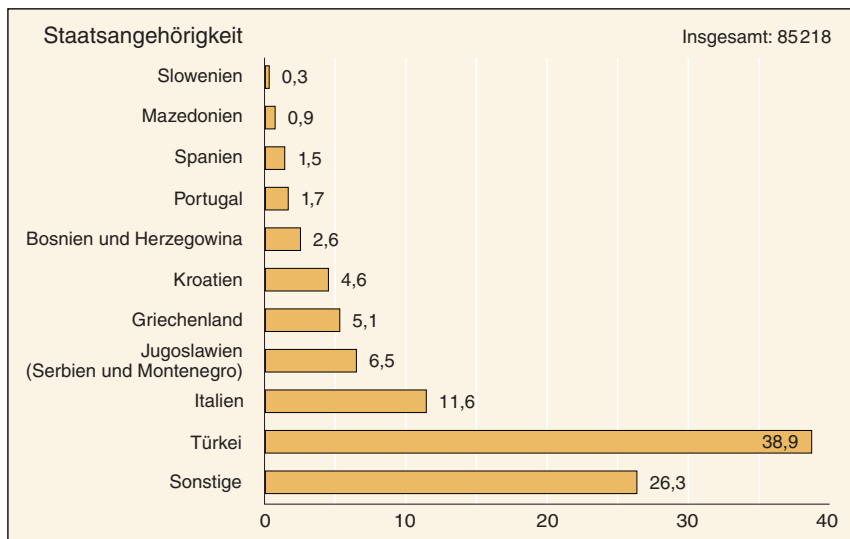
2.4.3 Ausländische Auszubildende

Von den 1 622 400 Jugendlichen, die sich 2002 in einer Berufsausbildung befanden, waren 85 200 Ausländer (s. Tab. 5). Ihr Anteil an den Auszubildenden ist seit Mitte der 90er-Jahre parallel mit der Verschlechterung auf dem Ausbildungsstellenmarkt von 8,0 % auf 5,3 % gesunken. Im Vergleich zum Ausländeranteil an den Absolventen allgemein bildender Schulen im Jahr 2002 von 8,1 % sind Ausländer im dualen System

Tab. 5: Auszubildende, ausländische Auszubildende und Ausländeranteil

Jahr	Auszu- bildende insgesamt	Ausländische Auszubildende		Jahr	Auszu- bildende insgesamt	Ausländische Auszubildende	
		Anzahl	Anteil in %			Anzahl	Anteil in %
	in 1 000		in 1 000		in 1 000		
1993	1 629	126	7,8	1998	1 658	104	6,3
1994	1 580	126	8,0	1999	1 698	101	5,9
1995	1 579	121	7,7	2000	1 702	97	5,7
1996	1 592	116	7,3	2001	1 685	92	5,5
1997	1 622	110	6,8	2002	1 622	85	5,3

Abb. 8: Ausländische Auszubildende nach Nationalitäten 2002 in Prozent



unterrepräsentiert. Wie die Abb. 8 zeigt, besaßen im Jahr 2002 rund 38,9 % der ausländischen Auszubildenden einen türkischen Pass, 14,9 % die Staatsangehörigkeit eines der Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien, 11,6 % die italienische und 5,1 % die griechische. Innerhalb der letzten zehn Jahre ist der Anteil der türkischen Auszubildenden um 5,5 Prozentpunkte und derjenigen aus dem ehemaligen Jugoslawien um 3,2 Prozentpunkte gesunken, dagegen erhöhte sich der Anteil italienischer Auszubildender um 2,5 Prozentpunkte.

2.4.4 Abschlussprüfungen

Im Jahr 2002 haben 513 400 Jugendliche ihre Ausbildung im dualen System mit einer bestandenen Abschlussprüfung erfolgreich beendet. Von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen an Abschlussprüfungen haben letztendlich (mit Wiederholung) rund 95 % diese Prüfungen bestanden. Nicht alle Ausbildungsanfänger erreichen die Abschlussprüfung. Wie Tab. 6 zeigt, löst knapp ein Viertel den Ausbildungsvertrag vor Erreichen der Abschlussprüfung auf. Ein großer Teil dieser Jugendlichen beginnt allerdings daran anschließend erneut eine Ausbildung im dualen System. Zu den Abschlussprüfungen können auch Personen ohne Ausbildungsvertrag als »Externe« zugelassen werden, wenn sie die entsprechenden Kenntnisse und Fertigkeiten durch mehrjährige Tätigkeiten in dem jeweiligen Ausbildungsberuf erworben haben. Im Jahr 2002 gab es 25 300 externe Prüfungsteilnehmer (4,2 % aller Prüfungsteilnehmer), und davon absolvierten etwa 76 % die Prüfung erfolgreich. Außerdem nahmen 2002 ungefähr 106 100 Erwachsene nach Erweiterung ihrer beruflichen Kenntnisse erfolgreich an einer Fortbildungsprüfung teil, darunter 26 700 an Meisterprüfungen im Handwerk.

Tab. 6: Neu abgeschlossene und vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge sowie bestandene Abschlussprüfungen

Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge	Bestandene Abschlussprüfungen	Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge	Bestandene Abschlussprüfungen
	in 1 000				in 1 000		
1993	571	141	527	1998	612	135	487
1994	567	142	545	1999	636	145	491
1995	579	138	503	2000	623	156	503
1996	579	130	488	2001	610	156	514
1997	598	127	483	2002	568	151	513

2.5 Hochschulen

Der Bereich Hochschulen umfasst den Teil des Bildungssystems, in dem eine akademische Ausbildung vermittelt wird. Zu den Hochschulen zählen alle staatlich anerkannten Universitäten, Gesamthochschulen, Theologischen und Pädagogischen

Hochschulen, Kunsthochschulen, Fachhochschulen sowie Verwaltungsfachhochschulen. Angesichts der zunehmenden Komplexität des wirtschaftlichen Produktionsprozesses, der mit dem Übergang zur sogenannten Wissensgesellschaft einhergeht, nehmen die Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte zu. Der steigende Bedarf an qualifizierten Akademikern in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung, der in den vergangenen Jahrzehnten zu beobachten war, wird sich nach Ansicht von Experten auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Der wissenschaftlichen Ausbildung an den Hochschulen wird deshalb auch für die Zukunft eine wachsende Bedeutung zugeschrieben.

2.5.1 Studierende, Studienanfänger und Hochschulabsolventen

Seit Mitte der 60er-Jahre, als die Hochschulen angesichts eines im internationalen Vergleich drohenden Bildungsrückstands der deutschen Bevölkerung breiteren Schichten geöffnet wurden, sind die Studierendenzahlen in Deutschland drei Jahrzehnte lang kontinuierlich angestiegen. Sie erreichten 1994 mit 1,87 Mill. einen zwischenzeitlichen Höchststand. In den nachfolgenden Jahren ging die Zahl der Immatrikulierten stetig zurück, bevor im Jahr 2000 eine erneute Trendwende einsetzte. Die Studierendenzahlen steigen seit diesem Zeitpunkt erneut an. Im Wintersemester 2003/2004 waren mit 2,03 Mill. so viele Studentinnen und Studenten an deutschen Hochschulen eingeschrieben wie nie zuvor (s. Tab. 7).

Die Studienanfängerzahlen in Deutschland waren seit dem Studienjahr 1993 zunächst leicht rückläufig. Seit Mitte der 90er-Jahre ist wieder ein steigender Trend festzu-

Tab. 7: Studierende an Hochschulen

Wintersemester	Insgesamt	Davon an		
		Universitäten ¹	Kunsthochschulen	Fachhochschulen ²
	in 1 000			
1992/93	1 834	1 385	29	420
1993/94	1 867	1 397	30	440
1994/95	1 872	1 394	30	449
1995/96	1 858	1 380	29	449
1996/97	1 838	1 369	29	440
1997/98	1 824	1 357	30	437
1998/99	1 801	1 335	30	436
1999/2000	1 774	1 301	30	443
2000/2001	1 799	1 311	30	458
2001/2002	1 868	1 352	30	486
2002/2003	1 939	1 391	31	516
2003/2004 ³	2 026	1 438	32	555

1 Einschl. Gesamthochschulen, Pädagogischer und Theologischer Hochschulen.

2 Einschl. Verwaltungsfachhochschulen.

3 Erste vorläufige Ergebnisse.

stellen. Im Studienjahr 2003 wurde, wie Tab. 8 zeigt, mit 385 000 ein Höchststand bei den Studierenden im ersten Hochschulsemester ermittelt. Auch in den nächsten Jahren ist damit zu rechnen, dass die Hochschulen weiterhin einen regen Zulauf haben werden. Einer Prognose der Kultusministerkonferenz (KMK) vom März 2003 zufolge wird die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger von 343 000 im Jahre 2001 zunächst bis 2008 auf voraussichtlich 385 500 ansteigen und bis 2020 wieder auf etwa 320 500 sinken.

Unter der Annahme, dass zwischen 70 und 80 % der Studienberechtigten ein Hochschulstudium aufnehmen werden, prognostiziert die KMK, dass die Zahl der Studienanfänger an Hochschulen zunächst weiter bis auf Werte zwischen 351 600 und 389 200 im Jahre 2009 ansteigen und dann wieder auf 313 100 bis 345 200 im Jahre 2020 fallen wird (s. Abb. 9).

Tab. 8: Studienanfänger an Hochschulen

Studienjahr ¹	Insgesamt	Davon an		
		Universitäten ²	Kunsthochschulen	Fachhochschulen ³
	in 1 000			
1993	280	184	4	91
1994	268	178	4	86
1995	262	176	4	82
1996	267	183	4	81
1997	267	182	4	81
1998	272	183	4	86
1999	291	195	4	92
2000	315	212	4	99
2001	345	232	5	108
2002	359	239	4	115
2003 ⁴	385	254	5	126

1 Studienjahr (Sommer- und nachfolgendes Wintersemester).

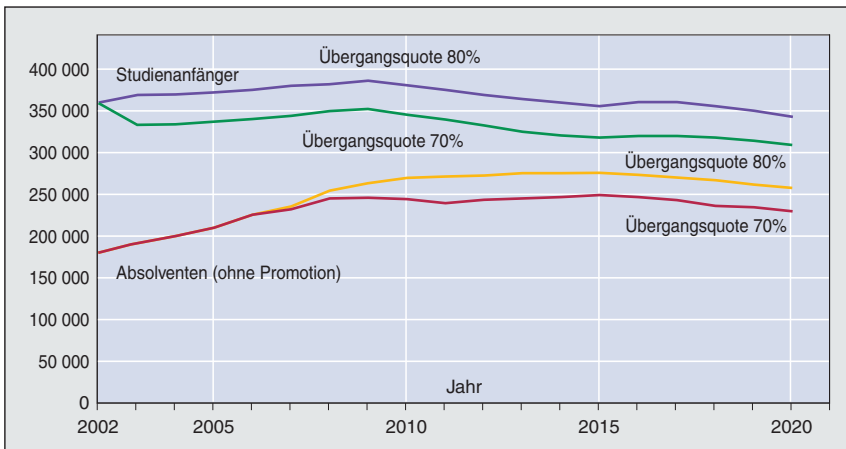
2 Einschl. Gesamthochschulen, Pädagogischer und Theologischer Hochschulen.

3 Einschl. Verwaltungsfachhochschulen.

4 Erste vorläufige Ergebnisse.

Bei einer Übergangquote von 80 % wäre laut KMK im Jahre 2011 mit bis zu 2,4 Mill. Studierenden zu rechnen. Erst danach würde die Zahl der Immatrikulierten wieder langsam abnehmen, wie Abb. 10 zeigt. Im Wintersemester 2002/2003 waren 72 % aller Studierenden an Universitäten, an Gesamthochschulen, Pädagogischen oder Theologischen Hochschulen eingeschrieben, knapp 27 % studierten an Fach- und Verwaltungsfachhochschulen und weniger als 2 % an Kunsthochschulen. Für welches Studienfach sich die Studienanfänger und -anfängerinnen entscheiden, wird nicht zuletzt durch die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt beeinflusst. Folglich wirken sich die jeweiligen Beschäftigungschancen mit einer zeitlichen Verzögerung auch auf die Zahl der Studierenden in den verschiedenen Fachrichtungen aus. So hat die Anzahl

Abb. 9: Entwicklung der Studienanfänger- und Absolventenzahlen (Prognose)¹

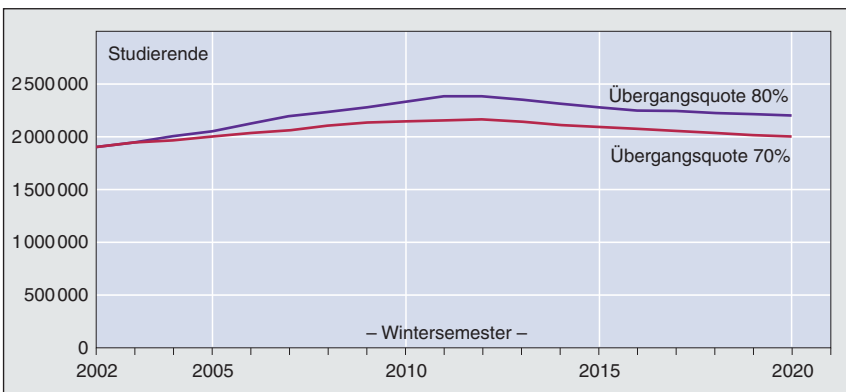


¹ Es wird angenommen, dass 70 % bzw. 80 % der Studienberechtigten eines Altersjahrganges ein Studium aufnehmen.

Quelle: KMK. Dokumentation – Nr. 167, März 2003.

der Immatrikulationen in den Ingenieurwissenschaften seit dem bisherigen Höchststand im Jahr 1993 zunächst deutlich abgenommen, wie aus Tab. 9 hervorgeht. Erst in den letzten beiden Jahren ist auch hier wieder ein Anstieg der Studierendenzahlen zu verzeichnen, nachdem sich die Arbeitsmarktsituation für Ingenieure und Ingenieurinnen bis Ende 2001 wieder etwas entspannt hatte.

Abb. 10: Entwicklung der Studierendenzahlen (Prognose)¹



¹ Es wird angenommen, dass 70 % bzw. 80 % der Studienberechtigten eines Altersjahrganges ein Studium aufnehmen.

Quelle: KMK. Dokumentation – Nr. 167, März 2003.

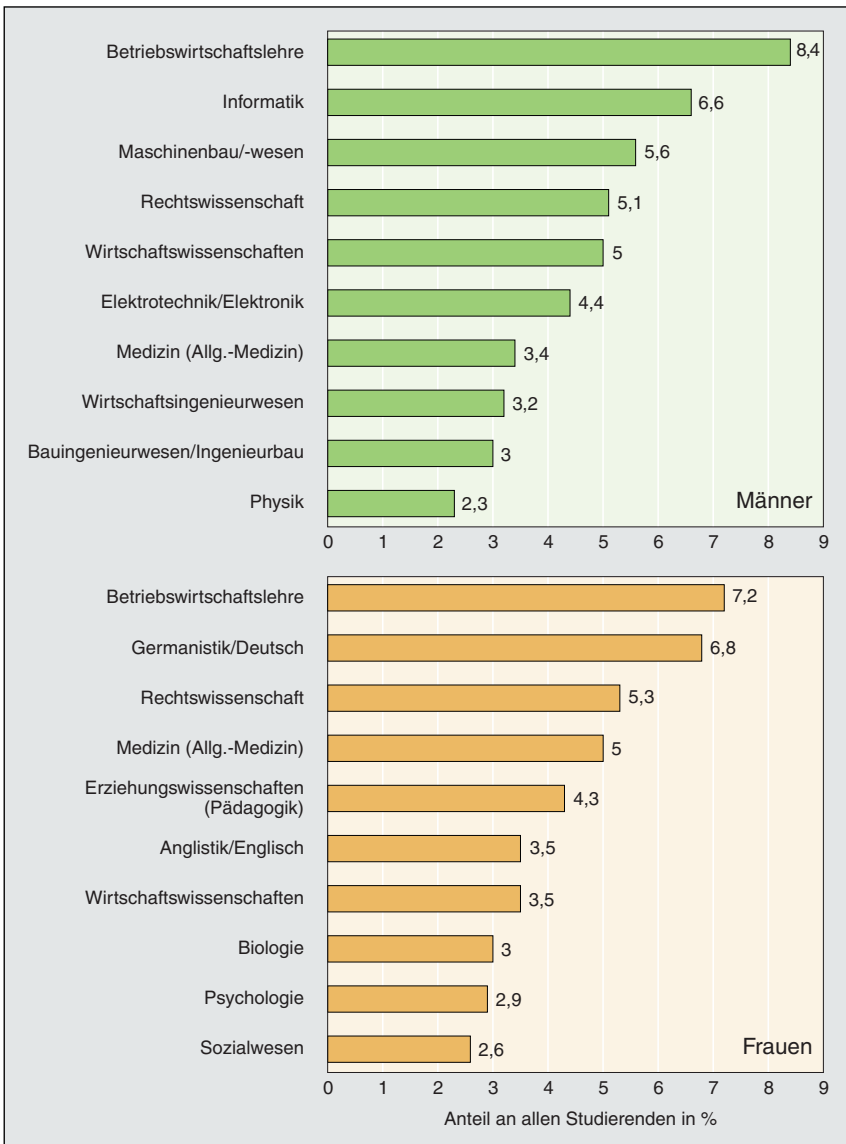
Die Anzahl der Studierenden in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ist von 525 000 im Wintersemester 1992/93 auf mehr als 618 000 im Wintersemester 2002/2003 angestiegen. Auch in den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Mathematik und in den Naturwissenschaften war in den letzten Jahren ein Anstieg der Studierendenzahlen zu beobachten. Die Zahl der Studierenden in der Fächergruppe Humanmedizin stagniert hingegen bei einem Wert von 93 000. Gegenüber dem Wintersemester 1992/93 bedeutet dies einen Rückgang um 15 000 Studierende (-14 %). Die Studienberechtigten, die sich für den Lehrberuf interessieren, scheinen ihre Studienentscheidung an der Arbeitsmarktentwicklung zu orientieren. So ging die Zahl der Lehramtsstudenten und -studentinnen angesichts einer vergleichsweise hohen Lehrerarbeitslosigkeit zwischen 1996 und 2000 von rund 221 000 um rund 15 % auf knapp 188 000 zurück. Die verbesserten Beschäftigungsmöglichkeiten

Tab. 9: Studierende nach ausgewählten Fächergruppen

Wintersemester	Ins-gesamt	Darunter				
		Sprach- und Kulturwissenschaften	Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	Mathematik, Naturwissenschaften	Humanmedizin	Ingenieurwissenschaften
in 1 000						
1992/93	1 834	363	525	299	108	388
1993/94	1 867	379	550	299	105	384
1994/95	1 872	389	561	294	102	375
1995/96	1 858	400	565	286	99	357
1996/97	1 838	410	564	278	98	336
1997/98	1 824	416	566	274	96	319
1998/99	1 801	412	564	271	96	305
1999/2000	1 774	397	563	275	94	292
2000/2001	1 799	401	572	295	93	288
2001/2002	1 868	418	594	319	93	292
2002/2003	1 939	433	618	338	93	299

für Lehrer und Lehrerinnen, die sich in einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen in diesem Arbeitsmarktsegment in den letzten Jahren niederschlagen, gehen mit einem neuerlichen Anstieg der Anzahl der Lehramtsstudenten und -studentinnen (auf 200 100 im Wintersemester 2002/2003) einher. Bei der Wahl des Studienfachs zeigen sich teilweise deutliche Unterschiede hinsichtlich der Fachinteressen von Frauen und Männern. Studentinnen bevorzugen vor allem Fächer der Sprach- und Kulturwissenschaften, während sich ihre männlichen Kommilitonen stärker den technischen Disziplinen und den Naturwissenschaften zuwenden. Das Interesse an den wirtschaftswissenschaftlichen Studienfächern ist bei beiden Geschlechtern ähnlich stark ausgeprägt. Unverändert gehören auch die Rechtswissenschaften sowie die Medizin zu den zehn von Frauen wie Männern am häufigsten gewählten Studienfächern (s. Abb. 11).

Abb. 11: Die zehn am stärksten besetzten Studienfächer im Wintersemester 2002/2003
deutsche Studierende in Prozent



Die Zahl der bestandenen Prüfungen an Hochschulen ist zwischen 1993 und 1997 von 202 000 um 17 % auf 237 000 angewachsen. Danach nahm die Zahl der Absolventen zunächst stetig ab. Im Prüfungsjahr 2002 beendeten knapp 209 000 Studierende erfolgreich ihr Studium – das sind wieder etwas mehr als ein Jahr zuvor, aber immer noch deutlich weniger als 1997 (s. Tab. 10). Von den Absolventen des Jahres 2002 erwarben 92 000 einen Universitäts- und 66 000 einen Fachhochschulabschluss. 24 000 Studierende absolvierten eine Lehramtsprüfung, und weitere 24 000 beendeten ihr Studium mit einer Promotion.

Seit dem Prüfungsjahr 2000 werden auch die nach internationalem Vorbild geschaffenen Studienabschlüsse Bachelor und Master erfasst. Mit knapp 1 000 Bachelor- und gut 2 100 Masterabsolventen und -absolventinnen wurden hier im Prüfungsjahr 2002 erstmals nennenswerte Fallzahlen erreicht (s. Tab. 10). Für die Zukunft ist eine

Tab. 10: Bestandene Prüfungen an Hochschulen

Prüfungsjahr	Insgesamt	Darunter					
		Diplom und entsprechende Abschlussprüfungen	Promotionen	Lehramtsprüfungen	Fachhochschulabschluss	Bachelorabschluss	Masterabschluss
in 1 000							
1993	202	101	21	16	63	.	.
1994	219	102	22	24	71	.	.
1995	230	106	22	27	75	.	.
1996	237	111	23	28	75	.	.
1997	237	109	24	28	76	.	.
1998	228	103	25	28	71	.	.
1999	222	99	25	28	70	.	.
2000	214	95	26	27	66	.	.
2001	208	91	25	25	66	0	1
2002	209	92	24	24	66	1	2

weitere Verschiebung zugunsten dieser Prüfungsgruppen zu erwarten. Aus der Sicht des Arbeitsmarktes von besonderem Interesse ist die voraussichtliche Entwicklung der Absolventenzahlen. Im Jahre 2002 haben 209 000 Personen ein Hochschulstudium abgeschlossen (ohne Promotionen: 185 000). Damit ist der Abwärtstrend bei den Hochschulabsolventen, der 1997 einsetzte (s. Tab. 10), zunächst gestoppt. In der KMK-Prognose hinsichtlich der Entwicklung der Anzahl von Hochschulabsolventen, in der die Promotionen unberücksichtigt bleiben, wird davon ausgegangen, dass die Anzahl noch bis zum Jahre 2015 ansteigt und Spitzenwerte von 250 000 bis 276 800 pro Jahr erreicht, bevor auch hier wieder ein Rückgang erwartet wird (vgl. auch Abb. 9). Allerdings ist an dieser Stelle zu beachten, dass Prognosen hinsichtlich der Absolventenzahlen mit größeren Unsicherheiten behaftet sind, als Prognosen für die erwartete Entwicklung der Studierendenzahlen.

2.5.2 Personal

Ende 2002 waren an den Hochschulen in Deutschland 501 000 Personen beschäftigt, davon zählten 231 000 (46 %) zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal und 270 000 (54 %) zum Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal. Beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal waren 164 000 Personen hauptberuflich und 67 000 nebenberuflich tätig (s. Tab. 11). Zum hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal an Hochschulen zählen u. a. die Professoren und Professorinnen, die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter sowie Dozenten und Assistenten; zum nebenberuflichen wissenschaftlichen

Tab. 11: Personal an Hochschulen

Jahr	Insgesamt ¹	Wissenschaftliches, künstlerisches Personal		Verwaltungs-, technisches, sonstiges Personal	
		hauptberuflich	nebenberuflich ¹	hauptberuflich	nebenberuflich
	in 1 000				
1992	465	143	56	262	4
1993	471	145	59	265	2
1994	473	148	60	263	2
1995	483	152	60	268	2
1996	482	154	60	266	2
1997	481	154	60	266	1
1998	484	156	61	265	2
1999	489	157	62	267	3
2000	489	157	62	265	5
2001	474	160	65	265	4
2002	501	164	67	266	4

1 Ohne studentische Hilfskräfte.

und künstlerischen Personal gehören z. B. Lehrbeauftragte, wissenschaftliche Hilfskräfte und Gastprofessoren und -professorinnen.

Gegenüber 1992 hat die Zahl der Beschäftigten an Hochschulen insgesamt um rund 8 % zugenommen. Die Zahl der hauptberuflichen Professoren und Professorinnen stagniert jedoch seit 1997 bei knapp 38 000. Der zu beobachtende Anstieg innerhalb des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals ist also vor allem auf die Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter zurückzuführen. Relativiert wird die Beobachtung des Anstiegs des Hochschulpersonals durch die Tatsache, dass die Zahl der Studierenden im selben Zeitraum ebenfalls gestiegen ist. Nachdem sich das zahlenmäßige Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal, die so genannte Betreuungsrelation, in den 1990er-Jahren zunächst verbesserte, hat sich die Betreuungssituation für Studierende und Mitarbeiter nach einer Phase der Entspannung jüngst wieder verschärft.

2.5.3 Frauenanteile

Ein hoher Bildungsstand der Bevölkerung ist für ein rohstoffarmes Industrieland wie Deutschland eine der wichtigsten Ressourcen. Trotz der derzeit hohen Arbeitslosigkeit ist in Zukunft verstärkt mit einem Mangel an Fachkräften in einzelnen Arbeitsmarktsegmenten zu rechnen. Nicht nur deshalb wird der Beteiligung von Frauen in Studium, Lehre und Forschung eine besondere Bedeutung beigemessen. Die Frauenanteile in den verschiedenen Stadien einer akademischen Laufbahn sind in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich gestiegen. Allerdings ist der Frauenanteil umso geringer, je höher die erreichte Stufe auf der »Karriereleiter« ist. Wie die Tabelle 12

Tab. 12: Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn

Jahr	Studienanfänger	Studierende	Absolventen	Promotionen	Hochschulpersonal insgesamt	Hauptberufl. wissenschaftl. und künstlerisches Personal	Professoren	C4-Professoren
	in %							
1993	44,4	40,2	38,9	30,6	48,6	21,6	6,9	4,0
1994	45,1	40,8	40,6	31,2	48,5	21,9	7,5	4,3
1995	47,8	41,7	40,7	31,5	49,1	22,6	8,2	4,8
1996	47,9	42,6	40,7	31,1	49,2	23,0	8,5	5,1
1997	48,6	43,6	41,3	32,1	50,2	23,5	9,0	5,5
1998	48,5	44,5	42,2	33,1	50,4	24,2	9,5	5,9
1999	49,3	45,3	43,5	33,4	50,5	24,8	9,8	6,3
2000	49,2	46,1	44,8	34,3	50,8	25,6	10,5	7,1
2001	49,4	46,7	46,0	35,3	51,2	27,0	11,2	7,7
2002	50,6	47,4	46,9	36,4	51,2	27,7	11,9	8,0

zeigt, waren im Jahr 2002 erstmals mehr als die Hälfte der Studienanfänger Frauen. Der Anteil der Studentinnen an den Studierenden lag bei rund 47 %. Während der Frauenanteil bei den Hochschulabsolventen 2002 fast 47 % erreichte, wurde nur jeder dritte Dokortitel von einer Frau erworben (36 %).

Mehr als die Hälfte der Ende 2002 an deutschen Hochschulen Beschäftigten war weiblichen Geschlechts. Der Anteil der Frauen am hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal betrug allerdings nur knapp 28 %. In der Professorenschaft lag der Frauenanteil bei knapp 12 %, in der höchsten Besoldungsstufe (C4) sogar nur bei 8 % (s. Tab. 12). Im Vergleich zu 1993 hat sich der Frauenanteil bei den verschiedenen Personengruppen zum Teil deutlich erhöht. Der stärkste Anstieg ist bei den C4-Professuren zu beobachten; hier hat sich der Anteil der Frauen im Betrachtungszeitraum verdoppelt. Gleichzeitig ist dies jedoch die Gruppe, in der Frauen zur Zeit noch am deutlichsten unterrepräsentiert sind.

2.5.4 Ausländische Studierende

Der Prozess der Globalisierung von Märkten geht einher mit einem zunehmenden internationalen Wettbewerb und einer steigenden Mobilität der Menschen. Vor diesem Hintergrund stehen auch die Hochschulen vor der Herausforderung, sich dem internationalen Wettbewerb um die »klügsten Köpfe« zu stellen. Der internationale Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern dient dazu, Wissen und Ideen aus anderen Ländern zu importieren und gleichzeitig deutsches Know-how und deutsche Technologien in anderen Ländern bekannt zu machen.

Der Anteil ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen kann in diesem Zusammenhang als Gradmesser der Attraktivität deutscher Hochschulen für auslän-

Tab. 13: Ausländische Studierende (Bildungsausländer) an deutschen Hochschulen

Jahr	Studierende		Studienanfänger	
	Bildungsausländer insgesamt	Anteil an allen Studierenden	Bildungsausländer insgesamt	Anteil an allen Studienanfängern
	in 1 000	in %	in 1 000	in %
1993	87	4,6	26	9,4
1994	93	4,9	28	10,4
1995	98	5,3	28	10,8
1996	100	5,4	29	11,0
1997	104	5,7	31	11,6
1998	109	6,0	35	12,8
1999	113	6,4	40	13,7
2000	126	7,0	45	14,3
2001	143	7,6	53	15,4
2002	163	8,4	58	16,3

dische Studierende angesehen werden. Dabei müssen allerdings jene Studierende außer Betracht bleiben, die zwar eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen, jedoch auf eine Bildungsbiographie in Deutschland zurückblicken (so genannte Bildungsinländer).

Von den 1,94 Mill. Studierenden im Wintersemester 2002/2003 hatten 227 000 eine ausländische Staatsangehörigkeit. Mit 163 000 hatten mehr als zwei Drittel (72 %) der ausländischen Studentinnen und Studenten ihre Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Deutschlands erworben (so genannte Bildungsausländer). Mit 19 400 Studierenden stammten die meisten Bildungsausländer im Wintersemester 2002/2003 aus China, gefolgt von Polen mit 10 300 und Bulgarien mit 9 500. Seit dem Wintersemester 1993/94 ist der Anteil der Bildungsausländer an den Studierenden von 4,6 % kontinuierlich gestiegen und erreichte im Wintersemester 2002/2003 einen Wert von 8,4 %. Unter den Studienanfängern stieg der Anteil der Bildungsausländer von 9,4 % im Studienjahr 1993 auf 16,3 % im Studienjahr 2002 (s. Tab. 13).

2.6 Weiterbildung

Breite Bevölkerungsschichten haben die Notwendigkeit des »Lebenslangen Lernens« erkannt. In einer Zeit raschen technologischen Wandels müssen viele Erwerbstätige damit rechnen, dass sie ihren ursprünglich erlernten Beruf nicht ein Leben lang ausüben können. Immer häufiger nehmen deshalb Beschäftigte an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen teil. Aber auch die allgemeine Weiterbildung erfreut sich wachsender Beliebtheit, wie insbesondere der starke Zuspruch zu den Volkshochschulen sowie das rege Interesse der Bevölkerung am Besuch von einzelnen Lehrveranstaltungen an Hochschulen (sog. Gaststudium) erkennen lassen.

Eine seit 1979 in dreijährigem Abstand im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Forschung und Technologie durchgeführte repräsentative Umfrage unter 19- bis 64-jährigen Bürgerinnen und Bürgern bestätigt diese Tendenz. Danach haben 2000 in Deutschland gut 4 von 10 Personen in diesem Alter an irgendeiner Form von Weiterbildung teilgenommen (43 %). Hochgerechnet sind dies 21,4 Mill. Personen, die sich – teils mehrfach – weitergebildet haben. Die Teilnahmequote ist gegenüber 1997 um fünf Prozentpunkte gefallen. Der Rückgang der Teilnahmequoten fiel im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern ähnlich aus. Die Beteiligung liegt inzwischen in beiden Gebieten bei 43 %. An beruflicher Weiterbildung haben hochgerechnet rund 14,4 Mill. Personen teilgenommen.

Die Beteiligung lag, wie Tab. 14 zeigt, sowohl im früheren Bundesgebiet (28 %) als auch in den neuen Ländern (31 %) niedriger als 1997. Auffällig ist der Rückgang um 6 Prozentpunkte in den neuen Ländern, während im früheren Bundesgebiet die Quote

Tab. 14: Teilnahme an beruflicher Weiterbildung nach Weiterbildungsbereichen 2000¹ in Prozent der Bevölkerung im Alter von 19 bis 64 Jahren

Weiterbildungsbereiche	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Berufliche Weiterbildung und zwar:			
Lehrgänge/Kurse zur Umschulung auf einen anderen Beruf	2	1	3
Lehrgänge/Kurse für den beruflichen Aufstieg (z. B. zum Meister, Techniker, Betriebswirt)	3	3	3
Besondere Lehrgänge/Kurse im Betrieb zur Einarbeitung in eine neue Arbeit	6	6	6
Lehrgänge/Kurse zur Anpassung an neue Aufgaben im Beruf	11	10	12
Sonstige Lehrgänge/Kurse im Beruf	10	10	11
Teilnahmequote insgesamt	29	28	31

¹ Weiterbildungsteilnahme = Teilnahme in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung. (Hrsg.): Berichtssystem Weiterbildung VIII, Bonn 2001.

Tab. 15: Teilnahme an allgemeiner und politischer Weiterbildung nach ausgewählten Weiterbildungsbereichen 2000¹

Weiterbildungsbereiche	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Allgemeine und politische Weiterbildung und zwar:			
Fragen der Gesundheit und der gesundheitsgerechten Lebensführung	3	3	3
Versicherungs-, Renten-, Steuer- und sonstige Rechtsfragen	2	2	4
Kindererziehung/Hilfe für die Schule	1	1	1
Persönliche/familiäre Probleme	1	1	0
Sprachkenntnisse	5	5	4
Praktische Kenntnisse	2	2	2
Wissen über Naturwissenschaften und Technik	1	1	1
Kenntnisse und Anregungen für aktive Freizeitgestaltung	2	2	1
Wissen auf Gebieten wie Kunst, Literatur, Religion, Geschichte oder Länderkunde	1	2	1
Umweltschutz/Ökologie	1	1	1
Kenntnisse für die Ausübung von Sportarten	1	1	2
Computer, EDV, Internet	7	7	6
Rechte und Pflichten des Staatsbürgers, Wissen über Politik, auch europabezogen	1	1	1
Sonstige Themenbereiche	2	2	2
Teilnahmequote insgesamt	26	27	24

¹ Weiterbildungsteilnahme = Teilnahme in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung. (Hrsg.): Berichtssystem Weiterbildung VIII, Bonn 2001.

nur um 1 Punkt gesunken ist. An allgemeinen und politischen Weiterbildungsveranstaltungen haben sich 2000 hochgerechnet rund 13,3 Mill. Personen beteiligt, gegenüber 15,7 Mill. im Jahre 1997. Im früheren Bundesgebiet lag die Teilnahmequote mit 27 % etwas höher als in den neuen Ländern (24 %; s. Tab. 15). Die Entwicklung der Teilnehmerzahlen sowie vor allem das zeitliche Volumen lassen eine Konzentration auf die berufsbezogene Weiterbildung erkennen.

Hochqualifizierte Männer und Frauen bemühen sich verstärkt um ihre Weiterbildung (63 % der Hochschulabsolventinnen und -absolventen nahmen im Jahr 2000 an entsprechenden Maßnahmen teil). Dagegen wenden Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung weniger Zeit für ihr Fortkommen auf; nur 20 % besuchten 2000 entsprechende Veranstaltungen. Informationen zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen liefert die Zweite Europäische Erhebung zur beruflichen Weiterbildung (CVTS2). Im Jahr 1999 boten 67 % der Unternehmen ihren Beschäftigten Lehrver-

anstaltungen (Lehrgänge oder Kurse), also die klassische Form der beruflichen Weiterbildung, an 36 % aller Beschäftigten der Unternehmen mit entsprechendem Angebot nahmen an solchen Lehrveranstaltungen teil. Die Teilnahmequote der Frauen lag mit 33 % unter derjenigen der Männer (38 %). Je Teilnehmer ergaben sich im Durchschnitt 27 Weiterbildungsstunden im Jahr, wobei Männer mit 28,5 Stunden etwas länger teilnahmen als Frauen (24,7 Stunden).

Die Volkshochschulen als bedeutender Träger der allgemeinen und politischen Weiterbildung verzeichneten 2001 6,8 Mill. Teilnehmer und Teilnehmerinnen an Lehrgängen, Kursen und Arbeitsgemeinschaften, 2,4 Mill. Personen besuchten Einzelveranstaltungen; dabei sind Mehrfachzählungen durch Belegung mehrerer Veranstaltungen enthalten. Zum beliebtesten Volkshochschulangebot gehören die Sprachkurse, die 2001 von 28 % aller Teilnehmenden belegt wurden. Etwa 100 000 Personen besuchten Lehrgänge, um einen Schulabschluss nachzuholen. An einem Gaststudium nahmen im Wintersemester 2002/2003 40 803 Personen teil. Davon waren die Hälfte Frauen (50 %). Die beliebtesten Fachrichtungen der Gasthörer und Gasthörerinnen waren die Sprach- und Kulturwissenschaften sowie die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Die Gaststudierenden des Wintersemesters 2002/2003 waren durchschnittlich 49,7 Jahre alt; 43 % waren 60 Jahre und älter.

2.7 Bildungsniveau der Bevölkerung

Die Qualifikation der Bevölkerung ist von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, da neben der Ausstattung mit Bodenschätzen und Produktionsanlagen vor allem die Qualität der menschlichen Arbeitskraft (»Humankapital«) das Leistungsvermögen einer Volkswirtschaft bestimmt. Für die einzelne Person stellt die Ausbildung einen entscheidenden Schritt zur Selbstentfaltung und Entwicklung der Persönlichkeit dar.

Aktuelle Angaben über den Bildungsstand der Gesamtbevölkerung werden aus dem jährlich durchgeführten Mikrozensus gewonnen. Bei der im April 2002 durchgeführten Erhebung (s. Tab. 16) hatten von allen Befragten über 15 Jahre, die Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben, 39 % einen so genannten »höherwertigen« Bildungsabschluss. 19 % besaßen einen Realschulabschluss; 20 % die Fachhochschul- oder Hochschulreife. In der Gruppe der 20- bis unter 30-Jährigen konnten bereits gut 65 % einen solchen Abschluss nachweisen (30 % Realschulabschluss, 36 % Fachhochschul-/Hochschulreife). Von den Altersjahrgängen ab 60 hatten dagegen lediglich 12 % eine Realschule und 10 % ein Gymnasium erfolgreich absolviert.

Wie aus Tab. 17 hervorgeht, gaben im Jahr 2002 52 % der Personen, die Angaben zu ihrem beruflichen Bildungsabschluss gemacht haben, eine Lehre als beruflichen Ausbildungsabschluss an. Fast 2 % besaßen einen Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR, knapp 6 % einen Fachschulabschluss, 11 % einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss und 28 % (noch) keinen beruflichen Abschluss. Von den 30- bis unter 40-Jährigen hatten immerhin gut 16 % ein Fachhochschul- oder Hoch-

Tab. 16: Allgemein bildender Schulabschluss der Bevölkerung im April 2002

Alter von ... bis ... Jahren	Ins- gesamt	Darunter mit Angaben zur allgemeinen Schulausbildung ¹							
		zu- sammen	noch in schul- ischer Aus- bildung	mit allgemeinem Schulabschluss					ohne allge- meinen Schulab- schluss
				Haupt- (Volks-) schul- abschluss	Abschluss der Polytech- nischen Ober- schule	Real- schul- oder gleich- wertiger Abschluss	Fachhoch- schul- oder Hochschul- reife	ohne Angabe zur Art des Ab- schlusses	
<i>in 1000</i>									
15-19	4 620	4 561	2 896	623	28	757	138	23	97
20-29	8 987	8 774	135	2 207	401	2 609	3 120	71	231
30-39	12 876	12 559	/	3 746	1 613	3 121	3 649	101	327
40-49	12 369	12 039	/	4 546	1 796	2 435	2 868	101	293
50-59	10 241	9 645	/	5 083	905	1 575	1 721	105	255
60 und älter	21 033	18 896	/	13 906	237	2 297	1 867	171	419
Insgesamt	70 127	66 472	3 035	30 110	4 979	12 793	13 362	572	1 621
Früheres Bundesgebiet	56 925	53 642	2 396	26 034	450	11 549	11 214	511	1 488
Neue Länder und Berlin-Ost	13 202	12 830	639	4 077	4 529	1 244	2 148	62	132
<i>in %²</i>									
15-19	.	100	63,5	13,7	0,6	16,6	3,0	0,5	2,1
20-29	.	100	1,5	25,2	4,6	29,7	35,6	0,8	2,6
30-39	.	100	/	29,8	12,8	24,9	29,1	0,8	2,6
40-49	.	100	/	37,8	14,9	20,2	23,8	0,8	2,4
50-59	.	100	/	52,7	9,4	16,3	17,8	1,1	2,6
60 und älter	.	100	/	73,6	1,3	12,2	9,9	0,9	2,2
Insgesamt	.	100	4,6	45,3	7,5	19,2	20,1	0,9	2,4
Früheres Bundesgebiet	.	100	4,5	48,5	0,8	21,5	20,9	1,0	2,8
Neue Länder und Berlin-Ost	.	100	5,0	31,8	35,3	9,7	16,7	0,5	1,0

1 Beantwortung für Personen im Alter von 51 Jahren und mehr freiwillig.

2 Anteil an allen Personen in der jeweiligen Altersgruppe, die Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben.

schulstudium erfolgreich abgeschlossen; unter den 60-Jährigen und Älteren befanden sich dagegen nur rund 8 % Akademiker.

Heute werden die Angebote des allgemeinen Bildungssystems von Frauen und Männern gleichberechtigt wahrgenommen, so dass bei der jüngeren Generation bezüglich des Bildungsgrades kaum noch geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen sind. In der Altersgruppe der 20- bis unter 30-Jährigen hatten 33 % der Männer und 38 % der Frauen die Fachhochschul- oder Hochschulreife. Demgegenüber besaßen im Jahr 2002 von den Personen ab 60 knapp 15 % der männlichen, aber nur 6 % der weiblichen Bevölkerung das Abitur.

Bei einem Vergleich der allgemeinen Schulabschlüsse der deutschen und der ausländischen Bevölkerung fällt Folgendes auf: Während die in Deutschland lebenden

Ausländer und Ausländerinnen nur zu 14 % einen Realschulabschluss besitzen (für die Deutschen liegt der entsprechende Wert bei 20 %), liegen sie mit einem Anteil von 22 % bei der Fachhochschul- und Hochschulreife über dem Wert für die deutsche Bevölkerung (20 %). Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der hohe Anteil der Ausländerinnen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife (23 % gegenüber 17 % bei den deutschen Frauen). Immerhin 13 % der ausländischen Bevölkerung besitzt jedoch überhaupt keinen allgemeinen Schulabschluss (bei den Deutschen sind es gut 1 %). Mehr als die Hälfte der Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland hat auch keinen beruflichen Bildungsabschluss (53 % gegenüber 26 % der Deutschen). Einen Lehrabschluss können fast 54 % der Deutschen, aber nur 31 % der ausländischen Bürger und Bürgerinnen vorweisen. Bei den Hochschul- und Fachhochschulabschlüssen sind die Anteile nahezu identisch.

Tab. 17: Beruflicher Bildungsabschluss der Bevölkerung im April 2002

Alter von ... bis ... Jahren	Ins- gesamt	Darunter mit Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss ¹							
		zu- sammen	mit beruflichem Bildungsabschluss						ohne beruf- lichen Bildungs- abschluss
			Lehr-/ Anlern- ausbil- dung	Fach- schulab- schluss	Fach- schulab- schluss in der ehem. DDR	Fach- hoch- schulab- schluss	Hoch- schulab- schluss	Ohne Angabe zur Art des Ab- schlusses	
<i>in 1 000</i>									
15–19	4 620	4 415	172	6	0	–	–	–	–
20–29	8 987	8 657	4 329	307	16	262	315	168	3 257
30–39	12 876	12 419	7 213	962	203	864	1 169	252	1 755
40–49	12 369	11 888	6 951	930	261	798	1 097	232	1 618
50–59	10 241	9 461	5 476	672	217	561	815	164	1 559
60 und älter	21 033	18 500	9 559	1 009	319	654	795	250	5 915
Insgesamt	70 127	65 339	33 702	3 884	1 018	3 139	4 189	1 085	18 322
Früheres Bundesgebiet									
	56 925	52 603	26 605	3 169	123	2 538	3 395	967	15 806
Neue Länder und Berlin-Ost									
	13 202	12 736	7 097	715	894	602	794	118	2 515
<i>in %²</i>									
15–19	·	100	3,9	0,1	/	–	–	–	–
20–29	·	100	50,0	3,5	0,2	3,0	3,6	1,9	37,6
30–39	·	100	58,1	7,7	1,6	7,0	9,4	2,0	14,1
40–49	·	100	58,5	7,8	2,2	6,7	9,2	2,0	13,6
50–59	·	100	57,9	7,1	2,3	5,9	8,6	1,7	16,5
60 und älter	·	100	51,7	5,5	1,7	3,5	4,3	1,4	32,0
Insgesamt	·	100	51,6	5,9	1,6	4,8	6,4	1,7	28,0
Früheres Bundesgebiet									
	·	100	50,6	6,0	0,2	4,8	6,5	1,8	30,0
Neue Länder und Berlin-Ost									
	·	100	55,7	5,6	7,0	4,7	6,2	0,9	19,7

1 Beantwortung für Personen im Alter von 51 Jahren und mehr freiwillig.

2 Anteil an allen Personen in der jeweiligen Altersgruppe, die Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss gemacht haben.

2.8 Bildungsfinanzen

Im folgenden Kapitel werden zunächst Angaben zu den Bildungsausgaben (Bildungsbudget) dargestellt. Das Zahlenmaterial wird überwiegend den Rechnungsabschlüssen der Gebietskörperschaften sowie der sonstigen zum finanzstatistischen Berichtskreis gehörenden Institutionen entnommen. Die Daten zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) sowie zum Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) werden als Auszug aus den Eingabedaten und Rechenergebnissen zur Leistungsrechnung bereitgestellt. Eine Vergleichbarkeit von Bildungsausgaben aus den Rechnungsergebnissen einerseits und Angaben zum finanziellen Aufwand aus der BAföG- bzw. AFBG-Statistik andererseits ist grundsätzlich nicht gegeben.

2.8.1 Bildungsausgaben

In einer hochtechnologisierten Volkswirtschaft im globalen Wettbewerb ist Bildung ein zentraler Produktionsfaktor für die Unternehmen. Für jede Bürgerin und jeden Bürger bedeutet eine fundierte Ausbildung erst die Voraussetzung für das immer wichtiger

Tab. 18: Bildungsausgaben¹ der gesamten Volkswirtschaft – Bildungsbudget

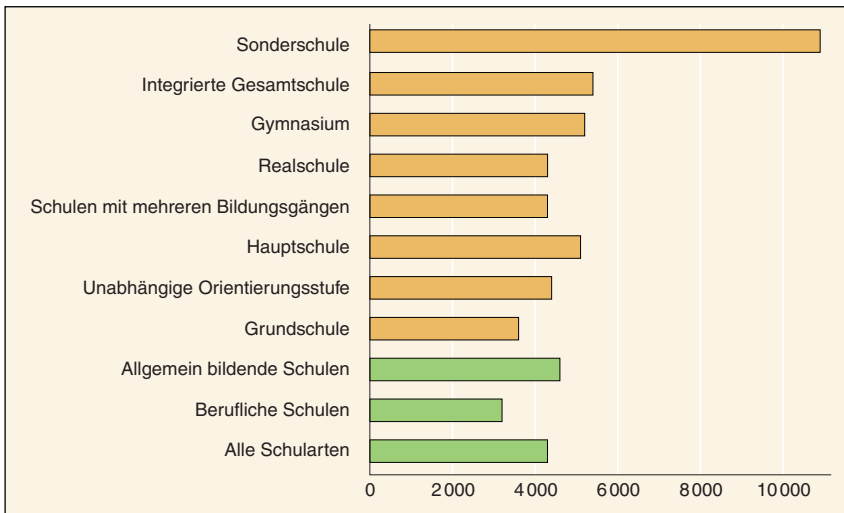
Bildungsleistungen	Bildungsausgaben		Anteile am Bruttoinlandsprodukt	
	2000	2001 (vorl.)	2000	2001 (vorl.)
	Mrd. EUR		in %	
Ausgaben für den Bildungsprozess	116,1	118,5	5,7	5,7
Öffentliche Vorschulen, Schulen, Hochschulen	67,4	68,7	3,3	3,3
Private Vorschulen, Schulen, Hochschulen	11,0	11,3	0,5	0,5
Betriebliche Ausbildung im Rahmen der dualen Bildung	13,9	14,1	0,7	0,7
Betriebliche Weiterbildung der Unternehmen, privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften	9,6	9,8	0,5	0,5
Sonstige Bildungseinrichtungen	9,6	9,8	0,5	0,5
Ausgaben von Schülern und Studierenden für Nachhilfe, Lernmittel u. dgl.	4,6	4,7	0,2	0,2
Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmern	12,6	13,4	0,6	0,6
Bildungsförderung durch Gebietskörperschaften	4,4	5,0	0,2	0,2
Förderung von Bildungsteilnehmern durch die Bundesanstalt für Arbeit	5,2	5,2	0,3	0,3
Kindergeld für kindergeldberechtigte Bildungsteilnehmer ab 19 Jahren	3,1	3,1	0,2	0,2
Insgesamt	128,8	131,9	6,4	6,4

¹ Personalausgaben, laufender Sachaufwand, Investitionsausgaben (ausführliche Darstellung und weitergehende methodische Erläuterungen unter www.destatis.de, Rubrik Bildung und Kultur).

werdende so genannte »Lebenslange Lernen«. Daher werden in Deutschland pro Jahr beträchtliche Summen in die Aus- und Weiterbildung investiert. Das Bildungsbudget stellt die Höhe dieser Ausgaben und die Herkunft der Mittel dar. Die vorstehende Tab. 18 zeigt die Höhe der Ausgaben ausgewählter Bildungsbereiche und deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Danach wurden im Jahre 2001 in Deutschland 131,9 Mrd. Euro für Bildung ausgegeben. Davon entfielen rund 90 % auf die Kern-Bildungsleistungen wie Unterricht, der Rest auf die Unterstützung der Lebenshaltung von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden (Bildungsförderung). Mit rund 52 % stellen die Ausgaben von öffentlichen Vorschulen (Kindergärten, Vorklassen, Schulkindergärten), Schulen und Hochschulen den mit Abstand größten Posten im Gesamtbudget für Bildung dar. Auf private Vorschulen, Schulen und Hochschulen entfielen rund 9 %. Die Ausbildung in Betrieben im Rahmen des Dualen Systems schlug mit rund 11 % zu Buche. Für die betriebliche Weiterbildung von Unternehmen, privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und Gebietskörperschaften wurden rund 7 % aufgewendet. Die Bildungsausgaben der übrigen Bildungseinrichtungen und der privaten Haushalte machten 11 % des Gesamtbudgets aus.

Setzt man die im Budget nachgewiesenen gesamten Bildungsausgaben ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (der Summe der insgesamt erbrachten Wirtschaftsleistung), so beträgt dieser Anteil 6,4 %. Aufgegliedert nach Mittelgebern wandte der Staat im Jahr 2000 für Bildung 95,4 Mrd. Euro auf. Davon kamen 14,9 Mrd. Euro vom Bund, 62,9 Mrd. Euro von den Ländern und 17,6 Mrd. Euro von den Gemeinden. Ferner beteiligten sich die privaten Haushalte, die Unternehmen sowie die privaten Or-

Abb. 12: Ausgaben für Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen 2002 in Euro



ganisationen ohne Erwerbszweck mit 33,4 Mrd. Euro an der Finanzierung der Bildungsausgaben. Die Ausgaben der Bildungsbereiche müssen jedoch in Bezug zur Anzahl der Bildungsteilnehmer gesetzt werden, für die letztlich die Bildungsanstrengungen unternommen werden.

Die vorstehende Abb. zeigt beispielhaft die Höhe der Ausgaben für öffentliche allgemein bildende und berufliche Schulen in Bezug zur Anzahl der Schüler für das Jahr 2000. Die Ausgaben je Schüler schwanken stark nach Schularten. Die allgemein bildenden Schulen sind mit 4 600 Euro teurer als die beruflichen Schulen (3 200). Innerhalb der allgemein bildenden Schulen liegen Grundschulen mit 3 600 Euro je Schüler unter dem Durchschnitt und Sonderschulen mit 10 900 Euro darüber. Die beruflichen Schulen (z. B. Berufsschulen, Berufsfachschulen) wenden im Durchschnitt 3 200 Euro je Schüler auf. Für die hohen Pro-Kopf-Ausgaben der Sonderschulen ist u. a. das günstige Betreuungsverhältnis Schüler je Lehrer ausschlaggebend. Die verhältnismäßig niedrigen Aufwendungen von 2100 Euro je Schüler bei den Berufsschulen sind auf den Teilzeitunterricht zurückzuführen.

2.8.2 Ausbildungsförderung

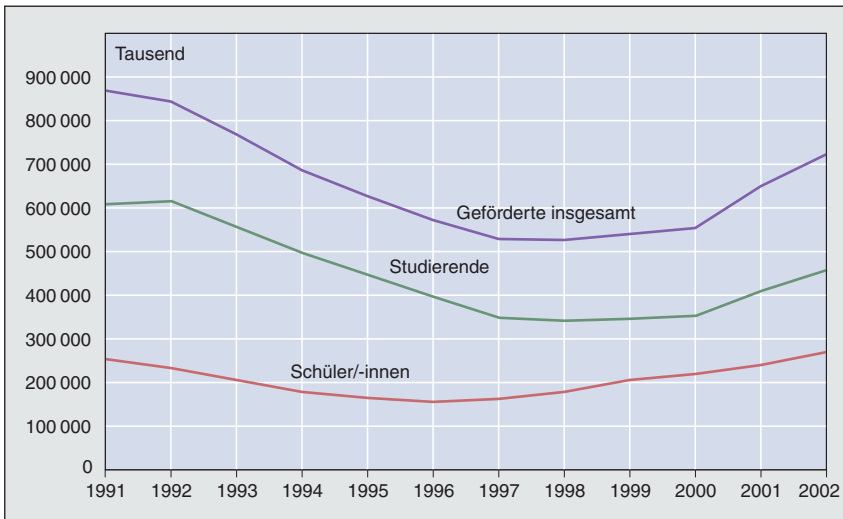
Die Ausbildungsförderung soll zusammen mit anderen direkten Leistungen (z. B. Kindergeld, Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz) sowie den ausbildungsbezogenen indirekten steuerlichen Entlastungen dazu dienen, die unterschiedlichen Belastungen der Familien auszugleichen. Durch diese Förderung sollen junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen Zugang zu einer Ausbildung nach ihrer Neigung, Eignung und Leistung erhalten. Die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist seit Anfang der 80er-Jahre mehrfach verändert worden – zuletzt aufgrund des Ausbildungsförderungsreformgesetzes (AföRG) vom 21. 3. 2001.

Zurzeit wird Ausbildungsförderung für den Besuch von weiterführenden allgemein bildenden Schulen und Berufsfachschulen ab Klasse 10 und von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, nur an auswärts untergebrachte Schüler geleistet. Schüler-BAföG gibt es ferner für den Besuch von Abendschulen, Kollegs, Berufsaufbauschulen oder Fach- und Fachoberschulklassen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen. Außerdem werden Schüler in Berufsfachschul- und Fachschulklassen gefördert, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, sofern sie in einem mindestens zweijährigen Bildungsgang einen berufsqualifizierenden Abschluss (z. B. als staatlich geprüfte/r Techniker/in) vermitteln.

Studierenden-BAföG wird für den Besuch von Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen gewährt; es wird je zur Hälfte als Zuschuss bzw. unverzinsliches Darlehen geleistet. In bestimmten Fällen wurde seit August 1996 beim Besuch der zuletzt genannten Ausbildungsstätten anstelle von Zuschuss und unverzinslichen Darlehen ein verzinsliches Darlehen gewährt, so z. B. nach Überschreiten der Förderungshöchstdauer. Im Schulbereich wird die Ausbildungsförderung dagegen vollständig

als Zuschuss gewährt. Die Ausbildungsförderung nach dem BAföG wurde ab dem 1. Januar 1991 auch in den neuen Ländern geleistet. Wegen der niedrigeren Lebenshaltungskosten galten dort zunächst niedrigere Bedarfssätze. Ab dem 1. April 2001 gelten für den Besuch von Ausbildungsstätten in den Neuen Ländern sowie Berlin-Ost die gleichen Bedarfssätze wie im Früheren Bundesgebiet. Nachdem die Zahl der Geförderten bis einschließlich 1998 zurückgegangen war, setzte im Jahr 1999 eine Trendwende ein, und ihre Anzahl nahm wieder zu (s. Abb. 13). 723 000 Schüler und Schülerinnen sowie Studierende erhielten im Jahr 2002 Leistungen nach dem BAföG. Da sich die Förderung jedoch zum Teil nicht über ein ganzes Jahr erstreckte, wurden im Durchschnitt je Monat nur 467 000 Personen unterstützt (s. Tab. 19).

Abb. 13: Geförderte nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)



Von den durchschnittlich 163 000 geförderten Schülerinnen und Schülern besuchten fast 95 000 eine Berufsfachschule (einschl. aller Formen der beruflichen Grundbildung) und gut 20 000 eine Fachschule. Unter den durchschnittlich 304 000 geförderten Studierenden waren fast 195 000 an Universitäten (einschl. Pädagogischer und Theologischer Hochschulen sowie Gesamthochschulen) und 101 000 an Fachhochschulen eingeschrieben. 1,94 Mrd. Euro wurden für die Ausbildungsförderung nach dem BAföG im Jahr 2002 ausgegeben, 592 Mill. Euro für die Schüler- und 1,35 Mrd. Euro für die Studierendenförderung. Im Durchschnitt erhielt ein geförderter Schüler bzw. eine geförderte Schülerin 302 Euro je Monat, ein geförderter Student bzw. eine geförderte Studentin 371 Euro. Die durchschnittliche Zahl der Geförderten lag 2002 um 30 % – bei den Studierenden um 31 % – höher als 2000. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Finanzaufwand um 53 % (s. Tab. 19).

Tab. 19: Ausbildungsförderung an Schulen und Hochschulen
nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Jahr	Geförderte in 1 000	Finanzaufwand Mill. EUR	Durchschnittlicher Förderungsbetrag pro Person EUR je Monat
<i>Schülerinnen und Schüler</i>			
1997	109	328	251
1998	116	341	244
1999	122	357	243
2000	127	368	241
2001	143	493	288
2002	163	592	302
<i>Studierende</i>			
1997	238	910	319
1998	227	862	316
1999	226	871	321
2000	232	907	326
2001	265	1 162	365
2002	304	1 351	371
<i>Insgesamt</i>			
1997	347	1 238	298
1998	343	1 203	292
1999	348	1 228	294
2000	359	1 275	296
2001	408	1 655	338
2002	467	1 942	347

2.8.3 Aufstiegsfortbildungsförderung

Die Aufstiegsförderung soll Nachwuchskräften helfen, ihre Weiterbildung für einen Fortbildungsabschluss zu finanzieren, der einen beruflichen Aufstieg ermöglicht. Die Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) wurde zum 1. 1. 1996 eingeführt. Zum 1. 1. 2002 trat eine Reform des AFBG – u. a. mit verbesserten Leistungen für die Geförderten – in Kraft. Das AFBG (auch »Meister-BAföG« genannt) gewährt erstmals allen Fachkräften einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung für alle Formen der beruflichen Aufstiegsfortbildung. Der angestrebte Abschluss muss über dem Niveau einer Facharbeiter-, Gesellen-, Gehilfenprüfung oder eines Berufsfachschulabschlusses liegen. Damit erstreckt sich die Förderung auf alle Bildungsmaßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, der freien Berufe, der Hauswirtschaft und der Landwirtschaft, die gezielt auf anerkannte Prüfungen nach der Handwerksordnung, dem Berufsbildungsgesetz, dem Recht des Bundes und der Länder oder sonstigen Regelungen auf eine beruf-

liche Qualifikation vorbereiten. Hierzu gehören nach der Reform auch Fortbildungen in den Gesundheits- und Pflegeberufen sowie an staatlich anerkannten Ergänzungsschulen. Eine Maßnahme in Vollzeitform muss mindestens 400 Unterrichtsstunden umfassen und darf in der Regel eine Dauer von 24 Monaten nicht überschreiten. Bei Teilzeitform beträgt die maximale Dauer in der Regel bis zu 48 Monaten. Die Leistungen für alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen bestehen aus einem so genannten Maßnahmebeitrag (für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren), der erstmals ab 1. 1. 2002 in Höhe von 35 % als Zuschuss und im Übrigen (bis 2001 vollständig) als Darlehen gewährt wird. Der Höchstbetrag des Maßnahmebeitrages liegt bei 10 226 Euro. Geförderte in Vollzeitform können darüber hinaus monatliche Zuschüsse und Darlehen für den Lebensunterhalt sowie für die Kinderbetreuung einen weiteren Zuschuss erhalten. Die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gewährten Darlehen sind längstens vier Jahre zins- und tilgungsfrei und anschließend zu marktüblichen Konditionen zurückzuzahlen.

Tab. 20: Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Jahr	Geförderte	Finanzieller Aufwand		
		insgesamt	davon	
			Darlehen	Zuschuss
1 000 EUR				
1996	29 427	121 176	108 739	12 437
1997	49 346	171 476	148 400	23 075
1998	53 967	176 183	151 765	24 418
1999	53 767	176 824	151 787	25 037
2000	51 999	170 455	146 635	23 820
2001	56 051	182 903	155 945	26 958
2002	87 659	316 246	215 210	101 036

Nach Einführung der Reform zum AFBG (1. 1. 2002) gab es 2002 rund 87 700 Geförderte, gegenüber dem Vorjahr ist das ein Anstieg von 56 % (s. Tab. 20). Die Förderung wurde überwiegend von männlichen Fachkräften genutzt (74 % aller Geförderten); nur 26 % der Geförderten waren Frauen. Wie aus Tabelle 7.3 hervorgeht, betrug der finanzielle Aufwand 2002 insgesamt 316 Mill. Euro, davon wurden 215 Mill. Euro als Darlehen bewilligt und 101 Mill. Euro als Zuschuss gewährt. Rund 39 600 (45 %) der Geförderten nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil, davon 23 % Frauen und 77 % Männer. Auf die Teilzeitfortbildung entfielen 48 000 Geförderte, davon 28 % Frauen und 72 % Männer. 20 % der Geförderten bildeten sich in Maßnahmen mit einer Dauer von bis zu einem Jahr, 58 % bis zu zwei Jahren und 87 % bis zu drei Jahren fort. Weitere 13 % besuchen Kurse, die länger als drei Jahre dauern. Die Geförderten waren überwiegend zwischen 20 und 35 Jahren alt. Am stärksten vertreten waren die 25- bis unter 30-Jährigen (34 %), gefolgt von den 20- bis unter 25-Jährigen (25 %) und den 30- bis unter 35-Jährigen (21 %).

3 Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

3.1 Im Blickpunkt: Erwerbstätige und Arbeitslose

Der Arbeitsmarkt ist seit rund dreißig Jahren durch ein Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage gekennzeichnet. Vor gut zehn Jahren hat sich die Schere zwischen denen, die Arbeit suchen, und der Zahl offener Stellen noch weiter geöffnet. Gerade in den neuen Ländern und Berlin-Ost traten nach der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft zuvor nicht gekannte Probleme auf dem Arbeitsmarkt auf, die noch immer eine Herausforderung darstellen.

Arbeitslosigkeit ist keine abstrakte Größe, sondern sie greift entscheidend in das Leben der Betroffenen ein. Die mit Arbeitslosigkeit einhergehenden Einkommensverluste zwingen meist zum Konsumverzicht, was letztlich eine Einschränkung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben für die ganze Familie bedeuten kann. Freizeitaktivitäten wie Kinobesuche, Klassenfahrten der Kinder etc. können nicht mehr problemlos oder nur noch selten bezahlt werden.

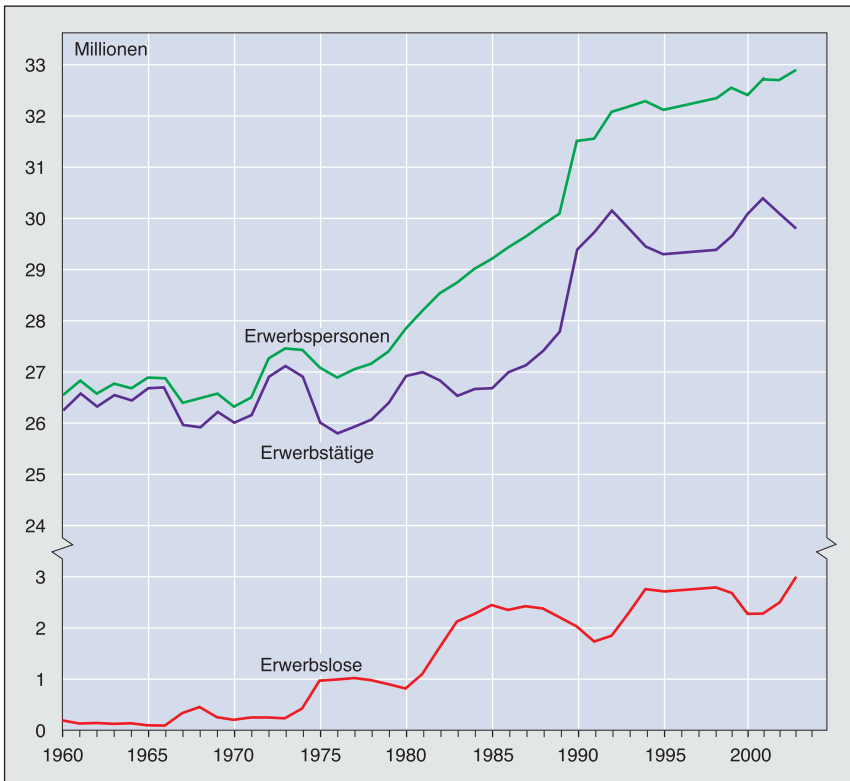
Für diejenigen, die Arbeit haben, ist ihre Erwerbstätigkeit oft mehr als nur die »Sicherung des Lebensunterhalts«. Die Erwerbstätigkeit nimmt im menschlichen Leben einen zentralen Platz ein; sie dient auch der persönlichen Selbstentfaltung. Wer etwa am Arbeitsplatz ausreichend Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume hat, gestaltet oft sein persönliches Umfeld aktiver als jene, denen es anders geht.

Tab. 1: Eckdaten zu Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit
Ergebnisse des Mikrozensus Mai 2003

	Erwerbstätige		Erwerbslose	
	1 000	%	1 000	% ¹
<i>Deutschland</i>				
Insgesamt	36 172	100,0	4 619	11,3
Männer	19 996	55,3	2 629	11,6
Frauen	16 176	44,7	1 991	11,0
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
Insgesamt	29 847	100,0	3 034	9,2
Männer	16 601	55,6	1 791	9,7
Frauen	13 246	44,4	1 243	8,6
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>				
Insgesamt	6 325	100,0	1 585	20,0
Männer	3 395	53,7	837	19,8
Frauen	2 930	46,3	748	20,3

1 Anteile der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose).

Abb. 1: Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit seit 1960¹ im früheren Bundesgebiet



¹ Ergebnisse des Mikrozensus; außer 1983 und 1984: Ergebnisse aus EG-Arbeitskräftestichprobe.

Um die jeweilige Situation am Arbeitsmarkt analysieren zu können, aber auch um beispielsweise Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen, sind aktuelle sowie nach verschiedenen Merkmalen gegliederte statistische Angaben zur Beschäftigung und Arbeitslosigkeit wesentliche Voraussetzungen. Das Zahlenmaterial über Erwerbstätige und Arbeitslose stammt aus unterschiedlichen Quellen. Diese sind die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit und die Beschäftigtenstatistik der Sozialversicherungsträger, die beide vorhandene Verwaltungsunterlagen auswerten, sowie die Erhebungen der statistischen Ämter, wie der Mikrozensus oder die Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union. Aufgrund der jeweils angewandten Methoden gehen sie zum Teil von unterschiedlichen Begriffsabgrenzungen aus. Diese müssen beachtet werden, damit bei der Interpretation der Zahlen keine Missverständnisse auftreten, denn vielfach wird nicht

einheitlich zwischen Erwerbspersonen und Erwerbstätigen sowie Erwerbslosen und Arbeitslosen unterschieden. Zu den Erwerbspersonen gehören aus statistischer Sicht sowohl die Erwerbstätigen als auch die Erwerbslosen: Erwerbspersonen = Erwerbstätige + Erwerbslose.

Erwerbstätig (umgangssprachlich auch »berufstätig«) sind alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, die also »abhängig« beschäftigt sind, sowie alle Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Ob es sich um eine hauptberufliche Tätigkeit oder eine Nebentätigkeit handelt und wie hoch das Entgelt ist, spielt für die Zuordnung zur Kategorie der Erwerbstätigen keine Rolle. Erwerbslos sind alle Nichtbeschäftigten, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie bei der Bundesagentur für Arbeit registriert sind. Als Arbeitslose gelten hingegen nur diejenigen Personen, die dort als solche gemeldet sind (vgl. 3.7 bis 3.11).

Nach diesen Abgrenzungen gab es – so die Ergebnisse des Mikrozensus – im Mai 2003 im früheren Bundesgebiet rund 32,9 Mill. Erwerbspersonen, darunter 29,8 Mill. Erwerbstätige. Im Vergleich zu April 1991 zeigte sich bei einer Steigerung der Erwerbspersonenzahl um etwa 1,5 Mill. eine Zunahme der Erwerbstätigen um 163 000 Personen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Erwerbslosen um rund 1,4 Mill. In den neuen Ländern und Berlin-Ost gab es im Mai 2003 rund 7,9 Mill. Erwerbspersonen; von ihnen waren insgesamt 6,3 Mill. Menschen erwerbstätig und 1,6 Mill. erwerbslos. Die Zahl der Erwerbstätigen lag damit im Mai 2003 in Ostdeutschland gegenüber der Mikrozensususerhebung vom April 1991 um knapp 1,4 Mill. niedriger, die Zahl der Erwerbslosen um 619 000 Personen höher.

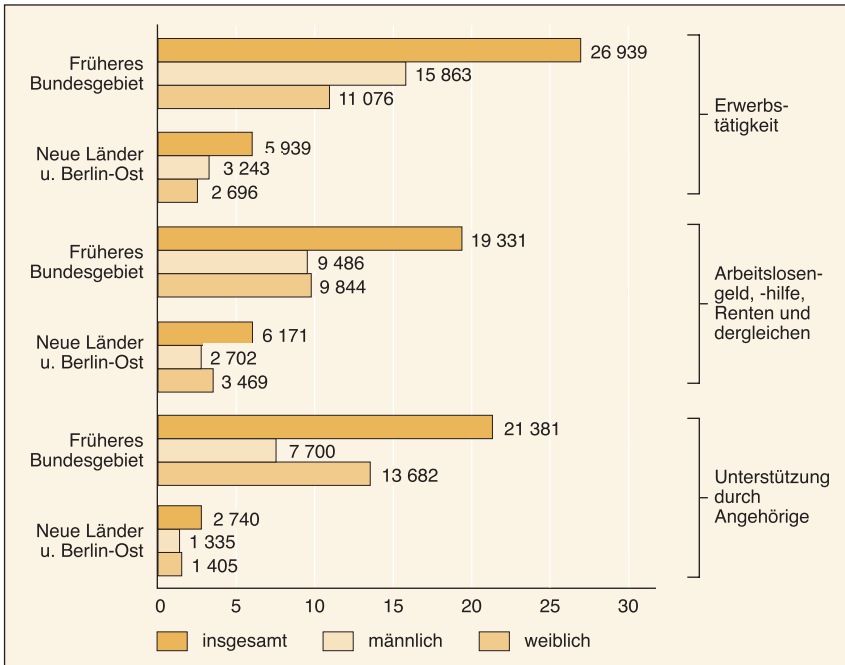
3.2 Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle

Bestritten im April 1991 noch 44,5 % der Menschen in Deutschland ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit, so waren es im Mai 2003 insgesamt 39,9 %. Dies ist nicht nur eine Folge der höheren Arbeitslosigkeit – von Arbeitslosengeld oder -hilfe lebten im April 1991 nur 2,2 % der Bevölkerung, während dieser Anteil bis zum Jahr 2003 auf 4,3 % anstieg –, sondern auch der Verschiebung der Altersstruktur. Denn der Anteil derjenigen, die Renten oder Pensionen beziehen, ist in Deutschland von 18,7 % im April 1991 auf 22,9 % im Mai 2003 gestiegen. Hingegen sank der Anteil jener, die ihren Unterhalt aus der Unterstützung durch Angehörige bezogen, von 31,4 % im April 1991 auf 29,2 % im Mai 2003. Auf sonstige Einkommensquellen wie eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Altenteil, Sozialhilfe, Leistungen aus einer Pflegeversicherung oder beispielsweise BaföG konnten im April 1991 rund 3,2 % der Bevölkerung in Deutschland zurückgreifen, im Mai 2003 waren es 3,6 %.

Insgesamt war für 39,8 % der Bevölkerung in den elf alten Bundesländern und auch für 40,0 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost im Mai 2003 die eigene Erwerbstätigkeit die wichtigste Unterhaltsquelle. Während im früheren Bundesgebiet 31,6 % der Bürgerinnen und Bürger ganz oder zum Teil durch Angehörige (Eltern, Ehepartner, Kinder usw.) versorgt wurden, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur

18,5 %. Dagegen lebten hier 32,1 % überwiegend von Renten, Pensionen und Erträgen aus Vermögen, sonstigen Unterstützungen und Sozialhilfe – in den alten Ländern waren es 25,4 %. Aus Arbeitslosengeld oder -hilfe bestritten 3,2 % der Bevölkerung im früheren Bundesgebiet ihren Lebensunterhalt, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 9,5 %.

Abb. 2: Bevölkerung nach überwiegender Lebensunterhalt im Mai 2003¹
in Tausend



1 Ergebnisse des Mikrozensus.

3.3 Beteiligung am Erwerbsleben

Längere Ausbildungszeiten und das frühere Ausscheiden aus dem Erwerbsleben machen sich auch bei den Erwerbsquoten bemerkbar. Im Mai 2003 lag der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung (Erwerbsquote) in Deutschland mit 49,4 % um 0,8 Prozentpunkt niedriger als 1991 (50,2 %).

Die rückläufige Erwerbsquote in der Gesamtbevölkerung geht einher mit einer stärkeren Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben. Ihre Erwerbsquote stieg seit 1991 um

Tab. 2: Erwerbsquoten

Anteil der Erwerbspersonen an 100 Männern bzw. Frauen

Jahr	Männer	Frauen	Verheiratete Frauen	Insgesamt
<i>Deutschland</i>				
1991	60,0	41,1	52,4	50,2
1993	58,6	41,0	52,2	49,5
1994	58,3	41,1	52,5	49,4
1995	57,8	40,9	52,3	49,1
1996	57,3	40,9	52,1	48,9
1997	57,4	41,3	52,6	49,1
1998	57,2	41,4	52,6	49,1
1999	57,2	42,0	53,2	49,4
2000	56,6	41,9	52,9	49,1
2001	56,5	42,4	53,3	49,3
2002	56,2	42,6	53,2	49,2
2003	56,1	43,1	53,6	49,4

2 Prozentpunkte auf 43,1 % im Mai 2003. Von den verheirateten Frauen waren 2003 53,6 % erwerbstätig oder erwerbslos, 1991 waren es nur 52,4 %.

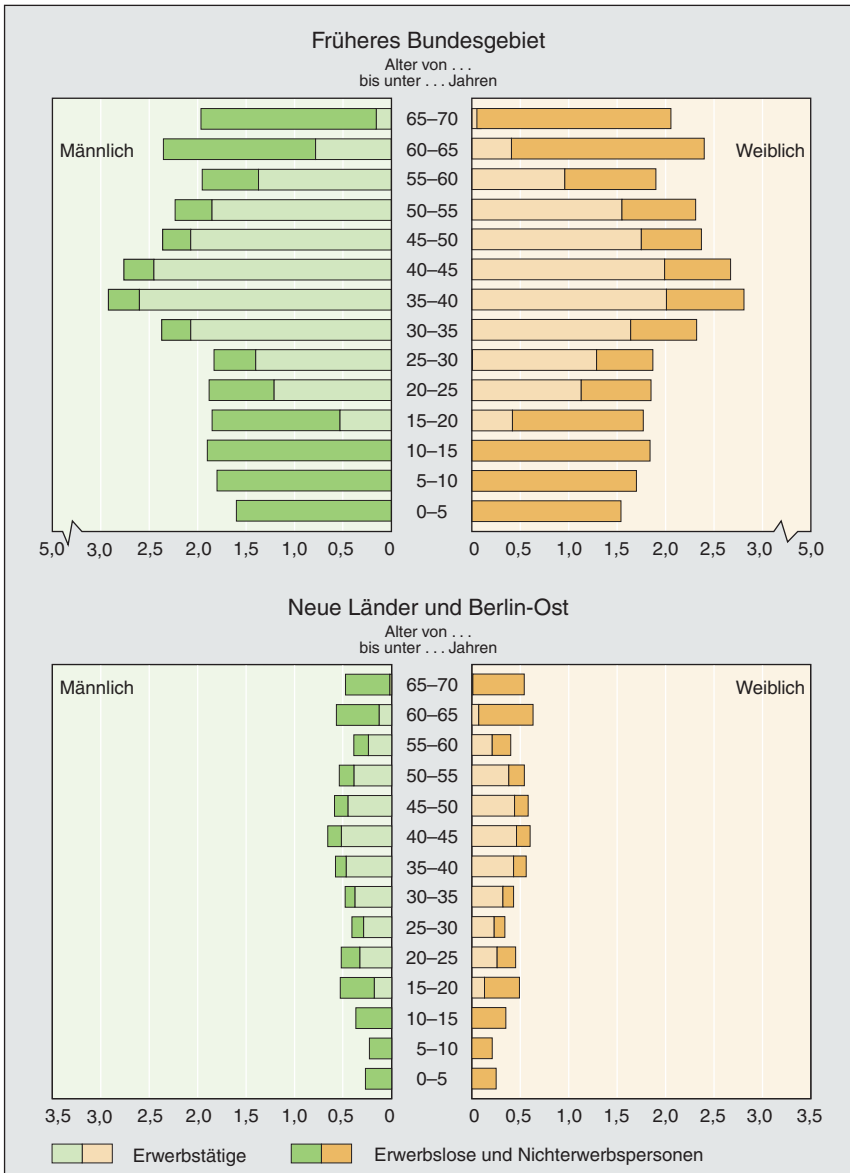
Bezogen auf die 15- bis unter 65-jährigen Männer lag die Erwerbsquote im Mai 2003 in Deutschland bei 80,3 %, für die Frauen gleichen Alters bei 66,1 %.

Der Anteil der Erwerbspersonen unter den Frauen ist in den neuen Ländern und Berlin-Ost deutlich höher als im früheren Bundesgebiet. Besonders groß sind die Unterschiede bei den verheirateten Frauen (62,2 % in den neuen Ländern; 51,7 % im früheren Bundesgebiet). Die Erwerbsbeteiligung der Männer im Osten (58,1 %) ist hingegen kaum höher als im Westen (55,7 %).

Tab. 3: Frauenerwerbsquoten nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahre	Deutschland		Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost	
	1991	2003	1960	1991	2003	1991	2003
15–20	37,2	27,2	75,0	34,8	26,7	46,3	29,4
20–25	75,9	67,9	75,7	73,4	67,2	87,2	70,9
25–30	75,6	76,0	52,7	70,8	74,7	96,2	83,2
30–35	72,8	79,3	45,1	66,5	77,1	97,3	91,6
35–40	75,1	80,6	45,4	68,8	77,9	97,7	94,0
40–45	75,4	83,3	44,9	70,5	80,6	96,9	95,2
45–50	72,8	82,4	41,6	67,2	79,8	95,7	93,0
50–55	65,3	76,4	37,9	58,6	73,1	91,4	90,2
55–60	42,9	61,5	32,7	44,4	57,9	37,2	78,6
60–65	10,7	18,1	20,9	12,2	19,0	4,8	14,4
65–70	3,3	4,1	/	3,8	4,7	1,2	1,7

Abb. 3: Bevölkerung nach Alter und Beteiligung am Erwerbsleben
 Ergebnisse des Mikrozensus Mai 2003 in Mill.



Bezieht man auch das Alter der Frauen ein, zeigt sich eine deutliche Zunahme der Erwerbsbeteiligung der 25- bis 54-Jährigen im früheren Bundesgebiet. In den neuen Ländern und Berlin-Ost erreicht die Frauenerwerbsquote bei den 25- bis 49-Jährigen einen Wert von 92,2 %, selbst bei den 50- bis 54-Jährigen liegt sie noch bei 90,2 %.

3.4 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Wendet man die traditionelle Aufgliederung der Wirtschaftsbereiche in primären (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), sekundären (Produzierendes Gewerbe) und tertiären Sektor (Dienstleistungen) auf die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Erwerbstätigen an, werden tief greifende Wandlungen im Zeitablauf offenkundig. Änderungen in den Produktions- und Fertigungsverfahren, zunehmende Automatisierung und Rationalisierung sowie die veränderte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen haben zu einer erheblichen Umverteilung der Erwerbstätigen geführt.

Am auffälligsten ist die Schrumpfung des primären Sektors: Vor 120 Jahren war dort mit über 8 Mill. Menschen der größte Teil der Erwerbspersonen beschäftigt. Arbeitete 1882 im damaligen Reichsgebiet nahezu jeder zweite Erwerbstätige im primären Sektor, galt dies im Jahr 2003 in Deutschland nur etwa für jeden 40., im früheren Bundesgebiet sogar nur noch für jeden 43. Erwerbstätigen. Insgesamt arbeiteten im Jahr 2003 in Deutschland 895 000 Menschen in der Landwirtschaft, und zwar 695 000 im früheren Bundesgebiet und 200 000 in den neuen Ländern.

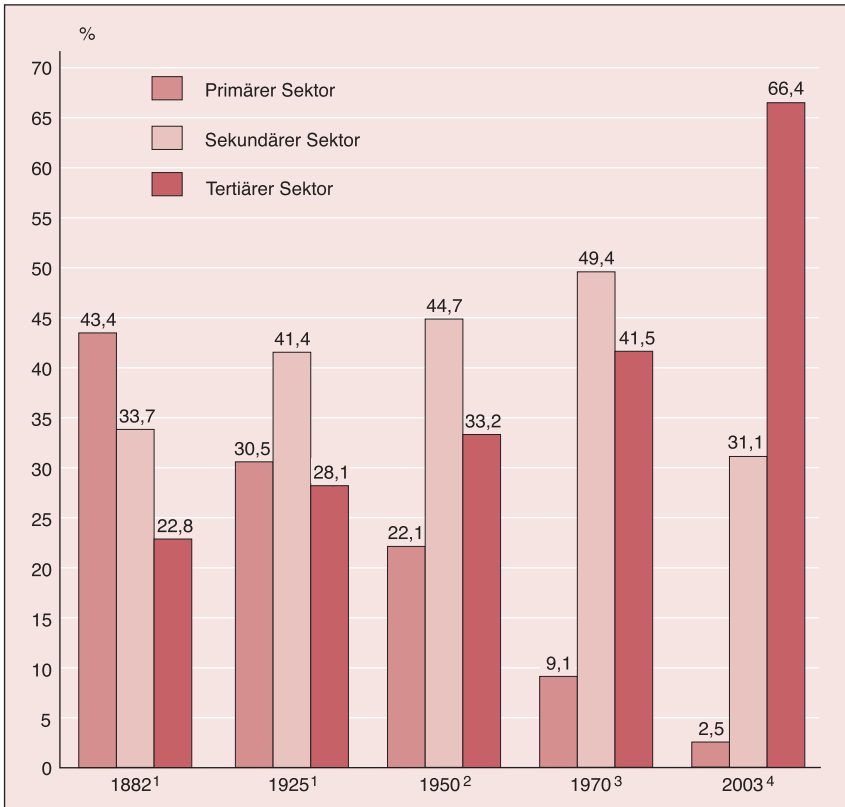
Tab. 4: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen¹
(Ergebnisse des Mikrozensus) in Tausend

Wirtschaftsbereiche	Früheres Bundesgebiet					Neue Länder und Berlin-Ost	
	1960	1970	1980	1991	2003	1991	2003
Primärer Sektor	3 541	2 402	1 437	1 045	695	530	200
Sekundärer Sektor	12 807	13 005	12 174	12 065	9 445	3 285	1 819
Tertiärer Sektor	9 846	10 937	13 263	16 574	19 707	3 947	4 306
Insgesamt	26 194	26 344	26 874	29 684	29 847	7 761	6 325

¹ In den Abgrenzungen gibt es kleinere Abweichungen, da es Veränderungen bei den zugrunde liegenden Klassifikationen der Wirtschaftszweige im Zeitablauf gab.

Mit der Abnahme der Erwerbstätigenzahlen im Agrarbereich geht eine starke Zunahme im tertiären Sektor einher. Hier arbeiten heutzutage in Deutschland rund 66 % aller Erwerbstätigen, vor fast 120 Jahren war es nicht einmal ein Viertel. Nachdem das Produzierende Gewerbe im früheren Bundesgebiet in den 1960er- und 1970er-Jahren die meisten Arbeitsplätze bot (fast 50 %), ist der Beschäftigtenanteil hier mittlerweile auf rund 32 % im Jahr 2003 gesunken. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag er mit 28,8 % noch darunter.

Abb. 4: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen im Vergleich



1 Ergebnisse der Berufszählung im Reichsgebiet – Erwerbspersonen.

2 Ergebnisse der Berufszählung im früheren Bundesgebiet.

3 Ergebnisse des Mikrozensus April 1970 im früheren Bundesgebiet.

4 Ergebnisse des Mikrozensus Mai 2003 in Deutschland.

3.5 Berufe und Tätigkeitsmerkmale

Der Wandel der Wirtschaftsstrukturen durch den allgemeinen technischen Fortschritt, neue Produktions- und Fertigungsverfahren sowie veränderte wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen haben viele Berufe bzw. Berufsbereiche verändert. In den Dienstleistungsberufen waren im Jahr 2003 in Deutschland 65,7 % aller Erwerbstätigen beschäftigt, über die Hälfte (57,6 %) waren Frauen. Vergleicht man die Erwerbstätigenzahlen innerhalb der Dienstleistungsberufe in den Jahren 1995 und

2003, so ist der stärkste Zuwachs (40,4 Prozentpunkte) bei den Gebäudereinigerinnen/Gebäudereinigern und Raumpflegerinnen/Raumpfleger zu verzeichnen, gefolgt von den Lager-, Transportarbeiter und -arbeiterinnen (29,8 Prozentpunkte) sowie den Restaurantfachleuten, Stewards/Stewardessen (25,5 Prozentpunkte). Der zweite stark besetzte Berufsbereich waren Fertigungsberufe, in denen nahezu jeder vierte

Tab. 5: Erwerbstätige in Deutschland nach Berufsbereichen im Mai 2003¹

Berufsbereich ²	Insgesamt 1 000	Darunter weiblich %
Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau	954	35,4
Bergleute, Mineralgewinner	69	/
Fertigungsberufe	8 391	18,0
Technische Berufe	2 343	16,0
Dienstleistungsberufe	23 766	57,6
Sonstige Arbeitskräfte	648	38,3
Insgesamt	36 172	44,7

1 Ergebnisse des Mikrozensus.

2 Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992.

Erwerbstätige (23,2 %) seinem Broterwerb nachging. Relativ unbedeutend in Bezug auf die Zahl der Erwerbstätigen sind die Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau mit einem Anteil von knapp 3 %. In technischen Berufen waren im Mai 2003 rund 6 % der Erwerbstätigen beschäftigt.

3.6 Stellung im Beruf

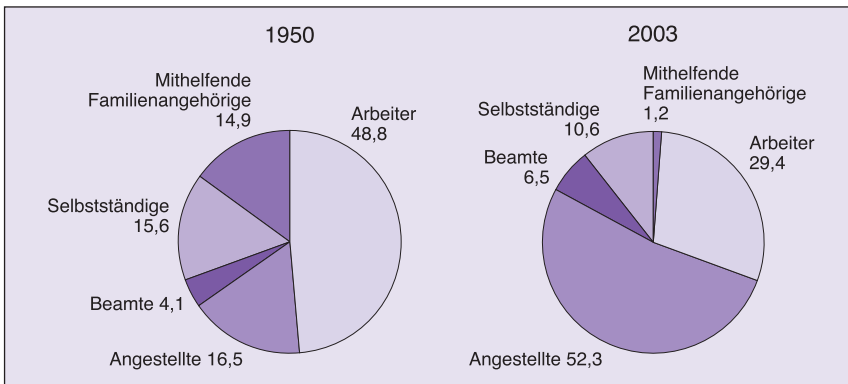
Die traditionelle Einteilung nach der Stellung im Beruf (Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte, Angestellte und Arbeiter) spiegelt heutzutage nur noch in sehr eingeschränktem Maße die soziale Struktur der Erwerbstätigen wider. Jede einzelne Gruppe – insbesondere die der Angestellten – bietet mittlerweile eine breite Palette hierarchischer Einstufungsmöglichkeiten. Die historisch gewachsene Einteilung bringt jedoch gesellschaftliche Veränderungen zum Ausdruck und ist darüber hinaus weiterhin für das rechtliche Beschäftigungsverhältnis (z. B. Zugehörigkeit zur Rentenversicherung) von Bedeutung.

Im Mai 2003 standen 88,2 % aller Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet und 90,3 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost in einem abhängigen Arbeitsverhältnis, d. h. sie waren als Arbeiter, Angestellte (einschließlich Auszubildende) oder Beamte tätig. Die Angestellten hatten mit 52,3 bzw. 47,8 % den größten Anteil, gefolgt von den Arbeitern mit 29,4 bzw. 37,8 %. Selbstständige waren mit 10,6 % im früheren Bundesgebiet und mit 9,2 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost, Beamte mit 6,5 % in den alten und mit 4,8 % in den neuen Bundesländern vertreten. Auf die unbezahlten,

zumeist in der Landwirtschaft tätigen mithelfenden Familienangehörigen entfiel ein Anteil von 1,2 bzw. 0,4 %.

Die Struktur der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf hat sich in den vergangenen fünf Jahrzehnten erheblich verändert: Während der Anteil Selbstständiger und mithelfender Familienangehöriger an den Erwerbstätigen von 1950 bis 2003 im früheren Bundesgebiet gravierend zurückging, hat sich der Anteil der Angestellten und Beamten fast verdreifacht. Diese Entwicklung ist im Zusammenhang mit dem bereits erwähnten langfristigen Wandel in der Wirtschaftsstruktur zu sehen. So hat z. B. der Rückgang der Erwerbstätigenzahlen in der Landwirtschaft mit ihrem hohen Anteil an Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen zum Rückgang dieser beiden Gruppen insgesamt beigetragen. Durch das starke Anwachsen des tertiären Sektors (Dienstleistungen) nahm hingegen die Zahl der Angestellten beträchtlich zu.

Abb. 5: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf im früheren Bundesgebiet in %



Im früheren Bundesgebiet wie in den neuen Ländern und Berlin-Ost weist der Anteil der Selbstständigen, der mithelfenden Familienangehörigen und der abhängig Erwerbstätigen für Männer und Frauen typische Unterschiede auf. Unter den erwerbstätigen Männern im früheren Bundesgebiet war 2003 der Anteil Selbstständiger (13,7 %) etwa doppelt so hoch wie unter den Frauen (6,7 %). Bei den Beamten betragen die entsprechenden Anteile 7,6 bzw. 5,1 %. In den neuen Bundesländern waren im Mai 2003 11,8 % aller männlichen Erwerbstätigen selbstständig und 6,2 % aller weiblichen. Der Anteil der Beamten lag bei 6,0 %, der Beamtinnen bei 3,3 %. Weibliche Erwerbstätige übten überwiegend Angestelltenberufe aus (früheres Bundesgebiet: 64,7 %; neue Länder und Berlin-Ost: 66,2 %). Von den erwerbstätigen Männern in den neuen Ländern war der größte Teil (50,2 %) als Arbeiter tätig. Eine Angestelltenposition hatten dagegen nur 31,8 %. Im früheren Bundesgebiet waren die Männer dagegen zu 42,4 % als Angestellte und zu 35,8 % als Arbeiter beschäftigt.

Tab. 6: Erwerbstätige in Deutschland nach Stellung im Beruf und Geschlecht im Mai 2003¹

Stellung im Beruf	Männer in %	Frauen in %
Selbstständige	13,4	6,6
Mithelfende Familienangehörige	0,5	1,8
Beamte	7,3	4,8
Angestellte ²	40,6	65,0
Arbeiter ³	38,2	21,8

1 Ergebnisse des Mikrozensus.

2 Einschl. Auszubildende in anerkannten kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen.

3 Einschl. Auszubildende in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen.

Die berufliche Stellung hängt eng mit dem Ausbildungsstand der Erwerbstätigen zusammen. So sind Personen mit Fach-, Fachhoch- oder Hochschulabschluss unter den Selbstständigen und Beamten wesentlich häufiger vertreten als in den übrigen Berufsgruppen. Eine Lehre bzw. eine Anlernausbildung dominiert dagegen bei den Arbeiterinnen und Arbeitern.

Tab. 7: Erwerbstätige in Deutschland nach Stellung im Beruf und Ausbildungsabschluss im Mai 2003¹

Stellung im Beruf	Insgesamt	Darunter mit Angabe eines beruflichen Abschlusses		
		Zusammen	davon	
			Berufliches Praktikum ² , Lehrausbildung ³	Meister-/Techniker- ausbildung, Fach- schulabschluss ⁴ , Verwaltungsfach- hochschulabschluss, Fachhochschul-/ Hochschulabschluss/ Promotion ⁵
1 000		%		
Selbstständige	3 744	3 145	46,8	53,2
Mithelfende				
Familienangehörige	385	252	82,0	18,0
Beamte	2 244	1 987	35,6	64,4
Angestellte ⁶	18 633	15 359	64,6	35,4
Arbeiter ⁷	11 165	7 370	92,9	7,1
Insgesamt	36 172	28 113	68,1	31,9

1 Ergebnisse des Mikrozensus.

2 Einschl. Anlernausbildung.

3 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr, berufsqualifizierender Abschluss an Berufsfach-/Kollegschulen, Abschluss einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens.

4 Einschl. Abschluss der Fachschule in der ehemaligen DDR, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fachakademie oder einer Berufsakademie.

5 Auch Ingenieurschulabschluss; Wissenschaftliche Hochschule, auch Kunsthochschule.

6 Einschl. Auszubildende in anerkannten kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen.

7 Einschl. Auszubildende in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen.

3.7 Arbeitslose und offene Stellen¹

Arbeitslosigkeit ist nicht nur für die Betroffenen ein schwer wiegendes persönliches Problem, sondern auch eine große Herausforderung für die ganze Gesellschaft. Zum einen müssen die Arbeitslosen gravierende finanzielle Einbußen hinnehmen und stehen zusätzlich unter großer psychischer Belastung; zum anderen stellen sie für den Staat einen erheblichen Kostenfaktor dar, während sie mit dem Einsatz ihrer Arbeitskraft zur gesamtwirtschaftlichen Leistung beitragen könnten.

Vollbeschäftigung ist allerdings nicht mit völliger Ausschaltung von Arbeitslosigkeit gleichzusetzen, denn saisonale Arbeitslosigkeit (z. B. Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe) und vorübergehende Beschäftigungslosigkeit bei einem Arbeitsplatzwechsel lassen sich nie ganz vermeiden. Daher wird üblicherweise so lange von einem Zustand der Vollbeschäftigung gesprochen, wie die Zahl der Arbeitslosen die Zahl der offenen Stellen nicht übersteigt.

Zu Beginn der 60er-Jahre war nach dieser Abgrenzung im früheren Bundesgebiet Vollbeschäftigung erreicht. Es herrschte sogar ein Mangel an Arbeitskräften, der nur durch die Anwerbung von Ausländern und Ausländerinnen gemildert werden konnte. Seit 1974 liegt die jahresdurchschnittliche Zahl der registrierten Arbeitslosen aber erheblich über der Zahl offener Stellen. Mit Ausnahmen in den Jahren 1978 bis 1980 überschreitet die Arbeitslosenzahl seit 1975 die 1-Million-Grenze. Im Jahr 1983 waren erstmals sogar mehr als 2 Millionen Menschen als arbeitslos registriert. Lediglich in den Jahren 1990 bis 1992 lag die Arbeitslosenzahl im Zuge der positiven Impulse durch die Wiedervereinigung noch einmal unter der »2-Millionen-Marke«. Mit 2,87 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1997 erreichte die Arbeitslosenzahl in Westdeutschland einen vorläufigen Höchststand. Die Arbeitslosenquote, d. h. die Zahl der Arbeitslosen an den abhängig zivilen Erwerbspersonen, betrug dabei 10,8 %.

1998 trat eine leichte Besserung auf dem Arbeitsmarkt im Westen Deutschlands ein, die sich bis zum Jahr 2001 fortsetzte. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen sank in diesem Zeitraum auf 2,32 Mill., die Arbeitslosenquote ermäßigte sich auf 8,0 %. Verglichen mit den etwas günstigeren Verhältnissen im Jahr 2001 nahm die Arbeitslosigkeit wieder zu. Im Jahresdurchschnitt 2004 waren 2,78 Mill. Personen arbeitslos, 461 000 mehr als 2001. Die Quote stieg auf 9,4 % an. Die Zahl offener Stellen betrug im Durchschnitt des Jahres 2004 239 000, das waren rund 53 000 weniger als im Jahr 2003 und ca. 197 000 weniger als im Jahr 2001.

Seit den 70er-Jahren verfestigt sich der Trend, dass mit jedem weiteren Konjunktur einbruch der Sockel der Arbeitslosigkeit deutlich wächst, ohne jedoch nach Eintreten wirtschaftlicher Besserung auf das vorherige Niveau zurückzugehen.

¹ Wegen der vielfachen Gebietsstandsveränderungen im Land Berlin seit 1997 werden – um Verzerrungen zu vermeiden – in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit die beiden Gebietsteile bei der Darstellung von Ergebnissen ab Januar 2003 neu abgegrenzt und bezeichnet: Westdeutschland = Früheres Bundesgebiet ohne Berlin, Ostdeutschland = Neue Länder und Berlin.

In dieser Regionalabgrenzung stehen Daten ab dem Berichtsjahr 1991 als rückgerechnete Ergebnisse zur Verfügung. In den vorliegenden Abschnitten, die sich auf Angaben der Bundesagentur für Arbeit beziehen, werden diese neuen Regionalabgrenzungen berücksichtigt.

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands trat auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost das Problem der Arbeitslosigkeit in offener Form zutage. Die hohe Arbeitslosigkeit rührte hauptsächlich von der Anpassung der Wirtschaftsstruktur her, wodurch zunächst mehr Arbeitskräfte freigesetzt als neu eingestellt wurden. So waren im zweiten Halbjahr 1990 in Ostdeutschland durchschnittlich rund 640 000 Menschen als arbeitslos registriert, was einer Quote von 6,6 % entspricht. Demgegenüber waren nur etwa 31 400 offene Stellen gemeldet. Im Jahresdurchschnitt 1991 hatte sich die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland bereits auf 10,2 % erhöht. Bis zum Jahr

Tab. 8: Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitslosenquoten in Westdeutschland 1950 bis 2004¹

Jahresdurchschnitt	Arbeitslose	Offene Stellen	Arbeitslosenquoten ² %
	1 000		
1950 ³	1 868,5	118,5	11,0
1960 ³	270,7	465,1	1,3
1970	148,8	794,8	0,7
1980	888,9	308,3	3,8
1990	1 883,1	313,6	7,2
1991	1 596,5	324,8	6,2
1993	2 149,5	236,0	8,0
1994	2 426,3	226,8	9,0
1995	2 427,1	260,3	9,1
1996	2 646,4	265,7	9,9
1997	2 870,0	277,7	10,8
1998	2 751,5	336,4	10,3
1999	2 604,7	381,4	9,6
2000	2 381,0	448,6	8,4
2001	2 320,5	436,3	8,0
2002	2 498,4	377,8	8,5
2003	2 753,1	292,0	9,3
2004	2 781,3	239,0	9,4

1 1950, 1960, 1970, 1980 und 1990 Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet, einschl. Berlin-West; ab 1991 ohne Berlin-West.

2 Bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

3 Ohne Angaben für das Saarland.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

1994 stieg die Arbeitslosenquote hier kontinuierlich an und erreichte im Jahresdurchschnitt 1994 einen Wert von 15,7 %. Nach einer kurzen Besserung im Jahr 1995 – die Arbeitslosenquote ging auf 14,8 % zurück – stieg die Arbeitslosigkeit im Jahr 1996 wieder an und bewegt sich seit 1997 im Jahresdurchschnitt auf einem relativ konstanten und hohen Niveau. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Ostdeutschland beträgt seitdem im Jahresdurchschnitt zwischen 1,50 und 1,62 Mill. Personen, die Arbeitslosenquote beläuft sich auf Werte zwischen 18,5 % und 20,1 %, zuletzt im Jahr 2004 betrug die Quote 20,1 % (bei 1,60 Mill. Arbeitslosen).

Einer in Ostdeutschland deutlich höheren Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitt 2004: 20,1 %) steht eine in Westdeutschland vergleichsweise niedrigere Quote (Jahresdurchschnitt: 9,4 %) gegenüber. Seit dem Jahr 1993 hat die Arbeitslosenquote für Deutschland im Jahresdurchschnitt allerdings einen zweistelligen Wert nicht mehr unterschritten. In den Jahren 1997 und 1998 wurden dabei die bisherigen Höchststände ermittelt (12,7 % bzw. 12,3 %). Im Jahr 2004 lag die Arbeitslosenquote bei 11,7 %. Die Zahl der als arbeitslos registrierten Personen schwankt seit 1992 zwischen knapp 3 Mill. und gut 4 Mill. Im Durchschnitt des Jahres 1997 wurde mit 4,384 Mill. der bisherige Höchststand ermittelt. Im Jahr 2004 gab es rund 4,381 Mill. registrierte Arbeitslose.

Tab. 9: Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitslosenquoten 1991 bis 2004

Jahres- durch- schnitt	Arbeitslose			Offene Stellen	Arbeitslosenquote ¹		
	ins- gesamt	Männer	Frauen		ins- gesamt	Männer	Frauen
	1 000				%		
<i>Deutschland</i>							
1991	2 602,2	1 280,6	1 321,6	362,8	7,3	6,4	8,5
1992	2 978,6	1 411,9	1 566,7	356,2	8,5	7,1	10,2
1993	3 419,1	1 691,6	1 727,6	279,5	9,8	8,6	11,3
1994	3 698,1	1 863,1	1 835,0	284,8	10,6	9,5	12,0
1995	3 611,9	1 850,6	1 761,3	321,3	10,4	9,6	11,4
1996	3 965,1	2 111,5	1 853,5	327,3	11,5	11,0	12,1
1997	4 384,5	2 342,4	2 042,1	337,1	12,7	12,2	13,3
1998	4 280,6	2 273,4	2 007,3	421,6	12,3	11,9	12,8
1999	4 100,5	2 160,5	1 940,0	456,3	11,7	11,3	12,2
2000	3 889,7	2 053,4	1 836,3	515,4	10,7	10,5	10,9
2001	3 852,6	2 063,9	1 788,7	507,1	10,3	10,4	10,2
2002	4 061,3	2 239,9	1 821,4	452,0	10,8	11,3	10,3
2003	4 376,8	2 446,2	1 930,6	354,8	11,6	12,4	10,8
2004	4 381,0	2 448,6	1 932,5	285,6	11,7	12,5	10,8

1 Bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Sowohl bei den Arbeitslosenzahlen als auch bei den Zahlen für offene Stellen handelt es sich ausschließlich um Personen, die sich beim Arbeitsamt gemeldet haben, bzw. um unbesetzte Arbeitsplätze, die beim Arbeitsamt gemeldet sind. Bei der Bewertung dieser Zahlen sollte jedoch berücksichtigt werden, dass es Arbeitsuchende gibt, die den Weg zum Arbeitsamt scheuen bzw. sich keine Vorteile davon erhoffen, wenn sie sich dort melden (sie werden als »Stille Reserve« bezeichnet). Zur Stillen Reserve im weiteren Sinn zählen insbesondere auch diejenigen Personen, die an von den Arbeitsämtern geförderten Vollzeit-Maßnahmen zur Weiterbildung und Umschulung – hierzu gehören auch Deutschsprachkurse – teilnehmen, sowie ältere Bezieher von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, soweit sie der Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen. Ähnliches gilt aber auch für die Zahl der offenen

Stellen. Hier wird ein großer Teil, der auf über 60 % des gesamten Stellenangebotes geschätzt wird, ohne Einschaltung des Arbeitsamtes vergeben und taucht ebenfalls nie in der Statistik auf.

3.8 Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit und Arbeitsmarktpolitik

Von Januar bis Dezember 2004 meldeten sich in Westdeutschland mit 5,54 Mill. Personen deutlich mehr Menschen bei den Arbeitsämtern arbeitslos als ein Jahr zuvor (+ 367 000 Personen). Andererseits konnten im Jahr 2004 mit 5,43 Mill. aber auch mehr Personen (+ 7,1 %) ihre Arbeitslosigkeit beenden als 2003.

In Ostdeutschland meldeten sich im selben Zeitraum rund 2,64 Mill. Personen arbeitslos, das sind 7,7 % mehr als ein Jahr zuvor. Von den 2,64 Mill. neu arbeitslos gemeldeten Personen waren mehr als zwei Drittel (1,79 Mill. oder 67,7 %) zuvor beschäftigt oder in betrieblicher Ausbildung. Im Jahr 2003 betrug dieser Anteil 64,0 %. Aus einer betrieblichen oder außerbetrieblichen Ausbildung heraus meldeten sich im Jahr 2004 rund 126 000 Personen arbeitslos. Ein Jahr zuvor lag diese Zahl bei 76 000. Im Laufe des Jahres 2004 beendeten im Osten 2,6 Mill. Personen ihre Arbeitslosigkeit, das waren 5,5 % mehr als 2003.

Im Jahr 2004 hat sich die Dauer der Arbeitslosigkeit etwas erhöht. Personen, die ihre Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf 2004 beendeten, waren durchschnittlich 38,1 Wochen arbeitslos, im Vergleich zu 37,6 Wochen ein Jahr zuvor. Während sich in Westdeutschland die Dauer um eine knappe Woche auf 35,4 Wochen reduzierte, nahm sie in Ostdeutschland um gut 3,5 Wochen auf 43,9 Wochen zu.

Um in konjunkturellen Schwächephasen Kündigungen zu vermeiden, gehen die Unternehmen oftmals zunächst auf Kurzarbeit über. Dies lässt sich im Zeitablauf eindrucksvoll belegen: Die höchsten Kurzarbeiterzahlen waren im Zeitraum der letzten 30 Jahre um das Jahr 1975 (Jahresdurchschnitt 1975: 773 000), im Zeitraum 1981 bis 1984 (Jahresdurchschnitt 1983: 675 000) sowie 1993 zu verzeichnen. Im Jahr 1993 belief sich die Zahl der Kurzarbeiter in Deutschland auf 948 000. Dieser Stand reduzierte sich aber in den Folgejahren erheblich (1995: 199 000) und schwankt seitdem im Jahresdurchschnitt zwischen 90 000 und 280 000. Im Jahr 2004 waren rund 151 000 Personen von Kurzarbeit betroffen.

Für Ostdeutschland stehen Ergebnisse zur Kurzarbeit ab Berichtsmonat Oktober 1990 zur Verfügung. In der Folge des vorübergehend ausgedehnten Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen erreichte die Zahl der aus betrieblichen Gründen verkürzt arbeitenden Personen im Jahresdurchschnitt 1991 mit 1,62 Mill. einen Höhepunkt. Mit Auslaufen der besonderen Kurzarbeiterregelungen Ende 1991 ging ihre Zahl wieder stark zurück. Im Jahresdurchschnitt 2004 arbeiteten im Osten Deutschlands 29 000 Menschen kurz, 16,9 % weniger als ein Jahr zuvor. In Westdeutschland waren im Jahr 2004 insgesamt 122 000 Personen von Kurzarbeit betroffen, 24,2 % weniger als im Jahr 2003.

Im Hinblick auf die Entlastung des Arbeitsmarktes kommt den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit – insbesondere in Ostdeutschland – nach wie vor besondere Bedeutung zu, da ihnen auch kurzfristig gesamtwirtschaftlich entlastende Wirkung zugeschrieben wird. Neben dem Kurzarbeitergeld umfassen die traditionellen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik vor allem die Förderung der beruflichen Weiterbildung, Beschäftigung schaffende Maßnahmen, die berufliche Rehabilitation und spezielle Trainingsmaßnahmen zur Verbesserung der Eingliederungschancen schwer vermittelbarer Arbeitsloser. Hinzu kommen seit April 1997 neue Fördermaßnahmen, mit deren Hilfe Arbeitslose in reguläre Beschäftigung gebracht werden sollen. Hierbei handelt es sich zumeist um Leistungen, die an Arbeitgeber gezahlt werden, wie etwa Eingliederungszuschüsse, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Einstellungszuschüsse bei Neugründungen, Sonderprogramme und so genannte Strukturanpassungsmaßnahmen.

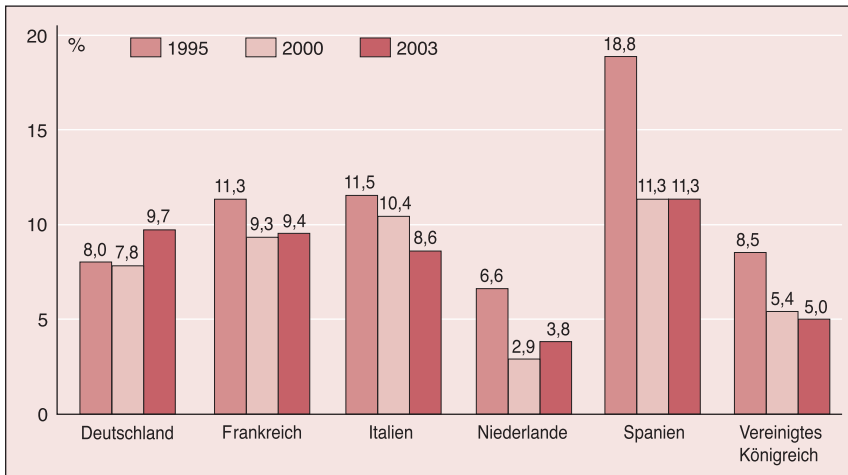
Ohne den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente wäre die Arbeitslosigkeit im Jahr 2004 noch stärker gestiegen. Die Instrumente wurden mehr auf die dauerhafte Integration in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet und nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ wurden an die Arbeitslosen hohe Anforderungen an Eigeninitiative gestellt. Gleichzeitig wurde der Arbeitsmarkt in größerem Umfang durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen kurzfristig entlastet. Während die jahresdurchschnittlichen Teilnehmerbestände insbesondere bei der beruflichen Weiterbildung und bei den Beschäftigung schaffenden Maßnahmen weiter abgenommen haben, konnten im Jahr 2004 insbesondere bei Existenzgründungszuschüssen (Ich-AG), Personal-Service-Agenturen und den Sonderprogrammen Jump plus und Arbeit für Langzeitarbeitslose Zunahmen festgestellt werden. Der Teilnehmerbestand in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen hat im Jahr 2004 um rund 100 000 auf 1,32 Mill. zugenommen. Der Anstieg entfällt vor allem auf Westdeutschland (+ 90 000 auf 850 000). In Ostdeutschland erhöhten sich die Teilnehmerbestände um 10 000 auf 475 000.

3.9 Arbeitslosigkeit im nationalen und internationalen Vergleich

Arbeitslosigkeit ist heute ein weltweites Problem. Ihr jeweiliges Ausmaß lässt sich jedoch über die Ländergrenzen hinweg nicht anhand der Daten der nationalen Arbeitsverwaltungen vergleichen. Selbst innerhalb der Europäischen Union (EU) ist die Sozialgesetzgebung, die z. B. den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung oder deren Dauer regelt, nach wie vor sehr unterschiedlich. Die Sozialgesetzgebung wiederum beeinflusst unmittelbar die Zahl derer, die sich an die Arbeitsverwaltung wenden bzw. dort registriert werden. Im Endeffekt sind damit die jeweiligen Zahlen der nationalen Arbeitsverwaltungen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Um dennoch internationale Vergleiche der Erwerbslosigkeit zu ermöglichen, bedienen sich viele nationale statistische Ämter und insbesondere auch inter- und supra-

Abb. 6: Jahresdurchschnittliche Erwerbslosenquoten in ausgewählten europäischen Ländern



Quelle: Statistisches Bundesamt und Eurostat.

nationale Institutionen des Konzepts der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Unabhängig von der Arbeitsverwaltung werden hier Erwerbslose nach einheitlichen Kriterien im Rahmen von regelmäßigen Bevölkerungsbefragungen ermittelt. Wie in vielen anderen Ländern wird dazu auch in den Staaten der EU die gemeinsame Arbeitskräfteerhebung durchgeführt.

Nach den zuletzt vorliegenden Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung ist die Erwerbslosigkeit in den Ländern der im Mai 2004 erweiterten EU im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Entsprechend dem ILO-Konzept wurden in den fünfundzwanzig Staaten (EU-25) insgesamt 19,2 Mill. Erwerbslose gezählt, rund 580 000 mehr als ein Jahr zuvor. Die jahresdurchschnittliche Erwerbslosenquote lag bei 9,1 % (2002: 8,8 %). Die Quote für Deutschland lag mit 9,7 % über dem EU-Durchschnitt. Höhere Erwerbslosenquoten als für Deutschland lagen in Estland (10,1 %), Lettland (10,5 %), Litauen (12,7 %), Polen (19,2 %), Slowakei (17,1 %) und Spanien (11,3 %) vor.

Arbeitslosigkeit betrifft nicht alle Gruppen der Bevölkerung in gleichem Umfang. Unterschiedliche Personengruppen sind auch in unterschiedlichem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen. So ist die Arbeitslosenquote für Männer höher als die für Frauen, ausländische Erwerbspersonen sind vergleichsweise stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als deutsche, Personen im Alter von 50 Jahren und älter zählen zu den »Problemgruppen« am Arbeitsmarkt. Nicht zuletzt ist aber auch eine regionale Ungleichverteilung der Arbeitslosigkeit festzustellen. So sind die nördlichen Regionen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als der Süden Deutschlands. Im Os-

Tab. 10: Erwerbslosenquoten in der Europäischen Union
Jahresdurchschnitt in Prozent

Land	1995	1997	1999	2001	2002	2003
Belgien	9,7	9,2	8,6	6,7	7,3	8,1
Dänemark	6,7	5,2	4,8	4,3	4,5	5,6
Deutschland	8,0	9,7	8,4	7,8	8,6	9,7
Estland	.	.	.	11,8	9,5	10,1
Finnland	15,4	12,7	10,2	9,1	9,1	9,0
Frankreich	11,3	11,8	10,7	8,5	8,8	9,4
Griechenland	9,2	9,8	11,8	10,4	10,0	9,3
Irland	12,3	9,9	5,6	3,9	4,3	4,6
Italien	11,5	11,6	11,3	9,4	9,0	8,6
Lettland	.	.	.	12,9	12,6	10,5
Litauen	.	.	.	16,1	13,6	12,7
Luxemburg	2,9	2,7	2,4	2,1	2,8	3,7
Malta	.	.	.	6,7	7,5	8,2
Niederlande	6,6	4,9	3,2	2,5	2,7	3,8
Österreich	3,9	4,4	3,9	3,6	4,3	4,4
Polen	.	.	.	18,5	19,8	19,2
Portugal	7,3	6,8	4,5	4,1	5,1	6,4
Schweden	8,8	9,9	6,7	4,9	4,9	5,6
Slowakei	.	.	.	19,4	18,7	17,1
Slowenien	.	.	.	5,8	6,1	6,5
Spanien	18,8	17,0	12,8	10,6	11,3	11,3
Tschechische Republik	.	.	.	8,0	7,3	7,8
Ungarn	.	.	.	5,6	5,6	5,8
Vereinigtes Königreich	8,5	6,9	5,9	5,0	5,1	5,0
Zypern	.	.	.	4,4	3,9	4,4
Europäische Union (EU-25)	.	.	.	8,5	8,8	9,1
Europäische Union (EU-15)	10,1	10,0	8,7	7,4	7,7	8,1

Quelle: Statistisches Bundesamt und Eurostat.

ten Deutschlands werden im Allgemeinen höhere Arbeitslosenquoten angetroffen als in Westdeutschland. Die Spannweite der Arbeitslosenquoten auf Stadt- und Landkreisebene schwankte im Jahresdurchschnitt 2003 zwischen 4,6 % im bayerischen Landkreis Eichstätt und 29,7 % im Landkreis Demmin in Mecklenburg-Vorpommern. In Deutschland insgesamt betrug die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote im Jahr 2003 – gemessen an den abhängig zivilen Erwerbspersonen – 11,6 % (Ostdeutschland 20,1 %, Westdeutschland 9,3 %). Im Jahr 2004 stieg sie geringfügig auf 11,7 % an (Ostdeutschland 20,1 %, Westdeutschland 9,4 %). Die Arbeitslosigkeit stieg im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr in einigen Bundesländern wie Baden-Württemberg (+ 1,1 %), Bayern (+ 0,5 %), Hessen (+ 3,6 %), Mecklenburg-Vorpommern (+ 0,7 %), Nordrhein-Westfalen (+ 2,1 %), Rheinland-Pfalz (+ 0,3 %) und Schleswig-Holstein (+ 1,3 %) weiter an. In anderen Bundesländern wurden wieder Rückgänge der Arbeitslosigkeit registriert. Die höchsten Rückgänge der Arbeitslosigkeit wurden in den Bundesländern Berlin (– 2,8 %), Hamburg (– 2,4 %) und im Saarland (– 3,7 %) festgestellt.

Tab. 11: Arbeitslose und Arbeitslosenquoten nach Ländern
Jahresdurchschnitte 2003 und 2004

Bundesland	Arbeitslose		Arbeitslosenquoten ¹ in %	
	2003	2004	2003	2004
Baden-Württemberg	336 540	340 284	6,9	6,9
Bayern	447 350	449 709	7,9	7,9
Berlin	306 462	297 947	20,2	19,8
Brandenburg	253 028	251 154	20,4	20,4
Bremen	42 366	42 347	14,4	14,4
Hamburg	86 388	84 325	11,3	11,0
Hessen	242 059	250 707	8,8	9,1
Mecklenburg-Vorpommern	181 710	182 915	21,7	22,1
Niedersachsen	379 811	376 641	10,7	10,6
Nordrhein-Westfalen	880 053	898 416	10,9	11,2
Rheinland-Pfalz	154 610	155 111	8,5	8,6
Saarland	47 718	45 945	10,4	10,0
Sachsen	403 529	396 687	19,4	19,4
Sachsen-Anhalt	268 293	263 266	21,8	21,7
Schleswig-Holstein	136 159	137 861	10,9	11,1
Thüringen	210 693	207 725	18,1	18,1
Deutschland	4 376 769	4 381 040	11,6	11,7
Westdeutschland	2 753 054	2 781 346	9,3	9,4
Ostdeutschland	1 623 715	1 599 694	20,1	20,1

¹ Bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

3.10 Struktur der Arbeitslosigkeit

3.10.1 Problemgruppen des Arbeitsmarktes

Zu den so genannten »Problemgruppen« auf dem Arbeitsmarkt zählen insbesondere Jüngere, Ältere, Frauen, Ausländerinnen und Ausländer sowie auch Schwerbehinderte.

Jugendarbeitslosigkeit stellt nicht nur ein schwer wiegendes Problem für den Arbeitsmarkt dar, mehr noch verbirgt sich hinter diesem Begriff ein gesamtgesellschaftliches Problem, da mit Arbeitslosigkeit im jugendlichen Alter auch die Weichen für die spätere Entwicklung im Erwerbsleben gestellt werden. Zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit stehen seit 1999 für Personen im Alter unter 25 Jahren unterschiedliche Fördermaßnahmen im Rahmen des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (Jugendsofortprogramm JUMP) zur Verfügung. Wie zuletzt für das Jahr 2003 verfügbare Ergebnisse aufzeigen, befanden sich deutschlandweit durchschnittlich 79 500 junge Leute in derartigen Maßnahmen, 3,5 % weniger als im Jahr 2002.

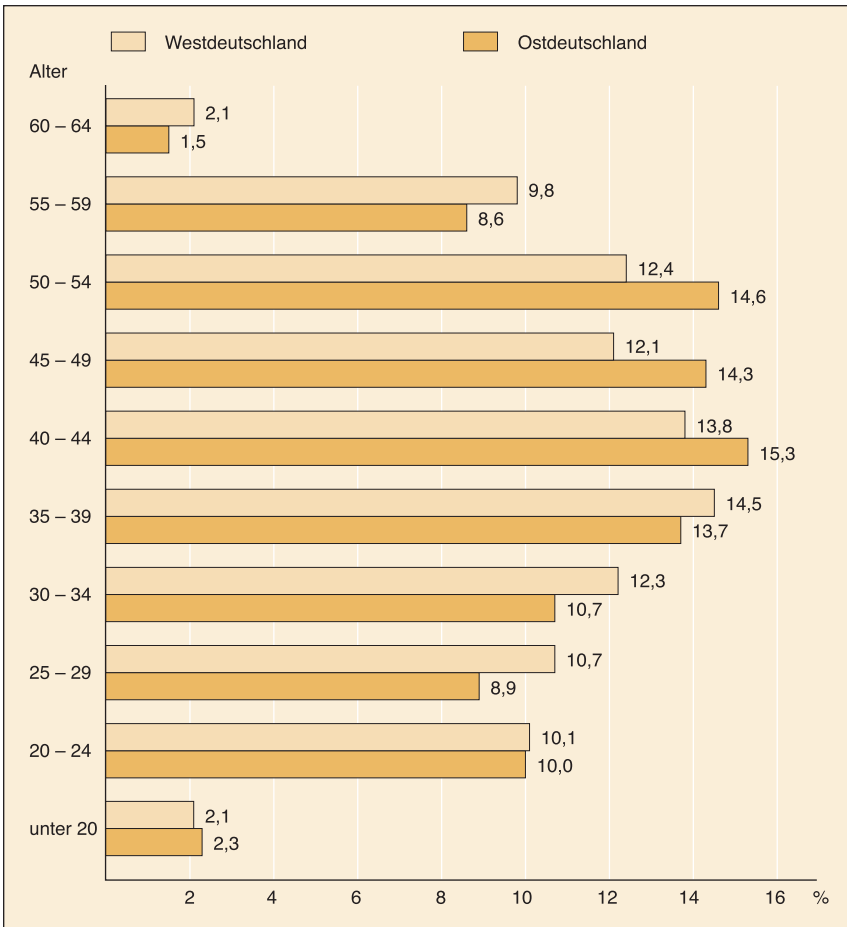
Für Jugendliche unter 20 Jahren hat sich unter dem Einfluss der Förderprogramme die Situation seit 1999 leicht gebessert. Sowohl im Osten als auch im Westen – hier bereits seit 1998 – gehen die jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten für diesen Personenkreis kontinuierlich zurück, wengleich die Arbeitslosenquoten der unter 20-Jährigen im Osten seit 1999 erheblich höher (zwischen 2,9 und 4,8 Prozentpunkten) über den entsprechenden Quoten in Westdeutschland liegen (1999: Deutschland 8,5 %, Ost 10,6 %, West 7,7 %; 2004: Deutschland 4,2 %, Ost 6,9 %, West 3,5 %). Für Jugendliche im Alter von 20 bis unter 25 Jahren stellt sich die Situation in Ost und West erheblich schlechter dar (1999: Deutschland 11,4 %, Ost 18,9 %, West 9,3 %; 2004: Deutschland 13,0 %, Ost 21,0 %, West 10,7 %). Anders als bei den Jugendlichen unter 20 Jahren sind für Jüngere im Alter von 20 bis unter 25 Jahren die Arbeitslosenquoten gegenüber dem Jahr 1999 angestiegen. Im Jahr 2004 lag die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote der 20- bis unter 25-Jährigen in beiden Teilgebieten Deutschlands über der Arbeitslosenquote insgesamt.

Grundsätzlich haben ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wegen der längeren Betriebszugehörigkeit und des damit verbundenen Kündigungsschutzes ein vergleichsweise geringeres Risiko, arbeitslos zu werden. Sind sie aber einmal arbeitslos, ist es für sie häufig sehr viel schwerer als für Jüngere, eine neue Beschäftigung zu finden. Im Jahresdurchschnitt 2004 gab es in Deutschland 483 300 registrierte Arbeitslose, die 55 Jahre oder älter waren. Gegenüber dem Vorjahr hat sich diese Zahl um 9,1 % verringert. Der Anteil der 55-Jährigen oder älteren an allen Arbeitslosen betrug im Jahresdurchschnitt 2004 bundesweit 11 %.

In diesem Zusammenhang ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Messung der Arbeitslosigkeit älterer Menschen durch die Regelung des § 428 Sozialgesetzbuch (SGB) III z. T. eingeschränkt ist. Ältere Arbeitslose, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, können danach auch dann Lohnersatzleistungen beziehen, wenn sie der Arbeitsvermittlung nicht mehr voll zur Verfügung stehen und somit nicht als Arbeitslose gezählt werden. Während diese Regelung – zum Teil aus demographischen Gründen – zwischen 1998 und 2000 seltener in Anspruch genommen wurde, ist seit dem Jahr 2001 hier wieder eine Zunahme zu verzeichnen. Die Zahl dieser Leistungsempfänger in Deutschland stieg von rund 225 000 im Jahresdurchschnitt 2001 auf 357 000 im Jahresmittel 2003 an.

Frauen sind zuletzt etwas weniger von Arbeitslosigkeit betroffen gewesen als Männer. Während in Deutschland die jahresdurchschnittliche Zahl arbeitslos registrierter Männer von 1999 auf 2004 um 13,3 % zunahm, nahm die Zahl arbeitsloser Frauen und Mädchen im gleichen Zeitraum um 0,4 % ab. Die Zuwächse in Ostdeutschland (+ 18,1 %) waren dabei für Männer größer als in Westdeutschland (+ 11,0 %). Im Jahresdurchschnitt 2004 lag die Arbeitslosenquote der Frauen in Deutschland, gemessen an allen abhängigen Erwerbspersonen, bei 10,8 %, die der Männer bei 12,5 %. Im Westen wie auch im Osten unterschritt die Arbeitslosenquote der Frauen die jeweiligen Quoten der Männer (Westdeutschland: Männer 10,3 %, Frauen 8,4 %; Ostdeutschland: Männer 20,6 %, Frauen 19,5 %).

Abb. 7: Altersgliederung der Arbeitslosen im September 2003
in Prozent aller Arbeitslosen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Als besonders schwierig erweist sich die Arbeitsmarktlage für Erwerbsspersonen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Zwischen 1960 und 1970 waren Ausländerinnen und Ausländer – um den bestehenden Arbeitskräftemangel zu beheben – als »Gastarbeiter« angeworben worden. Heute gehören sie zu den Problemgruppen des Arbeitsmarktes. Nachdem die Zahl registrierter Arbeitsloser mit ausländischem Pass ab dem Jahresdurchschnitt 1998 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr bis zum Jahr

2001 regelmäßig rückläufig war, ist sie in den Jahren ab 2002 gegenüber dem jeweiligen Vorjahr wieder leicht und kontinuierlich gestiegen. Nach wie vor ist das Risiko, arbeitslos zu werden, für Ausländerinnen und Ausländer doppelt so groß wie für Deutsche. Die hohe Arbeitslosigkeit von Ausländern beruht zum Teil noch auf einer häufig noch geringeren sprachlichen und beruflichen Qualifikation; diese vermindert Einstellungschancen und vergrößert bei schwacher Konjunktur das Risiko den Arbeitsplatz zu verlieren. Im Jahr 2004 wurden 549 900 arbeitslose Ausländerinnen und Ausländer gezählt. Die Arbeitslosenquote unter der ausländischen Bevölkerung betrug 20,5 %. Allein in Westdeutschland waren 472 000 Ausländerinnen und Ausländer arbeitslos gemeldet, sie stellten damit 17,0 % aller Arbeitslosen. Im Osten Deutschlands spielt die Arbeitslosigkeit von Ausländern eine geringere Rolle. Hier waren 77 900 Ausländerinnen und Ausländer im Jahresdurchschnitt 2004 arbeitslos gemeldet, was einem Anteil von 4,9 % der Arbeitslosen in Ostdeutschland entspricht.

Geringere Beschäftigungschancen als Gesunde haben zudem Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Schwerbehindert und deshalb besonders schwer zu vermitteln waren im Jahresdurchschnitt 2004 in Deutschland 173 900 Personen, das waren 4,0 % aller registrierten Arbeitslosen. Im Vorjahr betrug der Anteil Schwerbehinderter an allen Arbeitslosen noch 3,8 %. In Westdeutschland waren im Jahr 2004 4,7 % (2003: 4,5 %) der Arbeitslosen schwerbehindert, in Ostdeutschland betrug dieser Anteil nur 2,8 % (2003: 2,6 %). Als Trend erkennbar ist, dass der Anteil Schwerbehinderter an allen Arbeitslosen in Ost und West leicht ansteigt.

3.10.2 Arbeitslosigkeit und Qualifikationsstruktur

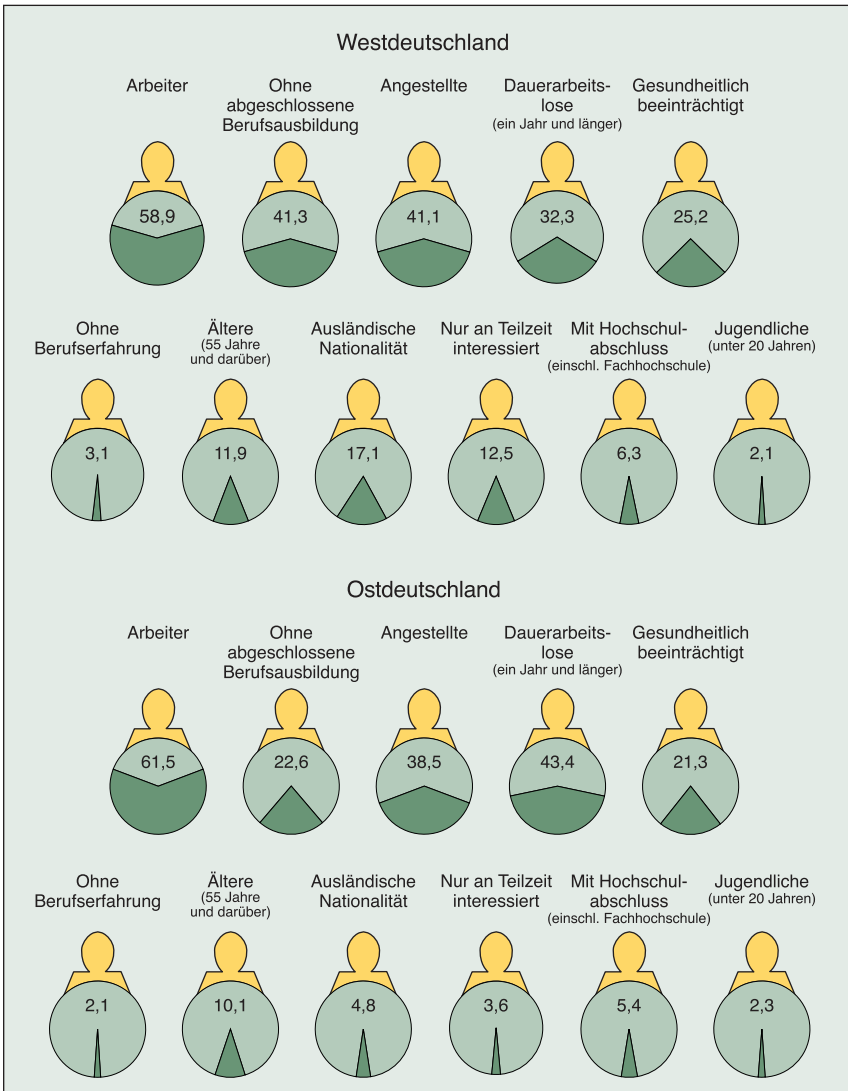
Die Gefahr, in Arbeitslosigkeit zu geraten und die Schwierigkeiten als Arbeitslose(r) wieder eine Beschäftigung zu erlangen, verschärfen sich insbesondere dann, wenn eine geringe berufliche Qualifikation vorliegt. Zwar ist eine gute Ausbildung längst kein Garant mehr für einen sicheren Arbeitsplatz. Dennoch sind die Arbeitsmarktchancen bei höherer Qualifikation günstiger und das Risiko des Arbeitsplatzverlustes ist für qualifizierte Arbeitskräfte bedeutend geringer. Die zuletzt vorliegende Strukturanalyse für September 2003 hatte zum Ergebnis, dass in Deutschland 34,4 %

Tab. 12: Arbeitslose nach der Art ihrer Berufsausbildung – September 2003

Berufsausbildung	Arbeitslose in Tausend	Anteil in %
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	1 446	34,4
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	2 760	65,6
– betriebliche Ausbildung	2 304	54,8
– Berufsfach-/Fachschule	203	4,8
– Fachhochschule	87	2,1
– Universität/Hochschule	166	4,0
Insgesamt	4 207	100,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Abb. 8: Nahaufnahme der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland und in Ostdeutschland
 Von je 100 Arbeitslosen im September 2003 waren



1 Summe über 100 wegen Mehrfachnennungen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

aller Arbeitslosen über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Dagegen lag der Anteil der Arbeitslosen mit Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss an allen Arbeitslosen bei lediglich 6,1 %.

3.10.3 Dauer der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit trifft insbesondere diejenigen hart, die auch nach längerer Suche keinen Arbeitsplatz finden. Im September 2003 waren in Deutschland von den 4,21 Mill. registrierten Arbeitslosen 1,53 Mill., also gut jeder Dritte, mindestens ein Jahr ohne Beschäftigung. Die Zahl derer, die bereits mindestens zwei Jahre ohne Arbeitsplatz waren, belief sich auf 744 900. Nur einem kleineren Teil der Arbeitslosen gelingt es, schon nach kurzer Zeit eine neue Stelle zu finden. Der Anteil der Arbeitslosen in Deutschland, die weniger als drei Monate beim Arbeitsamt registriert waren, pendelte im letzten Jahrzehnt stets um 30 % und belief sich zuletzt auf 28,4 %.

Tab. 13: Arbeitslose nach Dauer der Arbeitslosigkeit 1992 bis 2003

Jahr jeweils September	Arbeitslose	Davon waren arbeitslos in %		
		unter 3 Monate	3 Monate bis unter 1 Jahr	1 Jahr und länger
<i>Deutschland</i>				
1992	2 894 178	35,1	39,1	25,8
1993	3 447 070	32,7	39,7	27,6
1994	3 493 319	29,9	36,9	33,2
1995	3 521 044	31,9	36,1	31,9
1996	3 848 449	30,7	38,2	31,1
1997	4 308 094	28,8	37,1	34,1
1998	3 965 328	30,6	32,6	36,7
1999	3 943 236	29,8	35,2	35,0
2000	3 684 790	30,8	32,8	36,4
2001	3 743 022	31,5	35,1	33,5
2002	3 941 832	31,5	35,4	33,1
2003	4 206 836	28,4	35,2	36,4

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

3.11 Unterstützungsleistungen der Arbeitslosen

Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit wachsen die finanziellen Sorgen der Betroffenen. Während die meisten Arbeitslosen im ersten Jahr ihrer Arbeitslosigkeit noch Arbeitslosengeld erhalten, wird die sich im Allgemeinen anschließende niedrigere Arbeitslosenhilfe bzw. ab 2005 das neue Arbeitslosengeld II nur bei nachweisbarer Bedürftigkeit gewährt. Haben Arbeitslosengeldempfänger mindestens ein Kind (im Sinne des Einkommensteuergesetzes), beträgt das Arbeitslosengeld 67 % des vorherigen

Nettoeinkommens, bei Arbeitslosen ohne berücksichtigungsfähige Kinder beträgt es 60 %. Bis Ende 2004 wurde Arbeitslosen, deren Anspruch auf Arbeitslosengeld ausgelaufen war, und die die Bedürftigkeitskriterien erfüllten, Arbeitslosenhilfe gewährt; die entsprechenden Sätze lagen bei 57 % bzw. 53 %. Ab Januar 2005 wurden die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einer neuen Leistung – der so genannten Grundsicherung für Arbeitssuchende – zusammengeführt (Hartz IV). Mit diesem Gesetz (Zweites Buch Sozialgesetzbuch) sollen die Eingliederungschancen der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in ungeforderte Beschäftigung verbessert und das ineffiziente Nebeneinander von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige beseitigt werden.

Die Zahl der Personen, die im Jahr 2004 Lohnersatzleistungen erhielten, hat sich jahresdurchschnittlich um ca. 56 000 auf 4,22 Mill. erhöht. Dabei beruht der Anstieg allein auf mehr Arbeitslosenhilfeempfängern, deren Zahl um ca. 198 000 auf 2,19 Mill. gestiegen ist. Dagegen hat sich die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld um ca. 74 000 auf 1,84 Mill. und die Zahl der Empfänger von Unterhaltsgeld um ca. 63 000 auf 173 000 reduziert. Von den Leistungsempfängern waren ca. 3,48 Mill. arbeitslos. Der Anteil der arbeitslosen Leistungsempfänger an allen Arbeitslosen hat sich im Vorjahresvergleich auf ca. 79,5 % erhöht.

Darüber hinaus gab es ca. 738 000 Leistungsempfänger, die nicht als Arbeitslose gezählt wurden, weil sie u. a. die vorruhestandsähnliche Regelung des § 428 SGB III in Anspruch nahmen, eine Qualifizierungsmaßnahme besuchten oder arbeitsunfähig waren.

Weitere Informationen zum Thema Arbeitsmarkt siehe Teil II, Kap. 6.

4 Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte

4.1 Zielsetzung der Statistik über Einnahmen und Ausgaben

Mit Einnahmen und Ausgaben beschäftigen sich viele Statistiken. Zu nennen sind insbesondere die Verdienststatistiken (vgl. Kap. 16), die Steuerstatistiken (vgl. Kap. 11), die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (vgl. Kap. 12), die Mikrozensuserhebungen und die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte. Sie alle betrachten das Thema unter verschiedenen Blickwinkeln und bedienen sich darüber hinaus unterschiedlicher Begriffe, sodass eine uneingeschränkte Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht gegeben ist. Im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen bei den Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte die Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR), die jährlich entsprechende Angaben für private Haushalte in Deutschland liefern. Bei den Einnahmen der Haushalte wurde außerdem auf Daten des Mikrozensus und auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurückgegriffen. Die Daten zur Ausstattung mit Gebrauchsgütern wurden dem Einführungsinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 (EVS 2003) entnommen, die im fünfjährigen Turnus durchgeführt wird. Um Entwicklungen im Zeitablauf darstellen zu können, wurde bei den Ausstattungen der privaten Haushalte mit Gebrauchsgütern auch auf die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 zurückgegriffen.

Die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte konzentrieren sich vor allem auf die Frage, wie viel Geld die Haushalte zur Verfügung haben, ausgeben und sparen. Sie greifen dabei auf die Aufzeichnungen der Haushalte aus unterschiedlichen sozialen Schichten zurück, die für die Statistik freiwillig über ihre Einnahmen und Ausgaben Buch führen. Die anfallenden Daten, die für die Wirtschafts- und Sozialpolitik und für verbraucherpolitische Zwecke unentbehrlich sind, ermöglichen eine repräsentative Beurteilung der Einkommenssituation und der Konsumgewohnheiten der Bevölkerung und liefern zugleich Informationen über deren Lebensstandard. Es handelt sich also um eine sehr lebensnahe Statistik, die dem viel geäußerten Klagespruch, dass mit dem Einkommen kein Auskommen sei, auf den Grund gehen möchte.

Laut einer Studie des Bundesministeriums für Familie, Frauen und Jugend gelten rund 2 bis 3 Mill. Haushalte als überschuldet. Den Neuerungen im Insolvenzrecht vom 1. Januar 1999, insbesondere der Einführung der Verbraucherinsolvenzverfahren, die sich in der Statistik niederschlagen, wurde mit dem neu hinzugefügten Abschnitt »Verbraucherinsolvenzen« (vgl. 4.7) Rechnung getragen. Die Einführung der neuen Insolvenzordnung eröffnet privaten Schuldner durch Inanspruchnahme eines Insolvenzverfahrens die Möglichkeit, von ihren Restschulden befreit zu werden. Die Insolvenzstatistiken beruhen auf den Auskünften der Insolvenzgerichte.

4.2 Von den Einnahmen zu den Ausgaben der privaten Haushalte

Die Zusammenhänge zwischen Einkommen, Verbrauch und Vermögensbildung werden besonders deutlich am Aufbau des Schemas, das den Wirtschaftsrechnungen zugrunde liegt. Es geht von den Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus, berücksichtigt die Transferleistungen des Staates (z. B. Renten, Kindergeld) sowie die Einnahmen aus nichtöffentlichen Übertragungen (z. B. Werks- und Betriebsrenten), zieht davon die öffentlichen Abgaben (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) ab und führt so zu den ausgabefähigen Einkommen. Aus ihnen ergibt sich nach Abzug der Ausgaben für den Privaten Konsum und der »übrigen Ausgaben« die Ersparnis der Haushalte.

Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit
+ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Einnahmen aus Vermietung, Zinsen, Dividenden)
+ Einnahmen aus öffentlichen Einkommensübertragungen (öffentliche Renten, Kindergeld u. Ä.)
+ Einnahmen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen (Werks-, Betriebsrenten) und Untervermietung
= <i>Haushaltsbruttoeinkommen</i>
- Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag
- Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung
= <i>Haushaltsnettoeinkommen</i>
+ Sonstige Einnahmen (z. B. Einnahmen aus dem Verkauf gebrauchter Waren)
= <i>Ausgabefähige Einkommen bzw. Einnahmen</i>
- Private Konsumausgaben
- Übrige Ausgaben (z. B. Kraftfahrzeugsteuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung)
= <i>Ersparnis</i>

4.3 Einnahmen der privaten Haushalte

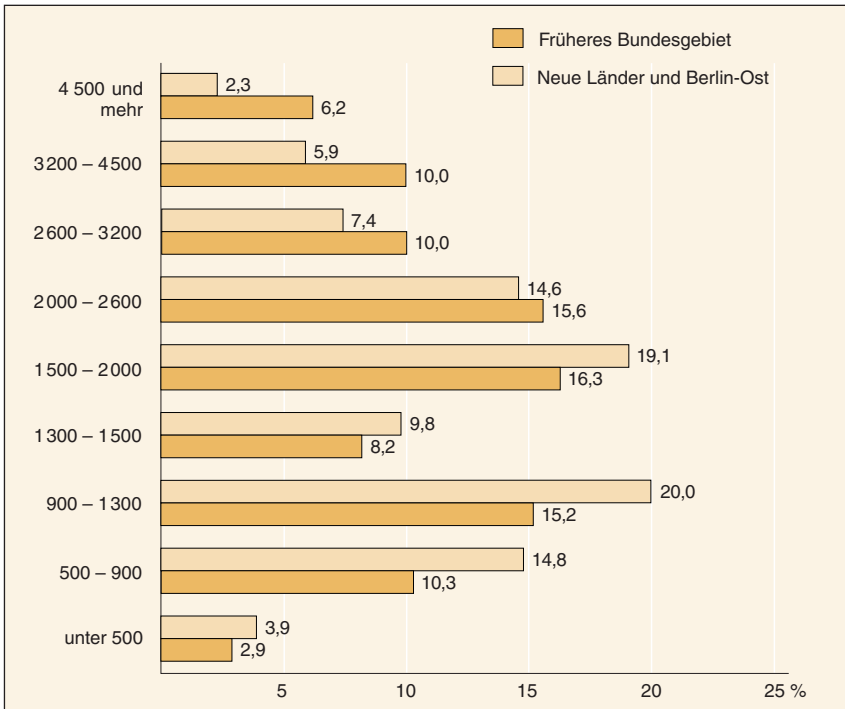
4.3.1 Verteilung des Haushaltseinkommens

Jeder Haushalt weiß ungefähr, wie viel Geld ihm monatlich zur Verfügung steht. Im Mikrozensus wird nach dem persönlichen Nettoeinkommen im Monat je Haushaltsmitglied gefragt. Dabei stufen sich die Haushalte in vorgegebene Einkommensgrößenklassen ein. Erfahrungsgemäß neigen sie zu einer Unterschätzung ihrer Einkünfte, sodass sich für die Analyse weniger die absolute Höhe, als die Struktur der Einkommen eignet.

Nach den Mikrozensusergebnissen hatten im April 2002 in Deutschland knapp 25,8 % aller Haushalte, die entsprechende Angaben zum Einkommen machten, zwischen 900

und 1 500 Euro zur Verfügung. 33,8 % standen netto monatlich 1 500 bis 2 600 Euro zur Verfügung. In der Einkommensklasse von 2 600 bis 4 500 Euro befanden sich 19,7 % der Haushalte, während 5,8 % über 4 500 Euro hatten. Am anderen Ende der Skala mussten 14,9 % der Haushalte mit weniger als 900 Euro auskommen, wobei einem Anteil von 3,2 % der Haushalte nach eigenen Angaben weniger als 500 Euro zur Verfügung standen.

Abb. 1: Einkommensverteilung im April 2002
monatliches Haushalts-Nettoeinkommen in EUR



Wie aus Abb. 1 ersichtlich, ist die Einkommensverteilung zwischen den alten und neuen Bundesländern noch unterschiedlich. Während im früheren Bundesgebiet 61,4 % der Haushalte monatlich über 1 500 Euro zur Verfügung hatten, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost erst 50,4 %.

Die Haushalte mit den geringsten Einkommen waren überwiegend Einpersonenhaushalte. Die oberen Einkommensklassen waren dagegen fast ausschließlich mit Mehrpersonenhaushalten besetzt, in denen häufig mehrere Haushaltsmitglieder zum Einkommen beitrugen.

4.3.2 Soziale Stellung und Höhe des Haushaltseinkommens

Differenziert man nach der sozialen Stellung der Bezugsperson des jeweiligen Haushalts, so verfügten die Haushalte von Beamtinnen und Beamten in Deutschland – gemessen am Nettoeinkommen – gemäß ihren Angaben zum Mikrozensus 2002 zu 63,2 % über ein monatliches Nettoeinkommen von 2 600 Euro oder mehr. Bei den Haushalten von Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen waren es 52,6 %. Von den Angestelltenhaushalten hatten etwa 39 % ein Einkommen dieser Größenordnung und von den Arbeiterhaushalten rund 21,3 %. Dagegen verfügten nur 12,5 % der Nichterwerbspersonenhaushalte über ein Nettoeinkommen von 2 600 Euro und mehr.

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) werden die Durchschnittseinkommen privater Haushalte berechnet, indem die in den VGR ermittelten

Tab. 1: Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung im April 2002¹
Haushalte in Prozent

Stellung im Beruf der Haushaltsbezugsperson	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen . . . EUR			
	unter 900	900– 1 500	1 500– 2 600	2 600 und mehr
<i>Deutschland</i>				
Selbstständige u. mithelfende				
Familienangehörige	7,0	13,2	27,2	52,6
Beamte/Beamtinnen	2,3	6,1	28,4	63,2
Angestellte	6,3	20,5	34,1	39,1
Arbeiter/Arbeiterinnen	8,1	23,7	46,9	21,3
Nichterwerbspersonen	22,1	34,2	31,2	12,5
Insgesamt	14,9	25,8	33,8	25,5
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
Selbstständige u. mithelfende				
Familienangehörige	6,5	12,2	26,1	55,2
Beamte/Beamtinnen	1,8	5,7	28,0	64,5
Angestellte	5,8	20,2	33,8	40,2
Arbeiter/Arbeiterinnen	7,0	23,3	47,3	22,4
Nichterwerbspersonen	21,9	32,7	31,0	14,4
Insgesamt	13,9	24,7	33,7	27,7
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>				
Selbstständige u. mithelfende				
Familienangehörige	9,6	18,6	33,0	38,8
Beamte/Beamtinnen	6,4	10,3	31,0	52,3
Angestellte	8,9	22,4	36,2	32,5
Arbeiter/Arbeiterinnen	12,3	25,3	45,3	17,1
Nichterwerbspersonen	22,9	40,3	32,0	4,7
Insgesamt	19,2	30,4	34,5	15,9

¹ Ergebnisse des Mikrozensus.

Einkommensgrößen auf sozioökonomische Haushaltsgruppen aufgeteilt werden. Im Jahr 2002 hatten die privaten Haushalte in Deutschland im Durchschnitt ein Nettoeinkommen von 32 100 Euro. Gegenüber 1991 (25 700 Euro) flossen 25 % mehr Einkommen in die Haushaltskassen. Auf Grund des ungebrochenen Trends zu kleineren Haushalten erhöhte sich das Nettoeinkommen je Haushaltsmitglied (+ 32 %). Pro Kopf standen im Jahr 2002 durchschnittlich 15 000 Euro für Konsum und Sparen zur Verfügung (1991: 11 300 Euro).

Real, d. h. nach Abzug der Preissteigerungen für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, stand den Haushalten im Jahr 2002 im Durchschnitt etwas weniger Geld

Tab. 2: Netto-Jahreseinkommen im Jahr 2002 in Deutschland¹

Haushalte nach sozialer Stellung der Bezugsperson	EUR je Haushalt	EUR je Haushaltsmitglied
Privathaushalte insgesamt	32 100	15 000
Haushalte von . . .		
Selbstständigen	88 400	32 900
Arbeitnehmern	34 800	14 100
Beamten	41 500	16 200
Angestellten	37 000	16 000
Arbeitern	30 000	11 200
Nichterwerbstätigen	21 300	12 200
darunter:		
Arbeitslosengeld/-hilfeempfängern	19 000	8 600
Rentnern	21 600	13 100
Pensionären	29 000	17 400
Sozialhilfeempfängern	13 900	6 100

1 Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

zur Verfügung als 1991 (-1 %). Je Haushaltsmitglied hat sich das reale Durchschnittseinkommen zwischen 1991 und dem Jahr 2002 um gut 5 % erhöht.

Nach Haushaltsgruppen zeigen sich deutliche Unterschiede. Selbstständigenhaushalte erzielten mit einem durchschnittlichen Nettoeinkommen von 88 400 Euro im Jahr 2002 (1991: 71 900 Euro) die höchsten Durchschnittseinkommen. Je Haushaltsmitglied waren dies 32 900 Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Selbstständige in der Regel ihre Altersvorsorge aus ihrem Nettoeinkommen bestreiten müssen und es sich um eine sehr heterogene Gruppe von Einkommensbezieherinnen und -beziehern handelt: Von Kleingewerbetreibenden, selbstständigen Landwirten bis hin zu freiberuflich tätigen Ärzten, Anwälten, Architekten und anderen Selbstständigen. Arbeitnehmerhaushalte kamen im Jahr 2002 auf durchschnittlich 34 800 Euro (je Haushaltsmitglied 14 100 Euro). Dabei lagen Beamtenhaushalte mit 41 500 Euro vor den Angestelltenhaushalten (37 000 Euro) und den Arbeiterhaushalten (30 000 Euro). Je Haushaltsmitglied stand Beamten- und Angestelltenhaushalten mit rund 16 000 Euro nahezu der gleiche Betrag zur Verfügung, Arbeiterhaushalte kamen auf 11 200 Euro.

Bei den Nichterwerbstätigenhaushalten, die sich im Vergleich zu Erwerbstätigenhaushalten häufiger nur aus einer oder zwei Personen zusammensetzen, sind deutliche Unterschiede beim Nettoeinkommen je Haushaltsmitglied festzustellen: Während Pensionärshaushalte (17 400 Euro) und Rentnerhaushalte (13 100 Euro) im Jahr 2002 teilweise sogar über dem Niveau von Erwerbstätigenhaushalten lagen, waren die Pro-Kopf-Einkommen in Haushalten von Arbeitslosengeld- bzw. Arbeitslosenhilfeempfängern (8 600 Euro) und Sozialhilfeempfängern (6 100 Euro) klar am unteren Ende der Einkommensskala.

Die hier dargestellten Nettoeinkommen der privaten Haushalte (s. Tab. 2) wurden im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berechnet. Sie schließen die von allen Haushaltsmitgliedern tatsächlich empfangenen Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen sowie empfangene laufende Transfers, wie z. B. Rente, Pension, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Kinder- und Erziehungsgeld ein. Die direkten Steuern und Sozialbeiträge sowie die Zinsen auf Konsumentenkredite sind abgezogen. Nicht eingeschlossen sind unterstellte Einkommen, etwa für die Nutzung eigener Wohnungen oder die Verzinsung von Lebensversicherungsrückstellungen. Erstattungen privater Krankenkassen und Beihilfezahlungen an Beamte und Pensionäre sind ebenfalls nicht im Nettoeinkommen enthalten. Die Zuordnung zu einer Haushaltsgruppe richtet sich nach dem überwiegenden Einkommen der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher. Es werden hier Durchschnittswerte dargestellt. Die tatsächlichen Einkommen der einzelnen Haushalte können nach oben und unten erheblich vom Durchschnitt abweichen.

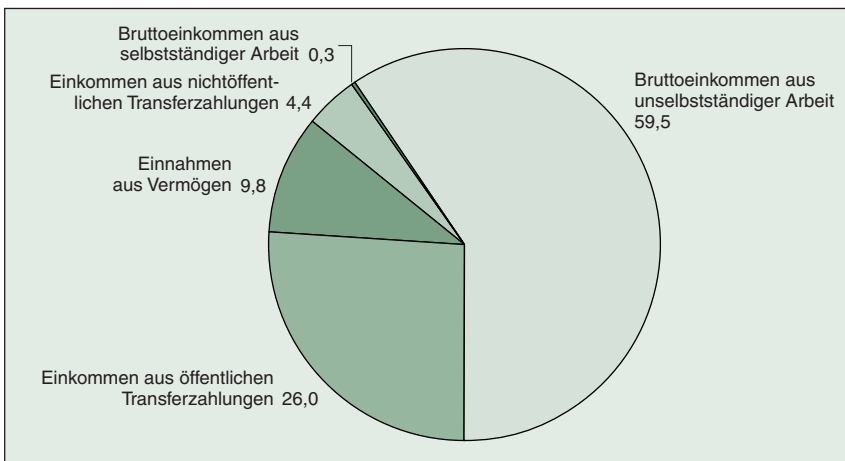
4.4 Ausgaben der privaten Haushalte

Einen Einblick in die Ausgabenstruktur der privaten Haushalte ermöglichen die Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR). Diese Statistik wird – wie einleitend dargelegt – jährlich erhoben. Im früheren Bundesgebiet werden sie seit 1949 durchgeführt, in den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 1991. Nachdem bis 1998 im Rahmen der LWR Angaben zu den Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte lediglich für drei genau definierte Haushaltstypen erhoben wurden, erfolgt seit 1999 im Zuge einer Neukonzeption dieser Statistik die Einbeziehung nahezu aller privater Haushalte in Deutschland, um ein möglichst repräsentatives Gesamtbild über die jeweilige Einkommens- und Verbrauchssituation zu zeichnen. Insgesamt nehmen an der neu konzipierten LWR jährlich rund 6 000 Haushalte bundesweit teil. Die befragten Haushalte umfassen mit Ausnahme der Selbstständigen und Landwirte alle sozialen Stellungen des Haupteinkommensbeziehers (Beamte, Angestellte, Arbeiter, Arbeitslose, Rentner und Pensionäre) bis zu einer Nettoeinkommensgrenze von 17 895 Euro je Monat. Nicht erfasst werden in der LWR ferner Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. Die aus den LWR gewonnenen Ergebnisse geben ein verlässliches Bild über die in den Privathaushalten Deutschlands herrschenden Einkommens- und Verbrauchsverhältnisse wieder.

Eine erste wichtige Bezugsgröße für die Darstellung der Einkommens- und Ausgabensituation privater Haushalte ist das Haushaltsbruttoeinkommen. Dieses setzt sich – wie einleitend dargelegt – aus verschiedenen Einkommensquellen zusammen. Wie Abb. 2 zeigt, belief sich das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen der Privathaushalte in Deutschland 2001 auf 3 352 Euro. Rund drei Fünftel (59,5 %) des Bruttoeinkommens bzw. 1 993 Euro stammten aus Einkünften aus unselbstständiger Tätigkeit. Mehr als ein Viertel (26,0 %) bzw. 873 Euro entfielen im Haushaltsdurchschnitt auf Einkommen aus öffentlichen Transferleistungen, gefolgt von den Einnahmen aus Vermögen in Höhe von 328 Euro (9,8 %). Einkünfte aus nichtöffentlichen Transfers (147 Euro; 4,4 %) sowie aus selbstständiger Arbeit (11 Euro; 0,3 %) sind nur von untergeordneter Bedeutung für die Haushaltseinkommen. Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost herrschten 2001 bei den Bruttoeinkommen noch erhebliche Unterschiede vor. Im Durchschnitt stand einem Haushalt im Westen ein monatliches Bruttoeinkommen von 3 538 Euro zur Verfügung, im Osten dagegen lediglich 2 564 Euro. Auch die Zusammensetzung der Bruttoeinkommen ist im West-Ost-Vergleich unterschiedlich. Im Westen liegt der Anteil der Einkünfte aus Vermögen am Bruttoeinkommen bei fast 11 %, im Osten dagegen nur bei 4 %. Dafür entfällt in den neuen Ländern mehr als ein Drittel (34,8 %) der Bruttoeinkünfte auf öffentliche Transfers gegenüber einem Viertel (24,5 %) im früheren Bundesgebiet.

Nach Abzug von Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag sowie der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und unter Zurechnung der sonstigen Einnahmen ergeben sich die ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen. Sie bilden die eigentliche Basis,

Abb. 2: Haushaltsbruttoeinkommen privater Haushalte 2001 nach Einkommensquellen¹ in Prozent



1 Ergebnis der Laufenden Wirtschaftsrechnungen 2001.

Tab. 3: Einkommen und Einnahmen privater Haushalte¹ 2001

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder u. Berlin-Ost	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	1 993	59,5	2 111	59,7	1 491	58,2
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	11	0,3	11	0,3	11	(0,4)
Einnahmen aus Vermögen	328	9,8	383	10,8	96	3,7
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	873	26,0	868	24,5	892	34,8
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen	147	4,4	164	4,6	74	2,9
Einnahmen aus Untervermietung ³	(1)	(0,0)	(1)	(0,0)	/	/
Haushaltsbruttoeinkommen	3 352	100	3 538	100	2 564	100
Abzüglich:						
Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag	358	x	392	x	212	x
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	348	x	358	x	305	x
Haushaltsnettoeinkommen	2 646	x	2 788	x	2 047	x
Zuzüglich:						
Sonstige Einnahmen ²	63	x	70	x	33	x
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 709	x	2 858	x	2 080	x
Erfasste Haushalte (Anzahl)	5 793		3 655		2 139	
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	35 009		28 325		6 684	

1 Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

2 Inklusive Einnahmen aus dem Verkauf von Waren.

3 Werte sind aufgrund geringer Fallzahlen stat. unsicher.

die den Haushalten für unterschiedliche Verwendungszwecke zur Verfügung steht (s. Abschnitt 4.2). Nachstehende Tabelle veranschaulicht dies für das Jahr 2001.

2001 betrug das ausgabefähige Einkommen privater Haushalte in Deutschland im Durchschnitt 2 709 Euro je Monat. Die Haushalte im früheren Bundesgebiet verfügten über ein ausgabefähiges Einkommen von 2 858 Euro. In den neuen Ländern und Berlin-Ost stand den Haushalten im Mittel ein Betrag von 2 080 Euro monatlich zur Verfügung. Dies waren rund 73 % des Westniveaus.

Der größte Teil der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen wird für den Privaten Konsum, das heißt für Essen, Wohnen, Bekleidung, Reisen u. a. verwendet. 2001 gaben deutsche Haushalte für Konsumzwecke monatlich 1 952 Euro aus. Das waren 72 % des verfügbaren Einkommens. Die Konsumausgaben ostdeutscher Haushalte waren mit 1 551 Euro zwar niedriger als die der Haushalte im Westen (2 046 Euro), bedingt durch das geringere ausgabefähige Einkommen lag der Prozentanteil der Konsumauswendungen mit 75 % jedoch dort höher als im früheren Bundesgebiet (72 %).

4.5 Zusammensetzung der privaten Konsumausgaben

Wie die Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen 2000 und 2001 zeigen (vgl. Tab. 5 und 6), sind im Vergleich der alten und der neuen Bundesländer trotz des noch unterschiedlichen Konsumniveaus Annäherungen in der Zusammensetzung der Verbrauchsausgaben zu beobachten. So wendeten die Haushalte im früheren Bundesgebiet 2001 rund 51 % ihrer Konsumausgaben für die Deckung der Grundbedürfnisse Ernährung, Kleidung und Wohnen auf, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 49 %. Deutlichere Unterschiede sind insbesondere noch im Bereich Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung festzustellen, wofür Haushalte im Westen Deutschlands rund 32 % ihrer Ausgaben aufwendeten, die Haushalte im Osten dagegen nur durchschnittlich 27 %. Dafür gaben die Haushalte in den alten Bundesländern 2001 lediglich 13,6 % ihrer Konsumausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren aus, während es in den neuen Ländern 16,2 % waren. Höher lagen im Osten auch die Ausgabenanteile für Verkehr (15,4 %) bzw. Freizeit, Unterhaltung und Kultur (12,3 %) als im Westen (13,5 % bzw. 11,4 %). Dagegen setzten die Haushalte im früheren Bundesgebiet im Durchschnitt prozentual mehr für Gesundheitspflege (4,0 % gegenüber 2,8 % im Osten) sowie für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (5,5 % gegenüber 5,1 % in den neuen Ländern) ein.

Tab. 4: Konsumausgaben privater Haushalte¹ 2000 und 2001
EUR je Haushalt und Monat

	Haushalte insgesamt					
	2000			2001		
	Deutsch-land	Früheres Bundes-gebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutsch-land	Früheres Bundes-gebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Private Konsumausgaben	1 938	2 028	1 559	1 952	2 046	1 551
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	260	264	243	273	278	251
Bekleidung und Schuhe	106	110	89	106	110	85
Wohnen, Energie, Wohnungs-instandhaltung	591	632	414	615	659	424
Innenausstattung, Haushalts-geräte und -gegenstände	144	146	137	146	152	124
Gesundheitspflege	71	79	37	74	81	43
Verkehr	288	297	250	269	276	239
Nachrichtenübermittlung	53	55	43	51	53	46
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	230	238	193	225	234	191
Bildungswesen	8	9	6	10	10	6
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	102	107	80	106	112	79
Andere Waren und Dienstleistungen	85	89	66	78	81	64

¹ Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

Tab. 5: Konsumausgaben privater Haushalte¹ 2000 und 2001
Anteile in Prozent

	Haushalte insgesamt					
	2000			2001		
	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Private Konsumausgaben	100	100	100	100	100	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	13,4	13,0	15,6	14,0	13,6	16,2
Bekleidung und Schuhe	5,5	5,4	5,7	5,4	5,4	5,5
Wohnen, Energie, Wohnungs- instandhaltung	30,5	31,2	26,6	31,5	32,2	27,3
Innenausstattung, Haushalts- geräte und -gegenstände	7,4	7,2	8,8	7,5	7,4	8,0
Gesundheitspflege	3,7	3,9	2,4	3,8	4,0	2,8
Verkehr	14,9	14,6	16,0	13,8	13,5	15,4
Nachrichtenübermittlung	2,7	2,7	2,8	2,6	2,6	3,0
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	11,9	11,7	12,4	11,5	11,4	12,3
Bildungswesen	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,4
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	5,3	5,3	5,1	5,4	5,5	5,1
Andere Waren und Dienstleistungen	4,4	4,4	4,2	4,0	4,0	4,1

1 Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

Neben diesen regionalen Unterschieden werden die Verbrauchsstrukturen auch vom jeweiligen Haushaltstyp und der Anzahl der Haushaltsmitglieder, der sozialen Stellung und dem Alter des Haupteinkommensbeziehers sowie dem jeweiligen Haushaltseinkommen bestimmt. Im Folgenden werden einige dieser Sachverhalte näher betrachtet.

4.5.1 Konsumausgaben privater Haushalte nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers

Die Unterschiede sowohl im durchschnittlichen Konsumniveau als auch in der Zusammensetzung der Konsumausgaben sind im Vergleich der einzelnen sozialen Stellungen der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher der Haushalte beträchtlich. Wie Tab. 6 veranschaulicht, nimmt mit zunehmender Höhe der Konsumausgaben der Anteil der Aufwendungen für die Grundbedürfnisse Ernährung, Bekleidung und Wohnen ab. So mussten Arbeitslosenhaushalte mit durchschnittlichen Konsumausgaben von 1 285 Euro je Monat 2001 fast 58 % für diese drei Ausgabenbereiche aufbringen. Beamtenhaushalte, die 2001 monatlich im Schnitt 3 301 Euro für Konsumzwecke ausgaben, investierten in Nahrung, Kleidung und Wohnraum lediglich

40 % ihrer gesamten Verbrauchsausgaben. Angestellte mit 49 %, Arbeiter mit 52 % sowie Nichterwerbstätige, die sich hauptsächlich aus Rentnern und Pensionären zusammensetzen, lagen mit 53 % zwischen den Anteilen für Beamte und Arbeitslose.

Bei Beamtinnen und Beamten waren die finanziellen Spielräume für Ausgaben insbesondere in den Bereichen Wohnungsinneausstattung (10,4 %), Gesundheitspflege (8,6 %) und Verkehr (16,7 %) deutlich höher als bei allen anderen Haushalten. Zum Teil gaben Beamtenhaushalte ein Mehrfaches in Euro für diese Konsumbereiche aus als die Haushalte anderer Haupteinkommensbezieher, in besonderem Maße jedoch verglichen mit Arbeitslosen- und Nichterwerbstätigenhaushalten. Allerdings ist bei den Aufwendungen der Beamten für Gesundheitspflege zu berücksichtigen, dass diese häufig privaten Krankenversicherungsstatus genießen und ihre Ausgaben für Krankenversicherungsschutz deshalb im Gegensatz etwa zu den zumeist pflichtversicherten Angestellten und Arbeitern nicht direkt durch den Arbeitgeber abgeführt, sondern durch sie selbst bezahlt werden, und deshalb als Ausgaben für die Gesundheitspflege zu Buche schlagen. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang auch, dass privat versicherte Beamtinnen und Beamte viele Zahlungen für medizinische Leistungen aus »eigener Tasche« vorstrecken müssen, die anschließend über ihre private Kasse bzw. öffentliche Beihilfen rückerstattet werden, während derartige Leistungen bei gesetzlich krankenversicherten Arbeitern und Angestellten, Arbeitslosen wie auch Rentnern direkt von der jeweiligen Krankenkasse beglichen werden.

Tab. 6: Konsumausgaben privater Haushalte¹ 2001 nach sozialer Stellung des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin in Euro

	Beamter/ Beamtin	Ange- stellte(r)	Arbei- ter(in)	Arbeits- lose(r)	Nicht- erwerbs- tätige(r)
Private Konsumausgaben	3 301	2 222	2 051	1 285	1 623
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	355	295	327	225	223
Bekleidung und Schuhe	176	139	109	62	76
Wohnen, Energie, Wohnungs- instandhaltung	795	663	636	454	566
Inneneinrichtung, Haushalts- geräte und -gegenstände	344	169	168	67	105
Gesundheitspflege	283	54	43	18	87
Verkehr	551	328	301	172	188
Nachrichtenübermittlung	69	60	56	48	40
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	395	274	221	134	183
Bildungswesen	18	15	13	7	3
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	194	133	105	51	83
Andere Waren und Dienstleistungen	122	92	73	47	68

1 Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

4.5.2 Konsumausgaben privater Haushalte nach Haushaltstyp

Deutliche Unterschiede im Niveau und der Struktur der Privaten Konsumausgaben ergeben sich im Vergleich einzelner Haushaltstypen. Die höchsten Konsumausgaben tätigen Paare mit Kind(ern). Wie die Ergebnisse der LWR 2001 zeigen, lagen die Konsumausgaben von Paaren mit Kind(ern) mit monatlich 2 495 Euro 2001 rund doppelt so hoch wie die allein Lebender (1 233 Euro), um rund 66 % höher als die von allein Erziehenden (1 503 Euro) und um 10 % höher als die von Paaren ohne Kinder (2 265 Euro).

Tab. 7: Konsumausgaben privater Haushalte¹ 2001 nach Haushaltstyp in Euro

	Allein Lebende	Allein Erziehende ²	Paare ³		
			Ins-gesamt	ohne Kinder	mit Kind(ern) ⁴
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Private Konsumausgaben	1 233	1 503	2 346	2 265	2 495
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	147	232	339	307	397
Bekleidung und Schuhe	66	100	124	112	148
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	451	511	707	680	757
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	80	81	183	180	187
Gesundheitspflege	41	24	100	115	72
Verkehr	133	136	340	337	345
Nachrichtenübermittlung	40	54	53	49	62
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	146	207	268	263	276
Bildungswesen	4	18	13	4	30
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	63	64	135	138	130
Andere Waren und Dienstleistungen	60	74	85	81	92

1 Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

2 Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren.

3 Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebenspartner-schaften.

4 Ledige(s) Kind(er) des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin oder des/der Ehepartners/-partnerin, Lebensgefährten/-gefährtin unter 18 Jahren.

Anteilmäßig das meiste Geld für die Grundbedürfnisse Ernährung, Bekleidung und Wohnen geben mit 56 % die allein Erziehenden aus. Bei den allein Lebenden sind es 54 % der gesamten Konsumausgaben, bei den Paaren mit Kind(ern) 52 %. Am niedrigsten ist der Grundversorgungsanteil bei den Paarhaushalten, in denen keine Kinder leben (49 %). Allerdings lassen sich hinsichtlich der anteilmäßigen Zusammensetzung der Grundbedürfnisse erhebliche Unterschiede für die einzelnen Haushalts-

typen nachweisen: Während Haushalte mit Kind(ern), (Paare mit Kind[ern] und allein Erziehende) mehr als 15 % ihres gesamten Konsums auf den Erwerb von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ausrichten, sind es bei den allein Lebenden nur 12 %. Dafür haben diese mit 37 % den höchsten Ausgabenanteil für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung. Auch Haushalte allein Erziehender wenden für das Wohnen mehr als ein Drittel (34 %) ihres Budgets aus. Dagegen sind es bei den Paaren mit Kindern nur 30 %.

Die Paare ohne Kinder nutzen ihre vorhandenen finanziellen Spielräume insbesondere für höhere Ausgaben in den Bereichen Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände (8 %), Verkehr (15 %) sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (6 %). Die allein Erziehenden stehen bei den Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur (14 %) sowie für Nachrichtenübermittlung (4 %) vor allen anderen Haushaltstypen.

4.5.3 Konsumausgaben privater Haushalte nach Haushaltsnettoeinkommen

Wie Tabelle 8 zeigt, steigen erwartungsgemäß mit wachsendem Haushaltsnettoeinkommen auch die Ausgaben für den Privaten Konsum kontinuierlich an. Haushalte am so genannten unteren Rand der Einkommensverteilung, d. h. Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 1 278 Euro, gaben 2001 durchschnittlich 919 Euro für den Privaten Konsum aus. Die höchste Einkommensgruppe mit Nettoeinkommen zwischen 5 113 und 17 895 Euro brachte dagegen im Durchschnitt 3 782 Euro und damit mehr als das Vierfache für konsumtive Zwecke auf. Mit zunehmender Einkommenshöhe ändert sich die Zusammensetzung der Konsumausgaben signifikant. Während die Gruppe der Haushalte mit Niedrigeinkommen unter 1 278 Euro 2001 rund 61 % ihrer Gesamtausgaben für Grundbedürfnisse (allein 40 % für das Wohnen) aufzubringen hatte, sank dieser Anteil über 51 % bei den Haushalten mit Monatseinkommen zwischen 2 556 und 3 579 Euro bis auf 43 % bei den Einkommensbeziehern zwischen 5 113 und 17 895 Euro.

Dafür konnte diese Einkommensgruppe sowohl in absoluten Beträgen als auch prozentual erheblich mehr für Verkehrszwecke ausgeben als die Haushalte der untersten Einkommenskategorie. Während Letztgenannte nur knapp 8 % ihres Budgets bzw. 73 Euro monatlich für Verkehr einsetzten, waren es bei der höchsten Einkommensgruppe mehr als 16 % (622 Euro monatlich) das 8,5fache. Auch bei den Ausgaben für Gesundheitspflege besteht ein besonders ausgeprägtes Gefälle. So gaben dafür die Haushalte mit unter 1 278 Euro 2,3 % ihres Budgets bzw. 21 Euro im Monat aus, die Haushalte mit hohen Einkommen dagegen 7,5 % bzw. 284 Euro und damit fast das Vierzehnfache. Einzig im Bereich Nachrichtenübermittlung ist der Ausgabenanteil des untersten Einkommenssegmentes (3,8 %) abgesehen von den Grundversorgungsbereichen Wohnen, Nahrung und Bekleidung höher als bei der obersten Gruppierung (2,1 %). In absoluten Beträgen gibt dennoch die höchste Einkommensgruppe für derartige Zwecke mit 80 Euro monatlich mehr als das Doppelte aus wie die Bezieher von Niedrigeinkommen (35 Euro je Monat).

Tab. 8: Konsumausgaben privater Haushalte¹ 2001
nach Haushaltsnettoeinkommensklassen

	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro				
	Unter 1 278	1 278– 2 556	2 556– 3 579	3 579– 5 113	5 113– 17 895
Private Konsumausgaben	919	1 583	2 310	2 829	3 782
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	149	234	335	376	427
Bekleidung und Schuhe	44	85	126	161	206
Wohnen, Energie, Wohnungs- instandhaltung	369	532	708	831	997
Innenausstattung, Haushalts- geräte und -gegenstände	55	116	173	234	297
Gesundheitspflege	21	46	66	103	284
Verkehr	73	197	345	428	622
Nachrichtenübermittlung	35	47	56	63	80
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	94	180	264	330	479
Bildungswesen	3	7	12	15	25
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	34	78	137	174	218
Andere Waren und Dienstleistungen	42	62	88	114	148

1 Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen.

4.6 Ausstattung der Haushalte mit Gebrauchsgütern

Aussagen über den erreichten materiellen Lebensstandard der privaten Haushalte in Deutschland lassen sich auch aus der Verfügbarkeit langlebiger Gebrauchsgüter gewinnen. Dazu gehört z. B. die Ausstattung mit elektrischen Haushaltsgeräten, der Besitz von Kraftfahrzeugen sowie von Gütern der Unterhaltungselektronik (u. a. Videokameras/Camcorder, CD-Player, DVD-Player, Videorecorder usw.) für Zwecke der Freizeitgestaltung. Auch die Anschaffung bzw. Ausstattung von und mit Produkten der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) wie Personalcomputern, Mobiltelefonen oder Internetanschlüssen lassen wichtige Rückschlüsse auf die Lebensverhältnisse der Haushalte zu. Aktuelle Daten über die Ausstattung der Haushalte mit derartigen Gebrauchsgütern stehen aus dem Einführungsinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003 zur Verfügung. Die im Folgenden verwendeten Daten basieren auf den Angaben von fast 60 000 Privathaushalten, die zum Stichtag am 1. Januar 2003 auf freiwilliger Basis Auskunft über ihre Ausstattung mit verschiedenen Gebrauchsgütern gegeben haben. Einbezogen in die Befragung wurden dabei alle privaten Haushalte mit Ausnahme derjenigen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr, da diese nicht in ausreichender Zahl

an der EVS teilnehmen, um repräsentative Ergebnisse über sie nachweisen zu können. Des Weiteren nicht befragt wurden Personen bzw. Haushalte in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

4.6.1 Ausstattung der Haushalte mit elektrischen Haushaltsgeräten

Nach dem Einführungsinterview der EVS 2003 sind »traditionelle« Haushaltsgeräte wie Kühlschrank und Waschmaschine in nahezu jedem Haushalt sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands vorhanden (s. Tab. 9).

Ein anderes Bild ergibt die Betrachtung der Ausstattung mit Geschirrspülmaschinen und Wäschetrocknern. Zwar lässt sich in den neuen Ländern und Berlin-Ost zwischen 1998 und 2003 für beide Haushaltsgeräte eine deutliche Zunahme der Ausstattungsgrade nachweisen, doch ist immer noch ein größeres Gefälle zu den Haushalten im früheren Bundesgebiet gegeben. Einem Ausstattungsgrad von 57 % im Bundesdurchschnitt stehen bei Geschirrspülmaschinen Werte von 59 % für das frühere Bundesgebiet und 46 % für die neuen Länder gegenüber. Ein noch stärkerer Unterschied zeigt sich bei der Ausstattung mit Wäschetrocknern. Hier stehen sich bei

Tab. 9: Ausstattung privater Haushalte mit elektrischen Haushaltsgeräten¹ am 1. 1. 1998 und 1. 1. 2003

	Haushalte insgesamt 1998			Haushalte insgesamt 2003		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte (Anzahl)	68 863	54 928	13 935	59 713	48 227	11 486
Hochgerechn. Haushalte (1 000)	36 703	29 921	6 783	37 931	30 861	7 070
Ausstattungsgrad ² je 100 Haushalte						
Kühlschrank	99,0	99,0	99,3	98,8	98,7	98,8
Gefrierschrank, Gefriertruhe	77,4	76,9	80,0	66,0	68,0	57,3
Geschirrspülmaschine	44,8	49,1	25,7	56,6	59,0	46,4
Mikrowellengerät	50,8	53,0	41,2	62,7	63,2	60,3
Waschmaschine	91,6	91,2	94,3	93,5	93,1	95,3
Wäschetrockner	29,4	33,1	13,6	36,5	40,4	20,1
Ausstattungsbestand ³ je 100 Haushalte						
Kühlschrank	111,4	112,2	107,8	115,3	116,6	110,3
Gefrierschrank, Gefriertruhe	85,4	85,4	85,2	73,7	76,3	62,7
Geschirrspülmaschine	45,1	49,4	25,8	57,2	59,7	46,7
Mikrowellengerät	51,4	53,7	41,6	64,0	64,6	61,7
Waschmaschine	92,8	92,4	95,4	95,2	94,9	96,7
Wäschetrockner	29,5	33,2	13,6	36,7	40,6	20,1

1 Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1998 und 2003.

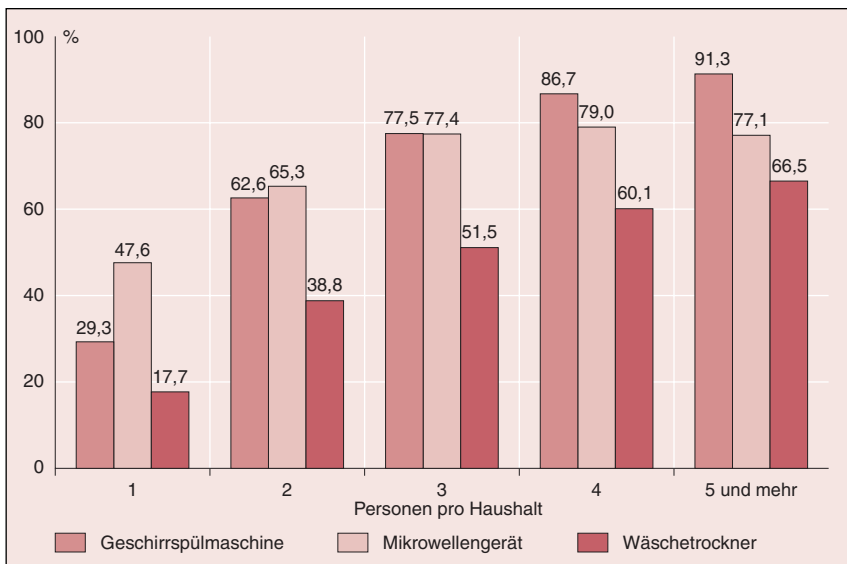
2 Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende langlebige Gebrauchsgüter vorhanden sind, bezogen auf hochgerechnete Haushalte der jeweiligen Spalte.

3 Anzahl der in den Haushalten vorhandenen langlebigen Gebrauchsgüter, bezogen auf hochgerechnete Haushalte der jeweiligen Spalte.

einem Bundesdurchschnitt von 37 % Ausstattungsgrade von 40 % (West) und 20 % (Ost) gegenüber. Anders sieht es bei Mikrowellen aus. Hier liegt der Ausstattungsgrad in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 60 % nur noch geringfügig unter dem im früheren Bundesgebiet von 63 %, nachdem 1998 noch ein deutlicher regionaler Unterschied zwischen West (53 %) und Ost (41 %) bestanden hatte.

Bestimmend für das Ausmaß der Ausstattung mit elektrischen Haushaltsgeräten ist die Haushaltsgröße. Insbesondere Einpersonenhaushalte liegen jeweils recht deutlich unter den ermittelten Durchschnittswerten. Mit zunehmender Personenzahl werden technische Haushaltshilfen immer stärker in Anspruch genommen, um bestimmte

Abb. 3: Ausstattungsgrad privater Haushalte am 1. 1. 2003 mit ausgewählten Haushaltsgeräten nach Haushaltsgröße¹



¹ Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003.

Hausarbeiten zu erledigen. Exemplarisch belegt dies die Ausstattung mit Geschirrspülmaschinen, Mikrowellen und Wäschetrocknern (s. Abb. 3). Für alle drei Güter liegen die Ausstattungsgrade bei Drei-, Vier- sowie Fünf- und Mehrpersonenhaushalten jeweils deutlich über den Durchschnittswerten für alle Haushalte. Beispielsweise stehen in 91 % der Haushalte mit fünf und mehr Personen Geschirrspülmaschinen zur Verfügung, verglichen mit dem Durchschnittswert von 57 %. In 77 % dieser Haushalte gibt es eine Mikrowelle (Bundesdurchschnitt: 63 %) und 67 % verfügen über Wäschetrockner (Bundesdurchschnitt: 37 %).

4.6.2 Ausstattung der Haushalte mit Unterhaltungselektronik

In den zurückliegenden Jahren gab es neben dem IKT-Bereich insbesondere bei den Gütern der Unterhaltungselektronik bemerkenswerte technologische Entwicklungen, die im Rahmen des Einführungsinterviews 2003 erstmalig erfasst wurden. Unter

Tab. 10: Ausstattung privater Haushalte mit Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräten von Bild und Ton¹ am 1. 1. 1998 und 1. 1. 2003

	Haushalte insgesamt 1998			Haushalte insgesamt 2003		
	Deutsch-land	Früheres Bundes-gebiet	Neue Länder u. Berlin-Ost	Deutsch-land	Früheres Bundes-gebiet	Neue Länder u. Berlin-Ost
Erfasste Haushalte (Anzahl)	68 863	54 928	13 935	59 713	48 227	11 486
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	36 703	29 921	6 783	37 931	30 861	7 070
Ausstattungsgrad ² je 100 Haushalte						
Fernsehgerät	95,8	95,4	97,8	94,4	94,2	95,4
DVD-Player	.	.	.	27,1	28,1	22,7
Videorecorder	62,4	62,7	61,3	67,8	68,0	66,8
Camcorder (Videokamera)	16,6	16,5	17,1	21,9	22,0	21,6
Camcorder (Videokamera) analog	.	.	.	17,3	17,0	18,3
Camcorder (Videokamera) digital	.	.	.	7,0	7,6	4,7
Fotoapparat, Digitalkamera	86,3	86,8	85,0	83,4	83,7	81,8
Radio-, Kassettenrecorder, Stereorundfunkgerät	80,4	80,2	81,7	83,9	84,0	83,4
Hi-Fi-Anlage	67,1	69,9	55,9	66,4	68,8	55,6
Satellitenempfangsanlage	28,8	28,6	29,8	36,8	37,5	34,1
Kabelanschluss	53,4	50,7	64,4	52,6	50,6	61,1
CD-Player	.	.	.	63,5	66,3	51,2
CD-Recorder (auch IM PC)	.	.	.	24,1	23,7	25,7
Mini-Disc-Player, -Recorder	.	.	.	10,6	11,0	8,9
Ausstattungsbestand ³ je 100 Haushalte						
Fernsehgerät	140,0	139,4	143,2	145,5	145,9	144,9
DVD-Player	.	.	.	31,6	32,9	26,1
Videorecorder	74,1	75,2	70,1	81,4	82,1	78,8
Camcorder (Videokamera)	17,2	17,1	17,4	25,5	26,0	23,8
Camcorder (Videokamera) analog	.	.	.	17,8	17,7	18,7
Camcorder (Videokamera) digital	.	.	.	7,7	8,3	5,1
Fotoapparat, Digitalkamera	134,4	137,2	122,2	130,1	132,9	118,4
Radio-, Kassettenrecorder, Stereorundfunkgerät	128,4	130,2	121,4	156,0	160,4	138,1
Hi-Fi-Anlage	84,6	88,8	67,0	85,3	88,9	69,1
Satellitenempfangsanlage	29,5	29,2	30,9	38,9	39,6	36,3
Kabelanschluss	53,5	50,9	64,6	54,5	52,3	63,7
CD-Player	.	.	.	88,2	92,8	67,9
CD-Recorder (auch IM PC)	.	.	.	29,9	29,6	30,9
Mini-Disc-Player, -Recorder	.	.	.	12,6	13,1	10,2

1 Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben.

2 Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende langlebige Gebrauchsgüter vorhanden sind, bezogen auf hochgerechnete Haushalte der jeweiligen Spalte.

3 Anzahl der in den Haushalten vorhandenen langlebigen Gebrauchsgüter, bezogen auf hochgerechnete Haushalte der jeweiligen Spalte.

anderem wurde zusätzlich der Besitz von CD-Playern und -Recordern, DVD-Playern sowie Mini-Disc-Playern und -Recordern erfragt. Ferner wurde die Erfassung von Videokameras (Camcordern) nach analogen und digitalen Geräten differenziert.

Wie Tab. 10 zeigt, hat sich – von wenigen Gütern abgesehen – die Ausstattung der Haushalte im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräten von Bild und Ton Anfang 2003 weitgehend angenähert. Fast alle Haushalte in Deutschland sind mit Fernsehgeräten (94 %) ausgestattet. Mehr als vier Fünftel der Haushalte verfügen über Radiorecorder bzw. Stereoundfunkgeräte (84 %) und Fotoapparate (83 %). In zwei Dritteln (68 %) der Haushalte sind Videorecorder (68 %), Hi-Fi-Anlagen (66 %) und CD-Player (64 %) vorhanden. Mehr als die Hälfte der Haushalte besitzt Kabelanschluss (53 %), wobei hier die Ausstattung der Haushalte im Osten mit 61 % sogar höher als im Westen (51 %) liegt. DVD-Player, als relativ neue technologische Entwicklung, sind bereits in 27 % der Haushalte verfügbar (West: 28 %; Ost: 23 %).

Geringer dagegen ist die Präsenz anderer moderner Geräte der Unterhaltungselektronik. So besaßen Anfang 2003 nur 22 % der Haushalte in Deutschland Videokameras/Camcorder. Auch die erstmals erfragten CD-Recorder waren nur in 24 % der Haushalte vorzufinden. Mini-Disc-Player/-Recorder gaben nur 11 % der Haushalte als vorhandenes Ausstattungsgut an.

4.6.3 Ausstattung der Haushalte mit Personalcomputern und Gütern der Nachrichtenübermittlung

Die größte Dynamik ist in den zurückliegenden Jahren in der Haushaltsausstattung mit Informations- und Kommunikationstechnologien festzustellen. Die spektakulärste Entwicklung war dabei bei Mobiltelefonen zu verzeichnen. Wie Tabelle 11 veranschaulicht, erhöhte sich der Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Handys zwischen 1998 und 2003 von 11 % auf 73 %. Zwischen West (73 %) und Ost (70 %) ist das Ausstattungsgefälle mit Mobiltelefonen nur noch gering, d. h. diese Technologie hat sich in ostdeutschen Haushalten nahezu genauso etabliert wie in westdeutschen Haushalten. Noch greifbarer wird der Ausstattungsschub, der sich bei Mobiltelefonen in den zurückliegenden fünf Jahren ereignet hat, wenn man auf absolute Ausstattungszahlen rekurriert. Während 1998 nur rund 4,5 Mill. Handys in Privathaushalten existierten, erhöhte sich deren Zahl bis Anfang 2003 auf 43,3 Mill. bzw. auf das Zehnfache. In den neuen Ländern ist die Situation mittlerweile so, dass der Ausstattungsbestand mit Handys sogar höher liegt als der der Festnetztelefone. Zum Jahresbeginn 2003 kamen in den neuen Ländern 111 Handys auf 100 Haushalte, verglichen mit 108 Festnetztelefonen. Auch im früheren Bundesgebiet hat sich der Ausstattungsbestand mit Mobiltelefonen (115 je 100 Haushalte) inzwischen dem der Festnetztelefone (124 je 100 Haushalte) weitgehend angenähert.

In den vergangenen fünf Jahren hat sich auch die Ausstattung der Haushalte mit Personalcomputern (PC) und Internetanschlüssen äußerst dynamisch entwickelt. So stieg in diesem Zeitraum die Zahl der PC in Privathaushalten von 16,8 Mill. auf

32,2 Mill. Nachdem Anfang 1998 rund 39 % der Haushalte mit einem PC ausgerüstet waren, verfügten darüber Anfang 2003 bereits 61 % der Haushalte. Sowohl für West- als auch für Ostdeutschland lässt sich ein starker Anstieg des Ausstattungsgrades nachweisen. Im früheren Bundesgebiet erhöhte sich der Ausstattungsgrad mit PC zwischen 1998 und 2003 von 40 % auf 62 %. In den neuen Ländern und Berlin-Ost stieg der Anteil der Haushalte mit PC von 34 % 1998 auf 57 % in 2003.

Noch deutlicher war im Zeitvergleich die Zunahme der Internetanschlüsse. 1998 gab es in Privathaushalten 3,1 Mill. Internetanschlüsse. Bis Anfang 2003 versechsfachte sich deren Zahl auf 18,2 Mill. Der Ausstattungsgrad erhöhte sich von 8 % 1998 auf 46 % im Jahr 2003. Auch hier zeigt sich für Ost- und Westdeutschland eine ähnlich beschleunigte Tendenz. Im Westen erhöhte sich der Anteil der Haushalte mit Internetzugang von 9 % auf 47 %, in den neuen Ländern und Berlin-Ost von 5 % auf 41 %.

Tab. 11: Ausstattung privater Haushalte mit PC und Gütern der Nachrichtenübermittlung¹ am 1. 1. 1998 und 1. 1. 2003

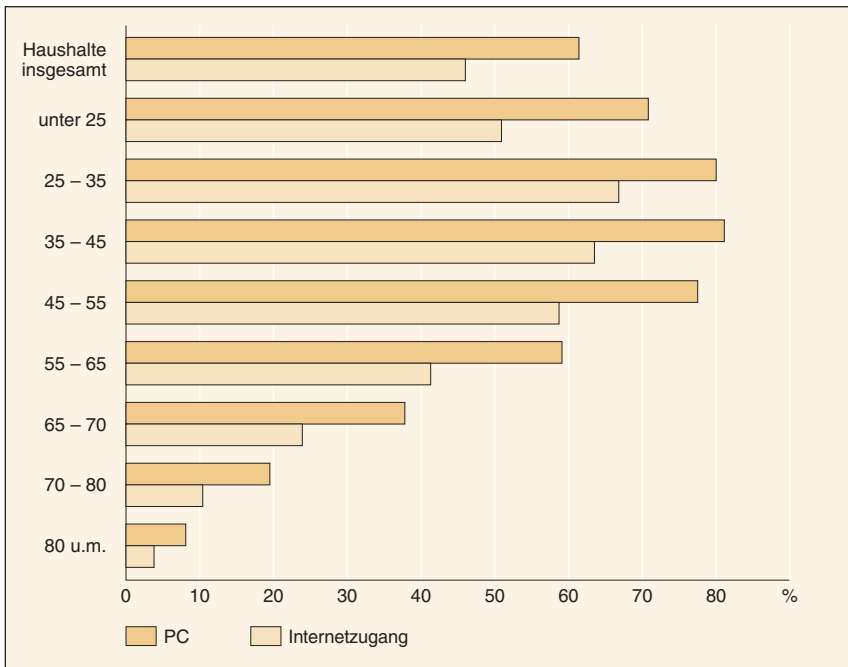
	Haushalte insgesamt 1998			Haushalte insgesamt 2003		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte (Anzahl)	68 863	54 928	13 935	59 713	48 227	11 486
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	36 703	29 921	6 783	37 931	30 861	7 070
Ausstattungsgrad ² je 100 Haushalte						
Personalcomputer	38,8	39,9	33,9	61,4	62,4	57,2
PC stationär	.	.	.	58,2	59,0	55,0
PC mobil (Notebook, Laptop)	.	.	.	10,7	11,5	7,5
Internetanschluss, -zugang	8,1	8,8	5,2	46,0	47,3	40,7
ISDN-Anschluss	5,6	6,1	3,1	23,4	25,6	13,8
Telefon	.	.	.	98,7	98,7	98,4
Telefon stationär (auch schnurlos)	96,8	97,3	94,3	94,5	94,7	93,9
Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	11,2	11,4	10,8	72,5	72,9	70,1
Anrufbeantworter	36,8	37,9	32,7	46,2	47,1	42,1
Telefaxgerät	14,8	16,3	9,1	20,7	22,0	14,9
Ausstattungsbestand ³ je 100 Haushalte						
Personalcomputer	45,7	47,6	37,9	84,9	87,4	74,1
PC stationär	.	.	.	73,2	74,8	66,3
PC mobil (Notebook, Laptop)	.	.	.	11,7	12,6	7,9
Internetanschluss, -zugang	8,4	9,2	5,3	47,9	49,3	42,3
ISDN-Anschluss	5,7	6,2	3,1	23,7	26,0	14,1
Telefon	.	.	.	234,7	238,5	218,5
Telefon stationär (auch schnurlos)	109,5	112,3	97,6	120,5	123,5	108,0
Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	12,2	12,3	11,5	114,2	115,1	110,5
Anrufbeantworter	37,5	38,7	33,0	47,4	48,5	42,8
Telefaxgerät	15,2	16,6	9,2	21,0	22,3	15,1

1 Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben.

2 Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende langlebige Gebrauchsgüter vorhanden sind, bezogen auf hochgerechnete Haushalte der jeweiligen Spalte.

3 Anzahl der in den Haushalten vorhandenen langlebigen Gebrauchsgüter, bezogen auf hochgerechnete Haushalte der jeweiligen Spalte.

Abb. 4: Ausstattungsgrad privater Haushalte am 1. 1. 2003 mit PC und Internetzugang nach Alter des Haupteinkommensbeziehers¹



1 Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003.

Wie Abb. 4 am Beispiel von PC und Internet zeigt, gibt es erhebliche Unterschiede in der Ausstattung mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien in Abhängigkeit vom jeweiligen Alter der Haupteinkommensbezieher. So liegt der Ausstattungsgrad bei PC in allen Altersklassen bis unter 55 Jahren deutlich über dem Durchschnitt von 61 %. Am höchsten war Anfang 2003 der Ausstattungsgrad bei der Altersgruppe der 35- bis unter 45-Jährigen, von denen mehr als vier Fünftel (81 %) einen PC besaßen. Bei den 55- bis unter 65-Jährigen verfügten 59 % der Haushalte über einen PC, bei den 65- bis unter 70-Jährigen knapp 38 %, bei den 70- bis unter 80-Jährigen war es knapp ein Fünftel, und bei 80-Jährigen und Älteren waren es 8 %.

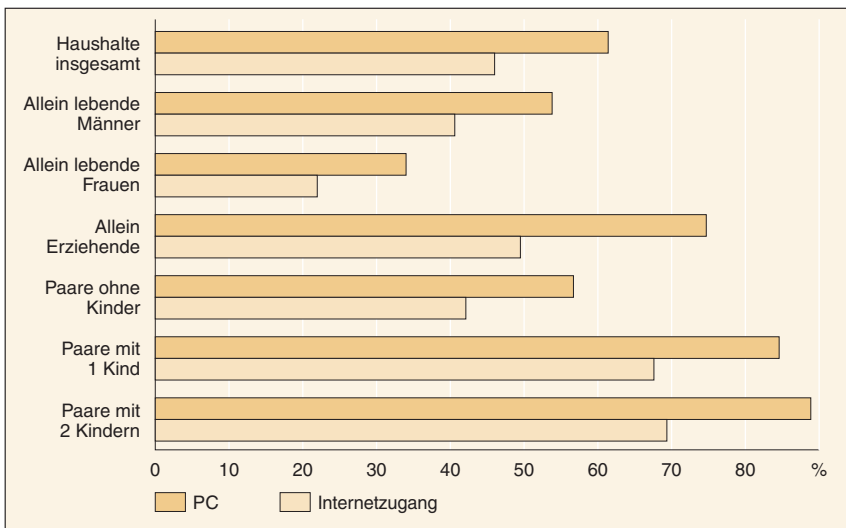
Ähnlich ist die altersspezifische Verteilung beim Internetzugang. Auch hier liegen die Ausstattungsgrade der Haushalte mit unter 55-jährigen Haupteinkommensbeziehern durchweg über dem Durchschnittswert von 46 %. Mit rund zwei Dritteln der Haushalte ist bei den 25- bis unter 35-Jährigen der Anteil der ans Internet Angeschlossenen am höchsten. Der fehlende Zugang zum Internet ist mit wachsendem Alter des Haupteinkommensbeziehers noch ausgeprägter als bei der Ausstattung mit PC. Bei den 55- bis unter 65-Jährigen verfügen 41 % der Haushalte über die technischen Voraus-

setzungen, im Internet zu surfen. Bei den 65- bis unter 70-Jährigen sind es noch knapp 24 %, bei den 70- bis unter 80-Jährigen 10 % und bei den 80-Jährigen und Älteren noch 4 % der Haushalte.

Das häufig im Zusammenhang mit der unterschiedlichen altersspezifischen Ausstattung privater Haushalte mit IKT-Gütern bemühte Schlagwort einer drohenden »digitalen Spaltung der Gesellschaft zwischen jung und alt« lässt sich somit am Beispiel der Ausstattung mit PC und Internet bestätigen. Allerdings muss es nach den Ergebnissen des Einführungsinterviews der EVS 2003 jedoch auch relativiert werden. Die Nutzung derartiger Technologien ist neben dem Alter nämlich auch in hohem Maße von der Zugehörigkeit zu bestimmten Haushaltstypen und vom jeweiligen Nettoeinkommen der Haushalte abhängig.

Eine Gegenüberstellung nach Haushaltstypen zeigt zum Beispiel, dass so genannte »Familienhaushalte«, d. h. Haushalte mit Kindern, deutlich besser mit PC und Internet ausgestattet sind als andere Haushaltstypen. Wie Schaubild 5 zeigt, besaßen Anfang 2003 89 % der Paare mit 2 Kindern einen PC und fast 70 % dieser Haushalte hatten Internetzugang. Annähernd so stellten sich die Durchdringungsraten bei den Paarkhaushalten mit einem Kind unter 18 Jahren (PC-Ausstattung: 85 %; Internetzugang: 68 %) dar. Auch bei den allein Erziehenden mit minderjährigen Kindern sind überdurchschnittlich hohe Ausstattungsgrade festzustellen: 75 % der allein Erziehenden verfügten zu Beginn des Jahres 2003 über einen eigenen Computer und rund 50 % besaßen Internetanschluss.

Abb. 5: Ausstattungsgrad privater Haushalte am 1. 1. 2003 mit PC und Internetzugang nach Haushaltstypen¹



1 Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

Bei der überdurchschnittlichen Ausstattung dieser Haushaltstypen mit IKT-Gütern spielt sicherlich eine Rolle, dass gerade Kinder im Schulalter sowohl für Ausbildungs- als auch zu Unterhaltungszwecken derartige Technologien nutzen. Hinzu kommt ferner, dass Erwachsene in diesen Haushalten lebenszyklisch in aller Regel im Erwerbsleben stehen und dort mit innovativen Geräten der IKT arbeiten, deren Vorteile sie auch im häuslichen Umfeld nicht missen möchten.

Unterdurchschnittlich waren die Ausstattungsgrade bei Paaren ohne Kinder sowie bei den allein Lebenden. Die niedrigste Ausstattung mit PC und Internet wiesen jeweils die allein lebenden Frauen auf. Nur 34 % (allein lebende Männer: 54 %) von ihnen verfügten über einen PC und nur 22 % (allein lebende Männer: 41 %) über einen Internetanschluss.

Die Abhängigkeit der PC- und Internetausstattung von den Einkommensverhältnissen der privaten Haushalte belegen abschließend noch folgende Zahlen aus dem Einführungsinterview 2003. So hatten nur rund 37 % der Haushalte mit einem Monatsnettoeinkommen von unter 900 Euro einen PC. Bei den Haushalten mit Einkommen zwischen 5 000 Euro und 18 000 Euro monatlich waren es dagegen 93 %. Bei Internetanschlüssen liegt der Ausstattungsanteil bei den Niedrigeinkommensbezieherinnen bei weniger als einem Viertel (24 %), bei den Besserverdienenden der Einkommensgruppe 5 000 bis unter 18 000 Euro sind es 82 %.

4.6.4 Ausstattung der Haushalte mit Fahrzeugen und Sportgeräten

Der Motorisierungsgrad der Haushalte hat zwischen 1998 und 2003 weiter zugenommen. Der Ausstattungsgrad der Privathaushalte mit Personenkraftwagen erhöhte sich in diesem Zeitraum von 75 % auf 77 %. Im früheren Bundesgebiet stieg der Ausstattungsgrad mit Pkw von 76 % auf 78 %, in den neuen Ländern und Berlin-Ost erhöhte er sich von 71 % auf 72 %. Allerdings ist ein klarer Trend zum Gebrauchtwagen feststellbar. So stieg der Ausstattungsgrad mit Gebrauchtwagen in Privathaushalten zwischen 1998 und 2003 von 44 % auf 47 %. Gleichzeitig verringerte sich der Anteil der Haushalte mit neu gekauften Pkw im gleichen Zeitraum von 37 % auf 35 %. Diese gegenläufige Tendenz ist für beide Gebietsstände nachweisbar.

Ähnlich hoch wie bei Pkw ist – was den Ausstattungsgrad anbelangt – auch die Verfügbarkeit von Fahrrädern in deutschen Haushalten. 2003 besaßen 79 % der Privathaushalte ein oder mehrere Fahrräder (1998: 80 %). Erwartungsgemäß herrscht allerdings bei den Fahrrädern ein sehr viel höheres Maß an Mehrfachausstattungen vor als bei den Personenkraftwagen. So kamen im Bundesdurchschnitt Anfang 2003 178 Fahrräder auf 100 Haushalte. Im früheren Bundesgebiet waren es sogar 183 Fahrräder je 100 Haushalte (neue Länder und Berlin-Ost: 156 Fahrräder je 100 Haushalte).

Erstmalig wurde im Rahmen des Einführungsinterviews 2003 auch die Verfügbarkeit von Hometrainern in privaten Haushalten erfasst (s. Tab. 12). Demnach war Anfang 2003 fast ein Viertel (24 %) aller Haushalte im Besitz derartiger Geräte. Zwischen West (25 %) und Ost (23 %) waren dabei kaum nennenswerte Ausstattungsunterschiede erkennbar.

Tab. 12: Ausstattung privater Haushalte mit Fahrzeugen und Sportgeräten¹
am 1. 1. 1998 und 1. 1. 2003

	Haushalte insgesamt 1998			Haushalte insgesamt 2003		
	Deutsch-land	Früheres Bundes-gebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutsch-land	Früheres Bundes-gebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte (Anzahl)	68 863	54 928	13 935	59 713	48 227	11 486
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	36 703	29 921	6 783	37 931	30 861	7 070
Ausstattungsgrad ² je 100 Haushalte						
Fahrzeuge						
Personenkraftwagen	75,1	76,2	70,6	76,9	78,0	71,9
Fabrikneu gekauft	37,0	37,1	36,6	35,0	35,2	33,6
Gebraucht gekauft	43,8	44,7	40,1	47,4	48,3	43,8
Geleast ⁴	2,3	2,3	2,3	3,4	3,5	3,0
Kraftrad	10,9	11,5	8,1	11,6	12,5	7,7
Fahrrad	80,0	81,6	73,5	78,6	79,7	73,4
Sonstige Geräte						
Sportgeräte (Hometrainer)	.	.	.	24,3	24,6	23,4
Ausstattungsbestand ³ je 100 Haushalte						
Fahrzeuge						
Personenkraftwagen	97,0	98,3	91,6	102,0	103,7	95,6
Fabrikneu gekauft	41,7	42,0	40,0	39,4	40,0	37,0
Gebraucht gekauft	52,9	53,8	49,1	58,8	60,0	55,2
Geleast ⁴	2,4	2,4	2,5	3,7	3,8	3,3
Kraftrad	12,5	13,3	9,2	13,7	14,9	8,9
Fahrrad	182,6	188,5	157,4	177,8	183,3	155,7
Sonstige Geräte						
Sportgeräte (Hometrainer)	.	.	.	27,8	28,3	25,6

1 Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben.

2 Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende langlebige Gebrauchsgüter vorhanden sind, bezogen auf hochgerechnete Haushalte der jeweiligen Spalte.

3 Anzahl der in den Haushalten vorhandenen langlebigen Gebrauchsgüter, bezogen auf hochgerechnete Haushalte der jeweiligen Spalte.

4 Auch vom Arbeitgeber oder vom eigenen Unternehmen zur Verfügung gestellt. Keine Ratenkäufe.

4.7 Verbraucherinsolvenzen

Nach einer Studie im Auftrage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gelten in Deutschland rund 2 bis 3 Mill. Haushalte als überschuldet, d. h. sie können mit ihrem laufenden Einkommen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr vollständig nachkommen. Wenn Schuldnerinnen und Schuldner nach Mahnverfahren und Lohnpfändung die Gläubiger nicht zufrieden stellen können, kommt es im Allgemeinen zur Abnahme einer eidesstattlichen Versicherung durch den Gerichtsvollzieher. Im Rahmen dieser Versicherung muss der Schuldner die Vollständigkeit und Richtigkeit einer Vermögensaufstellung an Eides statt versichern. Danach wird der Schuldner in einem Verzeichnis geführt, das nach 3 Jahren gelöscht wird, sofern kein

Gläubiger erneut eine derartige Versicherung verlangt. Die Abgabe eidesstattlicher Versicherungen hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Zuletzt im Jahr 2002 wurden knapp 1 Mill. derartige Maßnahmen ergriffen.

Die praktisch lebenslange Nachhaftung ließ viele Schuldnerinnen und Schuldner in die Schattenwirtschaft bzw. Schwarzarbeit abgleiten und ihre Fähigkeiten gingen der Volkswirtschaft verloren. Da ein Insolvenzverfahren zur Regelung der Auseinandersetzung zwischen Gläubigern und Schuldnern Privatpersonen weitgehend verschlossen blieb, hat der Gesetzgeber im Zuge der Neugestaltung des Insolvenzrechts ab 1999 die Möglichkeit geschaffen, dass auch private Schuldnerinnen und Schuldner ein Insolvenzverfahren in Anspruch nehmen können. Hilfreich für die Schuldner konnte ein derartiges Verfahren jedoch nur dann sein, wenn am Ende eine Befreiung von der Restschuld in Aussicht gestellt wird. Aber auch für die Gläubiger sollte sich ein solches Verfahren bezahlt machen, indem sie zumindest einen Teil ihrer Forderungen erstattet bekommen.

Speziell für private Schuldnerinnen und Schuldner wurde daher 1999 das so genannte Verbraucherinsolvenzverfahren eingeführt, das gegenüber dem Regelinsolvenzverfahren, das vor allem auf Unternehmen zugeschnitten ist, einen vereinfachten Ablauf aufweist. Bevor jedoch ein Verbraucherinsolvenzverfahren beantragt werden kann, muss nachgewiesen werden, dass außergerichtlich eine Einigung zwischen Gläubiger und Schuldner auf der Grundlage eines Plans erfolglos verlaufen ist. Erst wenn dies nicht gelingt, kommt ein Verbraucherinsolvenzverfahren in Betracht. Dieses sieht vor, dass Schuldnerinnen und Schuldner sechs Jahre lang ihr pfändbares Einkommen oder ähnliche Bezüge dem Gläubiger zur Verfügung stellen und ihnen am Ende eine Restschuldbefreiung gewährt wird. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass ein Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnet wird, d.h. die Schuldner müssen in der Lage sein, die Verfahrenskosten zu bezahlen. Da diese Kosten sich anfänglich als unüberwindbares Hindernis erwiesen haben, wurde im Dezember 2001 die Insolvenzordnung erneut geändert und in diesen Fällen die Stundung der Verfahrenskosten durch die Staatskasse vorgesehen.

Tab. 13: Verbraucherinsolvenzen¹

Jahr	eröffnete Verfahren	mangels Masse abgewiesene Verfahren	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Verfahren insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum	Durchschnittliche Schulden je Fall
					in %	in 1 000 EURO
1999	1 634	1 496	227	3 357	x	179
2000	6 886	2 449	1 144	10 479	+ 212,2	189
2001	9 070	2 552	1 655	13 277	+ 26,7	193
2002	19 857	489	1 095	21 441	+ 61,5	115
2003	32 131	244	1 234	33 609	+ 56,8	92

1 Ohne Kleingewerbe und ohne ehemals selbstständig Tätige.

Als 1999 die neuen Vorschriften in Kraft traten, wurde davon zunächst nur zögerlich Gebrauch gemacht. Dies lag zum einen daran, dass zuvor erst außergerichtliche Einigungsversuche unternommen und bestätigt werden mussten, bevor ein gerichtliches Verfahren in Frage kam. Als im Jahr 2000 die Schuldnerberatungsstellen zu Insolvenzberatungsstellen aufgewertet und damit die überschuldeten Haushalte besser informiert wurden, verdreifachte sich die Zahl der Verbraucherinsolvenzen binnen Jahresfrist auf über 10 000. Auch 2001 stiegen die Verbraucherinsolvenzen um ein Viertel an. Im Jahr 2002 kam es mit weit über 21 000 Fällen zu einer Flut von Anträgen auf Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens, dem in der Regel auch entsprochen wurde. Das Interesse auf eine Entschuldung auf diesem Wege hielt auch 2003 mit 32 131 derartigen Verfahren unvermindert an.

Die überschuldeten Haushalte weisen relativ hohe Verbindlichkeiten auf, die sich in den letzten beiden Jahren in der Größenordnung von durchschnittlich 100 000 Euro bewegten. Bis 2001 waren die durchschnittlichen Verbindlichkeiten fast doppelt so hoch gewesen. Dies hängt in erster Linie damit zusammen, dass bis 2001 nicht trennscharf zwischen reinen Verbrauchern und Personen unterschieden wurde, die früher einmal beruflich selbstständig tätig waren und aufgrund dieser Selbstständigkeit höhere Verbindlichkeiten besaßen.

5 Wohnen

Angaben über das Wohnen und die Wohnungsversorgung werden in Deutschland in größeren Zeitabständen erhoben. Die letzte als Totalzählung durchgeführte Gebäude- und Wohnungszählung fand im früheren Bundesgebiet am 25. Mai 1987 und in den neuen Ländern und Berlin-Ost am 30. September 1995 statt. Daneben stellte die 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe vom 30. September 1993 erstmals gesamtdeutsche Ergebnisse bereit. Neueste Angaben über Wohnungen und insbesondere über die Wohnsituation der Haushalte liegen aus einer mit dem Mikrozensus des Jahres 2002 durchgeführten wohnungsstatistischen Zusatzerhebung vor.

Die Wohnverhältnisse im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost sind auch nach mehr als elf Jahren seit der Wiedervereinigung trotz gewisser Annäherungen nach wie vor unterschiedlich. Deshalb werden die Ergebnisse für beide Teilgebiete getrennt nachgewiesen, um entsprechende Vergleiche zu ermöglichen.

Unterschiede zwischen West und Ost werden schon bei sehr allgemeinen Übersichten erkennbar, etwa einem Vergleich der durchschnittlichen Wohnfläche. Im Westen verfügte im April 2002 jede in die Erhebung einbezogene Person über 42,8 Quadratmeter, im Osten nur über 36,2 Quadratmeter. In Wohngebäuden hatten die Wohnungen eine durchschnittliche Fläche von 92,5 Quadratmetern im Westen und 76,8 Quadratmetern im Osten.

Tab. 1: Wohnsituation in Deutschland 2002

Gebiet	Durchschnittliche Wohnfläche je	
	Wohnung	Person
	m ²	
Deutschland	89,6	41,6
Früheres Bundesgebiet	92,5	42,8
Neue Länder und Berlin-Ost	76,8	36,2

5.1 Altersstruktur des Wohnungsbestandes

27,9 % der Wohnungen in Deutschland stammen aus der Zeit bis 1948, 61 % entstanden zwischen 1949 und 1990 und jede neunte Wohnung wurde 1991 und später gebaut. Im Osten lag der Anteil der bis 1948 gebauten Wohnungen bei 42,6 %, während es im Westen nur knapp ein Viertel war.

Insgesamt sind die Gebäude – und damit die Wohnungen – im Osten erheblich älter als im Westen. Dies ist im Wesentlichen auf die geringere Neubautätigkeit in der ehe-

Tab. 2: Wohnungen in Wohngebäuden 2002 nach dem Baujahr

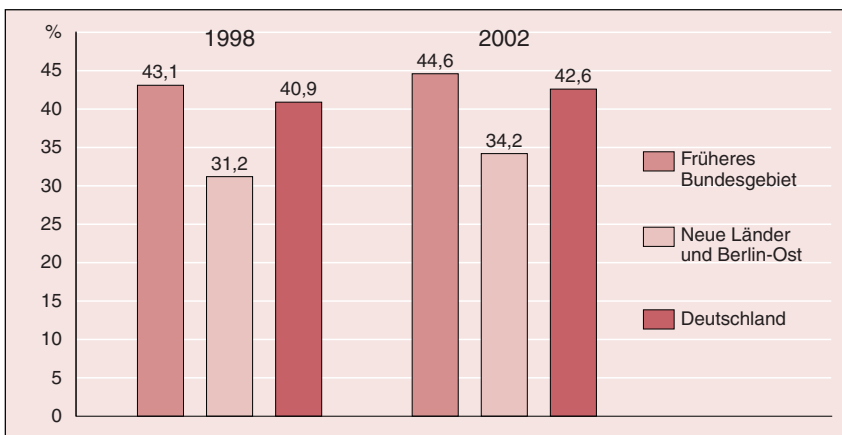
Gebiet	Wohnungen insgesamt	Davon errichtet . . .					
		bis 1948		1949–1990		1991 und später	
		1 000	%	1 000	%	1 000	%
Deutschland	38 259,8	10 679,4	27,9	23 329,6	61,0	4 250,9	11,1
Früheres Bundesgebiet	30 621,9	7 422,4	24,2	19 996,1	65,3	3 203,5	10,5
Neue Länder u. Berlin-Ost	7 638,0	3 256,9	42,6	3 333,5	43,6	1 047,4	13,7

maligen DDR zurückzuführen. In den Jahren zwischen 1949 und 1990 wurden in den alten Bundesländern über 65 % aller Wohnungen gebaut, in den neuen nur etwa 44 %. Die starke Bautätigkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost zeigt den inzwischen stattfindenden Aufholprozess. So hat sich der Anteil der nach der Wiedervereinigung errichteten Wohnungen seit 1998 um 4,7 Prozentpunkte auf 13,7 % im Jahr 2002 erhöht und lag damit über dem Anteil der alten Bundesländer.

5.2 Eigentümerquote

Von den im April 2002 in Deutschland gezählten 35,1 Mill. bewohnten Wohnungen in Wohngebäuden waren 20 Mill. von Mietern sowie 15 Mill. von Eigentümern bewohnt. Von der Gesamtzahl der bewohnten Wohnungen lagen 28,6 Mill. im früheren Bundesgebiet, 15,9 Mill. waren Mietwohnungen, 12,7 Mill. Eigentumswohnungen. In den

Abb. 1: Eigentümerquote 1998/2002¹



¹ Eigentümerquote: Anteil der vom Eigentümer selbst bewohnten Wohnungen an allen Wohnungen in Wohngebäuden.

neuen Ländern und Berlin-Ost betrug die Wohnungszahl 6,5 Mill., die sich in 4,3 Mill. Mietwohnungen und 2,2 Mill. Eigentümerwohnungen aufteilte.

Die Eigentümerquote, die den Anteil der von den Eigentümern selbst bewohnten Wohnungen gemessen an allen bewohnten Wohnungen ausdrückt, lag im früheren Bundesgebiet bei 44,6 % und in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei 34,2 %. Der Vergleich mit den Ergebnissen der Mikrozensus-Zusatzerhebung von 1998 zeigt eine stärkere Zunahme des Anteils der von den Eigentümern selbst genutzten Wohnungen im Osten gegenüber dem Westen. Dennoch lag im April 2002 die Eigentümerquote im früheren Bundesgebiet noch um über 10 Prozentpunkte höher als in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

5.3 Größe der Wohnungen

Eigentümerwohnungen in Deutschland waren mit durchschnittlich 115,7 Quadratmetern wesentlich größer als Mietwohnungen mit durchschnittlich rund 70 Quadratmetern. 70,7 % der Mietwohnungen hatten bis 80 Quadratmeter Wohnfläche, während es bei den Eigentümerwohnungen 17,5 % waren. Dementsprechend standen in der Größenklasse ab 80 Quadratmetern Wohnfläche 29,3 % der Mietwohnungen 82,5 % der Eigentümerwohnungen gegenüber. Diese unterschiedliche Struktur ist sicher zum größten Teil durch die Einfamilienhäuser bestimmt, die meist über 100 Quadratmeter Wohnfläche haben und von ihren Eigentümern überwiegend selbst bewohnt werden.

Im früheren Bundesgebiet war mehr als die Hälfte der Wohnungen größer als 80 Quadratmeter, in den neuen Ländern nur etwas mehr als ein Drittel. So war in

Tab. 3: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden nach der Wohnfläche 2002

Gebiet/ Art der Wohnung	Miet- und Eigentümerwohnungen					Durchschnittliche Fläche je Wohnung m ²
	insgesamt	davon mit einer Fläche von ... bis unter ... m ²				
		unter 40	40–80	80–100	100 und mehr	
1 000	%					
Deutschland	35 127,7	4,7	43,4	17,6	34,4	89,6
Mietwohnungen	20 151,6	7,7	63,1	16,9	12,3	70,1
Eigentümerwohnungen	14 976,1	0,6	16,9	18,5	64,1	115,7
Früheres Bundesgebiet	28 589,8	4,3	40,1	18,5	37,1	92,5
Mietwohnungen	15 851,6	7,3	59,6	18,9	14,2	72,2
Eigentümerwohnungen	12 738,2	0,5	15,9	18,1	65,5	117,8
Neue Länder und Berlin-Ost	6 537,9	6,2	57,7	13,5	22,7	76,8
Mietwohnungen	4 300,1	9,0	75,9	9,6	5,5	62,6
Eigentümerwohnungen	2 237,9	0,7	22,8	20,9	55,6	104,0

Wohngebäuden auch die durchschnittliche Fläche einer Wohnung im Westen mit 92,5 Quadratmetern um 15,7 Quadratmeter größer als im Osten.

5.4 Beheizung der Wohnungen

Hinsichtlich der Beheizung der Wohnungen sind nach wie vor ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen West und Ost zu erkennen. Im Westen wurden im April 2002 73,3 % der Wohnungen mit Zentralheizung beheizt, 9,5 % mit Fernheizung, 9,4 % mit Ofenheizung, 7,7 % mit Etagenheizung. Die neuen Bundesländer wiesen eine andere Rangfolge auf. Führend war dort zwar auch die Zentralheizung, deren Anteil von 42,1 % in 1998 auf 51,1 % im Jahr 2002 gestiegen ist. Daneben war aber nahezu jede dritte Wohnung an ein Fernheizwerk angeschlossen. Hierbei handelt es sich überwiegend um Wohnungen, die in den Plattenbauten der Trabantsiedlungen vieler Städte entstanden sind und generell fernbeheizt werden. Mit Einzel- oder Mehrraumöfen, die zu »DDR-Zeiten« noch vorherrschten, waren im Jahre 2002 nur noch 7,8 % der Wohnungen ausgestattet. 8,9 % hatten Etagenheizungen.

Tab. 4: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden nach Heizungsart 2002

Wohnungen/ Energieart	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Wohnungen in Wohngebäuden insgesamt	35 127,7	100	28 589,8	100	6 537,9	100
Wohnungen überwiegend beheizt mit . . .						
Fernheizung	4 804,7	13,7	2 712,4	9,5	2 092,3	32,0
Block-/Zentralheizung	24 308,2	69,2	20 964,9	73,3	3 343,3	51,1
Etagenheizung	2 777,8	7,9	2 193,4	7,7	584,4	8,9
Einzel- oder Mehrraumöfen	3 197,9	9,1	2 685,4	9,4	512,5	7,8
Wohnungen ohne Angabe	39,1	0,1	33,6	0,1	5,5	0,1

Bei den für die Beheizung von Wohnungen verwendeten Energiearten gab es zwischen West und Ost, abgesehen von der Fernwärme, deutliche Annäherungen im Vergleich zu 1998. Der Anteil an Gas ist in den neuen Bundesländern zwischen 1998 und 2002 um über ein Fünftel auf nunmehr 45,1 % angestiegen und erreichte damit fast den Wert der alten Bundesländer von 48,3 %. Heizöl hatte mit 35,6 % den zweitgrößten Anteil im Westen, danach folgte die Fernwärme mit 9,5 %, die übrigen Energiearten spielten nur eine geringe Rolle. Im Osten war nach wie vor aufgrund der schon erwähnten Gegebenheiten des Plattenbaus die Fernwärme mit 32 % zweitwichtigste Energieart, gefolgt vom Heizöl mit 15,3 %. Der Anteil von Briketts, Braunkohle ist seit 1998 in den neuen Bundesländern um fast 9 Prozentpunkte stark zurückgegangen und hatte 2002 nur noch einen Anteil von 4,8 %.

Tab. 5: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden
nach überwiegend verwendeter Energieart 2002

Wohnungen/ Energieart	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Wohnungen in Wohn- gebäuden insgesamt	35 127,7	100	28 589,8	100	6 537,9	100
Wohnungen überwiegend beheizt mit . . .						
Fernwärme	4 804,7	13,7	2 712,4	9,5	2 092,3	32,0
Gas	16 750,4	47,7	13 803,6	48,3	2 946,8	45,1
Elektrizität	1 440,4	4,1	1 316,6	4,6	123,8	1,9
Heizöl	11 177,1	31,8	10 174,8	35,6	1 002,3	15,3
Briketts, Braunkohle	451,6	1,3	137,0	0,5	314,5	4,8
Koks, Steinkohle	117,1	0,3	102,0	0,4	15,1	0,2
Holz oder Sonstiges	347,3	1,0	309,6	1,1	37,7	0,6
Wohnungen ohne Angabe	39,1	0,1	33,6	0,1	5,5	0,1

5.5 Mieten

Bei der 1 %-Zusatzerhebung des Mikrozensus 2002 wurden auch die Mieten erfragt. Zur Bruttokaltmiete werden neben der Grundmiete die kalten Betriebskosten gerechnet, also z. B. die monatlichen Beträge für Wasser, Kanalisation und Müllabfuhr. Nicht zur Miete rechnen hier die Umlagen für Zentralheizung oder Warmwasserversorgung, Garage usw.

Über die Höhe der Mieten wird öffentlich viel diskutiert. Thema sind aber vor allem die Mieten für Wohnungen, die in den letzten Jahren neu bezogen wurden. In die in den vorliegenden Tabellen ausgewiesenen Mietbeträge gehen aber auch die Mieten für langjährig vermietete Wohnungen ein, die meist niedriger sind. Deshalb liegen die hier nachgewiesenen Durchschnittswerte im Allgemeinen unter den bei Neuvermietungen erzielten Beträgen. Die Miethöhe wird außer vom Alter der Wohnung auch von der Ausstattung und der Größe beeinflusst.

Für die Nutzung einer Wohnung waren in Deutschland im April 2002 im Durchschnitt monatlich 408 Euro aufzubringen, der Preis je Quadratmeter Wohnfläche betrug 5,93 Euro. Im früheren Bundesgebiet lag das Mietenniveau über dem Gesamtdurchschnitt für Deutschland, in den neuen Ländern war es trotz höherer Steigerungsraten seit 1998 noch deutlich niedriger. So lag der durchschnittlich zu zahlende Mietbetrag hier bei nur 324 Euro monatlich, das entsprach einer Quadratmetermiete von 5,29 Euro.

Einfluss auf die Miethöhe hat zunächst die Wohnungsgröße. Für eine Kleinwohnung bis 40 Quadratmeter Wohnfläche in Deutschland wurden zwar durchschnittlich nur 232 Euro monatlich bezahlt, die Quadratmetermiete war aber mit 7,39 Euro höher als

bei größeren Wohnungen. Im früheren Bundesgebiet mussten hier sogar 8,06 Euro gezahlt werden, während es in den neuen Ländern mit 5,55 Euro rund zwei Drittel dieses Betrages waren.

Auch das Baujahr der Wohnungen wirkt sich auf die Miete aus. Generell lässt sich sagen, dass alte Wohnungen relativ billiger sind als neue. Die bis 1900 entstandenen Wohnungen kosteten im früheren Bundesgebiet durchschnittlich 5,49 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche. Für Wohnungen, die 2001 und später errichtet wurden, mussten dagegen 7,24 Euro und damit rund 32 % mehr bezahlt werden. In den neuen Bundesländern war die Situation ähnlich. Hier lag die durchschnittliche Miete je Quadratmeter bei 4,82 Euro für die ganz alten Wohnungen, die Neubauten der Altersklasse 2001 und später kosteten mit 6,50 Euro rund 35 % mehr.

Tab. 6: Bewohnte Mietwohnungen in Wohngebäuden nach der Miete 2002 in EUR

Größe/Baujahr	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	Durchschnittliche Bruttokaltmiete je					
	Wohnung	m ² Wohnfläche	Wohnung	m ² Wohnfläche	Wohnung	m ² Wohnfläche
Insgesamt	408	5,93	432	6,09	324	5,29
Größe von ... bis unter ... m ²						
unter 40	232	7,39	250	8,06	181	5,55
40 – 60	311	6,14	328	6,52	274	5,33
60 – 80	400	5,90	415	6,09	350	5,24
80 – 100	503	5,81	510	5,89	456	5,26
100 – 120	602	5,73	606	5,78	562	5,33
120 und mehr	771	5,48	776	5,51	701	5,12
Baujahr						
bis 1900	396	5,33	421	5,49	322	4,82
1901 – 1918	415	5,63	440	5,78	354	5,19
1919 – 1948	380	5,60	400	5,74	322	5,17
1949 – 1978	392	5,92	410	6,03	296	5,18
1979 – 1986	413	6,02	478	6,43	291	5,02
1987 – 1990	424	6,09	512	6,67	285	4,89
1991 – 2000	508	6,73	531	6,83	445	6,43
2001 und später	546	7,08	590	7,24	418	6,50

5.6 Wohnsituation der Haushalte

Die Zusatzerhebung des Mikrozensus im April 2002 wies hochgerechnet 35,9 Mill. Haushalte nach, von denen 35 Mill. als Hauptmieter oder Eigentümer in den hier beschriebenen Wohnungen lebten; es waren 28,5 Mill. im früheren Bundesgebiet und 6,5 Mill. in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Die übrigen 0,8 Mill. Haushalte, im Wesentlichen Einpersonenhaushalte (76,7 %), wohnten zur Untermiete.

Insgesamt waren mehr als ein Drittel (35,7 %) der Hauptmieter- und Eigentümerhaushalte in Deutschland Einpersonenhaushalte. Im früheren Bundesgebiet war der Anteil der Einpersonenhaushalte etwa gleich hoch (36 %), in den neuen Ländern etwas geringer (34,5 %). Ähnlich ist das Verhältnis bei Haushalten mit Kindern: im früheren Bundesgebiet 24,0 %, in den neuen Ländern 23,5 %. Im Vergleich zur letzten Zusatzerhebung zur Wohnsituation im Jahr 1998 ist bundesweit eine überproportionale Zunahme der Einpersonenhaushalte um 8,6 % gegenüber den Haushalten insgesamt (+ 3,6 %) zu verzeichnen. Weiterhin rückläufig (- 2 %) war dagegen die Zahl der Haushalte mit Kindern in diesem Zeitraum. Insbesondere bei den Haushalten mit Kindern zeigt sich zwischen Ost und West eine gegenläufige Entwicklung. Während sich die Zahl der Haushalte mit Kindern im Westen Deutschlands zwischen 1998 und 2002 leicht erhöhte (+ 0,9 %), ist diese im Osten stark zurückgegangen (- 13,5 %).

Ein wesentliches Merkmal der Wohnsituation eines Haushalts stellt die Wohnfläche dar, die diesem zur Verfügung steht. Allein lebende Menschen im früheren Bundes-

Tab. 7: Haushalte in Wohnungen nach der Wohnfläche 2002

Gebiet/ Haushaltsgröße	Haushalte insgesamt	Davon in Wohnungen mit einer Fläche von ... bis unter ... m ²				Durch- schnittliche Fläche je Wohnung m ²
		unter 40	40-80	80-100	100 u. mehr	
	1 000	%				
<i>Deutschland</i>						
Haushalte mit						
1 Person	12 503,4	11,6	62,1	12,9	13,5	67,5
2 Personen	12 068,0	0,8	41,9	20,6	36,7	93,2
3 Personen	5 036,7	0,2	29,1	21,3	49,3	104,8
4 Personen	3 959,9	0,1	16,6	19,2	64,1	117,9
5 und mehr Personen	1 465,0	0,1	11,3	17,3	71,3	130,6
Kindern	8 386,5	0,3	26,8	20,3	52,5	108,7
Insgesamt	35 033,1	4,5	43,1	17,7	34,8	90,0
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
Haushalte mit						
1 Person	10 264,7	10,5	60,3	14,2	15,0	69,6
2 Personen	9 760,2	0,8	36,6	21,9	40,7	96,9
3 Personen	3 933,2	0,2	25,2	22,0	52,6	108,3
4 Personen	3 285,2	0,1	14,9	18,9	66,1	120,5
5 und mehr Personen	1 301,6	0,1	10,7	17,1	72,1	132,2
Kindern	6 862,3	0,3	23,8	20,7	55,3	111,7
Zusammen	28 544,9	4,1	39,8	18,6	37,5	93,0
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
Haushalte mit						
1 Person	2 238,7	16,3	70,5	6,6	6,5	57,8
2 Personen	2 307,8	0,8	64,5	15,1	19,6	77,3
3 Personen	1 103,5	0,2	43,1	19,1	37,6	92,1
4 Personen	674,7	0,1	25,3	20,3	54,3	105,7
5 und mehr Personen	163,4	0,0	16,3	18,6	65,1	117,5
Kindern	1 524,2	0,3	40,7	18,8	40,3	95,0
Zusammen	6 488,2	6,0	57,7	13,5	22,9	77,0

gebiet verfügten 2002 durchschnittlich über 69,6 Quadratmeter Wohnfläche. 60,3 % von ihnen bewohnten zwischen 40 und 80 Quadratmeter, bei fast 30 % waren es sogar mehr als 80 Quadratmeter, etwa jeder zehnte Einpersonenhaushalt wohnte in einer Kleinwohnung bis 40 Quadratmeter Wohnfläche.

In den neuen Ländern gab es im Durchschnitt kleinere Wohnungen. Einpersonenhaushalte verfügten über durchschnittlich 57,8 Quadratmeter, Mehrpersonenhaushalte bewohnten zwischen 77,3 (2 Personen) und 117,5 Quadratmetern (5 und mehr Personen). Gegenüber dem Westen zeigte sich eine insgesamt andere Verteilung auf die Größenklassen: diejenigen bis 80 Quadratmeter Wohnfläche waren im Osten (63,6 %) deutlich stärker besetzt als im Westen (44 %). Etwa jeder sechste Einpersonenhaushalt lebte in Wohnungen bis 40 Quadratmeter Fläche, im Westen war es nur etwa jeder zehnte. Dies ging zu Lasten der Anteile bei den Wohnungen über 80 Quadratmeter. Im Osten hatten 13,1 % der Alleinlebenden eine Wohnung dieser

Tab. 8: Hauptmieterhaushalte mit Mietangaben nach Haushaltsgröße und monatlicher Miete 2002

Haushaltsgröße	Hauptmieterhaushalte mit Mietangaben insgesamt 1 000	Davon mit einer monatlichen Bruttokaltmiete von ... bis unter ... Euro				Bruttokaltmiete je Wohnung EUR
		unter 300	300 – 500	500 – 750	750 u. mehr	
						%
<i>Deutschland</i>						
Haushalte mit						
1 Person	7 462,8	42,8	45,4	10,0	1,8	343
2 Personen	5 181,6	20,5	53,4	20,6	5,5	430
3 Personen	2 089,1	12,1	51,5	28,4	8,0	478
4 Personen	1 301,1	7,4	45,8	34,8	12,0	527
5 und mehr Personen	494,0	5,1	39,4	41,2	14,3	558
Kindern	3 703,5	11,0	49,1	30,5	9,4	493
Insgesamt	16 528,5	28,0	48,5	18,5	4,9	408
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
Haushalte mit						
1 Person	5 878,9	36,1	49,7	12,0	2,2	362
2 Personen	3 896,2	13,9	54,1	25,0	7,0	459
3 Personen	1 588,1	7,8	49,4	33,0	9,8	507
4 Personen	1 068,9	5,1	42,9	38,4	13,6	549
5 und mehr Personen	439,9	4,1	37,7	42,8	15,4	570
Kindern	2 956,2	7,4	47,2	34,4	11,0	518
Zusammen	12 872,0	22,2	50,0	21,8	6,0	432
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
Haushalte mit						
1 Person	1 583,9	67,8	29,2	2,7	0,3	271
2 Personen	1 285,4	40,4	51,1	7,3	1,3	342
3 Personen	501,0	25,9	57,9	13,6	2,6	387
4 Personen	232,2	17,9	59,3	18,0	4,7	423
5 und mehr Personen	54,1	13,3	53,4	28,1	5,2	461
Kindern	747,3	25,0	56,9	15,1	3,0	395
Zusammen	3 656,5	48,5	43,1	7,1	1,3	324

Größe, im Westen 29,2 %. Bei den Mehrpersonenhaushalten und auch bei denen mit Kindern zeigte sich der mit der Wohnungspolitik der ehemaligen DDR gesetzte Trend zur Wohnungsgröße von 40 bis 80 Quadratmetern. Mehr als die Hälfte (50,9 %) der Mehrpersonenhaushalte im Osten lebten in Wohnungen dieser Größenordnung, im Westen waren es nur 28,4 %.

Bei der Zusatzerhebung des Mikrozensus 2002 wurden 16,5 Mill. Hauptmieterhaushalte mit Mietangaben gezählt, davon 12,9 Mill. im früheren Bundesgebiet und 3,7 Mill. in den neuen Ländern. Auch bei den Bruttokaltmieten gab es nach wie vor Unterschiede zwischen Ost und West. In den neuen Ländern war das Mietenniveau zwischen 1998 und 2002 zwar insgesamt im Durchschnitt (+ 11 %) stärker gestiegen als in den alten Bundesländern (+ 7,2 %), es war aber immer noch wesentlich niedriger. Im Westen wurden im Jahr 2002 durchschnittlich 432 Euro Bruttokaltmiete monatlich bezahlt, im Osten nur 324 Euro. Diese Differenz zeigt sich bei der Verteilung auf die Mietpreisklassen. Im früheren Bundesgebiet bezahlte knapp ein Viertel der Mieterhaushalte bis 300 Euro monatlich für ihre Wohnung, die Hälfte 300 bis 500 Euro und gut ein Viertel mehr als 500 Euro. Etwa die Hälfte (48,5 %) aller Mieter in den neuen Ländern zahlten bis zu 300 Euro, weitere 43,1 % zwischen 300 und 500 Euro für ihre Wohnung monatlich. Weniger als jeder zehnte Haushalt gab mehr als 500 Euro im Monat für seine Wohnung aus.

Im früheren Bundesgebiet waren Einpersonenhaushalte häufiger in der niedrigen Mietklasse anzutreffen als der Durchschnitt aller Haushalte, sie verfügten auch über vergleichsweise kleinere Wohnungen. 36,1 % von ihnen mussten weniger als 300 Euro zahlen. Das zeigte sich auch in den Durchschnittsmieten, die hier 362 Euro monatlich betragen. In den neuen Ländern waren mehr als zwei Drittel dieser Haushaltsgruppe in der Mietklasse bis 300 Euro.

Von den Haushalten mit Kindern hatten im früheren Bundesgebiet lediglich 7,4 % monatlich weniger als 300 Euro für die Bruttokaltmiete aufzubringen. Knapp die Hälfte von ihnen zahlte zwischen 300 und 500 und etwas mehr als ein Drittel zwischen 500 und 750 Euro. Jeder neunte Haushalt mit Kindern musste über 750 Euro für die monatliche Miete aufwenden. In den neuen Bundesländern betrug für ein Viertel der Haushalte mit Kindern die Miete weniger als 300 Euro, für über 80 % bis 500 Euro. Dementsprechend lag die Durchschnittsmiete für Haushalte mit Kindern im Osten bei 395 Euro, im Westen bei 518 Euro.

Insgesamt mussten die Haushalte in Deutschland durchschnittlich 22,7 % ihres Nettoeinkommens für die Bruttokaltmiete aufwenden. Die Alleinlebenden gaben mehr als ein Viertel (26,6 %) ihres Nettoeinkommens für die Miete aus, die großen Familien ab 5 Personen mehr als ein Fünftel (22,3 %). In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag die durchschnittliche Mietbelastung mit 21,0 %, trotz nach wie vor geringerer Einkommen, aufgrund der günstigeren Mieten noch um 2,1 Prozentpunkte unter dem Westniveau.

Während im früheren Bundesgebiet gut ein Viertel der Haushalte mindestens 35 % ihres Einkommens für die Miete ausgaben, traf dies in den neuen Ländern lediglich auf 18,7 % zu. Umgekehrt hatten 39,5 % der Haushalte im Osten weniger als ein Fünftel

Tab. 9: Hauptmieterhaushalte mit Miet- und Einkommensangaben nach Haushaltsgröße und Mietbelastung 2002

Haushaltsgröße	Hauptmieterhaushalte mit Miet- u. Einkommensangaben insgesamt	Davon mit einer monatliche Mietbelastung von . . . bis unter . . . %							Durchschnittliche Mietbelastung
		unter 15	15-20	20-25	25-30	30-35	35-40	40 und mehr	
		%							
1 000									
		<i>Deutschland</i>							
Haushalte mit									
1 Person	7 228,8	8,5	12,4	16,3	16,5	12,6	9,8	24,0	26,6
2 Personen	4 601,4	21,1	22,9	19,6	13,2	8,1	5,4	9,6	20,3
3 Personen	1 807,7	21,2	21,1	19,7	13,5	9,1	5,8	9,6	20,7
4 Personen	1 107,8	19,2	22,1	21,8	15,1	9,0	4,8	8,0	20,9
5 und mehr Personen	413,7	15,8	18,2	21,4	16,9	11,0	6,3	10,3	22,3
Kindern	3 249,7	13,8	18,2	20,3	16,1	10,8	7,3	13,6	23,0
Insgesamt	15 159,4	14,8	17,5	18,3	15,0	10,5	7,5	16,4	22,7
		<i>Früheres Bundesgebiet</i>							
Haushalte mit									
1 Person	5 662,3	8,2	12,0	15,8	16,4	12,7	9,9	25,0	26,8
2 Personen	3 417,1	19,6	21,6	19,5	13,6	8,7	6,0	10,9	20,7
3 Personen	1 367,6	17,9	20,4	20,4	14,3	9,7	6,5	10,9	21,5
4 Personen	912,5	16,3	21,1	22,8	16,0	9,8	5,0	9,0	21,5
5 und mehr Personen	369,6	15,2	18,0	21,5	17,2	11,0	6,4	10,7	22,5
Kindern	2 587,2	12,0	17,5	20,7	16,6	11,2	7,5	14,5	23,5
Zusammen	11 729,2	13,5	16,7	18,2	15,3	10,9	7,9	17,5	23,1
		<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>							
Haushalte mit									
1 Person	1 566,5	9,3	13,8	18,1	16,7	12,1	9,3	20,7	26,0
2 Personen	1 184,3	25,7	26,6	19,8	11,9	6,4	3,7	5,8	19,1
3 Personen	440,2	31,4	23,2	17,6	11,1	7,3	3,8	5,5	18,2
4 Personen	195,3	32,1	26,5	17,4	10,9	5,4	4,2	3,4	17,7
5 und mehr Personen	44,1	21,7	19,5	20,9	14,0	10,8	5,9	7,2	21,0
Kindern	662,5	20,5	21,2	18,7	14,0	9,3	6,3	9,9	20,8
Zusammen	3 430,3	19,3	20,2	18,6	13,9	9,1	6,3	12,4	21,0

ihres Nettoeinkommens für die Wohnungsmiete zu entrichten, im Westen waren es deutlich weniger (30,2 %).

Für gut ein Drittel (36 %) der Alleinlebenden im früheren Bundesgebiet betrug die Mietbelastung weniger als ein Viertel. Eine gleich hohe Mietbelastung wiesen in den neuen Ländern hingegen 41,2 % der Alleinlebenden auf. Fast 40 % der Alleinlebenden im Osten wie im Westen mussten zwischen 25 und 40 % ihres Einkommens für die Miete aufwenden. Ein Viertel der allein lebenden Hauptmieter im früheren Bundesgebiet sowie etwa ein Fünftel in den neuen Ländern zahlten sogar mindestens 40 % ihres Einkommens für die Wohnungsmiete.

Bei den Mehrpersonenhaushalten bzw. den Haushalten mit Kindern fiel die monatliche Mietbelastung im Allgemeinen niedriger aus als bei den Alleinlebenden. Das gilt

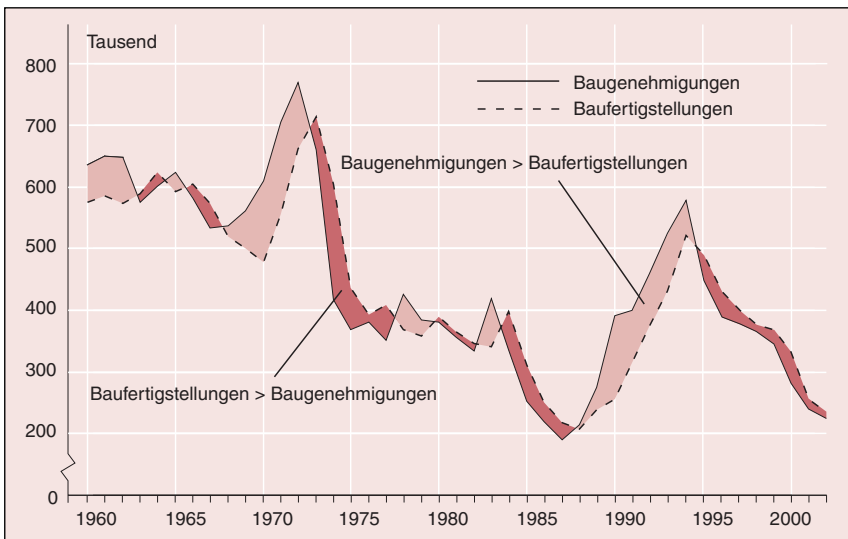
insbesondere für die neuen Bundesländer. Hier wendeten 60,4 % der Haushalte mit Kindern weniger als ein Viertel ihres Einkommens für die Miete auf. Entsprechend selten waren bei ihnen Mietbelastungen von 35 % und mehr anzutreffen (16,2 %). Ähnliches, wenn auch weniger stark ausgeprägt, gilt für die Haushalte mit Kindern im früheren Bundesgebiet. Von ihnen gaben etwa die Hälfte weniger als ein Viertel ihres Einkommens für die Wohnungsmiete aus. Hohe Belastungsquoten von mindestens 35 % hatten gut ein Fünftel (22 %) der Haushalte mit Kindern.

Weitere Informationen zum Thema Wohnkosten und Wohnverhältnisse siehe Teil II, Kap. 7.

5.7 Wohnungsbautätigkeit

Die Zahl der genehmigten und fertig gestellten Wohnungen im früheren Bundesgebiet in Wohn- und Nichtwohngebäuden blieb nach einer Belebung der Wohnungsbautätigkeit Anfang der 50er-Jahre bis etwa Mitte der 60er-Jahre relativ konstant; in dieser Zeit wurden jährlich 500 000 bis 600 000 Wohnungen fertig gestellt. 1970 bis 1972 gab es einen starken Anstieg der Wohnungsbaugenehmigungen bis auf rund 769 000 im Jahr 1972, denen mit zeitlicher Verzögerung (1972 und 1973) die Fertigstellungen folgten, wobei jedoch nicht alle genehmigten Bauvorhaben realisiert wurden (714 200

Abb. 2: Genehmigte und fertig gestellte Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden im früheren Bundesgebiet 1960 bis 2002



Fertigstellungen in 1973). Nach 1973 war ein starker Rückgang im Wohnungsbau zu verzeichnen, der sich bis 1984 auf einem Niveau von etwa 350 000 bis 400 000 genehmigten und fertig gestellten Einheiten pro Jahr einpendelte. Nachdem es 1988 mit nur 208 600 fertig gestellten Wohnungen einen Tiefpunkt im Wohnungsbau gab, konnte in den Folgejahren wieder eine Zunahme registriert werden. Die Zahl der Fertigstellungen betrug 1994 bereits wieder 505 200 Wohnungen. 1995 lag die Zahl der Fertigstellungen mit 498 500 nur geringfügig darunter. In den Folgejahren hat sich die Hochbautätigkeit weiter abgeschwächt. 1997 wurden 400 400 Wohnungen fertig gestellt und im Jahr 2000 nur noch 336 800 Wohnungen. Auch in den Jahren 2001 und 2002 war eine weitere Abschwächung festzustellen. Im Jahr 2001 wurden 267 900 Wohnungen fertig gestellt und 2002 sogar nur noch 240 600 Wohnungen.

Im Gebiet der ehemaligen DDR war die Wohnungsbautätigkeit wesentlich geringer gewesen als in den alten Bundesländern. Bis Mitte der 50er-Jahre wurden jährlich nur etwa 30 000 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden fertig gestellt. Ende der 50er-Jahre gab es einen Anstieg der Fertigstellungen bis auf 92 000 Wohnungen im Jahr 1961. Im Verlauf der 60er-Jahre war ein Rückgang im Wohnungsbau auf etwa 70 000 fertig gestellte Wohnungen pro Jahr zu verzeichnen.

Ab Anfang der 70er-Jahre stieg die Zahl der fertig gestellten Wohnungen wieder an, im Jahr 1974 wurden in der ehemaligen DDR erstmals mehr als 100 000 Wohnungen gebaut. Dieses Niveau wurde über Jahre gehalten. Ende der 80er-Jahre gab es einen erheblichen Rückgang der Fertigstellungen bis auf 62 500 Wohnungen im Jahr 1990. Zu Beginn der 90er-Jahre hat sich dieser Rückgang verstärkt fortgesetzt; er resultierte maßgeblich daraus, dass die bis dahin dominierenden Plattenbauten nicht mehr errichtet wurden. Die erhöhte Zahl jährlich genehmigter Wohnungen seit dem Jahr 1993 hatte auch zu höheren Fertigstellungszahlen geführt; 1994 wurden 67 700 Wohnungen fertig gestellt, im Jahr 1995 waren es bereits 104 200 Wohnungen. Nach 143 400 fertig gestellten Wohnungen 1996 kam es im Jahr 1997 nochmals zu einer starken Zunahme. Mit 177 800 Wohnungen ist der Spitzenwert aller bisherigen Fertigstellungen erreicht worden. Dieser Spitzenwert konnte jedoch in den Folgejahren nicht gehalten werden. Im Jahr 1998 sank die Zahl der fertig gestellten Wohnungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf 128 400, im Jahr 2000 wurden nur noch 86 300 Wohnungen fertig gestellt. Dieser Rückgang setzte sich weiter fort. Im Jahr 2001 wurden in den neuen Ländern und Berlin-Ost 58 300 Wohnungen fertig gestellt; 2002 waren es nur noch 49 000 Wohnungen.

Im marktwirtschaftlichen System ist die Wohnungswirtschaft grundsätzlich von staatlichen Weisungen unabhängig. In der Bundesrepublik Deutschland wurden jedoch zur Förderung der Wohnungsbautätigkeit vielfältige Hilfen geschaffen. Sie reichen von Steuerermäßigungen für Bauherren über die Begünstigung des Bausparens (z. B. durch Zahlung von Wohnungsbauprämien) bis zum so genannten sozialen Wohnungsbau, bei dem der Bau von Wohnungen mit öffentlichen finanziellen Zuwendungen (Darlehen, Zuschüsse usw.) direkt unterstützt wird. Damit verbunden ist eine Mietpreis- bzw. Belastungsbegrenzung sowie die Koppelung an bestimmte Einkommenshöchstgrenzen der Wohnungsinhaber.

Tab. 10: Fertig gestellte sowie im sozialen Wohnungsbau geförderte (bewilligte) Wohnungen

Jahr	Wohnungen		Jahr	Wohnungen	
	fertig gestellt	gefördert		fertig gestellt	gefördert
<i>Früheres Bundesgebiet</i>					
1950	371 900	319 400	1993	431 900	111 400
1955	568 400	341 400	1994	505 200	106 400
1960	574 400	326 700	1995	498 500	91 800
1970	478 100	165 100	1996	416 100	79 300
1975	436 800	154 000	1997	400 400	70 900
1980	388 900	97 200	1998	372 200	52 900
1985	312 100	69 000	1999	369 800	44 900
1990	256 500	90 700	2000	336 800	35 100
1991	314 500	90 200	2001	267 900	34 200
1992	374 600	87 200	2002p	240 600	...
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>					
1950	31 000	–	1993	23 600	39 000
1955	32 800	–	1994	67 700	55 600
1960	80 500	–	1995	104 200	51 500
1970	76 100	–	1996	143 400	41 700
1975	107 300	–	1997	177 800	36 600
1980	111 900	–	1998	128 400	29 900
1985	115 700	–	1999	102 900	17 400
1990	62 500	–	2000	86 300	9 300
1991	16 700	3 800	2001	58 300	4 200
1992	11 500	21 300	2002p	49 000	...

Von den fertig gestellten Neubauwohnungen in deutschen Wohngebäuden befanden sich 1993 rund 29 % in Einfamilienhäusern, 14 % in Zweifamilienhäusern, in Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen waren es 57 %. Im Jahr 2002 waren von den fertig gestellten Neubauwohnungen in deutschen Wohngebäuden rund 54 % Einfamilienhäuser, 15 % Zweifamilienhäuser und 31 % Mehrfamilienhäuser.

Damit hat sich gegenüber 1993 eine Verschiebung weg von den Mehrfamilienhäusern hin zu den Einfamilienhäusern ergeben. Ein- und Zweifamilienhäuser werden im We-

Tab. 11: Fertig gestellte Neubauwohnungen in Deutschland (Wohngebäude) in %

Jahr	Gebäude mit 1 Wohnung	Gebäude mit 2 Wohnungen	Gebäude mit 3 oder mehr Wohnungen
1993	29	14	57
1997	30	13	57
2000	48	15	37
2002	54	15	31

sentlichen von privaten Bauherren errichtet. Mehrfamilienhäuser werden dagegen vor allem von Wohnungsunternehmen gebaut.

Für die Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit sind neben dem Zinsniveau und der Entwicklung der Grundstückspreise die Baukosten von besonderer Bedeutung. Um im Jahr 2002 einen Quadratmeter Wohnfläche im früheren Bundesgebiet zu errichten, mussten 1 270 Euro aufgewendet werden, 2000 waren es 1 254 Euro, 1997 hingegen noch 1 283 Euro, 1970 waren es 355 Euro, 1960 erst 197 Euro. Diese Beträge umfassen nur die reinen Baukosten, nicht dagegen die Grundstückskosten u. a. (zu den Bau- und Grundstückskosten siehe 16.4). Je Wohnung waren 1997 durchschnittlich 129 100 Euro aufzubringen, wobei sich hinter dieser Zahl eine Bandbreite von 179 600 Euro für ein Einfamilienhaus bis 88 800 Euro für eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus verbirgt. Im Jahr 2000 haben sich die Kosten je Wohnung im früheren Bundesgebiet auf 141 300 Euro erhöht, wobei jedoch die Kosten pro Quadratmeter Wohnfläche auf 1 254 Euro zurückgingen. Für das Jahr 2002 lagen die durchschnittlichen Kosten bei 148 700 Euro. In den neuen Bundesländern haben sich die Baukosten schon sehr stark dem Niveau des früheren Bundesgebiets angenähert. 1997 beliefen sie sich auf 1 198 Euro je Quadratmeter Wohnfläche bzw. 103 100 Euro je Wohnung. Für das Jahr 2000 beliefen sich die Werte auf 1 123 Euro bzw. 114 900 Euro und für das Jahr 2002 bei 1 091 Euro bzw. 116 600 Euro.

Tab. 12: Kosten¹ von neu errichteten Wohnbauten
in EUR

Jahr	Kosten je m ² Wohnfläche	Kosten je Wohnung	Jahr	Kosten je m ² Wohnfläche	Kosten je Wohnung
<i>Früheres Bundesgebiet</i>					
1960	197	14 200	1995	1 287	115 400
1970	355	30 000	1996	1 305	125 100
1980	833	82 200	1997	1 283	129 100
1990	1 049	97 700	1998	1 265	134 200
1991	1 101	99 000	1999	1 258	137 600
1992	1 164	103 100	2000	1 254	141 300
1993	1 215	106 600	2001	1 260	143 800
1994	1 249	110 400	2002p	1 270	148 700
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>					
1991	965	90 900	1997	1 198	103 100
1992	1 075	98 300	1998	1 163	108 500
1993	1 154	99 100	1999	1 132	112 900
1994	1 216	103 100	2000	1 123	114 900
1995	1 254	101 200	2001	1 091	113 800
1996	1 225	99 900	2002p	1 091	116 600

1 Reine Baukosten, keine Grundstückskosten u. Ä.

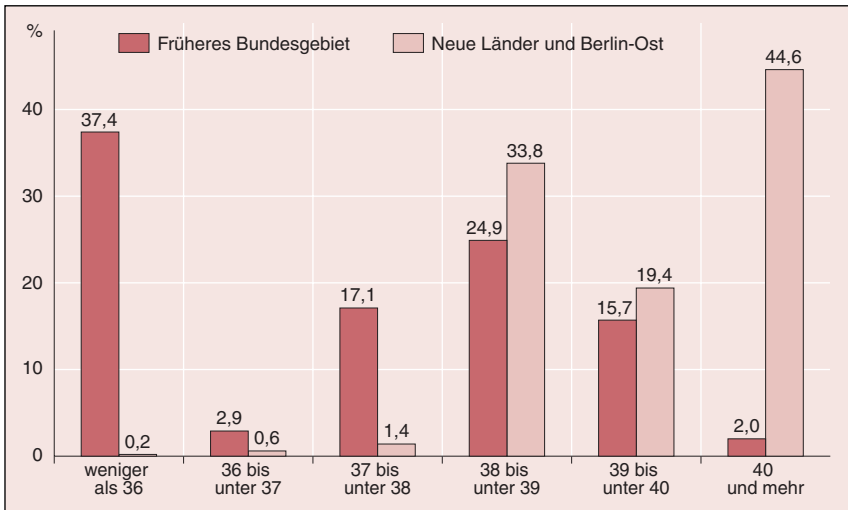
6 Freizeit und Kultur

6.1 Frei(e) Zeit?

Unter »Freizeit« wird im Allgemeinen die Zeit verstanden, die den Menschen neben der Arbeit und anderen Verpflichtungen zur freien Verfügung steht. Diese Zeit dient der Entspannung und der persönlichen Entfaltung, sofern sie nicht mit der Arbeitszeit und anderen mit Stress verbundenen Verpflichtungen in Verbindung zu bringen ist. Aber schon die Frage, was alles zur Freizeit gehört, wird sehr unterschiedlich beantwortet, zumal die Übergänge zwischen Arbeit und Freizeit immer fließender werden. Den Feierabend als freie Zeit nach der Erwerbsarbeit gibt es uneingeschränkt sicher nicht. Zwar endet für zahlreiche Menschen die Erwerbsarbeit ab 16:00 Uhr, das bedeutet jedoch nicht, dass danach nicht mehr gearbeitet wird. So wird die Freizeit, wie die Zeitbudgeterhebung 2001/02 des Statistischen Bundesamtes und der statistischen Ämter der Länder zeigt, beispielsweise auch genutzt, um Arbeiten im Haushalt zu erledigen oder (Weiter-)Bildungsangebote wahrzunehmen.

Zu den Aspekten der Freizeit gibt es kein stringentes Indikatorensystem. Während Leistung – mit Einschränkungen – gemessen werden kann, gilt dies für die Freizeitgestaltung nur unter Vorbehalt. Das ist vor allem durch die bereits erwähnten inhalt-

Abb. 1: Dauer der tarifvertraglichen Arbeitswoche in Stunden
Von je 100 Arbeitnehmern haben 2002 eine Arbeitszeit von



lichen Abgrenzungsschwierigkeiten bedingt. Hilfsweise können aber einige messbare Tatbestände herangezogen werden, wie Arbeitszeiten, Urlaubstage oder Ausgaben für Freizeitgüter.

6.2 Arbeitszeit und Urlaubstage

Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit ist in den vergangenen 20 Jahren ständig zurückgegangen. Damit hat sich der Spielraum für Freizeitaktivitäten vergrößert. Wurden von Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet 1975 durchschnittlich 40 Wochenstunden geleistet, waren es 2002 nur noch rund 36,5 Stunden. Dabei lagen die Arbeitszeiten in den neuen Bundesländern höher als im früheren Bundesgebiet. Während in den neuen Ländern normalerweise durchschnittlich 38,1 Stunden in der Woche gearbeitet wurde, betrug die Arbeitszeit in den elf alten Ländern durchschnittlich nur 36,1 Stunden. Im Jahr 2002 gab es rund 5 Mill. Erwerbstätige in Deutschland (13,8 %), die normalerweise 41 Stunden oder mehr wöchentlich an ihrem Arbeitsplatz verbrachten. Hierin unterscheiden sich die neuen Bundesländer mit einem Anteil von etwa 9,9 % vom früheren Bundesgebiet mit einem Anteil von 14,6 %.

Tab. 1: Tariflich vereinbarte Urlaubsdauer

Wochen	Betroffene Arbeitnehmer in % aller von Tarifverträgen erfassten Arbeitnehmer			
	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder u. Berlin-Ost	
	1998	2001	1998	2001
3 bis unter 4	–	–	–	–
4 bis unter 5	1	1	1	1
5 bis unter 6	19	19	44	42
6 oder mehr	80	80	55	57

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Auch der Anteil der Erwerbstätigen, die normalerweise weniger als 21 Stunden in der Woche arbeiten, war in den elf alten Ländern deutlich höher (16,6 %) als in den neuen Ländern (7,2 %).

Nach dem Bundesurlaubsgesetz steht heute allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Mindesturlaub von 24 Werktagen (4 Wochen) zu. In den Tarifverträgen sind jedoch zumeist längere Zeiten vereinbart. Die Tarifabschlüsse zu Beginn der 80er-Jahre brachten vielen Erwerbstätigen zusätzliche Urlaubstage ein. Der Anteil der tariflich bezahlten Arbeitnehmer mit sechs oder mehr Wochen Urlaubsanspruch nahm im früheren Bundesgebiet von 35 % im Jahr 1981 auf 62 % im Jahr 1985 und bis 1990 nochmals leicht auf 70 % zu. Im Jahr 2001 erhielten 80 % aller von Tarifverträgen erfassten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den alten Bundesländern mindestens

sechs Wochen Urlaub im Jahr. Zwischen 1960 und 1984 ist die tarifliche Urlaubsdauer im Durchschnitt um etwa 16 ½ auf 29 Tage und seither nur noch um einen ½ Tag angehoben worden.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist die durchschnittliche tarifvertragliche Urlaubsdauer von 26 Arbeitstagen (1991) auf 29 Arbeitstage im Jahr 2001 gestiegen. Im Jahresdurchschnitt 1991 erhielten erst 25 % und 2001 bereits 57 % der tariflich erfassten Arbeitnehmer sechs Wochen oder mehr Urlaub.

6.3 Ausgaben für Freizeit und Kultur

Entsprechend den Ergebnissen der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) 2001 belief sich der Anteil der monatlichen Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur an den Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland im Durchschnitt auf rund 12 % (225 Euro).

Nähere Informationen über die Konsumausgaben der privaten Haushalte siehe Teil I, Kap. 4, Abschnitt 4.5.

Auch die öffentlichen Haushalte wenden erhebliche Beträge für den Freizeitbereich auf. So erhöhten sich die Ausgaben für Sport und Erholung zwischen den Jahren 1970 und 2000 von 1,1 Mrd. Euro (im früheren Bundesgebiet) auf 5,7 Mrd. Euro (in Gesamtdeutschland). 2000 sind dies 0,6 % der gesamten Ausgaben der öffentlichen Haushalte.

Von den 5,7 Mrd. Euro für Sport und Erholung wurden 1,6 Mrd. Euro für Park- und Gartenanlagen verwendet, 1,3 Mrd. Euro für Badeanstalten, 1,6 Mrd. Euro für Sportstätten und 0,9 Mrd. Euro für die Förderung des Sports.

Außerdem gab die öffentliche Hand 2000 rund 7,2 Mrd. Euro für den kulturellen Bereich aus. Mit 3,0 Mrd. Euro entfiel davon knapp die Hälfte auf Theater und Musik, weitere 1,1 Mrd. Euro wurden für Museen, Sammlungen und Ausstellungen aufgewendet und 0,3 Mrd. Euro für Denkmalschutz und Denkmalpflege.

6.4 Unterhaltung und Kultur

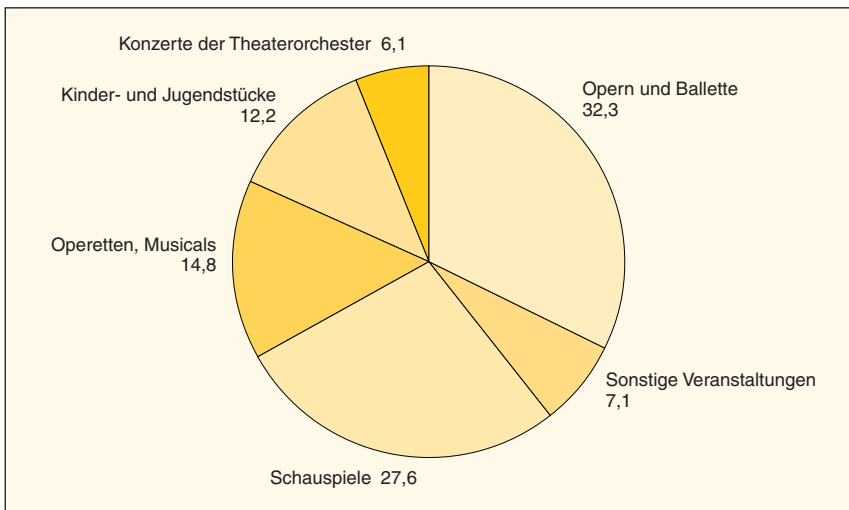
Im Freizeitangebot wird häufig zwischen Kultur und Unterhaltung unterschieden. Die Trennung dieser beiden Aspekte zu konkretisieren, ist jedoch kaum möglich, weil kulturelle Einrichtungen – zu denen neben Theatern und Museen u. a. auch Hörfunk und Fernsehen gezählt werden – auch zur Unterhaltung beitragen. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Massenkommunikationsmittel bereits die »traditionellen« Kultureinrichtungen verdrängt haben.

6.4.1 Theater

In der Spielzeit 2000/2001 gab es in 122 Gemeinden in Deutschland 150 Theaterunternehmen mit 728 Spielstätten und 260 000 Plätzen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl dieser Gemeinden entspricht das einem Platzangebot von 10,1 je 1 000 Einwohner. Die insgesamt rund 63 000 Aufführungen verzeichneten rund 20 Mill. Besucherinnen und Besucher (einschl. Besuchen, die nicht nach Sparten gliederbar sind), also durchschnittlich rund 318 je Veranstaltung.

Mit rund 6,4 Mill. Zuschauerinnen und Zuschauern lagen Opern und Ballette bei den Besucherzahlen an der Spitze. Es folgten Schauspiele mit 5,4 Mill., Operetten und

Abb. 2: Verteilung der Theaterbesucherinnen und -besucher an öffentlichen Theatern in der Spielzeit 2000/01 in Prozent nach Aufführungsarten



Musicals mit 2,9 Mill. Besuchern. Kinder- und Jugendstücke sahen sich 2,4 Mill. Personen an. Für die Konzerte der Theaterorchester interessierten sich 1,2 Mill. Besucherinnen und Besucher (s. Abb. 2).

Die öffentlichen Theater erhalten zur Deckung ihrer laufenden Kosten seit jeher Zuschüsse – insbesondere von Ländern und Städten. Der Anteil der Ausgaben, den sie aus eigenen Einnahmen, also im Wesentlichen aus dem Kartenverkauf, finanzieren können, wird immer geringer. Machten die eigenen Betriebseinnahmen 1969/70 noch 26 % aus, betrug das Einspielergebnis 2000/2001 in Deutschland nur noch 15 %. In der Spielzeit 2000/2001 lag der Zuschuss je Besucher im Durchschnitt bei 91 Euro.

Die fast 48 000 Veranstaltungen der 212 Privattheater (Spielstätten) in Deutschland hatten 2000/2001 rund 11,4 Mill. Besucherinnen und Besucher.

6.4.2 Kino

Die höchsten Besucherzahlen hatten die Filmtheater im früheren Bundesgebiet in den Jahren 1954 bis 1958 mit jährlich mehr als 700 Mill.; das waren rechnerisch 14 bis 15 Besuche je Einwohner im Jahr. In der ehemaligen DDR wurden 1957 rund 320 Mill. Filmbesucherinnen und -besucher gezählt. In den darauf folgenden Jahren ging der Kinobesuch zurück. 2002 wurden von den Kinos in Deutschland 164 Mill. Besucherinnen und Besucher registriert; das waren zwei Filmbesuche je Einwohner im Jahr. Die Zahl der ortsfesten Leinwände (Filmtheater) in Deutschland betrug 2002 insgesamt 4 721. Sie verfügten über durchschnittlich 182 Sitzplätze.

6.4.3 Museen

Einen bedeutenden Faktor im kulturellen Leben stellen die 4 823 Museen und ähnliche Einrichtungen unterschiedlicher Fachgebiete und Trägerschaften in Deutschland dar. Sie zählten 2001 insgesamt rund 103 Mill. Besuche. Den größten Zuspruch fanden 2001 die Volks- und Heimatkundemuseen mit rund 18,2 Mill. Besuchen sowie die Kunstmuseen mit 16,3 Mill. Besuchen (s. Tab. 2).

Tab. 2: Museumsarten und Zahl der Besuche 2001

Museen	Anzahl	Besuche in 1 000
Volks- und Heimatkundemuseen	2 204	18 181
Kunstmuseen	497	16 251
Schloss- und Burgmuseen	229	14 184
Naturkundliche Museen	239	7 198
Naturwissenschaftliche und technische Museen	551	15 307
Historische und archäologische Museen	318	14 964
Kulturgeschichtliche Spezialmuseen	687	10 079
Sonstige museale Einrichtungen	98	6 801
Insgesamt	4 823	102 966

6.4.4 Fernsehen und Hörfunk

Inzwischen gibt es kaum noch Haushalte in Deutschland, die nicht über Hörfunk- und Fernsehgeräte verfügen. Am 31. 12. 2003 waren im Bundesgebiet nach Angaben der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten rund 36,4 Mill. private Hörfunk- und Fernsehempfänger angemeldet.

Insgesamt waren die öffentlich-rechtlichen Landesrundfunkanstalten 2001 insgesamt rund 555 000 Stunden »auf Sendung«. In den Hörfunkprogrammen nahmen 2001

Abb. 3: Öffentlich-rechtlicher Hörfunk 2001 nach Programmparten in Prozent der Sendestunden

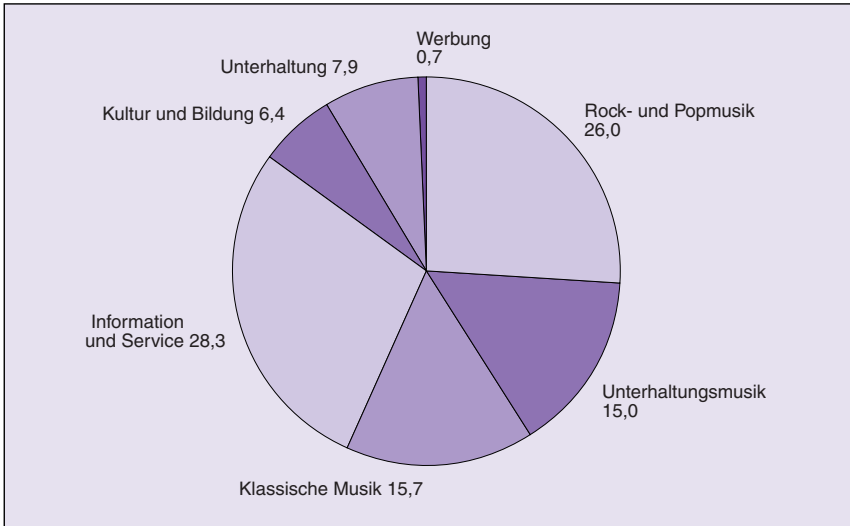
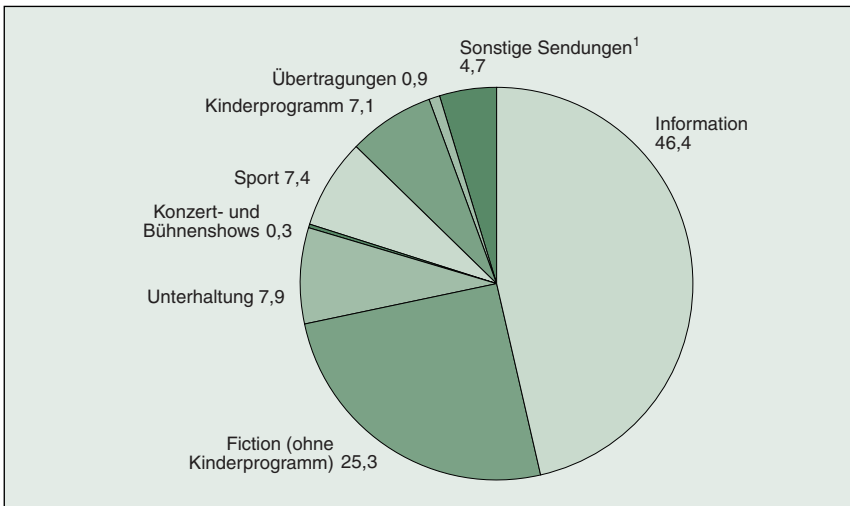


Abb. 4: Zweites Deutsches Fernsehen 2002 Anteil nach Programmkategorien in Prozent der Sendestunden



¹ Einschl. Präsentationen, Werbung, Mainzelmänncheninserts und Sponsorenhinweisen.

Musiksendungen mit rund 57 % der Sendezeit den breitesten Raum ein. Information und Service strahlten die Landesrundfunkanstalten zu rund 28 % aus; 6 % der Zeit widmeten die Rundfunkanstalten den Kultur- und Bildungsprogrammen und knapp 8 % der Sendezeit entfielen auf die Unterhaltung. Der Werbefunk nahm 1 % der Sendestunden in Anspruch.

Für das Fernsehen (vgl. Abb. 4) liefert das ZDF eine Aufgliederung nach einzelnen Programmbereichen (Kategorien). Im Jahr 2002 überwog Information mit 46 % der Sendezeit, gefolgt von Fiktion (rund 25 %) sowie Unterhaltung und Sport (8 bzw. 7 %).

6.4.5 Bücher und Bibliotheken

Trotz veränderter Informationsmöglichkeiten, die aus der zunehmenden Verbreitung der elektronischen Medien resultieren, haben Bücher ihre Bedeutung als Quelle des Wissens und der Unterhaltung nicht eingebüßt. Hiervon zeugen insgesamt 59 916 Buchtitel, die im Jahr 2002 als Erstauflage ermittelt wurden, darunter 5 209 Taschenbücher und 6 223 Übersetzungen ins Deutsche.

Nach Sachgebieten gegliedert, entfiel im Jahr 2002 der größte Teil der Erstauflagen auf Sozialwissenschaften (24 %). Es folgten Sprach- und Literaturwissenschaften, Belletristik (19,2 %), angewandte Wissenschaften, Medizin, Technik (13,1 %) sowie Geographie und Geschichte (9 %).

Der Zugang zur Literatur wird durch die Einrichtungen des Bibliothekswesens erleichtert. 2001 gab es in Deutschland 9 327 öffentliche Bibliotheken mit einem Bestand von rund 117 Mill. Medieneinheiten (insbesondere Bücher und Zeitschriften, aber auch Schallplatten, Kassetten, CDs, Spiele u. a.). Es wurden rund 307 Mill. Entleihungen an 8,3 Mill. Bibliotheksbenutzerinnen und -benutzer registriert. Die 1 052 wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland verfügten 2001 über 247 Mill. Bände und Dissertationen. Auf 3,3 Mill. Bibliotheksbenutzerinnen und -benutzer entfielen dabei knapp 73 Mill. Entleihungen.

Tab. 3: Buchproduktion 2002

Sachgebiet	Erstauflage	Anteil in %
Allgemeines	6 097	10,2
Philosophie, Psychologie	2 904	4,8
Religion, Theologie	3 380	5,6
Sozialwissenschaften	14 260	23,8
Mathematik, Naturwissenschaften	4 235	7,1
Angewandte Wissenschaften, Medizin, Technik	7 866	13,1
Kunst, Kunstgewerbe, Fotografie, Musik, Spiel, Sport	4 312	7,2
Sprach- und Literaturwissenschaften, Belletristik	11 493	19,2
Geographie, Geschichte	5 369	9,0
Insgesamt	59 916	100,0

6.5 Sport und Musizieren

Mit Sport und Musik verbringen die Menschen in Deutschland einen großen Teil ihrer Freizeit – wenn auch überwiegend nur passiv. Über die Zahl der Besucherinnen und Besucher von Sportveranstaltungen im Bundesgebiet gibt es keine gesicherten Ergebnisse, und auch über den Umfang des Fernsehpublikums, das auf diese Weise wichtige Sportereignisse miterlebt, lassen sich keine genauen Angaben machen. Zahlen über aktiv Sport Treibende liegen nur insoweit vor, als sie in Sportvereinen organisiert sind.

Die Sportvereine verdanken der Fitness-Welle und dem gestiegenen Gesundheitsbewusstsein wachsenden Zulauf. Die Mitgliederzahl des Deutschen Sportbundes betrug 2002 ca. 23,6 Mill., die Anzahl der Vereine lag bei rund 88 960.

Für den Vereinssport begeistern sich mehr Männer als Frauen. Von den Mitgliedern des Deutschen Sportbundes im Jahr 2002 waren rund 61 % männlich. Groß ist das Interesse der Jugendlichen an den Sportvereinen. So sind von den Mitgliedern 24 % jünger als 15 Jahre und 42 % unter 26 Jahren.

Gemessen an den Mitgliederzahlen rangiert der Fußball unter den Sportarten mit Abstand an der Spitze der Beliebtheitsskala (s. Tab. 4). Mit rund 6,2 Mill. Mitgliedern stellen die Fußballvereine 27 % aller Beitragszahler des deutschen Sportbundes. Der Frauenanteil in Fußballvereinen liegt bei 13,5 %. Die Turnvereine haben mit 5 Mill. Mitgliedern neben den Fußballvereinen die größten Mitgliederzahlen. Turnen gehört neben dem Tanzsport und Reiten zu den wenigen Sportarten, bei denen Frauen in den Vereinen zahlenmäßig dominieren. Unter den übrigen Sportverbänden übersteigt nur noch die Mitgliedschaft in Tennis- und Schützenvereinen die Millionengrenze. Etwa 350 000 sportlich Aktive sind in den Bereichen Behinderten- und Gehörlosensport des Deutschen Sportbundes organisiert.

Einige Angaben über das aktive Musikleben in Deutschland liefert der Deutsche Sängerbund. Er hatte im Jahr 2002 1,74 Mill. Mitglieder, davon allerdings nur 683 000 aktive und rund 1,1 Mill. fördernde. Insgesamt gab es 2002 einschließlich der Kinder- und Jugendchöre 21 976 Bundeschöre, darunter 8 539 reine Männer- und 2 291 reine Frauenchöre.

Tab. 4: Die zehn mitgliedstärksten Sportverbände in Deutschland 2002

Spitzenverband	Mitglieder in 1 000	Spitzenverband	Mitglieder in 1 000
Fußball	6 264	Leichtathletik	862
Turnen	5 026	Reiten	759
Tennis	1 919	Tischtennis	688
Schützen	1 565	Skisport	697
Handball	832	Schwimmen	644

Informationen zum Thema Reiseverhalten der Deutschen siehe Teil I, Kap. 15., Abschnitt 15.3.2.

7 Gesellschaftliche Mitwirkung

7.1 Einführung

Um seinem Anspruch gerecht zu werden, ist ein demokratisches Staatswesen auf die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Inwieweit die Menschen ihre durch die Verfassung garantierten Rechte wirklich nutzen und Politik, Wirtschaft oder Kultur mitgestalten – darüber kann die amtliche Statistik wegen der meist sehr komplexen Zusammenhänge nur Anhaltspunkte liefern. So vermittelt z. B. die Wahlstatistik Informationen über die Wahlbeteiligung und die Parteipräferenz sowie das Wahlverhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen. Auskunft über den Organisationsgrad der abhängig Beschäftigten gibt die Statistik der Gewerkschaftsmitglieder, während die Zahlen über die Teilnahme an Gottesdiensten das kirchliche Engagement dokumentieren. Es ist aber offensichtlich, dass die Statistik in diesem Bereich sehr schnell an ihre Grenzen stößt. Die nur lückenhaft vorhandenen statistischen Informationen über die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben können lediglich Anhaltspunkte für das Vorhandensein von sozialem und politischem Engagement liefern.

7.2 Teilnahme am politischen Leben

7.2.1 Wahlen

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich zur Volkssouveränität. Er besagt, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und von ihm in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird. Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger von ihren in der Verfassung garantierten Rechten Gebrauch machen und damit Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen. Die Ausübung des Wahlrechts, mit der über die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen in Gemeinde, Land und Bund entschieden wird, spielt dabei die zentrale Rolle. Da in der Bundesrepublik Deutschland keine Wahlpflicht besteht, wird die Wahlbeteiligung – unter gewissen Einschränkungen – als Gradmesser für das politische Engagement der Menschen herangezogen. Sie weist deutliche Unterschiede auf, je nachdem ob es sich um Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen oder Wahlen zum Europäischen Parlament handelt.

Mit dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 wurde das bisherige Wahlgebiet um die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie Berlin-Ost erweitert. Für die Westberliner Bevölkerung – deren Interessen zuvor 22 vom Berliner Abge-

ordnetenhaus gewählte Abgeordnete im Deutschen Bundestag vertraten – wurden die Voraussetzungen für eine direkte Teilnahme an der Wahl zum Deutschen Bundestag geschaffen. Obwohl erstmals alle Deutschen gemeinsam ihre Abgeordneten wählen konnten, gab es bei der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990 die niedrigste Wahlbeteiligung nach 1949. Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl machten nur 77,8 % der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch, 13,4 Mill. Menschen verzichteten auf eine Stimmabgabe. Bei der 15. Bundestagswahl am 22. September 2002 ergab sich eine Wahlbeteiligung von 79,1 %. Damit lag die Wahlbeteiligung um 3,1 Prozentpunkte unter der von 1998 (82,2 %) und 0,1 Prozentpunkte über der von 1994 (79,0 %). Über dem Durchschnitt lag die Wahlbeteiligung in

Tab. 1: Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen¹

Wahl	Wahlberechtigte 1 000	Wahlbeteiligung %
1949 ²	31 208	78,5
1953 ²	33 121	86,0
1957	35 401	87,8
1961	37 441	87,7
1965	38 510	86,8
1969	38 677	86,7
1972	41 446	91,1
1976	42 058	90,7
1980	43 232	88,6
1983	44 089	89,1
1987	45 328	84,3
1990	60 437	77,8
1994	60 452	79,0
1998	60 763	82,2
2002	61 433	79,1

1 Bis 1987 früheres Bundesgebiet, ohne Berlin-West, ab 1990 Deutschland.

2 Ohne Saarland.

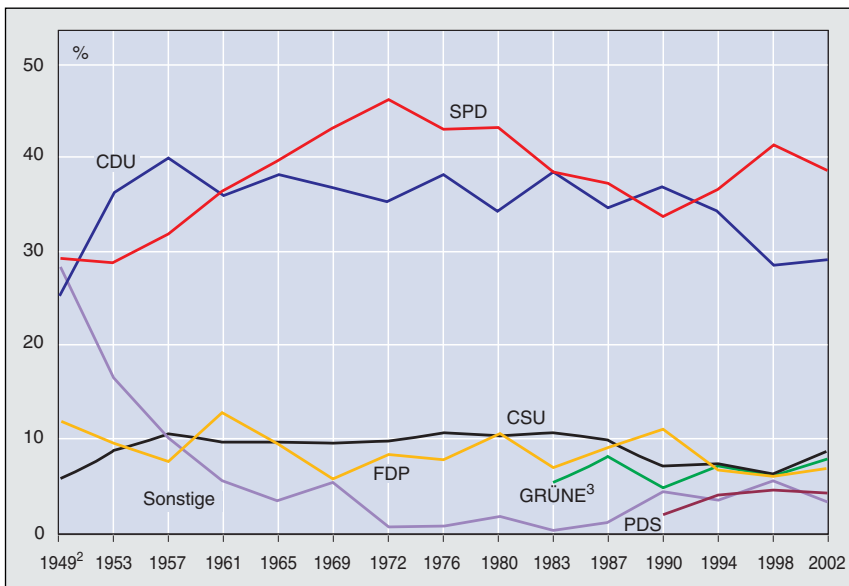
neun Ländern, und zwar in Bayern mit 81,5 %, in Baden-Württemberg mit 81,1 %, in Niedersachsen mit 81,0 %, in Schleswig-Holstein mit 80,7 %, in Nordrhein-Westfalen mit 80,3 %, in Hessen mit 80,1 %, in Rheinland-Pfalz und im Saarland mit 80,0 % und in Hamburg mit 79,6 %. In den übrigen Ländern betrug sie zwischen 68,8 und 78,8 %. Am niedrigsten war die Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt mit 68,8 %. In allen neuen Ländern lag die Wahlbeteiligung unter dem Bundesdurchschnitt. Bereits bei der Bundestagswahl 1998 lagen alle neuen Länder mit Ausnahme Thüringens unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Wählerinnen und Wähler geben ihre Stimmen seit den 60er-Jahren ganz überwiegend den beiden großen Parteigruppierungen SPD und CDU/CSU sowie der FDP. Die GRÜNEN haben drei Jahre nach ihrer Gründung erstmals bei den Bundestagswahlen 1983 die Fünfprozenthürde übersprungen.

Obwohl sie bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 auf Bundesebene nur Stimmenanteile von 2,4 % bzw. 1,2 % erreichten, im Wahlgebiet Ost jedoch deutlich die Fünfprozentmarke übersprangen, zogen die PDS und die Listenvereinigung Bündnis 90/Grüne ins Parlament ein. Grund dafür war eine für die erste gesamtdeutsche Wahl getroffene Sonderregelung: Die Sperrklausel von fünf Prozent war getrennt auf die neuen Bundesländer sowie Berlin-Ost und auf den bis zum 3. Oktober 1990 geltenden Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden. 1994 kam die PDS nur aufgrund von vier Direktmandaten in den Bundestag, ihr Zweitstimmenanteil lag bei 4,4 %. 1998 erreichte sie neben vier Direktmandaten auch einen Zweitstimmenanteil von 5,1 %. 2002 gewann die PDS lediglich zwei Wahlkreismandate und hatte einen Zweitstimmenanteil von 4,0 %.

Von besonderem politischen und soziologischen Interesse ist die Frage, ob es geschlechts- und altersspezifische Unterschiede im Wahlverhalten gibt. Um diese Zusammenhänge zu erhellen, wurden von 1953 bis 1990 (seit 1957 unter Beteiligung aller Länder) unter Wahrung des Wahlheimnisses regelmäßig repräsentative Sondererhebungen zu den Bundestagswahlen durchgeführt. Nachdem der Gesetzgeber diese Erhebungen für die Bundestagswahlen 1994 und 1998 ausgesetzt hatte, wurde

Abb. 1: Stimmanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen¹

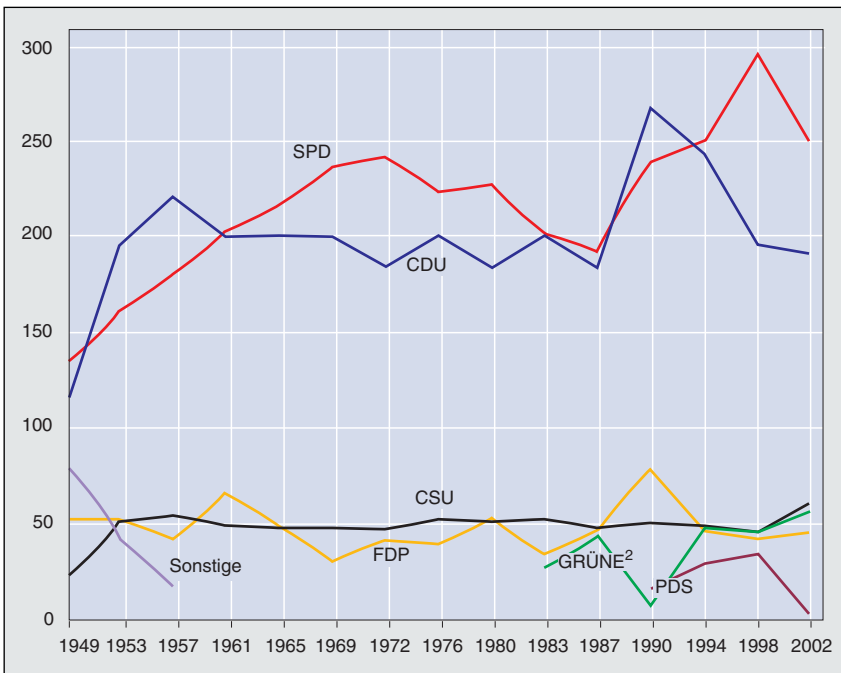


1 Seit 1953 Zweitstimmen, bis 1987 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland.

2 Ohne Saarland.

3 Bis 1987: GRÜNE; 1990: Bündnis 90/Grüne (nur neue Bundesländer); 1994: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abb. 2: Sitzverteilung im Deutschen Bundestag



1 Bis 1987 früheres Bundesgebiet einschl. der Abgeordneten von Berlin-West, ab 1990 Deutschland.
 2 Bis 1987: GRÜNE; 1990: Bündnis 90/Grüne (nur neue Bundesländer); 1994: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

auf Grund des im Jahre 1999 in Kraft getretenen Wahlstatistikgesetzes, das unter anderem detaillierte Vorschriften zum Schutz des Wahlgeheimnisses enthält, bei der Bundestagswahl 2002 wieder eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt. Diese Erhebung umfasste 2 599 Urnenwahlbezirke, die für die Statistik der Stimmabgabe um 372 Briefwahlbezirke ergänzt wurde. Die Einbeziehung von Briefwahlbezirken erfolgte bei der Bundestagswahl 2002 zum ersten Mal, um vor dem Hintergrund des seit der Bundestagswahl 1990 deutlich angestiegenen Briefwähleranteils die Genauigkeit des Gesamtergebnisses sicherzustellen.

Aus diesen Untersuchungen geht hervor, dass die Wahlbeteiligung der Frauen bei Bundestagswahlen insgesamt hinter derjenigen der Männer zurückbleibt: In den Jahren 1953 und 1957 lag sie um 3,1 bzw. 3,3 Prozentpunkte niedriger; bei den folgenden Wahlen verringerte sich der Unterschied bis auf 0,8 Prozentpunkte bei der Bundestagswahl 1976. In den darauffolgenden Wahlen vergrößerte sich der Unterschied jedoch wieder (1990: 1,3 Prozentpunkte). Bei der Bundestagswahl 2002 sank die Differenz zwischen der Wahlbeteiligung der Frauen und Männer auf 0,5 Prozent-

punkte (Frauen: 79,4 %, Männer: 79,9 %). In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag die Wahlbeteiligung der Frauen insgesamt sogar um 0,7 % über der Beteiligung der Männer. Betrachtet man die einzelnen Altersgruppen in den neuen Ländern und Berlin-Ost, so zeigt sich, dass die Frauen in allen Altersgruppen zwischen 21 bis 59 Jahren eine größere Wahlbeteiligung verzeichneten (zwischen 1,6 und 5,4 Prozentpunkten). Bei den 18- bis 20-Jährigen war die Wahlbeteiligung der Frauen hingegen 0,1 Prozentpunkte, bei den 60- bis 69-Jährigen 0,6 Prozentpunkte und bei den 70-Jährigen und Älteren 11,2 Prozentpunkte niedriger als bei den Männern der gleichen Altersgruppe.

Die Ergebnisse der repräsentativen Bundestagswahlstatistik zeigen, dass die altersspezifischen Abweichungen stärker ausgeprägt waren als die geschlechtsspezifischen. Die niedrigste Wahlbeteiligung, und zwar sowohl bei Männern als auch bei Frauen, wurde seit 1953 bei den jungen Wählerinnen und Wählern festgestellt. Ab dem 25. Lebensjahr nahm die Wahlbeteiligung bis zum Alter von 69 Jahren zu; danach ging sie wieder zurück, lag aber bei den Bundestagswahlen 1990 und 2002 noch höher als in der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen.

Auf Grund der Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Kap. 1) haben die Frauen einen besonderen Einfluss auf das Wahlergebnis. Bei der Bundestagswahl 2002 wurden 52,0 % der gültigen Stimmen von Frauen und 48,0 % von Männern abgegeben. SPD, CDU, CSU und GRÜNE konnten mehr Frauen- als Männerstimmen auf sich vereinigen, bei der FDP, der PDS und bei den nicht im Parlament vertretenen Parteien überwog dagegen der Anteil der männlichen Wähler. Im Vergleich zu den Ergebnissen der Bundestagswahl 1953 sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede allerdings geringer geworden. Damals zeigten die Wählerinnen eine deutliche Vorliebe für CDU und CSU.

Untersucht man die Wählerschaft der Parteien nach ihrem Alter, so ergeben sich ebenfalls Unterschiede. Aus der Analyse der Bundestagswahlergebnisse 2002 geht hervor, dass die SPD ihr Potenzial bei jeder Altersgruppe gleichmäßig ausgeschöpft hat. Die Altersgruppen waren in der Wählerschaft der SPD in etwa so verteilt, wie es der Verteilung der Altersgruppen in der Gruppe aller Wahlberechtigten entsprach. Die Unionsparteien dagegen rekrutierten ihre Wählerschaft überproportional aus älteren Wählerinnen und Wählern (39,3 % bei den mindestens 60-Jährigen). In der Wählerschaft der GRÜNEN dominierten die mittleren Altersgruppen (30,5 % in der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen). In der Wählerschaft der FDP – verglichen mit den Wahlberechtigten – waren junge Wähler überdurchschnittlich vertreten. In der PDS hatten die über 45-Jährigen einen überdurchschnittlich hohen Anteil.

In der Zusammensetzung des Parlaments sind Frauen noch immer deutlich unterrepräsentiert. So ist die Zahl der weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag trotz steigender Tendenz weiterhin gering. Obwohl mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten Frauen sind, stellten sie im 12. Deutschen Bundestag nur 20,4 % der Abgeordneten, im 13. Bundestag 26,3 % und im 14. Deutschen Bundestag 30,8 %. Im 15. Deutschen Bundestag sind unter den 603 Abgeordneten 194 Frauen, das sind 32,2 %. Lässt man die beiden weiblichen Abgeordneten der PDS außer Betracht, er-

reichen die GRÜNEN mit 58,2 % den höchsten Frauenanteil, gefolgt von SPD (37,8 %), CDU (22,6 %), FDP (21,3 %) und CSU (20,7 %).

Das Durchschnittsalter der Mitglieder des Parlaments lag zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2002 bei 49,3 Jahren. Durchschnittlich waren 2002 die Abgeordneten der

Tab. 2: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2002
nach Geschlecht und Alter

Alter in Jahren	Wahlberechtigte			Wahlbeteiligung ¹		
	Ingesamt 1 000	Männer	Frauen	Ingesamt	Männer	Frauen
%						
<i>Deutschland</i>						
unter 21	2 326,0	51,1	48,9	70,2	70,3	70,1
21 – 24	3 329,7	50,7	49,3	68,1	67,8	68,5
25 – 29	3 842,5	50,6	49,4	72,1	71,5	72,8
30 – 34	5 145,3	50,8	49,2	76,7	75,4	78,0
35 – 39	6 467,4	50,9	49,1	79,6	78,6	80,6
40 – 44	6 185,1	50,7	49,3	80,0	79,1	81,0
45 – 49	5 406,8	50,0	50,0	81,1	80,4	81,7
50 – 59	9 042,5	49,7	50,3	84,0	83,6	84,3
60 – 69	9 994,1	47,9	52,1	86,4	86,9	85,9
70 und mehr	9 743,4	35,6	64,4	78,4	84,4	75,2
Insgesamt	61 432,9	47,7	52,3	79,6	79,9	79,4
<i>Früheres Bundesgebiet und Berlin-West</i>						
unter 21	1 766,5	50,7	49,3	72,3	72,5	72,1
21 – 24	2 573,8	49,9	50,1	70,3	70,3	70,4
25 – 29	3 119,7	49,9	50,1	73,9	73,6	74,2
30 – 34	4 244,5	50,6	49,4	78,2	77,3	79,2
35 – 39	5 299,3	50,9	49,1	81,1	80,4	81,8
40 – 44	4 964,6	50,7	49,3	81,5	80,8	82,2
45 – 49	4 256,5	49,9	50,1	82,6	82,2	83,0
50 – 59	7 222,8	49,7	50,3	85,4	85,2	85,6
60 – 69	7 910,8	48,0	52,0	87,8	88,3	87,3
70 und mehr	7 920,0	36,0	64,0	80,1	85,7	77,0
Insgesamt	49 278,5	47,6	52,4	81,2	81,7	80,8
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
unter 21	559,5	52,3	47,7	63,6	63,6	63,5
21 – 24	755,9	53,6	46,4	60,7	60,0	61,6
25 – 29	722,9	53,7	46,3	64,5	62,8	66,4
30 – 34	900,8	52,0	48,0	69,5	66,9	72,3
35 – 39	1 168,1	51,1	48,9	72,8	70,4	75,3
40 – 44	1 220,5	50,7	49,3	74,2	72,3	76,1
45 – 49	1 150,3	50,3	49,7	75,2	73,7	76,7
50 – 59	1 819,7	49,6	50,4	78,5	77,5	79,4
60 – 69	2 033,2	47,5	52,5	80,8	81,1	80,5
70 und mehr	1 823,4	33,9	66,1	71,0	78,4	67,2
Insgesamt	12 154,3	48,0	52,0	73,2	72,8	73,5

1 Anteil der Wähler mit Stimm- und Wahrscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten.

Tab. 3: Wählerschaft der Parteien bei der Bundestagswahl 2002
nach dem Alter

Partei	Von 100 gültigen Zweitstimmen für die jeweilige Partei wurden abgegeben von Wählern im Alter von . . . Jahren				
	18 – 24	25 – 34	35 – 44	45 – 59	60 und mehr
<i>Deutschland</i>					
SPD	8,0	13,3	21,2	24,7	32,9
CDU	6,4	11,6	17,7	24,0	40,2
CSU	7,6	13,6	19,2	23,2	36,3
GRÜNE	10,5	19,1	30,5	25,3	14,5
FDP	11,2	18,2	20,2	24,5	25,9
PDS	7,5	11,2	20,0	28,8	32,5
Sonstige	12,8	18,3	24,2	23,0	21,7
dar.: REP	14,6	19,9	24,8	22,0	18,8
Schill	8,0	15,4	23,3	27,5	25,8
Insgesamt	8,1	13,8	20,7	24,5	32,9
<i>Früheres Bundesgebiet und Berlin-West</i>					
SPD	7,7	13,7	21,8	24,6	32,2
CDU	6,2	11,5	17,1	23,5	41,6
CSU	7,6	13,6	19,2	23,2	36,3
GRÜNE	10,2	19,0	31,0	25,7	14,1
FDP	10,3	18,1	19,8	24,7	27,1
PDS	10,9	17,1	24,1	29,0	18,9
Sonstige	11,8	18,2	23,9	22,6	23,5
dar.: REP	14,6	19,7	24,1	21,4	20,1
Schill	6,8	14,1	21,7	27,5	29,9
Insgesamt	7,8	14,0	20,9	24,2	33,0
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>					
SPD	9,3	11,4	18,4	25,3	35,7
CDU	7,6	12,4	20,3	26,4	33,3
CSU	–	–	–	–	–
GRÜNE	13,9	20,2	25,2	21,9	18,9
FDP	16,2	18,8	22,0	23,7	19,3
PDS	6,5	9,4	18,8	28,7	36,6
Sonstige	15,9	18,8	25,2	24,2	15,9
dar.: REP	14,4	20,5	28,0	25,0	12,1
Schill	11,0	18,8	27,6	27,5	15,0
Insgesamt	9,2	12,5	19,8	25,9	32,5

SPD (50,7 Jahre) am ältesten. Die jüngsten Parlamentarierinnen hatte die PDS mit im Durchschnitt 40,0 Jahren.

Die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen liegt im Vergleich zu Bundestagswahlen niedriger. Außerdem sind die Unterschiede von Bundesland zu Bundesland stärker ausgeprägt. Die höchste Wahlbeteiligung bei den jeweils letzten Landtagswahlen wurde in Mecklenburg-Vorpommern mit 70,6 % erreicht; besonders niedrig war sie mit 53,8 % bei der Wahl 2004 in Thüringen.

Allein regiert die CDU in Hamburg, Hessen, im Saarland und in Thüringen sowie die CSU in Bayern. Zusammen mit den GRÜNEN stellt die SPD in Nordrhein-Westfalen die Landesregierung. In Baden-Württemberg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt regiert die CDU gemeinsam mit der FDP. Ein SPD-FDP-Bündnis besteht in Rheinland-Pfalz. Große Koalitionen regieren in Brandenburg, Bremen und in Sachsen. In Mecklenburg-Vorpommern ist die SPD zum zweiten Mal mit der PDS eine Koalition eingegangen; diese beiden Parteien regieren auch in Berlin. In Schleswig-Holstein fanden bei Redaktionsschluss noch Koalitionsverhandlungen statt.

Seit 1979 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) in fünfjährigem Abstand die Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Im Juni 2004 wurden 732 Abgeordnete (einschließlich der zum 1. Mai 2004 beigetretenen Länder Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern) gewählt. Wie viele Abgeordnete ein Land vertreten, ergibt sich aus Artikel 190 Abs. 2 des EG-Vertrags. Deutschland stehen danach weiterhin 99 Mandate zu. Die Fraktionen des Europäischen Parlaments setzen sich nicht nach der Staatsangehörigkeit, sondern nach politischen Richtungen zusammen.

Insgesamt gingen im Juni 2004 rund 160 Mill. Menschen in der EU zur Wahl. Die Wahlbeteiligung ist bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in der Bundes-

Tab. 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei den letzten Landtagswahlen in Prozent

Land	Wahl	Wahlbeteiligung	Stimmabgabe				
			CDU/CSU ¹	SPD	FDP	GRÜNE	PDS
Baden-Württemberg	2001	62,6	44,8	33,3	8,1 ²	7,7	–
Bayern ³	2003	57,1	60,7	19,6	2,6	7,7	–
Berlin ⁴	2001	68,1	23,8	29,7	9,9	9,1	22,6
Brandenburg ⁴	2004 ⁵	56,4	19,4	31,9	3,3	3,6 ⁶	28,0
Bremen	2003	61,3	29,8	42,3	4,2	12,8	1,7
Hamburg	2004	68,7	47,2	30,5	2,8	12,3 ⁷	–
Hessen ⁴	2003	64,6	48,8	29,1	7,9	10,1	–
Mecklenburg-Vorpommern ⁴	2002	70,6	31,4	40,6	4,7	2,6	16,4
Niedersachsen ⁴	2003	67,0	48,3	33,4	8,1	7,6	0,5
Nordrhein-Westfalen	2000	56,7	37,0	42,8	9,8	7,1	1,1
Rheinland-Pfalz ⁴	2001	62,1	35,3	44,7	7,8	5,2	–
Saarland	2004	55,5	47,5	30,8	5,2	5,6	2,3
Sachsen ⁴	2004 ⁸	59,6	41,1	9,8	5,9	5,1	23,6
Sachsen-Anhalt ⁴	2002	56,5	37,3	20,0	13,3	2,0	20,4
Schleswig-Holstein ⁴	2005 ⁹	66,6	40,2	38,7	6,6	6,2	0,8
Thüringen ⁴	2004	53,8	43,0	14,5	3,6	4,5	26,1

1 CSU nur in Bayern.

2 FDP/DVP.

3 Gesamtstimmen = Erst- und Zweitstimmen.

4 Zweitstimmen.

5 Die DVU erzielte 6,1 % der Stimmen.

6 GRÜNE/B 90.

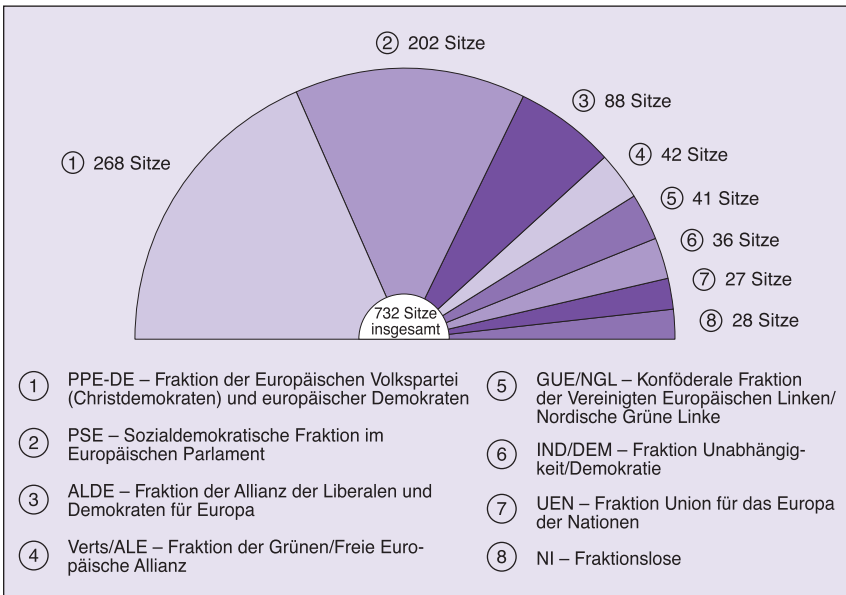
7 GRÜNE/GAL.

8 Die NPD erzielte 9,2 % der Stimmen.

9 Der SSW erzielte 3,6 % der Stimmen.

republik – wie übrigens auch in den anderen Mitgliedstaaten – wesentlich niedriger als bei nationalen Wahlen. Von den 61,7 Mill. bundesdeutschen Wahlberechtigten machten am 13. Juni 2004 nur 43 % von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Dies war ein Rückgang der Wahlbeteiligung um 2,2 Prozentpunkte gegenüber 1999. Wenn man von Belgien, Luxemburg und Griechenland absieht (in diesen Ländern besteht Wahlpflicht), war die Wahlbeteiligung in Malta mit 82,4 %, in Italien mit 73,1 % (1999: 70,8 %) und in Zypern mit 71,2 % am höchsten, während sie in Estland mit 26,8 %, in Polen mit 20,9 % und in der Slowakei mit 17 % am niedrigsten lag. In 10 der übrigen 24 EU-Staaten war die Wahlbeteiligung höher als in Deutschland.

Abb. 3: Sitzverteilung im Europäischen Parlament nach Fraktionen
Stand: 15. Januar 2005



Der stärkste Rückgang der Wahlbeteiligung betrug 17,9 Prozentpunkte und wurde in Spanien registriert. Zusammenfassend ist festzustellen, dass lediglich in fünf EU-Staaten die Wahlbeteiligung gegenüber 1999 zwischen 1,7 und 14,8 Prozentpunkten gestiegen, in allen anderen EU-Staaten jedoch zwischen 0,2 und 17,9 Prozentpunkten gesunken ist.

Von den auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden 99 Sitzen erhielt die CDU 40 (1999: 43), die SPD 23 (1999: 33), die CSU 9 (1999: 10) die GRÜNEN 13 (1999: 7), die PDS 7 (1999: 6) und die FDP 7 Sitze (erstmalig seit 1989 wieder vertreten).

7.2.2 Mitgliedschaft in Parteien¹

Die Parteien spielen in der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle. Nach dem Grundgesetz haben sie die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ihre Gründung ist frei, ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhängerschaft darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig und können vom Bundesverfassungsgericht verboten werden. Von dieser Möglichkeit wurde bisher zweimal Gebrauch gemacht: 1952 wurde die Sozialistische Reichspartei – eine extreme Rechtspartei – verboten, 1956 wurde die KPD für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

Die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland war seit ihrer Gründung vor allem von vier Parteien geprägt: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Christlich-Soziale Union (CSU) in Bayern und Freie Demokratische Partei (FDP).

Zu Beginn der 80er-Jahre gelang den GRÜNEN in einer Reihe von Landesparlamenten und von 1983 bis 1990 auch im Bundestag das Eindringen in die bis dahin relativ fest gefügte Parteienlandschaft. Bei der Bundestagswahl 2002 erzielten die GRÜNEN einen Anteil von 8,6 % an den Zweitstimmen. Seit der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 ist auch die PDS im Deutschen Bundestag vertreten. Nur 1998 erreichte sie einen Zweitstimmenanteil von über 5 %. 1990, 1994 und 2002 kam sie aufgrund von Sonderregelungen bzw. Direktmandaten in den Bundestag. Schon immer kandidierten bei Bundestagswahlen auch kleinere Parteien. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 konnten diese zusammen 27,8 % der Stimmen auf sich vereinen, danach sind ihre Stimmenanteile stark zurückgegangen. Zu ihrer relativen Bedeutungslosigkeit auf Bundes- und Landesebene hat nicht zuletzt die Fünfprozentklausel beigetragen.

In der Bundesrepublik Deutschland haben gegenwärtig rund 1,6 Mill. Männer und Frauen das Mitgliedsbuch einer Partei. Das entspricht einem Anteil von etwas weniger als 2,6 % der Bevölkerung im wahlberechtigten Alter. Die Partei mit der größten Mitgliedschaft ist die SPD. Bei ihrer Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg knüpfte sie an ihre bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition als Arbeiterpartei an. Mit der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 vollzog sie die Öffnung zur Volkspartei. Ihre Mitgliederzahl betrug 1946 rund 711 000. Ende 2002 besaßen 693 894 Bürgerinnen und Bürger das Mitgliedsbuch dieser Partei, die 1976 mit 1 022 000 Mitgliedern ihren bisher höchsten Stand erreicht hatte. Der Anteil der Frauen in der SPD erhöhte sich von 15 % im Jahr der Wiedergründung auf 29,7 % Ende 2002.

Im Unterschied zur katholischen Zentrumspartei der Weimarer Zeit wenden sich die nach dem Ende der Herrschaft des Nationalsozialismus neu gegründeten Unionsparteien – CDU und CSU – an Wählerinnen und Wähler beider christlicher Konfessio-

¹ Angaben über die Anzahl der Mitglieder stammen von den Parteien.

nen. Sie betrachten ihre Gründung als Antwort auf die verhängnisvolle Zerrissenheit der Demokraten in der Weimarer Republik. Die CDU besitzt keinen bayerischen Landesverband, während die CSU nur in Bayern vertreten ist. Im Bundestag bilden beide Parteien eine gemeinsame Fraktion. Die Mitgliederzahl der CDU belief sich im Dezember 2002 auf 594 391, von ihnen waren 25,1 % Frauen. Die CSU, deren Mitgliederzahl im Jahr 1946 bei 69 000 lag, hatte Ende 2002 insgesamt 177 667 Mitglieder, darunter 17,7 % weibliche Mitglieder.

Die ebenfalls nach dem Krieg neu gegründete FDP will als liberale Partei besonders die Freiheit jedes Einzelnen in allen Lebensbereichen stärken. Das liberale Manifest von 1985 geht von einem umfassenden Freiheitsbegriff aus. Die FDP will eine Versöhnung von moderner Marktwirtschaft und einer offenen und veränderungsbereiten gesellschaftlichen Kultur. Ende 2002 hatte die FDP 66 560 Parteimitglieder. 23,6 % der FDP-Mitglieder sind Frauen.

Seit Mitte der 70er-Jahre hat sich eine zunehmende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern außerhalb der etablierten Parteien in »Bürgerinitiativen« engagiert. Sie richten sich vielfach gegen politische Maßnahmen von lokaler oder regionaler Bedeutung, die als umweltschädigend betrachtet werden, so z. B. gegen Kernkraftwerke, Autobahnausbau, Müllverbrennungsanlagen u. Ä. Aus dieser Bewegung sind auch die »grünen« Parteien mit ihren über den Umweltschutz hinausgehenden politischen Programmen hervorgegangen. Die GRÜNEN hatten sich vor der Europawahl 1979 bundesweit als »Sonstige Politische Vereinigung (SPV) DIE GRÜNEN« zusammengeschlossen, ehe sie sich 1980 als Partei auf Bundesebene konstituierten. Im Mai 1993 haben sich die GRÜNEN und das BÜNDNIS 90, ein 1991 entstandener Zusammenschluss der Bürgerbewegung gegen die SED-Regierung in der ehemaligen DDR, zu der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE) zusammengeschlossen. Ihre Mitgliederzahl lag Ende 2002 bei 43 881, 37,2 % der Mitglieder waren Frauen.

Die PDS, die als Nachfolgepartei der SED in den neuen Ländern und Berlin-Ost anzusehen ist, hatte Ende 2001 insgesamt 77 845 Parteimitglieder. Der Frauenanteil lag bei 45,7 %. Bei der letzten Bundestagswahl hatte die PDS in den neuen Ländern und Berlin-Ost einen Zweitstimmenanteil von 16,9 %. Bei den letzten Landtagswahlen in den neuen Ländern lag der Anteil der PDS mit Ausnahme der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern (16,4 %) meist deutlich über 20 %.

7.3 Engagement in Berufsverbänden

7.3.1 Das Recht auf Vereinigungsfreiheit¹

Mit der Freiheit der Meinungsäußerung eng verbunden ist das verfassungsmäßig verbürgte Grundrecht der Vereinigungsfreiheit. Alle Deutschen haben danach das Recht, sich in Vereinen und Gesellschaften zusammenzuschließen. Ausdrücklich

¹ Dieser Abschnitt wurde verfasst von Prof. Dr. Josef Schmid.

gewährleistet ist auch für jedermann und alle Berufe das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden.

Diese Koalitionsfreiheit hat zur Gründung einer Vielzahl von Wirtschaftsorganisationen und Berufsverbänden geführt. So gibt es heute in Deutschland mehr als 5 000 Verbände, von denen 1 797 Spitzenverbände mit bundespolitischen Interessen in der so genannten Lobbyliste des Deutschen Bundestages registriert sind (Stand: 10. 06. 2003).

Von besonderer Bedeutung sind die großen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervereinigungen, die so genannten Tarifpartner, die im Rahmen der verfassungsmäßig garantierten Tarifautonomie Verträge über Arbeitsentgelte und -bedingungen abschließen. Ihre Verhandlungsergebnisse beeinflussen sowohl das Wirtschaftsgeschehen insgesamt als auch die Lebensverhältnisse und die Einkommenssituation der Erwerbstätigen.

7.3.2 Gewerkschaften

Gewerkschaften sind in Deutschland formal organisierte, freiwillige Zusammenschlüsse von abhängig Beschäftigten mit dem Ziel, ihre ökonomische und soziale Lage zu sichern und zu verbessern. Sie agieren auf der betrieblichen, der branchenspezifischen und der gesamtwirtschaftlichen Ebene und haben auch sozialpolitische Zielsetzungen. Im Rahmen der Tarifautonomie haben die Gewerkschaften nicht nur eine ökonomische Funktion des Aushandelns von Löhnen und Gehältern, sondern auch eine normsetzende Funktion bei der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen. Ferner nehmen sie als Vertreter der Beitragszahler eine wichtige Rolle in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen wahr.

Es gibt in Deutschland nur wenige, aber mitgliederstarke Gewerkschaftsorganisationen. Die größte ist der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit rund 7,7 Mill. Mitgliedern, er setzt sich zur Zeit aus acht Einzelgewerkschaften zusammen. Die

Tab. 5: Mitglieder in den DGB Gewerkschaften
Stand: 31. 12. 2002 in Tausend

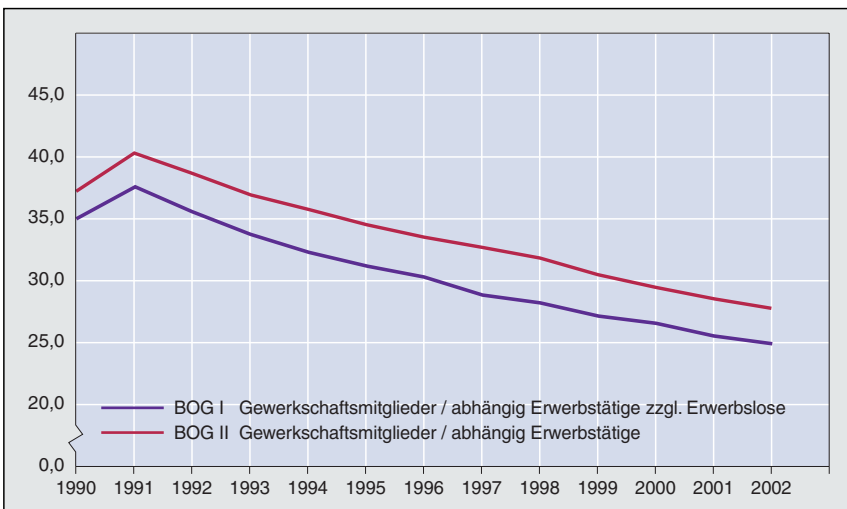
	IG Bau	IG BCE	GEW	IG Metall	NGG	Gew. der Polizei	TRANS-NET	ver.di	DGB-Gesamt
Arbeiter	439	655	0	2 188	189	8	71	853	4 403
Angest.	49	179	96	456	56	20	39	1 554	2 449
Beamte	2	0	123	0	0	157	38	230	549
Jugendl.	52	61	40	218	23	35	15	142	587
Männlich	423	674	85	2 151	148	152	236	1 384	5 253
Weiblich	66	160	180	493	98	33	61	1 356	2 447
Insgesamt	490	834	265	2 644	245	185	297	2 740	7 700
Anteil an DGB-Mitgl.	6,4 %	10,8 %	3,4 %	34,3 %	3,2 %	2,4 %	3,9 %	35,6 %	100 %

Quelle: Deutscher Gewerkschaftsbund, www.dgb.de.

im DGB organisierten Gewerkschaften sind Zentralverbände, die nach dem Prinzip der Industriegewerkschaft aufgebaut sind, d.h. in ihnen sind Arbeiter und Angestellte eines Industriezweiges unabhängig von ihrem Beruf zusammengeschlossen. Sie agieren prinzipiell parteipolitisch unabhängig und versuchen, alle Beschäftigten – unabhängig von deren politischer und weltanschaulicher Überzeugung – zu organisieren.

Die Tarifverträge werden nicht vom DGB, sondern von den Einzelgewerkschaften abgeschlossen. Die größten Einzelgewerkschaften waren im Jahr 2002 die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di mit ca. 2,7 Mill. Mitgliedern sowie die IG Metall mit rund 2,6 Mill. Mitgliedern.

Abb. 4: Organisationsgrad der deutschen Gewerkschaften (DGB, DBB, CGB)



Quelle: Schroeder/Weßels 2003.

Neben den Gewerkschaften des DGB sind der Deutsche Beamtenbund (DBB) mit rund 1,25 Mill. Mitgliedern und der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB), in dem gut 300 000 Männer und Frauen organisiert sind, aktiv. Aufgrund der geringen Mitgliederzahlen wurde dem CGM, der christlichen Metallarbeitergewerkschaft, per Arbeitsgerichtsbeschluss im Jahr 2003 der Status Gewerkschaft entzogen.

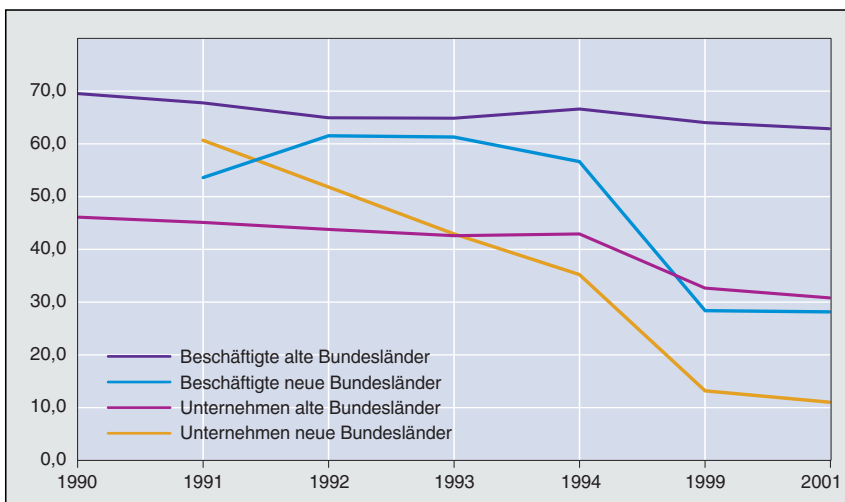
Angesichts des rapiden und weitreichenden sozialen und ökonomischen Wandels haben die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren erheblich an Mitgliedern eingebüßt, was zugleich den Organisationsgrad der DGB-Gewerkschaften (gemessen als Anteil der gewerkschaftlich Organisierten an allen Arbeitnehmern) auf 22,5 % reduziert hat. Darüber hinaus weisen sie bei den Frauen und den Jugendlichen deutliche Repräsentationsdefizite auf.

7.3.3 Arbeitgeberverbände

Die Interessen der Unternehmen in Deutschland werden über drei Säulen abgedeckt: Die erste Säule besteht in einer Pflichtmitgliedschaft bei einer örtlichen Industrie- und Handelskammer (daneben existiert noch eine Reihe weiterer Kammern, zu nennen sind hier vor allem die Handwerks- und Landwirtschaftskammern), welche die regionalen wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen vertritt und zugleich hoheitliche Aufgaben wahrnimmt. Wirtschafts- und Fachverbände als zweite Säule vertreten die wirtschaftspolitischen Interessen der Unternehmen gegenüber der Politik und anderen gesellschaftlichen Gruppen. Der BDI als Bundesverband der Deutschen Industrie zählt hier zu den einflussreichsten Vereinigungen.

Darüber hinaus sind die Arbeitgeberverbände in Deutschland – als Gegenorganisation und Tarifpartner der Gewerkschaften – in der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zusammengeschlossen. Diese hat die Aufgabe, die gemeinschaftlichen sozialpolitischen und tarifpolitischen Interessen der privaten Arbeitgeber wahrzunehmen. Die BDA umfasst 54 Bundesfachverbände, die auf der Bundesebene die regionalen Arbeitgeberverbände eines Wirtschaftszweiges organisieren, sowie 14 überfachliche Landesvereinigungen, in denen die Arbeitgeberverbände des jeweiligen Bundeslandes organisiert sind.

Abb. 5: Organisationsgrad von Betrieben¹ und Beschäftigten² im Arbeitgeberverband Gesamtmetall



1 Organisationsgrad von Betrieben = Zahl der Mitgliedsunternehmen (Gesamtmetall)/Zahl der Unternehmen im Organisationsbereich.

2 Organisationsgrad von Beschäftigten = Zahl der Arbeitnehmer in den Mitgliedsunternehmen (Gesamtmetall)/Arbeitnehmer im gesamten Organisationsbereich.

Quelle: Schroeder/Weßels 2003.

Die BDA schließt – wie der DGB auch – als Dachorganisation keine Flächentarifverträge ab. Als Tarifpartner der Einzelgewerkschaften fungieren die regionalen Arbeitgeberverbände eines Wirtschaftszweiges.

Nach Schätzungen hat die BDA einen Organisationsgrad von ca. 80 % (Anteil der Beschäftigten in den Mitgliedsunternehmen an den Beschäftigten im gesamten Organisationsbereich). Gesamtmetall als größter Mitgliedsverband in der BDA kommt auf einen Organisationsgrad von 62,3 % (Stand: 2001, Westdeutschland). Betrachtet man hingegen den Organisationsgrad der Unternehmen (Anteil der Mitgliedsunternehmen an der Zahl der Unternehmen im Organisationsbereich), so fällt auf, dass nur noch 30,7 % (2001, Westdeutschland) der Unternehmen Mitglied bei Gesamtmetall sind (1990: 46,2 %, Westdeutschland). Diese Entwicklung verweist darauf, dass immer mehr Unternehmen die Anbindung an einen Flächentarifvertrag lösen und Löhne und Arbeitsbedingungen unabhängig von dieser Norm umsetzen wollen. Vor allem bei kleinen und bei mittelständischen Unternehmen ist die Tarifbindung schwach ausgeprägt, und auch Unternehmen in Ostdeutschland haben eine geringere Anbindung an Tarifverträge (24 %, Stand 2002) als westdeutsche Unternehmen (46 %, Stand 2002).

7.3.4 Mitbestimmung¹

Unter »Mitbestimmung« versteht man die Einflussnahme von Arbeitnehmern und ihren Vertretern auf Entscheidungen der Arbeitgeber. Damit soll der Unterlegenheit der Arbeitnehmer als individueller Vertragspartei entgegengewirkt werden. Das Bundesverfassungsgericht spricht diesbezüglich von der Notwendigkeit des Ausgleichs »gestörter Vertragsparität«. Zu diesem Zweck stehen die gesetzlichen Möglichkeiten der Mitbestimmung als System der Selbsthilfe neben dem Tarifvertrag (siehe Ziff. 7.3.1).

Mitbestimmung als Mitentscheidung kann entweder dort ansetzen, wo die Folgen der Arbeitgeberentscheidungen für Arbeitnehmer konkret werden, oder auf der Ebene der Entscheidungsfindung. Danach werden die zwei großen Teilsysteme der Mitbestimmung unterschieden:

- Mitbestimmung auf Unternehmensebene soll die unternehmerischen Entscheidungen beeinflussen, deren Umsetzung Auswirkungen auf die Arbeitnehmer hat.
- Betriebliche Mitbestimmung setzt an operativen Entscheidungen des Arbeitgebers für die konkreten Arbeitsverhältnisse an.

Mitbestimmung auf Unternehmensebene setzt an den Strukturen von Kapitalgesellschaften an, in deren Rechtsform jedenfalls größere Unternehmen betrieben werden (vor allem Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung). Sie wird vornehmlich durch Beteiligung von Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat neben den Vertretern der Anteilseigner verwirklicht. Das führt zu einer entsprechenden Beteiligung an den Schlüsselfunktionen eines Aufsichtsrats für ein Unternehmen: Bestellung und Überwachung des Vorstandes bzw. der Geschäftsführung, Beteiligung

¹ Dieser Abschnitt wurde verfasst von Prof. Dr. Michael Kittner.

an wichtigen Entscheidungen (z. B. Investitionen und Fusionen und Aufstellung des Jahresabschlusses). Der Umfang der Arbeitnehmerbeteiligung ist unterschiedlich:

- In Montanunternehmen (Kohle und Stahl) mit über 1 000 Beschäftigten ist sie paritätisch und ermöglicht einen gleichgewichtigen Einfluss neben den Anteilseignervertretern.
- In sonstigen Unternehmen über 2 000 Beschäftigten sind zwar (unter Einschluss eines Vertreters der leitenden Angestellten) ebenfalls gleichviel Arbeitnehmer- wie Anteilseignervertreter; die Anteilseigner haben jedoch ein Übergewicht bei der Bestellung des Aufsichtsratsvorsitzenden und dieser hat ein doppeltes Stimmrecht.
- In Unternehmen zwischen 500 und 2 000 Beschäftigten stellen die Arbeitnehmer ein Drittel der Aufsichtsratsmitglieder.

In Unternehmen der Montanindustrie und großen Gesellschaften über 2 000 Arbeitnehmern muss dem Vorstand bzw. der Geschäftsführung ein Arbeitsdirektor angehören.

Die *betriebliche Mitbestimmung* erfolgt auf der Rechtsgrundlage des Betriebsverfassungsgesetzes in der Privatwirtschaft durch Betriebsräte, und im Öffentlichen Dienst aufgrund der Personalvertretungsgesetze des Bundes und der Länder durch die Personalräte.

Betriebsräte können in Betrieben ab fünf Arbeitnehmern gebildet werden. Sie werden alle vier Jahre durch die Belegschaft gewählt. Die Mitglieder des Betriebsrats werden zur Durchführung dieser Tätigkeit unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts von der Arbeit freigestellt und genießen einen besonderen Kündigungsschutz. Die Kosten der Betriebsratstätigkeit trägt der Arbeitgeber.

Arbeitgeber und Betriebsrat haben zum Wohle der Arbeitnehmer und des Betriebes unter Einbeziehung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Ausgehend hiervon enthält das BetrVG ein breites Spektrum von Beteiligungsrechten in wirtschaftlichen, personellen und sozialen Angelegenheiten. Diese Beteiligungsrechte reichen von der reinen Information und Konsultation bis zur echten Mitbestimmung, bei der im Streitfall entweder eine Einigungsstelle oder das Arbeitsgericht entscheidet. Die Kommunikation mit der Belegschaft wird durch Sprechstunden mit dem Betriebsrat und durch Betriebsversammlungen gewährleistet.

Für Unternehmen, die in mehreren Ländern der EU tätig sind, gibt es die Institution des Europäischen Betriebsrats, der allerdings keine echten Mitbestimmungs-, sondern nur Informationsrechte besitzt.

7.3.5 Arbeitskämpfe

Wenn sich bei Tarifverhandlungen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite nicht einigen können und auch die Schlichtungsbemühungen eines unparteiischen Dritten scheitern, stellt sich die Frage des Arbeitskampfes. Falls sich bei einer Urabstimmung unter

den beteiligten Gewerkschaftsmitgliedern eine Dreiviertelmehrheit für Streikmaßnahmen ausspricht, wird der Ausstand erklärt. Die Arbeitgeber können mit dem Kampfmittel der Aussperrung operieren, die eine vorübergehende Weigerung darstellt, alle oder einen Teil der Belegschaft zu beschäftigen und Lohn bzw. Gehalt zu zahlen.

In der Bundesrepublik Deutschland wird im Vergleich zu anderen Ländern wenig gestreikt. Seit 1975 waren die heftigsten Arbeitskämpfe 1978 mit 4,3 Mill., 1984 mit 5,6 Mill. ausgefallenen Arbeitstagen und 1992 mit 1,5 Mill. zu verzeichnen. In den letzten zehn Jahren lag die Zahl der verlorenen Arbeitstage weit darunter.

Auf die meisten Streiks reagieren die Arbeitgeber mit Aussperrungen, durch die teilweise noch weitere Arbeitnehmer in den Arbeitskampf einbezogen werden. Im Jahr 2002 gingen nur rund 310 000 Arbeitstage durch Arbeitskämpfe verloren.

7.4 Teilnahme am religiösen Leben

7.4.1 Kirche und Staat

Das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften wurde bereits in der Weimarer Reichsverfassung von 1919 in umfassender Weise geregelt. Ein Teil der Weimarer Kirchenartikel ist als Bestandteil des Grundgesetzes übernommen worden. Danach gibt es in der Bundesrepublik Deutschland keine Staatskirche. Die aus den Grundrechtsgarantien folgende Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften ist gewährleistet, jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig. Dennoch bestehen auch heute noch enge Bindungen zwischen Kirche und Staat und die Kirchen genießen weitgehende Rechte, so z. B. das Recht, Steuern von ihren Mitgliedern zu erheben oder auf die Besetzung theologischer Lehrstühle an staatlichen Universitäten Einfluss zu nehmen.

7.4.2 Religionszugehörigkeit

Die Bevölkerung in Deutschland gehört überwiegend einer der beiden christlichen Volkskirchen an, und zwar je zu knapp einem Drittel der katholischen und der evangelischen Konfession. Eine Minderheit von 2,5 % (rund 2 Mill.)¹ bekennt sich zu anderen christlichen Gemeinschaften, z. B. zu einer orthodoxen Kirche oder zu einer evangelischen Freikirche. Ein weiteres knappes Drittel (32 %) der Bevölkerung gehört keiner oder einer anderen Glaubensgemeinschaft an.

Der Anteil der Katholiken ist im Süden und Westen Deutschlands überdurchschnittlich hoch, insbesondere im Saarland, in Bayern, in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen. Im Norden überwiegt dagegen die evangelische Bevölkerung.

¹ Quelle: Religionswissenschaftlicher Medien- und Informationsdienst e.V. (REMID).

2002 gehörten in Deutschland gut 98 000 Personen einer jüdischen Gemeinde an. Vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten waren im Deutschen Reich 1933 etwa 503 000 Juden ansässig. Die größten jüdischen Gemeinden befinden sich in Berlin und Frankfurt am Main.

Durch den Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern haben Religionsgemeinschaften an Bedeutung gewonnen, die früher in Deutschland kaum vertreten waren, so z. B. der Islam, der im Jahr 2002 in der Bundesrepublik Deutschland schätzungsweise 3,3 Mill.¹ Anhängerinnen und Anhänger hatte.

7.4.3 Katholische Kirche²

Ende 2002 lebten rund 26,5 Mill. Katholikinnen und Katholiken in Deutschland. Ihr Anteil an der Bevölkerung betrug damit rund 32 % und ist seit 1950 nahezu gleich groß geblieben. Der Zuzug von Menschen katholischen Glaubens – meist ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Familienangehörigen – hat die zu Beginn der 70er-Jahre steigende Zahl von Kirchaustritten (1970: 69 000) kompensieren können. 2002 lag die Zahl der Kirchaustritte in Deutschland bei 119 405.

Tab. 6: Katholische Kirche¹

Jahr	Mitglieder	Taufen	Trauungen	Kirchliche Bestattungen	Teilnehmer am sonntägl. Gottesdienst
1960	24 710	473	214	262	11 895
1970	27 190	370	164	296	10 159
1980	26 720	258	125	288	7 769
1989	26 746	282	113	281	6 092
1990	28 252	300	116	298	6 190
2000	26 817	233	65	269	4 421
2001	26 656	223	54	265	4 248
2002	26 466	213	54	267	4 031

1 Angaben 1960–1989 früheres Bundesgebiet.

Die katholische Kirche in Deutschland ist in sieben Erzbistümer und 20 Bistümer gegliedert. Die Zahl der Pfarreien und sonstiger Seelsorgestellen betrug 13 099 (2002). In der Pfarrseelsorge waren 2002 rund 9 400 Weltpriester und Ordenspriester tätig; ein Pfarrseelsorger betreut im Durchschnitt 2 800 Gläubige. Wegen Priestermangels können jedoch nicht alle Kirchengemeinden mit einem Priester besetzt werden.

Die Grundstrukturen des kirchlichen Lebens zeigt Tab. 6. Die Teilnahme an den sonntäglichen Eucharistiefiern ging im früheren Bundesgebiet zwischen 1960 und 1989 um 5,8 Mill. Besucherinnen und Besucher oder um fast 49 % zurück. 2002 besuchten

1 Quelle: Zentralinstitut Islam-Archiv Deutschland e.V.

2 Angaben: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz – Referat Statistik, Bonn.

rund 4 Mill. Menschen den Sonntagsgottesdienst, dies sind durchschnittlich 15,2 % aller Katholiken in Deutschland. An Feiertagen oder an den Hochfesten der Kirche ist die Teilnahme an den Eucharistiefeiern höher.

Der starke Rückgang bei den kirchlichen Trauungen und Taufen gegenüber 1960 muss im Zusammenhang mit der starken Abnahme der standesamtlichen Eheschließungen und der geringeren Geburtenzahlen gesehen werden (vgl. Kap. 1). Gleichwohl ist die Bereitschaft zur katholischen Eheschließung und insbesondere zur katholischen Taufe nach wie vor weit verbreitet. Nahezu alle verstorbenen Katholikinnen und Katholiken werden auch heute noch kirchlich beerdigt.

7.4.4 Evangelische Kirche¹

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) umfasste Ende 2001 26,5 Mill. Mitglieder. Dies entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 32,1 % bzw. 35,2 % an der deutschen Bevölkerung. Bei der Volkszählung im Jahre 1950 lagen diese Anteile noch bei jeweils rund 51 %.

Tab. 7: Evangelische Kirche¹

Jahr	Mitglieder	Taufen (ohne Er- wachsenen- taufen)	Trauungen	Kirchliche Bestattungen	Abendmahls- gäste
1963	28 796	476	204	330	7 727
1970	28 378	346	156	369	6 813
1980	26 104	222	94	347	9 056
1989	25 132	252	101	321	9 569
1990	25 156	257	104	327	9 391
2000	26 614	230	70	331	10 722
2001	26 454	220	58	319	10 490

1 Angaben 1963 – 1990 früheres Bundesgebiet.

2 Ohne Kirchenprovinz Sachsen.

In den 24 Gliedkirchen der EKD waren Ende 2001 insgesamt 23 400 Theologinnen und Theologen im aktiven Dienst tätig. Im Gemeindedienst in Deutschland standen 15 500 Pfarrerrinnen und Pfarrer. Auf einen Gemeindepfarrer entfielen damit im Durchschnitt rund 1 700 Kirchenmitglieder, im Jahre 1964 waren es noch durchschnittlich knapp 2 500.

Im Jahre 2001 kamen in den Gliedkirchen der EKD auf 100 lebend geborene Kinder mit einem oder zwei evangelischen Elternteilen 77 evangelische Kindertaufen (1963: 77). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ein Vergleich von Taufen und Geburten durch die

1 Angaben: Evangelische Kirche in Deutschland – Referat Statistik, Hannover. Ohne evangelische Freikirchen.

so genannten »Spättaufen«, d. h. Taufen von Kindern im Alter von ein bis dreizehn Jahren, beeinträchtigt wird. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der evangelischen Kindertaufen erreichte 2001 EKD-weit 29,8 %. Die Anzahl der Trauungen ging auch bei der evangelischen Kirche zurück. Während sich in den westlichen Gliedkirchen der EKD im Jahr 1963 von 100 Paaren mit einem oder zwei evangelischen Partnern 62 Paare nach vollzogener standesamtlicher Eheschließung evangelisch trauen ließen, waren es 2001 im EKD-Durchschnitt 33 Paare. In Deutschland wurden 2001 86,2 % aller evangelischen Verstorbenen von einem evangelischen Pfarrer bzw. einer evangelischen Pfarrerin zur letzten Ruhe geleitet.

Im Jahre 2001 wurden in Deutschland im Durchschnitt von zwei Zählsonntagen (Invokavit und 1. Advent mit der Wertung zwei zu eins) 1,0 Mill. Gottesdienstbesucher gezählt, das waren 3,9 % der evangelischen Kirchenmitglieder. 8,6 Mill. Menschen (32,5 % der EKD-Kirchenmitglieder) besuchten 2001 die Christvespern und Metten am Heiligen Abend. Die Beteiligung am Abendmahl nahm von 1972 bis 1985 bedeutend zu. Ab dem Jahr 1995 ging die Zahl der Abendmahlsgäste in den westlichen Gliedkirchen etwas zurück, stieg aber in den östlichen Gliedkirchen. Insgesamt wurden 2001 in Deutschland rund 10,5 Mill. Abendmahlsgäste gezählt.

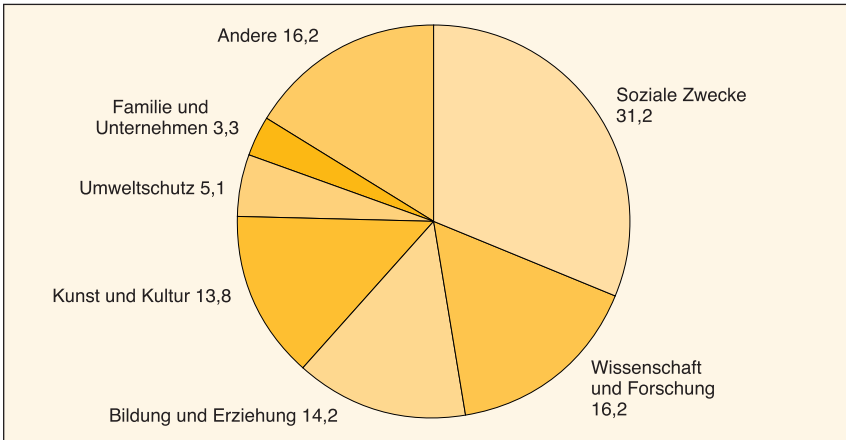
Stärker als die katholische Kirche ist die evangelische Kirche von Kirchnaustritten betroffen. Sie erreichten im früheren Bundesgebiet 1970 und 1974 Höhepunkte, waren bis 1979 rückläufig und bewegten sich dann auf einem verhältnismäßig hohen Niveau. Nach der kirchlichen Wiedervereinigung (Beitritt der östlichen Gliedkirchen zur EKD) war in Deutschland 1992 zunächst ein Anstieg der Kirchnaustritte von 321 000 (1991) auf 361 000 zu verzeichnen. Im Laufe der folgenden Jahre hat sich die Zahl der Kirchnaustritte bis 2001 mehr als halbiert (172 000). Kompensiert werden die Kirchnaustritte zum Teil von Aufnahmen in die evangelische Kirche. Von 1974 bis 2001 stiegen die Aufnahmen in den westlichen Gliedkirchen von 17 000 bis auf 50 000 (EKD insgesamt 2001: 59 000).

7.5 Stiftungen als Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements¹

Für das Wohlergehen der Menschen einer Gesellschaft sind nicht nur staatliche Einrichtungen, sondern auch das private Engagement der Bürgerinnen und Bürger wichtig. Im Zuge der immer knapper werdenden Mittel öffentlicher Haushalte wird die ergänzende Funktion von Stiftungen in Zukunft eine stärkere Bedeutung erlangen. Die Tätigkeit von Stiftungen reicht dabei von Sozialleistungen an Bedürftige bis zur Förderung kultureller und wissenschaftlicher Einrichtungen. Gleichzeitig sind Stiftungen »Motoren gesellschaftlichen Wandels«, die unabhängig von externen politischen Vorgaben dort Aktivitäten entfalten, wo aus ihrer Sicht Handlungsbedarf besteht. Während in den 80er-Jahren durchschnittlich 150 rechtsfähige Stiftungen des bürger-

¹ Dieser Abschnitt wurde vom Bundesverband Deutscher Stiftungen zur Verfügung gestellt.

Abb. 6: Stiftungen nach Stiftungsschwerpunkten 2000 in Prozent



Quelle: Verzeichnis Deutscher Stiftungen 2000 des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen.

lichen Rechts pro Jahr gegründet wurden, waren es im Jahr 2001 829 neue Stiftungen und 2002 789 Neugründungen.

Stiftungen können von Privatpersonen, dem Staat, Unternehmen oder von Vereinen gegründet werden. Der Grundtypus aller Stiftungen ist die rechtsfähige Stiftung des

Tab. 8: Die größten Stiftungen privaten Rechts 2002¹
Ausgaben und Vermögen in 1 000 EUR

Name	Ausgaben	Vermögen
VolkswagenStiftung	114 701	2 111 651
Bertelsmann Stiftung	62 962	705 881
Robert Bosch Stiftung GmbH	55 883	5 089 269
Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH	52 100	2 947 205
Deutsche Bundesstiftung Umwelt	45 264	1 587 347
Gemeinnützige Hertie-Stiftung	45 079	755 532
ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius	27 768	683 300
Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung	25 249	532 951
Software AG – Stiftung	17 030	.
Stiftung Deutsche Sporthilfe	17 000	9 700
Körper-Stiftung	13 800	516 000
Fritz Thyssen Stiftung	12 607	191 974
Stiftung caesar	11 000	320 000
Klaus Tschira Stiftung gGmbH	8 751	818 000
Wilhelm Sander-Stiftung	7 393	285 000
Messerschmitt Stiftung	4 090	150 000

¹ Ohne Trägerstiftungen und parteinahe Stiftungen.

Quelle: Datenbank Deutscher Stiftungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen (2003).

Privatrechts (§§ 80–88 BGB). Die rechtsfähige Stiftung ist eine eigenständige juristische Person. Im Gegensatz zu anderen Körperschaften wie den Gesellschaften und den Vereinen haben Stiftungen weder Gesellschafter noch Mitglieder. Leitlinie des Stiftungshandelns stellt der vom Stifter in Stiftungsgeschäft und Satzung formulierte Wille dar. Das im Stiftungsgeschäft festgelegte Vermögen ist anzulegen und darf in seiner Substanz nicht verringert werden. Das Ziel der Stiftung besteht darin, den vom Stifter festgelegten Zweck auf Dauer zu verwirklichen. Rechtsfähige Stiftungen müssen durch die zuständigen Behörden anerkannt werden und unterliegen der staatlichen Aufsicht.

Tab. 9: Die größten Stiftungen des öffentlichen Rechts
nach Gesamtausgaben 2002 in 1 000 EUR

Name	Ausgaben
Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« ¹	1 289 267
Stiftung Preußischer Kulturbesitz	318 373
Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg	48 897
GeoForschungsZentrum Potsdam	45 445
Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben – Leibnitz-Institut	33 783
Bayerische Landesstiftung	24 682
Stiftung Weimarer Klassik	23 031
Germanisches Nationalmuseum	20 781
Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin	20 583
Bayerische Forschungsstiftung	19 786
Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland	17 000
Stiftung Forschungsinstitut für die Biologie landwirtschaftlicher Nutztiere	16 568
Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten	15 819
Institut für Pflanzenbiochemie Halle (Saale)	11 824
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung	11 500

¹ Entschädigungsfond für ehemalige Zwangsarbeiter entsprechend dem Gesetz zur Errichtung einer Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« vom 2. 8. 2000 (BGBl. I 1263) mit den Änderungen vom 4. 8. 2001 (BGBl. I 2036) sowie vom 21. 8. 2002 (BGBl. I 3347).

Quelle: Datenbank Deutscher Stiftungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen (2003).

Von der rechtsfähigen Stiftung unterscheidet man die rechtlich unselbstständige Stiftung. In diesem Fall überträgt der Stifter die Vermögenswerte einer natürlichen oder juristischen Person als Treuhänder zur Verwirklichung des vorgegebenen Stiftungszweckes. Diese auch treuhänderisch genannte Stiftung unterliegt keiner direkten staatlichen Stiftungsaufsicht, wohl aber der Kontrolle durch die Finanzämter. Die folgenden Erhebungen beziehen sich auf die rechtsfähigen Stiftungen, da die Daten vieler nichtrechtsfähiger Stiftungen dem Bundesverband Deutscher Stiftungen nicht vorliegen. Der Bundesverband dokumentiert die rechtsfähigen und ihm bekannten nichtrechtsfähigen Stiftungen in seiner Datenbank Deutscher Stiftungen. Ein bundesweites Stiftungsregister besteht bisher nicht.

Von den Stiftungen des privaten Rechts ist die öffentlich-rechtliche Stiftung zu unterscheiden, die der Staat durch Gesetz oder Verwaltungsakt errichtet. Darüber hinaus existieren kommunale und kirchliche Stiftungen, die sich durch besondere Zweckbestimmung auszeichnen.

Die Interessen der gemeinnützigen Stiftungen gegenüber Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung vertritt der Bundesverband Deutscher Stiftungen als deren Dachverband. Nach den Statistiken des Bundesverbandes stieg die Zahl der selbstständigen Stiftungen bürgerlichen Rechts im Jahr 2003 auf 12 193.

Im Gegensatz zu den oben aufgeführten großen Stiftungen handelt es sich bei den meisten Stiftungen um relativ kleine Einrichtungen mit häufig weniger als 1 Million Euro Vermögen und einem hohen Anteil an ehrenamtlichen Mitarbeitern.

Die Schwerpunkte der Stiftungstätigkeit liegen lt. Auswertung des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen im Jahr 2000 auf der Förderung sozialer Zwecke, Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung sowie Kunst und Kultur. Weiterhin engagieren sich Stiftungen in den Bereichen Umweltschutz, Familie und Unternehmen.

Weitere Informationen zum Thema Gesellschaftliche Beteiligung siehe Teil II, Kap. 19.

8 Gesundheit

8.1 Gesundheitszustand der Bevölkerung

Niemals zuvor hatte Gesundheit einen so hohen Stellenwert wie heute. Das Auftreten neuer Krankheiten, ein zunehmendes Gesundheitsbewusstsein in der Bevölkerung und Fragen der Finanzierbarkeit von Gesundheitsleistungen haben das Gesundheitswesen in den letzten Jahren zunehmend in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Mit dem öffentlichen Interesse steigt auch der Bedarf an aufeinander abgestimmten statistischen Informationen zum Gesundheitssystem.

Das Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes (GBE) trägt diesem Interesse auf sehr nutzerfreundliche Art und Weise Rechnung. Alle relevanten Informationen aus dem Gesundheitsbereich werden in einer gemeinsamen Datenbank zusammengeführt und sind unter www.gbe-bund.de recherchierbar. Die Daten können z. T. individuell zusammengestellt und zur Weiterverarbeitung heruntergeladen werden. Aussagekräftige Kennziffern, erläuternde Texte und Grafiken runden das Angebot ab. Die Pflege und Weiterentwicklung des Systems erfolgt durch das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Robert Koch-Institut, Berlin.

Aus der amtlichen Statistik lassen sich allgemeine Feststellungen zum Krankheitsgeschehen und Gesundheitszustand und damit über ein wichtiges Stück »Lebensqualität« treffen. Angaben über den Gesundheitszustand der Menschen in Deutschland liefern u. a. die Mikrozensususerhebungen. 2003 wurde eine Auswahl von 0,5 % der Bevölkerung zum Gesundheitszustand, dem Rauchverhalten und den Körpermaßen befragt. Die Diagnosedaten der Krankenhauspatienten geben einen zuverlässigen Überblick über die Ursachen für stationäre Behandlungen in Deutschland. Entsprechende Angaben für den ambulanten Bereich liegen aus der amtlichen Statistik leider nicht vor.

8.1.1 Diagnosen der Krankenhauspatienten

Im Jahr 2002 wurden 17,4 Mill. Patientinnen und Patienten in den Krankenhäusern vollstationär behandelt (einschl. Stundenfälle). Die durchschnittliche Verweildauer betrug 9,3 Tage und lag damit um 0,1 Tag niedriger als noch im Jahr 2001.

Von den 17,4 Mill. Patientinnen und Patienten wurden 2,8 Mill. aufgrund von Krankheiten des Kreislaufsystems behandelt. An zweiter Stelle lagen bös- und gutartige Neubildungen mit 2,0 Mill. Patientinnen und Patienten, gefolgt von 1,8 Mill. Krankenhausbehandlungen wegen Krankheiten des Verdauungssystems.

Häufigste Hauptdiagnose bei den männlichen Patienten war die chronische ischämische Herzkrankheit (ICD-Pos. I25) mit 298 000 Fällen und einer durchschnittlichen Verweildauer von 6,7 Tagen. An zweiter Stelle lagen die psychischen und Verhaltens-

störungen durch Alkohol (ICD-Pos. F10) mit 216 000 Fällen, die durchschnittlich 10,6 Tage im Krankenhaus verbrachten. Die meisten Frauen – 299 000 – waren aufgrund einer normalen Entbindung in stationärer Krankenhausbehandlung (ICD-Pos. O80). Die durchschnittliche Verweildauer betrug hier 5,2 Tage. An zweiter Stelle folgten die bösartigen Neubildungen der Brustdrüse (ICD-Pos. C50) mit 183 000 Fällen und einer durchschnittlichen Verweildauer von 7,9 Tagen.

8.1.2 Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Im Jahr 2002 wurden der gesetzlichen Unfallversicherung insgesamt 1,5 Mill. Arbeits- und Wegeunfälle angezeigt. Rund neun von zehn der angezeigten Fälle waren

Tab. 1: Arbeits- und Wegeunfälle

Jahr	Angezeigte Arbeits- und Wegeunfälle in 1 000				
	Ins-gesamt	Arbeits-unfälle	darunter mit Todesfolge	Wege-unfälle	darunter mit Todesfolge
1992	2 332	2 069	1,8	262	0,9
1995	2 083	1 814	1,6	269	0,9
2000	1 749	1 514	1,2	235	0,8
2001	1 630	1 396	1,1	234	0,8
2002	1 530	1 307	1,1	223	0,7

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Unfallverhütungsbericht Arbeit 2001.

Tab. 2: Berufskrankheiten 1980 bis 2002¹

Berufskrankheiten	Nachweis	1980	1990	2000	2002
1 Chemische Einwirkungen	Verdachtsanzeigen	1 874	2 796	2 637	2 563
	Neue Rentenfälle	88	140	212	241
2 Physikalische Einwirkungen	Verdachtsanzeigen	20 263	15 200	34 293	27 523
	Neue Rentenfälle	3 321	1 483	1 478	1 415
3 Infektionserreger, Parasiten sowie Tropenkrankheiten	Verdachtsanzeigen	3 879	3 197	3 449	3 064
	Neue Rentenfälle	899	229	235	210
4 Erkrankungen der Atemwege, der Lunge, des Rippenfells und des Bauchfells	Verdachtsanzeigen	6 518	13 393	17 832	16 114
	Neue Rentenfälle	1 491	1 823	3 032	3 275
5 Hautkrankheiten	Verdachtsanzeigen	12 058	20 702	20 984	19 783
	Neue Rentenfälle	429	760	491	406
6 Sonstige Krankheiten	Verdachtsanzeigen	522	2 452	2 338	1 961
	Neue Rentenfälle	7	17	23	63
Fälle nach DDR-BeKV-Recht	Verdachtsanzeigen	–	–	9	–
	Neue Rentenfälle	–	–	99	74
Zusammen	Verdachtsanzeigen	45 114	57 740	81 542	71 008
	Neue Rentenfälle	6 285	4 452	5 570	5 684

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Unfallverhütungsbericht Arbeit 2002.

Arbeitsunfälle. Insgesamt war etwa jeder 24. Erwerbstätige von einem Arbeitsunfall betroffen. 1 071 Arbeitsunfälle endeten tödlich.

2002 wurden rund 71 000 Berufskrankheiten angezeigt (Verdachtsfälle). Die Zahl der anerkannten Berufskrankheiten betrug 18 352. Im Jahr 2002 wurden 5 684 Berufskrankheitenrenten neu gewährt (s. Tab. 2).

So genannte »physikalische Einwirkungen« wurden mit 27 523 Verdachtsanzeigen am häufigsten als Ursache angezeigt. 38,6 % dieser Fälle gingen auf bandscheibenbedingte Erkrankungen zurück, bei 41,9 % war eine Lärmschwerhörigkeit der Grund der Anzeige. Eine Berufskrankheitenrente aufgrund physikalischer Einwirkungen wurde 2002 in 1 415 Fällen bewilligt. An zweiter Stelle der angezeigten Fälle rangierten Hautkrankheiten (19 783 Fälle). Am dritthäufigsten wurden Erkrankungen der Atemwege, der Lungen, des Rippenfells und des Bauchfells angezeigt (16 114 Fälle).

8.1.3 Todesursachen

Die Todesursachenstatistik ist die elementare Grundlage zur Ermittlung wichtiger Gesundheitsindikatoren. Zu diesem Zweck werden die Todesursachen aller Gestorbenen in der amtlichen Todesursachenstatistik erfasst und fließen in die Todesursachenstatistik des Bundes und der Länder ein. In den letzten Jahrzehnten zeichnet sich eine Schwerpunktverlagerung auf einzelne Todesursachen ab. Während der Anteil der Sterbefälle an infektiösen und parasitären Krankheiten in Deutschland seit den fünfziger Jahren stark zurückgegangen ist (von 5,7 % im Jahr 1951 auf 1,3 % im Jahr 2002), haben die Krankheiten des Kreislaufsystems und die Bösartigen Neubildungen als Todesursache an Bedeutung zugenommen.

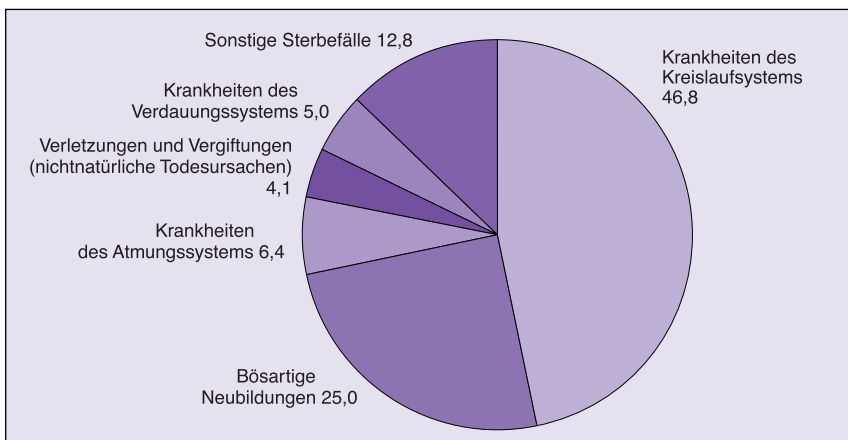
Nahezu die Hälfte von insgesamt 841 686 Todesfällen war, wie Abbildung 1 zeigt, im Jahr 2002 auf Krankheiten des Kreislaufsystems zurückzuführen (46,8 %), wovon etwa jeder sechste Kreislauffote einem Herzinfarkt erlag. Neben den Krankheiten des Kreislaufsystems bilden die Bösartigen Neubildungen mit einem Anteil von 25 % die zweitgrößte Gruppe der Todesfälle. In der Gruppe der Bösartigen Neubildungen der Verdauungsorgane sind die meisten Todesfälle bei Frauen und Männern insgesamt zu verzeichnen. Geschlechtsspezifisch betrachtet ist jedoch der Lungen- und Bronchialkrebs bei den Männern und die Bösartige Neubildung der Brustdrüse (Mammakarzinom) bei Frauen die häufigste Todesursache bei den Krebserkrankungen.

4,1 % aller Sterbefälle wurden 2002 durch Verletzungen und Vergiftungen verursacht. Bezogen auf je 100 000 Einwohner der Gesamtbevölkerung starben damit ca. 42 Personen auf nichtnatürliche Weise. Die größte Gruppe bilden hier die Personen, die ihr Leben durch einen Suizid beendet haben. Bei einem geschlechterspezifischen Vergleich ist festzustellen, dass bezogen auf die jeweilige Bevölkerungsgruppe je 100 000 Einwohner fast drei Mal so viele Männer (20) wie Frauen (7) freiwillig aus dem Leben geschieden sind. Verkehrsunfälle sowie Unfälle durch Stürze bilden mit 8,6 bzw. 8,7 Personen je 100 000 Einwohner die zweit- bzw. dritthäufigste Todesursache in der Kategorie der nichtnatürlichen Todesfälle.

17 056 Sterbefälle waren auf Alkoholkonsum bzw. -missbrauch zurückzuführen. Den weitaus größten Anteil an den alkoholbedingten Sterbefällen hat hier die »Alkoholische Leberzirrhose« mit 10 031 Sterbefällen. Bei 4 148 Todesfällen wurde als Todesursache ein alkoholbedingtes Abhängigkeitssyndrom festgestellt.

Ein besonders wichtiges Indiz für den erreichten medizinischen Standard ist die Säuglings- und Müttersterblichkeit. Die Säuglingssterblichkeit ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. 2002 starben noch 5 Säuglinge je 1 000 Lebendgeborene gegenüber 34 im Jahre 1960. Während noch 1960 an Komplikationen der Schwangerschaft bei der Entbindung und im Wochenbett insgesamt 1 030 Mütter gestorben sind, ist diese Zahl in den vergangenen Jahren immer weiter gesunken und beläuft sich im Jahr 2002 auf 21 Sterbefälle.

Abb. 1: Todesursachen 2002 in Prozent der Todesfälle



Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Unfallverhütungsbericht Arbeit 2002.

8.2 Medizinische Versorgung

8.2.1 Berufstätige Ärztinnen und Ärzte

Für die Behandlung der Krankheiten ist eine quantitativ ausreichende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung besonders bedeutsam. Die medizinische Versorgung hat sich in den vergangenen Jahren ständig verbessert. Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte ist, wie Tabelle 3 zeigt, im Vergleich zu 1970 um insgesamt 140 % gestiegen. Rein rechnerisch entfielen im Jahr 2003 auf jede berufstätige Ärztin und jeden berufstätigen Arzt 271 Einwohner gegenüber 615 im Jahr 1970. Die Anzahl der Zahnärztinnen und Zahnärzte hat sich seit 1970 um rund 68 % erhöht. Im Jahr 1970

Tab. 3: Ärztedichte

Jahr	Ärztinnen/Ärzte		Zahnärztinnen/Zahnärzte	
	Anzahl	Einwohner je Ärztin/Arzt	Anzahl	Einwohner je Zahnärztin/Zahnarzt
1970	126 909	615	38 524	2 027
1980	173 325	452	42 949	1 825
1985	198 845	391	48 610	1 598
1991	244 238	329	54 972	1 460
1995	273 880	299	60 616	1 350
1996	279 335	294	61 404	1 336
1997	282 737	290	62 024	1 323
1998	287 032	286	62 277	1 317
1999	291 171	282	62 564	1 313
2000	294 676	279	63 202	1 300
2001	297 893	277	63 854	1 291
2002	301 060	274	64 484	1 280
2003	304 117	271	64 609	1 277

Quelle: Bundesärztekammer, Bundeszahnärztekammer.

Tab. 4: Berufstätige Ärztinnen und Ärzte am 31. 12. 2003 nach Fachgebiet und Geschlecht

Fachgebiet	Insgesamt		Männlich	Weiblich
	Anzahl	%		
Insgesamt	304 117	100,0	187 981	116 136
Ärztinnen/Ärzte mit Fachgebiet	207 733	68,3	140 365	67 368
Allgemeinmedizin	39 238	12,9	24 793	14 445
Anästhesiologie	16 108	5,3	9 690	6 418
Arbeitsmedizin	2 654	0,9	1 563	1 091
Augenheilkunde	6 461	2,1	3 829	2 632
Chirurgische Gebiete	18 674	6,1	16 177	2 497
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	15 384	5,1	8 368	7 016
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	5 420	1,8	3 837	1 583
Haut- und Geschlechtskrankheiten	4 867	1,6	2 639	2 228
Innere Medizin	37 855	12,4	28 154	9 701
Kinderheilkunde	11 354	3,7	5 791	5 563
Nervenheilkunde	4 633	1,5	2 994	1 639
Neurologie	2 847	0,9	1 972	875
Orthopädie	7 896	2,6	7 026	870
Pathologische Gebiete	1 374	0,5	1 036	338
Psychiatrie, Psychiatrie und Psychotherapie	5 992	2,0	3 341	2 651
Radiologische Gebiete	6 986	2,3	4 924	2 062
Urologie	4 651	1,5	4 242	409
Sonstige Fachgebiete	15 339	5,0	9 989	5 350
Praktische Ärztinnen/Ärzte	7 905	2,6	3 749	4 156
Ärztinnen/Ärzte ohne Fachgebiet	74 220	24,4	37 079	37 141
Ärztin/Arzt im Praktikum	14 259	4,7	6 788	7 471

Quelle: Bundesärztekammer.

hatten sie pro Kopf noch durchschnittlich 2 027 Einwohner zu betreuen, 2003 waren es nur noch 1 277 Einwohner (s. Tab. 3).

Von den 304 117 berufstätigen Ärztinnen und Ärzten arbeiteten 2003 rund 13 bzw. 12 % in den Fachgebieten Allgemeinmedizin und Innere Medizin. In den chirurgischen Gebieten waren rund 6 % von ihnen tätig. Der Anteil der Ärztinnen und Ärzte betrug in den Gebieten Frauenheilkunde und Geburtshilfe sowie der Anästhesiologie jeweils 5 %. Knapp 4 % arbeiteten in der Kinderheilkunde. Ärztinnen und Ärzte ohne Fachgebiet hatten einen Anteil von 24 %.

Der Anteil der Ärztinnen lag 2003 bei insgesamt 38 %. Allerdings gibt es ganz erhebliche Unterschiede in den einzelnen Fachgebieten. So waren unterdurchschnittlich wenige Ärztinnen in den chirurgischen Gebieten, in der Orthopädie und in der Urologie beschäftigt. Lediglich auf rund 9 % belief sich der Anteil der Frauen, die auf dem Gebiet der Urologie tätig waren. Hingegen betrug der Anteil der Ärztinnen in der Frauenheilkunde und Geburtshilfe etwa 46 % und in der Kinderheilkunde sogar rund 49 %.

Rund 41 % aller berufstätigen Ärztinnen und Ärzte übten 2003 ihren Beruf in freier Praxis aus, 48 % arbeiteten in einem Krankenhaus. Hauptberuflich bei Behörden, öffentlich-rechtlichen Körperschaften, als angestellte Ärzte und Praxisassistenten oder in einer sonstigen ärztlichen Tätigkeit waren 11 % beschäftigt.

8.2.2 Stationäre Versorgung

Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Ende 2002 standen in Deutschland 3 564 Einrichtungen mit insgesamt 732 000 Betten zur stationären Versorgung von 19,5 Mill. Patientinnen und Patienten zur Verfügung, davon 2 221 Krankenhäuser mit 547 000 Betten und 1 343 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit 185 000 Betten.

Tab. 5: Stationäre Einrichtungen, Betten, behandelte Patientinnen/Patienten und durchschnittliche Verweildauer

Jahr	Krankenhäuser				Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen			
	Einrichtungen	Betten	Stationär behandelte Patienten	Verweildauer	Einrichtungen	Betten	Stationär behandelte Patienten	Verweildauer
	Anzahl	1 000	Mill.	Tage	Anzahl	1 000	Mill.	Tage
1991	2 411	666	14,6	14,0	1 181	144	1,5	31,0
1993	2 354	629	15,2	12,5	1 245	156	1,6	30,9
1994	2 337	618	15,5	11,9	1 329	173	1,8	31,2
1995	2 325	609	15,9	11,4	1 373	182	1,9	31,0
1996	2 269	594	16,2	10,8	1 404	190	1,9	30,2
1997	2 258	580	16,4	10,4	1 387	189	1,6	27,3
1998	2 263	572	16,8	10,1	1 395	191	1,7	26,4
1999	2 252	565	17,1	9,9	1 398	190	1,9	26,0
2000	2 242	560	17,3	9,7	1 393	190	2,0	25,8
2001	2 240	553	17,3	9,4	1 388	189	2,1	25,5
2002	2 221	547	17,4	9,2	1 343	185	2,0	25,5

Die durchschnittliche Verweildauer der 17,4 Mill. Krankenhauspatientinnen und -patienten lag bei 9,2 Tagen, die der 2,0 Mill. Patientinnen und Patienten in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen bei 25,5 Tagen.

Gegenüber 1991 ist die Zahl der vollstationär behandelten Patientinnen und Patienten insgesamt um 3,4 Mill. (+ 21,1 %) im Jahr 2002 gestiegen.

Während die gestiegenen Fallzahlen ein Indiz für die Zunahme des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung mit entsprechend erhöhter Krankheitsanfälligkeit sind, lässt sich die Verkürzung der durchschnittlichen Verweildauer mit dem medizinischen Fortschritt einerseits und den Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitsbereich andererseits erklären.

Personal in Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

1 239 000 Personen zählten im Jahr 2002 zum Personal der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. Es setzte sich zusammen aus dem ärztlichen Personal (137 000) mit hauptamtlichen Ärzten und Ärztinnen, Ärzten und Ärztinnen im Praktikum sowie Zahnärzten und Zahnärztinnen (s. Tab. 6), dem nicht-ärztlichen Personal (s. Tab. 7), dem Personal der Ausbildungsstätten (7 000), den Schülern und Schülerinnen sowie Auszubildenden (78 500) mit insgesamt 1 102 000 Beschäftigten.

Tab. 6: Ärztliches Personal in Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 2002

Funktionale Stellung	Krankenhäuser			Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen		
	Beschäftigte insgesamt	Davon:		Beschäftigte insgesamt	Davon:	
		männlich	weiblich		männlich	weiblich
Hauptamtliche Ärzte/Ärztinnen	116 061	75 727	40 334	9 013	5 085	3 928
dar. Teilzeitbeschäftigte	12 301	3 084	9 217	1 456	447	1 009
Davon						
Leitende Ärzte/Ärztinnen	12 109	11 253	856	1 658	1 366	292
Oberärzte/-ärztinnen	24 790	19 447	5 343	1 952	1 335	617
Assistenzärzte/-ärztinnen	79 162	45 027	34 135	5 403	2 384	3 019
Ärzte/Ärztinnen im Praktikum	9 986	.	.	169	.	.
Zahnärzte/-ärztinnen	1 354	.	.	-	.	.
Insgesamt	127 401	.	.	9 182	.	.

Knapp 35 % des hauptamtlichen ärztlichen Personals war weiblich. Teilzeitbeschäftigung wurde von lediglich knapp 11 % der hauptamtlichen Ärzte und Ärztinnen ausgeübt. Der Anteil der teilzeitbeschäftigten hauptamtlichen Ärztinnen war mit 23 % annähernd sechs mal so hoch wie der Anteil der teilzeitbeschäftigten hauptamtlichen Ärzte mit 4 %.

Von den insgesamt 1 016 000 Personen im nichtärztlichen Dienst, arbeitete gut ein Drittel (372 000) Teilzeit (s. Tab. 7). Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten insgesamt betrug 80 %, der Anteil an den Teilzeitbeschäftigten 93 %.

Tab. 7: Nichtärztliches Personal in Krankenhäusern
und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 2002

Personalgruppe/ Berufsbezeichnung	Beschäftigte insgesamt	Davon:		Darunter Teilzeitbeschäftigte:		
		männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Pflegedienst (Pflegebereich)	443 387	59 398	383 989	172 683	10 206	162 477
Medizinisch-technischer Dienst	186 699	28 387	158 312	71 094	4 281	66 813
Funktionsdienst	107 377	21 989	85 388	37 881	2 353	35 528
Klinisches Hauspersonal	34 740	905	33 835	19 302	159	19 143
Wirtschafts- und Versor- gungsdienst	95 947	24 819	71 128	35 498	2 250	33 248
Technischer Dienst	25 014	23 427	1 587	1 925	1 423	502
Verwaltungsdienst	81 716	23 165	58 551	26 629	2 295	24 334
Sonderdienste	6 960	1 861	5 099	2 696	475	2 221
Sonstiges Personal	34 425	24 134	10 291	4 281	1 081	3 200
Insgesamt	1 016 265	208 085	808 180	371 989	24 523	347 466

Personalintensivster Bereich war mit 443 000 Beschäftigten der Pflegedienst, gefolgt vom medizinisch-technischen Dienst mit 187 000, dem Funktionsdienst mit 107 000, dem Wirtschafts- und Versorgungsdienst mit 96 000 und dem Verwaltungsdienst mit 82 000 Beschäftigten.

8.3 Schwangerschaftsabbrüche

Mit der Neuregelung zum Schwangerschaftsabbruch im Jahr 1995 erfolgte auch eine gesetzliche Neuregelung der Schwangerschaftsabbruchstatistik. Seit dem 1. Januar 1996 ist das Gesetz zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten (SchKG, BGBl I S. 1398) vom 27. Juli 1992 in der Fassung vom 21. August 1995 (BGBl I S. 1050) Rechtsgrundlage für die Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland. Damit wurde die vom Bundesverfassungsgericht grundsätzlich gebilligte Beratungsregelung mit den im Urteil vom 28. Mai 1993 aufgeführten Vorgaben umgesetzt. Die Neuregelung hatte erhebliche Auswirkungen auf die Statistik.

Da die Schwangerschaftsabbruchstatistik eine zentrale Bundesstatistik ist, erfolgt die Erhebung und Aufbereitung durch das Statistische Bundesamt. Auskunftspflichtig sind die Inhaber der Arztpraxen und die Leiter der Krankenhäuser, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden. Seit 1996 werden Name und Anschrift der Einrichtung als Hilfsmerkmal erfasst. Damit sind anonyme Meldungen, wie bis 1995 üblich, nicht mehr zulässig. Durch diesen qualitativen Unterschied kann seit 1996 zuverlässig kontrolliert werden, ob die Berichtspflicht eingehalten wird.

Die Bundesstatistik ermöglicht Feststellungen über Anzahl und Art der Abbrüche von Schwangerschaften und gibt Hinweise auf ausgewählte Lebensumstände wie Alter, Familienstand und Kinderzahl der betroffenen Frauen.

Für das Berichtsjahr 2003 wurden in Deutschland 128 030 Schwangerschaftsabbrüche an das Statistische Bundesamt gemeldet (s. Tab. 8). 45 % der Frauen waren zum Zeitpunkt des Eingriffs verheiratet, 49 % ledig. In 6 % aller Fälle handelt es sich um Minderjährige. Fast 40 % der Frauen hatten zum Zeitpunkt des Schwangerschaftsabbruchs noch keine Kinder geboren, dabei haben die 20- bis 25-Jährigen Frauen den größten Anteil (35 %). Jeweils ein Viertel aller betroffenen Frauen hatte bislang eine bzw. zwei Lebendgeburten. In 26 % der Fälle hatte die Schwangere ein Kind und in 33 % aller Fälle mehrere Kinder in ihrem Haushalt zu versorgen.

Als rechtliche Begründung für den Schwangerschaftsabbruch wird mit 97,3 % die Beratungsregelung angegeben, in 2,7 % der Fälle wurde er durch eine medizinische bzw. kriminologische Indikation begründet. Häufigste Abbruchmethode ist mit 81,3 % die Vakuumaspiration (Absaugmethode); 6,1 % der Abbrüche wurden mit dem Ende 1999 eingeführten Mittel Mifegyne^R durchgeführt, damit ist die Bedeutung von Mifegyne^R weiter gestiegen. Überwiegend wurden die Schwangerschaftsabbrüche in gynäkologischen Praxen vorgenommen (78 %). Knapp 5 % aller Frauen ließen den Eingriff in einer Einrichtung außerhalb des Bundeslandes, in dem sie wohnten, vornehmen.

Tab. 8: Schwangerschaftsabbrüche 1996 bis 2003
nach Dauer der abgebrochenen Schwangerschaft

Schwangerschafts- dauer von . . . bis . . . unter Wochen	1996	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Insgesamt	130 899	131 795	130 471	134 609	134 964	130 387	128 030
unter 6	11 150	11 984	12 786	15 478	15 626	15 189	14 649
6 – 8	43 494	45 745	45 565	46 492	47 474	46 224	44 414
8 – 10	48 820	47 805	46 695	46 773	46 245	44 096	43 500
10 – 13	25 329	23 877	23 412	23 769	23 538	22 829	23 206
13 – 17	965	1 178	871	849	883	840	972
17 – 20	520	598	574	632	633	592	631
20 – 23	464	433	404	462	388	429	441
23 und mehr	159	175	164	154	177	188	217

Tab. 9: Zeitliche Entwicklung der Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche
1996 bis 2003

Schwangerschafts- abbrüche	1996	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Anzahl	130 899	131 795	130 471	134 609	134 964	130 387	128 030
je 10 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren	76	77	77	80	80	78	76

Die Quote der »Schwangerschaftsabbrüche je 10 000 Frauen im gebärfähigen Alter«, d. h. die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche je 10 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren, lag 2003 mit 76 genauso hoch wie 1996. Bezogen auf je 10 000 Frauen der Altersgruppe der 15- bis unter 20-Jährigen wurde 1996 bei 51 und im Jahr 2003 bei 69 jungen Frauen ein Schwangerschaftsabbruch vorgenommen.

In diesem Zeitrahmen wurden gleichbleibend rund 97 % der Abbrüche nach der Beratungsregelung in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen durchgeführt. Der Anteil der Schwangerschaftsabbrüche der unter 18-Jährigen an der Gesamtzahl ist in diesem Zeitraum von 3,6 auf 6 % angestiegen.

Von 1996 bis 2003 hat der Anteil der Frauen, die zum Eingriffszeitpunkt verheiratet waren, von 52,3 auf 45,2 % abgenommen.

8.4 Schwerbehinderte Menschen

Im Unterschied zu einer akuten Krankheit oder einer Unfallschädigung mit kurzer Heilungsdauer ist eine Behinderung eine Beeinträchtigung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für längere Zeit, möglicherweise für das ganze Leben.

In der Statistik werden seit 1985 nur noch die schwerbehinderten Menschen erfasst – zuvor wurden auch Personen mit leichter Behinderung berücksichtigt. Als schwerbehindert gelten Personen, denen ein Grad der Behinderung von 50 oder mehr zuerkannt wurde. Am 31. Dezember 2003 waren bei den Versorgungsämtern 6,6 Mill. amtlich anerkannte schwerbehinderte Menschen mit gültigem Ausweis registriert, das entsprach einem Anteil von 8 % der Bevölkerung. Über die Hälfte dieses Personenkreises (52,5 %) waren Männer.

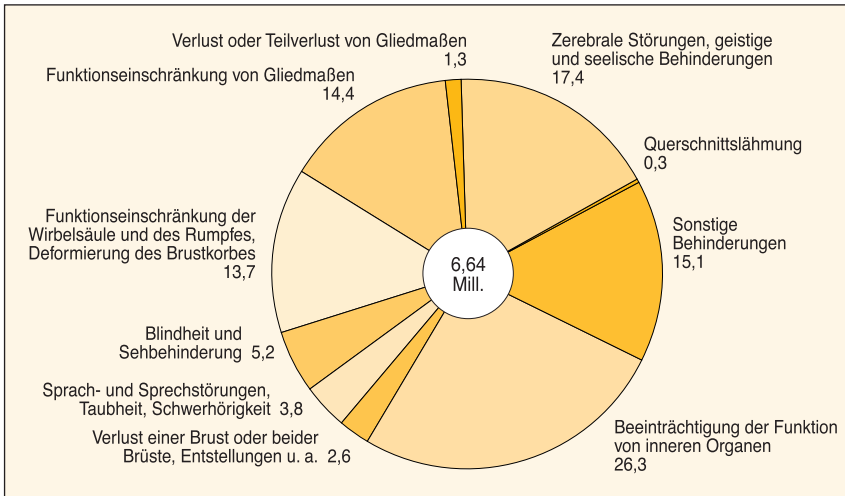
Die Gliederung der Behinderten nach Altersgruppen zeigt eine starke »Alterslastigkeit«. Behinderung kommt bei Personen im fortgeschrittenen Alter naturgemäß häufiger vor als bei jüngeren Menschen. Knapp drei Viertel (74,0 %) der schwer behinderten Menschen waren 55 Jahre oder älter, der Anteil der unter 25-Jährigen war mit 4,1 % relativ gering.

Die weitaus meisten Behinderungen – nämlich 83,5 % der Fälle – waren krankheitsbedingt. Weitere 1,8 % der schwer behinderten Menschen hatten dauernde Schäden

Tab. 10: Schwerbehinderte Menschen am 31. 12. 2003

Schwerbehinderte	Ins- gesamt 1 000	Im Alter von . . . Jahren			
		unter 25	25–54	55–64	65 u. mehr
%					
Insgesamt	6 639	4,1	22,0	22,4	51,6
Männer	3 485	4,5	22,5	24,9	48,1
Frauen	3 154	3,6	21,3	19,5	55,5

Abb. 2: Schwerbehinderte Menschen 2003 Anteile in Prozent



im Krieg, im Wehr- oder Zivildienst erlitten und in 4,7 % der Fälle war die Behinderung angeboren. Bei 2,5 % wurde das Leiden durch einen Unfall oder eine Berufskrankheit verursacht.

Wie Abbildung 2 zeigt, ist die häufigste Behinderungsart die Beeinträchtigung der inneren Organe bzw. Organsysteme mit einem Anteil von 26,3 %. Darunter befanden sich allein 667 923 Herz- und Kreislaufkranke, das sind 10,1 % aller schwerbehinderten Menschen. Am zweithäufigsten waren bei den körperlichen Behinderungen die Fälle mit einer Funktionseinschränkung der Gliedmaßen (14,4 %). Bei 13,7 % der schwerbehinderten Menschen waren Wirbelsäule und Rumpf in ihrer Funktion eingeschränkt. In 5,2 % der Fälle lag Blindheit oder Sehbehinderung vor. Auf zerebrale Störungen sowie geistige Behinderungen und seelische Behinderungen entfielen zusammen 17,4 %.

8.5 Ausgaben für Gesundheit

Die Ausgaben für Gesundheit fassen die finanziellen Aufwendungen einer Gesellschaft für den Erhalt und die Wiederherstellung der Gesundheit ihrer Mitglieder zusammen. Die Gesundheitsausgabenrechnung liefert als Zeitreihe für die Jahre 1992 bis 2002 differenzierte Informationen zu den Trägern der Ausgaben sowie der Verwendung der Mittel nach Leistungen und Leistung erbringenden Einrichtungen.

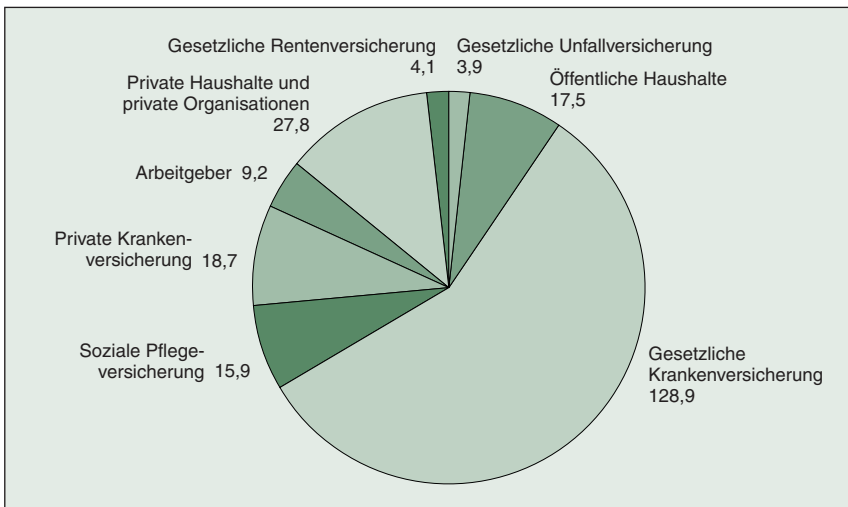
In Deutschland wurden im Jahr 2002 insgesamt 234,2 Mrd. Euro für Gesundheitsleistungen ausgegeben. Im Zeitraum von 1992 bis 2002 sind die Gesundheitsaus-

gaben nominal (in jeweiligen Preisen) von 163,2 Mrd. Euro um insgesamt 71,0 Mrd. Euro angestiegen, das entspricht einer Steigerung von 43,5 %. Die Folgekosten der Wiedervereinigung waren ausschlaggebend für den hohen Stand der Ausgaben im Jahr 1992 und die nachfolgenden stärkeren Ausgabenanstiege bis zum Jahr 1996. Danach haben sich die Zuwächse spürbar abgeschwächt und betragen seit 1997 jährlich jeweils zwischen 2 und 3 %. Von 2001 bis 2002 sind die Gesundheitsausgaben um 3,1 % bzw. 7,1 Mrd. Euro angestiegen.

Die Gesundheitsausgaben stiegen von 1992 bis 2002 nominal (in jeweiligen Preisen) – außer zwischen 1996 und 1998 sowie 1999/2000 – stärker als das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Im Jahr 2002 lag der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP in Deutschland bei 11,1 %. Zwischen 1992 und 1996 ist er um einen Prozentpunkt angestiegen und lag seither auf etwa gleichbleibendem Niveau. Der Wert der produzierten Gesundheitsgüter und -dienstleistungen hat sich damit im Gleichschritt mit dem Wert aller produzierten Waren und Dienstleistungen entwickelt.

Die gesetzliche Krankenversicherung, die traditionell der größte Ausgabenträger ist, wendete im Jahr 2002 128,9 Mrd. Euro für Gesundheitsausgaben auf. Das sind rund 57 % der gesamten Gesundheitsausgaben. Zwischen 1992 und 2002 sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung um 34,4 Mrd. Euro gestiegen. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 3,0 %. Die Ausgaben der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck haben sich in diesem Zeitraum um 11,1 Mrd. Euro bzw. durchschnittlich 5,0 % jährlich erhöht. Ebenfalls gestiegen sind die Gesundheitsausgaben der privaten Krankenversicherung (7,8 Mrd. Euro; + 5,1 % jährlich).

Abb. 3: Gesundheitsausgaben 2002 nach Ausgabenträgern in Mrd. Euro



Tab. 11: Gesundheitsausgaben 2002
nach Leistungsarten und Einrichtungen

	Mrd. EUR	%
<i>Leistungsarten</i>		
Prävention/Gesundheitsschutz	10,7	4,5
Ärztliche Leistungen	60,8	26,0
Pflegerische und therapeutische Leistungen	53,9	23,0
Ausgleich krankheitsbedingter Folgen	4,7	2,0
Unterkunft und Verpflegung	14,9	6,3
Waren	62,3	26,6
davon: Arzneimittel	36,6	15,6
Hilfsmittel	12,3	5,3
Zahnersatz	5,9	2,5
Sonstiger medizinischer Bedarf	7,6	3,2
Transporte	3,8	1,6
Verwaltungsleistungen	12,6	5,4
Forschung	2,4	1,0
Ausbildung	1,7	0,7
Investitionen	6,5	2,8
<i>Einrichtungen</i>		
Gesundheitsschutz	4,3	1,8
Ambulante Einrichtungen	108,4	46,3
dar.: Arztpraxen	31,5	13,4
Zahnarztpraxen	14,8	6,3
Apotheken	32,2	13,8
Stationäre und teilstationäre Gesundheitsversorgung	89,7	38,3
dar.: Krankenhäuser	63,8	27,2
stationäre und teilstationäre Pflege	16,8	7,2
Rettungsdienste	2,3	1,0
Verwaltung	13,6	5,8
Sonstige Einrichtungen und private Haushalte	9,0	3,8
Ausland	0,4	0,2
Investitionen	6,5	2,8
<i>Gesundheitsausgaben</i>	234,2	100

Arzneimittel (inkl. Verbandmittel), Hilfsmittel, Zahnersatz sowie sonstiger medizinischer Bedarf werden als »Waren« bezeichnet. Die Ausgaben für Waren lagen im Jahr 2002 mit 62,3 Mrd. Euro bzw. einem Anteil von 27 % knapp vor den Ausgaben für ärztliche Leistungen (60,8 Mrd. Euro bzw. 26 %).

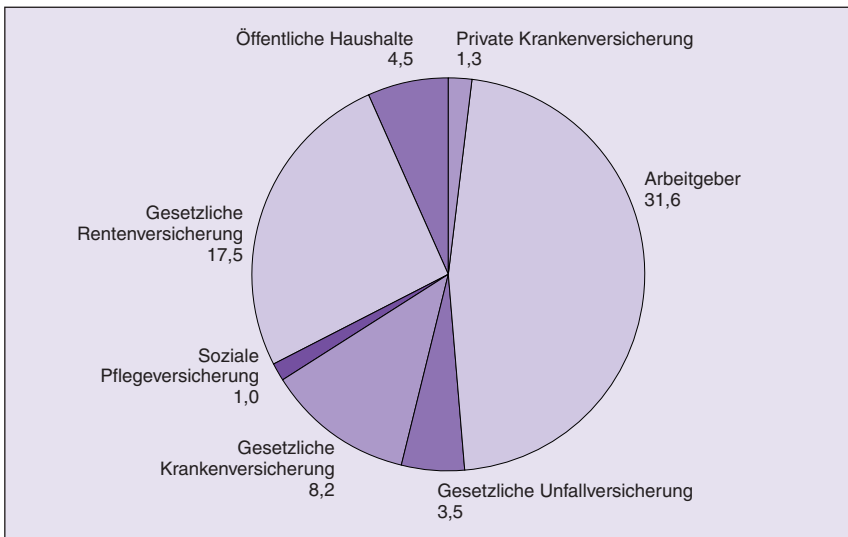
Für Leistungen der ambulanten Einrichtungen wurden im Jahr 2002 insgesamt 108,4 Mrd. Euro ausgegeben, das entspricht einem Anteil von 46 % an den gesamten Gesundheitsausgaben. Hierzu gehören Arztpraxen, Zahnarztpraxen, Apotheken usw.

89,7 Mrd. Euro bzw. 38 % wurden für die stationären und teilstationären Einrichtungen, zu denen unter anderem Krankenhäuser (63,8 Mrd. Euro) und stationäre Pflegeheime (16,8 Mrd. Euro) zählen, aufgewendet. Von 1992 bis 2002 haben sich die

Ausgaben für ambulante und stationäre sowie teilstationäre Einrichtungen um 32,6 bzw. 26,9 Mrd. Euro erhöht.

Transferzahlungen wie Krankengelder, vorzeitige Renten bei Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit sowie Entgeltfortzahlungen werden als Einkommensleistungen bezeichnet und nicht zu den Gesundheitsausgaben gezählt. Im Jahr 2002 wurden in Deutschland insgesamt 67,8 Mrd. Euro als Einkommensleistungen gezahlt. Dies waren 8,0 Mrd. Euro mehr als noch 1992, was einer Steigerung um insgesamt 13,4 % entspricht.

Abb. 4: Einkommensleistungen 2002 nach Ausgabenträgern in Mrd. Euro



Zur Finanzierung der Gesundheitsausgaben und Einkommensleistungen tragen die öffentlichen Haushalte, die Arbeitgeber sowie die privaten Haushalte und privaten Organisationen in unterschiedlichem Maße bei: Im Jahr 2002 wendeten die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck mit insgesamt 144,2 Mrd. Euro (48 %) am meisten hierfür auf. Insgesamt 117,3 Mrd. Euro bzw. 39 % der Gesamtausgaben finanzierten die öffentlichen und privaten Arbeitgeber. 13 % der Ausgaben des Gesundheitswesens wurden von den öffentlichen Haushalten gezahlt, das entspricht 40,5 Mrd. Euro.

9 Soziale Sicherung

9.1 Entwicklung des Systems der sozialen Sicherung

Das System der sozialen Sicherung hat in einer langen historischen Entwicklung zu seiner heutigen Form gefunden und spiegelt damit ein Stück deutscher Sozialgeschichte wider. Gelegt wurde der Grundstein im Jahre 1881 mit der von Otto von Bismarck angeregten Gesetzgebung zur Krankenversicherung der Arbeiter, dem Unfallversicherungsgesetz und dem Gesetz über die Invaliditäts- und Alterssicherung. Zwei Weltkriege mit tief greifenden sozialen Umwälzungen haben die weitere Entwicklung entscheidend geprägt. Von besonderer Bedeutung für den Ausbau der sozialen Sicherung war das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes.

So fließt heute ein hoher Anteil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte (einschl. der Sozialversicherungsträger und der Bundesagentur für Arbeit) in die soziale Sicherung. Seit einigen Jahren wird jedoch – auch angesichts von Finanzierungsproblemen – eine rege Debatte über notwendige Reformen geführt. Aktuelle Beispiele hierfür sind die zum 1. 1. 2005 beschlossene Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, die Diskussionen um die Ausgestaltung der Altersvorsorge und die Finanzierung der Krankenversicherung.

9.2 Das Sozialbudget

Einen Überblick über das System der sozialen Sicherung bietet das Sozialbudget der Bundesregierung. Hier werden jährlich die verschiedenen Leistungen des Sicherungssystems zusammengestellt. Außerdem ist die Höhe der jeweiligen Finanzierung durch öffentliche Zuweisungen sowie durch die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber ablesbar.

Um eine Vergleichbarkeit der einzelnen Bereiche untereinander und mit den umfassenderen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu ermöglichen, mussten für die Darstellung im Sozialbudget die Leistungen bereinigt werden. So werden in dieser Darstellung beispielsweise die Sozialleistungen insgesamt um die Selbstbeteiligung der Leistungsempfängerinnen und -empfänger und um die Beiträge des Staates zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung für Empfänger/-innen sozialer Leistungen bereinigt. Durch diese und andere Bereinigungen weichen die Leistungsangaben, z. B. zur Rentenversicherung, von der in den Kapiteln 9.4 bis 9.11 dargestellten Höhe der Ausgaben ab. Die Leistungen des Sozialbudgets insgesamt beliefen sich 2001 für Deutschland auf rund 702 Mrd. Euro. Die Sozialleistungsquote, das Verhältnis dieser Sozialleistungen zum Bruttoinlandsprodukt, betrug 2001 für Deutschland 33,8 %.

Tab. 1: Leistungen des Sozialbudgets 2001

Institution	Leistungen insgesamt		Finanzierung durch		
			Beiträge der		Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln
	Mrd. EUR	%	Versicherten	Arbeitgeber	
Sozialbudget insgesamt¹	701,7	100,0	211 948	237 271	249 508
Allgemeine Systeme	455,6	64,9	205 390	155 551	87 700
Rentenversicherung	224,4	32,0	82 164	71 100	70 457
Pflegeversicherung	16,8	2,4	10 611	5 962	–
Krankenversicherung	138,1	19,7	87 281	44 504	1 249
Unfallversicherung	10,9	1,6	1 348	9 071	308
Arbeitsförderung	65,4	9,3	23 986	24 914	15 686
Sondersysteme	5,4	0,8	5 008	434	2 561
Alterssicherung der Landwirte	3,3	0,5	755	–	2 561
Versorgungswerke	2,1	0,3	4 253	434	–
Leistungssysteme des öffentl. Dienstes	50,7	7,2	225	21 106	26 068
Pensionen	34,2	4,9	225	12 077	20 231
Familienzuschläge	7,2	1,0	–	–	5 767
Beihilfen	9,3	1,3	–	9 029	70
Leistungssysteme der Arbeitgeber	57,9	8,3	1 325	60 180	917
Entgeltfortzahlung	28,6	4,1	–	28 598	–
Betriebliche Altersversorgung	14,9	2,1	741	24 496	–
Zusatzversorgung	8,6	1,2	584	5 885	590
Sonst. Arbeitgeberleistungen	5,8	0,8	–	1 201	327
Entschädigungssysteme	6,1	0,9	–	–	6 243
Soziale Entschädigung	4,8	0,7	–	–	4 942
Lastenausgleich	0,1	0,0	–	–	125
Wiedergutmachung	1,0	0,1	–	–	1 029
Sonst. Entschädigungen	0,1	0,0	–	–	147
Förder- und Fürsorgesysteme	54,0	7,7	–	–	53 998
Sozialhilfe ²	26,3	3,7	–	–	26 292
Jugendhilfe	17,1	2,4	–	–	17 133
Kindergeld	0,1	0,0	–	–	105
Erziehungsgeld	3,6	0,5	–	–	3 628
Ausbildungsförderung	1,2	0,2	–	–	1 191
Wohngeld	4,3	0,6	–	–	4 330
Förderung der Vermögensbildung	1,3	0,2	–	–	1 319
Indirekte Leistungen	72,0	10,3	–	–	72 021
Steuerliche Maßnahmen (ohne FLA)	40,1	5,7	–	–	40 116
Familienleistungsausgleich (FLA)	31,9	4,5	–	–	31 905
Nachrichtlich ³ :					
Früheres Bundesgebiet	597,8	85,2	177 954	207 410	205 346
Neue Länder und Berlin-Ost	103,8	14,8	33 996	29 860	44 161

1 Einschl. Beiträge des Staates. – 2 Einschl. Leistungen an Asylbewerber. – 3 Ohne Beiträge des Staates.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung.

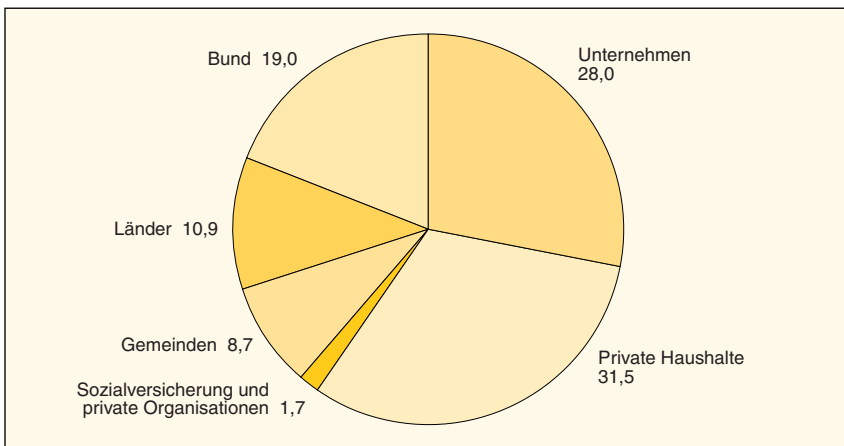
Wer finanziert das soziale Netz? Drei große Beitragszahler sind auszumachen: Der Staat (Bund, Länder und Gemeinden), die Arbeitgeber und die privaten Haushalte.

9.3 Die Bestandteile des Sozialbudgets

Mit 64,9 % hatte 2001 das so genannte »Allgemeine System« der sozialen Sicherung, das die Sozialversicherungen umfasst, den größten Anteil am Sozialbudget. Die »indirekten Leistungen« waren der zweitgrößte Posten des Sozialbudgets (10,3 %). Hierzu gehören insbesondere sozialpolitisch motivierte Steuererleichterungen wie das Splitting-Verfahren für Ehegatten und der Familienleistungsausgleich. Die »Förder- und Fürsorgesysteme« bildeten mit einem Anteil von 7,7 % den drittgrößten Block im Sozialbudget. In diesem Leistungsbereich sind Sozialhilfe, Jugendhilfe, Kinder- und Erziehungsgeld, Ausbildungsförderung, Wohngeld und Vermögensbildung zusammengefasst.

Durch »Leistungssysteme der Arbeitgeber« wurden insgesamt 57,9 Mrd. Euro aufgewendet. Hierzu zählen die Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall, die betriebliche Altersversorgung und die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst sowie sonstige Arbeitgeberleistungen (z. B. Bereitstellung von Betriebswohnungen). Die »Leistungssysteme des öffentlichen Dienstes« hatten 2001 mit 50,7 Mrd. Euro einen Anteil von 7,2 % am Sozialbudget. Wie bei den »Allgemeinen Systemen« steht auch hier die Altersversorgung, und zwar die des öffentlichen Dienstes, im Vordergrund. Die Be-

Abb. 1: Finanzierung des Sozialbudgets 2001 nach Quellen in Prozent



Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

deutung der »Entschädigungssysteme« verliert mit zunehmendem Abstand von den Ereignissen in der Zeit des Nationalsozialismus 1933 bis 1945 an Gewicht. Durch finanzielle Entschädigungen für die Opfer der Gewaltherrschaft, des Krieges und der Kriegsfolgen versucht der Staat, einen materiellen Beitrag zur Wiedergutmachung zu leisten. 2001 wurden 6,1 Mrd. Euro für Entschädigungen verschiedener Art ausgeben.

Die so genannten »Sondersysteme«, d. h. die Alterssicherung der Landwirte (2001: 3,3 Mrd. Euro) und die Versorgungswerke für freiberuflich Tätige (2001: 2,1 Mrd. Euro), umfassten zusammen 0,8 % des Sozialbudgets. Sie dienen in erster Linie der Altersversorgung dieser Berufsgruppen.

9.4 Gesetzliche Rentenversicherung

Die Alters- und Hinterbliebenensicherung wird in der Bundesrepublik Deutschland von folgenden Institutionen geleistet: gesetzliche Rentenversicherung, Pensionen im öffentlichen Dienst, Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst, Altershilfe für Landwirte, Versorgungswerke (z. B. für Landwirte), Zusatzversicherung für einzelne Berufe sowie vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen.

Wichtigster und umfassendster Bereich ist die gesetzliche Rentenversicherung. 2001 lagen ihre Leistungen bei 224 Mrd. Euro, das sind 32,0 % des Sozialbudgets. Im Jahr 2000 gab es rund 43,2 Mill. Versicherte (siehe hierzu auch Fußnote 1 zu Tab. 2) in den drei Zweigen der Rentenversicherung (Rentenversicherung der Arbeiter, der Angestellten, knappschaftliche Rentenversicherung).

Von den Mitte 2001 gezahlten 23,3 Mill. Renten waren 75 % Versichertenrenten, 25 % gingen an die Hinterbliebenen der Versicherten (Hinterbliebenenrente). Von den Gesamtausgaben für Leistungen waren die Rentenzahlungen mit 200,4 Mrd. Euro 2001 der größte Posten. Darüber hinaus wurden 14,9 Mrd. Euro für die Krankenversicherung der Rentner aufgebracht und weitere 4,8 Mrd. Euro für Leistungen zur Teilhabe.

Die durchschnittliche monatliche Versichertenrente in der Rentenversicherung der Arbeiter lag 2001 für Männer bei 843 Euro, für Frauen bei 417 Euro. In der Angestelltenversicherung bekam ein Mann durchschnittlich 1 138 Euro, eine Frau 608 Euro. Der Unterschied in der Rentenhöhe ergibt sich unter anderem dadurch, dass die heute anspruchsberechtigten Frauen im Verlauf ihres Arbeitslebens im Durchschnitt geringer entlohnte Tätigkeiten ausführten. Außerdem haben viele Frauen – vor allem aus familiären Gründen – ihre Erwerbstätigkeit zeitweise unterbrochen oder frühzeitig beendet.

Die Renten in Deutschland sind in ihrer Höhe breit gestreut. Im Jahr 2002 waren Versichertenrenten bei Männern von 1 253 Euro und mehr am häufigsten (27,7 %), bei den Versichertenrenten der Frauen war die Größenklasse von 501 Euro bis 752 Euro am häufigsten anzutreffen (31,2 %).

Tab. 2: Gesetzliche Rentenversicherung 2001

	Deutschland	Rentenversicherung der		Knapp- schaftliche Rentenversi- cherung
		Arbeiter	Angestellten	
<i>1 000</i>				
Pflichtmitglieder und Beitragszahler seit 1924 ¹	x	x	x	x
Rentenbestand	23 261	13 235	9 035	991
<i>Mrd. EUR</i>				
Einnahmen	239,4	115,0	110,0	14,4
Darunter Beiträge (Soll)	164,7	68,0	95,6	1,1
Ausgaben	239,3	114,8	110,1	14,4
<i>EUR</i>				
Durchschnittliche Versichertenrente				
Frauen	506	417	608	673
Männer	974	843	1 138	1 302

¹ Ergebnis des Mikrozensus. Die Erhebung der Merkmale »Zweig der gesetzlichen Rentenversicherung« und »Zahlung von Beiträgen in der gesetzlichen Rentenversicherung s. d. 1. 1. 1924« wird in den Jahren 2001 bis einschl. 2004 ausgesetzt.

Die Rentenversicherung finanziert sich seit der Rentenreform von 1957 nach dem so genannten »Umlageverfahren«. Das bedeutet, dass die Beschäftigten von heute im Rahmen des »Generationenvertrages« die Renten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von gestern bezahlen.

Die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind die wichtigste Finanzierungsquelle der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Beitragshöhe beträgt momentan 19,5 % des Bruttolohns. Durch die Beitragseinnahmen wurden insgesamt rund 70 % der Gesamteinnahmen finanziert. Der Bund leistete Zuschüsse in Höhe von 25 %. Die übrigen Einnahmen, wie Vermögenserträge oder Erstattungen anderer Institutionen, haben einen nur geringen Anteil an der Gesamtfinanzierung.

Tab. 3: Die Verteilung der Renten nach Betragsgruppen am 1. 7. 2002

Rentenbetrag in EUR/Monat von ... bis unter ...	Versichertenrenten				Renten wegen Todes	
	Männer	%	Frauen	%	Witwen/Wit- wer-Renten	%
unter 50	84 298	1,1	79 966	0,8	167 569	3,1
50– 251	498 990	6,4	2 325 094	23,7	795 767	14,7
251– 501	563 395	7,2	2 316 505	23,6	1 399 604	25,9
501– 752	896 259	11,4	3 065 325	31,2	1 976 440	36,5
752–1 002	1 615 803	20,6	1 343 566	14,6	891 627	16,5
1 002–1 253	2 022 120	25,7	439 189	4,5	155 679	2,9
1 253 und mehr	2 173 644	27,7	162 412	1,7	25 736	0,5
Insgesamt	7 854 509	100	9 823 057	100	5 412 422	100

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung.

Betrachtet man die zentrale Bedeutung der Beitragszahlungen, werden die heute diskutierten Schwierigkeiten deutlich: Nur solange das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern konstant bleibt oder die Zahl der Beitragszahler sogar größer wird, funktioniert das Umlageverfahren ohne größere Probleme. Tritt jedoch eine Entwicklung ein, in deren Folge dieses Verhältnis ungünstiger wird, d. h. im Durchschnitt immer weniger Beitragszahler für die Finanzierung einer Rente aufkommen müssen, sind geeignete Maßnahmen notwendig, durch die die Versorgung der Menschen im Alter sichergestellt werden kann.

9.5 Gesetzliche Krankenversicherung

Zur Sicherung im Bereich der Gesundheit dienen folgende Institutionen des Sozialbudgets: die gesetzliche Kranken- und die Unfallversicherung, die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall durch den Arbeitgeber, die Beihilfen im öffentlichen Dienst bei Krankheit, Mutterschaft und Tod sowie die Aufwendungen für den öffentlichen Gesundheitsdienst (Beratung und Aufklärung in gesundheitlichen Fragen, Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten usw.).

Die gesetzliche Krankenversicherung spielt für die finanzielle Absicherung des Krankheitsrisikos eine entscheidende Rolle. Pflichtmitglieder sind die in einem Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis Beschäftigten, deren regelmäßiger Jahresverdienst die Beitragsbemessungsgrenze nicht übersteigt, sowie Rentnerinnen und Rentner, Auszubildende, Studierende und Arbeitslose. Ferner sind die landwirtschaftlichen Unternehmer und ihre mitarbeitenden Familienangehörigen sowie einige kleinere Gruppen von Selbstständigen pflichtversichert.

Im Jahresdurchschnitt standen 2001 insgesamt 71,0 Mill. Bürgerinnen und Bürger unter dem Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung. Rund 29,0 Mill. waren Pflichtmitglieder, 6,6 Mill. freiwillige Mitglieder und 15,3 Mill. Rentnerinnen bzw. Rentner. 20,0 Mill. waren als Familienangehörige mitversichert.

Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung beliefen sich 2001 nach der Berechnung für das Sozialbudget auf rund 138 Mrd. Euro; das entspricht einem Anteil von 19,7 % am Sozialbudget. Den stärksten Kostenblock bildeten – wie Tab. 4 zeigt – die Krankenhausbehandlungen mit rund 43,6 Mrd. Euro.

9.6 Soziale Pflegeversicherung

Seit 1995 ist das Sozialsystem mit der Pflegeversicherung um eine weitere Säule ergänzt worden. Sie soll Schutz vor den finanziellen Folgen der Pflegebedürftigkeit bieten. Ihre Leistungen sollen den Betroffenen ein möglichst selbstständiges und selbstbestimmtes Leben erlauben.

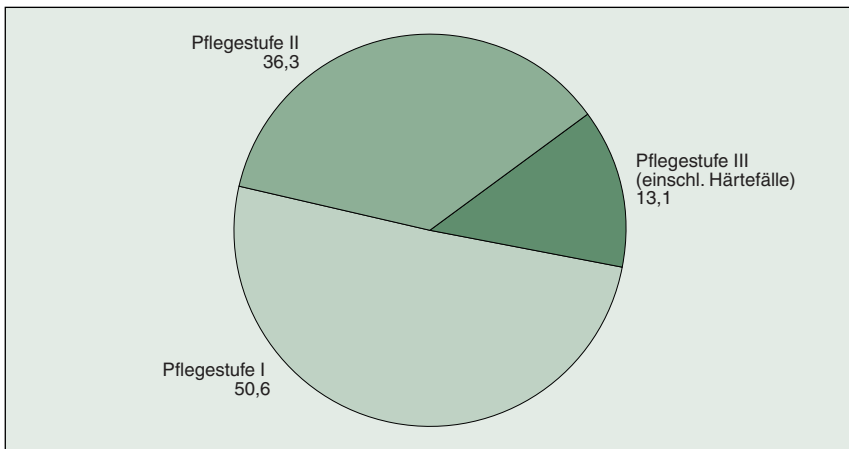
Tab. 4: Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung
in Mrd. EUR

Art der Ausgaben	2000	2001
Ausgaben insgesamt	133,8	138,8
darunter:		
Behandlung durch Ärzte und Zahnärzte	29,2	29,8
Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz	33,1	35,8
Krankenhausbehandlung	43,1	43,6
Krankengeld	7,1	7,7
Verwaltungskosten	7,3	7,6

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung.

Die Pflegeversicherung ist eine Pflichtversicherung – gesetzlich Versicherte sind in der Regel über ihre Krankenkasse in der zugehörigen Pflegekasse versichert, privat Versicherte bei ihrem privaten Versicherungsunternehmen. Seit April 1995 gibt es Leistungen für die häusliche (ambulante) Pflege, seit Juli 1996 auch für die stationäre Pflege in Heimen. Die Höhe der Zahlungen der gesetzlichen Pflegeversicherung richtet sich nach dem jeweiligen Hilfebedarf, der in drei Stufen eingeteilt ist. Zudem ist entscheidend, ob ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege erfolgt. Für die stationäre Pflege liegen die monatlichen Leistungen der Pflegeversicherung bei bis zu 1 687 Euro. In der ambulanten Pflege unterscheidet man Pflegegeld und Pflegesachleistungen. Bei Pflegesachleistungen erfolgt die Pflege durch einen Vertragspartner der Pflegekassen, z. B. durch eine Sozialstation. Mit dem Pflegegeld kann der oder

Abb. 2: Leistungsempfänger/-innen der sozialen Pflegeversicherung 2002
nach Pflegestufen in Prozent

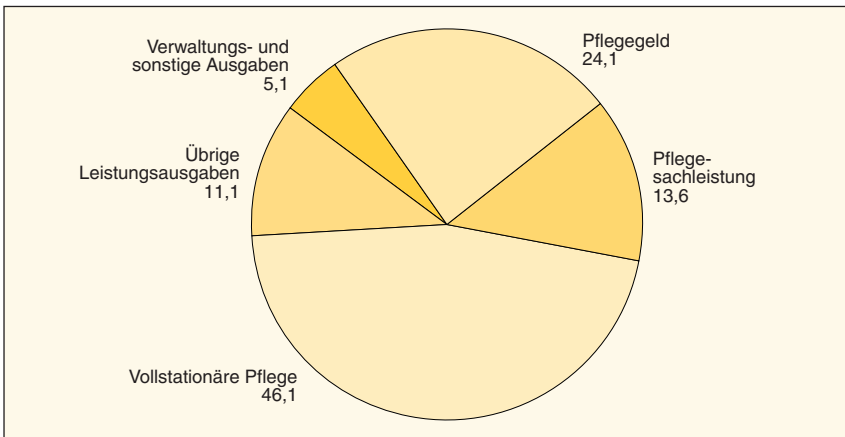


Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung.

die Betroffene die pflegerische Versorgung, z. B. durch Angehörige, selbst sicherstellen. Pflegegeld wird monatlich bis zu 665 Euro gewährt, Pflegesachleistungen bis zu einem Wert von 1 917 Euro. Kombinationen aus Geld- und Sachleistungen sind bei ambulanter Pflege möglich.

2002 waren in der sozialen Pflegeversicherung 71,0 Mill. Personen versichert. Leistungen aus der Pflegeversicherung erhielten 1,89 Mill. Pflegebedürftige. 1,29 Mill. (68,2 %) von ihnen wurden ambulant versorgt und 0,60 Mill. (31,8 %) stationär. 50,6 % der Pflegebedürftigen erhielten Leistungen der niedrigsten Leistungsstufe: der Pflegestufe I. Der Pflegestufe II waren 36,3 % zugeordnet und der Stufe III (einschl. Härtefälle) 13,1 %. Von den Ausgaben entfielen 46,1 % auf Leistungen im Bereich der vollstationären Pflege. 24,1 % wurden für Pflegegeld und 13,6 % für Pflegesachleistungen verwendet. 16,2 % entfielen auf übrige Leistungsausgaben sowie Verwaltungs- und sonstige Ausgaben.

Abb. 3: Ausgaben¹ der sozialen Pflegeversicherung 2002
in Prozent



1 Vorläufiges Ist-Ergebnis ohne Berücksichtigung der zeitlichen Rechnungsabgrenzung.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung.

Im Sozialbudget sind die Leistungen der Pflegeversicherung 2001 mit 16,8 Mrd. Euro verbucht. Dies entspricht einem – verglichen mit der Renten- bzw. Krankenversicherung – eher geringen Anteil von 2,4 %. Finanziert wird die Pflegeversicherung je zur Hälfte durch die Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Um den Beitrag von Arbeitgeberseite zu gewährleisten, fiel in den meisten Bundesländern ein gesetzlicher Feiertag im Jahr weg. Der Beitrag lag bis Mitte 1996 bei einem Prozent des Bruttoarbeitsentgelts. Mit der Einführung der stationären Pflegeleistungen wurde er auf 1,7 % erhöht. Zur Finanzierung der Pflegeversicherung werden keine öffentlichen Mittel zugewiesen.

9.6.1 Pflege in Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten

Rund die Hälfte (51 %) der gesamten Pflegebedürftigen wurde 2001 durch ambulante Pflegedienste oder Pflegeheime betreut. Bundesweit wurden in den nahezu 9 200 Pflegeheimen rund 604 000 Pflegebedürftige versorgt. Im Schnitt wurden somit in einem Pflegeheim 66 Pflegebedürftige betreut. Monatlich entrichteten die Pflegebedürftigen in der höchsten Pflegeklasse im Mittel rund 2 550 Euro an das Heim für Pflege und Unterbringung.

In den Heimen waren 475 000 Personen beschäftigt. Fast die Hälfte der Beschäftigten (46 %) arbeitete in Vollzeit. Von den im Bereich Pflege und Betreuung Tätigen hatten 30 % eine Ausbildung als Altenpflegerin bzw. Altenpfleger.

Durch die 10 600 ambulanten Dienste wurden im selben Jahr rund 435 000 Pflegebedürftige betreut; das sind durchschnittlich 41 Pflegebedürftige je Pflegedienst. Von den 190 000 Beschäftigten war die Mehrheit (65 %) in Teilzeitbeschäftigung tätig. Im ambulanten Bereich war »Krankenschwester/-pfleger« der wichtigste Ausbildungsberuf: 36 % des Pflegepersonals in der Grundpflege besaßen diesen Abschluss.

9.7 Arbeitsförderung

Zum Maßnahmenkatalog der Arbeitsförderung gehören neben Leistungen bei Arbeitslosigkeit (Zahlung von Arbeitslosengeld und -hilfe) und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (Konkursausfallgeld) auch Maßnahmen zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen (Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld), die Arbeitsvermittlung sowie die Förderung der beruflichen Bildung und die Gewährung von beruflördernden Leistungen zur Rehabilitation. Somit werden über den 1927 eingeführten Versicherungsschutz bei Arbeitslosigkeit hinaus zusätzliche Akzente der Arbeitsmarktpolitik gesetzt: gezielte Förderungsmaßnahmen zur beruflichen Qualifizierung von Personen ohne Beschäftigung gewannen in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung.

Die Ausgaben für die Arbeitsförderung der Bundesagentur für Arbeit und des Bundes betragen 2002 rund 56,5 Mrd. Euro. Ein Jahr zuvor waren es 52,6 Mrd. Euro gewesen. Im Jahr 2002 wurden von den Gesamtausgaben 27,0 Mrd. Euro für Arbeitslosengeld und 14,8 Mrd. Euro für Arbeitslosenhilfe aufgewendet. Zusammen flossen somit 73,9 % der Ausgaben in die unmittelbare Unterstützung von Arbeitslosen. Dabei erhielten im Jahresdurchschnitt 2002 rund 1,9 Mill. Menschen Arbeitslosengeld und 1,7 Mill. Arbeitslosenhilfe. Das bedeutet, dass von den 4,06 Mill. Arbeitslosen 88 % Anspruch auf Leistungen hatten, 12 % gingen leer aus. Gründe hierfür waren, dass die Betroffenen aufgrund zu kurzer vorhergehender Beschäftigungszeit keinen Anspruch auf diese Leistungen erworben hatten, die Anspruchsfrist abgelaufen war oder keine Bedürftigkeit anerkannt wurde.

Der Umfang der Leistungen liegt beim Arbeitslosengeld für Arbeitslose mit Kindern bei 67 % des letzten Nettoeinkommens und für Arbeitslose ohne Kinder bei 60 %. Die

Tab. 5: Daten der Arbeitsförderung 2001 und 2002

	2001	2002
	<i>1 000</i>	
Arbeitslose	3 851,6	4 060,3
Empfänger/-innen von Arbeitslosengeld	1 724,5	1 898,6
Empfänger/-innen von Arbeitslosenhilfe	1 477,5	1 692,2
	<i>Mill. EUR</i>	
Einnahmen der Bundesagentur für Arbeit	50 682	50 885
darunter Beiträge	47 337	47 405
Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit	52 613	56 508
darunter:		
Arbeitslosengeld	24 621	27 007
Kurzarbeitergeld, Strukturanpassungs-, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	4 262	3 747
Mittel des Bundes		
Ausgaben insgesamt	13 163	15 014
darunter:		
Arbeitslosenhilfe	12 777	14 756

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Arbeitslosenhilfe beträgt 57 % des letzten Nettoeinkommens für Hilfeempfänger mit Kindern bzw. 53 % für Personen ohne Kinder.

Die Ausgaben der Arbeitsförderung werden überwiegend durch die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zur Arbeitslosenversicherung finanziert. Der Beitragsatz liegt bei 6,5 % des Bruttoarbeitsentgelts. Hiervon tragen Beschäftigte und Arbeitgeber jeweils die Hälfte. Von Arbeitgeberseite werden außerdem Umlagen erhoben, die zur Finanzierung des Konkursausfallgeldes und der Winterbau-Umlage dienen. Darüber hinaus trägt der Bund die Arbeitslosenhilfe; er ist auch verpflichtet, Darlehen und Zuschüsse zu gewähren, wenn die Bundesagentur für Arbeit ihre Leistungen nicht aus eigenen Einnahmen und ihrer Rücklage finanzieren kann.

9.8 Kindergeld/Familienleistungsausgleich

Das Kindergeld sowie der Kinder- und Betreuungsfreibetrag dienen der Steuerfreistellung des Existenzminimums für Kinder bei der Einkommensteuer und der Familienförderung. Soweit die Wirkung des Kindergeldes über die Steuerfreistellung hinausgeht, ist es ein Zuschuss zum Unterhalt der Kinder und damit ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und zu mehr Chancengleichheit im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Ob der Bezug von Kindergeld oder der Steuerfreibetrag günstiger ist, wird bei der Veranlagung zur Einkommensteuer geprüft. Dabei wird das Kindergeld mit der Entlastung durch die Kinderfreibeträge verrechnet.

Wer Kinder hat und in Deutschland wohnt oder im Ausland wohnt, aber in Deutschland entweder unbeschränkt einkommensteuerpflichtig ist oder entsprechend behandelt wird, hat Anspruch auf Kindergeld bzw. den Kinderfreibetrag. Dies gilt ebenso für Eltern mit einem ausländischen Pass, wenn sie eine gültige Aufenthaltsberechtigung oder Aufenthaltserlaubnis besitzen. Wer im Ausland wohnt und in Deutschland nicht unbeschränkt steuerpflichtig ist, kann Kindergeld als Sozialleistung nach dem Bundeskindergeldgesetz erhalten, wenn er

- in einem Versicherungspflichtverhältnis zur Bundesagentur für Arbeit steht oder
- als Entwicklungshelfer oder Missionar tätig ist oder
- Rente nach deutschen Rechtsvorschriften bezieht, Staatsangehöriger eines Mitgliedstaates der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraumes ist und in einem der Mitgliedstaaten lebt.

Tab. 6: Kindergeld (ohne öffentlichen Dienst)

	2001			2002		
	Ins- gesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen	Ins- gesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen
	<i>1 000</i>					
Berechtigte ¹	8 937	7 981	956	9 059	8 043	1 016
Kinder insgesamt ¹	14 940	13 149	1 791	15 107	13 205	1 902
davon waren:						
1. Kind	8 809	7 860	949	8 954	7 945	1 009
2. Kind	4 470	3 923	547	4 505	3 924	581
3. Kind	1 226	1 024	202	1 213	999	213
4. und weitere Kinder	435	342	93	435	337	98
	<i>Mill. EUR</i>					
Ausgezahlte Beträge ²	25 941	22 677	3 264	28 831	25 155	3 676

1 Stand: Dezember 2002.

2 Seit 1996 können Familien alternativ zwischen dem Bezug von Kindergeld oder einem Steuerfreibetrag wählen. – Ausgezahlte Beträge mit Kindergeldzuschlag für geringverdienende Familien im Laufe des Jahres.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Das Kindergeld wird bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres für alle Kinder gezahlt. Volljährige junge Menschen können unter bestimmten Voraussetzungen bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres weiter Kindergeld erhalten, z. B. wenn sie sich noch in der Schul- oder Berufsausbildung befinden. Ohne altersmäßige Begrenzung können Kinder, die wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, berücksichtigt werden.

9,1 Mill. Berechtigte bezogen im Jahr 2002 Kindergeld für 15,1 Mill. Kinder. Hinzu kommen die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die das etwaige Kindergeld von ihren Arbeitgebern direkt erhalten. Von den Empfangsberechtigten (ohne öffentlichen Dienst) besaßen 8 Mill. die deutsche (89 %) und 1,0 Mill. (11 %) eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Die Höhe des Kindergeldes ist gestaffelt nach der Zahl der Kinder. Von den Kindern, für die im Jahr 2002 Kindergeld gezahlt wurde, waren 59 % Erstkinder, 30 % Zweitkinder, 8 % Drittkinder und 3 % vierte und weitere Kinder. Das Geld stammt aus Bundesmitteln. Für das Jahr 2002 wurden für das erste bis dritte Kind je 154 Euro und für jedes weitere Kind 179 Euro Kindergeld gezahlt. Der insgesamt ausgezahlte Betrag belief sich auf 29 Mrd. Euro.

Für das Jahr 2001 wies das Sozialbudget für den Familienleistungsausgleich zusätzlich zum Kindergeld Leistungen in Höhe von 6 Mrd. Euro aus.

9.9 Erziehungsgeld und Elternzeit

Erziehungsgeld und Elternzeit (früher: »Erziehungsurlaub«) geben Eltern die Möglichkeit, ihr Kind bzw. ihre Kinder während der ersten Lebensphase bei vollständigem oder zumindest weitgehendem Verzicht auf Erwerbstätigkeit zu betreuen. Seit Januar 1986 können Mütter und Väter Erziehungsgeld und Elternzeit/Erziehungsurlaub erhalten. Ebenso wie beim Kindergeld haben ausländische Eltern Anspruch auf Erziehungsgeld, sofern sie im Besitz einer gültigen Aufenthaltsberechtigung oder Aufenthaltserlaubnis sind.

Das Erziehungsgeldgesetz gilt für Eltern, deren Kinder ab dem 1. Januar 2001 geboren oder mit dem Ziel der Adoption in Obhut genommen wurden. Es ermöglicht den Eltern ein monatliches Erziehungsgeld in Höhe von maximal 307 Euro bei einer Laufzeit von 24 Monaten bzw. von 460 Euro bei einer kürzeren Laufzeit von bis zu höchstens einem Jahr (Budget), die Möglichkeit einer gemeinsamen Elternzeit von Mutter und Vater, die mögliche Übertragung einer restlichen Elternzeit auf die Zeit zwischen der Vollendung des dritten Lebensjahres und der Vollendung des achten Lebensjahres des Kindes, den Anspruch auf Teilzeitarbeit (bis zu 30 Wochenstunden für abhängig Beschäftigte) während der Elternzeit und die Anspruchsberechtigung nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (ab 1. August 2001) für Lebenspartner. Einen Anspruch auf Erziehungsgeld haben auch anerkannte Asylberechtigte und Flüchtlinge. Das ungekürzte Erziehungsgeld betrug bis Ende 2002 in den ersten sechs Lebensmonaten je Kind 307 Euro monatlich. Hierbei wird jeweils das Mutterschaftsgeld der gesetzlichen Krankenkasse angerechnet, ebenso bei der Budget-Variante. Danach werden, bis auf wenige Ausnahmen, einkommensabhängig Abzüge vorgenommen.

570 556 Mütter oder Väter erhielten 2001 in den ersten sechs Lebensmonaten nach der Geburt ihres Kindes Erziehungsgeld. Von diesen bekamen 80 % das Erziehungsgeld auch noch über den sechsten Lebensmonat hinaus. 12 125 Väter bezogen 2001 Erziehungsgeld. Damit erfolgten 2,1 % der Erziehungsgeldzahlungen an Väter.

Elternzeit wurde 2001 von 319 822 abhängig beschäftigten Erziehungsgeldempfängern im ersten Lebensjahr des Kindes in Anspruch genommen (56 % der Erziehungsgeldberechtigten). Auch wenn Mütter und Väter in gleichem Maße Anspruch auf die Gewährung von Elternzeit haben, werden diese Leistungen bislang fast aus-

Tab. 7: Empfänger/-innen von Erziehungsgeld¹
mit und ohne Elternzeit 2001

	Insgesamt	Frauen	Männer
<i>nach der Staatsangehörigkeit</i>			
Deutsche	487 012	477 523	9 489
Ausländer/-innen	83 544	80 908	2 636
Insgesamt	570 556	558 431	12 125
<i>nach der Beteiligung am Erwerbsleben</i>			
Abhängig Beschäftigte ²	321 182	316 074	5 108
ohne Teilzeitbeschäftigung	297 299	293 857	3 442
mit Teilzeitbeschäftigung	23 883	22 217	1 666
Selbstständige und mithelfende Familienangehörige	8 726	7 890	836
Nichterwerbstätige	240 648	234 466	6 182
<i>nach der familiären Situation</i>			
Verheiratet und zusammenlebend	428 494	419 412	9 081
In eingetragener Lebenspartnerschaft	-	-	-
Allein stehend	68 113	67 311	802
Eheähnliche Gemeinschaft	73 949	71 707	2 242
<i>nach Dauer der Elternzeit</i>			
bis zum 12. Lebensmonat	55 388	36 903	766
über den 12. Lebensmonat hinaus	265 290	160 239	1 719

1 Bewilligte Erstanträge. – 2 Zum Zeitpunkt des Erziehungsgeldbezugs.

Quelle: Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend.

schließlich von Frauen in Anspruch genommen. Nur 17 350 der Elternzeit in Anspruch nehmenden Elternteile gingen 2001 einer Teilzeitbeschäftigung nach.

9.10 Sozialhilfe und Leistungen an Asylbewerber

Die Sozialhilfe hat die Funktion, in Not geratenen Menschen ohne anderweitige Unterstützung eine der Menschenwürde entsprechende Lebensführung zu ermöglichen. Sie wird, sofern die im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) aufgeführten Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind, »nachrangig« zur Deckung eines individuellen Bedarfs gewährt, mit dem Ziel der Hilfe zur Selbsthilfe. »Nachrangig« bedeutet, dass die Sozialhilfe als »Netz unter dem sozialen Netz« nur dann eingreift, wenn die betroffenen Personen nicht in der Lage sind, sich aus eigener Kraft zu helfen, oder wenn die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erbracht wird. Asylbewerberinnen und Asylbewerber und abgelehnte Bewerber, die zur Ausreise verpflichtet sind, sowie geduldete Ausländerinnen und Ausländer erhalten seit November 1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Je nach Art der vorliegenden Notlage unterscheidet man in der Sozialhilfe zwei Haupthilfearten. Personen, die ihren Bedarf an Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Hausrat usw. nicht ausreichend decken können, haben Anspruch auf »Hilfe zum Lebensunterhalt«. In außergewöhnlichen Bedarfssituationen, bedingt durch gesundheitliche oder soziale Beeinträchtigungen, wird »Hilfe in besonderen Lebenslagen« gewährt. Als spezielle Hilfen kommen dabei u. a. die Hilfe zur Pflege, die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen oder die Hilfe bei Krankheit in Frage.

Seit In-Kraft-Treten des Bundessozialhilfegesetzes im Juni 1962 ist insbesondere die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, der so genannten »Sozialhilfe im engeren Sinne«, deutlich angestiegen. Im Folgenden werden die Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinne kurz »Sozialhilfeempfänger« genannt. Die zeitliche Entwicklung verlief nicht kontinuierlich: Während der 1960er-Jahre gab es im früheren Bundesgebiet bei nur unwesentlichen Veränderungen rund eine halbe Million Sozialhilfeempfänger. Mit Beginn der 1970er-Jahre setzte dann ein erster Anstieg ein, der bis 1977 andauerte. Nach einer kurzen Periode der Beruhigung folgte Anfang der 1980er-Jahre eine zweite Anstiegsphase: 1982 gab es erstmals mehr als eine Million Sozial-

Tab. 8: Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 2002

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Je 1 000 Einwohner ¹	Männlich	Weiblich
<i>Insgesamt</i>				
unter 7	471 508	86	242 658	228 850
7–18	544 581	55	277 605	266 976
18–25	281 891	43	104 242	177 649
25–50	943 227	31	373 465	569 762
50–60	213 356	22	99 247	114 109
60–70	188 792	19	86 027	102 765
70 und älter	113 857	12	32 997	80 860
Insgesamt	2 757 212	33	1 216 241	1 540 971

¹ Bevölkerungsstand: 31. 12. 2001.

hilfeempfänger; im Jahr 1991 wurde dann die Zwei-Millionen-Marke erreicht. Ausschlaggebend hierfür war auch die Einbeziehung der neuen Länder und von Berlin-Ost, wodurch sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger zum Jahresende 1991 zusätzlich um 217 000 Personen erhöhte. Der deutliche Rückgang der Bezieherzahl im Jahr 1994 ist auf die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zurückzuführen. Rund 450 000 Personen fielen aus dem Sozialhilfebezug heraus. Grundlage ihrer Ansprüche war forthin das neue Asylbewerberleistungsrecht. In den darauf folgenden Jahren stieg die Zahl der Sozialhilfebezieher dann wieder an und erreichte 1997 mit 2,89 Millionen Personen den bisherigen Höchststand. In den Jahren 1998 bis 2000 war ein Rückgang der Empfängerzahlen zu verzeichnen, seit dem Berichtsjahr 2001 stieg die Zahl der Sozialhilfebezieher aber wieder leicht an.

Ende 2002 erhielten 2,76 Mill. Menschen (+ 2,2 % gegenüber 2001) in 1,44 Mill. Haushalten Sozialhilfe. Die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger mit deutschem Pass belief sich auf 2,14 Mill., die derjenigen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit auf 614 000.

56 % aller Empfänger/-innen von Sozialhilfe waren Frauen. Kinder sind relativ häufig unter den Sozialhilfebeziehern anzutreffen. So waren 37 % derjenigen, die Sozialhilfe bezogen, Kinder und Jugendliche im Alter unter 18 Jahren. Die vergleichsweise hohe Inanspruchnahme der Sozialhilfe durch junge Menschen wird auch anhand der Sozialhilfequote (Zahl der Hilfebezieher je 1 000 Einwohner) deutlich. Während Ende 2002 von 1 000 Einwohnern 33 Personen Sozialhilfe bekamen, waren es bei den unter 18-Jährigen mit 66 je 1 000 Einwohner doppelt so viele.

Tab. 9: Haushalte von Empfängern/Empfängerinnen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 2002 nach Haushaltstyp und monatlichen Zahlbeträgen

Haushaltstyp	Ins-gesamt	Brutto-bedarf	Darunter Brutto-kaltmiete	Ange-rechnetes Ein-kommen	Netto-an-spruch	Anteil
						an-spruch am Brut-tobedarf
Monatlicher Durchschnitt in EUR						%
Haushalte insgesamt	1 442 753	842	293	446	396	47,0
darunter:						
Ehepaare ohne Kinder	108 984	925	329	490	435	47,0
Ehepaare mit Kindern ¹	139 724	1 416	441	882	535	37,7
mit einem Kind	55 069	1 143	378	636	507	44,4
mit 2 Kindern	45 359	1 388	436	864	523	37,7
mit 3 und mehr Kindern	39 296	1 832	536	1 246	586	32,0
Ein-Personen-Haushalte	610 881	596	246	255	342	57,3
männlich	299 622	565	228	205	360	63,7
weiblich	311 259	626	262	302	324	51,8
Allein erziehende Frauen mit Kindern ¹	339 551	1 137	368	656	481	42,3
mit einem Kind	187 473	946	327	497	449	47,4
mit 2 Kindern	104 457	1 253	394	761	492	39,3
mit 3 und mehr Kindern	47 621	1 635	470	1 051	585	35,8

¹ Kinder unter 18 Jahren.

Unter den 1,44 Mill. Haushalten, die Sozialhilfe bezogen, waren 611 000 Ein-Personen-Haushalte; darüber hinaus gab es rund 140 000 Ehepaare mit Kindern und 109 000 Ehepaare ohne Kinder. Besonders häufig erhielten allein erziehende Frauen (340 000) Sozialhilfe.

Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wird im Wesentlichen in Form von Regelsätzen, ggf. Mehrbedarfszuschlägen und durch die Übernahme der Unterkunftskosten einschließlich der Heizkosten gewährt; darüber hinaus können auch Beiträge zur Krankenversicherung, Pflegeversicherung und

Alterssicherung übernommen werden. Die Summe der Bedarfspositionen für den Haushaltsvorstand und dessen Haushaltsangehörige ergibt den Bruttobedarf eines Haushalts. Zieht man hiervon das angerechnete Einkommen – in vielen Fällen handelt es sich dabei um vorrangige Sozialleistungen – ab, erhält man den tatsächlich ausbezahlten Nettoanspruch. Im Durchschnitt hatte ein Sozialhilfehaushalt 2002 einen monatlichen Bruttobedarf von 842 Euro, wovon allein rund ein Drittel auf die Kaltmiete entfiel. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von durchschnittlich 446 Euro wurden pro Haushalt im Schnitt 396 Euro, also knapp die Hälfte des rechnerischen Bruttobedarfs, monatlich ausgezahlt. Mit zunehmender Haushaltsgröße wird tendenziell ein geringerer Anteil des Bruttobedarfs netto als Sozialhilfe ausgezahlt. Das liegt daran, dass größere Haushalte häufig über anrechenbare Einkommen wie Kindergeld oder Unterhaltsleistungen verfügen. So erhielten allein ste-

Tab. 10: Empfänger/-innen von Hilfe in besonderen Lebenslagen nach Geschlecht und Hilfearten¹ 2002

Hilfeart	Ins-gesamt	Männer		Frauen	
		Anzahl	Anteil an allen Empfänger/-innen %	Anzahl	Anteil an allen Empfänger/-innen %
Hilfe in besonderen Lebenslagen insgesamt	1 559 315	777 533	49,9	781 782	50,1
Hilfe bei Krankheit ²	625 602	310 874	49,7	314 728	50,3
Hilfe zur Pflege zusammen	313 190	94 597	30,2	218 593	69,8
Und zwar:					
ambulant	85 779	32 363	37,7	53 416	62,3
stationär	229 196	62 777	27,4	166 419	72,6
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	578 320	349 298	60,4	229 022	39,6
Sonstige Hilfen	63 620	34 681	54,5	28 939	45,5

1 Empfänger/-innen mehrerer Hilfen werden bei jeder Hilfeart gezählt.

2 Einschl. Hilfe bei Sterilisation und zur Familienplanung.

hende Männer im Durchschnitt 64 % ihres Bruttobedarfs ausgezahlt, Ehepaare mit zwei Kindern dagegen 38 %.

1,56 Mill. Menschen erhielten im Laufe des Jahres 2002 Hilfe in besonderen Lebenslagen. Der Anteil der deutschen Empfängerinnen und Empfänger betrug 81 %, der Frauenanteil belief sich auf 50 %. Am häufigsten wurden Leistungen der Hilfe bei Krankheit gewährt (40 % der Fälle), gefolgt von der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (37 %) sowie der Hilfe zur Pflege (20 %).

21,9 Mrd. Euro wurden 2002 in Deutschland für Gesamtleistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz netto, d. h. abzüglich der Einnahmen der Sozialhilfeträger, ausgegeben. Das waren 3,3 % mehr als im Vorjahr. Von den Sozialhilfeausgaben entfielen 8,8 Mrd. Euro (+ 2,8 % gegenüber 2001) auf die Hilfe zum Lebensunterhalt, 13,2 Mrd.

Euro (+ 3,7 %) wurden für Maßnahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen aufgewendet. Bei Letzteren sind insbesondere die Ausgaben für Leistungen zur Eingliederung behinderter Menschen mit 9,1 Mrd. Euro (+ 3,4 %) und die Leistungen im Rahmen der Hilfe zur Pflege mit 2,4 Mrd. Euro (+ 3,1 %) von Bedeutung.

Das stufenweise Einsetzen der gesetzlichen Pflegeversicherungsleistungen hatte zur Folge, dass die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege in zunehmendem Maße zurückgegangen sind. Während 1995 hierfür netto 6,3 Mrd. Euro ausgegeben wurden, waren es im Jahr 1996 nur noch 4,8 Mrd. Euro und im Jahr 2002 lediglich 2,4 Mrd. Euro. Die Nettoausgaben der Hilfe zur Pflege haben sich damit gegenüber 1995 um fast zwei Drittel verringert.

Regelleistungen zur Deckung des täglichen Bedarfs nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhielten zum Jahresende 2002 insgesamt 279 000 Menschen. Von ih-

Tab. 11: Ausgaben und Einnahmen nach Hilfearten

Hilfeart	Bruttoausgaben der Sozialhilfe			Nettoausgaben der Sozialhilfe (Bruttoausgaben abzüglich Einnahmen)		
	2001	2002	Veränderung 2002 zu 2001 in %	2001	2002	Veränderung 2002 zu 2001 in %
	Mill. EUR			Mill. EUR		
Hilfe zum Lebensunterhalt	9 668,9	9 828,0	+ 1,6	8 524,5	8 760,7	+ 2,8
Hilfe in besonderen Lebenslagen	14 272,8	14 824,4	+ 3,9	12 688,4	13 153,4	+ 3,7
Hilfe zur Pflege	2 904,9	2 942,9	+ 1,3	2 349,0	2 421,3	+ 3,1
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	9 763,6	10 185,3	+ 4,3	8 772,4	9 070,9	+ 3,4
Hilfe bei Krankheit ¹	1 279,1	1 362,0	+ 6,5	1 259,2	1 345,3	+ 6,8
Sonstige Hilfen	325,2	334,2	+ 2,8	307,8	315,9	+ 2,6
Insgesamt	23 941,6	24 652,4	+ 3,0	21 212,9	21 914,1	+ 3,3

¹ Einschl. Hilfe bei Sterilisation und zur Familienplanung.

nen waren rund 60 % männlich und 40 % weiblich. Über die Hälfte der Leistungsempfänger (53 %) war jünger als 25 Jahre. Das Durchschnittsalter aller Hilfebezieher betrug rund 24 Jahre. In der Mehrzahl kamen die Asylsuchenden aus Serbien und Montenegro, und zwar in 31 % der Fälle. Weitere 10 % der Asylbewerber hatten die Staatsangehörigkeit der Türkei und 6 % die des Iraks.

Die Bruttoausgaben für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz betragen im Jahr 2002 in Deutschland ca. 1,6 Mrd. Euro und damit 7,3 % weniger als ein Jahr zuvor. Der größte Teil dieses Betrages in Höhe von rund 1,2 Mrd. Euro wurde zur Deckung des täglichen Bedarfs der Asylsuchenden, d. h. für Unterkunft, Kleidung und Essen ausgegeben. Daneben wurden im Jahr 2002 in 114 000 Fällen auch besondere Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (z. B. bei Krankheit, Schwanger-

schaft oder Geburt) gewährt. Hierfür wurden ca. 0,4 Mrd. Euro bezahlt. Nach Abzug der Einnahmen von 0,1 Mrd. Euro betragen im Jahr 2002 die Nettoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz rund 1,5 Mrd. Euro.

Weitere Informationen zum Thema Sozialstruktur in Teil II, Kap. 16 bis 18.

9.11 Jugendhilfe

Jugendhilfe umfasst Maßnahmen und Einrichtungen, die die Entwicklung junger Menschen fördern und ihrer Erziehung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Menschen dienen. Zum breiten Spektrum des Jugendhilfeangebots gehören erzieherische Hilfen und Maßnahmen der Jugendarbeit mit ihren verschiedenen Schwerpunkten, aber auch Einrichtungen wie Kindergärten, Heime für junge Menschen, Jugendzentren sowie Erziehungs- und Familienberatungsstellen.

Jugendhilfe wird zum Teil von gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden (den so genannten »freien Trägern«) geleistet. Dabei reicht das Spektrum von zahlreichen Selbsthilfegruppen über Vereine bis hin zu den Kirchen und den bundesweit organisierten Jugend- und Wohlfahrtsverbänden. Auf der »öffentlichen« Seite werden die Aufgaben der Jugendhilfe hauptsächlich von Kreisen und kreisfreien Städten, genauer von den dort eingerichteten Jugendämtern, wahrgenommen. Im Jahr 2002 wurden von der öffentlichen Hand insgesamt 20,1 Mrd. Euro für Jugendhilfe ausgegeben. Auf die Förderung freier Träger entfielen 28,3 % dieser Mittel. Die Finanzierung erfolgte zu 89,2 % aus Mitteln von Bund, Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften, der Rest wurde über Kosten- und Teilnehmerbeiträge sowie durch Gebühren aufgebracht.

Ambulante erzieherische Hilfen werden überwiegend als professionelle Unterstützung der häuslichen Erziehung beim Verbleib des jungen Menschen in seiner Familie gewährt. Daneben gibt es die Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses, bei denen die Erziehungsaufgabe geeigneten Personen oder einer Einrichtung übertragen

Tab. 12: Ambulante erzieherische Hilfen 2002

Hilfeart	Beendete Hilfen	Am Jahresende andauernde Hilfen
Institutionelle Beratung	289 556	.
Erziehungs-/Familienberatung	258 799	.
Jugendberatung	28 811	.
Suchtberatung	1 946	.
Betreuung einzelner junger Menschen	23 130	23 378
Erziehungsbeistandschaft	10 030	12 765
Betreuungshilfe	5 186	4 433
Soziale Gruppenarbeit	7 914	6 180
Sozialpädagogische Familienhilfe	14 366	23 495
Insgesamt	327 052	.

wird. Zu den Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe gehören auch die Beratungen in Adoptionsverfahren, Pflegschaften und Vormundschaften sowie vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche, worauf hier jedoch nicht näher eingegangen wird.

Im Laufe des Jahres 2002 wurden 327 052 ambulante erzieherische Maßnahmen beendet. Die Hilfearten wurden in sehr unterschiedlichem Umfang in Anspruch genommen. Erziehungsberatungsstellen und andere Beratungsdienste lagen mit 289 556 institutionellen Beratungen (88,5 %) mit Abstand an der Spitze. Die institutionelle Beratung soll Kindern, Jugendlichen, Eltern und anderen Erziehungsberechtigten bei der Klärung und Überwindung individueller und familienbezogener Probleme sowie bei der Lösung von Erziehungsfragen helfen.

Darüber hinaus wurden 23 130 Maßnahmen (7,1 %) verschiedener Arten erzieherischer Einzelbetreuung als Unterstützung durch Erziehungsbeistände oder Betreuungshelfer bzw. in sozialer Gruppenarbeit durchgeführt. Erziehungsbeistände oder Betreuungshelfer sollen die jungen Menschen bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen möglichst unter Einbeziehung des sozialen Umfelds unterstützen. Die soziale Gruppenarbeit dient der Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen sowie dem Einüben von sozial akzeptierten Formen der Auseinandersetzung mit Gleichaltrigen.

Tab. 13: Begonnene Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses für junge Menschen 2002

Unterbringungsform	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Insgesamt	48 513	27 458	21 055
Erziehung in einer Tagesgruppe	7 743	5 772	1 971
Vollzeitpflege in einer anderen Familie	10 087	5 004	5 083
Heimerziehung; sonstige betreute Wohnform	28 667	15 537	13 130
darunter in Heimen	23 034	12 934	10 100
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	2 016	1 145	871

Bei rund 14 370 Familien konnte die sozialpädagogische Familienhilfe (4,4 %) abgeschlossen werden. Leistungen dieser Hilfeart kamen dabei mindestens 32 000 Kindern und Jugendlichen zugute – mehr jungen Menschen, als von der Einzelbetreuung erreicht wurden. Die sozialpädagogische Familienhilfe hat vor allem eine Verbesserung der Situation der Kinder und Jugendlichen in der Familie zum Ziel. Sie umfasst die Unterstützung im gesamten Familienalltag, wie z. B. die Anleitung bei der Haushaltsführung und Ausgabenplanung oder die Integration der Familie in ihr soziales Umfeld.

Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses gehen den ambulanten Hilfeformen, bei denen der junge Mensch in seinem Elternhaus verbleibt, nach. Das bedeutet, dass nur wenn eine ambulante Hilfe nicht ausreicht, eine Fremdunterbringung außerhalb des Elternhauses erfolgen soll. Im Jahr 2002 begann für 48 500 junge Menschen

eine Hilfe zur Erziehung und zur Persönlichkeitsentwicklung außerhalb des Elternhauses. 7 700 Kinder und Jugendliche wurden in Tagesgruppen untergebracht; die Übrigen außerhalb des Elternhauses, die meisten von ihnen in einem Heim (23 030 bzw. 56,0 %).

Zur erzieherischen Betreuung, für Jugendarbeit, Freizeitgestaltung und Beratungen junger Menschen und ihrer Eltern standen am Jahresende 2002 fast 79 000 Institutionen zur Verfügung. Davon waren 76 000 Einrichtungen im engeren Sinne (96 %) mit einer Kapazität von gut 3,4 Mill. verfügbaren Plätzen. Darüber hinaus waren 983 Behörden, 1 711 Geschäftsstellen freier Träger und 316 Zusammenschlüsse von Trägern der Jugendhilfe in diesem Bereich tätig.

In den Jugendhilfeeinrichtungen waren 568 250 Beschäftigte tätig, die meisten von ihnen Frauen (86 %). Von den Beschäftigten arbeiteten 523 150 in Einrichtungen und 45 100 in Behörden, Geschäftsstellen und Zusammenschlüssen von Trägern. Größter Arbeitgeber im Jugendhilfesektor waren die öffentlichen Träger mit insgesamt rund 218 000 Beschäftigten, das sind 38,4 % aller in den Einrichtungen der Jugendhilfe Tätigen. Es folgten mit einem Anteil von 34,4 % die kirchlichen Träger sowie die anderen Träger der freien Jugendhilfe mit 25,6 %.

Von den 76 000 Einrichtungen überwogen mit 62 % die Kindertageseinrichtungen, zu denen 798 Krippen, 27 830 Kindergärten, 3 469 Horte und 15 182 Tageseinrichtungen mit alterseinheitlichen bzw. mit altersgemischten Gruppen zählten. Bei 62,8 % aller Kindertageseinrichtungen handelte es sich um Ganztageseinrichtungen, jedoch boten nur vier von zehn Kindergärten Ganztagsplätze an. Für die fast 2,8 Mill. Kinder von 3 bis unter 6½ Jahren standen 2002 rund 2,5 Mill. Kindergartenplätze zur Verfügung. Damit bestand für neun von zehn Kindern dieses Alters die Möglichkeit eines Kindergartenbesuchs.

10 Justiz

10.1 Grundsätze der Rechtsprechung

Eine der wichtigsten Aufgaben des Rechtsstaates besteht darin, für die Umsetzung und Einhaltung des von der Volksvertretung gesetzten Rechts zu sorgen. Bei einer von der Gewaltenteilung geprägten Verfassung wie dem Grundgesetz fällt diese Aufgabe der so genannten »dritten« Gewalt, der Rechtsprechung, zu.

Zur Rechtsprechung gehört aber nicht nur das Tätigwerden der Gerichte, in denen von unabhängigen Richtern Recht gesprochen wird, sondern auch die Vollstreckung dessen, was für Recht befunden wurde, beispielsweise im Strafvollzug oder durch Gerichtsvollzieher. Im weiteren Sinn kann auch die Tätigkeit der Polizei als Teil der Rechtspflege gesehen werden, soweit diese mit der Verhinderung von Straftaten einerseits und der Ermittlung von Tatverdächtigen in Strafsachen andererseits befasst ist.

10.2 Gerichte

Die Gerichtsbarkeit umfasst zum einen die ordentlichen Gerichte, die für Zivil- und Strafsachen zuständig sind, zum anderen die besonderen Gerichte, die sich mit Arbeits-, Sozial-, Verwaltungs- bzw. Finanzrechtsfragen befassen (s. Abb. 1). Jeder dieser Zweige der Gerichtsbarkeit ist in mehrere Ebenen oder Instanzen gegliedert (bei den ordentlichen Gerichten vier: Amtsgericht – Landgericht – Oberlandesgericht – Bundesgerichtshof; bei Arbeits-, Verwaltungs- und Sozialgerichten drei und bei den Finanzgerichten zwei). Grundsätzlich besteht immer die Möglichkeit, gegen die Entscheidungen der Eingangsinstanzen Rechtsmittel einzulegen und damit diese Entscheidungen in Berufungs- oder Revisionsverfahren durch höhere Gerichtsinstanzen

Tab. 1: Gerichte am 31. 12. 2002

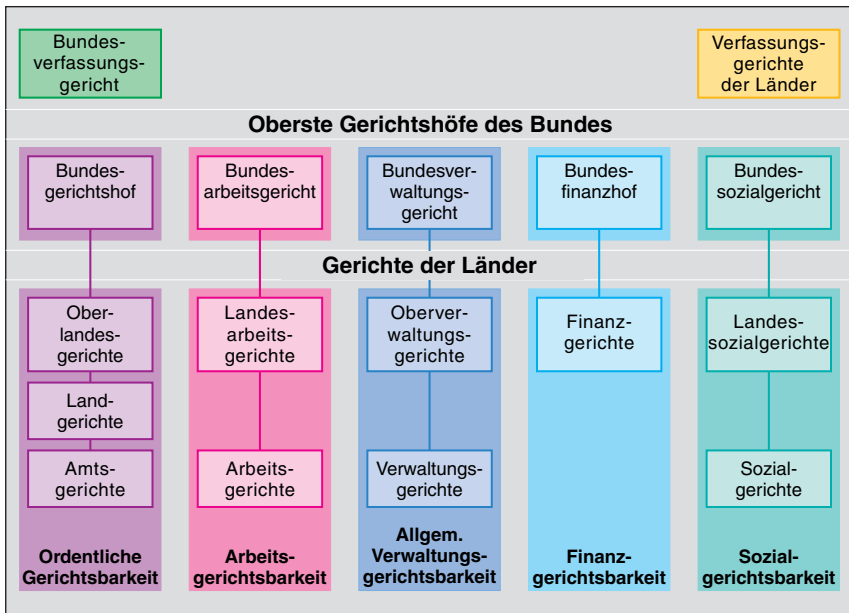
Zivil- und Strafgerichte	828
Amtsgerichte	687
Landgerichte	116
Oberlandesgerichte	25
Arbeitsgerichte (erstinstanzliche)	122
Verwaltungsgerichte (erstinstanzliche)	52
Sozialgerichte (erstinstanzliche)	69
Finanzgerichte (erstinstanzliche)	19
Bundesgerichte	8

überprüfen zu lassen. Dabei richtet sich die Berufung gegen die tatsächliche, die Revision gegen die rechtliche Würdigung des Falles.

Am 31. Dezember 2002 gab es in Deutschland insgesamt 828 Gerichte, die in Zivil- und Strafsachen tätig waren. Darüber hinaus bestanden 122 (erstinstanzliche) Arbeitsgerichte und insgesamt 140 (erstinstanzliche) Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichte.

Die Rechtsprechung wird grundsätzlich durch die Gerichte der Länder ausgeübt. Als letzte Instanz können in der Regel die acht Bundesgerichte (Bundesverfassungs-

Abb. 1: Organe der Rechtsprechung

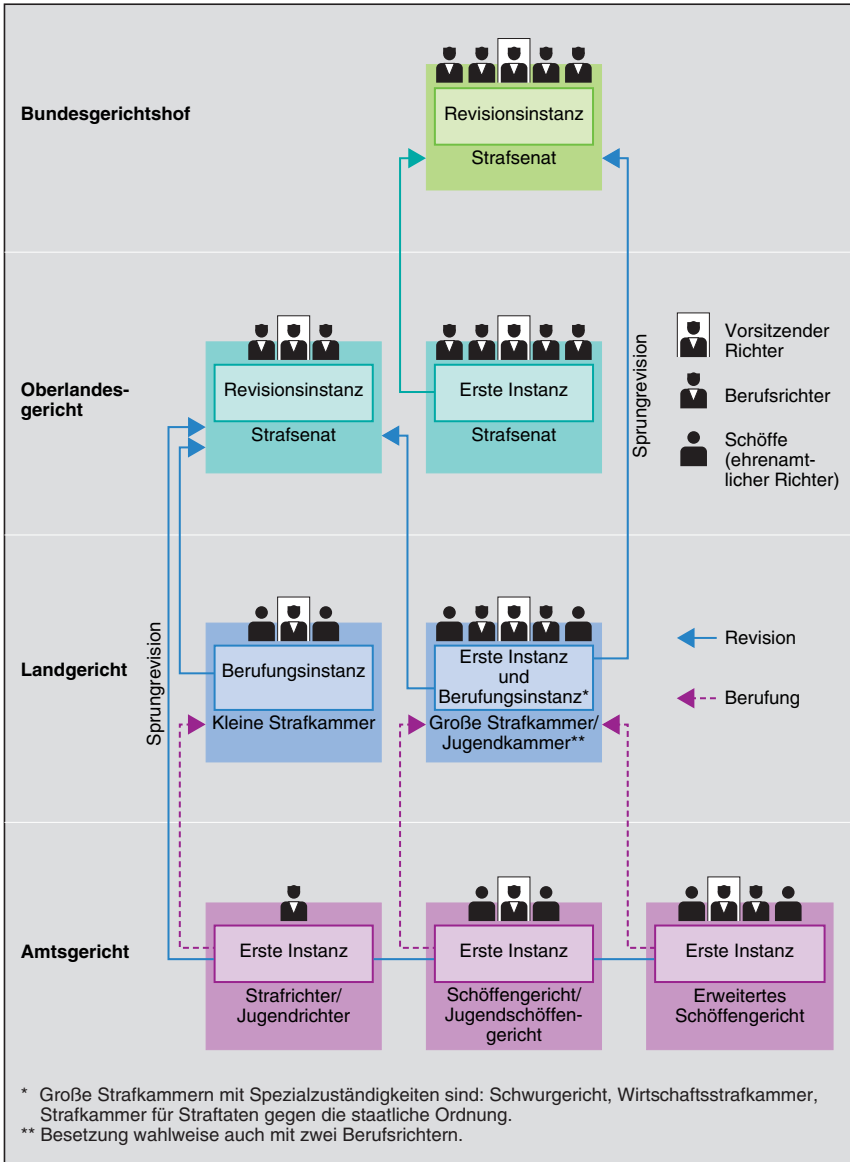


Quelle: Horst Pötzsch, Die Deutsche Demokratie, Bonn 2003, S. 109; gestaltet nach Erich Schmidt Zahlenbilder.

gericht, Bundesgerichtshof, Bundesverwaltungsgericht, Bundesfinanzhof, Bundesarbeitsgericht, Bundessozialgericht, Bundespatentgericht, Bundesdisziplinargericht) angerufen werden.

Unter den Bundesgerichten hat das Bundesverfassungsgericht als »Hüter der Verfassung« einen besonderen Rang. Es ist zugleich Gericht und Verfassungsorgan. Neben der Klarstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und der Entscheidung bei Verfassungstreitigkeiten zwischen Staatsorganen ist es auch zur Wahrung der Grundrechte berufen. Zu seiner umfassenden Kompetenz gehört darüber hinaus auch die Prüfung, ob Bundes- und Landesrecht mit dem Grundgesetz und ob Landesrecht mit

Abb. 2: Die Strafjustiz



Quelle: Horst Pötzsch, Die Deutsche Demokratie, Bonn 2003, S. 112; gestaltet nach Erich Schmidt Zahlenbilder.

Bundesrecht vereinbar ist (Normenkontrolle). Es besteht aus zwei Senaten, die sich jeweils aus acht Richterinnen und Richtern zusammensetzen, die je zur Hälfte vom Bundestag (durch einen Wahlmännerausschuss) und vom Bundesrat gewählt werden. Ihre Amtszeit dauert zwölf Jahre; sie können nicht wieder gewählt werden.

An den so genannten ordentlichen Gerichten der Länder (Zivil-, Familien- und Strafgerichte) waren am 31. Dezember 2002 insgesamt 15 200 Richterinnen und Richter tätig. Die Zahl der Staatsanwälte und -anwältinnen betrug zu diesem Zeitpunkt 5 050. Demgegenüber gab es – bei ordentlichen und Fachgerichten zusammen – 113 100 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte (11 600 mehr als im Jahr 2000) 8 400 Anwaltsnotarinnen und -notare (jeweils Mitglieder der Rechtsanwaltskammern, Stand 1. 1. 2003) sowie 1 700 (hauptberufliche) Notarinnen und Notare.

Die in der Rechtspflege arbeitenden Personen sahen sich allein bei ordentlichen Gerichten einem Geschäftsanfall von rund 3,29 Mill. Gerichtsverfahren (ohne Bußgeld-

Tab. 2: Ausgewählte Verfahren nach Art der Gerichte¹

Gericht/Verfahren	2000	2001	2002
<i>Zivilgerichte (ohne Familiengerichte)²</i>			
Erledigte Zivilverfahren (1. Instanz)	1 871 055	1 818 291	1 816 716
Erledigte Zivilverfahren (Rechtsmittelinstanz)	159 874	154 696	147 377
<i>Familiengerichte²</i>			
Erledigte Familienverfahren (1. Instanz)	517 671	536 548	559 592
Erledigte Familienverfahren (Rechtsmittelinstanz)	26 703	26 918	27 560
<i>Strafgerichte²</i>			
Erledigte Strafverfahren (1. Instanz)	860 149 ³	852 414	871 265
Erledigte Strafverfahren (Rechtsmittelinstanz)	62 000 ³	59 860	60 167
<i>Verwaltungsgerichte²</i>			
Erledigte verwaltungsrechtliche Hauptverfahren (1. Instanz)	216 954	194 006	192 189
Erledigte verwaltungsrechtliche Hauptverfahren (Rechtsmittelinstanz)	30 678	24 528	24 207
<i>Arbeitsgerichte²</i>			
Erledigte arbeitsrechtliche Klagen	574 644	582 598	610 079
<i>Sozialgerichte²</i>			
Erledigte sozialrechtliche Klagen	249 030	251 992	266 992
<i>Finanzgerichte²</i>			
Erledigte finanzrechtliche Klagen	70 174	70 292	68 303
<i>Bundesverfassungsgericht (1. und 2. Senat)</i>			
Erledigte Verfahren	5 241	4 814	4 715
Eingereichte Verfassungsbeschwerden	4 705	4 483	4 523
Eingereichte Normenkontrollen	27	31	39

1 Die Gesamtzahl der an deutschen Gerichten erledigten Gerichtsverfahren liegt höher als die Summe der hier (für ausgewählte Verfahren) angegebenen Werte.

2 Ohne Bundesgerichte.

3 Für Hamburg Ergebnisse aus 1999.

verfahren) gegenüber, die 2002 in der ersten Instanz neu anhängig wurden. Demgegenüber wurden 2002 rund 1,82 Mill. Zivilverfahren, 560 000 Familiengerichtsverfahren und 870 000 Strafverfahren in der Eingangsinstanz erledigt (s. Tab. 2). Dazu kamen noch rund 147 000 Zivilverfahren, 28 000 Familiengerichtsverfahren sowie 60 000 Strafverfahren, die 2002 in der Rechtsmittelinstanz erledigt wurden.

10.3 Straffälligkeit

10.3.1 Tatermittlung

2002 sind bei deutschen Polizeidienststellen 6,5 Mill. Straftaten (ohne Straßenverkehrsdelikte) bekannt geworden (200 000 weniger als im Jahr 2000) davon 5,3 Mill. im früheren Bundesgebiet (einschl. Berlin-Ost). Schwer abzuschätzen ist die Dunkelziffer, d. h. die Zahl der Straftaten, die unbekannt bleiben oder nicht angezeigt werden. Wie die Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts zeigt (s. Tab. 3), konnten von den gemeldeten Straftaten 52,6 % (alte Länder 51,9 %) aufgeklärt werden; in diesen Fällen wurde nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis zumindest ein namentlich bekannter Tatverdächtiger festgestellt. 1980 waren von 3,8 Mill. registrierten Straftaten im früheren Bundesgebiet 44,9 % aufgeklärt worden.

Wenngleich nicht alle ermittelten Straffälligen bzw. alle Opfer von Straftaten zur registrierten Bevölkerung in Deutschland gehören, ermöglicht die Umrechnung der Straftatenzahl auf je 100 000 Einwohner einen zeitlichen Vergleich, auf den eine veränderte Bevölkerungszahl keinen Einfluss hat. 1980 wurden im früheren Bundesgebiet 6 200 Straftaten je 100 000 Einwohner bekannt, 2002 waren es ca. 7 800. Bezogen auf das vereinte Deutschland wurden 2002 etwa 7 900 Straftaten je 100 000 Einwohner gezählt.

2002 sind insgesamt 3,1 Mill. Diebstahlsfälle bekannt geworden, gegenüber 2 700 Fällen von versuchtem oder vollendetem Mord oder Totschlag. Die Aufklärungsquote ist in der Regel auch von der Schwere des Verbrechens bzw. Vergehens abhängig. So wurden z. B. 2002 nur 47,0 % der Diebstähle ohne erschwerende Umstände (z. B.

Tab. 3: Straftaten und Aufklärungsquote¹

Jahr	Bekannt gewordene Straftaten		Aufklärungsquote in %
	insgesamt	je 100 000 Einwohner	
1980	3 815 774	6 198	44,9
1990	4 455 333	7 108	47,0
2000	6 264 723	7 625	53,2
2001	6 363 865	7 736	53,1
2002	6 507 394	7 893	52,6

¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1995 Deutschland.

Quelle: Bundeskriminalamt.

einfacher Ladendiebstahl), jedoch 95,9 % aller Mord- und Totschlagsfälle (einschl. Fälle von versuchtem Mord oder Totschlag) aufgeklärt.

Für die 2002 aufgeklärten Straftaten hat die Polizei insgesamt 2,3 Mill. Tatverdächtige ermittelt, darunter 1,8 Mill. Männer. 75,6 % aller Tatverdächtigen besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit.

10.3.2 Strafverfolgung

Die Polizei ist als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft verpflichtet, alle ihr durch Strafanzeige oder anderweitig bekannt gewordenen Straftaten zu verfolgen und den Sachverhalt gründlich und umfassend zu ermitteln.

Nach Abschluss dieses Ermittlungsverfahrens entscheidet die Staatsanwaltschaft, ob sie Anklage erhebt, einen Strafbefehl beantragt (hier dürfen nur Geldstrafen verhängt werden), Auflagen erteilt oder das Verfahren einstellt. Wird Anklage erhoben, muss das Gericht auf der Basis des ermittelten Sachverhalts entscheiden, ob ein Hauptverfahren eröffnet wird. Dieses Strafverfahren kann zu einer Verurteilung führen, es kann aber auch mit Freispruch, mit Einstellung des Verfahrens oder damit enden, dass von einer Strafe abgesehen wird.

Erst die Erläuterung dieser Zusammenhänge macht verständlich, weshalb die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen so viel höher liegt als die Zahl der Verurteilten. Hinzu kommt, dass eine große Zahl von Personen (im Zusammenhang mit verschiedenen Delikten) mehrfach als tatverdächtig erfasst wird, aber nur einmal im Rahmen der

Tab. 4: Verurteilte nach Straftatengruppen im früheren Bundesgebiet¹
in Prozent

Straftatengruppe	1980	1990	2000	2001	2002
Straftaten im Straßenverkehr	45,0	37,4	28,6	28,0	27,3
Straftaten gegen die Person	8,4	8,6	11,9	12,5	13,2
Mord und Totschlag	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
gegen die sex. Selbstbestimmung	0,8	0,7	0,9	0,9	0,9
gegen die körperliche Unversehrtheit	4,5	4,7	7,1	7,5	8,0
andere gegen die Person ²	3,1	3,2	3,8	4,0	4,1
Straftaten gegen das Vermögen	32,4	38,7	41,3	41,1	41,3
Diebstahl und Unterschlagung	22,2	22,9	20,5	20,1	20,7
Betrug, Untreue, Urkundenfälschung	7,3	12,7	17,1	17,2	16,7
andere gegen das Vermögen ³	2,9	3,1	3,7	3,7	3,9
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt	2,3	2,4	2,6	2,8	2,9
Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz	2,0	3,5	6,2	6,4	6,3
Übrige Verbrechen und Vergehen	9,9	9,5	9,4	9,2	9,0

1 Ab 1995 einschl. Gesamt-Berlin.

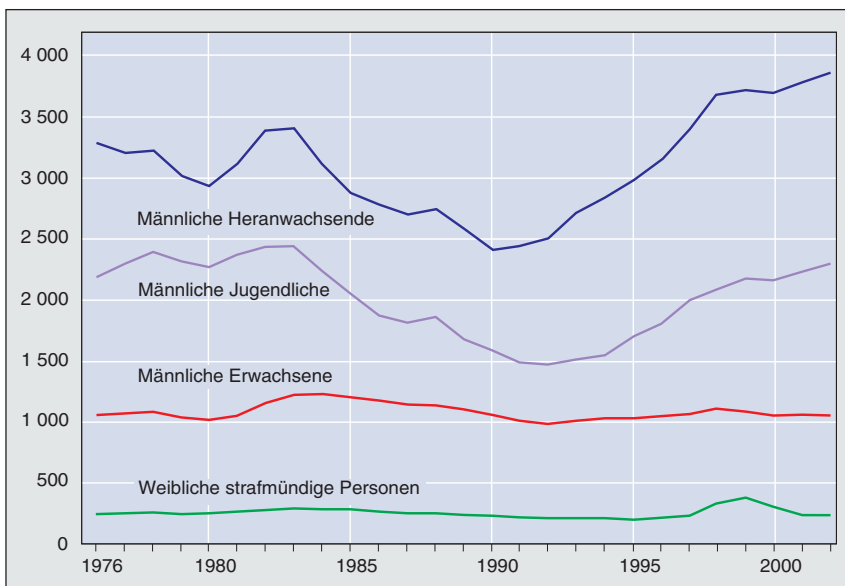
2 Straftaten gegen die persönliche Freiheit, Beleidigung usw.

3 Raub, Erpressung, Begünstigung, Hehlerei, Sachbeschädigung usw.

Strafverfolgungsstatistik erscheint. Insgesamt sind also die Angaben zu den Tatverdächtigen und die zu den Verurteilten nur bedingt vergleichbar.

Bezieht man die Straßenverkehrsdelikte ein, so wurden 2002 im früheren Bundesgebiet einschließlich Gesamt-Berlin 719 800 Personen im Rahmen eines Strafgerichtsprozesses verurteilt, und zwar 27 % wegen Vergehen im Straßenverkehr, 73 % wegen sonstiger Vergehen und Verbrechen (s. Tab. 4). Da in den neuen Ländern die Strafverfolgungsstatistik derzeit noch nicht umfassend durchgeführt wird, können leider keine Ergebnisse für Gesamtdeutschland vorgelegt werden.

Abb. 3: Wegen Verbrechen und Vergehen verurteilte¹ Deutsche im früheren Bundesgebiet² je 1 000 Einwohner der gleichen Personengruppe



1 Ohne Vergehen im Straßenverkehr.

2 Ab 1995 einschl. Gesamt-Berlin.

Von den Personen, die nicht im Zusammenhang mit Vergehen im Straßenverkehr verurteilt wurden, haben 2002 etwa 57 % eine Straftat gegen das Vermögen (z. B. Diebstahl, Unterschlagung, Raub) begangen. Die Zahl derer, die wegen einer Straftat gegen die Person (z. B. Mord, Körperverletzung) verurteilt wurden, liegt wesentlich niedriger (2002 bei 18 % der Verurteilten).

Von je 100 000 strafmündigen Deutschen, die im früheren Bundesgebiet wohnten, wurden 2002 insgesamt 1 035 Personen verurteilt. Diese so genannte Verurteilten-

ziffer, die den Anteil von verurteilten Personen an der Wohnbevölkerung angibt, ermöglicht Vergleiche bezüglich der gerichtlich registrierten Kriminalität bestimmter Bevölkerungsgruppen. Für die ausländische Bevölkerung kann eine solche Ziffer nicht berechnet werden, weil ein erheblicher Teil der statistisch erfassten ausländischen Verurteilten nicht zur Wohnbevölkerung in Deutschland gehört. Die nicht bei den Einwohnerbehörden gemeldeten ausländischen Verurteilten würden zu einer unzutreffenden Überhöhung der Verurteiltenziffern für die in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen führen.

Tab. 5: Erkannte Strafen 1980 bis 2002 im früheren Bundesgebiet

a) Nach Jugendstrafrecht erkannte Strafen bzw. sonstige Maßnahmen

Art der Strafe bzw. Maßnahme	1980	1990	2000 ¹	2002 ¹
<i>Jugendstrafe</i>	17 982	12 103	17 753	17 684
<i>Zuchtmittel</i> (z. B. Jugendarrest, Zahlung eines Geldbetrages, Verwarnung)	98 090	50 434	70 435	77 227
<i>Erziehungsmaßregeln</i> (z. B. Erteilung von Weisungen zur Lebensführung)	16 577	32 802	18 897	21 810
<i>Strafen bzw. Maßnahmen insgesamt</i> ²	132 649	95 339	107 085	116 721

1 Einschl. Gesamt-Berlin.

2 Strafen und Maßnahmen können nach Jugendstrafrecht nebeneinander angeordnet werden, sodass ihre Gesamtzahl höher ist als die Zahl der Verurteilten.

b) Nach allgemeinem Strafrecht erkannte Strafen

Art der Strafe	1980	1990	2000 ¹	2002 ¹
<i>Freiheitsstrafe</i>	104 850	102 454	125 305	125 019
davon bis einschl. 1 Jahr	91 268	85 587	97 903	97 538
mehr als 1 bis einschl. 5 Jahre	12 560	15 870	25 729	25 882
mehr als 5 bis einschl. 15 Jahre	968	941	1 566	1 510
lebenslang	54	56	107	89
<i>Strafarrest</i> ²	868	292	252	167
<i>Geldstrafe</i> (allein)	494 114	512 343	513 336	493 083
<i>Insgesamt</i>	599 832	615 089	638 893	618 269

1 Einschl. Gesamt-Berlin.

2 Kann nur gegen Angehörige der Bundeswehr verhängt werden.

Unterscheidet man zwischen kriminologisch wichtigen Personengruppen, so ergibt sich ein differenziertes Bild: Männer wurden 2002 mehr als fünfmal so oft straffällig wie Frauen, Heranwachsende etwa dreimal so häufig wie Erwachsene. Betrachtet man die Entwicklung der Verurteiltenziffern (s. Abb. 3) in den vergangenen zwei Jahrzehnten, so zeigt sich insbesondere bei den männlichen Jugendlichen und Heranwachsenden eine wechselhafte Entwicklung der gerichtlich registrierten Kriminalität: Nachdem die entsprechenden Verurteiltenziffern in den 80er-Jahren teilweise deutlich zurückgingen, sind sie seit Beginn der 90er-Jahre wieder gestiegen.

Kinder unter 14 Jahren können in Deutschland strafrechtlich nicht belangt werden. Straffällig gewordene Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren sowie unter bestimmten Voraussetzungen auch Heranwachsende werden nach Jugendstrafrecht abgeurteilt, das den Erziehungsgedanken in den Vordergrund stellt. Auf freiheitsentziehende Strafen wird bei Jugendlichen nur nach besonders schweren oder wiederholten Straftaten erkannt.

Von den im Rahmen eines Strafgerichtsprozesses Verurteilten wurden 2002 im früheren Bundesgebiet 101 500 Personen nach Jugendstrafrecht und 618 300 Personen nach allgemeinem Strafrecht verurteilt (s. Tab. 5a). Eine freiheitsentziehende Jugendstrafe wurde gegen 17 700 Personen verhängt, wobei in 62 % der Fälle die Strafen zur Bewährung ausgesetzt wurden. Demgegenüber wurden 125 000 straffällige Personen zu einer Freiheitsstrafe nach allgemeinem Strafrecht verurteilt, in 85 800 Fällen (69 %) wurde diese zur Bewährung ausgesetzt. Zu einer Geldstrafe als schwerste Strafe wurden 2002 knapp 493 100 Personen verurteilt.

10.3.3 Strafvollzug

In deutschen Justizvollzugsanstalten saßen am 31. Dezember 2002 rund 71 000 Personen ein. Darunter waren 16 900 Untersuchungs- und 1 700 Abschiebungshäftlinge. 51 400 Strafgefangene verbüßten ihre Freiheits- bzw. Jugendstrafe. Bei 6 von 10 Einsitzenden mit Freiheitsstrafe (26 700) betrug die voraussichtliche Haftdauer mehr als 1 Jahr.

4,5 % der Insassen in den Justizvollzugsanstalten am 31. Dezember 2002 waren Frauen. Bezogen auf die Strafgefangenen lag der Frauenanteil nur bei 4,0 %.

Tab. 6: Einsitzende in deutschen Justizvollzugsanstalten am 31. 12. 2002

Art des Vollzugs	Insgesamt	Männer	Frauen
Strafgefangene	51 432	49 362	2 070
mit Freiheitsstrafe	44 801	42 969	1 832
mit Jugendstrafe	6 631	6 393	238
Sicherungsverwahrte	300	300	–
Untersuchungshäftlinge	16 853	15 963	890
Abschiebungshäftlinge	1 655	1 439	216
Sonstige Freiheitsentziehung	737	699	38

11 Öffentliche Haushalte

11.1 Vorbemerkung

Kapitel 11 gibt ein aktuelles Bild über die Entwicklung und Struktur der Ausgaben, Einnahmen und Schulden der öffentlichen Haushalte. In der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion kommt einer stabilen öffentlichen Haushaltswirtschaft eine ganz besondere Bedeutung zu. Die Einhaltung der jährlichen Grenzwerte für das Staatsdefizit (3 %) und den Stand der öffentlichen Schulden (60 %), jeweils gemessen am Bruttoinlandsprodukt, sind wichtige Zielgrößen des europäischen Stabilitätspakts. Sie werden auf Basis der finanzstatistischen Daten nach den international vergleichbaren Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen berechnet.

Zu den öffentlichen Haushalten gehören der Bund, seine Sondervermögen Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds »Deutsche Einheit« (ab 1990), Kreditabwicklungsfonds (1991 bis 1994), Erblastentilgungsfonds und Entschädigungsfonds (jeweils ab 1995), das Bundeseisenbahnvermögen (ab 1994) der Ausgleichsfonds »Steinkohle« (1996 bis 2000) sowie die Versorgungsrücklage (ab 1999), die Finanz-

Tab. 1: Entwicklung der Ausgaben¹ der öffentlichen Haushalte² 1975 bis 2002

Jahr ³	Ausgaben		Jahr ³	Ausgaben	
	Mill. EUR	EUR je Einwohner		Mill. EUR	EUR je Einwohner
1975	269 574	4 360	1996	962 546	11 755
1980	379 188	6 160	1997	961 220	11 714
1985	463 807	7 601	1997 ⁴	921 798	11 233
1990	585 228	9 255	1998 ⁴	932 704	11 371
1991	721 855	11 052	1999 ⁴	951 294	11 589
1992	827 636	10 272	2000 ⁴	960 788	11 691
1993	866 052	10 667	2001 ^{4, 5}	972 084	11 807
1994	909 381	11 170	2002 ^{4, 5}	987 904	11 978
1995	950 523	11 643			

1 Nettoausgaben (um Zahlungen von öffentlichen Haushalten bereinigt).

2 Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Anteile, Sozialversicherung, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, Zweckverbände, ab 1990 einschl. Fonds »Deutsche Einheit«, von 1991 bis 1994 einschl. Kreditabwicklungsfonds, ab 1995 einschl. Entschädigungsfonds und Erblastentilgungsfonds, ab 1994 einschl. Bundeseisenbahnvermögen und von 1996 bis 2000 einschl. Ausgleichsfonds »Steinkohle« und ab 1999 einschl. Versorgungsrücklage.

3 Bis einschl. 1991 früheres Bundesgebiet (1991 mit den Vorjahren nur eingeschränkt vergleichbar, da der Bund bereits für das erweiterte Bundesgebiet zuständig war), ab 1992 Deutschland. Von 1975 bis 1997 einschl. Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

4 Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

5 Teilweise geschätzt.

anteile an der Europäischen Union (EU-Anteile), die Sozialversicherung, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, die Zweckverbände sowie bis 1997 die Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. Ab 1998 wurden die Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen in Anpassung an die neue Abgrenzung des Staatssektors nach dem bereits erwähnten Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen nicht mehr den öffentlichen Haushalten zugeordnet. Um die Daten des Jahres 1998 mit dem Vorjahr vergleichen zu können, wurde daher das Jahr 1997 in einigen Tabellen doppelt dargestellt – einschließlich und ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

11.2 Ausgaben der öffentlichen Haushalte

2002 beliefen sich die Ausgaben der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland auf 987,9 Mrd. Euro. Je Einwohner (Stand 30. 6.) betragen im Jahr 2002 die Ausgaben 11 978 Euro.

Tab. 2: Staatsausgabenquote: Ausgaben¹ der öffentlichen Haushalte² in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

Jahr ³	Staatsausgabenquote	Jahr ³	Staatsausgabenquote
1975	51,4	1996	52,5
1980	50,4	1997	51,4
1985	49,8	1997 ⁴	49,3
1990	47,2	1998 ⁴	48,3
1991	53,3	1999 ⁴	48,1
1992	51,3	2000 ⁴	47,3
1993	52,4	2001 ^{4, 5}	46,9
1994	52,4	2002 ^{4, 5}	46,8
1995	52,8		

1 In finanzstatistischer Abgrenzung.

2 Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Anteile, Sozialversicherung, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, Zweckverbände, ab 1990 einschl. Fonds »Deutsche Einheit«, von 1991 bis 1994 einschl. Kreditabwicklungsfonds, ab 1995 einschl. Entschädigungsfonds und Erblastentilgungsfonds, ab 1994 einschl. Bundeseisenbahnvermögen, von 1996 bis 2000 einschl. Ausgleichsfonds »Steinkohle«, ab 1999 einschl. Versorgungsrücklage.

3 Bis einschl. 1991 früheres Bundesgebiet, ab 1992 Deutschland. Von 1975 bis 1997 einschl. Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

4 Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

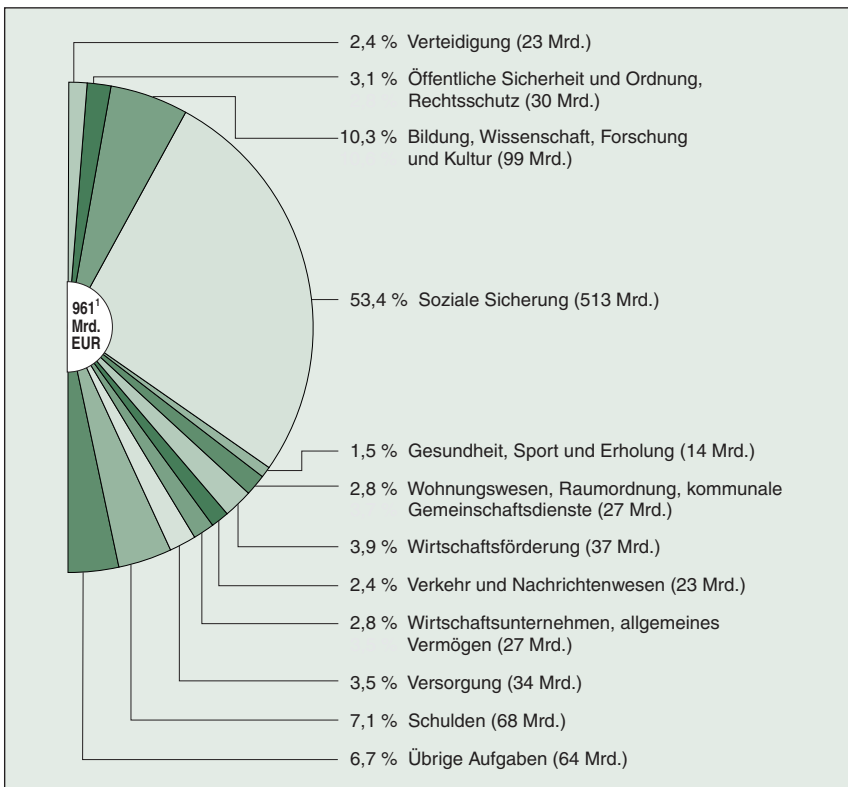
5 Teilweise geschätzt.

Um Größenordnung und Entwicklung des Ausgabenvolumens der öffentlichen Haushalte abschätzen zu können, wird es häufig in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, also dem Maß für die wirtschaftliche Gesamtleistung eines Staates, gesetzt (»Staatsausgabenquote«). Die Staatsausgabenquote betrug 2002 in finanzstatistischer Abgrenzung unter Einbeziehung aller öffentlichen Haushalte 46,8 %.

Bei Tab. 1 und 2 ist für die Jahre ab 1990 zu beachten, dass nach der Wiedervereinigung der Bund für das erweiterte Bundesgebiet zuständig ist und die in diesem Zusammenhang neu errichteten Sondervermögen des Bundes, Fonds »Deutsche Einheit« (Ausgaben 2002: 2,3 Mrd. Euro), der Entschädigungsfonds (Ausgaben 2002: 0,2 Mrd. Euro), der Erblastentilgungsfonds – ab 1995 Nachfolger des Kreditabwicklungsfonds – (Ausgaben 2002: 0,7 Mrd. Euro) und das Bundeseisenbahnvermögen (Ausgaben 2002: 8,7 Mrd. Euro) einbezogen sind.

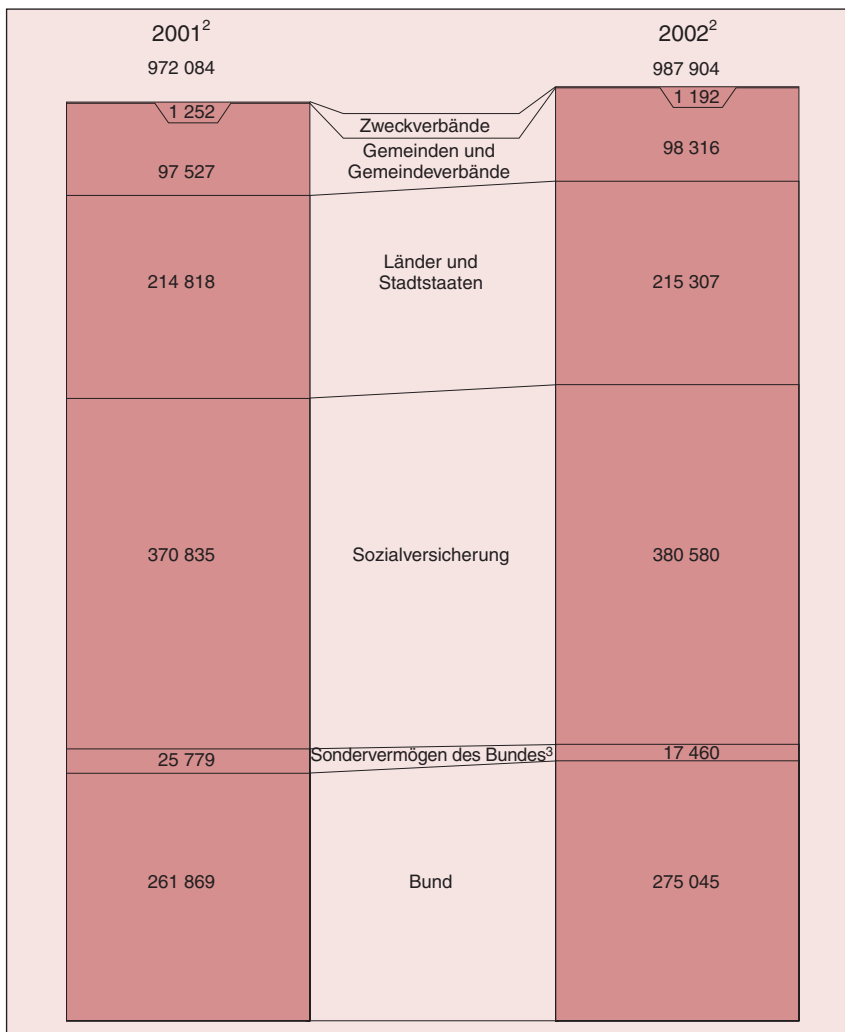
Abb.1 zeigt, wie sich das Ausgabenvolumen der öffentlichen Haushalte von 960,8 Mrd. Euro im Jahr 2000 auf die Aufgabenbereiche aufteilt. Der weitaus größte Ausgabenblock entfällt auf die soziale Sicherung. Im Jahre 2000 erreichten die Ausgaben hierfür einen Anteil von 53 % am gesamten Ausgabenvolumen. Rund 10 % entfielen

Abb. 1: Ausgaben¹ der öffentlichen Haushalte 2000 nach Aufgabenbereichen



¹ Nettoausgaben (um Zahlungen von öffentlichen Haushalten bereinigt). Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Abb. 2: Nettoausgaben der öffentlichen Haushalte¹
nach Körperschaftsgruppen
in Mill. EUR



1 Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

2 Teilweise geschätzt.

3 Einschl. Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Anteile, Fonds »Deutsche Einheit«, Bundes-eisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastenteilungsfonds, Ausgleichsfonds »Stein-kohle« und Versorgungsrücklage.

auf Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Mit 7,1 % war der Schuldendienst der drittgrößte Ausgabenblock, gefolgt von der Wirtschaftsförderung mit 3,9 %.

Betrachtet man die verschiedenen Haushaltsebenen in Deutschland, so entfallen auf die Sozialversicherung und den Bund (einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Fonds »Deutsche Einheit«, Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds »Steinkohle«, Versorgungsrücklage und EU-Anteile) der größte Teil der öffentlichen Ausgaben.

Viele Dienstleistungen der öffentlichen Hand, wie z. B. Schulen, Hochschulen, Polizei und Rechtsschutz, Gesundheitswesen, Verteidigung, Bau-, Steuer- und Zollverwaltung, sind sehr personalintensiv. Hohe Anforderungen an das Dienstleistungsangebot des Staates erfordern auch entsprechendes Fachpersonal. Bei den meisten öffentlichen Haushalten fallen daher besonders die Personalausgaben ins Gewicht. In den Ländern, denen in großem Umfang die Durchführung und/oder Finanzierung personalintensiver öffentlicher Aufgaben obliegt, erreichten sie 2002 einen Anteil von 52 %, bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden 22 % und beim Bund 15 % des Ausgabenvolumens. Alle öffentlichen Haushalte zusammen wendeten 2002 einen Betrag von 185 Mrd. Euro oder fast ein Fünftel ihrer Ausgaben insgesamt für das Personal (einschl. Pensionen u. Ä.) auf.

Für Baumaßnahmen und sonstige Sachinvestitionen wurden 2002 in Deutschland öffentliche Ausgaben in Höhe von rund 39 Mrd. Euro getätigt. Rund 60 % hiervon entfielen allein auf den kommunalen Bereich. Weitere wichtige Ausgabenposten der öffentlichen Haushalte sind der laufende Sachaufwand mit etwa 219 Mrd. Euro im Jahr 2002 (z. B. Ausgaben für Heiz-, Energie- und Betriebskosten, für Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens, für Verbrauchsmittel; auch sämtliche militärischen Anschaffungen sind hierin enthalten) sowie Zuschüsse an private Haushalte (in erster Linie soziale Leistungen), an Unternehmen (Subventionen), an soziale und an sonstige Einrichtungen im In- und Ausland in Höhe von zusammen 437 Mrd. Euro.

11.3 Einnahmen der öffentlichen Haushalte

Zur Finanzierung seiner Ausgaben hat der Staat im Wesentlichen zwei Möglichkeiten: die Erhebung von Steuern und die Aufnahme von Krediten. Im Jahr 2002 standen – nach vorläufigen Ergebnissen – den öffentlichen Ausgaben von 987,9 Mrd. Euro Einnahmen aus Steuern und sonstige Einnahmen (z. B. Gebühren, Mieten, Verkaufserlöse für Beteiligungen und Sachvermögen, Zinsen) von insgesamt 921,1 Mrd. Euro gegenüber. Die Nettokreditaufnahme betrug rund 46 Mrd. Euro.

2002 haben Bund, Länder und Gemeinden insgesamt 479 Mrd. Euro an Steuern eingenommen (Tab. 3). Allein 341 Mrd. Euro oder 71,1 % entfielen auf die Gemeinschaftsteuern, zu denen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Zinsabschlag, Körperschaftsteuer sowie Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer rechnen.

Tab. 3: Kassenmäßige Steuereinnahmen vor der Verteilung¹ 2001 und 2002
in Mill. EUR

Steuerart	2001		2002	
	Deutschland	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder u. Berlin-Ost
Gemeinschaftsteuern	347 169,8	341 002,4	x	x
Bundessteuern	79 276,7	83 493,7	x	x
Landessteuern	19 628,2	18 575,9	16 514,6	2 061,3
Zölle	3 191,2	2 896,2	x	x
Gemeindesteuern	34 399,2	33 447,7	30 294,6	3 153,1
Insgesamt	483 665,1	479 415,9	x	x

1 Abweichungen gegenüber den Steuereinnahmen nach der Verteilung aufgrund zeitlicher Überschneidungen sowie Bruttoausweis einzelner Gemeinschaftsteuern.

Als Maß für die Steuerbelastung der Gesamtwirtschaft wird häufig die so genannte volkswirtschaftliche Steuerquote herangezogen. Sie setzt das gesamte Steueraufkommen in Beziehung zum Bruttoinlandsprodukt. 2002 lag die Steuerquote bei 22,6 %.

Nach den Grundsätzen des Finanzwesens, wie sie im Grundgesetz festgelegt sind, lassen sich im Steuersystem der Bundesrepublik Deutschland Gemeinschafts-, Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern unterscheiden. Hinzu kommen die Zölle, deren Aufkommen der EU zustehen.

Tab. 4: Die zwölf ergiebigsten Steuern 2001 und 2002
in Mill. EUR

Steuerart	Ertrag steht ... zu	2001		2002	
		Deutschland	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Lohnsteuer ¹	B/L/G	163 879,6	166 707,5	152 156,6	14 550,9
Umsatzsteuer	B/L/G/EU	104 463,0	105 462,8	95 258,7	10 204,1
Mineralölsteuer	B	40 690,0	42 192,5	x	x
Einfuhrumsatzsteuer	B/L/EU	34 472,1	32 732,3	x	x
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ²	B/L	24 564,7	16 909,1	16 479,7	429,4
Gewerbesteuer	G/B/L	24 533,7	23 489,3	21 694,3	1 795,0
Tabaksteuer	B	12 071,9	13 778,0	x	x
Solidaritätszuschlag	B	11 068,6	10 403,3	x	x
Veranlagte Einkommensteuer	B	9 520,9	7 606,1	10 637,4	-3 031,3
Zinsabschlag	B/L/G	8 961,0	8 477,9	8 292,6	185,3
Grundsteuer B	G	8 739,7	8 915,8	7 707,8	1 208,0
Kraftfahrzeugsteuer	L	8 376,1	7 591,9	6 500,3	1 091,6

B = Bund; EU = Europäische Union; G = Gemeinden; L = Länder.

1 Vor Abzug von Kindergeld.

2 Vor Abzug von Erstattungen durch das Bundesamt für Finanzen.

Die zwölf aufkommensstärksten Steuern sind in Tab. 4 aufgeführt. Am ergiebigsten ist die Lohn- und Einkommensteuer. Nach den Ergebnissen der nur im Dreijahresturnus durchgeführten Lohn- und Einkommensteuerstatistik, die wegen der langen Erklärungs- und Veranlagungsfristen und der schwierigen Aufbereitungsarbeiten aus dem Jahr 1998 datieren, wurden 28,3 Mill. Lohn- und Einkommensteuerpflichtige (mit einem positiven Einkommen) erfasst. Zusammenveranlagte Ehegatten, ob mit ein oder zwei Einkommensbeziehern, wurden dabei grundsätzlich als ein Steuerpflichtiger behandelt. Der Gesamtbetrag der Einkünfte (nach der Steuergesetzgebung errechnet aus der Summe aller Einkünfte, gegebenenfalls auch Verluste, aus selbstständiger oder nichtselbstständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft sowie sonstigen Einkünften) dieser Steuerpflichtigen betrug 902,8 Mrd. Euro, die festgesetzte Einkommensteuer 170,0 Mrd. Euro. Je Steuerpflichtigen waren das im Durchschnitt Einkünfte in Höhe von 31 930 Euro, von denen 18,8 % Steuern zu entrichten waren.

Zwischen den einzelnen Gruppen variierten diese Werte allerdings beträchtlich. Auf die nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen (5,7 % aller Steuerpflichtigen) entfielen beispielsweise durchschnittliche Einkünfte von 2 530 Euro, die im Durchschnitt mit 7,0 % Steuern belastet wurden. Demgegenüber hatten veranlagte Einkommensteuerpflichtige ohne Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit (10,2 % aller Steuerpflichtigen) im Durchschnitt Einkünfte von 31 770 Euro mit 22,9 % zu versteuern.

Aus den zusammengefassten Ergebnissen über Lohn- und Einkommensteuerpflichtige lassen sich wichtige Anhaltspunkte über die Einkommensverteilung gewinnen, da alle steuerpflichtigen natürlichen Personen mit ihren (steuerlichen) Einkünften einbezogen sind. Von Nachteil ist, dass die Statistik zu einem relativ späten Zeitpunkt vorliegt, dass Ehegatten grundsätzlich als ein Steuerpflichtiger gezählt werden, dass Lücken hinsichtlich der Einbeziehung von Einkommen aus Land-

Tab. 5: Lohn- und Einkommensteuerpflichtige 1998¹

Steuerpflichtige nach Steuern	Steuerpflichtige	Gesamtbetrag der Einkünfte	Lohn-/Einkommensteuer	Steuerbelastungsquote ²
	1 000	EUR je Steuerpflichtigen		%
Nichtveranlagte Lohnsteuerpflichtige	1 614	2 530	180	7,0
Veranlagte Lohnsteuerpflichtige	23 767	33 950	6 300	18,4
Übrige Einkommensteuerpflichtige (ohne Einkünfte aus nichtselbstst. Arbeit)	2 893	31 770	7 300	22,9
Zusammen	28 273	31 930	6 000	18,8
Verlustfälle ³	380	-31 750	-	-
Insgesamt	28 653	31 090	5 900	18,8

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 $\frac{\text{Festgesetzte Einkommensteuer}}{\text{Gesamtbetrag der Einkünfte}} \times 100$.

3 Mit den Zahlen von 1995 nicht vergleichbar. Die Definition der Verlustfälle wurde geändert.

Tab. 6: Einkommensverteilung 1998
nach der Lohn- und Einkommensteuerstatistik¹

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... EUR	Steuerpflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte	
	1 000	%	Mill. EUR	%
1– 2 500	2 208,9	7,8	1 641,2	0,2
2 500– 5 000	1 246,0	4,4	4 685,8	0,5
5 000– 7 500	1 342,6	4,7	8 375,4	0,9
7 500– 10 000	1 266,8	4,5	11 054,2	1,2
10 000– 12 500	1 187,1	4,2	13 345,5	1,5
12 500– 15 000	1 229,0	4,3	16 912,6	1,9
15 000– 20 000	2 728,4	9,7	47 925,8	5,3
20 000– 25 000	3 191,4	11,3	71 909,5	8,0
25 000– 30 000	3 028,2	10,7	83 022,5	9,2
30 000– 37 500	3 245,9	11,5	108 692,6	12,0
37 500– 50 000	3 421,6	12,1	147 696,7	16,4
50 000– 75 000	2 760,5	9,8	164 915,3	18,3
75 000–100 000	755,4	2,7	64 289,6	7,1
100 000–175 000	464,0	1,6	57 878,9	6,4
175 000–250 000	92,4	0,3	19 016,2	2,1
250 000–500 000	69,3	0,2	23 283,3	2,6
500 000–1 Mill.	21,8	0,1	14 781,7	1,6
1 Mill.–2,5 Mill.	9,3	0,0	14 000,9	1,6
2,5 Mill.–5 Mill.	2,5	0,0	8 604,4	1,0
5 Mill. oder mehr	1,8	0,0	20 720,5	2,3
Zusammen	28 273,0	100	902 752,6	100
Verlustfälle ²	379,5	–	– 12 049,0	–
Insgesamt	28 652,6	–	890 703,6	–

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Mit den Zahlen von 1995 nicht vergleichbar. Die Definition der Verlustfälle wurde geändert.

Forstwirtschaft sowie Kapitalvermögen und sonstigen Einkünften (insbesondere Renteneinkünften) bestehen und dass darüber hinaus bei den Arbeitnehmern die Sozialversicherungsbeiträge und freiwilligen Sozialleistungen der Arbeitgeber nicht erfasst werden.

Rund 26 % der Steuerpflichtigen bezogen 1998 Einkünfte von weniger als 12 500 Euro, 25 % hatten Einkünfte zwischen 12 500 und 25 000 Euro. 13 681 Steuerpflichtige und damit 0,05 % konnten als Euroeinkommensmillionäre bezeichnet werden. Sie hatten einen Anteil an den Gesamteinkünften von 4,8 %. Er lag damit immer noch höher als der Anteil der rund 7,3 Mill. Steuerpflichtigen, die bis unter 12 500 Euro jährlich verdienten.

Angaben aus der Umsatzsteuerstatistik – die Umsatzsteuer ist die Steuer mit dem zweithöchsten Aufkommen – liegen zuletzt für das Jahr 2001 für Deutschland vor. Damals erzielten 2,9 Mill. Steuerpflichtige (Voranmeldungspflichtige mit einem Jahresumsatz über 16 617 Euro) steuerbare Umsätze von 4 273 Mrd. Euro und leisteten Umsatzsteuer-Vorauszahlungen in Höhe von 107 Mrd. Euro. Von besonderer Bedeutung war der Bereich des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe, das 10 % der

Steuerpflichtigen stellte, aber 36 % des steuerbaren Umsatzes tätigte und 13 % der Steuervorauszahlungen des Jahres 2001 erbrachte.

Die Gesamtheit der Steuereinnahmen wird auf die einzelnen Gebietskörperschaften so verteilt, dass sie die ihnen verfassungsmäßig zugewiesenen Aufgaben erfüllen können. Dabei legt das Grundgesetz fest, wem und – zum Teil – mit welchem Anteil die Erträge bestimmter Steuern zufließen. Für die Umsatzsteuer und die gemeindliche Beteiligung an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer wird durch zustimmungsbedürftiges Bundesgesetz geregelt, welche Teile dem Bund und den Ländern bzw. den Gemeinden zustehen. Darüber hinaus erhalten die Europäischen Gemeinschaften das Aufkommen aus den Zöllen und Anteile an der Umsatzsteuer sowie sog. Brutto sozialprodukt-Eigenmittel aus den Steuereinnahmen des Bundes. Daneben findet ein Finanzausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Bundesländern statt; außerdem gibt es sog. Bundesergänzungszuweisungen für die finanzschwächsten Bundesländer.

Von den Steuereinnahmen des Jahres 2002 in Höhe von 441,7 Mrd. Euro entfielen nach der Verteilung auf den Bund 43 % und auf die Länder 40 %, der Rest auf die Gemeinden (12 %) und die EU (4 %).

Tab. 7: Kassenmäßige Steuereinnahmen
nach der Steuerverteilung¹ 2001 und 2002 in Mill. EUR

Einnahmen nach der Verteilung	2001	2002		
	Deutschland	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder u. Berlin-Ost
Es verbleiben:				
dem Bund	193 766,5	192 050,5	x	x
den Ländern	178 690,5	178 552,2	x	x
Stadtstaaten ²	17 618,2	17 923,3	x	x
übr. Ländern	161 072,2	160 628,9	x	x
den Gemeinden/ Gemeindeverbänden ³	54 095,7	52 551,6	47 915,5	4 636,2
der Europäischen Union	19 731,4	18 559,8	x	x
Insgesamt	446 284,1	441 714,1	x	x

1 Abweichungen gegenüber den Steuereinnahmen vor der Verteilung aufgrund zeitlicher Überschneidungen sowie Nettostellungen einzelner Gemeinschaftsteuern.

2 Ohne gemeindlichen Bereich.

3 Einschl. gemeindlicher Bereich der Stadtstaaten.

11.4 Länderfinanzausgleich

In den letzten Jahren ist auch als Folge immer knapper werdender öffentlicher Mittel die Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern und den Ländern untereinander, der sog. Länderfinanzausgleich, zu einem zentralen Thema in der finanzpolitischen Diskussion geworden.

Aufgabe des Länderfinanzausgleichs ist es, die unterschiedliche Finanzkraft der Bundesländer durch Finanzhilfen angemessen auszugleichen. Dies geschieht einmal dadurch, dass Länder mit – im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl – hohen Steuereinnahmen an Länder mit niedrigeren Einnahmen Ausgleichszahlungen leisten (horizontaler Finanzausgleich) und zum anderen durch direkte Zahlungen des Bundes an finanz-

Tab. 8: Entwicklung des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen 1995 und 2002¹ in Mill. EUR

Land	Finanzausgleich insgesamt		Länderfinanzausgleich		Bundesergänzungszuweisungen
<i>1995</i>					
Ausgleichsvolumen insg.	x		5 724		12 820
Baden-Württemberg	–	1 433	–	1 433	–
Bayern	–	1 295	–	1 295	–
Berlin	+	4 065	+	2 159	+ 1 907
Brandenburg	+	1 778	+	442	+ 1 336
Bremen	+	1 375	+	287	+ 1 088
Hamburg	–	60	–	60	–
Hessen	–	1 101	–	1 101	–
Mecklenburg-Vorpommern	+	1 406	+	394	+ 1 011
Niedersachsen	+	837	+	231	+ 606
Nordrhein-Westfalen	–	1 763	–	1 763	–
Rheinland-Pfalz	+	635	+	117	+ 518
Saarland	+	1 131	+	92	+ 1 039
Sachsen	+	3 206	+	907	+ 2 299
Sachsen-Anhalt	+	2 045	+	574	+ 1 470
Schleswig-Holstein	+	128	–	72	+ 200
Thüringen	+	1 866	+	521	+ 1 345
<i>2002²</i>					
Ausgleichsvolumen insg.	x		7 399		15 768
Baden-Württemberg	–	1 640	–	1 640	–
Bayern	–	2 038	–	2 038	–
Berlin	+	5 227	+	2 670	+ 2 557
Brandenburg	+	2 363	+	534	+ 1 829
Bremen	+	1 167	+	407	+ 760
Hamburg	–	190	–	190	–
Hessen	–	1 904	–	1 904	–
Mecklenburg-Vorpommern	+	1 802	+	435	+ 1 367
Niedersachsen	+	1 293	+	486	+ 807
Nordrhein-Westfalen	–	1 627	–	1 627	–
Rheinland-Pfalz	+	995	+	417	+ 578
Saarland	+	716	+	138	+ 578
Sachsen	+	4 216	+	1 036	+ 3 180
Sachsen-Anhalt	+	2 596	+	600	+ 1 996
Schleswig-Holstein	+	397	+	111	+ 286
Thüringen	+	2 393	+	565	+ 1 828

1 Länderfinanzausgleich: ausgleichspflichtig (–), ausgleichsberechtigt (+); Bundesergänzungszuweisungen: Empfänger (+).

2 Vorläufiges Ergebnis.

schwache Länder (vertikaler Finanzausgleich). Konkret festgemacht wird dies an der zentralen Zielgröße des Länderfinanzausgleichs, der bundesdurchschnittlichen Steuerkraft je Einwohner. Unterschreiten die tatsächlichen Steuereinnahmen eines Landes je Einwohner den Bundesdurchschnitt, so ist es grundsätzlich ausgleichsberechtigt. Überschreiten sie ihn, ist das betreffende Land grundsätzlich ausgleichspflichtig. Beim Ausgleich sind jedoch Sicherungen eingebaut, die eine Übernivellierung vermeiden sollen. In der Tab. 8 ist die Entwicklung des horizontalen (= Länderfinanzausgleich) wie auch des vertikalen (= Bundesergänzungszuweisungen) Finanzausgleichs für 1995 und 2002 dargestellt.

11.5 Schulden der öffentlichen Haushalte

Soweit bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben die Ausgaben nicht durch Einnahmen der laufenden Periode oder durch in früheren Jahren gebildete Rücklagen gedeckt werden können, nehmen die öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften einschl. Sondervermögen des Bundes) Schulden am Kreditmarkt auf. Da dies seit 1950 in allen Haushaltsjahren der Fall war, stiegen bis zum Jahresende 2002 die

Tab. 9: Kreditmarktschulden¹ der öffentlichen Haushalte 1950 bis 2002

Stichtag ²	Mill. EUR	Stichtag ²	Mill. EUR
31. 3. 1950	9 574	31. 12. 1992	679 867
31. 3. 1955	21 357	31. 12. 1993	765 510
31. 12. 1960	28 998	31. 12. 1994	840 122
31. 12. 1965	43 160	31. 12. 1995	1 009 323
31. 12. 1970	62 927	31. 12. 1996	1 069 247
31. 12. 1975	129 219	31. 12. 1997	1 119 076
31. 12. 1980	236 645	31. 12. 1998	1 153 413
31. 12. 1985	386 811	31. 12. 1999	1 183 063
31. 12. 1989	472 820	31. 12. 2000	1 198 145
31. 12. 1990	536 223	31. 12. 2001	1 203 887
31. 12. 1991	595 921	31. 12. 2002	1 253 195

1 Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (Wertpapiersschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und sonstigen in- und ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen).

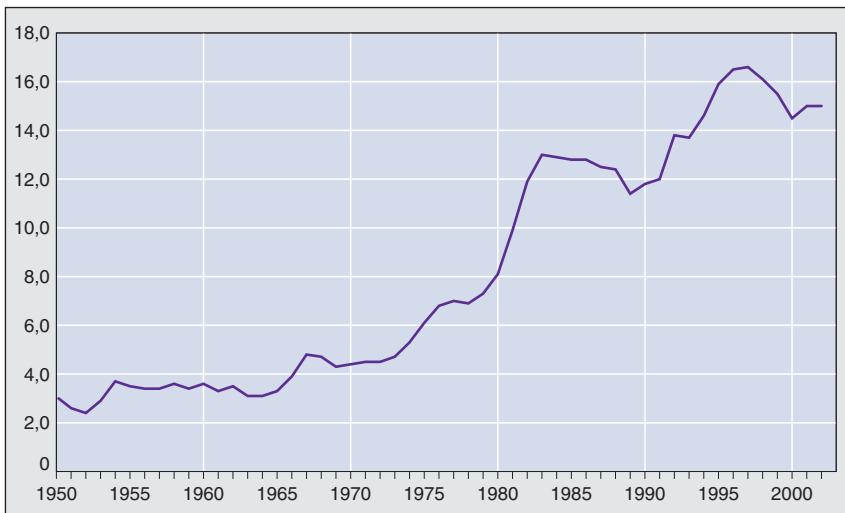
2 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland. Von 1950 bis 1991 einschl. Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

öffentlichen Schulden auf 1 253,2 Mrd. Euro. Davon entfallen 778,6 Mrd. Euro auf den Bund und seine Sondervermögen, 384,8 Mrd. Euro auf die Länder und 89,8 Mrd. Euro auf die Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunalen Zweckverbände. Zu etwa zwei Dritteln sind die Schulden durch die Begebung von Wertpapieren am Kreditmarkt entstanden. Der Bund beschafft sich die benötigten Mittel fast ausschließlich auf diesem Weg in erster Linie durch die Auflage von Anleihen, Obligationen

und Schatzanweisungen. Direkte Darlehen bei inländischen Banken und Versicherungen sowie ausländischen Stellen sind dagegen die bei Ländern und Gemeinden/Gv. bevorzugte Verschuldungsform.

Zum Beginn der statistischen Aufzeichnungen im Jahr 1950 betrug der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte 9,6 Mrd. Euro. 1970 erreichte er 62,9 Mrd. Euro, 1990 536,2 Mrd. Euro und 2000 1 198,1 Mrd. Euro. Seit 1950 waren in keinem Jahr Schuldenrückgänge zu verzeichnen. Hohe jährliche Schuldenzuwächse waren in den Jahren 1967, 1972, 1975, 1981, 1990 und 1995 zu verbuchen. Durch die Lasten der deutschen Vereinigung fiel der Anstieg 1995 mit 169,2 Mrd. Euro (20,1 %) besonders hoch aus. Diese Schulden belasten insbesondere den Bund.

Abb. 3: Anteil der Zinsausgaben aller öffentlichen Haushalte an den Steuereinnahmen in Prozent



Eine Gegenüberstellung von Zinsausgaben und Steuereinnahmen macht die zunehmende Einengung des finanziellen Spielraums der öffentlichen Haushalte durch die Verschuldung deutlich. Die Belastungen durch Zinszahlungen (Zins-/Steuerquote) stieg von gut 3 % in den 50er-Jahren bis über 16 % in den 90er-Jahren. Beim Bund und seinen Sondervermögen nahm die Belastung viel stärker zu, von rund 2 % in den 50er-Jahren auf über 20 % in den 90er-Jahren (s. o. Schulden der Wiedervereinigung). In den Ländern fiel der Anteil von über 6 % Anfang der 50er-Jahre zunächst auf rund 3 %, um 1980 wieder die Ausgangsposition zu erreichen und sich in den Folgejahren bei 10 % zu stabilisieren. Die Zins-/Steuerquote der Gemeinden/Gv. startete bei 2 % und wies ab 1965 Werte über 10 % auf. Ihre Höchststände erreichte sie mit 16,8 % in 1975 und 18,2 % in 1982. Seit 1985 lag diese Quote immer unter 14 %.

Im Rahmen des europäischen Stabilitätspaktes ist der Anteil der öffentlichen Schulen am Bruttoinlandsprodukt ein wichtiges Kriterium für eine stabile Haushalts- und Finanzpolitik. Ein Anteil von 60 % gilt nach dem Maastricht-Vertrag als oberer Grenzwert, der nicht überschritten werden sollte. Für Deutschland lag der Anteil bis 1996 unter dem Grenzwert, in den Jahren danach meistens leicht darüber (2002: 60,8 %).

11.6 Personal der öffentlichen Haushalte

Die öffentlichen Arbeitgeber (öffentlicher Dienst und Unternehmen mit überwiegend öffentlicher Beteiligung) beschäftigten im Jahr 2002 in Deutschland insgesamt knapp 5,9 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschl. Berufs- und Zeitsoldaten aber ohne Grundwehrdienstleistende). Davon übten gut 4,4 Mill. Personen eine Vollzeit- und 1,5 Mill. eine Teilzeitbeschäftigung aus. Gegenüber dem Vorjahr wurden rund 100 000 Vollzeitkräfte oder 2,3 % weniger beschäftigt. Die Zahl der Teilzeitkräfte hat sich dagegen um rund 50 000 oder 3,0 % erhöht.

Die Bedeutung der öffentlichen Arbeitgeber für die Erwerbstätigkeit zeigt sich, wenn die Mitarbeiterzahl der öffentlichen Hand in Beziehung zur Gesamtzahl der abhängig Erwerbstätigen gesetzt wird. Gemessen an den 34,6 Mill. abhängig Erwerbstätigen ergibt sich für den öffentlichen Sektor ein Anteil von gut 17 % (zu den Personalausgaben vgl. Abschnitt 11.2).

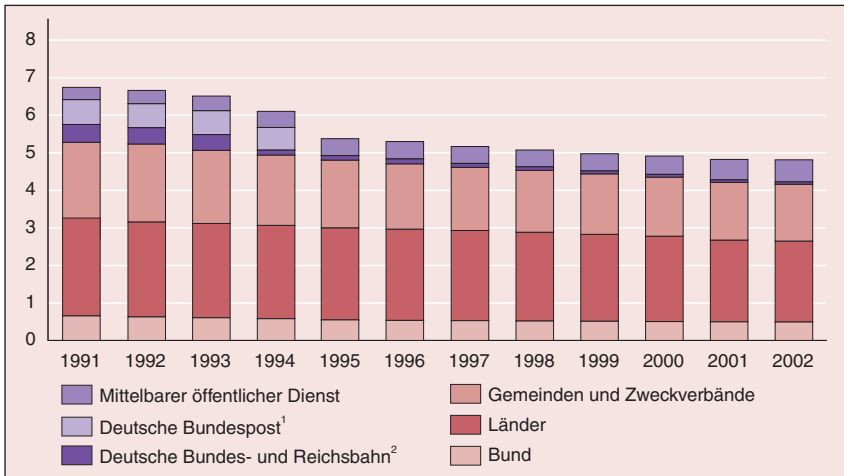
Bei den Dienststellen des öffentlichen Dienstes hatten 4,8 Mill. Beschäftigte oder 81 % aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Arbeitgeber einen Arbeitsplatz. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Beschäftigten um 12 000 oder 0,2 % zurückgegangen.

Die meisten der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes standen im Dienst der Länder. Mitte 2002 wurden knapp 2,2 Mill. Landesbedienstete gezählt. Die Kommunen meldeten 1,5 Mill. Beschäftigte; bei den Bundesbehörden waren es 490 000, beim Bundeseisenbahnvermögen 62 000 und im mittelbaren öffentlichen Dienst (Bundesanstalt für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Sozialversicherungsträger sowie rechtlich selbstständige Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts) 588 000. Von 100 Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes arbeiten im Durchschnitt 45 bei den Ländern, 32 bei den Kommunen, 10 bei den Bundesbehörden, 12 im Bereich des mittelbaren öffentlichen Dienstes und einer beim Bundeseisenbahnvermögen.

Von den 4,8 Mill. Beschäftigten des öffentlichen Dienstes waren 2,3 Mill. Angestellte, 1,7 Mill. Beamtinnen und Beamte (einschließlich Richterinnen und Richter), 626 000 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie 185 000 Berufs- oder Zeitsoldaten.

Der Bruttomonatsverdienst (ohne Einmalzahlungen, wie z. B. Urlaubsgeld bzw. anteilige jährliche Sonderzuwendung) der Vollzeitbeschäftigten des öffentlichen Dienstes betrug im Juni 2002 durchschnittlich 2 715 Euro. Die höchsten Durchschnittsbezüge erzielten Richterinnen und Richter mit 4 670 Euro; Beamtinnen und Beamte erhielten im Schnitt 3 188 Euro, Angestellte 2 795 Euro, Soldatinnen und Soldaten

Abb. 4: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Beschäftigungsbereichen in Mill.; Stand: jeweils 30. 6.

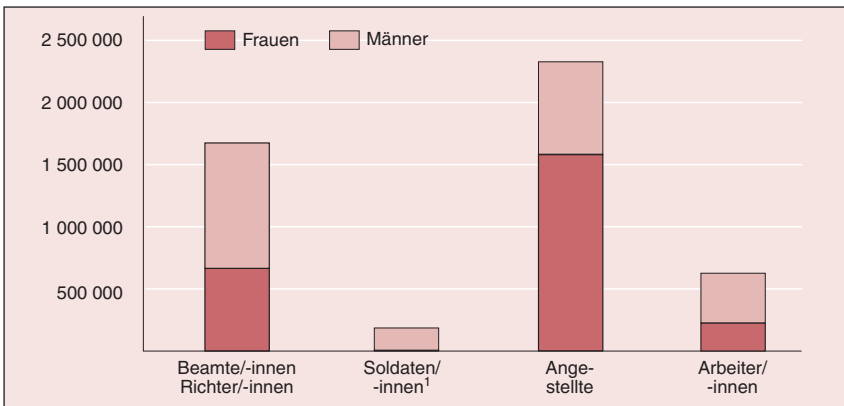


1 Ab 1995 durch Privatisierung aus dem öffentlichen Dienst ausgeschieden.

2 Ab 1994 Bundeseisenbahnvermögen.

2 136 Euro, Arbeiter und Arbeiterinnen 2 177 Euro und das Personal in Ausbildung 852 Euro. Der Bruttomonatsverdienst lag im früheren Bundesgebiet mit 2 764 Euro deutlich über dem in den neuen Ländern (2 487 Euro).

Abb. 5: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach dem Dienstverhältnis Stand 30. 6. 2002

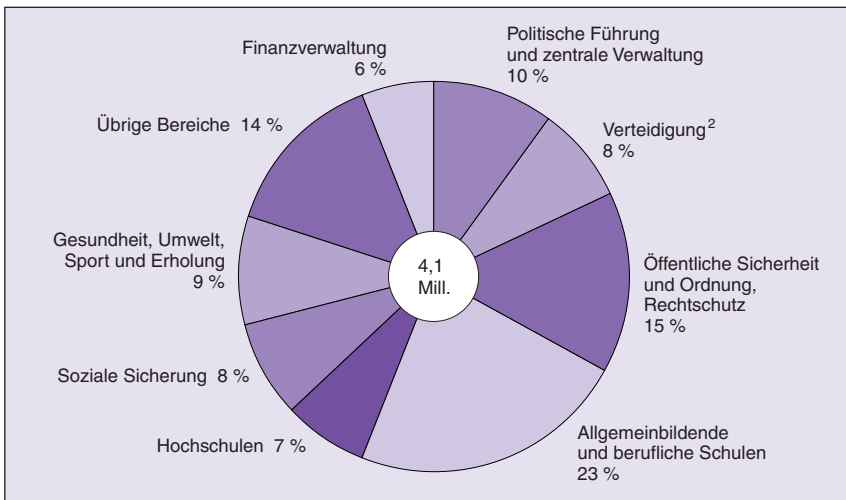


1 Ohne 121 600 Grundwehrdienstleistende.

Von den Beschäftigten, die im Jahr 2002 in den Lohn- und Gehaltslisten des öffentlichen Dienstes geführt wurden, waren 2,5 Mill. oder gut 51 % Frauen. Ohne den militärischen Bereich der Bundeswehr liegt der Frauenanteil bei 53 %. Diese Quote liegt im früheren Bundesgebiet deutlich niedriger (51 %) als in den neuen Bundesländern (64 %).

Die Schwerpunkte des Personaleinsatzes der Gebietskörperschaften liegen im Bereich des Bildungswesens (30 %), der »Politischen Führung« (10 %), der »Inneren Sicherheit« (öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz: 15 %), des Gesundheitswesens einschl. Sport und Erholung (9 %) der »Äußerer Sicherheit« (Verteidigung: 8 %) und der Finanzverwaltung (6 %).

Abb. 6: Beschäftigte des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. 2002 nach Aufgabenbereichen^{1 2}



1 Ohne Zweckverbände.

2 Ohne 121 600 Grundwehrdienstleistende.

Seit 1991, dem ersten Jahr nach der Wiedervereinigung, ist die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland drastisch zurückgegangen. Von einem damaligen Personalbestand von 6,7 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat sich die Beschäftigtenzahl des öffentlichen Dienstes binnen 11 Jahren auf 4,8 Mill. verringert. Diese Personalentwicklung hat mehrere Gründe. In den neuen Ländern bestand der Zwang, die Personalausstattung der Länder und der Kommunen den Verhältnissen im früheren Bundesgebiet anzupassen. Der Bund hat seine Sondervermögen Deutsche Bundesbahn/Deutsche Reichsbahn und Deutsche Bundespost privatisiert. Vom Personal dieser Sondervermögen sind allein die Beamten und Beamtinnen der Deutschen Bundesbahn im öffentlichen Dienst verblieben. Sie werden

vom Bundeseisenbahnvermögen verwaltet und an die Deutsche Bahn AG ausgeliehen. Außerdem hat der Bund die zivilen und militärischen Arbeitsplätze bei der Bundeswehr verringert. Die rechtliche Verselbstständigung von bisher rechtlich unselbstständigen staatlichen und kommunalen Einrichtungen führt dazu, dass die Beschäftigten dieser Einrichtungen nicht mehr zum Mitarbeiterstab ihres bisherigen Dienstherrn gehören. Im staatlichen Bereich wurde für die ausgegliederten Einrichtungen (insbesondere Hochschulkliniken, Hochschulen und staatliche Krankenhäuser) in den vergangenen Jahren in der Regel die Rechtsform der Anstalt des öffentlichen Rechts gewählt. Dies führt dazu, dass die Arbeitsplätze in den mittelbaren öffentlichen Dienst verlagert werden und damit im Bereich des öffentlichen Dienstes verbleiben. Im kommunalen Bereich wird dagegen eine privatrechtliche Rechtsform für die ausgegliederten Einrichtungen bevorzugt, mit der Folge, dass deren Beschäftigte nicht mehr zum öffentlichen Dienst zählen, sondern unter den weiter gefassten Begriff der öffentlichen Arbeitgeber. Ungefähr 35 % der Personalreduzierung seit 1991 sind auf die Privatisierung der Deutschen Bundespost zurückzuführen. 22 % entfallen auf die durch Privatisierung ausgegliederten Angestellten und Arbeiter der Deutschen Bundesbahn sowie den Rückgang der Zahl der Beamten und Beamtinnen beim Bundeseisenbahnvermögen, 29 % auf die Verschlankung des öffentlichen Dienstes in den neuen Bundesländern, etwa 5 % auf die Reduzierung der Personalstärke der Bundeswehr (einschl. deren Verwaltung) und 9 % sind Folge von Personaleinsparungen und Ausgliederungen bei Bund, Ländern und Kommunen im früheren Bundesgebiet.

12 Gesamtwirtschaft im Überblick

12.1 Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Geschehens

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland wird als »soziale Marktwirtschaft« bezeichnet. Darunter versteht man die Verbindung von »freier Marktwirtschaft« mit einem Staat, der den ordnungs- und wirtschaftspolitischen Rahmen sichert und sozial ausgleichend wirkt.

Basis der gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ist das Grundgesetz. Darin ist kein bestimmtes Wirtschaftssystem festgelegt, es enthält aber eine Reihe normativer Bestimmungen, die als Rahmenbedingungen zu betrachten sind. Dazu zählen insbesondere die Garantie des Privateigentums sowie dessen soziale Verpflichtung, die Gewerbefreiheit, das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes, die Vereinigungsfreiheit und die Freizügigkeit.

Weitere Grundsätze der Ordnungspolitik werden durch das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (1957), das Stabilitätsgesetz (1967), das Gesetz über das Kreditwesen (1961), das Gesetz über die Deutsche Bundesbank (1957) sowie eine Reihe anderer Gesetze (z. B. Tarifvertragsgesetz, Gewerbeordnung) näher bestimmt.

Darüber hinaus wirken sich auf das wirtschaftliche Geschehen Einflüsse der Sozialgesetzgebung und arbeitsrechtliche Regelungen aus, ebenso wie der föderalistische Staatsaufbau und die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in internationale Organisationen. Regelungen der Sozialgesetzgebung beeinflussen nicht nur die Lebensverhältnisse des Einzelnen, sondern auch die Ausgabensituation des Staates und der Sozialversicherungsträger sowie die Kostenrechnung der Unternehmen.

Nicht zuletzt werden die Konsum-, Spar- und Investitionsentscheidungen der Wirtschaftseinheiten (Unternehmen, Staat, Private Haushalte) durch die Steuer- und Abgabenpolitik sowie die Regional- und Strukturpolitik beeinflusst. Zunehmend gewinnen für das Handeln der Wirtschaftseinheiten auch Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene, so wie die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, an Bedeutung.

Diese oben beschriebenen ordnungspolitischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten müssen von den politisch Verantwortlichen, aber auch von anderen Wirtschaftseinheiten, bei wirtschaftspolitischen und anderen Entscheidungen beachtet werden. Erforderlich für Entscheidungsprozesse sind aber auch quantitative Informationen, die unter anderem als wirtschaftsstatistische Daten von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder regelmäßig bereitgestellt werden.

12.2 Einführung in die gesamtwirtschaftliche Darstellung

Aufgabe der Wirtschaftsstatistiken ist es, wirtschaftliche Vorgänge und Ergebnisse in einzelnen Bereichen und in der Volkswirtschaft insgesamt zu erfassen, aufzubereiten und die Daten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diese Daten dienen als Grundlage wirtschaftspolitischer und unternehmerischer Entscheidungen. Darüber hinaus werden sie von Forschungsinstituten, Hochschulen, Verbänden, internationalen Organisationen und von Unternehmen für Analyse- und Prognosezwecke genutzt.

Den umfassendsten Überblick über das wirtschaftliche Geschehen liefern die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die statistisches Basismaterial aus nahezu allen Bereichen zu einem geschlossenen Gesamtbild zusammenfügen und gegebenenfalls durch Schätzungen ergänzen, um statistische Lücken zu schließen.

Der Darstellung der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge liegt der Kreislaufgedanke zugrunde. Damit das Bild überschaubar bleibt, wird in den VGR die Vielzahl der Wirtschaftseinheiten und der wirtschaftlichen Vorgänge zu Gruppen zusammengefasst. Die Gruppen sind so gebildet, dass die vielschichtigen Zusammenhänge im Wirtschaftsleben möglichst klar erkennbar werden. Die Wirtschaftseinheiten werden in erster Linie nach der Art ihres wirtschaftlichen Verhaltens gruppiert; in grober Gliederung spricht man von den Sektoren Kapitalgesellschaften, Private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbszweck, Staat und übrige Welt, in feiner Gliederung von Wirtschafts- bzw. Produktionsbereichen, Haushaltsgruppen usw. Die Abgrenzung und Zusammenfassung der wirtschaftlichen Vorgänge wird so vorgenommen, dass ein möglichst aussagefähiges Bild über die

- Produktion, Verteilung und Verwendung der Güter,
 - Entstehung, Verteilung, Umverteilung und Verwendung der Einkommen und die
 - Vermögensbildung und ihre Finanzierung
- entsteht.

Die Ergebnisse der VGR werden grundsätzlich in Geldeinheiten ausgedrückt. Sie beziehen sich wie das statistische Ausgangsmaterial stets auf abgelaufene Zeiträume.

Die VGR sind als ein geschlossenes Kontensystem mit doppelter Verbuchung aller Vorgänge angelegt und umfassen daneben eine Reihe ergänzender Tabellen. In den Tabellen werden die Kontenpositionen teilweise tiefer untergliedert, nach besonderen Gesichtspunkten zusammengefasst oder zum Beispiel um die Angaben in konstanten Preisen erweitert. Außerdem werden in den Input-Output-Tabellen die produktions- und gütermäßigen Verflechtungen in der Volkswirtschaft gezeigt.

Ziel der VGR ist die Quantifizierung der Leistung einer Volkswirtschaft als Ganzes. Diese kann aus drei Blickwinkeln heraus erfolgen:

- a) Wo ist die Leistung entstanden? Wie haben die einzelnen Wirtschaftsbereiche zum gesamtwirtschaftlichen Ergebnis beigetragen? (Entstehungsrechnung, vgl. Abschnitt 12.4)

- b) Wofür wurde das, was erarbeitet wurde, verwendet? Wurde es investiert, konsumiert oder exportiert? (Verwendungsrechnung, vgl. Abschnitt 12.5)
- c) Wie wurde das bei der Erarbeitung der gesamtwirtschaftlichen Leistung entstandene Einkommen verteilt? (Verteilungsrechnung, vgl. Abschnitt 12.6)

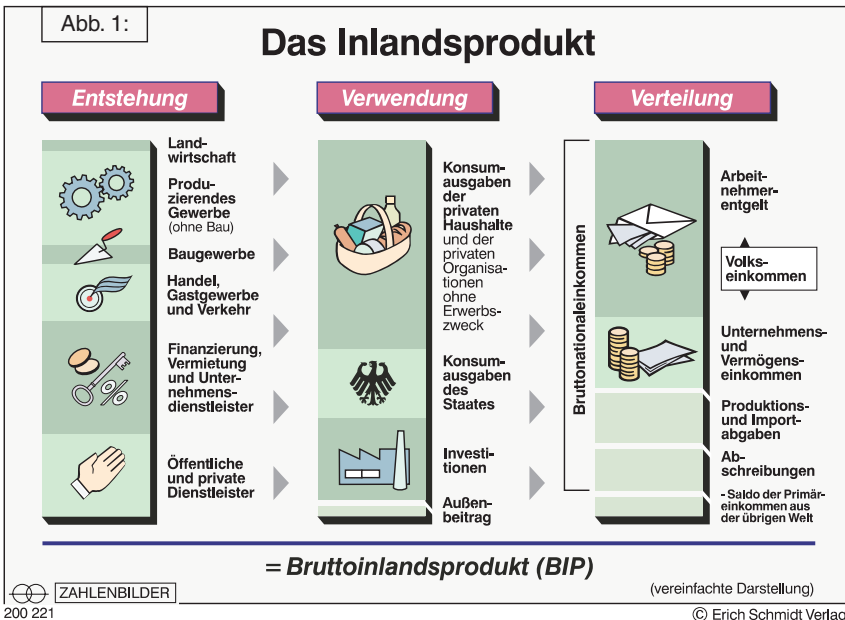
Als zentrale Größen werden in der Entstehungsrechnung die Bruttowertschöpfung und das Bruttoinlandsprodukt, in der Verwendungsrechnung der Konsum, die Bruttoinvestitionen sowie der Außenbeitrag und in der Verteilungsrechnung das Bruttonationaleinkommen, das Volkseinkommen, das Arbeitnehmerentgelt sowie die Unternehmens- und Vermögenseinkommen berechnet.

Im Folgenden werden für die Jahre 1991 bis 2004 Angaben der VGR für Deutschland (Rechenstand Januar 2005) nachgewiesen.

12.3 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt ist ein Maß für die in einem bestimmten Wirtschaftsraum, zum Beispiel Deutschland, in einem Zeitraum, beispielsweise einem Kalenderjahr, erbrachte gesamtwirtschaftliche Leistung.

Es kann prinzipiell von drei Seiten berechnet und dargestellt werden. Die folgenden Angaben in Mrd. Euro gelten für 2004:



1. Entstehungsseite

Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	2 032,0
- unterstellte Bankgebühr	66,0
= Bruttowertschöpfung (bereinigt)	1 966,0
+ Gütersteuern abzügl. Gütersubventionen	212,2
= Bruttoinlandsprodukt	2 178,2
+ Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt	-9,4
= <i>Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)</i>	2 168,8

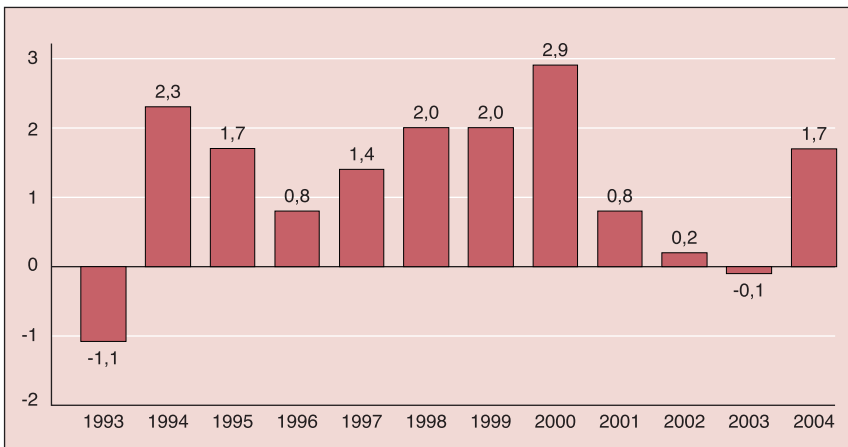
2. Verwendungsseite

private Konsumausgaben	1 271,0
+ Konsumausgaben des Staates	406,8
+ Bruttoanlageinvestitionen	377,2
+ Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	6,4
+ Außenbeitrag	116,8
= <i>Bruttoinlandsprodukt</i>	2 178,2

3. Verteilungsseite

Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)	2 168,8
- Abschreibungen	321,9
= Nettonationaleinkommen	1 846,9
- Produktions- und Importabgaben an den Staat abzüglich Subventionen vom Staat	230,6
= Volkseinkommen	1 616,4
- Arbeitnehmerentgelt	1 132,3
= <i>Unternehmens- und Vermögenseinkommen</i>	484,0

Abb. 2: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Im Jahr 2004 erreichte das deutsche Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 2 178,2 Mrd. Euro.

Die Zunahme oder Abnahme des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen wird sowohl durch die Veränderung des Volumens der gesamtwirtschaftlichen Leistung als auch durch die allgemeine Preisentwicklung beeinflusst. Bei einer Rechnung in konstanten Preisen eines bestimmten Basisjahres wird dagegen die Preisveränderung ausgeschaltet. Die jährlichen Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen können so als Maßstab der (realen) Wirtschaftsentwicklung betrachtet werden. In Deutschland hat das Bruttoinlandsprodukt zwischen 1991 und 2004 um rund 18 % zugenommen. Gegenüber dem Jahr 2003 hat sich das Bruttoinlandsprodukt um 1,7 % erhöht.

Tab. 1: Bruttoinlandsprodukt

Jahr	In jeweiligen Preisen		In Preisen von 1995	
	Mrd. EUR	EUR je Erwerbstätigen im Inland (Wirtschaftsleistung)	Mrd. EUR	EUR je Erwerbstätigen im Inland (Arbeitsproduktivität)
1991	1 502,2	39 100	1 710,8	44 500
1992	1 613,2	42 600	1 749,1	46 200
1993	1 654,2	44 300	1 730,1	46 300
1994	1 735,5	46 500	1 770,7	47 500
1995	1 801,3	48 200	1 801,3	48 200
1996	1 833,7	49 200	1 815,1	48 700
1997	1 871,6	50 300	1 840,4	49 500
1998	1 929,4	51 300	1 876,4	49 900
1999	1 978,6	52 000	1 914,8	50 300
2000	2 030,0	52 400	1 969,5	50 800
2001	2 074,0	53 300	1 986,0	51 000
2002	2 107,3	54 500	1 987,6	51 400
2003	2 128,2	55 500	1 985,2	51 800
2004	2 178,2	56 700	2 018,2	52 500

Neben dem Bruttoinlandsprodukt ist die Pro-Kopf-Leistung als Maß für die Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) eine wichtige Größe zur Beurteilung des wirtschaftlichen Fortschritts. Die Pro-Kopf-Leistung in jeweiligen Preisen wird dabei als Wirtschaftsleistung bezeichnet. Sie dient in der Regel zum Vergleich der Arbeitsproduktivität verschiedener Gebiete oder Bereiche innerhalb einer Periode. Im Gegensatz dazu wird die Pro-Kopf-Leistung in konstanten Preisen, d. h. die Arbeitsproduktivität, zur Messung von Produktivitätsveränderungen zwischen verschiedenen Perioden verwendet.

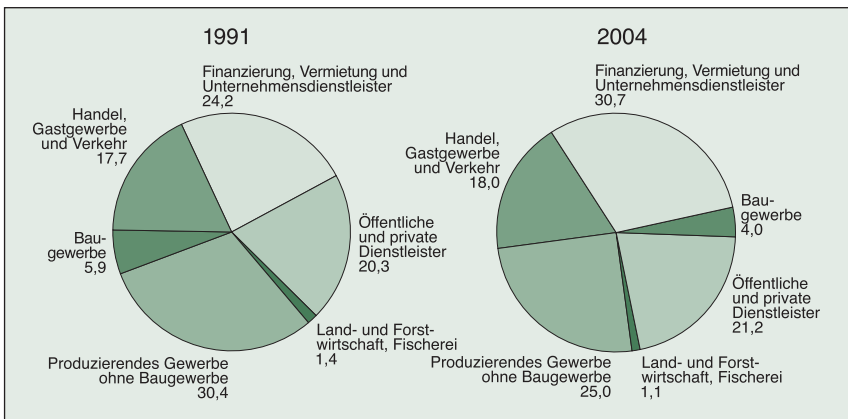
In konstanten Preisen des Jahres 1995 gerechnet war die Arbeitsproduktivität 2004 rund 18 % höher als 1991. Sie wuchs in diesem Zeitraum jährlich im Durchschnitt um 1,0 % an.

12.4 Entstehung des Bruttoinlandsprodukts

Die Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts wird in tiefer Gliederung berechnet und nach maximal 60 Wirtschaftsbereichen veröffentlicht. Dabei lässt sich der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt an ihrer Bruttowertschöpfung messen.

Die Bruttowertschöpfung ist die Summe der von inländischen Wirtschaftseinheiten bzw. Wirtschaftsbereichen produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der von anderen Wirtschaftseinheiten bzw. von anderen Wirtschaftsbereichen bezogenen Vorleistungen (z. B. Rohstoffe, Vorprodukte, Handelswaren, Reparaturleistungen). Tab. 2 zeigt die Bruttowertschöpfung nach sechs zusammengefassten Wirtschaftsbereichen. Die Angaben in jeweiligen Preisen sind als absolute Beträge in Mrd. Euro ausgewiesen und zeigen den Beitrag des jeweiligen Wirtschaftsbereiches

Abb. 3: Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche 1991 und 2004, in %



zur Bruttowertschöpfung, während in konstanten Preisen mit der prozentualen Veränderung der Bruttowertschöpfung die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen im Zeitverlauf dokumentiert wird.

Abb. 3 zeigt anhand von zwei Kreisdiagrammen die Struktur der nominalen gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Deutschland für die Jahre 1991 und 2004. Der Anteil des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe (1991: 30,4 %; 2004: 25,0 %) ging deutlich zurück, der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (1991: 24,2 %; 2004: 30,7 %) hat dagegen deutlich an Bedeutung gewonnen. In den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (1991: 1,4 %; 2004: 1,1 %), Handel, Gastgewerbe und Verkehr (1991: 17,7 %; 2004: 18,0 %) sowie öffentliche und private Dienstleister (1991: 20,3 %; 2004: 21,2 %) traten nur kleinere Veränderungen auf.

Tab. 2: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Jahr	Ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produ- zierendes Gewerbe ohne Bau- gewerbe	Bau- gewerbe	Handel, Gast- gewerbe und Verkehr	Finanzie- rung, Ver- mietung, Unterneh- mensdienst- leister	Öffentliche und private Dienst- leister
<i>in jeweiligen Preisen in Mrd. EUR</i>							
1991	1 414,2	19,7	430,5	84,1	250,7	342,7	286,5
1995	1 690,4	21,6	428,3	114,1	299,5	462,3	364,7
1996	1 722,1	22,7	430,1	109,0	297,7	488,7	374,1
1997	1 760,2	22,9	438,2	104,6	306,0	508,8	379,6
1998	1 810,3	22,6	455,2	100,8	316,4	527,2	388,0
1999	1 843,2	22,1	453,0	100,9	322,1	548,3	396,8
2000	1 885,3	22,5	463,3	97,6	333,5	562,2	406,2
2001	1 924,6	23,6	470,4	92,9	347,8	576,0	414,0
2002	1 960,3	22,1	477,0	89,0	353,6	591,8	426,8
2003	1 978,8	22,0	482,7	84,0	356,5	603,5	430,0
2004	2 032,0	22,5	508,4	81,4	364,9	624,3	430,5
<i>Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %</i>							
1995	4,0	3,7	1,9	0,3	4,6	5,8	4,8
1996	1,9	4,9	0,4	-4,5	-0,6	5,7	2,6
1997	2,2	1,1	1,9	-4,0	2,8	4,1	1,5
1998	2,8	-1,4	3,9	-3,7	3,4	3,6	2,2
1999	1,8	-2,0	-0,5	0,2	1,8	4,0	2,2
2000	2,3	1,9	2,3	-3,3	3,5	2,5	2,4
2001	2,1	4,6	1,5	-4,8	4,3	2,4	1,9
2002	1,9	-6,3	1,4	-4,1	1,7	2,7	3,1
2003	0,9	-0,2	1,2	-5,6	0,8	2,0	0,7
2004	2,7	2,1	5,3	-3,1	2,4	3,4	0,1
<i>in Preisen von 1995 in Mrd. EUR</i>							
1991	1 598,3	20,1	456,3	103,3	282,1	403,6	332,8
1995	1 690,4	21,6	428,3	114,1	299,5	462,3	364,7
1996	1 709,6	23,0	418,9	109,4	302,6	484,2	371,4
1997	1 742,1	22,9	428,6	107,8	306,0	503,0	373,7
1998	1 783,0	23,5	437,3	105,0	314,3	525,9	377,1
1999	1 823,5	24,8	430,5	105,1	334,5	546,6	382,1
2000	1 886,5	24,6	450,5	102,6	345,9	572,9	390,1
2001	1 910,9	24,6	444,6	96,9	359,4	594,6	390,8
2002	1 916,2	24,2	443,0	92,3	364,5	595,2	397,1
2003	1 918,9	24,0	445,0	88,2	367,8	598,5	395,4
2004	1 956,4	24,8	466,1	86,1	375,7	607,9	396,0
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>							
1995	2,1	4,9	0,5	-2,4	2,0	5,1	1,9
1996	1,1	6,6	-2,2	-4,0	1,0	4,7	1,8
1997	1,9	-0,3	2,3	-1,5	1,1	3,9	0,6
1998	2,3	2,3	2,0	-2,7	2,7	4,6	0,9
1999	2,3	5,5	-1,5	0,1	6,4	3,9	1,3
2000	3,5	-0,8	4,6	-2,3	3,4	4,8	2,1
2001	1,3	0,3	-1,3	-5,6	3,9	3,8	0,2
2002	0,3	-1,8	-0,4	-4,8	1,4	0,1	1,6
2003	0,1	-0,7	0,5	-4,4	0,9	0,5	-0,4
2004	2,0	3,0	4,7	-2,4	2,1	1,6	0,1

Die genannten Umstrukturierungsprozesse der Wirtschaft in Deutschland haben auch einen Einfluss auf die Struktur der Erwerbstätigkeit und lassen sich anhand der Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche weitgehend nachvollziehen. Während in Deutschland 1991 in den Abgrenzungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen noch knapp 30 % der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe arbeiteten, waren es 2004 nur noch 21 %. Umgekehrt waren 1991 nur rund 25 von 100 Erwerbstätigen bei öffentlichen und privaten Dienstleistern beschäftigt, 2004 waren es 29 (siehe Tab. 3). Während der Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei deutlich zurückging (Anteil 1991: 4,0 %; 2004: 2,3 %) stieg er bei Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistern (1991: 9,6 %; 2004: 16,1 %) stark. Bei Handel, Gastgewerbe und Verkehr (1991: 24,3 %; 2004: 25,5 %) gab es keine auffällige Änderung.

Tab. 3: Erwerbstätige im Inland
nach zusammengefassten Wirtschaftsbereichen

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
1 000							
1991	38 454	4,0	29,4	7,3	24,3	9,6	25,3
1992	37 878	3,5	27,6	7,7	24,7	10,3	26,2
1993	37 365	3,3	26,0	8,1	25,0	10,8	26,7
1994	37 304	3,1	24,7	8,5	25,0	11,4	27,3
1995	37 382	3,0	24,1	8,6	24,9	11,8	27,6
1996	37 270	2,7	23,5	8,4	25,0	12,3	28,2
1997	37 208	2,7	23,1	8,1	25,1	12,7	28,3
1998	37 616	2,6	22,9	7,7	25,2	13,3	28,3
1999	38 071	2,6	22,3	7,5	25,3	14,0	28,4
2000	38 748	2,5	22,0	7,1	25,4	14,7	28,2
2001	38 922	2,4	21,9	6,6	25,5	15,2	28,4
2002	38 696	2,4	21,6	6,3	25,5	15,4	28,8
2003	38 314	2,4	21,2	6,0	25,4	15,7	29,3
2004	38 442	2,3	20,8	5,9	25,5	16,1	29,4

12.5 Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

Die Verwendungsrechnung als zweite Säule der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeigt, wie die produzierten und importierten Waren und Dienstleistungen verwendet worden sind. Generell können sie, nach Abzug des Vorleistungsverbrauchs, der inländischen Verwendung, das heißt dem Privaten Konsum, dem Konsum des Staates und den Bruttoinvestitionen zugeführt oder aber exportiert werden. Angaben zur Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts enthalten die Tab. 4 und 5.

Tab. 4: Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben der privaten Haushalte	Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Konsumausgaben des Staats	Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag
<i>in jeweiligen Preisen in Mrd. EUR</i>						
1991	1 502,2	832,9	19,6	288,4	364,9	- 3,5
1995	1 801,3	996,2	28,6	356,8	408,1	11,6
1996	1 833,7	1 021,6	30,6	365,8	396,6	19,1
1997	1 871,6	1 047,6	32,2	364,5	401,7	25,7
1998	1 929,4	1 076,5	34,7	369,5	419,9	28,8
1999	1 978,6	1 118,3	37,7	378,2	428,4	16,0
2000	2 030,0	1 157,1	39,7	385,8	439,4	8,0
2001	2 074,0	1 196,0	41,3	394,2	401,4	41,2
2002	2 107,3	1 199,3	43,0	405,4	364,8	94,8
2003	2 128,2	1 211,0	44,3	408,5	372,2	92,2
2004	2 178,2	1 226,1	44,9	406,8	383,6	116,8
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>						Mrd. EUR
1995	3,8	3,8	9,0	4,3	1,5	6,1
1996	1,8	2,6	7,0	2,5	- 2,8	7,5
1997	2,1	2,5	5,2	- 0,3	1,3	6,6
1998	3,1	2,8	7,7	1,4	4,5	3,2
1999	2,6	3,9	8,5	2,3	2,0	- 12,8
2000	2,6	3,5	5,5	2,0	2,6	- 8,0
2001	2,2	3,4	3,8	2,2	- 8,7	33,2
2002	1,6	0,3	4,1	2,8	- 9,1	53,6
2003	1,0	1,0	3,0	0,8	2,0	- 2,6
2004	2,3	1,2	1,4	- 0,4	3,1	24,6
<i>in Preisen von 1995 in Mrd. EUR</i>						
1991	1 710,8	942,3	23,9	326,4	399,7	18,5
1995	1 801,3	996,2	28,6	356,8	408,1	11,6
1996	1 815,1	1 005,0	30,1	363,3	396,0	20,8
1997	1 840,4	1 010,0	31,2	364,5	398,5	36,2
1998	1 876,4	1 027,0	32,8	371,3	416,8	28,4
1999	1 914,8	1 064,3	34,8	374,3	426,7	14,6
2000	1 969,5	1 085,4	35,9	378,6	436,5	33,2
2001	1 986,0	1 104,5	36,2	382,4	398,4	64,5
2002	1 987,6	1 095,3	37,2	389,8	362,3	103,1
2003	1 985,2	1 094,5	38,0	390,2	371,0	91,5
2004	2 018,2	1 091,3	38,2	391,8	381,8	115,2
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>						Mrd. EUR
1995	1,7	2,0	5,3	1,5	0,8	1,2
1996	0,8	0,9	5,0	1,8	- 3,0	9,2
1997	1,4	0,5	3,8	0,3	0,6	15,4
1998	2,0	1,7	5,1	1,9	4,6	- 7,8
1999	2,0	3,6	6,0	0,8	2,4	- 13,8
2000	2,9	2,0	3,2	1,1	2,3	18,5
2001	0,8	1,8	1,0	1,0	- 8,7	31,3
2002	0,1	- 0,8	2,6	1,9	- 9,1	38,6
2003	- 0,1	- 0,1	2,1	0,1	2,4	- 11,5
2004	1,7	- 0,3	0,6	0,4	2,9	23,7

Tab. 5 zeigt, dass in Deutschland der größte Teil (61,7 %) der inländischen Verwendung von Waren und Dienstleistungen zu den Privaten Konsumausgaben gehört. Unter Privaten Konsumausgaben wird dabei im Wesentlichen der Kauf von Waren und Dienstleistungen durch inländische private Haushalte verstanden, daneben gehören die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck dazu.

Knapp ein Fünftel (18,6 %) der Güter der inländischen Verwendung wird investiert, erhöht also den Bestand an Anlagen (Ausrüstungen, Bauten, sonstige Anlagen) oder verändert die Vorrats- und Wertsachenbestände der Kapitalgesellschaften, des Staates sowie der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Die Investitionen – insbesondere Anlageinvestitionen – sind für die wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung. Sie sind eine wesentliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen Verlauf der kommenden Jahre.

Ein weiteres Fünftel (19,7 %) der letzten inländischen Verwendung entfällt auf die Konsumausgaben des Staates. Diese umfassen die Aufwendungen des Staates (Gebietskörperschaften, Sozialversicherung) für allgemeine Verwaltungsleistungen, Sicherheit, Bildung, Gesundheitswesen u. Ä., soweit sie der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden.

Zur Nachfrageseite des Bruttoinlandsprodukts gehört auch der Außenbeitrag (vgl. Tab. 4). Er stellt den Saldo aus Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen an die bzw. aus der »übrigen Welt« dar. In den ersten beiden Jahren nach der Wiedervereinigung war der nominale Außenbeitrag für Deutschland negativ, d. h. nach Deutschland wurden mehr Güter eingeführt als aus Deutschland ausgeführt. Dies hat sich 1993 wieder umgekehrt und seitdem ist der Außenbeitrag in allen Jahren positiv gewesen.

Tab. 5: Inländische Verwendung in jeweiligen Preisen

Jahr	Inländische Verwendung	Konsumausgaben der privaten Haushalte	Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Konsumausgaben des Staates	Bruttoinvestitionen
	Mrd. EUR	in % der inländischen Verwendung			
1991	1 505,7	55,3	1,3	19,2	24,2
1993	1 651,3	56,1	1,5	19,9	22,5
1994	1 730,0	55,5	1,5	19,8	23,2
1995	1 789,7	55,7	1,6	19,9	22,8
1996	1 814,6	56,3	1,7	20,2	21,9
1997	1 845,9	56,7	1,7	19,7	21,8
1998	1 900,6	56,6	1,8	19,4	22,1
1999	1 962,6	57,0	1,9	19,3	21,8
2000	2 022,0	57,2	2,0	19,1	21,7
2001	2 032,8	58,8	2,0	19,4	19,7
2002	2 012,5	59,6	2,1	20,1	18,1
2003	2 036,0	59,5	2,2	20,1	18,3
2004	2 061,4	59,5	2,2	19,7	18,6

12.6 Verteilung des Volkseinkommens

Das gesamte Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt) erreichte 2004 einen Wert von 2 168,8 Mrd. Euro. Das Nettonationaleinkommen lag bei 1 846,9 Mrd. Euro. Das Volkseinkommen, also die Summe des von Inländern empfangenen Arbeitnehmerentgelts und der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, betrug 1 616,4 Mrd. Euro; das waren 19 600 Euro je Einwohner. Das Arbeitnehmerentgelt lag bei 1 132,3 Mrd. Euro bzw. 70,1 % des Volkseinkommens (Lohnquote); je Arbeitnehmer

Tab. 6: Verteilung des Volkseinkommens

Jahr	Volkseinkommen		Arbeitnehmerentgelt			Unternehmens- und Vermögenseinkommen Mrd. EUR
	Mrd. EUR	EUR je Einwohner	Mrd. EUR	% vom Volkseinkommen	EUR je Arbeitnehmer	
1991	1 167,1	14 600	846,0	72,5	24 200	321,1
1993	1 255,7	15 500	937,9	74,7	27 800	317,8
1994	1 302,6	16 000	961,2	73,8	28 700	341,5
1995	1 358,6	16 600	996,2	73,3	29 700	362,4
1996	1 381,7	16 900	1 005,3	72,8	30 100	376,4
1997	1 404,6	17 100	1 009,2	71,8	30 300	395,4
1998	1 442,2	17 600	1 030,6	71,5	30 700	411,6
1999	1 468,2	17 900	1 057,8	72,0	31 000	410,4
2000	1 509,5	18 400	1 099,1	72,8	31 700	410,4
2001	1 538,4	18 700	1 120,8	72,9	32 200	417,6
2002	1 551,9	18 800	1 129,4	72,8	32 700	422,4
2003	1 569,3	19 000	1 132,2	72,1	33 200	437,1
2004	1 616,4	19 600	1 132,3	70,1	33 200	484,0

Tab. 7: Arbeitnehmerentgelt, Löhne und Gehälter (Inländer)

Jahr	Arbeitnehmerentgelt	Sozialbeiträge der Arbeitgeber	Bruttolöhne und -gehälter	Abzüge der Arbeitnehmer	Nettolöhne und -gehälter	Nachrichtlich: Bruttolöhne und -gehälter monatlich je Arbeitnehmer EUR
1991	846,0	153,0	693,0	211,7	481,3	1 650
1993	937,9	168,0	769,9	241,9	528,0	1 910
1994	961,2	179,9	781,3	255,0	526,3	1 940
1995	996,2	189,8	806,4	275,7	530,7	2 010
1996	1 005,3	190,3	815,0	287,0	528,0	2 040
1997	1 009,2	195,6	813,6	294,2	519,4	2 040
1998	1 030,6	200,1	830,5	299,3	531,2	2 060
1999	1 057,8	202,4	855,4	306,2	549,2	2 090
2000	1 099,1	214,4	884,7	312,9	571,8	2 130
2001	1 120,8	216,6	904,2	311,3	592,9	2 170
2002	1 129,4	218,2	911,2	315,9	595,3	2 200
2003	1 132,2	222,4	909,8	319,3	590,5	2 220
2004	1 132,3	221,6	910,7	310,5	600,2	2 230

Tab. 8: Arbeitnehmerentgelt und Bruttolöhne und -gehälter im Inland

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
<i>Arbeitnehmerentgelt Mrd. EUR</i>							
1991	844,0	10,6	301,2	57,8	170,2	87,9	216,3
1995	996,9	9,5	311,0	77,7	203,5	121,4	273,8
1996	1 006,2	9,3	309,3	75,1	203,8	127,2	281,6
1997	1 010,3	9,3	308,9	71,7	203,7	131,5	285,2
1998	1 031,4	9,5	315,7	68,7	206,4	140,7	290,4
1999	1 058,7	9,7	317,7	67,1	212,7	151,6	300,0
2000	1 100,0	9,7	332,4	65,2	219,5	166,2	306,9
2001	1 121,4	9,5	339,2	61,1	224,9	174,8	311,8
2002	1 129,8	9,5	336,5	57,4	227,1	179,3	320,0
2003	1 132,3	9,4	333,5	54,9	226,9	182,0	325,5
2004	1 132,2	9,4	334,2	52,6	226,1	184,9	325,0
<i>EUR je Arbeitnehmer (Lohnkosten)</i>							
1991	24 200	13 700	27 400	22 800	20 900	27 200	23 500
1995	29 700	18 900	35 900	26 900	25 300	32 000	28 300
1996	30 100	19 400	36 800	27 200	25 300	32 400	28 700
1997	30 300	19 300	37 500	27 200	25 300	32 500	29 000
1998	30 700	19 400	38 200	27 200	25 200	32 800	29 300
1999	31 000	19 800	38 900	27 300	25 500	32 800	29 800
2000	31 700	20 300	40 500	27 700	25 600	33 500	30 200
2001	32 200	20 400	41 300	28 200	26 000	34 000	30 500
2002	32 700	20 700	41 900	28 600	26 400	34 700	31 000
2003	33 200	20 700	42 700	29 100	26 700	35 200	31 500
2004	33 200	20 500	43 600	29 100	26 400	35 100	31 300
<i>Bruttolöhne und -gehälter Mrd. EUR</i>							
1991	691,4	9,0	245,8	47,1	141,4	72,6	175,5
1995	806,9	7,9	251,1	63,3	165,1	99,7	219,9
1996	815,7	7,7	250,6	60,6	167,3	103,8	225,8
1997	814,5	7,7	248,9	57,7	166,3	106,8	227,1
1998	831,1	7,8	254,1	55,3	168,6	114,1	231,2
1999	856,0	8,0	256,2	55,0	174,1	123,9	238,9
2000	885,3	8,0	263,3	53,6	181,0	134,3	245,1
2001	904,5	7,9	269,5	50,3	185,7	141,9	249,3
2002	911,4	7,9	268,0	47,4	188,0	144,8	255,3
2003	909,8	7,8	266,3	45,0	186,7	146,3	257,6
2004	910,5	7,8	267,3	43,1	186,1	148,9	257,3
<i>EUR je Arbeitnehmer (Verdienst)</i>							
1991	19 800	11 500	22 400	18 600	17 400	22 500	19 100
1995	24 100	15 600	29 000	21 900	20 600	26 200	22 700
1996	24 400	16 000	29 800	22 000	20 800	26 400	23 000
1997	24 500	15 900	30 200	21 900	20 600	26 400	23 100
1998	24 700	16 000	30 800	21 900	20 600	26 600	23 300
1999	25 100	16 300	31 400	22 400	20 800	26 800	23 800
2000	25 500	16 700	32 100	22 800	21 100	27 000	24 100
2001	26 000	16 900	32 800	23 200	21 500	27 600	24 400
2002	26 300	17 100	33 400	23 600	21 800	28 000	24 700
2003	26 600	17 200	34 100	23 900	22 000	28 300	24 900
2004	26 700	17 000	34 800	23 900	21 800	28 300	24 800

waren das 33 200 Euro. Auf die Unternehmens- und Vermögenseinkommen entfielen 484,0 Mrd. Euro bzw. 29,9 % des Volkseinkommens.

Um Missverständnisse bei der Interpretation dieser Zahlen zu vermeiden, ist anzumerken, dass zu den Unternehmens- und Vermögenseinkommen neben den Unternehmenseinkommen (Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Personengesellschaften, Einzelunternehmen usw.) auch die Vermögenseinkommen aller Bevölkerungsgruppen (also zum Beispiel auch die Zinsen aus dem Sparguthaben oder die Dividenden aus dem Aktienbesitz eines Arbeitnehmers) rechnen. Außerdem ist zu beachten, dass das Arbeitnehmerentgelt die gesamten Sozialbeiträge (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile) sowie die Lohnsteuer der Arbeitnehmer einschließt.

Vom gesamten Arbeitnehmerentgelt entfielen 2004 in Deutschland 19,6 % auf die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, nachdem es im Jahr 1991 erst 18,1 % waren.

Bei einer Betrachtung der Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte und der Bruttolöhne und -gehälter nach Wirtschaftsbereichen zeigt sich, dass die höchsten Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) im Jahr 2004 mit 43 600 Euro im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe zu verzeichnen waren, die niedrigsten in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (20 500 Euro). Beim Verdienst (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) ergab sich ein ähnliches Bild.

Sowohl das Arbeitnehmerentgelt als auch der überwiegende Teil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen fließen den privaten Haushalten zu. Von diesen Einkommen müssen – wie bereits erwähnt – (direkte) Steuern und Sozialbeiträge gezahlt werden, die jedoch teilweise in Form von sozialen Leistungen und anderen Transfers den Haushalten wieder zugute kommen. Erst die Einkommen, die sich nach dieser Umverteilung ergeben, stehen zur freien Verfügung der Haushalte und können von diesen für den Privaten Konsum bzw. das Sparen verwendet werden.

12.7 Außenwirtschaft

12.7.1 Außenhandel

Die deutsche Wirtschaft ist in hohem Maße exportorientiert und damit auch exportabhängig. Gleichzeitig ist Deutschland als rohstoffarmes Land aber auch auf Importe – insbesondere im Energiebereich (Erdöl, Erdgas) – angewiesen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug der Anteil der Warenausfuhren in Deutschland im Jahr 2004 33,6 % und der Anteil der Einfuhren 26,4 %. Die Bedeutung des Außenhandels für die deutsche Volkswirtschaft wird auch daran deutlich, dass Deutschland im Jahr 2003 erstmals die weltweit größte Exportnation war und damit sogar die USA überflügeln konnte. Auch im Jahr 2004 war Deutschland voraussichtlich wieder »Exportweltmeister«.

Wie Tab. 9 zeigt, ist der deutsche Außenhandelsumsatz (Einfuhr + Ausfuhr) von 1960 bis 2004 um das rund 27-fache gestiegen. Die Ausfuhr ist im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr um 10,0 % auf 731,3 Mrd. Euro, die Einfuhren im gleichen Zeitraum um 7,7 % auf 575,4 Mrd. Euro gestiegen. Dadurch erreichte der Außenhandelsüberschuss mit 155,6 Mrd. Euro ein neues Rekordergebnis.

Deutschlands wichtigste Absatz- und Beschaffungsmärkte liegen in Europa, denn mehr als 70 % der deutschen Ausfuhr und Einfuhren bleiben in Europa oder stammen aus Europa.

Innerhalb der europäischen Länder bildet die Europäische Union das Schwergewicht. Durch den Beitritt der zehn Länder Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern zur EU erhöhte sich der Anteil der Exporte Deutschlands in die EU-Mitgliedstaaten von 55 % im Jahr 2003 auf rund 64 % im Jahr 2004. Der Anteil der Importe aus den EU-Mitgliedstaaten stieg von 50 % auf rund 61 %.

Tab. 9: Entwicklung von Wareneinfuhr und Warenausfuhr¹
in Mrd. EUR

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo ²
1960	21,8	24,5	2,7
1970	56,0	64,1	8,1
1980	174,5	179,1	4,6
1990	293,2	348,1	54,9
1995	339,6	383,2	43,6
2000	538,3	597,4	59,1
2001	542,8	638,3	95,5
2002	518,5	651,3	132,8
2003	534,5	664,5	130,0
2004 ³	575,4	731,0	155,6

1 Bis einschl. 1989 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland.

2 Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

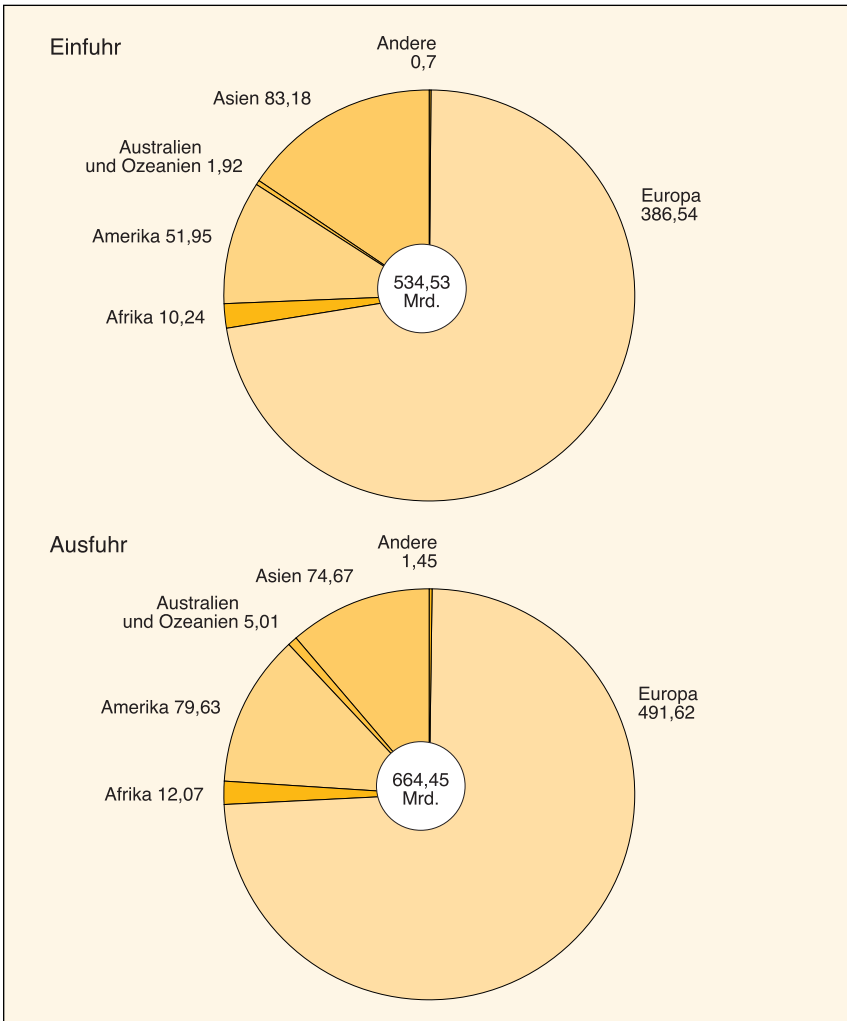
3 Jahresprognose auf der Basis der bis einschl. November vorliegenden Außenhandelsergebnisse.

Ein weiterer wichtiger Markt für den deutschen Außenhandel ist der amerikanische Kontinent, der im Jahr 2003 rund 12 % der deutschen Ausfuhr aufnahm und 10 % der Einfuhrgüter lieferte. Wirtschaftlich dominiert wird der deutsch-amerikanische Außenhandel von dem Warenaustausch mit den USA; in die USA gingen im Jahr 2003 mehr als drei Viertel aller deutschen für Amerika bestimmten Ausfuhr, bei der Einfuhr war der Anteil ebenfalls so hoch.

Während Deutschland wesentlich mehr nach Amerika liefert, als es von dort bezieht, ist es im deutschen Außenhandel mit Asien gerade umgekehrt. Auf diesem Kontinent verzeichnet Deutschland traditionell ein Handelsbilanzdefizit.

Im Jahr 2003 wuchsen die deutschen Ausfuhr nach Asien gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3,6 % auf 74,4 Mrd. Euro und die deutschen

Abb. 4: Außenhandel Deutschlands nach Erdteilen 2003
in Mrd. EUR



Einfuhren aus Asien um 6,2 % auf 83,2 Mrd. Euro. Größter asiatischer Handelspartner Deutschlands ist China; von dort importierte Deutschland im Jahr 2003 Waren im Wert von 25,7 Mrd. Euro, während die deutschen Exporte nach China nur 18,3 Mrd. Euro erreichten.

Vergleichsweise niedrig ist der Warenaustausch mit den übrigen Kontinenten. So erreichten die deutschen Ausfuhren nach Afrika im Jahr 2003 rund 12 Mrd. Euro, das sind weniger als 2 % der deutschen Exporte insgesamt. Der Anteil von Australien und Ozeanien war mit weniger als einem Prozent noch geringer.

Frankreich ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner von Deutschland mit einem Anteil von rund 10 % am deutschen Außenhandelsumsatz des Jahres 2003. Auf die drei wichtigsten Handelspartner (Frankreich, die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich) entfällt zusammen gut ein Viertel des Umsatzes und gut die Hälfte des Ausfuhrüberschusses. Fast zwei Drittel des Außenhandelsumsatzes wickelt Deutschland mit seinen zehn wichtigsten Partnerländern ab (vgl. Abb. 5). Mit den Vereinigten Staaten, Japan und China lagen lediglich drei dieser zehn Länder außerhalb Europas.

Die amtliche Statistik bietet detaillierte Außenhandelsergebnisse nach mehr als 10 000 Warengruppen und 230 Ländern und Gebieten. Analysiert man den deutschen Außenhandel nach Warengruppen, so zeigen sich eindeutige Schwerpunkte der deutschen Exportwirtschaft. Bei der Ausfuhr lagen im Jahr 2003 – wie auch in den Vorjahren – Kraftfahrzeuge und Kfz-Teile (130,8 Mrd. Euro) an der Spitze, gefolgt von Maschinen (93,9 Mrd. Euro) und chemischen Erzeugnissen (86,2 Mrd. Euro). Zusammen entfielen auf diese drei Ausfuhrbereiche 47 % der gesamten Warenausfuhr.

Betrachtet man die Waren nach ihrem Verarbeitungsgrad, zeigt sich, dass der Fertigwarenanteil in den vergangenen Jahrzehnten sowohl bei der Ein- wie auch der Ausfuhr die größte Bedeutung hat, wobei der Anteil an der Ausfuhr (88 %) weit höher liegt als an der Einfuhr (74 %). Der Handel mit Rohstoffen hat in beiden Richtungen prozentual an Bedeutung verloren, wobei hier naturgemäß die Einfuhr einen höheren

Abb. 5: Die größten Handelspartner Deutschlands 2003
in Mrd. EUR

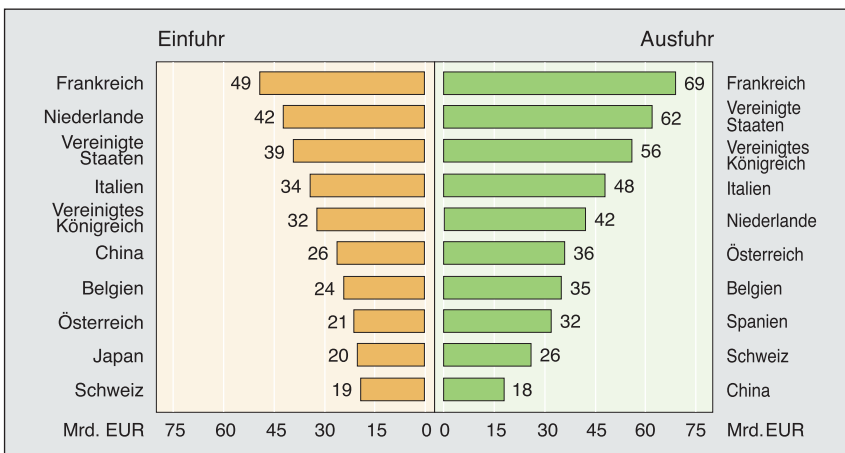
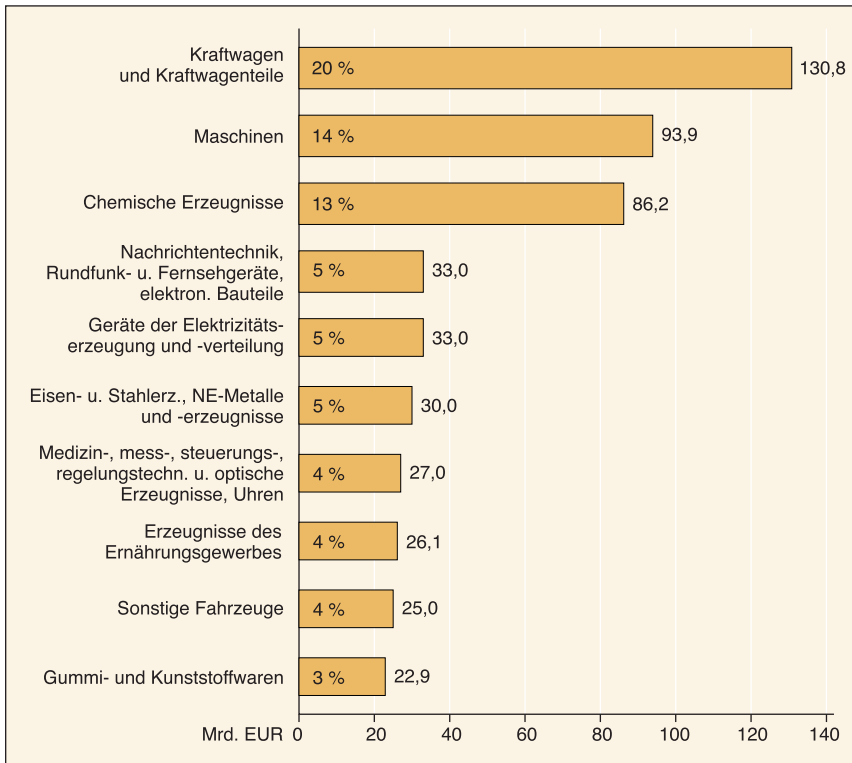


Abb. 6: Deutschlands wichtigste Exportgüter 2003
in Mrd. EUR bzw. in Prozent



Tab. 10: Einfuhr und Ausfuhr nach Warengruppen¹
in Prozent

Wirtschaftszweig/ Warengruppe	Einfuhr ²				Ausfuhr ²			
	1960	1980	1990	2003	1960	1980	1990	2003
Ernährungswirtschaft	26,3	12,7	10,8	8,3	2,3	5,3	4,8	4,8
Gewerbliche Wirtschaft	72,7	86,0	87,8	87,9	97,4	94,0	94,8	93,3
davon:								
Rohstoffe	21,7	17,3	6,1	8,2	4,6	1,9	1,1	1,2
Halbwaren	18,9	17,6	11,3	6,1	10,4	8,7	5,3	3,9
Fertigwaren	32,2	51,2	70,5	73,6	82,4	83,4	88,4	88,3

¹ Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen.

² Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland; seit 1993 neues Erhebungsverfahren innerhalb der EU.

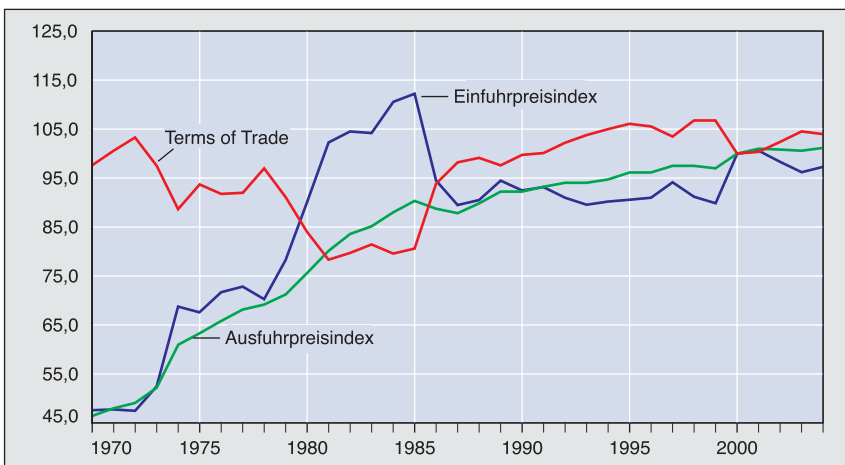
Anteil aufweist. Tab. 10 macht auch deutlich, dass die Einfuhren von Ernährungsgütern prozentual im Zeitablauf deutlich rückläufig waren. Diese Entwicklung ist auch Spiegelbild der allgemeinen Lebensbedingungen, wonach nicht mehr die Deckung der täglichen Grundbedürfnisse, sondern das Bestreben nach Erhöhung der eigenen Lebensqualität das Konsumverhalten bestimmt. Ausfahrseitig blieb der Anteil der Ernährungswirtschaft relativ stabil, was unterstreicht, dass Deutschland nie ein vornehmlich landwirtschaftlich orientiertes Land war.

12.7.2 Außenhandelspreise

Die Indizes der Außenhandelspreise messen die Entwicklung der Preise aller Waren, die zwischen Deutschland und dem Ausland gehandelt werden. Damit stellen sie für Politik und Wirtschaft eine wertvolle Informationsquelle dar. Insbesondere dienen sie zur Abschätzung der Preiseinflüsse aus dem Ausland auf das inländische Preisniveau. Mit Hilfe der aus ihnen abgeleiteten Terms of Trade (Ausfuhrpreisindex dividiert durch Einfuhrpreisindex mal 100) kann darüber hinaus die Entwicklung der Austauschverhältnisse der deutschen Volkswirtschaft mit dem Ausland analysiert werden. Steigen beispielsweise die Ausfuhrpreise stärker als die Einfuhrpreise, bedeutet dies, dass man für eine bestimmte Menge ausgeführter Güter einen höheren Erlös erhält und dafür mehr Güter im Ausland einkaufen kann als zuvor.

Bei den Ausfuhrpreisen ist seit 1970 ein nahezu durchgehender Preisanstieg festzustellen, während bei den Einfuhrpreisen Preisausschläge nach beiden Seiten zu verzeichnen waren, wobei jedoch die Preissteigerungen gegenüber den Preisrückgängen

Abb. 7: Index der Ein- und Ausfuhrpreise in Deutschland¹
(2000 = 100)



1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet.

Tab. 11: Index der Ein- und Ausführpreise in Deutschland¹
(2000 = 100)

Jahr	Einfuhrpreisindex	Ausfuhrpreisindex	Terms of Trade
1970	47,6	46,5	97,7
1980	90,1	75,7	84,0
1990	92,5	92,3	99,8
1991	93,2	93,3	100,1
1993	89,6	94,0	104,9
1995	90,6	96,1	106,1
1996	91,0	96,1	105,6
1997	94,2	97,5	103,5
1998	91,3	97,5	106,8
1999	90,8	97,0	106,8
2000	100	100	100
2001	100,6	101,0	100,4
2002	98,4	100,8	102,4
2003	96,2	100,6	104,6
2004	97,2	101,1	104,0

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet.

gen langfristig überwogen. Ursache für diese Entwicklung ist im Wesentlichen die unterschiedliche Warenstruktur der Ein- und Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland. Bei den Importen sind Rohstoffe und auch Güter der Ernährungswirtschaft, die besonders häufig stärkeren Preisschwankungen unterliegen, von größerer Bedeutung als bei den Exporten.

12.7.3 Zahlungsbilanz

Um das Bild der außenwirtschaftlichen Verflechtungen zu vervollständigen, empfiehlt sich auch die Betrachtung der Zahlungsbilanz. Die Zahlungsbilanz gibt ein zusammengefasstes Bild der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen In- und Ausländern. Sie gliedert sich in die Leistungsbilanz, die Bilanz der Vermögensübertragungen, die Kapitalbilanz und die Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank. In der Leistungsbilanz werden alle Waren- und Dienstleistungsumsätze, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie die laufenden Übertragungen dargestellt, die im Berichtszeitraum stattgefunden haben. Die Vermögensübertragungen werden in einer gesonderten Position ausgewiesen. Unter den Übertragungen insgesamt sind die Gegenbuchungen zu den Güter- und Kapitalbewegungen zu finden, die unentgeltlich erfolgt sind. Kapitalbilanz und Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank enthalten alle Transaktionen, bei denen sich grenzüberschreitende Finanzpositionen verändern. Der Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen wird gleichfalls gesondert ausgewiesen.

Die Zahlungsbilanz ist, wie jedes geschlossene Buchhaltungssystem, stets ausgeglichen. In der hier gewählten Darstellung gilt für den rechnerischen Zusammenhang zwischen den erwähnten vier Teilen der Zahlungsbilanz folgende Gleichung:

Saldo der Leistungsbilanz
 + Saldo der Vermögensübertragungen
 = Saldo der Kapitalbilanz
 + Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank
 zu Transaktionswerten
 + (Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen)

Um das Verständnis der Kapitalbilanz zu erleichtern, wurde eine Darstellung gewählt, die von der üblichen Form etwas abweicht. Dabei wurden die Vorzeichen in der Weise gesetzt, dass jede Bestandserhöhung mit einem Pluszeichen, jede Verminderung mit einem Minuszeichen erscheint.

Tab. 12: Saldo der Leistungsbilanz / Vermögensübertragungen¹
in Mill. EUR

Jahr	Saldo der Leistungsbilanz					Vermögensübertragungen ³	
	insgesamt	Waren- und Dienstleistungsverkehr			Erwerbs- und Vermögenseinkommen		laufende Übertragungen
		zusammen	Warenverkehr ² (fob-Werte)	Dienstleistungsverkehr			
1999	-22 454	+ 12 162	+ 66 551	-54 389	- 9 599	-25 016	- 154
2000	-27 851	+ 3 156	+ 62 916	-59 760	- 2 641	-28 366	+ 6 823
2001	+ 1 749	+ 39 855	+ 100 722	-60 867	-10 680	-27 425	- 387
2002	+ 45 670	+ 90 397	+ 136 921	-46 524	-16 844	-27 883	- 212
2003	+ 45 767	+ 87 048	+ 132 968	-45 920	-12 515	-28 767	+ 316

1 Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank.

2 Spezialhandel einschl. Ergänzungen.

3 Einsch. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern (UMTS-Lizenzen) im Jahr 2000.

Aus der Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Tab. 12) geht hervor, dass den Außenhandelsüberschüssen Defizite beim Dienstleistungsverkehr (verursacht hauptsächlich durch die Reisefreudigkeit der Deutschen) und bei den laufenden Übertragungen (insbesondere Beiträge zum EU-Haushalt, Heimatüberweisungen der ausländischen Arbeitnehmer, private Renten, Pensionen und Unterstützungszahlungen an das Ausland) gegenüberstehen. Nachdem der Saldo der Leistungsbilanz seit 1991 stets negativ war, lag er im Jahr 2001 erstmals wieder im positiven Bereich bei 1,7 Mrd. Euro. Im Berichtsjahr 2002 stieg der positive Leistungsbilanzsaldo erheblich auf 45,7 Mrd. Euro. Dies resultiert aus dem enormen Exportüberschuss im deutschen Außenhandel sowie einem Rückgang des Defizits im Dienstleistungsverkehr. Bei gleichen Verhältnissen änderte sich der Leistungsbilanzsaldo im Jahr 2003 nur geringfügig, auf 45,8 Mrd. Euro.

Aus der Kapitalbilanz (Tab. 13) ist ersichtlich, dass die deutschen Direktinvestitionen im Ausland im Jahr 2003 um 9,1 Mrd. Euro niedriger lagen als die Anlagen des Auslands in Deutschland. Im Jahr 2000 haben Ausländer 153,8 Mrd. Euro mehr in Deutschland investiert, als dies von den Deutschen im Ausland getan wurde. Maß-

geblicher Grund hierfür ist die Übernahme eines deutschen Unternehmens durch einen ausländischen Investor sowie Mittelbereitstellungen im Zusammenhang mit dem Erwerb von UMTS-Lizenzen (vgl. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, März 2001, S. 69 ff.). Des Weiteren floss im Jahr 2000 erheblich mehr deutsches Kapital (+ 164,9 Mrd. Euro) in ausländische Wertpapiere als vom Ausland in deutschen Wertpapieren angelegt wurde. Auch hier wirkt sich spiegelbildlich die bereits erwähnte Großfusion aus, da der Direktinvestor die zuvor im Ausland befindlichen Aktien des deutschen Unternehmens übernommen hat. Dadurch ergibt sich rechnerisch ein geringeres Engagement des Auslands in hiesige Wertpapiere, was den starken Anstieg des positiven Wertpapiersaldos im Jahr 2000 zur Folge hat. In 2003 lag der Saldo der Wertpapieranlagen wie auch in den beiden Vorjahren im Negativbereich (-58,5 Mrd. Euro). Der Kapitalabfluss aus dem Kreditverkehr war um 134,8 Mrd. Euro höher als die Mittelzufuhr.

Tab. 13: Saldo der Kapitalbilanz¹
in Mill. EUR

Jahr	Saldo der Kapitalbilanz					Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank ²	Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen
	insgesamt	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Kreditverkehr	Sonstige Anlagen		
1999	+ 22 931	+ 49 384	+ 11 471	- 40 293	+ 2 369	- 12 535	- 33 003
2000	- 28 343	- 153 822	+ 164 910	- 41 285	+ 1 854	- 5 844	+ 13 159
2001	+ 26 233	+ 17 563	- 33 325	+ 40 656	+ 1 338	- 6 032	- 18 838
2002	+ 70 724	- 29 107	- 43 072	+ 141 394	+ 1 509	- 2 065	- 23 201
2003	+ 69 725	- 9 132	- 58 459	+ 134 750	+ 2 566	- 445	- 23 197

1 Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank.

2 Zu Transaktionswerten.

Der Saldo der Kapitalbilanz und die Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten – bereinigt um den »Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen« – entspricht dem Saldo der Leistungsbilanz zuzüglich des Saldos der Vermögensübertragungen. Den Leistungstransaktionen in Form des Waren- und Dienstleistungsverkehrs und der Übertragungen stehen entsprechende finanzielle Transaktionen gegenüber. Sofern die Überschüsse bzw. Defizite in der Leistungsbilanz nicht durch Gegenbewegungen im Kapitalverkehr ausgeglichen werden, verändern sich die Auslandsaktiva der Bundesbank (Gold, Devisen usw.) entsprechend.

13 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Die amtliche Statistik der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei gliedert sich in die überwiegend in zweijährigen oder längerfristigen Abständen stattfindenden Betriebsstatistiken und die im Allgemeinen jährlich oder mit kürzerer Periodizität durchgeführten Erzeugungsstatistiken.

In diesem Kapitel wird zunächst die Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei allgemein betrachtet, d. h. die dargestellten Ergebnisse trennen nicht zwischen dem, was landläufig als »konventionelle Landwirtschaft« bezeichnet wird, und dem ökologischen Landbau.

Im darauf folgenden Teil wird der ökologische Landbau gesondert dargestellt, da sich Betriebe, die nach den Prinzipien des ökologischen Landbaus wirtschaften, in ihrer Struktur erheblich von allen landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland unterscheiden. Gestiegenes Verbraucherinteresse und geänderte institutionelle Rahmenbedingungen haben zu einem kontinuierlichen Zuwachs an Ökobetrieben geführt. Sie sind aber sowohl im Hinblick auf die Zahl der Betriebe als auch auf den Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche noch von geringer Bedeutung für die Landwirtschaft insgesamt. Deshalb besteht zukünftig weiterhin Handlungsbedarf, wenn eine deutliche Ausweitung der ökologischen landwirtschaftlichen Produktion erreicht werden soll.

13a Land- und Forstwirtschaft, Fischerei insgesamt

13a.1 Bedeutung der Agrarwirtschaft

Mit der Versorgung der Bevölkerung und der Sicherstellung der Ernährung erbringt die Agrarwirtschaft eine bedeutsame Leistung. So werden fast 90 % des Nahrungsbedarfs in Deutschland aus heimischer Produktion gedeckt.

Dennoch ist der Anteil der Landwirtschaft an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung (Bruttowertschöpfung) mit 1,1 % (2003) außerordentlich gering. Auch für die Beschäftigung spielt die Landwirtschaft nur eine untergeordnete Rolle. Während um die Jahrhundertwende noch gut jeder dritte Erwerbstätige und 1950 immerhin rund jeder vierte in diesem Bereich tätig war, ist es gegenwärtig nur noch etwa jeder vierzigste (nach Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen).

In diesen Zahlen kommt zum Ausdruck, dass sich in der Landwirtschaft ein tief greifender Wandel vollzieht, der hinsichtlich seiner Ausmaße und Auswirkungen ohne

Tab. 1: Wichtige Eckdaten über die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 2003 in Deutschland

Landwirtschaftlich genutzte Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe	17,0 Mill. Hektar = 48 % der Fläche Deutschlands
Erwerbstätige ¹ in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ²	930 000 = 2,4 % aller Erwerbstätigen
Bruttowertschöpfung in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ²	21,8 Mrd. EUR = 1,1 % der gesamten Bruttowertschöpfung
Selbstversorgungsgrad der Bundesrepublik Deutschland ³	90 % ⁴

1 Ergebnisse aus Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – 2 Vorläufiges Ergebnis. – 3 Inlanderzeugung in Prozent des Verbrauchs für Nahrung, Futter, industrielle Verwertung, Saatgut, Marktverluste; ohne Erzeugnisse aus Auslandsfuttermitteln. – 4 2001/2002.

Beispiel ist. Die gleichzeitige Integration dieses Wirtschaftsbereichs in den gemeinsamen Agrarmarkt der Europäischen Union führt dazu, dass erhebliche Haushaltsmittel der EU (2002: 49 Mrd. Euro) und der Bundesregierung (2002: 6 Mill. Euro) durch die Landwirtschaft gebunden sind.

Unabhängig von der weiteren Strukturentwicklung sind Verantwortung und Stellenwert der Landwirtschaft für Gesellschaft und Umwelt hervorzuheben. Dazu gehören auch die Erhaltung der Besiedlungsstruktur ländlicher Gebiete und die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen. Von den Landwirten wird selbstverantwortliches Handeln im ökologisch geprägten Anbau und in der artgerechten Nutztierhaltung gefordert.

So hat neben der Sicherung der Ernährung die Erhaltung und Pflege der ländlichen Räume durch die Landwirtschaft eine weitaus größere Bedeutung, als sie im Beitrag der Landwirtschaft zur Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft zum Ausdruck kommt.

13a.2 Bodennutzung

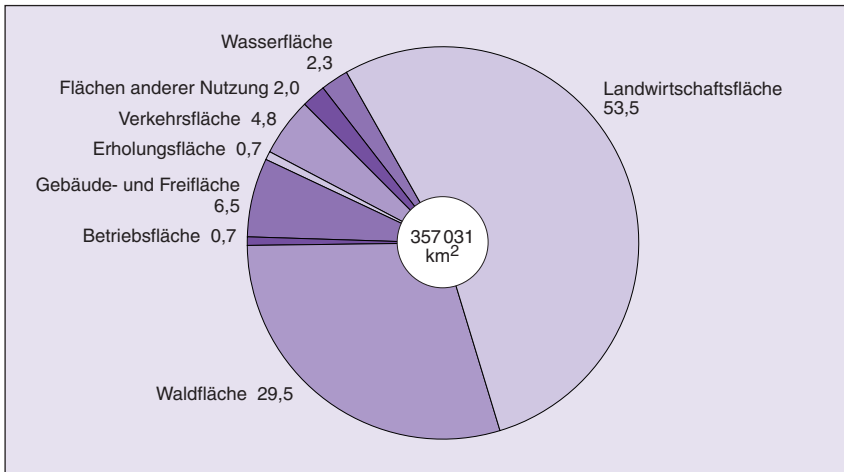
Die Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung lieferte 2001 zum dritten Mal (nach 1993) für Deutschland Angaben zur Nutzung der Bodenfläche nach einheitlichen methodischen Maßstäben für alle 16 Bundesländer.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Bodenfläche der Bundesrepublik Deutschland 357 031 Quadratkilometer beträgt. Nach wie vor beansprucht die Landwirtschaftsfläche mit 54 % den größten Anteil; er betrug im früheren Bundesgebiet 52 %, in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag er mit 57 % höher. In acht Ländern wird mindestens die Hälfte der Bodenfläche landwirtschaftlich genutzt: Den höchsten Wert hat Schleswig-Holstein mit 72 %. Neben den drei Stadtstaaten haben Hessen und Rheinland-Pfalz mit jeweils gut 43 % den geringsten Anteil.

Die Waldfläche beträgt in Deutschland etwa 30 %. Während im früheren Bundesgebiet mehr als 30 % der Fläche mit Wald bedeckt ist, sind es in den neuen Ländern und Berlin-Ost gut 27 %. Das waldreichste Land ist Rheinland-Pfalz mit knapp 41 %, gefolgt von Hessen mit fast 40 %. Den geringsten Anteil an Waldfläche besitzt Schleswig-Holstein mit fast 10 %.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst 44 000 Quadratkilometer; das sind 12 %. Im früheren Bundesgebiet ist der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche mit 13 % deutlich höher als in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit fast 9 %. In den Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen und Sachsen-Anhalt liegt der Anteil unter 10 %. Nordrhein-Westfalen mit rund 21 % und das Saarland mit rund 20 % besitzen den relativ größten Raum für Siedlungs- und Verkehrszwecke. In den Stadtstaaten nimmt die Siedlungs- und Verkehrsfläche über die Hälfte der Bodenfläche ein; in der Bundeshauptstadt Berlin sind es zwei Drittel.

Abb. 1: Aufteilung der Fläche nach Nutzungsarten 2001
in Prozent



13a.3 Landwirtschaftliche Betriebe

Der infolge des technischen Fortschritts und der geänderten Agrarpolitik stattfindende Strukturwandel in der deutschen Landwirtschaft wird im Rahmen der Agrarstrukturhebung am Rückgang der Betriebszahlen und damit verbunden der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte deutlich. So ging die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 1991 bis 2003 von rund 654 000 Betriebe auf rund

421 000 Betriebe zurück. Das betrifft vor allem kleine und mittlere Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) bis unter 75 Hektar.

Gleichzeitig führte der Strukturwandel zu Landwirtschaftsbetrieben mit einer wachsenden Flächenausstattung von durchschnittlich 26,1 Hektar LF 1991 auf 40,5 Hektar LF 2003. Dieser Wandel ist vor allem bei den Betrieben im früheren Bundesgebiet zu beobachten.

Der Umstrukturierungsprozess in den neuen Ländern fand im Wesentlichen in den Jahren nach der Vereinigung Deutschlands statt. Aus den 1989 existierenden 464 Staatsgütern (VEG), 3 844 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und 370 weiteren genossenschaftlichen sowie zwischenbetrieblichen Einrichtungen

Tab. 2: Betriebe und durchschnittliche Betriebsgröße¹
der landwirtschaftlichen Betriebe
in Hektar

Jahr	Deutschland		Früheres Bundesgebiet ²		Neue Länder ³	
	Betriebe	durchschnittliche Größe	Betriebe	durchschnittliche Größe	Betriebe	durchschnittliche Größe
1991	653 819	26,1	632 156	18,6	21 663	243,8
1999	471 960	36,3	441 567	26,1	30 393	184,4
2001	448 936	38,1	418 241	27,5	30 695	182,4
2003 ⁴	421 132	40,5	391 049	29,4	30 083	184,5

1 Ab 1991 Betriebe mit 1 ha LF, ab 1999 2 ha LF und mehr oder mit Viehhaltung und/oder Spezialkulturen, wenn vom Gesetzgeber vorgegebene Viehbestände oder Mindestanbauflächen vorhanden sind.

2 Ab 2001 einschl. Berlin-Ost.

3 Bis 1999 einschl. Berlin-Ost.

4 Vorläufiges Ergebnis.

gingen die Nachfolgeunternehmen, zumeist in Form juristischer Personen, sowie Einzelunternehmen und Personengesellschaften hervor. Die Betriebsgrößenstruktur ist hier seit 1999 vergleichsweise stabil, die durchschnittliche Betriebsgröße veränderte sich kaum und liegt seither bei gut 180 Hektar LF.

Die infolge von Betriebsaufgaben freigewordene LF wird von den verbleibenden Betrieben vor allem über Pachtverträge zu Flächenaufstockungen genutzt. Tendenziell verringern sich dadurch die in der Bewirtschaftung befindlichen Eigentumsflächen. Die Pachtflächen gewinnen an Bedeutung. Die Veränderung war jedoch im betrachteten Zeitraum nur geringfügig. So hat der Pachtlandanteil in Deutschland von 63 % im Jahr 1999 auf 64 % in 2003 zugenommen. Der geringe Anstieg ist u. a. mit dem sinkenden Pachtflächenanteil in den neuen Ländern zu erklären, der in den vergangenen vier Jahren von 90 % auf 85 % erstmals zurückging (früheres Bundesgebiet: 54 %).

Tab. 3: Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)¹
in der Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe, Landwirtschaftlich genutzte Fläche	Einheit	Deutschland				Früheres Bundesgebiet ²		
		1991	1999	2001	2003 ³	1991	1999	
Landwirtschaftliche Betriebe		653,8	472,0	448,9	421,1	632,2	441,6	
<i>davon nach Größenklassen der LF:</i>								
unter 10 ha	1 000	321,1	191,6	180,9	165,1	308,5	179,8	
10 bis unter 50 ha	1 000	276,4	201,7	186,7	172,5	272,5	194,3	
50 bis unter 100 ha	1 000	44,4	54,3	55,1	55,0	43,3	51,8	
100 bis unter 1000 ha	1 000	11,9	22,7	24,7	26,9	7,9	15,7	
1 000 ha und mehr	1 000		1,6	1,6	1,6		0,0	
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	1 000 ha	17 046,9	17 151,6	17 095,8	17 049,5	11 764,6	11 545,9	
<i>davon nach Größenklassen der LF:</i>								
unter 10 ha	1 000 ha	1 216,0	831,3	773,9	710,7	1 183,9	785,2	
10 bis unter 50 ha	1 000 ha	6 603,4	4 991,7	4 617,0	4 287,3	6 512,3	4 819,3	
50 bis unter 100 ha	1 000 ha	2 950,4	3 738,6	3 810,3	3 834,0	2 875,6	2 360,0	
100 bis unter 1000 ha	1 000 ha	6 277,1	4 717,0	5 065,8	5 508,9	1 192,9	2 360,0	
1 000 ha und mehr	1 000 ha		2 873,0	2 828,8	2 708,5		22,7	
			Früheres Bundesgebiet ²	Neue Länder ⁴				
			2001	2003 ³	1991	1999	2001	2003 ³
Landwirtschaftliche Betriebe	1 000	418,2	391,0	21,7	30,4	30,7	30,1	
<i>davon nach Größenklassen der LF:</i>								
unter 10 ha	1 000	169,0	153,5	12,6	11,8	11,9	11,5	
10 bis unter 50 ha	1 000	179,1	165,2	4,0	7,5	7,6	7,3	
50 bis unter 100 ha	1 000	52,6	52,6	1,1	2,5	2,5	2,4	
100 bis unter 1000 ha	1 000	17,5	19,6	4,0	7,1	7,2	7,3	
1 000 ha und mehr	1 000	0,0	0,0		1,6	1,6	1,5	
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	1 000 ha	11 497,2	11 500,2	5 282,3	5 605,6	5 598,6	5 549,3	
<i>davon nach Größenklassen der LF:</i>								
unter 10 ha	1 000 ha	726,8	664,7	342,1	46,1	47,1	46,0	
10 bis unter 50 ha	1 000 ha	4 442,2	4 118,1	91,1	172,4	174,8	169,3	
50 bis unter 100 ha	1 000 ha	3 630,9	3 658,9	74,8	179,9	179,5	175,1	
100 bis unter 1000 ha	1 000 ha	2 668,9	3 021,0	5 084,3	2 356,9	2 396,9	2 487,9	
1 000 ha und mehr	1 000 ha	28,6	37,5		2 850,3	2 800,3	2 671,0	

1 Ab 1991 Betriebe mit 1 ha LF, ab 1999 2 ha LF und mehr oder mit Viehhaltung und/oder Spezialkulturen, wenn vom Gesetzgeber vorgegebene Viehbestände oder Mindestanbauflächen vorhanden sind. – 2 Ab 2001 einschl. Berlin-Ost. – 3 Vorläufiges Ergebnis. – 4 Bis 1999 einschl. Berlin-Ost.

13a.4 Rechtsformen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

13a.4.1 Rechtsformen

Auch weiterhin wird der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Produktion vor allem im früheren Bundesgebiet von Betrieben in der Rechtsform Einzelunternehmen natürlicher Personen erbracht.

Die landwirtschaftlichen Betriebe Deutschlands gliederten sich 2003 in 1,3 % juristische Personen und in 98,7 % natürliche Personen, wobei von den natürlichen Personen 95,5 % auf Einzelunternehmen und 4,5 % auf Personengesellschaften entfielen. In den neuen Ländern betragen diese Anteile 11,0 % (juristische Personen) und 89,0 % (natürliche Personen) mit 78,3 % Einzelunternehmen und 10,7 % Personengesellschaften. Bei der allgemeinen Abnahme der Betriebe geht die Zahl der Einzelunternehmen stärker zurück, wodurch ihr Anteil sinkt. Dagegen nahm der Anteil der Personengesellschaften auf niedrigem Niveau weiter zu. Bei der landwirtschaftlich genutzten Fläche bewirtschafteten die natürlichen Personen 2003 einen Anteil der Fläche von 82,3 % mit einer durchschnittlichen Flächenausstattung von 33,7 Hektar LF. Von diesen entfielen 69,1 % mit einer durchschnittlichen Fläche von 29,7 Hektar LF auf Einzelunternehmen und 13,2 % mit einer durchschnittlichen LF von 120,1 Hektar auf Personengesellschaften. Durch juristische Personen bewirtschaftet wurden 17,7 % der LF mit einer Betriebsgröße von durchschnittlich 570 Hektar. Hierbei sind deutliche Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern festzustellen. Einzelunternehmen bewirtschafteten im früheren Bundesgebiet 90,4 % der LF mit durchschnittlich 27,8 Hektar LF und in den neuen Ländern 24,8 % der LF mit durchschnittlich 58,5 Hektar LF. Bei den Personengesellschaften sind es dort 22,6 % der LF mit durchschnittlich 387,7 Hektar LF und im früheren Bundesgebiet 8,7 % der LF mit 64,4 Hektar. Die Verteilung der Rechtsformen gegenüber 1999 weist keine sehr deutlichen Veränderungen auf. Allerdings gehörten die aufgehenden Betriebe überwiegend der Rechtsform Einzelunternehmen an.

In Deutschland gab es im Jahr 2003 insgesamt 176 400 Haupterwerbsbetriebe und 212 400 Nebenerwerbsbetriebe. Die Mehrzahl der Familienbetriebe wird im Nebenerwerb geführt. Auf sie entfallen knapp 2,7 Mill. Hektar LF, durchschnittlich 12,5 Hektar LF je Betrieb. Nebenerwerbsbetriebe sind im früheren Bundesgebiet mit 2,4 Mill. Hektar (90,4 % der LF der im Nebenerwerb geführten Betriebe Deutschlands) ein wesentlicher Bestandteil der Agrarstruktur. In den neuen Ländern spielen sie mit 0,3 Mill. Hektar nur eine untergeordnete Rolle. Die im Haupterwerb geführten Betriebe bewirtschafteten mit durchschnittlich 51,3 Hektar LF eine rund viermal größere LF als die Nebenerwerbsbetriebe. Dabei treten jedoch große regionale Unterschiede auf. Die Spanne reicht von einer durchschnittlichen Flächenausstattung im Haupterwerb von 35,6 Hektar LF in Bayern bis zu 218,2 Hektar LF in Mecklenburg-Vorpommern.

13a.4.2 Arbeitskräfte

Im Jahr 2003 waren rund 1,3 Mill. Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig. Das bedeutet einen Rückgang in der Zahl der Beschäftigten um 31 % seit 1991, von dem knapp 378 700 Arbeitskräfte im früheren Bundesgebiet und 195 200 in den neuen Ländern betroffen waren.

Eine Untergliederung der Arbeitskräfte in Familienarbeitskräfte und familienfremde Arbeitskräfte verdeutlicht die unterschiedliche Beschäftigtenstruktur in der Landwirtschaft in Deutschland infolge der verschiedenen Anteile an den Rechtsformen. So überwogen 2003 im früheren Bundesgebiet nach wie vor die Familienarbeitskräfte mit rund 783 700 Personen, davon 199 100 Vollbeschäftigte (25 %). Jede zweite der im Betrieb beschäftigten Familienarbeitskräfte geht hier zusätzlich einer anderen Erwerbstätigkeit nach. In den neuen Ländern dominieren aufgrund einer anderen Rechtsformstruktur die familienfremden Arbeitskräfte. Von den 166 700 Arbeitskräften sind 126 600 familienfremde Arbeitskräfte, mit einem Anteil von 57 % Vollbeschäftigung. Jede vierte der rund 40 100 Familienarbeitskräfte in den neuen Ländern ist vollbeschäftigt. Hier gehen 39,5 % der Familienarbeitskräfte zusätzlich einer anderen Erwerbstätigkeit außerhalb der Landwirtschaft nach.

Die Zahl der nicht ständigen familienfremden Arbeitskräfte ist in Deutschland mit insgesamt 289 800 Personen gegenüber 1999 fast stabil geblieben. Von den nicht ständig Beschäftigten sind 251 600 Arbeitskräfte im früheren Bundesgebiet und 38 200 Arbeitskräfte in den neuen Ländern tätig mit einem leichten Rückgang von 15 800 im früheren Bundesgebiet und einem Anstieg von 5 300 Personen in den neuen Ländern.

Tab. 4: Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben
nach Beschäftigtenkategorien
in 1 000

Beschäftigtenkategorien	1991		1999		2001		2003 ¹	
	Perso- nen	AK-E ²	Perso- nen	AK-E ²	Perso- nen	AK-E ²	Perso- nen	AK-E ²
Arbeitskräfte insgesamt	1 878,7	1 018,3	1 437,0	612,3	1 322,8	561,4	1 304,9	589,6
darunter: vollbeschäftigt	667,1	.	382,5	374,8	349,8	343,2	340,4	...
davon:								
Familienarbeitskräfte	1 370,4	624,4	940,8	406,6	860,1	364,2	823,8	389,2
darunter								
vollbeschäftigt	359,9	351,9	231,5	223,9	207,2	200,7	209,7	...
ständige (familienfremde)								
Arbeitskräfte	403,7	361,7	195,9	170,2	188,7	162,1	191,2	157,5
darunter								
vollbeschäftigt	307,2	.	151,0	150,9	142,6	142,5	130,6	...
nicht ständig Be- schäftigte (einschl. Saisonarbeitskräfte)	104,6	32,2	300,3	35,6	274,0	35,2	289,8	43,0

1 Vorläufige Angaben. – 2 Eine Arbeitskräfte-Einheit (AK-E) entspricht der Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Arbeitskraft.

13a.5 Pflanzliche Produktion

13a.5.1 Anbauflächen

Die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland bewirtschafteten 2003 rund 17 Mill. Hektar LF, darunter fast 12 Mill. Hektar Ackerland (70 %), 5 Mill. Hektar Dauergrünland (29 %) und rund 100 000 Hektar Rebland (1 %). Bei einem weiteren Rückgang der landwirtschaftlich genutzten Flächen in den vergangenen vier Jahren um 95 500 Hektar oder 0,6 % ist der Anteil des Ackerlandes gegenüber dem Dauergrünland leicht gestiegen. Der Rebflächenanteil blieb konstant.

Auf dem Ackerland hat 2003 vor allem der Getreideanbau als eine der wichtigsten Nahrungsgrundlagen für Mensch und Tier mit 6,9 Mill. Hektar oder 58 % der Fläche weiter an Bedeutung zugenommen, wobei der ertragreiche Weizen mit einer Anbaufläche von knapp 3 Mill. Hektar (+14 % gegenüber 1999) inzwischen gut 25 % der

Tab. 5: Verteilung der Anbaufläche auf dem Ackerland (Deutschland)
in Prozent (Ackerland = 100 %)

Fruchtart	1991	1999	2001	2003 ¹
Weizen	21,2	22,0	24,5	25,1
Wintergerste	13,1	11,6	12,5	11,3
Sommergerste	8,8	7,1	5,4	6,3
Hafer	3,3	2,3	2,0	2,2
Roggen	6,2	6,3	7,1	4,5
übrige Getreidearten	4,2	6,8	8,2	8,6
<i>Getreide zusammen</i>	<i>56,8</i>	<i>56,1</i>	<i>59,6</i>	<i>58,0</i>
Kartoffeln	3,0	2,6	2,4	2,4
übrige Hackfrüchte	5,3	4,3	3,9	3,9
<i>Hackfrüchte zusammen</i>	<i>8,3</i>	<i>6,9</i>	<i>6,3</i>	<i>6,3</i>
Grünmais/Silomais	11,3	10,2	9,6	9,9
übrige Futterpflanzen	6,1	4,3	3,8	3,5
<i>Futterpflanzen zusammen</i>	<i>17,5</i>	<i>14,5</i>	<i>13,4</i>	<i>13,4</i>
Sonstige Ackerfläche	17,5	22,5	20,7	22,4

1 Vorläufiges Ergebnis.

Ackerfläche einnimmt. Die zweitwichtigste Getreideart ist Gerste mit etwa 2 Mill. Hektar (-6 % gegenüber 1999). Während der Anbau von Triticale mit einer Steigerung von knapp 30 % in den vergangenen vier Jahren auf 501 400 Hektar immer mehr zugenommen hat, verliert der Anbau von Roggen (530 500 Hektar) an Bedeutung (-29 % gegenüber 1999). Auch der Anbau von Hafer ist mit 260 200 Hektar bei einer Abnahme von knapp 3 % weiter rückläufig.

Körnermais (einschl. Corn-Cob-Mix) konnte 2003 seine Anbauflächen bei einer Zunahme um knapp 28 % auf 472 700 Hektar ausbauen. Da der Sommer 2003 überregional von außerordentlicher Trockenheit gekennzeichnet war und der Aufwuchs des Grünlandes weit hinter den Erwartungen zurückblieb, ist jedoch davon auszugehen,

dass ein nicht geringer Teil dieser Fläche nachträglich in Futtermais umgewidmet wurde, um eine ausreichende Futtergrundlage für die Tierhaltung sicher zu stellen.

Bei Futterpflanzen wurden die Anbauflächen weiter um rund 8 % auf 1,58 Mill. Hektar reduziert, während bei Brachflächen wieder eine Ausdehnung um gut 9 % auf 925 200 Hektar erfolgte.

Die im Ertrag stehende Rebfläche umfasste im Jahr 2003 rund 98 200 Hektar. Sie nahm gegenüber 1999 um gut 3 % ab. 68 % dieser Fläche sind mit weißen und 32 % mit roten Rebsorten bestockt. Im Jahr 1999 betrug der Anteil der weißen Rebsorten an der Rebfläche im Ertrag noch 77 %, derjenige der roten Sorten 23 %. Damit setzt sich der langfristige Trend der Sortenverschiebung von den weißen zu den roten Sorten fort.

13a.5.2 Ernteerträge und Erntemengen

Das Erntejahr 2003 verlief sehr ungewöhnlich und wird vor allem durch die extreme Trockenheit und Hitze im Sommer in Erinnerung bleiben. Daraus resultierte eine sehr frühe, gleichzeitige (teilweise Not-)Reife des Getreides. Aber bereits schwierige Aussaatbedingungen im Herbst und hohe Auswinterungsverluste durch Frühjahrsfröste führten zu einer Verschiebung des Anbauverhältnisses zugunsten der Sommergetreidearten, die in der Regel durch geringere Ernteerträge gekennzeichnet sind.

Bei den durchschnittlichen Hektarerträgen von Getreide erzielten die Landwirte 2003 so – selbst im Vergleich zu dem durch die Überschwemmungen geprägten Vorjahr –

Tab. 6: Durchschnittliche Hektarerträge und Gesamterntemengen

Frucht-, Gemüse-, Obst, Wein	Hektarertrag				Erntemengen			
	1991 ¹	1999	2001	2003 ²	1991 ¹	1999	2001	2003 ²
Feldfrüchte:	dt je ha				1 000 t			
Winterweizen	68,2	76,4	79,2	65,6	16 184,3	18 649,9	22 565,6	18 604,7
Roggen	46,8	57,9	61,3	42,9	3 323,5	4 323,5	5 132,3	2 275,6
Wintergerste	61,7	65,9	70,9	52,8	9 369,9	9 026,1	10 441,0	7 053,0
Kartoffeln	298,5	375,0	407,8	345,3	10 201,0	11 568,4	11 502,8	9 792,2
Zuckerrüben	467,9	563,6	552,4	.	25 925,7	27 568,8	24 729,9	.
Gemüse:								
Weißkohl	586,4	761,2	744,2	632,5	447,0	559,5	482,8	428,6
Kopfsalat	228,7	249,0	256,7	254,9	93,7	92,2	76,8	76,2
Frischerbsen	43,8	59,6	58,9	45,7	15,1	23,8	27,0	24,8
Obst								
(Marktbobstbau):	kg je Baum				1 000 t			
Äpfel	15,5	.	15,8	11,4	365,3	1 036,1	922,4	731,5
Birnen	13,9	23,1	20,0	18,6	13,4	54,0	46,8	50,2
Wein:	hl je ha				1 000 hl			
Weißmost	103,8	117,1	85,9	84,9	8 646,5	9 119,5	6 240,3	5 659,8
Rotmost	94,7	135,0	105,1	86,1	1 523,4	3 166,5	2 841,1	2 713,3

1 Äpfel und Birnen nur Früheres Bundesgebiet. – 2 Vorläufiges Ergebnis.

außerordentlich niedrige Ernten. Die Abweichungen gegenüber 1999 betragen bei Weizen durchschnittlich -14 %, bei Gerste -15 %, bei Roggen -26 %, bei Triticale -19 % und bei Körnermais -18 %. Überproportionale Ertragsminderungen gegenüber 1999 wurden mit durchschnittlich -35 % bei Roggen und Triticale in den neuen Ländern ermittelt, wo den Pflanzen in vielen Regionen durch die sehr leichten Sandböden und die außergewöhnlichen Witterungsverhältnisse keine ausreichenden Wassermengen zur Verfügung standen.

Die Ernterträge bei Raps und Ölsaaten fielen 2003 ebenfalls niedriger aus. So konnten die Landwirte bei Raps und Rübsen sowie bei Winterraps nur durchschnittlich um 20 % geringere Erträge gegenüber 1999 erreichen.

Tab. 7: Qualität der Weinmosternte in Deutschland
Mengenanteil der Qualitätsstufen in Prozent

Qualitätsstufe	1992	1994	1996	1998	2001	2003 ¹
Tafelwein	2,1	1,6	0,4	1,1	0,4	0,1
Qualitätswein	50,1	55,6	61,9	57,4	45,4	8,4
Qualitätswein mit Prädikat	47,8	42,7	37,7	41,5	54,2	91,6

1 Vorläufiges Ergebnis.

Im Jahr 2003 wurden 8,37 Mill. Hektoliter Weinmost in Deutschland geerntet. Die Weinmosternte ist damit um rund 32 % niedriger ausgefallen als 1999. Der Jahrgang 2003 ist durch eine ausgezeichnete Qualität gekennzeichnet: Von der gesamten Weinmostmenge sind 92 % zur Herstellung von Qualitätswein mit Prädikat (Kabinett, Spätlese, Auslese, Beerenauslese, Trockenbeerenauslese und Eiswein) geeignet. 1998 waren dies nur 42 %.

13a.6 Tierische Produktion

Der in den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt beobachtete Strukturwandel geht auch an den viehhaltenden Betrieben nicht vorüber. Im Mai 1999 gab es noch rund 352 100 Betriebe mit Viehhaltung; 329 000 im früheren Bundesgebiet und 23 100 in den neuen Ländern. Diese Zahl hat inzwischen um rund 15 % auf 300 200 Betriebe abgenommen, im früheren Bundesgebiet um -15 % auf 278 600 und in den neuen Ländern um -6 % auf 21 600 Betriebe.

Für alle Tierarten stellt sich das Bild ähnlich dar. Betriebe mit Rindern sind in den letzten vier Jahren um 17 % auf 198 200 Betriebe zurückgegangen, wobei besonders die im früheren Bundesgebiet bedeutendere Milchviehhaltung mit -21 % einen noch stärkeren Rückgang der Betriebe auf 121 200 erfahren hat. Auch bei Betrieben mit Schweinehaltung war eine Abnahme von 23 % festzustellen. 1999 wurden in Deutschland noch 141 400 Betriebe mit Schweinehaltung gezählt, 2003 nur noch 109 100.

Tab. 8: Betriebe mit Viehhaltung im Mai 1991, 1999, 2001 und 2003 in 1 000

	Rinder ¹	Schweine	Schafe
<i>Deutschland</i>			
1991	354,3	277,7	45,6
1999	238,0	141,4	34,0
2001	217,5	115,5	32,6
2003 ^{1,2}	198,2	109,1	34,3
<i>Früheres Bundesgebiet</i>			
1991	341,4	267,7	40,8
1999	221,9	134,4	29,3
2001	202,1	109,1	27,9
2003 ^{1,2}	183,7	102,9	29,8
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>			
1991	12,9	10,0	4,9
1999	16,1	7,0	4,7
2001	15,5	6,5	4,7
2003 ¹	14,5	6,2	4,6

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Ergebnisse der Stadtstaaten wurde aus 2001 übernommen.

3 1991,1999 und 2001 einschl. Berlin-Ost.

In der Unterscheidung zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern zeigt sich dabei, dass der Rückgang der viehhaltenden Betriebe im früheren Bundesgebiet prozentual annähernd doppelt so hoch ausfällt.

13a.6.1 Viehbestände

Bei den Viehbeständen zeichnen sich gegenüber 1999 zum Teil unterschiedliche Entwicklungen ab. Die Zahl der Rinder hat bundesweit von 14,9 Mill. Tieren um rund 9 % auf 13,6 Mill. Tiere abgenommen, wobei dieser Rückgang prozentual in den neuen Ländern geringfügig höher ausfällt. Die Landwirte reduzierten auch die Zahl der Milchkühe um 8 % auf 4,4 Mill. Tiere. Die Schweinebestände wurden im gleichen Zeitraum geringfügig um 2 % auf 26,6 Mill. Tiere aufgestockt, wobei vor allem die Mastschweinezahl um 3 % auf 10,5 Mill. Tiere zugenommen hat.

Dem deutlichen Rückgang der Betriebe mit Viehhaltung und den geringeren Abnahmen der Rinderbestände bzw. den leichten Zunahmen der Schweinebestände entsprechend dürften sich bei den Bestandsgrößenklassen weitere Veränderungen hin zu größeren Beständen ergeben. Bei Rindern nahm im Jahr 2003 der Anteil der Tiere, die in Beständen mit bis zu 99 Tieren gehalten wurden, weiter auf 41 % ab, obwohl noch knapp 80 % der Betriebe dieser Größenklasse angehören. Dagegen wurden bereits knapp 60 % der Rinder in den 20 % Betrieben gezählt, die 100 und mehr Tiere halten. Die durchschnittliche Bestandsgröße stieg bei den Rinderhaltern somit von 63 im Jahr 1999 auf 69 Rinder, wobei der durchschnittliche Rinderbestand in den neuen Ländern geringfügig auf 166 abnahm, während er im früheren Bundesgebiet um 6 Tiere auf 61 Rinder stieg.

Tab. 9: Viehbestände im Mai 1991, 1999, 2001 und 2003
In Mill.

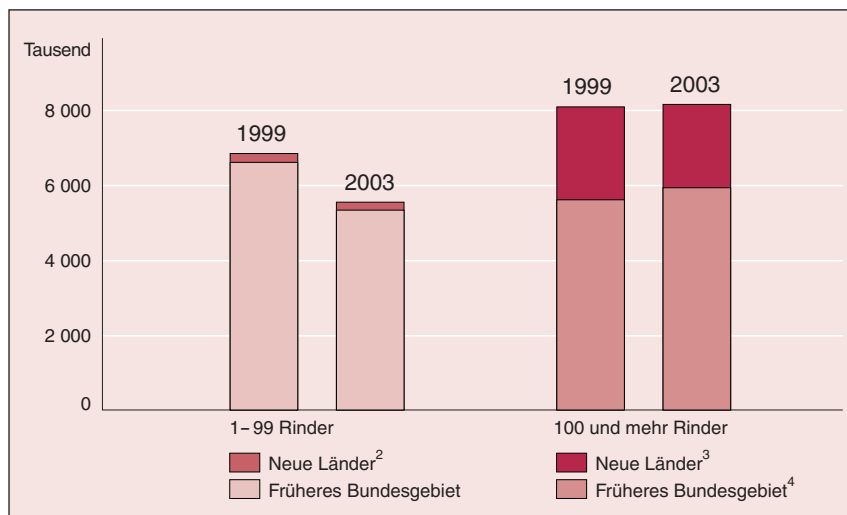
	Rinder	Schweine	Schafe
<i>Deutschland</i>			
1991	18,3	27,4	2,5
1999	14,9	26,1	2,7
2001	14,6	25,8	2,8
2003 ^{2,3}	13,6	26,6	2,6
<i>Früheres Bundesgebiet</i>			
1991	14,4	21,8	1,5
1999	12,2	22,6	2,0
2001	12,0	22,3	2,0
2003 ^{2,3}	11,2	22,9	1,9
<i>Neue Länder¹</i>			
1991	3,9	5,6	1,0
1999	2,7	3,5	0,8
2001	2,6	3,5	0,8
2003 ²	2,4	3,6	0,7

1 1991, 1999 und 2001 einschl. Berlin-Ost.

2 Vorläufiges Ergebnis.

3 Ergebnis der Stadtstaaten wurde aus 2001 übernommen.

Abb. 2: Rinder nach Bestandsgrößenklassen 1999 und 2003¹



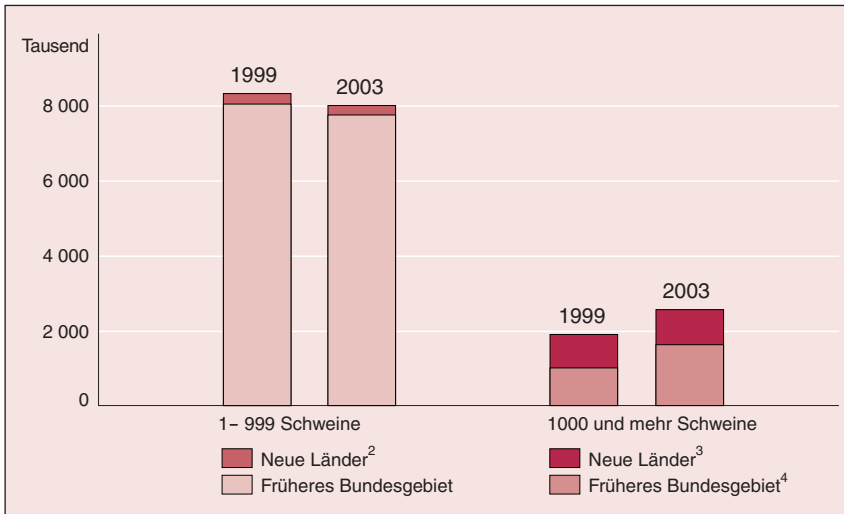
1 2003: Vorläufiges Ergebnis.

2 Einschl. Berlin-Ost.

3 Ohne Berlin-Ost.

4 Einschl. Berlin-Ost.

Abb. 3: Mastschweine nach Bestandsgrößenklassen 1999 und 2003¹



1 2003: Vorläufiges Ergebnis.

2 Einschl. Berlin-Ost.

3 Ohne Berlin-Ost.

4 Einschl. Berlin-Ost.

Bei der Schweinehaltung zeichnete sich 2003 ebenfalls ein weiterer Konzentrationsprozess ab. 1999 hatten noch 70 % der Landwirte, die Mastschweine hielten, Bestände mit bis zu 49 Tieren. Diese Schweinebestände entsprachen aber nur einem Anteil von gut 7 % der Mastschweine insgesamt. Inzwischen ist der Anteil dieser Betriebe weiter auf 64 % gesunken, während diese nun nur noch 5 % der Mastschweine halten. Die Zahl der Betriebe mit 50 und mehr Mastschweinen nahm zwar auch ab, ihr Anteil an den Mastschweinehaltern steigt jedoch seit Jahren und hat im Zeitraum 1999 bis 2003 von 30 auf 36 % zugenommen. Diese Betriebe hielten 2003 insgesamt 95 % der Mastschweine, wobei fast ein Viertel (24 %) der Mastschweine in diesen Betrieben in Beständen mit 1 000 und mehr Mastschweinen standen. Der Anteil der Betriebe mit 1 000 und mehr Mastschweinen beträgt derzeit jedoch nur knapp 2 %.

Regional liegt der Schwerpunkt der Schweinefleischproduktion in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, wo 61 % aller Mastschweine aufwachsen. In diesen beiden Bundesländern befanden sich auch 64 % der Großbestände mit 1 000 und mehr Tieren. Sie hielten knapp 52 % der Mastschweine dieser Größenklasse. Der niedrigere Wert beim Anteil der Tiere in dieser Größenklasse ist darin begründet, dass die großen Mastschweinehalter in den neuen Ländern mit einem Anteil von 21 % über doppelt so hohe durchschnittliche Mastschweinebestände verfügen.

Die durchschnittliche Bestandsgröße der Mastschweinehalter stieg bundesweit recht deutlich von 98 im Jahr 1999 auf 135 Tiere, wobei der durchschnittliche Bestand im

früheren Bundesgebiet um 36 Tiere auf 127 zunahm und in den neuen Ländern um 34 Tiere auf 283 Mastschweine. Dies liegt daran, dass der starke Rückgang der Zahl der Mastschweinehalter um etwa 25 % fast ausschließlich auf die Bestandsgrößenklasse von 1 bis 49 Tieren zurückzuführen ist.

13a.6.2 Schlachtungen, Milch- und Eierzeugung

Im Jahr 2002 wurden in Deutschland 3,9 Mill. Rinder, 44 Mill. Schweine, 0,35 Mill. Kälber und 1 Mill. Schafe geschlachtet. Das entsprach einer Fleischerzeugung von 5,4 Mill. Tonnen aus gewerblichen Schlachtungen und Hausschlachtungen. Den höchsten Anteil an der Fleischerzeugung hatte Schweinefleisch, gefolgt von Rindfleisch. Seit 1991 haben sich deutliche Veränderungen bei der Fleischproduktion ergeben. Die Erzeugung von Rinder- und Kalbfleisch hat abgenommen, die Produktion von Schweinefleisch andererseits zugenommen.

Im Jahr 2002 wurden 856 100 Tonnen Geflügelfleisch produziert. Dieses waren etwa 13,8 % an der gesamten gewerblichen Fleischerzeugung. Hierunter nimmt Masthähnchenfleisch mit 422 200 Tonnen den größten Anteil ein, gefolgt von Truthühnerfleisch mit 360 600 Tonnen. Geflügelschlachtungen haben im Vergleich zum Jahr 1991 um 67,8 % zugenommen. Dieses ist vor allem auf den Anstieg der Schlachtungen von Masthähnchen und Truthühnern zurückzuführen.

Die Eierzeugung wird durch die Erhebung in Unternehmen mit Hennenhaltung und mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen abgebildet. Sie dient vor allem der Beobachtung der Produktionsentwicklung und bildet eine Grundlage für die Schätzung der

Tab. 10: Fleischerzeugung¹ von Rindern, Schweinen und Geflügel
in 1 000 Tonnen

	Rinder ¹	Schweine ¹	Geflügel ²
<i>Deutschland</i>			
1991	2 059,9	3 769,8	510,0
1999	1 317,9	4 102,6	714,5
2001	1 315,3	4 074,3	822,7
2002	1 275,1	4 111,4	856,1
<i>Früheres Bundesgebiet</i>			
1991	1 909,3	3 221,7	442,0
1999	1 208,1	3 530,6	464,2
2001	1 204,7	3 529,6	562,2
2002	1 172,4	3 562,4	586,8
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>			
1991	150,5	548,1	68,0
1999	109,8	572,0	250,3
2001	110,6	544,7	260,5
2002	102,8	549,0	269,3

1 Einschl. Abschnittsfette, ohne Innereien.

2 In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren pro Monat.

gesamten Produktion und der Eierbilanzen. Die Eierzeugung in den befragten Betrieben ist im Zeitraum 1991 bis 2000 insgesamt um 7 % gestiegen. Bis zum Jahr 2002 hat sich die beobachtete Eierproduktion dann um etwa 2,5 % gegenüber dem Jahr 2000 verringert. Die Eierproduktion im Jahr 2002 betrug knapp 10 Mrd. Stück. Mit 288 Eiern je Huhn ist die durchschnittliche Legeleistung seit 1999 nahezu unverändert.

Gleichzeitig steigt bei abnehmenden Milchkuhbeständen die durchschnittliche Milchleistung je Kuh weiter an. Dies zeigt die Statistik der Milcherzeugung und -verwendung, welche die Menge der in landwirtschaftlichen Betrieben erzeugten Milch und die durchschnittliche Milchleistung je Kuh widerspiegelt. Die in Deutschland erzeugte Milchmenge bleibt durch vorgegebene Quotierungen jedoch insgesamt weitgehend konstant.

Tab. 11: Erzeugung von Kuhmilch und Herstellung von Milcherzeugnissen

Jahr	Milchproduktion		Milcherzeugnisse in 1 000 t ¹				Konsummilchabsatz 1 000 t ¹
	insges. 1 000 t	kg je Kuh	Butter	Käse ²	Frischkäse	Kondensmilch	
<i>Deutschland</i>							
1991	28 916	4 807	533	610	637	474	4 965
1999	28 334	5 909	427	846	748	564	5 390
2001	28 191	6 213	420	1 001	764	588	5 485
2002	27 874	6 272	435	996	967	525	5 524
<i>Früheres Bundesgebiet</i>							
1991	23 254	4 942	385	576	606	462	4 144
1999	22 152	5 746	282	653	633	515	4 225
2001	21 986	5 991	278	766	652	.	4 314
2002	21 727	6 033	289	747	648	.	4 347
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>							
1991	5 662	4 320	168	34	31	12	821
1999	6 182	6 577	145	193	116	49	1 165
2001	6 205	7 149	142	235	112	.	1 171
2002	6 147	7 295	145	249	119	.	1 177

1 Quelle: Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Bonn.

2 Hart-, Schnitt-, Weich-, Sauermilch- und Kochkäse.

13a.7 Forstwirtschaft

Etwa 30 % (ca. 10,7 Mio. ha) der Fläche Deutschlands sind mit Wald bedeckt. Daran lässt sich ermesen, welche Bedeutung der Wald als Wirtschaftsfaktor, aber auch in ökologischer Hinsicht und für die Landschaftsgestaltung hat.

Die EU-Agrarpolitik fördert die Aufforstung landwirtschaftlich genutzter Flächen. Damit ist die Erreichung von Zielen hinsichtlich der Art der Landnutzung sowie der Gestaltung und Pflege der Kulturlandschaft verbunden. Die mit der Aufforstung er-

folgende Bindung eines erheblichen Flächenpotenzials, das für die Nahrungs- und Futtermittelproduktion derzeit nicht benötigt wird, führt nicht nur zu einer Entlastung der Agrarmärkte, sondern es schafft neue Arbeitsmöglichkeiten und wirkt sich günstig auf die Umwelt aus. Die Erweiterung der erneuerbaren Ressource Holz vollzieht sich dabei auf eine sehr umweltverträgliche Art und Weise. Darüber hinaus bietet der Wald der Bevölkerung einen Raum für Erholung und Freizeitgestaltung.

Die Waldfläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland umfasst rund 9,0 Mill. Hektar. Forstbetriebe bewirtschaften davon 7,5 Mill. Hektar, landwirtschaftliche Betriebe 1,5 Mill. Hektar.

Die von Forstbetrieben bewirtschafteten Waldflächen sind zu 51 % Staatswald, zu 29 % Körperschaftswald und zu 20 % Privatwald.

Tab. 12: Betriebe mit Waldfläche 2001

Betriebsarten	Anzahl der Betriebe mit Waldfläche	Waldfläche 1 000 ha	Waldfläche je Betrieb ha
Forstbetriebe	27 873	7 507,5	269,3
Staatsforsten	931	3 813,1	4 095,7
Körperschaftsforsten	8 459	2 192,7	259,2
Privatforsten	18 483	1 501,7	81,2
Landwirtschaftliche Betriebe mit Waldfläche	229 977	1 476,6	6,4
Betriebe mit Waldfläche insgesamt	257 850	8 984,0	34,8

Nach Bundesländern gegliedert hat Bayern den mit Abstand größten Anteil am Waldbestand. Bezogen auf die Waldfläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind das knapp 23 %. Es folgen die Bundesländer Baden-Württemberg mit 13 % und Brandenburg sowie Niedersachsen mit jeweils 10 %.

Der jährliche Holzeinschlag in Deutschland bewegte sich in den letzten Jahren zwischen 37 und 42 Mill. Kubikmetern. Im Forstwirtschaftsjahr 2000 wurden aufgrund des Sturms »Lothar« sogar knapp 54 Mio. Kubikmeter Holz eingeschlagen. Etwa 50 % des gesamten Holzeinschlags entfielen im Jahr 2002 auf Nadelstammholz, weitere 8 % auf Laubstammholz und 42 % auf Industrieholz und Brennholz.

13b Landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischem Landbau

13b.1 Bedeutung des ökologischen Landbaus

Der ökologische Landbau ist als ein Anbausystem gekennzeichnet, bei dem keine chemisch-synthetischen Hilfsmittel (Dünger, Pflanzenschutz) zum Einsatz kommen und ein geschlossenes ökologisches System im Betrieb angestrebt wird. Natürliche Lebensprozesse, wie Bodenfruchtbarkeit und Abwehrkräfte, sollen gefördert bzw. gestärkt werden. Die vorgeschriebene Wirtschaftsweise und die Mindestnormen für Ökobetriebe wurden 1991 in der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 festgelegt. Diese Verordnung galt ausschließlich für die pflanzliche Erzeugung und wurde 1999 durch die Öko-Tierhaltungs-Verordnung um weitere Grundregeln zur Tierhaltung ergänzt. Seit der Landwirtschaftszählung 1999 werden in der amtlichen Agrarstatistik in Deutschland im zweijährigen Turnus Daten zum ökologischen Landbau erfasst.

13b.2 Betriebe im ökologischen Landbau

Auch im Jahr 2003 wurde der ökologische Landbau in Deutschland ausgeweitet. So gab es nach den Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2003 über 13 700 ökologisch wirtschaftende Betriebe, das sind 3,3 % aller landwirtschaftlichen Betriebe. Dies entspricht einem Zuwachs von mehr als 4 100 Betrieben (+ 43 %) gegenüber der Landwirtschaftszählung 1999. Die 13 700 Betriebe bewirtschafteten rund 729 900 Hektar LF, d. h. der Umfang an ökologisch genutzter LF stieg um ca. 240 800 Hektar gegenüber 1999. Damit wurde ein Anteil von 4,3 % der gesamten LF von 3,3 % der landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschaftet. Bei der Erfassung der ökologischen Betriebe ist zu beachten, dass erst mit In-Kraft-Treten der Öko-Tierhaltungs-Verordnung 1804/1999 ab 2001 tierhaltende Ökobetriebe in der Agrarstrukturerhebung Berücksichtigung finden konnten.

Auch 2003 war wie in den vorangegangenen Erhebungen in den neuen Ländern der Anteil der Ökobetriebe an der Zahl der Landwirtschaftsbetriebe insgesamt fast doppelt so hoch wie im früheren Bundesgebiet. Dementsprechend unterscheiden sich die Anteile der Ökoflächen an der gesamten bewirtschafteten LF mit 5,7 % in den neuen Ländern und 3,6 % im früheren Bundesgebiet. Die durchschnittliche Betriebsgröße der Betriebe mit ökologischem Landbau betrug 53 Hektar LF, rund 2 Hektar mehr als 1999. Vergleicht man diese im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern, so werden die bereits 1999 und 2001 festgestellten Unterschiede bei der Flächenausstattung noch deutlicher. Die Ökobetriebe in den neuen Ländern wiesen 2003 eine durchschnittliche Betriebsgröße von 187 Hektar LF aus, während der Durchschnitt im früheren Bundesgebiet bei 34 Hektar LF lag. Damit stieg die Betriebsgröße der Öko-

Tab. 13: Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche im ökologischen Landbau 1999, 2001 und 2003

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Betriebe				Landwirtschaftlich genutzte Fläche			
	1999	2001	2003 ¹	Anteil ²	1999	2001	2003 ¹	Anteil ³
	Anzahl in 1 000		%		1 000 ha		%	
<i>Deutschland</i>								
unter 10	2,4	2,7	3,2	2,0	12,5	15,5	18,2	2,6
10 – 30	3,3	4,7	4,9	4,2	62,8	77,3	90,9	4,2
30 – 50	1,6	2,0	2,2	4,0	63,0	78,3	85,6	4,0
50 – 100	1,3	1,7	2,0	3,7	91,1	116,9	141,4	3,7
100 – 200	0,5	0,7	0,8	4,1	69,8	89,9	107,5	5,2
200 und mehr	0,3	0,4	0,5	6,0	189,8	229,6	286,2	5,1
Insgesamt	9,6	11,6	13,7	3,3	489,1	606,5	729,9	4,3
<i>Früheres Bundesgebiet</i>								
unter 10	2,3	2,5	3,0	2,0	11,8	13,5	16,9	2,5
10 – 30	3,1	3,8	4,5	4,0	58,3	71,9	84,1	4,1
30 – 50	1,5	1,8	2,0	3,8	57,7	71,7	77,7	3,8
50 – 100	1,2	1,5	1,8	3,4	79,5	102,3	124,7	3,4
100 – 200	0,3	0,5	0,6	3,3	43,7	59,1	72,9	3,3
200 und mehr	0,0	0,0	0,1	4,2	17,7	23,1	37,3	4,4
Zusammen	8,4	10,2	12,0	3,1	268,6	341,6	413,6	3,6
<i>Neue Länder</i>								
unter 10	0,1	0,2	0,2	2,1	0,7	1,0	1,3	2,7
10 – 30	0,2	0,3	0,4	6,7	4,6	5,4	6,8	7,2
30 – 50	0,1	0,2	0,2	10,6	5,3	6,6	8,0	10,7
50 – 100	0,2	0,2	0,2	9,4	11,6	14,7	16,7	9,6
100 – 200	0,2	0,2	0,2	9,0	26,2	30,7	34,6	9,0
200 und mehr	0,3	0,3	0,4	6,8	172,1	206,5	248,9	5,2
Zusammen	1,2	1,4	1,7	5,6	220,4	264,9	316,3	5,7

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Anteil der Betriebe im ökologischen Landbau an allen landwirtschaftlichen Betrieben.

3 Anteil der LF im ökologischen Landbau an der gesamten LF.

betriebe im früheren Bundesgebiet von 32 auf 34 Hektar LF. In den neuen Ländern ging die durchschnittliche LF von 191 auf 187 Hektar zurück. Dennoch verfügten die Ökobetriebe insgesamt wie in den Erhebungsjahren zuvor über eine weiterhin hohe Flächenausstattung im Vergleich zu den Betrieben insgesamt mit 40,5 Hektar LF im Durchschnitt. Die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe ist seit der Landwirtschaftszählung 1999, ausgenommen der Betriebe unter 2 Hektar LF, in allen Betriebsgrößenklassen gestiegen, wobei Ökobetriebe bis 30 Hektar LF das stärkste Wachstum verzeichneten. Diese Entwicklung prägen vor allem die Betriebe im früheren Bundesgebiet. Dennoch hatten Betriebe der Größenklassen über 50 Hektar LF im früheren Bundesgebiet 57 % und in den neuen Ländern 95 % der ökologisch bewirtschafteten LF in Nutzung.

13b.3 Flächennutzung im ökologischen Landbau

Der Zuwachs an LF in ökologischen Betrieben im Erhebungsjahr ist u. a. auf den deutlich gestiegenen Anteil Dauergrünland (51 %) zurückzuführen. Eine wesentliche Ursache stellt die Zunahme an Dauergrünland im früheren Bundesgebiet dar, das dort 57 % der ökologisch bewirtschafteten LF ausmachte. Auch die ökologisch bewirtschaftete Ackerfläche nahm zu, im Vergleich zu 1999 um 38 %. Hier war vor allem in den neuen Ländern ein entsprechender Zuwachs von 50 % zu verzeichnen. Die Dauerkulturen wiesen im ökologischem Landbau eine vergleichsweise konstante Fläche auf.

Die Anbaustruktur auf dem Ackerland gleicht sich in den Jahren 1999 und 2003. Die größte ökologisch bewirtschaftete Anbaufläche nahm Getreide ein, gefolgt von Futterpflanzen und Brache. Insbesondere der Anteil Brache an der Ackerfläche ist im

Tab. 14: Landwirtschaftlich genutzte Fläche in Betrieben mit ökologischem Landbau 1999, 2001 und 2003
in 1 000 ha

Kulturarten	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder		
	1999	2001	2003 ¹	1999	2001	2003 ¹	1999	2001	2003 ¹
Landwirtschaftlich genutzte Flächen	489,1	606,5	729,9	268,6	341,6	413,6	220,4	264,9	316,3
Ackerland	252,8	293,5	348,6	133,6	151,8	170,2	119,3	141,6	178,4
Dauerkulturen	7,0	7,6	8,0	5,1	5,3	5,9	1,8	2,3	2,1
Dauergrünland	229,1	305,2	372,9	129,8	184,3	237,2	99,3	120,9	135,7
Wald	43,9	53,9	73,6	38,4	47,1	62,8	5,5	6,8	10,8

1 Vorläufiges Ergebnis.

Tab. 15: Anbauflächen auf dem ökologisch bewirtschafteten Ackerland 1999 und 2003
in 1 000 ha

Anbauflächen	Landwirtschaftszählung 1999	Agrarstrukturerhebung 2003 ¹
Ackerland	252,8	348,6
Getreide	123,9	181,6
darunter:		
Weizen	40,7	59,6
Roggen	32,0	38,5
Wintergerste	7,9	11,2
Sommergerste	13,6	16,5
Hafer	13,0	22,0
Hülsenfrüchte	19,3	33,9
Hackfrüchte	8,0	9,2
Futterpflanzen	48,2	58,7
Handelsgewächse	.	13,1
Brache	26,5	45,1

1 Vorläufiges Ergebnis.

Zeitverlauf gestiegen. Ebenso sind Hülsenfrüchte ein fester Bestandteil der Fruchtfolge. Hinsichtlich der Anbauflächen für Hackfrüchte zeigt ein Vergleich der Jahre 1999 und 2003 deren geringe Bedeutung.

Beim Getreideanbau im Ökobetrieb wird die größere Bedeutung von Hafer und Roggen deutlich. Diese Kulturarten sind zusammen mit den Futterpflanzen und Hülsenfrüchten Bestandteil einer artenreichen Fruchtfolge, die sich aus der Wirtschaftsweise im ökologischen Landbau mit ihren spezifischen Anforderungen an die Stickstoff-, Futter- und Humusbilanz ergibt.

Der Verzicht auf chemisch-synthetische Hilfsmittel bei der ökologischen Bewirtschaftung äußert sich auch in der Bedeutung der Brache (ohne nachwachsende Rohstoffe). Ihr Flächenanteil am Ackerland im ökologischen Landbau hat sich im betrachteten Zeitraum wesentlich erhöht.

13b.4 Viehbestände im ökologischen Landbau

Im ökologischen Landbau hielten im Erhebungsjahr 2003 mehr als 11 000 Betriebe landwirtschaftliche Nutztiere, und zwar 77 % Rinder, 21 % Schweine und 18 % Schafe. Von den Betrieben mit Rindern hatten 44 % Milchviehhaltung. Die Rinderhaltung bleibt somit weiterhin der bedeutendste Zweig der Veredlungswirtschaft in ökologischen Betrieben mit tierischer Erzeugung. Im Vergleich zu 1999 ist die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Viehhaltungsbetriebe um knapp 50 % angestiegen. Ein Grund für die stark steigende Zahl von ökologischen Betrieben mit Viehhaltung ist wie bereits beschrieben die Öko-Tierhaltungs-Verordnung (EG) Nr. 1804/1999 des Rates zur Einbeziehung der tierischen Erzeugung in den Geltungsbereich der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 über den ökologischen Landbau.

Damit verbunden ist eine Zunahme der Zahl der Tiere um 43 % bei Rindern und um 28 % bei Schweinen. Der Mastschweine- und Zuchtsauenbestand zeigt die vergleichsweise geringe Rolle der ökologischen Schweinehaltung in Deutschland. Auffallend ist auch der hohe Anteil an ökologisch wirtschaftenden Betrieben mit Schafhaltung.

Die Betriebsstrukturen in der ökologischen Tierhaltung unterschieden sich auch 2003 wesentlich zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern. Bei Schweinen und Rindern waren die durchschnittlichen Bestandszahlen je Betrieb in den neuen Bundesländern rund viermal so hoch wie im früheren Bundesgebiet. Wesentliche Strukturunterschiede bestanden insbesondere bei den Milchviehbeständen mit durchschnittlichen Tierzahlen je Betrieb in Höhe von 111 in den neuen Ländern und 26 im früheren Bundesgebiet. Dabei gehen die Viehbestände im Durchschnitt der Rinderhalter, inklusive Milchvieh, unabhängig von der Gebietseinheit zurück. Die durchschnittliche Zahl der Mastschweine in deutschen Ökobetrieben stieg, hervorgerufen durch zunehmende Tierbestände im früheren Bundesgebiet bei zurückgehender Zahl an Mastbetrieben.

Tab. 16: Viehbestände in Betrieben im ökologischen Landbau

	Einheit	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder		
		1999	2001	2003 ¹	1999	2001	2003 ¹	1999	2001	2003 ¹
Betriebe insgesamt	1 000	7,6	9,4	11,2	6,7	8,3	9,9	0,9	1,1	1,3
Darunter:										
Mit Rindern Betriebe	1 000	5,9	7,3	8,6	5,2	6,5	7,6	0,7	0,8	1,0
durchschnittliche										
Zahl der Tiere	Anzahl	63	65	61	44	48	46	201	199	180
dar.: mit Milchkühen										
Betriebe	1 000	2,9	3,3	3,9	2,7	3,1	3,7	0,2	0,1	0,2
durchschnittliche										
Zahl der Tiere	Anzahl	30	31	29	25	28	26	109	116	111
Mit Schweinen										
Betriebe	1 000	2,4	2,4	2,4	2,1	2,1	2,1	0,3	0,3	0,3
durchschnittliche										
Zahl der Tiere	Anzahl	49	59	62	42	51	49	105	123	142
dar.:										
mit Mastschweinen										
Betriebe	1 000	1,8	1,7	1,7	1,6	1,5	1,5	0,2	0,2	0,2
durchschnittliche										
Zahl der Tiere	Anzahl	28	33	36	23	26	27	71	100	96
mit Zuchtsauen										
Betriebe	1 000	0,7	0,8	0,8	0,6	0,6	0,7	0,1	0,1	0,2
durchschnittliche										
Zahl der Tiere	Anzahl	16	19	18	15	19	15	19	19	29

1 Vorläufiges Ergebnis.

13b.5 Arbeitskräfte im ökologischen Landbau

In den Betrieben mit ökologischem Landbau waren im Jahr 2003 insgesamt 41 500 Arbeitskräfte beschäftigt, rund 6 000 Arbeitskräfte mehr als 1999. Der Anteil der Familienarbeitskräfte betrug über 50 %, bestimmt durch den hohen Anteil im früheren Bundesgebiet von gut 56 %. Hierin zeigt sich ein wesentlicher Unterschied zu den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt, bei denen 63 % Familienarbeitskräfte waren. Die Strukturunterschiede zwischen den Ökobetrieben im früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern werden auch am Anteil der Vollbeschäftigung deutlich. So hatten Vollbeschäftigte in Betrieben mit ökologischem Landbau im früheren Bundesgebiet einen Anteil von 23 % an allen Arbeitskräften, der Wert lag jedoch mit 45 % in den neuen Ländern fast doppelt so hoch.

14 Produzierendes Gewerbe

14.1 Bedeutung des Produzierenden Gewerbes

Das Produzierende Gewerbe ist weiterhin einer der zentralen Bereiche der Wirtschaft. Allerdings hat sich seine Bedeutung in den vergangenen Jahren gegenüber dem Dienstleistungssektor verringert. So wurde im früheren Bundesgebiet bis Anfang der 1970er-Jahre im sog. »sekundären Sektor« noch mehr als die Hälfte der gesamtwirtschaftlichen Leistung erbracht und knapp die Hälfte der Erwerbstätigen fand (nach Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) in diesem Bereich einen Arbeitsplatz. In den darauf folgenden Jahrzehnten nahm der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung dann stetig ab. 2003 hatte das Produzierende Gewerbe nur noch einen Anteil von rund 29 % an der Bruttowertschöpfung und rund 27 % der Erwerbstätigen in Deutschland waren hier beschäftigt.

Das Produzierende Gewerbe umfasst in der Abgrenzung der amtlichen Statistik die Industrie und das Produzierende Handwerk. Dabei werden seit der Reform der Industriestatistik in den Jahren 1975 bis 1977 im Allgemeinen nur Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr erfasst. Im Einzelnen setzt sich das Produzierende Gewerbe aus den Teilbereichen Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung sowie Baugewerbe zusammen. Unter diesen spielt das Verarbeitende Gewerbe die bedeutendste Rolle.

14.2 Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

In den nachfolgenden Ausführungen zum Verarbeitenden Gewerbe einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden werden je nach Darstellungszweck Unternehmens- oder Betriebsergebnisse nachgewiesen. In den Unternehmenserhebungen werden die rechtlich selbstständigen Einheiten erfasst. Zu einem Unternehmen können mehrere Betriebe (örtliche Einheiten, Niederlassungen, Zweigbetriebe) gehören, die rechtlich unselbstständig sind. Die Ergebnisse für Unternehmen enthalten somit auch Angaben für ihre Betriebe außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes, während bei den Ergebnissen für Betriebe auch die Angaben der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen enthalten sind, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes haben. Wegen dieser Unterschiede können die Angaben für Unternehmen und Betriebe nicht übereinstimmen (siehe Abschnitt 14.2.1 und 14.2.2).

14.2.1 Unternehmensgröße

2001 waren in Deutschland in den 38 198 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 Beschäftigten und mehr rund 6,5 Mill. Menschen beschäftigt. Dies ergab eine durchschnittliche Unternehmensgröße von 170 Beschäftigten. Im früheren Bundesgebiet war dabei die Durchschnittsgröße der Unternehmen mit 184 Beschäftigten wesentlich höher als in den neuen Ländern (93 Beschäftigte). Die höchste durchschnittliche Unternehmensgröße ist im Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (922 Beschäftigte) und die geringste im Bereich Herstellung von Metallerzeugnissen (97 Beschäftigte) festzustellen (siehe auch Tab. 1).

Tab. 1: Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 2001

Bereich	Deutschland			Früheres Bundesgebiet		
	Unternehmen Anzahl	Beschäftigte 1 000	Umsatz Mill. EUR	Unternehmen Anzahl	Beschäftigte 1 000	Umsatz Mill. EUR
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	38 198	6 479	1 370 471	32 272	5 930	1 283 901
davon:						
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	4 964	602	146 105	4 070	511	129 997
Papiergewerbe	852	149	31 791	740	139	29 928
Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	2 598	270	42 069	2 384	249	39 120
Chemische Industrie	1 281	474	133 574	1 128	450	127 719
Herst. von Gummi- und Kunststoffwaren	2 650	361	52 641	2 272	334	49 300
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	1 849	232	34 059	1 431	198	29 937
Metallerzeugung und -bearbeitung	922	260	59 621	797	239	55 415
Herst. von Metallerzeugnissen	6 181	599	75 548	5 144	532	69 270
Maschinenbau	5 883	1 004	157 671	5 117	942	150 988
Herst. von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	1 943	492	90 349	1 674	465	86 754
Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	515	157	42 662	394	138	39 705
Herst. von Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	930	857	258 599	757	824	249 259
Übrige Bereiche	7 630	1 022	245 783	6 364	909	226 510

Tab. 2: Beschäftigte der größten Unternehmen 2001¹

Die jeweils ... größten Unternehmen	Anteil an allen Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden in %	
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet
6	7,8	8,5
10	9,1	9,9
25	12,6	13,7
100	19,7	21,6
Anzahl der Beschäftigten insgesamt in 1 000	6 479	5 930

1 Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr; die Unternehmensgröße gemessen am Umsatz.

Ordnet man die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie die Unternehmen des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden nach der Höhe des Umsatzes, so waren 2001 in den 10 größten Unternehmen in Deutschland rund 586 000 Personen tätig. 760 Unternehmen (2 %) hatten 1 000 und mehr Beschäftigte. In diesen Unternehmen wurden rund 2,5 Mill. Personen beschäftigt. Dies entspricht einem Anteil von 39 % gemessen an allen Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

14.2.2 Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Exportquote

In den rund 48 200 Betrieben des Wirtschaftsbereichs Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe arbeiteten im Jahresdurchschnitt 2002 insgesamt 6,2 Mill. Menschen, davon rund 90 % im früheren Bundesgebiet und rund 10 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Auch 2002 setzte sich der bereits seit einigen Jahrzehnten zu beobachtende Trend zum Beschäftigungsabbau – der kurzzeitig in den Jahren 2000 und 2001 gestoppt schien – weiter fort. So nahm die Zahl der tätigen Personen in Deutschland im Jahr 2002 gegenüber 2001 um 2,9 % erneut ab. Dabei war die Entwicklung im früheren Bundesgebiet (– 3,2 %) und in den neuen Ländern und Berlin-Ost (– 0,4 %) uneinheitlich.

Unter den 23 Abteilungen des Verarbeitenden Gewerbes waren in Deutschland der Maschinenbau, die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die Herstellung von Metallerzeugnissen, das Ernährungsgewerbe und die Chemische Industrie am bedeutendsten. In diesen Branchen waren 2002 rund 3,3 Mill. Personen tätig. Der Anteil der Branchen an den Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes war in Ost und West jedoch zum Teil recht unterschiedlich. Während z. B. in der Abteilung »15 Ernährungsgewerbe« in den neuen Ländern und Berlin-Ost 14,3 % aller Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes einer Erwerbstätigkeit nachgingen, waren es im früheren Bundesgebiet nur 8,1 %.

In Deutschland belief sich der Gesamtumsatz des Bereichs Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe 2002 auf 1 326 Mrd. Euro (ohne Umsatzsteuer), davon im Verarbeitenden Gewerbe 1 314 Mrd. Euro. Gegenüber 2001 entspricht dies einem Rückgang von 1,5 %. Im früheren Bundesgebiet betrug der

Umsatz 1 222 Mrd. Euro (- 1,7 %) und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 104 Mrd. Euro (+ 1,6 %). Die umsatzstärksten Branchen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes waren 2002 die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (245 Mrd. Euro), der Maschinenbau (157 Mrd. Euro), die Chemische Industrie (132 Mrd. Euro), das Ernährungsgewerbe (125 Mrd. Euro) und die Wirtschaftsabteilung Koke-

Tab. 3: Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 2002

Wirtschaftsgliederung (nach WZ 93)	Betriebe Anzahl	Beschäftigte 1 000	Umsatz insges. Mill. EUR	Exportquote %
C-D Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	48 228	6 209	1 326 367	38,0
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 409	100	12 347	5,0
10 Kohlenbergbau, Torfgewinnung	103	68	3 646	3,6
11 Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Erbringung verbundener Dienstleistungen	45	5	4 653	2,1
12 Bergbau a. Uran- und Thoriumerze	-	-	-	-
13 Erzbergbau	-	-	-	-
14 Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	1 262	27	4 049	9,5
D Verarbeitendes Gewerbe	46 819	6 109	1 314 020	38,4
15 Ernährungsgewerbe	5 859	531	125 197	12,7
16 Tabakverarbeitung	32	12	18 783	8,8
17 Textilgewerbe	1 144	110	14 215	37,3
18 Bekleidungs-gewerbe	560	54	9 733	32,2
19 Ledergewerbe	243	24	4 276	30,4
20 Holzgewerbe (ohne Herstell. von Möbeln)	1 682	96	15 513	20,1
21 Papiergewerbe	1 007	142	30 865	36,1
22 Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	2 847	260	40 444	7,7
23 Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	74	22	77 650	3,6
24 Chemische Industrie	1 771	462	132 495	51,5
25 Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffwaren	3 093	351	52 920	33,0
26 Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	3 560	221	32 255	22,4
27 Metallerzeugung und -bearbeitung	1 111	262	59 484	38,6
28 Herstellung von Metallerzeugnissen	7 348	578	74 032	24,8
29 Maschinenbau	6 991	971	156 762	50,6
30 Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen	199	31	12 475	38,6
31 Herstellung von Geräten der Elektrizitäts-erzeugung, -verteilung u. Ä.	2 466	425	68 316	36,4
32 Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	760	171	50 189	54,8
33 Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	2 234	233	36 158	49,4
34 Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 226	790	245 461	59,6
35 Sonstiger Fahrzeugbau	424	148	27 322	53,2
36 Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten usw.	1 965	205	26 928	24,0
37 Recycling	225	9	2 548	25,4

rei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen (78 Mrd. Euro). Auf diese fünf Branchen entfielen damit allein 56,1 % des gesamten Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe.

Ein großer Teil der im Verarbeitenden Gewerbe hergestellten Güter wird exportiert. Aus der Exportquote – dem Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz – lässt sich die Abhängigkeit bestimmter Branchen vom Auslandsgeschäft besonders deutlich ablesen. Im Jahr 2002 belief sich die Exportquote im gesamten Verarbeitenden Gewerbe auf 38,4 %. Dabei lag die Exportquote der Investitionsgüterproduzenten immer erheblich über dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes (2002 beispielsweise bei 52,9 %).

Besonders hoch war die Exportquote bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (59,6 %), in der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik (54,8 %), im sonstigen Fahrzeugbau (53,2 %), in der Chemischen Industrie (51,5 %) und im Maschinenbau (50,6 %). Hier wurde jeweils mehr als die Hälfte des Gesamtumsatzes mit dem Ausland erzielt. Aber auch die Wirtschaftsabteilung »33 Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik« ist mit einer Exportquote von 49,4 % stark exportabhängig.

Auf deutlich niedrigerem Niveau im Vergleich zum früheren Bundesgebiet (39,5 %) lag im Jahr 2002 noch die Exportquote in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 25,1 % im Verarbeitenden Gewerbe. Gegenüber 1995 (12,2 %) hatte sie sich jedoch bereits verdoppelt.

14.2.3 Produktion

Ab dem Jahr 1991 stehen Indizes der Produktion sowohl für Deutschland als auch für die beiden Teilgebiete in der Gliederung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) zur Verfügung. Neben der Darstellung der Produktionsindizes nach der WZ 93 werden Angaben für Hauptgruppen (nach der Art der hergestellten Güter) berechnet. Diese Daten dienen vor allem der Konjunkturanalyse und -prognose. Die Zuordnung der Wirtschaftszweige zu den Hauptgruppen wird durch eine EU-Verordnung geregelt und ist europaweit verbindlich. Mitte des Jahres 2001 wurde diese Zuordnung geändert und eine neue Hauptgruppe Energie eingeführt.

Danach wird der Wirtschaftsbereich »Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe« jetzt in folgende industrielle Hauptgruppen untergliedert: Vorleistungsgüterproduzenten (z. B. Chemische Industrie), Investitionsgüterproduzenten (z. B. Maschinenbau), Gebrauchsgüterproduzenten (z. B. Möbelherstellung), Verbrauchsgüterproduzenten (z. B. Ernährungsgewerbe) sowie Energie (wird hier nur teilweise erfasst, z. B. Mineralölverarbeitung). Die Produktionsindizes wurden in dieser neuen Hauptgruppengliederung bis 1991 neu berechnet.

In Deutschland wurde die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe seit 1995 um 18 % ausgeweitet. Gegenüber dem Jahr 2000 verzeichnete das Berichtsjahr 2002 einen Rückgang von 1,1 %. In den neuen Bundesländern war seit 1995 ein Zuwachs von

fast 69 % zu beobachten, das frühere Bundesgebiet verzeichnete im selben Zeitraum ein schwächeres Wachstum von gut 15 %.

In den neuen Bundesländern wurde die höchste Wachstumsrate bei der Hauptgruppe der Gebrauchsgüterproduzenten erreicht, in den alten Bundesländern bei den Investitionsgüterproduzenten.

Tab. 4: Entwicklung des Produktionsindex im Produzierenden Gewerbe
1995 = 100

Wirtschaftsbereich (nach WZ 93)	1991	1995	1998	2000	2002
<i>Deutschland</i>					
Produzierendes Gewerbe	103,6	100	106,4	113,5	111,3
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen)	106,2	100	109,9	119,2	117,9
Vorleistungsgüterproduzenten	100,6	100	108,8	117,0	115,8
Investitionsgüterproduzenten	110,8	100	116,6	131,0	130,4
Gebrauchsgüterproduzenten	119,5	100	101,2	105,7	98,5
Verbrauchsgüterproduzenten	106,6	100	102,0	105,8	104,3
Energie	105,9	100	100,4	99,8	98,2
Verarbeitendes Gewerbe	106,1	100	110,0	119,3	118,0
<i>Früheres Bundesgebiet</i>					
Produzierendes Gewerbe	105,8	100	106,2	112,9	110,2
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen)	107,7	100	108,9	117,2	115,0
Vorleistungsgüterproduzenten	102,6	100	107,8	114,5	112,3
Investitionsgüterproduzenten	111,6	100	116,1	130,0	128,7
Gebrauchsgüterproduzenten	120,9	100	99,5	102,7	95,0
Verbrauchsgüterproduzenten	107,9	100	100,2	102,9	100,3
Energie	101,1	100	101,2	100,0	98,0
Verarbeitendes Gewerbe	107,6	100	109,0	117,2	115,1
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>					
Produzierendes Gewerbe	78,0	100	109,4	121,5	124,7
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen)	81,2	100	126,5	152,8	166,3
Vorleistungsgüterproduzenten	69,0	100	126,1	157,1	170,5
Investitionsgüterproduzenten	93,2	100	126,8	153,3	167,2
Gebrauchsgüterproduzenten	90,5	100	137,9	169,0	174,1
Verbrauchsgüterproduzenten	88,7	100	125,0	142,1	156,6
Energie	145,1	100	94,0	98,3	99,8
Verarbeitendes Gewerbe	79,7	100	127,6	154,9	168,8

Eine Vorstellung über die Entwicklung der mengenmäßigen Produktion seit 1960 ermöglicht Tab. 5. Die einzelnen Erzeugnisse sind aus nahezu 6 000 Positionen der Produktionsstatistik herausgegriffen. Wie die Ergebnisse zeigen, hat sich in der Vergangenheit die Erzeugung von Gütern, für die ein hohes technisches Spezialwissen erforderlich ist, ständig erhöht, während die Produktion in anderen Branchen, z. B. der Bekleidungsindustrie, rückläufig war. Als Folge der weltweiten Arbeitsteilung fand hier eine Verlagerung von Produktionstätigkeiten ins Ausland statt. Bei einigen Erzeugnissen (z. B. Fernsehgeräten) ist eine Marktsättigung eingetreten.

Der Bruttoproduktionswert, d. h. der gesamte Wert aller im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden erzeugten Waren und Dienstleistungen (nach der WZ 93), erreichte 2001 in Deutschland rund 1 408 Mrd. Euro. Darin waren rund 56 % Vorleistungen anderer Unternehmen (z. B. Handelsware, Rohstoffe, vgl. 14.2.5) enthalten.

Tab. 5: Produktion ausgewählter Erzeugnisse¹

Erzeugnis	Einheit	1960 ²	1980	1990	2000	2002
Fernsehempfangsgeräte	1 000 St.	2 164	4 425	3 595	2 328 ³	1 486 ³
Personenkraftwagen	1 000 St.	1 674	3 250	4 179	5 248 ⁴	5 513 ⁴
Geräte und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung	1 000 St.	–	437	4 514	15 235	10 764
Schuhe	1 000 Paar	151 906	103 765	61 877	34 918	32 291
Herrenanzüge	1 000 St.	6 650	5 381	3 552	978 ⁵	500 ⁵
Damenkleider	1 000 St.	17 980	36 313	15 584	3 132	1 683
Wurst- und Fleischwaren	1 000 t	257	862	1 200	2 616	2 998
Brot	1 000 t	659	1 272	1 545	3 226	3 630
Bier	1 000 hl	47 324	89 569	101 376	108 954	104 273

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 2000 Deutschland. – Mit dem Berichtsjahr 1995 und erneut mit dem Berichtsjahr 2002 wurde die der Erhebung zugrunde liegende Gütersystematik umgestellt, sodass die Zahlen mit den Vorjahren nur bedingt vergleichbar sind.

2 Ohne Angaben für Berlin-West.

3 Einschl. Videomonitoren und Videoprojektoren.

4 Ohne Pkw von mehr als 2 500 cm³, ab 2002 ohne Pkw von 1 500 cm³ oder weniger.

5 Ohne Anzüge aus Baumwolle.

14.2.4 Investitionen

Von den 38 198 Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr, die 2001 im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden tätig waren, haben im Berichtsjahr 33 581 Unternehmen in Sachanlagen investiert. Die Investitionssumme in diesem Bereich belief sich auf rund 56,1 Mrd. Euro und lag damit um rund 5 % über dem Niveau des Jahres 2000 (53,3 Mrd. Euro).

Der größte Teil der Investitionen floss in Maschinen, maschinelle Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattungen (87,7 %), der Rest in Grundstücke und Bauten. Von den Investitionen entfielen 48,6 Mrd. Euro auf das frühere Bundesgebiet (86,6 %) und 7,5 Mrd. Euro (13,4 %) auf die neuen Länder und Berlin-Ost.

Mit 11,6 Mrd. Euro lagen die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen in Deutschland bei der Investitionstätigkeit an der Spitze, gefolgt von der Chemischen Industrie (6,7 Mrd. Euro), dem Maschinenbau (5 Mrd. Euro), dem Ernährungsgewerbe und der Tabakverarbeitung (4,3 Mrd. Euro) sowie der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik (4,2 Mrd. Euro). Diese fünf Bereiche hatten 2001 zusammen einen Anteil von knapp 57 % am gesamten Investitionsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden in Deutschland. Neben den genannten Bereichen nahmen 2001 noch acht weitere Branchen Investitionen von mehr als 1 Mrd. Euro vor.

Tab. 6: Investitionen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 2001¹ in Mill. EUR

Bereich	Deutschland	Früheres Bundesgebiet
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	56 086	48 585
davon:		
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	4 259	3 571
Papiergewerbe	1 667	1 449
Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	1 811	1 618
Chemische Industrie	6 680	6 240
Herst. von Gummi- und Kunststoffwaren	2 590	2 351
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	2 004	1 637
Metallerzeugung und -bearbeitung	2 844	2 567
Herst. von Metallerzeugnissen	3 462	2 987
Maschinenbau	4 952	4 541
Herst. von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	3 346	3 148
Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	4 242	2 759
Herst. von Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	11 572	10 053
Übrige Bereiche	6 657	5 664

1 Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

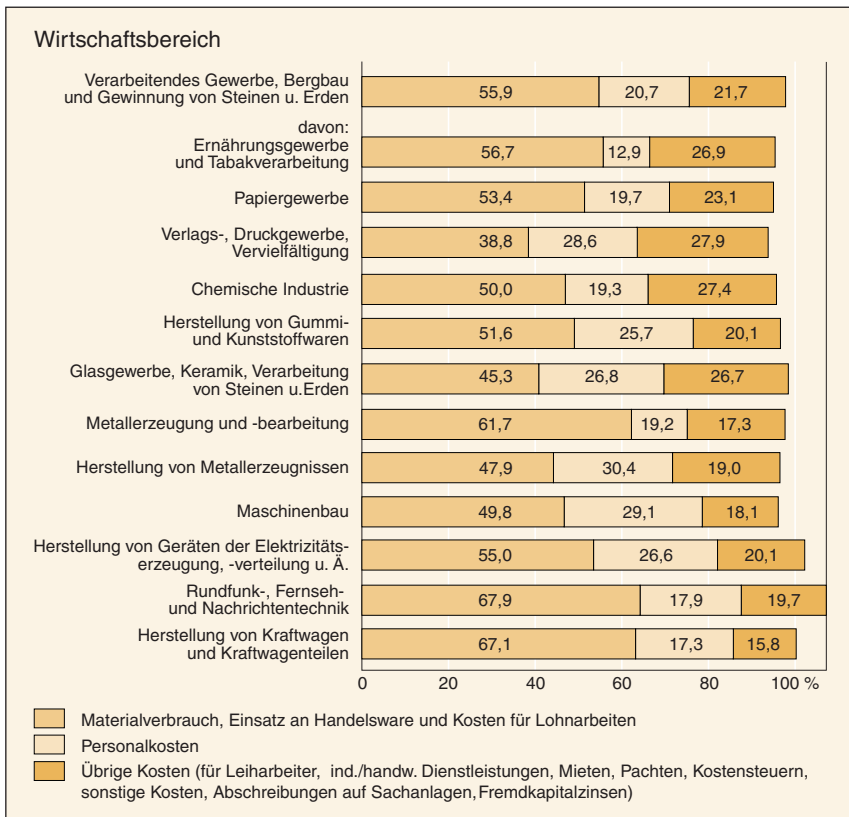
14.2.5 Kostenstruktur

Einblick in die Kostensituation und in die erzielte Wertschöpfung der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden gewähren die jährlichen Erhebungen zur Kostenstruktur.

Stellt man die einzelnen Kostenarten dem Bruttoproduktionswert, also dem gesamten Wert aller in diesem Wirtschaftsbereich erzeugten Produkte, gegenüber, dann ergibt sich für die Kosten für Materialverbrauch, Einsatz an Handelsware und Lohnarbeiten (durch Subunternehmen) der weitaus größte Anteil; im Jahr 2001 lag er bei 55,9 %. Den zweitgrößten Kostenfaktor bildeten die Personalkosten mit 20,7 %. Die übrigen Kosten (z. B. Kosten für Leiharbeitnehmer, Mieten, Pachten, Kostensteuern, Abschreibungen) machten insgesamt 21,7 % aus. Die Summe der einzelnen Kostenarten gemessen am Bruttoproduktionswert ergibt den Produktionskostenanteil. Dieser Anteil lag im Jahr 2001 bei 98,3 %. Die Restgröße von 1,7 % kann als Indikator für die Wirtschaftlichkeit angesehen werden.

Abb. 1 zeigt, dass es zwischen den einzelnen Wirtschaftsgruppen innerhalb des o. g. Wirtschaftsbereichs beträchtliche Unterschiede in der Kostenstruktur gibt. Ein relativ ungünstiges Ergebnis hatte 2001 z. B. der Wirtschaftsbereich Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik zu verzeichnen. In diesem Bereich lagen die Kosten, bei einem sehr hohen Materialkostenanteil von 67,9 %, um 5,5 % über dem Bruttoproduktionswert. Positiv sah 2001 das Ergebnis für die Wirtschaftsgruppe Verlags-, Druck-

Abb. 1: Ausgewählte Kosten der Unternehmen¹ im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 2001
Anteil am Bruttoproduktionswert



¹ Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

gewerbe, Vervielfältigung aus. Hier lag die Summe aller Kosten um 4,7 % unter dem Bruttoproduktionswert.

14.3 Baugewerbe

Das Baugewerbe setzt sich in der Abgrenzung der amtlichen Statistik aus dem Bauhauptgewerbe und dem Ausbaugewerbe zusammen. Während das Bauhauptgewerbe überwiegend Hoch- und Tiefbauten bis zum Rohbau errichtet, erstreckt sich

die Tätigkeit des Ausbaugewerbes auf die weitere Fertigstellung der Bauten bis zur Gebrauchsfähigkeit. Es umfasst Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation, Installation von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage, Elektroinstallation, Maler- und Lackierarbeiten und ähnliche Tätigkeiten. Das Angebot des Baugewerbes ist somit sehr vielseitig und spiegelt in seinen Veränderungen langfristige Umstrukturierungsprozesse wider.

Bis in die 1970er-Jahre war die Bauwirtschaft eine Wachstumsbranche, die ihre Impulse aus dem Wiederaufbau, dem Wirtschaftsaufschwung und dem Wohnungsbedarf der zunehmenden Bevölkerung bezog. Seither ist die Wohnungspolitik durch eine stärkere Hinwendung zu qualitativen Zielsetzungen geprägt. Die Aufmerksamkeit wandte sich mehr der Erhaltung und Erneuerung der Städte zu. Die Modernisierung des Wohnungsbestandes ist – vor allem in Krisenzeiten des Baus – ebenso bedeutsam geworden wie die Neubautätigkeit.

Wiederholt hat die Bauwirtschaft in den letzten Jahrzehnten mit Zeiten schlechter Konjunktur zu kämpfen. Nach einem kurzzeitigen Aufschwung nach der Wiedervereinigung steckt die Bauindustrie nunmehr wiederum seit Jahren in der Krise. Hier

Tab. 7: Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland

Jahr	Unternehmen	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Häufigkeiten ¹	Darunter Baugewerbe	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Häufigkeiten ¹
1991	8 837	X	34	1 730	X	66
1992	10 920	+ 23,6	41	2 012	+ 16,3	76
1993	15 148	+ 38,7	54	2 795	+ 38,9	94
1994	18 837	+ 24,4	68	3 971	+ 42,1	133
1995	22 344	+ 18,6	81	5 542	+ 39,6	181
1996	25 530	+ 14,3	92	7 041	+ 27,0	230
1997	27 474	+ 7,6	98	7 788	+ 10,6	250
1998	27 828	+ 1,3	97	8 112	+ 4,2	255
1999	26 476	- 4,9	92	7 766	- 4,3	241
2000	28 235	+ 6,6	97	8 103	+ 4,3	251
2001	32 278	+ 14,3	111	9 026	+ 11,4	279
2002	37 579	+ 16,4	129	9 160	+ 1,5	283

1 Bezogen auf 10 000 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen.

macht sich neben der allgemeinen Investitionszurückhaltung auch das Ausbleiben der öffentlichen Aufträge bemerkbar. Ein erheblicher Beschäftigungsabbau und die Zunahme der Insolvenzen sind die Folgen dieser Misere.

Ausgehend von einem verhältnismäßig niedrigen Niveau begannen Anfang der 1990er Jahre die Insolvenzen im Baugewerbe nachhaltig zu steigen. Zwischen 1991 und 1996 vervierfachte sich die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche in der Baubranche. Gegen Ende der 1990er Jahre schwächten sich die Zuwachsraten zwar ab und 1999 wurde sogar ein leichter Rückgang verzeichnet, jedoch kam es 2001 erneut zu einer kräftigen Zunahme auf über 9 000 Fälle. Zwar fiel im Jahr 2002 der Anstieg der Insolvenzen in der Baubranche im Gegensatz zur Gesamtentwicklung moderat aus,

trotzdem ereigneten sich noch rund ein Viertel aller Unternehmensinsolvenzen in diesem Wirtschaftszweig.

Misst man die Insolvenzen an der Zahl der bestehenden umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen, weist die Baubranche die höchste Insolvenzanfälligkeit aller Wirtschaftszweige auf. Von 10 000 bestehenden Unternehmen wurden 2002 insgesamt 129 Unternehmen insolvent, im Baugewerbe waren dies dagegen 283.

14.3.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsätze

Im Jahr 2001 zählten zum Baugewerbe in Deutschland 17 047 Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten; 1995 waren es noch 24 738 gewesen (- 69 %). Sie erzielten 2001 mit rund 900 000 Arbeitskräften einen Umsatz von etwa 99 Mrd. Euro. Im Jahr 1995 erwirtschafteten noch ca. 1,5 Mill. Arbeitskräfte einen Umsatz von rund 133 Mrd. Euro. Dies bedeutet einen Umsatzrückgang von rund 25 % und einen Beschäftigungsabbau in diesen sechs Jahren von rund 40 %. Der Schrumpfungsprozess hat sich in jüngster Zeit weiter fortgesetzt. Im 1. Halbjahr 2003 hatte der beschriebene Berichtskreis nur noch 748 000 Beschäftigte zu verzeichnen, was eine Halbierung der Beschäftigtenzahl im Vergleich zu 1995 bedeutet.

Tab. 8: Unternehmen¹, Beschäftigte und Umsatz im Baugewerbe

Bereich	Unternehmen Anzahl		Beschäftigte 1 000		Umsatz Mill. EUR	
	1995	2001	1995	2001	1995	2001
Baugewerbe	24 738	17 047	1 486	908	132 637	98 740
Bauhauptgewerbe	14 181	9 105	999	561	96 687	68 215
Ausbaugewerbe	10 557	7 942	487	347	35 950	30 525

¹ Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

Von allen Bauunternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr hatten 2001 rund 75 % weniger als 50 tätige Personen. Nur 1,6 % der Unternehmen zählten mehr als 250 Beschäftigte, die meisten davon waren wiederum im Bauhauptgewerbe angesiedelt.

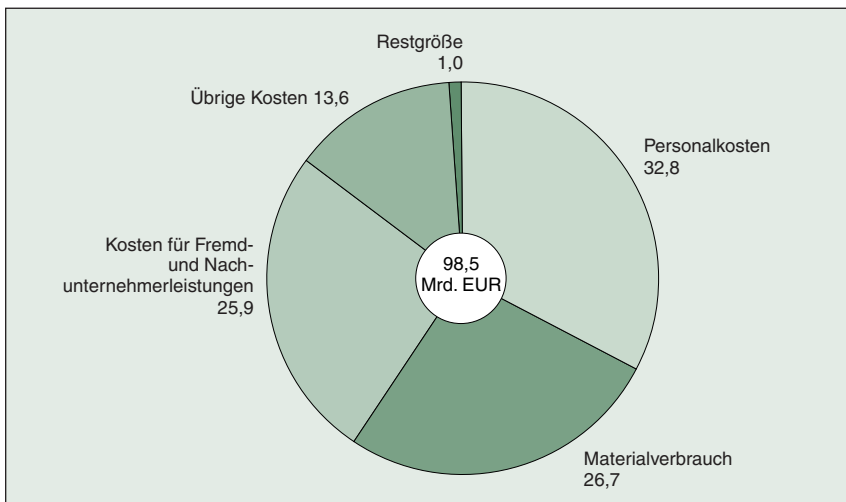
Rund 53 % der Bauunternehmen gehörten 2001 zum Bauhauptgewerbe, auf das auch der größte Teil des Umsatzes (69 %) entfiel. Von den Beschäftigten des Baugewerbes in Deutschland waren 2001 etwa 561 000 im Bauhauptgewerbe und rund 347 000 im Ausbaugewerbe tätig. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die kleineren Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten, die insbesondere im Ausbaugewerbe tätig sind, in diesen Angaben nicht enthalten sind.

14.3.2 Kostenstruktur

Im Baugewerbe stellen die Personalkosten den größten Kostenfaktor dar. Gemessen am Bruttoproduktionswert dieses Bereichs – dem Gesamtwert aller erzeugten Produkte – ergab sich im Jahr 2001 in Deutschland ein Anteil von 32,8 %. Je nach dem,

ob die jeweiligen Tätigkeiten der einzelnen Branchen material- oder personalintensiv sind, differieren diese Anteile zum Teil erheblich. Den höchsten Personalkostenanteil wiesen 2001 mit rund 49 % die Unternehmen des Maler- und Glasergewerbes auf. Wegen der weitgehend industriellen Fertigung waren die Personalkosten im Fertigteilbau mit 20,5 % von geringerer Bedeutung. Im Allgemeinen steht einem niedrigen Personalkostenanteil ein hoher Materialkostenanteil gegenüber. Von den übrigen Kostenfaktoren spielen die Kosten für Fremd- und Nachunternehmerleistungen im Baugewerbe eine wichtige Rolle. Sie erreichten 2001 einen Anteil von 25,9 %. Insbesondere die großen Unternehmen machen von dieser Möglichkeit der Arbeitsteilung häufig Gebrauch (vgl. Abb. 2).

Abb. 2: Kostenstruktur der Unternehmen im Baugewerbe mit 20 Beschäftigten und mehr 2001 in Deutschland
Produktionswert in Prozent



14.4 Energie- und Wasserversorgung

14.4.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsätze

Im Bereich der Energie- und Wasserversorgung waren im Jahr 2000 in Deutschland in 3 306 Unternehmen insgesamt etwa 295 000 Personen beschäftigt. Sie erzielten einen Umsatz von 132,3 Mrd. Euro. Die Energie- und Wasserversorgung ist durch eine Vielzahl von kleinen und wenige große und umsatzstarke Unternehmen geprägt. Knapp zwei Drittel der Unternehmen hatten im Jahr 2000 weniger als 20 Be-

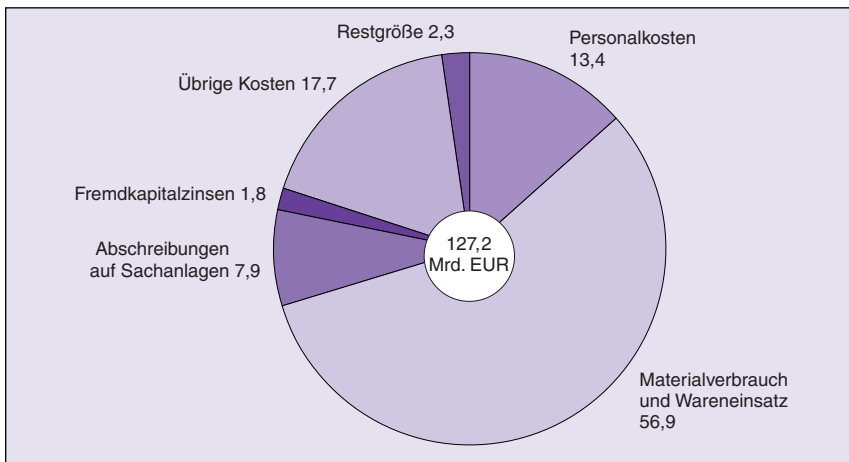
schäftigte. Zum Gesamtumsatz dieses Bereichs trugen sie nur 4,5 % bei. Umgekehrt gab es 55 Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten, auf die 44,7 % des Umsatzes entfielen.

Innerhalb der Energie- und Wasserversorgung gehörten zur selben Zeit ein Drittel der Unternehmen zum Teilbereich »Elektrizitätsversorgung«. Ihr Anteil an den Beschäftigten betrug aber 74,5 % und am Umsatz 68,4 %. Dies zeigt, dass es in der Elektrizitätswirtschaft im Durchschnitt wesentlich größere Unternehmen gibt als in den übrigen Bereichen, d. h. der Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

14.4.2 Kostenstruktur

Die Energie- und Wasserversorgung gehört mit zu den kapitalintensivsten Wirtschaftsbereichen in Deutschland. Gemessen am Bruttoproduktionswert waren im

Abb.3: Kostenstruktur der Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit 20 Beschäftigten und mehr 2000 in Deutschland
Anteil am Bruttoproduktionswert in Prozent



Jahr 2000 die Abschreibungen auf Sachanlagen mit rund 8 % und die Fremdkapitalzinsen mit rund 2 % deutlich höher als im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe oder im Baugewerbe. Der Personalkostenanteil betrug etwa 13 %, während der entsprechende Wert im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe etwa 21 % ausmachte. Den größten Kostenblock im Bereich der Energie- und Wasserversorgung bilden mit rund 57 % der Materialverbrauch und Wareneinsatz. Das ist darauf zurückzuführen, dass in diesem Bereich außer produzierenden Unternehmen auch Einheiten tätig sind, die lediglich fremdbezogene Energie und fremdbezogenes Wasser verteilen (vgl. Abb. 3).

14.5 Handwerk

Das Handwerk umfasst eine große Vielfalt von Berufen, die auch als Gewerbebezüge bezeichnet werden. Bis zur Reform der Handwerksordnung im Jahr 1998 gab es insgesamt 127 Handwerksberufe; danach ist ihre Zahl insbesondere durch die Zusammenlegung einer Reihe verwandter Berufe auf 94 gesunken. Die Handwerksberufe sind in der Anlage A zur Handwerksordnung aufgeführt und reichen vom Maurer über den Kfz-Mechaniker bis hin zur Friseurin und Gebäudereinigerin. Wie aus den Beispielen hervorgeht, finden sich Handwerksunternehmen, also Unternehmen, deren Inhaber oder Leiter in einem der Handwerksberufe einen Meisterbrief haben und daher in die Handwerksrolle eingetragen sind, nicht nur im Produzierenden Gewerbe, sondern auch in anderen Bereichen der Wirtschaft, wie im Handel und bei den Dienstleistungen. Allerdings waren 1995 rund zwei Drittel aller Handwerksunternehmen dem Produzierenden Gewerbe zuzurechnen.

Angaben über das gesamte Handwerk werden im Rahmen von Handwerkszählungen erhoben, die in unregelmäßigen Abständen durchgeführt werden, zuletzt 1995. Darüber hinaus werden im Rahmen einer vierteljährlichen Stichprobenerhebung Daten zur Beurteilung der kurzfristigen Entwicklung im Handwerk ermittelt.

14.5.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz

Bei der Handwerkszählung vom 31. März 1995 wurden rund 563 200 Handwerksunternehmen erfasst. In ihnen waren, zum Stichtag 30. September 1994, knapp 6,1 Mill. Personen tätig, darunter 1,8 Mill. Frauen. Zu den Beschäftigten zählen dabei alle in dem Unternehmen Tätigen, also nicht nur diejenigen, die handwerkliche Tätigkeiten ausüben, sondern z. B. auch Verkaufs- und Verwaltungspersonal. Der von diesen Unternehmen im Jahr 1994 erzielte Umsatz belief sich auf 409,3 Mrd. Euro (ohne Umsatzsteuer). Je Beschäftigten wurden damit in einem Handwerksunternehmen im Durchschnitt 67 286 Euro umgesetzt.

Zum Vergleich: Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Deutschland betrug 1994 knapp 35 Mill.; der gesamtwirtschaftliche Produktionswert aller Wirtschaftsbereiche belief sich 1994 auf 4 038 Mrd. Euro.

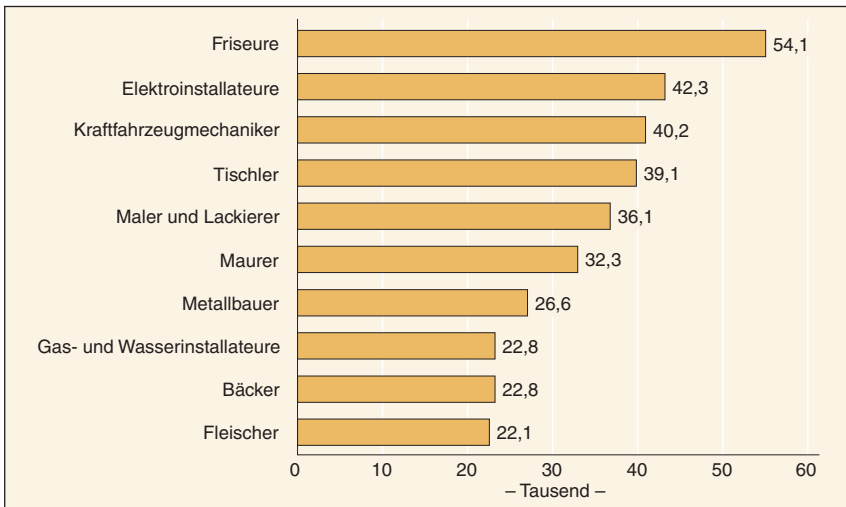
14.5.2 Die bedeutendsten Gewerbebezüge

Trotz der großen Zahl von Handwerksberufen gibt es auch im Handwerk eine deutliche Konzentration auf bestimmte Gewerbe. So stellen 1995 zehn Gewerbebezüge mit den meisten Unternehmen 60 % aller Handwerksunternehmen. Spitzenreiter war dabei das Friseurgewerbe mit 54 100 Unternehmen (vgl. Abb. 4).

14.5.3 Die Größe der Handwerksunternehmen

Obwohl sich die Zahl der Beschäftigten je Handwerksunternehmen seit 1963 deutlich erhöht hat, ist das Handwerk nach wie vor einer der typischen Bereiche des deutschen Mittelstandes. Im Durchschnitt waren 1994 in einem Handwerksunternehmen

Abb. 4: Die 10 bedeutendsten Gewerbebezüge nach der Zahl der Unternehmen am 31. 3. 1995



11 Personen tätig. 1963 waren es (im früheren Bundesgebiet) noch lediglich 6. Fast die Hälfte der Handwerksunternehmen hatte weniger als 5 Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger). Der Anteil der in diesen Unternehmen tätigen Personen an allen Beschäftigten im Handwerk belief sich auf 10 %. Zwischen 5 und 9 Beschäftigte waren in 27 % der Handwerksunternehmen tätig; 10 und mehr Personen fanden sich in rund 26 % der Handwerksunternehmen (vgl. Tab. 9).

Das Handwerk besteht jedoch nicht nur aus kleinen und Kleinstunternehmen. Immerhin in rund 1 % der Handwerksunternehmen waren 100 und mehr Personen tätig. Insgesamt entfielen auf diese Unternehmen 23 % aller in Handwerksunternehmen Beschäftigten.

Tab. 9: Handwerksunternehmen¹ und deren Beschäftigte nach Beschäftigtengrößenklassen

Unternehmen mit ... Beschäftigten	Handwerksunternehmen		Beschäftigte insgesamt	
	1 000	Anteil in %	1 000	Anteil in %
Insgesamt	563,2	100	6 085,0	100
davon:				
1–4	262,5	47	618,8	10
5–9	154,4	27	1 019,5	17
10 und mehr	146,3	26	4 446,6	73

¹ Am 31. 3. 1995 mit Beschäftigtenzahl am 30. 9. 1994.

15 Dienstleistungsbereich

15.1 Bedeutung des Dienstleistungsbereichs

Der Dienstleistungsbereich – oft auch als »tertiärer Sektor« bezeichnet – produziert im Gegensatz zum primären und sekundären Bereich (Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Baugewerbe) zumeist keine materiellen Güter. Der Sektor Dienstleistungen ist sehr vielfältig, er umfasst folgende Bereiche:

- Handel und Gastgewerbe,
- Verkehr- und Nachrichtenübermittlung,
- Kredit- und Versicherungsgewerbe,
- Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen,
- Gebietskörperschaften und Sozialversicherung,
- Erziehung und Unterricht,
- Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie
- Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen.

Wegen der übergreifenden Bedeutung werden allerdings einige Bereiche, wie z. B. der öffentliche Dienst oder weite Bereiche des Verkehrssektors (in funktioneller Gliederung), im Datenreport in gesonderten Kapiteln behandelt.

In der deutschen Volkswirtschaft haben sich wie in anderen Industrienationen seit Jahren tief greifende Strukturveränderungen vollzogen. Sie sind durch eine erhebliche Zunahme der Erwerbstätigenzahl im tertiären Sektor gekennzeichnet. Demgegenüber ist die wirtschaftliche Bedeutung traditioneller Bereiche wie des Produzierenden Gewerbes und der Landwirtschaft deutlich zurückgegangen.

Waren z. B. im früheren Bundesgebiet 1970 knapp 45 % der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich tätig, so hatten 2003 in Deutschland rund 70 % aller Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz in diesem Bereich. Seinen Beitrag zur Bruttowertschöpfung konnte der Dienstleistungssektor ebenfalls erhöhen. Im Jahr 1970 hatten Handel, Verkehr und sonstige Dienstleistungsunternehmen (einschl. Staat) einen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistung im früheren Bundesgebiet von 48 %, in Deutschland lag im Jahr 2003 der Anteil bei 70 %.

Auch innerhalb der Dienstleistungen haben sich in den letzten Jahren die Strukturen geändert. Während früher hauptsächlich konsumnahe Dienstleistungen, wie Handel und Gastgewerbe, in Anspruch genommen wurden, expandierte vor allem der Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen. Es entstanden z. B. völlig neue Dienstleistungsbranche wie die Dienste der Telekommunikation, die elektronische Informationsbeschaffung und -verarbeitung sowie die Logistik und das Leasing. Sie prägen die Struktur und die Entwicklung der Wirtschaft immer stärker, weil hier im Rahmen der

sich vertiefenden Arbeitsteilung Leistungen für alle Wirtschaftsbereiche zur Sicherung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit bereitgestellt werden. Das gilt auch für die vielfältigen beratenden Dienstleistungen, wie z. B. die Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung.

Um der wachsenden Bedeutung der unternehmensnahen Dienstleistungen und den Datenanforderungen der EU gerecht zu werden, wurden erstmals ab dem Berichtsjahr 2000 Unternehmenserhebungen in den Dienstleistungsbereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen seitens der amtlichen Statistik durchgeführt. Ergebnisse aus dieser Statistik werden im Datenreport im Abschnitt 15.6 nachgewiesen.

15.2 Handel

Der Handel nimmt in seiner Mittlerrolle zwischen Herstellern und Verbrauchern eine zentrale Stellung im volkswirtschaftlichen Kreislauf ein und leistet einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Leistung eines Landes, der Bruttowertschöpfung. Die Umsatzentwicklung im Handel (speziell im Einzelhandel) gilt gemeinsam mit anderen Faktoren, wie z. B. den Auftragseingängen der Industrie oder den Produktionsindizes, als ein wichtiger Indikator zur Beurteilung der konjunkturellen Wirtschaftsentwicklung. Der Beitrag des Handels zur Bruttowertschöpfung liegt in Deutschland bei knapp 11 %. Der Anteil der deutschen Handelsunternehmen an der Wertschöpfung des Handels in der Europäischen Union beträgt rund 20 %. Jedes vierte gewerbliche Unternehmen in Deutschland ist im Handel tätig, etwa jeder bzw. jede achte Erwerbstätige in Deutschland ist in diesem Wirtschaftsbereich beschäftigt. In den nachfolgenden Abschnitten wird die Entwicklung im Handel, insbesondere im Einzelhandel, detailliert dargestellt.

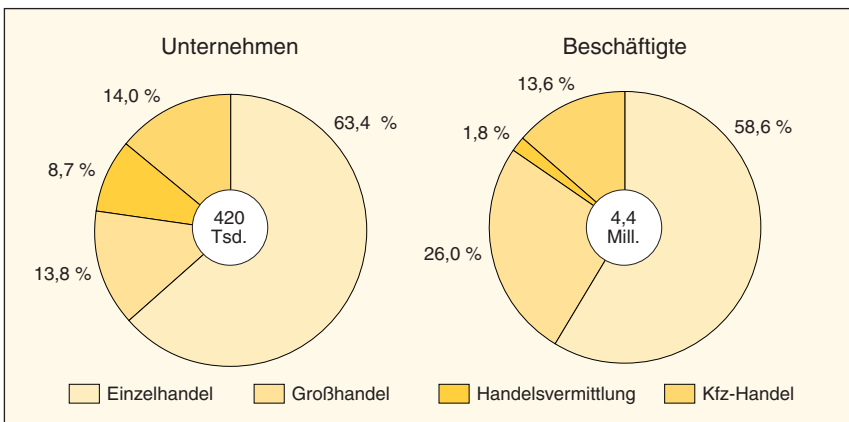
In den letzten Jahren waren die gesetzlichen Vorgaben zu den Ladenöffnungszeiten im Einzelhandel immer wieder Gegenstand der öffentlichen Diskussion. Eine beachtliche Lockerung der Ladenöffnungszeiten fand schließlich im November 1996 statt, als der allgemeine Ladenschluss werktags von 18:30 auf 20:00 Uhr verlegt wurde und die Läden samstags bis 16.00 Uhr geöffnet haben konnten. Diese Änderung bewirkte eine Ausweitung der maximalen Öffnungszeiten von seinerzeit 64,5 auf 80 Stunden. Die weitere Liberalisierung führte dazu, dass ab Juni 2003 die Geschäftsleute ihre Läden an Samstagen – wie an den anderen Werktagen – bis 20.00 Uhr öffnen können. Mit den diversen Neuregelungen in den letzten Jahren hat sich im Einzelhandel die maximale Öffnungszeit gegenüber 1956 (dem Jahr, in dem das Ladenöffnungsgesetz entstanden ist) um 20,5 Stunden (32 %) erhöht. Ungewissheit besteht jedoch zurzeit noch darüber, ob die verlängerten Öffnungszeiten zu zusätzlichen Umsätzen im Einzelhandel führen oder nur eine Verlagerung der Einkäufe in andere Zeiten und andere Geschäfte bewirken werden.

15.2.1 Unternehmen und Beschäftigte

Im Jahr 2001 gab es nach den Ergebnissen der letzten vorliegenden Repräsentativerhebung im Handel, der Jahreserhebung 2001, in Deutschland rund 420 000 Handelsunternehmen mit insgesamt etwa 550 000 örtlichen Niederlassungen, in denen rund 4,4 Mill. Menschen als Voll- oder Teilzeitkräfte beschäftigt waren. Der diesbezüglich bedeutendste Teilbereich ist der Einzelhandel mit rund 266 000 Unternehmen und 2,6 Mill. Beschäftigten, gefolgt von den Bereichen Großhandel, einschließlich Handelsvermittlung, (95 000 Unternehmen, 1,2 Mill. Beschäftigten) sowie Kraftfahrzeughandel und Tankstellen (59 000 Unternehmen, 590 000 Beschäftigten).

Im Handel hat sich in den letzten Jahrzehnten – wie in vielen Wirtschaftsbereichen – ein tief greifender Strukturwandel vollzogen. Nach 1945 stieg die Zahl der Unternehmen, bedingt durch das allgemeine wirtschaftliche Wachstum, steigende Ein-

Abb. 1: Unternehmen und Beschäftigte im Handel 2001



kommen und die Ausdehnung der Warensortimente, zunächst stark an. Seit Anfang der 60er-Jahre setzte infolge verstärkter Konkurrenz ein bis heute andauernder Konzentrationsprozess ein, der durch Rationalisierungsmaßnahmen, insbesondere durch die Einführung der Selbstbedienung, ausgelöst wurde. Davon war vor allem der Lebensmitteleinzelhandel betroffen. Waren 1960 noch ca. 200 000 Unternehmen im früheren Bundesgebiet im Lebensmitteleinzelhandel tätig, so lag die Zahl der Unternehmen im Jahr 2001 in Deutschland nur noch bei rund 55 000. Dieser Gesamtrückgang wirkte sich auf die verschiedenen Betriebsformen im Lebensmitteleinzelhandel sehr ungleichmäßig aus: So sank seit 1994 die Zahl der Supermärkte und die der Lebensmittelfachgeschäfte um 28 % bzw. 23 %, während die Zahl der SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte im gleichen Zeitraum stark anstieg (+ 42 %). Die Nahversorgung der Verbraucher mit Waren des täglichen Bedarfs hat sich aber generell trotzdem

kaum verschlechtert, denn Versandhandel, Zustellservice und mobile Verkaufsstände erreichen die Konsumenten auch in entlegenen Orten.

Trotz fortschreitender Konzentration wird der Handel in vielen Branchen noch immer durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt. Im Jahr 2001 beschäftigten 70 % der Unternehmen weniger als sechs Personen, 40 % aller Unternehmen hat sogar nur einen oder zwei Beschäftigte. Die durchschnittliche Unternehmensgröße im Handel in Deutschland – gemessen an der Zahl der Beschäftigten je Unternehmen – lag im Großhandel durchschnittlich bei 12,8 Beschäftigten, im Einzelhandel bei 9,6 Personen und im Kfz-Handel bei 10,0 Beschäftigten. Die Angaben stellen aber eine rein rechnerische Größe dar und geben keinen Aufschluss über Unternehmensverflechtungen oder Konzernbildungen. Insbesondere im Einzelhandel gibt es eine Reihe von Unternehmen – vorwiegend die großen Filialbetriebe – mit über 1 000 Beschäftigten, die in der Regel mit Filialen über ganz Deutschland verteilt vertreten sind.

Traditionell große Bedeutung hat im Handelsbereich die Teilzeit- und Saisonarbeit, die in den letzten Jahren weiter zugenommen hat. Dies gilt vor allem für den Einzelhandel, wo heute annähernd jeder bzw. jede zweite Beschäftigte als Teilzeitkraft tätig ist. Im Großhandel sind es dagegen nur knapp 20 % der Erwerbstätigen. Durch die Einstellung von Teilzeitbeschäftigten kann das einzelne Unternehmen nicht nur jahreszeitliche Saisonschwankungen ausgleichen (vgl. 15.2.3), sondern auch flexibler auf die unterschiedlichen Belastungen an verschiedenen Wochentagen und Tageszeiten reagieren.

Charakteristisch für den Handel ist auch schon seit langem der vergleichsweise hohe Anteil an weiblichen Beschäftigten. Mehr als die Hälfte der tätigen Personen sind Frauen, im Einzelhandel sind es sogar schon zwei Drittel. Zwischen der Frauen- und der Teilzeitquote besteht insofern ein Zusammenhang, als Teilzeitarbeitsplätze in besonderem Maße von Frauen in Anspruch genommen werden.

15.2.2 Umsätze

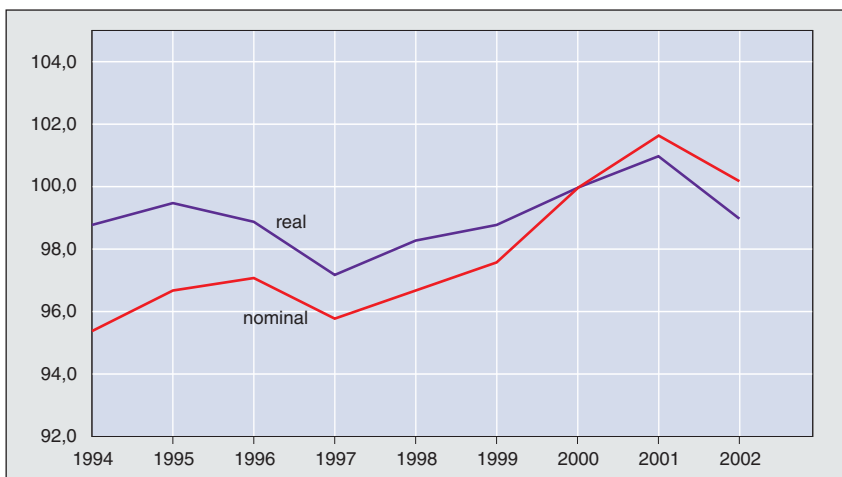
Im Jahr 2001 wurde im Handel ein Gesamtumsatz von rund 1 070 Mrd. Euro (ohne Umsatzsteuer) erzielt. Davon entfielen rund 600 Mrd. Euro auf den Bereich Großhandel und Handelsvermittlung, rund 330 Mrd. Euro auf den Einzelhandel und rund 140 Mrd. Euro auf den Bereich Kraftfahrzeughandel und Tankstellen.

Die Gliederung der Unternehmensumsätze nach Umsatzgrößenklassen gibt Hinweise auf den Konzentrationsgrad im Handel. Rund 70 % aller Handelsunternehmen erzielten im Jahr 2001 jeweils Umsätze von weniger als 500 000 Euro, ihr Anteil am Gesamtumsatz aller Handelsunternehmen betrug jedoch nur 4 %. Demgegenüber erwirtschafteten die Großunternehmen mit einem Jahresumsatz von 50 Mill. Euro und mehr – das sind lediglich 0,6 % aller Unternehmen – gut die Hälfte des Gesamtumsatzes im Handel. Ein hoher Konzentrationsgrad ist besonders im Einzelhandel anzunehmen, in dem rund zwei Drittel des Umsatzes von knapp 2 % der Unternehmen erwirtschaftet wurde. Der tatsächliche Konzentrationsgrad liegt vermutlich höher, da

in der Handelsstatistik das rechtlich selbstständige Unternehmen und nicht die Muttergesellschaft bzw. der Konzern berichtspflichtig ist.

Die nominale Umsatzentwicklung im Einzelhandel seit 1994 zeigt, dass im Jahr 2002 erstmals nach 1997 wieder ein Rückgang von nominal 1,5 % hingenommen werden musste (vgl. Abb. 2). Nichtsdestoweniger lag der Umsatz im Jahr 2002 noch immer auf dem Niveau des Basisjahres 2000 und 5,0 % über dem Wert von 1994. Anders dagegen die reale Entwicklung, die die Umsatzentwicklung ohne Preiserhöhungen zeigt: Durch den realen Umsatzrückgang im Jahr 2002 sank das Umsatzniveau auf das von 1994.

Abb. 2: Umsätze im Einzelhandel 1994 bis 2002
2000 = 100

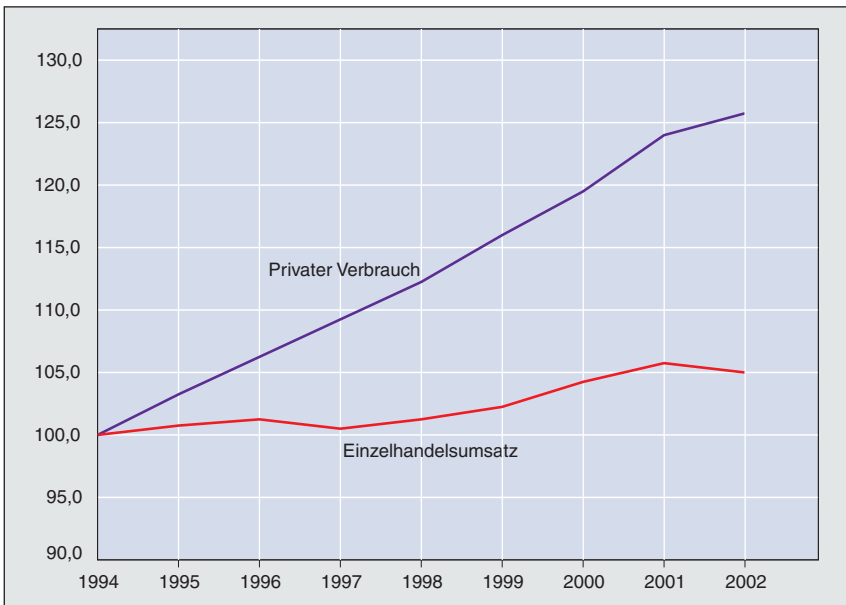


Der besonders im Jahr 2002 rückläufige Einzelhandelsumsatz liegt größtenteils in einer zunehmenden Kaufzurückhaltung sowie dem sich gleichzeitig allmählich verändernden Verbrauchsverhalten der Bevölkerung begründet. Auf der einen Seite führten u. a. die Teuro-Debatte zu Beginn der Euro-Bargeldeinführung, die steigende Abgaben- und Steuerlast sowie die Unsicherheit über die Entwicklung der eigenen persönlichen Wirtschaftslage – vor dem Hintergrund der stagnierenden Konjunktur und steigender Arbeitslosigkeit – offensichtlich zu einer gehemmten Kaufbereitschaft seitens der Verbraucher. So sind die privaten Konsumausgaben im Jahr 2002 erneut schwächer gestiegen (+ 0,8 %) als das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (+ 1,0 %). Auf der anderen Seite setzte sich der Trend der Abkoppelung des Einzelhandelsumsatzes vom privaten Verbrauch weiter fort. Wie Abbildung 3 zeigt, erhöhte sich der private Konsum seit 1994 um gut 25 %, während der Einzelhandelsumsatz »nur« um 5 % anstieg. So werden heute größere Teile des Einkommens als früher z. B.

für Freizeitgestaltung, Reisen, Versicherungen und Mieten ausgegeben. Tatsächlich ist der Anteil des Einzelhandelsumsatzes an den privaten Konsumausgaben in den letzten Jahren kontinuierlich von rund einem Drittel (1994) auf nunmehr gut ein Viertel zurückgegangen.

Im Einzelhandel insgesamt setzte sich die durchschnittliche Umsatzentwicklung aus zum Teil sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den dazugehörigen Branchen zusammen. Während der Lebensmittelfacheinzelhandel und der sonstige Facheinzelhandel, zu dem u. a. der Einzelhandel mit Bekleidung, mit Schuhen und Lederwaren

Abb.3: Entwicklung des privaten Konsums und des Einzelhandelsumsatzes 1994 bis 2002, Angaben nominal



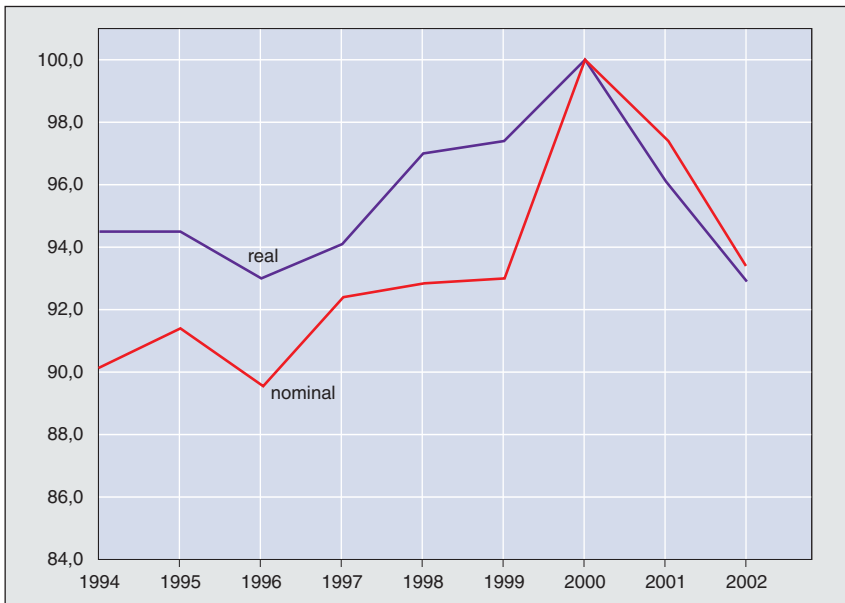
sowie mit Möbeln und Einrichtungsgegenständen gehört, teilweise gravierende Umsatzrückgänge hinnehmen mussten, erreichte das Umsatzniveau der Apotheken und des Facheinzelhandels mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln sowie der SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte einen neuen Höchststand.

Die durch die Veränderung des Verbraucherverhaltens verursachte Verschiebung der Umsatzanteile weg von den Kleinformen des Einzelhandels und dem Facheinzelhandel hin zu den Großformen und großen filialisierten Einzelhandelsunternehmen führt letztendlich zu einer langfristigen Strukturverschiebung im Einzelhandel. Aber auch die verstärkte Nutzung des Internets im Handel bedingt eine – wenn auch we-

Tab. 1: Umsatzgewicht der einzelnen Handelsbereiche
in Prozent

Wirtschaftszweig (nach WZ 93)	Einzelhandelsbereich (EH = Einzelhandel)	Anteil am Einzelhandel insgesamt	
		2002	2001
52.1	EH mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	43,1	41,8
52.11	EH mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	37,7	35,9
52.12	Sonstiger EH mit Waren verschiedener Art	5,4	5,9
52.2	Fach-EH mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	3,1	3,2
52.3	Apotheken; Fach-EH mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen)	12,5	11,8
52.4	Sonstiger Fach-EH (in Verkaufsräumen)	31,6	33,3
52.5	EH mit Antiquitäten und Gebrauchsgütern (in Verkaufsräumen)	0,1	0,1
52.6	EH (nicht in Verkaufsräumen)	9,7	9,8
dar.: 52.61	Versandhandel	5,7	5,4
52.1–52.6	EH insgesamt	100	100

Abb. 4: Umsätze im Großhandel 1994 bis 2002
2000 = 100



niger stark ausgeprägte – Veränderung des Verbraucherverhaltens. Vom E-Commerce profitierten somit in erster Linie die Unternehmen, die über eine langjährige Erfahrung im konventionellen Versandhandel verfügen, da E-Commerce lediglich eine internetbasierte Form des Versandhandels darstellt. So verzeichnete der Versandhandel (Wirtschaftszweig 52.61) mit den bekannten großen Versandhandelsunternehmen nach Jahren der Stagnation 2002 erstmals wieder einen Umsatzzuwachs.

Die größte Branche – gemessen am Umsatz – ist die mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren, zu der insbesondere die Supermärkte und Verbrauchermärkte gehören. Auf diese Branche allein entfällt mehr als ein Drittel des Gesamt-Einzelhandelsumsatzes.

Der Großhandelsumsatz im Jahr 2002 lag um nominal 6,4 % niedriger als 2000. Im Jahr 2000 wurde mit einem Plus von nominal 7,5 % und real 2,7 % gegenüber 1999 der höchste Umsatzzuwachs seit 1994 verbucht (vgl. Abb. 4).

15.2.3 Saisonverläufe im Handel

Die Umsätze im Handel unterliegen im Jahresverlauf starken Schwankungen. Abgesehen von der mittel- und längerfristigen konjunkturellen Entwicklung bestimmen – vor allem im Einzelhandel – Feiertage und Urlaubszeiten die Betriebsergebnisse. Das Jahr beginnt regelmäßig im Januar/Februar mit einem »Wintertief«, gefolgt von einem »Osterhoch«. Die Sommermonate zeigen ein ausgeprägtes »Sommerloch«, vor allem während der Urlaubszeit, dann kommt die »Herbsterholung« und schließlich das Weihnachtsgeschäft mit den höchsten Umsätzen des Jahres. Allein in den Monaten November und Dezember erzielt der Einzelhandel ein Fünftel seines Jahresumsatzes. In einigen Branchen, z. B. im Handel mit Spielwaren oder mit Uhren und Schmuck, wird rund ein Drittel des gesamten Jahresumsatzes in diesem Zeitraum erzielt.

Im Großhandel mit Konsumgütern ist der Saisonverlauf im Wesentlichen durch die gleichen Spitzen und Tiefen gekennzeichnet, die allerdings weniger stark ausgeprägt sind und gegenüber der Umsatzentwicklung im Einzelhandel einen zeitlichen Vorlauf aufweisen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Einzelhändler ihren Warenbestand an der erwarteten Geschäftsentwicklung ausrichten und versuchen, ihre Lager rechtzeitig aufzufüllen bzw. abzubauen. In den übrigen Großhandelsbereichen ist keiner oder nur ein schwach ausgeprägter Saisonverlauf zu beobachten.

15.3 Tourismus, Gastgewerbe

15.3.1 Wirtschaftsfaktor Tourismus

Ohne Zweifel nimmt das Reisen in der Werteskala der Bundesbürger einen hohen Rang ein. Die jährliche Urlaubsreise und auch immer häufiger Kurzreisen werden von einigen Teilen der Bevölkerung bisweilen sogar geradezu als zum Grundbedarf gehörig angesehen.

Doch der Tourismus wird inzwischen immer mehr auch als wichtiger ökonomischer Faktor erkannt, der Arbeitsplätze sichert und den Menschen Einkommen verschafft. Eine ganze Reihe von Wirtschaftszweigen erbringt Leistungen für Touristen, also Personen, die sich außerhalb ihres gewöhnlichen Wohnsitzes aufhalten. Dazu zählen das Hotel- und Gaststättengewerbe, die Verkehrsträger (Straße, Eisenbahn, Luftverkehr), Reiseveranstalter und Reisebüros, der Einzelhandel, der Kultur- und Freizeitbereich sowie Teile des Dienstleistungssektors. Einer Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums zufolge gehen 8 % des Bruttoinlandsprodukts zurück auf die Nachfrage von Touristen. Rund 2,8 Mill. Menschen finden dadurch eine Beschäftigung.

Der Tourismus ist auch ein gewichtiger Faktor in der deutschen Zahlungsbilanz. Im Rahmen der Reiseverkehrsbilanz als Teil der Zahlungsbilanz werden die Ausgaben der Deutschen auf ihren Reisen im Ausland erfasst und umgekehrt die Ausgaben ausländischer Reisender in Deutschland. Traditionell ist die deutsche Reiseverkehrsbilanz in starkem Maße unausgeglichen. So gaben die Deutschen im Jahr 2002 auf ihren Reisen im Ausland 55,5 Mrd. Euro aus. Das war gegenüber 1991, dem ersten Jahr nach der Wiedervereinigung, eine Zunahme um 61,7 %. Dem standen Einnahmen der deutschen Tourismuswirtschaft von ausländischen Reisenden in Höhe von 20,3 Mrd. Euro gegenüber. Das war gegenüber 1991 eine Steigerung um 59,7 %. Der negative Saldo in der deutschen Reiseverkehrsbilanz stieg in diesem Zeitraum um 62,9 % auf 35,2 Mrd. Euro (vgl. Tab. 2).

Tab. 2: Einnahmen und Ausgaben im grenzüberschreitenden Reiseverkehr
in Mill. EUR

	2002	Veränderung 2002 gegenüber 1991 in %
Einnahmen	20 261	59,7
Ausgaben	55 504	61,7
Saldo	-35 243	62,9

Quelle: Deutsche Bundesbank – Zahlungsbilanzstatistik, Juli 2003.

15.3.2 Reiseverhalten der Deutschen

Im Jahr 2002 haben die Deutschen 109,4 Mill. Reisen mit einer Dauer von fünf oder mehr Tagen unternommen (vgl. Tab. 3). Davon verblieben 41,7 Mill. (38,1 %) Reisen im Inland, während 67,7 Mill. (61,9 %) ins Ausland führten. Innerhalb Deutschlands war Bayern mit 10,0 Mill. Reisen das mit Abstand beliebteste Zielland, gefolgt von Schleswig-Holstein (5,5 Mill.), Niedersachsen (4,9 Mill.), Baden-Württemberg (4,7 Mill.), Mecklenburg-Vorpommern (3,9 Mill.) und Nordrhein-Westfalen (2,4 Mill.). Im Ausland war Italien im Jahr 2002 das beliebteste Reiseziel der Deutschen und lag damit zum ersten Mal vor Spanien, das in den Jahren zuvor jeweils an der Spitze gelegen hatte. 11,5 Mill. Reisen (mit fünf und mehr Tagen Dauer) unternahmen die Deutschen im Jahr 2002 dorthin. An zweiter Stelle in der Beliebtheitsskala lag Spanien, das das Ziel für

11,0 Mill. Reisen der Deutschen war, gefolgt vom Nachbarland Österreich, in das die Deutschen 9,9 Mill. mal reisten. In Länder außerhalb Europas unternahmen die Deutschen im Jahr 2002 7,0 Mill. Reisen, darunter 1,1 Mill. in die Vereinigten Staaten.

Das bevorzugte Transportmittel der Deutschen ist der Pkw, der bei mehr als der Hälfte (55,2 %) aller Reisen mit fünf oder mehr Tagen Dauer das Hauptverkehrsmittel war. Rund ein Viertel (25,5 %) aller Reisen wurden mit dem Flugzeug unternommen, ein gutes Zehntel (11,0 %) mit dem Bus. Die Bahn war bei 7,6 % der Reisen das Hauptverkehrsmittel.

Die wichtigsten Reisemonate im Jahr 2002 waren der August und der Oktober, in denen die Deutschen 29,3 Mill. Reisen (26,8 %) unternahmen. An dritter Stelle folgt der

Tab. 3: Private Reisen mit 5 und mehr Tagen Dauer im Jahr 2002

Merkmal	Reisen in Mill.	Anteil in %
Reisen mit 5 und mehr Tagen Dauer	109,4	100
<i>nach ausgewählten Reisezielen</i>		
Deutschland, insgesamt	41,7	38,1
darunter:		
Baden-Württemberg	4,7	4,3
Bayern	10,0	9,1
Mecklenburg-Vorpommern	3,9	3,6
Niedersachsen	4,9	4,5
Nordrhein-Westfalen	2,4	2,2
Schleswig-Holstein	5,5	5,0
Ausland, insgesamt	67,7	61,9
darunter:		
Frankreich	3,9	3,6
Griechenland	3,1	2,8
Italien	11,5	10,5
Österreich	9,9	9,0
Schweiz	2,3	2,1
Spanien	11,0	10,1
Türkei	4,3	3,9
Außereuropäische Länder, insgesamt	7,0	6,4
darunter:		
Afrika insgesamt	2,9	2,7
Vereinigte Staaten	1,1	1,0
<i>nach dem Hauptverkehrsmittel</i>		
Pkw (eigener Wagen oder Mietwagen)	60,4	55,2
Flugzeug	27,9	25,5
Bus	12,1	11,0
Eisenbahn	8,3	7,6
<i>nach der Organisation der Reise</i>		
Selbstorganisiert	69,3	63,3
Einbeziehung von Reisebüro-, Veranstalter	40,2	36,7
darunter: Pauschalreisen	34,7	31,7

Quelle: GEOPLAN GmbH – Tourismuserhebung 2002.

Monat Juli mit 12,9 Mill. Reisen (11,8 %). Die wenigsten Reisen wurden im November angetreten (4,4 Mill. entsprechend 4,0 %).

Zum überwiegenden Teil organisieren die Deutschen ihre Reisen selbst. Bei 36,7 % aller Reisen schalteten sie ein Reisebüro oder einen Reiseveranstalter mit ein. 31,7 % waren reine Pauschalreisen.

15.3.3 Tourismusentwicklung in Deutschland

Die wichtigste Quelle zur Darstellung der Tourismusentwicklung im Inland ist die Beherbergungsstatistik, in der die Zahl der Gäste und der Übernachtungen in Beherbergungsstätten mit neun oder mehr Betten und auf Campingplätzen (Touristikcamping) erhoben werden. Im Jahr 2002 konnten die deutschen Beherbergungsbetriebe (einschl. Campingplätze) 111,1 Mill. Gäste begrüßen, die es auf 338,7 Mill. Übernachtungen brachten. Bei den Gästen war das ein Rückgang von 1,6 % gegenüber dem Vorjahr. Gegenüber 1992, dem ersten Jahr für das Ergebnisse für alle 16 Bundesländer in der Beherbergungsstatistik vorliegen, war das aber immer noch ein Zuwachs um 23,1 %. Die Übernachtungen nahmen im Jahr 2002 um 2,5 % gegenüber dem Vorjahr ab, gegenüber dem Jahr 1992 stiegen sie jedoch um 6,4 % (vgl. Abb. 5).

Abb. 5: Entwicklung der Gästeübernachtungen in Beherbergungsstätten und auf Campingplätzen 1992 bis 2002
Übernachtungen in Mill., Veränderungen in Prozent

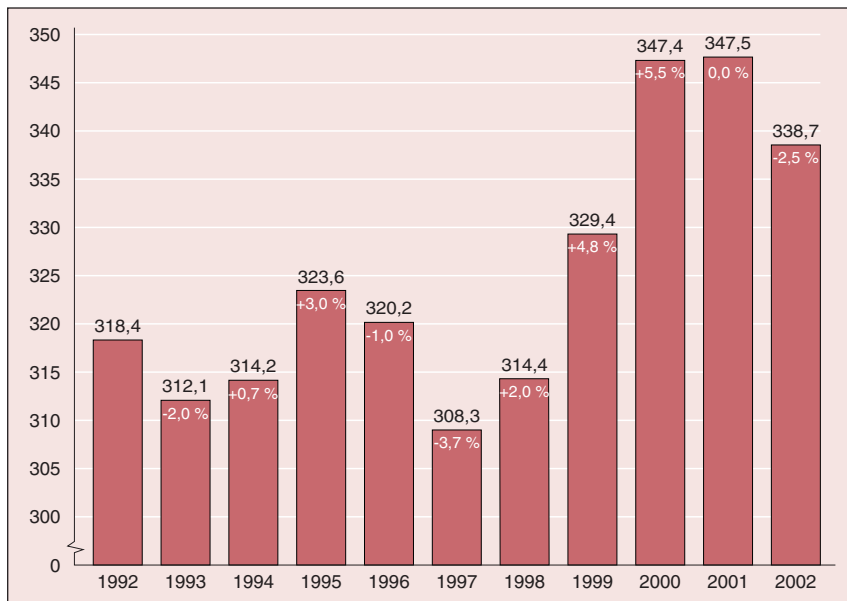
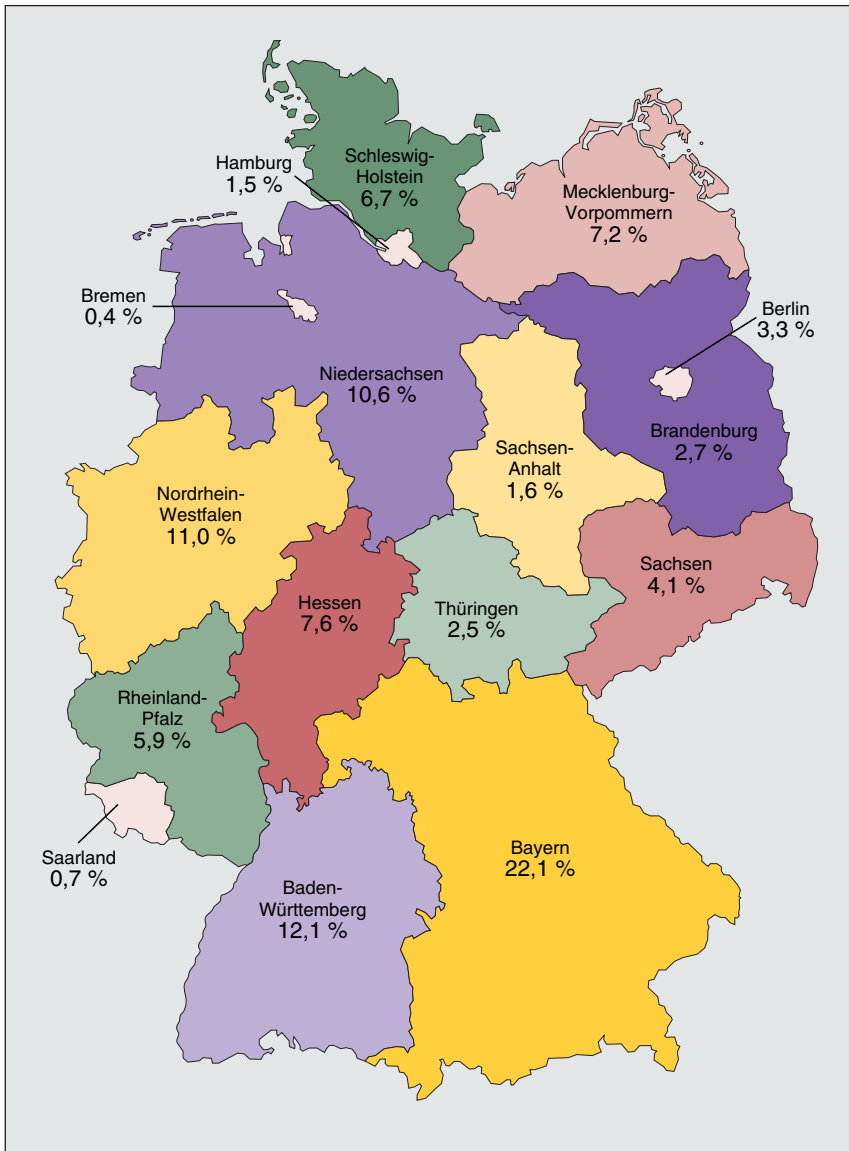


Abb. 6: Verteilung der Übernachtungen auf die Bundesländer 2002¹



¹ Früheres Bundesgebiet: 273,0 Mill. Übernachtungen (80,6 %); neue Länder und Berlin-Ost: 65,7 Mill. Übernachtungen (19,4 %).

Mit einem Anteil von 22,1 % entfällt fast ein Viertel aller Übernachtungen auf Bayern (vgl. Abb. 6). Erst mit einigem Abstand folgen dann die Bundesländer Baden-Württemberg (12,1 %), Nordrhein-Westfalen (11,0 %), Niedersachsen (10,6 %), Hessen (7,6 %), Mecklenburg-Vorpommern (7,2 %) und Schleswig-Holstein (6,7 %). Der Anteil der neuen Bundesländer (einschl. Berlin-Ost) an der Gesamtzahl der Übernachtungen in Deutschland lag im Jahr 2002 bei 19,4 %. 1992 hatte er noch bei 10,1 % gelegen.

Das *relative* Gewicht des Tourismus für die einzelnen Bundesländer wird durch die sog. Tourismusintensität (Übernachtungen je 1000 Einwohner, vgl. Abb. 7) beschrieben. Hier liegt seit vier Jahren Mecklenburg-Vorpommern auf dem ersten Rang mit

Tab. 4: Gästeübernachtungen in Beherbergungsstätten und auf Campingplätzen nach Betriebsarten 2002

Betriebsart	Über- nachtungen 1 000	Anteil	Veränderung gegenüber 2001
		%	
Insgesamt	338 696	100	-2,5
Hotels	119 287	35,2	-3,4
Hotels garnis	37 529	11,1	-3,2
Gasthöfe	18 782	5,5	-5,5
Pensionen	13 904	4,1	-4,8
<i>Hotellerie zusammen</i>	<i>189 503</i>	<i>56,0</i>	<i>-3,7</i>
Hütten, Jugendherbergen, jugend- herbergsähnliche Einrichtungen	14 003	4,1	+1,3
Camping	21 186	6,3	-0,6
Erholungs- und Ferienheime, Schulungsheime	25 749	7,6	-0,7
Ferienzentren	9 433	2,8	+0,4
Ferienhäuser, -wohnungen	31 103	9,2	-0,4
<i>Sonstiges Beherbergungsgewerbe zusammen</i>	<i>101 475</i>	<i>30,0</i>	<i>-0,3</i>
Beherbergungsgewerbe	290 978	85,9	-2,6
Vorsorge- und Reha-Kliniken	47 718	14,1	-2,9

einem Wert von 13 911. Auf Rang 2 mit 8 149 Übernachtungen je 1 000 Einwohner folgt Schleswig-Holstein, das noch bis zum Jahr 1998 an der Spitze der Rangliste gelegen hatte. Erst danach kommt Bayern (6 074), gefolgt von Rheinland-Pfalz (4 901), Niedersachsen (4 510) und Hessen (4 211).

56 % aller Übernachtungen fielen 2002 in der klassischen Hotellerie an (Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Pensionen (vgl. Tab. 4)), allein auf die Hotels und Hotels garnis entfielen knapp die Hälfte (46,3 %). Fast ein Drittel (30,0 %) der Gästeübernachtungen entfielen auf die Betriebsarten des »Sonstigen Beherbergungsgewerbes«. Hier sind bedeutsam vor allem die Ferienhäuser und -wohnungen mit einem Anteil von 9,2 % sowie die Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime (7,6 %). Der Anteil der Vorsorge- und Rehabilitationskliniken lag im Jahr 2002 bei 14,1 %.

Abb. 7: Fremdenverkehrsintensität in den Bundesländern 2002
 Übernachtungen je 1 000 Einwohner

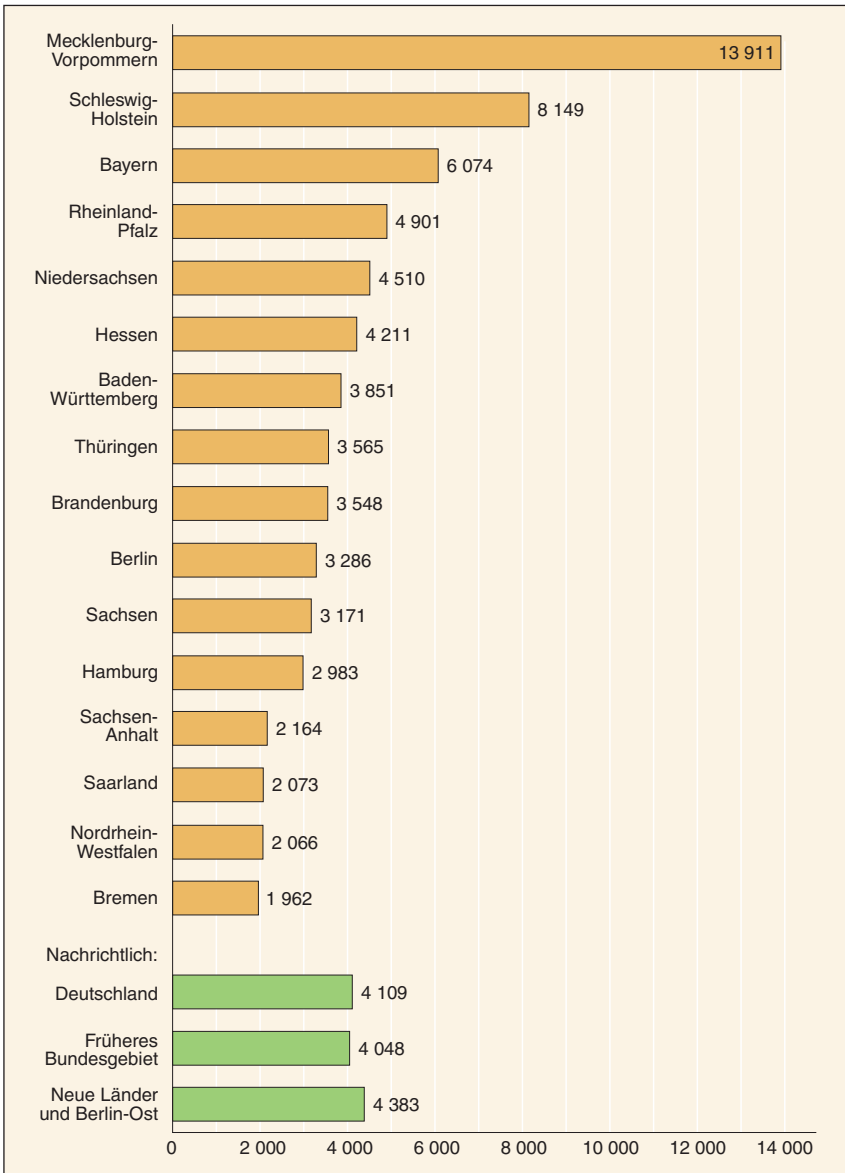


Abb. 8: Entwicklung der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland
Veränderung in Prozent

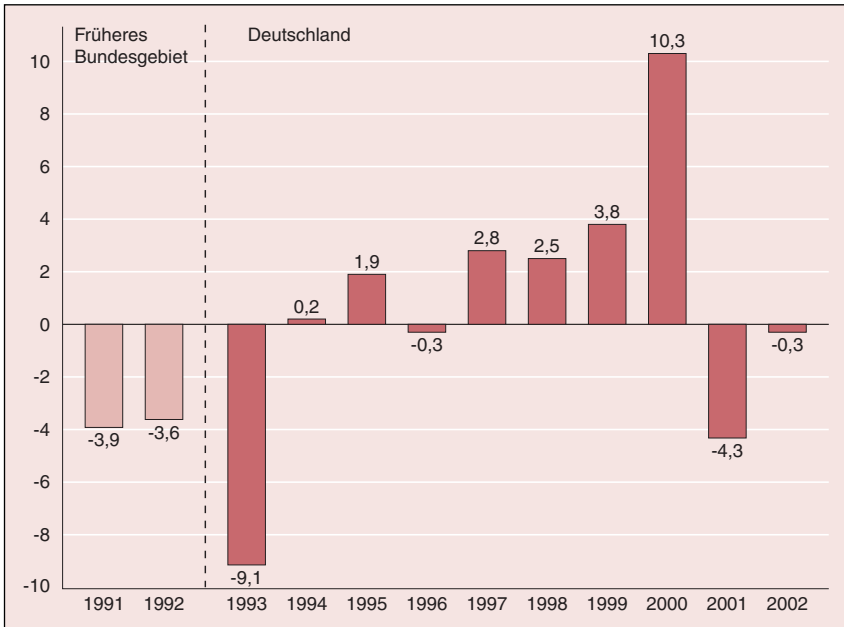
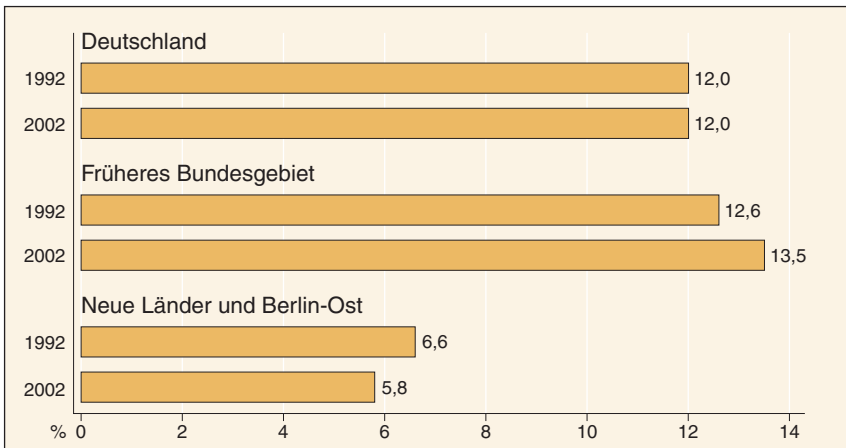
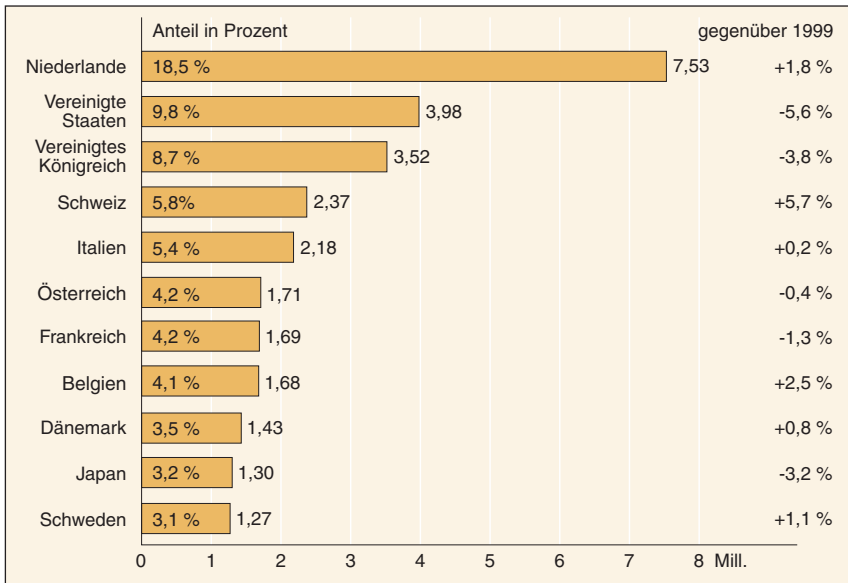


Abb. 9: Anteil ausländischer Gäste an der Gesamtzahl der Übernachtungen
1992 und 2002



Nach starken Rückgängen zu Beginn der 90er-Jahre haben die Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland seit 1994 mit Ausnahme von 1996 kontinuierlich zugenommen und erreichten im Jahr der Weltausstellung EXPO 2000 mit 42,6 Mill. ihren bisherigen Rekordwert. In den Jahren 2001 und 2002 gingen die Übernachtungen dieser Gästegruppe zwar wieder zurück, sie lagen mit 40,7 Mill. aber immer noch deutlich über dem Ergebnis des Jahres 1999 (vgl. Abb. 8). Der Anteil ausländischer Gäste an der Gesamtzahl der Übernachtungen im deutschen Beherbergungsgewerbe hat sich in den letzten Jahren nur unwesentlich geändert und liegt wie 1992 bei 12 % (vgl. Abb. 9). Allerdings besuchten bisher ausländische Gäste bei weitem noch nicht

Abb. 10: Übernachtungen von ausländischen Gästen in Deutschland 2002
in Mill./Anteile in Prozent und Veränderungen in Prozent¹



¹ Anteil an allen Übernachtungen aus dem Ausland.

so stark den Osten wie den Westen Deutschlands. So brachten es ausländische Gäste im früheren Bundesgebiet im Jahr 2002 auf einen Anteil von 13,5 % an der Gesamtzahl der Übernachtungen. Dies war gegenüber 1992 eine Zunahme um 0,9 Prozentpunkte. Demgegenüber lag der Anteil der ausländischen Gäste an den Übernachtungen in den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost mit 5,8 % noch nicht einmal halb so hoch wie im früheren Bundesgebiet. Gegenüber 1992 (6,6 %) ist er sogar noch zurückgegangen.

Die größte Gästegruppe des deutschen Beherbergungsgewerbes sind die Niederländer, die es 2002 auf 7,53 Mill. Übernachtungen brachten. Das entsprach einem

Anteil von 18,5 % an den gesamten Übernachtungen ausländischer Gäste. An zweiter Stelle folgten die Vereinigten Staaten (3,98 Mill. Übernachtungen / 9,8 %) vor den Gästen aus dem Vereinigten Königreich (3,52 Mill. Übernachtungen / 8,7 %) (vgl. Abb. 10).

15.3.4 Gastgewerbe

Ein wesentlicher Anbieter touristischer Leistungen im Inland ist das Gastgewerbe, dass sowohl die Beherbergung als auch die Bewirtung von Gästen umfasst. Zu den größten Wirtschaftszweigen innerhalb des Gastgewerbes zählen neben dem Beherbergungsgewerbe auch das Gaststättengewerbe, die zusammen rund 91 % des Gesamtumsatzes erwirtschaften. Die übrigen 9 % erzielen Kantinen und Caterer.

Tab. 5: Entwicklung des Gastgewerbeumsatzes 1995 bis 2002
im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt

Jahr	Gastgewerbeumsatz ¹				Bruttoinlandsprodukt	
	nominal	real	nominal	real	nominal	real
	Messzahlen 2000 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
1994	103,0	111,6	0,0	-1,4	+4,9	+2,3
1995	103,0	109,0	-0,1	-2,3	+3,8	+1,7
1996	100,7	105,4	-2,2	-3,3	+1,8	+0,8
1997	99,8	101,0	-0,9	-4,2	+2,1	+1,4
1998	98,4	100,6	-1,4	-0,4	+3,1	+2,0
1999	98,9	99,9	+0,5	-0,6	+2,6	+2,0
2000	100	100	+1,1	+0,1	+2,6	+2,9
2001	100,9	99,2	+0,8	-0,8	+2,0	+0,6
2002	96,6	92,1	-4,3	-7,2	+1,8	+0,2

1 Umsatz ohne Umsatzsteuer.

Der Anteil des Gastgewerbes an den Umsätzen aller Unternehmen in Deutschland lag im Jahr 2002 bei rund 1,3 %. Aufgrund der hohen Personalintensität und des großen Anteils von Teilzeitbeschäftigten ist das Gewicht dieses Wirtschaftsbereichs bei der Beschäftigung mit knapp 4,6 % wesentlich größer. Mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen in diesem Bereich sind Frauen. Ein weiteres Kennzeichen dieses Wirtschaftszweiges ist der mit 23,8 % sehr hohe Anteil von Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen (zum Vergleich: Gesamtwirtschaftlicher Durchschnitt: 11,1 %). Dies lässt sich mit der Struktur des Gastgewerbes erklären, die sehr stark durch kleinere und mittlere Unternehmen geprägt ist. So wurde im Jahr 2001 etwa die Hälfte des Umsatzes in diesem Wirtschaftszweig von Unternehmen mit einem Jahresumsatz von unter 500 000 Euro erwirtschaftet.

Die Entwicklung im Gastgewerbe verlief, gemessen an der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, in den zurückliegenden Jahren ungünstiger als die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (vgl. Tab. 5). Im Jahr 2002 setzte das Gastgewerbe rund 43 Mrd.

Euro (ohne Umsatzsteuer) um; das sind nominal 4,3 % weniger als 2001. Mit diesem Rückgang wurde der seit 1999 andauernde Aufwärtstrend gestoppt, der im Jahr 2000, als Deutschland Gastgeber der Weltausstellung »EXPO 2002« war, mit einem Umsatzplus von nominal 1,1 % seinen Höhepunkt erreichte. Überdies ist das Umsatzergebnis im Jahr 2002 das niedrigste, das im Berichtszeitraum von 1994 bis 2002 verzeichnet wurde, gleichzeitig stellt der damit verbundene nominale Umsatzrückgang die höchste Einbuße in dieser Zeit dar. Gleiches gilt auch für die reale Umsatzentwicklung: Nach Eliminierung des nur durch Preiserhöhungen verursachten Umsatzzuwachses errechnet sich für das Jahr 2002 ein Minus von 7,2 %.

43,4 % des Umsatzes im Gastgewerbe werden von der Speisegastronomie (Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen) erbracht. Damit ist sie die umsatzstärkste Branche, gefolgt von der Hotellerie, hierzu gehören Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis, mit 34,7 % und dem Sonstigen Gaststättengewerbe, das gut ein Zehntel des Gesamtumsatzes erzielte. Weitere 9 % entfielen auf die Wirtschaftsgruppe »Kantinen und Caterer«, wozu auch Partyservicebetriebe und Lieferanten der Fluggesellschaften gehören. Ihr Anteil lag 1994 noch bei 7 %.

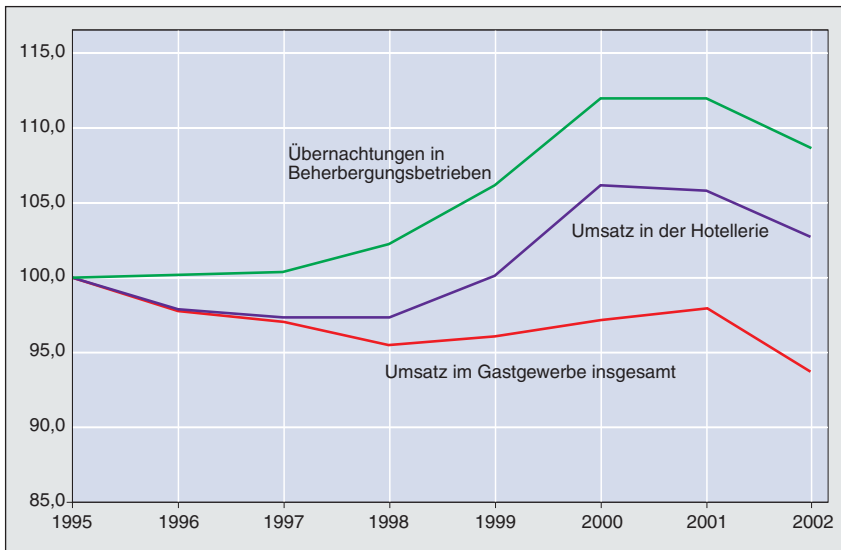
Von den Umsatzrückgängen im Gastgewerbe sind die beiden größten Wirtschaftszweige Speisegastronomie und Hotellerie in unterschiedlichem Ausmaß betroffen (vgl. Tab. 6). Der Umsatz der Unternehmen der Hotellerie, die schwerpunktmäßig Beherbergungsleistungen anbieten, lag im Jahr 2002 – trotz leichter Verluste in den Jahren 2001 und 2002 – noch immer gut 3 % über dem Wert von 1994, während sich der tendenziell negative Trend in der Speisegastronomie fast ungebremst fortsetzte. Im Jahr 2002 lag der Umsatz rund 11 % unter dem Vergleichswert von 1994. Ein wesentlicher Grund für die Umsatzeinbußen in der Speisegastronomie dürfte die Einführung des Euro-Bargelds zu Anfang des Jahres 2002 und die damit einhergegangenen echten oder »gefühlten« Preiserhöhungen gewesen sein. Dagegen scheint die Hotellerie noch immer von der stark expansiven Umsatzentwicklung im Expo-Jahr 2000 zu profitieren.

Tab. 6: Struktur und Entwicklung des Umsatzes in den Wirtschaftszweigen des Gastgewerbes im Jahr 2002

Wirtschaftszweig	Anteil des Wirtschaftszweiges am nominalen Gesamtumsatz des Gastgewerbes in %	Umsatzentwicklung (nominal) 2002 gegenüber 1994 in %
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis (»Hotellerie«)	34,7	+ 3,3
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	2,0	+ 2,2
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen (»Speisegastronomie«)	43,4	- 11,4
Sonstiges Gaststättengewerbe	10,9	- 20,8
Kantinen und Caterer	9,0	+ 12,1
Gastgewerbe	100	- 6,2

1 Umsatz ohne Umsatzsteuer.

Abb. 11: Entwicklung des Umsatzes im Gaststättengewerbe insgesamt und in der Hotellerie sowie der Anzahl der Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben (ohne Kurbereich) 1995 = 100



Trotz der Umsatzeinbußen in den letzten Jahren lag der Umsatz im Jahr 2002 deutlich über dem vor der EXPO erreichten Umsatzniveau (+ 2,6 %).

Wie stark der Umsatz in der Hotellerie mit der Anzahl der Übernachtungen in den Beherbergungsstätten (ohne den Kurbereich) korreliert, zeigt Abbildung 11. Die steigenden Übernachtungszahlen in den Jahren 1995 bis 2000 wirkten sich positiv auf die Umsätze der Unternehmen der Hotellerie aus. Die Abbildung zeigt aber auch, dass die Umsätze in der Hotellerie nicht im gleichen Umfang wie die Übernachtungszahlen stiegen, der Trend aber übereinstimmt: Während die Zahl der Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben im Jahresdurchschnitt – trotz des Rückgangs im Berichtsjahr – im Jahr 2002 rund 9 % über dem Wert von 1995 lag, war der durchschnittliche Jahresumsatz in der Hotellerie im Jahr 2002 nur rund 3 % höher als der entsprechende Vergleichswert.

15.4 Banken

Im Rahmen einer hoch entwickelten Volkswirtschaft spielt die Geld- und Kreditwirtschaft und damit das Bankensystem eine zentrale Rolle. Als Kapitalsammelstellen und Finanzierungsinstitute erfüllen die Banken wichtige gesamtwirtschaftliche Aufgaben.

In Deutschland stehen die Banken – nach den Vorschriften des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) – unter der gemeinsamen Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank.

Mit der Einführung des Euro als gemeinsamer Währung von zunächst elf der 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) – diese sind Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien – ging mit Wirkung vom 1. Januar 1999 die Verantwortung für eine einheitliche Geldpolitik im Euro-Währungsgebiet auf das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) über. Zum 1. Januar 2001 trat Griechenland als zwölftes Mitglied der Eurozone bei. Das ESZB, das aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten besteht, übernahm nunmehr die Rolle der »Hüterin des Euro« und trägt somit die Verantwortung für die Stabilität der neuen Währung. Durch den Übergang der geldpolitischen Kompetenzen auf die EZB war eine Anpassung der Aufgaben der teilnehmenden nationalen Zentralbanken erforderlich. Sie haben an der Erfüllung der Aufgaben des ESZB, insbesondere dem vorrangigen Ziel der Gewährleistung der Preisstabilität, mitzuwirken. Unverändert bleibt ihre Aufgabe, für die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im In- und mit dem Ausland zu sorgen. Die Deutsche Bundesbank ist damit z. B. auch für den Bargeldumlauf verantwortlich.

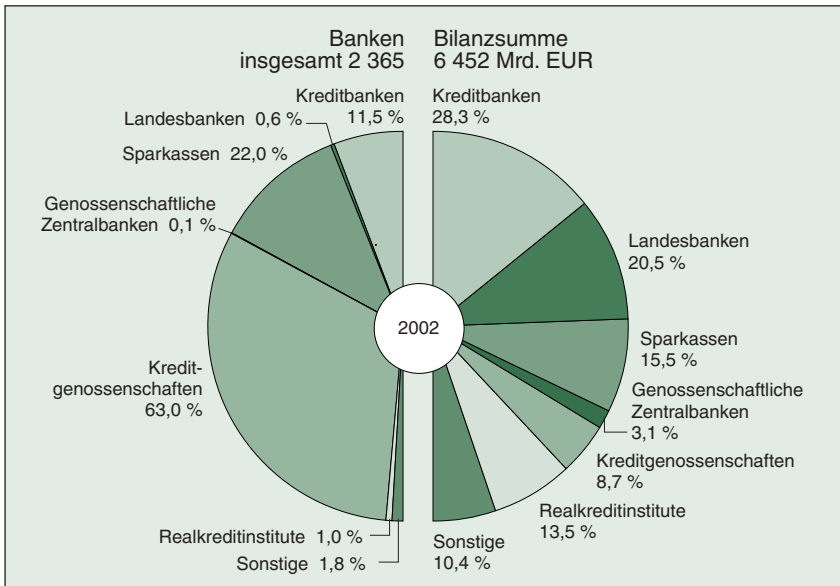
Die Statistiken des Geld- und Kreditwesens werden überwiegend von der Deutschen Bundesbank bearbeitet. Der Beginn der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) hat zu einer Veränderung in der Darstellung von statistischen Ergebnissen der Deutschen Bundesbank ab dem Jahr 1999 geführt. Dies wirkt sich auf die Vergleichbarkeit der Ergebnisse aus.

Die Angaben über die Geschäftsentwicklung der Bausparkassen beruhen auf den Statistiken der Verbände der privaten und öffentlichen Bausparkassen. Beim Bauspargeschäft stellen die Einlagen wegen ihrer Zweckbindung (sie dürfen innerhalb bestimmter Fristen nur für den Wohnungsbau verwendet werden) eine besondere Form der Spareinlagen dar.

15.4.1 Unternehmen

Im Bankwesen Deutschlands ist seit Jahren ein Fusionsprozess im Gang. Er hat zu einer abnehmenden Zahl von Kreditinstituten geführt. Während 1973 im früheren Bundesgebiet 3 784 berichtspflichtige Kreditinstitute (Kreditinstitute mit einer bestimmten Mindestbilanzsumme) gezählt wurden, gab es 1984 nur noch 3 250. Ab 1985 wurden alle Kreditgenossenschaften in die statistische Berichtspflicht einbezogen; Ende 1985 waren 4 659 und Ende 1989 noch 4 217 Kreditinstitute im früheren Bundesgebiet berichtspflichtig. Ende 2002 belief sich die Zahl der berichtspflichtigen Kreditinstitute einschließlich der ostdeutschen Institute auf 2 365. Unter ihnen waren die Kreditgenossenschaften zahlenmäßig am stärksten vertreten. Gemessen an den Bilanzsummen sind jedoch andere Institutsgruppen, z. B. Kreditbanken, Sparkassen und Landesbanken, von weitaus größerer Bedeutung.

Abb. 12: Banken und ihre Bilanzsummen am Jahresende 2002



15.4.2 Beschäftigte und Arbeitskosten

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus im April 2002 waren rund 847 000 Erwerbstätige (2,3 % aller Erwerbstätigen) im Kreditgewerbe tätig. Von ihnen arbeiteten ca. 761 000 Männer und Frauen (gegenüber 490 000 im Jahr 1975) im früheren Bundesgebiet und 86 000 in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Die Arbeitskosten je Beschäftigten im Kreditgewerbe beliefen sich in Deutschland 2000 auf durchschnittlich 56 693 Euro, im früheren Bundesgebiet auf 57 785 Euro und in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf 46 816 Euro. Besonders hoch sind die Personalnebenkosten im Kreditgewerbe im Vergleich zu anderen Bereichen wie zum Beispiel dem Handel oder dem Produzierenden Gewerbe mit ca. 50 % der gesamten Personalausgaben. Bei den Nebenkosten handelt es sich vor allem um Sonderzahlungen, Vergütungen arbeitsfreier Tage (Urlaub, Krankheit, sonstige gesetzliche oder betrieblich bezahlte Freizeiten), Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sowie Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung und die berufliche Bildung. Weitere Ausführungen zu den Personalkosten siehe Teil I, Abschnitt 16.5.6.

15.4.3 Geschäftstätigkeit

Bei den Banken lässt die Bilanz – als Gegenüberstellung von Forderungen und Verbindlichkeiten zu einem bestimmten Stichtag – besonders deutlich Umfang und

Schwerpunkte der geschäftlichen Tätigkeit erkennen. Die Annahme von Einlagen einerseits, Kreditvergabe andererseits sind die wesentlichen Aufgaben des Bankensystems, die entsprechend im Bild der zusammengefassten Bilanz erscheinen (Tab. 7).

Die Kredite an Nichtbanken, der bedeutendste Aktivposten in der Gesamtbilanz der Banken, wurden 2002 zu rund 74 % an inländische Unternehmen und Privatpersonen vergeben, 16 % gingen an öffentliche Haushalte im Inland, rund 10 % der Kredite flossen an Kreditnehmer im Ausland.

Auf der Passivseite der Bilanz waren die Einlagen und aufgenommenen Kredite von inländischen Unternehmen und Privatpersonen mit etwa 83 % aller Einlagen und auf-

Tab. 7: Aktiva und Passiva der Banken
in Mill. EUR

	2000	2001	2002
<i>Aktiva</i>			
Bilanzsumme	6 148 318	6 386 110	6 452 299
Barreserven	67 063	71 086	63 469
Wechselbestand	7 779	5 801	4 851
Kredite an in- und ausländische Banken	1 497 307	1 600 468	1 727 429
Kredite an Nichtbanken	2 942 901	3 045 790	3 016 941
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	960 625	1 025 416	993 451
Sonstige Aktiva	672 643	637 549	646 158
<i>Passiva</i>			
Bilanzsumme	6 148 318	6 386 110	6 452 299
Einlagen von in- und ausländischen Banken	1 769 439	1 821 327	1 850 843
Einlagen von inländischen und ausländischen Nichtbanken	2 226 911	2 349 153	2 370 008
dar.: Sicht- und Termineinlagen	1 541 063	1 665 165	1 688 219
Spareinlagen	585 212	586 530	586 169
Verbriefte Verbindlichkeiten insgesamt	1 432 138	1 478 939	1 468 148
Eigenkapital insgesamt (gezeichnetes Kapital, Rücklagen, abzüglich ausgewiesenem Verlust)	221 926	236 130	251 313
Sonstige Passiva	497 904	500 561	511 987

genommenen Kredite von Nichtbanken (in Höhe von 2 370 Mrd. Euro) besonders bedeutsam. Darunter hatten die Spareinlagen und Sparbriefe mit rund 34 % den größten Anteil. Weitere ca. 5 % der Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken stammten von inländischen öffentlichen Haushalten und rund 13 % von ausländischen Gläubigern.

Die Einlagen der Bausparkassen stellen wegen ihrer Zweckbindung (sie dürfen innerhalb bestimmter Fristen ausschließlich für Wohnungsbauzwecke verwendet werden) Spareinlagen besonderer Art dar. Ende 2002 bestanden bei den 28 Bausparkassen 32 Mill. Bausparverträge. Die Höhe der Einlagen bei ihnen betrug 102 Mrd. Euro. Gleichzeitig wurden Darlehen in Form von Hypotheken und Zwischenkrediten

Tab. 8: Bausparkassen

	Einheit	2000	2001	2002
Verträge insgesamt	1 000	32 874	32 587	32 422
Neugeschäft im Jahr	1 000	3 273	3 380	3 485
Zugeteilte Verträge im Jahr	1 000	2 224	2 188	1 945
Bausparsumme aus zugeteilten Verträgen	Mill. EUR	38 014	37 170	33 095
Bauspareinlagen insgesamt	Mill. EUR	96 784	97 515	101 642
Hypotheken und Zwischenkredite insgesamt	Mill. EUR	95 528	98 066	100 797

in Höhe von rund 101 Mrd. Euro in Anspruch genommen (Tab. 8). Etwa 14 % der bestehenden Verträge, 13 % der Einlagen und rund 15 % der Darlehen entfielen auf die neuen Länder. Im Vergleich zu 1970 hat sich in Deutschland die Zahl der bestehenden Verträge und der Bauspareinlagenbestand mehr als verdreifacht bzw. fast verfünffacht, der Bestand an Baudarlehen sogar versechsfacht.

Die Ausgabe von Kapitalmarktpapieren (Aktien und festverzinsliche Wertpapiere) ist ein wesentlicher Bestandteil der Geschäftstätigkeit der Banken. Die Emission eigener festverzinslicher Wertpapiere (z. B. Pfandbriefe, Bankobligationen) dient der Beschaffung von Fremdkapital, die Ausgabe von Anleihen der öffentlichen Hand sowie von Anleihen und Aktien der Unternehmen übernehmen die Banken als Dienstleistungen für diese Stellen.

Im Jahr 2002 setzten die Banken festverzinsliche Wertpapiere inländischer Emittenten – vorwiegend Bankschuldverschreibungen – im Wert von rund 819 Mrd. Euro ab. Insgesamt waren Ende 2002 festverzinsliche Wertpapiere mit einem Nominalwert (Nennwert) von 2 481 Mrd. Euro im Umlauf. Ende 2002 betrug der Bruttoabsatz von unter inländischer Konsortialführung begebenen DM/-Euro-Auslandsanleihen 10,3 Mrd. Euro. Im Umlauf befanden sich entsprechende Papiere mit einem Nominalwert von 247,7 Mrd. Euro.

Im Vergleich zu festverzinslichen Wertpapieren ist der Erwerb von Aktien mit größeren Risiken, aber auch mit höheren Gewinnmöglichkeiten verbunden. Entsprechend ist der Aktienmarkt in der Bundesrepublik von geringerer Bedeutung als der Renten-

Tab. 9: Absatz und Umlauf von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien inländischer Emittenten
Nominalwert in Mill. EUR

Jahr	Festverzinsliche Wertpapiere		Aktien	
	Absatz	Umlauf ¹	Absatz ²	Umlauf ¹
1999	571 269	2 097 926	5 519	133 513
2000	659 148	2 265 121	3 620	147 629
2001	687 988	2 349 243	7 987	166 187
2002	818 725	2 481 220	4 307	168 716

1 Am Jahresende.

2 Durch Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen.

markt (Markt der festverzinslichen Wertpapiere). 2002 waren Aktien mit einem Nominalwert von 168,7 Mrd. Euro im Umlauf. Der Wert der in diesem Jahr durch Einzahlung von Finanzmitteln abgesetzten Aktien inländischer Aktiengesellschaften betrug 4,3 Mrd. Euro (Nominalwert).

15.5 Versicherungen

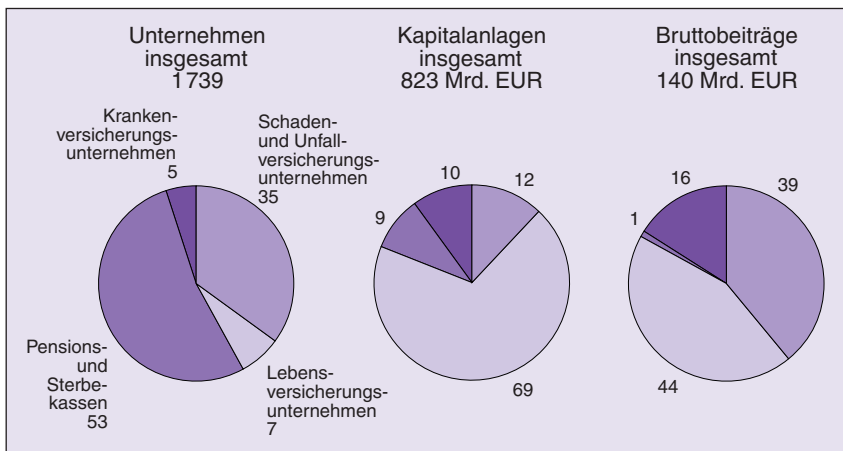
Die private Versicherungswirtschaft bietet mit einem breit gefächerten Dienstleistungsangebot materielle Absicherung gegen die verschiedenartigsten Risiken. Dadurch macht sie Verluste und Schadensfälle kalkulierbar. Dies wird für Wirtschaft und private Haushalte angesichts wachsender Gefahren und im Hinblick auf die Höhe möglicher Schäden immer wichtiger.

15.5.1 Unternehmen und Beschäftigte

Diese Entwicklung stellt wachsende Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Versicherungswirtschaft. Hierin dürfte ein Grund für die Konzentration in diesem Bereich liegen. Die Zahl der unter staatlicher Aufsicht stehenden Versicherungsunternehmen ist allein zwischen 1975 und 2002 von ungefähr 5 700 auf 1 739 zurückgegangen.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus im April 2002 arbeiteten in Deutschland 369 000 Erwerbstätige (dies entspricht 1,0 % aller Erwerbstätigen) im Versicherungsgewerbe. Im früheren Bundesgebiet waren 328 000 Personen und in den neuen Län-

Abb. 13: Versicherungsunternehmen, Bruttobeiträge, Kapitalanlagen 2001 ohne Rückversicherungsunternehmen in Prozent



dern und Berlin-Ost rund 41 000 Personen in dieser Branche tätig. 1975 waren im Versicherungsgewerbe 271 000 Erwerbstätige (früheres Bundesgebiet) gezählt worden.

Die Arbeitskosten des Versicherungsgewerbes beliefen sich 2000 in Deutschland auf durchschnittlich 61 292 Euro; im früheren Bundesgebiet waren es 61 515 Euro je Beschäftigten und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 56 250 Euro. Sie lagen damit in West- und Ostdeutschland über dem Arbeitskostenniveau des Kreditgewerbes. Näheres zu den Arbeitskosten siehe Teil I, Abschnitt 16.5.6.

15.5.2 Geschäftstätigkeit

Der Umfang der Geschäftstätigkeit lässt sich vor allem aus den abgeschlossenen Verträgen und den Versicherungssummen ablesen. Er findet seine Entsprechung im Vermögen der Versicherungswirtschaft, die mit zu den größten Anlegern auf dem Kapitalmarkt gehört.

Das Lebensversicherungsgeschäft betrieben 2001 in Deutschland 121 Unternehmen. Gemessen an der Gesamtzahl aller Versicherungsunternehmen waren dies nur 7,0 %. Die Versicherungssumme aller abgeschlossenen Lebensversicherungsverträge erreichte Ende 2001 rund 1 975 Mrd. Euro. Das Beitragsaufkommen von rund 62 Mrd. Euro im Jahr 2001 entsprach einem Anteil von rund 44 % am gesamten Beitragsaufkommen aller Versicherungsunternehmen. Die Kapitalanlagen dieser Sparte erreichten 2001 einen Anteil von 69 % am entsprechenden Wert der gesamten Versicherungswirtschaft¹.

Im Unterschied zu den Lebensversicherungen wird bei den Schaden- und Unfallversicherungen (z. B. Feuer-, Hausrat-, Haftpflichtversicherungen) sowie bei den Krankenversicherungen lediglich das aktuelle Risiko abgedeckt und nicht Kapitalvermögen gebildet wie bei den Lebensversicherungsunternehmen.

Die Zahlungen der privaten Krankenkassen für Versicherungsfälle betragen im Jahr 2001 rund 13,5 Mrd. Euro, bei den Schaden- und Unfallversicherungen wurden 2001 39,5 Mrd. Euro für Versicherungsfälle aufgewendet. Bei den Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen waren die Aufwendungen der Kraftfahrzeugversicherung insgesamt mit rund 46 % von besonderem Gewicht. Die Bruttobeiträge lagen 2001 bei den Krankenversicherungsunternehmen bei 22,2 Mrd. Euro. Die Beitragseinnahmen der Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen beliefen sich 2001 auf 54,3 Mrd. Euro.

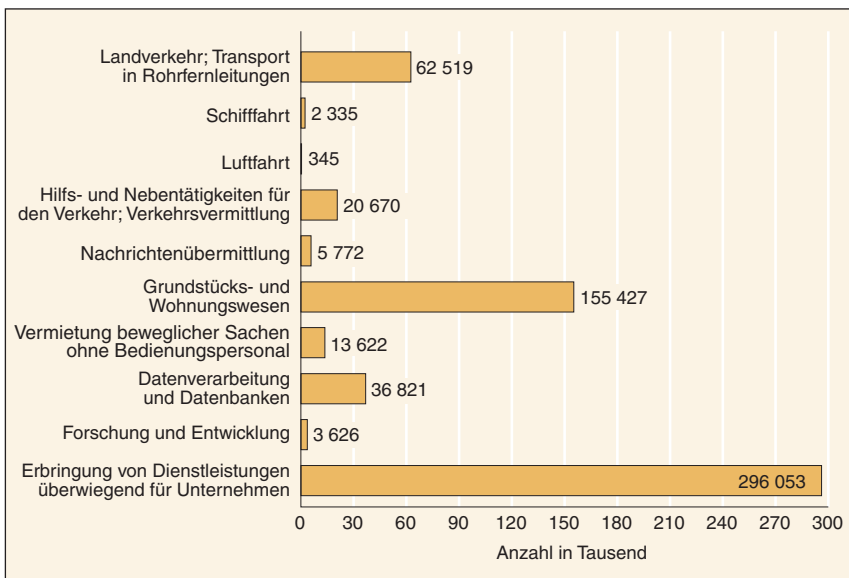
15.6 Ergebnisse aus der neuen Dienstleistungsstatistik

Nach den Ergebnissen der ab dem Berichtsjahr 2000 jährlich als Stichprobenerhebung durchgeführten Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich (Dienstleistungsstatistik) waren im Jahr 2001 knapp 600 000 Unternehmen mit dem Schwerpunkt ih-

1 Ohne Rückversicherungsunternehmen.

rer wirtschaftlichen Tätigkeit in den Dienstleistungsbereichen Verkehr und der Nachrichtenübermittlung (Wirtschaftsabschnitt I) sowie Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (Wirtschaftsabschnitt K) tätig. Davon konnten etwa 92 000 Unternehmen (15,3 %) dem Wirtschaftsabschnitt I und rund 506 000 Unternehmen (84,7 %) dem Wirtschaftsabschnitt K zugeordnet werden. In den betrachteten Wirtschaftsabschnitten waren im Jahr 2001 rund 5,5 Mill. Personen tätig, davon gut zwei Drittel (68,0 %) im Abschnitt K. Der von den hier tätigen Unternehmen erwirtschaftete Umsatz betrug im Jahr 2001 insgesamt 625,9 Mrd. Euro. Der überwiegende Teil des Umsatzes (61,9 %) wurde von Unternehmen des Wirtschaftsabschnitts K erzielt.

Abb. 14: Anzahl der Unternehmen in den Wirtschaftsabschnitten I und K im Jahr 2001 nach Wirtschaftszweigen



Bei der Zuordnung der Unternehmen zeigt sich im Wirtschaftsabschnitt I – Verkehr und Nachrichtenübermittlung – eine deutliche Dominanz des Bereichs Landverkehr (hierzu zählen der Personen- und Gütertransport auf Schiene und Straße sowie der Betrieb von Taxis und Mietwagen) einschließlich dem Transport in Rohrfernleitungen. 68,2 % aller Unternehmen aus dem Abschnitt I waren in diesem Wirtschaftszweig tätig.

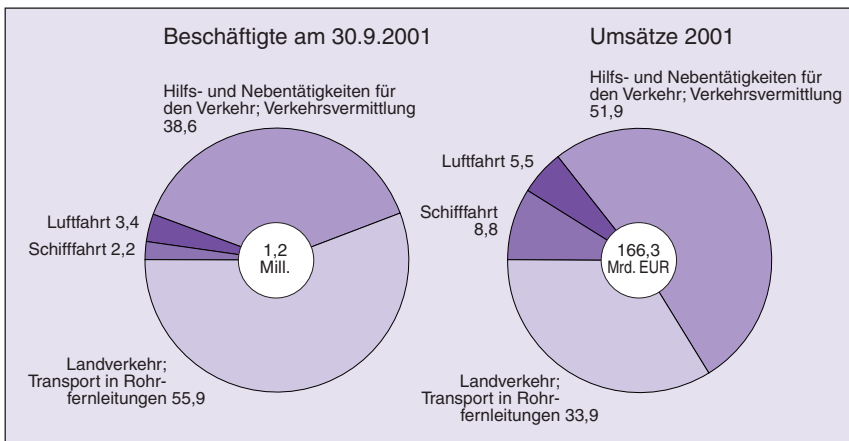
Im Wirtschaftsabschnitt K dominierten hinsichtlich der Anzahl der Unternehmen die Erbringer von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen, das sind insbesondere die Freien Berufe, mit einem Anteil von 58,6 %.

15.6.1 Verkehr und Nachrichtenübermittlung – Wirtschaftsabschnitt I

Am 30. September 2001 waren bei den knapp 86 000 Verkehrsunternehmen insgesamt rund 1 212 850 Personen beschäftigt. Der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an den Beschäftigten insgesamt betrug 91,5 %. Während in den klassischen Verkehrsbereichen wie Eisenbahn, Luftfahrt oder im städtischen Nahverkehr dieser Anteil fast 100 % erreichte, lag er zum Beispiel bei der Binnenschifffahrt nur bei 85,6 % und beim Betrieb von Taxis und Mietwagen mit 73,9 % noch deutlich niedriger.

Die Verkehrsunternehmen erwirtschafteten im Jahr 2001 einen Umsatz von 166,3 Mrd. Euro. Über die Hälfte (51,9 %) davon wurde von den Unternehmen aus dem Wirtschaftszweig der Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr und der Verkehrsvermittlung erzielt. Die Unternehmen mit Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit

Abb. 15: Beschäftigte und Umsätze in den Verkehrsunternehmen 2001 nach Wirtschaftszweigen in Prozent



im Landverkehr einschließlich Transport in Rohrfernleitungen trugen mit 33,9 % über ein Drittel zu diesem Ergebnis bei, während auf die Unternehmen der Schifffahrt 8,8 % und auf die der Luftfahrt nur 5,5 % entfielen.

Der Wirtschaftszweig der Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr und der Verkehrsvermittlung umfasst Unternehmen mit sehr heterogenen Schwerpunkten ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit. Der größte Teil des Umsatzes dieses Wirtschaftszweiges in Höhe von 86,3 Mrd. Euro entfiel 2001 mit 44,5 Mrd. Euro bzw. 51,6 % auf Expeditionen und sonstige Verkehrsvermittlung. Reisebüros und Reiseveranstalter erwirtschafteten mit 29,2 Mrd. Euro rund ein Drittel des Umsatzes, während jeder 10. Euro in diesem Bereich durch sonstige Hilfs- und Nebentätigkeiten umgesetzt wurde. Ein nur geringer Anteil von 4,4 % entfiel auf den durch Tätigkeiten des Frachturnschlags und der Lagerei erwirtschafteten Umsatz.

Gemessen am Umsatz betrug im Bereich Verkehr der Anteil der gesamten Aufwendungen 88,7 %. Diese Aufwendungen setzten sich zu drei Vierteln aus Sachaufwendungen (Verbrauch von Material sowie bezogenen Waren und Dienstleistungen) und einem Viertel aus Personalaufwendungen (Bruttolöhne und -gehälter sowie Sozialaufwendungen des Arbeitgebers) zusammen.

Zwischen den einzelnen Verkehrszweigen differierte das Verhältnis beider Aufwandsarten erheblich. Besonders hoch war der Anteil der Personalaufwendungen im sonstigen Landverkehr. Deutlich über dem Durchschnitt lag dagegen der Anteil der Sachaufwendungen bei den Unternehmen der See- und Küstenschifffahrt, den Reisebüros und Reiseveranstaltern sowie des Transports in Rohrfernleitungen.

Insgesamt betrug der Personalaufwand im Bereich Verkehr im Jahr 2001 rund 37,5 Mrd. Euro. Davon entfielen 81 % auf Bruttolöhne und -gehälter und 19 % auf Sozialaufwendungen der Arbeitgeber. Mit rund einem Viertel waren die Sozialaufwendungen der Arbeitgeber in der Luftfahrt überdurchschnittlich hoch.

Tab. 10: Anteil des Personal- und Sachaufwandes
an den Aufwendungen insgesamt nach Wirtschaftszweigen
in Prozent

Wirtschaftszweig	Personalaufwand	Sachaufwand
Verkehr	25,4	74,6
davon:		
Eisenbahnen	26,7	73,3
Sonstiger Landverkehr	41,8	58,2
Transport in Rohrfernleitungen	14,3	85,7
See- und Küstenschifffahrt	9,0	91,0
Binnenschifffahrt	20,8	79,2
Luftfahrt	24,0	76,0
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung	20,1	79,9

Die Investitionen im Bereich Verkehr lagen bei rund 12,3 Mrd. Euro. Damit sind von 100 Euro Umsatz 7,40 Euro im Jahr 2001 investiert worden.

Auch die Unternehmen der Nachrichtenübermittlung werden zum Wirtschaftsabschnitt I gezählt. Sie haben den Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in der Beförderung von Briefen, Fracht und Zeitungen (Postdienste und private Kurierdienste), im Betrieb von leitungs- und nichtleitungsgebundenen Fernmeldenetzen oder in der Datenübertragung mittels terrestrischer und Funknetze (Fernmelde-dienste). Im Jahr 2001 waren in diesem Wirtschaftsbereich rund 5 800 Unternehmen tätig. 90 % dieser Unternehmen hatten als Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit Post- und private Kurierdienste.

In den Unternehmen der Nachrichtenübermittlung waren am 30. September 2001 rund 535 700 Personen tätig. Der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger lag mit 97,9 % deutlich über dem Anteilswert im Verkehrsbereich.

Die Unternehmen der Nachrichtenübermittlung erzielten im Jahr 2001 einen Jahresumsatz in Höhe von 72,2 Mrd. Euro. Fast drei Viertel dieses Umsatzes wurde durch die Unternehmen der Fernmeldedienste erwirtschaftet, die aber nur 35 % der tätigen Personen des Bereichs beschäftigten. Damit war der Umsatz je Beschäftigten in diesem Bereich wesentlich höher als bei den Post- und privaten Kurierdiensten.

Gemessen am Umsatz lag der Anteil der Aufwendungen im Bereich der Nachrichtenübermittlung bei 81,6 %. Mit 40,2 Mrd. Euro entfielen gut zwei Drittel der Auf-

Tab. 11: Unternehmen, tätige Personen, Umsatz und Investitionen in den Unternehmen der Nachrichtenübermittlung 2001

Merkmal	Maßeinheit	Nachrichtenübermittlung		
		insgesamt	davon Anteil der	
			Post- und privaten Kurierdienste	Fernmelde-dienste
				%
Unternehmen	Anzahl	5 772	90,1	9,9
Tätige Personen	Anzahl	535 687	64,6	35,4
Umsatz	Mrd. EUR	72,2	27,6	72,4
Investitionen	Mrd. EUR	9,2	7,6	92,4

wendungen auf Sachaufwendungen. Fast drei Viertel der 18,7 Mrd. Euro Personalaufwendungen waren Bruttolöhne und -gehälter.

Die Unternehmen im Bereich der Nachrichtenübermittlung investierten im Berichtsjahr 2001 insgesamt 9,2 Mrd. Euro, davon entfielen 92 % auf die Fernmeldedienste. In diesem Wirtschaftszweig wurden von 100 Euro Umsatz gut 16 Euro wieder investiert.

15.6.2 Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen sowie Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen – Wirtschaftsabschnitt K

Im Wirtschaftsabschnitt K sind sowohl Unternehmen als auch Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit mit sehr heterogenen wirtschaftlichen Tätigkeiten zusammengefasst. Sie erbringen alle Dienstleistungen sowohl für die Wirtschaft und den Staat als auch für private Haushalte. Die Schwerpunkte ihrer wirtschaftlichen Tätigkeiten reichen vom Grundstücks- und Wohnungswesen, der Vermietung beweglicher Sachen, der Datenverarbeitung und Datenbanken, der Forschung und Entwicklung bis zur Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (Unternehmensdienstleister). Der zuletzt genannte Wirtschaftszweig umfasst vorwiegend freiberuflich Tätige, wie zum Beispiel Rechts-, Steuer- und Unternehmensberater, Wirtschaftsprüfer, Architekten und Ingenieure. Zu diesen Unternehmensdienstleistern zählen aber auch Markt- und Meinungsforschung, Werbung, Detekteien und Schutzdienste sowie handwerksnahe Beschäftigten, wie die Reinigung

von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln, Schädlingsbekämpfung und das fotografische Gewerbe.

Insgesamt umfasst dieser Wirtschaftsabschnitt etwa 505 500 Unternehmen und Einrichtungen mit rund 3,7 Mill. tätigen Personen. Sie erzielten im Jahr 2001 einen Umsatz in Höhe von rund 387,4 Mrd. Euro. Mehr als die Hälfte davon wurde von den Unternehmensdienstleistern erwirtschaftet, die auch rund drei Viertel der im Wirtschaftsabschnitt K vorhandenen Arbeitsplätze bereitstellten.

Ein erhebliches Umsatzvolumen wurde im Berichtsjahr 2001 auch von den Unternehmen des Grundstücks- und Wohnungswesens realisiert. Mit der Erschließung, dem Kauf und Verkauf, der Vermietung und Verpachtung sowie der Vermittlung und Verwaltung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen (Immobilien) erzielten die

Tab. 12: Unternehmen und Einrichtungen, tätige Personen sowie Umsatz im Wirtschaftsabschnitt K nach Wirtschaftszweigen 2001

Wirtschaftszweig	Unternehmen und Einrichtungen		Tätige Personen		Umsatz	
	absolut Anzahl	Anteil %	absolut Anzahl	Anteil %	absolut Anzahl	Anteil %
Wirtschaftsabschnitt K	505 549	100	3 723 349	100	387,4	100
davon:						
Grundstücks- und Wohnungswesen	155 427	30,7	364 367	9,8	88,2	22,8
Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	13 622	2,7	73 568	2,0	24,0	6,2
Datenverarbeitung und Datenbanken	36 821	7,3	379 175	10,2	63,8	16,5
Forschung und Entwicklung	3 626	0,7	66 784	1,8	4,8	1,2
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	296 053	58,6	2 839 455	76,3	206,6	53,3

insgesamt 155 400 Unternehmen einen Jahresumsatz in Höhe von 88,2 Mrd. Euro. In diesem Wirtschaftszweig arbeiteten 364 400 Personen, darunter 61 % als Lohn- und Gehaltsempfänger.

Den größten Anteil an den Leistungen der Unternehmen des Grundstücks- und Wohnungswesens hatten die Unternehmen mit Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in der Vermietung und Verpachtung von eigenen Immobilien. Die in diesem Wirtschaftszweig zusammengefassten 119 000 Unternehmen (entsprach einem Anteil von 76,6 %) beschäftigten 223 200 Personen (61,3 %) und erzielten mit 55,6 Mrd. Euro einen Anteil von 63,1 % des im Grundstücks- und Wohnungswesen erzielten Umsatzes.

Gemessen am Umsatz lag der Anteil der Aufwendungen beim Grundstücks- und Wohnungswesen bei nur 48,6 %. Mit 34,8 Mrd. Euro entfielen gut vier Fünftel der

Tab. 13: Anteil der Unternehmen, tätigen Personen und Umsatz nach Wirtschaftszweigen im Grundstücks- und Wohnungswesen

Wirtschaftszweig	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz Mrd. EUR
	Anzahl		
Grundstücks- und Wohnungswesen	155 400	364 400	88,2
<i>Anteil in %</i>			
Erschließung, Kauf und Verkauf von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	5,9	11,7	22,0
Vermietung und Verpachtung von eigenen Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	76,6	61,3	63,1
Vermittlung und Verwaltung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	17,5	27,1	14,9

Aufwendungen auf Sachaufwendungen. 81,1 % der 8,1 Mrd. Euro Personalaufwendungen waren Bruttolöhne und -gehälter.

Die Unternehmen im Bereich des Grundstücks- und Wohnungswesens investierten im Jahr 2001 insgesamt 25,6 Mrd. Euro. Damit wurden in diesem Wirtschaftszweig von 100 Euro Umsatz insgesamt 29 Euro wieder investiert. Gut drei Viertel der Investitionssumme wurde von den Unternehmen der Vermietung und Verpachtung von eigenen Immobilien für Investitionen im Jahr 2001 ausgegeben. Damit wurde in diesem Wirtschaftszweig von 100 Euro Umsatz mehr als ein Drittel wieder investiert.

Einen ganz anderen Wirtschaftsbereich stellt die Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal dar. Hier sind Unternehmen zusammengefasst, die ihren Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit haben

- in der Vermietung von Kraftwagen bis 3,5t Gesamtgewicht bzw. sonstigen Verkehrsmitteln, wie z. B. Land-, Wasser oder Luftfahrzeugen,

Tab. 14: Anteil der Unternehmen, tätigen Personen und Umsatz nach Wirtschaftszweigen in der Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal

Wirtschaftszweig	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz Mrd. EUR
	Anzahl		
Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	13 600	73 600	24,0
<i>Anteil in %</i>			
Vermietung von Kraftwagen bis 3,5t Gesamtgewicht	18,9	25,5	49,6
Vermietung von sonstigen Verkehrsmitteln	14,0	7,7	10,5
Vermietung von Maschinen und Geräten	45,8	37,4	28,6
Vermietung von Gebrauchsgütern anderweitig nicht genannt	21,3	29,4	11,2

- in der Vermietung von Maschinen und Geräten, hierzu zählen u. a. die Vermietung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, Baumaschinen und -geräten, Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen und sonstigen Maschinen und Geräten, wie zum Beispiel Turbinen, Rundfunk- und Fernsehgeräte, Mess- und Kontrollgeräte usw. oder
- in der Vermietung von Gebrauchsgütern, wie zum Beispiel der Verleih von Wäsche und Arbeitskleidung, von Sportgeräten und Fahrrädern sowie sonstigen Gebrauchsgütern, wie z. B. Möbel, Küchen- und Tischgeschirr, Schmuck, Musikgeräte, Kostüme, Blumen und Pflanzen, Heimwerkerbedarf usw. sowie Leihbüchereien und Videotheken.

Diese genannten wirtschaftlichen Tätigkeiten wurden im Jahr 2001 von insgesamt 13 600 Unternehmen erbracht. Sie beschäftigten rund 73 600 Personen, darunter waren 79,1 % Lohn- und Gehaltsempfänger. Diese Unternehmen erwirtschafteten einen Jahresumsatz in Höhe von 24,0 Mrd. Euro. Rund die Hälfte dieses Umsatzes wurde von einem Viertel der Beschäftigten mit der Vermietung von Kraftwagen erzielt. Bei dem mit der Vermietung von Kraftwagen erwirtschafteten Umsatz ist zu berücksichtigen, dass ein Großteil der erzielten Umsätze durch den Gebrauchtwagenhandel mit den Mietfahrzeugen erzielt wird.

Ebenso wie bei den Unternehmen des Grundstücks- und Wohnungswesens lag das Verhältnis der Aufwendungen insgesamt zum Umsatz bei den Unternehmen in der Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal bei nur 49,3 %. Von den Aufwendungen in Höhe von 11,8 Mrd. Euro entfielen 84,5 % auf Sachaufwendungen. Mit 90,4 % war dieser Anteil bei der Vermietung von Kraftwagen am höchsten. Von den 1,8 Mrd. Euro Personalaufwendungen der Unternehmen in der Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal war ein Anteil von 83,1 % für Bruttolöhne und -gehälter erforderlich.

Im Bereich der Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal wurden im Berichtsjahr 2001 insgesamt 12,2 Mrd. Euro investiert. Damit wurde in diesem Bereich von 100 Euro Umsatz über die Hälfte wieder investiert. Besonders hoch war diese Investitionsrate mit 62,9 % in der Vermietung von Kraftwagen bis 3,5 Tonnen Gesamtgewicht.

Im Bereich der Datenverarbeitung und Datenbanken waren im Jahr 2001 insgesamt 36 800 Unternehmen tätig. Sie hatten den Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in der

- Hardwareberatung,
- Softwareberatung und -entwicklung (Softwarehäuser),
- Datenerfassung, -verarbeitung und -tabellierung (Datenverarbeitungsdienste),
- Entwicklung bzw. Verfügbarmachung von Datenbanken und Datenspeicherung (Datenbanken),
- Instandhaltung und Reparatur von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen,
- sonstige mit der Datenverarbeitung verbundene Tätigkeiten.

Tab. 15: Anteil der Unternehmen, tätigen Personen und Umsatz nach Wirtschaftszweigen im Bereich der Datenverarbeitung und Datenbanken

Wirtschaftszweig	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz Mrd. EUR
	Anzahl		
Datenverarbeitung und Datenbanken	36 800	379 200	63,8
	<i>Anteil in %</i>		
Hardwareberatung	8,0	7,1	13,1
Softwarehäuser	64,0	58,1	50,7
Datenverarbeitungsdienste	12,7	22,5	25,6
Datenbanken	1,3	2,3	1,7
Instandhaltung und Reparatur von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	3,2	2,7	1,5
Sonstige mit der Datenverarbeitung verbundene Tätigkeiten	10,9	7,4	7,4

Diese Unternehmen beschäftigten rund 379 200 Personen, darunter waren 88,3 % Lohn- und Gehaltsempfänger. Mit über 95 % war der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an den tätigen Personen insgesamt in den Wirtschaftszweigen Datenbanken und Datenverarbeitungsdiensten am höchsten. Der Bereich der Datenbanken und Datenverarbeitung erwirtschaftete im Jahr 2001 einen Umsatz von 63,8 Mrd. Euro. Über die Hälfte dieses Umsatzes wurde von den Softwarehäusern erzielt.

Die gesamten Aufwendungen im Jahr 2001 betragen 54,4 Mrd. Euro. Damit lag das Verhältnis der Aufwendungen zum erzielten Umsatz im Bereich der Datenbanken und Datenverarbeitung bei 85,3 %. Mit 33,8 Mrd. Euro waren fast zwei Drittel der Aufwendungen Sachaufwendungen. Bei den Personalaufwendungen in Höhe von 20,6 Mrd. Euro entfielen 83,5 % auf Bruttolöhne und -gehälter.

Die Investitionen beliefen sich im Jahr 2001 auf insgesamt 5,7 Mrd. Euro. Damit wurden im Bereich der Datenbanken und Datenverarbeitung von 100 Euro Umsatz 9 Euro wieder investiert. Am höchsten war die Investitionsrate mit 52,4 % bei den Datenbankunternehmen.

Auch Unternehmen und Einrichtungen, die den Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in der Forschung und Entwicklung haben, werden zum Wirtschaftsabschnitt K gezählt. Ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten liegen in der Grundlagenforschung, der angewandten Forschung sowie der experimentellen Entwicklung im Bereich der Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin, im Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich der Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften. In diesen Wirtschaftszweigen waren 2001 insgesamt 3 600 Unternehmen und Einrichtungen tätig. Sie beschäftigten rund 66 800 Personen, die zu 94,8 % Lohn- und Gehaltsempfänger waren. Das war zugleich der höchste Anteil von Lohn- und Gehaltsempfängern an den tätigen Personen in den einzelnen Wirtschaftszweigen des Wirtschaftsabschnitts K.

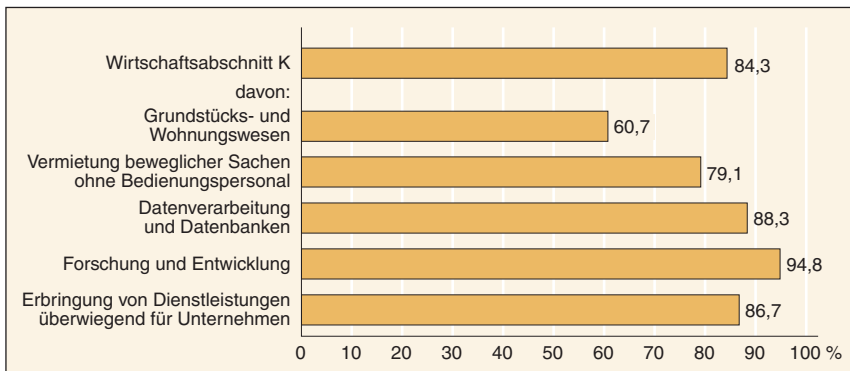
Die Unternehmen und Einrichtungen der Forschung und Entwicklung erwirtschafteten im Jahr 2001 einen Umsatz in Höhe von 4,8 Mrd. Euro. Als einziger Wirtschaftszweig im Abschnitt K überstiegen bei der Forschung und Entwicklung die Aufwendungen die erzielten Umsätze um 872 Mill. Euro. Zum Ausgleich dafür erhielten die Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen im Jahr 2001 Subventionen in Höhe von 816 Mill. Euro.

Das Verhältnis von Sach- und Personalaufwendungen lag im Bereich Forschung und Entwicklung etwa bei 50 %. Die 2,9 Mrd. Euro für Personalaufwendungen wurden zu 81,5 % durch Bruttolöhne und -gehälter verursacht.

Das Investitionsvolumen im Bereich der Forschung und Entwicklung lag im Jahr 2001 bei 1,3 Mrd. Euro.

Zur Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (Unternehmensdienstleister) zählen Unternehmen und Einrichtungen mit sehr heterogenen

Abb. 16: Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an den tätigen Personen nach Wirtschaftszweigen im Wirtschaftsabschnitt K



wirtschaftlichen Tätigkeiten. Dieser Tätigkeitsbereich umfasst vorwiegend freiberuflich Tätige, wie zum Beispiel Rechts-, Steuer- und Unternehmensberater, Wirtschaftsprüfer, Architekten und Ingenieure. Ferner gehören zu diesen Unternehmensdienstleistern auch Tätigkeiten der Markt- und Meinungsforschung, Werbung, Detekteien und Schutzdienste sowie handwerksnahe Beschäftigungen, wie die Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln, die Schädlingsbekämpfung und das fotografische Gewerbe.

Zu den Unternehmensdienstleistern zählten im Jahr 2001 rund 296 100 Unternehmen und Einrichtungen, die am 30. September 2001 rund 2 839 500 Personen beschäftigten. Sie erwirtschafteten Umsätze in Höhe von 206,6 Mrd. Euro. Rund ein Viertel der bei den Unternehmensdienstleistern tätigen Personen erzielten mit wirtschaftlichen Tätigkeiten der Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt-

Tab. 16: Unternehmen und Einrichtungen, tätige Personen sowie Umsatz der Unternehmensdienstleister nach Wirtschaftszweigen 2001

Wirtschaftszweig	Unternehmen und Einrichtungen		Tätige Personen		Umsatz	
	absolut Anzahl	Anteil %	absolut Anzahl	Anteil %	absolut Anzahl	Anteil %
Unternehmensdienstleister	296 053	100	2 839 455	100	206,6	100
davon:						
Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung, Beteiligungsgesellschaften	115 098	38,9	755 530	26,6	86,7	42,0
Architektur- und Ingenieurbüros	83 953	28,4	420 948	14,8	36,1	17,5
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	5 207	1,8	73 292	2,6	6,6	3,2
Werbung	27 068	9,1	221 198	7,8	18,1	8,7
Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	2 923	1,0	275 107	9,7	8,4	4,1
Detekteien und Schutzdienste	2 454	0,8	129 124	4,5	3,4	1,6
Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	18 186	6,1	675 204	23,8	11,4	5,5
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	41 164	13,9	289 052	10,2	36,0	17,4

und Meinungsforschung sowie in Beteiligungsgesellschaften rund 42 % des Umsatzes dieses Bereichs.

Im Bereich der Unternehmensdienstleister waren 86,7 % der Beschäftigten (knapp 2,5 Mill.) Lohn- und Gehaltsempfänger. Besonders hoch war dieser Anteil mit 97,3 % im Wirtschaftszweig der gewerbsmäßigen Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften.

Das Verhältnis der Aufwendungen insgesamt zum erwirtschafteten Umsatz lag bei 74,7 %. Von den Aufwendungen in Höhe von 154,3 Mrd. Euro entfielen 56,7 % auf Sachaufwendungen. Besonders hoch war der Anteil der Sachaufwendungen mit gut drei Viertel der Aufwendungen im Bereich der Werbung sowie bei der Erbringung von sonstigen Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen.

Von den Unternehmen und Einrichtungen der Unternehmensdienstleister wurden im Jahr 2001 insgesamt 13,2 Mrd. Euro investiert. Mit 8,6 Mrd. Euro wurden fast zwei Drittel dieser Investitionen von den Unternehmen und Einrichtungen der Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung sowie von Beteiligungsgesellschaften investiert.

16 Preise und Verdienste

16.1 Einführung

Die Entwicklung der Preise für Konsumgüter macht sich in jedem Geldbeutel bemerkbar, sei es bei den täglichen Einkäufen oder bei Überlegungen, ob man sich eine Urlaubsreise, eine größere Anschaffung oder gar ein Eigenheim leisten kann. Für Unternehmen sind Preissteigerungen – etwa bei Grundstoffen, Investitionsgütern – von Bedeutung, da sie ganz wesentlich ihre Kostensituation beeinflussen. Nicht zuletzt ist die allgemeine Preisentwicklung ein wichtiger Aspekt, wenn es gilt, zwischen Tarifpartnern Lohn- und Gehaltserhöhungen auszuhandeln.

Auch die Entwicklung von Löhnen und Gehältern ist für die Arbeitnehmer- wie für die Unternehmensseite gleichermaßen bedeutsam: Für die einen sind Lohn- und Gehaltszahlungen Hauptbestandteil des Einkommens, für die anderen ein wesentlicher Kostenfaktor.

Die engen Wechselwirkungen zwischen Preisen und Löhnen werden häufig im Schlagwort Lohn-Preis-Spirale verkürzt dargestellt. Es besagt in starker Vereinfachung, dass Preissteigerungen in der Regel zu höheren Lohnforderungen führen und dass Steigerungen der Löhne und Gehälter über erhöhte Produktionskosten und erweiterte Nachfrage wiederum Preiserhöhungen verursachen. Unter welchen Voraussetzungen und Einschränkungen diese Annahmen zutreffen, kann hier nicht im Einzelnen diskutiert werden. Für das Verständnis der Ausführungen zu den Löhnen und Preisen in den folgenden Abschnitten ist es aber wichtig, die engen Verknüpfungen dieser wirtschaftlichen Größen nicht aus dem Auge zu verlieren.

16.2 Preisindizes

Um die Preisentwicklungen auf den verschiedenen Märkten statistisch beobachten und darstellen zu können, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland ein nahezu lückenloses System von Preisindizes. Für viele wichtige Stadien des Wirtschaftsablaufs, vom Einkauf der für die Produktion notwendigen Güter bis zum Absatz der Waren an die Endverbraucher, werden von der amtlichen Statistik laufend Preise erhoben und zu Indizes weiterverarbeitet.

So gibt es Preisindizes für landwirtschaftliche Betriebsmittel, für Erzeugerpreise gewerblicher und landwirtschaftlicher sowie forstwirtschaftlicher Produkte, für Großhandelsverkaufspreise und schließlich für Verbraucherpreise. Darüber hinaus werden Indizes der Baupreise, der Preise für Verkehrsleistungen sowie Indizes der Ein- und Ausfahrpreise berechnet.

Alle Preisindizes haben das Ziel, die Preisentwicklung in einem bestimmten Bereich auf eine Kennziffer zu komprimieren und damit eine »Messlatte« zu liefern, an der durchschnittliche Veränderungen gegenüber einem Vergleichszeitraum quantifiziert werden können. Wie ein solcher Preisindex zustande kommt, wird im Folgenden beispielhaft und stark vereinfacht am Verbraucherpreisindex für Deutschland, dem wohl bekanntesten Indikator des Statistischen Bundesamtes, erläutert.

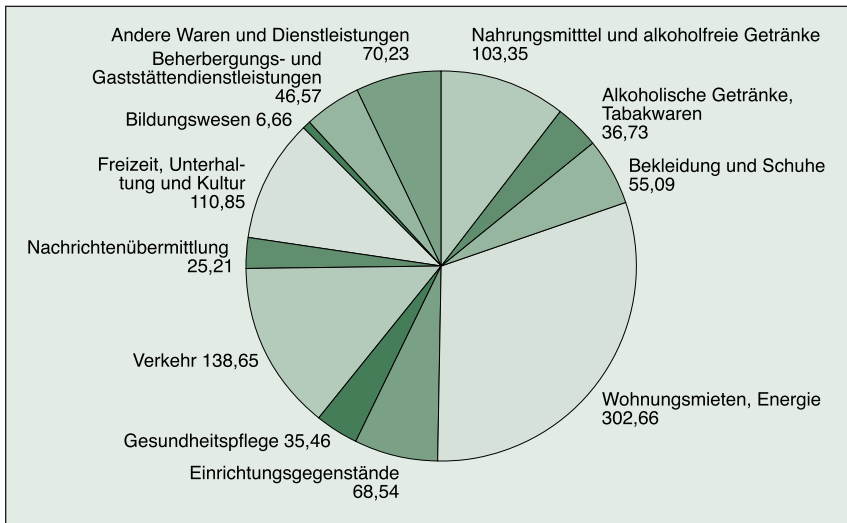
16.3 Verbraucherpreisindex

Bei der Interpretation des Verbraucherpreisindex für Deutschland kommt es in der Öffentlichkeit häufig zu Missverständnissen. Weit verbreitet ist der Irrtum, ein Index könne unbesehen auf die Situation des eigenen Haushalts übertragen werden. Dabei wird jedoch verkannt, dass in der Statistik die einzelne Person oder der einzelne Haushalt stets nur als Teil des Ganzen Berücksichtigung findet. Für die Statistik tritt die Einzelbetrachtung gegenüber einer Gesamtbetrachtung zurück, die mit Durchschnittswerten arbeitet.

Der Verbraucherpreisindex ist ein Maßstab dafür, in welchem Maße die Gesamtheit aller privaten Haushalte in Deutschland von Preisveränderungen betroffen ist. Das Gewicht, mit dem die Preisveränderungen der einzelnen Waren und Dienstleistungen in diesen Index eingehen, wird aufgrund durchschnittlicher Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte bestimmt. Diese Verbrauchsgewohnheiten werden im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben und der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen anhand von Aufzeichnungen der Haushalte in Haushaltsbüchern ermittelt. Die früher übliche Nachweisung von Verbraucherpreisindizes für spezielle Haushaltstypen wurde eingestellt, da diese speziellen Haushaltstypen mit der Zeit immer weniger repräsentativ für die Gesamtheit der Haushalte in Deutschland wurden und sich die Ergebnisse in der Regel ohnehin nur geringfügig unterschieden haben. Auch die Preisentwicklung im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost) hatte sich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre weitgehend angenähert. Auf einen getrennten Nachweis wird daher seit der Umstellung auf das Basisjahr 2000 = 100 verzichtet.

Die Berechnung des Verbraucherpreisindex basiert auf einer gezielten Auswahl von etwa 700 Waren und Dienstleistungen, die Fülle und Vielfalt des Marktangebotes möglichst gut repräsentieren sollen. Sie werden unter Auswertung der Anschreibungen in den Haushaltsbüchern in den »Warenkorb« der Indexberechnung aufgenommen. Entsprechend ihrer Verbrauchsbedeutung, die sich aus dem jeweiligen Anteil am Haushaltsbudget ableitet, wird ihnen im Warenkorb ein entsprechendes »Gewicht« zugeteilt. Im so genannten Wägungsschema ist durch dieses Gewicht quantifiziert, welchen Anteil z. B. die Mietausgaben oder die Nahrungsmittel an den gesamten Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte haben. Dadurch ist gewährleistet, dass z. B. eine Preiserhöhung bei Brot eine stärkere Auswirkung auf die Ver-

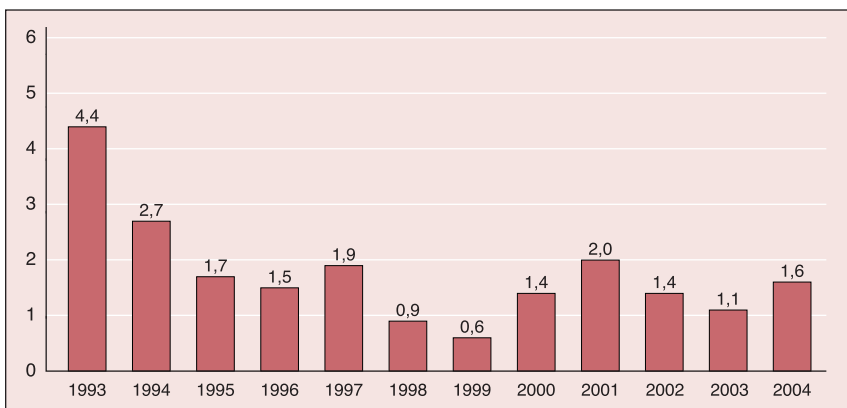
Abb. 1: Wägungsschema für den Verbraucherpreisindex in Deutschland
2000 = 100; Angaben in Promille



änderung des Preisindex hat als eine Verteuerung von Salz oder einem anderen Gut mit geringer Verbrauchsbedeutung.

Für alle im Verbraucherpreisindex berücksichtigten Positionen verfolgten Preisbeobachter in 190 über ganz Deutschland verteilten Gemeinden im Auftrag der amt-

Abb. 2: Verbraucherpreisindex für Deutschland
durchschnittliche Jahresteuierungsraten in Prozent



lichen Statistik laufend in den verschiedenartigsten Berichtsstellen jede Preisveränderung. Die einzelnen Meldungen, die in die Gesamtberechnung des Index eingehen, summieren sich monatlich zu rund 350 000 Preisreihen. Schon diese hohe Zahl macht deutlich, wie umfassend die Dokumentation der Preisentwicklung ist. In regelmäßigen Abständen wird der »Warenkorb« aktualisiert und werden die Gewichte der Indizes neu berechnet, um Änderungen der Verbrauchsgewohnheiten berücksichtigen zu können.

Das hierfür ausgewählte Jahr wird als Basisjahr bezeichnet (zurzeit 2000 = 100).

Welche Preisveränderungen sich von Jahr zu Jahr ergaben, zeigt Abb. 2. Ihr liegt der Verbraucherpreisindex zugrunde, der für Gesamtdeutschland seit 1991 ermittelt wird.

Die Preisentwicklung im Zuge der Euro-Bargeldeinführung und aktuelle Entwicklung

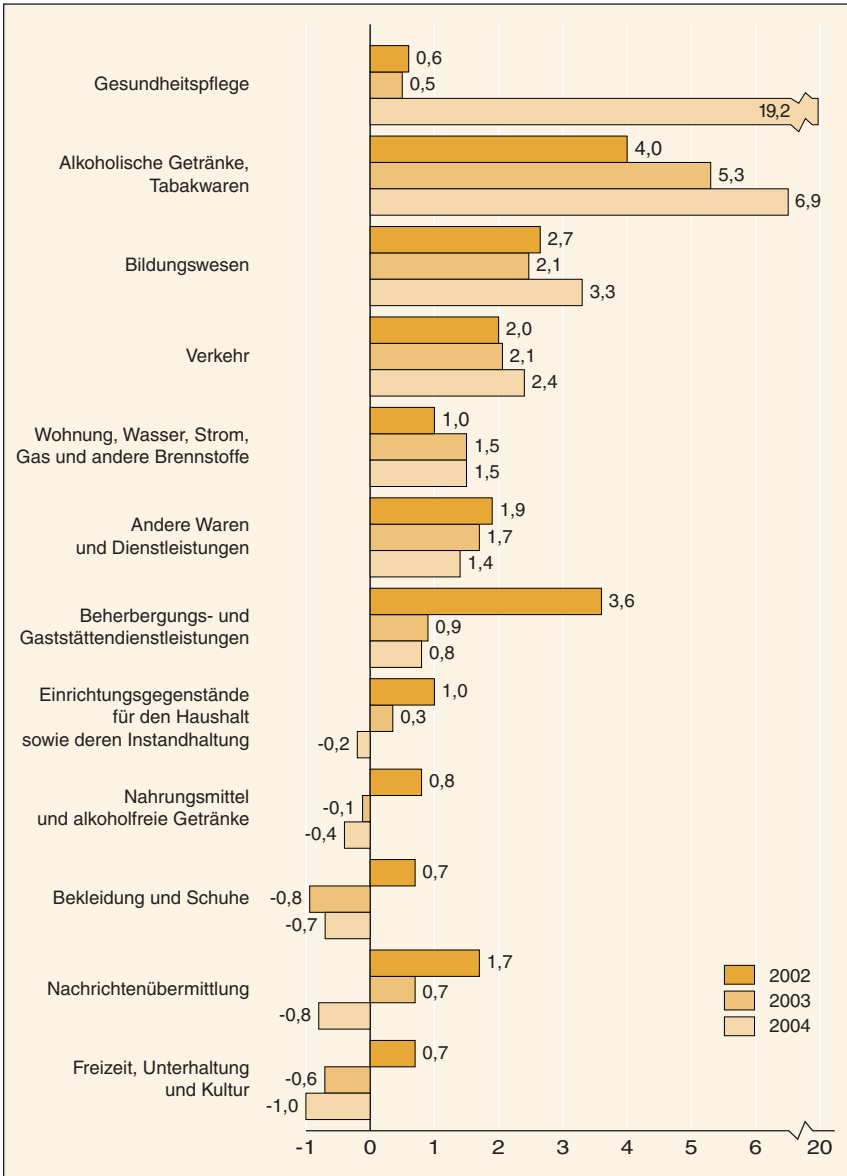
Im Jahr der Euro-Bargeldeinführung betrug die durchschnittliche Teuerungsrate lediglich 1,4 %. Von einem erheblichen Einfluss der neuen Währung auf die Preissteigerung insgesamt kann also nicht ausgegangen werden. Im Januar 2002 war die Teuerung auf 2,1 % angestiegen, was zum Großteil auf Sondereffekte wie Steuererhöhungen und extreme Verteuerungen von Obst und Gemüse zurückzuführen war. Letztere wurden zwar häufig dem Euro angelastet, waren jedoch durch schlechte Witterungsverhältnisse in Südeuropa verursacht. Bei einer Reihe von Dienstleistungen, wie beispielsweise Restaurantbesuchen, chemischen Reinigungen, Friseurbesuchen, Kinotickets und Pkw-Wäschen, ließen sich allerdings außergewöhnliche Verteuerungen zum Zeitpunkt der Euro-Bargeldeinführung feststellen.

Wie aus Abb. 3 ersichtlich ist, verlief die Preisentwicklung im Jahr der Euro-Bargeldeinführung bei den einzelnen Ausgabekategorien unterschiedlich. Am stärksten stiegen 2002 die Preise für Alkoholische Getränke und Tabakwaren (+4,0 %) und für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (+3,6 %), mäßige Preissteigerungen gab es im Bildungswesen (+2,7 %) sowie im Bereich des Verkehrs (+2,0 %). Die geringsten Preissteigerungsraten wiesen Bekleidung und Schuhe (+0,7 %), Freizeit, Unterhaltung und Kultur (+0,7 %) sowie die Gesundheitspflege (+0,6 %) auf.

Im Jahr 2003 sind die Verbraucherpreise durchschnittlich um 1,1 % Prozent gestiegen. 2004 haben sich die Verbraucherpreise im Schnitt um 1,6 % erhöht. Gründe für die Beschleunigung der Preisentwicklung sind neben gestiegenen Mineralölpreisen vor allem das In-Kraft-Treten der Gesundheitsreform zum 1. Januar 2004 sowie weitere Anhebungen der Tabaksteuer im März und Dezember 2004. Zum Vergleich: Ohne Gesundheitsreform würde die Inflationsrate bei nur etwa 0,9 % liegen. Vor allem gestiegene Zuzahlungen für Medikamente und Praxisgebühr haben Gesundheitsleistungen fühlbar teurer gemacht.

Betrachtet man die Preissteigerungen nach den einzelnen Ausgabegruppen (siehe auch Abb. 3), so wurden in den letzten drei Jahren die höchsten Steigerungsraten

Abb. 3: Jahresteuerraten 2002 bis 2004 nach Ausgabekategorien in Prozent



bei den Preisen für alkoholische Getränke und Tabakwaren, im Jahr 2004 zusätzlich noch für Gesundheitspflege erreicht.

Die mehrfach geäußerte Vermutung, der Verbraucherpreisindex weise zu geringe Preissteigerungen nach, hängt vor allem mit zwei Trugschlüssen zusammen: Zum einen werden Preissteigerungen viel stärker empfunden als gleich bleibende oder gar sinkende Preise; zum anderen wird häufig vergessen, dass auch Ausgaben für langlebige Gebrauchsgüter das Ausgabebudget der privaten Haushalte belasten. Die Preise hierfür entwickeln sich unterdurchschnittlich, z. T. sogar rückläufig, werden von den privaten Haushalten aber kaum wahrgenommen, weil sie nur in langen Abständen für den einzelnen Haushalt wirksam werden.

Messung der Teuerung auf europäischer und internationaler Ebene

Zusätzlich zum nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) für Deutschland berechnet und veröffentlicht das Statistische Bundesamt einen Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland. Die Berechnungsmethoden dieses Index sind mit den anderen Mitgliedstaaten der EU abgestimmt, er stellt den deutschen Baustein für die Berechnung von Verbraucherpreisindizes für die Europäische Union bzw. für die Eurozone dar und unterscheidet sich vom Verbraucherpreisindex für Deutschland im Wesentlichen durch die Nichteinbeziehung der Aufwendungen der privaten Haushalte für das Wohnen im eigenen Heim.

Wichtigste Zielsetzung des HVPI ist der Vergleich der Preisveränderungsraten zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Erforderlich ist die Berechnung des HVPI, weil sich die nationalen Verbraucherpreisindizes in vielfältiger Weise unterscheiden. Diese Unterschiede sind z. T. historisch bedingt, resultieren aber auch aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen oder abweichenden Strukturen des statistischen Systems. Auch sind die Ziele der VPI-Berechnung oft weiter gefasst als die des HVPI. Während der HVPI ausschließlich das Ziel »Inflationsmessung« verfolgt, dienen die nationalen Verbraucherpreisindizes zusätzlich als »Kompensationsmaßstab« (Wertsicherungsklauseln) sowie als »Deflator« (z. B. zur Berechnung des realen Wachstums). Auch wenn die nationalen Indizes in ihrem Umfeld durchaus ein Optimum darstellen können, führt die Verwendung unterschiedlicher Berechnungsformeln und Konzepte zu nicht immer vergleichbaren Ergebnissen. Daher wurden auf Basis einer Analyse der nationalen Praktiken gemeinsame Methoden, Konzepte und Verfahren für den HVPI verbindlich festgelegt.

Um eine optimale Vergleichbarkeit der Indizes der Mitgliedstaaten der EU zu erreichen, wird der HVPI in den nächsten Jahren noch in erheblichem Umfang weiterentwickelt. Dies macht eine Verwendung in Wertsicherungsklauseln nicht unmöglich, wirkt aber erschwerend.

Deutschland verzeichnete, gemessen am HVPI, 2004 eine Inflationsrate von 1,8 %. Die Jahresteuerraten der EU insgesamt und der Eurozone blieben mit 2,0 % bzw. 2,1 % stabil.

Den stärksten Anstieg der Verbraucherpreise 2004 verzeichnete die Slowakei. Dort betrug die Inflationsrate 7,4 % gegenüber dem Vorjahr.

Tab. 1: Harmonisierte Verbraucherpreisindizes in Europa

Land	Jahr				
	2000	2001	2002	2003	2004
Belgien	2,7	2,4	1,6	1,5	1,9
Dänemark	2,7	2,3	2,4	2,0	0,9
Deutschland	1,4	1,9	1,3	1,0	1,8
Estland	3,9	5,6	3,6	1,4	3,0
Finnland	3,0	2,7	2,0	1,3	0,1
Frankreich	1,8	1,8	1,9	2,2	2,3 ¹
Griechenland	2,9	3,7	3,9	3,4	3,0
Irland	5,3	4,0	4,7	4,0	2,3
Italien	2,6	2,3	2,6	2,8	2,3
Lettland	2,6	2,5	2,0	2,9	6,2
Litauen	0,9	1,3	0,4	-1,1	1,1
Luxemburg	3,8	2,4	2,1	2,5	3,2
Malta	3,0	2,5	2,6	1,9	2,7
Niederlande	2,3	5,1	3,9	2,2	1,4 ¹
Österreich	2,0	2,3	1,7	1,3	2,0
Polen	10,1	5,3	1,9	0,7	3,6
Portugal	2,8	4,4	3,7	3,3	2,5
Schweden	1,3	2,7	2,0	2,3	1,0
Slowakei	12,2	7,2	3,5	8,5	7,4
Slowenien	8,9	8,6	7,5	5,7	3,6
Spanien	3,5	2,8	3,6	3,1	3,1
Tschechische Republik	3,9	4,5	1,4	-0,1	2,6
Ungarn	10,0	9,1	5,2	4,7	6,8
Vereinigtes Königreich	0,8	1,2	1,3	1,4	1,3
Zypern	4,9	2,0	2,8	4,0	1,9
Europ. Union²	1,9	2,2	2,1	2,0	2,0¹
Eurozone³	2,1	2,3	2,3	2,1	2,1¹
Beitrittskandidaten					
Bulgarien	10,3	7,4	5,8	2,3	.
Rumänien	45,7	34,5	22,5	.	.
Türkei

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 VPI der 15 EU-Mitgliedstaaten bis April 2004, der 25 EU-Mitgliedstaaten ab Mai 2004.

3 Bis Dezember 2000 ohne Griechenland.

Der Preisauftrieb in den Vereinigten Staaten hat sich 2004 erhöht (+2,7 %, 2003: +2,3 %) und lag damit über dem EU-Durchschnitt. Die seit 1999 rückläufige Preisentwicklung in Japan hat sich auch 2004 (-0,1 %) fortgesetzt.

16.4 Preisindex für Bauwerke, Kaufwerte für Bauland

In der Statistik der Baupreise wird die Entwicklung der Preise für den Neubau ausgewählter Bauwerksarten des Hoch- und Tiefbaus sowie für Instandhaltungsmaßnahmen an Wohngebäuden ermittelt. Baupreisindizes werden für Wohngebäude, Bürogebäude, Gewerbliche Betriebsgebäude, Straßen, Brücken im Straßenbau sowie für Ortskanäle berechnet. Die Statistik basiert auf 204 Bauleistungen – vergleichbar mit dem »Warenkorb« beim Preisindex für die Lebenshaltung. Die einzelnen Bauarbeiten (z. B. die Erdarbeiten im Hochbau) setzen sich aus mehreren Bauleistungen (z. B. Baugrube ausheben, Boden abfahren . . .) zusammen. Für diese 204 Bauleistungen werden bei baugewerblichen Unternehmen die Preise erfragt und aus den Ergebnissen wird entsprechend dem Anteil beim Neubau (Wägungsanteil) der Preisindex für die jeweiligen Bauwerke berechnet.

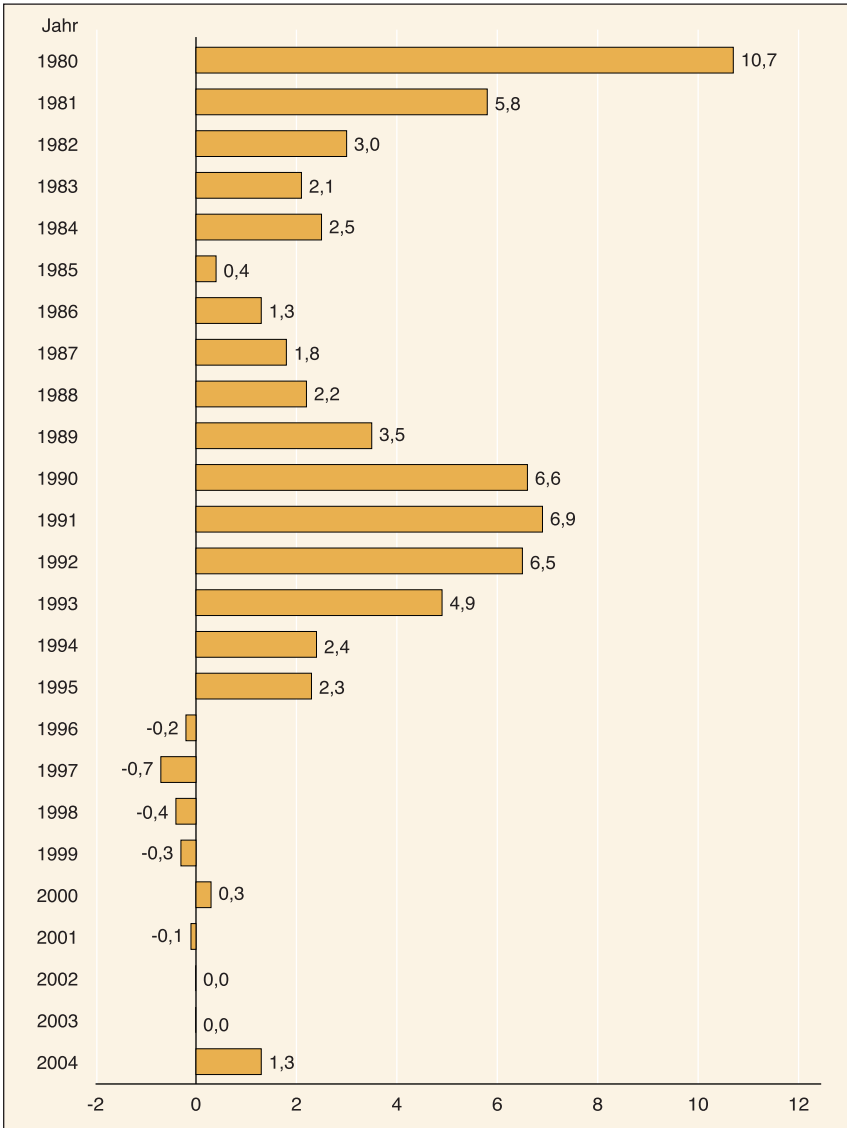
Die Preise für den Neubau von Wohngebäuden haben sich in Deutschland zwischen 1991 und 2004 um 16,9 % erhöht. Hinter diesem Durchschnittswert steht eine zunächst deutliche Zunahme der Neubaupreise nach der deutschen Vereinigung (+6,5 % von 1991 auf 1992). Der Preisanstieg wurde danach fast stetig schwächer. Ab 1996 fielen dann sogar infolge der schlechten Baukonjunktur die Baupreise und ab 1999 blieben sie praktisch unverändert. Erst im Jahr 2004 war im Vergleich zum Vorjahr wieder ein nennenswerter Anstieg zu beobachten (+1,3 %).

Die Statistik der Kaufwerte für Bauland erfasst die Verkäufe von unbebauten Grundstücken mit einer Fläche ab 100 Quadratmetern. Im Jahr 2003 wurden in Deutschland rund 97 700 Verkäufe von unbebautem Bauland statistisch ausgewertet. Danach wurden 105 Quadratmeter Bauland veräußert. Je Veräußerungsfall wechselten 1 079 Quadratmeter Bauland den Besitzer. Der durchschnittliche Kaufwert betrug 76,90 Euro pro Quadratmeter. Die Kaufwerte für Bauland variieren sehr stark nach Regionen, Gemeindegrößen, örtlicher Lage, Baugebieten sowie Art und Größe des

Tab. 2: Durchschnittlicher Kaufwert für Bauland nach Baulandarten
in EUR je m²

Jahr	Bauland insgesamt	Baureifes Land	Rohbauland	Sonstiges Bauland
1992	25,09	43,16	10,94	15,60
1993	30,59	49,06	13,30	17,63
1995	35,93	58,02	14,68	19,51
1996	41,53	61,37	17,60	22,43
1997	44,47	64,70	18,84	21,23
1998	48,25	69,69	21,30	23,36
1999	49,60	70,65	20,51	23,42
2000	51,79	76,21	22,70	25,62
2001	50,18	75,20	19,46	25,60
2002	58,43	80,44	22,66	25,51
2003	76,90	99,89	24,13	41,04

Abb. 4: Preisindex für Wohngebäude insgesamt¹
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



1 Neubau und Bauleistungen am Bauwerk – Einschl. Umsatzsteuer. – Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet.

Tab. 3: Kaufwerte für baureifes Land im Jahr 2003 nach Ländern

Land	Durchschnittl. Kaufwert in EUR/m ²	Land	Durchschnittl. Kaufwert in EUR/m ²
Baden-Württemberg	164,24	Niedersachsen	65,38
Bayern	194,46	Nordrhein-Westfalen	121,03
Berlin	148,28	Rheinland-Pfalz	87,15
Brandenburg	53,75	Saarland	62,11
Bremen	75,68	Sachsen	49,38
Hamburg	.	Sachsen-Anhalt	45,18
Hessen	115,43	Schleswig-Holstein	95,43
Mecklenburg-Vorpommern	49,51	Thüringen	40,33
Deutschland			99,89

Grundstücks. Typisch ist, dass sich mit der steigenden Einwohnerzahl in den Städten und Gemeinden die Kaufwerte für Bauland stark erhöhen. Differenziert man nach Baugebieten, wurden die höchsten Verkaufserlöse in Geschäftsgebieten und die niedrigsten in Dorf- und Industriegebieten erzielt.

16.5 Verdienste

16.5.1 Allgemeiner Überblick

Gesamtwirtschaftliche Angaben über Arbeitnehmerentgelt, Brutto- und Nettolöhne und -gehälter enthalten die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (siehe Teil I, Kap. 12). Demgegenüber liefert die Lohnstatistik differenziertere Angaben für einen Teilbereich der Wirtschaft und für einen ausgewählten Personenkreis. So beobachtet sie die Verdienstentwicklung der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer durch vierteljährliche Erhebungen im Produzierenden Gewerbe und ausgewählten Dienstleistungsbereichen, und zwar im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe. Im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe werden nur Angaben für Angestellte erfragt, weil hier die Arbeiter eine geringere Bedeutung haben. Die vierteljährlich erhobenen Verdienstangaben berücksichtigen daher nur die laufenden Zahlungen, nicht auch die Einmalzahlungen, wie Weihnachts- und Urlaubsgeld, 13. Monatsgehälter und Gewinnbeteiligungen.

Hiernach erzielten die Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe 2003 einen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst in Höhe von 2 909 Euro. Im früheren Bundesgebiet lag dieser Bruttomonatsverdienst mit 3 009 Euro etwas höher, in den neuen Bundesländern mit 2 145 Euro deutlich niedriger; der Ost-West-Verdienstabstand betrug 29 %.

Zwischen Arbeitern und Angestellten bestand im Produzierenden Gewerbe ein erheblicher Verdienstunterschied: Arbeiter erhielten 2003 durchschnittlich 2 460 Euro, Angestellte mit 3 736 Euro 52 % mehr als die Arbeiter.

Tab. 4: Bruttomonatsverdienste nach Arbeitnehmergruppen 2003

Wirtschaftsbereich/ Arbeitnehmergruppe	Deutsch- land	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Ost-West-Ver- dienstabstand
	EUR			%
Produzierendes Gewerbe				
Arbeitnehmer insgesamt	2 909	3 009	2 145	28,7
Arbeiter	2 460	2 546	1 874	26,4
Angestellte	3 736	3 824	2 853	25,4
Handel, Kredit- und Versiche- rungsgewerbe Angestellte				
	2 881	2 957	2 217	25,0

Im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe verdienten die Angestellten mit 2 881 Euro um einiges weniger als im Produzierenden Gewerbe. Der Ost-West-Verdienst-
abstand belief sich hier – wie auch bei den Angestellten im Produzierenden Gewerbe – auf 25 %.

Die Arbeitnehmerinnen verdienten im Produzierenden Gewerbe mit 2 406 Euro 20 % weniger als ihre männlichen Kollegen. Ein deutlich niedrigerer Wert ergab sich für den
Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen in den neuen Ländern mit 13 %.

Tab. 5: Bruttomonatsverdienste nach Arbeitnehmergruppen,
Gebietsstand und Geschlecht 2003

Wirtschaftsbereich/ Arbeitnehmergruppe	Männer	Frauen	Verdienst- abstand
	EUR		%
<i>Deutschland</i>			
Produzierendes Gewerbe			
Arbeitnehmer insgesamt	3 022	2 406	20,4
Arbeiter	2 549	1 885	26,0
Angestellte	4 055	2 878	29,0
Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe			
Angestellte	3 231	2 436	24,6
<i>Früheres Bundesgebiet</i>			
Produzierendes Gewerbe			
Arbeitnehmer insgesamt	3 120	2 490	20,2
Arbeiter	2 634	1 956	25,7
Angestellte	4 124	2 961	28,2
Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe			
Angestellte	3 307	2 490	24,7
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>			
Produzierendes Gewerbe			
Arbeitnehmer insgesamt	2 214	1 919	13,3
Arbeiter	1 946	1 515	22,1
Angestellte	3 194	2 353	26,3
Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe			
Angestellte	2 403	2 063	14,1

Sowohl bei den Angestellten als auch bei den Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe ist der relative Verdienstabstand mit 29 bzw. 26 % zwischen Männern und Frauen höher als der Verdienstabstand, der sich bei der Zusammenfassung der beiden Gruppen zu den Arbeitnehmer/-innen errechnet. Verantwortlich hierfür ist die unterschiedliche Aufteilung von Männern und Frauen auf die zwei Arbeitnehmergruppen. Während 69 % der Männer als Arbeiter und 31 % als Angestellte tätig waren, hielten sich die Zahl der Arbeiterinnen und die Zahl der weiblichen Angestellten die Waage. Der höhere Anteil der Arbeiter mit ihren niedrigeren Durchschnittsverdiensten senkte den durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst der Männer insgesamt und verringerte dadurch den Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen. Die Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten zu den Arbeitnehmern hat somit eine ausgleichende Wirkung auf diesen Verdienstabstand.

Im Dienstleistungsbereich bestand zwischen den Durchschnittsgehältern der weiblichen und männlichen Angestellten mit 25 % ein geringerer Unterschied als im Produzierenden Gewerbe (29 %).

16.5.2 Verdienste nach der ausgeübten Tätigkeit

Den Einfluss der ausgeübten Tätigkeit auf das Verdienstniveau beobachtet die Verdienststatistik durch die Gliederung nach Leistungsgruppen. Die Leistungsgruppen-gliederung der Arbeiter berücksichtigt ausschließlich die erforderlichen Kenntnisse zur Durchführung der ausgeübten Tätigkeit, die Einteilung der Angestellten darüber

Tab. 6: Arbeiter/-innen und deren Bruttomonatsverdienst im Produzierenden Gewerbe 2003 nach Leistungsgruppen

Leistungs- gruppe	Anteile der Leistungsgruppen an den Arbeiter/-innen			Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	%			EUR		
<i>Deutschland</i>						
Insgesamt	100	100	100	2 460	2 549	1 885
1	53,4	59,5	13,2	2 717	2 734	2 208
2	32,3	30,6	43,1	2 241	2 324	1 863
3	14,4	9,9	43,7	1 997	2 126	1 810
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
Insgesamt	100	100	100	2 546	2 634	1 956
1	54,3	60,6	11,7	2 799	2 811	2 364
2	30,8	29,4	40,9	2 346	2 424	1 968
3	14,9	10,1	47,4	2 042	2 180	1 846
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
Insgesamt	100	100	100	1 874	1 946	1 515
1	47,0	52,1	20,9	2 080	2 106	1 758
2	41,9	39,4	54,6	1 716	1 790	1 451
3	11,1	8,5	24,4	1 580	1 660	1 445

hinaus noch die mit der Tätigkeit verknüpfte Selbstständigkeit, Verantwortung und Dispositionsbefugnis.

Die Arbeitertätigkeiten werden in drei Leistungsgruppen aufgeteilt: Leistungsgruppe 1 umfasst Facharbeitertätigkeiten, Leistungsgruppe 2 angelernte Tätigkeiten (mit einer Anlernzeit von wenigstens drei Monaten) und Leistungsgruppe 3 ungelernete Tätigkeiten (mit einer Anlernzeit von weniger als drei Monaten).

Die Verteilung der Arbeiter auf die Leistungsgruppen zeigt zwischen Männern und Frauen sowie zwischen West und Ost erhebliche Unterschiede (siehe Tab. 6).

Fast sechs Zehntel der Männer, aber kaum mehr als ein Zehntel der Frauen übten im Jahr 2003 Facharbeitertätigkeiten aus; umgekehrt waren knapp die Hälfte der Frauen, aber nur etwa ein Zehntel der Männer mit ungelerten Tätigkeiten beschäftigt. In den neuen Ländern unterscheidet sich die Leistungsgruppenstruktur hiervon erheblich. Die Leistungsgruppenstrukturen zwischen Männern und Frauen weisen im Osten einen geringeren Unterschied auf als im Westen. Hierauf ist teilweise der geringere Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen im Osten zurückzuführen.

In der Gliederung nach Leistungsgruppen zeigen sich deutliche Differenzen in der Verdiensthöhe. Im Jahr 2003 verdienten Facharbeiter und Facharbeiterinnen 21 % mehr als angelernte und 36 % mehr als ungelernete Kräfte.

Innerhalb der einzelnen Leistungsgruppen fiel der Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen niedriger aus als bei der Gesamtheit. So belief sich der Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen in den einzelnen Leistungsgruppen auf 19 % (Leistungsgruppe 1) bis 15 % (Leistungsgruppe 3). Dies macht deutlich, dass die oben beschriebene ungünstigere Leistungsgruppenstruktur der Frauen zum Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen beiträgt. Hätten die Arbeiterinnen die Leistungsgruppenstruktur ihrer männlichen Kollegen, würde der Verdienstabstand 19 %, gegenüber tatsächlich 26 %, ausmachen.

Die Angestelltentätigkeiten umfassen eine deutlich weitere Spanne unterschiedlicher Anforderungen als Arbeitertätigkeiten. Deswegen werden sie in fünf Leistungsgruppen – gegenüber drei für Arbeiter – untergliedert. Die Leistungsgruppen sind folgendermaßen definiert: Leistungsgruppe I: Leitende Angestellte (werden in den laufenden Erhebungen nicht berücksichtigt); Leistungsgruppe II: Angestellte mit eingeschränkten Dispositionsbefugnissen; Leistungsgruppe III: Angestellte mit selbstständig durchgeführten Tätigkeiten, die neben einer Berufsausbildung noch Spezialkenntnisse in einem Fachgebiet verlangen; Leistungsgruppe IV: Angestellte mit Tätigkeiten, die eine Berufsausbildung erfordern; Leistungsgruppe V: Angestellte mit Tätigkeiten, die keine Berufsausbildung erfordern.

Die Angestellten verteilen sich sehr unterschiedlich auf die Leistungsgruppen, mit deutlicher Differenzierung zwischen Männern und Frauen. Mehr als 91 % der männlichen Angestellten wurden den Leistungsgruppen II und III zugeordnet, rund 79 % der weiblichen den Leistungsgruppen III und IV, siehe Tab. 7.

In den neuen Bundesländern unterscheiden sich die Leistungsgruppenstrukturen von Männern und Frauen weniger. Deshalb ist der Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen hier niedriger.

Tab. 7: Angestellte und deren Bruttomonatsverdienst
im Produzierenden Gewerbe 2003 nach Leistungsgruppen

Leistungsgruppe/ Beschäftigungsart	Anteil der Leistungsgruppen an den Angestellten			Bruttomonatsverdienste		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	%			EUR		
<i>Deutschland</i>						
Insgesamt	100	100	100	3 736	4 055	2 878
II	39,0	47,0	17,4	4 715	4 805	4 064
III	45,3	44,1	48,4	3 355	3 532	2 924
IV	14,4	8,3	30,8	2 437	2 698	2 250
V	1,3	0,5	3,4	1 929	2 167	1 829
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
Insgesamt	100	100	100	3 824	4 124	2 961
II	39,7	47,5	17,3	4 800	4 875	4 208
III	45,0	43,8	48,5	3 427	3 588	3 009
IV	13,9	8,1	30,7	2 493	2 737	2 308
V	1,3	0,5	3,5	1 957	2 198	1 853
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
Insgesamt	100	100	100	2 853	3 194	2 353
II	31,8	41,2	18,1	3 660	3 802	3 186
III	47,5	47,4	47,7	2 674	2 876	2 383
IV	19,2	10,9	31,6	2 034	2 326	1 886
V	1,4	0,6	2,6	1 657	1 788	1 616

Die im Vergleich zu den Arbeitertätigkeiten deutlichere Differenzierung der Angestelltentätigkeiten nach Qualifikationsanforderungen, Verantwortlichkeiten und Entscheidungsbefugnissen findet in den Verdiensten ihre Entsprechung. Die Verdienstspanne zwischen Leistungsgruppe II und Leistungsgruppe V ist bei den Angestellten sehr viel höher als bei den Arbeitern und Arbeiterinnen.

Bei den Durchschnittsgehältern aller männlichen und weiblichen Angestellten errechnet sich ein Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen in Höhe von 29 %. Betrachtet man dagegen die Angestellten nur einer Leistungsgruppe, so verringert sich dieser Verdienstabstand – wie bei den Arbeitern – beträchtlich auf Werte zwischen 15 und 17 %. Wird das Durchschnittsgehalt der weiblichen Angestellten mit der Leistungsgruppenstruktur der Männer berechnet, ergibt sich ein Verdienstabstand von 16 %. Der Vergleich dieses hypothetisch errechneten Verdienstabstands mit dem effektiv realisierten (29 %) zeigt, dass die verschiedenen Leistungsgruppenstrukturen der weiblichen und männlichen Angestellten erheblich zum statistisch nachgewiesenen Gehaltsunterschied zwischen ihnen beitragen.

16.5.3 Arbeitnehmerverdienste nach Wirtschaftszweigen

Zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes streuten die Durchschnittsverdienste der Arbeitnehmer innerhalb der Spanne von 3 965 Euro

(Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen) und 2 193 Euro (Textilgewerbe). Die Wirtschaftszweige mit den beiden Extremwerten beschäftigen jeweils nur einen geringen Anteil der Arbeitnehmer des Produzierenden Gewerbes. Die Rangfolge der Wirtschaftszweige nach dem Verdienst stimmt in den dargestellten Gebietsständen weitgehend überein, wie Tab. 8 zeigt.

In der Besetzung der Wirtschaftszweige ergaben sich jedoch größere Unterschiede zwischen Ost und West. Die auffallendste Abweichung besteht beim Hoch- und Tiefbau, der in den neuen Ländern rund 16 % aller Arbeitnehmer des Produzierenden Gewerbes beschäftigt, in den alten Ländern dagegen nur rund 7 %. Im Westen dominierten dagegen der Fahrzeug- und Maschinenbau. Die unterschiedliche Verteilung auf die Wirtschaftszweige hat jedoch nur einen geringen Einfluss auf den Durchschnittsverdienst aller Arbeitnehmer des Produzierenden Gewerbes.

In Deutschland schwankt der Anteil der Frauen an den Beschäftigten der einzelnen Wirtschaftszweige zwischen 5 % und 72 %. Wirtschaftszweige mit einem niedrigen Durchschnittsverdienst haben meist einen hohen Frauenanteil. Das niedrigere Ver-

Tab. 8a: Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen 2003

Wirtschaftszweig ¹	Bruttomonatsverdienst		Anteil der	
	EUR	Rang	Arbeitnehmer ²	Frauen ³
			%	
<i>Deutschland</i>				
Kokerei, Mineralölverarb., H. v. Spalt- und Brutstoffen	3 965	1	0,2	16
Fahrzeugbau	3 331	2	10,8	11
Chemische Industrie	3 259	3	5,2	27
Energie- und Wasserversorgung	3 245	4	2,6	18
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen; Elektrotechnik usw.	3 128	5	8,3	28
Maschinenbau	3 075	6	10	13
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	2 938	7	4,0	27
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 810	8	1,1	6
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2 716	9	8,8	14
Glasgewerbe, Keramik, Verarb. von Steinen und Erden	2 562	10	2,4	16
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2 550	11	3,9	22
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	2 544	12	3,8	30
Hoch- und Tiefbau	2 527	13	7,9	5
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw., Recycling	2 373	14	1,9	25
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	2 337	15	0,8	12
Bekleidungs-gewerbe	2 280	16	0,5	72
Ledergewerbe	2 266	17	0,2	48
Textilgewerbe	2 193	18	1,1	39

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93).

2 An allen Arbeitnehmern des Produzierenden Gewerbes.

3 An allen Arbeitnehmern des Wirtschaftszweiges.

Tab. 8b: Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer
im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen 2003

Wirtschaftszweig ¹	Bruttomonats- verdienst		Anteil der	
	EUR	Rang	Arbeit- nehmer ²	Frauen ³
%				
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
Kokerei, Mineralölverarb., H. v. Spalt- und Brutstoffen	4 131	1	0,2	15
Fahrzeugbau	3 395	2	11,4	11
Energie- und Wasserversorgung	3 368	3	2,3	15
Chemische Industrie	3 325	4	5,4	26
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen; Elektrotechnik usw.	3 215	5	8,5	27
Maschinenbau	3 138	6	10,4	13
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	2 997	7	4,1	26
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 887	8	1,1	4
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2 796	9	8,9	14
Hoch- und Tiefbau	2 696	10	6,9	5
Glasgewerbe, Keramik, Verarb. von Steinen und Erden	2 683	11	2,2	15
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	2 664	12	3,6	28
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2 615	13	4,1	21
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw., Recycling	2 472	14	1,9	24
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	2 421	15	0,8	11
Textilgewerbe	2 368	16	1,0	34
Ledergewerbe	2 362	17	0,2	46
Bekleidungsgewerbe	2 349	18	0,5	71
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>				
Kokerei, Mineralölverarb., H. v. Spalt- und Brutstoffen	2 977	1	0,3	21
Energie- und Wasserversorgung	2 788	2	4,9	31
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	2 430	3	6,3	15
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 360	4	3,3	39
Fahrzeugbau	2 468	5	3,6	36
Chemische Industrie	2 372	6	1,5	16
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen; Elektrotechnik usw.	2 306	7	7,2	36
Maschinenbau	2 264	8	6,4	14
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2 058	9	8,5	16
Glasgewerbe, Keramik, Verarb. von Steinen und Erden	2 015	10	3,9	21
Hoch- und Tiefbau	1 960	11	16,1	6
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	1 894	12	5,3	42
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	1 859	13	3,0	31
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	1 853	14	1,1	18
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw., Recycling	1 696	15	2,2	32
Textilgewerbe	1 445	16	1,9	59
Bekleidungsgewerbe	1 343	17	0,2	68
Ledergewerbe	1 315	18	0,3	89

Fußnoten siehe Tab. 8a.

dienstniveau der Frauen steht damit auch in Zusammenhang mit ihrer Verteilung auf die Wirtschaftszweige. In den neuen Ländern weisen die am schlechtesten bezahlenden Wirtschaftszweige ebenfalls einen überdurchschnittlichen Frauenanteil auf.

16.5.4 Nettoverdienste nach Haushaltstypen (Modellrechnungen)

Der Lebensstandard der Arbeitnehmer richtet sich nicht nach der Höhe ihrer Brutto-, sondern nach der Höhe ihrer Nettoverdienste. Um eine Vorstellung über die Höhe der Nettoverdienste zu gewinnen, berechnet das Statistische Bundesamt mit Hilfe von Modellannahmen Nettoverdienste für ausgewählte Haushaltstypen (siehe Tab. 9). Hierbei werden Lohn- und Kirchensteuer sowie Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung als Abzugsgrößen und gesetzliches Kindergeld als staatlicher Zuschlag behandelt. Für die alten und neuen Länder werden gesonderte Werte berechnet, da in der Sozialversicherung noch unterschiedliche Beitragsbemessungsgrenzen für die beiden Gebietsstände gelten.

Tab. 9 zeigt, dass die einzelnen Haushaltstypen über 53 % bis 92 % ihres Bruttomonatsverdienstes frei verfügen können. Die geringsten Abzüge entfallen auf den Haushaltstyp »Arbeiterehepaar mit zwei Kindern und dem Mann als Alleinverdiener« in den neuen Ländern, die höchsten auf einen alleinstehenden Angestellten im früheren Bundesgebiet. Da die Haushalte im Westen höhere Abzüge zu tragen haben, besteht zwischen den Nettoverdiensten in Ost und West ein deutlich geringerer Unterschied als zwischen den Bruttowerten: der Ost-West-Verdienstabstand lag bei den Nettoverdiensten je nach Haushaltstyp zwischen 16 % und 20 %. Der geringste Wertunterschied bezieht sich auf einen alleinverdienenden Angestellten mit Ehefrau und zwei Kindern und der höchste auf einen alleinstehenden Arbeiter oder eine alleinstehende Arbeiterin ohne Kinder.

16.5.5 Verdienste nach Berufen

Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung betrachtet in mehrjährlichem Abstand weitere Einflussfaktoren auf das Verdienstniveau wie Alter, Ausbildung, Beruf und Dauer der Unternehmenszugehörigkeit. Die neuesten Ergebnisse beziehen sich auf das Jahr 2001. Damit diese Ergebnisse mit den Ergebnissen nach Leistungsgruppen verglichen werden können, werden sie mit dem Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten und Arbeiter aus der laufenden Verdiensterhebung im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe auf das Jahr 2003 fortgeschrieben.

Was Männer und Frauen als Angestellte in den fünf am stärksten besetzten Berufen verdienen, zeigt Tabelle 10. Die meisten angestellten Männer und die meisten angestellten Frauen arbeiteten als Bürofachkräfte. Die Männer verdienten in diesem Beruf 3 428 Euro, die Frauen 25 % weniger. Am zweit häufigsten waren Männer als Geschäftsführer und Filialleiter tätig und erzielten hier den höchsten Bruttomonatsverdienst in Höhe von 6 053 Euro, die Frauen verdienten in diesem Beruf 31 % weniger. Es folgten Bankfachleute, sonstige Techniker und Datenverarbeitungsfachleute.

Tab 9: Durchschnittliche Nettomonatsverdienste 2003¹
Ergebnisse von Modellrechnungen

	Einheit	Einzel- person ²	Ehepaar ³ , beide mit jeweiligem Durchschnitts- verdienst ohne Kinder	Ehepaar mit 2 Kindern, Mann mit Durchschnittsver- dienst ⁴ , Ehefrau nicht arbeitend
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
Arbeiter/-innen				
Bruttomonatsverdienst	EUR	2 546,00	4 590,00	2 634,00
- Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	EUR	530,88	886,01	213,66
- Renten und Arbeitslosenversicherung	EUR	330,97	596,69	342,41
- Kranken- und Pflegeversicherung	EUR	203,67	367,18	210,71
+ Kindergeld	EUR	-	-	308,00
Nettomonatsverdienst	EUR	1 480,48	2 740,12	2 175,22
Anteil des Netto- am Bruttomonats- verdienst	%	58,1	59,7	82,6
Angestellte				
Bruttomonatsverdienst	EUR	3 389,00	6 434,00	3 767,00
- Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	EUR	878,39	1 630,07	581,03
- Renten und Arbeitslosenversicherung	EUR	440,56	836,40	489,70
- Kranken- und Pflegeversicherung	EUR	271,11	489,34	275,99
+ Kindergeld	EUR	-	-	308,00
Nettomonatsverdienst	EUR	1 798,94	3 478,19	2 728,28
Anteil des Netto- am Bruttomonats- verdienst	%	53,1	54,1	72,4
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>				
Arbeiter/-innen				
Bruttomonatsverdienst	EUR	1 874,00	3 461,00	1 946,00
- Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	EUR	292,82	493,47	56,33
- Renten und Arbeitslosenversicherung	EUR	243,61	449,91	252,97
- Kranken- und Pflegeversicherung	EUR	149,91	276,86	155,67
+ Kindergeld	EUR	-	-	308,00
Nettomonatsverdienst	EUR	1 187,66	2 240,76	1 789,03
Anteil des Netto- am Bruttomonats- verdienst	%	63,4	64,7	91,9
Angestellte				
Bruttomonatsverdienst	EUR	2 511,00	4 999,00	2 823,00
- Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	EUR	518,39	1 035,72	271,50
- Renten und Arbeitslosenversicherung	EUR	326,42	649,86	366,98
- Kranken- und Pflegeversicherung	EUR	200,87	399,90	225,83
+ Kindergeld	EUR	-	-	308,00
Nettomonatsverdienst	EUR	1 465,32	2 913,52	2 266,69
Anteil des Netto- am Bruttomonats- verdienst	%	58,4	58,3	80,3

- 1 Der Arbeiter und Angestellten im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe.
- 2 Durchschnittsverdienst von Arbeitern bzw. Angestellten zusammen.
- 3 Jeweils ein Durchschnittsverdienst eines Arbeiters bzw. Arbeiterin/männlichen Angestellten bzw. weiblichen Angestellten.
- 4 Ohne Berücksichtigung von Steuerfreibeträgen.

Bei den Frauen ergibt sich eine etwas abweichende Reihenfolge. Nach den Bürofachkräften waren die weiblichen Angestellten überwiegend als Verkäuferinnen, als Bankfachleute, als Groß- und Einzelhandelskaufleute und als Sekretärinnen tätig. Die Sekretärinnen haben zum Teil sehr hohe Verdienste, die für den relativ niedrigen Verdienstabstand zwischen Männer und Frauen von 17 % in diesem Beruf verantwortlich sind. Ihren höchsten Verdienst erzielten die Frauen mit 4 225 Euro als Elektroingenieurinnen, 14 % weniger als die Männer in diesem Beruf.

Manche Berufe können als typische Frauenberufe gelten. Der Frauenanteil betrug zum Beispiel bei den Büroberufen 62 %. Zu diesen Büroberufen zählen Bürofachkräfte, Sekretärinnen, Buchhalterinnen, Bürohilfskräfte, Telefonistinnen und Datentypistinnen. Bei einzelnen dieser Büroberufe war der Anteil der Frauen mit 80 bis 90 % sogar noch höher. Auch im Handel waren 59 % der Verkäufer und Verkäuferinnen und 79 % der Kassierer und Kassiererinnen Frauen. In den meisten der genannten Berufe verdienten nicht nur die Frauen unterdurchschnittlich, auch die Männer verdienten schlechter als in anderen Berufen.

Tab. 10: Bruttomonatsverdienste nach den fünf am stärksten besetzten Berufen 2003¹

Beruf	2001	2002	2003
	EUR		
<i>Angestellte/Männer</i>			
Bürofachkräfte	3 264	3 359	3 428
Geschäftsführer, Filialleiter und andere	5 765	5 932	6 053
Datenverarbeitungsfachleute	4 229	4 352	4 441
Bankfachleute	3 780	3 890	3 969
Sonstige Techniker	3 588	3 692	3 768
<i>Angestellte/Frauen</i>			
Bürofachkräfte	2 439	2 507	2 573
Verkäuferinnen	1 764	1 813	1 861
Bankfachleute	2 703	2 779	2 852
Groß- u. Einzelhandelskaufleute, Einkäuferinnen	2 493	2 563	2 630
Sekretärinnen	2 916	2 997	3 076
<i>Arbeiter/Männer</i>			
Kraftfahrzeugführer	2 308	2 347	2 396
Elektroinstallateure, -monteure	2 473	2 515	2 567
Lager-, Transportarbeiter	2 134	2 170	2 215
Metallarbeiter	2 382	2 423	2 473
Maschinenschlosser	2 676	2 721	2 778
<i>Arbeiter/Frauen</i>			
Arbeiterinnen im Versand	1 704	1 731	1 777
Elektrogeräte-, Elektroteilemontiererinnen	1 955	1 987	2 039
Hilfsarbeiterinnen	1 664	1 691	1 736
Kunststoffverarbeiterinnen	1 745	1 773	1 820
Metallarbeiterinnen	1 889	1 919	1 970

¹ Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 fortgeschätzt mit dem Index der Bruttomonatsverdienste aus der laufenden Verdiensterhebung auf das Jahr 2002 bzw. 2003.

Bei den fünf am stärksten besetzten Berufen der Arbeiter und Arbeiterinnen sind die Verdienstunterschiede zwischen den Berufen bei den Männern und bei den Frauen nicht so groß wie bei den Angestellten. Auch die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen sind in der Regel etwas niedriger.

Am häufigsten waren die Arbeiter als Kraftfahrzeugführer tätig und erzielten einen Bruttomonatsverdienst in Höhe von 2 396 Euro. Es folgten Elektroinstallateure und -monteure, Lager-, Transportarbeiter, Metallarbeiter und Maschinenschlosser. Die Frauen waren überwiegend im Versand beschäftigt. Hiermit erzielten sie einen Verdienst von 1 777 Euro. Es folgten Arbeiterinnen, die Elektrogeräte oder Elektroteile montierten, Hilfsarbeiterinnen, Kunststoffverarbeiterinnen und Metallarbeiterinnen.

16.5.6 Arbeitskosten

Wie bereits angedeutet, sind Löhne und Gehälter für die Wirtschaft ein entscheidender Kostenfaktor. Nachdem in den vorhergehenden Abschnitten der Ein-

Tab. 11: Arbeitskosten je Arbeitnehmer nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen 2000

Wirtschaftsbereich Unternehmen mit ... Arbeitnehmern	Insgesamt		Entgelt für geleistete Arbeit		Personal- nebenkosten	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
<i>Deutschland</i>						
Produzierendes Gewerbe	44 807	100	25 414	56,7	19 393	43,3
10 bis 49	33 588	100	20 418	60,8	13 170	39,2
1 000 bis mehr	57 018	100	30 287	53,1	26 730	46,9
Großhandel	39 662	100	23 921	60,3	15 751	39,7
Einzelhandel	31 772	100	19 281	60,7	12 491	39,3
Gastgewerbe	24 916	100	15 236	61,1	9 680	38,9
Kreditgewerbe	56 693	100	27 756	49,0	28 938	51,0
Versicherungsgewerbe	61 292	100	30 361	49,5	30 931	50,5
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
Produzierendes Gewerbe	46 887	100	26 428	56,4	20 459	43,6
10 bis 49	36 001	100	21 723	60,3	14 279	39,7
1 000 bis mehr	57 738	100	30 638	53,1	27 101	46,9
Großhandel	40 605	100	24 422	60,1	16 184	39,9
Einzelhandel	32 431	100	19 653	60,6	12 778	39,4
Gastgewerbe	25 612	100	15 649	61,1	9 963	38,9
Kreditgewerbe	57 785	100	28 197	48,8	29 588	51,2
Versicherungsgewerbe	61 515	100	30 491	49,6	31 025	50,4
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
Produzierendes Gewerbe	30 717	100	18 541	60,4	12 176	39,6
10 bis 49	25 033	100	15 793	63,1	9 239	36,9
1 000 bis mehr	44 588	100	24 247	54,4	20 340	45,6
Großhandel	28 798	100	18 154	63,0	10 644	37,0
Einzelhandel	26 718	100	16 429	61,5	10 289	38,5
Gastgewerbe	20 861	100	12 828	61,5	8 033	38,5
Kreditgewerbe	46 816	100	23 762	50,8	23 054	49,2
Versicherungsgewerbe	56 250	100	27 425	48,8	28 826	51,2

kommensaspekt bei den Arbeitnehmern im Vordergrund stand, soll im Folgenden der Kostengesichtspunkt bei den Arbeitgebern näher beleuchtet werden.

Die Arbeitskosten umfassen die Bruttolöhne und -gehälter sowie weitere Kosten, die auf gesetzlichen Regelungen, Tarifverträgen oder betrieblichen Vereinbarungen beruhen und unmittelbar mit der Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zusammenhängen. Sie werden in der amtlichen Statistik durch die beiden Hauptbestandteile »Entgelt für die geleistete Arbeitszeit« und »Personalnebenkosten« dargestellt. Hiervon ist das Entgelt für die geleistete Arbeitszeit als die »direkte« Vergütung der Arbeitszeit definiert; alle anderen Kosten – wie die Vergütung arbeitsfreier

Tab. 12: Aufgliederung der Personalnebenkosten 2000

Kosten je Arbeitnehmer in Euro/Anteil an den Personalnebenkosten insgesamt¹

Wirtschaftsbereich Unternehmen mit ... Arbeitnehmern	Sonder- zahlungen		Vergütung ar- beitsfreier Tage insgesamt		darunter: Lohn- und Ge- haltsfortzahlung im Krankheits- fall		Aufwendungen für Vorsorge- einrichtungen		Sonstige Personal- nebenkosten	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
<i>Deutschland</i>										
Produzierendes Gewerbe	3 400	17,5	5 785	29,8	1 028	5,3	8 591	44,3	1 618	8,3
10 bis 49	1 628	12,4	4 320	32,8	723	5,5	6 151	46,7	1 071	8,1
1000 und mehr	5 212	19,5	7 296	27,3	1 295	4,8	11 723	43,9	2 499	9,3
Großhandel	2 708	17,2	5 040	32,0	826	5,2	6 903	43,9	1 090	6,9
Einzelhandel	2 082	16,7	3 901	31,2	636	5,1	5 299	42,4	1 209	9,7
Gastgewerbe	858	8,9	3 090	31,9	557	5,8	4 215	43,5	1 517	15,7
Kreditgewerbe	7 220	24,9	6 330	21,9	1 067	3,7	11 922	41,2	3 466	12,0
Versicherungs- gewerbe	6 472	20,9	7 454	24,1	1 339	4,3	13 140	42,5	3 865	12,5
<i>Früheres Bundesgebiet</i>										
Produzierendes Gewerbe	3 701	18,1	6 055	29,6	1 068	5,2	9 041	44,2	1 662	8,1
10 bis 49	1 933	13,5	4 642	32,5	762	5,3	6 585	46,1	1 119	7,8
1000 und mehr	5 320	19,6	7 396	27,3	1 312	4,8	11 918	44,0	2 466	9,1
Großhandel	2 825	17,5	5 166	31,9	843	5,2	7 075	43,7	1 117	6,9
Einzelhandel	2 157	16,9	3 991	31,2	646	5,1	5 395	42,2	1 235	9,7
Gastgewerbe	913	9,2	3 198	32,1	560	5,6	4 341	43,6	1 511	15,2
Kreditgewerbe	7 379	24,9	6 403	21,6	1 066	3,6	12 305	41,6	3 500	11,8
Versicherungs- gewerbe	6 491	20,9	7 481	24,1	1 341	4,3	13 220	42,6	3 833	12,4
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>										
Produzierendes Gewerbe	1 362	11,2	3 953	32,5	734	6,0	5 538	45,5	1 322	10,9
10 bis 49	546	5,9	3 180	34,4	587	6,4	4 614	49,9	899	9,7
1000 und mehr	3 356	16,5	5 565	27,4	999	4,9	8 351	41,1	3 068	15,1
Großhandel	1 357	12,7	3 593	33,8	623	5,9	4 913	46,2	781	7,3
Einzelhandel	1 502	14,6	3 214	31,2	553	5,4	4 567	44,4	1 006	9,8
Gastgewerbe	539	6,7	2 464	30,7	539	6,7	3 482	43,3	1 550	19,3
Kreditgewerbe	5 779	25,1	5 668	24,6	1 077	4,7	8 452	36,7	3 154	13,7
Versicherungs- gewerbe	6 060	21,0	6 841	23,7	1 296	4,5	11 339	39,3	4 586	15,9

¹ Personalnebenkosten insgesamt siehe Tabelle 11, Spalte 6.

Tage (Urlaub, Krankheit, gesetzliche Feiertage, sonstige bezahlte gesetzliche oder betriebliche arbeitsfreie Zeiten), die Sonderzahlungen (vermögenswirksame Leistungen, zusätzliches Urlaubsgeld, Gratifikationen, 13. Monatsgehalt), Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen (Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung) und weitere Positionen, wie Aufwendungen für die berufliche Bildung, für Belegschaftseinrichtungen, Naturalleistungen, Wohnungsfürsorge usw. – zählen zu den Personalnebenkosten.

Die Personalnebenkosten sind prozentual umso höher, je mehr Arbeitnehmer das Unternehmen hat. Beispielsweise betrug im Produzierenden Gewerbe Westdeutschlands 2000 das Verhältnis von Personalnebenkosten zum Entgelt für die geleistete Arbeitszeit bei Unternehmen mit 10 bis 49 Arbeitnehmern 40 : 60, bei Unternehmen mit 1 000 und mehr Arbeitnehmern dagegen 47 : 53.

Zwischen Ost- und Westdeutschland ergaben sich erhebliche Niveauunterschiede bei den Arbeitskosten insgesamt, besonders aber bei den Personalnebenkosten. Dagegen stimmt in Ost und West die Rangfolge der Wirtschaftszweige nach den gesamten Arbeitskosten weitgehend überein: Groß- und Einzelhandel sowie das Gastgewerbe hatten jeweils niedrigere, das Kredit- und Versicherungsgewerbe jeweils höhere Aufwendungen als das Produzierende Gewerbe.

Die Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen werden überwiegend von den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung bestimmt und stellen den größten Anteil der Personalnebenkosten dar. Den zweitgrößten Kostenblock bilden die Aufwendungen der Arbeitgeber für die Vergütung arbeitsfreier Tage. Hier fließen neben der Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall auch die Urlaubsvergütungen und die Vergütungen für auf Werkstage fallende Feiertage ein. Eine ebenfalls bedeutende Komponente der Personalnebenkosten sind die Sonderzahlungen. Sie stellen mit Ausnahme des Gastgewerbes die drittgrößte Kostenkomponente dar. Die sonstigen Personalnebenkosten umfassen eine Vielzahl von Kostenpositionen. Die bedeutendste ist der Aufwand für die Aus- und Fortbildung, der auch die Ausbildungsvergütungen umfasst.

17 Verkehr

17.1 Verkehr im Spannungsfeld von Wachstum und Umwelt

In einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland ist die immense Bedeutung des Sektors Verkehr durch seinen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von rund 3,8 % nur unzureichend beschrieben, da die funktionale Seite des Verkehrs hierbei unberücksichtigt bleibt. Zwischen Verkehr einerseits und Wirtschaft und Gesellschaft andererseits bestehen enge Wechselwirkungen. Verkehr bedeutet Mobilität von Gütern und Personen, Verkehr ermöglicht nationale und internationale Arbeitsteilung, Tourismus und Freizeitaktivitäten, Verkehr heißt aber auch Belastung, z. B. durch Unfälle, Lärm und Luftverschmutzung.

Die Entwicklung der Industriegesellschaften, das Ausmaß der internationalen Arbeitsteilung und der wirtschaftlichen Verflechtung der Volkswirtschaften, die Globalisierung der Weltwirtschaft, aber auch das Entstehen eines Tourismus- und Freizeitgewerbes wären ohne technische Innovationen im Verkehr und ohne massive Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sicherlich nicht möglich gewesen. Die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftswachstum und Verkehrsentwicklung waren in der Aufbauphase der Bundesrepublik Deutschland besonders stark: Beide wiesen annähernd gleiche Wachstumsraten auf. In den 1980er-Jahren blieb die Verkehrsentwicklung hinter dem Wirtschaftswachstum zurück, verzeichnete aber weiterhin erhebliche Zuwachsraten. Seit der deutschen Vereinigung wächst der Personenverkehr in Deutschland geringer als das Inlandsprodukt: Das Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen stieg von 1991 bis zum Jahr 2002 um rund 16 %, die Anzahl der beförderten Personen lag im Jahr 2002 um rund 3 %, die Beförderungsleistung um 4 % höher als 1991. Zu bemerken ist hierzu allerdings auch, dass der Personenverkehr seine bisherigen Höchststände im Jahr 1999 erreichte und seitdem aufgrund der verhaltenen konjunkturellen Entwicklung und steigender Kraftstoffpreise rückläufig ist. Im Güterverkehr dagegen ist die Beförderungsleistung um rund 26 % und damit wesentlich stärker als das Inlandsprodukt gestiegen, die beförderte Gütermenge lag dagegen nur um rund 0,2 % höher als 1991, insbesondere da seit 1999 aufgrund der Schwäche der Bauwirtschaft die Transporte von Baustoffen mengenmäßig stark zurückgegangen sind.

Die über lange Zeit vorherrschende positive Grundeinstellung zum Verkehr ist im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte durch eine kritischere Einschätzung abgelöst worden. Die negativen Auswirkungen des Verkehrs, etwa durch Flächenverbrauch für Verkehrsinfrastruktur, Energieverbrauch, Luftverschmutzung, Lärm sowie Todesopfer, Verletzte und Sachschäden durch Verkehrsunfälle, werden nicht mehr als unvermeidbar akzeptiert. Während die Erhöhung der Verkehrssicherheit bereits seit langem als

äußerst wichtige Aufgabenstellung erkannt worden war, rückten seit Beginn der 80er-Jahre auch Umweltschutz sowie Kooperation und Integration der Verkehrsträger in den Vordergrund des Interesses. Die Verkehrspolitik ist daher gefordert, im Spannungsfeld zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Anforderungen die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen und der Unternehmen zu befriedigen und gleichzeitig die unerwünschten Folgen des Verkehrs auf ein vertretbares Maß zu begrenzen. Im Mittelpunkt der Kritik steht vor allem der Straßenverkehr, aber auch immer mehr der Luftverkehr. Eisenbahn, Binnenschiff und Seeschiff werden dagegen als relativ umweltfreundliche Transportmittel betrachtet. Es ist daher erklärtes politisches Ziel, möglichst viel Straßen- und Luftverkehr auf Schiene und Wasserstraßen zu verlagern. Im Sinne eines integrierten Verkehrssystems sollen dabei die verschiedenen Verkehrsträger und -netze miteinander verknüpft werden, um die Kapazität des gesamten Verkehrsnetzes und die spezifischen Vorteile der einzelnen Verkehrsträger besser zu nutzen.

17.2 Verkehrsinfrastruktur

Für die Wettbewerbsfähigkeit einer modernen Volkswirtschaft ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur von zentraler Bedeutung. Schon frühzeitig wurde in der Bundesrepublik Deutschland die öffentliche, d. h. jedermann zu gleichen Bedingungen zugängliche Verkehrsinfrastruktur als wichtiger Standortfaktor erkannt und entsprechend finanziell gefördert. Im Vordergrund stand zunächst der Verkehrswegeausbau für den Güterverkehr. Die nach Ende des Zweiten Weltkriegs rasch wieder herge-

Tab. 1: Länge der innerdeutschen Verkehrswege

Art der Verkehrswege	1995	1999	2000	2001	2002
	1 000 km				
Straßen					
Straßen des überörtlichen Verkehrs	228,6	230,7	230,7	230,8	230,8
dar. Autobahnen	11,1	11,4	11,5	11,7	11,8
Gemeindestraßen ¹	413	413	413	413	413
Schienenstrecken					
Eisenbahnstrecken	45,1	41,6	41,7	41,1	...
dar. elektrifiziert	18,9	19,4	19,5	19,6	...
Straßen-, Stadt- und U-Bahnstrecken	2,9	3,1	3,1	3,2	3,2
Bundeswasserstraßen insgesamt	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5
Rohrfernleitungen					
Rohölleitungen	2,5	2,4	2,4	2,4	2,4
Mineralölprodukteleitungen	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6

¹ Stand: 1. 1. 1993.

Quellen: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Statistisches Bundesamt.

stellten Bahnsysteme leisteten einen wichtigen Beitrag zum schnellen Wiederaufbau der Städte und zum Wirtschaftswachstum. Der steigende Wohlstand breiter Bevölkerungskreise (»Wirtschaftswunder«) führte bald zu einer massiven Zunahme des Pkw-Individualverkehrs. Dieser Entwicklung wurde durch einen prioritären Ausbau des Straßennetzes Rechnung getragen, der von Streckenstilllegungen im Schienenverkehr vor allem in ländlichen Gebieten begleitet war. So betrug 1990 die Streckenlänge der Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs auf dem Gebiet des früheren Bundesgebietes etwa 30 000 km, zu Beginn der 50er-Jahre waren es noch mehr als 38 000 km gewesen. Die Deutsche Reichsbahn brachte in das vereinte Deutschland ein Streckennetz von etwa 14 000 km ein. Bis Ende 2001 hat sich der Gesamtumfang des Eisenbahnnetzes auf 41 100 km verringert, da trotz einer Reihe von Neubaumaßnahmen insbesondere Nebenstrecken in den neuen Ländern, auf denen die Nachfrage erheblich nachgelassen hatte, stillgelegt wurden. In das verbliebene Netz wird seit einigen Jahren allerdings wieder verstärkt investiert. So erhöhte sich der Kilometer-Anteil elektrifizierter Strecken von 38 % (1991) auf 48 % Ende 2001.

Das Straßennetz des überörtlichen Verkehrs (an Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) hat heute eine Länge von etwa 230 800 km, davon entfallen 11 800 km (ca. 5 %) auf Autobahnen. Damit verfügt Deutschland nach den USA über eines der längsten Autobahnnetze der Welt und über das längste in Europa. Im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts hat allerdings die Diskussion über die Grenzen einer Ausweitung des Straßennetzes zur Bewältigung des Lkw-Güterverkehrs und des Pkw-Individualverkehrs aufgrund begrenzter finanzieller Mittel der öffentlichen Hand einerseits und der begrenzten Verfügbarkeit von Flächen in einem dicht besiedelten Land wie Deutschland andererseits zugenommen.

Die Straßenbaumaßnahmen wurden zunehmend auf den Erhalt der Infrastruktur, die einen hohen volkswirtschaftlichen Wert darstellt, und auf punktuelle Ausbaumaßnahmen des vorhandenen Netzes, z.B. Lückenschlüsse, den Bau von Ortsumgehungen oder von dritten Spuren auf Autobahnen, konzentriert. Der Anstieg der Straßenlängen um 1,9 % seit 1991 ist daher vor allem auf unverzichtbare Neubauten in den neuen Ländern zurückzuführen. Daneben rückte die Sanierung und Modernisierung des Schienennetzes der Eisenbahnen in den Vordergrund der Verkehrsinfrastrukturpolitik. Neben der Elektrifizierung bestehender Eisenbahnstrecken wurde der Bau eines Hochgeschwindigkeitsnetzes in Angriff genommen und hauptsächlich in den 90er-Jahren vorangetrieben. Dieses Netz, das seit über einem Jahrzehnt insbesondere in Nord-Süd-Richtung in Betrieb ist, wurde im September 1998 um den Abschnitt Hannover – Berlin (264 km) ergänzt; die neue Streckenverbindung Köln – Frankfurt wurde im Jahre 2002 in Betrieb genommen. Das Netz ermöglicht mit InterCityExpress-Zügen Reisegeschwindigkeiten von 250 Stundenkilometern und mehr; es hat sich zwischenzeitlich zu einer ernst zu nehmenden Konkurrenz für den in-nerdeutschen Flugverkehr entwickelt.

Im Zuge der deutschen Einheit und der Grenzöffnungen zu Osteuropa setzte die Verkehrspolitik neue Schwerpunkte der Verkehrsinfrastrukturplanung. Dies war zum einen die Anpassung des Verkehrsnetzes der ehemaligen DDR an die Anfor-

Tab. 2: Entwicklung der Verkehrsausgaben des Bundes

Jahr ¹	Verkehrsausgaben insgesamt Mill. EUR	In % der Gesamtausgaben	Darunter	
			für Bundesfernstraßen Mill. EUR	in % der Verkehrsausgaben
1950	269	4,2	105	39,2
1960	1 841	8,7	869	47,2
1970	5 722	12,7	2 612	45,6
1980	12 416	11,2	3 492	28,1
1990	13 273	8,2	3 438	25,9
2000	19 986	8,2	5 070	25,4
2001	18 343	7,5	5 578	30,4

¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 2000 Deutschland.
Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

derungen einer modernen Gesellschaft. Der politische und ökonomische Wandel in Osteuropa hat Deutschland weitaus stärker als früher zu einer Drehscheibe der Verkehrsströme in der Mitte Europas gemacht. Daher erhielt neben der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur innerhalb der neuen Bundesländer auch der Neu- und Ausbau von über das Gebiet der neuen Länder verlaufenden Ost-West-Verkehrsverbindungen hohe Priorität. Seit 1991 finanziert der Bund im Schwerpunkt und mit Priorität 17 besonders wichtige Vorhaben: die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE). Dazu zählen sieben Straßenverkehrsprojekte, neun Schienenverkehrsprojekte – u. a. die bereits erwähnte Strecke Hannover – Berlin – sowie der Ausbau der Wasserstraßenverbindung Hannover – Magdeburg – Berlin zu einer leistungsfähigen europäischen Wasserstraße mit dem Wasserstraßenkreuz Magdeburg als wichtigstem Teilprojekt. Mit den VDE sind Gesamtinvestitionen von rund 35 Mrd. Euro verbunden, bis Ende 2001 waren mit knapp 20,5 Mrd. Euro fast 60 % davon realisiert.

Neben Straßen, Schienen und Binnenwasserstraßen zählen zur Verkehrsinfrastruktur auch Bahnhöfe, Terminals des kombinierten Verkehrs, Flughäfen, Binnenhäfen, Seehäfen und Rohrleitungen, die erst in ihrer Gesamtheit ein modernes Verkehrssystem bilden. Im vergangenen Jahrzehnt wurde mit dem 1992 eröffneten Main-Donau-Kanal eine durchgehende »nasse« Verkehrsverbindung zwischen der Nordsee und dem Schwarzen Meer geschaffen. Im selben Jahr wurde der neue Flughafen München in Betrieb genommen, der sich schnell zu einem weiteren Drehkreuz des stark anwachsenden internationalen Luftverkehrs auf deutschem Boden entwickelt hat. 1995 sind die Start- und Landebahnen des Flughafens Stuttgart dem heutigen Standard eines internationalen Flugplatzes angepasst worden. Weiterhin wurde entschieden, den Flughafen Schönefeld am südlichen Rand von Berlin zu einem Großflughafen auszubauen, der mittelfristig auch den Flugverkehr des Flugplatzes Berlin-Tempelhof und längerfristig den des Flughafens Berlin-Tegel vollständig übernehmen soll. Auch der Flughafen Hahn hat in den letzten Jahren eine rasante Entwicklung durch so genannte Low-Cost-Carrier genommen. Das ursprünglich geplante Magnetschnellbahnprojekt Transrapid zwischen Hamburg und Berlin hat sich unter wirtschaftlichen

Gesichtspunkten als nicht realisierbar erwiesen. Aufgrund der großen Bedeutung dieser Technologie für den Wirtschaftsstandort Deutschland und ihrer Vorteile gegenüber herkömmlichen Verkehrsmitteln werden derzeit weitere Streckenvorschläge im Inland, insbesondere die Verbindung zwischen dem Flughafen München und dem Münchener Hauptbahnhof, näher auf ihre Realisierbarkeit untersucht.

Maßnahmen zur effizienten Nutzung der Gesamtinfrastruktur werden u. a. in der Förderung des Kombinierten Verkehrs, in der Initiative »from Road to Sea/Waterways« und im Einsatz der Verkehrstelematik gesehen. Beim Kombinierten Verkehr übernehmen Eisenbahnen und Binnenschiffe den Ferntransport, Lkws dagegen das Sammeln bzw. Verteilen der Güter im Nahverkehr. »From Road to Sea/Waterways« bedeutet die Verlagerung von Transporten vor allem von der Straße auf die Küsten- und Binnenschifffahrt. Kombiniierter Verkehr und »from Road to Sea/Waterways« zielen auf einen veränderten Modal Split – die Gewichtung der Anteile der einzelnen Verkehrsträger am gesamten Güterverkehr – hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern. Mit Verkehrstelematik, d. h. dem Einsatz von Telekommunikations- und Informationstechnologie im Verkehrsbereich, wird daneben vor allem die effiziente Auslastung sowie die Vernetzung von Verkehrswegen und -mitteln und damit auch eine Verbesserung des Verkehrsflusses und der Verkehrssicherheit im Rahmen der bestehenden Infrastruktur angestrebt.

Auch die Länder, Kreise und Kommunen beteiligen sich an den Kosten für Instandhaltung und Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur, die finanzielle Hauptlast trägt aber nach wie vor der Bund. 1993 wurde vom Deutschen Bundestag mit dem Bundesverkehrswegeplan 1992 die erste gesamtdeutsche Planung beschlossen, die einen Zeithorizont bis zum Jahr 2012 hatte. Nach rund zehn Jahren zeigte sich allerdings Überarbeitungsbedarf hinsichtlich Projektkosten, Prognosen und Bewertungsmethodik. Das Bundeskabinett hat am 2. Juli 2003 den neuen Bundesverkehrswegeplan 2003 (BVWP) beschlossen, der als Investitionsrahmenplan und Planungsinstrument für den Zeitraum 2001 bis 2015 für die drei Verkehrsträger Schiene, Straße und Wasserstraße ein Finanzvolumen in der Größenordnung von 150 Mrd. Euro vorsieht. Der BVWP 2003 unterscheidet sich vom BVWP 1992 insbesondere durch die Anwendung einer modernisierten Bewertungsmethodik. Neben der Bewertung nach der aktualisierten Nutzen-Kosten-Analyse wurden alle Vorhaben umwelt- und naturschutzfachlich untersucht und hinsichtlich ihrer ökologischen Risiken eingestuft. Darüber hinaus wurde die raumstrukturelle Bedeutung der Vorhaben in einer Raumwirksamkeitsanalyse umfassender als früher ermittelt. Der BVWP 2003 sieht für die Erhaltung der Bestandsnetze knapp 83 Mrd. Euro vor. Der Anteil für die Erhaltungsinvestitionen an dem Gesamtinvestitionsvolumen steigt gegenüber dem BVWP '92 von 46 % auf nahezu 56 %. Für den Neu- und Ausbau der Schienenwege des Bundes, der Bundesfernstraßen und der Bundeswasserstraßen sind rund 66 Mrd. Euro vorgesehen. Die Investitionen zwischen alten und neuen Bundesländern verteilen sich – unter Einbeziehung einer Planungsreserve – im Verhältnis 65 % zu 35 %.

Parallel zur nationalen Verkehrspolitik wurden auf Ebene der Europäischen Union Leitlinien für den Aufbau eines Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-Programm)

Tab. 3: Bundesverkehrswegeplan 2003

Verkehrszweige	Erhaltung		Ausbau- und Neubau	
	Mrd. Euro	Anteil in %	Mrd. Euro	Anteil in %
Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	38,4	60,1	25,5	39,9
Bundesfernstraßen	37,7	48,6	39,8	51,4
Bundeswasserstraßen	6,6	88,0	0,9	12,0
Insgesamt	82,7	55,5	66,2	44,5

Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

mit dem Ziel des Ausbaus einer staatenübergreifenden Verkehrsinfrastruktur erarbeitet, für das auch ergänzende Finanzmittel der EU bereitstehen. Der Schwerpunkt des Programms, das sich aus einer größeren Zahl von Einzelprojekten mit jeweils erheblichem Investitionsvolumen zusammensetzt, liegt auf Straßen- und Schienenverbindungen zwischen West- und Osteuropa, weil auf diesen Routen der stärkste Verkehrszuwachs erwartet wird. Die Realisierung des Transeuropäischen Netzes erfolgt entsprechend der Verfügbarkeit nationaler Haushaltsmittel der Mitgliedstaaten und umfasst nach Schätzungen der EU-Kommission bis zum Jahr 2010 Gesamtinvestitionen von rund 410 Mrd. Euro.

17.3 Fahrzeugbestände

Anzahl und Struktur inländischer Fahrzeugbestände sind ein wichtiger Maßstab für die Mobilität der Menschen in einer Volkswirtschaft. Angesichts des heutigen hohen Anteils von ausländischen Fahrzeugen am inländischen Verkehr lässt sich aber nur mit größeren Unsicherheiten von Änderungen inländischer Fahrzeugbestände auf entsprechende Entwicklungen des Verkehrsvolumens schließen. Hinzu kommt in der Schifffahrt und in der Luftfahrt, dass zahlreiche von inländischen Unternehmen eingesetzte Schiffe bzw. Flugzeuge nicht im Inland, sondern im Ausland registriert und somit nicht als inländische Fahrzeugbestände angesehen werden.

Anfang 2003 waren in Deutschland 53,7 Mill. Kraftfahrzeuge (Pkws, Lkws, Sattel-schlepper, Omnibusse, Motorräder, sonstige Krafträder und andere Kfz) zugelassen. Das seit vielen Jahren zu registrierende ungebrochene Wachstum führte im Jahr 2003 somit wiederum zu einem neuen Höchststand des Kfz-Bestandes in der Bundesrepublik Deutschland (+ 0,7 % gegenüber dem Vorjahr). Auf 100 in Deutschland lebende Personen kommen derzeit statistisch betrachtet 65 Kraftfahrzeuge. Die größte Kfz-Gruppe bilden mit 44,7 Mill. Fahrzeugen und einem Anteil von 83 % am Kfz-Bestand die Pkws. Bereits seit dem Jahre 1996 finden – rein rechnerisch – alle Einwohner Deutschlands auf den Vordersitzen aller Pkws Platz. Mit weitem Abstand hinsichtlich der Bestände folgten den Pkws 3,7 Mill. Krafträder (7 %) und 2,6 Mill. Lastkraftwagen (5 %).

Tab. 4: Kraftfahrzeugbestand
in 1 000

Jahr ¹	Zulassungspflichtige Kraftfahrzeuge				
	Insgesamt	darunter			
		Personen- kraftwagen	Kraft- räder	Kraftomni- busse, Obusse	Lastkraft- wagen
1950	2 021	540	930	15	385
1960	8 004	4 489	1 892	33	681
1970	16 783	13 941	229	47	1 028
1980	27 116	23 192	738	70	1 277
1990	35 748	30 685	1 414	70	1 389
2000	50 726	42 423	3 179	85	2 491
2001	52 487	43 772	3 410	87	2 611
2002	53 306	44 383	3 557	86	2 649
2003	53 656	44 657	3 657	86	2 619

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 2000 Deutschland; bis 1990 Bestand 1. 7.; ab 2000 Bestand am 1. 1.

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt.

Im früheren Bundesgebiet stieg die Zahl der Lkws (einschl. Sattelzugmaschinen) zwischen 1950 und 1990 auf das Dreieinhalbfache, die Pkw-Zahl nahm in diesem Zeitraum auf mehr als das Fünfzigfache zu. Im Jahr 1962 besaß lediglich ein Viertel der Haushalte im früheren Bundesgebiet mindestens einen Pkw, im Jahr 2002 waren es drei Viertel der Haushalte.

In der ehemaligen DDR bestimmte der Trabant, von 1957 bis zum 30. April 1991 fast 3,1 Mill. mal gebaut, wesentlich das Straßenbild. Über 50 % des Pkw-Bestandes waren »Trabis«. Bis zur Maueröffnung im Jahr 1989 hatte die Pkw-Dichte hier 237 Fahrzeuge je 1 000 Einwohner (50 % des Westniveaus) betragen, somit bestand im Vergleich zum früheren Bundesgebiet ein sehr großer Nachholbedarf, der vor allem in den ersten Jahren nach dem Fall der Mauer mit äußerst hohen Wachstumsraten abgebaut wurde. Im Jahr 2002 verfügten rund 70 % der Haushalte in den neuen Bundesländern über mindestens einen eigenen Pkw. Der Pkw-Bestand wächst weiter: Anfang 2003 lag er um 0,6 % über dem entsprechenden Vorjahreswert und um 11,9 % über dem Wert von Anfang 1995. Eine starke Bestandsausweitung erlebten in diesem Zeitraum Krafträder: Ihre Anzahl lag Anfang 2003 um rund 1,5 Mill. Motorräder, Roller, Leichtkrafträder etc. (+ 72 %) höher als Anfang 1995.

Ein Ende des Pkw-Wachstums ist nicht in Sicht. Im Rahmen der im April 2001 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vorgelegten »Verkehrsprognose 2015« rechnen die Prognostiker damit, dass der Pkw-Bestand bis zum Jahr 2015 auf 49,8 Mill. steigen wird. Bezogen auf die Zahl der Einwohner über 18 Jahre wird erwartet, dass die Pkw-Dichte in Deutschland 713 Pkw je 1 000 Erwachsene (2003: 666) betragen wird.

Das am meisten in den Haushalten verbreitete Fahrzeug ist allerdings das Fahrrad. Im Jahr 2002 verfügten 78 % der Haushalte in Deutschland über Fahrräder. Dabei

sind Haushalte mit zwei Kindern am besten mit Fahrrädern ausgestattet: Hier waren in 99 % der Haushalte Fahrräder vorhanden. Hinsichtlich des Ausstattungsbestands kamen im Bundesdurchschnitt 2002 auf 100 Haushalte 179 Fahrräder. Bei den Paaren mit zwei Kindern verfügten 100 Haushalte über 387 Fahrräder. Dies bedeutet, dass bei diesem Haushaltstyp im Durchschnitt nahezu jedes Familienmitglied ein eigenes Fahrrad besaß. Insgesamt besaßen die Haushalte rund 63 Mill. Fahrräder.

Der Fahrzeugpark im Eisenbahnverkehr des früheren Bundesgebietes ist seit den 50er-Jahren kontinuierlich geschrumpft, wobei der Bestand an Personenwagen seit 1950 um knapp die Hälfte verringert wurde. Ein Teil der Waggons wurde aber durch Fahrzeuge mit mehr Sitzplätzen ersetzt, sodass die Sitzplatzkapazität in dieser Zeitspanne lediglich um etwa ein Drittel abgenommen hat. Auch die Zahl der im früheren Bundesgebiet eingesetzten Lokomotiven und Triebwagen sank zwischen 1950 und 1990 um rund ein Drittel. Dieser Bestandsabbau ging ebenfalls einher mit der Inbetriebnahme leistungsfähigerer Triebfahrzeuge. Seit den 60er-Jahren vollzog sich der Übergang von der Dampflokomotive auf Lokomotiven mit Elektro- oder Dieselantrieb.

Die noch im Jahre 1960 im früheren Bundesgebiet eingesetzten 7 700 Dampflokomotiven sind aus dem heutigen normalen Zugbetrieb völlig verschwunden. In den neuen Bundesländern wurden mehrere Dutzend noch regelmäßig genutzte Dampfloks erst im Laufe der späten 90er-Jahre ausrangiert. Seit der deutschen Einheit liegt der Bestand an Lokomotiven und Triebwagen allerdings wieder wesentlich höher, sodass 2001 zahlenmäßig die Fahrzeugzahl nur knapp unter dem Wert von 1950 lag. Güterwaggons dagegen wurden insbesondere in den vergangenen Jahren stark abgebaut. Lag ihr Bestand 1990 noch bei 206 800 Einheiten, so bedeutet die aktuelle Zahl von 128 400 Güterwaggons einen Rückgang um mehr als ein Drittel.

Zahlreiche Großstädte – vor allem im früheren Bundesgebiet – schafften in den 60er- und 70er-Jahren ihre Straßenbahnen ab und bauten stattdessen das Straßennetz für den Individualverkehr aus oder ersetzten die Straßenbahnen durch Omnibuslinien. In den 80er-Jahren begann dann ein Umdenkungsprozess, der zu einer Neubewertung der Rolle von Straßenbahnen und ihrer speziellen Varianten – der Stadtschnellbahnen und U-Bahnen – in den Förderprogrammen zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und zur Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs führte. Städte mit einem noch einigermaßen intakten und flächendeckenden Straßenbahnnetz modernisierten seitdem ihre Gleise und vor allem ihren Fahrzeugpark. Die Zahl der Straßenbahnfahrzeuge hat in den vergangenen Jahren abgenommen, ein großer Teil der verbleibenden Fahrzeuge ist jedoch grundlegend modernisiert, durch größere Neufahrzeuge ersetzt oder durch Stadt- und U-Bahnen abgelöst worden. Auch hat das Angebot an Fahrzeugen in Niederflerbauweise, die ein komfortables Ein- und Aussteigen ermöglichen, stetig zugenommen: Im Jahr 2002 waren 3 753 Straßen-, Stadt- und U-Bahnen und damit 41 % dieser Fahrzeuge nach dem Niederflersystem gebaut.

Der zur deutschen Flagge zählende Binnenschiffsbestand zur Güterbeförderung ist im früheren Bundesgebiet seit den 60er-Jahren stetig verringert worden und konnte auch nach der Deutschen Einheit – also einschließlich der Binnenschiffsflotte der

Tab. 5: Bestand an Schienenfahrzeugen
Anzahl

Jahr ¹	Eisenbahn-Fahrzeuge			Straßenbahn-, Stadtschnell- u. U-Bahn-Fahrzeuge	
	Lokomotiven, Triebwagen, Triebköpfe	Güterwaggons	Personenwagen	Straßenbahnen	Stadtschnell-u. U-Bahnen
1950	13 700	270 000	25 100	10 200	400
1960	12 000	272 700	22 000	11 700	1 400
1970	10 500	282 500	18 200	6 600	1 600
1980	10 200	287 400	14 500	4 400	2 400
1990	8 900	206 800	11 500	2 900	3 500
2000	13 700	131 400	13 900	4 900	4 400
2001	13 300	128 400	12 900	4 700	4 500
2002	4 600	4 500

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 2000 Deutschland.

ehemaligen DDR – nicht mehr die Größenordnung der Nachkriegszeit erreichen. Betrachtet man die Struktur dieses Schiffsbestandes näher, so zeigt sich, dass hauptsächlich veraltete, kleine und nicht flexibel einsetzbare Binnenschiffe aus dem Verkehr genommen wurden.

Die heute eingesetzten Güterschiffe sind wesentlich leistungsfähiger als früher. Sie verfügen über eine höhere Ladekapazität und Motorleistung, weisen teilweise eine größere Transportsicherheit auf (z. B. Doppelhüllen-Tankschiffe) und sind zumeist mit Radar für einen Betrieb »rund um die Uhr« ausgestattet. Die Zahl der Spezialschiffe

Tab. 6: Schiffsbestand
Anzahl

Jahr ¹	Binnenschiffe ²				Seeschiffe (Handelsschiffe) ³		
	Frachtschiffe		Schub- u. Schleppschiffe	Passagierschiffe ⁴	Trockenfrachter	Tanker	Passagierschiffe
	Motor-schiffe	Leichter, Kähne u. Schuten					
1950	1 958	3 477	913	494	1 595	38	104
1960	4 560	2 931	788	491	2 434	103	169
1970	5 190	1 146	448	515	2 315	131	178
1980	3 190	622	341	670	1 211	138	146
1990	2 207	516	267	628	858	94	112
2000	1 333	1 236	450	924	520	38	131
2001	1 297	1 202	443	943	450	33	122
2002	1 294	1 169	444	955	390	34	125

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, bis 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 2000 Deutschland.

2 Ab 2000 Quelle: WSD Südwest.

3 1950–1970: Schiffe mit mehr als 17,65 BRZ (= Bruttoreaumzahl); ab 1980: Schiffe mit mehr als 100 BRZ.

4 Ab 1970 Fahrgast- und Fahrgastkabinenschiffe.

u. a. für Containertransporte und Roll-on-roll-off-Ladungen nimmt seit Jahren stetig zu. Angestiegen ist die Zahl der Passagierschiffe. Diese dienen weitgehend Ausflugs- und Flusskreuzfahrten und sind damit vor allem zur Urlaubs- und Freizeitgestaltung von Privatpersonen bestimmt.

Wie in der Binnenschifffahrt ist auch im Seeverkehr tendenziell eine kontinuierliche Verringerung des Schiffsbestandes unter deutscher Flagge bei gleichzeitiger Modernisierung der Flotte feststellbar. Aktuell zählen 390 Trockenfrachter, 34 Tankschiffe und 125 Passagierschiffe zur deutschen Seeschiffsflotte. Im Unterschied zur Binnenschifffahrt hat zur Abnahme des Seeschiffsbestandes allerdings auch das Ausflaggen von Schiffen, d. h. die Registrierung der Schiffe in einem anderen Staat, beigetragen. Die ausgeflaggten (unter fremder Flagge fahrenden) Schiffe werden im Regelfall weiterhin unter deutschem Management bzw. deutschem wirtschaftlichen Einfluss betrieben.

Die Fahrzeugbestandsentwicklung in der Luftfahrt ist in den vergangenen Jahrzehnten ähnlich dynamisch wie im Straßenverkehr verlaufen und hat sich seit Mitte der 90er-Jahre bei rund 12 300 Luftfahrzeugen stabilisiert. Bis 1997 war eine überdurchschnittliche Zunahme derjenigen Fahrzeugtypen zu beobachten, die ausschließlich oder überwiegend privat, d. h. zur aktiven Freizeitgestaltung, genutzt werden. Es handelt sich dabei vor allem um kleine ein- und zweimotorige Flugzeuge sowie um Motorsegler. Seit 1998 geht deren Bestand allerdings leicht zurück und lag im Jahr 2002 bei 9 820 Einheiten. Die nächst größere Klasse der Flugzeuge (bis 20 Tonnen Startgewicht) wird hauptsächlich für Geschäftsflüge eingesetzt; bei dieser Größenklasse kam es seit Vorliegen gesamtdeutscher Zahlen erstmals 1997 zu einem nennenswerten Bestandsrückgang gegenüber dem Vorjahr, seitdem liegt ihre Anzahl mit Schwankungen um 900 Einheiten. Flugzeuge der höchsten Gewichtsklasse, die heute nahezu ausnahmslos über Turbinenantrieb verfügen, werden von der gewerblichen

Tab. 7: Luftfahrzeugbestand des zivilen Luftverkehrs
Anzahl

Jahr ¹	Ins- gesamt ²	Flugzeuge mit einem Startgewicht				Hub- schrau- ber
		bis 2 t	über 2 t bis 20 t	über 20 t		
				zusam- men	darunter mit Strahl- turbinen	
1960	1 111	975	83	38	4	14
1970	3 792	3 263	288	115	100	126
1980	7 769	6 565	685	153	146	366
1990	9 158	7 702	682	306	284	468
2000	12 272	9 950	907	595	556	820
2001	12 289	9 883	930	633	583	843
2002	12 245	9 820	905	651	602	869

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 2000 Deutschland.

2 Nur motorisierte Luftfahrzeuge (ohne Luftschiffe).

Quelle: Luftfahrt-Bundesamt.

Luftfahrt zur Beförderung von Personen, Fracht und Post eingesetzt. Hier waren in den vergangenen Jahren substantielle Wachstumsraten zu verzeichnen: So lag der Bestand im Jahr 2002 um 113 % über dem Bestand des Jahres 1990. Im Bereich des Arbeitsflugs – hierzu zählen neben dem Einsatz von Flugzeugen im Hochbau oder in der Landwirtschaft auch Verkehrsüberwachungs- und Rettungsflüge – hat sich der Hubschrauber als dominierendes Fluggerät durchgesetzt.

17.4 Verkehrsleistungen

Maßeinheiten für Verkehrsleistungen sind im Personenverkehr die Anzahl der Fahrten der Fahrgäste (beförderte Personen) sowie die in Personenkilometern (Pkm) gemessene Beförderungsleistung, d. h. das Produkt aus der Zahl der Fahrten und der zurückgelegten Entfernung, und im Güterverkehr der Menge der beförderten Güter in Tonnen (t) sowie der in Tonnenkilometern (tkm) gemessenen Beförderungsleistung. Zur Verdeutlichung sei folgendes Beispiel angeführt: Fahren in einem Pkw drei Personen über eine Entfernung von 20 km zwischen den Orten A und B, so werden drei beförderte Personen und eine Beförderungsleistung von 60 Pkm nachgewiesen.

17.4.1 Beförderungen im Personenverkehr

Der Pkw ist das beherrschende Verkehrsmittel im Personenverkehr in Deutschland. Im früheren Bundesgebiet wurden bereits ab Mitte der 50er-Jahre mehr Fahrten mit dem eigenen Pkw als mit öffentlichen Verkehrsmitteln unternommen, im Jahr 1990 waren es 84 % aller Fahrten.

Auch die Deutsche Einheit bewirkte keine Trendumkehr im Personenverkehr. In den neuen Bundesländern, in denen zu DDR-Zeiten kein mit dem Westen vergleichbares Wachstum des Pkw-Individualverkehrs zugelassen worden war, musste der öffentliche Personenverkehr vor allem bis 1993 massive Rückgänge hinnehmen, während Fahrten mit dem Pkw parallel dazu in kürzester Zeit stark zunahm. Insgesamt entfiel im Jahr 2002 in Deutschland auf Fahrten mit dem Pkw mit knapp 83 % ein fast genau so hoher Anteil am gesamten motorisierten Personenverkehr wie im früheren Bundesgebiet kurz vor der Deutschen Einheit.

Im Jahr 2002 wurden im motorisierten Individualverkehr mit Pkw und Motorrädern 48 Mrd. Fahrten unternommen. Bis 1999 war hier ein stetiges Wachstum zu verzeichnen gewesen, sodass die Zahl der beförderten Personen im Jahr 1999 mit 51,3 Mill. um 9,6 % höher lag als 1991, nicht zuletzt auf die immer noch steigende Motorisierung der privaten Haushalte vor allem in den neuen Ländern, aber auch im früheren Bundesgebiet, zurückzuführen. Aufgrund u. a. der verhaltenen Konjunktorentwicklung und steigender Kraftstoffpreise sinkt seitdem allerdings die Zahl der im motorisierten Individualverkehr beförderten Personen, sodass 2002 mit Pkw und Motorrädern nur noch rund 3 % mehr Personen befördert wurden als 1991.

Von den 10,0 Mrd. Fahr- und Fluggästen des öffentlichen Personenverkehrs benutzten 79 % den öffentlichen Straßenpersonenverkehr mit Straßen-, Stadt- und U-Bahnen sowie mit Omnibussen. Hier wurden im Jahr 2002 etwas mehr Fahrgäste als 2001 befördert (+ 0,1 %). Im Luftverkehr konnte sich im Jahr 2002 der bis zum Jahr 2000 zu beobachtende Aufwärtstrend nicht weiter fortsetzen. Neben der bereits seit Beginn des Jahres 2001 konjunkturell bedingt unterdurchschnittlichen Entwicklung und dem nachfolgenden Verkehrseinbruch durch die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten am 11. September 2001 wirkte sich der terroristische Anschlag in Tunesien (Djerba) am 11. April 2002 weiter negativ auf die Entwicklung im Berichtsjahr 2002 aus. Nach den Verlusten im Jahr 2001 (-2,2 %) musste im Jahr 2002 mit 114,0 Mill. Ein- und Aussteigern auf deutschen Flughäfen ein weiterer Rückgang des Fluggastaufkommens um 3,3 % hingenommen werden. Der Eisenbahnpersonenverkehr hat insgesamt eine positive Entwicklung genommen, sodass im Jahr 2001 die höchsten Beförderungszahlen seit der deutschen Einheit verzeichnet wurden. Allerdings brachte das Jahr 2002 Rückgänge: In diesem Jahr wurden insgesamt 1 971 Mill. Fahrgäste befördert. 128 Mill. Personen fuhren im Fernverkehr, während mit 1 843 Mill. über 93 % der Fahrgäste die Eisenbahnen im Nahverkehr benutzten. Im Vergleich zu 2001 nahm die Zahl der Fahrgäste der Eisenbahnen insgesamt um 1,7 % ab; dabei gingen der Fernverkehr um 5,7 % und der Nahverkehr um 1,4 % zurück. Insgesamt war damit 2002 für alle Verkehrsträger ein schwieriges Jahr. Lediglich der öffentliche Personenverkehr mit Straßen-, Stadt- und U-Bahnen sowie mit Omnibussen konnte sein Beförderungsaufkommen behaupten, alle anderen Verkehrsträger mussten Rückgänge verkraften.

Gemäß dem im Juli 2003 vom Bundeskabinett verabschiedeten Bundesverkehrswegeplan 2003 wird insgesamt damit gerechnet, dass der Personenverkehr weiter wachsen wird. Dabei wird die Dominanz des Pkw-Individualverkehrs weiter anhalten, auch wenn bei öffentlichen Verkehrsmitteln mit höheren Wachstumsraten gerechnet

Tab. 8: Personenverkehr der Verkehrsweige

Jahr ¹	Beförderte Personen						
	Motorisierter Individualverkehr ²		Öffentlicher Straßenpersonenverkehr		Eisenbahnverkehr ³		Luftverkehr
	Mill.	Mrd. Pkm ⁴	Mill.	Mrd. Pkm	Mill.	Mrd. Pkm ⁴	Mill.
1950	4 300	30,7	4 367	25,0	1 470	31,9	0,4
1960	15 300	161,7	6 418	48,5	1 400	40,9	4,9
1970	23 120	350,6	6 170	58,4	1 053	39,2	21,3
1980	34 209	477,4	6 730	73,9	1 167	41,0	35,9
1990	38 600	601,8	5 878	65,0	1 172	44,6	62,6
2000	51 000	758,0	7 865	77,3	2 002	75,1	120,4
2001	48 385	722,5	7 946	77,0	2 005	75,3	117,8
2002	48 157	720,6	7 956	75,5	1 971	70,8	114,0

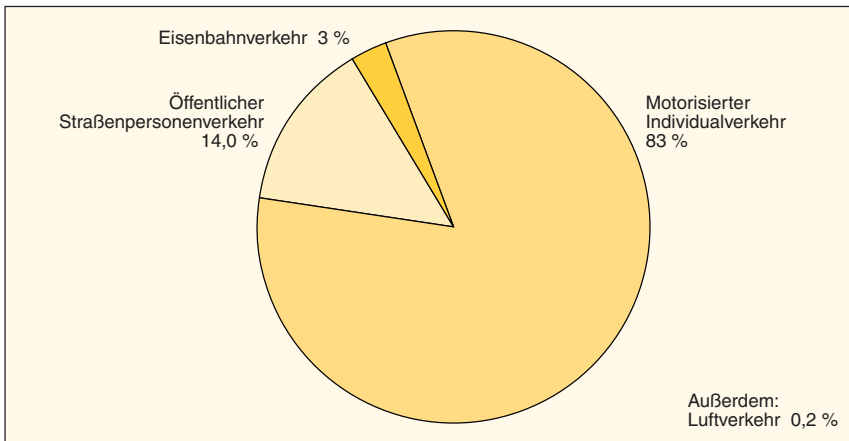
1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 2000 Deutschland.

2 Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; Prognos.

3 Bis 1980 ohne S-Bahnverkehr in Berlin-West.

4 Personenkilometer im Inland.

Abb. 1: Personenverkehr der Verkehrszweige 2002
Beförderte Personen



wird. Im Rahmen des so genannten Integrationsszenarios, das extreme Annahmen vermeidet und mit dem die unterschiedlichen Anforderungen an die Verkehrspolitik soweit wie möglich in Übereinstimmung gebracht werden, wird prognostiziert, dass die in Personenkilometern (Pkm) gemessene Verkehrsleistung im motorisierten Personenverkehr zwischen 1997 und 2015 um 20 % auf 1 130 Mrd. Pkm steigen wird.

Für die einzelnen Verkehrsträger werden für den genannten Zeitraum folgende Wachstumsraten erwartet:

- Pkw (einschl. motorisierte Zweiräder) + 16 %
- Omnibusse, Straßen-, Stadt- und U-Bahnen + 4 %
- Eisenbahn + 32 %
- Luftverkehr + 103 %.

Hinsichtlich des Modal Split, d. h. des Anteils der einzelnen Verkehrsträger an den gesamten Personenverkehrsleistungen des motorisierten Verkehrs, bedeutet dies für das Jahr 2015 einen Rückgang des Anteils der Straße auf 77,3 %, einen Anstieg des Schienenverkehrsanteils auf 8,7 % und des Luftverkehrsanteils auf 6,5 %, während der Anteil des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs auf 7,6 % sinken wird. Zurückzuführen sind die geschilderten Wachstumsraten des Personenverkehrs insbesondere auf überproportional wachsende Urlaubs- (+ 38 %) und Privatfahrten (+ 27 %) in Kombination mit ebenfalls deutlich überproportional wachsendem grenzüberschreitendem Personenverkehr.

Für den nicht-motorisierten Personenverkehr, das heisst den Fußgänger- und den Fahrradverkehr, geht die Verkehrsprognose für 2015 von einem Wachstum des Fahrradverkehrs, aber von Rückgängen bei den zu Fuß zurückgelegten Wegen aus. Erwartet wird, dass im Jahr 2015 zu Fuß 29,5 Mrd. Pkm und per Fahrrad 24,8 Mrd.

Pkm, zusammen also im nicht-motorisierten Verkehr 54,3 Mrd. Pkm zurückgelegt werden (1997: 53,0 Mrd. Pkm). Gegenüber 1997 bedeutet dies einen Anstieg des Fahrradverkehrs um 6,0 %, aber eine Abnahme des Fußgängerverkehrs um 0,3 %.

17.4.2 Beförderungen im Güterverkehr

Vor rund hundert Jahren – im Jahr 1896 – wurde der erste speziell für Güterbeförderungen konstruierte Lastkraftwagen zugelassen. Lkws verdrängten binnen kurzer Zeit die bis dahin vorherrschenden Pferdefuhrwerke. Heute dominiert der Lkw im Fernverkehr und ist im Nahverkehr nahezu konkurrenzlos.

In der Vergangenheit wurde der Lkw-Einsatz durch zahlreiche Reglementierungen quantitativ begrenzt. Insbesondere Anfang der 90er-Jahre kam es jedoch zu wichtigen Liberalisierungsmaßnahmen, allerdings bestanden noch bis zum Inkraft-Treten des neuen Güterkraftverkehrsgesetzes 1998 Einschränkungen in Form von Kontingenten, Konzessionen und der Nahzonenregelung. Es ist sicherlich nicht zuletzt auf diese administrativen Reglementierungen zurückzuführen, dass bis Anfang der 80er-Jahre im früheren Bundesgebiet mehr Güter mit der Bahn als im Lkw-Fernverkehr transportiert wurden. In den folgenden Jahren wurde der Marktanteil der Lkws am gesamten Güterfernverkehr stetig ausgebaut, während der Bahnanteil deutlich schrumpfte. Das Binnenschiff als weiterer direkter Konkurrent von Lkw und Eisenbahn im Güterfernverkehr konnte sein Frachtvolumen bis heute in etwa halten, sein Marktanteil ging jedoch ebenfalls zurück.

In der ehemaligen DDR waren Güterbeförderungen per Lkw mengenmäßig noch wesentlich stärker als im früheren Bundesgebiet zugunsten von Eisenbahntransporten beschränkt worden. Die politische Wende brachte ebenso wie im Personenverkehr auch im Güterverkehr den Durchbruch des Straßenfahrzeugs zum dominierenden Verkehrsmittel. Die Eisenbahn musste dagegen insbesondere in den ersten Jahren nach der deutschen Einheit massive Rückgänge ihrer bisherigen Transportmengen hinnehmen, die neben der erfolgreichen Konkurrenz des Lkw aber auch auf Produk-

Tab. 9: Güterverkehr der Verkehrszweige

Jahr ¹	Eisenbahn- verkehr		Binnenschiff- fahrt		See- verkehr	Luft- verkehr
	Mill. t	Mrd. tkm ²	Mill. t	Mrd. tkm ²	Mill. t	Mill. t
1950	208,8	34,9	71,9	16,7	25,7	0,0
1960	317,1	53,1	172,0	40,4	77,2	0,1
1970	378,0	71,5	240,0	48,8	131,9	0,4
1980	350,1	64,9	241,0	51,4	154,0	0,7
1990	303,7	61,8	231,6	54,8	143,5	1,3
2000	294,2	76,0	242,2	66,5	238,3	2,2
2001	288,2	74,3	236,1	64,8	242,2	2,1
2002	285,4	72,0	231,7	64,2	242,5	2,2

¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 2002 Deutschland.

² Tonnenkilometer im Inland.

tionseinschränkungen oder -stilllegungen in wichtigen Gewerbebezügen mit für den Bahntransport geeigneten Gütern, insbesondere des Braunkohlebergbaus und der Mineralölindustrie, sowie auf das veraltete und schlecht gewartete Schienennetz zurückzuführen waren.

Im Jahr 2002 wurden in Deutschland rund 3,8 Mrd. Tonnen Güter per Lkw, Eisenbahn, Schiff, Flugzeug und in Rohrleitungen transportiert; dabei wurde eine Beförderungsleistung von 501 Mrd. Tonnenkilometern erbracht.

Lkws beförderten im Jahr 2002 auf deutschen Straßen 3,0 Mrd. Tonnen Güter, gefolgt von den Eisenbahnen mit 0,29 Mrd. Tonnen, dem Seeverkehr mit 0,24 Mrd. Tonnen und der Binnenschifffahrt mit 0,23 Mrd. Tonnen. Das Jahr 2002 war für alle genannten Verkehrsträger mit Ausnahme des Seeverkehrs ein Jahr des Rückgangs, besonders stark im Straßengüterverkehr, der 5,3 % seiner Tonnage verlor. Dabei musste allerdings ausschließlich der Nahverkehr eine starke Abnahme verkraften, da aufgrund der Schwäche der Bauwirtschaft wesentlich weniger der gewichtsmäßig bedeutenden, aber in der Regel über geringere Entfernung transportierten »Steine und Erden« transportiert wurden. Der Fernverkehr inländischer und ausländischer Lkws ist dagegen weiter angestiegen.

Der Anteil der einzelnen Verkehrsträger am gesamten Güterverkehr – der Modal Split – hat sich seit 1991 zugunsten der Straße verschoben. Der Anteil der Straße an der Beförderungsmenge lag 1991 bei 76,9 %, im Jahr 2002 dagegen bei 77,6 %, nachdem er im Jahr 1999 zwischenzeitlich bereits bei 80,6 % gelegen hatte. Der Anteil der Eisenbahn sank von 11,0 auf 7,5 %. Die Binnenschifffahrt konnte ihren Anteil von 6,1 % halten. Der Seeverkehr konnte seine Marktanteile ausbauen und erbringt derzeit 6,4 % der Beförderungsmenge, der Anteil des Transports von Rohöl in Rohrleitungen lag seit 1991 in den meisten Jahren relativ konstant zwischen 2,1 % und 2,2 %, aktuell beträgt er 2,4 %. Im Luftverkehr werden 0,1 % der gesamten Beförderungsmenge transportiert.

Bei den Beförderungsleistungen zeigt sich die Entwicklung des Modal Split zugunsten der Straße wesentlich deutlicher. Während der Straßengüterverkehr seit 1991 bis auf den aktuellen Rückgang im Jahr 2002 und eine Wachstumspause im Jahr 1993 ungebrochen gewachsen ist, mussten seine wichtigen Konkurrenten Eisenbahn und Binnenschiff seit der deutschen Einheit in manchen Jahren Rückgänge hinnehmen. Die Beförderungsleistung aller Verkehrsträger ist von 1991 bis 2002 um knapp 26 % gestiegen, die tonnenkilometrische Leistung des Straßengüterverkehrs lag dagegen um rund 42 % höher als 1991. Die Straße konnte damit ihren Anteil an der gesamten Beförderungsleistung von 61,8 % (1991) auf einen neuen Höchststand von 69,8 % im Jahr 2002 erhöhen, vor allem zu Lasten der Eisenbahn, deren Anteil von 20,7 % auf 14,4 % sank: Die Binnenschifffahrt konnte sich dagegen relativ behaupten. Ihr Anteil an der insgesamt erbrachten Beförderungsleistung sank weniger deutlich von 14,1 % (1991) auf 12,8 % im Jahr 2002.

Der Güterverkehr wird aller Voraussicht nach weiter stark wachsen. Gemäß dem bereits erwähnten Bundesverkehrswegeplan 2003 wird erwartet, dass die Beförderungsleistung im Fernverkehr auf der Straße, mit der Eisenbahn und dem Binnenschiff

Tab. 10: Straßengüterverkehr

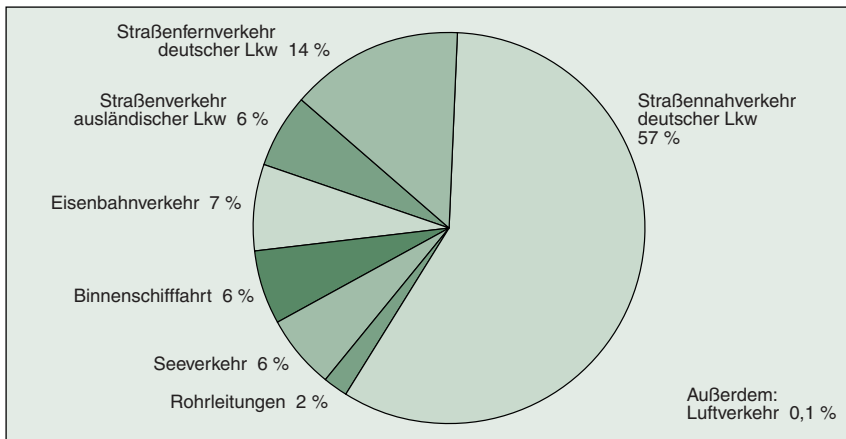
Jahr	Deutsche Lkw				Ausländische Lkw	
	Fernverkehr ¹		Nahverkehr ¹		Mill. t	Mrd. tkm
	Mill. t	Mrd. tkm	Mill. t	Mrd. tkm		
1991	583,0	130,9	2 185,0	65,1	150,7	49,7
1995	628,8	145,4	2 536,5	71,8	181,7	62,5
1996	630,4	147,9	2 377,9	68,2	181,0	64,6
1997	659,8	156,7	2 315,2	66,5	221,0	78,6
1998	466,4	180,4	2 496,7	76,0	236,6	85,3
1999	511,4	195,4	2 663,2	81,5	254,0	92,3
2000	523,5	199,3	2 474,4	80,0	250,5	95,7
2001	546,9	209,3	2 328,7	78,0	245,2	96,7
2002	547,6	210,8	2 163,9	72,8	246,0	97,5

1 Bis einschl. 1997 Nahverkehr: Beförderungen innerhalb eines Umkreises von 75 Kilometern Luftlinie um den Ortsmittelpunkt des Standorts des Fahrzeugs. Ab 1998 Beförderungen im Nah- und Regionalbereich, d. h. Beförderungen bis 150 km Fahrtstrecke: Fernverkehr jeweils übriger Verkehr. Bis 1997 Beförderungsleistung im Inland, ab 1998. Beförderungsleistung im In- und Ausland.

Quellen: Bundesamt für Güterverkehr, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Kraftfahrt-Bundesamt, Prognos.

zwischen 1997 und 2015 von im Jahre 1997 rund 371 Mrd. tkm um insgesamt 64 % auf 608 Mrd. tkm steigen wird, unabhängig davon, welches der drei angenommenen Szenarien (Laisser-faire, Integration, Überforderung) eintreten wird. Zu beeinflussen durch die Politik ist nach Auffassung der Prognostiker lediglich die Verteilung dieser Beförderungsleistung auf die drei genannten Verkehrsträger, nicht dagegen die absolute Zunahme. Im Integrationsszenario ergeben sich bei Beseitigung der für die

Abb. 2: Güterverkehr der Verkehrszweige 2002
Beförderte Gütermenge in t



Bahn bestehenden oder absehbaren Kapazitätsengpässe folgende Wachstumsprognosen für die Beförderungsleistung im Fernverkehr:

- Lkw (Fernverkehr) + 58 %
- Eisenbahn + 103 %
- Binnenschiff + 39 %

Für den Straßengüterverkehr wird daneben bis 2015 ein Wachstum von 26 % auf 84 Mrd. tkm erwartet.

17.5 Verkehrsunfälle

Ein negativer Aspekt des Verkehrs ist die hohe Zahl an Verkehrsoptern, die jährlich verletzt oder getötet werden. So kamen im Jahre 2002 auf deutschen Straßen 6 842 Menschen ums Leben. Im Eisenbahnverkehr starben 204 Personen, im Luftverkehr 118 Passagiere und Besatzungsmitglieder und in der Binnenschifffahrt eine Person (1999).

Mit Abstand die meisten Getöteten und Verletzten wurden bei Straßenverkehrsunfällen registriert: Bei rund 362 000 Unfällen mit Personenschaden (-3,5 % gegenüber dem Vorjahr) wurden 6 842 Menschen getötet (-1,9 %) und mehr als 476 000 verletzt (-3,7 %). Im Durchschnitt des Jahres 2002 starben bei Unfällen in Deutschland pro Tag 19 Personen im Straßenverkehr, weitere 1 305 wurden verletzt. Die Zahl der Verkehrstoten war seit Einführung der Statistik im Jahre 1953 noch nie so niedrig wie 2002. Erfreulich ist, dass in den neuen Ländern bei der Zahl der Verkehrstoten ein weiterer Rückgang ermittelt werden konnte und sich damit der seit 1992 anhaltende positive Trend fortsetzte. Im Vergleich zu 2001 sank die Zahl der Verkehrstoten in Sachsen-Anhalt um 15 %, in Thüringen um 10 %, in Brandenburg um 4,5 %, in Sachsen um 3,9 % und in Mecklenburg-Vorpommern um 2,4 %.

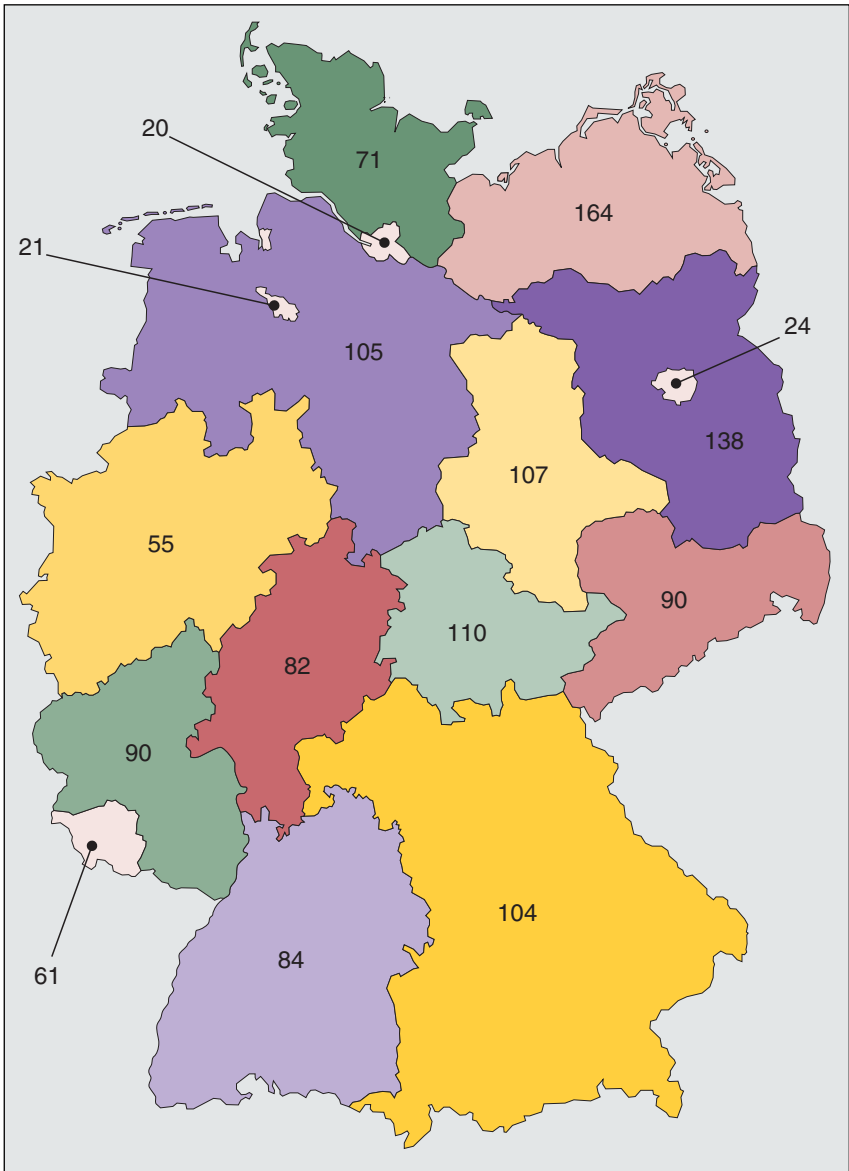
Dennoch starben – bezogen auf 1 Mill. Einwohner – in Mecklenburg-Vorpommern (164), Brandenburg (138), Thüringen (110) und Sachsen-Anhalt (107) weit mehr Men-

Tab. 11: Straßenverkehrsunfälle Anzahl

Jahr	Unfälle mit Personenschaden	Getötete ¹	Schwer-verletzte	Leicht-verletzte
1955	...	14 041		392 891
1960	...	16 477		502 316
1970	414 362	21 332		578 032
1980	412 672	15 050		540 916
1990	389 350	11 046		510 931
2000	382 949	7 503	102 416	401 658
2001	375 345	6 977	95 040	399 735
2002	362 054	6 842	88 382	388 031

¹ Bis 1970 im Gebiet der ehemaligen DDR innerhalb von 72 Stunden an den Unfallfolgen Gestorbene, ab 1980 innerhalb von 30 Tagen Gestorbene.

Abb. 3: Bei Verkehrsunfällen Getötete je 1 Mill. Einwohner nach Bundesländern 2002



schen im Straßenverkehr als im Bundesdurchschnitt (83). Dagegen kamen in den Stadtstaaten Hamburg mit 20, Bremen mit 21 und Berlin mit 24 Getöteten pro 1 Mill. Einwohner am wenigsten Menschen um.

Die Dominanz des Pkws im Straßenverkehr belegt auch der hohe Anteil der Pkw-Benutzer an den Verkehrstopfern: 59 % der Verkehrstoten sowie 61 % der Verletzten kamen in einem Pkw zu Schaden. Besonders unfallgefährdet sind die jungen Pkw-Inassen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren. Sie stellen 24 % der Verkehrstoten und 23 % der Verletzten. Auch ältere Menschen über 65 Jahren zählen mit 18 % häufig zu den Todesopfern. Besonders Fußgänger ab 75 Jahren sind stark betroffen: Ihr Anteil an allen im Straßenverkehr Getöteten beträgt 4,2 %. Die Zahl der getöteten Kinder unter 15 Jahren erreichte im Jahr 2002 zwar den niedrigsten Stand seit Einführung der Statistik im Jahr 1953. Trotzdem starben noch 216 Kinder (-6,5 % gegenüber 2001).

Tab. 12: Straßenverkehrsunfälle 2002 in Deutschland und die dabei Getöteten nach der Ortslage

Ort des Unfalls	Unfälle mit Personenschaden	Getötete insgesamt	Darunter Kinder unter 15 Jahren
Innerhalb von Ortschaften	233 865	1 684	71
Außerhalb von Ortschaften (ohne Autobahnen)	103 564	4 301	120
Auf Autobahnen	24 625	857	25
Insgesamt	362 054	6 842	216

Nach wie vor ereignen sich die meisten Unfälle mit Personenschaden innerhalb von Ortschaften (65 %). Aufgrund der Verkehrsdichte und des häufigen Auftretens der ungeschützten Verkehrsteilnehmer ist die Gefährdung auf innerörtlichen Straßen besonders hoch. Auf die innerhalb der Ortschaften niedrigeren Fahrgeschwindigkeiten ist es jedoch zurückzuführen, dass hier nur 25 % der Getöteten registriert wurden. Auf den Außerortsstraßen (ohne Autobahnen) ereigneten sich 29 % der Personenschadensunfälle, aber fast zwei Drittel (63 %) der Verkehrstopfer kamen hier ums Leben. Auf den Autobahnen wurden 6,8 % aller Unfälle mit Personenschaden und 13 % der Getöteten gezählt.

Als Hauptunfallursachen werden seit Jahren die »nicht angepasste Geschwindigkeit« und die »Missachtung der Vorfahrt« festgestellt. Insbesondere bei schweren Unfällen spielt auch »Alkoholeinfluss« eine bedeutende Rolle. Einige Unfallursachen zeigen eine deutliche Alters- oder Geschlechtsabhängigkeit. So werden »nicht angepasste Geschwindigkeit«, »Abstandsfehler« oder »Fehler beim Überholen« überdurchschnittlich häufig jüngeren Fahrern vorgeworfen, während »Abbiegefehler« oder »Vorfahrtsmissachtung« mit steigendem Alter deutlich zunehmen. Frauen verursachen weniger häufig als Männer Unfälle durch »nicht angepasste Geschwindigkeit«, durch »Überholfehler« oder durch »Alkoholeinfluss«. Sie missachten jedoch öfter die Vorfahrt oder machen Fehler beim Abbiegen.

18 Energie und Rohstoffe

18.1 Energieverbrauch im Wandel

Die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft hängt u. a. von einem kontinuierlichen und gesicherten Energieeinsatz ab. Die Gewinnung der Energieträger, ihre Aufbereitung, ihr Transport, die Umwandlung in Endenergie für den Verbrauch und ihre Vermarktung obliegen der Energiewirtschaft. Sie stellt die Versorgung unserer Volkswirtschaft mit Energie sicher. Der Energieverbrauch wird mit Hilfe der so genannten Primärenergie gedeckt, die in der Natur vorkommt bzw. durch technische Prozesse und »Know-how« vom Menschen nutzbar gemacht wird. Grundlage unserer Energieversorgung bilden nach wie vor die fossilen Primärenergieträger Kohle, Erdöl und Erdgas. Als nichtfossiler Brennstoff hat Uran in den letzten zwanzig Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Die in den vergangenen Jahrzehnten festgestellte parallel verlaufende Entwicklung zwischen dem Bruttoinlandsprodukt als Indikator für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft und dem Energieverbrauch konnte in dieser Eindeutigkeit seit einigen Jahren nicht mehr beobachtet werden.

Auch in der öffentlichen Diskussion hat eine Veränderung stattgefunden. Standen in früheren Jahren Fragen über den Ausbau der Energieversorgung, die Sicherung der zukünftigen Verfügbarkeit und der allgemeine Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Mittelpunkt der Erörterungen, so wird nach dem »Erdgipfel«, der zweiten UN-Umweltkonferenz vom 3. bis 14. Juni 1992 in Rio de Janeiro, der globale Klimaschutz, vor allem die Reduzierung der CO₂-Emissionen, als wichtigstes Thema für die Zukunft angesehen. Am 16. Februar 2005 ist das Kyoto-Protokoll in Kraft getreten. In den 1997 in Japan verabschiedeten Klima-Abkommen haben sich die Industriestaaten verpflichtet, bis 2012 den Ausstoß von Treibhausgasen um im Schnitt 5,2 % unter den Stand von 1990 zu senken.

Voraussetzung für das In-Kraft-Treten des Abkommens war die Vereinbarung, dass mindestens 55 % der Staaten den Vertrag ratifiziert haben, die zusammen für 55 % des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich sind. Die USA und Australien weigern sich jedoch seit Jahren, das Abkommen zu unterzeichnen. Erst mit der Zustimmung Russlands im November 2004 wurden die erforderlichen 55 % erreicht, die das In-Kraft-Treten 90 Tage später ermöglichten. Bisher haben rund 130 Staaten das Abkommen ratifiziert, darunter auch alle Mitgliedstaaten der EU. CO₂-Emissionen entstehen bei der Verbrennung fossiler Energieträger. Somit ist diese Frage auch ein Anliegen der Energiewirtschaft. Für die Lösung der aktuellen Klimaproblematik am Beispiel der Energiewirtschaft ist es erforderlich, dass die entsprechenden Maßnahmen ökonomisch, ökologisch und sozial verträglich wirken, um die Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsfaktors Energie am Industriestandort Deutschland nicht zu gefährden.

Im Zusammenhang mit der Reduzierung der CO₂-Emissionen kommt der Forderung nach verstärktem Einsatz erneuerbarer Energien gestiegene Bedeutung zu. Zu den erneuerbaren Energien zählen Wind, Sonne, Wasserkraft, Gezeitenenergie, Geothermie und Biomasse. In der Industrie, der Energiewirtschaft und den privaten Haushalten ist mittlerweile eine Reihe von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität und/oder Wärme aus erneuerbaren Energiequellen in Betrieb. Ihre Anzahl und die aus ihnen erzeugte Strom- und/oder Wärmemenge wird in den nächsten Jahren – bedingt durch zahlreiche staatliche Förderprogramme – noch wachsen.

Ein Teil der Energiedaten in den nachfolgenden Ausführungen für Deutschland wurden nicht selber vom Statistischen Bundesamt erhoben. Sie wurden uns freundlicherweise vom DIW und den Arbeitsgemeinschaften Energiebilanzen zur Verfügung gestellt, bzw. deren Veröffentlichungen entnommen.

18.2 Messung des Energieverbrauchs

Zur Messung des Energieverbrauchs lassen sich im Wesentlichen zwei Größen heranziehen: Zum einen der Primärenergieverbrauch, zum anderen der Endenergieverbrauch.

Der Primärenergieverbrauch kann von der Entstehungsseite her als Summe aus

- der Gewinnung von Energieträgern im Inland,
- den Bestandsveränderungen sowie
- dem Außenhandelsaldo abzüglich der Hochseebunkerungen

und andererseits von der Verwendungsseite her als Summe aus

- dem Endenergieverbrauch,
- dem Nichtenergetischen Verbrauch sowie dem
- Saldo in der Umwandlungsbilanz

berechnet werden.

Der Primärenergieverbrauch bildet den Verbrauch von Energieträgern vor der Umwandlung ab; über 90 % der hier erfassten Energieträger befinden sich im Rohzustand und werden erst durch Umwandlungsprozesse in einen für Verbrauchszwecke nutzbaren Zustand überführt.

Im Endenergieverbrauch werden der Verbrauch sowohl von Primärenergieträgern als auch von Sekundärenergieträgern, d.h. Energieträgern, die Produkte eines Umwandlungsprozesses sind, bei den Endabnehmern (Industrie, Verkehr, private Haushalte sowie Handel, Gewerbe, öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen) erfasst. Der Einsatz von Energieträgern für nichtenergetische Zwecke (z. B. zur Herstellung von Kunststoffen) sowie zur Stromerzeugung in der Industrie wird hier nicht berücksichtigt.

Eine Unterscheidung beider Größen ist vor allem deshalb notwendig, weil die Primärenergieträger im Rohzustand meist nicht unmittelbar für Verbrauchszwecke nutzbar

sind und daher eine Umwandlung durchgeführt werden muss, bei der Energieverluste entstehen. Beispielsweise muss man, um ein Auto zu betreiben, Rohöl in Benzin oder Dieseltreibstoff umwandeln. Der Anteil des Endenergieverbrauchs am Primärenergieverbrauch beträgt etwa zwei Drittel (rund 65 %).

Das vereinfachte Schema der Energiebilanz verdeutlicht die Zusammenhänge:

Primärenergieverbrauch

- Eigenverbrauch im Energiesektor
 - Fackel- und Leitungsverluste
 - Nichtenergetischer Verbrauch
- = *Endenergieverbrauch*.

Seit 1950 hat sich im früheren Bundesgebiet sowohl der Primär- als auch der Endenergieverbrauch mehr als verdreifacht. Zwischen 1950 und 1973, dem Jahr der ersten Ölpreiskrise, stieg der Energieverbrauch im früheren Bundesgebiet kontinuierlich an. Die jährlichen Zuwachsraten (bezogen auf den Primärenergieverbrauch) lagen im Durchschnitt bei 4,5 %. Seither ist die Aufwärtsentwicklung mehrmals unterbrochen

Tab. 1: Entwicklung des Energieverbrauchs in Petajoule¹

Jahr ²	Primärenergieverbrauch	Endenergieverbrauch	Jahr	Primärenergieverbrauch	Endenergieverbrauch
1950	3 971	2 541	1995 ³	14 269	9 322
1960	6 199	4 270	1996 ³	14 746	9 687
1970	9 870	6 751	1997 ³	14 614	9 535
1980	11 436	7 529	1998 ³	14 521	9 457
1989	11 219	7 223	1999 ³	14 324	9 301
1990	14 795	9 440	2000 ^{3, 4}	14 356	9 213
1991	14 461	9 273	2001 ^{3, 4}	14 602	9 473
1992	14 150	9 074	2002 ^{3, 4}	14 305	9 225
1993	14 179	9 174			
1994	14 078	9 043			

1 1 Petajoule = 10¹⁵ Joule.

2 Bis einschl. 1989 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland.

3 Auf der Basis des Wirkungsgradansatzes berechnet.

4 Vorläufige Angaben.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland bzw. DIW.

worden. Als Folge der ersten Ölpreiskrise ging der Energieverbrauch im früheren Bundesgebiet von 1973 bis 1975 um rund 4,2 % pro Jahr zurück, um dann bis 1979 jährlich um rund 4,1 % zu wachsen. Die zweite Ölpreiskrise führte zu einem erneuten Rückgang (rund 4 % jährlich), der bis 1982 anhielt und an den sich eine erneute Phase moderaten Wachstums des Verbrauchs um etwa 1,1 % im Jahr bis Anfang der 90er-Jahre anschloss.

Seit 1990, dem Jahr der Wiedervereinigung, ist in Deutschland der Primärenergieverbrauch von 14 795 Petajoule auf 14 078 Petajoule (1994) gesunken. Stark reduziert hat

sich der Energieverbrauch in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Dort wurden in den Jahren 1990 bis 1992 mit rund 1100 Petajoule ein Drittel des Verbrauchs eingespart.

Ab dem Jahr 2000 wurde die Entwicklung des Energieverbrauchs in Deutschland hauptsächlich durch die Witterung (z. B. der relativ kalte Winter im Jahr 2001) und die schwache konjunkturelle Entwicklung beeinflusst. Im Jahr 2002 lag der Primärenergieverbrauch bei 14 305 Petajoule.

18.3 Primärenergieverbrauch im Ländervergleich

In den Industrieländern bestimmen die kommerziellen Energieträger (Kohle, Mineralöl, Gas, Kernenergie und Wasserkraft) das Bild. Hauptenergiequelle der Dritten Welt ist dagegen eine Kombination kommerzieller und nichtkommerzieller Brennstoffe: Brennholz und Holzkohle, tierische und pflanzliche Abfallprodukte. Rund drei Mrd. Menschen – etwa die Hälfte der Weltbevölkerung – sind auf diese Energieträger angewiesen.

2002 betrug der kommerzielle Weltprimärenergieverbrauch 9 405,0 Mill. t RÖE (die Tonne Rohöleinheit ist eine theoretische Berechnungseinheit). Die beiden Hauptverbraucher waren die Vereinigten Staaten (24,4 %) und China (10,6 %). Den höchsten Pro-Kopf-Verbrauch wiesen die Vereinigten Arabischen Emirate auf (16,28 t RÖE/Einw.), gefolgt von Norwegen (9,50 t RÖE/Einw.), Kanada (9,23 t RÖE/Einw.) und Island (9,06 t RÖE/Einw.). Der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch in den Ländern Afrikas lag hingegen bei nur 0,35 t RÖE/Einw. (siehe Tab. 2).

Verfügbarkeit und Preisniveau der Energieträger prägen auch deren Bedeutung, d. h. ihren Beitrag zum gesamten Energieverbrauch. Dies wird beispielsweise deutlich an den relativ hohen Anteilen der Energie aus Wasserkraft in Norwegen, aber auch in Schweden, Neuseeland, der Schweiz, Österreich und Kanada, oder der großen Bedeutung von Kohle in China und Australien.

18.4 Rohstoffgewinnung

Deutschland verfügt nur über sehr geringe Rohstoffvorkommen. Ausnahmen bilden lediglich die Vorkommen von Salz, Steinkohle und Braunkohle. Da der Anteil der Inlandsenergie am gesamten Energieverbrauch nur bei ca. 26 % liegt, ist Deutschland auf die Einfuhr von Energieträgern angewiesen.

Braunkohle ist mit einem Anteil von 45 % an der Inlandsenergie der bedeutendste heimische Energieträger. So wurden im Jahr 2002 in Deutschland rund 181,8 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert, davon rund 44 % in den Revieren der neuen Länder. Während 2001 und 2002 die Förderung der Braunkohle in Deutschland gestiegen ist,

Tab. 2: Primärenergieverbrauch im internationalen Vergleich 2002

Land	Je Einwohner in t RÖE ¹	Anteile der Energieträger in %				
		Kohle	Mineralöl	Gas	Kern- energie	Wasser- kraft
<i>Europa</i> ²	3,32	18,1	40,2	23,0	12,2	6,5
Deutschland	3,99	25,7	38,6	22,6	11,3	1,8
Belgien + Luxemburg	5,92	11,4	51,6	21,0	15,2	0,8
Dänemark	3,46	22,6	52,7	24,7	–	0,0
Finnland	5,12	16,9	41,0	13,9	19,2	9,4
Frankreich	4,34	4,9	36,0	14,9	38,3	5,8
Griechenland	3,11	28,9	63,7	5,3	–	2,3
Irland	3,66	12,5	60,4	25,7	–	2,1
Italien	3,07	7,9	53,1	32,7	–	6,2
Niederlande	5,51	10,0	49,2	39,8	1,0	0,0
Norwegen	9,50	1,2	21,9	8,2	–	68,5
Österreich	4,06	10,7	39,8	22,3	–	27,2
Portugal	2,32	20,7	61,8	11,2	–	6,2
Schweden	5,43	4,5	30,9	1,4	32,2	31,1
Schweiz	4,13	0,3	41,9	8,4	20,9	28,0
Spanien	3,32	16,3	54,6	14,0	10,6	4,5
Vereinigtes Königreich	3,73	16,6	35,0	38,6	9,0	0,8
<i>Afrika</i>	0,35	31,1	40,8	20,9	1,0	6,4
<i>Amerika</i>	3,82	19,3	40,5	25,3	6,6	8,4
Kanada	9,23	10,6	31,1	25,1	5,9	27,2
Vereinigte Staaten	7,88	24,2	39,0	26,2	8,1	2,5
<i>Asien</i> ³	0,74	43,5	36,5	10,9	4,3	4,7
China ⁴	0,78	66,5	24,6	2,7	0,6	5,6
Taiwan	3,98	36,4	43,4	8,6	10,1	1,6
Indonesien	0,47	17,4	50,0	30,6	–	2,1
Japan	4,00	20,7	47,6	13,7	14,0	4,0
Korea, Republik	4,34	23,9	51,0	11,5	13,1	0,6
Kuwait	7,61	–	57,5	41,9	–	–
Malaysia	2,16	6,4	43,4	46,9	–	3,3
Philippinen	0,28	15,7	70,0	7,2	–	7,2
Singapur	8,87	–	95,7	4,3	–	–
Ver. Arab. Emirate	16,28	–	25,9	74,1	–	–
<i>Australien und Ozeanien</i> ⁵						
Australien	5,78	43,8	33,7	19,1	–	3,4
Neuseeland	4,78	7,1	37,0	27,2	–	29,3

1 1 t RÖE = 1 Tonne Rohöleinheit = 41 860 kJ Hu/kg (unterer Heizwert/kg).

2 Ohne Angaben für die europäischen Staaten der ehemaligen Sowjetunion und die Staaten des ehemaligen Jugoslawien.

3 Ohne Angaben für die Türkei und die asiatischen Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Einschl. der Angaben für Australien und Ozeanien.

4 Ohne Angaben für Hongkong und Taiwan.

5 Die Angaben für Australien und Ozeanien sind bei Asien einbezogen.

Quelle: Primärenergie: BP '03, June 2003. Bevölkerung: UN, World Population Prospects, The 2002 Revision; Eurostat, Datenbank New Cronos; Taiwan: Statistical Databook 2003.

war die Förderung der Steinkohle – die nur in den westdeutschen Revieren abgebaut wird – rückläufig. Die Förderung von Steinkohle reduzierte sich bis zum Jahr 2002 auf 26,4 Millionen Tonnen. Mit einem Anteil von 21 % an der Inlandsgewinnung nimmt sie den zweiten Platz bei den einheimischen Energieträgern ein. Von der verbrauchten Steinkohle wird über die Hälfte aus dem Ausland importiert. Die inländische Verwendung von Braunkohle stammt nahezu vollständig aus der heimischen Förderung. Von der gesamten deutschen Braunkohleförderung wurden 2002 rund 92 % zur Stromerzeugung eingesetzt. An die Kraftwerke der allgemeinen Stromversorgung wurden z. B. 2002 rund 168 Mill. t Braukohle angeliefert. Die inländische Förderung von Erdöl und Erdgas bleibt wegen mangelnder Vorkommen noch erheblich weiter hinter dem Bedarf zurück.

Tab. 3: Förderung wichtiger Rohstoffe

Jahr	Braunkohle		Steinkohle		Erdöl		Erdgas	
	Mill. t	PJ ¹	Mill. t	PJ ¹	Mill. t	PJ ¹	Mrd. m ³ ²	PJ ¹
1995	192,8	1 709	53,6	1 595	3,0	126	19,1	670
1996	187,2	1 658	48,2	1 434	2,8	121	20,7	727
1997	177,2	1 571	46,8	1 391	2,8	120	20,4	716
1998	166,0	1 483	41,6	1 234	2,9	123	19,9	699
1999	161,3	1 451	39,5	1 194	2,7	116	21,2	744
2000	167,7	1 527	33,6	1 012	3,1	131	20,1	706
2001	175,4	1 610	27,4	824	3,3	140	20,3	713
2002	181,8	1 653	26,4	790	3,6	152	20,3	713

1 PJ = Petajoule = 10¹⁵ Joule.

2 Heizwert = 35 169 kJ/m³.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland bzw. DIW.

18.5 Energieträger

Der in den 50er- und 60er-Jahren stark gestiegene Energiebedarf wurde überwiegend durch den Import von Mineralöl gedeckt, das sich seinerzeit gegenüber den heimischen Energieträgern Braunkohle und Steinkohle als kostengünstiger erwies. Bei mengenmäßig etwa gleich bleibendem Einsatz von Kohle stieg der Mineralölverbrauch von 1950 bis 1980 fast auf das Dreifache. Hierdurch hat sich die Bedeutung der einzelnen Energieträger für die Energieversorgung des früheren Bundesgebietes erheblich verändert. 1950 hatte die Kohle noch einen Anteil von 88 %, 1980 nur noch von knapp 30 % an der gesamten Energieerzeugung, während auf Mineralöl fast die Hälfte entfiel.

Allerdings haben die starken Ölpreiserhöhungen und die Furcht vor wachsender Abhängigkeit von den Öllieferanten Ende der 70er- und zu Beginn der 80er-Jahre eine Rückbesinnung auf die heimischen Energiequellen bewirkt. Außerdem wurde mehr Gas verwendet und der Ausbau der Kernenergie forciert.

In der Bundesrepublik Deutschland hatte das Mineralöl 2002 einen Anteil von 37,4 %, die Kohle von 24,8 %, Gas von 22,0 % und die Kernenergie von 12,6 % am Primärenergieverbrauch. Nach wie vor gering ist der Anteil der Wasser- und Windkraft am Primärenergieverbrauch mit 0,9 %, obwohl die Windkraft sich weiter expansiv entwickelt hat. Von Ende 2001 bis Ende 2002 z. B. hat sich die Zahl der Windkraftanlagen von 11 438 auf 13 759 erhöht.

Tab. 4: Primärenergieverbrauch nach Energieträgern
in Petajoule (PJ) bzw. Prozent

Jahr ¹	Steinkohle		Braunkohle		Mineralöl		Naturgase		Kernenergie		Sonstige	
	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%
1950	2 893	72,8	607	15,2	185	4,7	3	0,1	-	-	284	7,2
1960	3 760	60,7	856	13,8	1 301	21,0	32	0,5	-	-	249	4,0
1970	2 839	28,8	896	9,1	5 242	53,1	543	5,5	61	0,6	289	2,9
1980	2 259	19,8	1 149	10,0	5 443	47,6	1 887	16,5	420	3,7	278	2,4
1990	2 307	15,6	3 200	21,6	5 234	35,4	2 315	15,6	1 448	9,8	290	2,0
1995 ²	2 060	14,4	1 734	12,2	5 689	39,9	2 826	19,8	1 682	11,8	278	1,9
2000 ^{2,3}	2 008	14,0	1 547	10,8	5 500	38,3	3 025	21,1	1 849	12,9	427	2,9
2001 ^{2,3}	1 928	13,2	1 630	11,1	5 579	38,2	3 154	21,6	1 868	12,8	443	3,1
2002 ^{2,3}	1 885	13,2	1 659	11,6	5 363	37,4	3 142	22,0	1 800	12,6	456	3,2

1 Bis einschl. 1989 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland.

2 Auf Basis des Wirkungsgradansatzes berechnet.

3 Vorläufige Angaben.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland bzw. DIW.

Tab. 5: Anteil¹ der Kernenergie in der Europäischen Union
an der Stromerzeugung 2001

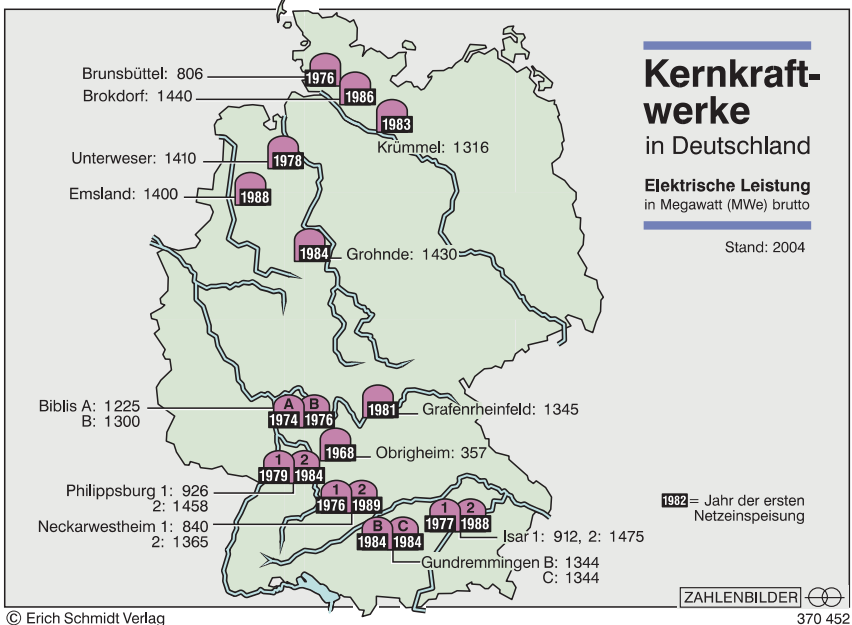
Land	%	Land	%
Niederlande	4,2	Finnland	30,5
Vereinigtes Königreich	23,4	Schweden	43,9
Spanien	26,8	Belgien	58,2
Deutschland	28,4 ²	Frankreich	76,7

1 Quelle: Electricity Information, IEA Paris.

2 2002. – Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland bzw. DIW.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost wird seit 1991 keine Atomenergie mehr erzeugt. Die Kernenergie blieb 2002 mit 28,4 % der wichtigste Energieträger für die Stromerzeugung, gefolgt von der Braunkohle (27,4 %) und Steinkohle (23,2 %). Der Anteil von Erdgas lag bei 9,3 % und von Heizöl bei 1 %. Die Windkraft trug knapp 3 % zur Stromerzeugung bei. Wichtigste erneuerbare Energie bei der Stromerzeugung blieb die Wasserkraft mit einem Anteil an der Stromerzeugung von gut 4 %. Innerhalb der EU hat in Frankreich (77 %) die Atomenergie den höchsten Anteil an der Stromerzeugung, gefolgt von Belgien (58 %) und Schweden (44 %). 2002 waren in Deutschland 18 Kernkraftwerke in Betrieb.

Abb. 1: Kernkraftwerke



Bei den Endabnehmern wirkt sich die geänderte Bedeutung der Energieträger – bei längerfristiger Beobachtung – in nachlassendem Heizölverbrauch, aber einer wachsenden Nachfrage nach Gas, Strom und Kraftstoff aus (siehe Tab. 6).

Tab. 6: Endenergieverbrauch nach Energieträgern in Petajoule (PJ) bzw. Prozent

Jahr ¹	Feste Brennstoffe		Kraftstoffe		Heizöl		Gas		Strom		Fernwärme	
	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%
1950	2 041	80,3	112	4,4	16	0,6	235	9,3	122	4,8	12	0,5
1960	2 398	56,2	475	11,1	547	12,8	471	11,0	340	8,0	34	0,8
1970	1 356	20,1	1 197	17,8	2 586	38,4	759	11,3	718	10,6	127	1,9
1980	796	10,6	1 736	23,1	2 283	30,3	1 432	19,0	1 115	14,8	163	2,2
1990	1 597	16,9	2 523	26,8	1 448	15,4	1 873	19,9	1 606	17,0	381	4,0
1995	760	8,1	2 695	28,9	1 593	17,1	2 260	24,2	1 649	17,7	366	3,9
2000 ²	716	7,7	2 804	30,4	1 249	13,6	2 377	25,8	1 739	18,9	328	3,6
2001 ²	702	7,4	2 736	28,9	1 427	15,0	2 508	26,5	1 753	18,5	346	3,7
2002 ²	678	7,3	2 705	29,4	1 266	13,7	2 462	26,7	1 779	19,3	335	3,6

1 Bis einschl. 1989 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland.

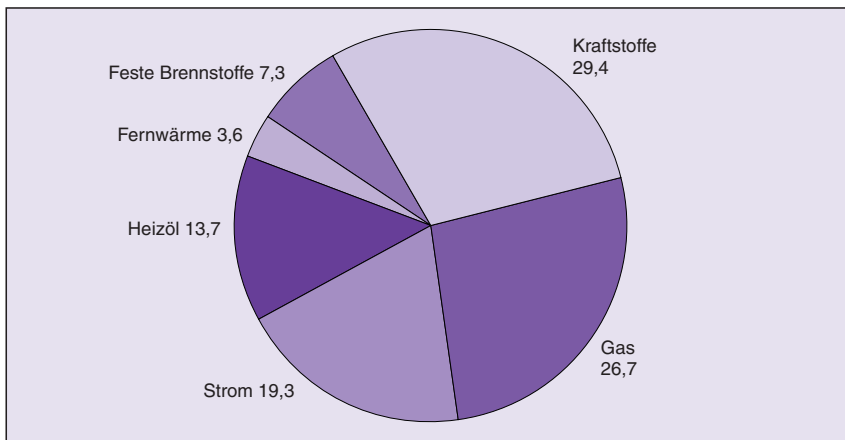
2 Vorläufige Angaben.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland bzw. DIW.

18.6 Energieverbraucher

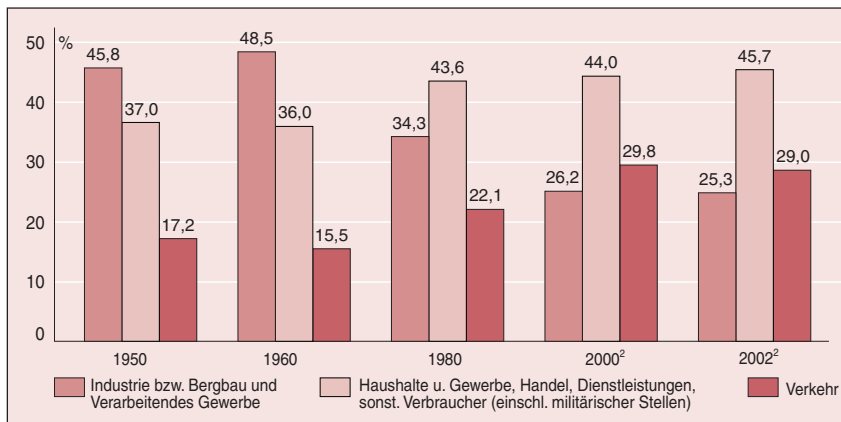
Der Energiebedarf für die drei Verbrauchergruppen Industrie, Verkehr, Haushalte (einschl. Kleinverbraucher) entwickelte sich in der Vergangenheit unterschiedlich. Während im früheren Bundesgebiet 1950 noch die Industrie mit einem Anteil von rund

Abb. 2: Anteil der Energiearten am Endenergieverbrauch 2002 in Prozent



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland bzw. DIW.

Abb. 3: Verbrauch an Endenergie¹ nach Verbrauchergruppen



¹ Bis 1980 früheres Bundesgebiet, 2000 und 2002 Deutschland.

² Vorläufige Angaben.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland bzw. DIW.

46 % Hauptabnehmer von Endenergie war und die Haushalte und Kleinverbraucher nur mit 37 % am Endverbrauch partizipierten, hat sich das Verhältnis mittlerweile umgekehrt.

Bei einem Endenergieverbrauch von 9 225 Petajoule im Jahr 2002 entfielen 45,7 % auf Haushalte und den Sektor Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und sonstige Verbraucher (einschl. Militär). Der Anteil der Industrie lag bei 25,3 % und der Anteil des Verkehrs bei 29,0 %. Die Ursachen für diese Entwicklung liegen insbesondere in der zunehmenden Ausstattung der privaten Haushalte mit elektrischen Haushaltsgeräten, in gestiegenen Verkehrsleistungen und im relativ sparsameren Einsatz im Rahmen der Industrieproduktion.

18.7 Energiepreise

Kaum ein anderer Teilbereich im Preisindex für die Lebenshaltung hat ähnlich starke Preisschwankungen aufzuweisen wie die Warengruppe »Energie«. In dieser Entwicklung kommen die Preisschübe auf den internationalen Rohölmärkten und ihre Folgewirkungen zum Ausdruck. Der Durchschnittswert je eingeführter Tonne Rohöl ist von 31 Euro im Jahre 1970 auf 318 Euro im Jahre 1985 gestiegen, also auf mehr als das Zehnfache. Danach war aber ein umgekehrter Trend fallender Preise feststellbar, deren vorläufiger Tiefstand 1995 mit 95 Euro pro Tonne erreicht wurde. Nach einem kurzen Anstieg in den Jahren 1996 und 1997 fiel 1998 der Preis noch weiter auf 87 Euro je Tonne. In den folgenden Jahren stieg der Durchschnittswert für Rohöl bis zum Jahr 2000 auf 227 Euro je Tonne an. In den Jahren 2002 und 2003 blieben die Preise relativ konstant mit 190 bzw 191 Euro je Tonne, während im laufenden Jahr 2004 bereits ein Durchschnittswert von 221 Euro je Tonne Rohöl gezahlt werden musste.

Preisunterschiede bei den einzelnen Förderländern haben neben anderen Ursachen (z. B. neue Funde) zu einer Änderung der Rangfolge der Lieferanten geführt (vgl. Tab. 8). 1976 stammten über 90 % der bundesdeutschen Ölimporte aus OPEC-Staaten,

Tab. 7: Einfuhr von rohem Erdöl nach Wert und Menge¹

Jahr	Mill. EUR	1 000 t	EUR je t	Jahr	Mill. EUR	1 000 t	EUR je t
1970	3 036	98 786	31	1995	9 542	100 328	95
1975	10 082	88 414	114	1996	12 263	102 990	119
1980	22 583	96 876	233	1997	12 668	99 096	128
1985	20 410	64 193	318	1998	9 390	107 892	87
1990	10 326	72 400	143	1999	12 574	103 572	121
1991	11 618	89 951	129	2000	23 793	105 008	227
1992	11 231	97 309	115	2001	21 356	104 627	204
1993	10 630	99 446	107	2002	19 854	104 353	190
1994	10 556	106 844	99	2003	21 336	111 333	191

¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Tab. 8: Einfuhr von rohem Erdöl aus den wichtigsten Förderländern

Ursprungsland	2002		2003	
	1 000 t	EUR je t	1 000 t	EUR je t
Russische Föderation	31 354	179	33 173	173
Norwegen	20 885	199	21 598	201
Vereinigtes Königreich	13 806	194	17 125	210
Libyen	7 887	198	8 845	201
Syrien	6 707	183	6 557	185
Kasachstan	5 080	204	6 215	203
Saudi Arabien	3 496	181	4 034	167
Algerien	3 907	213	3 634	213
Nigeria	2 498	197	2 863	209
Dänemark	2 700	185	2 334	199
Aserbaidshjan	1 429	194	966	195
Venezuela	808	151	892	146

1990 noch 52 % und 2003 nur noch ca. 20 %. Demgegenüber erhöhte sich im gleichen Zeitraum der Anteil des Nordseeöls von rund 1 % auf 30 %. Die wichtigsten Länder, aus denen die Bundesrepublik Deutschland Mineralöl bezog, waren 2003 die Russische Föderation, Norwegen, das Vereinigte Königreich, Libyen und Syrien.

In den letzten Jahrzehnten hat der Anteil von Erdgas am Energieverbrauch einen immer größeren Anteil gewonnen. Der Erdgasverbrauch wird zu ca. einem Fünftel aus deutscher Produktion und zu vier Fünftel aus Importen gedeckt.

Tab. 9: Einfuhr von Erdgas

Jahr	1000 t	Mill. EUR	EUR je t
1999	63 657	5 321	84
2000	64 259	9 490	148
2001	63 438	12 383	195
2002	74 355	12 372	166
2003	84 484	14 853	176

19 Umwelt

19.1 Umweltökonomische Trends

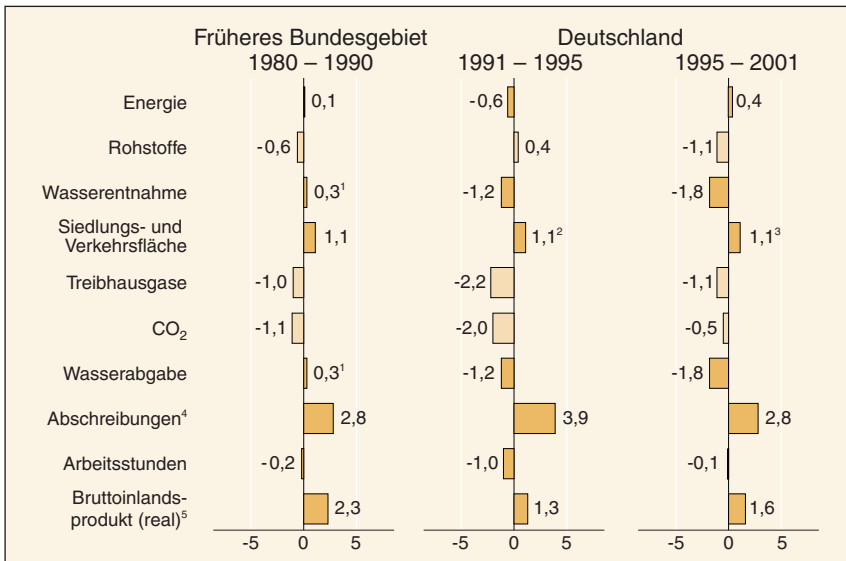
Die Schädigung und die Schutzwürdigkeit der natürlichen Umwelt haben in den vergangenen Jahren im Bewusstsein der Allgemeinheit, in der Medienlandschaft und in den Parteiprogrammen wesentlich an Bedeutung gewonnen. Persönlich erfahrene Umweltbelastungen wie Lärm, Luft- und Wasserverschmutzung führten in weiten Bevölkerungskreisen zu einem geschärften Bewusstsein für die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen. Zunehmend wird deutlich, dass Umwelt- und Wirtschaftspolitik aufeinander abgestimmt werden müssen, dass Management und Umweltschutz ihre langfristigen Ziele nur in Zusammenarbeit und nicht über Konfrontation erreichen können. Spätestens seit der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro ist das Schlagwort *sustainability* oder nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung allgemein bekannt. Dahinter verbirgt sich die ökonomische Grundregel, dass ein Kapitalstock, aus dem Einkommen erzielt wird, im alten Zustand (intakt) gehalten werden muss, und zwar – das ist das entscheidend Neue an diesem Ziel – auch und gerade über die zeitlichen Grenzen der Gegenwart hinaus. Das Naturvermögen soll an unsere Kinder möglichst in dem Zustand und Wert übergeben werden, wie wir es von unseren Eltern erhalten haben – Verantwortung für die Zukunft als neues Prinzip. Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit sind Maßnahmen von Interesse und Bedeutung, die die Effizienz des Einsatzes natürlicher Ressourcen verbessern, die einen Strukturwandel zu umweltschonenderen wirtschaftlichen Tätigkeiten fördern und die auch im Verhalten der Konsumenten die Inanspruchnahme von Umweltgütern auf das erforderliche Mindestmaß reduzieren.

Eine längerfristige Betrachtung der Entwicklung der Einsatzmenge natürlicher Faktoren unter diesem Aspekt zeigt, dass deren Nutzung im Zeitraum von 1960 bis 1980 gestiegen, in den 80er- und 90er-Jahren aber – mit Ausnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche – wieder zurückgegangen ist. Allerdings sind bei differenzierterer Betrachtung in diesen 20 Jahren keine völlig einheitlichen Trends erkennbar.

Einheitliche Trends lassen sich für das Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsfläche sowie für den Rückgang von CO₂- und Treibhausgasen in den 80er-Jahren für das frühere Bundesgebiet sowie in der ersten und der zweiten Hälfte der 90er-Jahre für Deutschland beobachten. Die Inanspruchnahme von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke stieg in den 80er-Jahren im früheren Bundesgebiet durchschnittlich um 1,1 % pro Jahr. Der gleiche konstante jährliche Zuwachs ist auch im Zeitraum von 1993 bis 2001 zu verzeichnen. Sowohl bei den CO₂- als auch bei den Treibhausgasen fiel der durchschnittliche jährliche Rückgang in den 90er-Jahren höher als in den 80er-Jahren aus.

Der Einsatz der übrigen Naturfaktoren hat sich in den drei Betrachtungszeiträumen (80er-Jahre sowie erste und zweite Hälfte der 90er-Jahre) unterschiedlich entwickelt.

Abb. 1: Einsatz von Umweltressourcen für wirtschaftliche Zwecke
 Mengen- bzw. Volumenentwicklung 1980–2001
 Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent



- 1 Veränderung 1960 gegenüber 1990.
- 2 Veränderung 1997 gegenüber 1993.
- 3 Veränderung 2001 gegenüber 1997.
- 4 Früheres Bundesgebiet in Preisen von 1991, Deutschland in Preisen von 1995.
- 5 In Preisen von 1995.

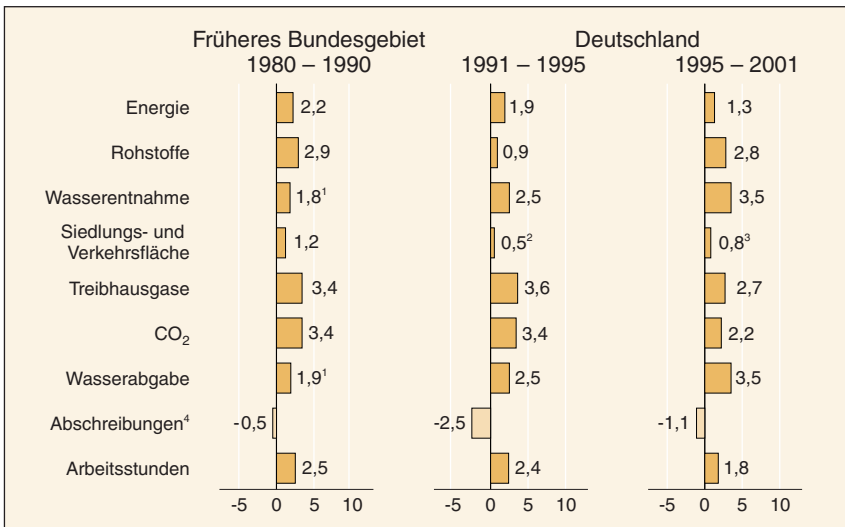
Beim Energieverbrauch sind nur relativ geringe Unterschiede zwischen den Jahren festzustellen. So war in den 80er-Jahren im früheren Bundesgebiet eine geringe Zunahme um durchschnittlich 0,1 % pro Jahr zu verzeichnen. Der Rückgang in Deutschland fiel in der ersten Hälfte der 90er-Jahre mit durchschnittlich 0,6 % etwas höher als in der zweiten Hälfte (durchschnittlich +0,4 %) aus. Der Rohstoffeinsatz ist in der ersten Hälfte der 90er-Jahre – nicht zuletzt durch den Bauboom in den neuen Ländern – um durchschnittlich 0,4 % pro Jahr gewachsen. Der Rückgang in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre liegt dagegen mit 1,1 % pro Jahr mittlerweile höher als in den 80er-Jahren im früheren Bundesgebiet (–0,6 %). Sowohl bei der Wasserentnahme aus der Natur als auch bei der mengenmäßigen Wasserabgabe ist in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre mit 1,8 % jährlich ein deutlich höherer Rückgang als in der ersten Hälfte (–1,2 %) zu verzeichnen. In den 80er-Jahren wiesen beide noch einen leichten Zuwachs (+0,3 %) auf. Insgesamt ging somit bei den meisten der betrachteten Produktionsfaktoren der mengenmäßige Einsatz, der das Ausmaß der Belastungen der Umwelt aufzeigt, in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre zurück, und zwar in teil-

weise deutlich stärkerem Ausmaß als in den 80er-Jahren im früheren Bundesgebiet. Lediglich der Flächenverbrauch weist nach wie vor relativ stabile Zuwachsraten auf hohem Niveau aus.

Vor dem Hintergrund einer solchen Betrachtungsweise sind die Entnahme von Ressourcen aus der Natur und ihre Verarbeitung sowie die Nutzung der daraus hergestellten Produkte und die Beseitigung der entstehenden Reststoffe mit Belastungen von Mensch und Umwelt verbunden. Das Ausmaß der Belastung hängt somit auch von der Menge der in Anspruch genommenen Ressourcen ab und nicht nur von der Art und Weise der Ressourcennutzung. Eine Einschätzung der Frage, wie effizient mit den einzelnen Einsatzfaktoren für die Produktion umgegangen wird, liefert das Verhältnis von gesamtwirtschaftlicher Leistung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – zu den verschiedenen Einsatzgrößen (so genannte Produktivitäten). Ihre Entwicklung über längere Zeiträume kann darüber Auskunft geben, wie sich das Verhältnis dieser Faktoren u. a. durch technischen Fortschritt verändert.

Die Effizienz bei der Nutzung der natürlichen Einsatzfaktoren – gemessen als Produktivität, d. h. als wirtschaftliche Leistung (reales Bruttoinlandsprodukt) je Einheit eines Einsatzfaktors – erhöhte sich für alle betrachteten Faktoren in den 80er- und 90er-

Abb. 2: Einsatz von Umweltressourcen für wirtschaftliche Zwecke
Produktivität (reales Bruttoinlandsprodukt je Einheit) 1980–2001
Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent



1 Veränderung 1960 gegenüber 1990.

2 Veränderung 1997 gegenüber 1993.

3 Veränderung 2001 gegenüber 1997.

4 Früheres Bundesgebiet in Preisen von 1991, Deutschland in Preisen von 1995.

Jahren, allerdings in jeweils unterschiedlichem Ausmaß. Insbesondere bei einem Vergleich der zweiten Hälfte der 90er-Jahre mit den 80er-Jahren führt die Effizienzbetrachtung zu anderen Ergebnissen als die Betrachtung der absoluten Einsatzmengen. Während bei den absoluten Einsatzmengen in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre in Deutschland höhere Rückgänge bzw. geringere Zuwächse als in den 80er-Jahren zu verzeichnen waren, ergibt die Produktivitätsbetrachtung hier ein differenziertes Bild: Bei der Wasserentnahme aus der Natur und der Wasserabgabe an die Natur waren in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre die durchschnittlichen jährlichen Produktivitätssteigerungen höher als in den 80er-Jahren (3,5 % gegenüber 1,8 % bzw. 1,9 %). Dagegen wiesen die Faktoren Energie, Rohstoffe, Treibhausgase und Kohlendioxid ge-

Tab. 1: Einsatz von Umweltressourcen für wirtschaftliche Zwecke¹

	Maßeinheit	Früheres Bundesgebiet		Deutschland		
		1980	1990	1991	1995	2001
Primärenergieverbrauch	Petajoule	11 436	11 495	14 467	14 269	14 602
Rohstoffentnahme und Import ²	Mill. t	1 195	1 130	1 460	1 485	1 386
Wasserentnahme aus der Natur ⁶	Mill. m ³	.	46 440	51 344	48 831	43 899
Siedlungs- und Verkehrsfläche	km ²	27 310	30 452 ³	40 305 ⁴	42 052 ⁵	43 439
Treibhausgase	Mill. t CO ₂ -Äquivalent	950	857	1 160	1 062	995
dar.: Kohlendioxid (CO ₂)	Mill. t	792	709	976	899	871
Abschreibungen ⁷	Mrd. EUR	124	163	229	266	315
Arbeitsstunden	Mrd. Std.	47	46	60	57,4	57,4
Bruttoinlandsprodukt ⁸	Mrd. EUR	1 179	1 480	1 711	1 801	1 986

1 Werte für das Jahr 2001 zum Teil geschätzt.

2 Nur verwertete Entnahme.

3 1989.

4 1993.

5 1997.

6 Einschl. Fremd- und Regenwasser.

7 Für früheres Bundesgebiet in Preisen von 1991, für Deutschland in Preisen von 1995.

8 In Preisen von 1995.

ringere Produktivitätsfortschritte als in den 80er-Jahren auf. Für alle natürlichen Einsatzfaktoren mit Ausnahme des Energieverbrauchs und der Siedlungs- und Verkehrsfläche lag der Fortschritt der Produktivität in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre über den Steigerungen der Arbeitsproduktivität von 1,8 %.

Zu diesen Themenbereichen hat die Bundesregierung umweltbezogene Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt um nachhaltiges Wirtschaften zu fördern. Dabei sind die Indikatoren in den meisten Fällen mit quantitativen Zielwerten versehen, so dass die tatsächliche Entwicklung im Lichte der gesellschaftlich festgelegten Zielvorgaben betrachtet werden kann.

Umweltrelevante Nachhaltigkeitsindikatoren

Zu den umweltbezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren, die im Frühjahr 2002 von der Bundesregierung festgelegt wurden, gehören:

- Rohstoff- und Energieproduktivität
- Treibhausgasemissionen (Treibhausgasemissionen insgesamt und CO₂-Emissionen)
- Anteil der erneuerbaren Energie am gesamten Energieverbrauch
- Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche
- Entwicklung des Bestandes bestimmter Tierarten
- Transportintensität und Anteil der Bahn am Transportaufkommen
- Anteil des Biolandbaus und Stickstoffüberschuss
- Luftschadstoffe

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 2002

Die Indikatoren Rohstoffproduktivität, Energieproduktivität, Treibhausgasemissionen insgesamt, CO₂-Emissionen, Inanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsfläche sowie Emissionen von Luftschadstoffen können durch einen einheitlichen Gesamtrechnungsdatensatz unterlegt werden, der sowohl den Wirtschaftsprozess selbst als auch die damit zusammenhängenden Umwelteinwirkungen integriert abbildet. Dieser Datenhintergrund eröffnet zum Beispiel die Möglichkeit, die anhand der Indikatoren gemessenen Umwelteinwirkungen im Zusammenhang mit den verursachenden wirtschaftlichen Aktivitäten zu analysieren. Eine solche Analyse von Ursache-Wirkungsbeziehungen ist zumeist eine notwendige Grundlage zur Formulierung von Maßnahmen zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung.

Bei den Luftschadstoffen – zu diesen werden Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffoxide (NO_x), flüchtige organische Verbindungen ohne Methan (NMVOC) und Ammoniak (NH₃) gezählt – soll nach der Zielvorgabe in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung eine Reduzierung des Ausstoßes um 70 % zwischen 1990 und 2010 erreicht werden. Bis 2001 verringerten sich die Emissionen bereits um fast die Hälfte (–49,3 %), das entspricht einer mittleren jährlichen Abnahme um 4,5 Prozentpunkte. Besonders stark war der Rückgang bei Schwefeldioxid (SO₂) mit 88 % (–4,7 Mill. Tonnen). Der Ausstoß von NMVOC verminderte sich um rund 50 % (–1,6 Mill. Tonnen), der Stickoxidausstoß ging um 42 % (–1,1 Mill. Tonnen) zurück, und die Emissionen von NH₃ sanken um 18 % (–13 Mill. Tonnen). Hauptverantwortlich für diese Entwicklungen waren vor allem die Bereiche »Elektrizität« und »Kokerei, Mineralölverarbeitung« durch drastische Reduktionen bei SO₂, die Landwirtschaft, die durch eine Verminderung der tierischen Produktion nahezu alleine den NH₃-Emissionsrückgang ermöglichte, sowie die privaten Haushalte bei den NMVOC. In den verbleibenden Jahren bis zum Zieljahr 2010 müsste sich der jährliche Rückgang der Luftschadstoffe rechnerisch nur noch auf 2,3 % belaufen, damit der vorgegebene Zielwert der Nachhaltigkeitsstrategie erreicht wird, d. h. auch bei sich deutlich abschwächendem Reduktionstempo kann der Zielwert erreicht werden.

Ähnlich fällt der Ist-Soll-Vergleich beim Ausstoß von Treibhausgasen aus. Hier hat sich die Bundesregierung im Rahmen des Kyoto-Protokolls und der daran anschließenden EU-internen Lastenverteilung verpflichtet, die Emissionen für Deutschland bis zum Jahre 2010 (2008–2012), gemessen an dem Basiswert von 1990, um insgesamt 21 % zu vermindern. Bis 2001 betrug die durchschnittlich jährliche Reduktion etwa 19,8 Mill. Tonnen. Um die Zielvorgabe zu erreichen, müsste der Ausstoß zukünftig bis zum Zieljahr 2010 noch um 4,1 Mill. Tonnen jährlich zurückgehen, also um deutlich weniger als in der Vergangenheit. An der Reduktion der drei wichtigsten Treibhausgase waren die »Elektrizität« mit 4,8 Mill. Tonnen jährlicher Senkung, der Bereich »Kokereien, Mineralölverarbeitung« mit 2,6 Mill. Tonnen pro Jahr und der Bereich »chemische Erzeugnisse« mit jährlich 1,9 Mill. Tonnen maßgeblich beteiligt. Zusammen mit den privaten Haushalten (–1,0 Mill. Tonnen) verursachten diese Bereiche im Jahr 2001 rund 62 % der gesamten Emissionen.

Für das wichtigste Treibhausgas, nämlich Kohlendioxid hat die Bundesregierung allerdings im Vergleich zu dem Ziel für Treibhausgase insgesamt ein weitaus ehrgeizigeres nationales Ziel formuliert, das eine Reduzierung des Ausstoßes zwischen 1990 und 2005 um 25 % vorsieht. Die bisherige durchschnittliche Reduktion zwischen 1990 und 2001 belief sich auf 13,1 Mill. Tonnen pro Jahr. Damit das Ziel noch erreicht werden kann, müsste sich der Emissionsrückgang in den verbleibenden Jahren deutlich auf jährlich 27,5 Mill. Tonnen beschleunigen.

Zum Energie- und Rohstoffverbrauch hat die Bundesregierung kein absolutes mengenmäßiges Minderungsziel gesetzt, sondern fordert eine Verbesserung der jeweiligen Umweltproduktivität. Die Energieproduktivität – das bedeutet das Verhältnis von realem Bruttoinlandsprodukt zum Primärenergieverbrauch im Inland – soll sich zwischen 1990 und 2020 verdoppeln. Bis zum Jahr 2002 ist sie um insgesamt 27,1 Euro je Gigajoule (GJ) gestiegen; das bedeutet eine jährliche Zunahme um 2,3 Euro je GJ. Diese Zunahme ist das Resultat einer gestiegenen wirtschaftlichen Leistung bei einem gleichzeitigen leichten Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Energieverbrauchs. Zwar erhöhte sich der direkte Energieverbrauch der privaten Haushalte im Zeitraum 1991 bis 2001 durchschnittlich jährlich um 25,9 Petajoule (PJ), aber bei der Produktion war ein jährlicher Rückgang von durchschnittlich 26,4 PJ zu verzeichnen. Deutliche Beiträge zur Reduktion des Energieeinsatzes bei der Produktion lieferten der Bereich »chemische Erzeugnisse« (–6,7 PJ) sowie der Bereich »Elektrizität« (–13,6 PJ). Zur Erreichung des angestrebten Zieles der Verdopplung der Energieproduktivität wäre bis zum Jahr 2020 bei einer unterstellten gleichbleibenden Entwicklung rechnerisch ein weiterer jährlicher Anstieg um 4,7 Euro/GJ erforderlich. Dies bedeutet, dass gegenüber den 2,3 Euro je GJ in der Vergangenheit eine erhebliche Beschleunigung des Produktivitätsanstiegs notwendig wäre.

Auch für die Rohstoffproduktivität – das Verhältnis von realem Bruttoinlandsprodukt zur inländischen Entnahme abiotischer Rohstoffe zuzüglich Import von abiotischen Gütern – wird in der Nachhaltigkeitsstrategie, diesmal für den Zeitraum 1994 bis 2020, eine Verdoppelung angestrebt. Die Rohstoffproduktivität ist von 1994 bis 2002 durchschnittlich um 42,8 Euro je Tonne pro Jahr gestiegen. Diese Rohstoffpro-

duktivitätssteigerung entstand – analog zur Verbesserung der Energieproduktivität – durch einen rückläufigen Materialverbrauch bei gleichzeitig gestiegenem Bruttoinlandsprodukt. Der Rückgang des Rohstoffeinsatzes um durchschnittlich 28,6 Mill. Tonnen pro Jahr war insbesondere geprägt durch eine deutliche Verminderung der Entnahme von »Mineralien, Steinen und Erden« um durchschnittlich 22,4 Mill. Tonnen pro Jahr als Folge einer erheblich abgeschwächten Bautätigkeit in den letzten Jahren. Damit der Sollwert erreicht werden kann, müsste sich der jahresdurchschnittliche Produktivitätsanstieg von bisher 42,8 Euro pro Tonne für die Jahre nach 2002 auf 45,2 Euro pro Tonne beschleunigen, d. h. das bisherige Entwicklungstempo ist noch ein wenig zu langsam.

Zusammengefasst lässt sich Folgendes feststellen:

- Mit Ausnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche entwickeln sich die genannten umweltbezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren trendmäßig in die angestrebte Richtung.
- Die Zielvorgaben der Bundesregierung bezüglich der beiden Indikatoren Luftschadstoffe und Treibhausgasausstoß können bei Beibehaltung des bisherigen durchschnittlichen Entwicklungstempos erreicht werden.
- Bei den Indikatoren Kohlendioxidemissionen und Energieproduktivität ist dagegen eine erhebliche, beim Indikator Rohstoffproduktivität immerhin noch eine leichte Beschleunigung der bisherigen Entwicklung erforderlich, um das gesetzte Soll zu erfüllen.

Die hier dargestellten Ergebnisse zeigen, inwieweit die Veränderungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen zu Belastungen von Natur und Umwelt beitragen. Im Folgenden wird auf ausgewählte umweltrelevante Themen, wie Luftbelastung, Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung, näher eingegangen.

19.2 Umweltbelastungen

19.2.1 Bodennutzung

Die Umweltrelevanz des Themas Bodennutzung hängt zusammen mit der begrenzten Ressource Boden und der Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsflächen (SuV). Der zunehmende SuV-Anteil an der Bodenfläche im Verhältnis zum Anteil der land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen sowie die zunehmende Landschaftszerschneidung durch Verkehrstrassen sind mit negativen Umweltauswirkungen verbunden. Zu nennen sind hier beispielsweise Konflikte zwischen Verkehrswachstum und Erholungsnutzung, der Lebensraumverlust und die Barrierewirkung für wildlebende Tierarten und die Ausbreitung von Schadstoffen.

Die Bodenfläche Deutschlands wurde Anfang 2001 (Stichtag der Flächenerhebung ist jeweils der 31.12. des Vorjahres) wie folgt genutzt: Für Landwirtschaftszwecke wurde mit 53,5 % der größte Flächenanteil in Anspruch genommen, gefolgt von der

Waldfläche mit 29,5 %. Für Siedlungs- und Verkehrszwecke wurden 12,3 % der Fläche benötigt. Von Wasserflächen waren 2,3 % und von Sonstigen Flächen (Abbauland, Unland u. a.) 2,4 % der Bodenfläche bedeckt. Für Anfang 2003 liegt mit 12,5 % inzwischen noch ein aktuellerer Wert für den Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Bodenfläche Deutschlands vor (vgl. Tab. 2).

Die Beobachtung und Steuerung der Entwicklung der Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke spielt eine wichtige Rolle in der bereits erwähnten Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Als Indikator dient die durchschnittliche tägliche Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Diese Größe stieg in den vergangenen Jahren von 120 ha/Tag (Durchschnitt von 1993–1997) über 124 ha/Tag (1997–1998) auf 131 ha/Tag in den drei folgenden Jahreszeiträumen (die beiden letzt-

Tab. 2: Bodenfläche nach Nutzungsarten
in km²

Nutzungsart	2001	2002	2003
Gebäude- und Freifläche	23 081	23 299	23 503
Betriebsfläche ohne Abbauland	732	759	784
Erholungsfläche	2 659	2 759	2 831
Verkehrsfläche	17 118	17 199	17 280
darunter:			
Straße, Weg, Platz	15 264	.	.
Landwirtschaftsfläche	191 028	.	.
Waldfläche	105 314	.	.
Wasserfläche	8 085	.	.
Flächen anderer Nutzung	7 219	.	.
darunter:			
Friedhof	350	351	352
Unland	2 666	.	.
Bodenfläche insgesamt	357 031	357 033	357 037
Nachrichtlich:			
Siedlungs- und Verkehrsfläche	43 939	44 367	44 750

genannten Zahlen basieren auf Hochrechnungen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung). Zwischen 2001 und 2002 war dagegen ein Rückgang auf 117 ha/Tag zu verzeichnen, der sich im Zeitraum 2002 bis 2003 auf 105 ha/Tag fortsetzte. Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie ist eine Reduktion des täglichen Zuwachses der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf 30 ha/Tag im Jahr 2020.

Die Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche in den letzten beiden Jahren weist also erstmals seit 1993 in die angestrebte Richtung. Beeinflusst sein dürfte sie insbesondere durch den deutlichen Einbruch bei den Bauinvestitionen ab dem Jahr 2001. In Anbetracht dieses zu vermutenden Zusammenhangs kann gegenwärtig noch nicht von einer deutlichen Trendumkehr bei der Inanspruchnahme von Fläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke gesprochen werden.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) setzt sich aus folgenden Nutzungsarten zusammen (Anteile Anfang 2003): Gebäude- und Freifläche (Flächen mit Gebäuden und unbebaute Flächen, die Zwecken der Gebäude untergeordnet sind) 52,5 %, Betriebsfläche (ohne Abbauand) 1,8 %, Verkehrsfläche 38,6 %, Erholungsfläche 6,3 % und Friedhöfe 0,8 %. Die nähere Betrachtung dieser Kategorien zeigt, dass »Siedlungs- und Verkehrsfläche« und »versiegelte Fläche« nicht gleichgesetzt werden können, da in die SuV auch unbebaute und nicht versiegelte Flächen eingehen.

Angaben zum Versiegelungsgrad der SuV lassen sich aus der amtlichen Flächenstatistik nicht ableiten. Die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (heute Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) kommt in einer Untersuchung von 1996 auf der Grundlage der nationalen Ergebnisse der Flächenerhebung und von Versiegelungsstudien in Bayern und Nordrhein-Westfalen zum Schluss, dass etwa 41 bis 59 % der SuV in Deutschland versiegelt sind. Aktuelle Länderstudien weisen etwas geringere Versiegelungsgrade der SuV aus. Ein Versiegelungsgrad von unter 50 % kann insofern als plausibler Anhaltspunkt gelten.

Die Ausweitung der Siedlungs- und Verkehrsfläche fand verstärkt in weniger dicht besiedelten Räumen statt. Dies wird deutlich bei der Betrachtung der SuV-Entwicklung getrennt nach Raumordnungseinheiten. Dazu eignen sich die vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung definierten Regionsgrundtypen (Agglomerationsräume, Verstädterte Räume, Ländliche Räume), die sich weitgehend an der Bevölkerungsdichte der betreffenden Areale orientieren. So sind beispielsweise Agglomerationsräume Regionen mit Oberzentren > 300 000 Einwohner oder mit einer Bevölkerungsdichte > 300 Einwohner/km².

Betrachtet man in den genannten Bereichen die Entwicklung zwischen 1997 und 2001 (s. Tab. 3), so zeigt sich eine SuV-Zunahme von 3,8 % in Agglomerationsräumen, 4,8 % in verstädterten Räumen und 5,2 % in ländlichen Räumen. Wie nicht anders zu erwarten, wird der SuV-Zuwachs in den weniger dicht besiedelten Bereichen durch niedrigere Baulandpreise erleichtert. So ist in den Agglomerationsräumen im Jahr

Tab. 3: Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche, Kaufwerte für baureifes Land und Bevölkerungsdichte nach Regionsgrundtypen

Regionsgrundtypen	Siedlungs- und Verkehrsfläche				Durchschnittlicher Kaufwert für baureifes Land	Bevölkerungsdichte
	1997 ¹	2001 ¹	Veränderung		2000	2001 ¹
	km ²		km ²	%	Euro / m ²	Einwohner / km ²
Agglomerationsräume	16 178	16 790	613	3,8	110	445
Verstädterte Räume	17 268	18 096	827	4,8	63	188
Ländliche Räume	8 606	9 053	447	5,2	48	99
Deutschland	42 052	43 939	1 887	4,5	75	230

¹ Erhebungsstichtag für Fläche und Bevölkerung ist der 31.12. des Vorjahres.

2000 ein durchschnittlicher Kaufwert für baureifes Land von 110 Euro/m² anzutreffen, während dieser in den verstädterten Räumen 63 Euro/m² und in den ländlichen Räumen 48 Euro/m² beträgt.

Zur Erreichung des Ziels, die SuV-Zunahme auf maximal 30 ha/Tag im Jahr 2020 zu reduzieren, sieht die Bundesregierung in erster Linie die Länder und Kommunen gefordert, die im Rahmen ihrer Raumordnungs- und Bauleitplanung Festlegungen über die Flächenwidmung treffen. Zur nachhaltigen Entwicklung der Siedlungsstruktur wird einerseits ein quantitativer Ansatz verfolgt. In diesem Zusammenhang spielen Stichworte wie flächensparendes Bauen, kompakte Stadt, Bündelung von Infrastruktur, Bereitstellung von Ausgleichsflächen und Entsiegelung von nicht mehr genutzten Flächen eine Rolle. Andererseits setzt man auf die Berücksichtigung des qualitativen Aspekts bei der Bereitstellung von Flächen. So kann beispielsweise die Verbesserung des Wohnumfeldes in Innenstädten die Bereitschaft der Bevölkerung steigern, das Wohnen in der Stadt wieder als attraktive Alternative zum Haus im Grünen anzuerkennen. Gleichzeitig ist es von Bedeutung, das Landschaftsbild und den Erholungswert des Freiraums im Umfeld der Stadtregionen zu verbessern. In ländlichen Regionen ist die Erhaltung von unzerschnittenen landschaftlichen Freiräumen von besonderer Bedeutung.

19.2.2 Luftbelastung

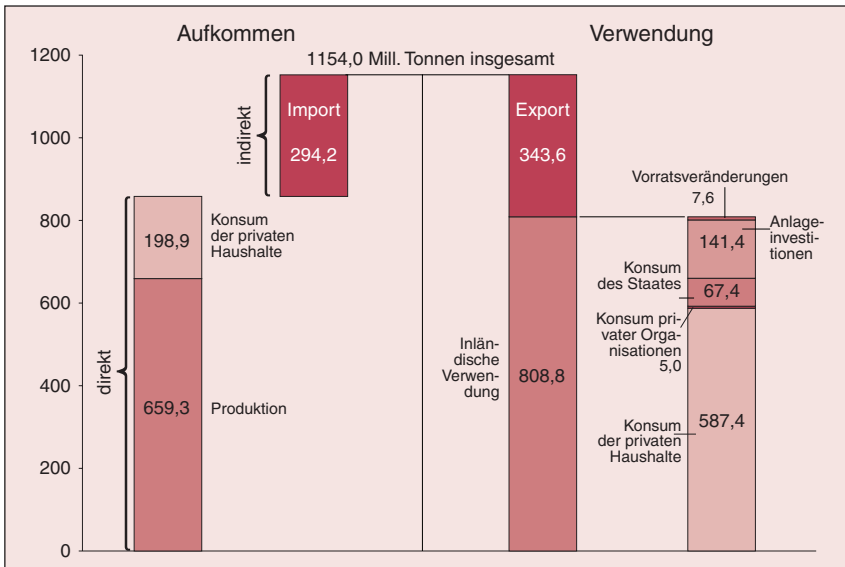
Eine andere Fragestellung, die die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Umwelt in den Vordergrund stellt, ist die nach den Bestimmungsgründen für bestimmte Umweltbelastungen. Dabei reicht es nicht aus, allein die technischen Quellen umweltrelevanter Faktoren zu kennen und statistisch zu unterscheiden. Vielmehr stellen sich folgende Kernfragen:

- Im Zusammenhang mit welchem Gut bzw. welcher Dienstleistung fallen Umweltbelastungen – sozusagen zwangsläufig – als ungewolltes Ergebnis an? Was sind mithin die externen Effekte der Produktion?
- Welchen Stufen der Weiterverarbeitung dienen die Güter und Dienstleistungen und die mit ihnen verbundenen produktionsbedingten Belastungen?
- Wie teilt sich die Gesamtmenge an Umweltbelastungen auf, wenn man sie jeweils den letzten Verwendungszwecken zuweist? Wie hoch sind die Umweltbelastungen durch den privaten Verbrauch?

Alle drei Fragen stehen gleichwertig nebeneinander. Sie verdeutlichen, dass es in einem volkswirtschaftlichen System keinen Sinn macht, nach *einem* Verantwortlichen zu suchen. Wie das Bruttoinlandsprodukt als wirtschaftliche Leistung folgt auch die Belastung der Umwelt einem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage, von Produktion und Verwendung.

Umweltbelastungen entstehen sowohl beim Ge- und Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen als auch bei den zu ihrer Herstellung notwendigen Produktionsprozessen. Die mit der Produktion verbundenen Belastungen sind nämlich an den Konsum indirekt gekoppelt. So entstehen durch Verbrauch von Strom im Haushalt

Abb. 3: Aufkommen und Verwendung von CO₂-Emissionen 2000
in Mill. Tonnen



selbst keine Schadstoffe, wohl aber bei der Erzeugung des Stroms im Kraftwerk. Das Beispiel zur Darstellung der Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) im Jahre 2000 kann dies verdeutlichen (s. Abb. 3).

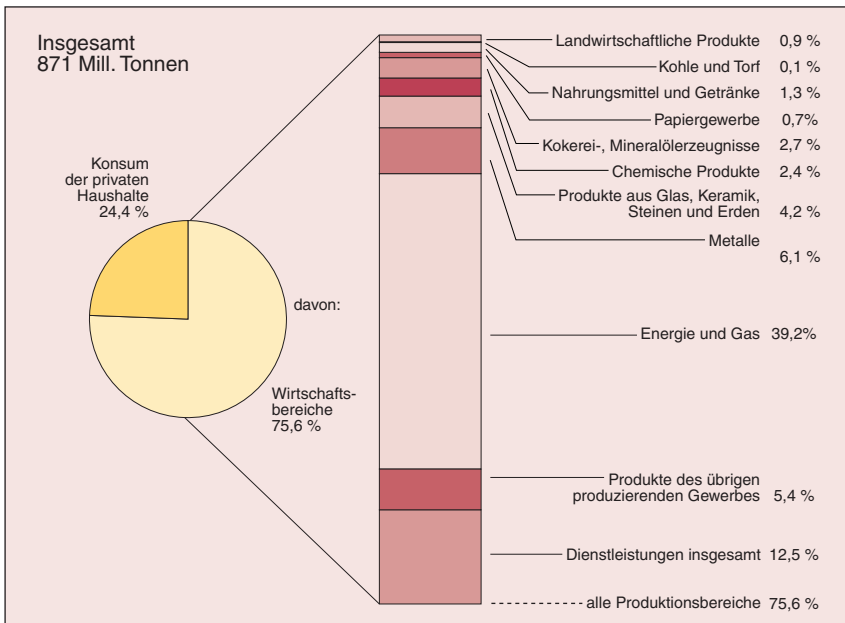
Der Energieverbrauch und die damit ausgelösten CO₂-Emissionen können, in Analogie zur Darstellung der Einkommens- und Wertschöpfungsgrößen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, sowohl von der Entstehungs- als auch von der Verwendungsseite her betrachtet werden. Denn CO₂-Emissionen entstehen einerseits bei der Herstellung der Güter, zum Teil auch direkt bei den Konsumaktivitäten der privaten Haushalte (beispielsweise Raumheizung oder Individualverkehr), andererseits werden sie aber durch die Endnachfrage nach Gütern ausgelöst. Die Verwendungsseite bei den CO₂-Emissionen setzt sich – wie in Abbildung 3 dargestellt – zusammen aus den Komponenten Export (343,6 Mill. Tonnen) sowie der inländischen Verwendung (808,8 Mill. Tonnen). Letztere umfasst als wesentliche Positionen die Emissionen durch den Güterkonsum der privaten Haushalte (587,4 Mill. Tonnen), durch den Güterkonsum des Staates (67,4 Mill. Tonnen) sowie durch die Anlageinvestitionen (141,6 Mill. Tonnen). Die Aufkommensseite zeigt die direkten Emissionen, unterteilt nach den Aktivitäten Produktion und Konsum der privaten Haushalte, sowie Emissionen, die bei der Herstellung der importierten Güter in der übrigen Welt (indirekte Emissionen) entstanden sind. Der durch wirtschaftliche Aktivitäten bedingte direkte Ausstoß von Kohlendioxid in Deutschland belief sich 2000 auf 858,1 Mill. Tonnen.

Davon wurden 659,3 Mill. Tonnen (76,8 %) bei der Produktion von Waren und Dienstleistungen abgegeben und 198,9 Mill. Tonnen (23,2 %) entstanden direkt durch die Konsumaktivitäten der privaten Haushalte.

Fragt man nach den Wirtschaftsbereichen, in denen die Treibhausgase unmittelbar entstanden sind, ergibt sich folgendes Bild (s. Abb. 4).

Die Verteilung der Emissionen nach den Wirtschaftsbereichen zeigt deutliche Schwerpunkte. 76 % der gesamten direkten Emissionen 2001 wurden durch die Produktion von Waren und Dienstleistungen verursacht und 24 % durch den Konsum der privaten Haushalte. Darunter entfielen rund 63 % der gesamten Emissionen auf das Produzierende Gewerbe. Etwa ein Drittel (39 %) stammten aus dem Wirtschaftsbereich »Energieversorgung«. Bei den CO₂-Emissionen dieses Wirtschaftsbereichs handelt es sich vor allem um Emissionen bei der Stromerzeugung. Der Bereich »Metallerzeugung und -bearbeitung« folgt von der Größenordnung her mit 6 %, »Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden« brachte gut 4 % aller Emissionen auf und auf die »Chemische Industrie« entfielen gut 2 %. Der Anteil des Bereichs »Kokerei, Mineralölverarbeitung« belief sich auf knapp 3 %. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die rund 342 Mill. Tonnen CO₂-Emissionen des Wirtschaftsbereichs »Energieversorgung« aus seiner primären Funktion resultieren, fossile Ener-

Abb. 4: Direkte CO₂-Emissionen nach wirtschaftlichen Aktivitäten 2001



gieträger in Strom umzuwandeln und an die anderen Wirtschaftsbereiche zu liefern. Die Dienstleistungsbereiche zusammen hatten einen Anteil von knapp 13 %.

Die Ozonschicht der Stratosphäre schützt die Erde vor vermehrter ultravioletter Strahlung der Sonne. Ohne schützende Ozonschicht würde die erhöhte ultraviolette Strahlung erhebliche negative Folgen auf das menschliche, tierische und pflanzliche Leben ausüben. Seit Anfang der 80er-Jahre häufen sich die Meldungen über den Abbau des stratosphärischen Ozons in etwa 20 bis 30 km Höhe. Durch das Inkraft-Treten des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, hat sich der Abbau der Ozonschicht verlangsamt. Nach Schätzungen von Atmosphären-Chemikern wird sich die Reduktion der Ozonschicht in den nächsten Jahren mit sinkender Geschwindigkeit fortsetzen, so dass frühestens mit einer Erholung der Ozonschicht in der oberen Stratosphäre in 10 Jahren zu rechnen sein wird.

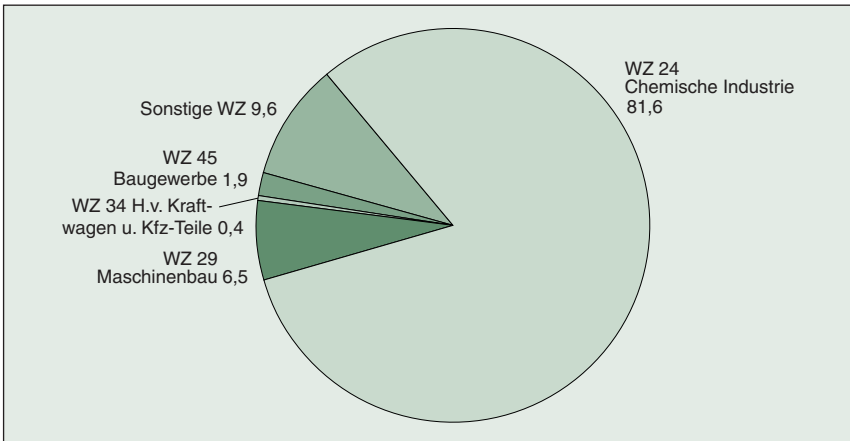
Im Folgenden werden die potenziell »emissionsrelevanten« Mengen für die Jahre 2000 und 2001 betrachtet. Emissionsrelevant bedeutet, dass die Mengen der Stoffe, die zur Herstellung anderer chemischer Erzeugnisse eingesetzt werden, herausgerechnet sind, da sie in der Produktion vollständig vernichtet werden. Die Hauptmenge an emissionsrelevanten Stoffen befindet sich zumeist in geschlossenen Systemen wie etwa in Klima- oder Kälteanlagen. Sie werden aber auch als Treibmittel in Aerosol-erzeugnissen und bei der Verschäumung von Kunst-/Schaumstoffen sowie als Lösch- und Lösemittel eingesetzt. Die Wirksamkeit der ozonschichtschädigenden Stoffe wird mit Hilfe des Ozonabbaupotenzials ODP (Ozon Depletion Potential) veranschaulicht. Ihre ozonschichtschädigende Wirkung tritt somit erst bei einer möglichen Freisetzung auf, so dass es sich beim Ozonabbaupotenzial (ODP-Wert) eher um eine theoretische Größe handelt.

Wurden im Jahr 2000 insgesamt 10 928 Tonnen an ozonschichtschädigenden und klimawirksamen Stoffen verwendet, so waren es 2001 noch 9 817 Tonnen. Umgerechnet in ODP-gewichteten Tonnen wurden demnach 587 Tonnen im Jahr 2001 verwendet, gegenüber 1 151 ODP-gewichteten Tonnen im Jahr 2000.

Tab. 4: Verwendung emissionsrelevanter Mengen an ozonschichtschädigenden und klimawirksamen Stoffen 2000 bis 2001, gegliedert nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschafts- zweiggliederung (WZ 93)	metrische Tonnen				ODP-gewichtete Tonnen			
	2000	2001	Verän- derung	Veränd. in %	2000	2001	Verän- derung	Veränd. in %
Insgesamt	10 928	9 817	- 1 111	- 10,2	1 151	587	- 564	- 49,0
WZ 24								
Chemische Industrie	2 674	1 730	- 944	- 35,3	940	311	- 628	- 66,9
WZ 29								
Maschinenbau	2 256	2 256	- 1	0	75	62	- 13	- 17,0
WZ 34 H. v. Kraft- wagen u. Kfz.-Teilen	3 287	3 453	166	5,1	4	11	7	175,0
WZ 45								
Baugewerbe	845	875	30	3,6	22	21	- 1	- 4,7
Sonstige	1 867	1 503	- 364	- 19,5	111	182	71	64,0

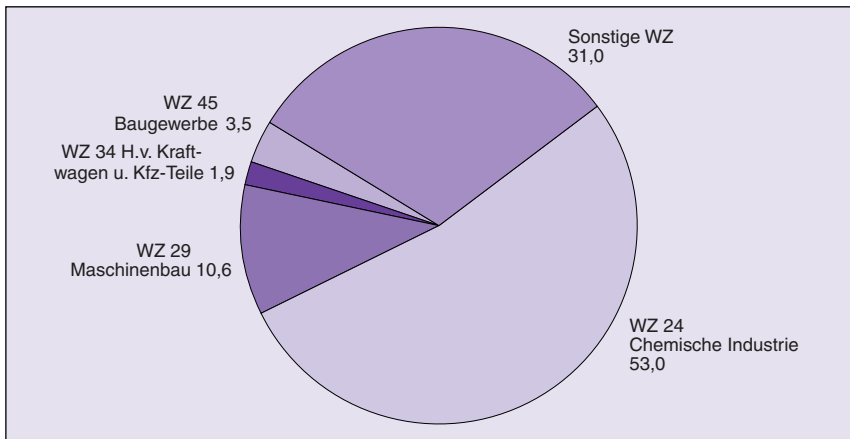
Abb. 5: Anteil an der Gesamtmenge in ODP-gewichteten Tonnen 2000¹ nach Wirtschaftszweigen in Prozent



1 Wirtschaftsgliederung (WZ 93).

Der Rückgang um 10,2 % in metrischen Tonnen gegenüber dem Jahr 2000 entspricht somit einem Absinken von 49,0 % in ODP-gewichteten Tonnen. Die fast 5-fach so hohe Abnahme in ODP-gewichteten Tonnen erklärt sich durch den vermehrten Einsatz von so genannten Ersatzstoffen, die kein oder ein wesentlich geringeres Ozonzerstö-

Abb. 6: Anteil an der Gesamtmenge in ODP-gewichteten Tonnen 2001¹ nach Wirtschaftszweigen in Prozent



1 Wirtschaftsgliederung (WZ 93).

rungspotenzial aufweisen, aber weiterhin klimawirksam sind. Bei der Betrachtung von ausgewählten Wirtschaftszweigen zeigt sich, dass z. B. ein Rückgang um 35,3 % in metrischen Tonnen im Wirtschaftszweig 24 »Chemische Industrie« ein Absinken um 66,9 % der ODP-gewichteten Tonnen bewirkt.

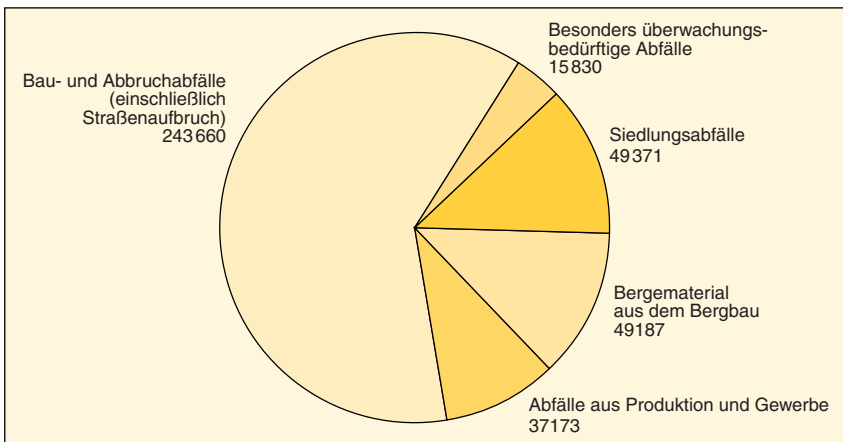
Bezogen auf die eingesetzte Gesamtmenge ändert sich der Anteil der Chemischen Industrie am Gesamtaufkommen ozonschichtschädigender Stoffe von 81,6 % im Jahr 2000 auf 53,0 % im Jahr 2001. Im Vergleich hierzu folgt aus dem Anstieg um 5,1 % in metrischen Tonnen im Wirtschaftszweig 34 »Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen« eine Steigerung von 175 % in ODP-gewichteten Tonnen. Wird wiederum der Anteil an der Gesamtmenge betrachtet, so relativiert sich die Zunahme, denn der Anteil am Gesamtaufkommen beträgt im Jahr 2001 lediglich 1,9 %. Die Gruppe der »Sonstigen Wirtschaftszweige« verzeichnet gegenüber dem Jahr 2000 einen Zuwachs um 64 %. Am Gesamtaufkommen ändert sich somit ihr Anteil von 9,6 auf 31 % im Jahr 2001. Zurückzuführen ist dies auf den Wirtschaftszweig 35 »Sonstiger Fahrzeugbau«, der alleine 43,4 % der Gesamtmenge der sonstigen Wirtschaftszweige ausmacht.

19.2.3 Abfall

Abfallaufkommen

Das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz fordert in erster Linie die Vermeidung von Abfällen und in zweiter Linie die stoffliche oder energetische Verwertung. Die Verwertung von Abfällen hat Vorrang vor deren Beseitigung. Um die Effektivität dieser

Abb. 7: Zusammensetzung des Abfallaufkommens im Jahr 2001¹
in 1 000 Tonnen



1 Vorläufiges Ergebnis.

umweltpolitischen Strategie bemessen und kontrollieren zu können, wird daran gearbeitet, die Einzelerhebungen bei den einzelnen Abfallentsorgern in der Abfallstatistik zu einem Gesamtabfallaufkommen zusammenzurechnen und den Fluss dieser Abfallmenge gegliedert nach wichtigen Abfallgruppen in die Entsorgungswege darzustellen.

Die Abfallgruppen Siedlungsabfälle, Bau- und Abbruchabfälle, Bergematerial aus dem Bergbau, Abfälle aus Produktion und Gewerbe und die besonders überwachungsbedürftigen Abfälle wurden als Eckpfeiler des Gesamtaufkommens definiert.

Das Abfallaufkommen für Deutschland zeigt in den vergangenen Jahren einen steigenden Trend. Waren 1996 noch 385,3 Mill. Tonnen zu entsorgen, so stieg die Menge bis 2000 auf 406,6 Mill. Tonnen. Erst im Jahr 2001 sank das Abfallaufkommen wieder auf 395,2 Mill. Tonnen. Wie in Abbildung 7 zu sehen ist, macht die Menge der Bauabfälle mit rund zwei Drittel des Abfallaufkommens die größte Abfallposition in Deutschland aus.

Siedlungsabfälle

Die Siedlungsabfälle, die mit einer Summe von 49,4 Mill. Tonnen im Jahr 2001 immerhin 12,5 % des Aufkommens bilden, beinhalten die Abfallmengen aus Haushalten (s. Abb. 7) und die anderen Siedlungsabfälle.

An der mengenmäßigen Entwicklung der Abfallarten, die unter der Position Haushaltsabfälle zusammengefasst werden, können Veränderungen im Verhalten der privaten Endverbraucher festgestellt werden. Haushaltsabfälle sind zum Beispiel hausmüll- und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, die über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelt werden, Sperrmüll, kompostierbare Abfälle aus der Biotonne und getrennt gesammelte Fraktionen. Sie betragen im Jahr 2001 rund 36,3 Mill. Tonnen. Die anderen Siedlungsabfälle mit 13,1 Mill. Tonnen im Jahr 2001 sind zum größten Teil hausmüll-ähnliche Gewerbeabfälle, die nicht über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelt werden, Garten- und Parkabfälle sowie eine kleine Menge an Straßenreinigungs- und Marktabfällen.

In den Jahren 1996 bis 2001 nimmt die Menge der getrennt gesammelten Abfallfraktionen wie Glas, Papier und Leichtstoffverpackungen von 9,8 Mill. Tonnen auf 13,4 Mill. Tonnen zu, das sind im Jahr 2001 37 % der gesamten Haushaltsabfälle (Abb. 8). Der gleiche Trend ist auch bei den kompostierbaren Abfällen aus der Bio-

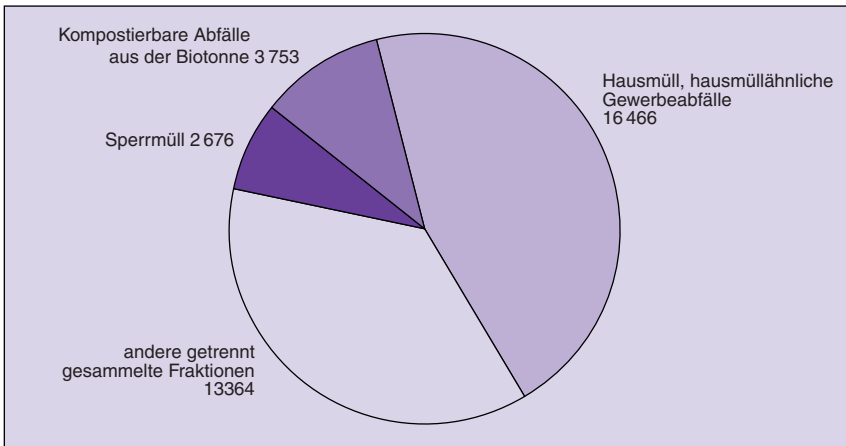
Tab. 5: Aufkommen an Haushaltsabfällen pro-Kopf

	1996	1997	1998 ¹	1999 ²	2000	2001
Haushaltsabfälle pro-Kopf (kg/Kopf)	428	441	437	441	457	440
Einwohner (1 000 Einwohner)	82 012	82 057	82 037	82 163	82 260	82 440

1 Hamburg teilweise geschätzt.

2 Der Umstieg auf den neuen Europäischen Abfallartenkatalog bedingt eine Ausweitung der möglichen Abfallschlüssel und dadurch eine Verschiebung in den Abfallmengen der Unterpositionen.

Abb. 8: Haushaltsabfälle 2001¹
in 1 000 Tonnen



1 Vorläufiges Ergebnis.

tonne zu beobachten. Daraus kann geschlossen werden, dass sich das Bewusstsein der Bevölkerung im Hinblick auf die Wiederverwertbarkeit der Abfälle geschärft hat. Der Trend geht zur verstärkten Abfalltrennung und Kompostierung der Haushaltsabfälle. Pro-Kopf wurde in Deutschland im Jahr 2001 440 kg Hausmüll eingesammelt.

Einsammlung von Verpackungen

Die eingesammelten Verpackungen sind Teil des Abfallaufkommens. Es muss unterschieden werden zwischen den bei den privaten Endverbrauchern eingesammelten Verkaufsverpackungen, die zu den getrennt eingesammelten Fraktionen der Haushaltsabfälle zählen, und den Transport- und Umverpackungen, die den Abfällen aus Produktion und Gewerbe zugeschlagen werden.

In der Tabelle 6 wird die getrennte Einsammlung von Verpackungen dargestellt. Verpackungen belasten die Umwelt bei der Produktion, beim Transport und anschließend bei ihrer Entsorgung. Mit der vorgeschriebenen getrennten Einsammlung von Verpackungen soll die weitgehende Wiederverwertung der Verpackungsmaterialien sichergestellt werden. Dadurch werden einerseits Rohstoffe und Energie eingespart, andererseits gehen die Haus- und Gewerbemüllmengen zurück. Der größte Teil (68 % im Jahr 2002) der getrennt eingesammelten Verpackungen wird in Sortieranlagen sortiert um anschließend verwertet werden zu können. Das ist insbesondere bei den im Dualen System durch Gelbe Säcke oder Container gesammelten Gemischen von verschiedenen Verpackungsmaterialien (diese stellen den überwiegenden Teil der Leichtstoff-Fractionen) erforderlich, um eine sinnvolle Verwertung zu ermög-

lichen. Aber auch bereits getrennt eingesammelte Materialien, wie zum Beispiel Altglas werden in speziellen Verfahren nachsortiert. Immerhin 32 % der im Jahr 2002 eingesammelten Verpackungen konnten ohne weitere Sortierung an Verwerterbetriebe geliefert werden.

In den Jahren 1996 bis 2000 stieg die eingesammelte Verpackungsmenge stetig an. Daraus kann man schließen, dass sich das Sammelverhalten von Bevölkerung und Betrieben positiv entwickelt hat. Im Jahr 2001 war das Gesamtgewicht der eingesammelten Verpackungen erstmals mit -1,8 % leicht rückläufig, 2002 nahezu gleichbleibend. Ursache für den Rückgang ist insbesondere ein zunehmender Wechsel von schweren Glasverpackungen hin zu leichten Kunststoffverpackungen.

Tab. 6: Einsammlung von Verpackungen von 1996 bis 2001
in 1 000 Tonnen

Jahr Verpackungsarten	eingesammelte Menge insgesamt	Verbleib		
		bei Sortier- anlagen	bei Verwerter- betrieben	sonstiger Verbleib
1 000 t				
Insgesamt 1996	9 265,0	6 114,0	3 095,2	55,8
Insgesamt 1997	9 877,6	6 542,1	3 319,1	16,4
Insgesamt 1998	10 303,8	6 668,3	3 620,4	15,1
Insgesamt 1999	10 821,2	7 080,7	3 719,9	20,6
Insgesamt 2000	11 313,2	7 511,2	3 792,0	10,0
Insgesamt 2001	11 110,5	7 312,7	3 791,9	5,9
Insgesamt 2002	11 128,0	7 549,7	3 572,8	5,6
<i>Transport-, Um- und Verkaufsverpackungen, bei Gewerbe und Industrie eingesammelt 2002</i>				
Zusammen	4 554,9	2 292,2	2 257,7	5,0
für nicht schadstoff- haltige Füllgüter	4 549,2	2 290,7	2 254,2	4,3
Glas	81,7	37,4	44,2	0,1
Papier, Pappe, Karton	3 039,5	1 377,5	1 659,8	2,2
Metalle	107,6	34,6	73,0	-
Kunststoffe	238,5	110,6	126,8	1,0
Holz	406,0	144,4	261,0	0,6
Verbunde	51,7	38,8	12,8	0,1
sonstige Materialien	624,2	547,3	76,4	0,4
für schadstoffhaltige Füllgüter	5,7	1,4	3,6	0,7
<i>Verkaufsverpackungen, bei privaten Endverbrauchern eingesammelt 2002</i>				
Zusammen	6 573,1	5 257,5	1 315,0	0,6
davon:				
Leichtstoff-Fraktionen	2 408,2	2 408,2	x	-
Papier, Pappe, Karton	1 579,8	1 407,4	172,4	0,1
Glas	2 468,3	1 392,8	1 075,5	0,1
Kunststoffe	37,3	14,9	22,1	0,3
Metalle	71,4	30,2	41,2	-
Verbunde	8,1	4,1	3,9	0,1

19.2.4 Wassergewinnung und Abwasserbeseitigung

Wasser ist lebensnotwendig für die Existenz von Mensch und Tier und spielt auch eine bedeutende Rolle im Wirtschaftskreislauf. Durch die Entnahme von Wasser aus der Natur kann der natürliche Wasserkreislauf gestört und durch die Abgabe von Wasser an die Natur in Form von Abwasser können Ökosysteme belastet werden.

Im Rahmen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen stellen die Wasserflussrechnungen die Bilanzierung der Wasserflüsse von der Entnahme von Wasser aus der Natur über die Inanspruchnahme im Wirtschaftskreislauf und bei den Privaten Haushalten bis zur Abgabe von Wasser an die Natur für alle Wirtschaftsbereiche dar. Um die gesamte Wasserentnahme der Wirtschaft und der Privaten Haushalte zu be-

Tab. 7: Wasserfluss zwischen Natur und der Wirtschaft und innerhalb der Wirtschaft 1991 und 2001 – Wirtschaftsbereiche

Gegenstand der Nachweisung	Wasser- verteilung	Abwasser- besei- tigung	sonstige Wirtschafts- bereiche	private Haushalte	ins- gesamt
<i>1991</i>					
Aus der Natur entnommen	6 300	3 369	41 492	83	51 245
Fremd- und Regenwasser	–	3 369	–	–	3 369
Grund-, Oberflächenwasser etc.	6 300	–	41 492	83	47 875
+ Fremdbezug	–5 400	10	1 916	3 467	–8
= Wassereinsatz	900	3 379	43 408	3 550	51 237
+/- Wassereinbau in abzgl. Wasser- ausbau aus anderen Materialien	–	–	350	–154	196
= Abgabe von Wasser an die Natur	900	3 379	43 058	3 704	51 041
<i>2001</i>					
Aus der Natur entnommen	5 546	5 235	33 094	26	43 899
Fremd- und Regenwasser	–	5 235	–	–	5 235
Grund-, Oberflächenwasser etc.	5 546	–	33 094	26	38 665
+ Fremdbezug	–4 882	9	1 667	3 198	–7
= Wassereinsatz	663	5 244	34 761	3 224	43 892
+/- Wassereinbau in abzgl. Wasser- ausbau aus anderen Materialien	–	–	314	–150	165
= Abgabe von Wasser an die Natur	663	5 244	34 447	3 374	43 727
<i>2001 gegenüber 1991 in Prozent</i>					
Aus der Natur entnommen	–12,0	55,4	–20,2	–69,2	–14,3
Fremd- und Regenwasser		55,4			55,4
Grund-, Oberflächenwasser etc.	–12,0		–20,2	–69,2	–19,2
+ Fremdbezug	–9,6	–6,8	–13,0	–7,7	–3,9
= Wassereinsatz	–26,3	55,2	–19,9	–9,2	–14,3
+/- Wassereinbau in abzgl. Wasser- ausbau aus anderen Materialien			–10,3	–2,8	–16,2
= Abgabe von Wasser an die Natur	–26,3	55,2	–20,0	–8,9	–14,3

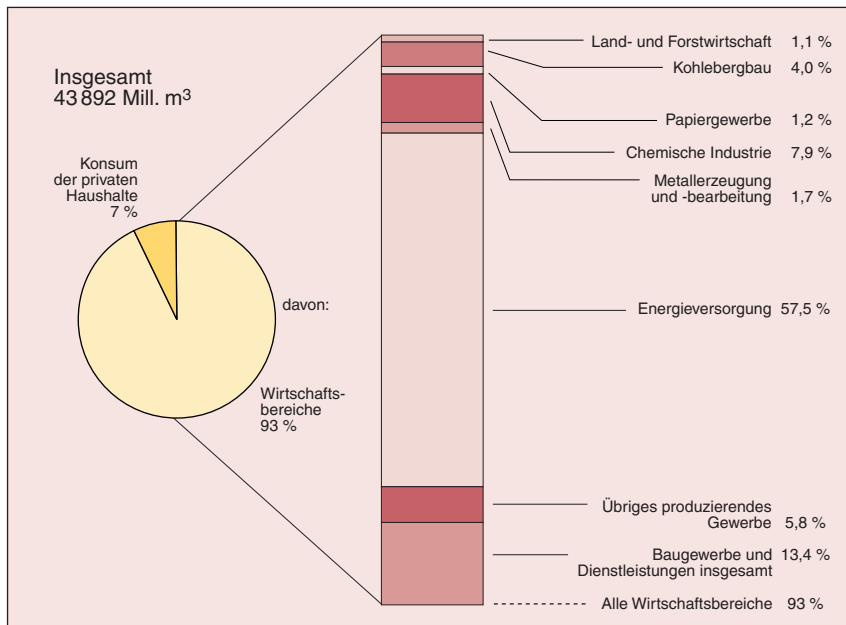
rechnen, werden die Daten der Wasserstatistik um Zuschätzungen für einzelne Wirtschaftsbereiche oder -gruppen, wie Landwirtschaft und Dienstleistungen, ergänzt.

Das jährliche Wasserangebot wird in Deutschland im langjährigen Durchschnitt auf 188 Mrd. Kubikmeter geschätzt, davon wurden 2001 43,9 Mrd. Kubikmeter Wasser für den Einsatz in den Wirtschaftsbereichen und für den Konsum der privaten Haushalte aus der Natur entnommen (Tab. 7). Davon waren 38,7 Mrd. Kubikmeter Grund-, Oberflächen- und Quellwasser sowie Uferfiltrat und 5,2 Mrd. Kubikmeter Fremd- und Regenwasser. 43,7 Mrd. Kubikmeter Wasser wurden in Form von Abwasser oder Verdunstung an die Natur abgegeben.

Die Entnahme von Wasser aus der Natur ist 2001 gegenüber 1991 um 14,3 % zurückgegangen. Die Gründe für den sparsameren Umgang mit Wasser sind vielfältig. Die Wirtschaftsbereiche haben die Mehrfach- und Kreislaufnutzung von Wasser bei der Produktion erhöht, Wasser durch anderen Materialien substituiert und moderne wassersparende Technik eingesetzt. Auch in den privaten Haushalten werden vermehrt Haushaltsgeräte verwendet, die weniger Wasser benötigen.

Von dem gesamten Wassereinsatz in Höhe von 43,9 Mrd. Kubikmeter Wasser entfielen 93 % im Jahre 2001 auf die Produktion und 7 % auf die privaten Haushalte (s. Abb. 9). Weit mehr als die Hälfte des Wassereinsatzes im Inland entfiel auf den Wirtschaftsbereich »Energieversorgung« (58 %), wo es fast ausschließlich zur Kühlung

Abb. 9: Wassereinsatz nach Wirtschaftsbereichen 2001



verwendet wurde. Nennenswerte Anteile am Gesamtwassereinsatz hatten auch die Wirtschaftsbereiche »Chemische Industrie« (8 %), »Kohlenbergbau« (4 %), »Metallerzeugung und -bearbeitung« (2 %), »Papiergewerbe« (1 %) und die »Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei« (1 %). Beim Wassereinsatz des Bereichs »Gewinnung von Kohle und Torf« handelt es sich fast ausschließlich um ungenutzt abgeleitetes Grubenwasser, bei dem Wirtschaftsbereich »Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei« dominiert das Bewässerungswasser.

Im Folgenden werden Ergebnisse der Wassergewinnung und Abwasserbeseitigung aus der Wasserstatistik dargestellt. Dabei steht nicht der Gesamtrechnungsansatz im Mittelpunkt der Betrachtung, sondern die Daten werden nach den Nutzungsbereichen der Wasserstatistik gezeigt.

Im Jahr 2001 wurden in der Bundesrepublik Deutschland rund 38 Mrd. Kubikmeter Wasser gewonnen, davon allein 84 % aus Oberflächengewässern einschließlich Uferfiltrat. Weitere 16 % stammten aus den Grund- und Quellwasservorkommen. Dieses ist aufgrund seiner Qualität von vorrangiger Bedeutung für die öffentliche Trinkwasserversorgung. Dementsprechend ist es mit einem Anteil von 74 % die überwiegend genutzte Ressource für die Wassergewinnung der öffentlichen Was-

Tab. 8: Wassergewinnung 2001 in Deutschland
in Mill. Kubikmetern

Wirtschaftszweig	Wassergewinnung insgesamt	Grund- und Quellwasser	Oberflächenwasser	Uferfiltrat
Öffentliche Wasserversorgung	5 409	4 011	1 118	280
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	7 760	2 151	5 145	465
Wasserversorgung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung	24 837	43	24 774	21
Insgesamt	38 006	6 204	31 036	766

serversorgung. Den größten Teil des insgesamt in Deutschland geförderten Wassers benötigen jedoch die Wärmekraftwerke für die öffentliche Elektrizitätsversorgung.

Das Wasser wird überwiegend wieder als Abwasser (35 Mrd. Kubikmeter) in die Natur zurückgeleitet. Weiterhin gelangen über die öffentlichen Kanalisations- und Abwasserbehandlungssysteme 5 Mrd. Kubikmeter Fremd- und Niederschlagswasser in die Oberflächengewässer.

Am insgesamt in Gewässer eingeleiteten Abwasser macht der Kühlwasseranteil 2001 rund 70 % aus. Dieses Abwasser bleibt in der Regel unbehandelt. Es fließt – zwar in der Regel nicht verschmutzt, aber erwärmt – direkt in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund. Weitere 30 % des Abwassers stammen aus dem häuslichen und industriellen Sektor. Diese Abwässer beeinflussen je nach Belastung die Wasserqualität der Flüsse und Seen des Bundesgebietes. Gefährdet wird hierdurch nicht nur das Oberflächenwasser, sondern indirekt das Grundwasser, das insbesondere der Trinkwasserversorgung dient.

Rund ein Viertel (knapp 11 Mrd. Kubikmeter) der Abwassermenge wurde in öffentlichen und industriellen Kläranlagen behandelt. Während im industriellen Bereich neben der biologischen Reinigung auch mechanische, chemische oder chemisch-physikalische Verfahren eine Rolle spielen, gibt es bei der Öffentlichen Abwasserbeseitigung heute fast nur noch biologische Verfahren (mit Zusatzstufen). Fast 100 % des in öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen anfallenden Abwassers wurde biologisch gereinigt.

Das Abwasser der privaten Haushalte wurde 2001 größtenteils durch öffentliche Anlagen gesammelt und abgeleitet. Rund 95 % der Bevölkerung sind an ein mittlerweile ca. 486 159 km langes Kanalnetz – das entspricht etwa dem elfmaligen Erdumfang – angeschlossen. Etwa 93 % der Bevölkerung verfügen über einen Anschluss an zentrale Abwasserbehandlungsanlagen, rund 5 % sind an dezentrale Kleinkläranlagen oder abflusslose Gruben angeschlossen.

Tab. 9: Abwasserbeseitigung 2001 in Deutschland
in Mill. Kubikmetern

Wirtschaftszweig	Direkt eingeleitetes Abwasser insgesamt ¹	Behandeltes Abwasser	Darunter biologisch	Unbehandeltes Abwasser	Darunter Kühlwasser
Öffentliche Abwasserbeseitigung	10 523 ²	10 473	10 458	50	X
Abwasserbeseitigung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	5 745	891	669	4 854	4 160
Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung	24 324	46	4	24 278	24 254
Insgesamt	40 592	11 410	11 131	29 181	28 414

1 In ein Gewässer bzw. in den Untergrund.

2 Einschl. Niederschlags- und Fremdwasser.

19.2.5 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen

Die Erhebung umfasst Unfälle beim Umgang und bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe. Unter Umgang ist das Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Herstellen, Behandeln und Verwenden einschließlich des innerbetrieblichen Transports zu verstehen. Im Jahr 2002 ereigneten sich in Deutschland 2 357 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen. Dabei wurde ein Volumen von 4 705 Kubikmeter freigesetzt, wovon 3 323 Kubikmeter nicht wiedergewonnen werden konnten, d. h. in der Umwelt verblieben. In der Mehrzahl der Unfälle (72 %) waren Stoffe der Wassergefährdungsklasse 2 betroffen. Dazu gehören zum Beispiel Heizöl, Benzin und Dieselmotorkraftstoff. Sie bildeten jedoch nur 16 % des freigesetzten Volumens. Stark wassergefährdende Stoffe mit Wassergefährdungsklasse 3 wie Altöle, Rohbenzin und Quecksilber wurden bei 11 % der Unfälle freigesetzt. Der Anteil der schwach wassergefährdenden Stoffe (Wassergefährdungsklasse 1) wie schweres Heizöl, Methanol und schweflige Säure betrug 6 %. Einen Anteil von 70 % am freigesetzten Volumen, aber nur 11 % der Un-

fälle bildeten Stoffe mit unbekannter Wassergefährdungsklasse. Hierin sind mehrere Unfälle mit größeren Mengen Gülle, Jauche oder Silagesickersaft enthalten, die nicht in Wassergefährdungsklassen eingestuft werden. Insgesamt beliefen sich die Kosten der Maßnahmen zur Schadensbegrenzung auf 10,5 Mill. Euro.

Tab. 10: Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen
(Freigesetztes und nicht wiedergewonnenes Volumen)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	<i>Anzahl</i>					
Unfälle	2 785	2 665	2 630	2 620	2 514	2 357
	<i>m³</i>					
Freigesetztes Volumen	4 074	5 178	6 980	6 829	5 026	4 705
Nicht wiedergewonnenes Volumen	1 833	3 466	4 589	2 516	2 571	3 323
Prozent	45	67	66	37	51	71

19.3 Umweltzustand

Eine besonders schwierige Aufgabe ist es, die durch umweltbelastende Aktivitäten verursachten Umweltveränderungen statistisch zu erfassen. Zwar liegen vielfältige Einzelinformationen aus Messnetzen, Verwaltungsunterlagen und Forschungsprojekten vor, aber gleichzeitig fehlen in der Regel bundesweit einheitlich erfasste und aussagekräftige Daten für diesen Bereich. Daher wurden Methoden für eine systematische Umweltbeobachtung in ausgewählten Regionen bzw. durch repräsentative Stichprobenerhebungen erarbeitet. Hierzu zählt u. a. das vom Statistischen Bundesamt entwickelte Konzept einer »Ökologischen Flächenstichprobe«, mit deren Hilfe für das gesamte Bundesgebiet Zustand und Entwicklung der Qualität von Landschaft und Ökosystemen – insbesondere auch hinsichtlich der Biodiversität – ermittelt werden können. Allerdings konnten diese Konzepte bisher noch nicht eingesetzt werden, so dass entsprechende Informationen zum Umweltzustand in Deutschland weiterhin nicht im erwünschten Maße vorhanden sind. Die nachfolgenden Kapitel beleuchten insofern nur einzelne Aspekte von Zustandsveränderungen hinsichtlich spezieller Fragestellungen, die zu Beginn der 80er-Jahre besonders dringlich erschienen und deren statistische Erfassung daher frühzeitig in Angriff genommen wurde.

19.3.1 Waldschäden

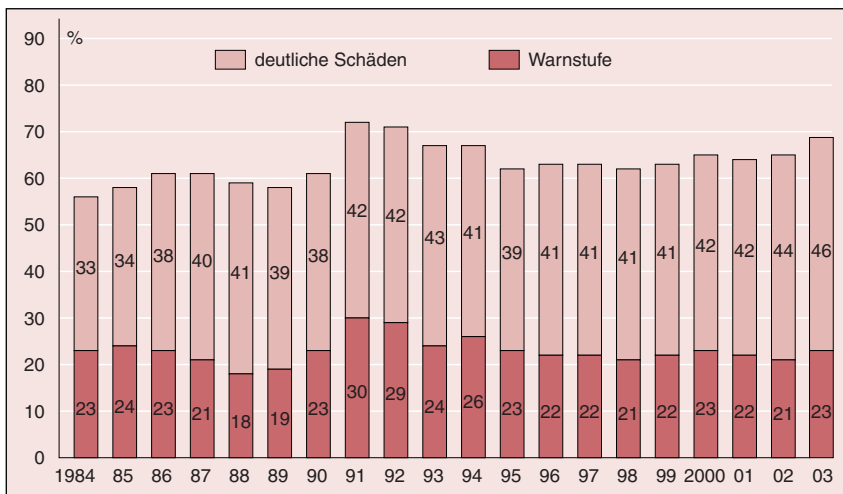
Seit Ende der 70er-Jahre wurden in Deutschland zunehmend flächenhafte Waldschäden registriert, die sich nicht mehr ausschließlich auf natürliche Ursachen wie Schädlingsbefall, Windwurf, Schneebruch, Wildschäden und sonstige bekannte Ursachen zurückführen ließen.

Zur Beurteilung des Zustandes der Wälder werden seit 1984 jährlich Waldschadenserhebungen durch die Landesforstverwaltungen durchgeführt. Um die Schadensentwicklung über lange Zeiträume beobachten und den Umfang der Schäden vergleichen zu können, sind die Abgrenzungen nach verschiedenen Schadensklassen bis heute beibehalten worden, wenngleich die einzelnen Schadstufen nach der Entlaubung/Entnadelung bzw. Vergilbung inzwischen differenzierter betrachtet werden.

Nach den jährlichen Waldzustandsberichten der Bundesregierung sind die Ursachen für diese Schäden vielschichtig. Neben den Dauerbelastungen durch Luftschadstoffe und aufgrund von Standortfaktoren beeinflussen auch andere Faktoren, etwa Witterungsextreme wie Trockenperioden oder Temperaturstürze sowie unterschiedlicher Befall mit Schadorganismen den jeweiligen Kronenzustand der Waldbäume.

In den letzten 20 Jahren hat sich das Wissen über die Waldökosysteme und über das Ausmaß ihrer Belastung sowie über die Auswirkungen der Luftverunreinigung auf unsere Wälder deutlich erweitert. Zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität führten zu gesünderen Wäldern. Jedoch sind 20 Jahre für das Leben des Waldes eine relativ geringe Zeitspanne und die erfolgreiche Schadstoffreduzierung in der Luft bedeutet nicht gleichzeitig auch eine Reduzierung der über viele Jahrzehnte angesammelten Schadstoffeinträge in die Böden. Damit die Wälder angesichts der sich ändernden Klimabedingungen mit immer häufiger werdenden Extremwitterungsbedingungen wie Orkane, Hochwasser wie im Sommer 2002, oder Trockenheit wie im Sommer 2003 ohne größere Schäden überstehen können, müs-

Abb. 10: Flächenanteil der Waldschadensstufen 1984–2003¹



¹ Ergebnis der Waldschadenserhebungen (Ermittlung der Landesforstverwaltungen). Der Gesundheitszustand wird durch die Beobachtung der Baumkronen während der Vegetationszeit ermittelt.

Quelle: Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft.

sen weitere Anstrengungen unternommen werden, um die Wälder gesünder und damit widerstandsfähiger zu machen.

Unbesehen aller regionalen und baumartenspezifischen Unterschiede zeigen die Ergebnisse der Waldschadenserhebung der letzten Jahre, dass sich die seit 1991 zu beobachtende allmähliche Verbesserung des Kronenzustandes nicht weiter fortsetzen konnte. Die deutlichen Schäden sind von 30 % im Jahr 1991 auf 21 % im Jahr 1998 zurückgegangen. Eine weitere Reduzierung konnte seit dem nicht erreicht werden. 46 % der Waldfläche war 2003 schwach geschädigt, ohne erkennbare Schadmerkmale waren 31 %. Die Waldschadenserhebung belegt zudem, dass ältere Bäume von Kronenverlichtungen wesentlich stärker betroffen sind als junge.

Für einzelne Baumarten stellen sich die Schadmerkmale recht unterschiedlich dar:

Nach einer anfänglichen Verschlechterung des Zustandes Anfang der 90er-Jahre (1992: 30 %) und einer darauffolgenden Verbesserung (1996: 22 %), stagnieren in den vergangenen fünf Jahren die deutlichen Schäden bei der *Fichte* auf einem hohen Niveau von über 25 %.

Bei der *Kiefer* hat der Anteil der deutlichen Schäden von 1991 bis 1998 kontinuierlich abgenommen und mit 10 % das niedrigste Niveau aller Baumarten erreicht. Aber auch hier konnte sich die Entwicklung nicht fortsetzen. Im Jahr 2003 waren 13 % der Kiefern deutlich geschädigt.

Die *Buche* ist mit etwa 14 % Anteil an der Waldfläche die am weitesten verbreitete Laubbaumart in Deutschland. Nach einer Zunahme von acht Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr auf 40 % bei den deutlich geschädigten Bäumen im Jahr 2000 ging in den beiden Folgejahren der Anteil wieder auf das Ausgangsniveau zurück (2003: 30 %). Damit lag der Anteil an deutlich geschädigten Buchen dennoch weiterhin erheblich über dem Ausgangsniveau des Jahres 1984 von 13 %.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen hat die Kronenverlichtung bei der *Eiche* bis zum Jahr 1996 (47 %) ständig zugenommen (1984: 9 %). Die Eiche entwickelte sich zu der am gravierendsten geschädigten Baumart. Seit dem Jahr 1997 war eine kontinuierliche Verbesserung des Kronenzustandes der Eichen zu vermerken (2002: 29 %). Im Jahr 2003 konnte dieser Trend nicht fortgesetzt werden. Es waren 39 % der Bäume deutlich geschädigt.

In der langfristigen Betrachtung ist zu erkennen, dass die Schädigungen der Nadelbäume deutlich unter den zu Beginn der Erhebung ermittelten Werten liegen. Dagegen stieg der Flächenanteil deutlich geschädigter Bäume bei den Laubbaumarten Buche und Eiche mit teilweise erheblichen jährlichen Schwankungen und liegt heute weit über dem Ausgangsniveau von 1984.

19.3.2 Gefährdete Tiere und Pflanzen

Artengefährdung und -vernichtung resultieren meist aus der Veränderung oder Zerstörung der natürlichen Lebensräume. Besonders bedroht sind Gebiete, die aufgrund ihrer besonderen Standortbedingungen ohnehin einen geringen Raum einnehmen (beispielsweise Feuchtgebiete und Trockenrasen). Während die Landwirtschaft in

früheren Jahrhunderten wesentlich zur Entstehung und Pflege einer hohen Artenvielfalt beigetragen hat, wurde sie in den letzten 40 Jahren zu einem Hauptverursacher der Artenverarmung. Die Gründe liegen in der Nivellierung nährstoffarmer, trockener oder nasser Standorte zugunsten landwirtschaftlich besser geeigneter Produktionsbedingungen, in Flurbereinigungsmaßnahmen und Intensivierung durch Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, Mineral- und Wirtschaftdüngern. Des Weiteren werden Lebensräume und Arten durch Straßenbau und Verkehr, durch Siedlungsbau, den Tourismus oder durch Landschaftseingriffe bei der Rohstoffgewinnung gefährdet und dezimiert.

Der aktuelle Gefährdungsgrad von Lebensräumen, von Tieren, Pflanzen, Pilzen oder Flechten wird in Deutschland seit mehr als 20 Jahren durch sogenannte »Rote Listen« dokumentiert, die in größeren Abständen (etwa alle 10 Jahre) vom Bundesamt für Naturschutz bearbeitet und veröffentlicht werden. Als Bezug und Vergleichsmaßstab für die Bewertung der aktuellen Gefährdung dienen die Artenvorkommen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Listen basieren vor allem auf der Einschätzung vieler, meist ehrenamtlicher Experten für die verschiedenen Lebensraumtypen, Regionen und Artengruppen, also nicht auf einer standardisierten Erhebung des Statistischen Bundesamtes.

In der Roten Liste der Tiere wurden bisher von ca. 45 000 heimischen Tierarten rund 16 000 Arten (35 %) hinsichtlich ihrer Gefährdung bewertet (Stand 1998). Mit 54 % gelten nur die Hälfte der untersuchten Gruppen als ungefährdet (bzw. es liegen keine ausreichenden Daten zur Bewertung vor). 3 % sind ausgestorben oder verschollen, 36 % gelten als aktuell (nach unterschiedlichen Kategorien) gefährdet und 3 % stehen in einer Vorwarnliste. Weitere 4 % sind generell sehr selten anzutreffen. Weitere Differenzierungen nach Tierartengruppen sind der Tabelle 11 zu entnehmen. Besonders gefährdet sind Reptilien und Amphibien, aber auch Süßwasserfische.

Abb. 11: Gefährdung von Tierarten

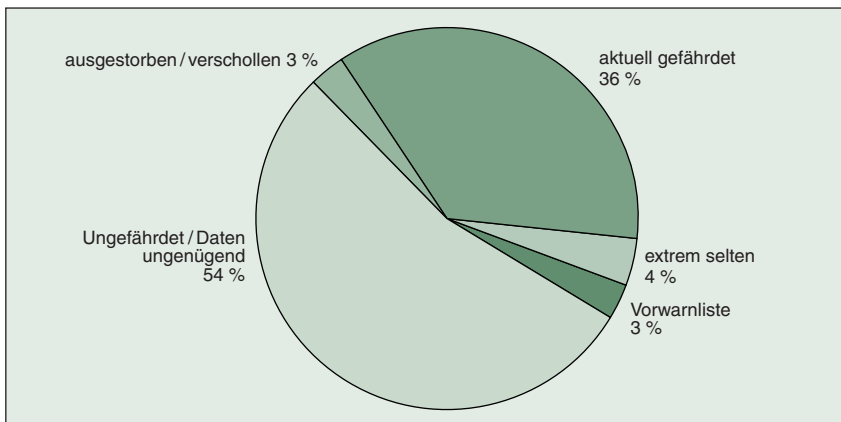
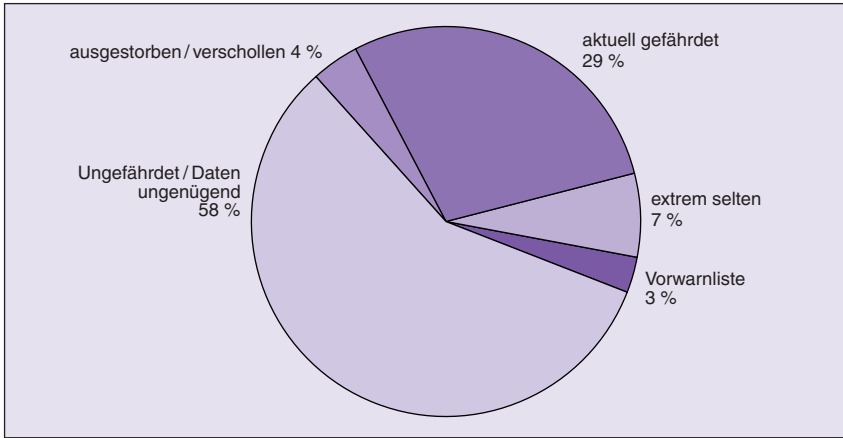


Abb. 12: Gefährdung von Pflanzenarten



Tab. 11: Tier- und Pflanzenartengruppen nach dem Grad ihrer Gefährdung

Systematische Gruppe	Datenstand	Untersuchte Arten	Gefährdung		extrem selten	Vorwarnliste	Ungefährdet oder Daten ungenügend
			ausgestorben/verschollen	aktuell gefährdet ¹			
			in %				
<i>Pflanzen</i> darunter	1996	13 907	4	29	7	3	58
Farn- und Blütenpflanzen		3 001	2	27	3	6	63
Moose		1 121	5	35	6	15	40
Flechten		1 691	11	44	6	–	39
Armleuchteralgen		40	13	73	5	–	10
Großpilze		4 385	1	23	9	–	68
<i>Tiere</i> darunter	1998	15 850	3	36	4	3	54
Säugetiere		100	13	33	5	8	41
Brutvögel		256	6	27	11	7	49
Kriechtiere		14	0	79	0	0	21
Lurche		21	0	62	5	10	24
Fische/Rundmäuler (Meerwasser)		207	2	19	6	0	73
Fische/Rundmäuler (Süßwasser)		70	6	64	4	0	26
Großschmetterlinge		1 450	2	31	5	10	51
Käfer ²		5 984	4	41	1	0	54

¹ Beinhaltet die Gefährdungskategorien: Vom Aussterben bedroht, stark gefährdet, gefährdet, Gefährdung anzunehmen.

² Ohne Lauf- und Sandlaufkäfer.

Quelle: Nach Bundesamt für Naturschutz (BfN): Daten zur Natur 2002.

Für die Rote Liste der Pflanzen gingen etwa die Hälfte der 28 000 heimischen Pflanzen in die Bewertung ein (Stand 1996). Hier gelten 58 % der untersuchten Gruppen als ungefährdet bzw. es liegen keine ausreichenden Daten vor. 4 % sind ausgestorben oder verschollen, 29 % gelten nach verschiedenen Kategorien insgesamt als gefährdet, 3 % stehen darüber hinaus auf der Vorwarnliste. Als extrem selten gelten 7 % aller untersuchten Pflanzenarten. Eine weitere Differenzierung nach ausgewählten Artengruppen zeigt unterschiedliche Gefährdungsgrade. Eine hohe Gefährdung gilt beispielsweise für Armleuchteralgen.

Obwohl bei der Bestandssicherung bedrohter Pflanzen- und Tierarten in Einzelfällen Erfolge verzeichnet werden konnten, ist eine generelle Trendwende nicht in Sicht. Von den 21 Themen der Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland befasst sich ein Indikator mit der Artenvielfalt. In einer ersten, noch unbefriedigenden Berechnung wurde ein Index aus 11 Arten, davon 10 Vogelarten gebildet. Zur Zeit wird dieser Indikator erweitert und verbessert.

19.3.3 Gesundheitsbeeinträchtigung der Bevölkerung

Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Umweltbelastungen und Gesundheitsbeeinträchtigungen beim Menschen kann nur selten eindeutig nachgewiesen werden. Insbesondere können Wechselwirkungen verschiedener Risikomerkmale untereinander nach dem derzeitigen Stand der Forschung nicht angemessen erfasst werden. Insofern sind statistische Ergebnisse über eindeutig als umweltbedingt einzuordnende Erkrankungen der Bevölkerung nicht verfügbar. Dagegen gibt es eine Reihe von Faktoren, die als umweltbedingte Gesundheitsrisiken betrachtet werden.

Der »Gesundheitsbericht für Deutschland«, der 1998 vom Statistischen Bundesamt herausgegeben wurde, nennt hierzu vor allem unerwünschte Stoffe in Nahrung und Trinkwasser, Belastungen von Außen- und Innenluft sowie Lärm.

Zu den unerwünschten Stoffen in Nahrung und Trinkwasser zählen Rückstände von Pflanzenbehandlungsmitteln sowie Tierarzneimitteln, polychlorierte Biphenyle (PCB), toxische Schwermetalle, Radionukleide, Mykotoxine (Stoffwechselprodukte niederer Pilze), aromatische Kohlenwasserstoffe sowie Nitrit und Nitrat. Die in den Jahren 1991 bis 1993 von 19 amtlichen Untersuchungsanstalten durchgeführten Analysen auf Rückstände von Pflanzenbehandlungsmitteln in Obst ergaben bei 43,4 % keine messbaren Rückstände, in 2,7 % der Fälle lag eine Höchstmengenüberschreitung bei mindestens einem Wirkstoff vor. Vergleichbare Untersuchungen bei Gemüse zeigten bei 65,3 % der Proben keine Rückstände, in 2,4 % der Fälle waren die erlaubten Höchstmengen überschritten. Rückstände von Tierarzneimitteln wurden bei Untersuchungen tierischer Lebensmittel im Jahr 1994 bei weniger als einem Prozent der Proben festgestellt. Bei regelmäßigen Untersuchungen der Milch wurden bei ein bis drei Promille der Proben Rückstände von Tierarzneimitteln beobachtet.

Im Hinblick auf die menschliche Gesundheit ist die Belastung der Außenluft durch Schwefeldioxid, Schwebstaub, Stickstoffdioxid sowie Ozon von besonderem Interesse. Vergleichende Untersuchungen, die in Deutschland, Dänemark und in der

Schweiz durchgeführt wurden, lassen ein erhöhtes Risiko, an chronischer Bronchitis und Asthma zu erkranken, vermuten.

Darüber hinaus können erhöhte Ozonkonzentrationen im Sommer zu Einschränkungen der Lungenfunktion und der körperlichen Leistungsfähigkeit führen. Auch Allergien werden mit Außenluftverschmutzungen in Verbindung gebracht. Allerdings zeigen entsprechende Untersuchungen keinen eindeutigen Zusammenhang. So sind beispielsweise in den ehemals stark belasteten Industrieregionen Ostdeutschlands weniger Allergien festgestellt worden als in Westdeutschland und auch eine vermutete Angleichung zwischen Ost und West im Verlauf der Anpassung der Lebens- und Umweltverhältnisse fand bisher nicht in dem erwarteten Maß statt.

Bei der Belastung der Innenluft spielen vor allem die verwendeten Baumaterialien und die von ihnen möglicherweise abgegebenen Stoffe wie polychlorierte Biphenyle (PCB), polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), Pentachlorphenol, Formaldehyd, Asbestfasern, Lindan und halogenierte Kohlenwasserstoffe eine Rolle. Nach Einschätzung der Autoren des Gesundheitsberichts können hier selbst geringe Konzentrationen gesundheitlich bedeutsam sein.

Lärm ist als Ursache gesundheitlicher Beeinträchtigungen in den vergangenen Jahren eingehend untersucht worden. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass mit der Lärmbelastung das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie Krankheiten des Verdauungssystems steigt. Modellrechnungen des Umweltbundesamtes haben ergeben, dass knapp 16 % der Bevölkerung in Westdeutschland tagsüber mit einem straßenverkehrsbedingten Lärmpegel belastet sind, bei dem gesundheitliche Beeinträchtigungen befürchtet werden müssen (mehr als 65 Dezibel [A]). Nachts können Schlafstörungen und damit Gesundheitsbelastungen bereits bei einem Lärmpegel von mehr als 50 Dezibel (A) auftreten. Einem solchen Lärmpegel sind nach Angabe des Umweltbundesamtes rund 31 % der Bevölkerung regelmäßig ausgesetzt.

19.4 Umweltschutz

19.4.1 Internationales Umweltrecht

Die Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Umweltverschmutzung macht vor Ländergrenzen nicht Halt und ist ein internationales Problem. Deshalb bleibt auch der Erfolg räumlich begrenzter Umweltschutzmaßnahmen beschränkt. Die Europäische Union trug diesem Tatbestand Rechnung, indem sie auf der Grundlage ihres Umweltaktionsprogramms von 1973 eine Vielzahl bedeutsamer Umweltschutzrichtlinien erließ. Alle Mitgliedstaaten sind verpflichtet, diese Richtlinien, die Mindestanforderungen festlegen, in nationales Recht umzusetzen. Die im Juni 1985 getroffene Entscheidung über die sukzessive Einführung des schadstoffarmen Autos (vgl. 19.4.4) zeigt allerdings die Schwierigkeiten, zu einer für alle Länder befriedigenden Lösung zu kommen. Neben diesen Regelungen auf EU-Ebene treten eine Reihe wei-

terer internationaler Abkommen, die sich vornehmlich auf Fragen des Gewässerschutzes, der Luftreinhaltung und der Abfallwirtschaft beziehen.

Nicht zuletzt die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro, die Klimakonferenz im März 1995 in Berlin, der Kyoto-Gipfel im Dezember 1997, die Konferenz von Buenos Aires im November 1998, die Klimakonferenzen von Bonn 1999, Den Haag 2000 und die Konferenz von Bonn im August 2001 haben gezeigt, wie schwer internationale Vereinbarungen im Umweltschutz und -recht, gerade im Hinblick auf den sich verschärfenden Nord-Süd-Konflikt, erreicht werden können. Das Abkommen von Kyoto, nach dem alle sechs maßgeblichen Treibhausgase in der Periode 2008 bis 2012 insgesamt um 5,2 % (Basis 1990) verringert werden sollen, muss nunmehr durch die konkrete Ausgestaltung dauerhaft gesichert werden. Auf der Bonner Klimakonferenz 2001 wurden auf Wunsch der USA Speichermedien für Kohlenstoff wie Wälder und landwirtschaftliche Böden angerechnet, was die ursprünglichen Ziele des Kyoto-Protokolls über die Reduktion von Treibhausgasen relativiert.

19.4.2 Ausgaben für Umweltschutz

Ein wichtiger Ansatzpunkt für die statistische Beschreibung von Umweltschutzmaßnahmen sind monetäre Größen, wie die Ausgaben für Umweltschutzeinrichtungen. Die folgenden Daten über Ausgaben für Umweltschutz – das ist die Summe aus Investitionen und laufenden Ausgaben für den Betrieb von Umweltschutzeinrichtungen – beschränken sich auf die Bereiche Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung sowie Luftreinhaltung. Dabei wird auch über Umweltschutzausgaben der immer bedeutsameren privatisierten öffentlichen Entsorgungsunternehmen berichtet.

Die Ausgaben für Umweltschutz des Produzierenden Gewerbes, des Staates und der privatisierten öffentlichen Entsorgungsunternehmen betragen im Jahr 2000 insgesamt 30,1 Mrd. Euro, das sind 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts. Demgegenüber hatten die Umweltschutzausgaben dieser Bereiche im Jahr 1994 bei 34,6 Mrd. Euro und damit bei 2 % des Bruttoinlandsprodukts gelegen. Während von 1994 bis 1996 von Jahr zu Jahr mehr für den Umweltschutz gezahlt wurde, sind die Ausgaben im Beobachtungszeitraum 1997–2000 gesunken (Ausnahme: 1998). Dies ist auf einen deutlichen Rückgang der Investitionen für Umweltschutz des Staates und des Produzierenden Gewerbes zurückzuführen. Beim Produzierenden Gewerbe haben die Investitionen zwischen 1994 und 2000 stark abgenommen. Hier spielen mehrere Gründe eine Rolle. Zum einen dürften die vorliegenden Daten die Entwicklung unterzeichnen, weil die in der Darstellung nicht erfassten integrierten Umweltschutzmaßnahmen an Bedeutung gewinnen. Gleichzeitig sind die Einsatzfelder für kostenintensive, dem Produktionsprozess in der Regel nachgeschaltete Umweltschutzanlagen, so genannte End-of-pipe-Anlagen, zu einem großen Teil bereits ausgeschöpft. Und schließlich fehlen seit 1998 die laufenden Ausgaben für den Umweltschutz, die in der Energie- und Wasserwirtschaft getätigt wurden. Im Staatssektor sind die Investitionen aufgrund der zunehmenden Verlagerungen von ehemals rein staatlichen Entsorgungsbetrieben

Tab. 12: Umweltschutzausgaben in Mill. Euro (in Preisen von 1995)

	1994	1995	1996	1998	2000 ¹
Ausgaben für Umweltschutz insgesamt	34 610	35 530	35 950	34 230	30 120
Anteil am Bruttoinlandsprodukt (in %)	2,0	2,0	2,0	1,8	1,5
davon: Produzierendes Gewerbe ^{2,3,4}	9 340	8 950	9 180	6 220	5 390
Staat	14 910	14 110	12 700	10 510	9 230
Privatisierte öffentliche Unternehmen ⁵	10 360	12 460	14 070	17 490	15 500
Investitionen für Umweltschutz	15 350	14 040	12 870	12 360	9 550
Anteil an den Gesamtinvestitionen (in %)	3,8	3,5	3,2	3,0	2,2
davon: Produzierendes Gewerbe ²	3 080	2 580	2 510	1 580	1 470
Staat	6 910	6 130	5 040	3 870	3 130
Privatisierte öffentliche Unternehmen ⁵	5 370	5 330	5 330	6 910	4 950
Laufende Ausgaben für Umweltschutz	19 260	21 480	23 080	21 870	20 570
davon: Produzierendes Gewerbe ^{2,3,4}	6 260	6 370	6 670	4 640	3 910
Staat	8 000	7 990	7 660	6 640	6 110
Privatisierte öffentliche Unternehmen ⁵	5 000	7 130	8 750	10 590	10 550

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Ohne Baugewerbe und ohne Ausgaben für integrierte Umweltschutzmaßnahmen.

3 Ohne Gebühren und Entgelte für Entsorgungsdienstleistungen durch Dritte.

4 Ab 1998 ohne laufende Ausgaben der Energie- und Wasserversorgung.

5 Außerhalb der öffentlichen Haushalte geführte Unternehmen, insbesondere Eigenbetriebe der Abfallbeseitigung und des Gewässerschutzes.

zu privatwirtschaftlichen Unternehmensformen erheblich zurückgegangen, entsprechend bei den öffentlichen Entsorgungsunternehmen leicht gestiegen.

Im Jahr 2000 gaben das Produzierende Gewerbe 5,4 Mrd. Euro (18 %), der Staat 9,2 Mrd. Euro (oder knapp 31 %) und die privatisierten öffentlichen Entsorgungsunternehmen 15,5 Mrd. Euro (oder rund 52 %) für den Umweltschutz aus (jeweils in Preisen von 1995). Davon waren beim Staat und bei den privatisierten öffentlichen Entsorgungsunternehmen jeweils rund ein Drittel investive Umweltschutzausgaben, im Produzierenden Gewerbe lag deren Anteil bei 27 %.

Die Analyse der Ausgabenströme nach Umweltbereichen macht die Dominanz des Gewässerschutzes und der Abfallbeseitigung deutlich, die beide in erster Linie beim Staat bzw. den öffentlichen Unternehmen angesiedelt sind. Auf diese beiden Umweltschutzbereiche entfielen im Jahr 2000 rund 92 % der gesamten Umweltschutzausgaben. Die Maßnahmen für die Luftreinhaltung, die sich fast ausschließlich im Produzierenden Gewerbe finden, erreichten einen Ausgabenanteil von 7 %. Lärmschutzausgaben stellen 1 % der Gesamtausgaben dar.

19.4.3 Umweltsteuern

In der Diskussion über Maßnahmen zum Umweltschutz sind neben den Umweltschutzausgaben die umweltbezogenen Steuern von besonderem Interesse. Sie gehören zu den wirtschaftlichen Instrumenten in der Umweltpolitik und setzen zur Realisierung des Umweltschutzes stärker auf die Kräfte des Marktes im Unterschied zu Gesetzen und Verordnungen, die in der Vergangenheit die Umweltpolitik hauptsächlich bestimmten. Zu den Umweltsteuern rechnen in Deutschland die Mineralöl-

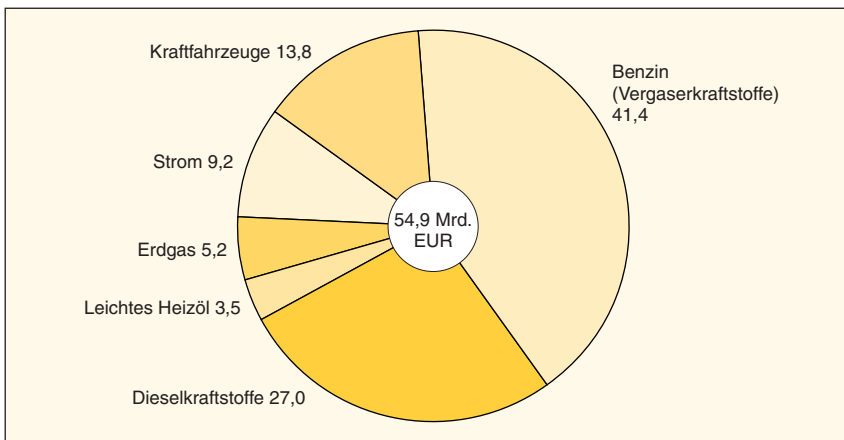
steuer, die Kraftfahrzeugsteuer und die Stromsteuer. Die sog. »Ökosteuern« wurde in Deutschland zum 1. 4. 1999 eingeführt. Sie zielt auf eine schrittweise Erhöhung der Energiebesteuerung durch Anhebung der Mineralölsteuersätze und durch Einführung der Stromsteuer. Bereits zuvor war die Mineralölsteuer im Laufe der 90er Jahre mehrfach angehoben und die Kraftfahrzeugsteuer auf eine andere Basis gestellt worden.

Wichtige Problemfelder, die mit den hier präsentierten Daten untersucht werden können, sind zum einen Fragen nach der Entwicklung der Steuereinnahmen selbst, nach dem Einfluss von Steuererhöhungen auf den Verbrauch und damit nach der Effizienz des Umgangs mit den besteuerten Rohstoffen, zum anderen aber auch nach Relationen zu gesamtwirtschaftlichen Größen, beispielsweise zu den Steuereinnahmen insgesamt oder zu nationalen Umweltschutzausgaben.

Im Jahr 2002 beliefen sich die umweltbezogenen Steuereinnahmen auf knapp 55 Mrd. Euro. Davon entfielen rund 41 Mrd. Euro auf die Mineralölsteuer, 7,6 Mrd. Euro auf die Kraftfahrzeugsteuer und 5 Mrd. Euro auf die Stromsteuer. Von 1991 bis 2002 hat sich das Aufkommen an umweltbezogenen Steuern um 84 % erhöht. Dabei stiegen die Einnahmen aus der Mineralölsteuer um 75 %, die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 35 %. Die Einnahmen aus der Stromsteuer haben sich seit Einführung 1999 fast verdreifacht. Die gesamten Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte sind in diesem Zeitraum um rund 42 % gestiegen. Der Anteil umweltbezogener Steuern am gesamten Steueraufkommen in Deutschland lag 2002 bei 11,4 % und damit deutlich höher als 1991 (8,8 %), aber auch höher als in den Jahren 1992 bis 2000 als ihr Anteil zwischen 9,2 % und 9,7 % schwankte.

Der weit überwiegende Teil der umweltbezogenen Steuereinnahmen steht mit dem Verkehrsbereich, insbesondere mit dem Straßenverkehr, im Zusammenhang. Die

Abb.13: Umweltbezogene Steuereinnahmen 2002
in Prozent



Steuern auf Vergaser- und Dieselmotoren beliefen sich im Jahr 2002 auf rund 38 Mrd. Euro. Zusammen mit den Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer lagen die Einnahmen aus verkehrsbezogenen Steuern bei 45 Mrd. Euro und damit bei knapp 83 % der Umweltsteuern.

19.4.4 Natur- und Landschaftsschutz

Bisher haben sich die Naturschutzbemühungen stark auf die Ausweisung von Schutzgebieten konzentriert. Diese Praxis hat jedoch gezeigt, dass ein System von einander isolierter Schutzgebiete inmitten eines dicht genutzten und besiedelten Landes Probleme wie anhaltende Artenverluste, Destabilisierung von Ökosystemen und Landschaftsverbrauch nicht aufhalten kann. Vor diesem Hintergrund wurde das Jahr 1995 vom Europarat – zum zweiten Mal seit 1970 – zum »Europäischen Naturschutzjahr« erklärt und die Mitgliedsländer wurden aufgerufen, den Naturschutz nicht auf die Ausweisung und Pflege von Schutzgebieten zu beschränken.

Vielmehr soll »Naturschutz auf der ganzen Fläche« angewendet werden, weil das gesamte System nur intakt zu halten ist, wenn Naturschutzbelange bei allen Flächennutzungen Berücksichtigung finden. Inwieweit dieser »moderne Naturschutz« als Basis der allgemein als Handlungsziel akzeptierten nachhaltig-umweltgerechten Nutzung in Zukunft realisiert werden kann, erscheint offen. Im vorliegenden Report kann bislang nur über den Flächenbestand an Schutzgebieten verschiedener Kategorien berichtet werden, ohne dass Angaben über die Qualität von Natur und Landschaft – sowohl innerhalb als auch außerhalb dieser Gebiete – möglich sind.

Mit der Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie der EU von 1992 wurde erstmals für Europa ein einheitliches Auswahl- und Bewertungsverfahren zur Einrichtung von »Gebieten gemeinschaftlicher Bedeutung« bzw. *FFH-Gebieten* vorgegeben. Für die Länder der EU besteht damit eine rechtliche Verpflichtung zur Einrichtung entsprechender Gebiete für das Schutzgebietssystem »Natura 2000«, wobei der Schutz bestimmter Lebensraumtypen sowie Arten nach den biogeographischen Regionen des Landes zu gewährleisten ist. Bis zum März 2003 wurden von Deutschland 3 535 FFH-Gebiete mit einer Fläche von 2 414 278 Hektar (davon 799 529 marine Flächen) an die EU gemeldet. Dies ist mit ca. 6,8 % der Bundesfläche (Ssymank et al. 2003)¹ im Vergleich zu anderen EU-Ländern vergleichsweise gering und reicht für den Anteil der in Deutschland vertretenen drei biogeographischen Regionen (atlantisch, kontinental, alpin) nicht aus. Vielmehr wird von einem Nachmeldebedarf von ca. 500 Gebieten ausgegangen, damit rund 10 % der Landesfläche als Schutzgebiete eingestuft werden. Abschließende Meldungen werden bis Ende 2004 erwartet. Anschließend erfolgen die formale Ausweisung und Unterschutzstellung der Gebiete, ein Flächenmanagement sowie die Zustandserfassung und regelmäßige Zustandsberichte an

¹ Ssymank, A., Balzer, S., Biewald, G., Ellwanger, G., Hauke, U., Kehrein, A., Petersen, B., Raths, U., Rost, S. (2003): Die gemeinschaftliche Bewertung der deutschen FFH-Gebietsvorschläge für das Netz Natura 2000 und der Stand der Umsetzung. In: Natur u. Landschaft 78.Jg. Heft 6:268–279.

die EU. Den Gebieten kommt dann ein strenger Schutzstatus zu, der dem Status der Naturschutzgebiete mindestens vergleichbar ist.

Die strengste Schutzgebietskategorie nach dem Bundesnaturschutzgesetz stellen die *Naturschutzgebiete* und die *Nationalparks* dar. Sie sollen einen besonderen Schutz von Natur und Landschaft für Lebensgemeinschaften oder Lebensstätten, aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder Schönheit gewährleisten. Teilweise sind innerhalb von Naturschutzgebieten andere Nutzungen (wie Land- u. Forstwirtschaft, Freizeit u. a.) zugelassen. Ende 2001 gab es im Bundesgebiet 6 840 Naturschutzgebiete mit 9 823 Quadratkilometern Fläche. Die Naturschutzgebietsfläche schwankt

Tab. 13: Schutzgebiete in der Bundesrepublik Deutschland

Typ	Anzahl	Fläche	Anteil an der Staatsfläche	Bemerkung
		ha	%	
Nationalparks	13	945 624	2,6	Davon ca. 80 % Watt- und Wasserflächen an der Nord- und Ostsee
Biosphärenreservate	14	1 613 425	4,5	Davon ca. 43 % Watt- und Wasserflächen an der Nord- und Ostsee
Naturschutzgebiete	6 840	982 261	2,8	Ohne Wasserflächen der Nord- und Ostsee; Stand 31. 12. 2001
Naturparks	85	7 428 913	20,8	
Landschaftsschutzgebiete	6 801	9 527 479	26,7	In einigen Ländern keine aktuellen Daten vorhanden; Stand 31. 12. 1999
Naturwaldreservate	629	23 718	0,1	0,2 % an der Waldfläche
Feuchtgebiete internationaler Bedeutung	33	838 713	2,3	Inkl. Schleswig-Holsteinischem Wattenmeer
Europareservate	20	268 408	0,8	Vogelschutzgebiete für Watt- und Wasservögel; überwiegend Naturschutzgebiete

Quelle: Bundesamt für Naturschutz. – Bearbeitungsstand 2003. Neben inhaltlichen Unterschieden ist darauf hinzuweisen, dass eine Addition der Schutzgebietstypen nicht möglich ist, da sie sich in erheblichem Umfang überschneiden.

in den Bundesländern zwischen 1,8 % (Saarland) und 7,3 % (Hamburg); der Durchschnitt für das Bundesgebiet beträgt 2,8 %. In welchem Maße ein Schutz gewährleistet werden kann, wird u. a. von der Flächengröße beeinflusst. Die Naturschutzgebiete in Deutschland sind relativ klein, knapp zwei Drittel sind kleiner als 50 Hektar und nur 13 % umfassen eine Fläche von 200 Hektar und mehr.

Die Schutzkategorie der *Nationalparks* umfasst großräumige Ausschnitte charakteristischer natürlicher Großlandschaften, die überwiegend die Voraussetzung von Naturschutzgebieten erfüllen. Sie sollen sich in einem vom Menschen nicht oder wenig beeinflussten Zustand befinden und insbesondere der Erhaltung eines möglichst

artenreichen heimischen Pflanzen- und Tierbestandes dienen. In der Bundesrepublik Deutschland existieren gegenwärtig 13 Nationalparks mit einer Fläche von insgesamt 9 456 Quadratkilometern. Nationalparks können, da großräumig ausgewiesen, in ihren »Kernzonen« den Schutzgebietsstatus von Naturschutzgebieten übertreffen, aber in Teilbereichen durch starken Tourismus und andere menschliche Nutzungen entwertet werden.

Biosphärenreservate sind Gebiete, die im Rahmen des UNESCO-Umweltprogramms »Der Mensch und die Biosphäre« geschaffen wurden. Das weltweite Netzwerk soll alle wichtigen Hauptökosystemtypen der Erde erfassen. In Biosphärenreservaten sollen die Natur geschützt, Ökosystemforschung betrieben sowie naturferne in naturnahe und natürliche Lebensgemeinschaften und Lebensräume überführt werden. Die traditionelle und langfristig tragfähige Wirtschaftsweise der einheimischen Bevölkerung wird ausdrücklich in das Konzept einbezogen. Biosphärenreservate sind in Schutz-zonen untergliedert. Diese sind durch die im Bundesnaturschutzgesetz festgelegten Schutzgebietskategorien für den Naturschutz unterschiedlich stark geschützt. 4,5 % oder rund 16 000 Hektar der Fläche Deutschlands sind derzeit als Biosphärenreser-vate ausgewiesen.

Die 85 *Naturparks* weisen eine Gesamtfläche von knapp 74 289 Quadratkilometern auf. Naturparks sind großräumige Landschaftsausschnitte, die nach den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung und Landesplanung für die Erholung oder den Fremdenverkehr vorgesehen sind. Sie sind daher weniger als Schutzkategorie, sondern eher als Planungskategorie im raumordnerischen Sinne zur Sicherung und Entwicklung einer landschaftsbezogenen Erholung anzusehen. Der Flächenanteil der Naturparks ist meist als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. In den Landschaftsschutzgesetzen der neuen Bundesländer ist dem Naturschutz in den Naturparks ein höherer Stellenwert eingeräumt worden.

Landschaftsschutzgebiete sind trotz hohen Anspruchs nach dem Bundesnatur-schutzgesetz als schwächste Schutzkategorie einzuordnen. Ihr Ziel ist der Schutz und der Erhalt von Natur und Landschaft zur Erhaltung und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter wegen der Vielfalt, Eigenart oder Schönheit des Landschaftsbildes oder wegen der Erholungsbedeutung. Auf dem Gebiet der Bundesrepublik bestanden Ende 1999 insgesamt 6 801 Landschaftsschutzgebiete mit einer Fläche von etwa 95 000 Qua-dratkilometern.

Naturwaldreservate wurden in den vergangenen Jahren in den Bundesländern ver-stärkt auf der Grundlage der novellierten Landeswaldgesetze ausgewiesen. Unter verschiedenen Bezeichnungen gibt es zurzeit 629 solcher Reservate mit zusammen 23 718 Hektar, also einer durchschnittlichen Größe von knapp 38 Hektar. In der Pra-xis gibt es zwei Kategorien solcher Waldschutzgebiete: In Baden-Württemberg beispielsweise die »Bannwälder« als Totalreservate, in denen jede Waldbewirtschaf-tung grundsätzlich untersagt ist (auch Totholz bleibt in der Fläche), und die »Schonwäl-der«, in denen durch gezielte forstliche Maßnahmen bestimmte Waldformen mit den für sie typischen Pflanzen- und Tierarten erhalten werden. Letztere sind in Tab. 13

nicht enthalten. Aufgrund der fehlenden oder nur sehr extensiven Bewirtschaftung haben diese Waldschutzgebiete für den Naturschutz als Flächen für den Biotop- und Artenschutz einen besonders hohen Wert. Einige Waldschutzgebiete sind deshalb gleichzeitig Naturschutzgebiete, in denen verstärkt Waldökosystemforschung betrieben wird.

Die *Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung für Watt- und Wasservögel* umfassen Gewässer und andere wasserbeeinflusste Landschaftsteile, die wichtigsten Lebensstätten charakteristischer Tier- und Pflanzengemeinschaften, landschaftliche Besonderheiten oder für die Landschaft charakteristische Ausschnitte. Inzwischen sind 33 Feuchtgebiete internationaler Bedeutung mit 8 387 Quadratkilometern oder 2,3 % Flächenanteil ausgewiesen. Es wird angestrebt, diese Feuchtgebiete mit der Zeit alle nach den Naturschutzgesetzen rechtlich zu sichern.

International bedeutsame Lebensräume für Watt- und Wasservögel können das Prädikat »*Europareservat*« vom Internationalen Rat für Vogelschutz verliehen bekommen. Hier müssen Kernbereiche als Naturschutzgebiete gesichert sein, die Jagd teilweise verboten und andere Beunruhigungen, beispielsweise durch Wassersport und Sportfischerei, ausgeschlossen sein. Es gibt derzeit 20 Europareservate mit einem Flächenanteil von 0,8 %.

Die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes schreibt in § 3 die Einrichtung eines *Biotopverbundsystems* vor, das bundesweit im Minimum 10 % der Landesfläche umfassen muss. Hier sollen u. a. bestehende Schutzgebiete wie Nationalparke, besonders geschützte Biotoptypen nach § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes, Naturschutzgebiete und Biosphärenreservate eingehen.

Im gesamten Bundesgebiet führen Mehrfachzuordnungen von nationalen und internationalen Schutzgebietskategorien mit und ohne Rechtsverbindlichkeit zu Schutzgebietsüberlagerungen. Daher ist es nicht zulässig, die Schutzgebietsflächen in Tabelle 13 zu summieren.

Weitere Informationen zum Thema Umwelt siehe auch Teil II, Kap. 8.

20 Deutschland und die Europäische Union

20.1 Einführung

Die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union entspricht dem in der Präambel des Grundgesetzes ausgesprochenen Auftrag »als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen« und ist nach der Wiedervereinigung im neuen Europa-Artikel des Grundgesetzes (Art. 23) konkretisiert worden. Aber auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verflechtungen mit den Partnerstaaten der Europäischen Union sind so wichtig, dass in diesem Kapitel die Europäische Union gesondert betrachtet wird.

Zu zentralen Themenbereichen wie die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, EU-Finanzierung, Erweiterung, Bevölkerung und Arbeitsmarkt, allgemeine Wirtschaftsentwicklung und außenwirtschaftliche Beziehungen sowie zu den Lebensverhältnissen in den EU-Staaten werden in diesem Abschnitt Vergleichstabellen kommentiert.

Neben den 15 bisherigen EU-Ländern werden auch die zehn neuen Mitgliedstaaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern sowie die drei Beitrittskandidaten Bulgarien, Rumänien und die Türkei betrachtet. Damit wird sowohl der jüngsten als auch der folgenden, in den nächsten Jahren zu erwartenden EU-Erweiterung Rechnung getragen. Gesamtergebnisse werden sowohl für alle 25 EU-Staaten (»EU-25«) als auch für die 15 alten EU-Staaten (»EU-15«) sowie für die so genannte Eurozone, d. h. für die 12 Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion, dargestellt.

Die Werte in den Tabellen stammen vor allem aus den Veröffentlichungen und Datenbanken des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) in Luxemburg sowie aus verschiedenen Quellen internationaler Organisationen. Die Zahlen für Deutschland können aus diesem Grunde von den Angaben in anderen Kapiteln, die weitgehend auf bundesstatistischen Ergebnissen basieren, abweichen. Weiterhin wurden bei manchen internationalen Angaben in den vorhergehenden Kapiteln andere Statistiken und Berichtsstände als in diesem Kapitel nachgewiesen.

Unterschiede der statistischen Begriffe, der Erhebungsverfahren sowie der Bearbeitungsmethoden beeinträchtigen trotz weitergehender Harmonisierung der Angaben deren Vergleichbarkeit in Einzelfällen. Folglich können die in diesem Kapitel verwendeten Zahlenangaben zum Teil nur Größenordnungen vermitteln. Auch hinsichtlich der Aktualität der Ergebnisse müssen bei einer vergleichenden Übersicht Einschränkungen in Kauf genommen werden.

20.2 Entstehung, Entwicklung und Ziele der Europäischen Union

Der Europäische Integrationsprozess begann mit der Unterzeichnung des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) im April 1951 durch Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Diese sechs Staaten gründeten 1958 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom). Aus diesen drei Gemeinschaften entstanden 1967 die Europäischen Gemeinschaften (EG). Ziel der EG ist die politische und wirtschaftliche Einigung Europas. Die ersten Schritte bestanden in dem Abbau der zwischenstaatlichen Zollschränken und der Einführung eines gemeinsamen Außenzolltarifsystems.

Am 1. Januar 1973 kam es mit dem Beitritt Dänemarks, Irlands sowie des Vereinigten Königreichs zur ersten Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften. Am 1. Januar 1981 folgte Griechenland. 1986 fand mit dem Beitritt Portugals und Spaniens die so genannte Süderweiterung statt. Zum 1. Januar 1995 wurden die Staaten Finnland, Österreich und Schweden als neue Vollmitglieder in die Europäische Union aufgenommen.

Durch die Schaffung des EG-Binnenmarktes 1993 wurde neben der Liberalisierung des Güteraustausches auch der Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten freigegeben.

Mit dem in Maastricht geschlossenen »Vertrag über die Europäische Union (EU)« vom 7. Februar 1992, der am 1. November 1993 in Kraft trat, vereinbarten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften einen Stufenplan zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion bis zum Jahr 1999, deren dritte Stufe die Einführung der einheitlichen Währung »Euro« darstellte. Zugleich wurden Schritte zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik beschlossen.

Der »Vertrag von Amsterdam« vom 2. Oktober 1997 setzte den Integrationsprozess mit Blick auf die (Ost-)Erweiterung der EU fort. Von 13 Bewerberstaaten, die eine Mitgliedschaft in der EU beantragt haben, wurden nach erfolgreichem Abschluss der Beitrittsverhandlungen die Länder Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern zum Mai 2004 in die Europäische Union aufgenommen.

Die Beitrittsverhandlungen mit den Staaten Bulgarien und Rumänien sind noch nicht abgeschlossen, die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei wurde inzwischen beschlossen.

Ziel der Beitrittsverhandlungen ist u. a. die Übernahme des so genannten »acquis communautaire« der EU durch die Beitrittsländer. Dies sind die gemeinsamen Rechtsgrundlagen der Europäischen Union auf der Basis der Verträge von Rom, Maastricht und Amsterdam. Regelmäßige Berichte der EU-Kommission informieren über den Stand der Verhandlungen.

20.3 Konvergenz und Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

Ein wichtiges Eckdatum der Europäischen Union bildete die Einführung der gemeinsamen Währung, des Euro, zum 1. Januar 1999 in Vollzug der dritten Stufe der im »Vertrag von Maastricht« vereinbarten Schaffung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU). Auf dem Weg zur Einführung des Euro galt es, mehrere geld-, währungs- und haushaltspolitische Voraussetzungen zu erfüllen, um die Stabilität des Euro von Anfang an zu garantieren. Die zentralen Kennziffern wurden als »Maastricht-Kriterien« bzw. »Konvergenzkriterien« bezeichnet. Nur diejenigen Staaten, die hinsichtlich dieser Kriterien vorgegebene Schwellenwerte unterschritten bzw. die Tendenz einer deutlichen Verbesserung aufwiesen und sich zu einer Teilnahme entschieden, sollten Mitglieder der Währungsunion werden.

Auf dieser Grundlage und auf Empfehlung der am 24. bzw. 25. März 1998 vom Europäischen Währungsinstitut (EWI) und von der EU-Kommission gleichzeitig vorgelegten Konvergenzberichte beschloss der Europäische Rat am 2. Mai 1998 termingerecht den Start der Europäischen Währungsunion zum 1. Januar 1999 mit den elf Teilnehmerstaaten Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal und Spanien. Griechenland trat am 1. Januar 2001 als zwölftes Mitglied der Europäischen Währungsunion bei. Diese Staaten werden als »Eurozone« bezeichnet. Dänemark, Schweden sowie das Vereinigte Königreich nehmen an der Europäischen Währungsunion (noch) nicht teil und haben den Euro nicht eingeführt.

Für die neu hinzugekommenen Mitgliedstaaten ist die Aufnahme in die Europäische Union nicht automatisch mit der Einführung des Euro verbunden. Neue Mitgliedstaaten müssen sich zunächst dem revidierten Europäischen Währungssystem (EWS II) anschließen. Dazu gehört u. a., dass ihre Währungen nur in einer bestimmten Spanne ($\pm 15\%$) zum festgesetzten Euro-Leitkurs schwanken dürfen. Für einen Beitritt zur Eurozone und damit für die Einführung des »Euro« muss jedes Land die im Maastricht-Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien hinsichtlich Inflation, langfristigem Zinsniveau, Haushaltsdefizit und Wechselkursstabilität erfüllen. Da von den Konvergenzkriterien auch eine zweijährige abwertungsfreie Teilnahme am EWS vorgeschrieben ist, wäre die Einführung des Euro in neuen EU-Mitgliedstaaten frühestens zwei Jahre nach deren EU-Beitritt möglich.

Die verfügbaren Werte für die Konvergenz- und Stabilitätskriterien im Jahr 2003 (siehe Tab. 1) zeigen, dass einige Länder bei der Inflationsbekämpfung noch Anstrengungen unternehmen müssen (Slowakei, Slowenien, Ungarn), während andere mehr Augenmerk auf die Reduzierung des Staatsdefizits richten sollten (Tschechische Republik, Malta, Zypern, Ungarn, Griechenland, Frankreich, Polen, Deutschland) bzw. auf die Eindämmung der Staatsverschuldung (Italien, Belgien, Griechenland).

Zum Stichtag 1. Januar 1999 wurden die Wechselkurse der nationalen Währungen der (zunächst) elf Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion gegenüber dem

Tab. 1: Konvergenz- bzw. Stabilitätskriterien 2003

Land	Harmonisierter Verbraucherpreisindex	Langfristiger Zinssatz ¹	Defizit des Staates	Verschuldung des Staates
	Veränderung zu 2002 in %	%	% des Bruttoinlandsprodukts	
Belgien	+ 1,5	4,2	- 0,4 ²	100,7
Dänemark	+ 2,0	4,3	- 0,3 ²	45,9
Deutschland	+ 1,0	4,1	3,8	64,2
Estland	+ 1,4	5,3	- 3,1 ²	5,3
Finnland	+ 1,3	4,1	- 2,3 ²	45,6
Frankreich	+ 2,2	4,1	4,1	63,7
Griechenland	+ 3,4	4,3	4,6	109,9
Irland	+ 4,0	4,1	0,1 ²	32,1
Italien	+ 2,8	4,3	2,4	106,2
Lettland	+ 2,9	4,9	1,5	14,4
Litauen	- 1,1	5,3	1,9	21,6
Luxemburg	+ 2,5	4,0	0,8	5,4
Malta	+ 1,9	5,0	9,7	71,1
Niederlande	+ 2,2	4,1	3,2	54,1
Österreich	+ 1,3	4,2	1,1	65,1
Polen	+ 0,7	5,8	3,9	45,4
Portugal	+ 3,3	4,2	2,8	60,3
Schweden	+ 2,3	4,6	- 0,3 ²	52,0
Slowakei	+ 8,5	5,0	3,7	42,6
Slowenien	+ 5,7	6,4	2,0	29,5
Spanien	+ 3,1	4,1	- 0,4 ²	50,7
Tschechische Republik	- 0,1	4,1	12,6	37,8
Ungarn	+ 4,7	6,8	6,2	59,1
Vereinigtes Königreich	+ 1,4	4,6	3,3	39,8
Zypern	+ 4,0	4,7	6,4	70,9
Europäische Union (EU-25)	+ 1,9	4,3	2,8	63,3
Europäische Union (EU-15)	+ 2,0	4,2	2,7	64,3
Eurozone	+ 2,1	4,2	2,7	70,7
Beitrittskandidaten				
Bulgarien	+ 2,3 ³	5,8	0,1	46,2
Rumänien	+ 15,3 ³	.	2,0	21,8
Türkei	8,8	87,4

1 Rendite langfristiger Staatsanleihen des Sekundärmarktes (brutto) mit einer ca. zehnjährigen Restlaufzeit.

2 Überschuss.

3 Nicht vollständig harmonisierte Verbraucherpreisindizes.

Euro unwiderruflich festgeschrieben (siehe nachfolgende Übersicht). Bis zum Jahresende 2001 fand die neue gemeinsame Währung nur für bargeldlose Transaktionen Verwendung. Seit dem 1. Januar 2002 ist der Euro das einzig gültige gesetzliche Zahlungsmittel innerhalb der Eurozone; die früheren Landeswährungen der Eurozone-Staaten behielten lediglich für kurze Übergangsfristen Gültigkeit.

Wechselkurse gegenüber dem Euro ab 1. 1. 1999

Land	1 Euro = ... Währungseinheiten
Belgien	40,3399 bfr
Deutschland	1,95583 DM
Finnland	5,94573 Fmk
Frankreich	6,55957 FF
Griechenland ¹	340,750 Dr.
Irland	0,787564 Ir£
Italien	1 936,27 Lit
Luxemburg	40,3399 lfr
Niederlande	2,20371 hfl
Österreich	13,7603 S
Portugal	200,482 Esc
Spanien	166,386 Pta

1 Wechselkurs seit 31. 12. 2000.

Wichtigstes Organ der Europäischen Währungsunion, das im Zusammenwirken mit den nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten über die Stabilität des Euro wacht, ist die Europäische Zentralbank. Sie ist aus dem Europäischen Währungsinstitut hervorgegangen und hat unmittelbar nach dem Beschluss des Europäischen Rates über die Teilnehmer an der Währungsunion ihre Arbeit in Frankfurt/Main aufgenommen.

20.4 Die Finanzierung der Europäischen Union

Die Finanzierung des EU-Haushalts erfolgt im Wesentlichen durch direkte Abgaben bzw. Transfers der Mitgliedstaaten, insbesondere von Anteilen ihres Mehrwertsteueraufkommens (MWSt-Eigenmittel) und einer nach dem jeweiligen Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt) der einzelnen EU-Länder bemessenen Abgabe (BSP-Eigenmittel). Darüber hinaus sind für die Einnahmenseite des EU-Haushaltes Zölle, Agrarabschöpfungen auf die Importe aus Drittstaaten sowie Zucker- und Isoglukoseabgaben von Bedeutung.

Betrachtet man die direkt von den Mitgliedstaaten stammenden Einnahmen des EU-Haushaltes, dann zeigt sich, dass Deutschland im Jahr 2002 mit 17,582 Mrd. Euro bzw. 22,6 % der Gesamteinnahmen des EU-Haushalts in Höhe von 77,698 Mrd. Euro der größte Zahler unter den EU-Ländern war. Mit deutlichem Abstand folgten Frankreich mit 14,152 Mrd. Euro (18,2 %) sowie Italien mit 11,280 Mrd. Euro (14,5 %).

Bei den Zahlungen an die Mitgliedsländer bzw. den Einnahmen der Mitgliedstaaten aus dem EU-Haushalt von insgesamt 85,145 Mrd. Euro lagen 2002 Spanien und Frankreich mit 15,127 bzw. 11,656 Mrd. Euro und Anteilen von 17,8 % bzw. 13,7 % an der Spitze. Es folgten Deutschland mit 11,445 Mrd. Euro (13,4 %) und Italien mit 8,013 Mrd. Euro (9,4 %). Den größten Netto-Finanztransfer erhielt Spanien mit 8,576 Mrd. Euro.

Tab. 2: Einnahmen und Zahlungen der EU nach Mitgliedsländern 2002

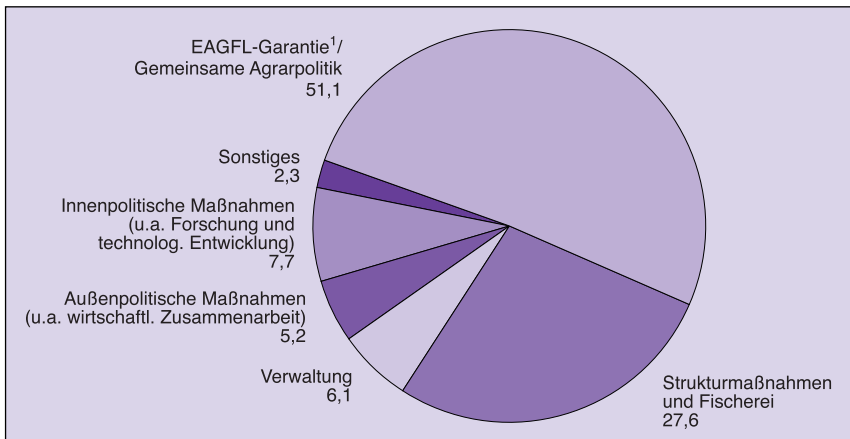
Land	Einnahmen von den Mitgliedsländern		Zahlungen an die Mitgliedsländer	
	Mill. EUR	% ¹	Mill. EUR	% ¹
Belgien	3 017,9	3,9	1 787,3	2,1
Dänemark	1 687,9	2,2	1 417,2	1,7
Deutschland	17 582,2	22,6	11 444,7	13,4
Finnland	1 184,5	1,5	1 167,0	1,4
Frankreich	14 152,3	18,2	11 656,1	13,7
Griechenland	1 337,5	1,7	4 616,5	5,4
Irland	1 018,8	1,3	2 562,8	3,0
Italien	11 279,5	14,5	8 012,9	9,4
Luxemburg	183,8	0,2	131,7	0,2
Niederlande	4 467,4	5,7	1 509,1	1,8
Österreich	1 808,5	2,3	1 525,4	1,8
Portugal	1 187,3	1,5	3 839,7	4,5
Schweden	2 086,2	2,7	1 191,4	1,4
Spanien	6 551,2	8,4	15 127,1	17,8
Vereinigtes Königreich	10 152,8	13,1	5 959,8	7,0
Europäische Union (EU-15)	77 698,0	100	85 144,5²	100

1 Anteil an EU-Ländern insgesamt.

2 Einschl. nicht aufteilbarer Zahlungen sowie Ausgaben für Verwaltung.

Die Verwendung der Haushaltsausgaben der EU zeigt, dass auf die Gemeinsame Agrarpolitik (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft/ EAGFL) 2002 über die Hälfte (51,1 %) der Gesamtausgaben entfielen, auf Struktur-

Abb.1: Ausgaben der EU nach Bereichen 2002
in Prozent



1 Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, Brüssel.

maßnahmen und Fischerei 27,6 %. Die übrigen Ausgaben verteilten sich hauptsächlich auf innenpolitische Maßnahmen (7,7 %; vor allem für Forschung und technologische Entwicklung) sowie außenpolitische Maßnahmen (5,2 %; vor allem wirtschaftliche Zusammenarbeit und Nahrungsmittelhilfe).

20.5 Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Im Jahr 2002 lebten nach vorläufigen Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) in den 25 EU-Staaten (EU-25) annähernd 454 Mill. Einwohner auf einer Fläche von 3,888 Mill. Quadratkilometern. Allein 305,8 Mill. bzw. mehr als zwei Drittel aller EU-Bürger entfielen zu diesem Zeitpunkt auf die Länder der Eurozone. Bevölkerungsreichstes Mitglied der Europäischen Union war Deutschland mit 82 Mill. Einwohnern und einem Anteil von rund 18 %.

Die Besiedlungsdichte ist innerhalb der EU sehr unterschiedlich. Im EU-Durchschnitt liegt die Bevölkerungsdichte bei 117 Einwohnern je Quadratkilometer, wobei die Bandbreite von 17 bzw. 22 Einwohnern je Quadratkilometer in Finnland und Schweden bis zu 477 Einwohnern je Quadratkilometer in den Niederlanden bzw. 1 255 Einwohnern in Malta reicht. Deutschland liegt mit einer Bevölkerungsdichte von 231 Einwohnern je Quadratkilometer deutlich über dem Durchschnitt. Die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind generell dünner besiedelt und liegen, abgesehen von Malta, der Tschechischen Republik und Polen, unter dem EU-Durchschnitt.

Bei den Geburtenzahlen weisen die meisten neuen EU-Mitglieder – wie auch einige alte EU-Länder – Werte unter dem EU-Durchschnitt nach. Die Fruchtbarkeit bei den neuen EU-Ländern lag im Jahr 2002, außer in Zypern, durchweg unter dem Wert von 10 Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner. In den früheren EU-Staaten wurden teilweise deutlich höhere Geburtenziffern erreicht (Irland 15,4; Frankreich 12,8; Niederlande 12,5). Gleichzeitig weisen einige neue EU-Länder auch deutlich über dem EU-Durchschnitt liegende Sterbeziffern auf, weshalb das natürliche Bevölkerungswachstum vor allem in den baltischen Staaten sowie in Ungarn und der Tschechischen Republik negativ ist, d. h. es sterben jährlich mehr Menschen als geboren werden. Ein Rückgang der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, wenn auch nicht so stark, ist aber auch in den Ländern Deutschland, Griechenland und Italien festzustellen.

In vielen EU-Ländern sind grenzüberschreitende Wanderungsbewegungen für die Bevölkerungsentwicklung ähnlich wichtig wie die Entwicklung der Geburten und Sterbefälle. Die Nettozuwanderung in die EU-15-Staaten betrug im Jahr 2002 nach vorläufigen Angaben von Eurostat 1,688 Mill. Menschen. Den höchsten Wanderungszuwachs verbuchte Spanien mit 650 100 Nettozuwanderern vor Italien (350 000) und Deutschland (219 000). Bezogen auf die Gesamteinwohnerzahl (Wanderungssaldo je 1 000 Einw.) registrierten die Länder Spanien, Zypern, Irland, Por-

Tab. 3: Fläche, Bevölkerung, natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegung 2002¹

Land	Fläche	Bevölkerung		Lebend-geborene	Gestorbene	Natürliche Bevölkerungsbewegung	Wanderungs-saldo	
		ins-gesamt	Einwohner je km ²					
	1 000 km ²	1 000	Anzahl	je 1 000 Einwohner		1 000	je 1 000 Einwohner	
Belgien	31	10 333	339	11,0	10,2	0,7	40,5	3,9
Dänemark	43	5 374	125	11,9	10,9	1,0	9,6	1,8
Deutschland	357	82 482	231	8,7	10,2	-1,5	218,8	2,7
Estland	43	1 359	31	9,6	13,5	-3,9	0,2	0,1
Finnland	305	5 201	17	10,7	9,5	1,2	5,3	1,0
Frankreich	544	59 489	109	12,8	9,1	3,7	65,0	1,1
Griechenland	132	10 988	83	9,3	9,5	-0,2	32,1	2,9
Irland	70	3 917	56	15,4	7,5	7,9	32,6	8,3
Italien	301	57 158	190	9,4	9,8	-0,4	350,0	6,1
Lettland	65	2 339	36	8,6	13,9	-5,3	-1,8	-0,8
Litauen	65	3 469	53	8,7	11,8	-3,2	-2,0	-0,6
Luxemburg	3	446	173	12,0	8,4	3,6	2,6	5,9
Malta	0,3	396	1 255	9,6	7,6	2,0	1,9	4,7
Niederlande	34	16 149	477	12,5	8,8	3,7	27,6	1,7
Österreich	84	8 053	96	9,7	9,5	0,3	26,1	3,2
Polen	313	38 232	122	9,2	9,4	-0,1	-17,9	-0,5
Portugal	92	10 368	113	11,0	10,2	0,8	70,0	6,8
Schweden	411	8 925	22	10,7	10,6	0,1	30,9	3,5
Slowakei	49	5 379	110	9,5	9,6	-0,1	0,9	0,2
Slowenien	20	1 996	98	8,8	9,4	-0,6	2,2	1,1
Spanien	505	41 201	82	10,1	8,9	1,2	650,1	15,8
Tschechische Rep.	79	10 201	129	9,1	10,6	-1,5	-12,3	1,2
Ungarn	93	10 159	109	9,5	13,1	-3,5	3,5	0,3
Vereinigtes Königreich	244	59 322	243	11,3	10,2	1,1	126,5	2,1
Zypern ²	6	710	120	11,1	7,3	3,8	6,9	9,7
Europ. Union (EU-25)	3 888	453 644	117	10,3	9,8	0,5	1 699,0	3,7
Europ. Union (EU-15)	3 154	379 405	120	10,5	9,7	0,8	1 687,6	4,4
Eurozone	2 456	305 784	124	10,3	9,6	0,8	1 520,7	5,0
Beitrittskandidaten								
Bulgarien	111	7 891	71	8,5	14,3	-5,9	.	.
Rumänien	238	21 834	92	9,7	12,4	-2,7	-1,6	-0,1
Türkei	779	67 845	87	21,3	7,1	14,2

1 Teilweise vorläufige oder geschätzte Angaben.

2 Griechisch-zypriotischer Teil.

tugal, Italien und Luxemburg die höchste Zuwanderung. Einige der neuen EU-Staaten (Lettland, Litauen und Polen) verzeichneten demgegenüber sogar eine Netto-Abwanderung.

Wie in anderen Teilen der industrialisierten Welt ist die Arbeitsmarktlage für die EU von besonderer Bedeutung (s. Tab. 4).

Der Anteil der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft (einschl. Fischerei), der in der alten EU (EU-15) im Jahr 2003 bei 4,0 % gelegen hatte, wäre durch die Erweiterung (die erst im Jahr darauf vollzogen wurde) auf 5,2 % gestiegen. Gleichzeitig hätte sich der Anteil des Dienstleistungssektors mit dem Beitritt der 10 neuen Staaten bereits im Jahr 2003 von 71,4 % auf 69,2 % reduziert. Der Erwerbstätigenanteil des Produzierenden Gewerbes hätte sich dagegen nur leicht von 24,6 % auf 25,5 % verändert. Hintergrund hierfür ist hauptsächlich der im Schnitt recht hohe

Tab. 4: Erwerbstätige, Arbeitslose und Arbeitslosenquoten 2003¹

Land	Erwerbstätige				Arbeitslose insgesamt	Arbeitslosenquoten	
	insgesamt	Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsgewerbe ²		insgesamt	unter 25 Jahre
	1 000	% der Erwerbstätigen			1 000	%	
Belgien	4 115	2,2	22,2	75,6	358	8,1	21,5
Dänemark	2 755	3,3	22,2	74,5	161	5,6	10,3
Deutschland	38 248	2,4	27,2	70,3	3 662	9,3	10,1
Estland	593	6,1	32,3	61,5	66	10,1	22,9
Finnland	2 350	5,1	26,0	68,9	235	9,0	21,8
Frankreich	24 888	4,1	21,7	74,3	2 479	9,4	20,2
Griechenland	3 966	16,0	23,4	60,6	413	9,3	26,3
Irland	1 787	6,5	27,7	65,8	85	4,6	8,3
Italien	24 286	4,4	29,0	66,5	2 087	8,6	27,0
Lettland	997	13,4	25,8	60,8	118	10,5	17,6
Litauen	1 442	17,8	28,0	54,1	214	12,7	27,2
Luxemburg	294	1,3	21,5	77,2	7	3,7	10,4
Malta	149	2,7	30,0	67,8	13	8,0	19,1
Niederlande	8 314	3,3	18,9	77,7	321	3,8	6,8
Österreich	4 061	12,9	23,8	63,3	172	4,4	7,2
Polen	13 617	18,4	28,6	53,0	3 255	19,2	41,1
Portugal	5 064	12,6	32,3	55,0	345	6,4	14,6
Schweden	4 341	2,3	22,8	74,8	260	5,6	13,2
Slowakei	2 062	4,4	34,1	61,5	446	17,1	32,9
Slowenien	893	10,9	36,9	52,3	63	6,5	15,9
Spanien	16 646	5,7	29,1	65,3	2 125	11,3	22,7
Tschechische Republik	4 731	4,5	39,4	56,1	401	7,8	18,6
Ungarn	3 968	5,8	31,9	62,3	240	5,8	13,1
Vereinigtes Königreich	29 771	0,9	18,7	80,4	1 501	5,0	12,3
Zypern	327	5,2	22,9	71,9	16	4,5	10,7
Europ. Union (EU-25)	199 674	5,2	25,5	69,2	19 039	9,0	18,2
Europ. Union (EU-15)	170 895	4,0	24,6	71,4	14 207	8,0	15,6
Eurozone	134 029	4,8	26,0	69,2	12 288	8,8	16,8
Beitrittskandidaten							
Bulgarien	3 079	25,9	27,7	46,4	453	13,6	26,8
Rumänien	7 393	34,1	31,0	34,9	658	6,6	18,7
Türkei	20 557	34,9	24,6	40,5	.	6,5	.

1 Bzw. letztverfügbarer Wert.

2 Einschl. Erwerbstätiger, deren Zuordnung zu Wirtschaftsbereichen nicht eindeutig bestimmt ist.

Anteil der im Agrarsektor Tätigen in vielen neuen EU-Mitgliedstaaten, u. a. in Polen, Lettland und Litauen, bei zugleich noch schwach ausgeprägtem Dienstleistungssektor in diesen Ländern.

Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union zeigt sich an der Gesamtzahl von 19,0 Mill. Betroffenen im Jahr 2003 (EU-15: 14,2 Mill.). Die Arbeitslosenquote belief sich im Schnitt auf 9,0 % (EU-15: 8,0 %).

Im zwischenstaatlichen Vergleich bestehen erhebliche Disparitäten beim Niveau der Arbeitslosigkeit. Während sich die Arbeitslosenquote in den 15 alten Mitgliedsländern zwischen 3,7 % (Luxemburg) und 11,3 % (Spanien) erstreckte (im Vergleich: Deutschland 9,3 %), gab es einige neue Mitgliedstaaten mit teilweise erheblich darüberliegenden Werten, u. a. Polen mit 19,2 % und die Slowakei mit 17,1 %.

Noch schwerer als die allgemeine Arbeitslosigkeit wiegt das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union. Durchschnittlich 18,2 % der Erwerbspersonen unter 25 Jahren besaßen in der EU im Jahr 2003 keinen Arbeitsplatz. Am gravierendsten stellte sich die Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der alten EU-Staaten Italien, Griechenland, Spanien, Finnland, Belgien und Frankreich dar (jeweils über 20 %), während sie in Deutschland nur bei 10,1 % lag. In den neuen EU-Staaten haben vor allem Polen (41,1 %) und die Slowakei (32,9 %) schwer mit diesem Problem zu kämpfen, aber auch Litauen (27,2 %) und Estland (22,9 %).

20.6 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Europäischen Union

Im Jahr 2003 erwirtschafteten die EU-Staaten ein Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) von 9 754 Mrd. Euro. Allein Deutschland trug mit 2 128 Mrd. Euro rund 22 % dazu bei, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 1 591 Mrd. Euro (16,3 %) sowie Frankreich mit 1 557 Mrd. Euro (16,0 %) und Italien mit 1 301 Mrd. Euro (13,3 %). Die Eurozone vereinigte 2003 eine Wirtschaftskraft von 7 265 Mrd. Euro auf sich. Die zehn neuen Mitgliedstaaten erhöhten das Bruttoinlandsprodukt der alten EU-15 um rund 5 %, wobei allein Polen als größtes neues Mitglied für über 42 % des Zuwachses an wirtschaftlicher Leistung verantwortlich ist.

Das BIP je Einwohner lag 2003 in den meisten neuen Mitgliedstaaten mit Ausnahme Zyperns, Sloweniens und Maltas noch unter 75 % des EU-25-Durchschnitts und damit deutlich unter dem der 15 alten EU-Staaten von 109 %. Die niedrigsten Werte unter den neuen EU-Mitgliedern verzeichneten die baltischen Staaten und Polen mit unter 50 %, während Malta, Slowenien und Zypern zwischen 75 % und 81 % des durchschnittlichen BIP je Einwohner in der EU erreichten.

Doch selbst innerhalb der EU-15 existieren noch große Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit pro Kopf. Während in Luxemburg das BIP je Einwohner das EU-Niveau um das Doppelte übertraf (215 %), wiesen Portugal und Grie-

chenland nur 74 % bzw. 81 % auf. Der BIP pro Kopf-Wert für Deutschland lag bei 108 % und entsprach damit in etwa dem EU-15 Mittelwert.

Mit lediglich 0,9 % ist das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union im Jahr 2003 erneut schwächer ausgefallen als im Vorjahr. Im EU-15-Durchschnitt und in der Eurozone nahm das BIP real nur um 0,8 % bzw. 0,5 % zu. Größere Steigerungsraten innerhalb der EU-15 hatten Griechenland (+4,5 %) und Irland (+3,7 %) zu verzeichnen, während in Portugal (-1,2 %), in den Niederlanden (-0,9 %) und in Deutschland (-0,1 %) die Wirtschaftsleistung abnahm.

In den neuen Mitgliedstaaten verlief die Entwicklung 2003 deutlich positiver. Hohe BIP-Zuwächse konnten vor allem die baltischen Staaten (jeweils über 5,0 %) sowie

Tab. 5: Bruttoinlandsprodukt 2003

Land	Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen		
	in jeweiligen Preisen	je Einwohner nach Kaufkraft	Veränderung gegenüber 2002 ¹
	Mrd. EUR	EU-25 = 100	%
Belgien	269,5	118	+ 1,3
Dänemark	188,0	123	+ 0,4
Deutschland	2 128,2	108	- 0,1
Estland	8,0	49	+ 5,1
Finnland	142,5	113	+ 2,0
Frankreich	1 557,2	111	+ 0,5
Griechenland	153,0	81	+ 4,5
Irland	134,8	133	+ 3,7
Italien	1 300,9	107	+ 0,3
Lettland	9,9	41	+ 7,5
Litauen	16,3	46	+ 9,7
Luxemburg	24,0	215	+ 2,9
Malta	4,3	75	- 0,3
Niederlande	454,3	121	- 0,9
Österreich	226,1	122	+ 0,8
Polen	185,2	46	+ 3,8
Portugal	129,9	74	- 1,2
Schweden	267,3	115	+ 1,5
Slowakei	28,8	52	+ 4,0
Slowenien	24,6	77	+ 2,5
Spanien	744,8	98	+ 2,5
Tschechische Republik	80,1	69	+ 3,7
Ungarn	73,2	61	+ 3,0
Vereinigtes Königreich	1 591,4	119	+ 2,2
Zypern	11,6	81	+ 1,9
Europäische Union (EU-25)	9 753,9	100	+ 0,9
Europäische Union (EU-15)	9 311,9	109	+ 0,8
Eurozone	7 265,2	107	+ 0,5
Beitrittskandidaten			
Bulgarien	17,7	30	+ 4,3
Rumänien	50,4	30	+ 4,9
Türkei	212,3	28	+ 5,8

1 Errechnet aus Angaben in Landeswährung und in konstanten Preisen.

Tab. 6: Verwendungsstruktur des Bruttoinlandsprodukts 2003

Land	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag	Exporte	Importe
	Private Haushalte ¹	Staat			von Waren und Dienstleistungen	
					% des Bruttoinlandsprodukts	
Belgien	54,8	22,8	19,7	+ 2,6	82,1	79,5
Dänemark	47,5	26,7	19,4	+ 6,4	43,6	37,3
Deutschland	58,6	19,3	17,9	+ 4,2	36,0	31,8
Estland ²	57,4	19,6	32,8	- 8,5	81,2	89,7
Finnland ²	52,2	22,1	18,5	+ 7,0	37,0	30,0
Frankreich ²	55,3	24,2	18,9	+ 1,2	25,8	24,6
Griechenland	66,6	15,4	26,1	- 8,1	19,7	27,8
Irland ²	47,0	16,1	22,7	+ 14,7	82,8	68,1
Italien	60,4	19,5	19,6	+ 0,5	25,4	24,9
Lettland ²	62,0	18,3	29,4	- 13,7	45,7	59,3
Litauen	64,7	18,9	21,9	- 5,5	51,8	57,3
Luxemburg	42,5	18,6	21,4	+ 17,5	140,1	122,6
Malta ²	61,0	19,5	27,0	- 5,2	81,4	86,6
Niederlande ²	48,5	25,4	20,2	+ 5,2	61,3	56,1
Österreich ²	57,0	18,7	23,0	+ 1,5	51,8	50,3
Polen	66,1	17,5	18,8	- 2,5	33,9	36,4
Portugal	61,9	21,1	22,8	- 5,8	30,8	36,6
Schweden	49,0	28,3	16,1	+ 6,6	43,9	37,3
Slowakei ²	55,3	20,0	25,3	- 1,5	78,0	79,5
Slowenien	54,9	20,3	24,8	- 0,0	56,7	56,7
Spanien	57,9	17,9	25,9	- 1,8	27,9	29,7
Tschechische Republik	52,6	21,5	28,2	- 2,3	66,0	68,3
Ungarn	55,2	24,0	25,1	- 4,3	61,8	66,1
Vereinigtes Königreich ²	65,5	21,1	16,3	- 2,9	25,1	28,1
Zypern ²	67,7	19,1	18,4	- 5,4	48,1	53,4
Europ. Union (EU-25)	58,3	21,0	19,5	+ 1,2	35,0	33,8
Europ. Union (EU-15)	58,2	21,0	19,2	+ 1,5	34,2	32,7
Eurozone	57,2	20,7	20,0	+ 2,0	35,6	33,6
Beitrittskandidaten						
Bulgarien	69,1	19,0	21,7	- 9,8	53,2	63,0
Rumänien	68,9	14,3	24,6	- 7,9	36,2	44,1
Türkei ²	68,1	13,6	22,8	- 3,3	27,4	30,7

1 Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

2 Einschl. einer statistischen Differenz.

die Slowakei (+4,0 %) erzielen, während Malta (-0,3 %) und Zypern (+1,9 %) die schwächste Entwicklung nachwies. Alle anderen neuen EU-Mitglieder verzeichneten reale Steigerungen ihres Bruttoinlandsprodukts zwischen 2,5 % und 4,0 %.

Von großer Bedeutung für wirtschaftlichen Erfolg und Innovationsfähigkeit eines Landes ist die inländische Investitionstätigkeit. Überdurchschnittliche Investitionsquoten in der EU wiesen 2003 vor allem einige der neuen EU-Mitglieder auf (u. a. Estland 32,8 %, Lettland 29,4 %, Tschechische Republik 28,2 %, Malta 27,0 %), aber auch Griechenland (26,1 %) und Spanien (25,9 %), während Schweden mit 16,1 %, das Vereinigte Königreich mit 16,3 %, Deutschland mit 17,9 %, Zypern mit 18,4 %, Finn-

land mit 18,5 % und Frankreich mit 18,9 % allesamt unterhalb des EU-25-Mittels von 19,5 % lagen. In der Eurozone machten die Bruttoinvestitionen durchschnittlich 20,0 % des BIP aus.

Tab. 7: Wirtschaftsdaten des Produzierenden Gewerbes

Land	Index der Produktion für das Produzierende Gewerbe ²	Produktion ¹			
		Steinkohle	Rohstahl	Elektrizität, brutto	Pkw
		2000 = 100	1 000 t	Mill. kWh je 100 000 Einwohner	1 000
Belgien	100,7 ³	–	11 343	794	350 ⁴
Dänemark	102,8	–	392	718	–
Deutschland	98,5	28 671	45 015	707	5 123
Estland	131,5	–	1	628	–
Finnland	103,1	–	4 003	1 446	41
Frankreich	100,3	1 496	20 258	941	3 293
Griechenland	102,5 ³	–	1 840	461	–
Irland	127,1 ³	–	–	627	–
Italien	99,5	–	26 066	497	1 126
Lettland	125,0	–	520	182 ⁴	–
Litauen	140,8	–	–	424 ⁴	–
Luxemburg	106,8	–	2 719	796	–
Malta	.	–	–	494 ⁴	–
Niederlande	97,0	–	6 117	596	182
Österreich	106,7	–	6 189	776	133
Polen	105,3	103 545	8 368	377	288
Portugal	102,1 ³	–	920	444	183
Schweden	101,5	–	5 754	1 653	418 ⁴
Slowakei	120,1	–	4 275	602	225
Slowenien	102,7	–	481	736	127
Spanien	104,8	13 608 ⁵	16 408	605	2 267
Tschechische Republik	121,9	14 472	6 512	748	441
Ungarn	115,3	724	2 052	355	138
Vereinigtes Königreich	97,9	28 688	11 665	653	1 630
Zypern	110,0	–	–	450 ⁴	–
Europ. Union (EU-25)	100,4	191 204	180 898	.	.
Europ. Union (EU-15)	99,8	72 463	158 689	709	.
Eurozone	100,1	43 775	140 878	693	.
Beitrittskandidaten					
Bulgarien	131,4 ³	22	1 860	556 ⁴	–
Rumänien	120,9 ³	3 609	5 493	243 ⁴	65
Türkei	.	3 312	16 467	184	204

1 2002.

2 Einschl. Baugewerbe. Arbeitstätlich bereinigte Daten für 2003.

3 Verarbeitendes Gewerbe.

4 2001.

5 Geförderte »Lignito negro« gilt als Steinkohle.

Die Entwicklung der Industrie in der Europäischen Union (einschl. der neuen Mitgliedstaaten) und bei den Beitrittskandidaten zeigt der Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe in Tab. 7. Der Index lässt einen leichten Rückgang der Produktion seit 2000 in den klassischen Industrieländern Deutschland, Italien, Niederlande und Vereinigtes Königreich erkennen. Dagegen erreichten die neuen EU-Mitgliedstaaten zumeist einen Zuwachs der Produktion. Besonders große Wachstumsraten seit 2000 erzielten dabei die baltischen Länder Litauen (+40,8 %), Estland (+31,5 %) und Lettland (+25,0 %).

20.7 Die außenwirtschaftlichen Beziehungen der EU-Staaten und der Europäischen Union

Der Außenhandel besitzt für die EU-Staaten große Bedeutung. Mehr als ein Drittel des globalen Warenhandels entfällt auf die Europäische Union, die insoweit die weltweit wichtigste Ländergruppe darstellt. Wie Tab. 8 zeigt, betrug die Summe der Importe der 15 alten EU-Länder im Jahr 2003 (einschl. Intra-EU-Handel, d. h. einschl. der »Eingänge« aus anderen EU-Ländern) insgesamt 2 501 Mrd. Euro, allein 2 029 Mrd. Euro bzw. 81 % davon entfielen auf die 12 Staaten der Eurozone. Dem standen Gesamtexporte (»Ausfuhren und Versendungen«) der EU-15 von 2 572 Mrd. Euro gegenüber. Mit 2 153 Mrd. Euro lag der Anteil der Eurozone hier bei 83,7 %. Per Saldo ergab sich ein Ausfuhrüberschuss der Europäischen Union (EU-15) von 71,6 Mrd. Euro und ein Ausfuhrüberschuss der Eurozone-Staaten von 123,5 Mrd. Euro. Deutschlands Exportüberschuss belief sich auf 128,1 Mrd. Euro. Das Vereinigte Königreich war hingegen das Land mit dem höchsten Importüberschuss von 76,3 Mrd. Euro.

Bezieht man die neuen EU-Staaten mit ein und errechnet hieraus den Gesamthandel für die erweiterte Europäische Union (EU-25) für das Jahr 2003 (ein Jahr vor deren offiziellem EU-Beitritt), so ergeben sich entsprechende Werte für die EU-Gesamtimporte (Intra- und Extra-Handel) von 2 706 Mrd. Euro (+8,2 % gegenüber EU-15) und für die EU-Gesamtexporte von 2 747 Mrd. Euro (+6,8 % gegenüber EU-15). Der Saldo fällt mit 40,7 Mrd. Euro für die EU-25-Staaten aufgrund der durchweg negativen Handelsbilanzen der neuen Mitgliedstaaten deutlich geringer aus als der Saldo der EU-15-Staaten.

Der so genannte Intra-EU-Handel, d. h. der Warenaustausch zwischen den EU-Ländern, machte in der alten Europäischen Union (EU-15) im Jahr 2003 rund 66 % des Gesamthandels aus (Eurozone: 67 %). Am stärksten ist die Handelsverflechtung mit den Partnerländern der Europäischen Union im Falle von Belgien, Lettland, Luxemburg, Österreich, Portugal, der Slowakei und der Tschechischen Republik, die alleamt über 75 % ihres gesamten grenzüberschreitenden Güterhandels mit anderen EU-Staaten abwickeln. Am niedrigsten ist der Anteil des Intrahandels in den Ländern Griechenland, Litauen, Vereinigtes Königreich und Zypern. Dort machte der

Tab. 8: Außenhandel 2003

Land	Einfuhr und Eingänge		Ausfuhr und Versendungen		Saldo		Anteil des Intra-EU-25-Handels
	ins-gesamt	je Einwohner	ins-gesamt	je Einwohner	ins-gesamt	je Einwohner	
	Mill. EUR	EUR	Mill. EUR	EUR	Mill. EUR	EUR	%
Belgien	207 089	19 959	224 921	21 677	+ 17 832	+ 1 719	75,3
Dänemark	50 768	9 418	58 798	10 908	+ 8 030	+ 1 490	71,5
Deutschland	533 684	6 466	661 807	8 018	+ 128 123	+ 1 552	64,6
Estland	5 734	4 234	3 996	2 952	- 1 737	- 1 283	72,0
Finnland	37 582	7 209	47 004	9 016	+ 9 422	+ 1 807	63,7
Frankreich	345 335	5 779	341 938	5 722	- 3 397	- 57	67,2
Griechenland	38 607	3 499	11 669	1 058	- 26 938	- 2 442	55,4
Irland	47 595	11 916	81 977	20 524	+ 34 381	+ 8 608	61,7
Italien	257 091	4 479	258 188	4 498	+ 1 096	+ 19	60,0
Lettland	4 627	1 990	2 557	1 100	- 2 070	- 890	76,7
Litauen	8 526	2 468	6 158	1 782	- 2 368	- 685	58,6
Luxemburg	14 400	32 029	11 773	26 185	- 2 627	- 5 844	81,8
Malta	2 853	7 160	1 991	4 997	- 862	- 2 163	60,1
Niederlande	234 003	14 422	261 680	16 128	+ 27 677	+ 1 706	68,0
Österreich	87 988	10 890	85 879	10 629	- 2 109	- 261	77,2
Polen	60 354	1 580	47 526	1 244	- 12 827	- 336	74,3
Portugal	41 678	3 991	28 070	2 688	- 13 608	- 1 303	79,9
Schweden	73 831	8 242	90 259	10 076	+ 16 428	+ 1 834	62,5
Slowakei	19 910	3 701	19 305	3 588	- 606	- 113	79,2
Slowenien	12 239	6 132	11 285	5 654	- 954	- 478	71,4
Spanien	184 408	4 516	138 036	3 381	- 46 372	- 1 136	71,2
Tschechische Republik	45 239	4 432	43 027	4 215	- 2 212	- 217	78,7
Ungarn	42 263	4 173	38 096	3 761	- 4 167	- 411	71,7
Vereinigtes Königreich	346 503	5 831	270 180	4 547	- 76 323	- 1 284	56,7
Zypern	3 577	4 958	421	584	- 3 156	- 4 374	59,3
Europ. Union (EU-25)	2 705 886	5 956	2 746 541	6 046	+ 40 655	+ 89	66,4
Europ. Union (EU-15)	2 500 564	6 578	2 572 178	6 767	+ 71 614	+ 188	65,8
Eurozone	2 029 462	6 625	2 152 941	7 028	+ 123 479	+ 403	67,2
Beitrittskandidaten ¹							
Bulgarien	9 658	1 223	6 681	846	- 2 978	- 377	57,3
Rumänien	21 267	952	15 610	699	- 5 657	- 253	70,0
Türkei	61 435	861	41 866	587	- 19 569	- 274	51,2

1 Für die Beitrittskandidaten: Anteil ihres Außenhandels mit den EU-Staaten (EU-25).

Anteil des Warenaustausches mit EU-Mitgliedstaaten jeweils unter 60 % des Gesamthandelsumsatzes aus.

Ein umfassendes Bild über die externen Wirtschaftsverflechtungen bietet die Leistungsbilanz, d. h. die Summe aller grenzüberschreitenden Güter- und Dienstleistungstransaktionen sowie der Übertragungen. Die Europäische Union (EU-25) als Ganzes verbuchte 2003 einen positiven Leistungsbilanzsaldo in Höhe von 2,6 Mrd. US-Dollar. Die Länder der Eurozone kamen auf einen Leistungsbilanzüberschuss von 28,9 Mrd. US-Dollar.

Im Ländervergleich erweist sich die Leistungsbilanz als sehr unterschiedlich. Den höchsten Leistungsbilanzüberschuss wies Deutschland mit 53,5 Mrd. US-Dollar auf. Das Vereinigte Königreich hatte aufgrund seiner stark negativen Handelsbilanz auch das größte Leistungsbilanzdefizit zu verzeichnen. Leistungsbilanzdefizite traten auch in allen neuen EU-Mitgliedstaaten, außer Slowenien, wegen negativer Handelsbilanzen auf.

Ein Gradmesser für die weltwirtschaftliche Verflechtung einzelner Volkswirtschaften sind die im Ausland getätigten Direktinvestitionen bzw. deren Zufluss. Unternehmen aus der Europäischen Union (EU-15) investierten 2003 über 324 Mrd. US-Dollar im

Tab. 9: Wirtschaftliche Transaktionen zwischen In- und Ausländern 2003
in Mill. US-Dollar

Land	Saldo der Leistungsbilanz	Jährliche Direktinvestitionen (Netto)	
		im Ausland	des Auslands im Land
Belgien	+ 11 623	23 302	33 768
Dänemark	+ 6 139	1 314	2 908
Deutschland	+ 53 510	1 520	11 270
Estland	- 1 199	148	891
Finnland	+ 9 295	- 7 538	2 899
Frankreich	+ 4 380	57 420	47 750
Griechenland	- 11 225	9	717
Irland	- 2 105	3 528	26 599
Italien	- 21 942	9 871	17 285
Lettland	- 956	32	359
Litauen	- 1 278	37	179
Luxemburg	+ 2 492	96 428	87 871
Malta	- 271	24	395
Niederlande	+ 16 467	36 319	19 197
Österreich	- 2 392	7 139	6 916
Polen	- 4 085	386	4 225
Portugal	- 7 549	125	969
Schweden	+ 22 844	17 341	3 268
Slowakei	- 694 ¹	22	571
Slowenien	+ 15	306	180
Spanien	- 23 676	23 350	25 513
Tschechische Republik	- 5 661	242	2 514
Ungarn	- 7 364	1 598	2 506
Vereinigtes Königreich	- 33 460	51 170	15 530
Zypern	- 282	346	838
Europäische Union (EU-25)	+ 2 626	324 438	315 118
Europäische Union (EU-15)	+ 24 401	321 298	302 460
Eurozone	+ 28 878	251 473	280 754
Beitrittskandidaten			
Bulgarien	- 1 666	22	1 419
Rumänien	- 3 311	39	1 844
Türkei	- 6 850	499	1 562

1 Stand: 2000.

Ausland (Eurozone: 251 Mrd. US-Dollar). In die Europäische Union (EU-15) flossen aus anderen Ländern Direktinvestitionen in Höhe von rund 302 Mrd. US-Dollar (Eurozone: 281 Mrd. US-Dollar). Werden die Direktinvestitionsflüsse ins Ausland mit den Direktinvestitionen aus dem Ausland verrechnet, so ergeben sich daraus für 2003 Nettoabflüsse aus der EU-15 in Höhe von 19 Mrd. US-Dollar.

Am regsten war im Jahr 2003 die Investitionstätigkeit Luxemburgs, das 96 Mrd. US-Dollar ins Ausland transferierte, gefolgt von Frankreich mit 57 Mrd. US-Dollar. Umgekehrt verzeichneten auch Luxemburg und Frankreich mit rund 88 Mrd. US-Dollar bzw. 48 Mrd. US-Dollar die größten Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen in der EU. Deutsche Unternehmen investierten im Jahr 2003 nur 1,5 Mrd. US-Dollar in anderen Ländern. Der Zustrom an Investitionen nach Deutschland lag bei 11,3 Mrd. US-Dollar. Die EU-Länder Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweden, Slowenien und Vereinigtes Königreich investierten jeweils höhere Summen im Ausland als sie Investitionen aus dem Ausland verzeichnen konnten. In allen anderen Ländern waren die Investitionszugänge aus dem Ausland höher als die Transfers dorthin.

20.8 Die Lebensverhältnisse in der Europäischen Union

Trotz erheblicher Nettofinanztransfers in die ärmeren EU-Länder in den zurückliegenden Jahren kann noch nicht von einer EU-weiten Angleichung der Lebensverhältnisse gesprochen werden, wie Tab. 10 belegt.

Noch am weitesten vorangekommen ist die Angleichung bei der Lebenserwartung bei Geburt. Bei den Männern lag 2002 die Bandbreite der Lebenserwartung in den 15 alten EU-Staaten zwischen 77,7 Jahren für Schweden und 73,8 Jahren für Portugal (Deutschland: 75,4 Jahre). Bei den Frauen reicht die Spanne von 83,5 Jahren im Falle Spaniens bis 79,5 Jahre im Falle Dänemarks (Deutschland: 81,2 Jahre). Im Vergleich mit den neuen EU-Staaten fällt auf, dass nur die Lebenserwartung in den beiden mediterranen Staaten Malta und Zypern dem EU-15-Schnitt entspricht. In den osteuropäischen Staaten, die der EU beigetreten sind, lag im Jahr 2002 die Lebenserwartung bei Frauen im Schnitt etwa drei bis vier Jahre unter dem EU-15-Niveau. Die männliche Bevölkerung dieser Länder konnte sogar nur mit einer mindestens fünf Jahre niedrigeren Lebenserwartung rechnen.

Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede im Lebensstandard bei einem Vergleich der durchschnittlichen Bruttojahresverdienste. Auffallend ist hier ein Nord-Süd-Gefälle, mit dem höchsten Verdienst in Dänemark und weit geringeren Verdiensten in den südeuropäischen EU-Mitgliedsländern wie Portugal, Griechenland oder Spanien. Alle neuen Mitgliedstaaten, außer Zypern, Malta und Slowenien, liegen dagegen noch weit unter dem Gehaltsniveau der angesprochenen südeuropäischen Staaten.

Auch bei der Ausstattung mit Personenkraftwagen bestanden zum Jahresende 2002 noch deutliche Unterschiede. Länder wie Luxemburg (641 Pkw auf 1 000 Einwohner)

Tab. 10: Lebensverhältnisse

Land	Lebenserwartung bei Geburt ¹		Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst ²	Primärenergieverbr. ³ je Einwohner	Pkw ⁴	Internet-Nutzer ⁵ je 1 000 Einwohner	Mobiltelefone ⁵
	Männer	Frauen					
	Jahre		EUR	t RÖE ⁶	Anzahl		
Belgien	75,1	81,1	34 330	5,92 ⁷	456	328 ³	787 ³
Dänemark	74,8	79,5	43 577	3,46	351	513 ³	888
Deutschland	75,4	81,2	39 440	3,99	541	473	785
Estland	65,3	77,1	4 343 ^{8,9}	.	295	328 ³	648 ³
Finnland	74,9	81,5	29 844	5,12	422	509 ³	902
Frankreich	75,8	83,0	28 068	4,34	489	366	697
Griechenland	75,4	80,7	16 278	3,11	332	150	810
Irland	75,2	80,3	.	3,66	365	313	851
Italien	76,8	82,9	20 941 ⁹	3,07	591	337	974
Lettland	64,8	76,0	3 523 ⁹	.	266	133 ³	525
Litauen	66,3	77,5	4 046 ⁹	2,51	341	214	628
Luxemburg	74,9	81,5	38 442	. ¹⁰	641 ¹¹	370 ³	1 060 ³
Malta	75,9	81,0	13 460	.	509 ⁸	303 ³	728
Niederlande	76,0	80,7	35 200	5,51	423	522	770
Österreich	75,8	81,7	28 165 ^{8,9}	4,06	494 ¹¹	462	878
Polen	70,4	78,7	7 172	2,28	289	233	455
Portugal	73,8	80,5	13 450	2,32	373	194 ³	894
Schweden	77,7	82,1	31 164	5,43	452	573 ³	891 ³
Slowakei	69,9	77,8	4 582	3,61	247	256	684
Slowenien	72,7	80,5	11 461 ⁹	.	438	376 ³	871
Spanien	75,8	83,5	18 462	3,32	451	239	919
Tschechische Republik	72,1	78,7	6 007 ⁹	4,07	357 ¹¹	268	951
Ungarn	68,4	76,7	5 871	2,32	259	158 ³	675 ³
Vereinigtes Königreich	75,9	80,5	40 553	3,73	495 ¹²	423 ^{3,13}	842 ³
Zypern	76,1	81,0	17 740	.	397 ⁸	294 ³	523 ³
Europ. Union (EU-25)	74,8	81,1
Europ. Union (EU-15)	75,8	81,6	.	3,88	494	.	.
Eurozone	75,8	81,8	.	3,87	500	.	.
Beitrittskandidaten							
Bulgarien	68,9	75,6	1 588	2,36	264 ⁸	81 ³	326 ³
Rumänien	67,5	74,8	2 075 ⁹	1,75	148 ⁸	102 ³	309
Türkei	66,2	70,9	.	0,98	65	81	391

1 Daten für 2002; soweit diese noch nicht vorlagen, Ergebnisse für den zuletzt verfügbaren Zeitpunkt bzw. Zeitraum.

2 Vollzeitbeschäftigte im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor. Stand: 2002.

3 2002.

4 Ohne Kombinationskraftwagen. Stand: Jahresende 2002.

5 2003.

6 1 Tonne Rohöleinheit (t RÖE) = 41 860 kJ Hu/kg (unterer Heizwert/kg).

7 Einschl. der Angaben für Luxemburg.

8 2001.

9 Vollzeitäquivalente.

10 Die Angaben für Luxemburg sind bei Belgien einbezogen.

11 Einschl. Kombinationskraftwagen.

12 Ohne Nordirland.

13 Ohne Angaben für die Kanalinseln.

oder Italien (591 Pkw auf 1 000 Einwohner) übertrafen deutlich das EU-15-Mittel von 494 Pkw auf 1 000 Einwohner. Der Wert für Deutschland lag bei 541 Pkw. In allen neuen osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten erreichte die Pkw-Dichte dagegen noch bei weitem nicht das EU-15-Niveau. Eine Besonderheit ist die hohe Motorisierung in Malta (2001: 509 Pkw auf 1 000 Einwohner), die den EU-15-Durchschnitt bereits deutlich übertraf.

Bei der Betrachtung der Kommunikationsindikatoren fällt der hohe Verbreitungsgrad des Internets in den skandinavischen Ländern auf. Auch in den Niederlanden (2003: 522 Nutzer je 1 000 Einwohner) liegt die Internet-Verbreitung auf einem sehr hohen Niveau. Dagegen ist die Verbreitung des Internets in den neuen Mitgliedstaaten noch eher unterentwickelt. Nur Slowenien (2002: 376 Nutzer je 1 000 Einwohner) und Estland (2002: 328 Nutzer je 1 000 Einwohner) bilden hier Ausnahmen.

Der Verbreitungsgrad von Mobiltelefonen liegt dagegen in allen Ländern über dem des Internets. Außerordentlich hoch ist dabei die Zahl von Luxemburg (2002: 1 060 Mobil-Telefone auf 1 000 Einwohner). Nur bei den Beitrittskandidaten Bulgarien und Rumänien lag die Verbreitung von Mobiltelefonen noch unter 350 Geräten je 1 000 Einwohner (2002 bzw. 2003).

Weitere Informationen zu Deutschland und Europa siehe auch Teil II, Kap. 21.

Teil II

Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im vereinten Deutschland

Herausgegeben von

ROLAND HABICH

Abteilung Ungleichheit und soziale Integration im
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

HEINZ-HERBERT NOLL

Abteilung Soziale Indikatoren im Zentrum für Umfragen,
Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA)

Die Herausgeber danken Marion Obermaier und Martina Sander-Blanck für die zuverlässige Mithilfe und Unterstützung bei den redaktionellen Arbeiten. Die Redaktionsarbeiten wurden im WZB durchgeführt. Die graphischen Darstellungen in diesem Teil wurden von Roland Habich entworfen und erstellt.

Die Autoren

Die Autoren des Teils II, die an den jeweiligen Kapitelenden aufgeführt sind, sind oder waren an den unten aufgeführten Instituten beschäftigt.

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB):

Dr. Roland Habich, Wolfgang Keck und Ricarda Nauenburg sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen in der Abteilung »Ungleichheit und soziale Integration« im Forschungsschwerpunkt »Arbeit, Sozialstruktur und Sozialstaat« des WZB. (Ansprechpartner: rhabich@wz-berlin.de). – PD Dr. Bernhard Weßels ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung »Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen« im Forschungsschwerpunkt »Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie« des WZB. (Ansprechpartner: wessels@wz-berlin.de)

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim:

Dr. Heinz-Herbert Noll ist Leiter der Abteilung »Soziale Indikatoren« des ZUMA. Regina Berger-Schmitt, Dr. Caroline Kramer und Dr. Stefan Weick sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen in dieser Abteilung. Achim Koch ist Leiter der Abteilung »ALLBUS« des ZUMA, Martina Wasmer ist Mitarbeiterin in dieser Abteilung. (Ansprechpartner: noll@zuma-mannheim.de)

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin:

Prof. Dr. Gert G. Wagner ist Leiter des Projekts »Das Sozio-oekonomische Panel« und Forschungsdirektor sowie Professor für Empirische Wirtschaftsforschung und Wirtschaftspolitik an der Technischen Universität Berlin. Dr. Joachim Frick, Jan Göbel, Markus Grabka, Dr. Elke Holst, Bettina Isengard, Dr. Peter Krause, Thorsten Schneider und Dr. Jürgen Schupp sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen in diesem Projekt. (Ansprechpartner: soepmail@diw-berlin.de)

Weitere Autoren:

Dr. Hanfried Andersen arbeitet an der Technischen Universität Berlin, Fachbereich Wirtschaft und Management, Fachgebiet Finanzwirtschaft und Gesundheitsökonomie. Prof. Dr. Rolf Becker ist Professor für Soziologie am Institut für Pädagogik und Schulpädagogik, Abt. Bildungssoziologie, an der Universität Bern. Bernhard Christoph arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES). Christa Fricke ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Berliner Institut für Sozialforschung. Prof. Dr. Dieter Fuchs ist Professor für Politikwissenschaft, Bereich Politische Theorie und Politikfeldanalyse, an der Universität Stuttgart. Reinhard Pollak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt »Soziale Mobilität« am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Prof. Dr. Edeltraud Roller ist Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Aline Schniewind ist an der Universität Konstanz. Prof. Dr. Johannes Schwarze ist Professor für Volkswirtschaftslehre, Fachgebiet Sozialpolitik, an der Universität Bamberg.

A Einleitung

1 Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im vereinten Deutschland: Konzepte und Daten der Sozialberichterstattung

Ziel einer regelmäßigen und umfassenden Sozialberichterstattung, wie sie der Datenreport verfolgt, ist die kontinuierliche Wohlfahrtsmessung und Dauerbeobachtung des sozialen Wandels. Für die verschiedenen Aspekte der objektiven Lebensbedingungen sowie die darauf bezogenen subjektiven Perzeptionen und Bewertungen sollen zuverlässige Daten bereitgestellt werden, die es erlauben, den aktuellen Zustand und die Entwicklung der deutschen Gesellschaft zu beurteilen. Darüber hinaus zielt die Berichterstattung auch darauf ab, signifikante Trends des gesellschaftlichen Wandels – auf der Ebene sozialer Strukturen, aber auch individueller Einstellungen und Verhaltensweisen – aufzuspüren und empirisch zu beschreiben.

Nachdem seit der deutschen Vereinigung inzwischen fast eineinhalb Jahrzehnte vergangen sind, verdient die Beobachtung des Verlaufs der gesellschaftlichen Transformation in den neuen Bundesländern und die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in Ost und West immer noch eine besondere Beachtung, sie steht aber nun nicht mehr so sehr im Mittelpunkt der Betrachtung, wie das in den neunziger Jahren der Fall war. Angesichts der nach wie vor bestehenden Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland sowie angesichts des Fortbestehens von mancherlei Unterschieden in den Verhaltensweisen und Wertorientierungen bleibt der innerdeutsche Ost-West-Vergleich und das Monitoring von Fortschritt oder auch Stagnation in den Angleichungsprozessen in Ostdeutschland auch Gegenstand der einzelnen Kapitel dieses Teils des Datenreports 2004. Um der gestiegenen Bedeutung einer international vergleichenden Perspektive und den Prozessen der europäischen Integration Rechnung zu tragen, enthält der Datenreport 2004 in diesem Teil – wie auch bereits in der letzten Ausgabe – einen Beitrag, in dem der Vergleich verschiedener europäischer Gesellschaften im Vordergrund steht und die Situation in Deutschland im europäischen Kontext betrachtet wird.

Bei einem »social monitoring« der gesellschaftlichen Entwicklung, wie es dem Datenreport zugrunde liegt, geht es auch darum, den Entscheidungsträgern in Politik und

Wirtschaft handlungsrelevante Informationen zur Verfügung zu stellen, aber mehr noch stellt sich der Datenreport die Aufgabe, dem Informationsbedürfnis einer interessierten Öffentlichkeit gerecht zu werden. Der Teil II dieses Datenreports erweitert das Informationsangebot der amtlichen Statistik um die Perspektive einer nicht-amtlichen, sozialwissenschaftlichen Sozialberichterstattung. In den Beiträgen dieses Teils kommt daher nicht nur eine in stärkerem Maße analytische, durch sozialwissenschaftliche Theorieansätze strukturierte Betrachtungsweise zur Geltung; die Beiträge dieses Teils stützen sich auch auf eine nichtamtliche, spezifisch sozialwissenschaftliche Datenbasis. Die Zusammenarbeit von amtlicher Statistik und wissenschaftlicher Sozialberichterstattung hat sich erstmals in dem Datenreport von 1985 niedergeschlagen. Die spezifische Arbeitsteilung, die dabei gefunden wurde, hat sich – das zeigen die seither erschienenen Ausgaben und die Reaktionen der Leser/innen und Nutzer/innen – bewährt.

Die einzelnen Beiträge entsprechen thematisch zu einem großen Teil denen des Teils I. Sie sind darauf ausgerichtet, einerseits die verschiedenen Lebenslagen und andererseits subjektive Wahrnehmungen, Erwartungen und Präferenzen sowie Einstellungen und das subjektive Wohlbefinden der Bundesbürger zu beschreiben und zu analysieren. Dabei finden objektive Aspekte der Lebensbedingungen und subjektive Situationseinschätzungen mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen Berücksichtigung. Die Beiträge sind zudem darauf ausgerichtet, Veränderungen über die Zeit – teilweise auch auf der Basis individueller Längsschnittdaten – zu erfassen und zu analysieren. Gegenstand der Sozialberichterstattungsperspektive dieses Teils des Datenreports sind daher nicht nur die verschiedenen Aspekte der Wohlfahrtsentwicklung, d. h. Veränderungen der individuellen und gesellschaftlichen Lebensqualität, sondern auch zentrale Dimensionen des fortdauernden Struktur- und Einstellungswandels in der deutschen Gesellschaft. Erstmals enthält die vorliegende Ausgabe des Datenreports spezielle Beiträge zu den Themen »Soziale Mobilität«, »Zeitverwendung« sowie »Sparen und Verschuldung privater Haushalte«.

Der vorliegende Datenreport 2004 informiert über die Wohlfahrtsentwicklung und den gesellschaftlichen Wandel in der Bundesrepublik Deutschland und widmet dem Vergleich der Lebensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern nach wie vor besondere Aufmerksamkeit und Beachtung. Der Prozess des Zusammenwachsens der beiden Teilgesellschaften ist auch im Jahre 2004 keineswegs abgeschlossen, und viele der sich langsamer als erwartet verringern den Unterschiede und Diskrepanzen bestehen fort. Neben dieser für die deutsche Gesellschaft zentralen Frage der Verwirklichung der so genannten »inneren Einheit« treten aber andere Fragen in den Vordergrund und bestimmen die Gestaltung dieser und zukünftiger Ausgaben des Datenreports zunehmend. Dazu gehört insbesondere der Qualitätsvergleich individueller Lebensverhältnisse, aber auch gesellschaftlicher Institutionen im europäischen und weiteren internationalen Rahmen, aber nicht zuletzt auch die Frage, wie die deutsche Gesellschaft die Herausforderung eines Umbaus zentraler Institutionen bewältigt und welche Konsequenzen daraus für die Qualität der individuellen Lebensverhältnisse resultieren.

Obwohl die amtliche Statistik nach wie vor der wichtigste Anbieter von Informationen über die Lebensverhältnisse und die Entwicklung der deutschen Gesellschaft ist, hat die Erfahrung gezeigt, dass eine leistungsfähige sozialwissenschaftliche Umfrageforschung für eine aktuelle, differenzierte und anspruchsvolle Sozialberichterstattung unverzichtbar ist. Die sozialwissenschaftliche Umfrageforschung stellt nicht nur Informationen zu Themen und Fragestellungen bereit, die außerhalb des gesetzlich festgelegten Erhebungsprogrammes der amtlichen Statistik liegen, wie z. B. Informationen zu Einstellungen und subjektiven Perzeptionen und Bewertungen. Darüber hinaus ergänzt sie das System der Informationsgewinnung auch in methodischer Hinsicht. Die sozialwissenschaftliche Umfrageforschung verfügt nicht über die umfangreichen Stichproben der amtlichen Statistik. Sie kann aber mit ihrem Instrumentarium vielfach schneller und flexibler auf veränderte Bedingungen und Informationsanforderungen reagieren und ihr Erhebungsprogramm den spezifischen Umständen und Erfordernissen leichter anpassen. Sozialwissenschaftliche Repräsentativbefragungen, wie sie diesem Teil des Datenreports zugrunde liegen, leisten einen wesentlichen Beitrag zur Dateninfrastruktur, indem sie die gesellschaftliche Wirklichkeit z. T. auch aus anderen Perspektiven beleuchten als die amtliche Statistik und damit nicht nur offensichtlich vorhandene Informationslücken schließen, sondern das Informationsangebot insgesamt wesentlich bereichern. Ihre Informationen unterscheiden sich daher in Art und Inhalt von denen der amtlichen Statistik, ohne aber weniger solide und zuverlässig zu sein.

Die Beiträge im Teil II des vorliegenden Datenreports 2004 stützen sich vor allem auf verschiedene kontinuierlich angelegte Erhebungsprogramme der empirischen Sozialforschung, die speziell für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung konzipiert worden sind: das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), den Wohlfahrtssurvey und die daran anschließenden Erhebungen »Wohlfahrtssurvey-Trend« sowie die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS). Darüber hinaus werden von Fall zu Fall auch andere Datensätze verwendet: das International Social Survey Programme (http://www.gesis.org/en/data_service/issp/index.htm, 03.03.04), die Eurobarometer-Umfragen (http://europa.eu.int/comm/public_opinion/, 03.03.04) sowie der European Social Survey (<http://www.europeansocialsurvey.org/>, 03.03.04), der 2002/2003 erstmals in 22 Ländern erhoben worden ist. Darüber hinaus konnte die aktuelle Zeitbudgeterhebung 2001/2002 des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2003/zeitbudget.htm/>, 03.03.04) genutzt werden.

Die Mehrzahl der Beiträge zu Teil II in diesem Datenreport beruht auf den Daten des Sozio-oekonomischen Panels – SOEP (<http://www.diw.de/deutsch/sop/>, 03.03.04). Das Sozio-oekonomische Panel ist eine repräsentative Längsschnitterhebung zur empirischen Beobachtung des sozialen Wandels, in der seit 1984 zwei Ausgangsstichproben (Deutsche und Ausländer) von 5 921 Haushalten, in denen mehr als 15 000 Personen leben, in der früheren Bundesrepublik und West-Berlin jährlich befragt werden. Das Sozio-oekonomische Panel wurde ursprünglich im Rahmen des durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierten Sonderforschungs-

bereichs 3 »Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik« der Universitäten Frankfurt am Main und Mannheim konzipiert und wird vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin durchgeführt. Als eine Längsschnitterhebung zielt das SOEP primär darauf ab, Informationen über Veränderungen im Zeitablauf auf der Mikroebene von Individuen und Haushalten bereitzustellen. Die thematischen Schwerpunkte des SOEP liegen in den Bereichen des Einkommens und der Erwerbstätigkeit, aber es werden – im Rahmen variierender thematischer Vertiefungen – auch zu anderen Aspekten der sozioökonomischen Lebensverhältnisse, wie z. B. Bildung und Weiterbildung, Soziale Sicherung und Armut, soziale Netzwerke und in begrenztem Umfang auch zu subjektiven Perzeptionen, Bewertungen und Einstellungen, Längsschnittinformationen erhoben. Noch vor In-Kraft-Treten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurde auf dem Gebiet der ehemaligen DDR im Juni 1990 eine Basisbefragung des Sozio-oekonomischen Panels mit der Zielsetzung durchgeführt, eine Längsschnittdatenbasis als Grundlage für die Beobachtung der Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern zu schaffen. Die Stichprobe der Basisbefragung des SOEP-Ost umfasste 2 179 Haushalte, in denen über 6 000 Personen lebten. Die weiteren Wellen des SOEP-Ost wurden parallel mit den Wellen des SOEP-West durchgeführt. Das SOEP wurde 1994/95 durch eine Zuwanderungs- (536 Haushalte) sowie 1998 durch eine Erneuerungsstichprobe (1 060 Haushalte) ergänzt. In den Jahren 2000 und 2002 wurde der Stichprobenumfang des SOEP nochmals erheblich auf nunmehr fast 24 000 Befragte in mehr als 12 000 Haushalten erweitert.

Die allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften – ALLBUS (<http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Allbus/index.htm>, 03.03.04) ist eine Repräsentativbefragung, die in der Bundesrepublik seit 1980 in zweijährigem Turnus durchgeführt wird. Verantwortlich für die Konzeption und Durchführung der ALLBUS-Erhebung ist das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim. Die Datenaufbereitung, Archivierung und Weitergabe der Daten erfolgt über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) in Köln. Mit wechselnden inhaltlichen Themenschwerpunkten und der teilweisen Replikation von Fragen stellt der ALLBUS eine der meistgenutzten Datenquellen für die sozialwissenschaftliche Forschung und Lehre in Deutschland dar. Orientiert an den Zielsetzungen der deskriptiven Sozialberichterstattung, der Untersuchung des sozialen Wandels und der international vergleichenden Analyse werden regelmäßig Informationen zu den Bereichen Sozialstruktur und Sozialbeziehungen, Wertorientierungen und Grundeinstellungen sowie der Legitimität der sozialen und politischen Ordnung erhoben.

Der ALLBUS 2002 hat den thematischen Schwerpunkt »Religion, Weltanschauung und Werte«. Seit der Erhebung von 2000 wird der ALLBUS in der Form von computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) durchgeführt. Die Grundgesamtheit der ALLBUS-Umfragen bestand bis einschließlich 1990 aus den wahlberechtigten Personen in der früheren Bundesrepublik und West-Berlin, die in Privathaushalten leben. Seit 1991 besteht die Grundgesamtheit aus der erwachsenen Wohnbevölkerung – Deutschen und Ausländern – in Deutschland. Die Stichprobengröße betrug bis

1991 rund 3 000 Befragte. Seit 1992 beträgt die Nettofallzahl 2 400 Befragte in den alten und 1 100 Befragte in den neuen Bundesländern.

Der Wohlfahrtssurvey ist eine Repräsentativbefragung, die – orientiert an Vorbildern in anderen Ländern – speziell für die Messung der Wohlfahrt und Lebensqualität konzipiert wurde. Dieses Befragungsinstrument ist vor allem darauf ausgelegt, für verschiedene Lebensbereiche Dimensionen der objektiven Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens mit geeigneten Indikatoren im Trendverlauf zu beobachten und in ihrem Zusammenhang zu analysieren. Der Wohlfahrtssurvey bietet damit zugleich auch eine Datenbasis, die sich in besonderem Maße für die Analyse der Wohlfahrtsdisparitäten und die Beobachtung der Prozesse der Angleichung der Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland eignet. Der Wohlfahrtssurvey wurde ebenfalls im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik« der Universitäten Frankfurt am Main und Mannheim entwickelt und im Bereich der alten Bundesrepublik insgesamt viermal – 1978, 1980, 1984 und 1988 – durchgeführt. Die Grundgesamtheit der Wohlfahrtssurveys bilden jeweils alle Personen der deutschen Wohnbevölkerung (1998 auch in Deutschland lebende Ausländer), die in Privathaushalten leben und das 18. Lebensjahr vollendet haben. Der Stichprobenumfang lag in den Jahren 1978 bis 1988 jeweils zwischen 2 000 und 2 500 Befragten. Der Wohlfahrtssurvey 1993, der erstmals die alten und neuen Bundesländer gleichzeitig umfasste, hatte einen Stichprobenumfang von 3 062 Befragten, davon 2 046 in Westdeutschland und 1 016 in Ostdeutschland. Der Wohlfahrtssurvey 1998, der erstmals in der Form von computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) erhoben wurde, hat einen Stichprobenumfang von 3 042 Befragten, darunter 2 007 in Westdeutschland und 1 035 in Ostdeutschland. Die Wohlfahrtssurveys 1993 und 1998 wurden jeweils im Rahmen von Gemeinschaftsprojekten der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des WZB und der Abteilung Soziale Indikatoren des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), durchgeführt, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert wurden. Die Surveys enthalten gemäß dem Replikationsprinzip zum großen Teil gleich lautende Fragen, darüber hinaus aber auch jeweils wechselnde thematische Schwerpunkte mit neuen und aktuellen Fragestellungen. Für eine Fortschreibung der in den Wohlfahrtssurveys enthaltenen Indikatoren wurde zuletzt im Oktober/November 2001 die »Wohlfahrtssurveys-Trend 2001«-Erhebung durchgeführt. Dabei wurden insgesamt 2 732 Personen (1 971 in West- und 761 in Ostdeutschland) befragt.

Weitergehende Informationen, darunter auch detaillierte Angaben zu den jeweiligen Stichproben und Erhebungsverfahren, finden sich für alle hier verwendeten Datensätze im Internet. Über die Internetadresse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (<http://www.diw.de>, 03.03.04) findet sich eine Vielzahl von Informationen zum SOEP, u. a. auch zu Publikationen, die auf diesem Datensatz beruhen. Das ZUMA bietet über seine Internetadresse Informationen sowohl zum ALLBUS als auch zu den Wohlfahrtssurveys an (<http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/index.htm>, 03.03.04). Über das Internetangebot der Abteilung Soziale Indikatoren von ZUMA (<http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Sozialindikatoren/index.htm>, 03.03.04) wird mit

»Wohlfahrtssurvey-Online« seit kurzem auch die Möglichkeit geboten, auf die Daten der Wohlfahrtssurveys 1978–1998 online zuzugreifen, d. h. die Daten z. B. für die Erstellung von Tabellen oder andere Auswertungsformen zu nutzen. Zudem wird dort auch ein umfangreiches Kompendium zur Wohlfahrtsentwicklung in Deutschland 1978 bis 1998 auf der Basis der Wohlfahrtssurveys angeboten. Darüber hinaus informiert der »Informationsdienst Soziale Indikatoren« (ISI), der ebenfalls über das Internet verfügbar ist, über aktuelle Trends der Wohlfahrtsentwicklung und des sozialstrukturellen Wandels aus der Perspektive der Sozialberichterstattung. Über die Internetadresse des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) schließlich werden Informationen und neuere Publikationen sowohl zu den Wohlfahrtssurveys als auch zu europäisch vergleichenden Umfragen (Euromodul) zur Verfügung gestellt (<http://www.wz-berlin.de/ars/usi/> 03.03.04).

Die in den folgenden Beiträgen präsentierten Daten und Analysen vermitteln ein Bild der Lebensverhältnisse sowie der erkennbaren Tendenzen des Wandels sozialer Strukturen und individueller Einstellungen in Deutschland, wie es sich aus einer Perspektive der Wohlfahrtsforschung und Sozialberichterstattung – gestützt auf repräsentative empirische Daten der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung – gegenwärtig darstellt. Zusammen mit den Daten der amtlichen Statistik in Teil I dieses Datenreports wird damit zugleich ein wesentlicher Ausschnitt der verfügbaren quantitativen Informationen zum Zustand und Wandel der deutschen Gesellschaft, ihrer »inneren Einheit« und der Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger auch im europäischen Vergleich in einer spezifischen Form aufbereitet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

(Heinz-Herbert Noll / Roland Habich)

B Subjektives Wohlbefinden

2 Zufriedenheit in Lebensbereichen

Die subjektive Zufriedenheit stellt neben den objektiven Lebensbedingungen der Bevölkerung ein zentrales Kriterium für die Lebensqualität in einem Land dar. Sie resultiert aus einem Bewertungsprozess, in dem die Bürger ihre objektiven Lebensumstände vor dem Hintergrund ihres individuellen Anspruchsniveaus beurteilen. Dementsprechend können abweichende Ansprüche und Erwartungen auch bei identischen objektiven Lebensverhältnissen zu Unterschieden im individuellen Wohlbefinden führen. Zudem können beide Aspekte, sowohl die objektive Situation als auch das darauf gerichtete subjektive Anspruchsniveau, in verschiedenen Teilbereichen des Lebens ganz unterschiedlich ausgeprägt sein.

Um ein umfassendes Bild der Lebensumstände in der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten, scheint es daher unerlässlich, neben den faktischen Lebensverhältnissen der Bürger auch ihre subjektive Zufriedenheit mit den objektiven Bedingungen in den unterschiedlichen Lebensbereichen zu untersuchen. Dabei soll im Folgenden sowohl eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation im Osten wie im Westen der Bundesrepublik erfolgen als auch ein beide Landesteile umfassender Blick auf die Entwicklung der Zufriedenheit in unterschiedlichen Lebensbereichen gegeben werden. Die diesen Analysen zugrunde liegenden Daten über die Zufriedenheit der Bevölkerung in den einzelnen Bereichen werden auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) erhoben.

2.1 Zufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen

Schaut man auf die aktuelle Situation im Jahr 2002, so lassen sich deutliche Abweichungen zwischen Ost- und Westdeutschland feststellen. Ein für einen solchen Vergleich geeignetes zusammenfassendes Maß des subjektiven Wohlbefindens stellt die allgemeine Lebenszufriedenheit dar. Wie in Abbildung 1 zu erkennen ist, sind die Westdeutschen im Allgemeinen deutlich zufriedener mit ihrem Leben als die Bürger der ostdeutschen Länder, wobei der Unterschied zwischen beiden Landesteilen 0,6 Skaleneinheiten beträgt.

Allerdings weichen die Differenzen in den einzelnen Lebensbereichen häufig von denen in der globalen Betrachtung ab. Und auch hinsichtlich der Rangordnung der einzelnen Bereiche unterscheiden sich die beiden Landesteile voneinander (vgl. Abb. 1).

Tab. 1a: Anteile eher Zufriedener und eher Unzufriedener
in Lebensbereichen 1998–2002

	Jahr	Zufriedenheit in den Lebensbereichen ¹			Mittelwert	
		Anteil »eher unzufrieden«	Anteil »eher zufrieden«	darunter »ganz und gar zufrieden«		
		in %			Ø	
Gesundheit	West	1998	18	68	9	6,6
		1999	18	69	8	6,5
		2000	16	70	11	6,7
		2001	16	71	10	6,7
		2002	16	70	8	6,6
	Ost	1998	19	63	5	6,2
		1999	20	62	5	6,2
		2000	19	64	8	6,4
		2001	19	65	7	6,4
		2002	19	65	6	6,3
Arbeit ²	West	1998	11	78	9	7,0
		1999	11	77	8	7,0
		2000	10	81	12	7,2
		2001	10	80	10	7,2
		2002	11	79	10	7,1
	Ost	1998	12	74	6	6,8
		1999	13	73	6	6,7
		2000	11	76	11	7,0
		2001	11	77	9	7,0
		2002	12	76	7	6,9
Haushalts- einkommen	West	1998	20	66	7	6,3
		1999	18	66	8	6,4
		2000	16	69	10	6,6
		2001	15	71	9	6,7
		2002	18	68	7	6,5
	Ost	1998	29	50	3	5,5
		1999	28	52	3	5,6
		2000	28	54	5	5,7
		2001	27	55	5	5,8
		2002	30	52	3	5,6
Lebensstandard	West	1998	10	78	9	7,0
		1999	9	80	9	7,2
		2000	7	83	11	7,3
		2001	7	83	10	7,3
		2002	9	80	7	7,1
	Ost	1998	13	72	3	6,5
		1999	12	72	4	6,6
		2000	11	74	5	6,7
		2001	11	74	5	6,7
		2002	13	72	3	6,5
Freizeit	West	1998	15	75	17	7,1
		1999	15	75	17	7,1
		2000	13	77	18	7,2
		2001	13	77	17	7,2
		2002	13	76	15	7,1
	Ost	1998	16	71	10	6,7
		1999	14	72	11	6,8
		2000	16	70	12	6,7
		2001	14	73	12	6,9
		2002	14	74	12	6,9
Anmerkungen s. S. 459						

Datenbasis: SOEP 1998–2002.

Tab. 1b: Anteile eher Zufriedener und eher Unzufriedener
in Lebensbereichen 1998–2002

	Jahr	Zufriedenheit in den Lebensbereichen ¹			Mittelwert		
		Anteil »eher unzufrieden«	Anteil »eher zufrieden«	darunter »ganz und gar zufrieden«			
		in %			Ø		
Wohnung	West	1998	8	84	20	7,6	
		1999	8	84	20	7,6	
		2000	7	85	23	7,8	
		2001	7	85	21	7,8	
		2002	7	85	19	7,7	
	Ost	1998	10	77	13	7,2	
		1999	10	81	13	7,3	
		2000	9	81	16	7,4	
		2001	7	83	17	7,6	
		2002	8	83	14	7,5	
Angebot von Waren, Dienstleistungen	West	1998	17	72	11	6,7	
		1999	16	71	11	6,7	
		2000	18	72	13	6,7	
		2001	17	73	12	6,7	
		1998	24	63	7	6,1	
	Ost	1999	24	63	7	6,1	
		2000	24	63	8	6,1	
		2001	25	63	7	6,1	
		1998	14	70	4	6,5	
		1999	10	78	8	7,0	
Umweltzustand	West	2000	12	74	6	6,7	
		2001	10	76	7	6,8	
		2002	15	69	4	6,4	
		1998	22	57	1	5,8	
		1999	14	70	3	6,5	
	Ost	2000	16	64	3	6,2	
		2001	14	69	3	6,4	
		2002	17	63	2	6,1	
		1998	14	67	9	6,5	
		1999	15	66	8	6,5	
Tätigkeit im Haushalt	West	2000	14	67	9	6,6	
		2001	14	68	9	6,6	
		2002	14	68	7	6,5	
		1998	14	64	7	6,4	
		1999	14	63	6	6,4	
	Ost	2000	14	65	8	6,5	
		2001	13	67	8	6,5	
		2002	16	65	5	6,4	
		1998	21	65	12	6,5	
		1999	18	68	10	6,6	
Kinderbetreuung ³	West	2000	19	69	13	6,6	
		2001	17	70	13	6,8	
		2002	19	67	11	6,5	
		1998	12	80	16	7,3	
		1999	15	72	16	6,9	
	Ost	2000	14	76	15	7,1	
		2001	13	75	16	7,1	
		2002	9	84	15	7,3	
		West	2002	26	54	3	5,7
		Ost	2002	34	43	2	5,2

1 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 = »Ganz und gar unzufrieden«, 10 = »Ganz und gar zufrieden«; Kategorien: »Eher unzufrieden« (0 bis 4), »Eher zufrieden« (6 bis 10).

2 Nur Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit).

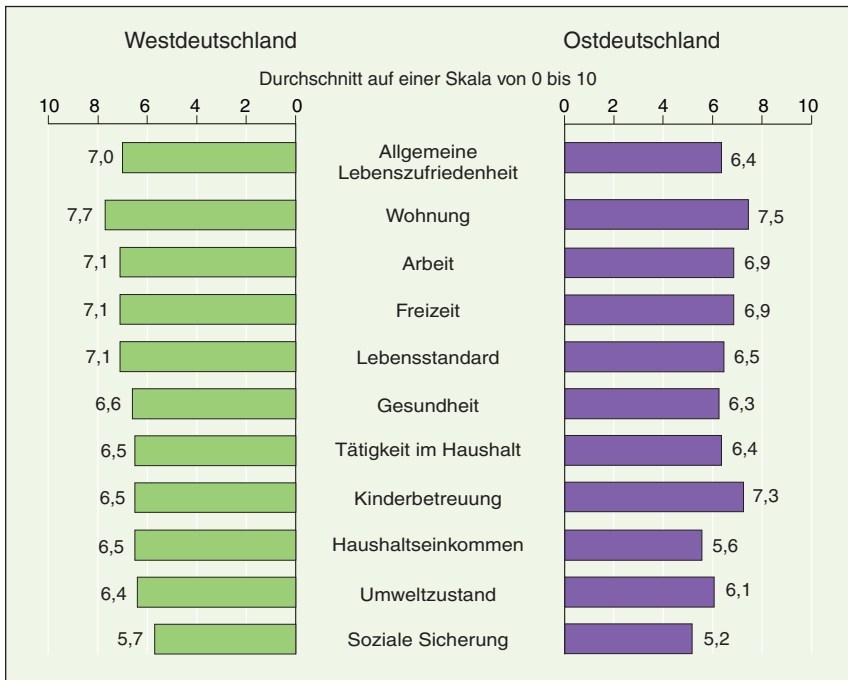
3 Nur Befragte mit Kindern bis 6 Jahren im Haushalt.

Fehlende Jahre: Indikator nicht erhoben.

Datenbasis: SOEP 1998–2002.

Einigkeit herrscht unter den Deutschen in Bezug auf den Aspekt ihres Lebens, mit dem sie am zufriedensten sind: Die Zufriedenheit mit der Wohnung erreicht sowohl im Osten als auch im Westen den höchsten Wert. In den alten Bundesländern folgen mit deutlichem Abstand die Arbeit, die Freizeit sowie der Lebensstandard. Mittlere Werte finden sich bei der Zufriedenheit mit der Gesundheit, mit Tätigkeiten im Haushalt, der Kinderbetreuung, dem Haushaltseinkommen und dem Zustand der Umwelt. Wiederum Einigkeit herrscht in Bezug auf den Lebensbereich, der die geringste Zufriedenheit aufweist: Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland rangiert das Netz der sozialen Sicherung (d. h. Kranken-, Arbeitslosen-, Renten- und Pflegeversicherung) deutlich abgeschlagen am unteren Ende der Skala. Dieses schlechte Ergebnis erscheint umso prekärer, als sich in diesen Bewertungen weder die im Rahmen der Gesundheitsreform des Jahres 2003 beschlossenen Änderungen des Leistungsumfanges der gesetzlichen Krankenkassen niederschlagen, noch die im selben Jahr festgelegten Einsparungsmaßnahmen bei den Renten. Eine aktuellere Bewertung könnte demnach sogar noch schlechter ausfallen.

Abb. 1: Zufriedenheit in Lebensbereichen und allgemeine Lebenszufriedenheit¹



¹ Zufriedenheit mit Arbeit: nur Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit); Zufriedenheit mit Kinderbetreuung: nur Befragte mit Kindern bis 6 Jahren im Haushalt.

Datenbasis: SOEP 2002.

Von den Ostdeutschen werden neben der Wohnung die Kinderbetreuung, die Freizeit und die Arbeit als besonders positiv wahrgenommen. Eine unterdurchschnittliche Bewertung erhält neben der sozialen Sicherung auch das Haushaltseinkommen. Bei diesem fällt zudem der Unterschied zwischen Ost und West mit 0,9 Skaleneinheiten besonders hoch aus. Daneben ist die Differenz noch beim Lebensstandard und bei der sozialen Sicherung mit 0,6 bzw. 0,5 Skaleneinheiten vergleichsweise hoch. Aber auch in nahezu allen anderen Bereichen ist das ostdeutsche Zufriedenheitsniveau niedriger als das westdeutsche. Einen Sonderfall stellt die Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung dar. Sie ist der einzige hier untersuchte Lebensaspekt, bei dem die Ostdeutschen höhere Werte aufweisen als die Bürger im Westen – ein Ergebnis, das die vergleichsweise gute Betreuungsinfrastruktur in den neuen Ländern widerspiegelt.

Auch die in Tabelle 1 dargestellten Anteile »eher zufriedener« und »eher unzufriedener« Befragter weisen in eine ähnliche Richtung wie die Werte in Abbildung 1. Darüber hinaus lassen sich hier dauerhafte Problembereiche ebenso identifizieren wie Bereiche mit längerfristig positiver Entwicklung. So waren z. B. in allen Jahren zwischen 1998 und 2002 nahezu 30 % der befragten Ostdeutschen eher unzufrieden mit ihrem Haushaltseinkommen. Bei der Wohnung zeigt sich im Westen eine relativ hohe, konstante Zufriedenheit; im Osten kam es bis 2002 zu einer leichten Steigerung des Zufriedenheitsniveaus und zumindest im Vergleich zu 1998 auch zu einer Annäherung an das westdeutsche Niveau. Die Zufriedenheit in diesem Bereich schlägt sich auch in den Anteilen »ganz und gar«-Zufriedener nieder. Dies gilt besonders im Westen, wo dieser Teil der Bevölkerung jeweils rund 20 % umfasst.

2.2 Zufriedenheit in einzelnen Bevölkerungsgruppen

Bei der Betrachtung verschiedener Bevölkerungsgruppen folgen die Ost-West-Unterschiede ebenfalls dem oben dargestellten Muster: Mit Ausnahme der Kinderbetreuung sind Westdeutsche in nahezu allen Untergruppen und allen Bereichen zufriedener als Ostdeutsche.

Bemerkenswert sind hingegen die Unterschiede zwischen einzelnen Gruppen innerhalb der beiden Landesteile (vgl. Tab. 2a und Tab. 2b). Während zwischen Männern und Frauen in den meisten Fällen nur geringe Unterschiede auftreten, sind die Differenzen zwischen verschiedenen Altersgruppen deutlicher ausgeprägt. Dabei sind die über 60-Jährigen meist am zufriedensten. Lediglich im Falle des Gesundheitszustandes weisen die jüngeren Gruppen – aus nahe liegenden Gründen – ein höheres Zufriedenheitsniveau auf. Auf zwei Unterschiede soll besonders hingewiesen werden: zunächst auf die Zufriedenheit mit der Freizeit. Hier liegen die Älteren mit Werten zwischen 1,0 und 1,4 Skaleneinheiten deutlich über den anderen Gruppen. Dies reflektiert die Tatsache, dass den Älteren tatsächlich deutlich mehr Freizeit zur Verfügung steht. Des Weiteren fällt das unerwartet klare Zufriedenheitsmuster bei der Sozialen Sicherung auf. Hier spiegeln sich die Interessen der einzelnen Gruppen wider. Vergleichsweise am zufriedensten sind die Älteren, die zumindest im Rahmen der Renten-

Tab. 2a: Zufriedenheit in Lebensbereichen nach Bevölkerungsgruppen 2002

Zufriedenheit mit ... ¹		Geschlecht		Alter			Bildung		
		Männer	Frauen	18-34 Jahre	35-59 Jahre	60+ Jahre	Haupt- schulab- schluss	Mittlere Reife	Abitur
		Ø							
Gesundheit	West	6,8	6,6	7,6	6,7	5,8	6,3	6,9	7,1
	Ost	6,4	6,2	7,4	6,4	5,3	5,5	6,7	6,8
Arbeit ²	West	7,1	7,1	7,2	7,0	7,2	7,0	7,2	7,1
	Ost	6,8	6,9	7,2	6,7	7,0	6,8	6,8	7,1
Tätigkeit im Haushalt	West	6,4	6,6	6,6	6,5	6,6	6,6	6,6	6,5
	Ost	6,2	6,5	6,3	6,4	6,4	6,3	6,5	6,2
Haushalts- einkommen	West	6,4	6,5	6,2	6,4	6,7	6,4	6,6	6,8
	Ost	5,5	5,7	5,4	5,3	6,0	5,5	5,4	6,1
Wohnung	West	7,6	7,7	7,3	7,6	8,0	7,8	7,8	7,7
	Ost	7,4	7,5	7,3	7,3	7,8	7,5	7,3	7,6
Freizeit	West	7,0	7,1	6,7	6,6	8,0	7,3	7,0	6,8
	Ost	6,8	6,9	6,7	6,3	7,7	7,5	6,5	6,6
Kinderbetreuung ³	West	6,7	6,4	6,6	6,4	()	6,8	6,5	6,3
	Ost	7,2	7,4	7,1	7,6	-	7,3	7,4	7,3
Soziale Sicherheit	West	5,7	5,7	5,6	5,4	6,1	5,7	5,5	5,7
	Ost	5,1	5,2	5,2	4,9	5,5	5,4	4,9	5,3
Umweltzustand	West	6,5	6,3	6,4	6,2	6,6	6,4	6,5	6,5
	Ost	6,2	6,1	6,1	6,0	6,3	6,3	6,0	6,0
Lebensstandard	West	7,0	7,1	7,1	6,9	7,2	6,9	7,3	7,4
	Ost	6,4	6,6	6,6	6,2	6,7	6,4	6,3	6,9

1 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 = »Ganz und gar unzufrieden«;

10 = »Ganz und gar zufrieden«.

2 Nur Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit).

3 Nur Befragte mit Kindern bis 6 Jahren im Haushalt.

() Ergebnisse nicht ausgewiesen, da Zellenbesetzung < 30.

- Trifft nicht zu.

Datenbasis: SOEP 2002.

Kranken- und Pflegeversicherung am stärksten von der sozialen Sicherung profitieren. Die Werte der mittleren Altersgruppe, die einen Großteil der finanziellen Lasten zu tragen hat, ohne in jedem Fall – wie z. B. bei der Rentenversicherung – ein den Älteren vergleichbares Absicherungsniveau erwarten zu können, liegen mit 0,7 (West) bzw. 0,6 (Ost) Skalenpunkten Differenz deutlich darunter. Die Werte der jüngsten Altersgruppe, die sich zumindest z. T. noch nicht an der Finanzierung der Sozialsysteme zu beteiligen hat, liegen zwischen diesen beiden Extremen.

Beim Vergleich der unterschiedlichen Bildungsgruppen finden sich die größten Unterschiede bei der Gesundheit und bei der Freizeit. Im ersteren Fall sind Personen mit niedrigem Bildungsabschluss deutlich unzufriedener, im letzteren deutlich zufriedener als höher gebildete. Da sich in beiden Fällen beim Vergleich der Altersgruppen ganz ähnliche Unterschiede finden lassen – wobei die Älteren jeweils eine geringere Zufriedenheit mit der Gesundheit und eine höhere Zufriedenheit mit der Freizeit aufweisen –

und weil jüngere Menschen im Durchschnitt über höhere Bildungsabschlüsse verfügen, liegt hier eine Beeinflussung der Ergebnisse durch unterschiedliche Altersstrukturen der Bildungsgruppen nahe. Tatsächlich weisen Personen mit Hauptschulabschluss im Westen ein um ungefähr 10 und im Osten gar ein über 15 Jahre höheres Durchschnittsalter auf als Angehörige der anderen beiden Bildungsgruppen, die sich wiederum hinsichtlich ihres Durchschnittsalters nur geringfügig voneinander unterscheiden. Weiter gehende Analysen, deren Ergebnisse hier nicht im Detail ausgewiesen sind, haben gezeigt, dass in beiden Fällen die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen – obwohl weiterhin vorhanden – sehr deutlich zurückgehen, wenn diese Altersunterschiede kontrolliert werden.

Bezüglich der Unterschiede nach dem Erwerbsstatus lässt sich eine relativ klare Rangfolge zwischen den einzelnen Gruppen ausmachen. In den meisten Lebens-

Tab. 2b: Zufriedenheit in Lebensbereichen nach Bevölkerungsgruppen 2002

Zufriedenheit mit ... ¹		Erwerbsstatus			Einkommen ²	
		Erwerbs-tätig	Arbeits-los	Rentner	Unteres Quintil	Oberes Quintil
		Ø				
Gesundheit	West	7,1	6,2	5,6	6,4	6,9
	Ost	6,9	6,1	5,1	6,2	6,6
Arbeit ³	West	7,1	–	–	6,9	7,3
	Ost	6,9	–	–	6,8	7,0
Tätigkeit im Haushalt	West	6,6	6,2	6,5	6,2	6,7
	Ost	6,6	5,9	6,3	6,1	6,5
Haushaltseinkommen	West	6,6	4,5	6,7	4,9	7,6
	Ost	5,9	3,7	6,0	4,0	6,9
Wohnung	West	7,6	6,8	8,0	7,0	8,1
	Ost	7,5	6,8	7,8	6,7	7,8
Freizeit	West	6,6	7,0	8,1	6,9	7,1
	Ost	6,2	7,1	7,7	6,7	6,6
Kinderbetreuung ⁴	West	6,6	6,5	()	6,5	6,8
	Ost	7,3	7,6	()	7,5	7,6
Soziale Sicherung	West	5,5	5,3	6,1	5,5	5,8
	Ost	5,0	4,7	5,5	4,9	5,4
Umweltzustand	West	6,4	6,1	6,6	6,2	6,6
	Ost	6,1	6,0	6,3	5,9	6,3
Lebensstandard	West	7,1	5,7	7,2	6,1	7,7
	Ost	6,7	5,1	6,7	5,4	7,2

1 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 = »Ganz und gar unzufrieden«; 10 = »Ganz und gar zufrieden«.

2 Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen; Bedarfsgewichtung nach alter OECD-Skala; separate Einkommensverteilung für Ost- und Westdeutschland.

3 Nur Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit).

4 Nur Befragte mit Kindern bis 6 Jahren im Haushalt.

() Ergebnisse nicht ausgewiesen, da Zellenbesetzung < 30.

– Trifft nicht zu.

Datenbasis: SOEP 2002.

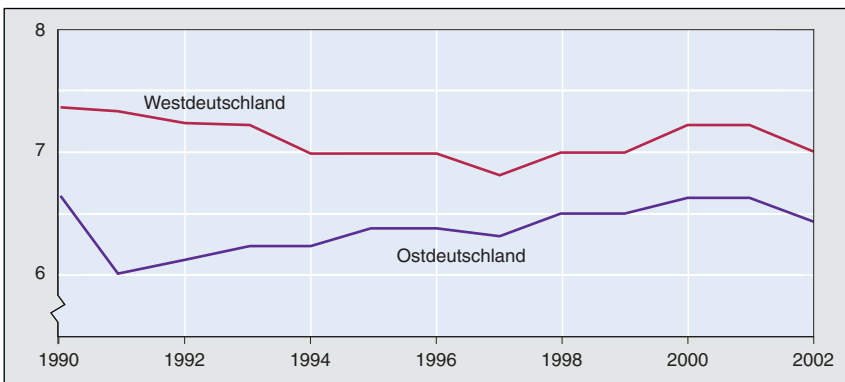
bereichen weisen die Rentner die höchsten und die Arbeitslosen die niedrigsten Werte auf. Ausnahmen stellen hier insbesondere die Zufriedenheit mit der Gesundheit und der Haushaltstätigkeit dar, bei der nicht die Rentner, sondern die Erwerbstätigen am zufriedensten sind. Auch in den meisten übrigen Fällen ist die Zufriedenheit der Erwerbstätigen mit derjenigen der Rentner zumindest annähernd vergleichbar. Allerdings gibt es auch einige charakteristische Unterschiede. So sind bei der Freizeit naheliegenderweise die Werte der Rentner und die der Arbeitslosen höher als die der Erwerbstätigen. Und auch was die Soziale Sicherung betrifft, sind die Rentner hier, wie in ähnlicher Weise schon bei den Altersgruppen beobachtet, deutlich zufriedener als die Erwerbstätigen.

Beim Vergleich des obersten mit dem untersten Einkommensquintil sind die Unterschiede insbesondere in den die materiellen Lebensumstände betreffenden Bereichen erwartungsgemäß hoch: Bei der Wohnung, dem Lebensstandard und dem Haushaltseinkommen betragen die Unterschiede jeweils zwischen einem und nahezu drei Skalenpunkten. Aber auch in den übrigen Lebensbereichen sind Befragte im oberen Einkommensquintil zumeist zufriedener als solche im unteren, auch wenn die Unterschiede häufig nicht allzu groß sind.

2.3 Entwicklung der Zufriedenheit in ausgewählten Lebensbereichen im vereinigten Deutschland

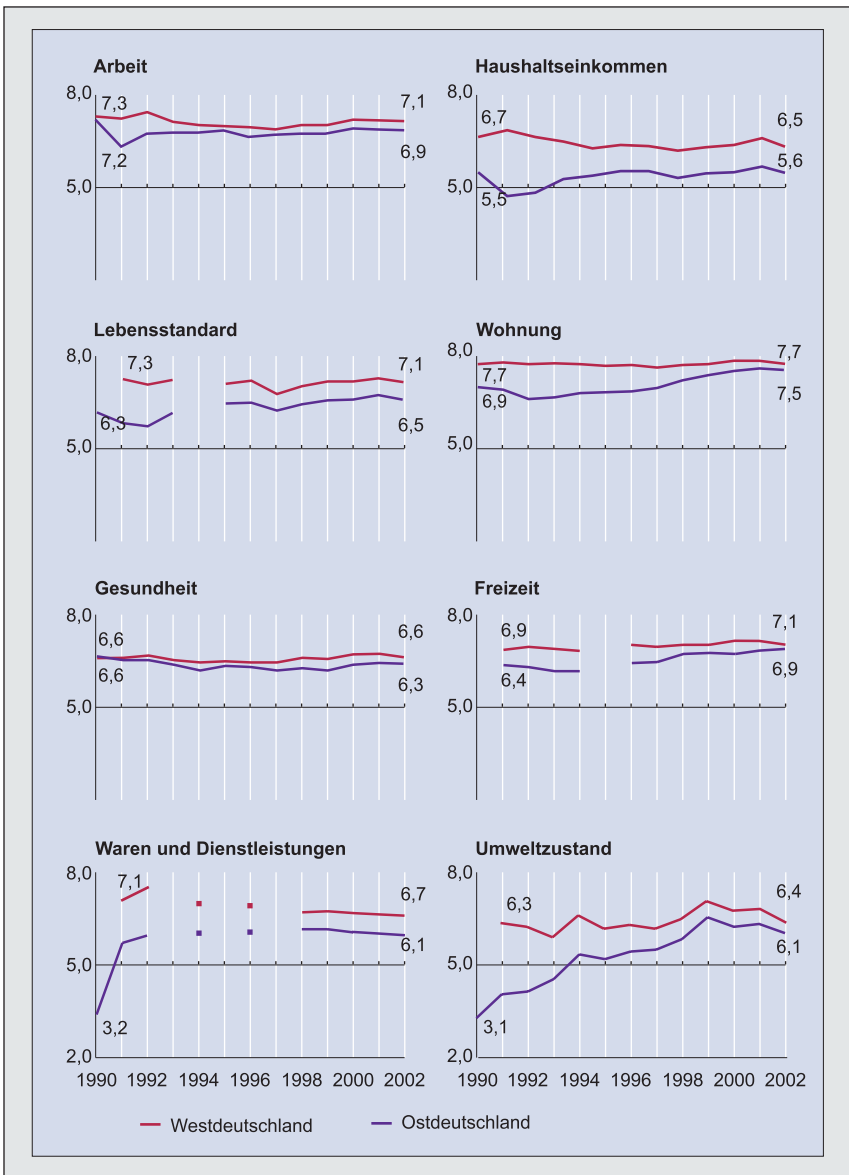
Eine große Stärke der verwendeten Datenbasis liegt darin, dass sich die Entwicklungen im vereinigten Deutschland langfristig nachvollziehen lassen. Seit 1990 gibt es insgesamt dreizehn Erhebungszeitpunkte, zu denen sowohl die ost- als auch

Abb. 2: Entwicklung der allgemeinen Lebenszufriedenheit in Ost- und Westdeutschland 1990–2002



Datenbasis: SOEP 2002.

Abb. 3: Veränderungen der Zufriedenheit in Lebensbereichen 1990–2002



Datenbasis: SOEP 2002.

die westdeutsche Bevölkerung befragt wurde. Dies ermöglicht für die meisten der untersuchten Lebensbereiche eine zusammenfassende Darstellung und Bewertung der langfristigen Veränderung der Zufriedenheit, die seither stattgefunden hat.

Betrachtet man zunächst die generelle Entwicklung (vgl. Abb. 2), so zeigt sich, dass die allgemeine Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland zunächst kurz nach der Vereinigung stark zurückgegangen ist, bevor in den folgenden Jahren eine Annäherung an westdeutsche Werte stattfand. Wie sich auch in früheren Untersuchungen gezeigt hat, wurde diese Annäherung nicht nur, wie ursprünglich erhofft, von einem Ansteigen der ostdeutschen Werte, sondern häufig auch von einer gleichzeitigen Abnahme, bestenfalls einer Stagnation der westdeutschen Zufriedenheit getragen. Diese Zangenbewegung kam etwa in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre zum Stillstand; seitdem scheint es zu einer Verfestigung der noch bestehenden Differenzen gekommen zu sein.

Wie Abbildung 3 zeigt, kann dieses Verlaufsmuster jedoch nicht einfach auf die Entwicklung der Zufriedenheit in den einzelnen Lebensbereichen übertragen werden. Vielmehr lassen sich anhand der dort dargestellten Angleichungsmuster drei unterschiedliche Verlaufstypen identifizieren.

Bei den materiellen Lebensbedingungen findet sich eine Entwicklung, die mit der bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit zu beobachtenden vergleichbar ist. Von den hier dargestellten Lebensbereichen gehören die Zufriedenheit mit der Arbeit, dem Haushaltseinkommen, dem Lebensstandard und bedingt auch die Zufriedenheit mit der Wohnung zu diesem Verlaufstyp. In allen Fällen sinkt die Zufriedenheit in Ostdeutschland nach 1990 zunächst mehr oder minder abrupt ab, um sich dann im Folgezeitraum an die westdeutschen Verhältnisse anzunähern, bis zur Mitte bzw. zum Ende der 1990er-Jahre eine zumindest vorläufige Verfestigung der verbleibenden Unterschiede festzustellen ist. Mit Ausnahme der Zufriedenheit mit der Wohnung ist diese Annäherung allerdings zum Teil auch auf einen Rückgang der Zufriedenheit der westdeutschen Bürger zurückzuführen.

Der zweite Verlaufstyp findet sich in den nicht materiellen Bereichen der privaten Lebensführung. Er ist durch vergleichsweise geringe Unterschiede zwischen den Landesteilen sowie durch eine überwiegend parallele Entwicklung über den gesamten Beobachtungszeitraum gekennzeichnet. Soweit sich Veränderungen feststellen lassen, finden diese nicht kurzfristig statt, sondern stellen eine gleichmäßig über den gesamten Beobachtungszeitraum verteilte Entwicklung dar. Ein derartiger Verlauf findet sich bei der Zufriedenheit mit der Gesundheit, der Zufriedenheit mit der Freizeit, sowie bei der (hier aus Platzgründen nicht dargestellten) Zufriedenheit mit der Tätigkeit im Haushalt.

Bemerkenswert ist der dritte Verlaufstyp. Er lässt sich bei der Zufriedenheit mit dem Angebot an Waren und Dienstleistungen und der Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt beobachten. Damit betrifft er Aspekte des Lebensumfelds der Bürger, die sich in Ostdeutschland seit der Vereinigung tatsächlich deutlich verändert haben. In beiden Fällen findet sich im Osten mit Werten von 3,2 bzw. 3,1 Skalenpunkten ein ausgesprochen niedriges Ausgangsniveau. In der ersten Hälfte der 1990er-Jahre steigt

dann die Zufriedenheit in beiden Bereichen rapide an. Im Falle des Angebots an Waren und Dienstleistungen findet dieser Anstieg zwischen 1990 und 1991 statt, während die Phase des stärksten Zufriedenheitszuwachses im Falle des Umweltzustandes erst Mitte der 1990er-Jahre endet. In beiden Fällen gilt, dass das Anwachsen der Zufriedenheit in Ostdeutschland mit deutlichen Verbesserungen der objektiven Verhältnisse in den jeweiligen Bereichen einhergeht. Dabei spiegelt der Verlauf des Zufriedenheitsanstiegs das Tempo der tatsächlichen Verbesserungen wider: So vergrößerte sich vor allem das ostdeutsche Warenangebot Anfang der 1990er-Jahre bekanntlich schlagartig, während beim Zustand der Umwelt zwar auch eine deutliche Besserung erfolgte, die jedoch weniger abrupt gewesen ist. Gegen Ende der 1990er-Jahre ist es dann insbesondere bei der Zufriedenheit mit dem Angebot an Waren und Dienstleistungen zu einer Stabilisierung sowohl des Niveaus als auch der Ost-West-Unterschiede gekommen. Auch bei der Zufriedenheit mit dem Umweltzustand verändert sich der Abstand zwischen den beiden Landesteilen nur noch geringfügig. Allerdings ist es hier zu keiner Stabilisierung, sondern zu einer in Ost- wie in Westdeutschland parallel verlaufenden Entwicklung des Zufriedenheitsniveaus gekommen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass auch im Jahr 2002 in allen hier betrachteten Lebensbereichen noch mehr oder weniger deutliche Zufriedenheitsunterschiede zwischen Ost und West existieren. Diese Differenzen betreffen nicht nur die Bevölkerung der beiden Landesteile insgesamt, sondern finden sich auch innerhalb der untersuchten sozialstrukturellen Gruppen wieder. Konzentriert man sich allerdings auf die langfristige Entwicklung in den einzelnen Bereichen, so ist es seit der deutschen Vereinigung zu einer Annäherung der ostdeutschen an die westdeutsche Zufriedenheit gekommen. Dabei lässt sich der Verlauf dieser Annäherung in den einzelnen Lebensbereichen in unterschiedliche Typen klassifizieren: Während es in den nichtmateriellen Bereichen der privaten Lebensführung, wenn überhaupt, nur langsame Entwicklungen gab, hat im Bereich der materiellen Lebensbedingungen zumeist eine negative Form der Angleichung stattgefunden: Die sich an den anfänglichen Einbruch der Zufriedenheit im Osten anschließende Annäherung wird teilweise von einem Zufriedenheitsrückgang im Westen getragen. Lediglich bei den beiden dem Lebensumfeld zuzuordnenden Bereichen findet sich die zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung erhoffte Form der Angleichung der Lebensverhältnisse – nämlich eine rasche Annäherung der ostdeutschen Werte an die im Westen der Republik. Nichtsdestotrotz bleiben auch hier – wie in den meisten anderen Lebensbereichen – deutliche Zufriedenheitsdifferenzen zwischen den alten und den neuen Bundesländern bestehen, und es spricht eher wenig dafür, dass sich die verbleibenden Unterschiede in näherer Zukunft völlig einebnen werden.

(Bernhard Christoph)

3 Wertorientierungen, Ansprüche und Erwartungen

In diesem Kapitel soll es um die allgemeinen Vorstellungen gehen, die Menschen von einem guten Leben in einer lebenswerten Gesellschaft haben und an denen sie ihre Wünsche und Erwartungen ausrichten. Diese Vorstellungen – oder Werte – beziehen sich zum einen auf die gesellschaftliche Umgebung, in der die Menschen leben, insbesondere auf die spezielle Ausgestaltung der demokratischen Gesellschaft. Welche Möglichkeiten sollte sie bieten und was wäre ihren Bürgern weniger wichtig? Zum anderen geht es um die Vorstellungen, die Mitglieder einer Gesellschaft darüber haben, wie sich ihre Mitbürger sowohl gegenüber der Gesellschaft als auch gegenüber ihren Mitmenschen verhalten sollten. Abgesehen von den rechtlichen Regelungen gibt es hier eine erhebliche Spannweite bei der Tolerierung bestimmter Verhaltensweisen. Eine Zeitreihe verrät, ob die Entwicklung der Werthaltungen in Richtung zunehmender individueller Freiheit geht oder wieder restriktiver wird. Um zum aktuellen Thema Integration Einsichten zu gewinnen (vgl. auch Teil II, Kapitel 13 und 14), wird die Fragestellung nach der Angleichung von Ost- und Westdeutschland durch den Vergleich zu den Einstellungen ausländischer Mitbürger ergänzt. In den verwendeten Umfragen sind allerdings nur Ausländer mit ausreichenden deutschen Sprachkenntnissen erfasst.

3.1 Vorstellungen von einer lebenswerten Gesellschaft

Im Jahr 2002 wurde in der ALLBUS-Umfrage zum ersten Mal gefragt, welche Vorstellungen die Menschen über eine lebenswerte Gesellschaft haben (vgl. Tab. 1). Dabei zeigt sich, dass die Bürger in Deutschland eine Gesellschaft, die Wert auf gegenseitige Verantwortung legt, mit einem Mittelwert von 8,5 am höchsten bewerten, eine Laissez-faire-Gesellschaft dagegen mit 3,7 am niedrigsten. Das gilt sowohl für Ost- als auch für Westdeutsche. Die Ausländer bewerten mit einem Mittelwert von 8,1 eine Gesellschaft, in der sich die Menschen an die Regeln halten bzw. in wirtschaftlicher Sicherheit und Wohlstand leben am höchsten, eine Gesellschaft, in der die Menschen Verantwortung füreinander tragen, ist ihnen aber mit einer mittleren Bewertung von 8,0 kaum weniger wichtig.

Betrachtet man die einzelnen Werte nach den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, wird deutlich, dass die Ostdeutschen in ihren Bewertungen am stärksten polarisieren. Sie finden so genannte materialistische Werte wie Fleiß und Leistung, Verantwortung, Regelbefolgung und Wohlstand wichtiger als Westdeutsche und Ausländer. Aber auch postmaterialistische Werte wie kritisches Selbstbewusstsein und Selbstverwirkli-

Tab. 1: Vorstellungen von einer lebenswerten Gesellschaft

»Ich würde gern in einer Gesellschaft leben, die Wert darauf legt, dass die Menschen . . .«									
	Fleiß und Leistung zeigen	füreinander Verantwortung tragen	sich an die Regeln halten	selbstbewusst und kritisch sind	tun und lassen können, was sie wollen	in wirtschaftlicher Sicherheit und Wohlstand leben	sich politisch beteiligen	sich selbst verwirklichen	religiös sind
	Mittelwert ¹								
Gesamt	7,6	8,5	8,3	8,1	3,7	8,1	6,3	7,3	4,9
Westdeutsche	7,4	8,5	8,3	8,1	3,7	8,0	6,4	7,2	5,1
Ostdeutsche	8,3	8,8	8,5	8,4	3,4	8,6	6,2	7,8	3,6
Ausländer	7,7	8,0	8,1	7,3	3,8	8,1	5,9	7,1	5,8

1 Mittelwert einer Skala von 1 = überhaupt nicht gerne bis 10 = sehr gerne.

Datenbasis: ALLBUS 2002.

chung stehen bei ihnen höher im Kurs. Eine Gesellschaft, in der die Menschen tun und lassen können, was sie wollen und eine, die Wert darauf legt, dass die Menschen religiös sind, werden von den Ostdeutschen im Vergleich zu Westdeutschen und Ausländern am stärksten abgelehnt. Die Ostdeutschen zeigen hier geringe Zustimmung (Mittelwerte von 3,4 bzw. 3,6), was plausibel auf ihre jahrzehntelange autoritäre und atheistische staatliche Sozialisation zurückgeführt werden kann. Die Einstufungen der Westdeutschen befinden sich fast immer zwischen denen der Ostdeutschen und der Ausländer, bis auf die Werte »Fleiß und Leistung« (7,4) und »wirtschaftliche Sicherheit und Wohlstand« (8,0), wo sie die niedrigsten Werte der drei Gruppen aufweisen, und »politische Beteiligung«, die sie mit einem Mittelwert von 6,4 am höchsten von allen drei Gruppen einstufen. Der Abstand zur jeweils nächsten Gruppe ist jedoch gering. Bei den Ausländern ergibt sich folgendes Bild: Sie legen im Vergleich den geringsten Wert auf eine Gesellschaft, in der gegenseitige Verantwortung herrscht, in denen sich die Menschen an die Regeln halten, selbstbewusst und kritisch sind, sich politisch beteiligen und sich selbst verwirklichen und den größten Wert auf eine Gesellschaft, in der die Menschen religiös sind und tun und lassen können, was sie wollen.

Die hier interpretierten Unterschiede sind insgesamt eher als gering einzuschätzen. Die Abstände der Mittelwerte in den drei Bevölkerungsgruppen zum Gesamtmittelwert betragen nur für Religiosität mehr als einen Skalenpunkt auf der Zehnerskala. So kann zusammengefasst werden, dass Westdeutsche, Ostdeutsche und ausländische Mitbürger sehr ähnliche Vorstellungen von einer lebenswerten Gesellschaft haben.

Tabelle 2 zeigt eine Auswahl dieser Vorstellungen von einer lebenswerten Gesellschaft nach verschiedenen soziodemographischen Untergruppen. Aufgrund niedriger Fallzahlen in einigen Gruppen ist eine durchgängige Interpretation schwierig. Eine Laissez-faire-Gesellschaft ist bei Männern und Frauen in allen drei Bevölkerungsgruppen

Tab. 2: Vorstellungen von einer lebenswerten Gesellschaft in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

»Ich würde gern in einer Gesellschaft leben, die Wert darauf legt, dass die Menschen . . .«												
	tun und lassen können, was sie wollen			in wirtschaftlicher Sicherheit und Wohlstand leben			sich politisch beteiligen			religiös sind		
	West	Ost	Ausl.	West	Ost	Ausl.	West	Ost	Ausl.	West	Ost	Ausl.
Mittelwert ¹												
Geschlecht												
Männer	3,8	3,5	3,8	8,0	8,6	8,0	6,5	6,2	6,3	4,8	3,4	5,7
Frauen	3,6	3,2	3,8	8,0	8,6	8,1	6,3	6,1	5,6	5,4	3,8	5,8
Alter												
18–34 Jahre	4,1	3,8	3,9	7,9	8,3	8,3	6,2	6,2	5,7	4,3	3,1	5,6
35–49 Jahre	3,6	3,3	4,0	7,8	8,5	7,9	6,3	6,2	6,6	4,6	3,1	5,4
50–65 Jahre	3,5	3,2	3,6	8,0	8,9	7,6	6,6	6,1	5,4	5,6	3,9	6,2
66 Jahre u. älter	3,5	3,0	/	8,3	9,0	/	6,6	6,1	/	6,5	5,1	/
Erwerbsstatus												
Erwerbstätig	3,7	3,3	3,6	7,9	8,5	8,1	6,2	6,3	6,0	4,6	3,1	5,4
Schüler/Student	4,5	3,9	/	7,9	7,9	/	6,6	6,7	/	3,7	3,4	/
Rentner	3,5	3,1	/	8,2	9,0	/	6,6	6,0	/	6,2	4,6	/
Arbeitslos	4,3	3,8	/	8,0	8,8	/	6,3	5,8	/	4,6	3,6	/
Hausfrau/-mann	3,4	/	4,3	7,9	/	8,3	6,4	/	6,1	6,0	/	6,1
Familienstand												
Ledig	4,3	3,6	3,7	7,9	8,2	7,8	6,3	6,1	5,8	4,2	3,2	5,3
Verheiratet	3,5	3,3	3,9	8,0	8,8	8,2	6,4	6,3	6,0	5,5	3,8	5,8
Verwitwet	3,6	3,0	/	8,4	8,9	/	6,3	5,6	/	6,2	4,6	/
Geschieden	3,6	3,2	/	8,0	8,5	/	6,1	5,9	/	4,7	3,2	/

1 Mittelwert einer Skala von 1 = überhaupt nicht gerne bis 10 = sehr gerne.

/ Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 2002.

ähnlich unbeliebt. Die Altersgruppe der 18–34-Jährigen kann sich noch am ehesten mit einer solchen Gesellschaft identifizieren, und zwar in Westdeutschland wie in Ostdeutschland. Überschneidungen der Altersgruppen ergeben sich für west- und ostdeutsche Schüler und Studenten sowie Arbeitslose und Ledige. Sie befürworten ebenfalls stärker als andere eine Laissez-faire-Gesellschaft.

Auch beim Stellenwert von Sicherheit und Wohlstand gibt es keine geschlechtspezifischen Unterschiede. Tendenziell befürworten ältere Deutsche Sicherheit und Wohlstand eher als jüngere. Zwischen verschiedenen Erwerbsgruppen sind in Bezug auf die Einstellung zu Sicherheit und Wohlstand keine größeren Unterschiede festzustellen; lediglich Rentner betonen diese Aspekte etwas stärker. Betrachtet man die Gruppen nach ihrem Familienstand wirkt sich wieder der Zusammenhang mit dem Alter aus: Verwitwete legen den größten Wert auf wirtschaftliche Sicherheit und Wohlstand, gefolgt von den Verheirateten, denen Sicherheit und Wohlstand offensichtlich Voraussetzung für ein Familienleben ist.

Eine Gesellschaft, in der sich die Menschen politisch beteiligen erscheint Männern wichtiger als Frauen, wobei der Meinungsunterschied in der Gruppe der Ausländer am größten ist. In Westdeutschland erachten Ältere politische Beteiligung wichtiger als Junge, in Ostdeutschland gibt es keine Altersunterschiede. Arbeitslose zeigen generell das geringste Interesse an politischer Beteiligung, was hier auf ein multiples Exklusions- bzw. Integrationsproblem hinweist.

Frauen ist es in allen drei Bevölkerungsgruppen wichtiger als Männern, dass sie in einer Gesellschaft leben, in der die Menschen religiös sind. Dieser Unterschied ist bei den Westdeutschen am ausgeprägtesten, bei den Ausländern am geringsten. In allen drei Bevölkerungsgruppen ist auch ein klarer Alterszusammenhang zu erkennen. Ältere sind eindeutig religiöser orientiert. Nach dem Erwerbsstatus zeigen Rentner sowie Hausfrauen durchgängig die höchsten Werte. Ledige zeigen wiederum in allen drei Gruppen die niedrigsten Werte und bestätigen auch hier wieder den Alterszusammenhang und damit Säkularisierungstendenzen in allen drei Bevölkerungsgruppen, auch in der am stärksten religiös eingestellten der Ausländer.

3.2 Tolerierung von Verhaltensweisen

Neben den Auffassungen über eine lebenswerte Gesellschaft haben die Menschen auch Vorstellungen darüber, wie sich ihre Mitmenschen zueinander verhalten sollten, was erlaubt sein soll und was nicht. Obwohl einerseits in der Rechtsprechung eindeutig festgelegt, existiert doch eine erhebliche Grauzone von mehr oder weniger

Tab. 3: Tolerierung bestimmter Verhaltensweisen

		Gesamt	West	Ost	Ausländer
		Prozent der Angaben »sehr schlimm« und »ziemlich schlimm«			
Gewalt gegen Kinder	2000	82	81	85	80
	2002	82	81	85	86
Schwangerschaftsabbruch	2000	56	61	30	69
	2002	51	53	35	67
Ärztliche Sterbehilfe	2000	33	31	31	59
	2002	30	30	24	56
Steuerbetrug	2000	60	59	61	68
	2002	55	54	59	66
Schwarzfahren	2000	53	51	58	58
	2002	45	42	54	61
Vergewaltigung in der Ehe	2000	94	95	94	88
	2002	97	97	98	90
Haschischkonsum	2000	72	70	78	80
	2002	69	66	80	71
Homosexualität	2000	22	21	17	45
	2002	25	24	24	42

Datenbasis: ALLBUS 2000, 2002.

geduldeten Verhaltensweisen nach dem Motto »wo kein Kläger, da kein Richter«. Andererseits verurteilen Menschen z. B. homosexuelles Verhalten, obwohl dies nicht (mehr) strafbar ist. Tabelle 3 listet derartige Einstellungen gegenüber ausgewählten Verhaltensweisen auf. Die Vergewaltigung in der Ehe ist dabei das am meisten verurteilte Verhalten, der Anteil der Befragten, die das »sehr« bzw. »ziemlich schlimm« finden, nimmt von 94 % im Jahre 2000 auf 97 % im Jahre 2002 sogar zu. Homosexualität wird als am wenigsten schlimm empfunden (22 % bzw. 25 %), wobei die Tendenz auf eine abnehmende Tolerierung hinweist. Ärztliche Sterbehilfe folgt gleich danach in der Reihenfolge der am wenigsten »schlimmen« Verhaltensweisen, nur ein Drittel der (Gesamt-)Bevölkerung Deutschlands findet sie »sehr schlimm« bzw. »ziemlich schlimm«, mit abnehmender Tendenz. Schwarzfahren wird immerhin von der Hälfte der Bevölkerung verurteilt, ebenfalls mit abnehmender Tendenz, danach folgt der Schwangerschaftsabbruch, der von etwas über der Hälfte der Bevölkerung als »schlimm« eingestuft wird. Auch hier ist die Tendenz fallend. Es folgen Steuerbetrug und Haschischkonsum, beides ebenfalls rückläufig. Unverändert lehnen 82 % der deutschen Bevölkerung Gewalt gegen Kinder ab. Der Zeitvergleich vermittelt den Eindruck einer insgesamt zunehmenden Toleranz gegenüber »kritischen« Verhaltens-

Tab. 4: Tolerierung bestimmter Verhaltensweisen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

	Ärztliche Sterbehilfe						Steuerbetrug						Haschischkonsum					
	West		Ost		Ausl.		West		Ost		Ausl.		West		Ost		Ausl.	
	00	02	00	02	00	02	00	02	00	02	00	02	00	02	00	02	00	02
Prozent der Angaben »sehr schlimm« und »ziemlich schlimm«																		
Geschlecht																		
Männer	30	27	28	22	58	56	57	51	59	54	63	65	65	60	71	73	78	64
Frauen	32	32	33	25	61	56	60	56	63	64	72	67	74	71	84	86	81	78
Alter																		
18–34 Jahre	22	25	30	20	66	57	51	47	55	49	71	62	51	45	63	60	82	59
35–49 Jahre	29	25	26	17	57	57	59	48	56	54	71	67	62	55	78	77	80	77
50–65 Jahre	34	33	33	27	/	/	59	59	62	64	/	74	84	82	83	93	71	89
66 Jahre u. älter	43	40	37	36	/	/	67	66	76	/	/	75	88	92	92	96	/	/
Erwerbsstatus																		
Erwerbstätig	29	25	25	17	60	53	56	49	54	52	67	71	62	57	74	71	79	70
Schüler/																		
Student	/	22	/	/	/	/	50	43	/	/	/	/	38	42	/	/	/	/
Rentner	40	37	36	35	/	/	65	63	71	74	/	/	87	89	92	96	/	/
Arbeitslos	/	37	/	27	/	/	64	57	64	60	/	/	66	48	71	89	/	/
Hausfr./-mann	33	37	/	/	/	/	64	57	/	/	78	/	88	76	/	/	82	71
Familienstand																		
Ledig	26	23	33	18	/	/	54	46	53	50	70	/	49	43	57	57	78	/
Verheiratet	31	31	28	26	58	60	59	55	63	61	71	71	76	73	82	88	83	76
Verwitwet	51	37	/	/	/	/	66	69	67	82	/	/	84	94	91	95	/	/
Geschieden	24	32	/	/	/	/	67	52	58	54	/	/	71	63	86	78	/	/

/ Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS Trend 2000; ALLBUS 2002.

weisen und ist eine Bestätigung des allgemeinen Trends einer zunehmenden Liberalisierung und Individualisierung moderner Gesellschaften.

Die Rangfolge der Beurteilungen dieser Verhaltensweisen ist bei den drei Bevölkerungsgruppen Westdeutsche, Ostdeutsche und Ausländer gleich, bis auf den Schwangerschaftsabbruch, dem in Ostdeutschland erheblich mehr (wenn auch abnehmende) Toleranz entgegengebracht wird. Weitere erwähnenswerte Unterschiede zwischen den drei Gruppen, die jedoch nichts an der Reihenfolge der Bewertungen ändern, sind bei der ärztlichen Sterbehilfe und Homosexualität zu verzeichnen, die von Ausländern deutlich mehr als von Deutschen abgelehnt werden.

Drei ausgewählte Verhaltensweisen, ärztliche Sterbehilfe, Steuerbetrug und Haschischkonsum, werden nun nach verschiedenen soziodemographischen Bevölkerungsgruppen betrachtet (vgl. Tab. 4). Generell kann festgestellt werden, dass Frauen hier ein größeres Unrechtsbewusstsein zeigen als Männer. Auch mit zunehmendem Alter sinkt die Tolerierung der drei Verhaltensweisen. Erwartungsgemäß zeigen die Rentner und die Verwitweten ebenfalls die höchsten Ablehnungsraten. Bei einer zukünftigen Liberalisierung der ärztlichen Sterbehilfe sollte man deswegen bedenken, dass die mit größerer Wahrscheinlichkeit betroffene Gruppe – die Alten – am wenigsten davon begeistert ist (jedoch mit abnehmender Tendenz).

3.3 Ansprüche an den Lebensstandard und ihre Erfüllung

Für den inneren Frieden in einer Gesellschaft ist es wichtig, dass die Mitglieder im Großen und Ganzen den Eindruck haben, ihren gerechten Anteil bei (Um-)Verteilungen zu erhalten. Dafür werden Ist- und Sollzustand verglichen und ein Gerechtigkeitsurteil gebildet. Die Wiedervereinigung Deutschlands und ein hoher und wachsender Ausländeranteil an der Bevölkerung können hier zu Verteilungskonflikten führen, insbesondere wenn Erwartungen nicht erfüllt werden und/oder die zu verteilende »Masse« durch die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung kleiner wird. Tabelle 5 zeigt die Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Anteils am Lebensstandard in Deutschland.

Insgesamt haben Ostdeutsche entschieden häufiger als die beiden anderen Gruppen den Eindruck, weniger als den gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten, auch wenn diese Einschätzung von 1992 bis 2002 von 81 % auf 60 % zurückgegangen ist. Die Westdeutschen sind dagegen am zufriedensten: 65 % (1992) bzw. 68 % (2002) geben an, den gerechten oder sogar mehr als den gerechten Anteil zu erhalten. Alle drei Gruppen äußern sich nach zehn Jahren zufriedener mit ihrem Anteil.

In Ostdeutschland gibt es zu beiden Zeitpunkten keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern, in Westdeutschland sind die Frauen 1992 unzufriedener als die Männer, während 2002 kein Geschlechterunterschied besteht. Bei den Ausländern sind die Frauen 1992 deutlich zufriedener als die Männer und liegen 2002 mit ihnen gleichauf, wobei der Anteil der unzufriedenen Ausländerinnen sich von 31 % auf 39 % erhöht hat. Bei den West- und Ostdeutschen sind die beiden mittleren Altersklassen 2002 leicht unzufriedener mit ihrem Anteil am Lebensstandard, bei den Ausländern ist

Tab. 5: Gerechtigkeitsbewertung¹ des »eigenen Anteils« am Lebensstandard in Deutschland

	Sehr viel/etwas weniger						Gerechten/mehr als gerechten Anteil					
	West		Ost		Ausländer		West		Ost		Ausländer	
	1992	2002	1992	2002	1992	2002	1992	2002	1992	2002	1992	2002
in %												
Gesamt	35	32	81	60	45	40	65	68	19	40	55	60
Geschlecht												
Männer	32	31	81	60	57	41	68	69	19	40	/	59
Frauen	38	32	82	59	31	39	62	68	18	41	69	61
Alter												
18–34 Jahre	35	27	81	51	/	51	65	73	19	49	51	49
35–49 Jahre	35	36	84	61	/	/	65	64	16	39	74	79
50–65 Jahre	34	32	82	67	/	/	66	68	18	33	/	/
66 Jahre u. älter	36	30	76	57	/	/	64	70	/	43	/	/
Erwerbsstatus												
Erwerbstätig	32	33	80	56	43	34	68	67	20	44	57	66
Schüler/ Student	19	/	/	/	/	/	81	91	/	/	/	/
Rentner	37	30	78	63	/	/	63	70	22	37	/	/
Arbeitslos	54	65	90	76	/	/	46	35	/	/	/	/
Hausfrau/-mann	40	30	/	/	/	/	60	70	/	/	/	/
Familienstand												
Ledig	34	31	80	51	/	/	66	69	20	49	/	/
Verheiratet	32	29	82	62	47	38	68	71	18	38	53	62
Verwitwet	42	40	78	58	/	/	58	60	/	/	/	/
Geschieden	47	46	85	70	/	/	53	54	/	/	/	/

1 Frage: »Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?«
/ Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 1992, 2002.

die jüngste Gruppe 2002 unzufriedener als die anderen Altersgruppen. Von allen Erwerbsgruppen geben Arbeitslose am häufigsten an, weniger als den gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten. Betrachtet man den Familienstand, dann sind es die Geschiedenen, die sich zu beiden Zeitpunkten am ungerechtesten behandelt fühlen.

Im Zeitverlauf zeigt sich, dass sich Verteilungskonflikte eher abgebaut haben, insbesondere aus der Sicht der Ostdeutschen, die jedoch immer noch einen Spitzenplatz bei der Benennung von gesellschaftlicher Ungerechtigkeit einnehmen.

3.4 Zukunftserwartungen

Materielle Sicherheit und Wohlstand gehören zu den wichtigsten Werten für die Bevölkerung Deutschlands, deren Verwirklichung wiederum stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage abhängt. Wie wird die wirtschaftliche Entwicklung in Deutsch-

land und die Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage eingeschätzt? Verändern sich die Bewertungen im Zeitverlauf und wie unterschiedlich schätzen die verschiedenen Bevölkerungsgruppen die Entwicklung ein?

Westdeutsche und Ausländer gehen zunehmend davon aus, dass sich sowohl die wirtschaftliche Lage in Deutschland als auch die eigene wirtschaftliche Lage verbessern werden (vgl. Tab. 6a). Ostdeutsche dagegen sehen die Entwicklung zuneh-

Tab. 6a: Zukunftserwartungen der wirtschaftlichen Lage in verschiedenen Bevölkerungsgruppen, 1992–2002

		1992		2000		2002	
		Ver- bessern	Ver- schlech- tern	Ver- bessern	Ver- schlech- tern	Ver- bessern	Ver- schlech- tern
		in %					
Wirtschaftliche Lage in Deutschland in einem Jahr							
Gesamt	West	12	46	25	16	31	26
	Ost	40	12	22	17	20	28
	Ausländer	/	39	25	17	33	24
Erwerbstätig	West	11	48	27	15	31	28
	Ost	42	13	21	18	17	30
	Ausländer	/	37	27	23	31	24
Rentner	West	13	41	26	15	35	17
	Ost	38	/	23	15	22	23
	Ausländer	/	/	/	/	/	/
Arbeitslos	West	/	46	22	24	21	/
	Ost	39	/	22	20	/	/
	Ausländer	/	/	/	/	/	/
Hausfrau/ -mann	West	8	50	13	23	22	31
	Ost	/	/	/	/	/	/
	Ausländer	/	/	/	/	/	/
Eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr							
Gesamt	West	16	17	20	9	24	11
	Ost	40	12	17	13	19	10
	Ausländer	27	22	33	9	45	15
Erwerbstätig	West	20	15	25	8	27	12
	Ost	43	10	21	12	23	9
	Ausländer	/	/	33	/	47	/
Rentner	West	4	20	6	9	8	10
	Ost	31	16	/	/	/	/
	Ausländer	/	/	/	/	/	/
Arbeitslos	West	40	/	38	/	37	/
	Ost	43	/	23	/	/	/
	Ausländer	/	/	/	/	/	/
Hausfrau/ -mann	West	12	18	12	11	24	11
	Ost	/	/	/	/	/	/
	Ausländer	/	/	/	/	/	/

Datenbasis: ALLBUS 1992, 2000, 2002.

Tab. 6b: Zukunftserwartungen der wirtschaftlichen Lage
in verschiedenen Bevölkerungsgruppen, 1992–2002

		1992	2000	2002
		in %		
Verschlechterung für die einfachen Leute ist zu erwarten: Bin derselben Meinung				
Gesamt	West	71	71	80
	Ost	66	82	88
	Ausländer	77	77	75
Erwerbstätig	West	72	70	79
	Ost	63	80	87
	Ausländer	72	74	70
Rentner	West	66	69	79
	Ost	69	83	89
	Ausländer	/	/	/
Arbeitslos	West	80	76	94
	Ost	74	90	94
	Ausländer	/	/	/
Hausfrau/ -mann	West	74	79	83
	Ost	/	/	/
	Ausländer	/	73	91

/ Fallzahl zu gering.

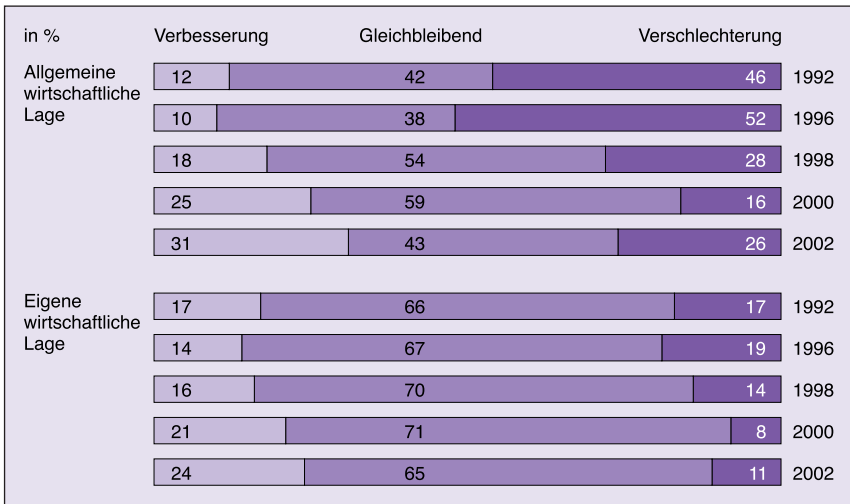
Datenbasis: ALLBUS 2000, 2002.

mend düster. Im Jahre 1992 hatten sie zu jeweils 40 % die optimistischste Einschätzung abgegeben, im Jahre 2002 ist nur noch ein Fünftel der Meinung, dass sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland bzw. die eigene wirtschaftliche Lage (noch) verbessern werden. Damit sind sie 2002 die pessimistischste Gruppe, die Ausländer zeigen am meisten (Zweck-)Optimismus. Die grafische Darstellung (vgl. Abb. 1 und 2) dokumentiert den zeitlichen Verlauf dieser Indikatoren. Dabei zeigt sich im Jahr 1996 für alle Gruppen ein erheblicher Zukunftspessimismus. Dieser Einschnitt spiegelt die Wahrnehmung der durch die Wiedervereinigung zunächst aufgeschobenen wirtschaftlichen Probleme wider.

Mit Wirtschaftsflauten assoziiert ist auch die Vorstellung, dass eine Verschlechterung »für die einfachen Leute« zu erwarten sei (vgl. Tab. 6b). Dieser Aussage stimmten die Ostdeutschen 1992 mit 66 % am wenigsten, 2002 mit 88 % am häufigsten im Vergleich der drei Bevölkerungsgruppen zu. Die Einschätzung der Westdeutschen ändert sich von 1992 (71 %) bis 2000 nicht, erst 2002 erhöht sich der Anteil auf 80 %. In der Gruppe der Ausländer bleibt der Anteil konstant bei drei Vierteln. Immerhin ist der ganz überwiegende Teil der Bevölkerung Deutschlands stets in der Erwartung einer Verschlechterung der Lage der einfachen Leute.

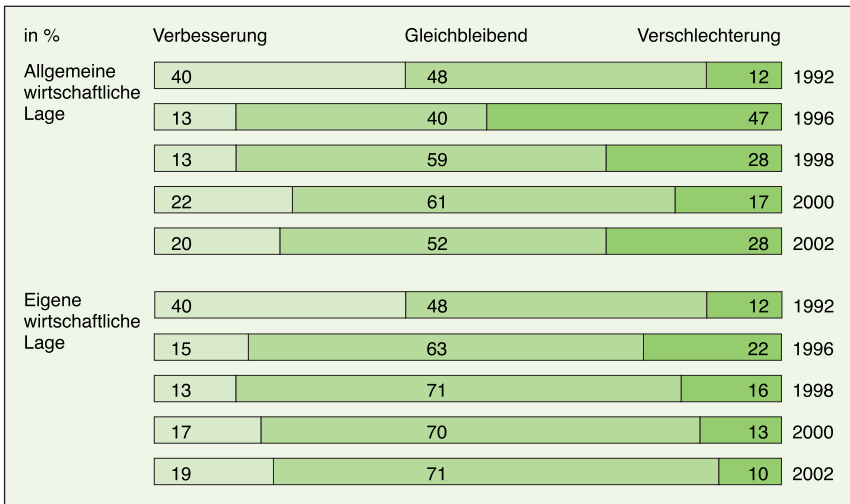
Generell gibt es bei der Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung nur geringe Unterschiede zwischen den einzelnen Erwerbskategorien. Rentner rechnen im Vergleich am wenigsten mit einer Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Eine Ausnahme waren im Jahr 1992 die ostdeutschen Rentner, für die erhebliche Rentenanpassungen in Aussicht standen. Interessanterweise verfallen Arbeitslose

Abb. 1: Zukunftserwartungen der wirtschaftlichen Lage
1992–2002 – Westdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1992, 1996, 1998, 2000, 2002.

Abb. 2: Zukunftserwartungen der wirtschaftlichen Lage
1992–2002 – Ostdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1992, 1996, 1998, 2000, 2002.

nicht in Pessimismus, sondern geben eher bzw. mindestens so häufig wie die recht optimistischen Erwerbstätigen derselben Bevölkerungsgruppe an, dass sich die eigene wirtschaftliche Lage verbessern wird. Allerdings sind sie in steigendem Maße fast durchgängig der Meinung, dass sich die Lage für die einfachen Leute verschlechtern wird.

3.5 Zusammenfassung

Alles in allem ergeben die vorliegenden Daten ein überraschend positives Bild. Die Werthaltungen der Ausländer in Deutschland sind näher am allgemeinen Mittel als die der Ostdeutschen, die besonders materielle Werte wie Wohlstand und Ruhe und Ordnung höher schätzen. Die größte Diskrepanz zwischen den drei betrachteten Bevölkerungsgruppen gibt es beim Thema Religiosität. Die Bewertungen »kritischer« Verhaltensweisen im Zeitverlauf deuten auf eine allgemeine Tendenz zur Liberalisierung hin. Die Struktur der Werthaltungen in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen ist größtenteils gleich. Von einem Integrationsdefizit der Ausländer auf diesem Gebiet kann also keinesfalls gesprochen werden. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage wird im untersuchten Zeitraum von 1992 bis 2002 zunehmend optimistischer eingeschätzt, eine Ausnahme sind wieder die Ostdeutschen, deren Bewertungen jedoch durch die ungleich höhere Dynamik der tatsächlichen Entwicklung in Ostdeutschland relativiert werden müssen.

(Ricarda Nauenburg)

C Lebensbedingungen und ihre Bewertung

4 Gesundheit

Die Systeme der sozialen Sicherung in Deutschland stehen vor ihrer vielleicht größten Bewährungsprobe seit Bestehen der Bundesrepublik. Die demografische Entwicklung ist nicht nur eine Herausforderung für die finanzielle Absicherung im Alter, sondern auch für die Absicherung im Krankheitsfall. Und wenn es angesichts der ökonomischen Situation und der zunehmenden finanziellen Probleme der Gesetzlichen Krankenversicherung weiterhin Prinzip der deutschen Gesundheitspolitik sein soll, für alle Schichten und Gruppen der Bevölkerung gleichermaßen eine umfassende Versorgung mit medizinischen Leistungen sicherzustellen, dann bedarf es – darin sind sich alle Experten einig – eines nachhaltigen Umbaus auch des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung. Es bedarf erheblicher Reformen, um weiterhin den gleichen Zugang zu den verschiedenen Einrichtungen des gesundheitlichen Versorgungssystems zu gewährleisten; unabhängig von Alter und Geschlecht, von Ausbildung, Einkommen oder Wohnort.

Im Herbst 2003 wurden zwar die gesundheitspolitischen Weichen gestellt, aber, darin sind sich die Experten einig, der Reformprozess hat erst begonnen. Umso wichtiger wird angesichts dieser Umbruchsituation die dauerhafte und detaillierte Beobachtung auch der Indikatoren der Inanspruchnahme des Versorgungssystems und umso wichtiger wird auch die Erfassung der individuellen Präferenzen von Versicherten und Patienten. Denn die Berücksichtigung ihrer Wünsche und Interessen ist eine entscheidende Bedingung für die erfolgreiche Umsetzung der notwendigen Reformen.

4.1 Einschätzungen des Gesundheitszustandes und der Gesundheitszufriedenheit

Angaben zur Beschreibung des Gesundheitszustandes und zur Gesundheitszufriedenheit unterscheiden sich durch den Grad der subjektiven Prägung. Die Einschätzung des Gesundheitszustandes bildet stärker den »objektiven« Zustand ab, die Aussagen zur Zufriedenheit das »subjektive« Moment. Die Zufriedenheit mit der Gesundheit ist zwar zunächst vom tatsächlichen Krankheitsgeschehen abhängig, sie ist aber auch abhängig vom jeweiligen Anspruch an das gesundheitliche Wohlbefinden. Wenn die Zufriedenheit sinkt, kann dies auf eine tatsächliche Verschlechterung

Tab. 1: Bewertung des Gesundheitszustandes
nach sozio-demographischen Merkmalen, 1998–2002

	Bewertung des Gesundheitszustandes								
	Gut			Zufriedenstellend			Schlecht		
	1998	2000	2002	1998	2000	2002	1998	2000	2002
	in %								
Insgesamt	49	49	47	32	33	35	19	18	18
Geschlecht									
Männer	53	52	51	31	32	33	16	15	16
Frauen	45	46	44	33	34	36	21	20	20
Alter									
Unter 40 Jahre	72	71	69	22	22	24	6	7	7
40–59 Jahre	44	46	46	35	36	37	20	18	18
60 Jahre und älter	22	23	23	43	45	45	35	32	32
Berufsbildung									
Ohne Abschluss	48	45	46	30	33	32	22	23	22
Mittl. Abschluss	48	48	46	34	35	36	18	17	18
Fachhoch-, Hochschule	57	59	54	30	30	33	14	11	13
Erwerbstätigkeit									
Voll erwerbstätig	62	61	60	28	29	30	10	10	10
Teilzeitbeschäftigt	53	54	49	34	34	39	13	12	12
Nicht erwerbstätig	37	37	36	35	37	37	27	26	27
Verfügbares Haus- haltseinkommen ¹									
Keine Angabe	47	51	48	34	31	35	19	18	17
Unterste Gruppe	39	39	36	29	33	34	32	29	29
Zweite Gruppe	44	42	42	35	37	37	21	21	21
Dritte Gruppe	55	53	50	31	32	34	14	15	15
Höchste Gruppe	58	59	59	29	31	31	12	10	11
Region									
Westdeutschland	49	49	48	31	33	34	19	18	18
Ostdeutschland	47	46	46	36	35	36	17	18	19

¹ Die Einkommensgrenzen für die Bildung der Gruppen sind: bis 1 000 EUR, bis 2 000 EUR, bis 3 000 EUR, über 3 000 EUR.

Datenbasis: SOEP 1998, 2000, 2002.

des Gesundheitszustandes oder auf ein gestiegenes Anspruchsniveau zurückzuführen sein. Dies erklärt z. B. den Befund, dass bei vergleichbarem gesundheitlichen Status die Zufriedenheit älterer Menschen höher ist als die jüngerer. Diese Differenzierung wird noch deutlicher, wenn die Veränderungen der beiden Indikatoren nicht gleichförmig verlaufen; wenn also mit einer Verbesserung der Gesundheitszustandsbeschreibung eine Verschlechterung der Zufriedenheit verbunden ist.

In Tabelle 1 wird die Einschätzung des Gesundheitszustandes in den Jahren 1998, 2000 und 2002, aufgeschlüsselt nach sozialen Merkmalen, aufgezeigt. Insbesondere die Werte für die Altersgruppen bestätigen den Zusammenhang zwischen dem tatsächlichen Gesundheitszustand und der Einschätzung durch die Befragten. Denn mit höherem Alter nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, an einer oder an mehreren Krank-

heiten zu leiden. Mit steigendem Berufsbildungsniveau und höherem Einkommen wird der Gesundheitszustand besser beurteilt. Auch wenn es einen Zusammenhang zwischen Alter einerseits und Einkommen und Berufsbildung andererseits gibt: Zulässig scheint der Schluss, dass Bevölkerungsgruppen mit weniger qualifizierten Berufsabschlüssen und niedrigerem Einkommen einen schlechteren Gesundheitszustand haben.

Frauen beurteilen ihren Gesundheitszustand kritischer als Männer. Diese Unterschiede spiegeln allerdings keine realen Morbiditätsdifferenzen wider. Bisher gibt es für diese Differenzen noch keine umfassenden und allgemein akzeptierten Erklä-

Tab. 2: Zufriedenheit mit der Gesundheit 1998–2002

	Zufriedenheit ¹ mit der Gesundheit			Veränderung ² der Zufriedenheit 1998/2000			Veränderung ² der Zufriedenheit 2000/2002		
	1998	2000	2002	Zu- frie- der- ner	Etwa gleich	Unzu- frie- der- ner	Zu- frie- der- ner	Etwa gleich	Unzu- frie- der- ner
	Mittelwert			in %					
Insgesamt	6,5	6,6	6,6	17	63	20	16	64	20
Geschlecht									
Männer	6,6	6,7	6,7	16	65	19	15	65	20
Frauen	6,4	6,6	6,5	18	61	21	17	62	21
Alter									
Unter 40 Jahre	7,4	7,5	7,5	17	64	19	14	67	19
40–59 Jahre	6,3	6,5	6,5	16	64	20	16	64	20
60 Jahre und älter	5,5	5,6	5,7	18	60	22	18	60	22
Berufsbildung									
Ohne Abschluss	6,5	6,4	6,5	18	61	21	18	62	20
Mittl. Abschluss	6,4	6,6	6,6	17	62	20	16	63	21
Fachhoch-, Hochschule	6,8	7,0	6,8	15	68	17	13	68	19
Erwerbstätigkeit									
Voll erwerbstätig	7,0	7,2	7,1	16	65	19	14	66	20
Teilzeitbeschäftigt	6,8	7,0	6,8	15	67	18	16	63	21
Nicht erwerbstätig	6,0	6,1	6,1	18	61	22	18	61	21
Verfügbares Haushaltseinkommen ³									
Keine Angabe	6,6	6,6	6,6	17	60	23	15	63	23
Unterste Gruppe	5,7	6,0	6,0	21	57	22	19	60	21
Zweite Gruppe	6,3	6,4	6,4	17	61	21	17	62	21
Dritte Gruppe	6,8	6,9	6,7	15	66	18	15	65	20
Höchste Gruppe	7,0	7,1	7,1	16	65	18	15	67	18
Region									
Westdeutschland	6,6	6,7	6,6	17	62	21	16	64	20
Ostdeutschland	6,2	6,4	6,3	15	66	18	16	62	21

1 Mittelwert auf der Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 = »Ganz und gar unzufrieden«, 10 = »Ganz und gar zufrieden«; Kategorien: »Eher unzufrieden« (0 bis 4), »eher zufrieden« (6 bis 10).

2 Veränderungen um mindestens zwei Skalenwerte auf der Skala von 0 bis 10.

3 Die Einkommensgrenzen für die Bildung der Gruppen sind: bis 1000 EUR, bis 2000 EUR, bis 3000 EUR, über 3000 EUR.

Datenbasis: SOEP 1998, 2000, 2002.

rungen. Weitgehend angeglichen haben sich die Einschätzungen in den beiden Landesteilen Deutschlands, die beobachtbaren Differenzen sind nur noch marginal.

Da zwischen der Einschätzung des Gesundheitszustandes und der Gesundheitszufriedenheit ein enger Zusammenhang besteht, überrascht es nicht, dass auch die Werte der Gesundheitszufriedenheit für die einzelnen Gruppen in den Jahren von 1998 bis 2002 weitgehend stabil bleiben.

4.2 Inanspruchnahme von ambulanten Gesundheitsleistungen

In Indikatoren zur Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen dokumentiert sich zunächst das Krankheitsgeschehen der Bevölkerung; darüber hinaus stellen sie aber auch eine wichtige Basis zur Einschätzung der Versorgungssituation dar. Struktur und Entwicklung der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen geben zudem auch Hinweise für die Beurteilung der Kosten im Gesundheitswesen sowie auf Versorgungsdefizite, Überkapazitäten und Ineffektivitäten. Diese Indikatoren stellen damit auch eine empirische Basis zur Beurteilung der Bedarfsgerechtigkeit dar und sie bieten Hinweise auf Tendenzen zur Über-, Fehl- oder zur Unterversorgung.

Die ambulante Inanspruchnahme wird hier mit zwei Indikatoren beschrieben. Die so genannte «Quartalsinanspruchnahme» kennzeichnet den Anteil derjenigen Personen, die in den letzten drei Monaten vor der Befragung mindestens einmal einen Arzt aufgesucht haben. Als zweite Kennziffer wird die Kontakthäufigkeit pro Patient im letzten Quartal benutzt, d. h. wie oft ein Patient beim Arzt war. Dieser Indikator bezieht sich stärker auf einzelne Krankheitsepisoden und sagt auch etwas aus über die Entscheidungen der Ärzte und ihr therapeutisches Handeln. Die Kontakthäufigkeiten innerhalb der Krankheitsepisoden werden deshalb auch durch das Überweisungs- bzw. Wiederbestellverhalten der jeweiligen Ärzte bestimmt.

Tabelle 3 zeigt, dass etwa 70 % der Bevölkerung mindestens einmal im Quartal zum Arzt gehen. Dieser Anteil hat sich in den letzten Jahren kaum verändert. Auch die Unterschiede zwischen Frauen und Männern sowie zwischen den einzelnen Altersgruppen sind im Vergleich der Jahre ähnlich. Stets gilt, dass Frauen häufiger zum Arzt gehen als Männer. Je schlechter die Einschätzung des Gesundheitszustandes, desto größer der Wert der Quartalsinanspruchnahme. Dieser Zusammenhang gilt auch für die Häufigkeit der Arztbesuche. Bemerkenswert ist hier jedoch die rückläufige Entwicklung; ein Trend, der bereits seit 1995 zu beobachten ist. Dazu dürften auch die Veränderungen im Honorierungssystem der ambulanten Versorgung beigetragen haben.

Durch die Einführung von Praxisgebühren soll gegenwärtig u. a. auch eine Verringerung der Quartalsinanspruchnahme und der Zahl der Arztkontakte erreicht werden. Wenn diese Maßnahmen das Inanspruchnahmeverhalten beeinflussen, dann müsste sich dies künftig auch in den Indikatoren zeigen. Und hier wird insbesondere von In-

Tab. 3: Arztbesuche und durchschnittliche Anzahl der Arztbesuche pro Patient im letzten Quartal 1998–2002

	1998		2000		2002	
	Arzt- besuch	Durch- schnittliche Anzahl	Arzt- besuch	Durch- schnittliche Anzahl	Arzt- besuch	Durch- schnittliche Anzahl
	Anteil in %	Mittelwert	Anteil in %	Mittelwert	Anteil in %	Mittelwert
Insgesamt	69	4,2	69	4,0	69	3,9
Geschlecht						
Männer	60	4,0	61	3,8	61	3,7
Frauen	76	4,3	75	4,2	76	4,0
Alter						
Unter 40 Jahre	58	3,1	59	3,3	59	3,3
40–59 Jahre	67	4,2	66	3,9	65	3,8
60 Jahre und älter	86	5,1	84	4,7	84	4,5
Berufsbildung						
Ohne Abschluss	68	4,3	69	4,3	67	3,9
Mittl. Abschluss	69	4,2	69	4,0	70	4,0
Fachhoch-, Hochschule	69	3,7	67	3,5	69	3,6
Erwerbstätigkeit						
Voll erwerbstätig	58	3,4	60	3,3	60	3,3
Teilzeitbeschäftigt	71	3,7	68	3,6	71	3,3
Nicht erwerbstätig	77	4,8	76	4,6	76	4,4
Verfügbares Haushaltseinkommen ¹						
Keine Angabe	70	4,5	65	3,8	66	3,7
Unterste Gruppe	74	4,9	75	4,7	72	4,4
Zweite Gruppe	70	4,2	72	4,3	70	4,0
Dritte Gruppe	67	4,0	67	3,8	67	4,0
Höchste Gruppe	65	3,6	64	3,5	67	3,2
Region						
Westdeutschland	68	4,3	68	4,1	68	4,0
Ostdeutschland	71	3,7	71	3,5	71	3,5
Gesundheitszustand						
Sehr gut	43	2,3	44	2,1	42	2,3
Gut	57	2,6	58	2,6	57	2,6
Zufriedenstellend	77	3,8	76	3,7	76	3,5
Weniger gut	92	6,5	90	6,1	92	5,7
Schlecht	98	9,4	97	9,9	95	9,9

1 Die Einkommensgrenzen für die Bildung der Gruppen sind: bis 1000 EUR, bis 2000 EUR, bis 3000 EUR, über 3000 EUR.

Datenbasis: SOEP 1998, 2000, 2002.

teresse sein, wie sich die Inanspruchnahmeindikatoren für die einzelnen Gruppen entwickeln. Denn wenn die Praxisgebühren – was viele Kritiker befürchten – lediglich eine zusätzliche finanzielle Belastung der Patienten darstellten, dann wird dies die folgenden Gruppen besonders treffen: die chronisch Kranken, die Älteren, die Frauen und die einkommensschwächeren Schichten der Bevölkerung. Die Ergebnisse des nächsten Datenreports werden darauf erste Antworten geben können.

4.3 Stationäre Inanspruchnahme – Krankenhausaufenthalte

Auch die stationäre Inanspruchnahme wird hier durch zwei Indikatoren abgebildet. Die erste Kennziffer erfasst den Anteil derjenigen Personen, die im letzten Jahr mindestens eine Nacht als Patient im Krankenhaus verbracht haben. Die zweite Kennziffer ist die Gesamtzahl der im letzten Jahr verbrachten Nächte im Krankenhaus pro Patient. Da die niedergelassenen Ärzte über die stationäre Einweisung entscheiden, ist die Höhe des Anteils derer, die mindestens einmal im Jahr im Krankenhaus waren, auch von dem Verhalten der Ärzte abhängig. Die Gesamtzahl der im Krankenhaus ver-

Tab. 4: Krankenhausaufenthalt im letzten Jahr und Dauer des Aufenthaltes, 1998–2002

	1998		2000		2002	
	Krankenhausaufenthalt	Durchschnittliche Anzahl der Nächte	Krankenhausaufenthalt	Durchschnittliche Anzahl der Nächte	Krankenhausaufenthalt	Durchschnittliche Anzahl der Nächte
	Anteil in %	Mittelwert	Anteil in %	Mittelwert	Anteil in %	Mittelwert
Insgesamt	13,5	16	12,1	16	12,5	15
Geschlecht						
Männer	11,0	18	10,7	16	11,1	16
Frauen	15,7	15	13,3	15	13,8	14
Alter						
Unter 40 Jahre	11,7	9	9,5	11	9,5	9
40–59 Jahre	11,2	17	10,2	14	10,2	15
60 Jahre und älter	18,8	22	17,5	21	18,7	18
Berufsbildung						
Ohne Abschluss	13,2	17	12,6	17	13,3	15
Mittl. Abschluss	13,9	16	12,4	16	12,7	15
Fachhoch-, Hochschule	12,3	16	9,8	13	10,6	13
Erwerbstätigkeit						
Voll erwerbstätig	10,1	10	9,5	11	9,6	10
Teilzeitbeschäftigt	12,3	13	7,8	10	9,3	12
Nicht erwerbstätig	16,6	20	15,0	19	15,6	18
Verfügbares Haushaltseinkommen ¹						
Keine Angabe	16,5	18	13,0	18	13,7	12
Unterste Gruppe	16,0	17	14,0	21	15,7	17
Zweite Gruppe	14,8	17	13,6	17	13,4	17
Dritte Gruppe	12,1	14	11,0	15	10,8	14
Höchste Gruppe	9,7	16	9,2	11	10,9	11
Region						
Westdeutschland	13,6	16	12,0	16	12,5	14
Ostdeutschland	13,2	17	12,3	15	12,8	17

¹ Die Einkommensgrenzen für die Bildung der Gruppen sind: bis 1000 EUR, bis 2000 EUR, bis 3000 EUR, über 3000 EUR.

Datenbasis: SOEP 1998, 2000, 2002.

brachten Nächte – die Verweildauer – ist ein zentraler Indikator für den Grad und Umfang der stationären Versorgung. Von der Verringerung der Verweildauer verspricht man sich eine deutliche Senkung der Ausgaben für das Gesundheitswesen, denn die Ausgaben für die stationäre Versorgung umfassen ein Drittel der gesamten Gesundheitsausgaben.

Bemerkenswert ist die unterschiedliche Tendenz in der Entwicklung der beiden Indikatoren der stationären Inanspruchnahme. Während die Häufigkeit der stationären Einweisung im Zeitvergleich insgesamt etwa gleich bleibt, sinkt die Zahl der im Krankenhaus verbrachten Nächte kontinuierlich. Darin ist ein Erfolg der Bemühungen zu sehen, die im internationalen Vergleich besonders langen Verweildauern in Deutschland nachhaltig zu senken.

Innerhalb der einzelnen Bevölkerungsgruppen verläuft die Entwicklung unterschiedlich. So sind die Verweildauern im Jahr 2002 vor allem bei den Frauen und bei den älteren Patienten gesunken, während sich die Werte bei anderen Gruppen kaum verändert haben. Hervorzuheben ist die unterschiedliche Entwicklung in West- und Ostdeutschland. Während die Daten für Westdeutschland den allgemeinen Trend widerspiegeln, ist in Ostdeutschland die Zahl der im Krankenhaus verbrachten Nächte von 2000 auf 2002 leicht angestiegen.

4.4 Bewertung der finanziellen Absicherung im Krankheitsfall und Beurteilung von Plänen einer verstärkten Selbstbeteiligung der Patienten

Nahezu alle Pläne zur Reform des Gesundheitswesens sehen eine stärkere finanzielle Beteiligung der Versicherten oder Patienten an den Kosten der Gesundheitsversorgung vor. Weitgehend Einigkeit unter den Experten besteht darin, dass die Einführung von Praxisgebühren kaum ausreichen dürfte, um den nachhaltigen Umbau des Gesundheitssystems zu gewährleisten. Deshalb kommt auch den Urteilen über finanziell relevante Aspekte durch die Versicherten oder Patienten eine wachsende Bedeutung zu.

In Tabelle 5 werden die Antworten auf die Frage »Wie bewerten Sie persönlich Ihre finanzielle Absicherung bei Krankheit?« ausgewiesen. Demnach bewerten 50 % der Befragten die finanzielle Absicherung mit »sehr gut« oder »gut«, 35 % mit noch »befriedigend« und nur 13 % mit »weniger gut« oder »schlecht«.

Diese positive Bewertung ist auf die insgesamt umfassende Übernahme der Kosten der medizinischen Versorgung durch die Krankenkassen und die Lohnersatzleistungen (Lohnfortzahlung, Krankengeld) zurückzuführen. Zwischen einzelnen Gruppen gibt es allerdings durchaus Unterschiede. Zwar bewerten Frauen und Männer, die einzelnen Altersgruppen oder auch die Bewohner der alten und der neuen Bundesländer die finanzielle Absicherung bei Krankheit in etwa gleich. Mit sinkendem

Tab. 5: Bewertung der finanziellen Absicherung bei Krankheit

	Sehr gut/gut	Befriedigend	Weniger gut/ schlecht	Weiß nicht/trifft nicht zu
	in %			
Insgesamt	50	35	13	3
Geschlecht				
Männer	51	34	12	3
Frauen	48	35	13	4
Alter				
Unter 40 Jahre	51	33	12	5
40–59 Jahre	48	35	15	2
60 Jahre und älter	50	36	11	3
Berufsbildung				
Ohne Abschluss	45	35	14	6
Mittl. Abschluss	49	36	13	2
Fachhoch-, Hochschule	58	31	10	2
Erwerbstätigkeit				
Voll erwerbstätig	53	34	12	2
Teilzeitbeschäftigt	48	37	14	1
Nicht erwerbstätig	47	35	13	5
Verfügbares Haushalts- einkommen ¹				
Keine Angabe	51	32	13	4
Unterste Gruppe	38	38	18	6
Zweite Gruppe	46	36	15	3
Dritte Gruppe	52	35	10	3
Höchste Gruppe	59	30	8	3
Region				
Westdeutschland	51	34	12	3
Ostdeutschland	45	36	14	5
Gesundheitszustand				
Sehr gut	59	25	9	7
Gut	57	31	9	3
Zufriedenstellend	44	40	13	2
Weniger gut	41	37	18	3
Schlecht	31	34	31	4

¹ Die Einkommensgrenzen für die Bildung der Gruppen sind: bis 1 000 EUR, bis 2 000 EUR, bis 3 000 EUR, über 3 000 EUR.

Datenbasis: SOEP 2002.

Einkommen und mit schlechterem Gesundheitszustand steigen die Ängste allerdings deutlich an.

Ob die insgesamt positive Bewertung der finanziellen Absicherung bei Krankheit auch dann Bestand haben wird, wenn die finanziellen Belastungen der Patienten weiter erhöht werden und wenn der Anspruch auf Krankengeld privat versichert werden muss, darf bezweifelt werden. Dies wird schon deutlich an der Beurteilung von Plänen einer stärkeren privaten Eigenbeteiligung. Denn derartige Pläne werden – wie Tabelle 6 deutlich macht – von einer Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt.

Fast die Hälfte der Befragten lehnt derartige Pläne vollkommen ab, etwa ein Drittel ist nur in Ausnahmefällen bereit, mehr zu zahlen, während lediglich knapp 20 % derartigen Plänen eher positiv gegenüberstehen. Die Bereitschaft einer privaten Eigenbeteiligung sinkt erwartungsgemäß deutlich mit schlechterem Gesundheitszustand

Tab. 6: Bewertung einer stärkeren Eigenbeteiligung an der Finanzierung von Gesundheitsleistungen¹

	»Bin voll damit einverstanden«	»Bin unter Umständen bereit, mehr zu zahlen«	»Bin nur in Ausnahmen bereit, mehr zu zahlen«	»Solche Pläne lehne ich vollkommen ab«
	in %			
Insgesamt	3	14	35	48
Geschlecht				
Männer	4	15	35	46
Frauen	2	13	36	49
Alter				
Unter 40 Jahre	3	17	42	38
40–59 Jahre	4	14	34	48
60 Jahre und älter	3	11	28	58
Berufsbildung				
Ohne Abschluss	2	12	34	52
Mittl. Abschluss	2	13	35	50
Fachhoch-, Hochschule	8	21	37	34
Erwerbstätigkeit				
Voll erwerbstätig	4	17	39	40
Teilzeitbeschäftigt	3	14	39	44
Nicht erwerbstätig	2	12	31	55
Verfügbares Haushaltseinkommen ²				
Keine Angabe	3	19	35	42
Unterste Gruppe	2	8	30	59
Zweite Gruppe	2	11	32	55
Dritte Gruppe	3	15	39	44
Höchste Gruppe	7	21	39	34
Region				
Westdeutschland	3	15	36	46
Ostdeutschland	2	10	32	56
Gesundheitszustand				
Sehr gut	5	20	37	38
Gut	4	17	38	41
Zufriedenstellend	2	12	35	50
Weniger gut	2	10	28	60
Schlecht	2	6	23	68

1 Frage: »Es gibt Reformpläne im Bereich Gesundheit, die auf eine stärkere private Eigenbeteiligung abzielen, damit die allgemeinen Beiträge der Krankenkassen nicht steigen müssen. Sind Sie damit einverstanden, sich künftig stärker an der Finanzierung von Gesundheitsleistungen privat zu beteiligen?«

2 Die Einkommensgrenzen für die Bildung der Gruppen sind: bis 1000 EUR, bis 2000 EUR, bis 3000 EUR, über 3000 EUR.

Datenbasis: SOEP 2002.

und sinkendem Einkommen. Dass Pläne zur stärkeren Eigenbeteiligung auch von der älteren Bevölkerung verstärkt abgelehnt werden, dürfte mit dem höheren Anteil von Kranken in diesen Altersgruppen zusammenhängen.

4.5 Fazit

Internationale Vergleichsstudien zeigen, dass in Deutschland die Kosten für die Gesundheitsversorgung gemessen am Bruttoinlandsprodukt nach den USA und der Schweiz am höchsten sind. Gleichwohl nimmt Deutschland im Vergleich der Qualität der Gesundheitsversorgung in einzelnen Bereichen keinen Spitzenplatz ein. Dennoch kann die Gesundheitsversorgung insgesamt als durchaus zufriedenstellend eingeschätzt werden. Hervorzuheben ist insbesondere die breite Abdeckung gesundheitlicher Risiken durch das deutsche Krankenversicherungssystem. Allerdings werden sich im Zuge des nachhaltigen Umbaus sowohl der Umfang der Abdeckung gesundheitlicher Risiken ändern wie die finanziellen Belastungen für die Versicherten und Patienten. Die private Absicherung von Zahnersatz und Krankengeld sowie die Praxisgebühren sind wohl nur als erste Weichenstellungen zu sehen.

Die Reformen werden insbesondere auf eine effizientere Verwendung der für Gesundheit ausgegebenen Mittel und auf eine höhere Qualität der Versorgung abzielen müssen. Dabei werden eine Stärkung des Wettbewerbs zwischen Nachfragern und Anbietern im Gesundheitswesen sowie eine verstärkte Patientenorientierung wichtige Instrumente darstellen. Vor allem sollten neue Formen der Versorgung verstärkt gefördert werden, wie zum Beispiel Formen der integrierten Versorgung. Denn Untersuchungen haben gezeigt, dass die Versicherten bzw. Patienten deutliche Präferenzen für Hausarztmodelle, Praxisnetze oder Disease-Management-Programme für chronisch Kranke haben. Insbesondere sollte jedoch weiterhin die Chancengleichheit beim Zugang zur Gesundheitsversorgung gewährleistet bleiben.

(Hanfried H. Andersen / Markus M. Grabka / Johannes Schwarze)

Weitere Informationen zum Thema Gesundheit siehe Teil I, Kap. 8, zum Thema Gesetzliche Krankenversicherung Teil I, Kap. 9.5.

5 Bildung

In modernen Gesellschaften wie der Bundesrepublik Deutschland ist eine Vielzahl von Lebenschancen an Bildung und den Erwerb von Bildungszertifikaten gekoppelt: Zum einen ist Bildung als Humankapital eine essenzielle Voraussetzung für den Zugang zum Arbeitsmarkt und daran geknüpfte Einkommenschancen. Zum anderen vermittelt Bildung wichtige Wissensbestände und psychosoziale Kompetenzen, die für die Teilhabe am sozialen Geschehen und die Verarbeitung gesellschaftlicher Vorgaben notwendig sind. Das an die Bildung geknüpfte Humanvermögen der Gesellschaftsmitglieder – gemessen an ihrem Humankapital für den Arbeitsmarkt und ihren psychosozialen Kompetenzen für den Alltag – ist daher eine unabdingbare Ressource für die individuelle Wohlfahrt und für die Leistungs- und Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft.

In diesem Kapitel werden zunächst zentrale sozialstrukturelle Verteilungen von Bildungschancen – Chancen der Bildungsbeteiligung und des Erwerbs von Bildungszertifikaten – beschrieben. Danach werden sozialstrukturelle und psychosoziale Korrelate des Bildungserfolgs aufgezeigt. Abschließend wird auf Folgen des Misslingens im Bildungssystem eingegangen. Für die empirischen Auswertungen werden Querschnittsdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) herangezogen. Bei Zeitreihen werden 13- und 14-jährige Schulkinder berücksichtigt. Differenzierte Analysen für die Jahre von 2000 bis 2002 werden für Jugendliche im Alter von 17 Jahren vorgenommen. Zum einen liegen im SOEP nur für diese Altersgruppe die für die Problemstellung relevanten Informationen vor: über den Bildungsweg, den Bildungserfolg (einschließlich der Informationen zu den Schulnoten, Grundschulempfehlungen oder Wiederholung von Schulklassen), die soziale Herkunft und die psychosozialen Korrelate von Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg. Zum anderen hat die Auswahl dieser Altersgruppe den Vorteil, dass Korrekturen des frühen Bildungsübergangs am Ende der Grundschulzeit zumeist bereits erfolgt sind und daher gesicherte Befunde zu Bildungsungleichheiten und einige ihrer Ursachen aufgezeigt werden können.

5.1 Beteiligung an der allgemeinen Schulbildung

Wenn mit Daten der amtlichen Statistik der Übergang von der Primarstufe in die bislang sozial exklusivste Schullaufbahn der Sekundarstufe I betrachtet wird, dann ist im Zeitraum von 1952 bis zum Jahre 1990 der Anteil der 13-jährigen Schulkinder im Gymnasium von 12 auf 31 % gestiegen (vgl. Abb. 1). Im Vergleich zum Jahre 1952 hat sich bis zum Jahre 1990 die relative Chance, ins Gymnasium zu wechseln, mehr als verdreifacht. Im Osten Deutschlands ist die Gymnasialquote der 14-jährigen Schulkinder von 31 % im Jahre 1992 auf 32 % im Jahre 1995 gestiegen und dann bis zum

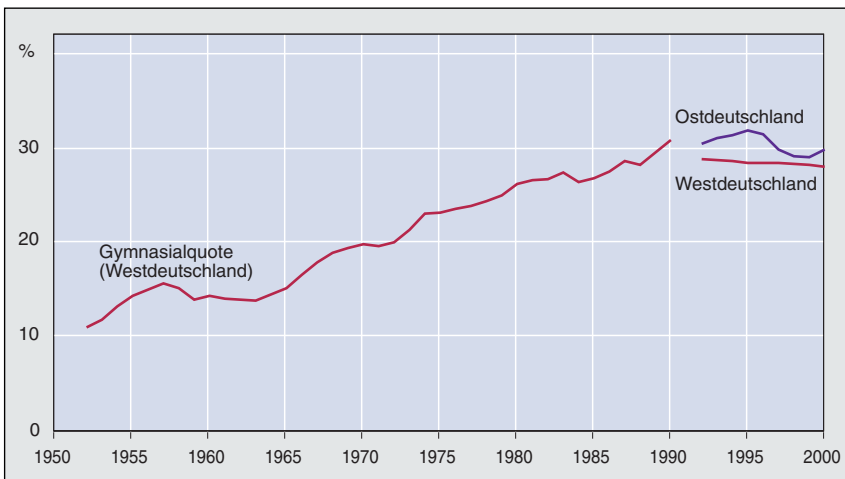
Jahre 2000 auf 30 % zurückgegangen. Im Westen Deutschlands lag die Gymnasialquote für die 14-Jährigen konstant bei 29 %. Ostdeutsche Schulkinder haben geringfügig bessere Chancen, nach der Grundschule auf das Gymnasium zu wechseln, als westdeutsche Schulkinder.

Zweifelsohne hat die Bildungsexpansion zu mehr Bildungschancen geführt (vgl. Abb. 2). Insbesondere die bislang benachteiligten Mädchen konnten ihre Bildungsdefizite gegenüber den Jungen mehr als wettmachen. Für den Zeitraum von 1984 bis 2000 ist ersichtlich, dass die Mädchen günstigere Chancen haben, auf das Gymnasium zu wechseln als die Jungen. Zwar verringerte sich beim Zugang zur Realschule generell die Chancenungleichheit nach sozialer Herkunft, aber dagegen hängen die Chancen für den Übergang zum Gymnasium immer noch von der sozialen Herkunft – der Schichtzugehörigkeit und sozialen Position des Elternhauses – ab.

Im Durchschnitt hatten die 13- bis 14-jährigen Kinder aus der oberen Dienstklasse (akademische professionelle Berufe, leitende Angestellte und Beamte in staatlichen Verwaltungen und privaten Großunternehmen, Manager oder Selbstständige mit mehr als 10 Mitarbeitern) eine fast 9-mal bessere Chance, auf das Gymnasium zu wechseln, als Arbeiterkinder. Im Osten Deutschlands sind in der Zeit von 1992 bis 2000 die Bildungsdisparitäten zwischen der oberen Dienstklasse und der Arbeiterschicht geringer als im Westen Deutschlands (relative Chancen für Ostdeutsche: 6,1 und 10,1 für Westdeutsche ohne Ausländerkinder).

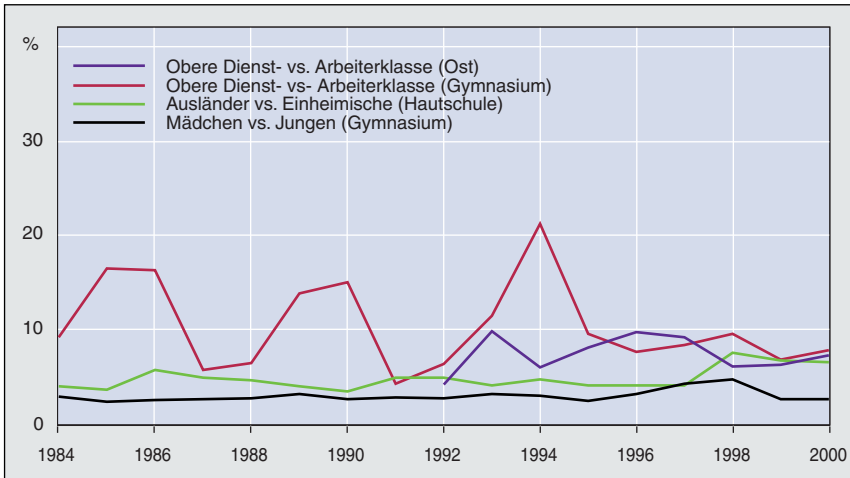
Eine unbeabsichtigte Nebenfolge der Bildungsexpansion ist der zunehmend sozial selektive Übergang auf die Hauptschule, deren Schülerschaft als die »Kellerkinder der

Abb. 1: Entwicklung der Gymnasialquoten in Deutschland
1950 bis 1990: 13-Jährige; 1992 bis 2000: 14-Jährige



Datenquelle: Statistische Jahrbücher und Fachserie 11. Eigene Berechnungen.

Abb. 2: Relative Chancen des Schulbesuchs der 13- bis 14-jährigen Schulkinder



Datenbasis: SOEP 1984–2000.

Bildungsexpansion« bezeichnet wird und die negativen Folgen dieser Entwicklung für das Sozial- und Lernklima in der »Restschule« mit Getto-Charakter zu tragen hat. Insbesondere wurde die Hauptschule zu einer »ethnisch dominierten Restschule« bzw. zur »Gettoschule« mit einem wachsenden Anteil von Kindern nichtdeutscher Herkunft. So haben die Ausländerkinder bzw. Kinder mit Migrationshintergrund im Durchschnitt ein 3-mal größeres Risiko, in der Hauptschule zu verbleiben, als deutsche Schulkinder. Im Zeitverlauf haben sich die Bildungschancen für Ausländerkinder weiterhin verschlechtert.

In einem weiter führenden Schritt wird in *Tabelle 1* für die Zeitpunkte von 2000 bis 2002 der Zusammenhang von sozialer Herkunft (gemessen an der Schichtzugehörigkeit des Haushaltsvorstandes) und Bildungsbeteiligung von Jugendlichen im Alter von 17 Jahren ausgewiesen. Für Jugendliche, die die Schulausbildung entweder bereits beendet oder abgebrochen haben, wurde der frühere Schulbesuch berücksichtigt. Die strukturellen Zusammenhänge zwischen Schichtzugehörigkeit und Bildungschancen sind eindeutig wie in der Zeit äußerst stabil.

Im Jahr 2001 besucht rund ein Viertel der Jugendlichen die Hauptschule, während ein Drittel die Realschule und rund 37 % das Gymnasium besuchen. Jedoch gehen mehr als zwei Drittel der Kinder aus der oberen Dienstklasse (Westdeutsche: 81 %; Ostdeutsche: 34 %) auf das Gymnasium, aber lediglich 19 % der Arbeiterkinder (Arbeiterelite, Facharbeiter oder un- und angelernte Arbeiter) (West: 12 %; Ost: 33 %). Kinder aus der oberen Dienstklasse haben eine rund 9-mal bessere Chance, auf das Gymnasium zu gehen, als Arbeiterkinder, und alle Jugendlichen aus den anderen Sozialschichten haben eine 4-mal größere Chance für eine Gymnasialbildung als die Ar-

beiterkinder. Im Osten Deutschlands haben die 17-jährigen Arbeiterkinder ähnliche Chancen wie die Kinder aus der oberen Dienstklasse, auf das Gymnasium zu gehen. Die klassenspezifische Trennungslinie liegt im Unterschied zu den Westdeutschen zwischen Haupt- und Realschule. So haben die Ostdeutschen aus den anderen Sozialschichten eine 2-mal bessere Chance, die Realschule besuchen zu können, als Arbeiterkinder, die wiederum mit einem 11-mal höheren Risiko konfrontiert werden, in die Hauptschule platziert zu werden. Westdeutsche Arbeiterkinder hingegen haben vergleichsweise nur ein 4-mal größeres Risiko, in die Hauptschule zu gehen, als Jugendliche aus anderen Sozialschichten. Für die hier betrachteten Jugendlichen ist die Bildungsungleichheit nach sozialer Herkunft für Westdeutsche nur dann deutlich größer als für Ostdeutsche, wenn ausschließlich der Zugang zur höheren Bildung betrachtet wird.

Demnach hängen Bildungschancen von Jugendlichen besonders von ihrer sozialen Herkunft ab. Für eine »Individualisierung« von Bildungschancen in dem Sinne, dass Lebenschancen immer weniger von der Schichtzugehörigkeit abhängen, finden sich keine empirischen Belege. Im Gegenteil – die Strukturierung der Bildungschancen durch die soziale Herkunft ist trotz und wegen der Bildungsexpansion immer noch sehr deutlich. Ebenso ausgeprägt ist die so genannte intergenerationale Bildungsreproduktion (siehe Glossar): Haben die Eltern das Abitur als Bildungsabschluss, dann besuchen bis zu drei Viertel ihrer Kinder das Gymnasium. Etwas geringer sind diese Reproduktionsquoten für die unteren und mittleren Bildungsgänge. Verfügen die Eltern über keinen Schulabschluss, dann gehen mit einem Anteil bis zu 60 % die meisten ihrer Kinder auf die Hauptschule. Mit dem Bildungsabschluss der Eltern kann man den Schulbesuch der Jugendlichen gut »vorhersagen«. Vor allem bei Ausländern und Zuwanderern können die Bildungschancen von Kindern durch das Bildungsniveau ihrer Eltern prognostiziert werden. Etwas ungenauer ist hingegen die Prognose des Schulbesuchs für ostdeutsche Jugendliche wegen der geringeren Bildungsungleichheit in Abhängigkeit vom sozioökonomischen Status des Elternhauses. Aber im kurzen Zeitfenster von 2000 bis 2002 sind Angleichungen für ost- und westdeutsche Schulkinder festzustellen.

Während Mädchen bei der Bildungsbeteiligung in der Vergangenheit benachteiligt waren, wird in neueren Studien belegt, dass im Zuge der Bildungsexpansion die Mädchen ihre Rückstände gegenüber den Jungen mehr als wettmachen konnten. Im Jahre 2001 besuchten 42 % der Mädchen im Alter von 17 Jahren das Gymnasium und lediglich ein Drittel der Jungen im gleichen Alter (vgl. Tab. 2). Mädchen haben damit eine 54 % bessere Chance für eine Gymnasialbildung als die Jungen, wobei bei Ostdeutschen die Geschlechterdisparitäten wie bei den Migranten deutlicher ausfallen als für Westdeutsche. An dieser Chancenverbesserung zugunsten der ehemals benachteiligten Mädchen hat sich bisher wenig geändert. Da bei den Jungen der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen deutlich enger ist als bei den Mädchen, müssen noch weitere Gründe für die relative Benachteiligung von Jungen vorliegen. Beispielsweise verweisen vorliegende Befunde auf bessere durchschnittliche Schulleistungen der Mädchen.

Tab. 1: Bildungsbeteiligung 17-jähriger Jugendlicher nach sozialer Herkunft

2000	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Gesamtschule
	in %			
Insgesamt	27	31	35	7
Westdeutschland (ohne Ausländer)	32	28	35	5
Ostdeutschland	14	31	47	8
Soziale Herkunft				
Obere Dienstklasse	13	24	56	7
Untere Dienstklasse	28	24	42	6
Ausführende nicht- manuelle Berufe	20	49	31	0
Kleinbürgertum	0	87	13	0
Landwirte	68	32	0	0
Arbeiterelite	33	29	19	19
Facharbeiter	38	37	22	3
Un- und angelernte Arbeiter	32	48	15	5
Versorgungsklasse	42	25	23	10
2001	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Gesamtschule
Insgesamt	25	33	37	5
Westdeutschland (ohne Ausländer)	20	22	54	3
Ostdeutschland	15	47	33	5
Soziale Herkunft				
Obere Dienstklasse	11	18	67	4
Untere Dienstklasse	24	35	36	5
Ausführende nicht- manuelle Berufe	20	44	29	7
Landwirte	26	74	0	0
Arbeiterelite	32	41	19	8
Facharbeiter	35	40	19	6
Un- und angelernte Arbeiter	47	32	19	2
Versorgungsklasse	31	44	17	8
2002	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Gesamtschule
Insgesamt	24	34	37	5
Westdeutschland (ohne Ausländer)	37	24	39	1
Ostdeutschland	14	41	43	3
Soziale Herkunft				
Obere Dienstklasse	10	17	71	2
Untere Dienstklasse	21	42	32	5
Ausführende nicht- manuelle Berufe	27	28	45	0
Arbeiterelite	32	41	22	5
Facharbeiter	37	29	24	8
Un- und angelernte Arbeiter	42	25	23	10
Versorgungsklasse	28	40	24	8

Datenbasis: SOEP 2000–2002.

Auch Kinder mit einem Migrationshintergrund – d. h. mindestens ein Elternteil stammt aus dem Ausland – sind mit ungünstigeren Bildungschancen konfrontiert als einheimische Jugendliche. So haben sie, betrachtet man wiederum exemplarisch das Jahr 2001, ein 2,7-mal höheres Risiko auf die Hauptschule zu gehen als Einheimische, während diese eine wiederum 1,7-mal bessere Chance haben, das Gymnasium zu besuchen. Auch hierbei ist für Kinder von Migranten der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft geringer als bei den Einheimischen, sodass wie für die Geschlechterunterschiede Unterschiede in den Schulleistungen zu vermuten sind.

Tab. 2: Sozialstrukturelle Merkmale und Bildungschancen
in den Jahren 2000–2002

2000	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Gesamtschule
	in %			
Geschlecht				
Männlich	30	32	22	16
Weiblich	22	29	47	2
Ortstyp				
Großstadt	26	20	40	14
Mittlere Stadt	22	37	40	1
Kleinstadt	25	30	26	19
Dorf	31	38	29	2
2001	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Gesamtschule
Geschlecht				
Männlich	29	32	32	7
Weiblich	22	33	42	3
Migrationshintergrund				
Nein	23	34	38	5
Ja	45	22	28	5
Ortstyp				
Großstadt	24	25	43	8
Mittlere Stadt	17	34	39	10
Kleinstadt	25	32	39	4
Dorf	32	38	29	1
2002	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Gesamtschule
Geschlecht				
Männlich	26	35	34	5
Weiblich	23	32	40	5
Migrationshintergrund				
Nein	24	33	39	4
Ja	41	22	25	12
Ortstyp				
Großstadt	10	36	46	8
Mittlere Stadt	30	25	38	7
Kleinstadt	25	32	37	6
Dorf	30	37	32	1

Datenbasis: SOEP 2000–2002.

5.2 Soziale Ungleichheit von Bildungschancen

Der Übergang von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen ist nicht nur die erste, sondern auch die entscheidende Weichenstellung der Bildungslaufbahn im deutschen Schulsystem. Auf diesem Übergang bauen alle weiteren Bildungsaspirationen und Bildungschancen im Lebensverlauf auf. Für das Verständnis von Bildungsungleichheit nach sozialer Herkunft ist dieser Bildungsübergang bedeutsam, weil dieser stärker als andere Bildungsentscheidungen vom Willen der Eltern, aber auch von der Schulleistung und Motivation des Kindes abhängt. Mangels aktueller

Tab. 3: Soziale Herkunft und Grundschulempfehlung

2001	Hauptschul-empfehlung	Realschul-empfehlung	Gymnasial-empfehlung
	in %		
Insgesamt	18	32	50
Soziale Herkunft			
Arbeiterkind	29	46	25
Kein Arbeiterkind	12	24	64
Geschlecht			
Männlich	22	31	47
Weiblich	15	33	52
Migrationsgrund			
Nein	15	34	51
Ja	46	13	41
2002	Hauptschul-empfehlung	Realschul-empfehlung	Gymnasial-empfehlung
Insgesamt	21	37	42
Soziale Herkunft			
Arbeiterkind	23	48	30
Kein Arbeiterkind	18	28	54
Geschlecht			
Männlich	20	37	43
Weiblich	21	37	42
Migrationsgrund			
Nein	19	37	43
Ja	28	37	35

Datenbasis: SOEP 2001–2002.

Informationen beschränken sich die Ausführungen auf den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulleistung, der als primärer Effekt der sozialen Schichtung bezeichnet wird.

Eine wichtige leistungsbezogene Grundlage für den Übergang auf die Schullaufbahnen in der Sekundarstufe I sind die Empfehlungen der Grundschulen. Rund die Hälfte der Jugendlichen, die überhaupt eine Grundschulempfehlung erhielten, wurde für das Gymnasium empfohlen und ein Drittel für die Realschule (vgl. Tab. 3). Arbeiterkinder haben dabei eine deutlich schlechtere Chance, eine Empfehlung für das Gymnasium

zu erhalten. Hingegen haben beispielsweise Kinder aus der oberen Dienstklasse eine bis zu 9-mal bessere Chance, für das Gymnasium empfohlen zu werden, als Arbeiterkinder. Diese wiederum weisen ein bis zu 3-mal höheres Risiko für eine Hauptschulempfehlung auf als Kinder aus anderen sozialen Schichten. Arbeiterkinder – vor allem Kinder von Facharbeitern und aus der Arbeiterelite – erhalten zumeist eine Realschulempfehlung. Ähnliche Ungleichverteilungen wie für die Bildungsbeteiligung sehen wir auch in Bezug auf die Leistungsbeurteilung für die Geschlechter und den Migrationshintergrund. Hierbei sind besonders Kinder mit einem Migrationshintergrund benachteiligt. Sie haben ein bis zu 5-mal höheres Risiko, für die Hauptschule empfohlen zu werden, als einheimische Schulkinder.

Der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Grundschulempfehlung wird unter anderem auf schichtspezifische Schulleistungen zurückgeführt. Beispielsweise müssen rund 11 % der Arbeiterkinder in der Grundschule mindestens einmal die Schulklasse wiederholen (2000: 13 % und 2002: 12 %) und haben ein deutlich höheres Risiko, in der Grundschule sitzen zu bleiben, als Kinder aus höheren Sozialschichten. Die schichtspezifischen Schulleistungen wiederum hängen von der elterlichen Erziehung und dem kognitiven Anregungspotenzial im Elternhaus zusammen, die unter anderem auch von den sozioökonomischen Ressourcen der Eltern bestimmt werden.

Zieht man die im SOEP verfügbaren Informationen über Schulnoten in Deutsch, Mathematik und der ersten Fremdsprache heran, ist durchgängig für alle untersuchten Jahre von 2000 bis 2002 festzustellen, dass Arbeiterkinder, insbesondere Kinder un- und angelernter Arbeiter oder von Eltern ohne Schulabschluss, deutlich schlechtere Schulnoten aufweisen. Lediglich bei den Mathematiknoten gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen den Sozialschichten. Dass Mädchen eher auf das Gymnasium wechseln können, liegt offensichtlich daran, dass sie im Durchschnitt – abgesehen von der Mathematik-Note – bessere Schulleistungen aufweisen als Jungen. Jugendliche mit einem Migrationshintergrund hingegen weisen bessere Schulleistungen auf als Einheimische, wobei hier Selektionseffekte für die Wanderung nach Deutschland zu berücksichtigen sind. So verzerrt eine Gruppe leistungsstarker Jugendlicher mit Migrationshintergrund (etwa die Griechen) den Mittelwert für die Gesamtgruppe. Weil aber die Schulnoten für die Zeit nach dem Grundschulübergang gemessen werden, sind diese Ergebnisse eher mit Einschränkungen versehen.

5.3 Bildungserfolg und Bildungsaspirationen

Zu Recht wird darauf verwiesen, dass die Erfolge der Bildungsexpansion wegen unbeabsichtigter Nebenfolgen »teuer«^{er} erkaufte wurden. Während die Schülerschaft in den Gymnasien sozial heterogener wurde, verschärfte sich die Ungleichheit für die sozial homogene Gruppe der Hauptschüler, die sowohl mit ungünstigen Lernkontexten als auch mit geringeren Chancen für einen erfolgreichen wie qualifizierten

Schulabschluss konfrontiert werden. So haben Jugendliche eine bis zu 15-mal größere Chance, in die Hauptschule platziert zu werden, wenn sie in der Grundschule mindestens einmal die Schulklasse wiederholen mussten, als Grundschüler ohne Zurücksetzung. Ein Viertel aller im Jahre 2001 und die Hälfte aller im Jahre 2002 befragten Sitzenbleiber bricht die Schulausbildung vorzeitig ab, während dies allenfalls bei zwei bis vier Prozent der Jugendlichen ohne Klassenwiederholungen der Fall ist. Hierbei ist zu bedenken, dass eine Vielzahl der hier untersuchten Jugendlichen in der schulischen Ausbildung noch dem Risiko für einen Schulabbruch unterliegt.

Bildungs- und sozialpolitisch bedenklich könnte der Befund sein, dass in den Jahren 2001 und 2002 mehr als die Hälfte dieser Schulabbrecher sich überhaupt mit dem Gedanken trägt, den Schulabschluss und hierbei zumeist die Mittlere Reife nachzuholen. Andererseits beabsichtigt lediglich eine Minderheit dieser Schulabbrecher keine Berufsausbildung zu beginnen, während mit einem Anteil bis zu 89 % die große Mehrheit der befragten Jugendlichen eine Berufsausbildung ins Auge fasst. Im Jahre 2000 und 2002 waren jeweils mehr als die Hälfte (54 %) der Schulabbrecher uneingeschränkt bestrebt, eine Berufsausbildung beginnen zu wollen, und im Jahre 2001 etwas mehr als ein Drittel.

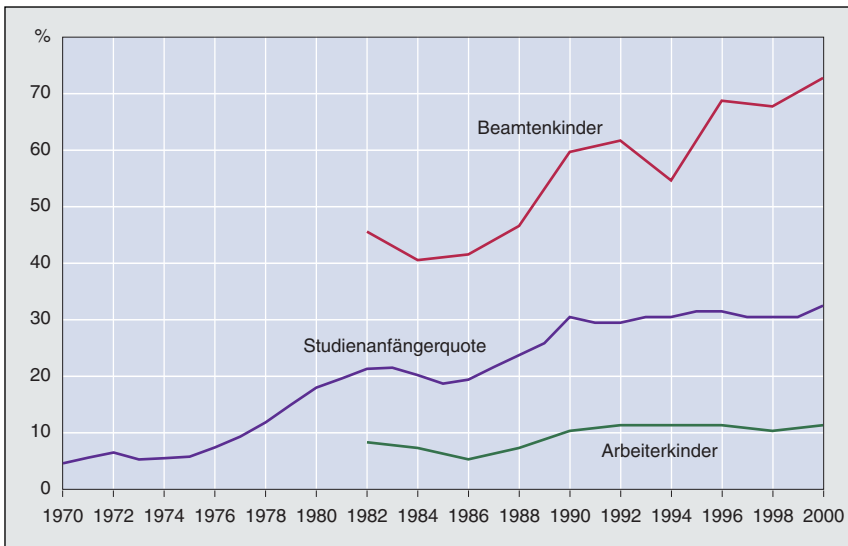
Für die unteren Sozialschichten stellt der Übergang in das Hochschulstudium eine weitere Hürde im Bildungsverlauf dar. In *Abbildung 3* wird für Westdeutschland die Entwicklung der Studienanfängerquoten nach sozialer Herkunft dargestellt. Während im Jahre 1982 gerade 9 % der 18- bis 21-jährigen Arbeiterkinder ein Studium an der Universität begannen, stieg ihre Studienbeteiligung auf 12 % im Jahre 2000. Hingegen stieg in dieser Zeit der Anteil studierender Beamtenkinder von 46 auf 73 % an, während die allgemeine Studienanfängerquote, d. h. der relative Anteil der 18- bis 21-jährigen Studienanfänger an der altersgleichen Bevölkerung, von 11 % im Jahre 1970 über 22 % im Jahre 1982 auf 33 % anstieg. Im Jahre 2002 betrug sie rund 36 %. Während im Jahre 1982 die Beamtenkinder eine fast 9-mal bessere Chance hatten als Arbeiterkinder, ein Universitätsstudium zu beginnen, hatten sie im Jahre 2000 eine fast 20-mal bessere Chance. Somit haben sich die Studienchancen von Arbeiterkindern, wenn man den Übergang auf die Fachhochschulen unberücksichtigt lässt, trotz oder gar wegen der Bildungsexpansion weiter verringert.

Im Zeitraum von 1970 bis 1989 wuchs bei den Männern die Studienanfängerquote von 14 auf 31 % und bei den Frauen von 9 auf 21 % an. Während in den 1990-er Jahren nach der deutschen Einheit die Studienanfängerquote bei den Männern von rund 36 auf 31 % abfiel, stieg sie im gleichen Zeitraum bei den Frauen um fünf Prozentpunkte von 25 auf 30 % an. Deutlichere Unterschiede sind festzustellen, wenn man die Entwicklung für West- und Ostdeutschland miteinander vergleicht. Die Studienanfängerquote bewegte sich im Westen Deutschlands nach 1990 um 31 % und stieg in Ostdeutschland von 17 auf 25 %.

Eine etwas anders gelagerte Entwicklung erfolgte für die Studierbereitschaft von Abiturienten. So sank in der Bundesrepublik Deutschland der Anteil studierwilliger Abiturienten von 92 Prozent im Jahre 1970 auf 66 Prozent im Jahre 1989. Nach der deutschen Einheit stieg dieser Anteil auf mehr als 68 Prozent in den Jahren 1991 und

1992 an und verringerte sich wieder auf 57 Prozent im Jahre 1995. Diese Entwicklung lässt sich zu einem großen Teil auf die Bildungsexpansion im allgemein bildenden Schulwesen zurückführen. Sie hat zu einer größeren sozialen Heterogenität der Abiturienten geführt, sodass ein Großteil dieser Abiturienten im Abitur nicht mehr ausschließlich die sozial exklusive Berechtigung für ein Hochschulstudium sieht. Vielmehr wird das Abitur als ein Bildungspatent angesehen, das alle Optionen für eine weiterführende Ausbildung beinhaltet. Dieser Wandel ist zu einem weiteren Teil auch durch die ungünstige Arbeitsmarktentwicklung begünstigt worden. Dieser Sachverhalt spiegelt sich auch in der Sozialstruktur von Gymnasiasten im Alter von 17 Jahren wider, die eine Berufsausbildung beginnen möchten (vgl. Tab. 4). Mehr als die Hälfte

Abb. 3: Studienanfänger nach sozialer Herkunft



Datenquelle: Hochschulinformationssystem (HIS) 1993, 1997, 2002.

bzw. ein Drittel dieser ausbildungswilligen Jugendlichen aus der oberen Dienstklasse möchten im Jahr 2001 ein Studium an der Universität oder Fachhochschule beginnen, und lediglich 15 Prozent würden auf ein Studium verzichten. Hingegen würden allenfalls zwei Drittel der Arbeiterkinder studieren, aber rund ein Drittel von einem Studium absehen. Insgesamt haben die Arbeiterkinder eine bis zu 3-mal größere Wahrscheinlichkeit und die Kinder von Facharbeitern eine bis zu 5-mal größere Wahrscheinlichkeit, auf ein Studium zu verzichten, als Jugendliche aus den anderen Sozialschichten.

Der Befund, dass 29 % der ostdeutschen Gymnasiasten auf ein Studium nach dem Abitur verzichten wollen, deutet eine niedrige Studienneigung hin. Aus unterschied-

Tab. 4: Soziale Herkunft und Studienbereitschaft

	Universität	Fachhochschule	Kein Studium
	in %		
Insgesamt	49	28	22
Westdeutschland	49	29	22
Ostdeutschland	53	18	29
Soziale Herkunft			
Obere Dienstklasse	52	33	15
Untere Dienstklasse	48	23	29
Ausführende nicht-manuelle Berufe	23	37	41
Arbeiter	46	18	35
Arbeiterelite	71	0	29
Facharbeiter	21	27	52
Un- und angelernte Arbeiter	74	11	15
Versorgungsklasse	58	22	20

Datenbasis: SOEP 2001.

lichen Studien ist bekannt, dass ostdeutsche Abiturienten gerade wegen der höheren Arbeitslosigkeit im Osten Deutschlands eher eine sichere Strategie der doppelten Berufsausbildung (Lehre mit anschließendem Studium) präferieren, obwohl die Arbeitslosigkeitsrisiken für Akademiker äußerst gering sind.

Während sich im Zuge der Bildungsexpansion die Geschlechterdifferenz bei der Bildungsbeteiligung in der Weise verändert hat, dass nunmehr die Jungen beim Übergang auf das Gymnasium benachteiligt sind, haben sich die Verhältnisse bei der Stu-

Tab. 5: Studienabsichten von Gymnasiasten nach Geschlecht

2000	Universität	Fachhochschule	Kein Studium
	in %		
Insgesamt	49	29	22
Geschlecht			
Männlich	58	19	23
Weiblich	42	36	22

Datenbasis: SOEP 2001.

dienabsicht angeglichen. Aber es gibt noch deutliche Unterschiede bei der Wahl des Hochschultyps. Von den Gymnasiasten, die klare Vorstellungen von einer Berufsausbildung haben, beabsichtigt mehr als die Hälfte der Jungen, auf der Universität zu studieren. Hingegen neigen die Mädchen eher als die Jungen dazu, auf der Fachhochschule zu studieren. Die Mädchen haben so gesehen eine 2-mal größere Neigung, später auf der Fachhochschule zu studieren, als Jungen (vgl. Tab. 5).

5.4 Psychische Folgen des Erfolgs oder Misserfolgs in der Schulausbildung

Bildungsbeteiligung und Bildungserfolge hängen oftmals mit psychosozialen Prozessen zusammen. Zum einen können Erfolge und Misserfolge in der Schulausbildung den eigenen Fähigkeiten oder externen Umständen zugeschrieben werden. Zum anderen stellt sich die Frage, welchen Einfluss der vorzeitige Schulabbruch für die Interpretation gesellschaftlicher Verhältnisse und für das Selbstwertgefühl hat.

Offensichtlich gibt es einerseits einen signifikanten Zusammenhang zwischen Schulbildung und so genannter externaler Kontrollüberzeugung, womit umschrieben wird, ob man eigene Erfolge oder Misserfolge eher sich selbst oder externen Umständen zuschreibt. Je niedriger die Schullaufbahn ist, desto eher neigen die Jugendlichen dazu, Erfolge den günstigen oder schicksalhaften Umständen zuzuschreiben (vgl. Tab. 6). Während mehr als die Hälfte der Hauptschülerinnen und Hauptschüler im Jahre 2001 und mehr als ein Drittel im Jahre 2002 davon überzeugt sind, dass das Erreichen von bestimmten Zielen fremdbestimmt ist, sind 42 bzw. 46 % der Realschüler und bis zu 41 % der Gymnasiasten dieser Ansicht.

Andererseits gibt es einen Zusammenhang von Schulbildung und Selbstwirksamkeitsüberzeugung. So sind Gymnasiasten eher als die anderen Jugendlichen davon überzeugt, dass man über das eigene soziale oder politische Engagement bestehende soziale Verhältnisse beeinflussen kann. Dagegen teilen die meisten der Haupt- und Realschüler sowie der Jugendlichen in den Gesamtschulen die Auffassung, soziale Verhältnisse nicht selbst verändern zu können.

Tab. 6: Kontroll- und Wirksamkeitsüberzeugung nach Schulbildung

	Stimme voll zu		Stimme eher zu		Stimme eher nicht zu		Stimme nicht zu	
	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002
	in %							
»Was man im Leben erreicht, ist in erster Linie eine Frage von Schicksal oder Glück«								
Insgesamt	7	6	35	28	43	46	15	21
Schultyp								
Hauptschule	10	10	41	28	37	46	12	16
Realschule	9	7	33	39	42	27	16	27
Gesamtschule	8	2	31	17	56	62	5	20
Gymnasium	3	6	32	35	47	52	18	6
»Wenn man sich sozial oder politisch engagiert, kann man die sozialen Verhältnisse beeinflussen«								
Insgesamt	8	5	39	37	41	43	12	15
Schultyp								
Hauptschule	4	0	38	44	42	40	15	16
Realschule	6	6	40	31	40	46	15	16
Gesamtschule	15	7	30	35	49	44	6	14
Gymnasium	11	4	42	53	39	39	8	4

Datenbasis: SOEP 2001–2002.

Tab. 7: Kontroll- und Wirksamkeitsüberzeugung nach Schulabbruch

	Stimme voll zu		Stimme eher zu		Stimme eher nicht zu		Stimme nicht zu	
	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002
in %								
»Wenn ich im Leben auf Schwiegkeiten stoße, zweifle ich oft an meinen Fähigkeiten«								
Insgesamt	5	1	29	50	47	29	19	19
Schulabbruch								
Ja	44	0	16	55	27	0	14	45
Nein	3	1	30	50	48	32	19	17
»Wichtiger als alle Anstrengungen sind die Fähigkeiten, die man mitbringt«								
Insgesamt	19	18	59	65	20	12	2	5
Schulabbruch								
Ja	51	12	46	60	0	28	3	0
Nein	18	18	60	66	21	11	1	5
»Welche Möglichkeiten ich im Leben habe, wird von den sozialen Umständen bestimmt«								
Insgesamt	10	8	59	42	27	39	5	12
Schulabbruch								
Ja	17	27	22	12	23	61	37	0
Nein	10	6	61	45	27	37	3	13

Datenbasis: SOEP 2001–2002.

Wie Bildungsniveau mit psychosozialen Kompetenzen zusammenhängt, wird bei Kontroll- und Wirksamkeitsüberzeugungen von Schulabbrechern deutlich (vgl. Tab. 7). So neigen Schulabbrecher eher dazu, an ihren eigenen Fähigkeiten zu zweifeln, als diejenigen, deren Schullaufbahn noch andauert. Diese Sichtweise wird unterstützt durch die fatalistische Einstellung, dass vorhandene Fähigkeiten wichtiger seien als alle Anstrengungen. Dass dazu fast alle Schulabbrecher neigen, könnte mit der Selbstrechtfertigung ihrer Schulschwierigkeiten und frühen Misserfolgen im Lebensverlauf zusammenhängen. Hingegen vertreten die Jugendlichen ohne Schulabbruch eher eine realistische Sichtweise, dass soziale Umstände auch die Möglichkeiten bestimmen, die man im Leben hat. Neben der ausschließlichen Selbstzuschreibung von Handlungsmöglichkeiten wird der Komplexität sozialer Realität insofern Rechnung getragen, als strukturelle Zwänge mit berücksichtigt werden.

5.5 Fazit

Trotz der herausragenden Bedeutung von Bildung für Individuum und Gesellschaft sind die Möglichkeiten, höherwertige Bildungslaufbahnen einzuschlagen und qualifizierte Bildungspatente zu erwerben, noch immer ungleich in der Bevölkerung verteilt. So hängen die Bildungschancen – der von Kindern und Jugendlichen eingeschlagene Bildungsweg sowie der Erwerb von Bildungszertifikaten – wesentlich von ihrer sozialen Herkunft, also der sozioökonomischen Lage ihres Elternhauses ab. Offensichtlich

hat die Bildungsexpansion über zunehmend bessere Bildungschancen für alle Sozialschichten – und vor allem für ehemals benachteiligte Mädchen – zu einer Höherqualifizierung in der Bevölkerung geführt, aber nicht zum generellen Abbau von Bildungsungleichheiten hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Neben den frühen Bildungsentscheidungen und den herkunftsbedingten Chancen für Empfehlungen für höhere Bildung scheint die immer noch deutliche Kopplung schulischer Leistungen an die soziale Herkunft dafür verantwortlich zu sein. Verschwendung von Humankapital, ineffiziente Schulleistungen und Akademikermangel sind einige Folgen der ungleichen Verteilung von Startchancen, die durch institutionelle Restriktionen und organisatorische Unzulänglichkeiten des deutschen Bildungssystems verstärkt werden.

Die Herstellung formaler Chancengleichheiten dürfte zwar zu mehr Bildungschancen und höheren Bildungsbeteiligungen führen. Aber weil der Bildungserfolg über im Lernprozess erworbene Leistungen im Bildungssystem verteilt wird und die schulische Performanz als Voraussetzung dafür von der sozialen Herkunft abhängt, dürfte die Herstellung von Chancengleichheiten so lange Utopie bleiben, wie die Startchancen (d. h. die Voraussetzungen für den Bildungserfolg) auch an die soziale Herkunft der Schulkinder geknüpft sind.

Die relativen Gewinne, die die Arbeiterkinder im Zuge der Bildungsexpansion zumindest beim Übergang auf die weiterführenden Schullaufbahnen in der Sekundarstufe I erzielen konnten, sind beim Übergang in das immer noch sozial exklusive Studium an Universitäten und Fachhochschulen nicht gleichermaßen zu finden. Wie die Mädchen neigen sie oftmals eher dazu, auf ein Studium zu verzichten. Dies ist bei den Arbeiterkindern auch dann der Fall, wenn sie das Gymnasium besucht haben. Wie die Mädchen als »Gewinner« der Bildungsexpansion sind sie auch beim faktischen Übergang in das Studium immer noch relativ benachteiligt. Betrachtet man die soziale Selektivität beim Zugang zur höheren Bildung, dann haben sich für den Zugang zum Gymnasium und zur Hochschule die Strukturen, Mechanismen und Prozesse der intergenerationalen Bildungsvererbung wenig geändert.

(Rolf Becker)

Weitere Informationen zum Thema Bildung siehe Teil I, Kap. 2, zum Thema Berufliche Bildung Teil I, Kap. 3.6 und 3.10.

6 Situation und Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt

Dieses Kapitel befasst sich mit der Situation und den Erwartungen von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt in West- und Ostdeutschland im Vergleich der Jahre 1992, 1997 und 2002. Dabei werden nicht nur die Situation Erwerbstätiger, sondern auch die der Nichtbeschäftigten im erwerbsfähigen Alter beleuchtet sowie deren Erwartungen beschrieben. Zu beachten ist, dass im vorliegenden Beitrag entsprechend internationalen Abgrenzungen Nichterwerbstätige, die eine Nebentätigkeit ausüben, d. h. zum Beispiel auch Arbeitslose und Studierende, als Erwerbstätige ausgewiesen werden. Dies ist in Berichten der nationalen amtlichen Arbeitsmarktstatistik häufig nicht der Fall.

6.1 Lage auf dem Arbeitsmarkt

Zunächst wird die Entwicklung der Erwerbsorientierung von drei unterschiedlichen Altersgruppen untersucht: der Jüngeren (16- bis 34-Jährige), der Personen mittleren Alters (35- bis 55-Jährige) sowie Älterer (56- bis 65-Jährige) (vgl. Tab. 1a und 1b).

In Westdeutschland stieg im Beobachtungszeitraum in allen drei Gruppen die Erwerbsorientierung von Frauen erheblich an, in Ostdeutschland verharrt sie nach wie vor auf hohem Niveau. Es gibt kaum noch jüngere Frauen, die nicht erwerbstätig sein wollen. Trotz des beobachteten Rückgangs der Erwerbstätigkeit Jüngerer – wie in Ostdeutschland – bedeutet dies aber keinen Rückzug vom Arbeitsmarkt, sondern eher das Gegenteil. Der Rückgang wird von der verstärkten Ausbildungsbereitschaft der Frauen überkompensiert. Während bei den Frauen die schulische Ausbildung dominiert, sind jüngere Männer häufiger in einer beruflichen Ausbildung zu finden. Auffällig ist der Rückgang von Vollbeschäftigung bei den jüngeren Männern. Dagegen hat die Teilzeitarbeit/geringfügige Beschäftigung vor allem in Ostdeutschland deutlich zugenommen.

Der Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen in Westdeutschland ist in der mittleren Altersgruppe rasant. Mittlerweile wollen knapp neun von zehn Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen, 1992 waren es nur gut drei von vier. Der Anstieg der Erwerbsarbeit ist mit einem Rückgang des Anteils der Frauen in einer Vollzeittätigkeit verbunden. Teilzeitarbeit/geringfügige Beschäftigung hat zugenommen; sie ist in Westdeutschland nach wie vor deutlich höher als in Ostdeutschland. Umgekehrt liegt die Vollzeitquote der Frauen in Ostdeutschland fast 20 Prozentpunkte über der der weiblichen Beschäftigten in Westdeutschland. Allein westdeutsche Männer dieser Altersgruppe konnten ihren Anteil Vollzeitbeschäftigter steigern. In Ostdeutschland sind

Tab. 1a: Arbeitsmarktbeteiligung in West- und Ostdeutschland 1992 – 2002, Frauen

Frauen nach Altersgruppen	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1992	1997	2002	1992	1997	2002
	in %					
<i>16 bis 34 Jahre</i>						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	63	61	63	62	60	58
– Vollzeit beschäftigt	41	38	36	43	39	31
– Teilzeit/geringfügige beschäftigt	13	16	18	11	12	16
– In Berufsausbildung (Lehre)	9	7	9	9	9	12
Nicht erwerbstätig	38	40	37	38	40	42
– Mutterschutz/Elternzeit (Erziehungsurlaub)	10	10	10	7	8	8
– In Ausbildung	8	9	10	9	14	18
– Arbeitslos gemeldet ²	4	7	6	19	14	10
– Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert	9	8	7	3	2	6
– Nicht erwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	7	6	5	1	2	1
<i>35 bis 55 Jahre</i>						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	66	68	73	75	75	76
– Vollzeit beschäftigt	36	37	34	61	57	53
– Teilzeit/geringfügig beschäftigt	29	32	39	13	17	23
– In Berufsausbildung (Lehre)	0	0	0	1	1	0
Nicht erwerbstätig	34	32	27	25	25	24
– Mutterschutz/Elternzeit (Erziehungsurlaub)	1	1	3	0	2	2
– In Ausbildung	0	0	0	0	0	0
– Arbeitslos gemeldet ²	3	6	5	20	16	15
– Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert	8	6	6	2	2	2
– Nicht erwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	23	18	13	3	6	5
<i>56 bis 65 Jahre</i>						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	30	28	37	9	19	26
– Vollzeit beschäftigt	18	13	16	8	14	15
– Teilzeit/geringfügig beschäftigt	12	14	21	2	5	11
– In Berufsausbildung (Lehre)	0	0	0	0	1	0
Nicht erwerbstätig	70	72	63	91	81	74
– Mutterschutz/Elternzeit (Erziehungsurlaub)	0	0	0	0	0	0
– In Ausbildung	0	0	0	0	0	0
– Arbeitslos gemeldet ²	4	6	6	10	17	14
– Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert	1	1	1	5	1	0
– Nicht erwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	65	65	56	76	63	60

1 Nichterwerbstätige (d. h. auch Arbeitslose) mit Nebenerwerbstätigkeit werden als Erwerbstätige ausgewiesen.

2 Arbeitslose ohne jegliche Arbeitsmarktbeteiligung.

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel 1992, 1997, 2002.

Tab. 1b: Arbeitsmarktbeteiligung in West- und Ostdeutschland 1992 – 2002, Männer

Männer nach Altersgruppen	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1992	1997	2002	1992	1997	2002
	in %					
<i>16 bis 34 Jahre</i>						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	79	78	77	79	72	72
– Vollzeit beschäftigt	67	64	59	66	56	47
– Teilzeit/geringfügig beschäftigt	2	6	8	2	1	10
– In Berufsausbildung (Lehre)	11	9	11	11	15	15
Nicht erwerbstätig	21	22	23	21	28	28
– Mutterschutz/Elternzeit (Erziehungsurlaub)	0	0	0	0	0	0
– In Ausbildung	11	9	12	7	12	13
– Arbeitslos gemeldet ²	4	6	6	11	8	11
– Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert	6	7	4	2	6	4
– Nicht erwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	1	1	1	0	1	1
<i>35 bis 55 Jahre</i>						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	93	89	90	90	82	80
– Vollzeit beschäftigt	91	85	87	84	81	76
– Teilzeit/geringfügige beschäftigt	2	4	3	5	2	3
– In Berufsausbildung (Lehre)	0	0	0	0	0	1
Nicht erwerbstätig	7	11	10	11	18	21
– Mutterschutz/Elternzeit (Erziehungsurlaub)	0	0	0	0	0	0
– In Ausbildung	0	0	0	0	0	0
– Arbeitslos gemeldet ²	4	8	5	9	15	17
– Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert	1	1	1	1	1	1
– Nicht erwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	2	2	3	1	2	3
<i>56 bis 65 Jahre</i>						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹⁾	50	49	50	23	35	39
– Vollzeit beschäftigt	50	46	41	23	32	33
– Teilzeit/geringfügige beschäftigt	0	3	9	1	3	5
– In Berufsausbildung (Lehre)	0	0	0	0	0	0
Nicht erwerbstätig	50	51	50	77	65	61
– Mutterschutz/Elternzeit (Erziehungsurlaub)	0	0	0	0	0	0
– In Ausbildung	0	0	0	0	0	0
– Arbeitslos gemeldet ²	9	11	8	20	26	18
– Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert	0	1	2	6	0	0
– Nicht erwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	40	39	41	51	39	43

1 Nichterwerbstätige (d. h. auch Arbeitslose) mit Nebenerwerbstätigkeit werden als Erwerbstätige ausgewiesen.

2 Arbeitslose ohne jegliche Arbeitsmarktbeteiligung.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel 1992, 1997, 2002.

Männer dagegen etwas häufiger teilzeitbeschäftigt. Kennzeichnend für die besonderen Arbeitsmarktprobleme in Ostdeutschland ist, dass die Arbeitslosenquote (Arbeitslose ohne jegliche Arbeitsmarkt-beteiligung) der ostdeutschen Männer dreimal so hoch ist wie die der westdeutschen Männer.

Auch in der Gruppe der Älteren (56- bis 65-Jährige) fällt der Anstieg der Erwerbsbeteiligung deutlich aus. Eine Ausnahme bilden hier allerdings die westdeutschen Männer. Wiederum ist der Anstieg wesentlich auf die Ausweitung von Teilzeitarbeit/geringfügiger Beschäftigung zurückzuführen. Die höhere Erwerbsbeteiligung mag einerseits Folge der auslaufenden Vorruhestandsregelungen und andererseits der Notwendigkeit von Zuverdiensten sein. Erwartungsgemäß ist der Anteil an Personen, die nicht erwerbstätig sein wollen, in der Gruppe der Älteren – deren Berufskarriere zu Ende geht – am höchsten.

6.2 Erwerbsorientierung von Müttern

Die höhere Erwerbsorientierung ostdeutscher Frauen schlägt sich besonders bei den Müttern nieder (vgl. Tab. 2). Sie nehmen in deutlich geringerem Maße Mutterschutz/Elternzeit in Anspruch. Fast vier von zehn Müttern mit einem jüngsten Kind von unter vier Jahren sind erwerbstätig, ohne ein derartiges Angebot zu nutzen. Je älter die

Tab. 2: Mütter mit Kindern (im Haushalt)
nach Erwerbsbeteiligung im Jahre 2002

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Alter des jüngsten Kindes im Haushalt					
	unter 4 Jahre	4–11 Jahre	12–16 Jahre	unter 4 Jahre	4–11 Jahre	12–16 Jahre
	in %					
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig (nicht in Mutterschutz oder Elternzeit)	19	64	75	38	68	76
In Mutterschutz oder Elternzeit	60	0	0	51	0	0
Davon:						
mit geringfügiger Beschäftigung	8	0	0	2	0	0
mit sonstiger Beschäftigung	10	0	0	10	0	0
ohne aktuelle Beschäftigung	42	0	0	39	0	0
Arbeitslos gemeldet ¹	4	7	4	7	25	15
Stille Reserve: Stark arbeitsmarktorientiert	2	6	3	2	3	4
Stille Reserve: gemäßigt arbeitsmarktorientiert	5	6	4	0	2	2
Nichterwerbstätige ohne Arbeitsmarktnähe	11	17	13	1	3	4

¹ Nichterwerbstätige, die angeben, arbeitslos gemeldet zu sein. Alle Angaben sind gewichtet.

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel 2002.

Kinder werden, desto mehr nähern sich die Erwerbstätigenquoten in West- und Ostdeutschland wieder an. Bezieht man jedoch auch die Arbeitslosigkeit in die Betrachtung mit ein, wird deutlich, dass auch Frauen mit älteren Kindern in Ostdeutschland eine stärkere Arbeitsmarktbindung haben als die entsprechenden westdeutschen Mütter. So liegt zum Beispiel die Erwerbsquote der Mütter, deren jüngstes Kind 4 bis 11 Jahre alt ist, bei 93 % (Erwerbstätige plus Arbeitslose), die der entsprechenden Mütter in Westdeutschland bei »nur« 71 %. Mütter, deren jüngstes Kind unter 4 Jahre alt ist, wollen in Ostdeutschland praktisch alle erwerbstätig sein, in Westdeutschland sind dies immerhin gut 90 %.

6.3 Nichterwerbstätige und Erwerbsaufnahme

Immer mehr Nichterwerbstätige beabsichtigen eine Erwerbsarbeit aufzunehmen (vgl. Tab. 3). Dabei liegt der Anteil derjenigen Personen mit einer Erwerbsorientierung nicht nur bei den ostdeutschen Frauen, sondern auch bei ostdeutschen Männern deutlich

Tab. 3: Subjektive Arbeitsmarktchancen von Nichterwerbstätigen¹

	Geeignete Stelle zu finden wäre ... ²			Beabsichtige, künftig keine Erwerbstätigkeit aufzunehmen
	leicht	schwierig	praktisch unmöglich	
in %				
<i>Westdeutschland</i>				
Männer				
1992	24	30	13	33
1997	7	46	16	32
2002	14	43	15	28
Frauen				
1992	13	26	7	55
1997	7	35	13	44
2002	14	41	12	34
<i>Ostdeutschland</i>				
Männer				
1992	6	48	15	32
1997	6	50	20	25
2002	5	55	22	19
Frauen				
1992	4	45	21	31
1997	2	49	19	30
2002	5	51	22	22

¹ Nichterwerbstätige im Alter von 16 bis 60 Jahren.

² Frage: »Wenn Sie jetzt eine Arbeit suchen würden: Ist oder wäre es für Sie leicht, schwierig oder praktisch unmöglich, eine geeignete Stelle zu finden?«.

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel 1992, 1997, 2002.

höher als in Westdeutschland. Nur noch gut ein Drittel der Frauen und knapp drei von zehn Männern geben im Jahre 2002 in Westdeutschland an, dauerhaft nicht mehr erwerbstätig sein zu wollen. In Ostdeutschland sind es etwa ein Fünftel der nichterwerbstätigen Frauen und Männer. Diese Entwicklung entspricht einem Anstieg der Erwerbsorientierung unter den Nichtbeschäftigten seit 1992 in Westdeutschland um gut 20 Prozentpunkte bei den Frauen und bei den Männern um 5 Prozentpunkte; und um insgesamt etwa 10 Prozentpunkte in Ostdeutschland.

Dem gestiegenen Wunsch nach Erwerbstätigkeit stehen zum Teil erhebliche Barrieren auf dem Arbeitsmarkt gegenüber. Gemessen am Indikator, ob es »leicht, schwierig oder praktisch unmöglich sei, eine geeignete Stelle zu finden«, stellte sich die Beschäftigungssituation im hier betrachteten Zeitraum zu Beginn der 1990er-Jahre in Westdeutschland noch am besten dar. Nichterwerbstätige Männer schätzten ihre Situation dabei positiver ein als Frauen: Ein Viertel von ihnen hielt es für leicht, eine geeignete Stelle zu finden, im Vergleich zu einem Siebtel der nichterwerbstätigen Frauen. Im Zeitverlauf verschlechterte sich die Lage erheblich: 1997 waren nur noch 7 % der Männer und 10 % der Frauen dieser Auffassung. Im Beschäftigungsaufschwung der folgenden Jahre verbesserte sich die Situation wieder etwas, sodass im Jahr 2002 immerhin 15 % der Männer und 17 % der Frauen es für leicht befanden, eine neue Stelle zu finden. Der größte Teil der Nichterwerbstätigen hielt die Lage jedoch für schwierig und etwa ein Viertel meinte sogar, es sei praktisch unmöglich, eine geeignete Stelle zu finden. In Ostdeutschland blieb die Situation in den letzten zehn Jahren anhaltend schwierig. Nur 6 % der Frauen und Männer hielten es für leicht, eine neue Stelle zu finden. Die überwiegende Mehrheit sah dagegen kaum Chancen für eine geeignete Beschäftigung.

6.4 Bereitschaft zu Teilzeitarbeit

Nichterwerbstätige Männer sind zumeist an einer Vollzeittätigkeit interessiert (vgl. Tab. 4). Allerdings hat diese Präferenz im Laufe der letzten Jahre etwas abgenommen, und eine wachsende Zahl scheint sich auf die Strukturveränderung am Arbeitsmarkt eingestellt zu haben: Mehr als einem Zehntel ist heute zum Beispiel beides recht – Vollzeit und Teilzeitarbeit. Nur relativ wenige Männer sprechen sich allerdings explizit für eine Teilzeitbeschäftigung aus. Diese Beschäftigungsform ist daher noch immer eine Domäne der Frauen – insbesondere in Westdeutschland. Mehr als die Hälfte der Nichterwerbstätigen will hier ihre Arbeitszeit reduzieren. In Ostdeutschland ist es dagegen nicht einmal ein Fünftel. Hier wollen nach wie vor über 50 % der nichterwerbstätigen Frauen am liebsten ausschließlich vollzeittätig sein. Die Erwerbsorientierung der Frauen in den neuen Bundesländern ist also trotz der schwierigen Arbeitsmarktlage weitgehend ungebrochen. In Westdeutschland schlägt sich die gestiegene Erwerbsneigung dagegen – aufgrund einer stärkeren Verhaftung in traditionellen Geschlechterrollen – in dem hohen Wunsch nach Teilzeitarbeit nieder.

Tab. 4: Nichterwerbstätige¹ und ihr Interesse an Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung

	Interesse an ... ²			
	Vollzeit- beschäftigung	Teilzeit- beschäftigung	Beides recht	Weiß noch nicht
	in %			
<i>Westdeutschland</i>				
Männer				
1992	78	4	9	9
1997	75	7	12	6
2002	76	6	11	7
Frauen				
1992	25	56	8	10
1997	25	53	14	8
2002	29	51	13	8
<i>Ostdeutschland</i>				
Männer				
1992	86	5	6	4
1997	71	3	21	5
2002	80	5	13	3
Frauen				
1992	50	22	24	4
1997	42	21	32	6
2002	51	19	23	8

1 Nichterwerbstätige im Alter von 16 bis 60 Jahren.

2 Frage: »Wären Sie an einer Vollzeit- oder einer Teilzeitbeschäftigung interessiert, oder wäre Ihnen beides recht?«.

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel 1992, 1997, 2002.

6.5 Erwerbstätige und ihre Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt

Von den Problemen auf dem Arbeitsmarkt sind nicht nur die »Outsider«, sondern auch die »Insider« – also die Erwerbstätigen – betroffen. Allerdings blicken sie im Vergleich zu Nichterwerbstätigen etwas optimistischer in die Zukunft, wenn es darum geht, die Wiederbeschäftigungschancen nach einem möglichen Arbeitsplatzverlust einzuschätzen (vgl. Tab. 5a und 5b). Erwartungsgemäß ist die Situation in Westdeutschland günstiger. Weitaus mehr Frauen halten es hier für leicht, wieder eine mindestens gleichwertige Stelle zu finden. Allerdings haben sich im Vergleich zu 1992 Verschiebungen je nach der vorhandenen Qualifikation ergeben. Im Jahr 1992 waren es die Frauen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung, die am häufigsten angaben, es sei leicht, eine neue Stelle zu finden (43 %). Dieser Anteil geht im Jahr 2002 auf 30 % zurück und liegt nun sogar noch unter dem entsprechenden Anteil bei den

Frauen ohne abgeschlossene Berufsausbildung (33 %) bzw. mit einer Hochschul- bzw. Universitätsausbildung (32 %).

In Ostdeutschland äußerten insbesondere die qualifizierten erwerbstätigen Frauen Probleme, eine gleichwertige Stelle finden zu können. Nur etwa 10 % der erwerbstätigen Frauen mit einer Ausbildung hielten dies für leicht. Es sei sogar praktisch unmöglich eine mindestens gleichwertige Stelle zu finden, meinten 37 % mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung und 27 % mit einer Hochschul- bzw. Univer-

Tab. 5a: Subjektive Arbeitsmarktchancen von Erwerbstätigen, Frauen

Frauen	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Stelle zu finden wäre ... ¹					
	leicht	schwierig	praktisch unmöglich	leicht	schwierig	praktisch unmöglich
in %						
1992						
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	39	46	16	13	56	32
Abgeschlossene Berufsausbildung ²	43	44	13	8	61	31
Hochschule, Universität ³	32	42	26	7	67	26
1997						
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	22	56	22	11	74	15
Abgeschlossene Berufsausbildung ²	22	62	16	9	62	29
Hochschule, Universität ³	22	53	26	7	73	20
2002						
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	33	50	17	21	65	14
Abgeschlossene Berufsausbildung ²	30	55	15	10	63	37
Hochschule, Universität ³	32	50	18	10	64	27

1 Frage: »Wenn Sie Ihre jetzige Stelle verlieren würden, wäre es für Sie dann leicht, schwierig oder praktisch unmöglich, wieder eine mindestens gleichwertige Stelle zu finden?«.

2 Lehre, Berufsfachschule, Handelsschule, Schule des Gesundheitswesens, Fachschule, Beamtenausbildung oder »sonstiger (beruflicher) Bildungsabschluss«.

3 Fachhochschule/Ingenieurschule oder Universität/Hochschule.

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel 1992, 1997, 2002.

sitätsausbildung. Für gering qualifizierte Frauen ohne abgeschlossene Berufsausbildung scheint ein Arbeitsplatzwechsel in eine gleichwertige Stelle vergleichsweise einfach. Über ein Fünftel hielt dies für leicht.

Erwerbstätige Männer in Westdeutschland beurteilten ihre Chancen am Arbeitsmarkt mittlerweile erheblich schlechter als noch zu Beginn der 1990er-Jahre. Jene mit einer Hochschul- bzw. Universitätsausbildung meinten 1992 noch zu 41 %, es sei leicht, eine gleichwertige Stelle zu finden, im Jahr 2002 waren es nur noch 29 %. In Ost-

deutschland sank der entsprechende Anteil von 28 % auf 17 %. Auch bei den Männern scheinen die Erwerbstätigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung geringere Probleme mit einem Jobwechsel zu haben. Sowohl in West- wie in Ostdeutschland gaben 2002 etwa 30 % an, es sei leicht, eine mindestens gleichwertige Tätigkeit zu finden.

In Westdeutschland geben Akademikerinnen am häufigsten an, es sei praktisch unmöglich, eine gleichwertige Stelle zu finden. In Ostdeutschland sind es dagegen

Tab. 5b: Subjektive Arbeitsmarktchancen von Erwerbstätigen, Männer

Männer	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Stelle zu finden wäre ... ¹					
	leicht	schwierig	praktisch unmöglich	leicht	schwierig	praktisch unmöglich
	in %					
1992						
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	40	45	15	20	70	10
Abgeschlossene Berufsausbildung ²	33	49	18	21	56	23
Hochschule, Universität ³	41	42	18	17	55	28
1997						
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	24	58	19	15	75	10
Abgeschlossene Berufsausbildung ²	19	57	24	13	64	23
Hochschule, Universität ³	14	60	26	13	67	20
2002						
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	31	54	15	28	57	15
Abgeschlossene Berufsausbildung ²	24	56	20	15	64	21
Hochschule, Universität ³	29	55	17	17	53	31

1 Frage: »Wenn Sie Ihre jetzige Stelle verlieren würden, wäre es für Sie dann leicht, schwierig oder praktisch unmöglich, wieder eine mindestens gleichwertige Stelle zu finden?«.

2 Lehre, Berufsfachschule, Handelsschule, Schule des Gesundheitswesens, Fachschule, Beamtenausbildung oder »sonstiger (beruflicher) Bildungsabschluss«.

3 Fachhochschule/Ingenieurschule oder Universität/Hochschule.

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel 1992, 1997, 2002.

Männer mit einer Hochschul- bzw. Universitätsausbildung, die sich entsprechend pessimistisch äußern. Die Ursachen hierfür könnten bei den ostdeutschen Männern in der nicht vollständigen Anerkennung früher erworbener Bildungsabschlüsse liegen; bei den westdeutschen Frauen dürften Probleme, in der Familienphase eine Fach- und Führungspositionen zu erreichen, dafür ausschlaggebend sein. Arbeitsplätze, die geringere oder keine Qualifikationen erfordern, scheinen dagegen eine Fluktuation zu begünstigen.

6.6 Ausblick

Die Arbeitsmarktsituation in Deutschland ist seit Jahren angespannt. Insbesondere in Ostdeutschland hält sich die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau, aber auch in Westdeutschland ist die Lage schwierig. Die Strukturen auf dem Arbeitsmarkt haben sich zugunsten von Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung verändert.

Entgegen der Erwartung einer Angleichung der Erwerbsorientierung ostdeutscher Frauen an westdeutsche Erwerbsmuster belegen die Ergebnisse einen rasanten Anstieg der Erwerbsorientierung von Frauen in Westdeutschland in den letzten zehn Jahren. Die ausgeprägte Erwerbsneigung von Frauen in Ostdeutschland ist – trotz der schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt – weitgehend ungebrochen. Unterschiede zeigen sich jedoch beim Erwerbsumfang: Vollzeitbeschäftigung ist in Ostdeutschland die vorwiegend gewünschte Erwerbsform, auch wenn Teilzeitarbeit und geringfügige Tätigkeiten (vielfach ungewollt) einen erheblichen Zuwachs erfahren haben. In Westdeutschland dominieren noch (traditionellere) Erwerbsmuster, in denen Teilzeitarbeit eine hohe Präferenz hat.

Vor dem Hintergrund der zu erwartenden demografischen Verwerfungen wird eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen ökonomisch erforderlich sein, um den Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials auszugleichen. Dies setzt voraus, dass Frauen und Männer gleiche Arbeitsmarktchancen haben. Dazu gehört auch, dass es Müttern wie Vätern möglich sein muss, Familie und Beruf zu vereinbaren. Es sollte nicht länger eine Ausnahme darstellen, wenn junge Mütter *und* Väter sich gemeinsam der Familienarbeit widmen und ihre Arbeitszeit entsprechend flexibel einrichten. Dies entspricht nicht nur den Wünschen der Betroffenen, sondern ist auch im Sinne der eigenen Daseinsvorsorge für die Unternehmen ein wichtiger Schritt in die Zukunft.

(Elke Holst / Jürgen Schupp)

Weitere Informationen zum Thema Erwerbstätigkeit siehe Teil I, Kap. 3, zum Thema Elternzeit und Beschäftigung Teil I, Kap. 9.9.

7 Wohnverhältnisse und Wohnkosten

Die massiven staatlichen Subventionen in den Wohnungsmarkt haben zu einer merklichen Annäherung der Wohnverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland geführt. Dennoch sind in einigen Bereichen auch mehr als zwölf Jahre nach der Wiedervereinigung noch deutliche Unterschiede zu finden: So liegt insbesondere die Wohneigentumsquote in den neuen Ländern (32 %) nach wie vor deutlich niedriger als im Westen (43 %). Aufgrund großflächigerer Bauweise und gleichzeitig rückläufiger Bevölkerungsentwicklung hat sich die Versorgung mit Wohnraum in Ostdeutschland zwar stark verbessert; die durchschnittliche Wohnfläche je Haushaltsmitglied liegt aber immer noch rund 10 Quadratmeter niedriger als in den alten Ländern. Die Mieten in ganz Deutschland haben sich in den letzten Jahren nur sehr moderat erhöht, dabei ist der Abstand der Miete je Quadratmeter Wohnfläche zwischen Ost- und Westdeutschland stabil geblieben und beträgt rund 10 % bzw. knapp 70 Cent. Aufgrund der nach wie vor niedrigeren Haushaltseinkommen haben sich hingegen die Unterschiede in der Mietbelastungsquote (Anteil der Bruttokaltmiete am Haushaltsnettoeinkommen) von Hauptmietern in Ost- und Westdeutschland inzwischen auf lediglich einen Prozentpunkt (25 % bzw. 26 %) reduziert (vgl. Abb. 1).

Die Befragungsdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) bieten die Möglichkeit, objektive Indikatoren zur Wohnsituation mit deren subjektiver Wahrnehmung durch die Wohnbevölkerung zu ergänzen. Die erste Hälfte der 1990er-Jahre war in Ostdeutschland stark durch die sprunghaften jährlichen Mieterhöhungen und die erste Modernisierungsphase geprägt. Seitdem hat sich die ostdeutsche Bevölkerung vielfach auch ein besseres Bild von den Wohnverhältnissen in Westdeutschland machen können, was nun wiederum in der Bewertung der eigenen Wohnverhältnisse berücksichtigt wird. Im Ergebnis ist der Prozess der Angleichung der Wohnzufriedenheit in Ost- und Westdeutschland bereits weit fortgeschritten.

7.1 Wohneigentum

Diverse Maßnahmen zur Wohneigentumsförderung haben seit dem Fall der Mauer insbesondere in Ostdeutschland zu einem deutlichen Anstieg der Eigentümerquote (Anteil der selbst nutzenden Haushalte an allen Haushalten; siehe Glossar) geführt. Hier ist die Eigentümerquote von sehr niedrigen 24 % im Jahr 1994 auf immerhin 32 % im Jahr 2002 gestiegen; dennoch ist die Eigentümerquote damit in den neuen Bundesländern noch deutlich niedriger als in den alten Bundesländern mit 43 % (vgl. Tab. 1). Trotz dieser positiven Entwicklung liegt Deutschland im internationalen Vergleich weit hinter den europäischen Spitzenreitern wie z.B. Spanien mit rund 80 %.

Tab. 1: Eigentumsquote¹ privater Haushalte in Deutschland 1994–2002

Haushaltsmerkmal	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002
	in %					
Insgesamt	39,7	40,3	43,1	24,4	29,6	31,7
Ausgewählte Haushaltstypen						
Allein stehend, Mann	19,7	19,0	21,9	10,8	20,2	15,9
Allein stehend, Frau bis 64 Jahre	16,1	19,0	19,9	5,6	9,0	15,1
Allein stehend, Frau ab 65 Jahre	32,9	34,9	38,8	14,8	12,5	16,5
(Ehe-)Paare ohne Kinder	45,4	48,4	52,2	29,5	34,4	35,8
(Ehe-)Paare mit Kindern bis 16 Jahre	50,1	50,4	53,7	30,6	40,6	50,3
(Ehe-)Paare mit Kindern ab 17 Jahre	65,2	63,2	70,9	38,0	50,0	55,3
Allein Erziehende	27,5	27,5	27,7	16,7	8,8	17,2
Alter des Haushaltsvorstandes						
Bis 40 Jahre	23,2	23,7	22,7	18,4	23,6	22,3
41–65 Jahre	50,1	49,8	52,8	29,8	37,3	39,6
66 Jahre und älter	43,5	45,1	52,4	23,1	23,1	28,9
Einkommensquintil ²						
Unterstes Quintil	30,7	25,1	27,5	19,0	17,0	17,5
Zweites Quintil	33,9	36,9	36,3	26,2	31,7	31,5
Mittleres Quintil	38,8	37,8	44,2	29,7	35,4	34,6
Viertes Quintil	41,4	45,6	48,4	25,8	25,6	35,6
Oberstes Quintil	53,7	55,6	56,2	22,0	36,6	37,8
Haushalte mit Arbeitslosen	23,9	29,3	26,4	25,4	34,8	28,6

1 Anteil der Haushalte in selbst genutztem Wohneigentum an allen privaten Haushalten.

2 Jedes Quintil umfasst 20 % aller nach dem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen geordneten Haushalte.

Datenbasis: SOEP 1994, 1998 und 2002.

Detaillierte Sozialstrukturanalysen nach Haushaltstyp und Alter des Haushaltsvorstandes verdeutlichen jedoch einen Zusammenhang mit dem Lebenszyklus: So sind die im Durchschnitt aller Haushalte nach wie vor nachweisbaren Unterschiede bei jüngeren Haushalten mit einem Haushaltsvorstand unter 40 Jahren bzw. bei Haushalten mit Kindern unter 16 Jahren bereits fast gänzlich verschwunden. Die derzeit noch bestehenden Abweichungen sind insbesondere bei Haushalten von älteren Singles bzw. (Ehe-)Paaren in der nachehlerlichen Phase zu finden, sodass man bei Fortsetzung der Entwicklung der letzten Jahre von einer langfristigen Angleichung in Ost- und Westdeutschland ausgehen kann.

Zu erwarten ist auch eine zunehmende Abhängigkeit der Wohneigentumsbildung vom Einkommen in Ostdeutschland: Während dieser Zusammenhang im Jahre 1994 hier noch wenig ausgeprägt war (der Anteil der Wohneigentümer im untersten und obersten Einkommens-Fünftel der Bevölkerung betrug 19 % bzw. 22 %), so lag dieser Unterschied im Jahre 2002 schon bei rund 20 Prozentpunkten (17 % bzw. 38 % im Vergleich zu sogar 28 % bzw. 56 % in Westdeutschland).

7.2 Wohnsituation

Seit Beginn der 1990er-Jahre hat sich der Zustand der Wohngebäude in Ostdeutschland nach Auskunft der Bewohner deutlich verbessert (vgl. Tab. 2). Bei Betrachtung des gesamten bewohnten Bestandes zeigen sich im Jahre 2002 nur noch geringe Ost-West-Unterschiede: Rund zwei Drittel aller Haushalte in den neuen Ländern bewerten den Zustand des von ihnen bewohnten Gebäudes als »gut«, aber immerhin noch 7 % als »ganz renovierungsbedürftig«; die entsprechenden Werte für die alten Länder liegen bei 70 % bzw. 2 %. Erwartungsgemäß bestehen allerdings deutliche Unterschiede zwischen Mietern und Eigentümern, da letztere im Allgemeinen aufgrund der höheren Bindung an das Eigentum und des höheren Stellenwerts, den Wohnen bei Eigentümern oft einnimmt, auch mehr in Substanzerhalt und -verbesserung investieren. Eventuelle Unterschiede zwischen west- und ostdeutschen Eigentümern können zudem dem niedrigeren Haushaltsnettoeinkommen in den neuen Ländern geschuldet sein, wodurch weitere Renovierungs- und Modernisierungsmaßnahmen noch zurückgestellt werden.

In Westdeutschland veränderte sich die Beurteilung des Gebäudezustands durch die Bewohner seit Anfang der 90er-Jahre kaum: Eigentümer schätzten ihr Gebäude zu rund 80 % als »gut« und zu etwa 20 % als »teilweise renovierungsbedürftig« ein; bei den Mietern waren dies rund 60 % bzw. ein Drittel.

In Ostdeutschland hat sich die Qualität der Wohnungen dank massiver Investitionen in den Wohnungsbau erheblich verbessert, die Beurteilung des Gebäudezustands fiel – vor allem bei den Mietern – zunehmend positiv aus. Der Anteil der Mieterhaushalte, die den Gebäudezustand als »gut« bewerteten, war mit 64 % (2002) fast dreimal so hoch

Tab. 2: Zustand der Wohngebäude in Deutschland 1994–2002

Beurteilung des Gebäudezustandes durch den Haushaltsvorstand	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002
	in %					
Insgesamt						
Gut	67	66	70	31	51	66
Teilweise renovierungsbedürftig	30	31	28	51	38	27
Ganz renovierungsbedürftig oder abbruchreif	3	3	2	18	11	7
Eigentümer						
Gut	76	79	80	54	65	70
Teilweise renovierungsbedürftig	23	20	19	40	29	27
Ganz renovierungsbedürftig oder abbruchreif	1	1	1	6	6	3
Hauptmieter						
Gut	62	58	62	24	45	64
Teilweise renovierungsbedürftig	33	38	34	55	41	28
Ganz renovierungsbedürftig oder abbruchreif	5	4	4	21	14	8

Datenbasis: SOEP 1994, 1998 und 2002.

wie noch 1994 und entspricht nun dem Wert in Westdeutschland (62 %). Nur noch 28 % (2002) der ostdeutschen Mieter schätzten den Gebäudezustand als »teilweise renovierungsbedürftig« ein, dieser Anteil hat sich seit 1994 halbiert. Um fast zwei Drittel ist der Anteil derer zurückgegangen, die den Gebäudezustand als »ganz renovierungsbedürftig oder abbruchreif« bewerteten; das waren 2002 nur noch 8 %. Diese Veränderungen sind zum Teil auf den Auszug aus baufälligen Gebäuden zurückzuführen, die nun häufig leer stehen bzw. abgerissen worden sind. Bei den Eigentümern verlief die Entwicklung ähnlich, jedoch lag das Ausgangsniveau 1994 mit 54 % als »gut« eingestuftes Gebäuden bereits deutlich höher. Insgesamt bewerteten in Ostdeutschland nur Eigentümer ihre Gebäude schlechter als vergleichbare Haushalte in Westdeutschland; die Qualität der Mietwohnungen hat erheblich zugenommen und befindet sich nach der subjektiven Beurteilung durch den Haushaltsvorstand auf westlichem Niveau.

7.3 Wohnraumversorgung

Deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen trotz bemerkenswerter Veränderungen während der letzten Jahre bei der Versorgung mit Wohnraum. Die großzügiger dimensionierte Wohnfläche bei Neubauten seit Beginn der 1990er-Jahre und vor allem der starke Geburtenrückgang in der ostdeutschen Bevölkerung haben dazu beigetragen, dass hier den Haushalten im Durchschnitt je Mitglied mit 42 Quadratmetern rund 8 qm mehr zur Verfügung stehen als noch 1994. Dabei leben erwartungsgemäß größere Haushalte (insbesondere solche mit Kindern) in deutlich beengteren Verhältnissen (vgl. Tab. 3). Ein deutlicher Unterschied zwischen alten und neuen Ländern zeigt sich darin, wenn man den Zusammenhang von Wohnraumversorgung und Einkommen analysiert: West-Haushalten im untersten Einkommensquintil stehen durchschnittlich 44 Quadratmeter pro Person zur Verfügung, im obersten Quintil sind es pro Person 64 Quadratmeter. Bei Ost-Haushalten beträgt diese Differenz nur 6 Quadratmeter pro Person (40 qm im untersten Quintil und 46 qm im obersten Quintil).

Diese Ergebnisse ergeben sich aus der niedrigeren Eigentümerquote in den neuen Ländern, da Mietwohnungen im Allgemeinen kleinere Wohnflächen aufweisen als Wohneigentum. Auch sind in den neuen Ländern Wohnungen im Bestand der in DDR-»Platten«-Bauweise errichteten Gebäude häufig kleiner als in den alten Ländern: Die durchschnittliche Wohnfläche von Hauptmietern in Westdeutschland ist mit 74 qm rund 10 qm größer als im Osten. Ein alternativer Indikator zur Wohnraumversorgung ergibt sich daher aus dem Vergleich der Zahl der Haushaltsmitglieder und der Zahl der Wohnräume (ohne Bad und Küche sowie Kammern mit weniger als 6 qm Fläche). Im Zeitverlauf 1994 bis 2002 ist hier sowohl in West- wie Ostdeutschland eine deutliche Verbesserung zu beobachten. Gegenwärtig steht in lediglich noch 5 % bzw. 4 % aller Haushalte weniger als ein Wohnraum pro Kopf zur Verfügung. Haushalte mit Kindern unter 16 Jahren sind im Westen 2002 sogar häufiger von »Wohnraum-Unterversor-

Tab. 3: Wohnraumversorgung privater Haushalte in Deutschland 1994–2002

Haushaltsmerkmal	Wohnfläche je Haushaltsmitglied				Anteil der Haushalte mit Wohnraum-Unterversorgung ¹			
	Westdeutschland		Ostdeutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1994	2002	1994	2002	1994	2002	1994	2002
	Mittelwert in qm				in %			
Insgesamt	48,1	51,6	34,1	41,9	7,9	4,8	12,1	3,7
Ausgewählte Haushaltstypen								
Allein stehend, Mann	65	67	50	55	0	0	0	0
Allein stehend, Frau bis 64 Jahre	67	67	55	58	0	0	0	0
Allein stehend, Frau ab 65 Jahre	70	77	45	56	0	0	0	0
(Ehe-)Paare ohne Kinder	45	50	33	39	2	1	2	1
(Ehe-)Paare mit Kindern bis 16 Jahre	28	30	22	28	29	20	39	15
(Ehe-)Paare mit Kindern ab 17 Jahre	34	36	25	30	10	5	11	5
Allein Erziehende	38	38	29	31	3	6	4	6
Alter des Haushaltsvorstandes								
Bis 40 Jahre	41	43	30	38	13	9	26	7
41–65 Jahre	46	50	34	41	9	4	6	4
66 Jahre und älter	60	65	41	48	1	0	1	0
Einkommensquintil ²								
Unterstes Quintil	44	44	35	40	12	10	15	7
Zweites Quintil	42	46	33	40	14	8	14	4
Mittleres Quintil	45	47	34	43	9	5	10	4
Viertes Quintil	48	54	33	41	4	2	10	2
Oberstes Quintil	59	64	35	46	3	1	10	2

1 Unterversorgung liegt vor, falls die Zahl der Haushaltsmitglieder die Zahl der Wohnräume (über 6 Quadratmeter, ohne Küche und Bad) übersteigt.

2 Jedes Quintil umfasst 20 % aller nach dem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen geordneten Haushalte.

Datenbasis: SOEP 1994, 1998 und 2002.

gung« betroffen (20 %) als in den neuen Ländern (15 %), was unter anderem mit der im Durchschnitt niedrigeren Kinderzahl ostdeutscher Familien zu erklären ist.

7.4 Wohnungsmieten

Die Entwicklung der Wohnungsmieten in Ostdeutschland während der 90er-Jahre war geprägt von der DDR-Wohnungsbewirtschaftung, wonach Mieten auf dem Stand von 1936 festgeschrieben waren. Die in der ersten Hälfte der 90er-Jahre angesetzten Grundmietenverordnungen sowie die Tatsache, dass für nach 1991 errichtete Wohngebäude im Allgemeinen Marktmieten gelten, haben bis zum Jahre 2002 Mietenniveau und -struktur in den neuen Ländern nachhaltig verändert. Mit 5,42 Euro pro Quadratmeter lag im Jahr 2002 die durchschnittliche Bruttokaltmiete, die von Mietern in den neuen Ländern zu zahlen war, um 11 % unter dem westdeutschen Vergleichswert (vgl. Tab. 4); 1994 betrug dieser Abstand noch 28 %. Pro Wohnung hatten ostdeutsche Mieter 2002 im Schnitt 21 % weniger zu bezahlen als westdeutsche Mieter

Tab. 4: Wohnungsmieten der Hauptmieter in Deutschland 1994–2002

	Westdeutschland				Ostdeutschland				Ost in % von West ⁴
	Brutto-Kaltmiete in EUR/qm ²			Index ³	Brutto-Kaltmiete in EUR/qm ²			Index ³	
	1994	1998	2002	2002	1994	1998	2002	2002	
	Mittelwert				Mittelwert				%
Insgesamt	4,94	5,60	6,11	100	3,55	4,85	5,42	100	89
Gebäudezustand¹									
Gut	5,07	5,89	6,24	102	3,92	5,61	5,82	107	93
Teilw. renovierungsbedürftig	4,74	5,34	5,93	97	3,55	4,37	4,83	89	81
Ganz renovierungsbedürftig	4,53	5,01	5,31	87	3,13	3,90	4,27	79	80
Baujahr									
Vor 1949	4,45	4,98	5,53	91	3,29	4,32	5,12	94	93
1949 bis 1971	4,81	5,57	5,96	98	3,69	4,85	5,47	101	92
1972 bis 1980	5,55	5,99	6,52	107	3,80	5,00	5,46	101	84
1981 bis 1990 (für 1994: ab 1981)	6,16	6,34	6,76	111	3,74	4,62	5,07	94	75
1991 und später	–	6,96	7,06	116	–	6,91	6,77	125	96
Wohndauer									
Bis 4 Jahre	5,46	6,12	6,39	105	3,59	5,29	5,63	104	88
5 bis 11 Jahre	4,85	5,41	6,21	102	3,63	4,55	5,50	101	89
12 und mehr Jahre	4,50	5,16	5,58	91	3,46	4,55	5,07	94	91
Gemeindegröße									
Bis unter 20 000 Einw.	4,66	5,19	5,27	86	3,67	4,67	5,13	95	97
20 000 bis 100 000 Einw.	4,68	5,37	6,01	98	3,52	4,82	5,31	98	88
100 000 bis 500 000 Einw.	4,86	5,58	6,01	98	3,47	5,01	5,72	106	95
500 000 Einwohner und mehr	5,35	6,27	6,96	114	3,47	5,06	5,61	104	81
Gebäudetyp									
Ein-/Zweifamilienhaus, frei stehend	4,28	4,79	5,25	86	4,05	4,38	4,62	85	88
Ein-/Zweifamilien-Reihenhaus	4,30	5,23	5,43	89	3,32	5,23	5,32	98	98
Wohnhaus mit 3 bis 4 Wohnungen	4,71	5,40	5,76	94	3,47	4,20	5,05	93	88
Wohnhaus mit 5 bis 8 Wohnungen	5,00	5,77	6,22	102	3,45	4,68	5,49	101	88
Wohnhaus mit 9 u. m. Wohnungen	5,50	6,27	6,83	112	3,58	5,18	5,49	101	80
Hochhaus	5,91	6,32	6,28	103	3,87	5,19	6,02	111	96
Ausstattung mit modernem Heizsystem									
Ja	5,11	5,74	6,16	101	3,76	5,14	5,53	102	90
Nein	3,79	4,48	5,19	85	3,29	3,65	4,48	83	86
Eigentümer der Wohnung									
Kommunale Wohnung	4,53	3,95	5,79	95	3,54	3,42	5,15	95	89
Genossenschaftliche Wohnung	4,66	4,94	5,75	94	3,51	4,23	5,23	96	91
Betriebs-, Werkswohnung	4,30	5,78	5,61	92	3,13	4,92	4,75	88	85
Privater Eigentümer	5,10	6,75	6,18	102	3,56	5,52	5,72	106	93
<i>Nachrichtlich:</i>									
Bruttokaltmiete in EUR/Wohnung	341	401	431	–	198	303	342	–	79
Wohnfläche in qm	72	73	74	–	59	63	64	–	86

1 Beurteilung durch den Haushaltsvorstand.

2 Mietangaben im SOEP bis 2001 wurden ursprünglich in DM erhoben. Entsprechend wurden alle hier ausgewiesenen Berechnungen ggf. auf der Basis von DM durchgeführt und nachträglich in Euro umgerechnet.

3 Durchschnittliche Brutto-Kaltmiete pro qm = 100.

4 Durchschnittliche Brutto-Kaltmiete pro qm in Westdeutschland 2002 = 100.

Datenbasis: SOEP 1994, 1998 und 2002.

bzw. 340 Euro im Vergleich zu 430 Euro. Dieser beträchtliche Unterschied ergibt sich auch daraus, dass Mietwohnungen in Ostdeutschland mit rund 64 Quadratmetern Wohnfläche im Schnitt zehn Quadratmeter kleiner sind als in Westdeutschland. Seit 1994 hat sich die durchschnittliche Wohnfläche hier kaum erhöht, von 72 um zwei auf 74 Quadratmeter (2002). Anders in Ostdeutschland: Hier ist die durchschnittliche Wohnfläche immerhin von 59 auf 64 Quadratmeter gestiegen.

Am weitesten fortgeschritten ist die Angleichung der Mieten in solchen Gebäuden, in denen die Wohnungsqualität mit der in Westdeutschland vergleichbar ist. So lagen im Jahre 2002 die pro Quadratmeter zu zahlenden Mieten in Neubauten, die nach 1991 entstanden sind, bereits bei 96 % des mittleren Niveaus in Westdeutschland. Die Mietenstruktur in Abhängigkeit von der Wohndauer weist zwischen West und Ost inzwischen ebenfalls kaum noch Unterschiede auf. Die Ausstattung der Mietwohnungen mit vollständigen Sanitäranlagen und einem modernen Heizsystem ist im Jahr 2002 auch in Ostdeutschland sehr weit fortgeschritten. Das Fehlen einer solchen Ausstattung führt in West wie Ost zu Mietabschlägen von rund einem Fünftel gegenüber dem Durchschnitt. Die Spreizung der Mieten zwischen kleineren Gemeinden und Großstädten hat im Laufe der 90er-Jahre in Westdeutschland weiter zugenommen, ist in Ostdeutschland jedoch noch deutlich geringer ausgeprägt.

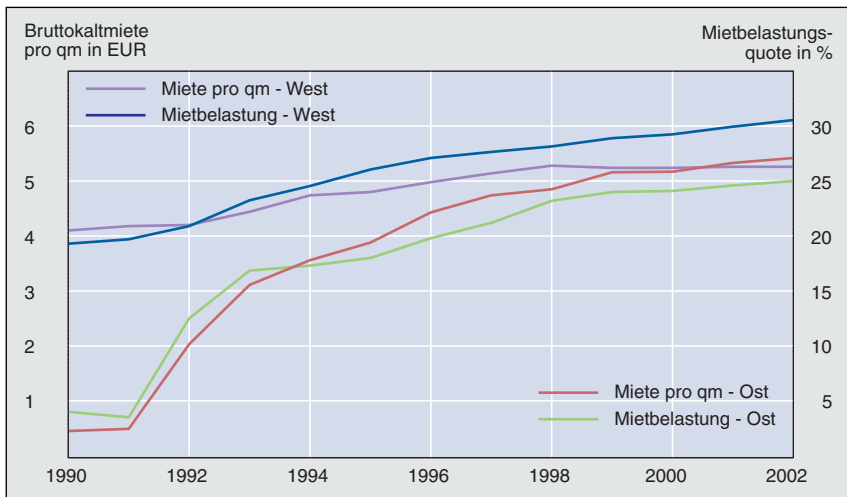
Weitgehend angenähert haben sich die Wohnungsmieten in Gebäuden privater Eigentümer, was durch die steuerlich absetzbaren Investitionsausgaben begünstigt wurde. Durchschnittlich erreichte das Mietenniveau in diesem Segment in Ostdeutschland bis 2002 bereits 93 % des westlichen Niveaus.

7.5 Mietbelastung und Wohngeldbezug

Die Grundmietenverordnungen und die Möglichkeit zur Durchsetzung von Mieterhöhungen im Rahmen von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen an Altbauten haben dazu beigetragen, dass in Ostdeutschland die durchschnittlichen Quadratmeter-Mieten für Wohnungen in vor 1949 erbauten Gebäuden bereits auf rund 93 % des Westniveaus gestiegen sind. Zugleich hat die durchschnittliche Wohnfläche pro Wohnung zugenommen. Somit erhöhte sich die Mietbelastung in den neuen Bundesländern trotz bemerkenswerter Einkommenssteigerungen kontinuierlich. Im Jahr 2002 lag die Mietbelastungsquote – der Teil des Haushaltseinkommens, der für die Bruttokaltmiete aufzubringen war – mit rund 25 % lediglich noch einen Prozentpunkt unter der Mietbelastung in den alten Ländern (vgl. Tab. 5).

Sozialstrukturanalysen belegen zum Teil recht deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in den alten und neuen Ländern. Die Belastungsquoten von (Ehe-)Paaren ohne Kinder (oft auch Personen in der nach-elterlichen Phase) liegen weit unter dem Durchschnitt, dies gilt aufgrund der häufig hohen Erwerbsbeteiligung auch für vollständige Familien mit erwachsenen Kindern. Paare mit minderjährigen Kindern weisen ebenfalls unterdurchschnittliche Wohnkostenbelastungsquoten auf. Alleinlebende und Alleinerziehende in Ost und West zahlten im Jahr

Abb. 1: Entwicklung von Miete und Mietbelastung in Ost- und Westdeutschland 1990–2000



Datenbasis: SOEP 1990–2002.

2002 hingegen überdurchschnittlich viel, nämlich 28 % bzw. 30 % ihres Einkommens, für die Miete inklusive »kalter« Betriebskosten – und das häufig trotz der Inanspruchnahme von Wohngeld. Wohngeld wird auf Antrag einkommensschwachen Haushalten gewährt, damit diese die Kosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Entsprechend konzentriert sich der Bezug von Wohngeld (vgl. rechte Seite von Tab. 5) auf das unterste Einkommensquintil: In den alten Ländern erhält in dieser Gruppe in etwa jeder fünfte Haushalt Wohngeld, in den neuen Ländern sogar jeder dritte. Trotz des Bezuges dieser Transferleistung wenden Mieterhaushalte in dieser Einkommensgruppe in beiden Teilen Deutschlands rund 38 % ihres monatlichen Einkommens für die Bruttokaltmiete auf. Die Mietbelastungsquoten von Haushalten im obersten Einkommensquintil sind in Ost- und in Westdeutschland hingegen mit lediglich 17 % weniger als halb so hoch.

Die Bestimmungen zum Bezug von Wohngeld hatten sich bis zur Wohngeldreform 2001 zunehmend verschlechtert, vor allem wegen der Nicht-Anpassung der Einkommensgrenzen und Miethöchstbeträge. Daher ist der Anteil der Haushalte, die Wohngeld beziehen, seit 1995 stetig zurückgegangen; in Westdeutschland von knapp 8 % (1995) auf gut 5 % (2002) und in Ostdeutschland von 14 % (1994) auf gut 9 % (2002). Augenfällig ist die nach wie vor eine hohe Abhängigkeit von Wohngeld bei Haushalten von Alleinerziehenden in West- wie in Ostdeutschland. Insgesamt kommt hier zum Ausdruck, dass in den neuen Ländern dem subjektbezogenen Wohngeld höhere Bedeutung als wohnungspolitisches Instrument beigemessen wird als in den alten Ländern, wo eher der soziale Wohnungsbau dominiert.

Tab. 5: Mietbelastung und Wohngeldbezug von Hauptmietern 1994–2002

Haushaltsmerkmal	Mietbelastungsquote in % des Haushaltsnettoeinkommens						Anteil der Haushalte mit Bezug von Wohn- geld in % aller Haushalte ¹					
	Westdeutschland			Ostdeutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1994	1996	2002	1994	1998	2002	1995	1998	2002	1995	1998	2002
	in %											
Insgesamt	23,7	26,4	26,3	17,3	23,2	25,0	7,8	7,1	5,4	14,1	11,1	9,4
Ausgewählte Haushaltstypen												
Allein stehend, Mann	23,3	27,5	25,6	19,3	25,7	27,8	3,3	8,5	3,7	23,0	13,3	12,1
Allein stehend, Frau bis 64 Jahre	29,3	31,5	30,3	26,9	32,9	33,3	6,5	5,2	5,5	31,1	16,5	15,7
Allein stehend, Frau ab 65 Jahre	29,3	31,2	33,2	21,9	27,5	28,7	9,6	10,6	8,1	18,8	13,0	12,1
(Ehe-)Paare ohne Kinder	19,4	22,3	22,8	14,5	20,1	20,3	2,7	1,3	1,9	3,9	2,7	1,8
(Ehe-)Paare mit Kindern bis 16 Jahre	20,9	23,7	24,1	13,5	18,7	20,8	10,3	11,1	6,8	11,2	8,0	7,9
(Ehe-)Paare mit Kindern ab 17 Jahre	19,7	21,5	20,7	11,5	16,9	18,8	5,6	1,0	1,7	4,4	0,6	4,0
Alein Erziehende	29,0	31,4	30,1	23,0	28,6	28,4	29,3	17,0	15,7	27,0	47,2	23,5
Alter des Haushalts- vorstandes												
Bis 40 Jahre	23,7	26,9	25,5	16,2	22,8	25,6	7,5	8,4	5,1	14,2	14,4	10,2
41–65 Jahre	22,0	24,8	25,3	16,9	22,9	24,7	7,6	4,9	5,2	14,5	10,4	10,4
66 Jahre und älter	26,5	28,3	30,1	19,8	24,4	24,7	6,8	8,6	6,1	13,0	8,0	6,8
Einkommensquintil ²												
Unterstes Quintil	34,3	37,1	38,2	28,3	35,9	38,0	29,3	25,6	18,8	42,9	40,0	35,1
Zweites Quintil	24,1	27,2	27,0	18,5	24,5	25,1	3,5	4,6	3,0	19,3	7,8	3,9
Mittleres Quintil	21,4	23,9	23,3	15,8	19,9	22,9	1,1	1,0	0,9	2,6	3,7	1,6
Viertes Quintil	19,4	21,3	21,1	12,8	18,1	19,8	0,0	0,3	0,0	1,5	0,0	0,5
Oberstes Quintil	16,5	18,3	16,9	9,9	15,1	16,9	0,0	0,0	0,0	0,5	0,0	0,1
Haushalte mit Arbeitslosen	28,8	33,0	33,6	19,0	27,4	29,5	22,1	18,6	17,7	27,4	31,5	23,9

1 Der langjährige Vergleich erfolgt hier für 1995 und 2002, da Wohngeldbezug im Befragungsmonat im SOEP erstmals 1995 erhoben wurde.

2 Jedes Quintil umfasst 20 % aller nach dem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen geordneten Haushalte.

Datenbasis: SOEP 1994, 1995, 1998 und 2002.

7.6 Wohnzufriedenheit

Eine umfassende Beurteilung der Wohnsituation durch die privaten Haushalte ergibt sich aus dem Indikator »Wohnzufriedenheit«. Allgemein sind selbst nutzende Eigentümer, die dem Lebensbereich »Wohnen« oft eine höhere Bedeutung beimessen als Mieter, auch überdurchschnittlich zufrieden mit ihrer Wohnsituation (vgl. Tab. 6). In beiden Teilen Deutschlands hat sich die Wohnzufriedenheit bei Eigentümern seit 1994 kaum verändert; gemessen auf der 11-stufigen Zufriedenheitsskala lag diese 2002 in den alten Ländern bei 8,3 Punkten und in den neuen Ländern bei 8,0 Punkten. Mieter-

Haushalte lagen im Durchschnitt in Ost- und in Westdeutschland bei jeweils 7,1 Punkten. Im Gegensatz zur stabilen Entwicklung im Zeitraum von 1994 bis 2002 bei westdeutschen Mietern hat sich die durchschnittliche Wohnzufriedenheit ostdeut-

Tab. 6: Wohnzufriedenheit¹ in Deutschland 1994–2002

Haushaltsmerkmal	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002
	Mittelwert					
Insgesamt	7,7	7,7	7,6	6,8	7,2	7,4
Eigentumsstatus						
Selbst nutzende Eigentümer	8,4	8,4	8,3	8,0	8,0	8,0
darunter: Gebäudezustand ²						
Gut	8,7	8,6	8,5	8,6	8,5	8,4
Teilweise renovierungsbedürftig	7,7	7,6	7,4	7,5	7,3	7,3
Ganz renovierungsbedürftig	(6,0)	(6,4)	(5,6)	(6,2)	(5,7)	(5,6)
Mieter	7,2	7,2	7,1	6,4	6,8	7,1
darunter: Gebäudezustand ²						
Gut	7,8	7,8	7,6	8,0	7,7	7,7
Teilweise renovierungsbedürftig	6,4	6,5	6,4	6,4	6,4	6,4
Ganz renovierungsbedürftig	4,5	4,5	4,8	4,6	5,0	4,5
Ausgewählte Haushaltstypen						
Allein stehend, Mann	7,3	7,0	7,2	6,3	6,9	6,8
Allein stehend, Frau bis 64 Jahre	7,0	7,2	7,4	7,0	7,1	7,2
Allein stehend, Frau ab 65 Jahre	8,3	8,0	8,0	7,5	7,6	7,9
(Ehe-)Paare ohne Kinder	7,9	7,9	7,9	7,3	7,4	7,7
(Ehe-)Paare mit Kindern bis 16 Jahre	7,4	7,5	7,5	6,3	7,0	7,4
(Ehe-)Paare mit Kindern ab 17 Jahre	7,9	7,9	8,0	6,6	7,2	7,6
Allein Erziehende	7,3	7,1	6,9	5,9	6,4	6,7
Alter des Haushaltsvorstandes						
Bis 40 Jahre	7,1	7,2	7,2	6,1	6,9	7,2
41–65 Jahre	7,7	7,7	7,6	7,0	7,2	7,3
66 Jahre und älter	8,3	8,0	8,1	7,5	7,5	7,8
Einkommensquintil ³						
Unterstes Quintil	7,3	7,0	7,0	6,7	6,7	6,7
Zweites Quintil	7,5	7,5	7,5	6,8	7,1	7,4
Mittleres Quintil	7,8	7,7	7,7	7,0	7,2	7,6
Viertes Quintil	7,8	7,9	7,9	6,9	7,2	7,7
Oberstes Quintil	7,9	8,0	8,1	6,6	7,5	7,8
Wohnraumversorgung						
Unterversorgung ⁴	6,5	6,2	6,4	5,6	6,1	6,3
Wohnraumgleichgewicht	7,4	7,3	7,2	6,8	7,0	7,2
Gut versorgt ⁵	8,2	8,1	8,2	7,5	7,8	8,0

1 Mittelwert der Angaben des Haushaltsvorstandes auf einer Skala von 0 (= ganz und gar unzufrieden) bis 10 (= ganz und gar zufrieden).

2 Beurteilung durch den Haushaltsvorstand.

3 Jedes Quintil umfasst 20 % aller nach dem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen geordneten Haushalte.

4 Weniger als ein Wohnraum (über sechs Quadratmeter, ohne Küche und Bad) pro Haushaltsmitglied.

5 Mehr als ein Wohnraum pro Haushaltsmitglied.

Datenbasis: SOEP 1994, 1998 und 2002.

scher Mieter seit dem Jahr 1994 jedoch um 0,7 Punkte deutlich verbessert. Weitere Detailanalysen belegen, dass dies in erster Linie mit den markanten Qualitätsverbesserungen im Wohngebäudebestand durch Modernisierungsarbeiten und Neubauten zusammenhängt. Darüber hinaus ist die Versorgung mit ausreichendem Wohnraum eine zentrale Determinante der Wohnzufriedenheit: Bei Unterversorgung, d.h. es steht nicht jedem Haushaltsmitglied ein eigener Raum zur Verfügung, sinkt die durchschnittliche Wohnzufriedenheit in West wie Ost auf lediglich 6,4 bzw. 6,3 Punkte ab.

Nach Haushaltstypen differenziert, sind – sowohl in den alten wie auch in den neuen Bundesländern – Haushalte von Alleinerziehenden oder männlichen Singles am wenigsten zufrieden. Die Wohnzufriedenheit steigt in westdeutschen und ostdeutschen Haushalten mit der Höhe des Einkommens (und damit auch mit der Eigentümerquote) stark an.

Aufgrund der vorliegenden Analysen auf Basis der SOEP-Daten ist zu erwarten, dass sich sowohl die objektive Wohnsituation inkl. der Wohnkosten als auch deren subjektive Wahrnehmung in Ost- und Westdeutschland in den nächsten Jahren weiter annähern werden. Von zentraler Bedeutung werden in diesem Prozess neben der Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte auch die geplanten Veränderungen institutioneller Rahmenbedingungen, wie z. B. der Wohneigentumsförderung, sein.

(Joachim R. Frick / Aline Schniewind)

Weitere Informationen zum Thema Wohnen siehe Teil I, Kap. 5, zum Thema Ausgaben für Wohnen Teil I, Kap. 4.5 und 5.5, zum Thema Wohngeld Teil I, Kap. 9.10.

8 Umwelt

Die Beeinträchtigung der Umwelt und der Verbrauch an natürlichen Ressourcen durch Wirtschaft und Lebensweise der Menschen hat in der öffentlichen Diskussion in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmend Beachtung gefunden und zu einem erhöhten Problembewusstsein in der Bevölkerung geführt. In gleichem Maße erhöhte sich der Druck auf politische Entscheidungsträger und Wirtschaftsunternehmen, durch entsprechende Maßnahmen die verschiedenen Umweltprobleme anzugehen, was auch erfolgte. So wurden zahlreiche Verordnungen zum Schutz der Umwelt, insbesondere in den 90er-Jahren, erlassen, und durch technische Fortschritte konnten umweltfreundlichere Produkte und Produktionsverfahren erzielt werden. Diese Maßnahmen haben zu deutlichen Verbesserungen der Umweltqualität geführt (vgl. Teil I).

Es stellt sich die Frage, wie sich vor dem Hintergrund dieser Erfolge beim Schutz und beim Zustand der Umwelt subjektive Wahrnehmungen und Beurteilungen der Umweltproblematik in der Bevölkerung verändert haben. Im Folgenden wird daher zunächst untersucht, wie sich wahrgenommene Umweltbeeinträchtigungen und -gefährdungen im Einzelnen sowie Bewertungen des Zustandes und des Schutzes der Umwelt insgesamt seit Beginn der 90er-Jahre in West- und Ostdeutschland entwickelt haben. Darüber hinaus werden Veränderungen in umweltrelevanten Einstellungen und Verhaltensweisen analysiert. Die zentrale Fragestellung bei allen Analysen ist, wie das gegenwärtige Problembewusstsein für Umweltbelange und die Bereitschaft der Bürger, persönlich dafür einzutreten, einzuschätzen ist. Diese Frage ist von nicht unerheblicher Bedeutung für die weitere Entwicklung des Zustands der Umwelt, denn jeder Bürger kann durch entsprechende Lebensstile und Verhaltensweisen zum Schutz der Umwelt beitragen, was jedoch ein entsprechendes Problembewusstsein voraussetzt.

8.1 Wahrgenommene Umweltbeeinträchtigungen und -gefährdungen

Für eine Reihe konkreter Umweltprobleme kann untersucht werden, inwieweit sich die Bürger dadurch persönlich beeinträchtigt fühlen bzw. inwieweit sie die Umwelt dadurch überhaupt gefährdet sehen. Es zeigt sich, dass zwischen 1994 und 1999 persönliche Beeinträchtigungen durch Luftverschmutzung, Lärm und Mangel an Grünflächen in der Wohngegend vor allem in Ostdeutschland seltener geworden sind, aber auch in Westdeutschland lassen sich Verbesserungen feststellen (vgl. Tab. 1). So ist in Ostdeutschland der Anteil der Personen, der eine starke oder sehr starke Beeinträchtigung durch Luftverschmutzung am Wohnort angibt, von 18 % im Jahr 1994 auf 8 % im Jahr 1999 gesunken und liegt damit auf ähnlich niedrigem Niveau wie in

Westdeutschland. Auch im Hinblick auf Lärmbelastigungen und den Zugang zu Grünflächen stellt sich die Situation in Ostdeutschland 1999 erheblich günstiger dar als 1994 und nur wenig ungünstiger als in Westdeutschland. Nach wie vor lassen sich für beide Regionen in den kleineren Gemeinden geringere Beeinträchtigungen als in den Großstädten feststellen.

Die allgemeine Gefährdung der Umwelt durch verschiedene Umweltprobleme wird zum Teil ebenfalls geringer eingeschätzt als noch vor einigen Jahren (vgl. Abb. 1). Die Luftverschmutzung durch Autos wird im Jahr 2000 für weniger gefährlich als 1993 gehalten, ein Ergebnis, das der Entwicklung hin zu emissionsärmeren Kraftfahrzeugen entspricht. Auch hier sind die Verbesserungen im Osten besonders groß, wo nun, im Jahr 2000, eine geringere Umweltgefährdung durch Autos wahrgenommen wird als im Westen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Osten einerseits die Fortschritte im

Tab. 1: Beeinträchtigungen durch Umweltprobleme am Wohnort in West- und Ostdeutschland

	Anteil mit »sehr starker« und »starker« Beeinträchtigung ¹ durch ...					
	Lärmbelastigung		Luftverschmutzung		Mangel an Grünflächen	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %					
Insgesamt						
1994	10	17	9	18	3	10
1999	7	10	6	8	3	4
Ortsgröße, 1999						
Bis 2 000 Einwohner	1	8	1	7	0	0
2 000 bis < 20 000	6	9	4	9	1	2
20 000 bis < 100 000	7	11	5	5	3	5
100 000 bis < 500 000	7	11	8	8	4	4
500 000 und mehr	11	17	11	16	6	15

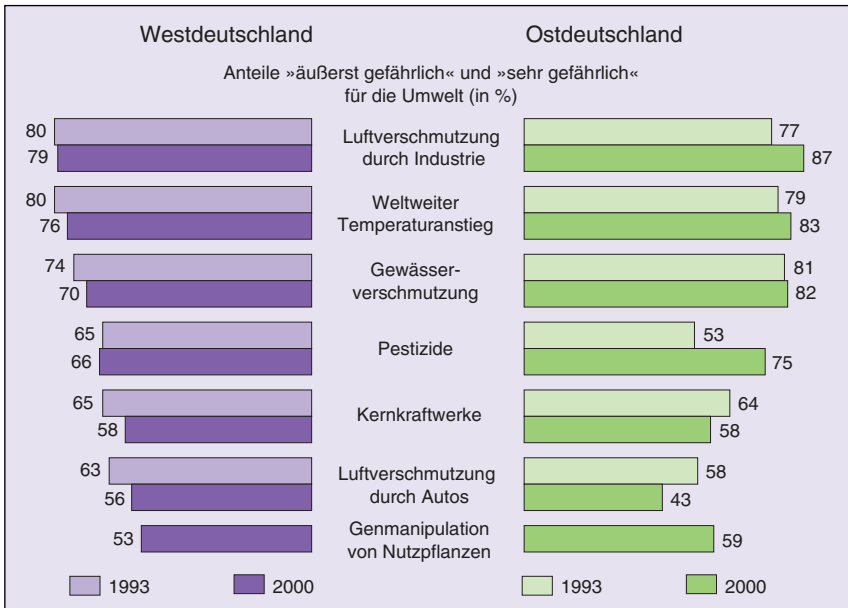
1 Beantworter/innen des Haushaltsfragebogens; übrige Antwortkategorien »gerade erträglich«, »gering«, »gar nicht«.

Datenbasis: SOEP 1994, 1999.

Hinblick auf die Umweltfreundlichkeit der Personenwagen zwar erheblich waren, aber andererseits auch der Bestand stark zugenommen hat und kaum noch hinter Westdeutschland zurückbleibt. In den neuen wie den alten Ländern hat sich darüber hinaus die wahrgenommene Gefahr durch Kernkraftwerke gegenüber 1993 verringert, was mit dem inzwischen eingeleiteten Ausstieg aus der Atomenergie zusammenhängen könnte. Trotzdem hält auch 2000 noch weitaus mehr als die Hälfte der Bevölkerung Kernkraftwerke für »äußerst« oder »sehr gefährlich« für die Umwelt.

Bei allen anderen Umweltproblemen können nur geringfügige oder gar keine Verminderungen des wahrgenommenen Gefahrenpotenzials festgestellt werden, und aus der Sicht der ostdeutschen Bevölkerung haben sich einige Probleme sogar verschärft, wie z. B. der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Chemikalien in der Landwirtschaft und die Luftverschmutzung durch die Industrie. Ostdeutsche halten 2000 nicht nur

Abb. 1: Wahrgenommene Umweltgefährdungen



Datenbasis: ISSP 1993, 2000.

diese, sondern auch alle anderen Umweltprobleme mit Ausnahme der Gefährdung durch Autos und durch Kernkraftwerke für gravierender als Westdeutsche. Übereinstimmend werden jedoch die Luftverschmutzung durch die Industrie, der weltweite Temperaturanstieg und die Verschmutzung von Bächen, Flüssen und Seen am häufigsten als schwer wiegende Umweltprobleme empfunden.

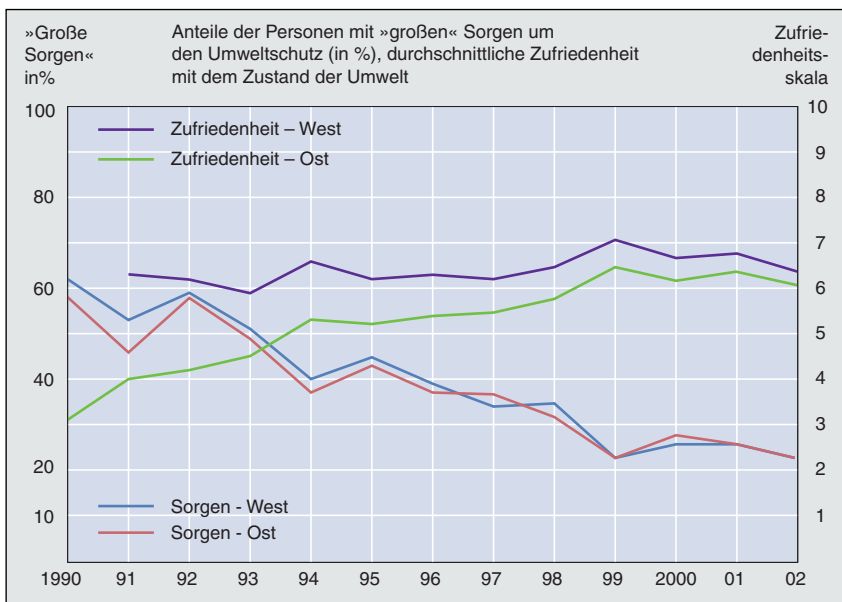
8.2 Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt und Sorgen um den Schutz der Umwelt

Die vorhergehende Darstellung zeigt, dass die verschiedenen Umweltprobleme von der Bevölkerung differenziert beurteilt werden und sowohl positive als auch negative Veränderungen wahrgenommen werden. Es stellt sich nun die Frage, wie eine eher zusammenfassende Bewertung der Umweltproblematik ausfällt. Dazu werden zwei Indikatoren betrachtet: die Zufriedenheit mit dem »Zustand der Umwelt hier in der Region« und die Sorgen um den »Schutz der Umwelt«. Es kann davon ausgegangen werden, dass beide Bewertungen zum einen durch die objektiv vorhandenen Umweltbelastungen beeinflusst werden und der letztere Indikator auch von den wahr-

genommenen Maßnahmen zum Schutz der Umwelt. Zum anderen sind derartige Bewertungen aber auch davon abhängig, welcher Stellenwert der Umwelt beigemessen wird, welches Problembewusstsein in der Bevölkerung vorhanden ist.

Die Zufriedenheit mit dem Umweltzustand in der Region hat sich in Ostdeutschland zwischen 1990 und 1999 nahezu kontinuierlich von einem durchschnittlichen Skalenswert von 3,1 auf einen Wert von 6,5 verbessert (vgl. Abb. 2), und der Anteil der eher Zufriedenen stieg von 18 % auf 72 %. Danach ging die Zufriedenheit insgesamt wieder zurück, und zwar auf einen Durchschnittswert von 6,1 im Jahr 2002. Auch in Westdeutschland hat die Zufriedenheit mit dem Umweltzustand bis 1999 zuge-

Abb. 2: Sorgen um die Umwelt und Umweltzufriedenheit



Datenbasis: SOEP 1990–2002.

nommen, allerdings erst in den beiden letzten Jahren. Davor war das Zufriedenheitsniveau – von kurzfristigen Schwankungen in den Jahren 1993 und 1994 abgesehen – relativ stabil. Nach 1999 lässt sich nun wie im Osten ein deutlicher Rückgang der Zufriedenheit von einem Durchschnittswert von 7,1 auf 6,4 im Jahr 2002 feststellen. Im gesamten Zeitraum seit Beginn der 90er-Jahre waren Westdeutsche jedoch zufriedener mit dem Umweltzustand in ihrer Region als Ostdeutsche.

Der Anstieg der Zufriedenheit bis 1999 war begleitet von einem Rückgang des Anteils der Bevölkerung, der sich große Sorgen um den Schutz der Umwelt machte. Dieser Anteil fiel von einem Maximum von 62 % (West) bzw. 58 % (Ost) im Jahr 1990 auf ein

Minimum von jeweils 23 % im Jahr 1999. Die Besorgnis um den Umweltschutz verminderte sich keineswegs kontinuierlich, sondern ist durch Schwankungen gekennzeichnet, wobei die Entwicklungen im Westen und Osten weitgehend parallel verliefen. Ein erster starker Rückgang der Sorgen um den Umweltschutz kann zwischen 1990 und 1991 konstatiert werden. Möglicherweise haben in dieser Zeit Sorgen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung die Umweltproblematik in den Hintergrund gedrängt. Bis 1992, dem Zeitpunkt des Umweltgipfels in Rio, stieg der Anteil der Bevölkerung, der große Sorgen äußerte, wieder erheblich an, ohne jedoch die hohen Ausgangswerte zu erreichen. Bis 1994 folgte eine weitere erhebliche Abschwächung der Besorgnis um den Umweltschutz und eine erneute leichte Zunahme bis 1995, die mit der zum Zeitpunkt der Befragung im Frühjahr stattfindenden Weltklimakonferenz in Berlin und der damit verbundenen verstärkten Thematisierung des Problems der Treibhausgase zusammenhängen könnte. Von 1995 bis 1999 verringerte sich nahezu kontinuierlich der Bevölkerungsanteil mit großen Sorgen um den Schutz der Umwelt. Zwischen 1999 und 2000 lässt sich nun im Westen wie im Osten, entsprechend dem Trend bei der Zufriedenheit mit dem Umweltzustand, zunächst ein erneuter Anstieg des Bevölkerungsanteils mit großen Sorgen um den Umweltschutz feststellen. In den darauf folgenden beiden Jahren ging das Ausmaß der Besorgnis jedoch wieder zurück auf das Niveau von 1999.

Tab. 2: Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt und Sorgen um den Umweltschutz in Abhängigkeit von Merkmalen der Wohngegend

	Zufriedenheit mit dem Umweltzustand ¹						»Große Sorgen« um Umwelt- schutz	
	Mittelwert		Eher zufrieden		Eher unzufried.			
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	Mittelwert		in %					
Insgesamt	6,4	6,1	69	63	15	17	23	23
Beeinträchtigung durch Lärm								
Sehr stark/stark	5,4	5,5	47	47	32	29	31	38
Gering/gar nicht	7,3	6,9	84	78	6	9	22	22
Luftverschmutzung								
Sehr stark/stark	4,8	5,0	36	41	42	40	40	55
Gering/gar nicht	7,4	7,0	85	80	5	8	22	21
Mangel an Grünflächen								
Sehr stark/stark	4,5	4,5	33	17	50	40	35	24
Gering/gar nicht	7,2	6,8	81	77	7	10	24	24
Ortsgröße								
bis 2 000 Einwohner	6,8	6,4	78	71	13	13	24	19
2 000 bis < 20 000	6,7	6,3	73	66	12	15	21	20
20 000 bis < 100 000	6,5	6,0	71	60	13	17	22	20
100 000 bis < 500 000	6,2	6,0	64	61	17	17	25	26
500 000 und mehr	5,9	5,2	60	43	21	32	25	39

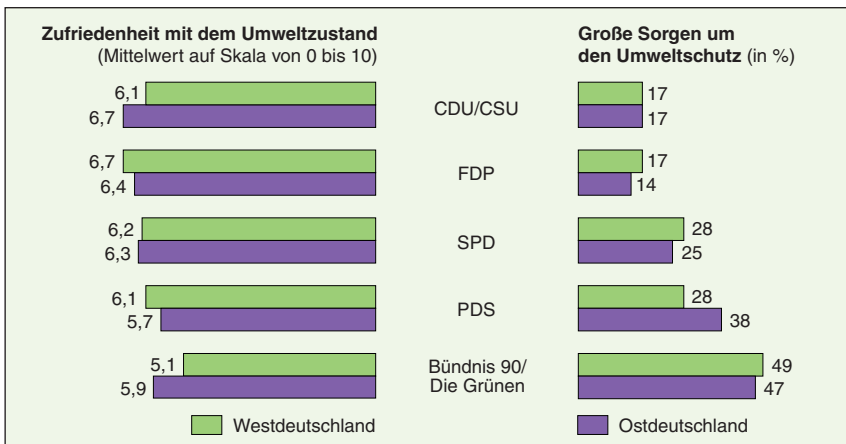
1 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 = »Ganz und gar unzufrieden«, 10 = »Ganz und gar zufrieden«;
Kategorie: »Eher unzufrieden« (0 bis 4), »Eher zufrieden« (6 bis 10).

Datenbasis: SOEP 1999, 2002.

Die Zunahme der Zufriedenheit mit dem Umweltzustand und die Abnahme der Sorgen um den Umweltschutz bis zum Ende der 90er-Jahre korrespondieren mit den einleitend genannten objektiven Verminderungen von Umweltbelastungen und einer Steigerung von Maßnahmen zum Schutz der Umwelt im beobachteten Zeitraum. Die Abhängigkeit der Bewertungen von Umweltzustand und Umweltschutz von der objektiven Umweltsituation lässt sich zwar mit den Daten nicht direkt aufzeigen, aber es können zumindest Befunde angeführt werden, die einen solchen Zusammenhang nahe legen. So ist festzustellen, dass die Unzufriedenheit mit dem Umweltzustand und das Ausmaß an Sorgen um den Umweltschutz bei Personen, die starke Beeinträchtigungen durch Lärm, Luftverschmutzung und einen Mangel an Grünflächen in der Wohngegend angeben, höher ist als bei Personen mit nur geringen Beeinträchtigungen (vgl. Tab. 2). Darüber hinaus variiert die Zufriedenheit mit dem Umweltzustand mit der Größe des Wohnortes. In den großen Städten, die eine vergleichsweise hohe Umweltbelastung aufweisen, ist die Zufriedenheit erheblich geringer als in den kleineren Gemeinden.

In der Zufriedenheit mit dem Umweltzustand und den Sorgen um den Umweltschutz spiegelt sich aber auch das Problembewusstsein in der Bevölkerung wider. Dies wird durch eine Betrachtung der Zusammenhänge mit der Parteidentifikation deutlich: Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen äußern im Westen wie im Osten Deutschlands häufiger große Sorgen um den Schutz der Umwelt und eine geringere Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt als beispielsweise Sympathisanten von CDU/CSU (vgl. Abb. 3). So stellt sich die Frage, ob die vergleichsweise positiven Bewertungen von Umweltzustand und Umweltschutz am Ende der 90er-Jahre nicht doch auch auf ein gesunkenes Problembewusstsein in der Bevölkerung hindeuten.

Abb. 3: Zufriedenheit mit dem Umweltzustand und Sorgen um den Umweltschutz nach Parteipräferenz

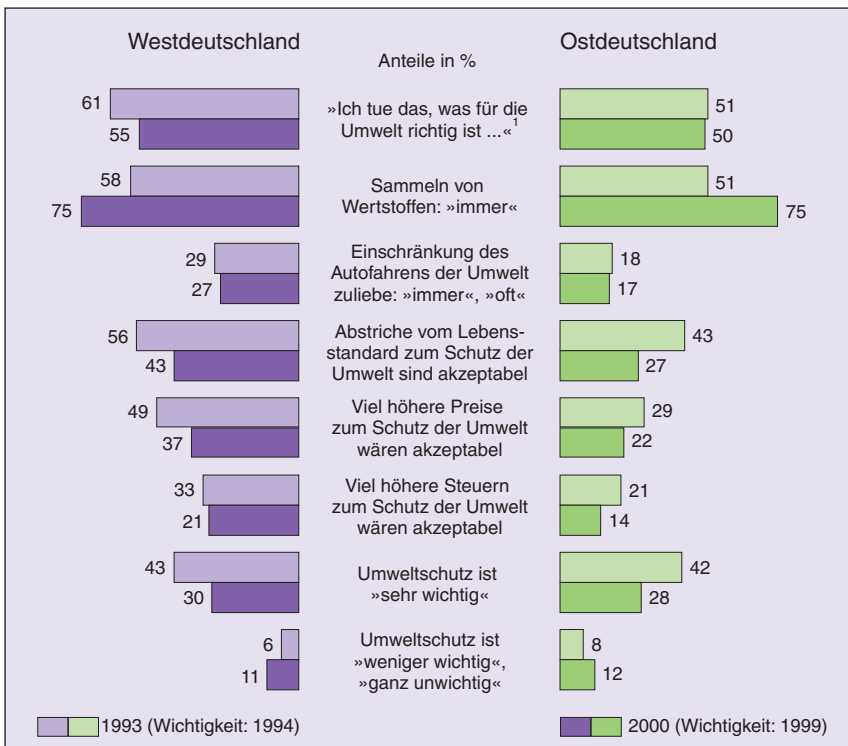


Datenbasis: SOEP 2002.

8.3 Umweltrelevante Einstellungen und Verhaltensweisen

Weitere Hinweise zu dieser Frage erhält man durch die Analyse von Indikatoren, die die Bereitschaft der Bürger, persönlich zum Schutz der Umwelt beizutragen, und den Stellenwert, den sie dem Umweltschutz zumessen, erfassen. Hier zeigt sich zunächst, dass nach wie vor die Mehrheit der Bürger im Jahr 2000 vorgibt, sich umweltgerecht zu verhalten, selbst wenn dies mit einem höheren Aufwand an Geld oder Zeit verbunden ist (vgl. Abb. 4). Gegenüber 1993 hat sich der Anteil der Bevölkerung, der auf einer derart allgemeinen und unverbindlichen Ebene Umweltbewusstsein dokumentiert, nur wenig verringert und liegt im Westen etwas höher als im Osten. Auch wenn man nach konkreten Beiträgen zum Umweltschutz wie nach der Beteiligung an der Sammlung von Wertstoffen fragt, findet man ganz überwiegend ein positives Verhalten in der Bevölkerung. So geben drei Viertel der Bürger im Jahr 2000 an,

Abb. 4: Umweltrelevante Einstellungen und Verhaltensweisen



1 »Ich tue das, was für die Umwelt richtig ist, auch wenn mich das mehr Geld oder Zeit kostet«; Anteile »stimme stark zu« und »stimme eher zu«.

Datenbasis: ISSP 1993, 2000; SOEP 1994, 1999.

immer ihren Müll zu trennen, während es 1993 erst 58 % im Westen und 51 % im Osten waren.

Das Bild ändert sich jedoch, wenn man den Blick auf materielle Opfer und Einschränkungen richtet, die man für die Umwelt hinzunehmen bereit ist. In Westdeutschland fänden es 43 % für sich persönlich akzeptabel, Abstriche von ihrem Lebensstandard zum Schutz der Umwelt zu machen, in Ostdeutschland liegt der entsprechende Anteil mit 27 % noch viel niedriger. Damit ist die Bereitschaft zu Entbehrungen in den neuen wie den alten Ländern gegenüber 1993 erheblich gesunken. Und obwohl nach wie vor die Mehrheit der Deutschen die Luftverschmutzung durch Autos als äußerst oder sehr gefährlich für die Umwelt betrachtet, gibt nur eine Minderheit von 27 % der Autofahrer im Westen und 17 % im Osten an, das Autofahren der Umwelt zuliebe »immer« oder zumindest »oft« einzuschränken. Auch die Akzeptanz höherer Preise und höherer Steuern zum Schutz der Umwelt ist ein Jahr nach Einführung der Ökosteuer und nach In-Kraft-Treten der 2. Stufe von Steuererhöhungen gering und im Vergleich zu 1993 erheblich zurückgegangen. Im Jahr 2000 würden nur etwas mehr als ein Drittel der Westdeutschen und ein Fünftel der Ostdeutschen höhere Preise billigen und die Zustimmung zu höheren Steuern fällt noch geringer aus. Nur 21 % der Bürger in den alten und 14 % der Bürger in den neuen Bundesländern sind bereit, noch höhere Steuern zu bezahlen. Im Jahr 1993 standen noch ein Drittel bzw. ein Fünftel der Bürger Steuererhöhungen positiv gegenüber.

Insgesamt zeigen diese Ergebnisse, dass die Bereitschaft, einen persönlichen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten, bei den meisten Bürgern dort aufhört, wo er mit finanziellen Belastungen und Einschränkungen der Lebensstandards verbunden ist. Die Bereitschaft zu materiellen Opfern ist zwischen 1993 und 2000 zudem erheblich gesunken. Für sich genommen mag dieses Ergebnis zwar kein ausreichendes Indiz für ein abnehmendes Problembewusstsein in der Bevölkerung sein, doch ein weiterer Befund legt die Schlussfolgerung eines sinkenden Stellenwerts von Umweltbelangen am Ende der 90er-Jahre nahe: Der Anteil der Bevölkerung, der Umweltschutz als sehr wichtig für das eigene Wohlbefinden und die Zufriedenheit bezeichnet, ist in den alten Bundesländern von 43 % im Jahr 1994 auf 34 % 1998 und 30 % 1999 zurückgegangen. In den neuen Bundesländern fiel dieser Anteil von 63 % im Jahr 1990 auf 42 % 1994 und 28 % 1999.

Der Stellenwert des Umweltschutzes hat sich vor allem bei jüngeren Bevölkerungsgruppen verringert (vgl. Tab. 3). In der Gruppe der 18- bis 30-Jährigen sank der Anteil, der Umweltschutz als sehr wichtig betrachtet, zwischen 1994 und 1999 im Westen von 42 % auf 24 % und im Osten von 37 % auf 21 %, und der Anteil, der den Umweltschutz für weniger wichtig oder unwichtig hält, stieg von 9 % auf 15 % bzw. von 11 % auf 20 %. Im Westen ging in den jüngeren Altersgruppen außerdem der Anteil, der sich nach eigenen Angaben umweltgerecht verhält, deutlich zurück. Insgesamt findet man somit 1999 bei der älteren Bevölkerung mehr Zustimmung zum Umweltschutz als bei der jüngeren Bevölkerung. Dennoch besteht eine vergleichsweise geringe Bereitschaft der Älteren zu materiellen Einschränkungen, was nur zum Teil durch ein geringeres Einkommen erklärbar ist.

Tab. 3: Umweltrelevante Einstellungen und Verhaltensweisen bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen¹

	»Ich tue, was für die Umwelt richtig ist ...«		Es fänden akzeptabel zum Schutz der Umwelt ...						Umweltschutz ist ...			
			viel höhere Preise		viel höhere Steuern		Abstriche vom Lebensstandard		sehr wichtig		weniger wichtig/ganz unwichtig	
	1993	2000	1993	2000	1993	2000	1993	2000	1994	1999	1994	1999
in %												
<i>Westdeutschland</i>												
Geschlecht												
Männer	59	53	49	37	35	22	56	44	39	25	8	14
Frauen	63	57	48	38	32	19	55	43	46	33	5	8
Alter												
18–30 Jahre	62	44	50	41	34	26	58	55	42	24	9	15
31–44 Jahre	62	52	53	40	35	20	59	44	45	28	6	13
45–64 Jahre	61	62	48	40	33	23	55	43	43	31	5	9
65 Jahre und älter	60	58	44	27	31	14	50	34	41	34	6	8
Schulabschluss												
Ohne/Hauptschule	60	53	41	28	28	13	46	34	43	32	6	10
Mittlere Reife/ Fachhochschulreife	63	58	57	41	39	23	64	48	43	28	4	11
Abitur	63	61	57	53	39	34	68	57	44	29	8	11
Parteipräferenz												
CDU/CSU	65	51	47	33	34	19	56	45	39	29	6	10
FDP	61	49	56	40	30	20	60	42	42	28	3	16
SPD	64	60	54	40	37	22	59	45	48	31	5	10
Bündnis 90/Grüne	75	72	65	74	52	58	77	68	60	45	2	8
PDS										45		9
<i>Ostdeutschland</i>												
Geschlecht												
Männer	46	47	27	26	21	16	42	26	40	26	9	14
Frauen	55	52	31	18	20	11	44	27	44	30	8	11
Alter												
18–30 Jahre	47	46	27	27	22	10	47	30	37	21	11	20
31–44 Jahre	50	42	35	25	23	17	46	28	34	19	10	16
45–64 Jahre	53	53	29	17	21	12	43	25	49	33	5	8
65 Jahre und älter	55	60	26	19	14	15	34	24	46	39	9	6
Schulabschluss												
Ohne/Hauptschule	50	56	26	19	18	13	34	22	48	37	7	8
Mittlere Reife/ Fachhochschulreife	50	46	27	19	17	12	44	26	39	25	8	13
Abitur	53	50	38	36	31	21	54	39	35	19	11	13
Parteipräferenz												
CDU/CSU	51	47	33	25	27	11	42	29	43	28	10	12
FDP			33		21		41		29		7	
SPD	56	56	34	17	23	16	47	28	54	33	5	6
Bündnis 90/Grüne	70		39		37		58		56	55	1	4
PDS	48	46	30	24	18	15	49	29	43	36	7	12

¹ Zu Formulierungen und Antwortkategorien der Items siehe Abb. 4.

Datenbasis: ISSP 1993, 2000; SOEP 1994, 1999.

Die Akzeptanz von höheren Preisen und Steuern und von Einschränkungen des Lebensstandards ist bei Personen mit höherer Bildung deutlich größer als in den unteren Bildungsschichten, und zwar unabhängig vom Einkommensniveau der jeweiligen Haushalte. Sie ist aber auch hier gegenüber 1993 zurückgegangen. Eine verringerte Bereitschaft, Abstriche vom erreichten Wohlstandsniveau zu machen, findet man zudem quer durch alle Parteianhänger. Zwar ist im Westen unter den Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen die Zustimmung zu höheren Preisen und Steuern etwas gestiegen, doch eine Absenkung des Lebensstandards zum Schutz der Umwelt wird auch von dieser Bevölkerungsgruppe in geringerem Maße für akzeptabel gehalten als noch wenige Jahre zuvor. Darüber hinaus messen sie auch dem Umweltschutz generell 1999 weniger Bedeutung zu als 1994. Nach wie vor treten Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen jedoch am stärksten für den Schutz der Umwelt ein.

Das Ergebnis eines abnehmenden Problembewusstseins in der Bevölkerung für Belange der Umwelt wird durch Erhebungen des Umweltbundesamtes bestätigt. Danach scheint das Jahr 2000 aber bereits den Beginn einer Trendwende hin zu einem wieder steigenden Stellenwert der Umweltthematik zu markieren. Dies stimmt mit dem hier präsentierten Befund einer Zunahme der Unzufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt nach 1999 überein. Es bleibt abzuwarten, ob in den nächsten Jahren Probleme des Umweltschutzes für die Bürger weiterhin wieder subjektiv an Bedeutung gewinnen oder durch andere wichtige gesellschaftspolitische Themen wie Arbeitslosigkeit, Reformen des Systems der sozialen Sicherung oder Staatsverschuldung eher in den Hintergrund gedrängt werden.

(Regina Berger-Schmitt)

Weitere Informationen zum Thema Umwelt siehe Teil I, Kap. 19, zum Thema Umwelt und Verkehrsverhalten Teil I, Kap. 17.

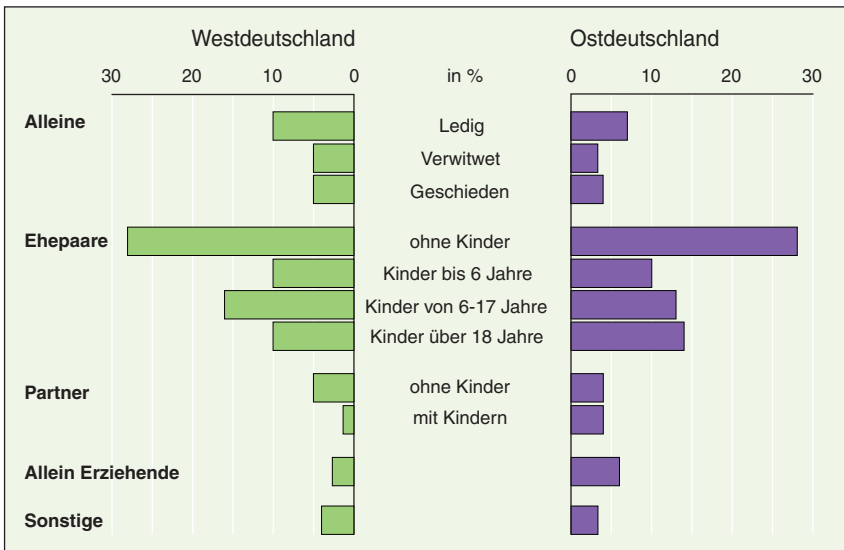
9 Familie

In der öffentlichen Diskussion wird im Zusammenhang mit der Familie eine Reihe von Problemfeldern zum Teil kontrovers diskutiert. Die Familienfreundlichkeit von Arbeitswelt, Kinderbetreuungseinrichtungen und Schule wird in Frage gestellt. Die Verbindung von Erwerbstätigkeit und Erziehung von Kleinkindern erweist sich für viele Frauen als schwer vereinbar. Auf der anderen Seite wirft der steigende Anteil alter Menschen erhebliche Probleme für das System der sozialen Sicherung auf und bringt auch hohe Anforderungen in Form von Hilfeleistungen und Unterstützung für alte Familienmitglieder in den privaten Haushalten mit sich. In Deutschland gibt es eine staatliche Verpflichtung die Familie zu fördern. In Artikel 6 des Grundgesetzes ist festgelegt, dass diese Förderung nicht nur Familien mit Kindern, sondern auch verheirateten Paaren zuteil werden muss. Die staatliche Familienpolitik ist in erster Linie auf die Umverteilung von Geldmitteln zugunsten von Familien ausgerichtet. Der Familienpolitik wird von den Parteien im Deutschen Bundestag eine zentrale Stellung in den Wahlprogrammen zugewiesen. Insgesamt sind allerdings Wandlungstendenzen zu beobachten, die Zweifel am hohen Stellenwert der Familie in der Gesellschaft aufkommen lassen. Aus der zunehmenden Verbreitung alternativer Lebensformen neben der traditionellen Kernfamilie, bei rückläufigen Geburtenraten und hohen Scheidungszahlen, wird auch ein Bedeutungsverlust der Familie in der Bevölkerung gefolgert. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden dargestellt, welche Lebens- und Familienformen in der Bundesrepublik vorherrschen, wie sich die Familiengründung und die Ehestabilität in der Folge von Geburtsjahrgangskohorten verändert haben, aber auch welche subjektiven Einschätzungen zu Familie, Partnerschaft und Kindern in der Bevölkerung zu beobachten sind.

9.1 Lebens- und Familienformen

In Deutschland lebt mehr als ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung (18 Jahre und älter) in einer Kernfamilie, d. h. zusammen mit einem Ehepartner und mindestens einem Kind. Während in Ostdeutschland ein höherer Anteil von Ehepaaren mit erwachsenen Kindern zusammenlebt als in Westdeutschland, ist der Anteil mit minderjährigen Kindern in den neuen Bundesländern etwas kleiner. Dies ist nicht zuletzt auf Auswirkungen des Rückgangs der Heirats- und Geburtenzahl seit dem Ende der DDR zurückzuführen. Das Familienleben im Alter ist auch durch den Tod des Ehepartners gekennzeichnet: 5 % aller Männer und Frauen in Deutschland sind verwitwet und leben alleine in einem Haushalt. Da Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als Männer und Ehefrauen meistens jünger sind als ihre Ehemänner, überwiegen ältere Frauen in dieser Lebensform. Auch Eheaufösungen durch Scheidungen schlagen

Abb. 1: Lebens- und Familienformen in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: Allbus 2002.

sich in der Verteilung der Lebensformen nieder. Bei den Anteilen der geschiedenen Alleinlebenden sind nur geringe Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland (4 % bzw. 5 %) festzustellen. Durch neue Partnerschaften und Wiederverheiratung bleibt der Umfang dieser Lebensform begrenzt.

In den Medien wird im Zusammenhang mit der Ausbreitung so genannter »alternativer Lebensformen« über eine Krise der Familie diskutiert. Die größte Gruppe stellen in diesem Zusammenhang »Singles« dar. So leben in den alten Bundesländern 10 % der Befragten und in den neuen Bundesländern 7 % ledig und alleine in einem Haushalt. Seit dem Ende der DDR hat sich auch in Ostdeutschland diese Lebensform weiter ausgebreitet. Der Anteil von unverheirateten Paaren ohne Kinder unterscheidet sich nicht wesentlich zwischen West- und Ostdeutschland, während unverheiratete Paare mit Kindern in den neuen Bundesländern einen höheren Anteil aufweisen als in den alten Bundesländern.

Eine gesunkene Heiratsneigung bedeutet nicht, dass jüngere Männer und Frauen auf dauerhafte Partnerschaft verzichten. So haben in den alten und in den neuen Bundesländern jeweils mehr als ein Drittel der Personen, die nicht mit einem Ehepartner zusammenleben, dennoch einen festen Lebenspartner (vgl. Tab. 1).

Neben Auflösungstendenzen kommen bei Heirat und Familienbildung auch religiöse Bindungen zum Tragen, die sich ehestabilisierend auswirken. Der Anteil kirchlicher Eheschließungen unterscheidet sich ganz erheblich zwischen den alten und neuen

Tab. 1: Lebenspartnerschaften

	Westdeutschland	Ostdeutschland
	in %	
Fester Lebenspartner – bei Ledigen, getrennt Lebenden und Verwitweten		
Ja	37	39
Nein	63	61

Datenbasis: ALLBUS 2002.

Bundesländern (vgl. Tab. 2). Während in den neuen Bundesländern in den beiden jüngeren Altersgruppen bis 45 Jahre nur 19 % bzw. 16 % der Verheirateten kirchlich getraut wurden, sind es in den alten Bundesländern mit 62 % und 65 % deutliche Mehrheiten. In den älteren Geburtsjahrgängen ist zwar insgesamt eine kirchliche Trauung häufiger zu beobachten, die Differenzen zwischen Ost und West sind aber auch bei diesen Geburtsjahrgängen deutlich ausgeprägt.

Tab. 2: Zusammenleben vor der Ehe und kirchliche Trauungen von Ehepartnern

	Altersgruppen							
	18–30 Jahre		31–45 Jahre		46–60 Jahre		61 und älter	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Verheiratete, kirchlich getraut								
Ja	62	19	65	16	74	27	86	51
Nein	39	81	36	84	26	73	14	49
Heute ggf. kirchliche Trauung mit Lebenspartner?								
Ja	67	27	34	20	32	16	/	/
Nein	33	73	66	80	68	84	/	/

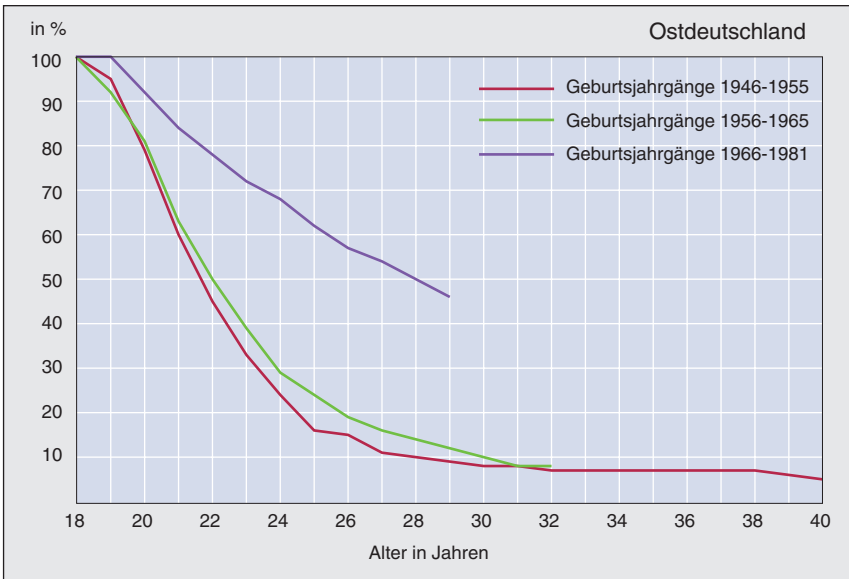
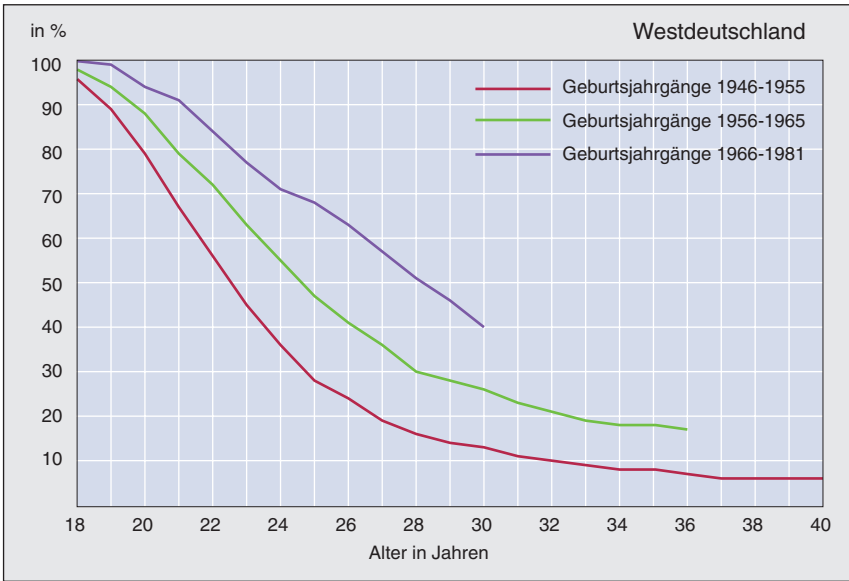
/ Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 2002.

9.2 Heiratsalter und Ehedauer

Der sozialstrukturelle Wandel im Bereich der Familie ist letztlich auf Verhaltensänderungen zurückzuführen. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, ob und in welchem Alter Männer und Frauen heiraten und auch wie stabil die Ehen sind. Ein Wandel in der Heiratsneigung lässt sich anhand der Quote von bisher Unverheirateten im Alter von 18 bis 40 Jahren anschaulich darstellen. Die Kurve zeigt, welcher Anteil einer Kohorte von Geburtsjahrgängen zu bestimmten Lebensjahren noch keine Ehe geschlossen hat. Der Verlauf der Kurve unterscheidet sich deutlich zwischen den verschiedenen Geburtskohorten in den alten Bundesländern (vgl. Abb. 2). Seit den Geburtsjahrgängen der frühen fünfziger Jahre bleiben in der jeweils jüngeren Kohorte immer mehr junge Frauen länger ledig, und die Kurven zeigen dementspre-

Abb. 2: Der Anteil unverheirateter Frauen nach Altersgruppen



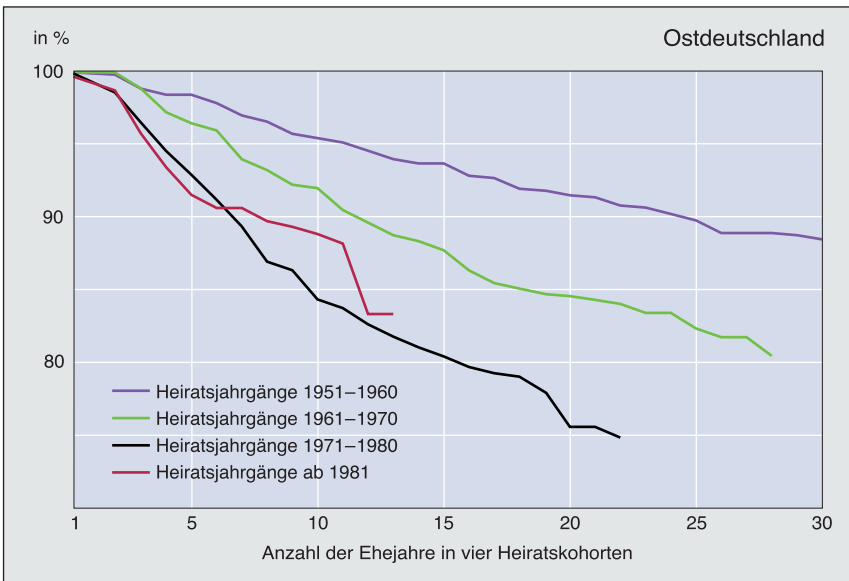
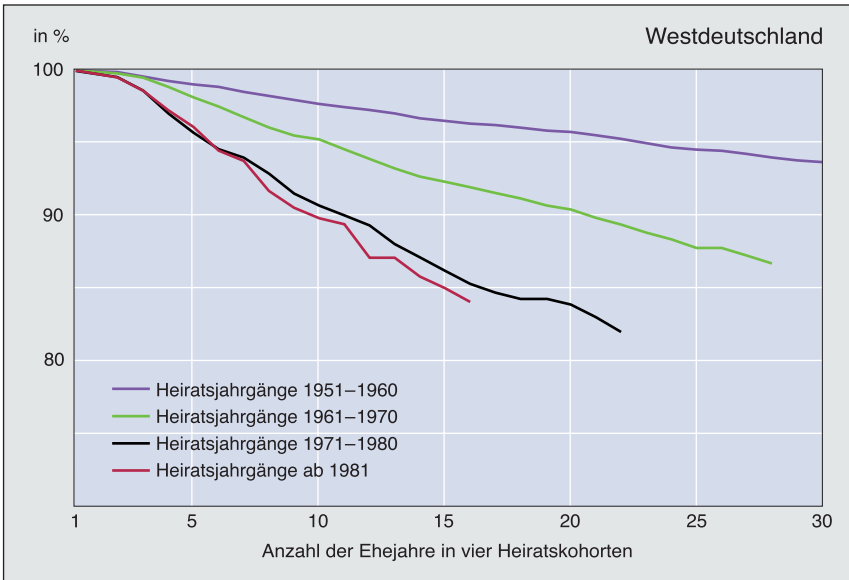
Datenbasis: ALLBUS 1980–2000 (kumuliert).

chend einen flacheren Verlauf. Während in der ältesten Kohorte nahezu 80 % bereits mit 26 Jahren verheiratet waren, trifft das nur für 60 % der nächst jüngeren Kohorte (1956–1965) zu. Bei der jüngsten Kohorte verläuft der Heiratsprozess noch langsamer, d. h. es wird noch später eine Ehe geschlossen. Bei dieser Geburtskohorte haben auch mit dem Ende des dritten Lebensjahrzehntes erst 60 % eine Ehe geschlossen. Dieser Anstieg des Heiratsalters fand zeitgleich mit der Bildungsexpansion statt. Allein durch die längere Ausbildungsdauer der davon profitierenden Kohorten ist ein Aufschub bei der Erstheirat zu erwarten, da meist erst nach dem Abschluss der schulischen und beruflichen Ausbildung geheiratet wird. Diskutiert wird auch, ob durch die höhere Bildung und die verbesserten beruflichen Möglichkeiten für Frauen die Attraktivität einer Heirat gesunken ist und somit nicht nur ein Aufschub der Heirat, sondern auch dauerhaft höhere Ledigenquoten zu verzeichnen sind. Wenn auch für die allerjüngsten Jahrgänge nur Prognosen möglich sind, so sind weniger als 20 % der westdeutschen Frauen, die zwischen 1956 und 1965 geboren sind, bis zum 40. Lebensjahr unverheiratet geblieben.

In Ostdeutschland ist eine andere Entwicklung zu beobachten als in Westdeutschland. Die weitgehende Eingliederung der Frauen in die berufliche Ausbildung und das Berufsleben hat sich in der damaligen DDR nicht in einem höheren Heiratsalter niedergeschlagen. Allerdings waren auch die Wahlmöglichkeiten geringer und ein Leben außerhalb der elterlichen Wohnung wurde für junge Männer und Frauen in der Regel nur über eine Heirat oder Elternschaft ermöglicht. In den beiden älteren Kohorten in Ostdeutschland wurde der überwiegende Teil der Ehen innerhalb einer kurzen Altersspanne geschlossen: Bereits bis zum Ende des 25. Lebensjahres waren nahezu 80 % der Frauen verheiratet. Erst in der jüngsten Kohorte, den Geburtsjahrgängen ab 1966, ist eine erhebliche Veränderung festzustellen. Es wird nun auch in den neuen Bundesländern deutlich später geheiratet. Hier zeigt sich aus der Kohortenperspektive der drastische Rückgang in der Heiratsneigung nach dem Ende der damaligen DDR. In den neuen Bundesländern fand damit eine rasche Annäherung an die alten Bundesländer in Richtung eines deutlich gestiegenen Heiratsalters und höherer Ledigenquoten statt. Zunehmende Wahlmöglichkeiten, aber auch wirtschaftliche und soziale Unsicherheiten, die mit dem sozialen Transformationsprozess auftraten, haben wohl maßgeblich zu dieser raschen Veränderung des Verhaltens beigetragen.

In der Diskussion um Auflösungstendenzen der Ehe wird vielfach auf gestiegene Scheidungszahlen verwiesen. Im Vergleich zur amtlichen Ehescheidungsstatistik ist zu berücksichtigen, dass das Scheidungsrisiko durch Daten, die auf Bevölkerungstichproben beruhen, unterschätzt wird. Dennoch kann man davon ausgehen, dass Zusammenhänge sozialstruktureller Merkmale mit dem Scheidungsrisiko deshalb nicht verzerrt werden. Für die Abfolge von Eheschließungskohorten in den alten Bundesländern ist eine Abnahme der Stabilität von Ersten zu erkennen. So steigen bei den jeweils jüngeren Kohorten die Anteile derjenigen deutlich, die nach 5, 10 oder 15 Ehejahren geschieden wurden. Allerdings ist bei der jüngsten Heiratskohorte, deren Ehen zwischen 1981 und 2000 geschlossen wurden, keine wesentliche Zunahme der Scheidungshäufigkeit mehr zu erkennen. Während Frauen mit hoher beruflicher Qua-

Abb. 3: Ehedauer bis zur Scheidung (1. Ehen)



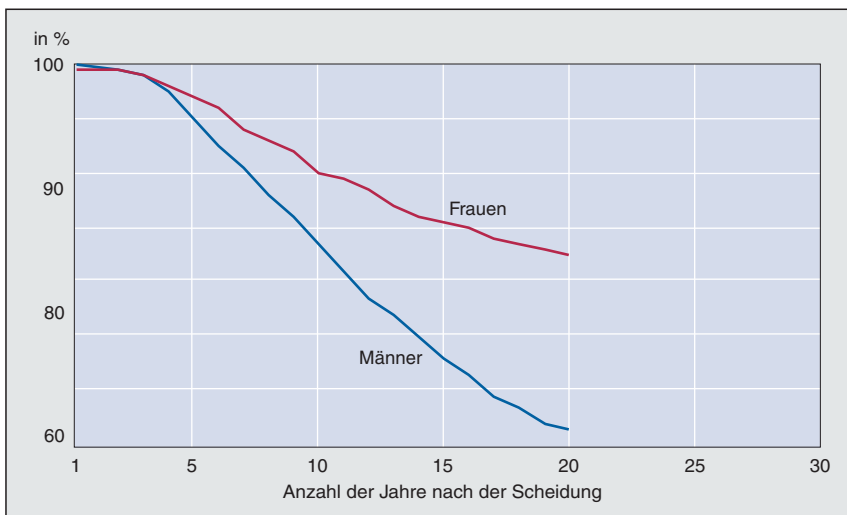
Datenbasis: ALLBUS 1980–2000 (kumuliert).

lifikation bereits in den älteren Geburtsjahrgängen ein höheres Scheidungsrisiko aufwiesen, ist in den jüngeren Kohorten auch das Scheidungsrisiko bei Frauen mit niedriger beruflicher Qualifikation angestiegen. Damit hat eine Angleichung des Scheidungsverhaltens zwischen den Bildungsgruppen stattgefunden.

Früher als in den alten Bundesländern ist in Ostdeutschland bereits in der Heiratskohorte 1961 bis 1970 ein Anstieg des Scheidungsrisikos zu verzeichnen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass eine Scheidung in der damaligen DDR in Bezug auf Unterhaltsverpflichtungen und Versorgungsausgleich aufgrund der rechtlichen Lage sowie der überwiegenden Vollerwerbstätigkeit von Männern und Frauen nur geringe Folgen hatte. Dementsprechend waren die Hürden einer Scheidung auch niedriger als in Westdeutschland. In der jüngeren Heiratskohorte 1971–80 war nach 15 Ehejahren etwa jede fünfte Ehe geschieden. Wie in Westdeutschland ist bei den Heiratsjahrgängen ab 1981 kein anhaltender Trend zu einer weiteren Abnahme der Ehestabilität zu erkennen. Vor allem Menschen, die in Großstädten leben, unterliegen in den neuen, aber auch in den alten Bundesländern einem erhöhten Scheidungsrisiko.

Ehen werden sowohl durch Scheidung als auch Verwitwung aufgelöst, und Betroffene können – abhängig vom Alter – erneut eine Ehe schließen. Die älteren Geburtsjahrgänge waren durch die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs häufig auch in jüngeren Jahren von Verwitwung betroffen, bei den jüngeren Jahrgängen hat das gestiegene Scheidungsrisiko vermehrt zu Eheaufösungen geführt. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind bei der Wiederverheiratung deutlich ausgeprägt. Abb. 4

Abb. 4: Scheidung und Wiederverheiratung: Anteil der Geschiedenen nach Anzahl der vergangenen Jahre nach der Scheidung



Datenbasis: ALLBUS 1980–2000 (kumuliert).

zeigt die höheren Wiederverheiratsquoten von Männern gegenüber Frauen. Bei Wiederverheiratsquoten spielt die höhere Mortalität von Männern eine erhebliche Rolle, da sich dadurch Ungleichgewichte auf dem Heiratsmarkt ergeben, die sich auf die Chancen einer erneuten Heirat auswirken. Mit zunehmendem Alter, aber auch mit der Dauer der Erstehe, sinkt die Wiederverheiratsrate. Neben emotionalen Aspekten können hier auch Versorgungsansprüche, die im Laufe einer langjährigen Ehe hinweg erworben wurden, einer erneuten Heirat entgegenstehen. Dies trifft im besonderen Maße für Frauen zu. Auch die Art der Eheauflösung ist nicht unwesentlich für die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Heirat. Da Scheidungen meist früher im Verlauf einer Ehe auftreten als der Tod des Partners, ist bei Geschiedenen schon deshalb eine stärkere Neigung zur erneuten Heirat zu beobachten als bei Verwitweten.

9.3 Einstellungen zu Familie, Heirat und Kinderwünschen

Sinkende Heiratsneigung und Ehestabilität werden häufig als Ergebnis einer abnehmenden subjektiven Bedeutung der Familie in der Bevölkerung gewertet. Es stellt sich daher die Frage, welche Bedeutung der Familie für das emotionale Wohlbefinden in Ost und West zugeschrieben wird. Auf die Frage, ob man eine Familie braucht, um glücklich zu sein, oder ob man alleine genauso glücklich leben kann, gibt die überwiegende Mehrheit in den alten und neuen Bundesländern an, dass eine Familie Voraussetzung ist, um glücklich zu sein (vgl. Tab. 3). Bei älteren Menschen ab 61 Jahren ist diese Ansicht am weitesten verbreitet. Unter jüngeren Männern und Frauen, vor allem in den alten Bundesländern, findet sich ein Anteil von etwa einem Fünftel, der glaubt, dass man alleine genauso glücklich oder glücklicher leben kann. In den neuen Bundesländern findet diese Ansicht nur in der jüngsten Altersgruppe bis 30 Jahre eine weitere Verbreitung. Überwiegend wird der Familie dennoch eine zentrale Rolle für das persönliche Glück zugeschrieben.

Gibt es im Zeitverlauf einen Wandel in der subjektiven Bedeutung der Familie? Von besonderer Bedeutung sind die Einstellungen hierzu von jüngeren Männern und Frauen, die mit der Entscheidung zur Familienbildung konfrontiert sind. In den alten Bundesländern ist bei Befragten bis 30 Jahre seit den neunziger Jahren sogar ein Anstieg des Anteils der Befragten, die angeben, dass man eine Familie zum Glücklichsein braucht, zu erkennen (vgl. Abb. 5). Während 1988 nur noch 43 % dieser Altersgruppe der Familie eine hohe Bedeutung für das persönliche Glück zuschrieben, waren es ab 2000 sogar 70 %. Dies zeigt für junge Menschen in den alten Bundesländern einen erheblichen Wiederanstieg der subjektiven Bedeutung der Familie. In den neuen Bundesländern liegen die entsprechenden Anteile seit 1991 unverändert bei ebenfalls etwa 70 %. Eine Tendenz zu einer abnehmenden Bedeutung der Familie im Allgemeinen ist jedenfalls nicht zu erkennen. Spezifische Einstellungen zu Partnerschaft und Heirat können allerdings davon abweichen.

Abb. 5: Anteil der jungen Erwachsenen, der angibt
 »Man braucht eine Familie zum Glück« 1980–2002



Datenbasis: Allbus 1980–2002.

Tab. 3: Einstellungen zu Familie und Eheschließung

	Altersgruppen							
	18–30 Jahre		31–45 Jahre		46–60 Jahre		61 und älter	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
in %								
Braucht man Familie zum Glück?								
Man braucht Familie zum Glück	70	68	63	72	71	84	80	91
Ohne Familie gleich glücklich/ glücklicher	19	25	27	19	22	12	13	7
Unentschieden	11	7	10	9	7	5	7	1
Heirat bei dauerndem Zusammenleben?								
Ja	39	27	44	44	53	61	74	83
Nein	49	59	46	46	35	26	15	11
Unentschieden	12	15	10	10	12	13	11	6
Ist ein Kind Grund für eine Heirat?								
Ja	39	27	37	22	56	38	60	38
Nein	47	59	46	68	32	49	21	38
Unentschieden	14	15	17	10	12	13	19	24

Datenbasis: ALLBUS 2002.

Wann sollen Lebenspartner eine Ehe schließen? Welche Einstellungen findet man hierzu in der Gesellschaft? Weit verbreitet ist die Ansicht, dass man heiraten sollte, wenn man mit einem Partner auf Dauer zusammenlebt. Zwischen 53 % und 83 % der Männer und Frauen ab 46 Jahren vertreten diese Ansicht, in den jüngeren Altersgruppen sind die entsprechenden Anteile deutlich kleiner. Vor allem bei den 18- bis 30-Jährigen in den neuen Bundesländern stellt ein dauerhaftes Zusammenleben von Partnern keinen Grund für eine Heirat dar.

Ist ein Kind Grund für eine Heirat? Gerade in dieser Einschätzung gibt es erhebliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen. In Ostdeutschland überwiegen diejenigen, die das nicht befürworten. Gleichzeitig ist in den neuen Bundesländern auch die Gruppe derjenigen groß, die dazu keine klare Meinung haben. In West-

Tab. 4: Familie und subjektives Wohlbefinden

	Wie glücklich alles in allem mit Leben? ¹	Wie zufrieden mit Familienleben? ¹
	in %	
Alleine lebend		
Ledig	3,2	3,0
Verwitwet	3,4	3,2
Geschieden	3,5	3,8
Ehepaare		
Ohne Kinder	2,8	2,2
Kinder unter 6 Jahren	2,6	2,3
Kinder von 6–17 Jahren	2,7	2,4
Kinder ab 18 Jahren	2,8	2,3
Partner		
Ohne Kinder	2,7	2,2
Mit Kinder	2,8	2,4
Allein Erziehende	3,3	2,8
Sonstige	2,9	2,5

1 Skala von 1 bis 7 (1 = völlig glücklich, 7 = völlig unglücklich; 1 = völlig zufrieden, 7 = völlig unzufrieden).
Datenbasis: ISSP 2002.

deutschland vertritt dagegen zumindest noch in den beiden höheren Altergruppen die Mehrheit die Ansicht, dass ein Kind ein Grund für eine Heirat ist. Sogar in den jüngeren Altersgruppen ist diese Meinung in den alten Bundesländern mit 39 % bzw. 37 % erheblich weiter verbreitet als in den neuen Bundesländern mit 27 % bzw. 22 %.

Der Familie kommt nicht nur in der Einschätzung der Bevölkerung eine zentrale Bedeutung zu, sie wird auch mit einer hohen Zufriedenheit bewertet. Die Zufriedenheit mit dem Familienleben ist bei unverheirateten Partnern und Ehepaaren ohne Kinder am höchsten. Nichteheliche Lebensgemeinschaften unterscheiden sich dabei nicht von Ehepaaren. Das etwas geringere Zufriedenheitsniveau bei Ehepartnern mit Kindern weist darauf hin, dass in Erziehungsphasen die Familienzufriedenheit etwas absinkt. Hier dürften die alltäglichen Belastungen der Kindererziehung

das subjektive Wohlbefinden durchaus beeinträchtigen. Alleine Lebende nehmen oft Defizite bei ihrem Familienleben wahr und weisen auch das niedrigste Zufriedenheitsniveau auf.

Neben der eher spezifischen Einschätzung des Familienlebens kann die Bewertung, ob man ein glückliches Leben führt, als übergreifendes Maß des emotionalen Wohlbefindens interpretiert werden. Auch hier findet man deutliche Zusammenhänge mit der Lebensform. Vor allem Männer und Frauen, die geschieden sind oder getrennt vom Partner leben, sind unglücklicher als Menschen in partnerschaftlichen Lebensformen. Paare mit Kindern sind dagegen am glücklichsten mit dem Leben. Der enge Zusammenhang zwischen der Familienzufriedenheit und einem glücklichen Leben unterstreicht die Bedeutung von Familie und vor allem Partnerschaft für das subjektive Wohlbefinden.

(Stefan Weick)

Weitere Informationen zum Thema Haushalts- und Lebensformen siehe Teil I, Kap. 1.6, zum Thema Heirat und Scheidungen Teil I, Kap. 1.7.

10 Zeitverwendung

Wenn man von Wohlstand in modernen Gesellschaften spricht, wird zunehmend nicht nur der ökonomische Wohlstand, der Besitz von materiellen Gütern, diskutiert, sondern auch der Besitz eines wichtigen immateriellen Gutes, nämlich der Zeit. Bereits in den klassischen Wohlfahrtskonzepten, in denen die individuelle und gesellschaftliche Lebensqualität im Vordergrund steht, wird die Verfügbarkeit von Zeit als wichtiger Indikator thematisiert. In der öffentlichen Diskussion der vergangenen Jahre hat sich zunehmend der Begriff des »Zeitwohlstands« etabliert, mit dem – abgeleitet aus der Ökonomie – ein Aspekt von Lebensqualität umschrieben wird. Zwar ist die Diskussion noch in den Anfängen, aber es ist durchaus vorstellbar, was »Zeitwohlstand« oder »Zeitarmut« bedeuten kann. Vor allem vor dem Hintergrund des deutlichen Rückgangs der durchschnittlichen tariflichen Arbeitszeit in den vergangenen vierzig Jahren von rd. 44 Stunden 1960 in den alten Ländern auf rd. 37 Stunden 2001 (im Osten rd. 39 Stunden) (vgl. Teil I) stellt sich die Frage, wie die verbleibende Zeit genutzt wird und warum sich angeblich immer mehr Menschen in ihrem Alltag gestresst oder gequält fühlen.

10.1 Die Zeitverwendung der Deutschen

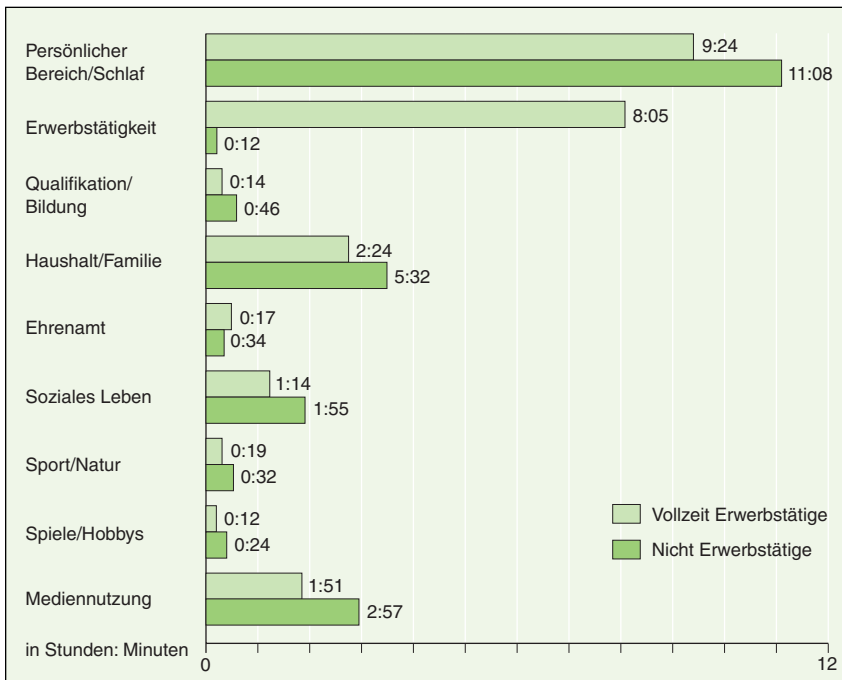
Seit einigen Jahren gibt es für das Thema Zeitverwendung in Deutschland umfangreiche Informationen aus den vom Statistischen Bundesamt in den Jahren 1991/92 und 2001/02 durchgeführten Zeitbudgeterhebungen. Im Rahmen dieser Erhebungen wurden jeweils rd. 35 000 Tagebücher erstellt, in denen die Befragten im 5- bzw. 10-Minuten-Takt angaben, welche Aktivitäten sie über den Tag verteilt ausübten. Dadurch wurde es erstmals möglich, systematisch die Zeitverwendung der Deutschen zu untersuchen.

Da die Erwerbsarbeit (sofern sie ausgeübt wird) das strukturierende Merkmal der alltäglichen Zeitverwendung darstellt und für diese Aktivität üblicherweise die höchste Form von Verpflichtung besteht, ist es erforderlich, in den Analysen zwischen Erwerbstätigen und nicht Erwerbstätigen zu unterscheiden. Die alltägliche Arbeitszeit wird oftmals auch als »Pflock« beschrieben, »um den herum« die anderen Aktivitäten arrangiert werden müssen. In Abbildung 1 wurde die alltägliche Zeitverwendung der 1991/92 und 2001/02 befragten Erwachsenen danach unterschieden, ob sie an Wochentagen Vollzeit erwerbstätig waren oder nicht.

Vollzeiterwerbstätige verwandten 2001/02 an einem Werktag knapp 10 Stunden für Schlaf und Regeneration, knapp ein Drittel des Tages war durch die Erwerbsarbeit gebunden und für Haushalt und Familie wurde mit rd. zwei Stunden ähnlich viel Zeit verwendet wie für die Mediennutzung. Im Vergleich zu 1991/92 wurde etwas weniger

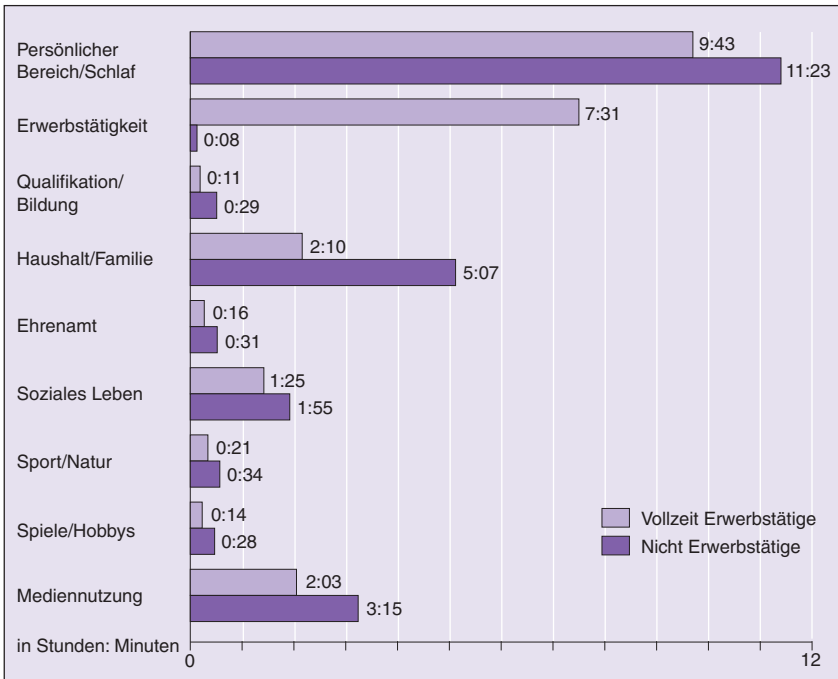
Zeit für die Erwerbsarbeit sowie für Haushalt und Familie, dagegen etwas mehr Zeit für Mediennutzung, soziales Leben und Qualifikation/Bildung verwendet. Allerdings fallen die Veränderungen zwischen den beiden Erhebungsjahren relativ gering aus. Nicht erwerbstätige Erwachsene wandten dagegen 2001/02 an einem Werktag deutlich mehr Zeit für Schlafen und Regeneration (über 11 Stunden) auf und beschäftigten sich in der restlichen Zeit vorwiegend mit Tätigkeiten für den Haushalt und die Familie (über fünf Stunden), gefolgt von der Mediennutzung (über drei Stunden). Wie Tabelle 1 zu entnehmen ist, sinkt an Werktagen mit zunehmendem Umfang der Erwerbstätigkeit zum einen systematisch die Zeit, die für Schlaf und Regeneration verbleibt, zum anderen aber auch der Zeitanteil, der für Haushaltstätigkeiten, Familie und Mediennutzung eingesetzt wird. Der Zeitanteil für andere Aktivitäten, wie z. B. für soziales Leben (Gespräche, Besuche, soziale Kontakte) und Unterhaltung (Kino, Theater usw.), ehrenamtliche Tätigkeiten und informelle Hilfe (z. B. Kinderbetreuung für andere Haushalte), Teilnahme an sportlichen Aktivitäten, Hobbys und Spielen sinkt an Werktagen ebenfalls kontinuierlich in dem Maße, in dem der Umfang der Erwerbsarbeit

Abb. 1a: Zeitaufwand für verschiedene Aktivitäten an einem Werktag – Erwachsene 1991/1992



Datenbasis: Zeitbudgeterhebungen des Statistischen Bundesamtes.

Abb. 1b: Zeitaufwand für verschiedene Aktivitäten an einem Werktag – Erwachsene 2001/2002



Datenbasis: Zeitbudgeterhebungen des Statistischen Bundesamtes.

zunimmt. Dieses Muster zeigt, dass die Erwerbstätigkeit maßgeblich den Alltag der Befragten strukturiert und von diesen Verpflichtungen für die Erwerbsarbeit die Freiräume für alle anderen Aktivitäten abhängig sind.

10.2 Zeit für Haushalt und Familie und Zeit für Mediennutzung

Besonders deutlich werden die Unterschiede zwischen Erwerbstätigen und nicht Erwerbstätigen sowie zwischen Männern und Frauen in zwei Bereichen der Aktivitäten: erstens der Haushaltsführung und Betreuung der Familie sowie zweitens der Mediennutzung. Hier lassen sich – in nahezu unveränderter Deutlichkeit im Zeitverlauf – die unterschiedlichen Rollenmodelle der Geschlechter erkennen. Dies verdeutlicht auch Abbildung 2, in der die Zeitverwendung nach Umfang der Erwerbstätigkeit für

Tab. 1: Zeitverwendung für bestimmte Aktivitäten nach Werktagen und Wochentagen sowie nach Umfang der Erwerbstätigkeit (in Stunden und Minuten)

	Aktivität in Stunden: Montag bis Freitag				Aktivität in Stunden: Samstag und Sonntag			
	Erwachsene nach Umfang der Erwerbstätigkeit				Erwachsene nach Umfang der Erwerbstätigkeit			
	Vollzeit	Teilzeit	Gering- fügig	Nicht	Vollzeit	Teilzeit	Gering- fügig	Nicht
	Mittelwert							
Schlaf, persönlicher Bereich	9:43	10:17	10:43	11:23	11:58	11:56	11:52	12:03
Erwerbstätigkeit	7:31	4:17	1:35	0:08	1:13	0:58	0:42	0:02
Qualifikation/Bildung	0:11	0:10	1:08	0:29	0:07	0:05	0:22	0:10
Haushaltsführung/ Betreuung der Familie	2:10	4:39	4:43	5:07	2:60	4:07	3:29	3:38
Ehrenamt, informelle Hilfe	0:16	0:17	0:33	0:31	0:27	0:28	0:27	0:29
Soziales Leben und Unterhaltung	1:25	1:33	1:58	1:55	2:49	2:40	2:59	2:38
Teilnahme an sportlichen Aktivitäten	0:21	0:23	0:27	0:34	0:44	0:45	0:43	0:46
Hobbys und Spiele	0:14	0:14	0:22	0:28	0:27	0:18	0:26	0:30
Massenmedien	2:03	2:01	2:24	3:15	3:02	2:30	2:46	3:30

Datenbasis: Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes 2001/2002.

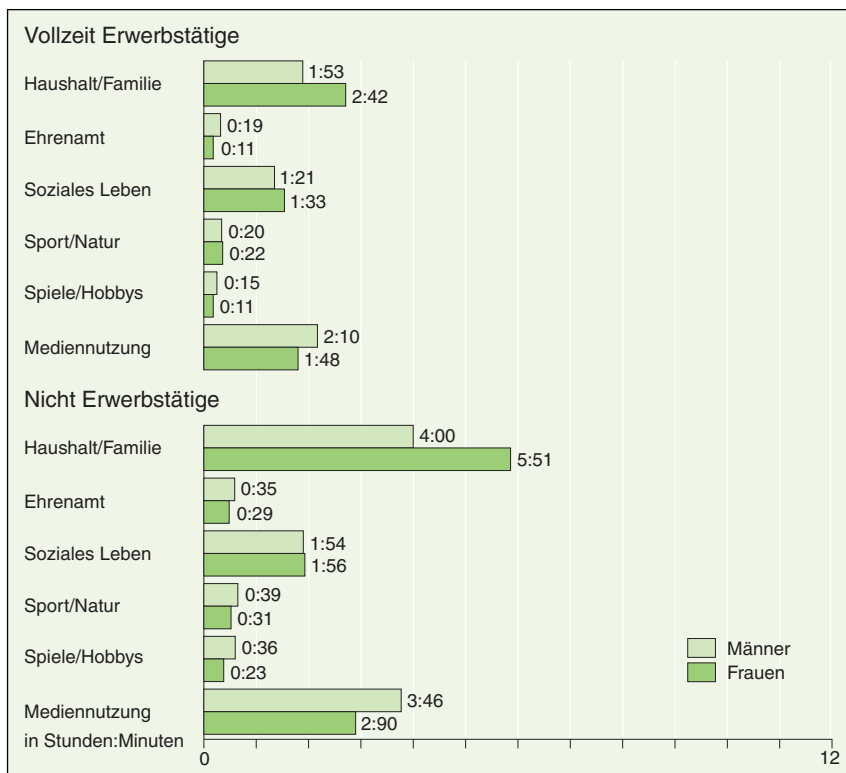
Männer und Frauen an Werktagen und Wochenendtagen dargestellt wird. Während der Zeitaufwand für Hausarbeit und Familienbetreuung bei Männern an Werktagen sich von 1:53 Stunden (Vollzeit erwerbstätig) mit abnehmender Erwerbstätigkeit auf 4 Stunden (nicht erwerbstätig) erhöht, so steigt er bei Frauen von einem bereits deutlich höheren Ausgangswert von 2:42 Stunden (Vollzeit erwerbstätig) auf 5:51 Stunden, wenn sie nicht erwerbstätig sind. Dies ist damit verbunden, dass nicht wenige Frauen – besonders in den alten Bundesländern (vgl. auch Teil I, Kap. 3.3) – auf eine (Vollzeit-) Erwerbstätigkeit verzichten, um über mehr Zeit für die Haushaltsführung und die Kinderbetreuung zu verfügen. Auch am Wochenende verwenden Frauen – insbesondere nicht erwerbstätige Frauen – mehr Zeit für die Haushaltsführung und die Betreuung der Familie als Männer (vgl. Abb. 2). Vollzeit erwerbstätige Männer investieren zwar ebenfalls am Wochenende mehr Zeit in den Haushalt und die Familie sowie für soziale Kontakte als an Werktagen, allerdings reicht dies gerade an den Zeitemfang heran, den Vollzeit erwerbstätige Frauen an Werktagen dafür aufwenden. Man kann somit durchaus bei Vollzeit erwerbstätigen Männern eine Kompensation der an Werktagen nicht möglichen Aktivitäten für Haushalt und Familie sowie für soziale Kontakte am Wochenende erkennen. Dennoch bleiben die geschlechtsrollenspezifischen Muster auch an den Wochenendtagen klar erhalten.

Abbildung 2 zeigt ebenfalls, dass Männer an Werktagen und an Wochenendtagen mehr Zeit für Mediennutzung verwenden als Frauen (an Wochenenden bis zu einer

Stunde mehr). Neben der Zeit für Arbeit ist dies die zeitintensivste Aktivität von Männern. Ein Anstieg der Mediennutzung erfolgt – ähnlich wie bei den Haushalts- und Familienaktivitäten – ebenfalls umgekehrt proportional zum Umfang der Verpflichtungen für die Erwerbsarbeit.

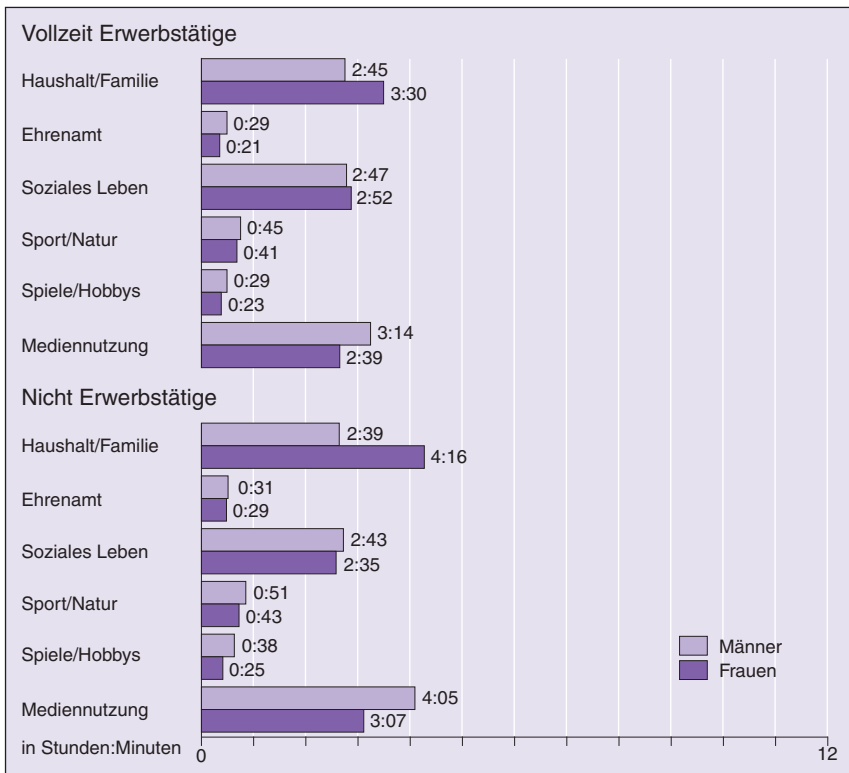
Differenziert man innerhalb der beiden großen Aktivitätsbereiche Haushalt/Familie und Mediennutzung weiter nach Einzelaktivitäten sowie nach Alter und Geschlecht (vgl. Abb. 3 und Abb. 4), so zeigt sich für die Haushalts- und Familienaktivitäten, dass vorwiegend nach dem 25. Lebensjahr, d. h. in der Zeit, in der eine Vielzahl von Personen in Partnerschaft und Familie leben, der Zeitaufwand für Haushaltsaktivitäten deutlich ansteigt. Bei Männern steigt er von rd. 45 Minuten auf 1:82 Stunden, bei Frauen von 1:30 Stunden auf vier Stunden, wobei in der Altersgruppe der 25- bis unter 45-jährigen Frauen die Kinderbetreuung mit rund einer Stunde die zeitintensivste Ak-

Abb. 2a: Zeitaufwand für verschiedene Aktivitäten nach Geschlecht und Erwerbsarbeit – Werktage



Datenbasis: Zeitbudgeterhebung 2001/02 des Statistischen Bundesamtes.

Abb. 2b: Zeitaufwand für verschiedene Aktivitäten nach Geschlecht und Erwerbsarbeit – Wochenende

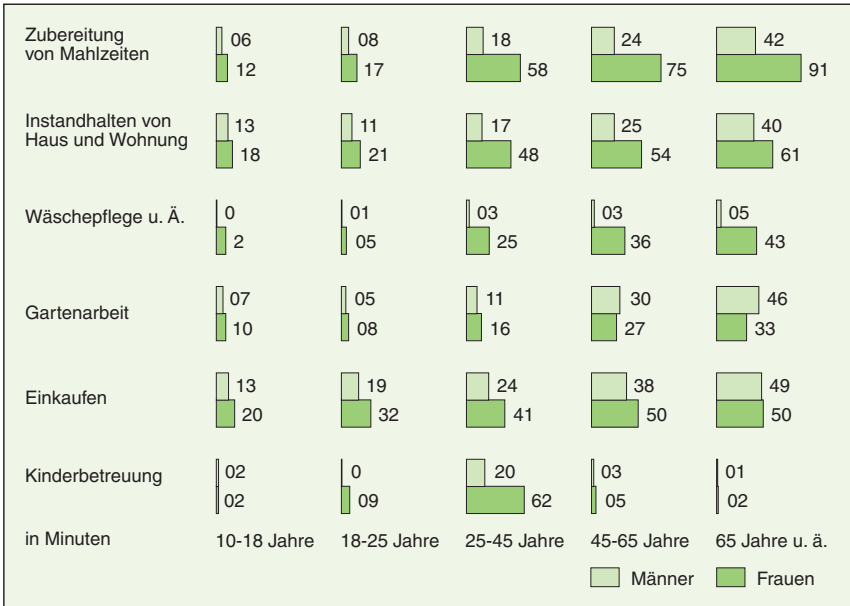


Datenbasis: Zeitbudgeterhebung 2001/02 des Statistischen Bundesamtes.

tivität innerhalb der Haushalts- und Familienaktivitäten darstellt. Weitere zeitintensive Aktivitäten sind – vor allem für Frauen – die Zubereitung von Mahlzeiten, die ab dem 25. Lebensjahr an Werktagen mit rund einer Stunde zu Buche schlägt, wobei dieser Aufwand mit zunehmendem Alter auf 1:31 Stunden ansteigt. Die zeitintensivste Tätigkeit von Männern für Haushalt und Familie ist das Einkaufen. Auffallend ist, dass die Zunahme des Zeitaufwands für Haushalts- und Familienaktivitäten für Frauen in der Altersgruppe der 25- bis 45-Jährigen einsetzt, für Männer aber offensichtlich erst nach dem 65. Lebensjahr, d. h. mit dem Austritt aus dem Erwerbsleben, die Hausarbeit zu einer wichtigen Aktivität wird. Eine partnerschaftliche Aufteilung dieser Aufgaben findet somit erst nach dem Eintritt ins Rentenalter statt.

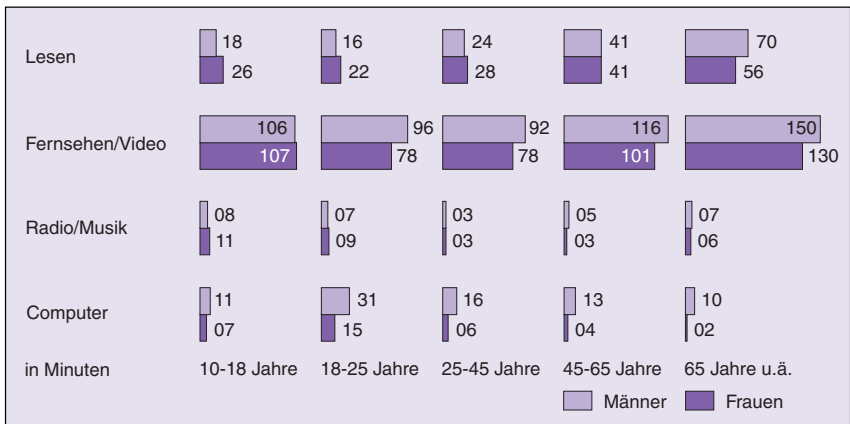
Dass der höhere Zeitaufwand der Männer für Mediennutzung in erster Linie auf einen höheren Fernsehkonsum zurückzuführen ist, zeigt Abbildung 4. Allerdings wird hier

Abb. 3: Haushalts- und Familienaktivitäten nach Geschlecht und Altersgruppen – 2001/2002



Datenbasis: Zeitbudgeterhebung 2001/02 des Statistischen Bundesamtes.

Abb. 4: Mediennutzung an Werktagen nach Geschlecht und Altersgruppen – 2001/2002



Datenbasis: Zeitbudgeterhebung 2001/02 des Statistischen Bundesamtes.

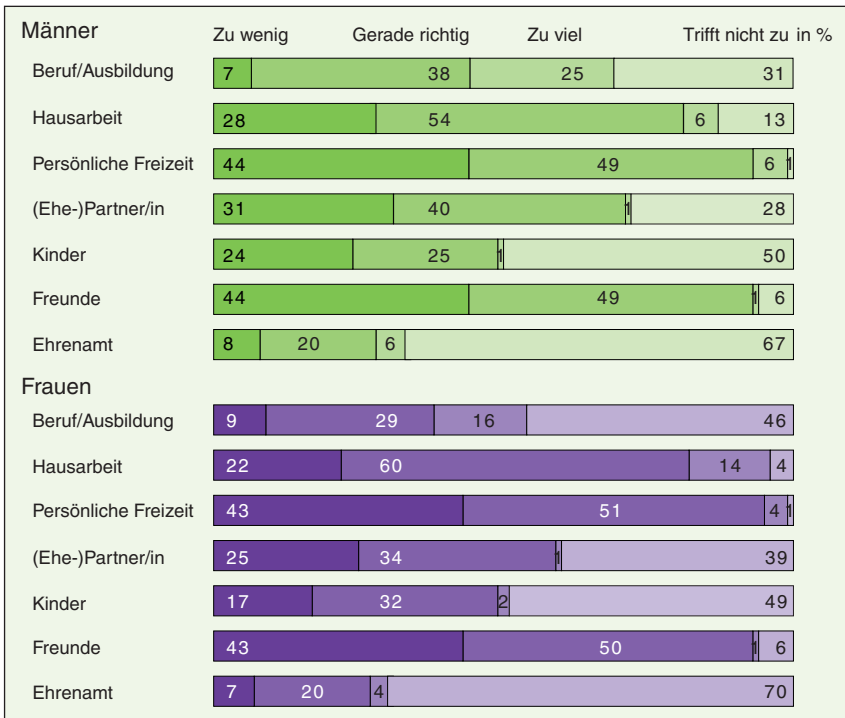
auch deutlich, dass Computer ebenfalls häufiger von Männern genutzt werden, wobei die Altersgruppe der 18- bis 25-jährigen Männer mit mehr als einer halben Stunde Computernutzung diejenige Gruppe darstellt, die im Alltag am meisten Zeit mit dieser Beschäftigung verbringt. Dagegen scheinen die jüngeren Frauen etwas mehr zu lesen als ihre männlichen Altersgenossen, wobei insgesamt betrachtet Männer im Rentenalter die lesefreudigste Gruppe darstellen.

10.3 Die Zufriedenheit mit der Zeitverwendung

Um die tatsächlich im Alltag stattfindende Zeitverwendung danach zu beurteilen, ob sie den Wünschen und Vorstellungen der Menschen entspricht, d. h. ob man sich in manchen Bereichen mehr Zeit wünscht oder der Meinung ist, dass man für manche Aktivitäten zu viel Zeit verbringt, muss zusätzlich die Bewertung der Befragten herangezogen werden. Es zeigt sich, dass über 40 % der Befragten der Ansicht sind, dass sie im Alltag zu wenig Zeit für ihre persönliche Freizeit und die Pflege ihrer freundschaftlichen Kontakte finden (vgl. Abbildung 5), wobei besonders Vollzeit-erwerbstätige diese Einschätzung abgeben (66 %). Bemerkenswert ist, dass nur knapp 40 % der Männer und knapp 30 % der Frauen der Ansicht sind, dass der Zeitaufwand, den sie für Erwerbsarbeit leisten, »gerade richtig« sei. Immerhin ein Viertel der Männer meint, zuviel Zeit für Arbeit zu verwenden, während dieser Ansicht rd. 16 % der Frauen sind, zugleich aber auch knapp 10 % der Frauen gerne mehr arbeiten würden. Hier scheint das Ungleichgewicht der Verteilung der Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern, das dem traditionellen Rollenverständnis entspricht, von beiden Seiten kritisch beurteilt zu werden.

Unter denjenigen, in deren Haushalt Kinder leben, ist knapp die Hälfte der Männer und ein Viertel der Frauen der Meinung, zu wenig Zeit für Kinder zu haben. Hier schlägt sich die unterschiedliche Zuständigkeit für die Kinderbetreuung im Alltag nieder, und auch hier klagen besonders Vollzeit-erwerbstätige (rd. 60 %) über zu wenig Zeit für die Kinder. Umgekehrt sind besonders Männer (rd. ein Viertel) und darunter Vollzeit-erwerbstätige (43 %) der Ansicht, dass sie zu viel Zeit für den Beruf verwenden, was darauf hindeutet – wie auch andere Studien ergeben haben –, dass es ein gewisses Potenzial für Arbeitszeitreduzierungen oder Modelle des Job-Sharing u. Ä. geben könnte. Umgekehrt würden immerhin knapp 10 % der Frauen und knapp 16 % der Teilzeiterwerb-stätigen gerne mehr arbeiten, was auf eine bekannte Ungleichverteilung der Erwerbsarbeit hindeutet: Eine große Gruppe von Menschen arbeitet nach diesen Daten mehr als sie eigentlich möchte und eine andere Gruppe von Menschen würde gerne mehr (oder überhaupt) einer Erwerbsarbeit nachgehen. Mehr Zeit für den/die (Ehe-)Partner/in rangiert bei Frauen, die in Partnerschaft leben, dicht hinter dem Wunsch nach mehr persönlicher Freizeit und mehr Zeit für Freunde (rd. 40 %). Etwa 40 % der Männer mit Familie wünschen sich mehr Zeit für die Partnerin sowie für Freunde und persönliche Freizeit. Mehr Zeit für Kinder zu haben (rd. 50 %) ist jedoch für sie der vordringlichste Wunsch. Es ist zu erkennen, dass (Vollzeit-erwerb-stätige)

Abb. 5: Einschätzung des eigenen Zeitaufwandes für bestimmte Aktivitäten 2001/2002



Datenbasis: Zeitbudgeterhebung 2001/2002 des Statistischen Bundesamtes.

Männer vor allem die mangelnde Zeit für familiäre Aktivitäten beklagen. Allerdings muss an dieser Stelle auf die Diskrepanz zwischen den Klagen der Männer über zu viel Zeitaufwand für Arbeit bzw. zu wenig Zeit für Partnerschaft und Kinder und gleichzeitig die geringe Teilhabe von Männern an Teilzeitarbeit oder Erziehungsfreistellung hingewiesen werden.

Was überraschend erscheinen mag, ist die Tatsache, dass nicht nur die Mehrheit der Männer, sondern auch die Mehrheit der Frauen der Ansicht ist, dass der Zeitaufwand für Hausarbeit gerade richtig sei. Allerdings würden rd. 14 % der Frauen (18 % der Teilzeiterwerbstätigen, 29 % der Frauen in Paarhaushalten mit Kind) diese Tätigkeiten gerne reduzieren, woran zu erkennen ist, dass bei einer Kumulation der Aufgaben, wie sie bei Teilzeit erwerbstätigen Müttern zu beobachten ist (»Doppel- bzw. Mehrfachbelastung«), die Hausarbeit zu den Aufgaben zählt, die man gerne reduzieren würde.

Von »Zeitarmut« im Sinne von zu viel Zeit für bestimmte Aktivitäten und zu wenig Zeit für andere Aktivitäten scheinen vor allem Volzeiterwerbstätige und darunter Männer

und Frauen mit Familie betroffen zu sein. Wenn man umgekehrt unter »Zeitwohlstand« versteht, dass viele Befragte angeben, der Zeitaufwand für die genannten Aktivitäten sei »gerade richtig«, dann scheint dieses Ziel nach Beendigung der Erwerbsarbeit eher realisierbar zu sein, da unter den Rentner/innen diese Anteile mit Abstand am höchsten sind. Die häufig praktizierte (männliche) Vollzeitwerbstätigkeit bzw. (weibliche) Teilzeiterwerbstätigkeit führt dazu, dass die sozialen Kontakte und familiären Aktivitäten offensichtlich zu kurz kommen. Da durch verlängerte Ausbildungszeiten und früher einsetzende Verrichtung (Altersteilzeitmodelle, vorzeitiger Ruhestand) die so genannte »rush hour of life«, in der die Erwerbs- und die Familienphase zusammentreffen, immer kürzer geworden ist, scheint eine Lösung dieses Dilemmas nur durch neue Arbeitszeitmodelle und ein Umdenken auf dem Arbeitsmarkt realisierbar.

(Caroline Kramer)

Weitere Informationen zum Thema Zeit siehe Teil I, Kap. 6, zum Thema Mediennutzung Teil I, Kap. 4.6.

11 Lebenssituation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen

In diesem Kapitel werden ausgewählte Lebensbedingungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ost- und Westdeutschland vergleichend dargestellt. Ostdeutsche Jugendliche sollten im Vergleich zur älteren Bevölkerung in den Jahren nach der Wiedervereinigung einen schnelleren Anpassungsprozess an die westdeutschen Verhältnisse durchlaufen haben, da sie weniger Lebenszeit in der DDR verbracht haben und jungen Menschen Neuorientierungen generell leichter fallen. Um eine Annäherung der Lebenssituation aufzuzeigen, werden zunächst objektive Indikatoren wie die Wohnform und der Erwerbsstatus dargestellt. Danach werden ausgewählte Freizeitaktivitäten untersucht, da die Freizeitgestaltung ein zentrales Element der Jugendphase ist. Durch sie grenzen sich Jugendliche gegenüber der Erwachsenenwelt und auch untereinander ab. Schließlich werden Veränderungen im Bereich subjektiver Indikatoren dargestellt – hier wird die Zufriedenheit mit der Freizeit, mit dem Lebensstandard und mit dem Leben insgesamt betrachtet. Die wahrgenommenen Belastungen der jungen Erwachsenen werden durch Sorgen im wirtschaftlichen Bereich berücksichtigt.

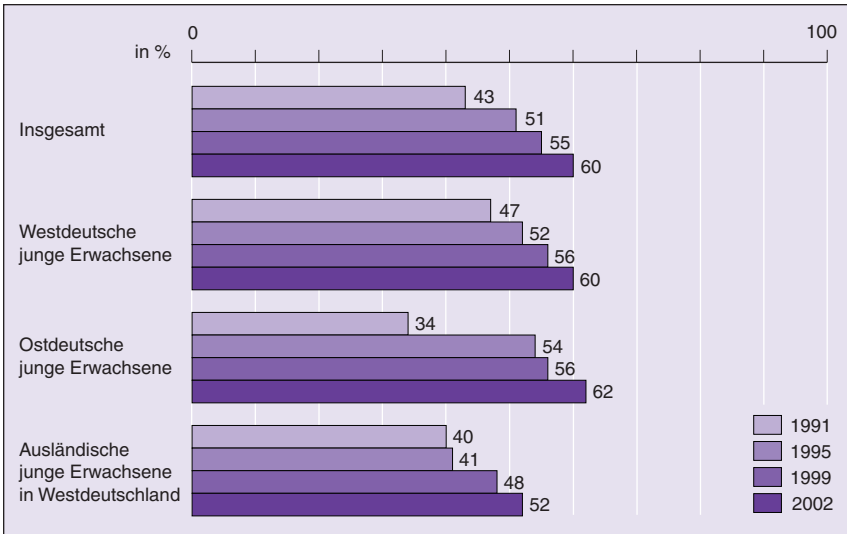
Untersucht wird die Lebenssituation Jugendlicher und junger Erwachsener im Alter von 17 bis 25 Jahren. Eine differenzierte Betrachtung der Lebensverhältnisse beschränkt sich aber nicht nur auf die Unterscheidung zwischen Ost und West, sondern auch auf die von deutschen und ausländischen Jugendlichen (in Westdeutschland). Einzelne Bereiche werden zudem nach Geschlecht und im Vergleich zur Bevölkerung dargestellt, die älter als 26 Jahre ist.

11.1 Bildung und Erwerbstätigkeit

Mit dem Prozess des Übergangs von der Jugendphase in das Erwachsenenendasein sind der Eintritt in das Erwerbssystem und die Loslösung vom Elternhaus verbunden. So führt der Austritt aus dem (Aus-)Bildungssystem und der Eintritt in die Erwerbstätigkeit zu ökonomischer Selbstständigkeit. Auszüge aus dem Elternhaus verlangen eine selbstständige Haushaltsführung, bedeuten aber nicht zwangsläufig die ökonomische Unabhängigkeit von den Eltern. Einen deutlichen Einschnitt in das Leben junger Erwachsener stellt die Gründung einer eigenen Familie dar.

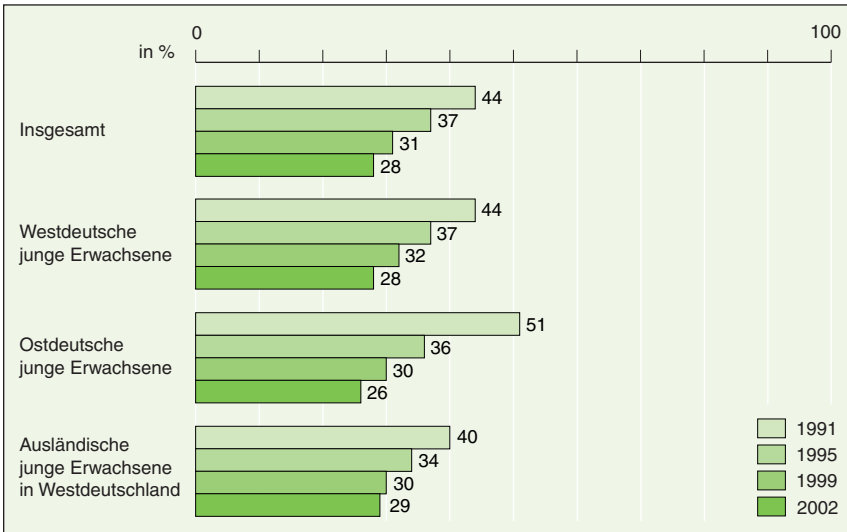
Abbildung 1 gibt die Anteile der Jugendlichen wieder, die sich noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung befinden. Von den hier betrachteten Jugendlichen sind im Jahr 2002 noch 60 % im schulischen oder beruflichen Bildungssystem. Es zeigt sich, dass seit Anfang der 90er-Jahre der Anteil der Jugendlichen, die sich noch im Bildungssystem befinden, stark zugenommen hat. Waren es 1991 nur 43 %, sind es 2002 be-

Abb. 1: Anteil der jungen Erwachsenen in Ausbildung



Datenbasis: SOEP 1991, 1995, 1999, 2002.

Abb. 2: Anteil der jungen Erwachsenen in Erwerbstätigkeit



Datenbasis: SOEP 1991, 1995, 1999, 2002.

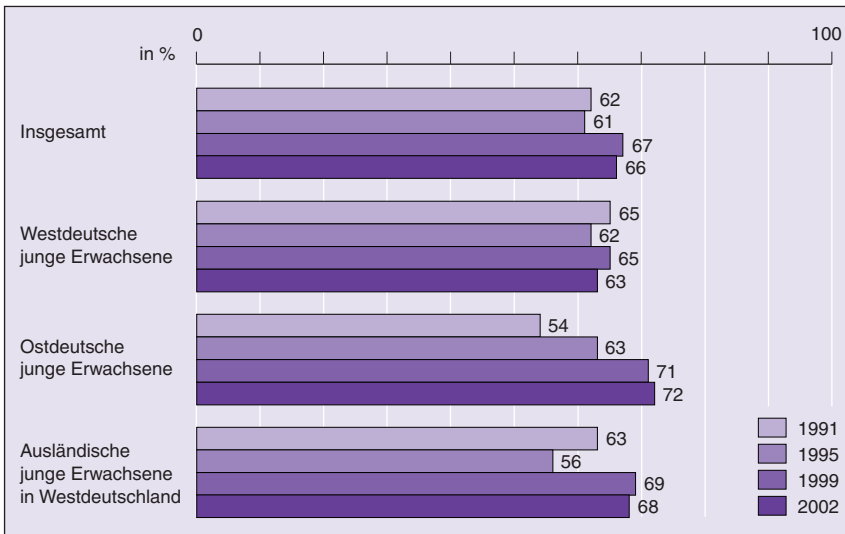
reits 60 %. Westdeutsche Jugendliche bestimmen allein aufgrund des zahlenmäßigen Verhältnisses zwischen Ost und West die durchschnittliche Entwicklung, von der hingegen ostdeutsche Jugendliche stark abweichen. Bei ihnen ist eine überdurchschnittliche Zunahme in der ersten Hälfte der 90er-Jahre festzustellen. 1991 waren nur 34 % der ostdeutschen Jugendlichen im Bildungssystem, aber 47 % der westdeutschen. Ab Mitte der 90er liegen sie gleich auf. Junge Ausländer weisen dagegen in ihrer Bildungsbeteiligung in allen Jahren Werte deutlich unter denen westdeutscher Jugendlicher auf.

Komplementär dazu verlaufen die Anteile der Jugendlichen, die Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig sind (vgl. Abb. 2). Hier ist ein deutlicher Rückgang von 44 % im Jahr 1991 auf 28 % im Jahr 2002 zu verzeichnen. Am ausgeprägtesten ist der Rückgang der Erwerbstätigkeit bei den ostdeutschen Jugendlichen (von 51 % im Jahr 1991 auf 26 % in 2002).

11.2 Lebens- und Wohnformen

Zwei Lebens- und Wohnformen sind für Jugendliche und junge Erwachsene besonders relevant: Wohnen im Elternhaus oder in der eigenen Familie mit Partner und/oder Kind(ern). Der gemeinsame Haushalt mit den Eltern ist über die Jahre hinweg die häufigste Wohnform (vgl. Abb. 3). Zwei Drittel der Jugendlichen leben noch in einem

Abb. 3: Anteil der jungen Erwachsenen, die noch bei den Eltern leben



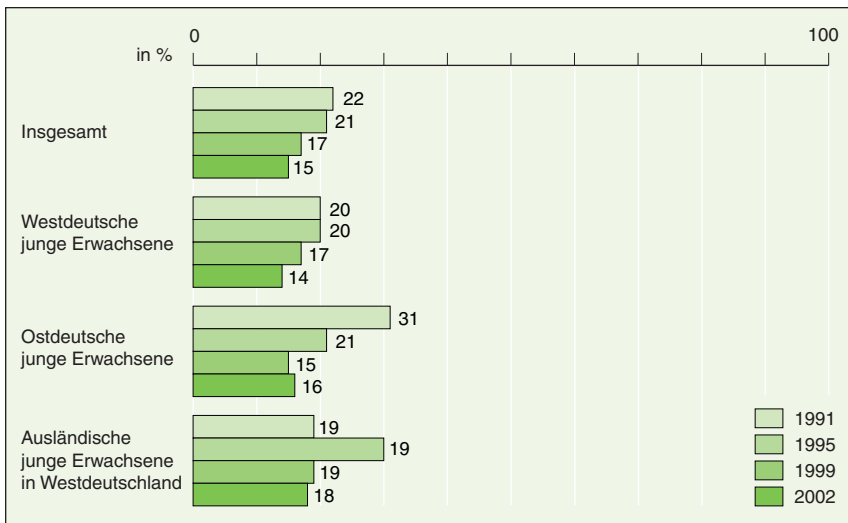
Datenbasis: SOEP 1991, 1995, 1999.

Zweigenerationenhaushalt mit mindestens einem Elternteil. Seit Beginn der 90er-Jahre hat diese Wohnform sogar zugenommen. Während die Anteile für westdeutsche Jugendliche über die Jahre hinweg relativ konstant sind, ist bei den ostdeutschen jungen Erwachsenen hingegen ein deutlicher Anstieg beobachtbar. Wohnte dort 1991 nur jeder zweite Jugendliche noch bei den Eltern, sind es 2002 knapp drei Viertel. Dies hängt zum einen mit dem längeren Verweilen im Ausbildungssystem, zum anderen mit der verzögerten Familiengründung zusammen.

Ein gegenläufiger Trend zeigt sich bei den jungen Erwachsenen, die bereits eine eigene Familie gegründet haben (vgl. Abb. 4). Hier ist in der beobachteten Altersgruppe ein Rückgang seit Anfang der 90er-Jahre festzustellen, am deutlichsten in Ostdeutschland. Lebte 1991 noch knapp ein Drittel dieser Altersgruppe mit einem Partner und/oder Kind(ern), ist es 2002 nur noch ein Sechstel. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich die verzögerte Familienbildung und der dramatische Geburtenrückgang in Ostdeutschland nach der Wende (vgl. Teil I, Kap. 1). Beide Prozesse sind Folge der sozialpolitischen Veränderungen und ökonomischen Unsicherheiten nach dem Zusammenbruch der DDR. Bei ausländischen Jugendlichen sind Mitte der 90er-Jahre deutliche Schwankungen zu verzeichnen.

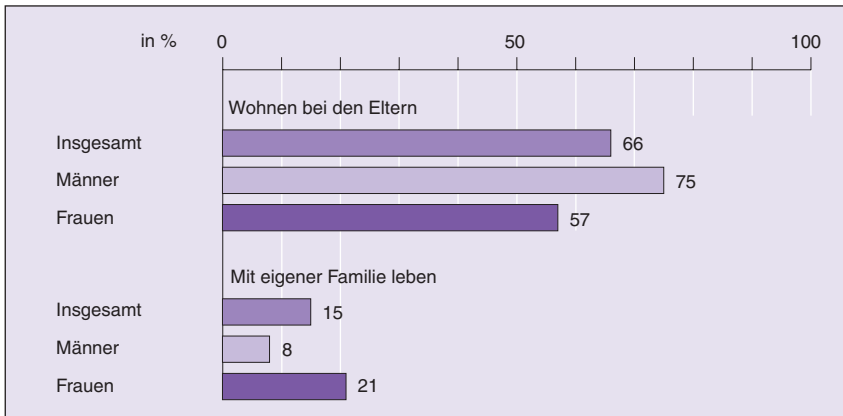
In den Lebens- und Wohnformen zeigen sich erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede (vgl. Abb. 5). So bleiben männliche Jugendliche deutlich länger im elterlichen Haushalt als weibliche. Die Differenz betrug 2002 18 Prozentpunkte. Junge Frauen gründen dagegen früher eine eigene Familie (21 %). Ihr Anteil ist fast dreimal höher als der der jungen Männer (8 %).

Abb. 4: Anteil der jungen Erwachsenen, die in einer eigenen Familie leben



Datenbasis: SOEP 1991, 1995, 1999, 2002.

Abb. 5: Wohnformen der jungen Erwachsenen nach Geschlecht



Datenbasis: SOEP 2002.

11.3 Freizeitaktivitäten

Bei der Freizeitgestaltung lassen sich im Wesentlichen zwei Typen unterscheiden: die sozialen und die konsumtiven Freizeitaktivitäten. Zu den Ersteren gehört die gesellschaftliche Beteiligung in Gruppen und Institutionen, die eine integrative Funktion innerhalb der Gesellschaft erfüllt. Die konsumtiven Freizeitaktivitäten, alleine oder in der Gruppe, dienen dagegen stärker der Erholung und dem Spaß.

Die aktive Teilnahme am religiösen Leben wird durch die Häufigkeit des Kirchgangs oder des Besuchs einer anderen religiösen Veranstaltung erfasst. In Deutschland besuchte im Jahr 2003 knapp jeder neunte Jugendliche bzw. junge Erwachsene mindestens einmal pro Monat die Kirche (vgl. Tab. 1). Dabei lässt sich seit 1991 eine sinkende Tendenz feststellen. Insbesondere bei den westdeutschen Jugendlichen nimmt die Bindung an die Kirche im Zeitverlauf ab. Besuchten zu Beginn der 90er-Jahre noch 18 % mindestens einmal pro Monat Gottesdienste, sind es 2003 lediglich noch 11 %. Am stärksten ist die Bindung an religiöse Institutionen bei den Nicht-Deutschen, sie bleibt über die Jahre relativ konstant. Am geringsten ist der Anteil der Kirchgänger unter den jungen Erwachsenen in Ostdeutschland mit Werten um die 7 %. Bei der Bevölkerung über 26 Jahre lässt sich ebenfalls ein abnehmender Trend der Teilnahme an kirchlichen Aktivitäten beobachten; der Anteil liegt 2003 mit 20 % dennoch doppelt so hoch wie bei den jungen Erwachsenen.

2003 übten 14 % der Jugendlichen in ihrer Freizeit regelmäßig eine ehrenamtliche Aktivität aus. Dabei zeigen sich klare Unterschiede zwischen Ost und West. Unter den westdeutschen Jugendlichen ist jeder Sechste in seiner Freizeit in ei-

nem Ehrenamt tätig, jedoch nur jeder achte ostdeutsche Jugendliche. Ausländische Jugendliche in Westdeutschland sind seltener ehrenamtlich aktiv, allerdings ist seit 1991 ein Anstieg in der Beteiligung zu erkennen (von 3 % auf 6 %). Außerdem zeigen sich geschlechtsspezifische Unterschiede. Männliche Jugendliche sind häufiger ehrenamtlich aktiv als weibliche, wobei eine Angleichung im Zeitverlauf zu beobachten ist.

Im Vergleich zu den sozialen nehmen die konsumtiven Freizeitaktivitäten bei den Jugendlichen mehr Raum ein. Mehr als jeder zweite Jugendliche treibt 2001 in seiner Freizeit Sport, wobei westdeutsche Jugendliche aktiver als ausländische und ost-

Tab. 1: Regelmäßige Freizeitaktivitäten (mindestens einmal pro Monat)

	1990	1995	1999	2003	1990	1995	1999	2003
	in %							
	Kirchliche Aktivitäten ¹				Ehrenamtliche Tätigkeiten ²			
Jugendliche (17–25), insg.	16	15	10	11	14	13	14	14
Westdeutsche	18	16	10	11	15	16	16	16
Ostdeutsche	8	5	7	7	11	9	11	12
Ausländer (West)	22	21	15	23	3	5	10	6
Jungen	15	15	9	11	17	16	16	16
Mädchen	18	14	12	11	10	11	12	13
Erwachsene (26+)	24	22	19	20	16	14	14	16
	Aktiver Sport				Kino ⁴			
Jugendliche (17–25), insg.	53	58	53	54 ³	65	69	73	69
Westdeutsche	60	63	55	57 ³	67	72	73	70
Ostdeutsche	28	47	48	46 ³	65	70	79	66
Ausländer (West)	46	50	51	52 ³	50	54	64	62
Jungen	58	66	62	59 ³	71	74	78	70
Mädchen	48	51	44	49 ³	60	64	67	67
Erwachsene (26+)	30	32	29	31 ³	11	13	19	16

1 Kirchengang, Besuch religiöser Veranstaltungen.

2 Ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten.

3 Werte für 2001.

4 Kinobesuch, Besuch von Popkonzerten, Tanzveranstaltungen, Diskos.

Datenbasis: SOEP 1990, 1995, 1999, 2001, 2003.

deutsche sind. Allerdings ist der Anteil der ostdeutschen Jugendlichen seit Beginn der 1990er-Jahre deutlich angestiegen (von 28 % auf 46 %). Männliche Jugendliche sind sportlich aktiver als weibliche (59 % gegenüber 49 %).

Auch Kino, Popkonzerte, Diskotheken oder Sportveranstaltungen werden überwiegend von Jugendlichen und jungen Erwachsenen besucht. 2003 besuchen lediglich 16 % der Personen über 26 Jahre regelmäßig eine dieser Veranstaltungen gegenüber 69 % der jungen Erwachsenen. Dabei sind die ost- und westdeutschen Jugendlichen sehr, die ausländischen etwas seltener aktiv. Männliche und weibliche Jugendliche unterscheiden sich dagegen heute nicht mehr.

11.4 Subjektives Wohlbefinden und Sorgen

Die Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen gibt Auskunft über das subjektive Wohlbefinden. Neben positiven Aspekten der Lebensqualität zeigen auch negative Aspekte wie Besorgnis- und Anomiesymptome an, wie Menschen ihre Lebensverhältnisse wahrnehmen und bewerten.

Die Frage nach der Zufriedenheit mit der Freizeit beantworten 76 % der jungen Erwachsenen 2003 positiv (vgl. Tab. 2). Dabei zeigt sich in den 90er-Jahren insgesamt ein ansteigender Trend, der insbesondere in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre bei den ostdeutschen Jugendlichen zu erkennen ist. Mit dem Anstieg des Anteils der Zufriedenen ist der Anteil der eher Unzufriedenen entsprechend rückläufig. 2003 ist im Durchschnitt nur noch jeder achte Jugendliche mit seiner Freizeitgestaltung unzufrieden. Vergleicht man diese Werte mit der älteren Bevölkerung, fällt auf, dass die Jüngeren mit diesem Lebensbereich unzufriedener sind.

Die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard zielt auf die subjektive Bewertung der materiellen Lebenssituation ab (vgl. Tab. 2). 2003 waren 80 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen eher zufrieden mit ihrem Lebensstandard. Die höchsten Anteile an der Zufriedenheit weisen westdeutsche, die niedrigsten ausländische Jugendliche

Tab. 2: Zufriedenheit mit ausgewählten Lebensbereichen

	Eher unzufrieden				Eher zufrieden			
	1991	1995	1999	2003	1991	1995	1999	2003
	in %							
Zufriedenheit mit Freizeit								
Jugendliche (17–25), insg.	16	15 ¹	11	12	71	75 ¹	79	76
Westdeutsche	15	13 ¹	12	11	72	72 ¹	80	77
Ostdeutsche	22	17 ¹	10	12	65	67 ¹	76	72
Ausländer (West)	13	17 ¹	10	15	73	69 ¹	77	77
Erwachsene (26+)	18	18 ¹	15	13	70	70 ¹	74	75
Erwachsene (26–60)	22	22 ¹	19	17	63	64 ¹	68	70
Zufriedenheit mit Lebensstandard								
Jugendliche (17–25), insg.	10	10	9	9	78	79	81	80
Westdeutsche	8	8	8	8	82	83	83	82
Ostdeutsche	21	15	9	12	61	72	77	72
Ausländer (West)	9	16	17	10	80	69	76	80
Erwachsene (26+)	10	10	10	10	76	77	79	78
Erwachsene (26–60)	10	12	11	12	76	75	77	76
Allgemeine Lebenszufriedenheit								
Jugendliche (17–25), insg.	7	7	6	6	85	83	87	84
Westdeutsche	6	6	6	6	89	85	88	85
Ostdeutsche	14	8	6	8	67	79	84	79
Ausländer (West)	5	8	7	4	83	81	84	89
Erwachsene (26+)	8	10	10	10	79	75	77	76
Erwachsene (26–60)	8	10	10	10	79	75	78	77

1 Werte für 1994.

Datenbasis: SOEP 1991, 1994, 1995, 1999, 2003.

auf. Während die Jugendlichen in Westdeutschland ihren Lebensstandard über die Jahre hinweg kontinuierlich hoch bewerten, zeigt sich für ostdeutsche Jugendliche eine deutliche Zunahme seit der Wiedervereinigung.

Am deutlichsten sind die Unterschiede bei der Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt. Die jungen Erwachsenen sind 2003 viel zufriedener als die ältere Bevölkerung (84 % gegenüber 76 %). Bei fast allen hier betrachteten Gruppen sind die Anteile über die Jahre hinweg relativ konstant. Eine Ausnahme stellen ostdeutsche Jugendliche dar. Bei ihnen ist eine deutliche Zunahme der Lebenszufriedenheit beobachtbar. Waren Anfang der 90er-Jahre noch 14 % eher unzufrieden, hat sich ihr Anteil in den folgenden zwölf Jahren halbiert. Analog dazu nahm die Zufriedenheit von 67 % auf 79 % zu.

Neben der Zufriedenheit sind auch die Sorgen um politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen Indikatoren für das subjektive Wohlbefinden. Hier werden Sorgen betrachtet, die die allgemeine und die eigene wirtschaftliche Entwicklung sowie die Arbeitsplatzsicherheit betreffen (vgl. Tab. 3). Während sich der Großteil der Jugendlichen 2003 um die allgemeine und die eigene wirtschaftliche Entwicklung sorgt (91 % bzw. 78 %), sind die Sorgen um die Arbeitsplatzsicherheit deutlich schwächer ausgeprägt (55 %). Allerdings sind nach wie vor Unterschiede zwischen west- und ostdeutschen Jugendlichen zu beobachten. Ostdeutsche Jugendliche sorgen sich auch 2003 in allen drei Bereichen am häufigsten. Ein differenzierter Blick auf die Verteilung der Sorgen über die Jahre hinweg zeigt, dass der Anteil der ostdeutschen Jugendlichen mit ausgeprägten Sorgen zu Beginn der 90er-Jahre gesunken ist. Dagegen sind die Sorgen bei den westdeutschen und ausländischen Jugendlichen und auch bei Personen über 26 Jahre in den 90er-Jahren größer geworden.

11.5 Zusammenfassung

Die objektive Lebenssituation der Jugendlichen bei der Bildungs- und Erwerbsbeteiligung einerseits und der Familienlösung und -gründung andererseits hat sich in den letzten Jahren im vereinten Deutschland weitgehend angeglichen. Waren ostdeutsche Jugendliche und junge Erwachsene zu Beginn der 90er-Jahre noch häufiger erwerbstätig und seltener im Bildungssystem als ihre westdeutschen Altersgenossen, lassen sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts keine Unterschiede mehr feststellen. Bei den Lebens- und Wohnformen überlagern die geschlechtsspezifischen Unterschiede die zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen. Junge Frauen ziehen eher aus als junge Männer und leben deutlich früher in einem eigenen Haushalt mit Partner und/oder Kind(ern).

Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland lassen sich auch 2003 noch bei der Freizeitgestaltung erkennen. Die Anteile der westdeutschen Jugendlichen, die in die Kirche gehen, sich ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten en-

Tab. 3: Anteil der Jugendlichen, die sich im ökonomischen Bereich Sorgen machen

	Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung				Eigene wirtschaftliche Entwicklung				Arbeitsplatzsicherheit ¹			
	1991	1995	1999	2003	1991	1995	1999	2003	1991	1995	1999	2003
	in %											
Jugendliche (17–25), insg.	80	82	83	91	68	77	76	78	39	53	61	55
Westdeutsche	76	81	84	91	62	74	71	76	30	51	55	51
Ostdeutsche	96	86	86	95	92	86	87	87	78	61	73	74
Ausländer (West)	75	81	77	82	69	82	85	75	45	55	78	50
Erwachsene (26+)	81	89	90	96	59	66	67	74	40	48	53	56

1 Frage wurde nur von Erwerbstätigen beantwortet.

Datenbasis: SOEP 1991, 1995, 1999, 2003.

gagieren und sportlich aktiv sind, fallen höher aus. Beim Besuch von Kino, Popkonzerten, Diskotheken oder Tanzveranstaltungen gibt es hingegen kaum Unterschiede zwischen Ost und West. Gerade in diesem Bereich sind die Unterschiede zur älteren Bevölkerung auffällig.

Mit der Annäherung der objektiven Lebensbedingungen und der Freizeitgestaltung findet auch eine Angleichung der Bewertung der Lebensbedingungen statt. Dennoch sind in den Sorgenbereichen weiterhin deutliche Differenzen erkennbar. Jugendliche aus Ostdeutschland sorgen sich in den Bereichen allgemeine und eigene wirtschaftliche Entwicklung sowie im Bereich Arbeitsplatzsicherheit häufiger als westdeutsche und ausländische Jugendliche.

(Bettina Isengard / Thorsten Schneider)

12 Lebenssituation von Älteren

Die Lebensbedingungen und die Lebensqualität der älteren Bevölkerung rücken um so stärker in den Mittelpunkt des Interesses, je größer der Anteil der Bevölkerung ist, der sich in dieser Phase des Lebenszyklus befindet, und desto mehr Lebenszeit jeder Einzelne in der Phase des Ruhestands und des Lebensabends verbringt. Im Vergleich zu 1970 hat sich die weitere mittlere Lebenserwartung eines bzw. einer 60-Jährigen in Westdeutschland mittlerweile um rund fünf Jahre auf 24 Jahre bei den Frauen bzw. 20 Jahre bei den Männern verlängert. In Ostdeutschland ist die Lebenserwartung ebenfalls deutlich gestiegen und hat sich den westdeutschen Werten zunehmend angenähert. Informationen zur Qualität des Lebens im Alter im Allgemeinen sowie der Qualität der zusätzlich gewonnenen Jahre im Besonderen sind daher gerade auch für die Gesellschaftspolitik von wachsender Bedeutung. Gestützt auf ausgewählte Indikatoren wird im vorliegenden Beitrag untersucht, wie sich Lebenssituation und Lebensqualität im Alter im Vergleich zu der jüngeren Erwachsenenpopulation darstellen und über die Zeit verändern. Von besonderem Interesse ist zudem, wie sich Lebenssituation und Lebensqualität von jüngeren und älteren Alten unterscheiden. Der Fokus der Betrachtung richtet sich auf verschiedene Aspekte von Haushalt und Partnerschaft, Lebensstandard und Mobilität, den Gesundheitszustand sowie das subjektive Wohlbefinden.

In diesem Beitrag wird für die auf das Jahr 2002 bezogenen Analysen eine Altersklassifizierung verwendet, die innerhalb der Bevölkerung von 60 und mehr Jahren fünf Altersgruppen von jüngeren Alten, älteren Alten und Hochbetagten unterscheidet sowie die unter 60-Jährigen als Vergleichsgruppe umfasst. Aufgrund der geringeren Stichprobengröße bei den früheren SOEP-Wellen muss für Zeitvergleiche eine weniger differenzierte, lediglich zwei Gruppen von Alten unterscheidende Altersklassifikation (60–74 und 75–99 Jahre) verwendet werden.

12.1 Familien- und Haushaltssituation

Partnerschaft und Haushaltskonstellation sind zweifellos Faktoren, die das Leben im Alter entscheidend prägen und mit zunehmendem Alter drastischen Veränderungen unterworfen sind. Während rund drei Viertel der 60- bis 64-Jährigen mit einem Ehepartner zusammenleben, ist das bei den 75- bis 79-Jährigen nur noch bei knapp jedem Zweiten und bei den 80-Jährigen und Älteren gar nur noch bei jedem Vierten der Fall. Entsprechend nimmt der Anteil der Verwitweten mit steigendem Alter schnell zu (vgl. Tab. 1). Der Anteil der Geschiedenen ist in der älteren Bevölkerung derzeit noch vergleichsweise gering, weist aber eine steigende Tendenz auf. Nur sehr geringe Anteile der Altenbevölkerung leben offenbar mit einem Partner unverheiratet zusammen. Die Anteile derjenigen, die unabhängig von einer Eheschließung mit einem Partner zusammenleben, sind kaum größer als die der verheiratet Zusammenlebenden (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Familienstand, Partnerschaft und Haushaltsgröße nach Altersgruppen

	Altersgruppen					
	17–59 Jahre	60–64 Jahre	65–69 Jahre	70–74 Jahre	75–79 Jahre	80–99 Jahre
	in %					
<i>Westdeutschland</i>						
Familienstand						
Ledig	34	6	4	3	5	6
Verheiratet, zusammenlebend	54	73	68	65	49	26
Geschieden	10	12	8	7	6	7
Verwitwet	2	9	19	25	39	62
Mit Partner zusammenlebend	64	76	70	68	51	27
Haushaltsgröße						
1-Personen-Haushalte	18	21	27	30	45	64
2-Personen-Haushalte	27	62	61	63	51	31
3- und Mehr-Personen-Haushalte	55	17	12	7	5	5
<i>Ostdeutschland</i>						
Familienstand						
Ledig	38	4	3	2	5	5
Verheiratet, zusammenlebend	49	74	71	62	45	22
Geschieden	12	12	10	7	7	9
Verwitwet	2	11	16	29	44	64
Mit Partner zusammenlebend	62	78	74	66	48	24
Haushaltsgröße						
1-Personen-Haushalte	16	20	25	32	46	73
2-Personen-Haushalte	28	65	69	65	53	24
3- und Mehr-Personen-Haushalte	57	14	6	3	2	3

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) 2002.

Die alterstypischen Veränderungen des Familienstandes und der Partnerschaftssituation manifestieren sich auch in der Größe der Haushalte und deren Veränderung mit steigendem Alter: Während sich der Anteil der 1-Personen-Haushalte bei den 60- bis 64-Jährigen mit rund 20 % noch kaum vom Durchschnitt der jüngeren Bevölkerung unterscheidet, steigt der Anteil der 1-Personen-Haushalte über rund 45 % bei den 75- bis 79-Jährigen auf fast zwei Drittel bei den über 80-Jährigen in Westdeutschland und sogar drei Viertel in Ostdeutschland. Drei- und Mehr-Personen-Haushalte bilden heute – bei abnehmender Tendenz – nur noch für eine Minderheit der Altenbevölkerung den Lebenskontext und spielen im höheren Lebensalter kaum noch eine Rolle.

12.2 Lebensstandard und Mobilität

Verwendet man die relative Einkommensposition, ein Maß, das das eigene Einkommen – berechnet als Haushaltsäquivalenzeinkommen – in Prozent des Durchschnittseinkommens der Bevölkerung zum Ausdruck bringt, als zusammenfassenden

Tab. 2: Relative Einkommensposition nach Altersgruppen

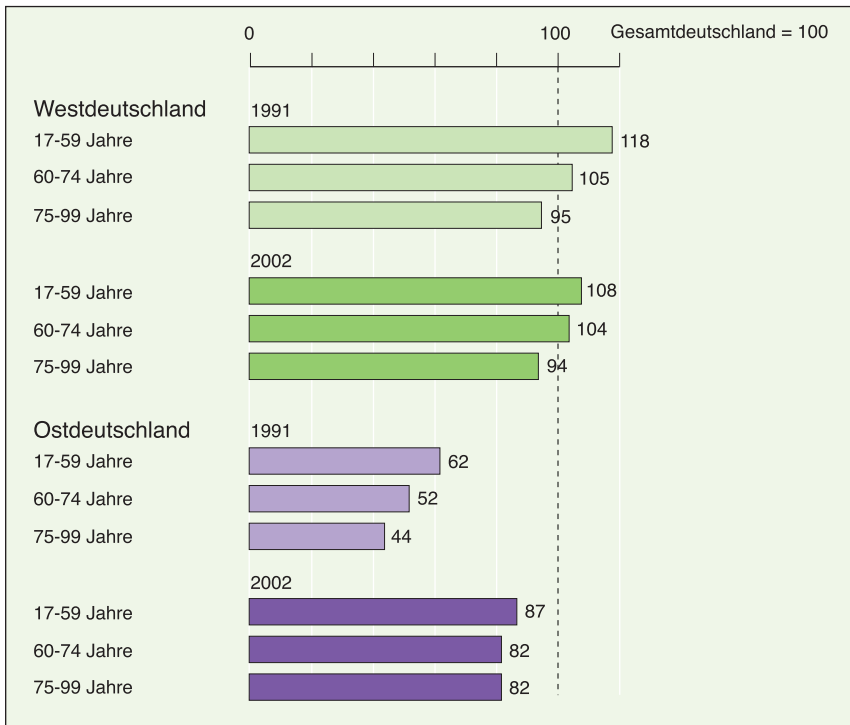
	Altersgruppen					
	17-59 Jahre	60-64 Jahre	65-69 Jahre	70-74 Jahre	75-79 Jahre	80-99 Jahre
	in %					
Westdeutschland	104	111	102	98	97	90
Ostdeutschland	85	82	82	81	82	82

Arithmetisches Mittel Gesamtdeutschland = 100.

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) 2002.

Indikator für den Lebensstandard, ergibt sich für die ältere Bevölkerung eine vergleichsweise günstige Situation (vgl. Tab. 2): Bezogen auf den Einkommensdurchschnitt der Bevölkerung in Gesamtdeutschland stellen sich die 60- bis 64-jährigen Westdeutschen mit einem Wert von 111 % am günstigsten. Für die ältere Bevölkerung

Abb. 1: Relative Einkommenspositionen verschiedener Altersgruppen

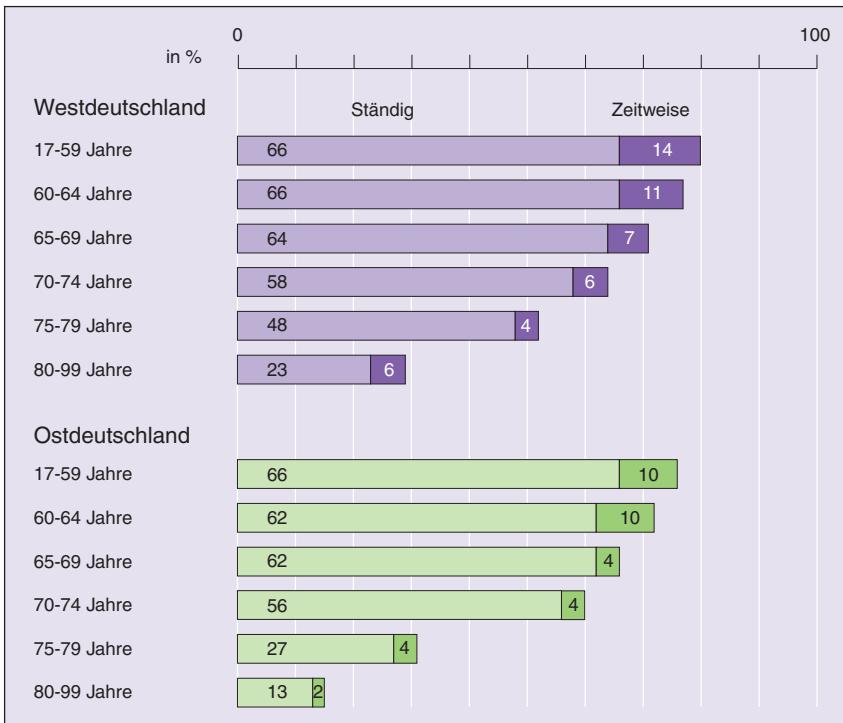


Datenbasis: SOEP 1991, 2002.

verschlechtert sich die relative Einkommensposition mit zunehmendem Alter geringfügig bis auf 90 % bei den 80- bis 99-Jährigen, was wenigstens z. T. auf die geringeren Versorgungsansprüche von verwitweten Frauen zurückzuführen sein dürfte. In Ostdeutschland verfügen die 60-Jährigen und Älteren dagegen über alle Altersgruppen hinweg durchgängig über ca. 80 % des gesamtdeutschen durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens. Ihre Einkommensposition ist damit kaum schlechter als die der ostdeutschen Erwachsenenbevölkerung der unter 60-Jährigen.

Die vorteilhafte Einkommenssituation der älteren Bevölkerung in Ostdeutschland kommt noch deutlicher zum Ausdruck, wenn man ihre relative Einkommenssituation am Durchschnittseinkommen der ostdeutschen Bevölkerung bemisst. Relativ zum ostdeutschen Durchschnitt erreicht das Einkommen der 60-Jährigen und Älteren sogar einen Wert von 97 % (tabellarisch nicht ausgewiesen). Eindeutig als Gewinner der Transformationsprozesse nach der deutschen Wiedervereinigung erweist sich die ältere ostdeutsche Bevölkerung, wenn man die relative Einkommensposition im Vergleich mit 1991 betrachtet (Abb. 1). Damals erreichten die 60- bis 74-Jährigen

Abb. 2: Verfügbarkeit über PKW in verschiedenen Altersgruppen



Datenbasis: SOEP 2002.

89 % und die 75- bis 99-Jährigen lediglich 73 % des durchschnittlichen ostdeutschen Äquivalenzeinkommens. Gemessen am gesamtdeutschen Durchschnittseinkommen haben sich die 60- bis 74-jährigen Ostdeutschen sogar von 52 % auf 82 % und die 75- bis 99-Jährigen von 44 % auf 82 % verbessert. Aber auch in Westdeutschland hat die ältere Bevölkerung ihre relative Einkommensposition im Vergleich zu den jüngeren Altersgruppen im Verlauf der vergangenen zwei Jahrzehnte leicht verbessern können.

Die alltägliche Mobilität steht und fällt in hohem Maße – insbesondere außerhalb der Großstädte – mit der Verfügbarkeit über einen PKW. Wie aus Abb. 2 hervorgeht, nimmt der Anteil derjenigen, die regelmäßig über einen eigenen PKW verfügen und insofern in ihren Mobilitätsmöglichkeiten nicht eingeschränkt sind, erwartungsgemäß mit steigendem Alter kontinuierlich ab, in Westdeutschland von 64 % (Ostdeutschland 62 %) bei den 65- bis 69-Jährigen, auf etwa 50 % (Ostdeutschland 27 %) bei den 75- bis 79-Jährigen und weniger als 25 % (Ostdeutschland 13 %) bei den 80-Jährigen und Älteren.

12.3 Gesundheitszustand und Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen

Mehr als in jeder anderen Phase des Lebenszyklus wird die Lebensqualität im Alter vom individuellen Gesundheitszustand und von den aus physischen und psychischen Krankheiten resultierenden Beeinträchtigungen des Aktivitätspotentials und des subjektiven Wohlbefindens bestimmt. Dementsprechend messen ältere Menschen der Gesundheit auch subjektiv eine herausragende Bedeutung bei. Körperliche Gebrechen und dauerhafte Behinderungen, aber auch psychische Symptome nehmen in der Regel mit dem Alter zu und führen zu nachhaltigen Verschlechterungen der Lebenssituation in vielfacher Hinsicht bis hin zur Pflegebedürftigkeit vor allem bei den Hochbetagten, von der in Westdeutschland 17 % und in Ostdeutschland sogar 25 % der Bevölkerung von 80 Jahren und darüber betroffen sind.

Vor allem gesundheitsbedingte Beeinträchtigungen von Alltagsaktivitäten resultieren vielfach in unmittelbaren Lebensqualitätseinbußen (vgl. Tab. 3). Während sich z. B. in Westdeutschland drei Viertel aller 17- bis 59-Jährigen (Ostdeutschland 68 %) durch ihren Gesundheitszustand beim Treppensteigen gar nicht beeinträchtigt fühlen, sinkt dieser Anteil bereits auf unter 40 % bei den 60- bis 64-Jährigen (Ostdeutschland 26 %) und sogar bis auf lediglich 11 % (Ostdeutschland 16 %) bei den über 80-Jährigen, von denen nahezu jeder Zweite angibt, beim Treppensteigen sehr stark beeinträchtigt zu sein. Ganz ähnlich nimmt auch der Anteil derjenigen, die angeben, bei anstrengenden Tätigkeiten durch ihren Gesundheitszustand nicht beeinträchtigt zu sein, mit steigendem Alter rasch ab. Gesundheitsbedingte Einschränkungen sozialer Kontakte werden in relevantem Umfang erst im höheren Alter berichtet, in Westdeutschland von 12 % (Ostdeutschland 18 %) der 75- bis 79-Jährigen sowie 18 % (Ostdeutschland 24 %) der 80- bis 99-Jährigen.

Darüber hinaus kann die Lebensqualität aber auch durch Symptome körperlicher und psychischer Krankheiten stark beeinträchtigt werden, die ebenfalls mit steigendem Alter zunehmen (vgl. Tab. 3): Niedergeschlagenheit ist offenbar eine Beeinträchtigung des Wohlbefindens, von dem im höheren Alter bis zu einem knappen Viertel der Befragten betroffen sind, das aber andererseits auch in der jüngeren Bevölkerung in nennenswertem Umfang (17 %) verbreitet ist und hier sogar geringfügig häufiger vor-

Tab. 3a: Gesundheitszustand, gesundheitliche Beeinträchtigungen und Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen nach Altersgruppen in Westdeutschland

Westdeutschland	Altersgruppen					
	17–59 Jahre	60–64 Jahre	65–69 Jahre	70–74 Jahre	75–79 Jahre	80–99 Jahre
in %						
Gesundheitszustand gegenwärtig						
Sehr gut	13	3	3	3	1	3
Gut	45	29	23	18	17	10
Zufrieden stellend	30	41	47	47	43	44
Weniger gut	10	20	22	24	28	28
Schlecht	2	6	5	8	11	15
Gesundheitszustand beim Treppensteigen						
Stark beeinträchtigt	5	17	22	25	39	48
Ein wenig beeinträchtigt	22	44	45	50	45	42
Gar nicht beeinträchtigt	73	39	33	25	15	11
Gesundheitszustand bei anstrengenden Tätigkeiten						
Stark beeinträchtigt	8	25	27	34	40	53
Ein wenig beeinträchtigt	29	47	50	48	47	40
Gar nicht beeinträchtigt	62	28	23	18	13	7
Niedergeschlagen						
in den letzten 4 Wochen	17	14	13	14	15	21
Körperliche Schmerzen						
in den letzten 4 Wochen	9	21	22	22	27	34
Einschränkung sozialer Kontakte wg. gesundheitlicher Beeinträchtigung						
Arztbesuche	6	8	9	9	12	18
in den letzten 3 Monaten	62	76	83	84	88	91
Krankenhausaufenthalt im letzten Jahr						
	10	15	16	17	27	25

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) 2002.

kommt als bei den jüngeren Alten. Dagegen ist das Erleiden starker körperlicher Schmerzen, das von etwa einem Drittel der über 80-Jährigen berichtet wird, ein Symptom, das in West- und Ostdeutschland mit zunehmendem Alter gleichermaßen an Verbreitung gewinnt.

Dass sich der Gesundheitszustand mit zunehmendem Alter im Allgemeinen verschlechtert, wird durch eine Vielzahl von Indikatoren belegt (vgl. auch Teil II, Kapitel 4).

Dagegen finden sich Hinweise darauf, dass der durch das Alter bedingte Anstieg der Gesundheitskosten offenbar geringer ist als vielfach angenommen und behauptet wurde. Beide hier verwendeten Indikatoren der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen steigen mit dem Alter jedoch deutlich an (vgl. Tab. 3): Der Anteil derjenigen, die angeben, in den letzten 3 Monaten einen Arzt aufgesucht zu haben, steigt in Westdeutschland von 76 % (Ostdeutschland 87 %) bei den 60- bis 64-Jährigen auf

Tab. 3b: Gesundheitszustand, gesundheitliche Beeinträchtigungen und Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen nach Altersgruppen in Ostdeutschland

Ostdeutschland	Altersgruppen					
	17–59 Jahre	60–64 Jahre	65–69 Jahre	70–74 Jahre	75–79 Jahre	80–99 Jahre
	in %					
Gesundheitszustand gegenwärtig						
Sehr gut	10	3	0	1	1	2
Gut	47	26	22	14	11	8
Zufrieden stellend	31	41	51	46	51	45
Weniger gut	10	21	22	31	31	32
Schlecht	2	9	5	8	6	13
Gesundheitszustand beim Treppensteigen						
Stark beeinträchtigt	5	24	21	33	33	46
Ein wenig beeinträchtigt	27	50	51	54	58	38
Gar nicht beeinträchtigt	68	26	28	13	10	16
Gesundheitszustand bei anstrengenden Tätigkeiten						
Stark beeinträchtigt	7	28	27	37	39	52
Ein wenig beeinträchtigt	37	52	56	53	54	38
Gar nicht beeinträchtigt	55	20	17	10	8	9
Niedergeschlagen in den letzten 4 Wochen						
	17	14	15	21	24	23
Körperliche Schmerzen in den letzten 4 Wochen						
	9	20	23	29	33	36
Einschränkung sozialer Kontakte wg. gesundheitlicher Beeinträchtigung						
	5	11	8	17	18	24
Arztbesuche in den letzten 3 Monaten						
	63	87	90	94	95	91
Krankenhausaufenthalt im letzten Jahr						
	10	15	16	27	18	23

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) 2002.

91 % (Ostdeutschland 91 %) bei den 80- bis 99-Jährigen, beträgt aber lediglich 62 % (Ostdeutschland 63 %) in der Vergleichsgruppe der jüngeren Bevölkerung. Ein ähnlicher Zusammenhang mit dem Alter ist festzustellen, wenn man die »Krankenhausaufenthalte im letzten Jahr« betrachtet, was auf etwa jeden vierten 80-Jährigen und Älteren zutrifft gegenüber etwa jedem Sechsten im Alter von 60–69 Jahren und lediglich jedem zehnten 17- bis 59-Jährigen.

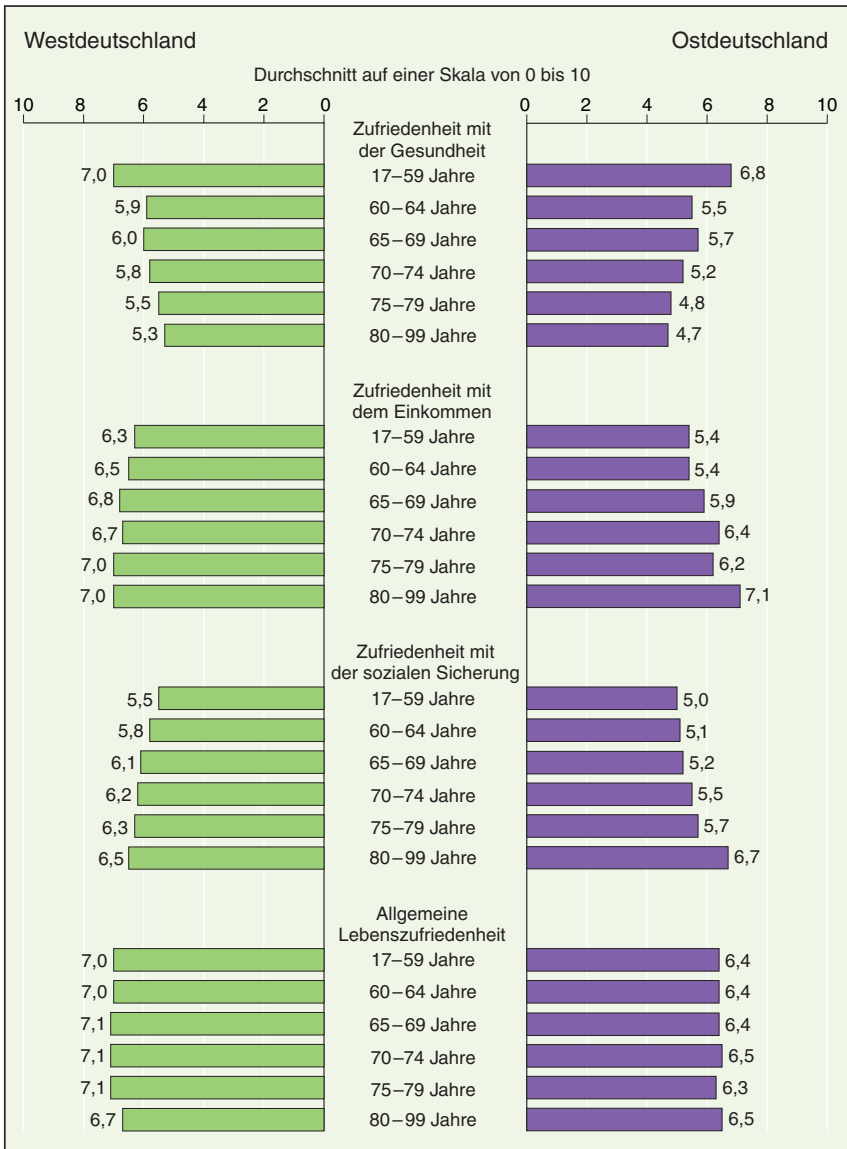
12.4 Subjektives Wohlbefinden

Die mit dem Alterungsprozess einhergehenden Gesundheitsbeeinträchtigungen manifestieren sich nicht zuletzt auch in der subjektiven Beurteilung des eigenen Gesundheitszustandes und in der Zufriedenheit mit der Gesundheit: Während in West- wie in Ostdeutschland lediglich 12 % der 17- bis 59-Jährigen ihren Gesundheitszustand als »weniger gut« oder »schlecht« bezeichnen, gilt das für fast 40 % der 75- bis 79-Jährigen sowie für mehr als 40 % der über 80-Jährigen (vgl. Tab. 3). Auch die Zufriedenheit mit der Gesundheit nimmt mit steigendem Alter deutlich ab: In Westdeutschland erreicht sie bei den 60- bis 64-Jährigen einen Wert von 5,9 auf einer von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) reichenden Skala, gegenüber einem Wert von 7,0 bei den 17- bis 59-Jährigen und geht bei den über 80-Jährigen bis auf 5,3 zurück. In Ostdeutschland sind die Zufriedenheitsdifferenzen zwischen den Altersgruppen noch drastischer (Abb. 3). Die Differenz in der Gesundheitszufriedenheit zwischen den über 80-Jährigen (4,7) und dem Durchschnitt der 17- bis 59-Jährigen (6,8) beträgt hier sogar nahezu zwei Skalenpunkte.

Die Zufriedenheit mit der Gesundheit ist gerade für ältere Menschen ein Aspekt, der das subjektive Wohlbefinden wesentlich mitbestimmt, stellt dabei aber dennoch lediglich eine Komponente neben anderen dar. Deutlich zufriedener als mit ihrer Gesundheit sind ältere Menschen mit ihrem Haushaltseinkommen. Das entspricht ihrer – bereits festgestellten – vergleichsweise günstigen faktischen Einkommenssituation und materiellen Lage. Die Population der 60-Jährigen und Älteren ist mit ihrem Haushaltseinkommen im Vergleich mit der jüngeren Bevölkerung überdurchschnittlich zufrieden, wobei – besonders ausgeprägt in Ostdeutschland – die Zufriedenheit innerhalb der Altenbevölkerung sogar mit steigendem Alter weiter zunimmt (Abb. 3). Am zufriedensten sind die über 75-Jährigen mit einem Wert von 7,0 in Westdeutschland (Ostdeutschland 7,1) auf der von 0 bis 10 reichenden Skala gegenüber 6,5 (Ostdeutschland 5,4) bei den 60- bis 64-Jährigen. Während die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen in Westdeutschland im Vergleich zu 1991 in allen unterschiedenen Altersgruppen um ca. 0,5 Skalenpunkte abgenommen hat, ist in Ostdeutschland in diesem Zeitraum ein deutlicher Anstieg zu beobachten, der sich in der ältesten Altersgruppe auf mehr als einen Skalenpunkt beläuft (vgl. Tab. 4). Die für die Altenbevölkerung besonders ausgeprägten absoluten und relativen Einkommensverbesserungen schlagen sich auch in deutlichen Zufriedenheitsgewinnen nieder. Die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard ist über alle Altersgruppen hinweg – in West- und Ostdeutschland – höher als die mit dem Einkommen. In Westdeutschland finden sich hier auch nur geringe Unterschiede zwischen den Altersgruppen und kaum Veränderungen über die Zeit. Auch in Ostdeutschland sind die Unterschiede zwischen den Altersgruppen nicht sehr ausgeprägt, wenngleich die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard tendenziell mit dem Alter steigt. Allerdings hat in Ostdeutschland auch die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard zwischen 1992 und 2002 zugenommen (vgl. Tab. 4).

Mit der sozialen Sicherung sind ältere Menschen in West- wie in Ostdeutschland überdurchschnittlich zufrieden, wobei das diesbezügliche Zufriedenheitsniveau für

Abb. 3: Allgemeine Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit mit ausgewählten Lebensbereichen nach Altersgruppen



Datenbasis: SOEP 2002.

alle Altersgruppen aber deutlich unter den für den Lebensstandard und das Haushaltseinkommen zu beobachtenden Zufriedenheitsniveaus liegt. Die für die jüngeren Altersgruppen – im Vergleich zu den derzeitigen Rentnergenerationen – absehbare Verschlechterung der sozialen Sicherung schlägt sich auch in ihrer Zufriedenheit nieder: Das Niveau der Zufriedenheit mit der sozialen Sicherung liegt in der Gruppe der 80- bis 99-Jährigen mit einem Wert von 6,5 in Westdeutschland um einen vollen Skalenpunkt höher als in der Population der 17- bis 59-Jährigen; in Ostdeutschland ist die Differenz mit 1,7 Skalenpunkten sogar noch ausgeprägter (Abb. 3).

Die Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt wird vielfach als ein globaler, viele einzelne Aspekte und Facetten der Lebensumstände und des Lebensverlaufs zusammenfassend bilanzierender Indikator für das subjektive Wohlbefinden verwendet. Wie Abb. 3 zu entnehmen ist, unterscheidet sich die Lebenszufriedenheit der älteren Bevölkerung entgegen der allgemeinen Erwartung kaum von jüngeren Altersgruppen. Eine geringfügig unter dem durchschnittlichen Niveau liegende Zufriedenheit ist allenfalls für die Hochbetagten zu beobachten, jedoch nur in Westdeutschland. Im Zeitverlauf ist für Westdeutschland ein leichter Rückgang der Lebenszufriedenheit

Tab. 4: Zufriedenheit mit ausgewählten Lebensaspekten nach Altersgruppen und im Zeitvergleich

Westdeutschland	1984			1991			2002		
	Altersgruppen								
	17-59 Jahre	60-74 Jahre	75-99 Jahre	17-59 Jahre	60-74 Jahre	75-99 Jahre	17-59 Jahre	60-74 Jahre	75-99 Jahre
	Mittelwert								
Zufriedenheiten mit ...									
Gesundheit	7,3	5,6	5,1	6,9	5,8	5,3	7,0	5,9	5,4
HH-Einkommen	6,3	6,8	6,8	6,8	7,1	7,4	6,3	6,6	7,0
Sozialer Sicherung	-	-	-	-	-	-	5,5	6,0	6,4
Lebensstandard	-	-	-	7,2 ¹	7,4 ¹	7,4 ¹	7,0 ²	7,1 ²	7,4 ²
Lebenszufriedenheit	7,4	7,5	7,2	7,3	7,5	7,1	7,0	7,0	6,8

Ostdeutschland	1992			2002		
	Altersgruppen					
	17-59 Jahre	60-74 Jahre	75-99 Jahre	17-59 Jahre	60-74 Jahre	75-99 Jahre
	Mittelwert					
Zufriedenheiten mit ...						
Gesundheit	6,9	5,5	4,5	6,8	5,5	4,8
HH-Einkommen	4,6	5,1	5,5	5,4	5,8	6,6
Sozialer Sicherung	-	-	-	5,0	5,3	6,2
Lebensstandard	5,8	5,9	6,3	6,4 ²	6,6 ²	7,0 ²
Lebenszufriedenheit	5,9	6,4	6,5	6,4	6,4	6,4

1 2001 statt 2002.

2 1992 statt 1991.

- Indikator nicht erhoben.

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) 1984, 1991, 2002.

für sämtliche Altersgruppen zu beobachten, in Ostdeutschland eine weitgehende Stabilität in der älteren Bevölkerung sowie ein Anstieg bei den 17- bis 59-Jährigen (vgl. Tab. 4).

Weiter gehende Analysen zu den Wirkungen und Einflusstärken ausgewählter Merkmale der Lebensumstände auf die Lebenszufriedenheit führen zu einigen bemerkenswerten Einsichten: Zunächst bestätigt sich die Erwartung, dass sich der Gesundheitszustand – gemessen über dessen subjektive Einschätzung – massiv auf die Lebenszufriedenheit auswirkt und die Stärke dieses Einflusses mit dem Lebensalter noch zunimmt. Daraus folgt gleichzeitig auch, dass die Zufriedenheit mit dem Leben unter ansonsten gleichen Bedingungen mit dem Alter sogar zunimmt, wenn Verschlechterungen des Gesundheitszustandes kontrolliert werden. Wie nicht anders zu erwarten, mindert auch die Tatsache der Pflegebedürftigkeit – von der weit überwiegend ältere Alte betroffen sind – die Lebenszufriedenheit nachhaltig. Die Bedeutung des Einkommens – hier gemessen als relative Einkommensposition – für die Lebenszufriedenheit ist für die jüngere Bevölkerung beachtlich, nimmt aber mit zunehmendem Alter kontinuierlich ab und erweist sich in den höchsten Altersgruppen als nicht mehr signifikant; und anders als in den anderen Altersgruppen wirkt sich bei den über 80-Jährigen auch die West-Ost-Zugehörigkeit nicht auf die Lebenszufriedenheit aus. Überraschend ist vor allem der Befund, dass das Zusammenleben mit einem Ehe- oder sonstigen Partner – anders als üblicherweise angenommen – nur in der jüngeren Bevölkerung sowie bei den jüngeren Alten einen – wenn auch nur leichten – positiven Einfluss auf die Lebenszufriedenheit ausübt; in der Gruppe der über 70-Jährigen ist jedoch kein signifikanter Einfluss des Zusammenlebens mit einem Partner – weder positiv noch negativ – festzustellen.

12.5 Fazit

Alles in allem machen die Ergebnisse deutlich, dass sich ältere Menschen in ihrer Lebensqualität in vielfacher Hinsicht – wenn auch nicht durchgängig und nicht nur negativ – von jüngeren unterscheiden. Insbesondere hinsichtlich ihres Einkommens und ihrer materiellen Verhältnisse geht es der älteren Bevölkerung in Deutschland derzeit vergleichsweise gut. Deutliche Verbesserungen ihrer absoluten und relativen Einkommensposition haben insbesondere die höheren Altersgruppen in den östlichen Bundesländern erfahren, was sich auch in ihrem subjektiven Wohlbefinden niederschlägt. Die aus gesellschaftspolitischer Sicht besonders interessierenden Defizite in der Lebensqualität älterer Menschen im Vergleich zu jüngeren Bevölkerungsgruppen betreffen vor allem die immateriellen Aspekte des Lebens. Deutliche Einbußen in der Lebensqualität stellen sich insbesondere bei den älteren Alten, d.h. den Altersgruppen ab 70 Jahren, ein, die sich von den jüngeren Alten hinsichtlich einer Vielzahl der verwendeten Indikatoren negativ unterscheiden.

Für manche Beobachter überraschend ist die auch im hohen Lebensalter nur unwesentlich sinkende Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt. In der Gesamtbilanz der

Lebenszufriedenheit werden die im höheren Lebensalter negativ zu Buche schlagenden Aspekte – wie z. B. Beeinträchtigungen der Gesundheit – offenbar durch positiv bewertete Wohlfahrtskomponenten – wie z. B. eine im Durchschnitt vergleichsweise günstige materielle Lage – wenigstens teilweise kompensiert. Dass es älteren Menschen in der Regel anscheinend gelingt, das Niveau ihres subjektiven Wohlbefindens weitgehend aufrechtzuerhalten, mag darüber hinaus jedoch auch auf Prozesse der Anpassung und der Revision von Wertorientierungen, d. h. der Reduzierung von Erwartungen und der Abwertung von in früheren Phasen des Lebenszyklus wichtigeren und der Höherbewertung von in früheren Lebensphasen weniger wichtigen Aspekten zusammenhängen. Auch wenn die vielfach gestellte Frage, ob die durch eine steigende Lebenserwartung gewonnenen Jahre lebenswert seien, pauschal kaum beantwortet werden kann, ist offensichtlich, dass ihre Qualität mit dem Gesundheitsstatus steht und fällt.

(Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick)

Weitere Informationen zum Thema Altersaufbau siehe Teil I, Kap. 1.4, zum Thema Alter und Gesundheit Teil I, Kap. 8.4.

13 Zuwanderer und Ausländer in Deutschland

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Bevölkerungsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland durch Wanderungsbewegungen geprägt. In der Summe wurden zwischen 1954 und 1999 54 Millionen Zu- und Fortzüge verzeichnet. Dabei wanderten rund 9 Millionen Menschen mehr in die Bundesrepublik ein als aus. Ein Teil der Zuwanderer hat die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen und gilt in der amtlichen Statistik als Deutsche. Die Mehrzahl aber besitzt weiterhin die Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes. Die größten Zuwandergruppen stammen aus den früheren Anwerbestaaten für so genannte Gastarbeiter: aus der Türkei, Italien, Spanien, Griechenland, Portugal und den Staaten des ehemaligen Jugoslawien. Seit 1989, dem Ende der Ost-West-Konfrontation, gab es neue Zuwanderungsbewegungen. Vor allem immigrierten Flüchtlinge und Asylsuchende aus den Krisengebieten des Balkans und Spätaussiedler aus Polen, Rumänien und dem Gebiet der GUS-Staaten. Für alle Zuwanderer ist die Entscheidung, in ein anderes Land einzuwandern, von großen Umbrüchen begleitet. Diese Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft wird als Integration bezeichnet. Sie stellt sowohl die Zuwanderer als auch die ansässige Bevölkerung und deren Institutionen vor Herausforderungen.

Es gibt mehr und mehr Menschen, die keinen dauerhaften Lebensmittelpunkt in einem Land mehr haben, sondern zwischen den Staaten pendeln. Solche Prozesse der transnationalen Migration sind nur schwer zu dokumentieren. Dies gilt ebenso für die Situation der illegalen Zuwanderer, deren Zahl in der Bundesrepublik Deutschland auf 0,5 bis 1,5 Millionen geschätzt wird.

Im Folgenden werden die Lebenssituationen der größten Zuwanderergruppen in Deutschland dargestellt: der Zuwanderer aus der Türkei, aus den 15 alten EU-Staaten, aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien und der Aussiedler. Dabei geht es um die Bereiche: Lebensbedingungen, die Bildungssituation, Beschäftigung und soziale Integration. Alle Analysen beziehen sich auf die alten Bundesländer, da die große Mehrheit der Zuwanderer dort lebt.

13.1 Lebensbedingungen im Vergleich

In Tabelle 1 sind wichtige Indikatoren der Lebensbedingungen dargestellt. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer verweist auf die sehr unterschiedlichen Zuwanderungsphasen. Zuwanderer aus den 15 EU Staaten leben mit 25 Jahren im Schnitt am längsten in Deutschland, während (Spät-)Aussiedler hauptsächlich erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 nach Deutschland immigriert sind. Der unterschiedlich hohe Anteil der 2. Generation, also derjenigen, die in Deutschland geboren oder als

Kinder nach Deutschland gekommen sind, entspricht den Ergebnissen zur Aufenthaltsdauer. Ein Vergleich der Daten von Haushaltsgröße und Familienstand verdeutlicht die starke traditionale Familienorientierung vor allem der türkischen Zuwanderergruppe. Mehrgenerationenfamilien mit mehr als einem Kind sind immer noch typisch, auch wenn sich die Fertilitätsrate der zugewanderten Frauen langsam an die der deutschen Frauen angleicht.

Die Ergebnisse zur Wohnfläche pro Person und zum monatlichen Haushaltsäquivalenzeinkommen zeigen deutliche Unterschiede zwischen den Gruppen auf. Deutsche und Zuwanderer aus den alten EU-Staaten verfügen über ein vergleichbares

Tab. 1: Zentrale Merkmale von Deutschen und Zuwanderern in Westdeutschland 2003

	Deutsche	Zuwanderer aus ...			Aussiedler
		der Türkei	der EU (bis 2003)	dem ehemal. Jugosl.	
in %					
Familienstand					
Verheiratet	54	81	67	67	61
In Partnerschaft	19	7	13	10	16
Ledig	13	11	14	17	14
Geschieden	5	2	4	3	3
Verwitwet	9	1	2	2	7
In Deutschland geboren	–	14	23	14	–
		Mittelwert			
Aufenthaltsdauer in					
Deutschland (in Jahren)	–	21	26	20	13
Monatliche Haushalts-					
äquivalenzeinkommen (EUR)	2 810	2 340	2 940	2 220	2 300
Zufriedenheit mit dem					
Lebensstandard¹	7,1	6,2	6,9	6,5	6,9
Haushaltsgröße, Personen	2,1	3,4	2,5	2,4	2,6
Wohnfläche pro Person (qm)	53	27	41	35	35
Zufriedenheit mit der					
Wohnung¹	7,8	6,4	7,4	7,0	7,5

1 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; = 0 = »Ganz und gar unzufrieden«, 10 = »Ganz und gar zufrieden«.

Datenbasis: SOEP 2003.

res Einkommen und über den meisten Wohnraum pro Person. Unter den im Durchschnitt schlechtesten Lebensbedingungen leben Zuwanderer aus der Türkei. Die im Schnitt deutlich niedrigere Wohnfläche bei allen Zuwanderergruppen im Vergleich zur Gruppe der Deutschen erklärt sich allerdings auch aus dem hohen Anteil von Zuwanderern, die in städtischen Mietwohnungen leben. Diese objektiven Lebensbedingungen spiegeln sich in den subjektiven Maßen der Zufriedenheit wider. Eine Ausnahme bildet die Gruppe der Aussiedler, die trotz relativ niedriger Lebensbedingungen ein vergleichbares Zufriedenheitsniveau wie die deutsche Bevölkerung aufweist.

13.2 Bildung und Ausbildung

Eine gute schulische und berufliche Bildung eröffnet eine Reihe von Wahlmöglichkeiten für die zukünftige Lebensgestaltung. Deshalb kommt der Bildung gerade im leistungsorientierten Bereich der Wirtschaft eine zentrale Rolle zu. Dazu gehören in der Regel auch gute deutsche Sprach- und Schreibkenntnisse. Bei den Aussiedlern und den Zuwanderern aus den EU-Staaten schätzen knapp 80 % ihre deutschen Sprachkenntnisse als gut ein und immerhin noch 60 % beurteilen ihre Schreibfähigkeit im Deutschen als gut. Hingegen liegen die Quoten bei Zuwanderern aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien um 20 bis 30 Prozentpunkte niedriger. Bis auf die Gruppe der Zuwanderer aus der Türkei ergibt sich im Querschnittsvergleich zwischen 1996 und 2003 eine Verbesserung der Sprach- und Schreibkenntnisse. Besonders

Tab. 2: Sprachkenntnisse und Bildung von Deutschen und Zuwanderern in Westdeutschland

	Deutsche		Zuwanderer aus ...						Aussiedler	
			der Türkei		der EU (bis 2003)		dem ehemal. Jugosl.			
	1996	2003	1996	2003	1996	2003	1996	2003	1996	2003
in %										
Gute deutsche Sprachkenntnisse	-	-	54	53	69	76	59	66	68	80
Gute Schreibfähigkeiten in Deutsch	-	-	40	42	48	59	35	48	55	68
<i>Schulbildung</i>										
Kein Schulabschluss	2	2	27	21	22	13	22	15	6	7
Frauen	2	1	33	26	21	15	29	19	6	9
2. Generation	-	-	19	3	19	10	8	3	10	1
Haupt/Pflichtschule	53	45	61	62	55	65	68	64	67	68
Frauen	54	45	53	52	52	59	59	59	65	66
2. Generation	-	-	55	65	49	47	46	38	44	35
Realschule	25	27	8	9	11	11	5	15	12	13
Frauen	30	30	11	11	15	17	6	15	15	15
2. Generation	-	-	20	17	15	22	28	46	34	37
Abitur	21	26	4	8	12	11	5	6	15	12
Frauen	17	23	3	11	12	9	7	7	13	10
2. Generation	-	-	6	15	18	22	19	14	12	28
<i>Ausbildung</i>										
Keine Ausbildung	23	20	67	61	47	41	51	39	34	26
Frauen	31	26	74	73	50	53	62	45	40	31
2. Generation	-	-	58	48	35	34	42	33	62	35
Berufsausbildung	65	64	29	32	41	39	41	42	50	45
Frauen	60	60	23	21	41	28	32	41	46	38
2. Generation	-	-	41	48	48	54	56	63	39	56
Akademischer Abschluss	13	16	4	7	12	20	8	20	18	29
Frauen	9	12	2	7	9	19	6	14	15	31
2. Generation	-	-	1	4	17	12	3	4	0	9

Datenbasis: SOEP 1996 und 2003.

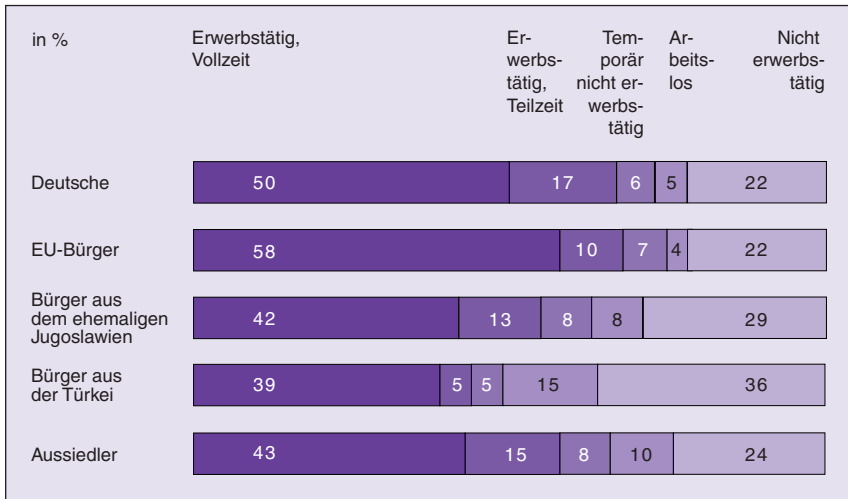
deutlich ist diese Entwicklung bei der Gruppe der Aussiedler und Zuwanderer aus den EU-Staaten (vgl. Tab. 2).

Bei der Schulbildung bestehen weiterhin starke Unterschiede zwischen der deutschen Bevölkerung und den einzelnen Zuwanderergruppen. Wiederum sind es Zuwanderer aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien, die sowohl den höchsten Anteil an Personen ohne Schulabschluss aufweisen, als auch in den weiterführenden Schulen unterdurchschnittlich vertreten sind. Allerdings zeigt sich, dass die 2. Generation deutlich höhere Schulabschlüsse erreicht. Somit ist ein Teil der Unterschiede durch die Wanderungsgeschichte bedingt, da vor allem niedrig qualifizierte Arbeiter angeworben wurden und es bis Ende der 70er-Jahre keine bildungspolitischen Integrationsmaßnahmen gab. Für dieses Ergebnis sprechen auch Befunde, die nachweisen, dass sich seit den 80er-Jahren der Bildungsabstand zwischen Deutschen und Zuwanderergruppen, die seit längerer Zeit in Deutschland leben, zunehmend verringert hat. Der enge Zusammenhang zwischen Schulbildung und Ausbildung zeigt sich in Tabelle 2. Der Anteil der Zuwanderer ohne eine Berufsausbildung liegt zwischen 26 % bei den Aussiedlern und 59 % bei den Zuwanderern aus der Türkei und damit weit über dem Anteil der Gruppe der Deutschen. Bei der akademischen Ausbildung hingegen sind die Anteile der Zuwanderer aus den EU-Staaten und der Aussiedler sogar höher als bei den Deutschen. Wie bei der Schulbildung, so zeigt sich auch bei der beruflichen Ausbildung die Tendenz, dass die zweite Generation höhere Berufsabschlüsse im Vergleich zur jeweiligen Gesamtgruppe erreicht. Insgesamt ist innerhalb der fünf Jahre ein Trend zu höheren Ausbildungsabschlüssen zu beobachten. Diese zunehmende Qualifizierung wird besonders bei den Frauen deutlich. Im Vergleich zu den Männern verbessern sich ihre Bildungsabschlüsse überproportional. Allerdings darf dies nicht über die weiterhin bestehende Ungleichheit hinwegtäuschen. Vor allem Frauen aus der Türkei haben zu 70 % keinen Berufsabschluss.

13.3 Erwerbstätigkeit und Einkommen

Die Teilnahme am Erwerbsleben der 15- bis 65-Jährigen ist in den einzelnen Analysegruppen sehr unterschiedlich. Abbildung 1 zeigt, dass mehr als ein Drittel der Zuwanderer aus der Türkei nicht am Erwerbsleben teilnehmen. Dies betrifft vor allem türkische Frauen, die in der Mehrzahl nicht berufstätig sind. Auch tragen rechtliche Beschränkungen bei der Arbeitsaufnahme für Nicht-EU-Bürger dazu bei, dass die Erwerbsbeteiligung von Zuwanderern aus der Türkei und Staatsbürgern der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien im Vergleich zu den anderen Gruppen geringer ist. Auch am Arbeitsmarkt zeigen sich deutliche Unterschiede. Während bei den Deutschen und den Zuwanderern aus den EU-Staaten weit über 60 % einer Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung nachgehen, sind dies bei den Aussiedlern und Zuwanderern aus dem ehemaligen Jugoslawien knapp 60 % und bei den Zuwanderern aus der Türkei nur rund 45 %. Teilzeitarbeit wird dabei weitgehend von Frauen

Abb. 1: Erwerbsstatus von Deutschen und in Deutschland lebenden Ausländern



Datenbasis: SOEP 2001.

ausgeübt. Große Unterschiede zeigen sich in den Arbeitslosenzahlen. Hier weisen vor allem Zuwanderer aus der Türkei und Aussiedler hohe Quoten auf. Insgesamt hat sich das Arbeitsloskeitsrisiko für Zuwanderer in den 90er-Jahren stark erhöht und liegt deutlich über dem der deutschen Bevölkerung.

Die berufliche Stellung der Beschäftigten spiegelt sehr gut die Verteilung nach Wirtschaftssektoren wider. Die Mehrzahl der beschäftigten Zuwanderer ist als ungelernete und angelernte Arbeiter vorwiegend im industriellen Sektor tätig (vgl. Tab. 3). Die berufliche Mobilität vor allem bei den als so genannte Gastarbeiter nach Deutschland immigrierten Zuwanderern ist gering. Sie vollzogen den wirtschaftlichen Strukturwandel seit den 1970er-Jahren nur unzureichend und verzögert. Dies ist wiederum ein wichtiger Grund für die hohen Arbeitslosigkeitsquoten. Nur die Zuwanderer aus den EU-Staaten sind zu über 40 % als Angestellte beschäftigt und weisen im Vergleich zu den Deutschen eine ähnliche Beschäftigungsstruktur auf.

Die Unterschiede in der beruflichen Qualifikation zeigen sich auch beim Einkommen. Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien und Aussiedler haben die niedrigsten Einkommen und können nur von einer geringeren Einkommenssteigerung zwischen 1996 und 2003 profitieren. Deutlich wird auch, dass Frauen, teilweise bedingt durch die hohe Teilzeitquote, weit weniger verdienen; ebenso verhält es sich bei der jüngeren zweiten Generation. Ein ähnliches Ergebnis liefert auch der Vergleich des niedrigsten und des höchsten Einkommensquartils. Aussiedler und Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien sind im untersten Quartil überproportional vertreten. Noch auffallender jedoch ist, dass bis auf die Gruppe der Zuwanderer aus den EU-Staaten

alle anderen Zuwanderergruppen zu einem sehr geringen Anteil im oberen Einkommensquartil liegen. Dies zeigt, dass gehobene Berufspositionen nur selten von Personen aus diesen Gruppen eingenommen werden.

Mit den schlechteren beruflichen Positionen gehen auch schlechtere Arbeitsbedingungen und eine wenig flexible Arbeitsgestaltung einher. Vor allem berichten rund 30 % der Zuwanderer aus der Türkei von schlechten Arbeitsbedingungen. Eine

Tab. 3: Beschäftigungsstruktur von Deutschen und Zuwanderern in Westdeutschland

	Deutsche		Zuwanderer aus ...						Aussiedler	
			der Türkei		der EU (bis 2003)		dem ehemal. Jugosl.			
	1996	2003	1996	2003	1996	2003	1996	2003	1996	2003
	in %									
Berufliche Stellung										
Ungelernte Arbeiter	4	4	16	15	13	7	16	20	12	10
Angelernte Arbeiter	8	8	37	34	23	24	43	21	32	32
Facharbeiter/Meister	15	12	23	18	17	17	20	16	28	21
Einfache Angestellte	12	13	10	8	8	11	7	19	14	14
Mittl./höhere Angestellte	41	43	9	14	32	32	10	22	12	19
Selbstständige	11	11	5	10	7	9	4	2	2	3
Beamte	10	10	0	1	1	1	0	0	1	2
Einkommensquartile										
1. Quartil niedrig	24	25	29	31	21	27	32	25	35	29
4. Quartil hoch	28	27	6	11	18	22	6	9	5	8
Schlechte Arbeitsbedingungen¹										
Frauen	7	–	19	–	12	–	20	–	10	–
2. Generation	–	–	36	–	11	–	15	–	–	–
Flexible Arbeitsgestaltung¹										
Frauen	13	–	8	–	9	–	1	–	10	–
2. Generation	–	–	8	–	21	–	5	–	–	–
Bruttoeinkommen										
	Mittelwert									
Insgesamt	2230	2530	1630	1910	2050	2370	1590	1860	1600	1870
Frauen	1580	1770	1230	1100	1400	1490	1240	1420	1300	1570
2. Generation	–	–	1440	2080	1750	2120	1480	1770	–	–

¹ Angaben beziehen sich auf das Jahr 2001.

Datenbasis: SOEP 1996 und 2003.

Zwischenposition zu den relativ guten Werten der deutschen Beschäftigten nehmen wiederum die Zuwanderer aus den EU-Staaten ein. Insgesamt verbesserte sich die Beschäftigungssituation der Erwerbstätigen zwischen 1996 und 2003 leicht, wobei die Unterschiede zwischen den Zuwanderergruppen und den Deutschen auf ähnlichem Niveau bestehen blieben.

13.4 Soziale Integration

Um den Prozess der sozialen Integration zu dokumentieren, werden dieselben Personen zwischen 1996 und 2001 verfolgt (Längsschnittperspektive). Die Angaben in Tabelle 4 zeichnen ein heterogenes Bild. Aussiedler weisen wie erwartet die höchste Bleibeabsicht auf und sprechen in der Mehrzahl als Umgangssprache Deutsch. Zudem empfinden sie selten Benachteiligungen aufgrund ihrer Herkunft.

Rund 60 % der Zuwanderer aus der Türkei wollen zwar dauerhaft in Deutschland bleiben, allerdings spricht nur ein Fünftel der türkischen Zuwanderer Deutsch als Umgangssprache, dies mit sinkender Tendenz. Zu beiden Zeitpunkten unterhält nur rund ein Drittel von ihnen Freundschaften zu Deutschen und immerhin 16 % fühlen sich oft benachteiligt aufgrund ihrer Herkunft, jedoch weniger als 1996. Diese Angaben verdeutlichen die schwierige Situation der Integration türkischer Zuwanderer. Ein beachtlicher Teil von Menschen hat zwischen 1996 und 2001 die deutsche

Tab. 4: Determinanten sozialer Integration von Zuwanderergruppen in Westdeutschland

	Zuwanderer aus ...						Aussiedler	
	der Türkei		der EU (bis 2003)		dem ehemal. Jugosl.		1996	2001
	1996	2001	1996	2001	1996	2001		
	in %							
Freundschaft zu Deutschen	34	33	53	52	48	49	50	63
Umgangssprache Deutsch	23	17	39	47	35	24	52	67
Deutsche Staatsbürgerschaft	1	12	4	5	6	16	98	97
Dauerhafte Bleibeabsicht	54	61	46	55	56	56	99	97
Benachteiligung aufgrund der Herkunft	22	16	4	1	9	1	7	4

Datenbasis: SOEP 1996 und 2001, Längsschnitt.

Staatsbürgerschaft angenommen. Dieses Ergebnis liegt unter anderem an der Novellierung des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 1999. Im Zeitvergleich reduziert sich auch bei allen Zuwanderergruppen die empfundene Diskriminierung aufgrund der Herkunft.

Die Zahl der interethnischen Freundschaften zu Deutschen stagnierte zwischen 1996 und 2001. Selbst bei der Gruppe der Zuwanderer aus den EU-Staaten hat nur jeder Zweite enge deutsche Freunde. Bis auf die Gruppe der Aussiedler sprechen weniger als 50 % der Zuwanderer Deutsch als Umgangssprache und im Trend nahm dies nur für die Gruppe der Zuwanderer aus den EU-Staaten zu.

13.5 Fazit

In der Debatte um die Folgen der Alterung der Gesellschaft wird Zuwanderung als eine Möglichkeit genannt, die demographischen Veränderungen in den nächsten Jahrzehnten zu verlangsamen. Gleichzeitig wird auf die Probleme der Integration von Zuwanderern verwiesen und die Integrationsdefizite bei den bisher zugewanderten Personen angemahnt. Die Daten zeigen, dass Integration in vielen Fällen ein langsamer Prozess ist. Sie zeigen aber auch, dass Zuwanderer und ihre Nachkommen sehr unterschiedliche Voraussetzungen mitbringen und ihnen die Gesellschaft im Laufe der Jahrzehnte sehr unterschiedliche Möglichkeiten bietet, in Deutschland »anzukommen«. Damit wird zum einen klar, dass neue Formen der Zuwanderung nicht mit den bisher gemachten Erfahrungen gleichgesetzt werden können. Sie vollziehen sich unter ganz anderen gesellschaftlichen Voraussetzungen. Zum anderen wird deutlich, dass Integration nie abgeschlossen ist. Es ist ein aktiver immer wieder neu gelebter Prozess, an dem sich alle Menschen und Institutionen in der Gesellschaft beteiligen, um Ausgrenzung, Isolation und Separation zu vermeiden.

(Wolfgang Keck)

Weitere Informationen zum Thema Ausländische Bevölkerung siehe Teil I, Kap. 1.8, zum Thema Ausländer und Bildung Teil I, Kap. 2.3 und 2.4, zum Thema Ausländer und Arbeitslosigkeit Teil I, Kap. 3.10.

14 Einstellungen und Kontakte zu Ausländern

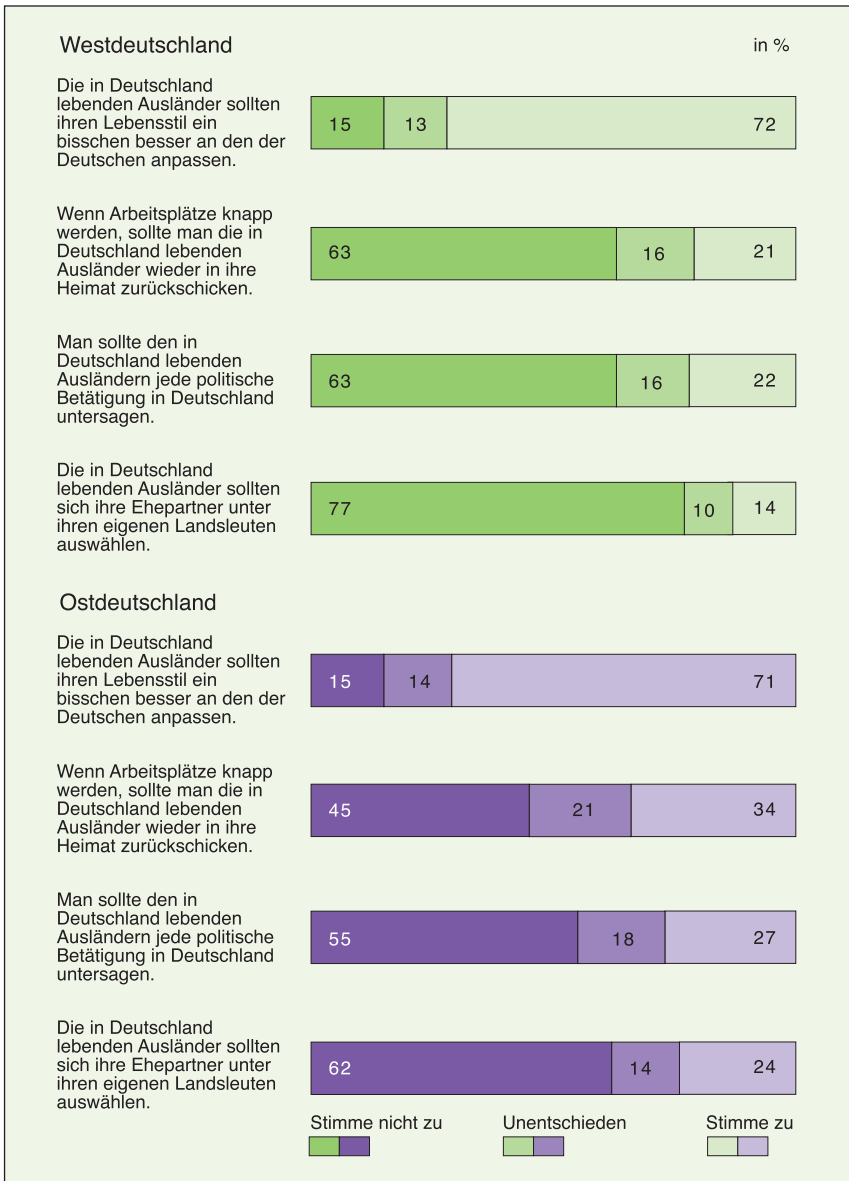
In Deutschland lebten Ende 2002 ungefähr 7,3 Millionen Ausländer. Dies entspricht einem Anteil an der Bevölkerung von 8,9 % (vgl. Abschnitt 1.8 in Teil I). Die Mehrzahl der ausländischen Staatsangehörigen lebt seit vielen Jahren in Deutschland, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer liegt bei 16,0 Jahren. Das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern gestaltet sich dabei nicht immer konfliktfrei. Die Frage, wie eine erfolgreiche Integration der ausländischen Bevölkerung möglich ist, welche Rahmenbedingungen dafür erforderlich sind, welche Bevölkerungsgruppe – Einheimische oder Zuwanderer – wie viel dazu beitragen sollte, ist seit vielen Jahren Gegenstand gesellschaftspolitischer Debatten (vgl. Teil II, Kapitel 13). Im Folgenden wird auf der Basis von Umfragedaten die Einstellung der Deutschen zu den in Deutschland lebenden Ausländern beschrieben und betrachtet, inwieweit Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern in unterschiedlichen Lebensbereichen bestehen.

14.1 Einstellungen zu in Deutschland lebenden Ausländern

In der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) werden seit 1980 verschiedene Aspekte einer ausländer- bzw. integrationsfeindlichen Einstellung gemessen. Es wird gefragt, ob die in Deutschland lebenden Ausländer ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen sollten, ob sie wieder in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze knapp werden, ob ihnen jede politische Betätigung in Deutschland untersagt werden sollte und ob sie sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen sollten. Mit Abstand am meisten Zustimmung findet im Jahr 2002 die vergleichsweise gemäßigte Forderung nach »ein bisschen« mehr Lebensstilanpassung der hier lebenden Ausländer, die von fast drei Viertel der befragten erwachsenen Deutschen in West und Ost unterstützt wird (vgl. Abb. 1). Am deutlichsten abgelehnt – von 77 % der Befragten in Westdeutschland und von 62 % der Befragten in Ostdeutschland – wird die Forderung nach Endogamie, dass die Ausländer »unter sich« heiraten sollten. Gleichwohl stimmen immer noch 14 % der Befragten im Westen und sogar 24 % der befragten Ostdeutschen dieser weitreichenden Forderung zu.

Auch die beiden anderen Aussagen in Abbildung 1 werden von den Befragten mehrheitlich abgelehnt. Nur etwa jeder fünfte Befragte in West und Ost stimmt der Forderung nach einem Verbot jeglicher politischer Betätigung für Ausländer zu. Die Forderung nach Rotation, nach einem Heimschicken der Ausländer bei einer angespannten Arbeitsmarktlage, findet im Osten mit 34 % Zustimmung mehr Anklang als im Westen mit 21 % Zustimmung. Dies könnte zum einen mit der höheren Arbeitslosigkeit in den

Abb. 1: Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern

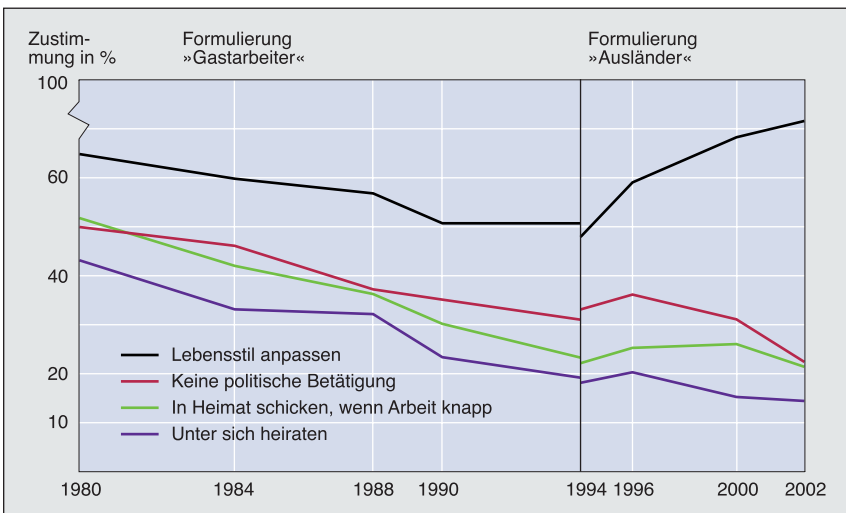


Datenbasis: ALLBUS 2002.

neuen Ländern zusammenhängen, zum anderen aber auch mit den anderen Strukturen der Ausländerpopulation in Ost und West. Im Westen leben nämlich nicht nur deutlich mehr Ausländer als im Osten, vor allem leben dort auch häufig mit den ehemaligen »Gastarbeitern« und deren Familien nichtdeutsche Personen mit einer sehr langen, nicht selten sogar lebenslangen Aufenthaltsdauer. Mit diesem Personenkreis im Blick hat die Forderung nach einem »Heimschicken bei knapper Arbeit« eine ganz andere Schärfe, sodass es plausibel erscheint, dass eine solche Maßnahme dann weniger Zustimmung findet.

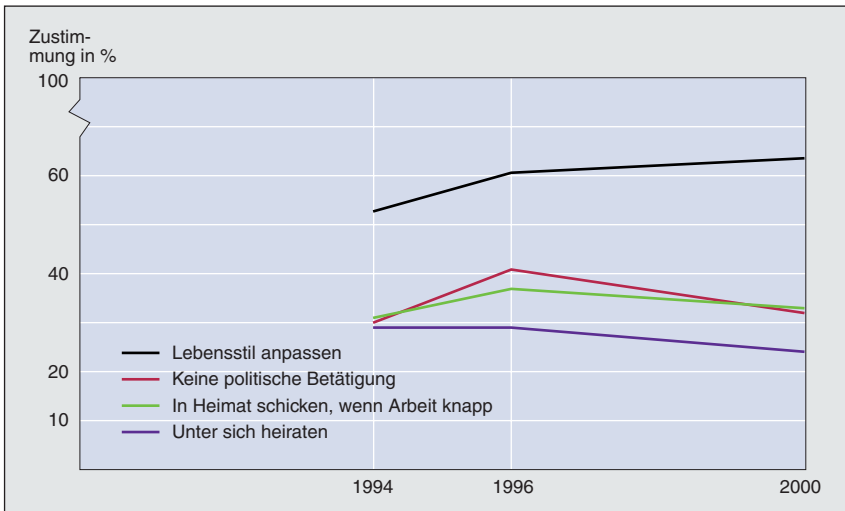
Was den Wandel der Einstellungen über die Zeit angeht (vgl. Abb. 2), ist von 1980 bis 1994 im Westen der Republik ein – mehr oder weniger starker – kontinuierlicher Rückgang der Zustimmung zu allen vier Aussagen zu beobachten. In der jüngeren Vergangenheit ist das Bild weniger eindeutig. Ein Aspekt fällt hier besonders auf: Bei der Forderung nach Lebensstilanpassung ist seit 1996 eine Umkehr des Trends zu beobachten, sodass inzwischen sogar die Zustimmungsquote des Jahres 1980 (65 %) wieder übertroffen wird (72 %). Bei den anderen Aspekten ist im Großen und Ganzen eher entweder eine Stagnation oder eine Fortsetzung des liberalen Trends zu beobachten. Bei der Betrachtung der Zeitreihen für die vier Aspekte muss man allerdings beachten, dass 1994 der bis dahin verwendete Begriff »Gastarbeiter« durch »in Deutschland lebende Ausländer« ersetzt wurde, um den veränderten Gegebenheiten und dem damit verbundenen geänderten Sprachgebrauch Rechnung zu tragen. Wie man an den Zahlen für 1994 sehen kann, als beide Formulierungsvarianten im Split

Abb. 2a: Diskriminierende Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern – Westdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1980, 1984, 1988, 1990, 1994, 1996, 2000, 2002.

Abb. 2b: Diskriminierende Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern – Ostdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1994, 1996, 2000, 2002.

bei jeweils der Hälfte der Befragten verwendet wurden, hatte dies allerdings kaum Auswirkungen auf das Antwortverhalten der Befragten.

Für den Osten liegen mittlerweile vier Messzeitpunkte vor – beginnend im Jahr 1994. Auch hier fällt auf, dass die Zahl derer, die ein wenig mehr Lebensstilanpassung von den Ausländern einfordern, über die Zeit deutlich steigt. Für die Forderung nach einem Heimschicken der in Deutschland lebenden Ausländer bei Arbeitsplatzknappheit ist keine eindeutige Tendenz erkennbar. Für die anderen beiden Aussagen ist wie im Westen tendenziell eher eine weitere Abnahme der Zustimmung zu verzeichnen.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass das auffälligste Ergebnis des Zeitvergleichs der abweichende Trendverlauf beim Aspekt »Lebensstilanpassung« ist, der 2002 mehr Zustimmung findet als zu Beginn der Messungen, während gleichzeitig die Zustimmungsquoten zu allen anderen Forderungen im Westen seit 1980 auf weniger als die Hälfte zurückgegangen sind und im Osten seit 1994 in etwa gleich geblieben oder leicht zurückgegangen sind. Betrachtet man den Zusammenhang zwischen der Forderung nach Lebensstilanpassung auf der einen und den anderen drei Aspekten auf der anderen Seite, stellt man fest, dass 1980 noch 35 % der Befragten, die ein bisschen mehr Anpassung verlangten, auch allen drei anderen Aussagen eher zustimmten, 2002 jedoch im Westen nur noch 6 %, im Osten nur noch 15 %. 35 % (West) bzw. 22 % (Ost) derer, die etwas mehr Lebensstilanpassung fordern, lehnen 2002 sogar alle anderen Aussagen ab. Möglicherweise ist die häufiger geäußerte Forderung der Deutschen nach mehr Assimilationsbereitschaft aufseiten der Ausländer inzwi-

schen weniger Ausdruck einer generell ausländerfeindlichen Einstellung, als vielmehr die Kehrseite einer am Trend der anderen Aspekte abzulesenden zunehmenden Bereitschaft zur Integration der Gastarbeiter bzw. Ausländer als auf Dauer hier lebende, gleichberechtigte Mitbürger.

Wie Tabelle 1 zeigt, sind diskriminierende Einstellungen gegenüber in Deutschland lebenden Ausländern in verschiedenen Alters- und Bildungsgruppen unterschiedlich weit verbreitet. Ältere Befragte stimmen den vier Forderungen häufiger zu als jüngere. Die Forderung, dass Ausländer unter sich heiraten sollten, wird im Westen in der höchsten Altersgruppe mit 24 % sogar viermal so häufig erhoben wie bei den unter 40-Jährigen. In Ost und West liegt die Zustimmung zu allen vier Aspekten bei Hochschulabsolventen jeweils um über 20 Prozentpunkte höher als bei Abiturienten, wobei die Unterschiede im Osten noch deutlicher ausfallen als im Westen.

Einstellungsunterschiede sind auch zwischen Personen mit unterschiedlich starkem Nationalstolz zu erkennen, wobei ein ausgeprägter Nationalstolz (→sehr stolz, Deut-

Tab. 1: Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern in ausgewählten Bevölkerungsgruppen¹, 2002

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Lebensstil anpassen	In Heimat schicken, wenn Arbeit knapp	Keine politische Betätigung	Unter sich heiraten	Lebensstil anpassen	In Heimat schicken, wenn Arbeit knapp	Keine politische Betätigung	Unter sich heiraten
	in %							
Insgesamt	72	21	22	14	71	34	27	24
Altersgruppen								
18–39 Jahre	64	14	13	6	63	28	22	15
40–59 Jahre	71	22	24	13	70	33	30	24
60 Jahre und älter	84	30	34	24	83	42	32	39
Schulabschluss								
Hauptschule	84	31	35	24	87	50	40	40
Mittlere Reife	74	21	19	10	71	32	28	23
Fachhochschul-/ Hochschulreife	56	9	10	2	51	17	11	7
Stolz, Deutscher zu sein								
Überhaupt nicht/ nicht sehr	57	10	13	8	58	23	20	14
Ziemlich	77	21	22	12	73	34	27	26
Sehr	86	40	40	27	88	52	41	38
Wahlabsicht								
CDU/CSU	80	25	27	20	79	33	32	30
SPD	70	15	19	11	67	31	19	21
FPD	80	27	27	15	69	32	22	18
Bündnis 90/ Die Grünen	46	6	5	2	/	/	/	/
PDS	/	/	/	/	58	27	26	17

¹ Anteil derjenigen, die Aussage zustimmen.

/ Fallzahl zu gering (< 50).

Datenbasis: ALLBUS 2002.

scher zu sein«) mit einer höheren Zustimmung zu ausländerdiskriminierenden Aussagen einhergeht. In diesem Personenkreis scheinen Vorstellungen, dass mit der Zugehörigkeit zur einheimischen Bevölkerung bestimmte Vorrechte verbunden sein sollten und dass die Interessen der deutschen Bevölkerung Vorrang haben sollten vor denen der hier lebenden nichtdeutschen Menschen, weiter verbreitet zu sein als bei den Personen, die weniger stolz darauf sind, Deutscher zu sein. So wird die Forderung, Ausländer bei prekärer Arbeitsmarktlage wieder in ihre Heimat zurückzuschicken, von 40 % (West) bzw. 52 % (Ost) der Personen, die »sehr stolz« darauf sind, Deutscher zu sein, unterstützt, gegenüber 10 % (West) bzw. 23 % (Ost) bei den »gar nicht« oder »nicht sehr« stolzen Deutschen. Auch bei allen anderen Forderungen sind die Zustimmungquoten der Befragten mit ausgeprägtem Nationalstolz jeweils eindeutig am höchsten.

Betrachtet man die parteipolitische Orientierung der Befragten, hier gemessen anhand der Wahlabsicht (»Sonntagsfrage«), so fällt auf, dass zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien in ihren Einstellungen gegenüber Ausländern im Allgemeinen nur graduelle Unterschiede bestehen, allerdings mit einer Ausnahme. Die Grünen-Wähler im Westen (für Ostdeutschland sind in Tabelle 1 keine Zahlen ausgewiesen, weil die Fallzahlen hier zu gering sind, um aussagekräftige Ergebnisse zu erhalten) stimmen allen vier Forderungen deutlich seltener zu. Die drei stark diskriminierenden Aussagen finden nur bei einer verschwindend kleinen Minderheit der Grünen-Anhänger Zustimmung. Und auch die schwache Forderung nach »ein bisschen« Anpassung des Lebensstils wird nur von einer Minderheit unterstützt, wobei 46 % Zustimmung vor dem Hintergrund des Bekenntnisses der Grünen zur »Multikulturellen Gesellschaft« immer noch eine bemerkenswert hohe Zustimmungsrage darstellen. Dies zeigt noch einmal, wie weit verbreitet die Meinung, dass auch die Ausländer ihren Teil zu einer erfolgreichen Integration beizutragen haben, derzeit in Deutschland ist.

14.2 Einstellungen zum »Islam«

In Deutschland stammt etwa jeder zwanzigste Schüler an allgemein bildenden Schulen aus einer muslimischen Familie (vgl. Teil I). In Zusammenhang mit der Thematik »Ausländerintegration« wird daher seit einigen Jahren diskutiert, ob es an deutschen Schulen auch Islamunterricht geben sollte. Derzeit wird dies in verschiedenen Bundesländern im Rahmen von Modellversuchen erprobt.

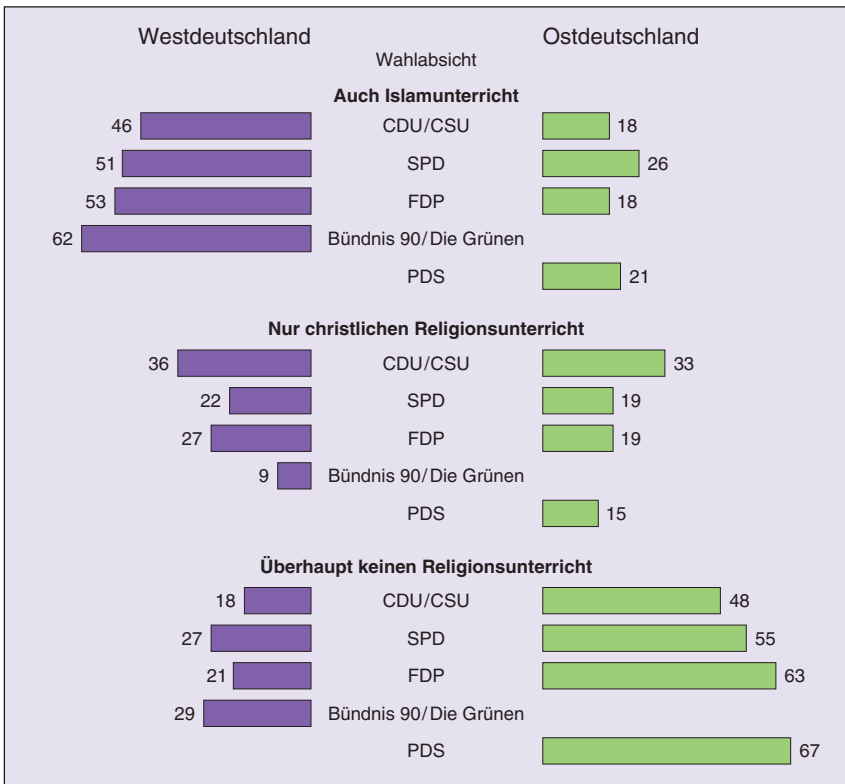
Was hält die deutsche Bevölkerung von islamischem Religionsunterricht an staatlichen Schulen? Tabelle 2 zeigt, dass die Zahl der Befürworter gegenüber 1996 zugenommen hat und nach wie vor im Westen mit 48 % deutlich größer ist als im Osten (2002: 21 %). Allerdings hängt dies auch damit zusammen, dass viele Ostdeutsche (56 %) für gar keinen Religionsunterricht an staatlichen Schulen plädieren. Wenn man nur diejenigen betrachtet, die nicht generell gegen Religionsunterricht votieren, sind im Westen 64 % (1996: 53 %), im Osten 48 % (1996: 35 %) für Islamunterricht neben dem evangelischen bzw. katholischen Religionsunterricht.

Tab. 2: Einstellungen zur Einführung von Islamunterricht an staatlichen Schulen in Deutschland

An staatlichen Schulen in Deutschland sollte es geben:	1996		2002	
	West-deutschland	Ost-deutschland	West-deutschland	Ost-deutschland
	in %			
Auch Islamunterricht	39	12	48	21
Nur christlichen Religionsunterricht	35	22	28	23
Überhaupt keinen Religionsunterricht	27	67	24	56

Datenbasis: ALLBUS 1996 und 2002.

Abb. 3: Einstellungen zur Einführung von Islamunterricht an staatlichen Schulen nach Wahlabsicht

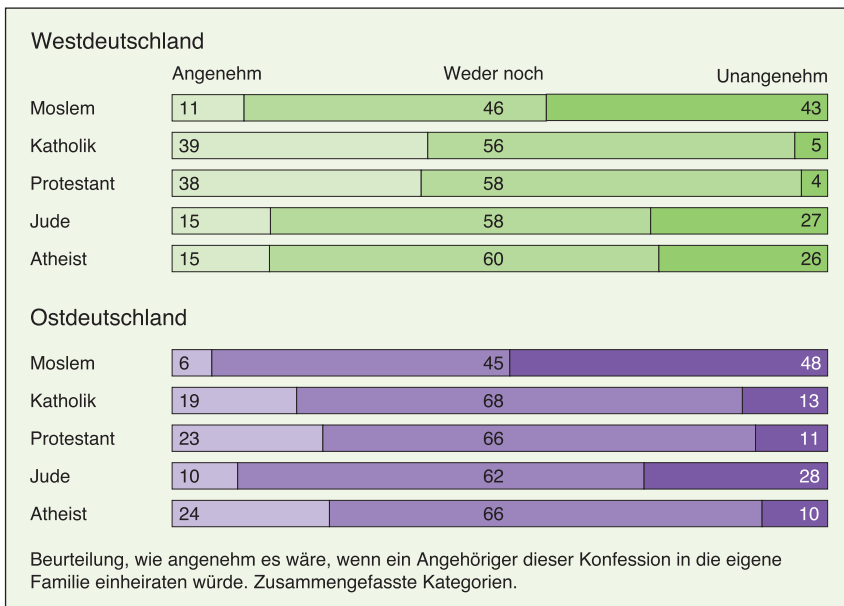


Datenbasis: ALLBUS 2002.

Interessanterweise sind im Westen die Anhänger aller Parteien in ihrer Mehrheit gegen eine Ungleichbehandlung des Islams gegenüber den christlichen Konfessionen. Wenn man diejenigen, die sich ganz gegen Religionsunterricht aussprechen, außer acht lässt, sind fast alle der westdeutschen Grünen-Anhänger, ja selbst eine Mehrheit der CDU/CSU-Wähler für Islamunterricht. Im Osten ist das Meinungsbild anders. Hier sprechen sich über alle Parteipräferenzen hinweg viele gegen jegliche Form religiöser Unterweisung an staatlichen Schulen aus. Aber wenn überhaupt Religionsunterricht erteilt werden soll, dann ist vor allem unter den CDU-Wählern die Zahl derer, die es beim nur christlichen Religionsunterricht belassen wollen, größer als die der Befürworter eines zusätzlichen Islamunterrichts.

Eine Gleichbehandlung des Islam im deutschen Schulsystem wird also von den Deutschen mehrheitlich befürwortet. Aber wie steht es mit der individuellen sozialen Distanz zu Menschen islamischen Glaubens? Dazu wurden die Befragten gebeten anzugeben, wie angenehm (auf einer siebenstufigen Skala von -3 »sehr unangenehm« bis +3 »sehr angenehm«) es ihnen wäre, wenn ein Angehöriger der beiden großen christlichen Konfessionen, ein Moslem, ein Jude oder ein Atheist in die eigene Familie einheiraten würde. Wie Abbildung 4 zeigt, sind Moslems die Personengruppe, die in West und Ost am ehesten als Familienmitglied unerwünscht ist. Allerdings gilt für alle Gruppen, auch für die Moslems, dass sich die meisten Befragten indifferent äußern.

Abb. 4: Soziale Distanz zu Angehörigen verschiedener Konfessionen

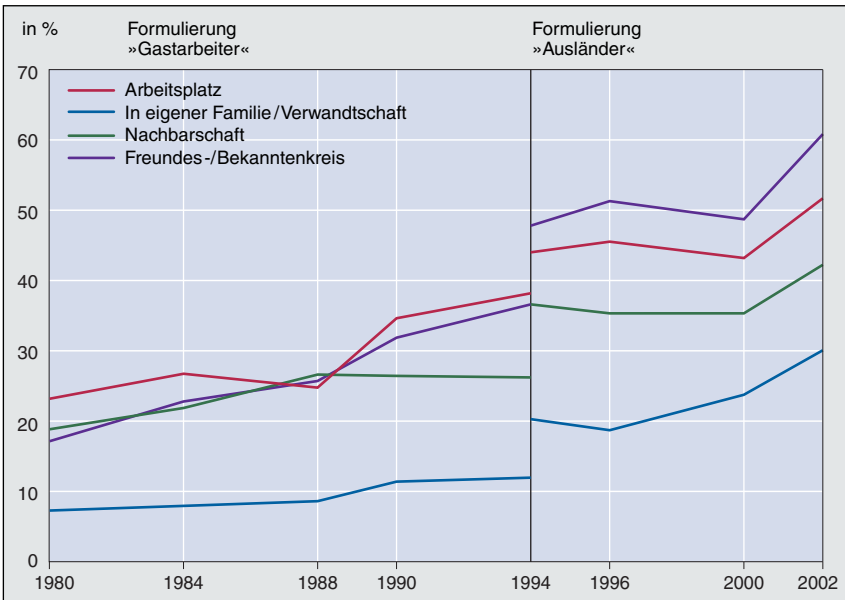


Datenbasis: ALLBUS 2002.

14.3 Kontakte zu Ausländern

In den westdeutschen Bundesländern leben 7,0 Millionen Ausländer, die 10,3 % der Bevölkerung ausmachen, in den neuen Bundesländern sind es lediglich 2,3 %. Dieser stärkeren Präsenz der Ausländer in den alten Bundesländern entsprechend berichten Westdeutsche, unabhängig davon, ob nach Kontakten am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, in der Familie oder im Freundeskreis gefragt wird, in allen Erhebungen mindestens doppelt so häufig von solchen Kontakten wie Ostdeutsche. 2002 haben die Kontakte in allen Bereichen einen Höchststand erreicht.

Abb. 5a: Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern – Westdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1980, 1984, 1988, 1990, 1994, 1996, 2000, 2002.

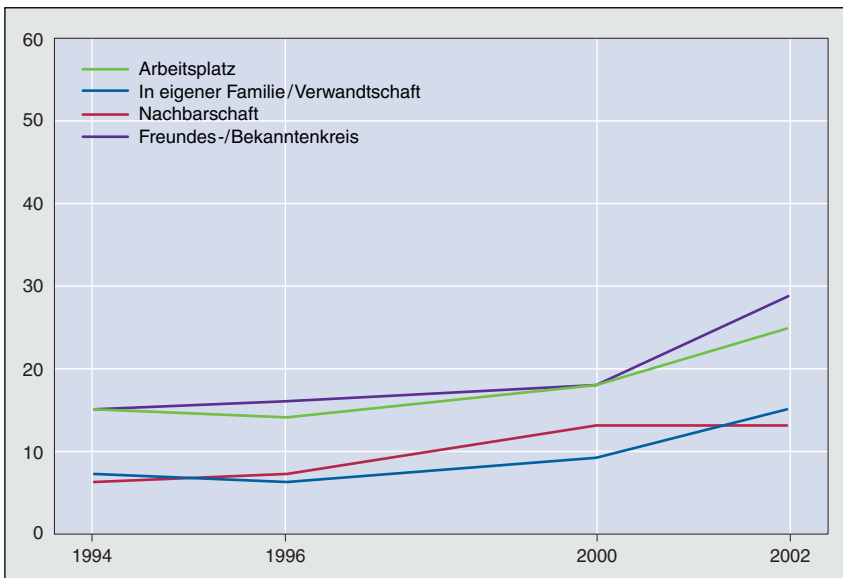
Während im Westen 83 % der Befragten mindestens in einem der Lebensbereiche Kontakt mit Ausländern haben, stellen im Osten mit 53 % diejenigen die Mehrheit, die in keinem der vier Bereiche Kontakt mit Ausländern haben. Am häufigsten – mit 61 % im Westen und 29 % im Osten – sind Kontakte im Freundes- und Bekanntenkreis. Am seltensten sind im Westen Kontakte innerhalb der eigenen Familie oder Verwandtschaft (30 %), im Osten sind mit 13 % Kontakte in der Nachbarschaft ähnlich selten wie Kontakte in der Familie bzw. Verwandtschaft (15 %).

Kontakte mit Ausländern in den verschiedenen Bereichen sind in West und Ost unter Jüngeren und Gebildeteren weiter verbreitet. Für die Befragten ab 60 ist mit dem Ru-

bestand das Kontaktfeld Arbeitsplatz häufig entfallen. Demzufolge weist diese Altersgruppe in diesem Kontext die niedrigsten Kontaktquoten auf. Die gegenüber den jüngeren Altersgruppen selteneren Kontakte im Freundes- und Bekanntenkreis mögen zum Teil damit zusammenhängen, dass die Jüngeren häufiger in Schule, Ausbildung und Beruf mit Ausländern zusammentrafen bzw. -treffen, und zwar eher mit der zweiten, hier geborenen Generation der ehemaligen »Gastarbeiter«, sodass z. B. auch die Sprachbarriere eine geringere Rolle spielt.

Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern – insbesondere insoweit es sich um freiwillige selbst gewählte Kontakte im Privatbereich handelt – können als Indikator für eine gelungene Integration gewertet werden. Aber gehen solche Kontakte eigentlich

Abb. 5b: Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern – Ostdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1994, 1996, 2000, 2002.

auch einher mit einer geringeren Diskriminierungsneigung? Betrachtet man die Anteile derjenigen, die den vier diskriminierenden Aussagen zustimmen, so ist der Anteil dieser Personen unter denjenigen mit Kontakten zu Ausländern jeweils niedriger als bei denjenigen ohne Kontakte (vgl. Tab. 4). Bei der Frage danach, ob die Ausländer sich »ein bisschen« mehr an den Lebensstil der Deutschen anpassen sollten, sind die Unterschiede zwar relativ gering. Aber diese Forderung impliziert auch weitaus weniger eindeutig eine Diskriminierung der hier lebenden Ausländer als die drei anderen Aspekte. Bei diesen Aussagen ist die Zustimmungquote unter den Personen mit Kontakten höchstens halb so groß wie unter den Befragten ohne Kontakte zu Aus-

Tab. 3: Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern, 2002

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	In eigener Familie und Verwandtschaft	Am Arbeitsplatz	In der Nachbarschaft	Im Freundes- und Bekanntenkreis	In eigener Familie und Verwandtschaft	Am Arbeitsplatz	In der Nachbarschaft	Im Freundes- und Bekanntenkreis
	in %							
Insgesamt	30	53	44	61	15	25	13	29
Altersgruppen								
18–39 Jahre	36	71	52	76	17	40	17	40
40–59 Jahre	30	60	40	61	13	25	13	29
60 Jahre und älter	22	20	36	42	14	5	9	14
Schulabschluss								
Hauptschule	27	42	39	49	12	10	9	12
Mittlere Reife	27	55	43	59	12	26	11	32
Fachhochschul-/ Hochschulreife	35	66	50	78	21	41	22	45
Stolz, Deutscher zu sein								
Überhaupt nicht/nicht sehr	35	62	48	71	19	33	19	41
Ziemlich	29	53	43	59	14	24	12	26
Sehr	23	38	38	49	9	14	8	17

Datenbasis: ALLBUS 2002.

Tab. 4: Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern in Abhängigkeit von Kontakt zu in Deutschland lebenden Ausländern¹

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Lebensstil anpassen	In Heimat schicken, wenn Arbeit knapp	Keine politische Betätigung	Unter sich heiraten	Lebensstil anpassen	In Heimat schicken, wenn Arbeit knapp	Keine politische Betätigung	Unter sich heiraten
	in %							
Kontakt zu Ausländern								
Ja	69	17	19	10	63	21	17	12
Nein	89	40	40	30	78	45	36	36

¹ Anteil derjenigen, die Aussage zustimmen.

Datenbasis: ALLBUS 2000.

ländern. Es sieht also durchaus so aus, dass unter Personen mit Kontakten zu Ausländern diskriminierende Einstellungen weniger weit verbreitet sind, sodass die steigenden Kontaktraten in der Tat optimistisch für die Zukunft stimmen können.

(Martina Wasmer und Achim Koch)

Weitere Informationen zum Thema Ausländische Bevölkerung siehe Teil I, Kap. 1.8, zum Thema Ausländer und Religion Teil I, Kap. 7.4.

15 Sparen und Verschuldung privater Haushalte

In Deutschland gehört nicht nur ein »Dach über dem Kopf«, sondern auch eine gewisse Ausstattung der Wohnung zu den sozialstaatlich verbrieften Rechten. Bei fehlender Wohnung muss das Sozialamt für eine Unterkunft sorgen und bei Pfändungen müssen einem Haushalt Ausstattungsgegenstände wie Waschmaschine und Fernsehgerät zur Verfügung bleiben. Darüber hinaus gehört die Wohnungsausstattung zum »demonstrativen« Konsum, d. h. neben dem direkten Nutzwert kann aus der Wohnungsausstattung ein »Statuswert« erwachsen.

Die meisten Haushalte können größere Anschaffungen nicht aus dem laufenden Einkommen finanzieren. Sie müssen entweder Ansparen oder einen Kredit aufnehmen. Wobei der Nutzen, den Menschen aus dem Neid des Nachbarn auf eine gute Haushaltsausstattung ziehen können, nicht dadurch geschmälert wird, dass die Ausstattung durch Kredite finanziert ist. Neben der Analyse des Sparens beschäftigt sich dieser Beitrag deshalb auch mit der Verschuldung von Haushalten.

15.1 Aufholprozess bei der ostdeutschen Haushaltsausstattung

Zum Verständnis des Sparens und der Kreditaufnahme ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, wie die Ausstattung von Haushalten in Ost- und Westdeutschland mit langlebigen Gebrauchsgütern gegenwärtig aussieht (vgl. auch Teil I, Kap. 4.6). Die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeichnen darüber hinaus den Aufholprozess, den Ostdeutschland hinter sich hat, gut nach. Bei Standard-Geräten ist er weitgehend abgeschlossen, nicht jedoch bei Geräten wie PC und Internet-Anschluss.

So ist bei der Verfügbarkeit eines Farbfernsehers inzwischen eine gleiche Ausstattung in West und Ost erreicht. Während 1990/91 die Differenz über 20 Prozentpunkte betrug, ist sie seit dem Jahr 2000 verschwunden. Über 95 % der Privathaushalte sehen farbig fern. Bei Waschmaschinen war die Ausstattungsdifferenz 1990/91 noch größer als bei Farbfernsehgeräten (etwa 35 Prozentpunkte); auch sie gibt es nicht mehr. Im Jahr 2002 liegt die Ausstattung in Ostdeutschland sogar leicht über der in Westdeutschland.

In der DDR waren private Telefone ein Privileg. 1990 verfügten nur 20 % der Haushalte über einen Telefonanschluss, während es in der Bundesrepublik Deutschland 96 % waren. Bis zum Jahr 2002 hat sich die Ausstattung mit Telefonanschlüssen in West- und Ostdeutschland auf höchstem Niveau angeglichen: Über 99 % verfügen

über einen Anschluss. In Ostdeutschland erfolgten – gemäß dem Ausbau des Netzes – 1993, 1995 und 1996 große Sprünge.

Die Ausstattung mit PKWs war zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung in West- und Ostdeutschland deutlich unterschiedlich – wenn auch nicht so krass wie beim Telefon. Während 1990/91 in Westdeutschland knapp 72 % der Haushalte über mindestens einen PKW verfügten, waren es 1990 in Ostdeutschland nur 49 %. Bis zum Jahr 2002 ist der Unterschied zwar nicht gänzlich abgebaut – es sind nun 77 bzw. 71 % – dieses Bild wird aber vor allem von den älteren Kohorten verursacht, die in Ostdeutschland einen PKW-Kauf oftmals nicht nachgeholt haben.

Im Bereich anderer Geräte, die nicht zum »Muss« einer Haushaltsausstattung gehören – wie Wäschetrockner, PC, ISDN-Anschluss, Internetzugang, Gefriertruhe, Video-recorder und Stereoanlage – sind nach wie vor Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland zu erkennen. Diese liegen freilich im Bereich weniger Prozentpunkte und zeigen keine Spaltung der Gesellschaft an. Auf jeden Fall machen die Veränderungen in Ostdeutschland deutlich, dass es dort in den letzten Jahren einen überdurchschnittlichen Bedarf an Konsumentenkrediten gegeben hat.

15.2 Konsumentenkredite und Sparverhalten

Die Tabellen 1 und 2 geben einen Überblick über das Sparverhalten und über die Aufnahme von Konsumentenkrediten. Es sind lediglich Ergebnisse für die Jahre 1997 und 2002 ausgewiesen, da vor 1997 die entsprechenden Angaben im SOEP nicht erfragt wurden und die dazwischen liegenden Jahre sehr ähnliche Ergebnisse aufweisen.

Insgesamt gesehen ist das Spar- und Kreditverhalten im Querschnitt der Haushalte sehr stabil. Der leichte Rückgang der Sparquote von 1997 auf 2002 findet sich nicht in der gesamtwirtschaftlichen Sparquote, die laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (VGR) in diesem Zeitraum weitgehend stabil bei etwa 10 % liegt; dabei muss allerdings beachtet werden, dass das »laufende Sparen«, wie es im SOEP erfragt wird, nicht das in der Hypothekentilgung enthaltene Sparen berücksichtigt und dass zur gesamtwirtschaftlichen Sparsumme nicht nur private Haushalte beitragen.

Der obere Teil von Tabelle 1 zeigt die Anteile der Haushalte, die angeben, monatlich regelmäßig zu sparen. Im Jahr 2002 sind es in West- und Ostdeutschland mit etwa 60 % gleich viele. In Ostdeutschland war der Anteil im Jahr 1997 etwas höher (66 %), da für die Anschaffungen, die bis zum Jahr 2002 bei vielen Ausstattungsmerkmalen nahezu zu einem Gleichstand in West- und Ostdeutschland geführt haben, Ersparnisse notwendig waren.

Es zeigt sich eine Altersabhängigkeit des Sparverhaltens; allerdings widerspricht diese der ökonomischen Lebenszyklustheorie, die besagt, dass in jungen Jahren gespart wird, um im Alter davon leben zu können. Tatsächlich steigt jedoch mit zu-

Tab. 1: Sparverhalten 1997 und 2002

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1997	2002	1997	2002
<i>Anteil der Haushalte mit regelmäßigem Sparen in % aller Privathaushalte</i>				
Insgesamt	62,1	60,2	66,3	59,1
Alter des Haushaltsvorstands				
Bis 40 Jahre	58,5	57,0	62,7	50,9
41–65 Jahre	61,7	61,3	65,1	58,1
66 Jahre und älter	67,4	62,7	73,6	70,6
<i>Sparquote¹</i>				
<i>(Anteil der monatlichen Ersparnis in % des Haushaltsnettoeinkommens)</i>				
Insgesamt	8,6	7,9	10,8	8,6
Alter des Haushaltsvorstands				
Bis 40 Jahre	7,1	7,1	8,7	6,1
41–65 Jahre	7,8	7,5	10,5	8,4
66 Jahre und älter	12,2	9,5	14,2	11,8

1 Bei Berechnung der Sparquote gehen nicht sparende Haushalte mit dem Wert Null ein!

Datenbasis: SOEP 1997–2002.

nehmendem Alter der Anteil der Haushalte, die sparen, an, und auch die Sparquote (unterer Teil von Tab. 1) steigt mit dem Alter des Haushaltsvorstands. Dieses Muster dürfte darauf zurückzuführen sein, dass durch die Gesetzliche Rentenversicherung und andere Altersvorsorgesysteme das Einkommen der derzeitigen Rentnergeneration – obwohl nur relativ wenig individuelles Ansparen von Kapital stattgefunden hat – relativ hoch ist (vgl. auch Teil II, Kap. 12). Hinzu kommt, dass aufgrund einer alters-typischen Vorsicht und dem Wunsch, etwas zu vererben, viele ältere Menschen ihr Einkommen nicht komplett für Konsumzwecke ausgeben. Betrachtet man die Sparquoten aller Haushalte, so liegen diese in Ostdeutschland – wahrscheinlich aufgrund einer stärker ausgeprägten Vorsichtshaltung – sogar insgesamt noch leicht über denen in Westdeutschland.

Tabelle 2 zeigt im oberen Teil wiederum die Anteile der Haushalte, die Verpflichtungen aus Konsumentenkrediten haben. Dieser Anteil liegt in Westdeutschland unter dem in Ostdeutschland. In beiden Landesteilen ist er seit 1997 angestiegen und liegt im Jahr 2002 bei 20 bzw. 26 %. Insgesamt dürfte die höhere Quote in Ostdeutschland zum Ausdruck bringen, dass das Aufholen bei bzw. das Halten der Haushaltsausstattung in Ostdeutschland, wo insgesamt nach wie vor niedrigere Einkommen zur Verfügung stehen (vgl. Teil II, Kap. 18), nur durch eine höhere Kreditaufnahme möglich war und ist. Wiederum zeigt sich – wie beim Sparen – eine Altersabhängigkeit: allerdings diesmal in der erwarteten Richtung und sehr ausgeprägt. Ältere Menschen haben deutlich weniger Kreditverpflichtungen als junge Haushalte – im Westen wie im Osten. Neben kohortenspezifischen Mentalitätsunterschieden spielt hier der Lebenszyklus die entscheidende Rolle: Im Alter nehmen die Konsumentenbedürfnisse nicht nur ab, sondern viele langlebige Gebrauchsgüter wurden zuvor bereits angeschafft, während junge Leute typischerweise große Bedürfnisse und wenig Geld haben, sodass sie diese Diskrepanz nur durch Kredite vermeiden können.

Tab. 2: Kreditverhalten 1997 und 2002

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1997	2002	1997	2002
	in %			
<i>Anteil der Haushalte mit Konsumentenkredit an allen Privathaushalten</i>				
Insgesamt	17,0	20,1	22,5	25,9
Alter des Haushaltsvorstands				
Bis 40 Jahre	25,9	30,7	35,4	37,3
41–65 Jahre	18,1	21,6	23,0	29,5
66 Jahre und älter	3,5	3,7	3,8	5,6
Wohnstatus				
Selbst nutzende Eigentümer	11,0	14,9	20,3	27,5
Mieter	21,0	24,0	23,3	25,1
<i>Monatliche Konsumkredittilgung in Prozent des freien Haushaltsnettoeinkommens (freies Einkommen = Haushaltsnettoeinkommen abzgl. Wohnkosten)</i>				
Insgesamt	7,2	7,0	7,9	8,5
Alter des Haushaltsvorstands				
Bis 40 Jahre	10,9	10,7	11,6	13,2
41–65 Jahre	7,7	7,6	8,9	9,2
66 Jahre und älter	1,0	1,2	0,9	1,6
Wohnstatus				
Selbst nutzende Eigentümer	3,2	5,2	7,6	9,2
Mieter	9,8	8,4	8,0	8,1
<i>Monatliche Fixkosten für Konsumkredittilgung und Wohnen in Prozent des Haushaltsnettoeinkommens</i>				
Insgesamt	28,1	27,0	27,6	28,7
Alter des Haushaltsvorstands				
Bis 40 Jahre	36,8	34,9	32,9	36,1
41–65 Jahre	26,7	27,0	26,6	28,4
66 Jahre und älter	18,4	16,4	22,2	20,4
Wohnhaus				
Selbst nutzende Eigentümer	17,5	17,3	17,7	19,8
Mieter	35,2	34,1	31,7	32,7

Datenbasis: SOEP 1997, 2002.

Da für die Aufnahme eines Kredits Sicherheiten eine große Rolle spielen, wird in Tabelle 2 auch nach Eigentümern und Mietern einer Wohnung unterschieden. Während in Westdeutschland ein geringerer Teil der Eigentümer für Konsumentenkredite Verpflichtungen hat, ist dieser Anteil in Ostdeutschland für Eigentümer höher als für Mieter. Auch hier kommt wieder die Belastung durch den Aufholprozess zum Ausdruck.

Für die Last, die mit einem Kredit verbunden ist, werden zwei Indikatoren berechnet (mittlerer und unterer Teil von Tab. 2). Zum Ersten werden die laufenden Kreditkosten (Zins und Tilgung) als Anteil des »frei verfügbaren Haushaltseinkommens« ausgedrückt. Als »frei verfügbar« wird der Teil des Einkommens bezeichnet, der sich nach Abzug der »warmen Wohnkosten« ergibt (mittelfristig fixe Verpflichtungen, insbesondere für private Versicherungen, werden also nicht angesetzt). Der zweite Indikator

drückt die gesamte Fixkostenbelastung eines Haushalts aus (Kredit- und Wohnkosten im Verhältnis zum Haushaltsnettoeinkommen).

Beide Indikatoren zeigen, dass in jungen Jahren die Last, die Kreditnehmer auf sich nehmen, im Durchschnitt sehr hoch ist. Etwas über 10 % des frei verfügbaren Einkommens werden aufgewandt; umgekehrt bedeutet dies, dass junge Haushalte und Miethaushalte, die Kredite aufgenommen haben, im Durchschnitt in West- und Ostdeutschland um die 35 % ihres Nettoeinkommens für Miete und Kreditkosten (Zins und Tilgung) aufwenden.

15.3 Überschuldung

Die Frage, ob ein Haushalt »überschuldet« ist, ist zwar populär, aber nicht objektiv zu beantworten. Bei Überschuldung kann man drei Bereiche unterscheiden. In einer ersten Gruppe von Haushalten werden die Kreditkosten, die ursprünglich als tragbar angesehen werden, als »zu hoch« empfunden, ohne dass es aber objektive Probleme mit der Rückzahlung gibt. Bei diesen Haushalten haben sich also die Präferenzen für Konsum geändert bzw. das Einkommen hat sich anders entwickelt als erwartet. Einen politischen Handlungsbedarf gibt es hier aber nicht. In der zweiten Gruppe der Haushalte sind die Kreditkosten im Vergleich zum Nettoeinkommen so hoch, dass ein sozialpolitisch wünschbares, frei zur Verfügung stehendes Einkommen unterschritten wird, ohne dass jedoch Sozialleistungen in Anspruch genommen werden. Hier ist ein latenter Politikbedarf gegeben, da diese Haushalte in einer nicht wünschbaren sozialen Lage sind, unter der z. B. Kinder langfristig leiden können. In einer dritten Gruppe ist ein Problem evident: Es ist die Gruppe der Haushalte, die gepfändet werden.

Repräsentative Daten zur rein subjektiv empfundenen Überschuldung liegen in Deutschland nicht systematisch vor, obwohl es Empfehlungen gibt, Überschuldung rein subjektiv zu messen, indem in Umfragen die Haushalte selbst angeben, ob sie »über«schuldet sind. In Deutschland mangelt es aber auch an objektiven Daten zur Überschuldung; es gibt z. B. keine Pfändungsstatistik, die die Sozialstruktur der von Pfändungen betroffenen Haushalte offen legt. Noch nicht einmal für einen harten Verschuldungsindikator, nämlich Lohn- und Gehaltspfändungen, liegt eine aussagefähige Statistik vor. Wir messen deswegen »Überschuldung« anhand eines Indikators, der zeigt, ob das – nach Abzug der Kreditverpflichtungen – zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen kleiner ist als die »Pfändungsfreigrenze« eines Haushalts, d. h. der Geldbetrag, der nicht gepfändet werden kann.

Die Pfändungsfreigrenze ist im Prinzip auch als »Armutsgrenze« verwendbar; faktisch liegt dazu jedoch keine Literatur vor (vgl. Teil II, Kap. 18). Dies liegt wohl an der Überlegung, dass der Staat einem mittellosen Bürger weniger Geld garantieren muss, als er ihm sinnvollerweise belässt, wenn er gepfändet wird. Denn würde bis »hinab« zum Sozialhilfeanspruch gepfändet werden können, hätte der Schuldner keinen Anreiz, überhaupt noch ein Einkommen zu erzielen. Faktisch liegt im Jahr 2002 die Pfän-

dungsfreigrenze für eine allein lebende Person mit 930 Euro nahezu beim Doppelten des Sozialhilfeanspruchs, der insgesamt etwa 550 Euro beträgt. Während ein vierköpfige Familie einen Sozialhilfeanspruch von etwa 1 250 Euro hat, liegt die entsprechende Pfändungsfreigrenze bei 1 670 Euro.

Auf Basis der Pfändungsfreigrenze eine Zeitreihe der Überschuldung zu berechnen, ist schwierig, da diese Grenze in Deutschland nicht regelmäßig dynamisiert wird. Die seit 2002 gültigen Pfändungsfreigrenzen wurden zuvor zum letzten Male 1992 aktualisiert (2002 brachte gegenüber 1992 nahezu eine Verdopplung der Grenzen). Es wäre wenig sinnvoll auf dieser Basis beispielsweise Überschuldung im Jahr 1997 zu berechnen.

Die im Folgenden benutzte Pfändungsfreigrenze pro Haushalt wird gegenüber den gesetzlichen Vorschriften etwas vereinfacht berechnet. Dadurch wird der Anteil der so gemessenen überschuldeten Haushalte etwas unterschätzt; andererseits wird das frei verfügbare Einkommen auch überschätzt, da fixe Zahlungsverpflichtungen, etwa für Versicherungen, nicht abgezogen werden. Die haushaltsspezifische Grenze hängt nur von der Haushaltsgröße ab. Ausgangspunkt ist ein Freibetrag von 930 Euro für den Haushaltsvorstand. Hinzu kommen – im Prinzip wie bei der Sozialhilfe – Zuschläge für weitere Haushaltsmitglieder (350 Euro für die erste weiterte unterhaltsberechtigte Person sowie je 195 Euro für weitere Personen). Da aus dem Freibetrag heraus auch die Wohnkosten gezahlt werden, werden sie nicht – obwohl sie fix sind – für die Ermittlung des frei verfügbaren Einkommens vom Haushaltseinkommen abgezogen.

Tabelle 3 unterscheidet alle Privathaushalte in solche mit und ohne Kreditverpflichtungen. Letztere machen in Westdeutschland 80 % und in Ostdeutschland 74 % aus. Dabei zeigt sich, dass insgesamt 16 % bzw. 22 % aller Haushalte ein verfügbares Haushaltseinkommen haben, das unterhalb der Pfändungsfreigrenze liegt. Diese Haushalte können – bei rationalem Verhalten von Kreditgebern – von vornherein keine Kreditverpflichtungen eingehen, da der Kreditdienst nicht (voll) pfändbar wäre.

Die Haushalte mit Kreditverpflichtungen, die unter der Pfändungsfreigrenze liegen, machen in Westdeutschland knapp 7 % und in Ostdeutschland immerhin 11 % aller Haushalte aus. Diese Anteile zeigen die im engeren Sinn überschuldeten Haushalte an. Diese Quote stimmt erstaunlich gut mit jener von 13 % der Haushalte in Deutschland überein, die bei einer Erhebung für das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaft im Jahre 1996 angaben, dass sie sich überschuldet fühlen.

Von den 7 % der laut Tabelle 3 überschuldeten Haushalte in Westdeutschland (Ostdeutschland 11 %) haben 2 Prozentpunkte (Ostdeutschland: 4 Prozentpunkte) ein so niedriges Einkommen, das dieses bereits auch ohne Kredite unterhalb der Pfändungsfreigrenze liegt. Mit anderen Worten: In Westdeutschland ist etwa ein Drittel der Haushalte mit Verpflichtungen für Konsumentenkredite von Überschuldung bedroht; in Ostdeutschland sind es sogar fast 50 % der Haushalte mit Konsumentenkrediten.

Betrachtet man die Anteile der Haushalte, deren verfügbares Einkommen unterhalb der Pfändungsfreigrenze liegt, nach dem Alter, so zeigen sich für Haushalte mit und

Tab. 3: Analysen zum »Pfändungsfreibetrag« 2002

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Insgesamt	Alter des Haushaltsvorstands			Insgesamt	Alter des Haushaltsvorstands		
		Bis 40 Jahre	41-65 Jahre	66 Jahre u. ä.		Bis 40 Jahre	41-65 Jahre	66 Jahre u. ä.
	in %							
<i>Haushalte mit Konsumkredit</i>	20,1	30,7	21,6	3,7	25,9	37,4	29,5	5,6
darunter:								
HH-Einkommen < Pfändungsfreibetrag	2,0	3,6	1,7	(0,6)	4,1	6,7	4,6	(0,4)
HH-Einkommen abzügl. Kredittilgung < Pfändungsfreibetrag	4,6	7,2	5,0	(0,6)	6,9	11,9	6,4	(1,8)
HH-Einkommen ≥ Pfändungsfreibetrag abzügl. Kredittilgung	13,5	19,9	14,9	2,5	14,8	18,9	18,5	3,4
<i>Haushalte ohne Konsumkredit</i>	79,9	69,3	78,4	96,3	74,1	62,6	70,5	94,4
darunter:								
HH-Einkommen < Pfändungsfreibetrag	16,1	15,3	12,0	24,6	22,3	24,0	20,8	22,8
HH-Einkommen ≥ Pfändungsfreibetrag	63,7	54,0	66,4	71,7	51,9	38,6	49,7	71,6
<i>Insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Datenbasis: SOEP 2002.

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Insgesamt	Unters-tes Quintil	Mittleres Quintil	Obers-tes Quintil	Insgesamt	Unters-tes Quintil	Mittleres Quintil	Obers-tes Quintil
<i>Haushalte mit Konsumkredit</i>	20,1	13,9	22,2	22,7	25,9	15,8	27,0	33,3
darunter:								
HH-Einkommen < Pfändungsfreibetrag	2,0	9,5	0	0	4,1	15,1	0	0
HH-Einkommen abzügl. Kredittilgung < Pfändungsfreibetrag	4,6	3,8	4,3	1,3	6,9	0,5	11,1	1,6
HH-Einkommen ≥ Pfändungsfreibetrag abzügl. Kredittilgung	13,5	0,7	17,9	21,4	14,8	0,2	16,0	31,7
<i>Haushalte ohne Konsumkredit</i>	79,9	86,1	77,8	77,3	74,1	84,2	73,0	66,7
darunter:								
HH-Einkommen < Pfändungsfreibetrag	16,1	75,3	0	0	22,3	82,8	0	0
HH-Einkommen ≥ Pfändungsfreibetrag	63,7	10,8	77,8	77,3	51,9	1,4	73,0	66,7
<i>Insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Datenbasis: SOEP 2002.

ohne Kreditverpflichtungen ganz unterschiedliche Muster. Während der Anteil der Haushalte, deren frei verfügbares Einkommen unterhalb der Pfändungsfreigrenze liegt, obwohl sie gar keine Kredite aufgenommen haben, in Westdeutschland mit dem Alter ansteigt (da mit dem Alter das Einkommen tendenziell etwas absinkt), sinkt der Verschuldungsanteil bei den Haushalten mit Kreditverpflichtungen drastisch ab (da ältere Menschen kaum noch Kredite aufnehmen).

In Tabelle 3 wird die Pfändungssituation auch in Abhängigkeit von der Einkommensposition der Haushalte dargestellt. Die Haushalte werden dabei in »Einkommensquintile« eingeteilt, wobei jedes Quintil ein Fünftel der nach der Höhe des Einkommens sortierten Haushalte umfasst. Dabei zeigt sich, dass ab dem mittleren Einkommensquintil keine Haushalte mehr unterhalb der Pfändungsfreigrenze liegen – sofern sie keine Kredite aufnehmen. Im untersten, dem Quintil der einkommensschwächsten Haushalte, liegen hingegen fast alle, ob ohne oder mit Kreditverpflichtungen, unterhalb der Pfändungsfreigrenze.

15.4 Fazit

Insgesamt zeigen sich für Privathaushalte in Ost- und Westdeutschland für die wichtigsten langlebigen Gebrauchsgüter im Jahr 2002 gleichartige Ausstattungsgrade auf hohem Niveau. Der ostdeutsche Aufholprozess war bereits Mitte der 1990er-Jahre weitgehend abgeschlossen. Bedenklich sind für Ostdeutschland allenfalls die niedrigeren Ausstattungsquoten mit modernen Kommunikationsmedien (PC, Internetanschluss). Deutlich wird jedoch auch, dass in Ostdeutschland die gute Haushaltsausstattung mit mehr Kreditverpflichtungen erkaufte werden musste als in Westdeutschland. Während in Westdeutschland nur knapp 7 % aller Haushalte von Überschuldung bedroht sind (in dem Sinne, dass ihr frei verfügbares Haushaltseinkommen unterhalb der für sie geltenden Pfändungsfreigrenze liegt), sind es in Ostdeutschland 11 %.

(Christa Fricke/Joachim R. Frick/Gert G. Wagner)

Weitere Informationen zum Thema Einnahmen der Haushalte siehe Teil I, Kap. 4, zum Thema Überschuldung Teil I, Kap. 4.7.

D Sozialstruktur

16 Soziale Schichtung und soziale Lagen

Probleme der sozialen Ungleichheit und der Verteilung finden gerade auch im Zusammenhang mit den Folgen der deutschen Wiedervereinigung wieder erhöhte Aufmerksamkeit. Im Vordergrund stehen dabei das Wohlstandsgefälle und die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West, wie es in den vorangegangenen Kapiteln dokumentiert wurde. Kaum minder bedeutsam sind aber auch die Konsequenzen für die Binnenstruktur sozialer Ungleichheit, die mit der Transformation in Ostdeutschland verbunden sind. Hier war zu erwarten, dass nicht nur das Wohlstandsniveau im Zeitverlauf deutlich ansteigen wird, sondern auch die Ungleichheit der Lebensbedingungen zunehmen und sich eine differenzierte Struktur der sozialen Schichtung entwickeln wird.

Begriffe wie soziale Schichtung, Klassenlagen oder soziale Lagen beziehen sich auf die vertikale Gliederung der Gesellschaft und auf die Position von Personen in einer Statushierarchie. Soziale Schichtung bezeichnet generell eine strukturelle Ungleichheit zwischen sozialen Positionen, die sich z. B. in Einkommens-, Prestige- und Einflussdifferenzen ausdrückt. Die Klassenlage von Personen und Haushalten ist demgegenüber spezifischer und verweist auf Positionen in der vertikalen Statushierarchie, die mit typischen Erwerbs- und Lebenschancen verbunden sind. Begriffe wie »soziale Lagen« nehmen daneben auch auf so genannte neue soziale Ungleichheiten Bezug, die alte, durch soziale Schichtung determinierte Ungleichheiten überlagern, verstärken oder abschwächen. In Dimensionen »neuer« sozialer Ungleichheiten treten neben objektiven Merkmalen der Benachteiligung auch subjektive Merkmale in den Mittelpunkt der Betrachtung.

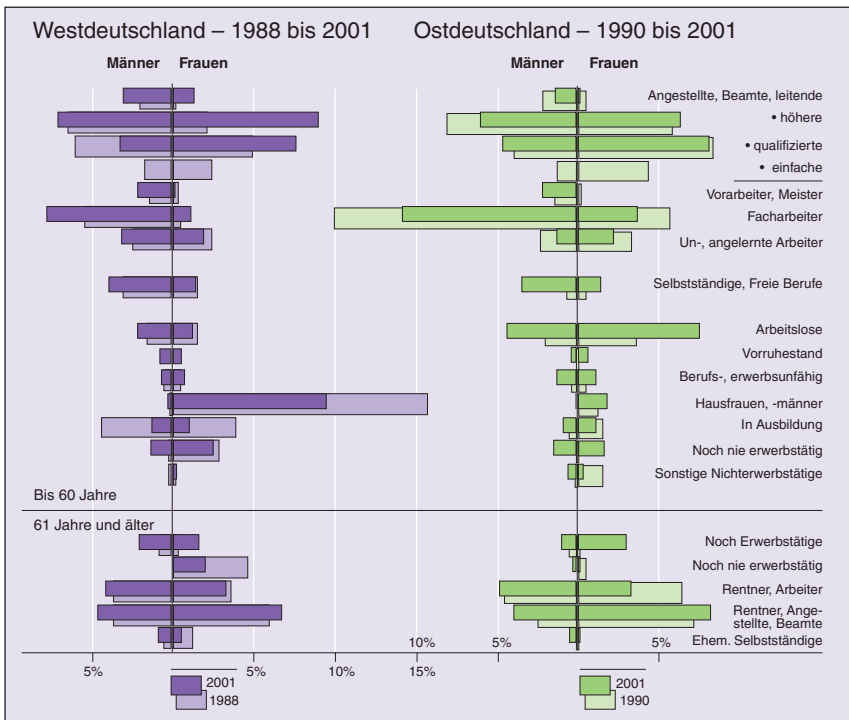
16.1 Soziale Lagen in Deutschland

Im Folgenden wird ein Gesamtbild der Sozialstruktur der Bundesrepublik präsentiert, das einzelne Elemente der sozialen Schichtung aufnimmt (vgl. Abb. 1). Die erwachsene Bevölkerung wird hier für West und Ost getrennt nach Männern und Frauen, unter und über 60-Jährigen und nach insgesamt 20 Lagen der Erwerbstätigen und der Nichterwerbstätigen aufgegliedert. Im Blickpunkt steht die Sozialstruktur im Jahre 2001. Durch die Vergleichswerte zum Jahr 1990 in Ostdeutschland bzw. 1988 in Westdeutschland werden darüber hinaus die Richtung des sozialen Wandels und

insbesondere die sozialstrukturellen Veränderungen in Ostdeutschland illustriert. In Tabelle 1 werden ergänzend die Basisdaten der betrachteten Jahre 1988/1990 und 2001 dokumentiert. In Tabelle 2 wird dann aufgezeigt, dass und inwieweit mit den einzelnen sozialen Lagen auch unterschiedliche objektive Lebensbedingungen einhergehen sowie in Tabelle 3 darüber hinaus dokumentiert, dass mit den verschiedenen sozialen Lagen auch Unterschiede im Bereich des subjektiven Wohlbefindens verbunden sind.

Die massivsten Veränderungen der Sozialstruktur hat es nach 1990 auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt gegeben. Aus einer ursprünglich vollbeschäftigten Arbeitsgesellschaft hat sich eine zunächst zerklüftete Beschäftigungsstruktur entwickelt, die sich dann im Zeitverlauf zunehmend an die westdeutschen Strukturen angepasst hat. Arbeitslosigkeit, Vorruhestand und Hausfrauenrolle sind für einen erheblichen Teil der ehemals Erwerbstätigen in der DDR im Verlauf des Transformationsprozesses zumeist ungewollte neue Lebensformen geworden. In der westdeutschen Sozialstruktur fällt in vergleichbaren Größenordnungen lediglich die Abnahme des Anteils der bisher

Abb. 1: Soziale Lagen in West- und Ostdeutschland



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-Ost, Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

Tab. 1: Soziale Lagen in Ost- und Westdeutschland 1988/90 und 2001

	Soziale Lagen 1988/1990				Soziale Lagen 2001			
	Ost		West		Ost		West	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1990		1988		2001			
in %								
Bis 60 Jahre								
Leit. Ang./Höhere Beamte	2,1	0,4	2,1	0,2	1,3	0,1	3,0	1,3
Hochqual. Ang./Geh. Beamte	8,1	5,7	6,5	2,1	6,0	6,4	7,1	9,1
Qual. Ang./Mittl. Beamte ¹	4,1	8,4	6,1	4,9	4,6	8,2	3,2	7,7
Einf. Ang./Beamte ¹	1,4	4,4	1,0	2,4				
Meister/Vorarbeiter	1,5	0,3	1,6	0,1	2,1	0,0	2,1	0,1
Facharbeiter	15,1	5,8	5,4	0,5	10,9	3,7	7,8	1,1
Un-, angelernte Arbeiter	2,4	3,0	2,6	2,3	1,2	2,2	3,1	1,9
Selbstständige, freie Berufe	0,8	0,5	3,1	1,4	3,4	1,4	3,9	1,4
Arbeitslose	2,1	3,6	1,9	1,5	4,3	7,6	2,1	1,2
Berufs-, Erwerbsunfähige	0,5	1,1	0,6	0,5	1,2	1,1	0,6	0,7
Hausfrauen/-männer	0	1,6	0	1,6	0,3	1,8	0,2	9,6
Studium, Lehre	0,5	1,4	4,8	3,8	0,8	1,1	1,2	1,0
Vorruhestand	/	/	/	/	0,3	0,6	0,7	0,5
Noch nie erwerbstätig	0,1	0	0,2	2,7	1,4	1,6	1,3	2,5
Sonstige Nichterwerbstätige	0,1	2,5	0,4	0,1	0,5	0,3	0	0,2
61 Jahre und älter								
Noch erwerbstätig	0,6	0	0,9	0,4	0,9	3,0	2,0	1,6
Noch nie erwerbstätig	0	0,6	0	4,5	0,2	0,1	0	2,0
Rentner (ehem. Arbeiter)	4,6	6,5	3,7	3,7	4,8	3,3	4,1	3,3
Rentner (ehem. Angestellte)	2,6	7,2	3,8	6,0	3,9	8,3	4,6	6,8
Rentner (ehem. Selbstständige)	0	0,4	0,7	1,3	0,4	0,9	0,8	0,5
	100		100		100		100	

1 2001: einfache und mittlere Angestellte, Beamte zusammengefasst.

/ Nicht ausweisbar.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-Ost, Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

Nichterwerbstätigen auf, d. h. vorwiegend der Anteil von Hausfrauen und damit einhergehend die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit. Dabei ist ein bemerkenswerter Anstieg von qualifizierten Angestelltenpositionen festzustellen.

In Westdeutschland dominieren unter den Erwerbstätigen die Angestellten und Beamten. Während die alte Bundesrepublik als eine »Angestelltengesellschaft« bezeichnet werden kann, hat sich die ausgeprägte »Facharbeitergesellschaft« der damaligen DDR dagegen mittlerweile weitgehend aufgelöst, trotz eines allerdings nach wie vor wesentlich höheren Anteils an Arbeiterpositionen bei den Männern. Die große, aber abnehmende Gruppe der Hausfrauen ist ein westdeutsches Phänomen, ebenso wie die Gruppe derjenigen Frauen, die noch nie erwerbstätig waren.

Beim Zeitvergleich West 1988–2001 und Ost 1990–2001 erkennt man den deutlichen Unterschied zwischen den Umbrüchen während der Transformation im Osten und der relativ undramatischen Entwicklung im Westen. Im Osten finden sich markante Ver-

änderungen in fast allen sozialen Lagen. Nach wie vor manifestieren sich die Probleme des Arbeitsplatzabbaus in einem hohen Bestand an Arbeitslosen, insbesondere bei den Frauen, sowie in den vergleichsweise hohen Anteilen der Rentner. Positiv entwickelt haben sich dagegen die Anteile der selbstständigen Männer und Frauen, die im Jahre 2001 praktisch das westdeutsche Niveau erreicht haben.

Die Erwerbsquoten in Ostdeutschland entsprechen in etwa den Erwerbsquoten in Westdeutschland, beschreiben aber insofern eine andere Realität, als in der DDR die Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen die Norm war. Die auch heute noch beobachtbare deutliche Arbeitsorientierung (vgl. Teil II, Kap. 6) ist dafür ein wichtiges Indiz. Deshalb kommt dem erzwungenen Ausschluss aus der Erwerbstätigkeit auch

Tab. 2: Indikatoren der objektiven Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland nach sozialen Lagen 2001

Soziale Lagen	Quintile des Haushaltseinkommens pro Kopf ¹						Unterversorgung – Lebensstandard ²		Finanzielle Situation des Haushaltes hat sich im letzten Jahr ³ ...			
	West			Ost			West	Ost	West		Ost	
	Unters-tes	Mitt-leres	Obers-tes	Unters-tes	Mitt-leres	Obers-tes			+	-	+	-
	in %											
Bis 60 Jahre												
Leit. Ang./Höh. Beamte	2	19	35	-	-	-	0	-	49	7	-	-
Qual. Ang./Geh. Beamte	5	20	30	7	35	19	2	5	38	12	32	15
Einf., Mittl. Ang./ Beamte	12	21	22	31	24	5	7	8	33	15	20	16
Meister/Vorarbeiter	24	21	10	-	-	-	17	-	14	7	-	-
Facharbeiter	22	20	13	35	16	5	5	11	30	11	13	38
Un-, angelernte Arbeiter	39	21	3	-	-	-	25	-	29	18	-	-
Selbstständige, freie Berufe	6	16	50	13	18	16	0	0	39	6	35	29
Arbeitslose	62	7	0	52	8	0	21	23	7	47	16	41
Hausfrauen/-männer	28	21	8	-	-	-	15	-	19	15	-	-
Studium/Lehre							4	-	49	4	-	-
Noch nie erwerbstätig	38	4	4	-	-	-	6	-	22	13	-	-
61 Jahre und älter												
Noch erwerbstätig	17	13	31	-	-	-	12	-	18	25	44	19
Noch nie erwerbstätig	18	19	0	-	-	-	-	-	4	18	-	-
Rentner (ehem. Arb.)	12	31	10	12	30	0	10	1	9	13	9	15
Rentner (ehem. Angestellte, Beamte)	6	24	31	2	46	7	4	2	10	11	13	12

1 Bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen pro Kopf.

2 Anteil der Personen, die angeben, dass sie sich mindestens acht von vorgegebenen 19 Lebensstandard-Aspekten »nicht leisten können«.

3 +: »deutlich verbessert oder verbessert«; -: »deutlich verschlechtert oder verschlechtert«; fehlende Anteile auf 100 Prozent: »gleich geblieben«.

- Fallzahl zu gering.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

eine andere Bedeutung zu. In einer Gesamtbetrachtung der sozialen Lagen in West und Ost dominiert erwartungsgemäß die westdeutsche Struktur, zumal nahezu alle ostdeutschen Veränderungen der letzten Jahre als Angleichung an westdeutsche Strukturen interpretiert werden können.

Soziale Lagen sind auch als Handlungskontexte von Bedeutung, die unterschiedliche Chancen der Lebensgestaltung bieten. Die Ungleichheit in objektiven Lebensbedingungen, die mit der Zugehörigkeit zu den hier unterschiedenen sozialen Lagen verbunden ist, äußert sich beispielsweise in Einkommensunterschieden, im realisierten Lebensstandard sowie in der wahrgenommenen finanziellen Entwicklung (vgl. Tab. 2). Ganz allgemein lässt sich festhalten, dass mit einer höheren Position in der hierarchischen Struktur der Gesellschaft auch eine vorteilhaftere finanzielle Situation verbunden ist. Selbstständige, freie Berufe sowie hoch qualifizierte Angestellte und Beamte befinden sich vorwiegend im obersten Segment der Einkommensverteilung, während Arbeiterpositionen eher mit einem mittleren oder niedrigeren Einkommen verbunden sind. Vergleicht man die finanzielle Situation der verschiedenen sozialen Lagen in Ost- und Westdeutschland, dann liegt dabei die Gruppe der (Fach-)Arbeiter und der einfachen Angestellten näher am westdeutschen Niveau, als das für höher qualifizierte Gruppen der Fall ist.

Eine Betrachtung des Lebensstandards macht deutlich, dass mit den einzelnen sozialen Lagen auch erhebliche Unterschiede in der materiellen Versorgung einhergehen können. In Ost- und Westdeutschland finden sich vor allem bei den nicht (mehr) in das Erwerbssystem eingegliederten Gruppen und bei unteren Berufsgruppen bemerkenswerte Anteile, die angeben, dass sie sich bestimmte Elemente des Lebensstandards »nicht leisten können«. Während insgesamt gesehen von der hier betrachteten Unterversorgung 10 % der Bevölkerung betroffen sind, steigt dieser Anteil bis auf 25 % bei un- und angelernten Arbeitern in Westdeutschland bzw. auf etwas über 20 % bei ost- und westdeutschen Arbeitslosen.

Während die hier betrachteten Daten zur Einkommenssituation über das Niveau der auf dem Arbeitsmarkt oder durch das Transfersystem erzielten materiellen Ressourcen und deren Verteilung informieren, verweisen die ausgewiesenen Daten zur Unterversorgung auf Möglichkeiten und Defizite der Ressourcenverwendung. Demgegenüber geben die Antworten auf die Frage, ob und wie sich die finanzielle Situation des Haushaltes im letzten Jahr verändert hat, Hinweise darauf, welche positiven und negativen Veränderungen der Lebensbedingungen mit den verschiedenen sozialen Lagen einhergehen. Deutliche finanzielle Verschlechterungen finden sich in Westdeutschland vorwiegend bei solchen sozialen Lagen, die nicht unmittelbar mit dem Arbeitsmarkt verbunden sind. In Ostdeutschland werden derartige finanzielle Einbußen allerdings auch von Selbstständigen berichtet, was auf die zum Teil unsichere Perspektive dieser Berufsgruppe hinweist.

Mit den verschiedenen sozialen Lagen gehen jedoch nicht nur unterschiedliche objektive Lebensbedingungen einher; auch das subjektive Wohlbefinden streut zwischen den einzelnen sozialen Lagen in Ost und West. Betrachtet man die Zufriedenheitsdimensionen Einkommen, Lebensstandard und die allgemeine Lebenszufrie-

denheit, ist das immer noch bestehende Wohlfahrtsgefälle zwischen West und Ost zu erkennen, und zwar für praktisch alle betrachteten sozialen Lagen. Abgesehen von den Rentnern, deren subjektives Wohlbefinden sich in allen drei betrachteten Dimensionen nicht oder nur wenig voneinander unterscheidet, weisen in Westdeutschland praktisch alle soziale Lagen ein höheres Wohlbefinden auf als die jeweils entsprechende Lage in Ostdeutschland.

Tab. 3: Indikatoren der subjektiven Wohlfahrt in Ost- und Westdeutschland nach sozialen Lagen 2001

Soziale Lagen	Zufriedenheit ¹ mit ...						Einstufung auf der Unten-Oben-Skala ²		»Gesellschaft lebt im Wohlstand« Anteil ja	
	Ein-kommen		Lebens-stand		Leben					
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	Ø								in %	
Bis 60 Jahre										
Leit. Ang./Höhere Beamte	8,0	–	8,4	–	8,2	–	7,3	–	89	–
Qual. Ang./Geh. Beamte	7,3	6,3	7,6	6,7	7,9	7,4	6,3	5,7	78	77
Einf., Mittl. Ang./Beamte	6,7	5,6	7,0	6,2	7,5	7,0	6,1	6,0	66	59
Meister/Vorarbeiter	6,3	–	7,0	–	8,2	–	5,5	–	74	–
Facharbeiter	6,5	5,6	6,9	6,6	7,4	6,9	5,5	5,5	59	37
Un-, angelernte Arbeiter	5,7	4,7	6,3	5,5	7,0	6,2	5,4	5,2	56	59
Selbstständige, freie Berufe	7,5	6,3	8,2	6,8	8,1	6,9	6,7	5,9	83	57
Arbeitslose	4,9	4,7	6,1	6,1	6,2	5,9	5,4	5,0	66	29
Berufs-/Erwerbsunfähige	5,8	–	6,1	–	6,5	–	5,4	–	60	–
Hausfrauen/-männer	7,0	–	7,4	–	7,7	–	6,0	–	68	–
Studium, Lehre	7,3	–	7,7	–	7,3	–	5,6	–	69	–
Vorruhestand	7,7	–	7,9	–	7,9	–	6,2	–	75	–
Noch nie erwerbstätig	5,6	–	6,6	–	7,5	–	6,5	–	71	–
61 Jahre und älter										
Noch erwerbstätig	6,5	–	7,6	–	7,8	–	6,2	–	71	–
Noch nie erwerbstätig	7,1	–	7,4	–	7,6	–	5,2	–	67	–
Rentner (ehem. Arbeiter)	6,8	6,7	7,1	7,1	7,3	7,3	5,2	5,4	67	43
Rentner (ehem. Angestellte, Beamte)	7,7	6,9	7,9	7,4	7,8	7,2	6,2	5,7	76	56

1 Mittelwerte auf der Zufriedenheitsskala von 0 bis 10.

2 Mittelwerte auf der Unten-Oben-Skala von 1 bis 10.

– Fallzahl zu gering.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey Trend 2001.

Dass die einzelnen sozialen Lagen auch unterschiedliche soziale Positionen in der vertikalen Gliederung der Gesellschaft repräsentieren, kann daran abgelesen werden, wie sich die jeweiligen Gruppen auf der vertikalen Unten-Oben-Skala (1 bis 10) verankern. An der Spitze ordnen sich erwartungsgemäß staturhöhere Berufsgruppen ein, am unteren Ende beispielsweise die Gruppe der Arbeitslosen. Erwähnenswert ist der Befund, dass sich die Ostdeutschen nicht mehr durchgängig über alle sozialen Lagen hinweg niedriger einstufen und sich nicht mehr so deutlich wie zu früheren Erhebungszeitpunkten von den Westdeutschen unterscheiden. Zumindest was die Ein-

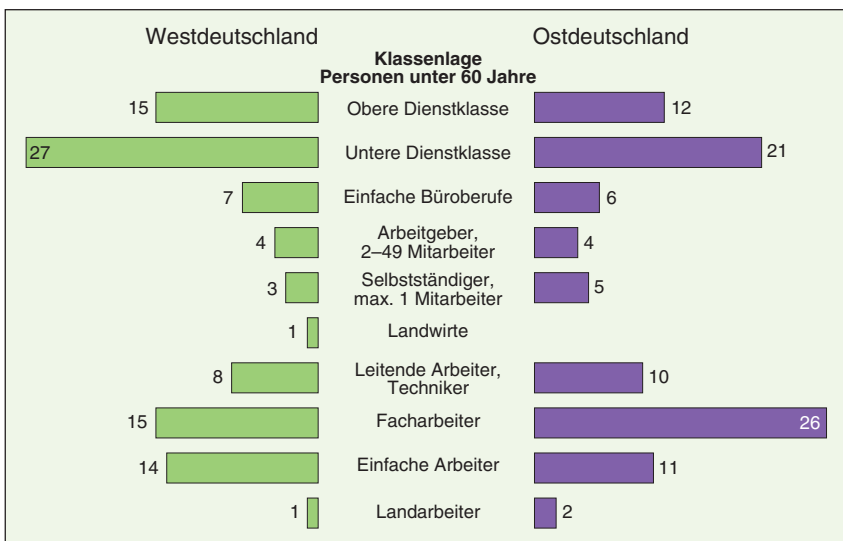
ordnung in die Struktur sozialer Schichten angeht, scheint sich der ehemals erhebliche Abstand in Ost und West verringert zu haben.

Dennoch variieren in Ost und West die Auffassungen darüber, ob man in der bundesdeutschen Gesellschaft im Wohlstand leben würde. Während die Zustimmung dazu zwar auch in Westdeutschland nach der sozialen Lage variiert, sich aber auf einem sehr hohen Niveau bewegt, findet diese Auffassung in Ostdeutschland insgesamt nur wenig Zustimmung.

16.2 Klassenlagen

Die Darstellung von sozialen Lagen ist eine von mehreren Möglichkeiten, die Sozialstruktur einer Gesellschaft abzubilden. Eine andere Vorgehensweise, die ebenfalls vom die Lebenschancen prägenden Einfluss der Erwerbsarbeit ausgeht, ist das Konzept der »Klassenlagen«. Das Konzept an sich geht auf den soziologischen Klassiker Max Weber zurück und wurde in den beiden letzten Jahrzehnten entsprechend operationalisiert, um die Sozialstrukturen fortgeschrittener Industriegesellschaften und vor allem deren Veränderung vergleichend analysieren zu können. Daneben spielt dieses Konzept auch bei der Analyse von sozialer Mobilität (vgl. Teil II, Kap. 17) oder bei der Frage nach dem Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsgerechtigkeit (vgl. Teil II, Kap. 5) eine wichtige Rolle.

Abb. 2: Klassenlagen in West- und Ostdeutschland



Datenbasis: Allbus 2002.

Die Beschreibung der Verteilung der Klassenlagen in Ost- und Westdeutschland geht insofern über die vorherige Darstellung der sozialen Lagen hinaus, als hier allen, und nicht nur den gegenwärtig erwerbstätigen Personen eine über das Erwerbssystem vermittelte Klassenlage zugewiesen wird. Dahinter steht die theoretische Annahme der Zentralität des Erwerbssystems, wonach die auf dem Arbeitsmarkt erworbenen Ressourcen und Lebenschancen die Lebenslage aller Gesellschaftsmitglieder prägt. Die Zuweisung der Klassenlage geschieht technisch gesehen entweder über die eigene (jetzige oder frühere) berufliche Tätigkeit oder über die berufliche Tätigkeit des Partners/der Partnerin oder über die berufliche Tätigkeit der Herkunftsfamilie.

Betrachtet man die so zugewiesenen Klassenlagen in Ost- und Westdeutschland (vgl. Abb. 2) für Personen unter 60 Jahren, dann ist der Eindruck einer in Teilen immer noch getrennten Sozialstruktur nicht von der Hand zu weisen. Die so genannten Dienstklassen sind in Westdeutschland deutlich stärker als in Ostdeutschland besetzt, während die beschriebene ehemalige Arbeitergesellschaft der damaligen DDR auch heute noch sozialstrukturelle Auswirkungen in den Klassenlagen der Arbeiter aufweist. Knapp die Hälfte aller Befragten in Ostdeutschland sind in den Arbeiterklassenlagen zu finden, wobei die Klassenlage der Facharbeiter die Mehrheit bildet.

Mit den jeweiligen Klassenlagen werden Positionen in der vertikalen Struktur der Gesellschaft beschrieben, mit denen vorteilhaftere oder weniger vorteilhaftere Lebenslagen einhergehen. Je »höher« die Klassenlage, desto höher das Einkommen, der Lebensstandard, aber auch die Verankerung der eigenen Position in der gesellschaftlichen Statushierarchie. Von besonderer Bedeutung sind hier aber auch die erkennbaren Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Zwar gilt auch in Ostdeutschland, dass mit höherer Klassenlage auch bessere Lebenslagen verbunden sind, aber die ostdeutsche höhere oder niedrige Klassenlage unterscheidet sich zum Teil immer noch erheblich vom westdeutschen Pendant (vgl. Tab. 4). Sehr deutlich kommt dies bei der materiellen Versorgung, gemessen am durchschnittlichen Haushaltseinkommen pro Kopf, zum Ausdruck. Lediglich bei der Klassenlage der Facharbeiter unterscheidet sich die finanzielle Ausstattung der Haushalte mit einer Differenz von durchschnittlich 70 Euro vergleichsweise wenig dramatisch; diese Einkommenslücke vergrößert sich jedoch mit steigender Position auf rund 260 Euro bei der oberen Dienstklasse und bis zu 400 Euro bei Arbeitgeberpositionen.

Der Umstand, dass mit der jeweiligen gleichen Klassenlage in West- und Ostdeutschland ungleiche materielle Lebensbedingungen verbunden sind, dokumentiert sich im Wesentlichen auch in der Einschätzung der eigenen Position auf der Unten-Oben-Skala. Die ostdeutschen Klassenlagen liegen nahezu alle unter den entsprechenden Werten in Westdeutschland. Man kann davon ausgehen, dass die ostdeutsche Bevölkerung sich deshalb innerhalb des Schichtungsgefüges insgesamt niedriger einstuft, weil sie sich aus einer Perspektive der Unterprivilegierung und relativen Deprivation mit der westdeutschen Bevölkerung vergleicht. Dies verdeutlicht eindrucksvoll der Indikator, ob man seinen »gerechten« Anteil am Lebensstandard erhält (vgl. auch Teil II, Kap. 3). Die Anteile derjenigen Personen, die angeben, sie erhalten »weniger« oder »sehr viel weniger«, sind in allen Klassenlagen in Ostdeutsch-

Tab. 4: Klassenlagen in Ost- und Westdeutschland und Indikatoren der Lebenslage

Frage: »Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?« Ausgewiesen wird der Anteil der angibt, etwas weniger oder sehr viel weniger zu erhalten.

Klassenlage	Einkommens- lücke ¹ zwischen West und Ost	Einstufung auf der Unten- Oben-Skala ²		Leben glücklich ³		Ungerechter Anteil am Lebens- standard	
		in Euro	West	Ost	West	Ost	West
	Ø						%
Obere Dienstklasse	260	7,2	6,8	2,7	2,9	15	44
Untere Dienstklasse	240	6,7	6,1	2,8	2,9	25	56
Einfache Büroberufe	220	6,1	5,8	2,9	2,9	33	56
Arbeitgeber, 2–49 Mitarbeiter	400	6,9	6,9	2,6	2,6	23	42
Selbstständige, max. 1 Mitarbeiter	180	6,8	6,0	2,9	3,1	31	52
Leitende Arbeiter (Arbeiterelite)	110	6,2	6,1	2,9	3,1	31	57
Facharbeiter	70	5,9	5,5	2,8	3,1	43	69
Einfache Arbeiter	150	5,5	5,2	3,1	3,1	55	78
Landarbeiter	110	5,2	5,4	2,7	2,9	46	69

1 Differenz zwischen Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf.

2 Mittelwerte auf der Oben-Unten-Skala von 1 bis 10.

3 Mittelwerte auf der einer Skala von 1 (sehr glücklich) bis 7 (unglücklich).

Datenbasis: Allbus 2002.

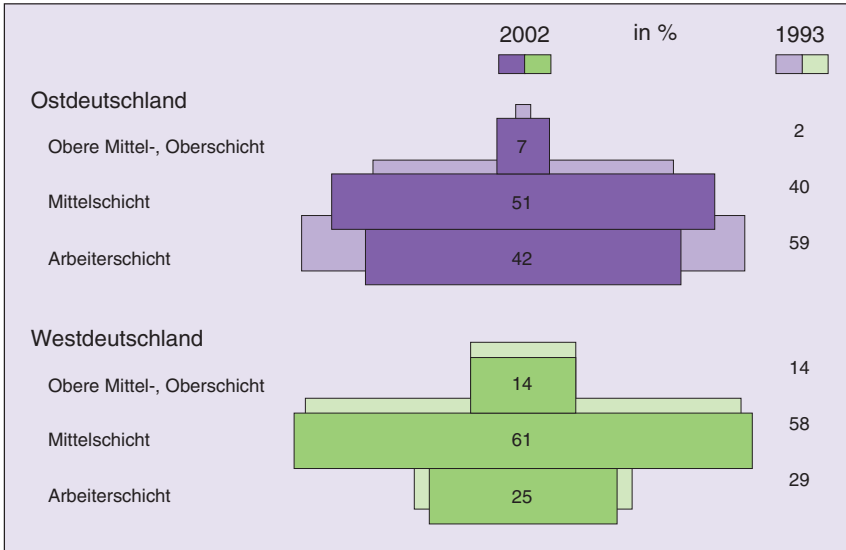
land durchweg sehr beachtlich. Selbst bei der oberen Dienstklasse geben 44 % in Ostdeutschland, aber nur 15 % in Westdeutschland an, sie hätten keinen gerechten Anteil am gesamten Lebensstandard der deutschen Gesellschaft.

16.3 Subjektive Schichtzugehörigkeit

Eine wesentliche Ergänzung des objektiven Bildes der Sozialstruktur liefern Informationen über die subjektive Schichteinstufung. Angaben darüber, wie sich Personen in eine vorgegebene Rangordnung sozialer Schichten einstufen, bieten vor allem Aufschlüsse darüber, wie verschiedene Bevölkerungsgruppen innerhalb der Gesellschaft ihren eigenen Status im Vergleich zu anderen wahrnehmen und bewerten, welchem sozialen Milieu sie sich zuordnen und aus welcher Perspektive sie am gesellschaftlichen Leben partizipieren – Fragen, die auch im Jahre 2002 im Vergleich von Ost- und Westdeutschland von Interesse sind.

Die Unterschiede in der Struktur der sozialen Schichtung, die sich auf der Basis der subjektiven Einstufung der Befragten im Vergleich der alten und neuen Bundesländer ergeben, waren bis in die späten neunziger Jahre eklatant: Während sich für die neuen

Abb. 3: Subjektive Schichtestufung 1993 und 2002



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, Allbus 2002

Tab. 5: Subjektive Schichtzugehörigkeit in Deutschland 1978 – 2002

	Arbeiter- schicht	Mittel- schicht	Obere Mittel-, Oberschicht
	in %		
Westdeutschland			
1978	32	58	10
1980	33	57	10
1984	33	56	11
1988	27	59	14
1993	29	57	13
1998	29	59	12
1999	28	60	12
2001	32	56	12
2002	25	61	14
Ostdeutschland			
1990	60	38	2
1993	58	40	2
1998	61	36	3
1999	57	41	2
2001	52	45	4
2002	42	51	7

Datenbasis: Wohlfahrtssurveys 1978–2001, Allbus 2002.

Bundesländer bis dahin eine pyramidenförmige Schichtstruktur mit einer breiten Basis ergab, wie sie für Arbeitergesellschaften charakteristisch ist, wies die Verteilung in den alten Bundesländern die typische Zwiebelform einer Mittelschichtgesellschaft auf (vgl. Abb. 3). Im Zeitvergleich von 1998 und 1990 wird darüber hinaus deutlich, dass sich diese Unterschiede in Ostdeutschland trotz aller objektiven Veränderungen im Zeitverlauf nur wenig verringert haben. Aber auch in Westdeutschland hat sich die subjektive Schichteinstufung über lange Zeiträume als erstaunlich stabil erwiesen.

Bereits die Ergebnisse für 2001 signalisierten vor allem in Ostdeutschland einen Wandel, der sich bis 2002 beschleunigt fortgesetzt hat: Der Anteil derjenigen, die sich der Arbeiterschicht zugehörig fühlen, verringert sich deutlich, ohne allerdings bereits dem westdeutschen Niveau zu entsprechen. Im Jahre 2001 identifizierte sich mit 52 % zwar immer noch eine Mehrheit der Ostdeutschen mit der Arbeiterschicht, im Jahre 2002 fällt dieser Anteil dann aber deutlich auf nunmehr lediglich 42 %. Der Anteil derjenigen, die sich der Mittelschicht zurechnen, steigt entsprechend über 45 % auf 51 % im Jahre 2002. Bildlich gesprochen verwandelt sich die pyramidenförmige Schichtstruktur allmählich in eine Zwiebelform. In Westdeutschland betrachtet sich im Jahre 2002 nur noch jeder vierte Bürger als der Arbeiterschicht zugehörig, und nahezu jeder Dritte identifiziert sich mit der Mittelschicht. Auch der Anteil derjenigen, die sich der oberen Mittelschicht und der Oberschicht zugehörig betrachten, ist im Westen mit 14 % noch deutlich größer als im Osten, wo sich lediglich 7 % der gesellschaftlichen »Elite« zurechnen. Die Anteile der Bürger, die sich keiner dieser Schichten zuzuordnen vermögen oder eine Einstufung ablehnen, sind verschwindend gering und unterscheiden sich in West- und Ostdeutschland nur unwesentlich.

Fasst man nun die Befunde der drei unterschiedlichen Dimensionen der sozialen Schichtung – soziale Lage, Klassenlage, subjektive Schichtzugehörigkeit – zusammen, dann kann man zunächst auf Tendenzen der Angleichung der unterschiedlichen Strukturen in West- und Ostdeutschland verweisen. Solche Entwicklungen sind teilweise bereits in den sozialen Lagen zum Ausdruck gekommen, sie finden ihren eindeutigen Niederschlag nun offenbar auch bei der subjektiven Schichtzugehörigkeit. Man sollte allerdings diese Trends nicht überbewerten, wenn, wie bei der Darstellung der Klassenlagen gezeigt werden konnte, sich »gleiche« sozialen Positionen als »ungleiche« Lebenschancen erweisen.

(Roland Habich / Heinz-Herbert Noll)

17 Soziale Mobilität

Die berufliche Position bzw. die Stellung einer Person im Erwerbsleben prägt nach wie vor in hohem Ausmaß das Leben der Menschen in Deutschland (vgl. Teil II, Kap 16). Mehr als in anderen Ländern wird der Zugang zu diesen beruflichen Positionen von allgemein bildenden und vor allem von berufsbildenden Abschlüssen bestimmt. Die Chancen, einen guten Ausbildungsabschluss zu bekommen, sind jedoch nicht gleich verteilt in der Bevölkerung. Der jeweilige Ausbildungsabschluss hängt vielmehr zu einem großen Teil von der sozialen Herkunft (vgl. Teil II, Kap. 5), d. h. von dem »Elternhaus« einer Person ab: Eltern, die eine vorteilhafte berufliche Position innehaben und somit über mehr Ressourcen wie Einkommen, kulturelles oder soziales Kapital verfügen, können ihren Kindern eine bessere Ausbildung mit auf den Weg geben als Eltern mit weniger vorteilhaften beruflichen Positionen. Eine bessere Ausbildung wiederum verschafft Kindern später mit hoher Wahrscheinlichkeit Zugang zu einer vorteilhaften Position. Auf diese Weise werden berufliche Positionen von einer Generation zur nächsten »vererbt« und es kommt nur zu einem begrenzten Ausmaß an sozialen Auf- bzw. Abstiegen zwischen den Generationen.

Diese Auf- bzw. Abstiege zwischen den Generationen geben Auskunft über die (intergenerationale) soziale Mobilität in einer Gesellschaft: Soziale Mobilität beschreibt demnach das Ausmaß, in dem sich die Kindergenerationen in einer anderen beruflichen Position befinden als ihre Elterngeneration. Die soziale Mobilität kann damit auch als Maß für die Chancengleichheiten von Auf- und Abstiegen in einer Gesellschaft betrachtet werden.

Im Folgenden werden vier Aspekte der sozialen Mobilität in Deutschland näher untersucht: Hatten bereits die Eltern die gleiche berufliche Position, die ihre Kinder heute einnehmen? In welchem Ausmaß werden Positionen der Eltern direkt an ihre Kinder weitervererbt? Wie hoch ist das Ausmaß der Auf- und Abstiege in Deutschland? Und wie ist es generell um die Chancengleichheit in der deutschen Gesellschaft bestellt? Bei der Beantwortung dieser Fragen wird ein besonderes Augenmerk auf die zeitliche Entwicklung der sozialen Mobilität, auf den Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland und auf die Unterschiede zwischen Männern und Frauen gerichtet.

17.1 Besetzung von Berufspositionen nach sozialer Herkunft

Für die folgenden Untersuchungen wurden verschiedene Bevölkerungsumfragen aus den Jahren 1976 bis 2002 zusammengefasst. Die betrachteten Personen waren zwischen 20 und 64 Jahre alt, hatten die deutsche Staatsangehörigkeit und waren zum Zeitpunkt der Befragung entweder berufstätig oder arbeitssuchend. Für Ostdeutsch-

Tab. 1: Selbstrekrutierungsraten – Anteil von Männern und Frauen, deren Väter eine identische berufliche Position innehatten

	Westdeutschland			Ostdeutschland	
	1976–1980	1981–1990	1991–2002	1991–1992	2000–2002
	in %				
<i>Männer</i>					
Leitende Angestellte, höhere Beamte, freie Berufe	20	20	21	24	10
Qualifizierte Angestellte, gehobene Beamte	20	17	16	22	36
Einfache, mittlere Angestellte und Beamte	25	25	26	26	20
Selbstständige	36	40	22	8	19
Landwirte	93	95	91	/	/
Facharbeiter, Meister	45	48	52	57	66
Un-/angelernte Arbeiter	37	36	37	22	12
<i>Frauen</i>					
Leitende Angestellte, höhere Beamte, freie Berufe	27	28	23	8	19
Qualifizierte Angestellte, gehobene Beamte	19	19	20	26	28
Einfache, mittlere Angestellte und Beamte	21	21	23	17	16
Selbstständige	28	24	23	37	2
Landwirte	82	67	72	/	/
Facharbeiter, Meister	43	44	43	47	65
Un-/angelernte Arbeiter	31	35	32	21	22

/ Fallzahlen zu gering.

Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemografie, 1976–2002.

land werden Bevölkerungsumfragen ab 1991 berücksichtigt. Als Maß für die soziale Herkunft wird die berufliche Stellung des Vaters zu dem Zeitpunkt herangezogen, als die jeweiligen Befragten 15 Jahre alt waren.

Tabelle 1 beschreibt den Grad der Selbstrekrutierung bestimmter beruflicher Positionen, d. h. den Anteil der Befragten, deren Väter bereits eine identische berufliche Position innehatten. Am anschaulichsten sind diese Selbstrekrutierungsraten bei der Betrachtung der Landwirte (Männer) in Westdeutschland: Über 90 % der heutigen Landwirte haben einen Vater, der ebenfalls Landwirt war. Auch bei Arbeiterpositionen findet man eine beachtliche Selbstrekrutierungsquote. Bei den Männern in Westdeutschland haben heute über 50 % der Facharbeiter auch einen Facharbeiter zum Vater. Dieser Anteil ist in den vergangenen Jahrzehnten stetig angewachsen, die Gruppe der heutigen Facharbeiter ist somit homogener bezüglich ihrer sozialen Herkunft geworden. Die Gruppe der Selbstständigen setzt sich dagegen seit dem letzten Jahrzehnt deutlich heterogener zusammen: Hatten die Selbstständigen in den 70er- und 80er-Jahren noch Selbstrekrutierungsraten von knapp 40 %, so ist der Anteil im letzten Jahrzehnt auf nur noch gut 20 % gesunken. Bei der Gruppe der qualifizierten Angestellten und Beamten zeigt sich ein leichter Rückgang der Selbstrekrutie-

rung über die Zeit. Für Frauen findet man hohe Selbstrekrutierungsraten unter den Landwirtinnen und bei Arbeiterinnen. Bei den einzelnen beruflichen Positionen ergeben sich jedoch keine deutlichen Veränderungen über die Zeit. Lediglich bei leitenden Positionen ist ein merklicher Trend zu einer geringeren Selbstrekrutierungsrate festzustellen.

Die Ergebnisse für Ostdeutschland sind aufgrund der Fallzahlen und der besonderen Umbruchsituation in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren. Bei den Männern findet man bei qualifizierten und leitenden Positionen eine gegenläufige Entwicklung der Selbstrekrutierungsraten: Bei den leitenden Angestellten nimmt die Selbstrekrutierungsrate ab, bei den qualifizierten Angestellten nimmt sie dagegen zu. Tatsächlich hat sich hier lediglich ein Austausch zwischen den beiden Gruppen ergeben. Ein ähnlicher Befund ergibt sich bei ungelerten und Facharbeiterpositionen. Auch hier haben sich die Selbstrekrutierungsraten nur zwischen den beiden Arbeiterpositionen verschoben. Schließlich sind bei den Männern die Werte für die Selbstständigen auffällig. Während unmittelbar nach der Wiedervereinigung nur 8 % der Selbstständigen angaben, einen selbstständigen Vater gehabt zu haben, hat heute fast jeder fünfte Selbstständige im Osten einen selbstständigen Vater. Dieser Trend fällt sehr deutlich aus, sollte aber wegen der geringen Fallzahlen nicht überbewertet werden. Bei den Frauen in Ostdeutschland fallen ebenfalls die Selbstrekrutierungsraten bei Selbstständigen auf. Man findet jedoch einen genau gegenläufigen Trend zu den Männern, doch ist auch hier aufgrund der Fallzahlen Vorsicht geboten. Besser abgesichert ist die deutliche Erhöhung der Selbstrekrutierungsrate bei den Facharbeiterinnen. Während unmittelbar nach der Wende nur weniger als die Hälfte der Facharbeiterinnen einen Facharbeiter als Vater hatten, ist dieser Anteil heute auf knapp zwei Drittel gestiegen. Zusammen mit den leitenden Angestellten deuten diese Gruppen auf einen Homogenisierungstrend bezüglich der sozialen Herkunft bei ostdeutschen Frauen an.

Angesichts der weiterhin sehr angespannten Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ist es unerlässlich, die Arbeitslosigkeit auch als eigene Kategorie zu berücksichtigen. Im Osten haben gut zwei Drittel der arbeitslosen Männer einen Vater aus einer der beiden Arbeiterpositionen. Bei den Frauen lag dieser Anteil nach der Wende bei gut 50 %, ist aber in einem Jahrzehnt ebenfalls auf knapp 70 % angestiegen. Mittlerweile rekrutieren sich demnach arbeitslose Männer und Frauen gleichermaßen stark aus den Arbeiterpositionen.

17.2 Vererbung von Berufspositionen nach sozialer Herkunft

In Tabelle 2 wird die Vererbung einer Klassenposition vom Vater auf den Sohn bzw. die Tochter dargestellt, d. h. die Zahlen geben an, wie viel Prozent der Kinder von z. B. leitenden Angestellten wiederum leitende Angestellte werden. Man hat somit nicht mehr den Beruf der Befragten als Prozentuierungsgrundlage, sondern den Be-

ruf des Vaters. Deutlich wird dies wieder bei den Landwirten: Ungefähr 20 % aller Bauernsöhne werden wieder Landwirte. Ähnliche Vererbungsrate findet man bei Selbstständigen und ungelerten Arbeitern. Ungefähr ein Drittel aller Söhne aus leitenden, gehobenen oder einfachen Angestelltenpositionen nehmen die gleiche Position ein wie ihre Väter, wobei sich die Vererbungsrate bei Söhnen von qualifizierten Angestellten und Beamten über die Zeit deutlich verringert hat. Eine leichte Abnahme der Vererbungsrate findet man bei Facharbeitersöhnen, die mit 40 % jedoch immer noch die Gruppe mit der höchsten Vererbungsrate darstellen.

Tab. 2: Vererbungsrate – Anteil von Männern und Frauen, die die gleiche berufliche Position einnehmen wie ihre Väter, nach sozialer Herkunft

	Westdeutschland			Ostdeutschland	
	1976–1980	1981–1990	1991–2002	1991–1992	2000–2002
	in %				
<i>Männer</i>					
Leitende Angestellte, höhere Beamte, freie Berufe	31	32	30	13	9
Qualifizierte Angestellte, gehobene Beamte	43	38	35	38	38
Einfache, mittlere Angestellte und Beamte	34	33	31	28	27
Selbstständige	23	31	23	10	37
Landwirte	20	20	21	/	/
Facharbeiter, Meister	43	43	40	60	50
Un-/angelernete Arbeiter	24	22	23	10	19
<i>Frauen</i>					
Leitende Angestellte, höhere Beamte, freie Berufe	12	17	19	3	13
Qualifizierte Angestellte, gehobene Beamte	24	25	33	34	36
Einfache, mittlere Angestellte und Beamte	66	67	65	54	49
Selbstständige	15	13	15	26	4
Landwirte	10	8	7	/	/
Facharbeiter, Meister	7	6	5	18	17
Un-/angelernete Arbeiter	38	33	28	11	21

/ Fallzahlen zu gering.

Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemografie, 1976–2002.

Da es nach wie vor viele Berufsfelder gibt, die eher von Männern oder eher von Frauen besetzt werden, sind die Vererbungsrate von Vätern auf ihre Töchter generell niedriger als die Vererbungsrate von Vätern auf ihre Söhne. Ausnahme hierbei sind einfache Angestelltentätigkeiten und unqualifizierte Arbeiterpositionen. Bei Letzteren findet man jedoch eine merkliche Abnahme der Vererbungsrate über die Zeit (von 38 % zu 28 %). Dagegen steigen die Vererbungsrate bei qualifizierten und leitenden Angestelltenpositionen eindeutig an. Während in den 1970er-Jahren ein Fünftel aller Töchter von qualifizierten Angestellten dem Weg ihres Vaters folgten, sind

es heute bereits ein Drittel. Und auch bei den leitenden Positionen übernehmen die Frauen immer mehr die Position ihrer Väter. Bei den qualifizierten Angestellten erreichen die Frauen heute sogar ähnliche Vererbungsraten wie die Männer.

Bemerkenswerte Entwicklungen in Ostdeutschland findet man vor allem bei der Vererbung von Selbständigenpositionen bei Männern, die trotz der geringen Fallzahlen auf einen deutlichen Trend zu mehr Vererbung hinweisen. Zudem zeigen sich wiederum gegenläufige Trends innerhalb der beiden Arbeiterpositionen. Die Vererbungsraten bei Facharbeitern nimmt um 10 Prozentpunkte ab, bei den ungelerten Arbeiterpositionen nimmt sie dagegen um ein ähnliches Ausmaß zu. Bei den Frauen erkennt man eine Tendenz zu mehr Vererbung bei den leitenden Positionen, d. h. die Väter schaffen es zunehmend, ihre vorteilhafte Position an die Tochter weiterzugeben. Ähnliches gilt aber auch am unteren Ende der Berufspositionen. Hier »vererbt« sich die ungelernete Arbeiterposition der Väter auf ihre Töchter. Selbstständige Väter geben zunehmend weniger ihre Selbständigenposition an ihre Töchter weiter, doch ist dieser Befund aufgrund der geringen Fallzahlen noch vorläufig.

Bei der bisherigen Betrachtung einzelner Berufspositionen fällt der zeitliche Wandel eher moderat aus. Bei westdeutschen Männern kommt es für qualifizierte Angestellte bzw. Beamte zu einer Verringerung der Vererbungsraten und somit zu mehr sozialer Mobilität für Kinder aus diesen Elternhäusern. Westdeutsche Frauen dagegen schaffen es in zunehmendem Maße, ihre vorteilhaften Herkunftsbedingungen erfolgreicher in höhere Berufspositionen umzuwandeln. Bei den Arbeiterpositionen kommt es hingegen sowohl bei westdeutschen Männern als auch bei ostdeutschen Frauen zu Homogenisierungstendenzen. In Ostdeutschland ist darüber hinaus die unterschiedliche Vererbung von Selbständigenpositionen für Söhne und Töchter hervorzuheben. Insgesamt gibt es bei dieser Betrachtungsweise jedoch wenig Hinweise auf eine Angleichung der Verhältnisse in Ost und West.

Im Folgenden werden daher nicht einzelne Berufspositionen untersucht, sondern es wird ein Gesamtbild aufgezeigt, das auch eine Aussage darüber zulässt, ob die sozial mobilen Befragten vorteilhaftere oder weniger vorteilhafte Berufspositionen besetzen als die Väter.

17.3 Ausmaß von sozialen Auf- und Abstiegen

Um Auf- und Abstiege zu untersuchen, ist es erforderlich, die einzelnen Berufspositionen in einer Rangfolge anzuordnen. Dafür wird den leitenden Angestellten bzw. Beamten sowie den freien Berufen die vorteilhafteste Position zugeschrieben, gefolgt von den qualifizierten Angestellten bzw. Beamten. Am unteren Ende dieser Hierarchie befinden sich un- und angelernte Arbeiterpositionen. Die verbleibenden Gruppen der einfachen Angestellten, Facharbeiter, kleinen Selbstständigen und Landwirte sind nur sehr schwer hierarchisch zu differenzieren. Sie werden daher in einer einzigen – recht heterogenen – Gruppe zusammengefasst, sodass es insgesamt vier verschiedene Gruppen bzw. Hierarchiestufen gibt.

Tab. 3: Gesamtmobilität, vertikale und horizontale Mobilität, Auf- und Abstiegsraten

	Westdeutschland			Ostdeutschland	
	1976–1980	1981–1990	1991–2002	1991–1992	2000–2002
	in %				
<i>Männer</i>					
Gesamtmobilität (%)	67	66	68	60	61
Gesamtmobilität umfasst:					
vertikale Mobilität (%)	42	43	48	41	39
horizontale Mobilität (%)	25	24	20	20	22
Verhältnis vertikale/ horizontale Mobilität (%)	1,7	1,8	2,3	2,1	1,8
Vertikale Mobilität umfasst:					
Aufwärtsmobilität (%)	30	30	33	26	18
Abwärtsmobilität (%)	12	13	15	15	21
Verhältnis Aufstiege/Abstiege	2,4	2,4	2,3	1,8	0,8
<i>Frauen</i>					
Gesamtmobilität (%)	75	75	75	75	75
Gesamtmobilität umfasst:					
vertikale Mobilität (%)	41	40	43	44	38
horizontale Mobilität (%)	33	35	33	31	37
Verhältnis vertikale/ horizontale Mobilität (%)	1,2	1,1	1,3	1,4	1,0
Vertikale Mobilität umfasst:					
Aufwärtsmobilität (%)	18	20	24	25	20
Abwärtsmobilität (%)	23	20	19	20	18
Verhältnis Aufstiege/Abstiege	0,8	1,0	1,3	1,3	1,1

Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemografie, 1976–2002.

Die oberste Zeile in Tabelle 3 beschreibt das Ausmaß der Gesamtmobilität, d. h. wie viel Prozent der Befragten eine andere Position einnehmen als ihre Väter. Es fällt auf, dass Frauen aufgrund des unterschiedlichen Arbeitsmarktverhaltens generell eine höhere Gesamtmobilität aufweisen als Männer. Über die Zeit hinweg gibt es jedoch sowohl für Männer als auch für Frauen in Ost- und Westdeutschland nahezu keine Veränderung. Die Rate der Gesamtmobilität ist im Westen seit Mitte der 70er-Jahre, im Osten mindestens seit der Wiedervereinigung praktisch unverändert. Bei den Männern zeigt sich, dass diese Rate in Ostdeutschland deutlich niedriger ist als in Westdeutschland, was aufgrund der höheren Vererbungsraten bei ostdeutschen Arbeitern nicht verwunderlich ist. Teilt man diese Gesamtrate auf in vertikale Mobilität (d. h. Auf- und Abstiege) und in horizontale Mobilität (d. h. Mobilität auf der gleichen Hierarchieebene, z. B. von Facharbeiterklasse zu einfachen Angestellten), so zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede über die Zeit. Bei den westdeutschen Männern steigt der Anteil an vertikaler Mobilität um 6 Prozentpunkte, während die horizontale Mobilität um 5 Prozentpunkte schrumpft. Somit steigt auch das Verhältnis zwischen diesen beiden Größen von 1,7 auf 2,3 zugunsten der vertikalen Mobilität, d. h. vertikale Mobilität kommt heute 2,3 mal so häufig vor wie horizontale Mobilität. Im Osten dagegen sinkt dieses Verhältnis für Männer leicht von 2,1 auf 1,8. Bei den west-

deutschen Frauen überwiegt ganz leicht die vertikale Mobilität über die horizontale Mobilität, dieses Verhältnis bleibt praktisch unverändert über den Beobachtungszeitraum (1,2). Bei ostdeutschen Frauen nimmt das Verhältnis innerhalb eines Jahrzehnts deutlich von 1,4 auf 1,0 ab, sodass heute vertikale und horizontale Mobilität gleich häufig vorkommen.

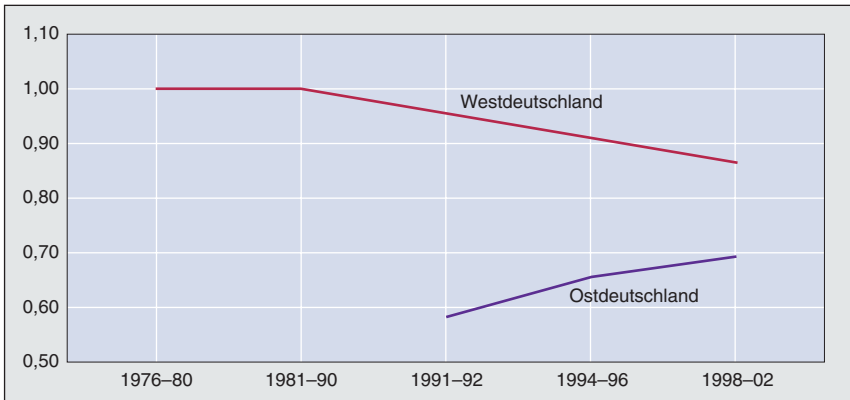
Die jeweils unteren Hälften der Teiltabellen zeigen an, ob es sich bei den vertikalen Bewegungen um Aufstiege oder um Abstiege gehandelt hat. Der zunehmende Anteil an vertikaler Mobilität für westdeutsche Männer ist sowohl auf eine Zunahme der Aufstiege als auch auf eine Zunahme der Abstiege zurückzuführen, was zur Folge hat, dass das Verhältnis der beiden Mobilitätsrichtungen nahezu konstant bleibt. Dramatisch dagegen fällt der Befund für die ostdeutschen Männer aus. Während es unmittelbar nach der Wiedervereinigung fast zweimal so viele Aufstiege wie Abstiege gab, hat sich das Verhältnis nun umgekehrt: Auf einen Abstieg kommen nur noch 0,8 Aufstiege. D. h. für die Befragten in Ostdeutschland ist das Risiko eines Abstieges in schlechtere Berufspositionen größer als die Chance eines Aufstiegs.

Bei den ostdeutschen Frauen geht die Entwicklung in die gleiche Richtung, jedoch fällt der Wandel hier deutlich geringer aus. Auf- und Abstiege im Vergleich zur Vaterposition halten sich hier mittlerweile die Waage. Im Westen dagegen haben die Frauen in den letzten knapp 30 Jahren ihre Aussichten auf bessere Positionen deutlich steigern können. Es kam zu einer deutlichen Zunahme der Aufstiege bei einer gleichzeitigen Abnahme der Abstiege, sodass das Verhältnis zwischen Auf- und Abstiegen von 0,8 auf 1,3 gestiegen ist. Westdeutsche Frauen haben somit heute durchschnittlich bessere Positionen als ihre Väter. Sie sind jedoch in Bezug auf Aufstiegschancen immer noch deutlich schlechter gestellt als die Männer.

17.4 Chancengleichheit in der Gesellschaft

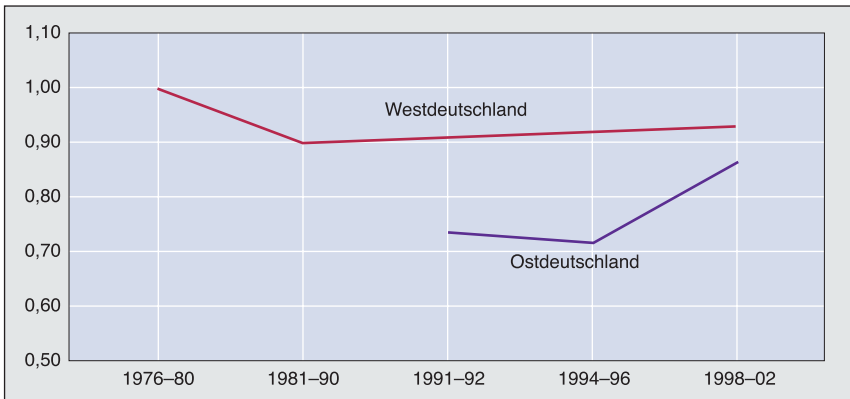
Die bisher dargestellten Ergebnisse geben die Mobilitätserfahrungen der Befragten seit Mitte der 1970er-Jahre wieder. Ein wesentlicher Faktor für die soziale Mobilität in dieser Zeit waren die Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur. Die Anzahl der Arbeiterpositionen ist stetig gesunken, während immer mehr Positionen im Angestellten- und Beamtenverhältnis geschaffen wurden. Diese so genannte strukturell bedingte Mobilität beeinflusst nicht notwendigerweise die Chancengleichheit in einer Gesellschaft. Es ist denkbar, dass sich alle ein bisschen bewegen – praktisch wie in einem Zug, wobei die Sitzordnung innerhalb des Zuges (d. h. der Gesellschaft) gleich geblieben ist. Um dies zu überprüfen, betrachtet man so genannte Chancenverhältnisse, bei denen man fragt, wie groß beispielsweise die Chance für ein Arbeiter- im Vergleich zu einem Angestelltenkind ist, später Arbeiter bzw. Angestellter zu werden. Für die folgende Untersuchung wurden alle möglichen Kombinationen solcher Chancenverhältnisse in einem Modell zusammengefasst. Die Ergebnisse sind in den Abbildungen 1 und 2 dargestellt.

Abb. 1: Relative Veränderung der Stärke des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und eigener Position – Männer



Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemographie 1976-2002.

Abb. 2: Relative Veränderung der Stärke des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und eigener Position – Frauen



Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemographie 1976-2002.

Abbildung 1 zeigt für Männer die Entwicklung der Chancengleichheit – oder genauer – die Stärke des Zusammenhangs zwischen der sozialen Herkunft und der eigenen Berufsposition. Die Stärke dieses Zusammenhangs ist auf der y-Achse dargestellt. Für die 1970er-Jahre wurde dieser Zusammenhang auf den Wert »1« festgesetzt. Die Abweichung zu diesem Wert gibt dann die prozentuale Veränderung hierzu an, wobei Werte kleiner »1« bedeuten, dass der Zusammenhang schwächer wird. Man kann sehen, dass sich die Stärke des Zusammenhangs bis Ende der 1980er-Jahre nicht

verändert hat, dann aber eine leichte Abnahme zu beobachten ist. Für die ostdeutschen Männer dagegen nimmt der Zusammenhang zwischen Elternhaus und eigener Berufsposition stark zu. Zwar ist dieser Zusammenhang im Osten nach wie vor deutlich niedriger ausgeprägt als im Westen, jedoch kam es durch gegenläufige Entwicklungen in Ost und West zu einer deutlichen Angleichung der Mobilitätschancen.

Bei den Frauen (Abb. 2) zeigen sich nach der Wiedervereinigung ebenfalls sehr deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. Jedoch kommt es auch hier zu einer Konvergenz der Stärke des Zusammenhangs zwischen der Berufsposition des Vaters und der Position der Tochter. Für Frauen in Westdeutschland ist in den 1980er-Jahren ein abnehmender Zusammenhang zu erkennen, danach ist dieser Zusammenhang bis 2002 praktisch stabil geblieben. In Ostdeutschland dagegen nimmt der Zusammenhang ab Mitte der 1990er-Jahre stark zu, sodass heute für Frauen in Ost und West der Einfluss des Elternhauses nahezu auf einem gleichen Niveau angekommen ist.

17.5 Fazit

Die soziale Herkunft hat trotz der Betonung von Chancengleichheit im Bildungswesen und der Hervorhebung des Leistungsgedankens in der Berufswelt nach wie vor einen hohen Einfluss auf die spätere berufliche Position von Männern und Frauen in Deutschland. Für einige Berufspositionen konnte gezeigt werden, dass deren Zusammensetzung zunehmend weniger von der sozialen Herkunft gesteuert wird (z. B. Selbstständige im Westen, qualifizierte Angestellte im Westen). Dagegen werden die Arbeiterpositionen in Ost- und Westdeutschland eher homogener mit Arbeiterkindern besetzt. Leitende Positionen werden nach wie vor eher an die Söhne weitergegeben, jedoch haben die Frauen in den letzten drei Jahrzehnten deutlich aufgeholt. Dies schlägt sich auch in generell höheren Aufstiegschancen für westdeutsche Frauen nieder. Ostdeutsche Männer dagegen nehmen im Vergleich zu ihren Vätern zunehmend niedrigere Positionen ein. Bei ostdeutschen Frauen zeigt die Entwicklung in eine ähnliche Richtung, doch sind die Veränderungen hier bei weitem nicht so stark.

Die Betrachtung der tatsächlichen Chancengleichheit – bereinigt um strukturelle Einflüsse – zeigt für Westdeutschland einen sehr geringen Wandel hin zu mehr Gleichheit. Im Osten dagegen hat sich der Einfluss der sozialen Herkunft im letzten Jahrzehnt enorm vergrößert. Die ehemals deutlich höhere Chancengleichheit für Frauen im Osten hat bereits so stark abgenommen, dass sie fast das Westniveau erreicht. Für Männer dagegen bleiben die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland weiterhin merklich.

(Reinhard Pollak)

Weitere Informationen zum Thema Erwerbstätigkeit siehe Teil I, Kap. 3.

18 Einkommen – Verteilung, Armut und Dynamik

Die hier genutzten Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) geben Auskunft über die jährliche Einkommensentwicklung seit Beginn der deutschen Vereinigung. Neben der Einkommensentwicklung wird im Folgenden auch die Einkommensverteilung und Einkommensungleichheit im zeitlichen Verlauf betrachtet und somit ein wesentlicher Aspekt der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen alten und neuen Ländern dokumentiert. Ein besonderes Augenmerk gilt dem unteren Rand der Einkommensverteilung – der Betroffenheit von Niedrigeinkommen und Armut, die im Detail auch für soziale Gruppen ausgewiesen wird. Schließlich wird das Ausmaß der Einkommens- und Armutsdynamik in Deutschland dargestellt.

18.1 Daten und Methoden

Die Einkommen werden im SOEP im Rahmen der jährlichen Befragungen detailliert erfasst: Zum einen wird das monatliche Haushaltsnettoeinkommen erfragt, also die regelmäßigen Einkünfte nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich erhaltener Sozialtransfers; zum anderen werden jeweils für das zurückliegende Jahr alle individuellen (Brutto-)Einkommen aller aktuell im Haushalt befragten Personen aufsummiert, aus denen mithilfe einer Schätzung der Steuer- und Sozialabgaben die Jahresnettoeinkommen des Vorjahres abgeleitet werden. Bei den Jahreseinkommen sind neben einmaligen Sonderzahlungen (13., 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld etc.) auf diese Weise auch Steuerrückzahlungen implizit enthalten. Prinzipiell können auch Einkommensvorteile aus selbst genutztem Wohneigentum eingerechnet werden; diese Komponente wurde allerdings hier nicht berücksichtigt.

Die erhobenen Monatseinkommen bilden gegenüber den Jahreseinkommen die aktuell verfügbaren ökonomischen Ressourcen ab, für alle zu diesem Zeitpunkt im Haushalt lebenden Personen. Die beiden Einkommenskonzepte unterscheiden sich damit nicht nur hinsichtlich des zeitlichen Bezugsrahmens, sondern auch in ihrer Konzeption. Im Folgenden werden deshalb sowohl Daten über das direkt erfragte monatliche Haushaltsnettoeinkommen in seiner ursprünglichen Form (der Anteil fehlender Werte beträgt ca. 9 %) als auch über das generierte Jahresnettoeinkommen der Haushalte (jeweils für das zurückliegende Jahr; fehlende Werte werden geschätzt [imputiert]) präsentiert.

Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, werden alle Haushaltseinkommen unter Verwendung der älteren OECD-Skala in so genannte »Äquivalenzeinkommen« – das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – umgerechnet. Alle Einkommensangaben werden in Euro ausgewiesen. Die Analysen erfolgen

auf Personenebene und repräsentieren die in privaten Haushalten lebende gesamte Bevölkerung in Deutschland. Die Anstaltsbevölkerung (z. B. in Altersheimen) bleibt unberücksichtigt.

18.2 Einkommensentwicklung

Die verfügbaren Durchschnittseinkommen der privaten Haushalte sind nach den Daten des SOEP in Deutschland nominal von monatlich 808 € im Jahr 1991 auf 1 205 €

Tab. 1: Haushaltsnettoeinkommen der privaten Haushalte in Deutschland
Mittelwert in EUR

Deutschland insgesamt	1991	1994	1997	2000	2002	2003
<i>Äquivalenzeinkommen im Monat</i>						
Nominal	808	960	1 025	1 122	1 177	1 205
Real	953	1 033	1 054	1 122	1 137	1 151
Steigerungsrate real (in %)		8,4	2,0	6,5	2,3	1,2
Real (Median)	837	915	947	993	1 006	1 011
<i>Äquivalenzeinkommen im Vorjahr</i>						
		1994	1997	2000	2002	2003
Nominal		12 723	13 469	14 802	15 556	15 940
Real		13 686	13 857	14 802	15 027	15 398
Steigerungsrate real (in %)			1,2	6,8	2,5	1,3
Alte Bundesländer	1991	1994	1997	2000	2002	2003
<i>Äquivalenzeinkommen im Monat</i>						
Nominal	895	1 009	1 061	1 166	1 217	1 245
Real	1 041	1 083	1 092	1 166	1 175	1 189
Steigerungsrate real (in %)		4,0	0,7	6,9	2,2	1,2
<i>Äquivalenzeinkommen im Vorjahr</i>						
	1991	1994	1997	2000	2002	2003
Nominal	11 702	13 300	13 881	15 280	16 062	16 429
Real	13 610	14 284	14 283	15 280	15 516	15 871
Steigerungsrate real (in %)		5,0	0	7,0	2,6	1,1
Neue Bundesländer	1991	1994	1997	2000	2002	2003
<i>Äquivalenzeinkommen im Monat</i>						
Nominal	478	762	875	934	1 008	1 027
Real	619	827	900	934	973	981
Steigerungsrate real (in %)		33,6	8,7	3,9	2,9	0,8
<i>Äquivalenzeinkommen im Vorjahr</i>						
	1994	1997	2000	2002	2003	
Nominal	10 293	11 692	12 700	13 268	13 712	
Real	11 168	12 020	12 700	12 817	13 245	
Steigerungsrate real (in %)		7,6	5,7	1,5	2,7	
Preisindizes ¹	1991	1994	1997	2000	2002	2003
Alte Bundesländer	83,7	92,6	97,1	100,0	103,4	104,5
Neue Bundesländer	70,4	91,5	97,2	100,0	103,4	104,5

¹ Quelle: Destatis 2003.

Datenbasis: SOEP 1991–2002, 2003.

im Jahr 2003 gestiegen (vgl. Tab. 1). Die entsprechenden Jahreseinkommen liegen im Jahr 2003 bei 15 940 € (diese Einkommensangaben beziehen sich hierbei immer auf das jeweilige Vorjahr). Bei dieser gesamtdeutschen Betrachtung sind allerdings mögliche Unterschiede in den Preisniveaus der alten und neuen Länder – insbesondere unmittelbar nach der Vereinigung – noch nicht berücksichtigt. Die nachfolgenden Berechnungen werden deshalb auf der Basis von Realeinkommen durchgeführt, wobei die Einkommen der alten und neuen Länder bis 1999 jeweils getrennt an die entsprechende Preisentwicklung angepasst wurden (vgl. Tab. 1, unten).

Die auf den Realeinkommen basierenden Steigerungsraten weisen für die 90er-Jahre ein insgesamt eher geringes Einkommenswachstum mit einigen Schwankungen auf. Die Schwankungen setzen sich auch in der jährlichen Einkommensbetrachtung bis 2003 weiter fort. Dies gilt für die alten und neuen Länder in gleicher Weise. Ein differenzierter Blick auf die Einkommensentwicklung verdeutlicht, dass reale Einkommenszuwächse in den Jahren nach der Vereinigung hauptsächlich in den neuen Ländern stattfanden. In den alten Ländern war der Realeinkommenszuwachs zu Beginn der 90er-Jahre nur gering ausgeprägt. In den neuen Ländern lag das Wohlstandsniveau zunächst noch weit unter dem der alten Länder. Der zu Beginn sehr hohe Einkommensanstieg hat sich im weiteren Verlauf der 90er-Jahre sukzessiv verlangsamt. Damit einhergehend setzte sich auch der Abbau der Einkommensunterschiede zu den alten Ländern seit Ende der 90er-Jahre nicht mehr weiter fort. Die Wachstumsraten der Jahreseinkommen zeigen seit der zweiten Hälfte der 90er-Jahre in Höhe und Verlauf ein ähnliches Muster der Einkommensentwicklung wie in den alten Ländern.

18.3 Ungleichheit und Angleichung

Die Betrachtung von Mittelwerten allein sagt noch nichts darüber aus, wie gleich oder ungleich die Einkommen in der Bevölkerung verteilt sind. Ein allgemeiner Indikator zur Beschreibung der Einkommensverteilung sind die Einkommensanteile, die ein bestimmter Teil der nach der Einkommenshöhe geordneten Bevölkerung innehat (Tab. 2). Hier zeigt sich, dass die ärmsten 20 % der Bevölkerung (das unterste Quintil) über knapp 10 % des monatlichen Gesamteinkommens verfügen. Im Jahr 2003 ging der Einkommensanteil des ärmsten Quintils auf 9,2 % zurück. Die reichsten 20 % (das oberste Quintil) haben demgegenüber etwa 36 % des monatlichen Gesamteinkommens zur Verfügung, im Jahr 2003 waren es 36,9 %. Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen im Haushalt hat sich damit seit 2000 wieder erhöht. Dies geht auch aus dem Gini-Koeffizienten, einem zusammenfassenden Ungleichheitsmaß, hervor.

Die jahresbezogenen Einkommen sind im Allgemeinen etwas ungleicher verteilt, als die enger gefassten monatlichen Nettoeinkommen der privaten Haushalte. Anhand des jahresbezogenen Einkommenskonzeptes lassen sich zudem auch Ungleichheitsziffern für die im Haushalt erzielten Markteinkommen (brutto) und Rentenzah-

lungen errechnen, die sich vor Eingriff des Staates in Form von direkten Steuern und Sozialtransfers ergeben. Die relative Differenz beider Koeffizienten illustriert so die Reduktion an Ungleichheit, die durch staatliche Eingriffe erreicht wird. Anhand der Daten für die alten Länder wird deutlich, dass die Ungleichheit der in den privaten Haushalten jeweils erwirtschafteten Markteinkommen und Renten in der ersten Hälfte der 90er-Jahre deutlich gestiegen ist – der Gini-Koeffizient hat sich von 1991 bis 1995 von 0.319 auf 0.357 erhöht. Diese Zunahme an Ungleichheit der Markteinkommen hat auch bis Mitte der 90er-Jahre zu einer Zunahme der Ungleichheit

Tab. 2: Einkommensungleichheit in Deutschland

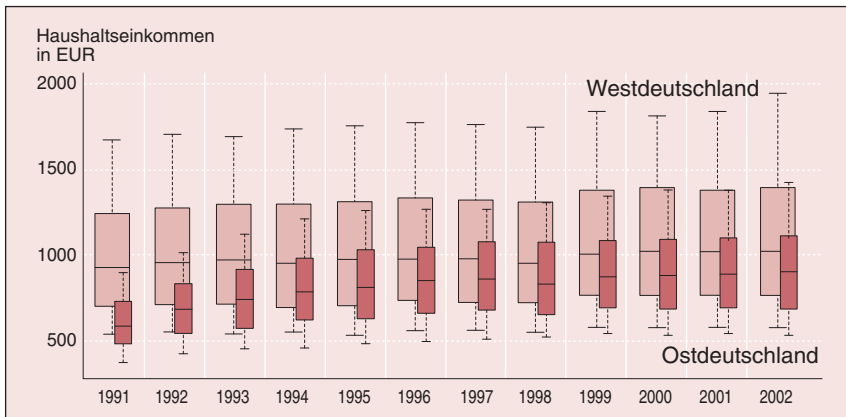
Deutschland insgesamt	1991	1994	1997	2000	2002	2003
<i>Äquivalenzeinkommen im Monat (real)</i>						
Einkommensanteile in der Bevölkerung						
Ärmste 20 %	9,5	9,6	9,9	9,8	9,3	9,2
Reichste 20 %	36,2	36,0	35,2	35,4	36,4	36,9
Gini	0,267	0,264	0,252	0,256	0,270	0,274
<i>Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real)</i>						
Gini (Markteinkommen und Renten im Haushalt)						
		0,345	0,356	0,353	0,368	0,365
Gini (Haushaltsnettoeinkommen)						
		0,277	0,274	0,271	0,289	0,287
Gini-Verminderung durch Umverteilung (in %)						
		19,7	23,0	23,2	21,5	21,4
Alte Bundesländer	1991	1994	1997	2000	2002	2003
<i>Äquivalenzeinkommen im Monat (real)</i>						
Einkommensanteile in der Bevölkerung						
Ärmste 20 %	9,8	9,4	9,7	9,7	9,1	9,1
Reichste 20 %	35,2	36,2	35,4	35,5	36,7	37,1
Gini	0,254	0,267	0,257	0,259	0,275	0,279
<i>Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real)</i>						
Gini (Markteinkommen und Renten im Haushalt)						
	0,319	0,340	0,357	0,351	0,368	0,362
Gini (Haushaltsnettoeinkommen)						
	0,264	0,281	0,281	0,278	0,296	0,292
Gini-Verminderung durch Umverteilung (in %)						
	17,2	17,4	21,3	20,8	19,6	19,3
Neue Bundesländer	1991	1994	1997	2000	2002	2003
<i>Äquivalenzeinkommen im Monat (real)</i>						
Einkommensanteile in der Bevölkerung						
Ärmste 20 %	11,6	10,7	10,9	10,7	10,3	10,0
Reichste 20 %	30,9	31,7	31,8	32,4	32,9	33,4
Gini	0,191	0,209	0,209	0,216	0,225	0,235
<i>Äquivalenzeinkommen im Vorjahr</i>						
Gini (Markteinkommen und Renten im Haushalt)						
		0,320	0,321	0,323	0,337	0,353
Gini (Haushaltsnettoeinkommen)						
		0,221	0,221	0,214	0,235	0,244
Gini-Verminderung durch Umverteilung (in %)						
		30,9	31,2	33,7	30,3	30,9

Datenbasis: SOEP 1991–2002, 2003.

der Nettoeinkommen im Haushalt geführt. Die Ungleichheit der Markteinkommen blieb dann bis 2000 auf dem erhöhten Niveau, im Jahr 2002 war ein neuerlicher Anstieg zu verzeichnen. Die Ungleichheit der Nettoeinkommen ist indes durch den erhöhten staatlichen Einfluss bis zum Ende der 90er-Jahre zunächst etwas gesunken, steigt aber mit dem neuerlichen Anstieg der Ungleichheit der Markteinkommen ab 2002 wiederum an.

In den neuen Ländern waren die Einkommen im Vergleich zu den alten Ländern von vornherein weit weniger ungleich verteilt. Zu Beginn der 90er-Jahre erfolgte lediglich ein geringer Anstieg der Ungleichheit, der sich aber schnell verlangsamte. Im Jahr 2003 ist auch hier ein neuerlicher Anstieg der Ungleichheit zu verzeichnen, ohne allerdings das weit höhere Ungleichheitsniveau der alten Länder zu erreichen. Die Ungleichheit der Markt- und Renteneinkommen ist dagegen nur wenig geringer als in den alten Ländern – die Verminderung der Ungleichheit durch staatliche Maßnahmen ist damit wesentlich höher als in den alten Ländern (30,9 gegenüber 19,3 % in 2003).

Abb. 1: Die Entwicklung des Haushaltseinkommens (Nettoäquivalenzeinkommen) in West- und Ostdeutschland 1991–2002



Datenbasis: SOEP 1991–2002.

Die Angleichung der Einkommensverhältnisse zwischen neuen und alten Ländern lässt sich anschaulich anhand der Entwicklung der verschiedenen Einkommensschwellen dokumentieren. Bei dieser Darstellung werden Niveau und Verteilung der Einkommen gleichzeitig betrachtet: Die Breite der so genannten Boxplots (vgl. Abb. 1) dokumentiert den jeweiligen Bevölkerungsumfang; die mittlere Linie der Blöcke stellt den jeweiligen Median dar, also den Einkommensschwellenwert, der von jeweils der Hälfte der Bevölkerung unter- bzw. überschritten wird. In analoger Form geben die Ober- und Untergrenzen der Blöcke die Einkommensschwellen wieder, die zusammen 50 % der Bevölkerung mit mittleren Einkommen umfassen; die äußeren Linien veranschaulichen schließlich die so genannten Dezilsschwellen, die die jeweils

reichsten bzw. ärmsten 10 % der Bevölkerung abgrenzen; sie beschreiben also die Einkommensspanne, die das Wohlstandsniveau von 80 % der jeweiligen Bevölkerung ohne die jeweils reichsten und ärmsten 10 % umfasst. Die Grafik zeigt anschaulich, wie sich im unteren Einkommensbereich die Realeinkommen in den neuen Ländern schrittweise an die der alten Länder angeglichen haben, vor allem in der ersten Hälfte der 90er-Jahre. Die Realeinkommen in den alten Ländern stagnierten stattdessen über weite Strecken. Dieser Angleichungsprozess verlangsamte sich ab der zweiten Hälfte der 90er-Jahre, wobei jedoch in beiden Landesteilen die Spreizung der Einkommen bis 2002 zunahm.

Die Grafik macht nicht nur deutlich, dass die Streuung der Einkommen in den neuen Ländern weit weniger ausgeprägt ist als in den alten Ländern, sondern zeigt auch, dass dies vor allem an der geringeren Differenzierung im oberen Einkommenssegment liegt. Im Jahr 2002 erreichen erstmalig mehr als 10 % der Bevölkerung in den neuen Ländern Einkommensverhältnisse, die oberhalb des mittleren Einkommensbereichs in den alten Ländern liegen. Der wesentliche Einkommensunterschied zwischen alten und neuen Ländern besteht demzufolge allem voran in einer geringeren Spreizung der höheren Einkommen.

18.4 Einkommensschichtung und relative Armut

Infolge der großen Unterschiede hinsichtlich des Wohlstandsniveaus wie auch der Wohlstandsverteilung zwischen alten und neuen Ländern wird zunächst die Einkommensschichtung anhand der regionsspezifischen Einkommensverhältnisse dokumentiert. Daran anschließend werden Niedrigeinkommen und Armutsquoten basierend auf gesamtdeutschen Schwellenwerten behandelt.

Die relative Einkommensschichtung gemessen an jeweils regionsspezifischen arithmetischen Mittelwerten (vgl. Tab. 3) folgt weitgehend den beschriebenen Trends im Bereich der Einkommensungleichheit. Der Bevölkerungsanteil im Armutsbereich unterhalb der 50 %-Schwelle hat sich in Deutschland im Verlauf der 90er-Jahre vermindert, steigt aber bis 2003 wieder deutlich an. Der Bevölkerungsanteil im relativen Wohlstand hat sich nach 1991 ebenfalls etwas verringert und weist nach 2000 wiederum höhere Werte auf.

Wie bereits anhand der Ungleichheitsentwicklung erläutert wurde, verlief die Einkommensentwicklung in den alten und neuen Ländern vor allem zu Beginn der 90er-Jahre noch unterschiedlich. In den alten Ländern hat sich der Bevölkerungsanteil im untersten Einkommenssegment bis 2003 stufenweise erhöht. Im obersten Einkommenssegment nahm der Bevölkerungsanteil seit 2000 wieder zu.

Betrachtet man die jeweiligen Einkommensverteilungen in Ost- und Westdeutschland getrennt, dann sind in den neuen Ländern aufgrund der dortigen geringeren Einkommensspreizung die Bevölkerungsanteile sowohl im untersten als auch im obersten Einkommenssegment geringer und der Einkommensanteil im mittleren Ein-

Tab. 3: Schichtung der Bevölkerung nach relativen Einkommenspositionen

	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen, äquivalenzgewichtet					
	1991	1994	1997	2000	2002	2003
<i>Deutschland insgesamt</i> (Mittelwert gesamt = 100 %)						
Relativer Wohlstand (> 150 %)	13,0	12,3	11,1	12,2	12,5	12,9
Gehobene Einkommenslage (125–150 %)	10,5	10,8	10,0	10,7	9,9	8,6
Mittlere Einkommenslage (75–125 %)	39,4	41,6	44,0	43,4	41,0	41,8
Prekärer Wohlstand (50–75 %)	26,9	25,7	25,7	24,5	25,5	24,6
Relative Armut (0–50 %)	10,1	9,6	9,2	9,2	11,1	12,1
<i>Alte Bundesländer</i> (Mittelwert ABL = 100 %)						
Relativer Wohlstand (> 150 %)	12,3	11,9	12,3	12,4	12,9	13,8
Gehobene Einkommenslage (125–150 %)	10,6	11,2	9,6	11,3	9,8	9,1
Mittlere Einkommenslage (75–125 %)	42,3	41,5	43,0	40,9	40,0	39,1
Prekärer Wohlstand (50–75 %)	25,9	25,9	25,5	25,5	25,6	26,2
Relative Armut (0–50 %)	8,9	9,5	9,6	10,0	11,7	11,8
<i>Neue Bundesländer</i> (Mittelwert NBL = 100 %)						
Relativer Wohlstand (> 150 %)	7,9	9,6	8,0	9,5	9,5	9,4
Gehobene Einkommenslage (125–150 %)	12,2	11,0	11,3	12,2	11,0	12,3
Mittlere Einkommenslage (75–125 %)	57,5	53,9	55,4	51,4	51,0	47,8
Prekärer Wohlstand (50–75 %)	18,4	17,8	19,4	19,7	20,8	22,5
Relative Armut (0–50 %)	4,0	7,7	6,0	7,2	7,8	8,0

Datenbasis: SOEP 1991–2002, 2003.

kommensbereich entsprechend größer als in den alten Ländern. Im Trend hat bis Mitte der 90er-Jahre der Bevölkerungsumfang im unteren Einkommensbereich zunächst zugenommen und schwankt seitdem zwischen 5,6 % und 8 % (2003) – im Vergleich zu 9,5 % und 11,8 % (2003) in den alten Ländern. Der Bevölkerungsanteil mit – gemessen am regionsspezifischen Durchschnitt – höheren Einkommen liegt seit 2000 etwa bei 9,5 %.

Der hier verwendete Armutsbegriff beruht auf einem so genannten relativen Armutskonzept und orientiert sich an der Definition der Europäischen Union. Die Operationalisierung erfolgt gemäß den vom Statistischen Amt der EU (Eurostat) empfohlenen Schwellenwerten, den so genannten Armuts Grenzen. Als arm gilt demnach, wer in einem Haushalt lebt, dessen Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Einkommen in der gesamten Bevölkerung beträgt. Darüber hinaus werden in diesem Kapitel weitere, auf dem arithmetischen Mittelwert basierende Schwellenwerte zur Abgrenzung von »Armut« (50 %-Schwelle) und Niedrigeinkommen, dem so genannten »prekären Wohlstand«, (75 %-Schwelle) ausgewiesen. Die auf den Median bezogenen Armutsquoten sind weniger anfällig für Extremwerte am oberen und unteren Rand der Verteilung und liefern damit robustere Ergebnisse als die aus dem arithmetischen Mittel abgeleiteten Armuts Grenzen.

Die Berechnung aller Armuts Grenzen erfolgt ausschließlich auf Grundlage der gesamtdeutschen Einkommensverteilung anhand der Realeinkommen zu Preisen von 2000; dies gilt auch für die getrennt ausgewiesenen Armutsindikatoren der alten und neuen Länder. Frühere Betrachtungen, in denen die beiden Landesteile als unab-

hängige Einheiten behandelt wurden, lassen sich noch aus den regionsspezifischen Verläufen der Einkommenschichtung (vgl. Tab. 3) nachvollziehen.

Die auf dem Median basierenden Armutsquoten werden anhand des so genannten FGT-Maßes (nach den Autoren Foster/Greer/Thorbecke) weiter differenziert: Neben

Tab. 4: Armut und Niedrigeinkommen

	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen, äquivalenzgewichtet					
	1991	1994	1997	2000	2002	2003
Deutschland insgesamt (D gesamt = 100 %)						
<i>Äquivalenzeinkommen im Monat (real)</i>						
75-%-Mittelwert (Niedrigeinkommen)	37,0	35,3	34,9	33,7	36,6	36,7
50-%-Mittelwert (Armut)	10,1	9,6	9,2	9,2	11,4	12,1
Armutsschwelle 60%-Median						
FGT(0) (Armutsquote)	12,4	11,0	11,4	11,3	13,1	13,9
FGT(1) (Armutslücke)	2,5	2,6	2,3	2,4	3,0	3,0
FGT(2) (Armutsintensität)	0,8	0,9	0,7	0,8	1,1	1,0
<i>Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real)</i>						
Armutsschwelle 60%-Median						
FGT(0) (Armutsquote)		12,8	13,0	11,3	14,8	15,4
FGT(1) (Armutslücke)		3,5	3,9	3,3	4,3	4,4
FGT(2) (Armutsintensität)		1,8	2,0	1,7	2,1	2,1
Alte Bundesländer (D gesamt = 100 %)						
<i>Äquivalenzeinkommen im Monat (real)</i>						
75-%-Mittelwert (Niedrigeinkommen)	27,4	32,3	33,0	31,3	35,0	35,0
50-%-Mittelwert (Armut)	6,3	8,4	8,6	8,2	10,5	11,3
Armutsschwelle 60%-Median						
FGT(0) (Armutsquote)	7,7	9,5	10,7	10,2	12,4	13,0
FGT(1) (Armutslücke)	1,5	2,2	2,2	2,2	2,8	2,9
FGT(2) (Armutsintensität)	0,5	0,8	0,7	0,7	1,0	1,0
<i>Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real)</i>						
Armutsschwelle 60%-Median						
FGT(0) (Armutsquote)		11,8	12,9	11,1	14,3	15,0
FGT(1) (Armutslücke)		3,5	4,1	3,5	4,4	4,4
FGT(2) (Armutsintensität)		1,9	2,2	1,9	2,2	2,1
Neue Bundesländer (D gesamt = 100 %)						
<i>Äquivalenzeinkommen im Monat (real)</i>						
75-%-Mittelwert (Niedrigeinkommen)	73,8	47,6	43,1	44,3	43,9	43,9
50-%-Mittelwert (Armut)	24,6	14,5	11,6	13,3	13,6	15,5
Armutsschwelle 60%-Median						
FGT(0) (Armutsquote)	30,4	16,9	14,5	16,0	16,1	17,7
FGT(1) (Armutslücke)	6,2	4,0	3,0	3,3	3,4	3,8
FGT(2) (Armutsintensität)	2,1	1,4	0,9	1,0	1,2	1,3
<i>Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real)</i>						
Armutsschwelle 60%-Median						
FGT(0) (Armutsquote)		16,7	13,4	12,2	16,7	17,0
FGT(1) (Armutslücke)		3,5	3,1	2,5	4,0	4,3
FGT(2) (Armutsintensität)		1,2	1,3	0,8	1,5	1,8

Datenbasis: SOEP 1991–2002, 2003.

der Armutsquote, die den Umfang der Armutspopulation in Prozent ausweist, werden die so genannte Armutslücke – FGT(1) – und die Armutsintensität – FGT(2) – vorgestellt. Die Armutslücke (poverty-gap) ist ein Maß für den durchschnittlichen Einkommensabstand, der zur Überwindung der Armutsgrenze fehlt. Sie gibt somit Auskunft über das Ausmaß der Armut. Das FGT(2)-Maß schließlich erfasst die Armutsintensität, indem es diejenigen innerhalb der Armutspopulation am stärksten gewichtet, die am intensivsten von Armut betroffen sind.

Im Jahr 2003 leben demnach 13,9 % der gesamtdeutschen Bevölkerung in Armut (Tab. 4), 12,1 % der Bevölkerung haben weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens zur Verfügung und insgesamt 36,7 % leben im Niedrigeinkommensbereich (75 % Schwelle). Legt man die jahresbezogene Einkommensberechnung zugrunde, so ergibt sich eine Armutsquote von 15,4 %. Die Armutslücke, hier bezogen auf die gesamte Bevölkerung, beträgt 4,4 % – dies ist vereinfacht gesagt der durchschnittliche prozentuale Einkommensabstand zur Armutsschwelle. Die Intensität der Armut berücksichtigt darüber hinaus die Ungleichheit innerhalb der Armutspopulation und lenkt so den Blick auf die Ärmsten der Armen. Alle Indikatoren weisen ungeachtet des zugrunde liegenden Einkommenskonzeptes ab 2002 eine deutliche Zunahme der Armut gegenüber dem vorausgehenden Jahr aus.

Übereinstimmend zeigen monatliche und jahresbezogene Einkommenskonzepte in den neuen Ländern höhere Armutsquoten als in den alten Ländern; dies gilt jedoch nicht in gleicher Weise für die Armutslücke und Armutsintensität.

18.5 Armut in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Im Folgenden wird gezeigt, welche Bevölkerungsgruppen, Familien- und Haushaltsformen über- oder unterdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Dabei wird auch die Armutslücke berücksichtigt. In den Tabellen 5a und 5b werden Armutsquoten und Armutslücken für verschiedene Bevölkerungsgruppen ausgewiesen; diese Quoten beziehen sich auf die Verteilung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens innerhalb der gesamten Bevölkerung des Jahres 2002. In der rechten Tabellenhälfte wird ergänzend dazu die Situation in den neuen Ländern dokumentiert. Demnach ist zwar die Armutsquote 2002 in den neuen Ländern höher als innerhalb des gesamten Bundesgebiets, die mittlere Armutslücke ist hingegen eher niedriger.

Mit zunehmendem Alter sinkt die Betroffenheit von Armut. Am höchsten ist die Armutsquote in der Altersgruppe von 11–20 Jahren. Personen über 50 Jahre sind unterdurchschnittlich von Armut betroffen. In den neuen Ländern ist dieser Zusammenhang besonders deutlich: Die Armutsquote von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen übersteigt die der Älteren um ein Vielfaches; dieser Befund gilt auch für die Armutslücke. Ältere Personen sind auch in den neuen Ländern weniger von Armut betroffen als in den alten Ländern.

Hohe Armutsquoten sind auch bei Ausländern anzutreffen; dies betrifft insbesondere die alten Länder, in den neuen Ländern ist der ausländische Bevölkerungsanteil sehr

Tab. 5a: Betroffenheit von Armut in Deutschland
nach Bevölkerungsgruppen im Jahre 2002

Armutsschwelle 60%-Median	Bevölkerung in Armut					
	In Deutschland			Darunter: In den neuen Bundesländern		
	Bev.- Anteil	Armut- Quote	Armut- Lücke	Bev.- Anteil	Armut- Quote	Armut- Lücke
Bevölkerung insgesamt:		13,1	22,6		16,1	21,4
Geschlecht	100,0			100,0		
Männlich	47,6	12,5	21,9	47,4	15,5	21,7
Weiblich	52,4	13,5	23,1	52,6	16,5	21,2
Alter	100,0			100,0		
Bis 10 Jahre	10,6	17,6	23,9	6,9	25,3	22,7
11–20 Jahre	11,3	22,9	23,1	13,2	26,3	23,8
21–30 Jahre	11,1	16,1	24,8	11,3	22,5	20,0
31–40 Jahre	16,0	11,2	22,2	15,0	17,4	20,1
41–50 Jahre	14,7	11,6	22,0	15,9	15,7	24,0
51–60 Jahre	12,6	8,9	23,6	12,5	14,2	19,1
61–70 Jahre	12,7	10,1	19,2	14,3	7,5	18,6
71 Jahre und älter	10,8	7,9	18,7	10,8	3,4	14,4
Nationalität	100,0			100,0		
Deutsch	92,8	10,5	22,1	98,8	14,3	21,0
Nicht deutsch	7,2	27,4	24,2	1,2	22,9	16,9
(Befragungspersonen)		Bevölkerung ab 17 Jahre				
Insgesamt:		11,7	22,6		14,4	21,4
Familienstand	100,0			100,0		
Verh./zusammenlebend	55,1	9,6	20,4	52,4	8,7	18,2
Verh./getrennt lebend	1,8	26,0	25,4	2,1	39,2	24,8
Ledig	25,4	15,2	24,5	26,7	23,1	21,5
Geschieden	8,4	16,3	24,3	9,4	24,8	23,7
Verwitwet	9,2	7,3	20,0	9,4	5,4	18,1
Bildungsabschluss	100,0			100,0		
Hauptschule, ohne Abschluss	12,5	22,8	25,1	7,1	21,4	24,9
RS, FHS, Gymn. ohne Abschluss	3,5	12,2	19,7	2,5	25,2	20,2
Hauptschule, mit Abschluss	27,9	10,4	20,7	23,5	13,2	21,9
Realschule, mit Abschluss	23,8	8,9	21,2	36,6	16,0	19,7
FHS, Gymn., mit Abschluss	8,6	10,6	19,8	6,2	16,7	16,9
Sonstiges	4,4	21,7	25,1	1,9	18,2	31,2
FH, Uni	16,9	4,7	22,7	19,6	6,2	18,3
In Lehre, Schule, Studium	2,3	18,6	23,8	2,6	22,0	19,5
Erwerbsstatus	100,0			100,0		
Erwerbstätig, Vollzeit	38,7	4,7	19,6	37,6	5,8	18,5
Erwerbstätig, Teilzeit	15,0	14,8	22,2	11,4	17,7	21,4
Arbeitslos	6,7	37,9	26,5	13,2	41,8	23,8
In Ausbildung	4,7	26,0	20,4	5,7	32,2	18,4
Nicht erwerbstätig	34,9	10,9	21,6	32,1	8,7	18,2
Berufliche Stellung	100,0			100,0		
Un-/angelernter Arbeiter	15,2	17,3	19,4	10,9	12,8	18,2
Facharbeiter, Meister	13,6	6,1	17,4	20,7	6,0	22,0
Selbstständige	9,9	9,1	27,1	9,5	13,9	26,2
Auszubildende, Volontäre	5,4	24,5	24,6	7,0	27,8	21,7
Einfache Angestellte	11,9	8,8	23,8	11,9	11,9	18,2
Qualifizierte Angestellte	22,4	3,1	13,9	22,0	5,7	12,1
Leitende Angestellte	14,6	0,7	21,1	14,6	1,8	14,0
Einf./mittl. Beamte	2,4	3,5	16,7	1,5	4,6	43,5
Gehob./höhere Beamte	4,6	0,7	17,9	1,9	2,5	18,5

Datenbasis: SOEP 2002.

Tab. 5b: Betroffenheit von Armut in Deutschland
nach Haushaltsmerkmalen im Jahre 2002

	Bevölkerung in Armut und Niedrigeinkommen (in %)					
	In Deutschland			Darunter: in den neuen Bundesländern		
	Bev.- Anteil	Armuts- Quote	Armuts- Lücke	Bev.- Anteil	Armuts- Quote	Armuts- Lücke
Insgesamt:		13,1	22,6		16,1	21,4
Haushaltsgröße	100,0			100,0		
1-Pers.-Haushalt	18,1	11,1	22,7	18,1	18,4	19,2
2-Pers.-Haushalt	31,0	9,4	21,7	33,5	10,7	21,1
3-Pers.-Haushalt	19,5	12,1	23,4	23,2	12,8	18,2
4-Pers.-Haushalt	21,0	13,4	21,3	19,3	18,2	20,1
5-u. m. Pers.-Haushalt	10,5	28,1	23,9	6,0	44,0	29,7
Alter des HV	100,0			100,0		
Bis 45 Jahre	47,1	15,7	23,3	46,3	21,1	22,2
46–65 Jahre	35,1	11,7	22,3	35,6	15,5	21,6
66 Jahre und älter	17,8	8,7	19,4	18,1	4,6	11,1
Personengruppen	100,0			100,0		
Haushaltsvorstand	48,9	11,8	22,8	49,9	15,3	20,3
(Ehe-)Partner	24,5	9,7	20,6	25,4	10,7	20,9
Kind(er) bis 17 Jahre	18,5	19,6	23,0	16,1	26,1	23,1
Kind(er) ab 18 Jahre	7,0	14,8	23,7	7,9	17,6	23,7
Weitere HH-Mitglieder	1,1	21,1	26,0	0,7	19,8	19,1
Haushaltstypen	100,0			100,0		
Singlehaushalt	18,1	11,8	22,7	18,1	18,4	19,2
Paarhaushalt ohne Kind.	27,2	7,0	18,6	28,7	6,5	17,3
Paarhaush. mit mindj. K.	37,6	14,7	21,8	33,5	18,3	22,1
Einelternhaushalt	4,9	40,7	24,2	6,7	46,9	23,3
Elternhaushalt m. erw. K.	11,5	12,3	27,6	12,2	12,1	24,6
Sonstiger Haushalt	0,6	28,1	27,9	0,8	19,0	26,0
HH-/Lebenszyklus	100,0			100,0		
HV bis 45 Jahre						
Singlehaushalt	6,6	14,1	25,3	6,4	27,1	18,1
Paarhaushalt ohne Kind.	6,3	7,3	22,3	4,8	12,8	19,6
HV 46–65 Jahre						
Singlehaushalt	4,9	10,9	24,2	4,7	23,6	23,9
Paarhaushalt ohne Kind.	11,6	6,4	17,9	13,8	7,1	18,3
Paarhaush. mit mindj. K.						
Mit 1 Kind	15,4	10,4	21,4	18,5	13,0	21,6
Mit 2 Kindern	15,6	12,7	20,4	11,3	19,6	17,5
Mit 3 u. m. Kindern	6,5	29,3	23,5	3,6	40,3	29,4
Einelternhaushalt						
Mit 1 Kind	2,9	28,8	23,5	4,4	37,8	24,8
Mit 2 und mehr Kindern	1,9	58,5	24,8	2,3	63,9	21,5
Elternhaushalt m. erw. K.	11,5	12,3	27,6	12,2	12,1	24,6
HV 66 Jahre u. ä.						
Paarhaushalt ohne Kind.	9,4	7,5	16,9	10,1	2,6	8,2
Singlehaushalt	6,6	8,1	16,7	7,0	7,2	12,9
Gemeindegrößenklasse	100,0			100,0		
Unter 2 000 Einw.	8,7	16,5	20,3	23,2	14,4	20,4
2 000 bis 20 000 Einw.	31,4	13,2	22,8	29,1	16,7	22,5
20 000 bis 100 000 Einw.	26,5	12,5	22,3	19,0	18,7	21,0
100 000 bis 500 000 Einw.	18,2	13,4	23,1	20,0	14,9	21,4
über 500 000 Einw.	15,1	11,2	23,5	8,8	15,4	21,5
Mieter-Status	100,0			100,0		
Eigentümerhaushalt	47,3	7,2	20,2	39,0	9,3	19,1
Mieterhaushalt	52,7	18,2	23,4	61,0	20,3	22,1

Datenbasis: SOEP 2002.

gering. Arbeitslose tragen ebenfalls ein weit überproportionales Armutsrisiko. Dies gilt insbesondere auch in den neuen Ländern, in denen der Bevölkerungsanteil an Arbeitslosen noch größer ist als in den alten Ländern. Überproportional hohe Armutsquoten sind zu finden bei getrennt Lebenden, Personen ohne abgeschlossene Schulbildung – in den neuen Ländern auch Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung – sowie bei Personen, die sich in schulischer oder beruflicher Ausbildung befinden. Sieht man von den Auszubildenden und Volontären ab, so finden sich innerhalb der beruflichen Statusgruppen die höchsten Armutsquoten erwartungsgemäß unter den un- und angelernten Arbeitern. Facharbeiter und auch einfache Angestellte sind eher unterdurchschnittlich von Armut betroffen; die niedrigsten Armutsquoten finden sich bei qualifizierten und leitenden Angestellten sowie Beamten. In den neuen Ländern sind auch die Selbstständigen (und Mithelfenden) überdurchschnittlich durch Armut betroffen.

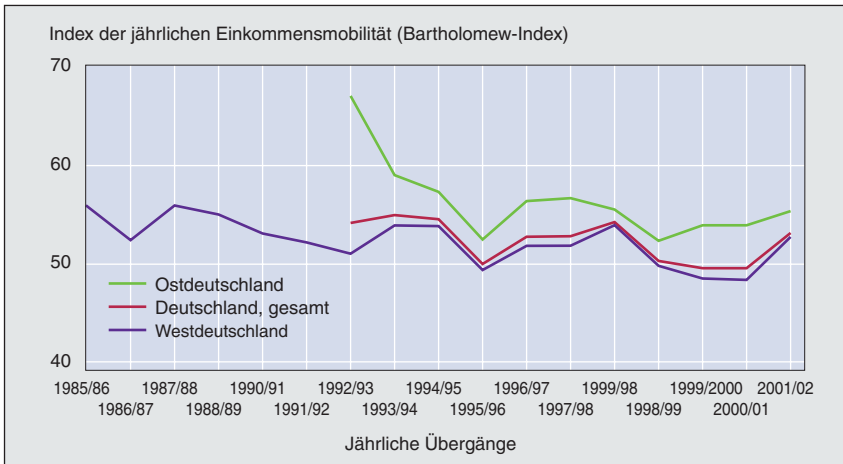
Betrachtet man einzelne Haushaltstypen, dann sind die niedrigsten Armutsquoten bei Paarhaushalten ohne Kinder, die höchsten hingegen bei Familien- sowie bei Einelternhaushalten zu finden. Ordnet man die unterschiedlichen Haushaltstypen gewissermaßen im Ablauf des Lebenszyklus, so fällt zunächst die eher überdurchschnittliche Armutsquote bei jungen Alleinlebenden ins Auge. Hohe Armutsquoten sind vor allem bei Einelternhaushalten mit einem Kind und besonders hohe Armutsquoten bei Einelternhaushalten mit zwei und mehr Kindern sowie bei Familien mit drei und mehr Kindern zu beobachten. Bei Familien mit einem Kind ist die Armutsquote dagegen eher unterdurchschnittlich. Paarhaushalte ohne Kinder und Singlehaushalte sind im hohen Alter ebenfalls unterdurchschnittlich von Armut betroffen, in den neuen Ländern liegen die entsprechenden Werte unter denen in den alten Ländern.

Hinsichtlich der Unterscheidung nach Gemeindegrößen findet sich die höchste Armutsquote bei den Landgemeinden, die höchste Armutslücke aber in den Metropolen. In den neuen Ländern sind vor allem Klein- und Mittelstädte überproportional von Armut betroffen. Schließlich sind Mieter erwartungsgemäß häufiger von Armut betroffen als Eigentümer. Dies gilt in gleicher Weise auch für die neuen Länder.

18.6 Dynamik von Einkommen und Armut

Die Stabilität bzw. die Dynamik von Einkommenspositionen im Zeitverlauf beruht auch auf dem Ausmaß an Offenheit einer Gesellschaft. Es ist somit entscheidend, ob es Personen und Haushalten gelingt, defizitäre Positionen zu überwinden und welchem Risiko Personen und Haushalte ausgesetzt sind, in unzureichende Einkommenslagen zu gelangen. Die hier angesprochene Mobilität zwischen verschiedenen Einkommenspositionen im zeitlichen Verlauf kann auf mehrere Arten berechnet und dargestellt werden. Der so genannte Bartholomew-Index bezeichnet ein Mobilitätsmaß, mit dem der Umfang der jährlichen Einkommensdynamik anhand von Einkommensklassen (hier: Quintile) abgebildet wird.

Abb. 2: Einkommensmobilität im Zeitverlauf – Index



Datenbasis: SOEP 1985–2002.

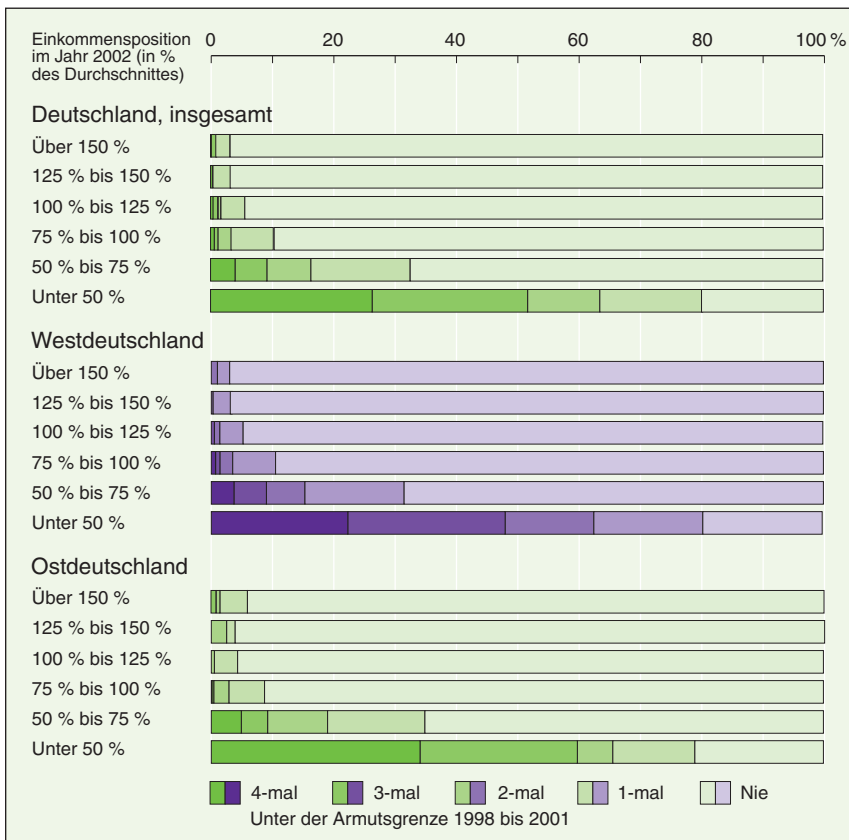
Betrachtet man den Mobilitätsverlauf anhand dieses Mobilitätsmaßes für Ein-Jahres-Übergänge (vgl. Abb. 2), so zeigen sich in Deutschland unmittelbar nach der Vereinigung zu Beginn der 90er-Jahre zunächst erhöhte Mobilitätswerte, die sich bis Mitte der 90er-Jahre jedoch verringern. In der zweiten Hälfte der 90er-Jahre steigt die Mobilität zwischen den Einkommenspositionen zunächst wieder an, geht jedoch abermals zurück und erreicht in den Jahren 2000 und 2001 einen Tiefpunkt. Beim Übergang zum Jahr 2002 nimmt die so gemessene Mobilität erneut zu.

In den alten Ländern setzt sich damit ein Mobilitätsverlauf fort, der zunächst Mitte der 80er-Jahre noch erhöhte Mobilitätswerte anzeigte, die sich bis zum Einsetzen des Vereinigungsbooms zu Beginn der 90er-Jahre verringert haben. In den neuen Ländern ist erwartungsgemäß zu Beginn des Transformationsprozesses der 90er-Jahre das Ausmaß der Dynamik besonders hoch, die Mobilitätswerte passen sich aber im weiteren Verlauf der 90er-Jahre an die gesamtdeutsche Entwicklung an. Die weiterhin höheren Mobilitätswerte in den neuen Ländern sind darauf zurückzuführen, dass die absoluten Einkommensabstände zwischen den Quintilsschwellen – infolge der geringeren Ungleichheit – kleiner als in den alten Ländern sind und deshalb auch leichter übersprungen werden können.

Neben der Betrachtung von Ein-Jahres-Übergängen lohnt sich auch ein Blick auf längere Zeiträume. Dazu werden nun Verbleib und Übergänge von unterschiedlichen Einkommenslagen in einem vierjährigen Abstand betrachtet. Die Quintile wurden wieder auf der Basis der jeweiligen regionsspezifischen Verteilungen erstellt (Tab. 6). Hierbei zeigt sich, dass sich der Verbleib im untersten Quintil über die Jahre hinweg erhöht hat. Dies gilt nicht nur für die alten, sondern insbesondere auch für die neuen Länder. Der Übergang in gehobene Einkommenslagen hat sich entsprechend ver-

ringert. Auch im mittleren Einkommensbereich ist eine leichte Tendenz zunehmenden Verbleibs im jeweiligen Einkommensbereich zu beobachten. Im oberen Einkommenssegment haben sich die längerfristigen Stabilitätswerte gegen Ende der 90er-Jahre erhöht, diese Tendenz hat sich aber für die Zeitspanne bis 2002 nicht weiter fortgesetzt. Im obersten Einkommensbereich hat sich die Stabilität am Ende der 90er-Jahre in den neuen Ländern etwas erhöht, ohne jedoch die höheren Verbleibsquoten der alten Länder zu erreichen (die Einkommen sind allerdings im obersten Quintil der neuen Länder niedriger als in dem entsprechenden Bevölkerungssegment der alten Länder). Die Ergebnisse deuten so auf eine leichte Schließungstendenz vor allem im unteren Einkommensniveau.

Abb. 3: Betroffenheit von Armut im Zeitverlauf 1998–2001 nach der Einkommensposition 2002



Datenbasis: SOEP 1998–2002.

Tab. 6: Einkommensdynamik: Quintilsmatrizen im Zeitverlauf
 Stabiler/Mobiler Bevölkerungsanteil gegenüber Ausgangszeitpunkt
 in Prozent

Von der Bevölkerung im Ausgangsquintil (z. B. 1. Quintil) im Jahr A waren drei Jahre später, im Jahr B, 28,2 % der Bevölkerung im Quintil (z. B. 2. Quintil)						
Ausgangs-quintil	Übergang in Quintil	1985–1988 A–B	1988–1991 A–B	1991–1994 A–B	1995–1998 A–B	1999–2002 A–B
Deutschland insgesamt						
1. Quintil	1. Quintil			47,3	59,6	57,5
1. Quintil	2. Quintil			28,2	22,0	22,4
1. Quintil	3.–5. Quintil			24,4	18,4	20,1
3. Quintil	1. Quintil			13,1	7,5	9,4
3. Quintil	2.–4. Quintil			77,6	83,7	83,8
3. Quintil	5. Quintil			9,3	8,8	6,8
5. Quintil	1.–3. Quintil			12,6	13,2	8,5
5. Quintil	4. Quintil			21,5	14,1	22,9
5. Quintil	5. Quintil			65,9	72,7	68,6
Alte Bundesländer						
1. Quintil	1. Quintil	53,5	51,5	53,9	59,7	57,7
1. Quintil	2. Quintil	25,5	24,9	24,3	21,2	20,5
1. Quintil	3.–5. Quintil	21,0	23,6	21,8	19,7	21,7
3. Quintil	1. Quintil	7,3	8,9	10,5	6,9	8,3
3. Quintil	2.–4. Quintil	84,2	84,9	82,3	85,1	85,7
3. Quintil	5. Quintil	8,4	6,7	7,2	8,1	5,9
5. Quintil	1.–3. Quintil	11,8	11,0	13,8	11,9	10,5
5. Quintil	4. Quintil	19,6	20,4	18,3	17,0	21,5
5. Quintil	5. Quintil	68,6	68,6	67,9	71,1	67,9
Neue Bundesländer						
1. Quintil	1. Quintil			40,9	59,4	61,6
1. Quintil	2. Quintil			24,6	21,6	21,5
1. Quintil	3.–5. Quintil			34,5	19,0	16,8
3. Quintil	1. Quintil			11,9	9,6	11,8
3. Quintil	2.–4. Quintil			74,6	84,4	75,9
3. Quintil	5. Quintil			13,5	6,0	12,4
5. Quintil	1.–3. Quintil			16,5	12,3	13,3
5. Quintil	4. Quintil			27,4	21,1	22,8
5. Quintil	5. Quintil			56,1	66,6	64,0

Quintil = 20 % der nach der Höhe des Einkommens geschichteten Bevölkerung.

1. Quintil = unterstes (ärmstes) Quintil; 5. Quintil = oberstes (reichstes) Quintil.

Datenbasis: SOEP 1985–2002.

Abschließend wird der Frage nachgegangen, in welchem Umfang die Bevölkerung in den einzelnen Einkommensschichten des Jahres 2002 in den zurückliegenden vier Jahren seit 1998 Armut persönlich erfahren hat (vgl. Abb. 3). Für jede dieser regionsspezifisch abgegrenzten Schichten (vgl. Tab. 3) wird anhand der kumulierten, jährlich ermittelten Armutsquoten (diese sind jeweils gemessen am gesamtdeutschen Median, 60 %-Schwelle) der Umfang der individuell in den zurückliegenden Jahren erfolgten Armutserfahrungen dargestellt. Dabei bleibt unbeachtet, ob diese Armutserfahrungen im selben oder einem anderen Haushalt erfolgt sind.

Die Ergebnisse zeigen, dass 80 % der Personen, die im Jahr 2002 in der untersten Einkommensschicht lebten, bereits in den Vorjahren zumindest einmal von Armut betroffen waren, über 50 % dieser Personen sind dauerhaft (3- bis 4-mal) arm. Die unterste Einkommensschicht setzt sich im Jahr 2002 demnach in folgender Weise zusammen: Gut die Hälfte der Personen sind mehr oder weniger permanent arm, knapp 30 % haben einen transitorischen Armutsverlauf in und aus der Armut und weitere 20 % sind zum ersten Mal arm. Mit zunehmender Höhe der Einkommen nimmt der Personenkreis mit Armutserfahrungen erwartungsgemäß ab. Im Bereich des prekären Wohlstands (50- bis 75 %-Schwelle) haben noch etwa ein Drittel der Personen zumindest einmal innerhalb der zurückliegenden 4 Jahre unterhalb der Armutsgrenze gelebt, darunter nahezu 10 % der Personen dauerhaft. Kurzfristige Armutserfahrungen reichen bis weit in die mittleren Einkommenslagen hinein. Selbst im Bereich höherer Einkommen finden sich noch ca. 4 % an Personen, die zumindest über kurzfristige Armutserfahrungen verfügen.

In den alten Ländern zeigt sich weitgehend dasselbe Muster. Der Anteil der dauerhaft Armen ist in der unteren Schicht nur geringfügig niedriger als bei der gesamtdeutschen Darstellung. Allerdings ist hier die Armutserfahrung in höheren Einkommenslagen deutlich geringer. In den neuen Ländern ist insbesondere im unteren Einkommensbereich der Anteil der insgesamt von Armut Betroffenen geringer, der Anteil dauerhaft Armer aber höher als in den alten Ländern.

(Jan Goebel/Roland Habich/Peter Krause)

Weitere Informationen zum Thema Einnahmen privater Haushalte siehe Teil I, Kap. 4.3.

E Gesellschaftspolitik

19 Politische Integration und politisches Engagement

Demokratie sichert den Bürgern das Recht auf politische Selbstbestimmung. Durch Wahlen bestimmen sie ihre politischen Repräsentanten, durch politische Beteiligung können sie Einfluss auf die Politik nehmen. In welchem Maße sich die Bürger engagieren und in welchem Ausmaß es einer Demokratie gelingt, Bürger in das politische Geschehen einzubeziehen, hat unmittelbare Auswirkungen auf die Funktionsweise einer Demokratie. In diesem Zusammenhang spricht man auch von politischer Integration. Unter politischer Integration versteht man den Prozess, in dessen Verlauf die Bürger durch ihre eigene politische Beteiligung in die politische Willensbildung einbezogen werden und dadurch sowohl die demokratischen »Spielregeln« anerkennen als auch Loyalitätsbeziehungen gegenüber den politischen Institutionen und Akteuren entwickeln. Die Frage, wie viel Bürgerbeteiligung eine Demokratie braucht, bleibt offen und ist letztlich nur normativ zu beantworten.

Man kann jedoch davon ausgehen, dass es ein Warnsignal für eine Demokratie ist, wenn eine Gesellschaft hinter ein bereits erreichtes Ausmaß politischer Integration der Bürger zurückfällt oder sich starke regionale oder soziale Unterschiede in der Beteiligung der Bürger an der Politik zeigen. Die Debatten über die »Mitgliederkrise« der Großorganisationen sowie über Politik- und Parteienverdrossenheit legen es nahe, danach zu fragen, ob sich die Bürger heute weniger politisch beteiligen als früher. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die jüngeren Altersgruppen von Interesse. Mehr als zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung stellt sich zudem die Frage, ob und in welchem Ausmaß die Bürger in den neuen Bundesländern in das politische System hineingewachsen sind und ob der Zugang zum politischen Willensbildungsprozess auf vergleichbarem Niveau gewährleistet ist.

19.1 Politisches Interesse und politische Partizipation

Das Ausmaß, in dem sich die Bürger für Politik interessieren, ist ein wichtiger Gradmesser dafür, inwieweit sie das politische Geschehen registrieren und an ihm teilnehmen. Das politische Interesse ist ein guter Indikator dafür, ob das politische Geschehen von den Bürgern als etwas betrachtet wird, das für sie wichtig genug ist, um sich

darüber zu informieren und sich gegebenenfalls auch dafür zu engagieren. Das politische Interesse der Bürger wird durch die einfache Frage »Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?« bereits seit 1969 in repräsentativen Bevölkerungsumfragen erfasst.

In den letzten 20 Jahren hat sich der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren, beständig und sehr dynamisch verändert. Im Zeitraum um die Vereinigung Deutschlands war er am höchsten. Zwischen 1980 und 2002 lag der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren, in Westdeutschland bei 30 %, 1969 waren es lediglich 18 %. Langfristig gesehen sind heute also mehr Bürger am politischen Geschehen interessiert als noch vor knapp drei Jahrzehnten.

Allerdings hat das Interesse an der Politik nach dem Jahr der deutschen Vereinigung deutlich nachgelassen und war Mitte der 90er-Jahre fast auf das Niveau der frühen 80er-Jahre abgesunken. Seit 1998 steigt das Interesse an der Politik wieder an. Allerdings liegt seit 1991 in den jüngeren Bevölkerungsgruppen (18–29 Jahre) der Anteil derjenigen, die sich für Politik interessieren, deutlich unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. Das Interesse der jungen Leute an der Politik hat dabei überdurchschnittlich abgenommen. In Westdeutschland öffnete sich diese Schere sehr rasch zwischen 1991 und 1992. Im Durchschnitt der Bevölkerung liegt der Anteil der stark oder sehr stark Interessierten seitdem etwa 6 Prozentpunkte höher als bei den 18- bis 29-Jährigen. Eine ähnliche Entwicklung ist in Ostdeutschland zu konstatieren. Hier ist der Unterschied mit etwa 8 Prozentpunkten sogar noch größer (vgl. Abb. 1). 2002 hat sich der Abstand zwischen dem Bevölkerungsdurchschnitt und den jüngeren Bevölkerungsgruppen wieder etwas verringert. Ob sich diese Entwicklung fortsetzt, bleibt abzuwarten.

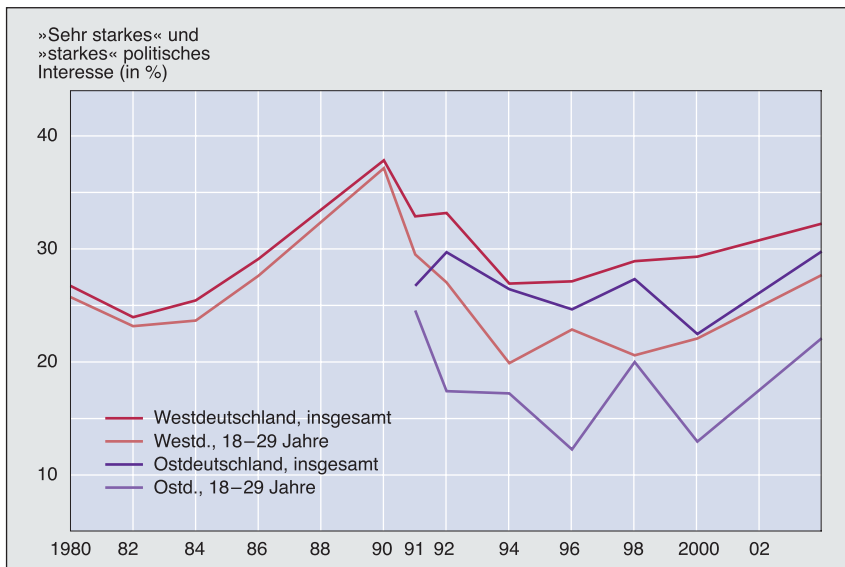
In Bezug auf die Wahlbeteiligung ist eine ähnliche Entwicklung festzustellen. Zum einen lag die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen von 1990 bis 2002 niedriger als bei allen Bundestagswahlen seit 1953. Bis 1983 betrug sie immer – zum Teil erheblich – mehr als 85 %. Bei den letzten vier Bundestagswahlen seit 1990 lag die Wahlbeteiligung dreimal unter 80 %, 1998 waren es 82,2 %. Zum anderen ist sie bei den Erst- (18–20 Jahre) und Jungwählern (21–25 Jahre) sogar stärker abgesunken als im Durchschnitt. Nur die hier als Jungwähler bezeichnete Altersgruppe lässt sich seit 1961 beobachten, da die Volljährigkeit und damit die Wahlberechtigung mit 18 Jahren erst seit 1972 gelten. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung der Jungwähler lag, mit kleineren Schwankungen zwischen 1961 und 1983 etwa 8,6 Prozentpunkte unter dem Gesamtdurchschnitt. 1987 lag sie bereits 10,0 Prozentpunkte darunter, 1990 14,5 Prozentpunkte und 2002 11,5 Prozentpunkte.

Beim politischen Interesse und noch stärker bei der Wahlbeteiligung hat sich eine Kluft zwischen den Jüngeren und Älteren aufgetan. Daneben existiert auch ein West-Ost-Gefälle in der Wahlbeteiligung, das allerdings nicht so groß ist wie das Gefälle zwischen jüngeren und älteren Bürgern. Die Wahlbeteiligung in Ostdeutschland lag 1990 etwa 4, 1994 etwa 8, 1998 etwa 3 und 2002 wieder knapp 8 Prozentpunkte unter der in Westdeutschland. Politisches Interesse und Wahlbeteiligung als zwei wichtige Grad-

messer politischer Integration sind im vergangenen Jahrzehnt also deutlich zurückgegangen.

Für die Formen der Beteiligung, die über das Wählen hinausgehen, lässt sich eine derartige Entwicklung allerdings nicht feststellen. Formen nicht institutionalisierter Beteiligung wie Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Proteste und Boykotts haben in Deutschland seit Ende der 50er-Jahre kontinuierlich zugenommen. In diesem Zusammenhang ist von einer »partizipatorischen Revolution« gesprochen worden, mit der sich nicht nur in Deutschland, sondern in allen modernen Demokratien neue Formen der Beteiligung, insbesondere politische Proteste, als Handlungsform

Abb. 1: Die Entwicklung des politischen Interesses 1980–2002

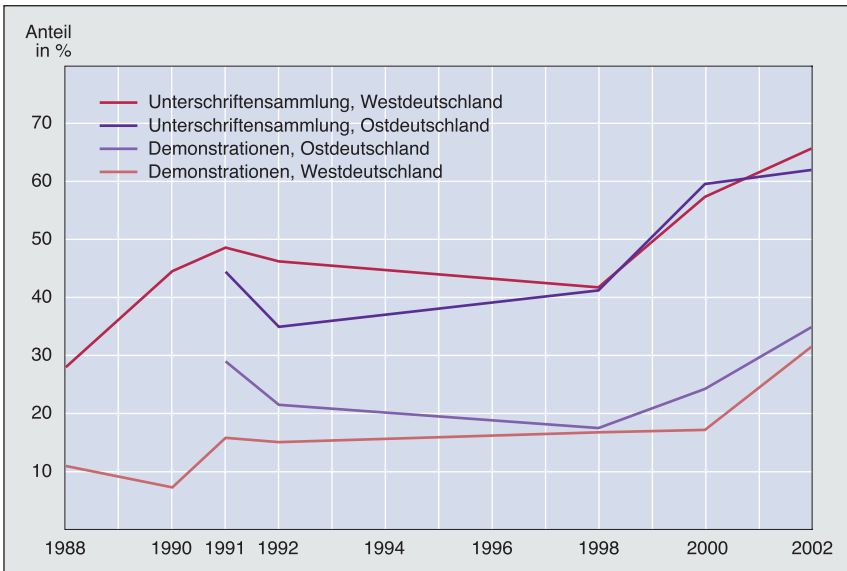


Datenbasis: ALLBUS 1980–2002.

etablierten. Die Anteile derjenigen, die angeben, an den beiden häufigsten Formen der so genannten »unkonventionellen« politischen Beteiligung, an Unterschriftensammlungen und Demonstrationen, mitgewirkt zu haben, sind in den 90er-Jahren recht stabil und steigen am Anfang des neuen Jahrtausends sogar an. Zwischen 40 und 50 % gaben in den 90er-Jahren an, sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt zu haben, 2002 waren es über 60 %. An Demonstrationen hatten in den 90er-Jahren etwa 20 % der Bevölkerung teilgenommen, 2002 waren es über 30 % (vgl. Abb. 2).

Die auf Altersgruppen bezogenen Unterschiede weisen bei den nichtinstitutionalisierten Formen der Beteiligung ein im Vergleich zum politischen Interesse oder zur

Abb. 2: Die Entwicklung nicht-institutionalisierter Formen politischer Beteiligung 1988–2002



Datenbasis: ALLBUS 1988, 1990, 1991, 1992, 1998, 2000, 2002.

Wahlbeteiligung umgekehrtes Gefälle auf: Es sind vor allem die Jüngeren, die sich dieser Formen der Partizipation bedienen. Die Altersgruppenunterschiede sind jedoch in den vergangenen Jahrzehnten immer geringer geworden. Das liegt nicht an einem generellen Rückgang, sondern daran, dass auch Bürger älterer Altersgruppen diese Mittel für sich entdeckt haben. Die nicht institutionalisierten Formen politischer Aktivität haben inzwischen ihren Ruf, unkonventionell zu sein, verloren und sind für alle zu einem normalen Mittel der Artikulation geworden.

19.2 Bindung an Interessengruppen und politische Parteien

Die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien ist ein weiterer Indikator für die Integration der Bürger in den politischen Prozess. Diese Organisationen sind meist durch gesellschaftliche Selbstorganisation entstanden und dienen dem Zweck der Vertretung gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Interessen. Interessengruppen setzen sich auf verschiedenem Wege für die Anliegen ihrer Mitglieder ein, z. B. durch das Einwirken auf Parteien, Parlamente, Regierungen und Behörden oder die Öffentlichkeit im Allgemeinen. Politische Parteien

Tab. 1: Mitgliedschaft in Organisationen 1976–1998

	Westdeutschland					Ostdeutschland	
	1976	1980	1986	1992	1998	1992	1998
	in %						
<i>Arbeit und Wirtschaft:</i>							
Gewerkschaften (total)	16,7	16,1	15,2	15,8	13,1	27,4	15,3
– DGB	12,8	13,3	13,6	14,0	8,9	24,6	13,7
– DAG	3,7	2,8	1,5	1,8	4,1	2,7	1,4
– CGB	0,2	–	0,1	0,0	0,1	0,1	0,2
Beamtenbund	2,7	1,8	2,2	1,6	1,6	0,5	0,2
<i>Berufsverbände:</i>							
– Selbstständige, freiberuflich	–	–	1,2	0,8	1,4	0,9	1,5
– Andere	3,6	2,8	4,5	4,5	4,6	5,0	3,0
ULA, leitende Angestellte	–	–	0,1	0,3	0,5	0,0	0,0
Bauernverband	1,6	1,2	1,4	0,6	1,4	0,1	0,4
Gewerbeverband	1,8	1,3	1,5	1,3	2,0	2,4	2,2
Wirtschafts- und Arbeitg.-Verb.	1,0	0,8	0,2	0,4	0,6	0,2	0,4
<i>Politisch oder wertgebunden:</i>							
Bürgerinitiativen	1,3	1,0	0,7	1,0	1,6	0,4	0,9
Politische Parteien	6,1	4,5	3,6	4,1	2,7	3,2	1,8
Andere politische Vereinigung	–	0,2	0,2	0,5	1,8	0,1	0,9
Religiöse Organisationen	5,4	5,7	6,4	6,3	3,3	1,5	0,6
<i>Soziales:</i>							
Vertriebenenverband	1,8	1,0	1,0	0,7	1,2	0,3	0,6
Sozial- oder Wohlfahrts-Verb.	2,3	3,4	3,6	3,4	3,6	1,2	0,9
Jugendorganisation	1,8	1,0	0,6	0,9	1,1	0,6	0,2
<i>Freizeit:</i>							
Gesangverein	6,1	6,6	6,0	6,4	6,2	1,9	1,6
Sportverein	22,1	22,8	29,4	30,2	28,2	10,3	11,7
Heimatverein	6,8	6,1	6,4	5,0	5,8	0,7	1,3
Sonst. gesellige Vereine (Kegelclub usw.)	–	11,0	7,7	5,1	6,9	0,9	2,8
Andere Freizeitvereine	–	5,4	5,4	7,8	10,7	3,0	3,9
Andere Organisationen	10,6	10,3	12,8	10,8	6,4	8,1	6,1
Mitglieder insgesamt	54,3	59,4	63,0	63,0	59,0	52,8	40,8
Mitglieder in Interessengruppen	32,1	29,2	30,8	30,8	30,5	39,8	25,1
Mitglieder in Freizeitvereinen	29,2	38,7	42,1	42,7	43,2	16,0	19,7
Mitglieder <i>nur</i> in Freizeitvereinen	15,5	23,8	25,7	26,5	25,8	8,9	11,7
n = 100 Prozent	2 036	2 955	3 070	2 308	2 070	1 141	1 012

– Nicht gefragt.

»Andere politische Vereinigung«: ALLBUS 1980–1992 Nennungen »Menschenrechtsverein«, »Politischer Verein«, »Minderheitengruppe«, »Internationale Beziehungen« auf Nachfrage zu »Anderen Organisationen«, entsprechend bei »Andere Organisationen« abgezogen, ALLBUS 1998 Kategorie »Alternative politische Gruppe«. 1980–1992 Nennungen »Berufsverbände«, »Berufsvereine« auf Nachfrage zu »Anderen Organisationen« wurden der Kategorie »Berufsverbände, – andere« zugeordnet und entsprechend bei »Andere Organisationen« abgezogen.

Datenbasis: ZUMA-Bus 1 1976 (ungewichtet); 1980, 1986 und 1992 aus kumuliertem Allbus (bei Haushaltstichproben transformationsgewichtet); jeweils erwachsene deutsche Wohnbevölkerung in Privathaushalten.

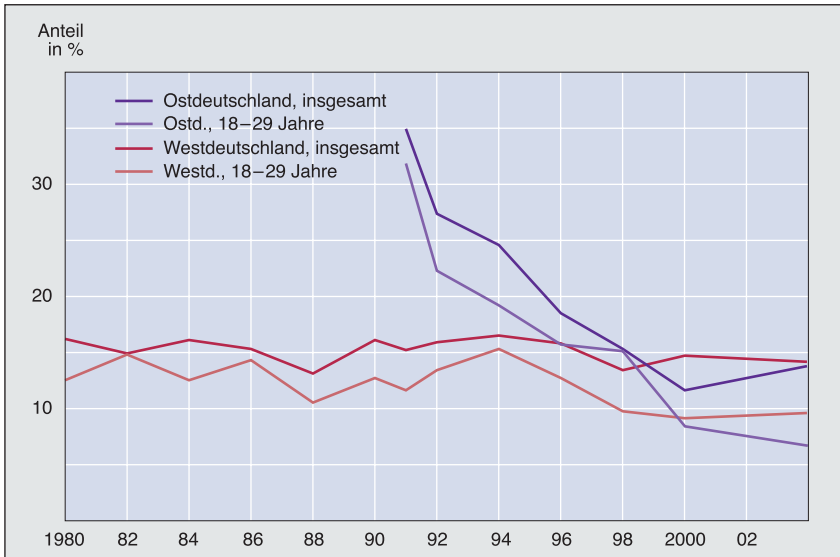
sind unmittelbare Akteure des Regierungssystems. Da die Mitgliedschaft freiwillig ist, ist der Grad, in dem Bürger sich in Interessengruppen und politischen Parteien organisieren, ein zentrales Merkmal der politischen Integration. Anders als die Wahlbeteiligung oder Formen nicht institutionalisierter Beteiligung, die für den Einzelnen singuläre Ereignisse bleiben können, zeichnen sich Mitgliedschaften in Interessengruppen und politischen Parteien dadurch aus, dass sie in der Regel langfristig sind. Verliert die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien für den Einzelnen an Attraktivität, so ist dies zunächst ein Warnsignal für die jeweilige Organisation. Geschieht dies jedoch in großem Umfang, weist es darüber hinaus auch auf generelle Probleme der Interessenvermittlung in einem politischen Gemeinwesen hin.

Im internationalen Vergleich zeichnet sich die alte Bundesrepublik durch einen mittleren Organisationsgrad von etwa 60 % aus, wenn alle Organisationen, sowohl Interessengruppen als auch Freizeitvereinigungen, betrachtet werden. In Westeuropa sind nur die Bürger der Niederlande und der skandinavischen Länder stärker organisiert. Der Anteil der Bürger, die Mitglieder in Interessengruppen im engeren Sinne waren, lag zwischen 1986 und 1998 in den alten Bundesländern relativ konstant bei etwa 30 %. Demgegenüber ist im selben Zeitraum der Anteil der Bevölkerung, der in Freizeitorganisationen, allen voran den Sportvereinen organisiert ist, von 29 % auf 43 % gestiegen. Der Anteil derjenigen, die nur in Freizeitvereinigungen Mitglied sind, hat sich von knapp 16 auf 26 % erhöht (vgl. Tab. 1). Relativ gesehen haben sich also politikbezogene und freizeitbezogene Mitgliedschaften auseinander entwickelt. Interessengruppen konnten an dem Aufwärtstrend der Mitgliedschaften generell nicht teilhaben.

1992 lag in den neuen Bundesländern der Anteil derjenigen, die in Interessengruppen organisiert waren, noch 9 Prozentpunkte über dem Anteil in Westdeutschland, der Anteil der Mitglieder in Freizeitvereinigungen dagegen 26 Prozentpunkte unter dem westdeutschen Durchschnitt. Bezogen auf die Mitgliedschaft in Interessengruppen hat es in Ostdeutschland eine dramatische Entwicklung gegeben, die vor allem zu Lasten der Gewerkschaften gegangen ist. Zwischen 1992 und 1998 ist der Prozentsatz derjenigen, die in Interessengruppen organisiert waren, von knapp 40 auf 25 % zurückgegangen. Im Freizeitbereich lässt sich in Ostdeutschland eine kleine Steigerung der Mitgliederanteile um drei Prozentpunkte feststellen.

Nur für Gewerkschafts- und Parteimitgliedschaften kann die Entwicklung bis ins Jahr 2002 beobachtet werden, da für andere Mitgliederorganisationen kein über 1998 hinausreichendes Umfragematerial zur Verfügung steht. Für die Gewerkschaften zeigt sich, dass sich der Rückgang des Organisationsgrades in Ostdeutschland weiter fortgesetzt, möglicherweise aber die Talsohle erreicht hat. Er liegt nach einem massiven Rückgang in den Jahren 1992–1998 im Jahre 2002 nur einen Prozentpunkt unter dem Anteil von 1998. Bezogen auf die Entwicklung der Mitglieder in den politischen Parteien lässt sich aus dem Umfragematerial kein eindeutiger Trend ableiten. Das hat auch damit zu tun, dass bei repräsentativen Umfragen die Zahl der befragten Parteimitglieder naturgemäß sehr klein und damit die Messfehler recht groß sind. Es lässt

Abb. 3: Die Entwicklung der Gewerkschaftsmitgliedschaften 1980–2002



Datenbasis: ALLBUS 1980–2002.

sich jedoch für Gewerkschafts- wie für Parteimitgliedschaften in Ost- und Westdeutschland eine Kluft zwischen der jüngeren (18–29 Jahre) und der älteren Bevölkerung konstatieren, die bezogen auf die Gewerkschaften in den letzten Jahren größer geworden ist. In der jüngeren Bevölkerung liegt der Anteil derjenigen, die Gewerkschaftsmitglieder sind, im Jahre 2002 im Westen knapp 5 Prozentpunkte, im Osten etwa 7 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt (vgl. Abb. 3).

19.3 Interessenvertretung durch wichtige Mitgliederorganisationen

Interessengruppen und politische Parteien sind als Mitgliederorganisationen vor allem Vertretungen ihrer Mitglieder. Aber von einer politischen Partei sollten sich selbstverständlich auch Bürger vertreten fühlen können, die nicht dort Mitglied sind, und sogar diejenigen, die die Partei nicht einmal gewählt haben. Anders würde eine repräsentative Demokratie mit Mehrheitsprinzip und damit mit Regierungsparteien, die nie von allen gewählt worden sind, wohl sehr schnell die Grenzen der Akzeptanz überschreiten. Auch für die großen Mitgliederorganisationen gilt, dass sie nicht nur die Interessen ihrer Mitglieder vertreten, sondern häufig für so genannte öffent-

liche Güter eintreten, Güter also, die nicht nur ihren Mitgliedern, sondern einem Kreis von Bürgern weit darüber hinaus zugute kommen. Die Tarifabschlüsse der Gewerkschaften sind ein Beispiel dafür wie auch die durch Umweltgruppen durchgesetzten Ziele.

Die Frage, wie gut wichtige Mitgliederorganisationen für die Interessen ihrer Mitglieder eintreten, ist ein Gradmesser dafür, wie gut es ihnen gelingt, vielfältige Interessen aufzugreifen, sie zu artikulieren und damit für die Mitglieder attraktiv zu bleiben und sie politisch zu integrieren. Ebenso wichtig für die Anerkennung und Legitimität ihres Handelns ist jedoch, dass ihre Anliegen auch über die begrenzte eigene Mitgliedschaft hinaus von Interesse sind und nicht der Eindruck entsteht, dass sie nur ihre Partikularinteressen verfolgen würden. Je mehr das den Interessengruppen gelingt, desto mehr tragen sie zur politischen Integration bei.

Die These von der Mitgliederkrise legt nahe, dass es den großen Organisationen kaum noch gelingt, den Interessen ihrer Mitglieder gerecht zu werden, geschweige denn für einen größeren Kreis von Bürgern wichtig zu sein. Werden die Mitglieder danach betrachtet, ob sie sich von ihren Organisationen auch vertreten fühlen, bestätigt sich diese Vermutung für die Gewerkschaften, politischen Parteien und Umweltgruppen jedoch nicht. Seit 1990 hat sich wenig an dem Bild geändert, dass sich etwa neun Zehntel der Mitglieder auch von ihren Organisationen vertreten fühlen. Die Kirchen nehmen eine andere Entwicklung. Sie stellen Interessenorganisationen eigener Art dar, da sie verfassungsrechtlich privilegiert religiöse Zielsetzungen verfolgen und das Mitgliedschaftskriterium der Freiwilligkeit im Sinne einer freien und bewussten Entscheidung zumeist nicht greift. Bei den Konfessionszugehörigen der katholischen und evangelischen Kirche ist der Anteil derjenigen, die durch ihre Kirche auch ihre Interessen vertreten sehen, zwischen 1990 und 1998 mit Ausnahme der Katholiken in Ostdeutschland beträchtlich gesunken. Das trifft allerdings nicht für diejenigen zu, die ihre Mitgliedschaft durch Kirchengang aktiv ausüben. Wird der Kirchengang im Gegensatz zur zumeist im Kindesalter durch die Taufe festgelegten Konfessionszugehörigkeit als Kriterium für eine freiwillige Mitgliedschaft herangezogen, ergeben sich auch bei den Kirchen kaum negative Entwicklungen. Unter freiwilligen Mitgliedern ist das Gefühl, durch die entsprechende Organisation auch mit den eigenen Interessen vertreten zu werden, also in einem hohen Ausmaß vorhanden.

Unter Nicht-Mitgliedern ergibt sich durchgängig ein anderes Bild. Seit 1990 hat der Anteil derjenigen, die sich durch die Gewerkschaften, politischen Parteien, Kirchen und Umweltgruppen vertreten sehen, ohne Mitglied zu sein, deutlich abgenommen. Lediglich hervorzuheben ist, dass sich diese Entwicklung gleichermaßen in Ost- und Westdeutschland vollzieht und sich in diesem Aspekt daher keine spezifische ostdeutsche Vertretungslücke andeutet. Der so genannte intermediäre Bereich der Politik, der Bereich, der zwischen dem einzelnen Bürger und dem Entscheidungssystem der Politik vermittelt, hat demnach in der Bevölkerung Deutschlands insgesamt stark an Bedeutung verloren. Ob das darauf verweist, dass die Bürger nicht mehr im selben Ausmaß wie früher wahrnehmen, dass die großen Mitgliederorganisationen auch für sie relevante politische Güter produzieren, dass den Interessenorganisationen und

politischen Parteien mithin die Verfolgung eigener begrenzter Partikularinteressen unterstellt wird und sie damit in den Augen der Bürger ihren bisher mehr oder minder universellen Vertretungsanspruch verlieren, lässt sich nicht abschließend beurteilen. Aber die Entwicklung bedeutet mit einiger Sicherheit ein Schrumpfen des Reservoirs potenzieller Mitglieder. Dadurch könnte sich auch ein weiterer Rückgang in den Mitgliedschaften anbahnen (vgl. Tab. 2).

Zusammengefasst verweisen die Ergebnisse einerseits darauf, dass der Grad politischer Integration bezogen auf die traditionellen, institutionalisierten Formen der Be-

Tab. 2: Vertretungsgefühl von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern

Es fühlen sich vertreten durch:	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1990	1994	1998	1990	1994	1998
	in %					
Gewerkschaften						
Gewerkschaftsmitglieder	88,3	82,0	82,3	80,6	79,9	89,1
Nicht-Mitglieder	37,7	40,2	26,8	51,0	34,3	25,8
Kirchen						
Mitgl. religiöser Gruppen	–	–	59,4	–	–	83,3
Nicht-Mitglieder	–	–	25,4	–	–	11,1
Katholische Kirche						
Katholik/in, häufiger Kirchgang ¹	86,0	–	66,5	81,1	–	94,7
Katholik/in, alle	54,0	47,2	34,4	62,0	72,2	61,4
Nicht-Katholik/in	11,9	6,5	1,5	5,1	2,3	1,2
Evangelische Kirche						
Protestant/in, häufiger Kirchgang ¹	53,8	–	75,0	80,2	–	100,0
Protestant/in, alle	38,2	46,1	26,2	52,0	54,2	29,0
Nicht-Protestant/in	15,0	17,3	5,7	10,8	9,7	3,4
Umweltgruppen						
Mitgl. in Bürgerinitiativen	–	–	52,9	–	–	50,0
Nicht-Mitglieder	–	–	44,4	–	–	26,9
Politische Parteien						
Parteimitglieder	95,8	96,7	89,5	90,3	96,0	100,0
Nicht-Mitglieder	66,4	73,7	55,8	73,9	74,7	51,7

1 Häufiger Kirchgang: mindestens 1 × pro Woche.

– Nicht gefragt.

Datenbasis: 1990: WZB, Abteilung »Institutionen und sozialer Wandel«; 1994: WZB, Projekt »Interessenvermittlung in Westeuropa«; 1998: ALLBUS 1998.

teilung in den vergangenen zehn Jahren deutlich zurückgegangen ist. Die Politik findet nicht mehr so viel Interesse bei den Bürgern wie noch vor einem Jahrzehnt und Interessengruppen verlieren zumindest im Vergleich zu Freizeitorganisationen an Mitgliederattraktivität. Zudem glauben heute weniger Bürger als noch Anfang der 90er-Jahre, dass große Mitgliederorganisationen nicht nur die Partikularinteressen ihrer Mitglieder verfolgen. Andererseits haben nichtinstitutionalisierte Formen politischer Beteiligung nicht an Bedeutung verloren, in den letzten Jahren sogar ein wenig dazugewonnen. Die Entwicklung ist also durchaus widersprüchlich, und institutio-

nalisierte sowie nichtinstitutionalisierte Formen der Beteiligung stehen sich kontrastierend gegenüber. Aus dieser Entwicklung kann zwar nicht der Schluss einer drohenden politischen Desintegration gezogen werden. Dass die traditionellen Formen der Politik und politischen Beteiligung an Attraktivität für die Bürger verlieren und sich das Ausmaß politischer Integration in die institutionalisierte Politik gerade bei den Jüngeren und den Bürgern Ostdeutschlands abschwächt, sollte jedoch als Warnsignal beachtet werden.

(Bernhard Weßels)

Weitere Informationen zum Thema Politische Beteiligung siehe Teil I, Kap. 7.

20 Demokratie und Sozialstaat

»Vereint und doch getrennt?« – diese Frage bewegt die Wissenschaft und die Öffentlichkeit seit der Verwirklichung der deutschen Einheit im Jahre 1990. Die beiden Teile Deutschlands sind seitdem zwar in einer gemeinsamen Gesellschaftsordnung integriert, aber es gibt eine Vielzahl von Hinweisen, dass die Bürger der alten und der neuen Bundesländer von Anfang an und immer noch getrennte politische Gemeinschaften mit unterschiedlichen Wertepreferenzen bilden.

20.1 Akzeptanz der Staatsform der Bundesrepublik Deutschland

Das wichtigste Merkmal jeder politischen Gemeinschaft bezieht sich auf die Frage nach der Akzeptanz der Staatsform, die im eigenen Land existiert. Je größer diese Akzeptanz und je geringer die Differenzen zwischen Bevölkerungsgruppen, desto integrierter ist eine politische Gemeinschaft.

Tab. 1: Demokratie als Staatsform, 2000

	West	Ost
	in %	
»Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform.«	80	49
»Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.«	9	27
»Die Demokratie ist die beste Staatsform.«	92	78
»Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.«	3	8

Datenbasis: Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa 2000.

Im Westen betrachtet die ganz überwiegende Mehrheit der Bürger die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland als die beste Staatsform (vgl. Tab. 1). Die Akzeptanz liegt bei 80 %. Demgegenüber sieht im Osten nur knapp die Hälfte der Bürger die Demokratie der Bundesrepublik als die beste Staatsform an. Mehr als ein Viertel der ost-deutschen Bürger behaupten sogar, dass es eine andere Staatsform gibt, die besser ist. Bei den Bürgern der neuen Bundesländer lässt sich also im Unterschied zu denen der alten Bundesländer eine gewisse Skepsis gegenüber der in Deutschland existierenden Demokratie feststellen.

Diese Skepsis bezieht sich aber nicht auf die demokratische Herrschaftsordnung als solche. Die in Tabelle 1 dargestellten Ergebnisse zeigen, dass die große Mehrheit der Bürger in beiden Teilen Deutschlands die Demokratie grundsätzlich als die beste Staatsform ansieht. Im Westen sehen 92 % der Bürger die Demokratie als die beste

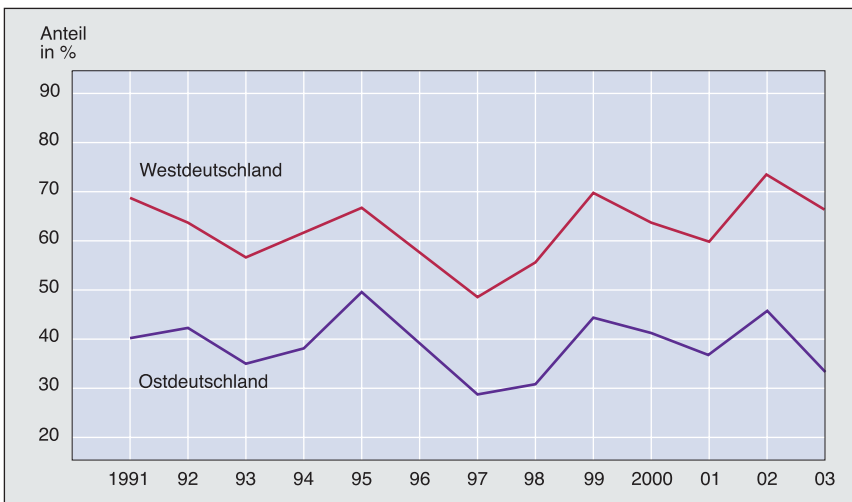
Staatsform an. Im Osten ist das Ausmaß der Zustimmung zwar geringer, aber auch dort betrachten mehr als drei Viertel der Bürger (78 %) die Demokratie als die beste Staatsform.

20.2 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland

Die Frage nach der Akzeptanz der Staatsform bezieht sich vor allem auf das demokratische Regime, so wie es durch die Verfassung implementiert ist. Im Unterschied dazu richtet sich die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland auf die Wirklichkeit dieser Demokratie, so wie sie sich den Bürgern in der Wirkungsweise der demokratischen Institutionen und Verfahren einerseits und den Handlungen der politischen Akteure andererseits darstellt.

Auch bei der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland wird eine deutliche und in der Zeit stabile Differenz zwischen West und Ost ermittelt (vgl. Abb. 1). Die durchschnittliche Zufriedenheit beträgt im Westen 63 % und im Osten 39 %. Die Fluktuationen sind im Zeitverlauf nahezu identisch. Das heißt, dass die Bürger in beiden Teilen Deutschlands ganz ähnlich auf bestimmte Ereignisse reagierten – das aber auf unterschiedlichem Niveau. Hinsichtlich der Struktur der Fluktua-

Abb. 1: Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie 1991–2003



Datenbasis: Eurobarometer 1991–2003.

tionen ist bemerkenswert, dass zu den Bundestagswahlen in der Regel ein Anstieg der Demokratiezufriedenheit erfolgt, dass diese aber danach wieder abfällt. Auch das gilt für beide Teile Deutschlands.

20.3 Einstellung zum Sozialismus

Einer der Gründe für die kritische Haltung der Bürger der neuen Bundesländer gegenüber der Demokratie des vereinigten Deutschland ist, dass viele ein anderes Demokratiemodell befürworten als dasjenige, das in Deutschland realisiert ist. Das von ihnen präferierte Modell kann als eine sozialistische Demokratie bezeichnet werden. Es verbindet zentrale Vorstellungen einer liberalen Demokratie wie die Gewährleistung von Freiheitsrechten und kompetitive Wahlen mit Vorstellungen einer ausgeprägten sozialen Gleichheit und Sicherheit sowie direkter Bürgerbeteiligung

Tab. 2: Sozialismus, 1991–2000

	»Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.«				
	1991	1992	1994	1998	2000
	in %				
West	40	43	44	43	51
Ost	76	73	81	76	76

Datenbasis: ALLBUS 1991, 1992, 1994, 1998, 2000.

Um die Einstellung zu diesem Modell zu erfassen und um Assoziationen mit dem realsozialistischen System der früheren DDR zu vermeiden, wird gefragt, ob der Sozialismus eine gute Idee sei, die nur schlecht ausgeführt worden ist (vgl. Tab. 2). Auch in diesem Falle zeigt sich eine Differenz zwischen West und Ost. Über das gesamte Jahrzehnt hinweg stimmen durchschnittlich 76 % der Bürger der neuen Bundesländer der Aussage zu, dass der Sozialismus eine gute Idee sei. In den alten Bundesländern sind es im Durchschnitt 44 %. Allerdings ist im Westen im Jahr 2000 ein Anstieg der Zustimmung zu verzeichnen, sodass die Differenz zwischen beiden Teilen Deutschlands etwas geringer geworden ist.

20.4 Einstellungen zur Demokratie in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

In Tabelle 3 sind die bislang dargestellten Einstellungen zur Demokratie für verschiedene Bevölkerungsgruppen getrennt aufgeführt. Berücksichtigt werden Geschlecht, Alter, berufliche Stellung, ideologische Orientierung und Parteipräferenz. Bis

auf wenige Ausnahmen sind sich die Einstellungen der unterschiedenen Bevölkerungsgruppen relativ ähnlich. Bemerkenswert ist dabei vor allem die Ähnlichkeit in den verschiedenen Altersgruppen in den neuen Bundesländern. Viele hatten erwartet, dass die Jüngeren von dem neuen demokratischen System geprägt werden und eine positive Haltung zu diesem System herausbilden. Diese positiven Sozialisations-

Tab. 3: Einstellungen zur Demokratie verschiedener Bevölkerungsgruppen

	»Die Demokratie ist die beste Staatsform.«		»Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform.«		»Sozialismus ist eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde.«		»Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland.«			
	2000		2000		2000		2000		2003	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %									
Insgesamt	92	78	80	49	52	76	60	38	66	32
Geschlecht										
Männer	91	77	78	51	48	74	60	38	67	35
Frauen	93	78	83	48	55	79	61	39	65	30
Altersgruppen										
18–34 Jahre	90	76	77	45	46	74	62	43	67	31
35–59 Jahre	92	76	81	49	55	72	58	35	65	29
über 60 Jahre	95	81	85	54	50	84	64	38	66	39
Berufliche Stellung										
Selbstständige	95	72	84	41	56	70	–	–	–	–
Beamte	95	86	82	65	40	50	–	–	–	–
Angestellte	91	80	74	49	44	69	–	–	–	–
Arbeiter	91	71	83	46	50	86	–	–	–	–
Arbeitslose	81	76	69	40	56	74	–	–	–	–
Rentner/Pensionäre	95	80	86	56	51	85	–	–	–	–
Ideologische Orientierung										
Links	94	80	81	45	59	82	63	40	67	34
Mitte	94	80	83	55	47	74	64	37	68	34
Rechts	92	83	81	65	47	59	64	49	64	37
Parteipräferenz										
PDS	–	75	–	37	–	96	–	–	–	–
Bündnis 90/Die Grünen	91	88	79	67	63	73	–	–	–	–
SPD	95	84	90	58	55	72	–	–	–	–
FDP	94	78	84	41	41	40	–	–	–	–
CDU/CSU	96	86	86	63	41	68	–	–	–	–

Datenbasis: Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa, ALLBUS 2000, Eurobarometer 2000 und 2003.

effekte haben sich bislang noch nicht eingestellt. Im Gegenteil, unter den drei Altersgruppen weisen die 18- bis 34-Jährigen die vergleichsweise geringste Akzeptanz der Staatsform der Bundesrepublik Deutschland auf. Bedenklich ist, dass die Jüngeren im Osten im Jahr 2003 – im Unterschied zu 2000 – auch die relativ geringste Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland aufweisen. Der erhoffte Trans-

ferreffekt von der Bewertung der Realität der Demokratie auf die Staatsform scheint demgemäß weniger wahrscheinlich zu werden.

Die deutlichsten Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen existieren im Osten, und zwar bei der beruflichen Stellung, der ideologischen Orientierung und der Parteipräferenz. Die relativ größte Akzeptanz der Staatsform der Bundesrepublik Deutschland findet sich dort in erster Linie bei den Beamten und in zweiter Linie bei den Rentnern und Pensionären. Beide Bevölkerungsgruppen haben von der Vereinigung eindeutig profitiert. Die Beamten zeigen gleichzeitig die geringste Zustimmung zum Sozialismus als Idee, während Rentner und Pensionäre den Sozialismus ausgesprochen stark befürworten.

Erwartungsgemäß ist das Ausmaß der Befürwortung der Idee des Sozialismus unter den ideologisch links orientierten Personen im Osten am höchsten und den rechts orientierten am niedrigsten. Eine überdurchschnittlich kritische Haltung zur Staatsform der Bundesrepublik zeigen die Anhänger der PDS, die gleichzeitig die Idee des Sozialismus nahezu ausnahmslos (96 %) befürworten. Nach diesen Befunden greift die PDS diese systemkritische Haltung vieler Bürger im Osten auf und stabilisiert sie.

20.5 Rolle des Staates in der Sozialpolitik

Einige der positiven Aspekte, die viele Ostdeutsche mit der früheren DDR verbinden, sind die sozialpolitischen Leistungen des staatssozialistischen Regimes. Der Staat hatte eine umfassende Zuständigkeit für die soziale Absicherung der Bürger übernommen und hat diese – wenn man von der Frage des Leistungsniveaus einmal abieht – auch eingelöst. Die Frage ist demzufolge, inwieweit diese positive Einschätzung der Sozialpolitik der früheren DDR sich auch auf die Einstellung und Bewertung des Sozialstaats der Bundesrepublik Deutschland auswirkt und darüber vermittelt eine der Quellen der Skepsis gegenüber der Demokratie Deutschlands darstellt. Angesichts der seit den 90er-Jahren verstärkten Diskussion um die Finanzierungsprobleme des Sozialstaats sowie die verabschiedeten Kürzungen von Sozialleistungen stellt sich außerdem die Frage, wie die Bürger auf diese Entwicklungen reagieren: Reduzieren sie ihre Ansprüche an den Sozialstaat oder halten sie weiterhin daran fest?

Als Kern des bundesrepublikanischen Sozialstaats wird die Absicherung der Bürger bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, im Alter und in Notsituationen bezeichnet. Die Frage, ob die Bürger eine staatliche Zuständigkeit in diesen Bereichen befürworten, kann deshalb als grundsätzliche Zustimmung zu diesem Sozialstaat gewertet werden (vgl. Tab. 4). In beiden Teilen Deutschlands ist diese Zustimmung sehr stark ausgeprägt; sie liegt im Westen bei durchschnittlich 87 % und wird vom Osten mit durchschnittlich 96 % sogar noch übertroffen. Es gibt danach zwar die erwarteten Unterschiede zwischen Ost und West, diese sind aber relativ gering. Das mag vor allem daran liegen, dass sich der Sozialstaat der Bundesrepublik und das sozialis-

tische System der Sozialpolitik hinsichtlich der Rolle des Staates in diesen Kernbereichen nur unwesentlich unterscheiden. Zwischen 1991 und 2000 nimmt im Westen die Zustimmung zur staatlichen Zuständigkeit kontinuierlich von 90 % auf 85 % und im Osten von 99 % auf 93 % ab. Auf der Ebene der grundsätzlichen Zustimmung zum Sozialstaat gibt es danach zwar erste, aber nur sehr schwache Anzeichen für eine Anspruchsreduktion.

Tab. 4: Zuständigkeit des Staates für soziale Absicherung

	»Der Staat muss dafür sorgen, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat.«					
	West			Ost		
	1991	1994	2000	1991	1994	2000
	in %					
Insgesamt	90	87	85	99	97	93
Geschlecht						
Männer	91	85	83	99	96	90
Frauen	90	89	86	99	97	95
Altersgruppen						
18–34 Jahre	94	92	91	100	97	93
35–59 Jahre	89	84	82	98	96	90
über 60 Jahre	88	87	85	98	99	96
Berufliche Stellung						
Selbstständige	83	74	75	98	83	83
Beamte	90	84	77	100	94	82
Angestellte	88	83	81	99	96	91
Arbeiter	96	92	89	98	100	90
Arbeitslose	96	93	91	99	99	96
Rentner/Pensionäre	87	89	86	98	98	96
Ideologische Orientierung						
Links	92	89	89	99	98	93
Mitte	90	88	84	99	96	92
Rechts	88	82	79	99	93	91
Parteipräferenz						
PDS	–	–	–	100	99	92
Bündnis 90/Die Grünen	90	89	86	99	98	91
SPD	93	91	87	98	96	94
FDP	85	80	77	98	92	86
CDU/CSU	87	83	80	100	97	89

Datenbasis: ALLBUS 1991, 1994, 2000.

Auf dieser grundlegenden Ebene weisen die Selbstständigen, die Beamten und die FDP-Anhänger die skeptischste Haltung zum Sozialstaat auf. Im Osten verzeichnen alle drei Gruppen und im Westen die Beamten eine überdurchschnittliche Abkehr vom Staat. Trotz der relativ distanzierten Haltung dieser Gruppen überwiegt nach wie vor der sozialstaatliche Konsens. Auch im Jahr 2000 spricht sich die überwiegende Mehrheit der Selbstständigen, Beamten und FDP-Anhänger für eine staatliche Zuständigkeit bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter aus.

20.6 Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen

Bei der Frage nach der Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen geht es nicht um eine grundsätzliche Zustimmung zum Sozialstaat, sondern in erster Linie um die Höhe der Sozialleistungen. Vor allem dieser Aspekt steht im Mittelpunkt der gegenwärtigen Diskussion zur Krise und Reform des Sozialstaats.

Fragt man danach, ob die Sozialleistungen in Zukunft gekürzt werden müssen, ob sie so bleiben sollen wie bisher oder ob sie besser ausgeweitet würden, dann unterscheiden sich die Bürger der alten und der neuen Länder deutlich voneinander (vgl. Tab. 5). Im Jahr 2000 spricht sich in Ostdeutschland eine relative Mehrheit von 46 % für eine Ausweitung der Sozialleistungen aus, während sich in Westdeutschland eine relative Mehrheit von 48 % für die Beibehaltung des Status quo ausspricht. In beiden Teilen ist nur eine Minderheit für Kürzungen von Sozialleistungen. Im Westen sind es immerhin 24 % und im Osten lediglich 8 %.

Tab. 5: Kürzung oder Ausweitung von Sozialleistungen

	Sozialleistungen							
	Ausweiten		Kürzen		Ausweiten		Kürzen	
	1994	2000	1994	2000	1994	2000	1994	2000
	West				Ost			
in %								
Insgesamt	28	21	12	24	71	46	1	8
Geschlecht								
Männer	23	18	14	28	63	42	1	10
Frauen	34	24	10	20	79	50	0	6
Altersgruppen								
18–34 Jahre	35	29	10	21	74	49	0	9
35–59 Jahre	25	21	12	25	69	49	1	9
über 60 Jahre	24	15	15	25	75	41	1	5
Berufliche Stellung								
Selbstständige	8	16	29	41	49	28	6	32
Beamte	22	11	13	29	31	21	0	7
Angestellte	25	19	12	28	64	48	1	10
Arbeiter	29	25	9	17	72	45	0	8
Arbeitslose	56	39	3	4	85	62	0	1
Rentner/Pensionäre	23	15	15	25	78	42	0	4
Ideologische Orientierung								
Links	36	27	8	17	73	48	1	6
Mitte	27	21	11	23	72	43	1	9
Rechts	20	12	20	34	61	43	2	14
Parteipräferenz								
PDS	–	–	–	–	82	54	0	7
Bündnis 90/Die Grünen	38	26	5	14	68	39	1	13
SPD	30	23	8	18	74	42	1	5
FDP	25	16	15	46	68	43	0	19
CDU/CSU	18	13	18	30	55	35	2	14

Datenbasis: ALLBUS 1994, 2000.

Dieses Muster existierte bereits im Jahr 1994, doch zwischen 1994 und 2000 haben die Bundesbürger ihre Haltung zur Höhe der Sozialleistungen beträchtlich verändert. Im Westen hat sich der Anteil der Befragten, der einer Kürzung von Sozialleistungen zustimmt, von 12 % auf 24 % verdoppelt. Gleichzeitig hat sich im Osten der Anteil derer, der sich für eine Ausweitung von Sozialleistungen ausspricht, von 71 % auf 46 % deutlich reduziert. Ganz offenbar haben die Bundesbürger in den 90er-Jahren ihre Ansprüche an die Höhe der Sozialleistungen reduziert. Diese Anspruchsreduktion stellt sich aber in beiden Landesteilen unterschiedlich dar. Im Westen sprechen sich mehr Bürger für eine Reduktion von Sozialleistungen aus, während im Osten vor allem der Anteil der Bürger sinkt, die eine Ausweitung von Sozialleistungen fordern.

In der Frage der Leistungskürzungen sind die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen deutlich größer als bei der grundsätzlichen Zustimmung zum Sozialstaat. Das Muster ist allerdings ähnlich: In beiden Landesteilen sind es vor allem die Selbstständigen und die Anhänger der FDP, die sich überdurchschnittlich stark für eine Kürzung von Sozialleistungen aussprechen. Umgekehrt sprechen sich vor allem die Arbeitslosen überdurchschnittlich stark für eine Ausweitung der Leistungen aus.

20.7 Bewertung sozialpolitischer Ergebnisse

Die Bewertung der persönlichen Alterssicherung oder Absicherung bei Invalidität und im Krankheitsfall zeigt, in welchem Ausmaß die Bürger mit den Ergebnissen der Sozialpolitik zufrieden sind (vgl. Tab. 6). Auch in diesem Aspekt gibt es die erwarteten Unterschiede zwischen Ost und West. 1994 bewerteten 67 % im Westen, aber lediglich 47 % im Osten die sozialpolitischen Ergebnisse positiv. Allerdings haben sich diese Unterschiede im Jahr 2000 geringfügig verringert, weil die Ostdeutschen mit 55 % die sozialpolitischen Ergebnisse inzwischen etwas besser bewerten.

Die in den 90er-Jahren verabschiedeten Kürzungen der Sozialleistungen haben demnach bei den Bürgern insgesamt nicht zu einer Verschlechterung der Bewertung der sozialpolitischen Ergebnisse geführt. Dies gilt allerdings nicht für alle Bevölkerungsgruppen. So hat die Rentenreform, die vor allem Leistungskürzungen für die jüngeren Generationen mit sich bringt, ganz offenbar zu einer Polarisierung zwischen den verschiedenen Altersgruppen geführt. Im Westen bewerten die 18- bis 34-Jährigen ihre Absicherung im Jahr 2000 deutlich negativer als 1994 und die über 60-Jährigen sowie die Rentner und Pensionäre kommen zu einer positiveren Einschätzung. Besonders stark haben im Westen auch die Beamten auf die Leistungskürzungen und die Diskussion um die Finanzierungsprobleme des Sozialstaats reagiert. Im Jahr 2000 sind nur noch 80 % und nicht mehr 93 % der Meinung, dass sie ausreichend abgesichert sind.

Im Osten hat die Kluft zwischen den Generationen in den 90er-Jahren ebenfalls zugenommen. In diesem Fall geht dies aber vor allem auf einen Anstieg der positiven Bewertung bei den Älteren zurück. In der Gruppe der über 60-Jährigen steigt die

Tab. 6: Bewertung sozialpolitischer Ergebnisse

	»Ausreichend gesichert im Alter, vor Invalidität und im Krankheitsfall.«			
	West		Ost	
	1994	2000	1994	2000
	in %			
Insgesamt	67	69	47	55
Geschlecht				
Männer	70	71	50	55
Frauen	65	66	44	56
Altersgruppen				
18–34 Jahre	54	44	43	40
35–59 Jahre	71	71	44	49
über 60 Jahre	80	85	58	78
Berufliche Stellung				
Selbstständige	78	71	53	62
Beamte	93	80	69	71
Angestellte	68	67	47	51
Arbeiter	64	60	46	46
Arbeitslose	46	40	34	37
Rentner/Pensionäre	78	86	55	77
Ideologische Orientierung				
Links	62	62	44	53
Mitte	69	70	49	60
Rechts	74	78	51	50
Parteipräferenz				
PDS	–	–	37	42
Bündnis 90/Die Grünen	58	60	39	31
SPD	69	67	53	68
FDP	77	77	60	63
CDU/CSU	78	75	64	63

Datenbasis: ALLBUS 1994, 2000.

positive Bewertung von 58 % auf 78 % und bei den Rentnern und Pensionären von 55 % auf 77 %. Die Angehörigen der jüngeren Generationen hatten bereits im Jahr 1994 eine relativ skeptische Einschätzung ihrer individuellen Absicherung.

Nach den präsentierten empirischen Befunden zu Demokratie und Sozialstaat hat die Diagnose der getrennten politischen Gemeinschaft in Deutschland nicht ihre Gültigkeit verloren. Es lassen sich aber einige Anzeichen für die Möglichkeit einer längerfristigen Annäherung beider Gemeinschaften feststellen.

(Dieter Fuchs/Edeltraud Roller)

Weitere Informationen zum Thema Sozialleistungen siehe Teil I, Kap. 9.

F Deutschland und Europa

21 Lebensbedingungen und Wohlbefinden in Europa

Die Verbesserung der Lebensbedingungen in Europa und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den verschiedenen Ländern gehört zu den Hauptzielen der europäischen Vereinigung. Im vorliegenden Kapitel soll gezeigt werden, inwieweit dieses Ziel bisher erreicht wurde. Es werden aktuelle Daten zu den objektiven Lebensbedingungen und dem subjektiven Wohlbefinden im Hinblick auf verschiedene Lebensbereiche und -aspekte für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) vorgestellt.

21.1 Lebensstandard und Wohnen

Die Betrachtung verschiedener Merkmale des Lebensstandards zeigt, dass noch immer ein erhebliches Wohlstandsgefälle in der EU vorhanden ist (vgl. Tab. 1). Die südeuropäischen Länder, insbesondere Griechenland und Portugal, fallen gegenüber den übrigen Ländern deutlich ab. Bei nahezu allen Indikatoren des Lebensstandards, ob es sich nun um den Besitz langlebiger Gebrauchsgüter, um Konsumgewohnheiten oder um subjektive Einschätzungen handelt, gehören Griechenland und Portugal zu den Schlusslichtern der EU. Besonders krasse Unterschiede findet man beispielsweise im Hinblick auf die Frage, ob man sich eine einwöchige Urlaubsreise im Jahr leisten kann oder ob man abgenutzte Möbelstücke durch neue ersetzen kann. Nur 39 % der Haushalte in Portugal und 49 % in Griechenland geben an, es sich leisten zu können, einmal im Jahr für wenigstens eine Woche in Urlaub zu fahren, gegenüber 89 % in Dänemark und jeweils 87 % in Deutschland und in den Niederlanden. Neue Möbel können sich nur etwas mehr als ein Viertel der Haushalte in Griechenland und in Portugal leisten, während es in Irland, Luxemburg, den Niederlanden und Dänemark wenigstens vier Fünftel sind. Auch in der Sicht der Betroffenen schlagen sich diese Unterschiede nieder. So meinen nur 8 % der Portugiesen und 10 % der Griechen, aber fast zwei Drittel der Dänen und mehr als die Hälfte der Luxemburger, der Niederländer und der Schweden, dass sie bequem mit ihrem gegenwärtigen Einkommen leben können. In der Bewertung des Lebensstandards zeigen sich ebenfalls entsprechende Differenzen. Deutschland ist bei den meisten Indikatoren auf einer im europäischen Vergleich mittleren Position zu finden.

Tab. 1: Ausgewählte Merkmale des Lebensstandards in europäischen Ländern¹

	A	B	D	DK	E	F	FIN	GR	I	IRL	L	NL	P	S	UK
	in %														
Haushalt besitzt ...															
Farbfernseher	98	98	97	99	99	97	96	97	98	98	99	98	97	97	98
Videorecorder	71	75	68	82	75	75	70	50	67	82	72	78	62	74	86
Geschirrspüler	56	41	53	51	28	45	49	25	30	35	63	35	28	44	27
PKW	77	81	78	71	74	84	68	63	80	74	83	70	68	74	76
PC	46	46	42	66	27	36	54	33	16	31	44	64	43	45	42
Haushalt kann sich leisten ...															
Einwöchige Urlaubsreise	79	81	87	89	59	75	71	49	61	75	84	87	39	-	69
neue Möbel zu kaufen	62	78	75	80	55	74	74	27	39	85	82	80	28	-	68
neue Kleidung zu kaufen	91	94	87	96	94	95	90	77	87	97	94	89	60	-	89
mind. einmal im Monat															
ins Restaurant zu gehen	89	92	87	98	94	95	90	62	82	94	93	94	82	-	88
Haushalt kann bequem mit seinem Einkommen leben ²															
	31	41	30	64	30	-	21	10	34	38	56	53	8	54	42
Haushalt betrachtet															
Lebensstandard als sehr/ziemlich gut ³	90	86	86	97	86	78	80	66	83	91	95	93	53	93	87
Haushalt kommt leicht/sehr leicht mit dem Einkommen aus ³															
	81	73	83	88	68	63	73	48	67	73	84	74	44	83	65

1 A: Österreich, B: Belgien, D: Deutschland, DK: Dänemark, E: Spanien, F: Frankreich, FIN: Finnland, GR: Griechenland, I: Italien, IRL: Irland, L: Luxemburg, NL: Niederlande, P: Portugal, S: Schweden, UK: Vereinigtes Königreich.

2 European Social Survey 2002/03

3 Eurobarometer 56.1, 2001.

- Daten liegen nicht vor.

Datenbasis: Europäisches Haushaltspanel 2000 (D, L, UK: 1996); European Social Survey 2002/03; Eurobarometer 2001.

Erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern der EU bestehen auch im Hinblick auf die Wohnqualität. Dies betrifft Merkmale der Wohnung und Merkmale der Wohngegend (vgl. Tab. 2). Beeinträchtigungen der Wohnqualität findet man ebenfalls vermehrt in den südeuropäischen Ländern, doch konzentrieren sie sich in geringerem Maße als bei den allgemeineren Aspekten des Lebensstandards auf diese Regionen, sondern sind auch in anderen Teilen Europas häufiger zu finden. Dänemark, Schweden, das Vereinigte Königreich, die Niederlande und Österreich sind die einzigen Mitgliedstaaten der EU, in denen sich die Wohnqualität im Hinblick auf fast alle Indikatoren als vergleichsweise gut oder zumindest durchschnittlich erweist. In drei weiteren Ländern, nämlich Belgien, Luxemburg und Irland, gestalten sich zwar die Merkmale der Wohnung recht positiv, doch gibt es Defizite in der Qualität der Wohngegend, in Belgien bezüglich Luftverschmutzung und Lärmbelästigung, in Luxemburg und Irland bezüglich der Infrastruktur.

In Deutschland findet man eine sehr gemischte Situation vor. Die Belegungsdichte der Wohnungen, die Ausstattung mit Bad und Zentralheizung und die Verfügbarkeit über Balkon, Terrasse oder Garten liegt im europäischen Vergleich auf einem durch-

Tab. 2: Ausgewählte Merkmale der Wohnqualität

	A	B	D	DK	E	F	FIN	GR	I	IRL	L	NL	P	S	UK
	in %														
<i>Merkmale der Wohnung</i>															
Mehr als ein Raum (o. Küche) pro Haushaltsmitglied	76	79	73	78	64	74	59	44	56	71	79	92	53	76	85
Bad vorhanden	98	98	99	99	99	97	98	95	99	98	99	99	91	99	99
Zentralheizung	86	82	92	99	42	92	98	65	87	86	100	90	12	-	92
Eigentümerquote	54	73	43	65	85	62	68	84	75	82	71	53	65	60	70
Einfamilienhaus	48	79	40	64	40	63	56	50	35	95	68	68	65	51	81
Balkon/Terrasse/Garten	81	91	86	90	78	66	91	97	90	97	82	97	78	89	95
Bewertung der Wohnung als sehr gut ¹	53	51	37	65	45	52	37	19	38	58	68	58	9	64	51
<i>Merkmale der Wohngegend</i>															
Zu Fuß erreichbar ²															
Geschäfte	82	60	80	78	92	61	69	92	76	55	47	90	82	72	76
öffentliche Verkehrsmittel	84	70	87	81	92	70	74	94	81	47	32	90	82	76	77
Grund zur Klage über ² :															
Lärmbelästigung	27	35	31	15	39	37	16	47	40	25	31	18	24	17	21
Luftverschmutzung	32	47	37	18	41	46	25	60	55	36	39	20	27	31	35
Bewertung der Wohn- gegend als sehr gut ¹	49	52	31	65	36	54	38	17	31	52	68	52	8	65	38

1 Eurobarometer 56.1, 2001.

2 Eurobarometer 52.1, 1999.

Datenbasis: Europäisches Haushaltspanel 2000; Eurobarometer 2001; Eurobarometer 1999.

schnittlichen Niveau, doch ist die Eigentümerquote die niedrigste in Europa. Entsprechend ist auch der Anteil der Haushalte, die in einem Einfamilienhaus wohnen, vergleichsweise niedrig, ebenso sind bei der subjektiv wahrgenommenen Qualität der Wohnung häufiger Einschränkungen festzustellen als in den meisten anderen Ländern. Auch die Wohngegend wird relativ selten als sehr gut betrachtet, obwohl Infrastrukturmerkmale und Umweltbeeinträchtigungen sich nicht besonders negativ gestalten.

21.2 Arbeitsmarktlage und Arbeitsbedingungen

Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich in den letzten 10 Jahren in einigen Ländern der EU merklich entspannt. Insbesondere in Irland, darüber hinaus aber auch in Spanien und Finnland ist ein erheblicher Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, und auch in mehreren anderen Ländern ist die Arbeitslosigkeit gesunken. Insgesamt ist es zu einer Angleichung der Arbeitslosenquoten gekommen. Trotzdem gibt es immer noch markante Unterschiede zwischen den Ländern (vgl. Teil I, Kap. 20), die sich auch in den persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen der Betroffenen widerspiegeln. In Ländern mit hoher, weit über dem Durchschnitt der EU liegender Arbeitslosigkeit – das sind Spanien, Griechenland, Deutschland, Frankreich und Finnland – werden hö-

here faktische und wahrgenommene Risiken des Arbeitsplatzverlustes und schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt berichtet als in den Ländern mit geringer Arbeitslosigkeit. Zu den Letzteren gehören insbesondere Luxemburg, die Niederlande, Österreich und Irland. So geben nur 3 % der Luxemburger und nur 12 % der Niederländer an, in den letzten 5 Jahren von Arbeitslosigkeit betroffen gewesen zu sein, gegenüber 34 % der Finnen und 26 % der Griechen (vgl. Tab. 3). In Luxemburg haben nur 9 % der Erwerbstätigen einen befristeten Arbeitsvertrag, während in Spanien ein mehr als dreimal so hoher Anteil der Erwerbstätigen eine Arbeitsstelle von begrenzter Dauer und damit ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko hat. In keinem Land der EU werden die Arbeitsmöglichkeiten am Wohnort so selten als gut beschrieben und die Schwierigkeiten, eine andere, gleichwertige Stelle zu finden, als so groß wie in Griechenland. Beispielsweise betrachtet nur ein Viertel der Griechen ihre Arbeitsmöglichkeiten am Wohnort als sehr gut oder gut, gegenüber mehr als vier Fünftel der Niederländer, 70 % der Iren und zwei Dritteln der Österreicher. Darüber hinaus werden die Arbeitsmarktchancen auch in Deutschland, Finnland und Portugal vergleichsweise negativ eingeschätzt.

Im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen und die Zufriedenheit mit der Arbeit können drei Länder genannt werden, die sich fast durchgehend positiv von den übrigen Ländern abheben: Dänemark, Luxemburg und die Niederlande (vgl. Tab. 4). Vergleichsweise negativ stellt sich die Situation dagegen in Griechenland, Spanien und Portugal dar. In Griechenland findet man beispielsweise die höchste faktische Wochenarbeitszeit und entsprechend den höchsten Anteil der Erwerbstätigen, der häufig Überstunden leistet. Im Durchschnitt arbeiten Männer in Griechenland 50 Stunden in der Woche, während in Luxemburg und in den Niederlanden die Wochenarbeitszeit nur

Tab. 3: Arbeitsmarktchancen und -risiken

	A	B	D	DK	E	F	FIN	GR	I	IRL	L	NL	P	S	UK
	in %														
<i>Chancen</i>															
Sehr/ziemlich gute Arbeitsmöglichkeiten in der Wohngegend	66	65	53	63	60	52	38	25	44	70	62	81	39	44	59
Schwierigkeit, eine neue gleichwertige Arbeitsstelle zu finden ^{1,2}	3,8	4,5	2,9	5,0	4,0	4,2	4,8	2,7	4,2	5,1	3,3	5,4	2,9	5,5	5,5
<i>Risiken</i>															
Arbeitslosigkeit in den letzten 5 Jahren	14	15	15	21	20	17	34	26	17	18	3	12	14	23	18
Befristeter Arbeitsvertrag ²	10	11	11	14	28	19	17	20	11	19	9	15	18	13	14
Arbeitsplatz wird als sicher betrachtet	64	67	61	84	60	54	78	66	71	64	76	70	66	59	62

1 Mittelwert auf einer Skala von 0 (äußerst schwierig) bis 10 (äußerst leicht).

2 European Social Survey 2002.

Datenbasis: Eurobarometer 56.1, 2001; European Social Survey 2002.

Tab. 4: Arbeitsmerkmale und Arbeitszufriedenheit

	A	B	D	DK	E	F	FIN	GR	I	IRL	L	NL	P	S	UK
	in %														
Häufig Überstunden	43	35	44	44	43	41	41	57	42	55	36	34	34	43	49
Einfluss auf Entscheidungen	63	47	54	87	58	61	70	61	65	57	69	61	50	64	56
Abwechslung bei der Arbeit	69	61	64	87	47	63	80	56	59	63	68	73	50	67	62
Arbeit ist interessant	74	68	70	91	59	78	84	73	78	71	84	77	71	73	70
	Mittelwert														
Tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit der Männer in Stunden ¹	45	42	45	41	43	42	44	50	48	46	39	40	48	43	44
Arbeitszufriedenheit ²	5,3	5,3	5,3	5,7	4,9	4,9	5,0	4,8	4,9	5,1	5,6	5,7	4,9	5,4	5,1

1 European Social Survey 2002.

2 Mittelwert auf einer Skala von 1 (vollständig unzufrieden) bis 7 (vollständig zufrieden).

Datenbasis: Eurobarometer 56.1, 2001; European Social Survey 2002.

39 bzw. 40 Stunden umfasst. Verschiedene Merkmale der Arbeit wie Entscheidungsmöglichkeiten, Abwechslung und Interessantheit, werden insbesondere in Dänemark und darüber hinaus in Finnland und in Luxemburg positiv beurteilt, während die Erwerbstätigen in Spanien, in Portugal und auch in Belgien häufiger Defizite in diesen Aspekten wahrnehmen. Entsprechend ist die Zufriedenheit mit der Arbeit insgesamt in Dänemark, in den Niederlanden und in Luxemburg am höchsten, während sie in allen südeuropäischen Ländern, aber auch in Frankreich vergleichsweise gering ist. Deutschland nimmt bei den meisten Aspekten eine im europäischen Vergleich mittelmäßige Position ein.

21.3 Öffentliche Bereiche

Die Lebensverhältnisse in Europa stellen sich auch in Bezug auf öffentliche Bereiche wie die Gesundheitsversorgung, die soziale Sicherung und die öffentliche Sicherheit disparat dar. Folgt man den Beurteilungen der Bürger, so findet man eine Konzentration von Defiziten auf wenige Länder, während sich günstige Einschätzungen auf relativ viele Länder verteilen.

Griechenland und Portugal sind die beiden Länder, in denen verschiedene Aspekte der Gesundheitsversorgung mit Abstand am schlechtesten bewertet werden. Beispielsweise betrachtet jeweils nur etwa die Hälfte der Bevölkerungen dieser beiden Länder die medizinische Versorgung im Wohngebiet als sehr gut oder ziemlich gut, gegenüber mehr als 90 % in den meisten anderen Ländern (vgl. Tab. 5). Auch das Vertrauen in das Gesundheitswesen ist in diesen beiden Ländern gering. Darüber hinaus wird in Italien die Gesundheitsversorgung vergleichsweise negativ beurteilt.

Über die soziale Sicherung in ihrem Land urteilen ebenfalls die Bürger Griechenlands mit Abstand am schlechtesten. Nur ein Drittel halten die soziale Absicherung bei Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit und im Alter für sehr oder ziemlich gut, während in den meisten anderen Ländern positive Bewertungen der sozialen Sicherung überwiegen. Die günstigsten Einschätzungen findet man in Luxemburg, wo fast 90 % der Bürger die soziale Absicherung als gut betrachten und fast 80 % sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Sozialversicherung haben, was etwa das Vierfache des entsprechenden Anteils in Griechenland darstellt. Neben den Griechen bewerten die Bürger Italiens, Portugals, Irlands und des Vereinigten Königreichs die soziale Siche-

Tab. 5: Beurteilung öffentlicher Bereiche

	A	B	D	DK	E	F	FIN	GR	I	IRL	L	NL	P	S	UK
	in %														
<i>Gesundheitsversorgung</i>															
Erreichbarkeit des Hausarztes innerhalb von 20 Min. ³	80	88	81	91	90	89	74	56	89	76	86	91	61	88	87
Sehr/ziemlich gute medizinische Versorgung im Wohngebiet ⁴	91	96	93	94	92	93	87	50	67	87	91	95	49	79	90
Beurteilung der Gesundheitsdienste ^{1,5}	6,7	7,0	4,9	6,3	5,4	5,6	6,6	4,0	4,7	4,0	7,1	5,6	3,3	5,1	4,9
Sehr/ziemlich viel Vertrauen in das Gesundheitswesen ⁶	86	83	53	70	66	77	84	26	37	57	78	76	44	76	59
<i>Soziale Sicherung</i>															
Sehr/ziemlich gute soziale Absicherung ^{2,4}	78	81	72	81	63	81	73	33	43	56	89	80	36	72	62
Sehr/ziemlich viel Vertrauen in die Sozialversicherung ⁶	67	69	44	67	63	67	71	19	34	56	79	65	51	51	38
<i>Öffentliche Sicherheit</i>															
Vandalismus, Diebstahl oder Gewalt in der Wohngegend ⁴	15	25	14	30	13	27	34	31	34	20	23	23	35	20	39
Im Dunkeln sehr/ziemlich sicher im Wohngebiet ⁷	78	68	65	85	66	65	81	57	56	63	74	77	68	79	57
Subjektives Risiko, Opfer eines Verbrechens zu werden ⁷	28	44	24	40	34	57	55	64	40	50	56	40	43	51	54
Haushaltsmitglied in den letzten 5 Jahren Opfer eines Einbruchs oder Angriffs auf die Person ⁵	10	26	9	24	24	30	34	18	23	19	25	20	23	27	29

1 Mittelwert auf einer Skala von 0 (äußerst schlecht) bis 10 (äußerst gut).

2 Soziale Absicherung bei Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit und im Alter.

3 Eurobarometer 52.1, 1999.

4 Eurobarometer 56.1, 2001.

5 European Social Survey 2002.

6 Europäische Wertestudie 1999/2000.

7 Eurobarometer 58.0, 2002.

Datenbasis: Eurobarometer 1999; Eurobarometer 2001; European Social Survey 2002; Europäische Wertestudie 1999/2000; Eurobarometer 2002.

rung in ihrem Land schlechter als die Angehörigen der meisten anderen Länder. Dänemark, Frankreich, Belgien und die Niederlande gehören neben Luxemburg zu den Ländern, in denen die soziale Sicherung vergleichsweise positiv wahrgenommen wird.

Griechenland stellt nicht nur im Hinblick auf die Gesundheitsversorgung und die soziale Sicherung, sondern auch im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit, d. h. dem Schutz vor Kriminalität, eines der Schlusslichter Europas dar. Doch in gleichem Maße werden hier Defizite im Vereinigten Königreich, Finnland und Italien empfunden. In Deutschland und Österreich wird die öffentliche Sicherheit insgesamt am besten beurteilt. Fast 40 % der Haushalte in Großbritannien und rd. ein Drittel in Finnland, Griechenland und Italien berichten von Vandalismus, Diebstahl oder Gewalt in der Wohngegend. In Deutschland liegt der entsprechende Anteil nur bei 14 %. Und während fast zwei Drittel der Griechen für sich persönlich ein Risiko wahrnehmen, Opfer eines Diebstahls, eines Einbruchs, eines Raubüberfalls oder eines Angriff auf die Person zu werden, sind es in Deutschland nur ein knappes Viertel der Bürger – das ist der niedrigste Anteil in der EU. Deutschland hat nicht nur das geringste wahrgenommene Opferrisiko, sondern weist auch die mit Abstand niedrigste faktische persönliche Betroffenheit durch Kriminalität auf. So geben nur 9 % der Deutschen an, dass sie selbst oder ein Mitglied ihres Haushalts in den letzten fünf Jahren Opfer eines Einbruchs oder eines Angriffs auf die Person geworden sind. Dieser Anteil ist in Finnland fast viermal und in Schweden und Großbritannien etwa dreimal so hoch.

21.4 Aspekte des sozialen Zusammenhalts

Die Lebensqualität in einer Gesellschaft bemisst sich nicht nur am Lebensstandard, den Merkmalen der Arbeitswelt und der Versorgung mit öffentlichen Gütern, sondern auch an der Qualität der sozialen Beziehungen wie sie in der Pflege sozialer Kontakte, Vertrauen und Hilfsbereitschaft gegenüber anderen Menschen zum Ausdruck kommt. Dies sind Aspekte des sozialen Zusammenhalts, dessen Stärkung als eines der erklärten Ziele der Europäischen Union gilt.

Wie Tabelle 6 zeigt, bestehen zwischen den europäischen Gesellschaften auch erhebliche Unterschiede in den zwischenmenschlichen Beziehungen. Dabei lassen sich recht eindeutig sowohl Gesellschaften identifizieren, die sich durch eine ausgesprochen positive Situation auszeichnen, als auch Gesellschaften, in denen sich relative Schwächen häufen. Zu den Ersteren gehören insbesondere Schweden, Dänemark und – in geringerem Maße – Irland. Zu den Letzteren gehören in erster Linie Griechenland und in zweiter Linie Deutschland und Portugal.

In Dänemark findet man insbesondere intensive soziale Kontakte und eine große Hilfsbereitschaft im privaten Bereich sowie eine hohes Ausmaß an Vertrauen in andere Menschen. So treffen sich fast vier Fünftel der Dänen gegenüber nur etwas mehr als zwei Fünftel der Griechen mindestens einmal in der Woche mit Freunden, Verwandten oder Kollegen, und 95 % der Dänen, aber nur 74 % der Griechen sind mit ihren

Tab. 6: Aspekte des sozialen Zusammenhalts

	A	B	D	DK	E	F	FIN	GR	I	IRL	L	NL	P	S	UK
	in %														
<i>Soziale Kontakte</i>															
Mind. einmal pro Woche Treffen mit Freunden, Verwandten ⁴	67	68	60	79	73	67	69	43	63	75	66	71	74	69	71
Sehr/ziemlich zufrieden mit sozialen Kontakten ³	90	87	88	95	89	86	87	74	79	89	92	91	85	89	84
Gefühle der Einsamkeit ³	26	22	23	21	16	26	29	31	28	29	20	23	31	26	23
<i>Vertrauen</i>															
Man kann den meisten Menschen vertrauen	34	31	35	67	39	22	58	24	33	35	26	60	10	66	31
Ausnutzung durch andere ^{1,4}	5,6	5,6	5,8	7,3	5,2	5,6	6,9	3,7	4,6	6,0	5,5	6,2	5,3	6,7	5,6
Hilfsbereitschaft anderer ^{2,4}	5,2	4,4	4,8	6,1	4,4	4,4	5,7	3,0	4,1	6,0	4,5	5,3	3,9	6,0	5,4
<i>Hilfsbereitschaft</i>															
Ehrenamtlich tätig	31	39	22	38	18	26	55	40	26	32	32	50	14	56	44
Bereit, aktiv etwas zu tun für...															
ältere Menschen	58	67	50	67	57	59	72	66	80	81	61	62	58	85	55
Kranke/Behinderte	57	68	49	70	55	62	73	71	82	81	66	66	65	88	59
Hilfe außerhalb des Haus- halts erreichbar... ³															
bei Depressivität	79	79	76	88	89	85	81	66	80	86	83	89	78	89	86
bei Geldschwierigkeiten	65	59	57	85	84	73	80	67	72	80	72	75	72	86	75

1 Mittelwert auf einer Skala von 0 (= die meisten Menschen würden versuchen, mich auszunutzen) bis 10 (= die meisten Menschen würden versuchen, fair zu sein).

2 Mittelwert auf einer Skala von 0 (= die Menschen achten meistens auf sich selbst) bis 10 (= die Menschen versuchen meistens, hilfsbereit zu sein).

3 Eurobarometer 56.1, 2001.

4 European Social Survey 2002.

Datenbasis: Eurobarometer 2001; European Social Survey 2002; ansonsten Europäische Wertestudie 1999/2000.

außerhäuslichen Kontakten zufrieden. Darüber hinaus setzt man in keinem anderen Land der EU so viel Vertrauen in andere Menschen wie in Dänemark, während in Griechenland und auch in Portugal Misstrauen weit verbreitet ist.

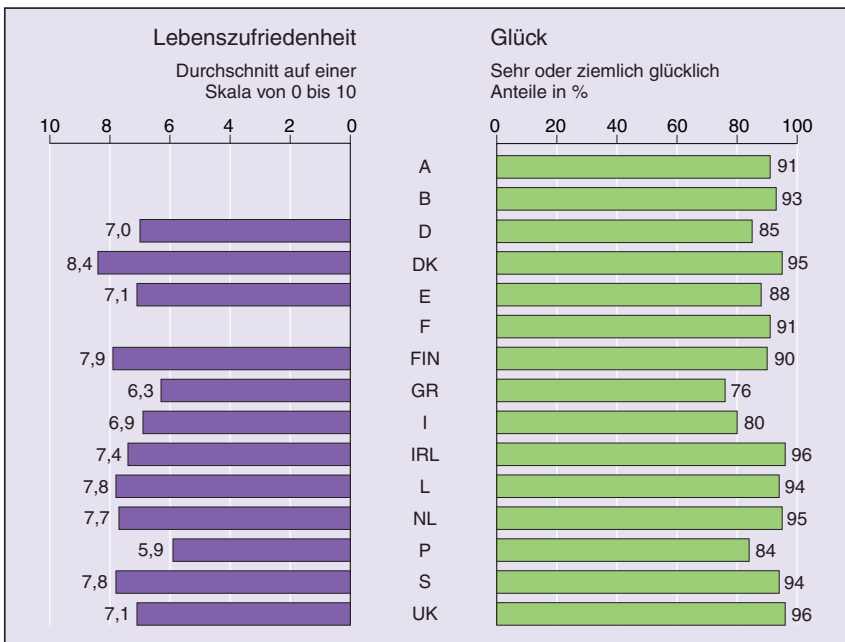
In Schweden ist wie in Dänemark eine hohe Bereitschaft zu Hilfeleistungen im privaten Kreis vorhanden, und man bringt anderen Menschen relativ viel Vertrauen entgegen. Die Schweden zeichnen sich jedoch außerdem durch ein hohes Maß an bürgerschaftlichem Engagement aus. Mehr als die Hälfte der Schweden sind ehrenamtlich in einer Organisation oder einem Verein tätig, und in keiner der hier betrachteten Gesellschaften ist der Anteil der Bürger, die sich aktiv für Alte, Kranke oder Behinderte in ihrem Land einsetzen würden, so groß wie in Schweden. Deutschland stellt in dieser Hinsicht das Schlusslicht in Europa dar. Nur etwa die Hälfte der Deutschen sind bereit, etwas für ältere Menschen, Kranke oder Behinderte zu tun, während es in Schweden, aber auch in Irland und Italien mehr als vier Fünftel sind.

Eine besondere Konstellation lässt sich in Spanien beobachten. Hier bestehen einerseits enge soziale Bindungen und Hilfebeziehungen auf privater Ebene, was sich insbesondere auch in dem sehr niedrigen Anteil von Personen, die sich einsam fühlen, niederschlägt. Andererseits ist jedoch das Potenzial eines Engagements für andere, das über den unmittelbaren persönlichen Bereich hinausgeht, vergleichsweise gering. So üben nur 18 % der Spanier ein Ehrenamt aus und nur 55–57 % wären bereit, sich für hilfebedürftige Bevölkerungsgruppen zu engagieren.

21.5 Subjektives Wohlbefinden

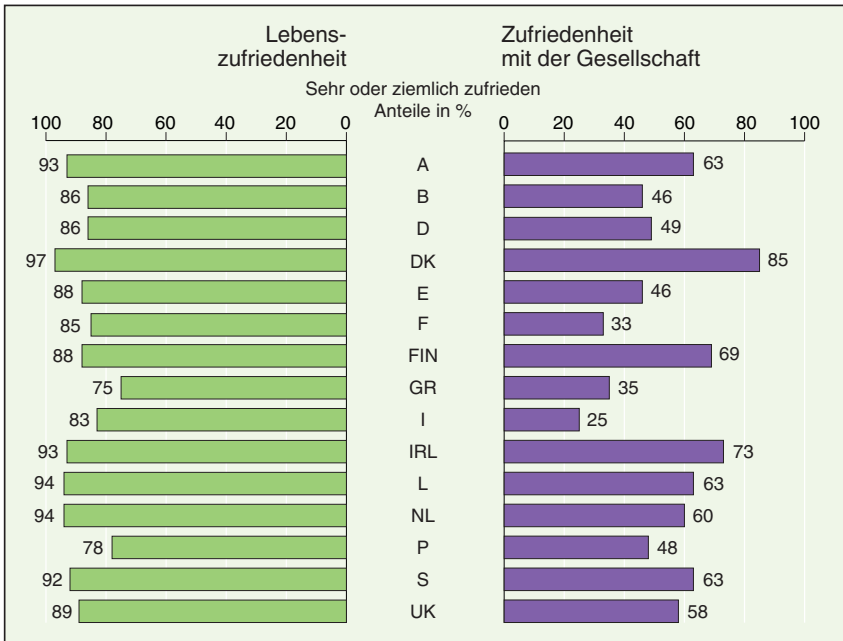
Neben einzelnen Bereichen und Aspekten spiegeln auch zusammenfassende Bewertungen der Lebenssituation die Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse in Europa wider. Das globale subjektive Wohlbefinden liegt, gemessen an Äußerungen darüber, wie zufrieden und glücklich man mit seinem Leben insgesamt ist, in Portugal, Griechenland und Italien auf dem niedrigsten Niveau in der Europäischen Union, während die Menschen in Dänemark, Schweden, Luxemburg und den Niederlanden insgesamt die günstigsten Bewertungen abgeben (vgl. Abb. 1). Die Portugiesen

Abb. 1: Lebenszufriedenheit und Glück im europäischen Vergleich



Datenbasis: European Social Survey 2002 (Zufriedenheit); Europäische Wertestudie 1999/2000 (Glück).

Abb. 2: Zufriedenheit mit dem Leben und mit der Gesellschaft im europäischen Vergleich



Datenbasis: Eurobarometer 2001 (56.1).

weisen mit einem Durchschnittswert von 5,9 (auf einer Skala von 0 »ganz und gar unzufrieden« bis 10 »ganz und gar zufrieden«) die geringste Lebenszufriedenheit auf, gefolgt von den Griechen (6,3) und den Italienern (6,9). Dem steht eine sehr hohe Lebenszufriedenheit in Dänemark (8,4), den übrigen skandinavischen Ländern, Luxemburg und den Niederlanden gegenüber. Dass sie zurzeit »sehr glücklich« oder »ziemlich glücklich« sind, können rd. drei Viertel der Griechen und vier Fünftel der Italiener von sich behaupten, aber rd. 95 % der Dänen, der Schweden, der Luxemburger, der Niederländer, der Briten und der Iren. Deutschland liegt bei beiden Aspekten des Wohlbefindens an viertletzter Position.

In der Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation gibt es zwar erhebliche Unterschiede in Europa, dennoch kann allen Ländern ein hohes absolutes Zufriedenheitsniveau bescheinigt werden, sind doch in jedem Land mindestens drei Viertel der Bürger mit dem Leben, das sie führen, zufrieden (vgl. Abb. 2). In viel geringerem Maße als mit ihren persönlichen Lebensumständen sind die Bürger mit der Gesellschaft, in der sie leben, zufrieden. Darin dokumentiert sich die bekannte Tendenz, private Bereiche, auf die man selbst Einfluss nehmen kann, weniger kritisch zu beurteilen als öffentliche Bereiche, für die man keine unmittelbare Verantwortlichkeit bei sich selbst

sieht. Trotzdem gibt es auch hier erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern, sowohl was das Niveau der Zufriedenheit mit der Gesellschaft als auch was die Diskrepanz zur Zufriedenheit mit der persönlichen Situation betrifft.

Die Bürger Italiens sind mit ihrer Gesellschaft mit Abstand am wenigsten zufrieden und der Kontrast zur Bewertung der persönlichen Lebensumstände ist hier am größten, gefolgt von den Franzosen und den Griechen. Nur ein Viertel der Italiener und nur rd. ein Drittel der Franzosen und der Griechen sind mit der Gesellschaft, in der sie leben, zufrieden. Das bei weitem höchste Zufriedenheitsniveau lässt sich in Dänemark festzustellen. Hier sind 85 % der Bürger mit ihrer Gesellschaft zufrieden und damit nur 12 Prozentpunkte weniger als es im Hinblick auf den unmittelbaren privaten Bereich der Fall ist. Darüber hinaus wird die irische und die finnische Gesellschaft vergleichsweise positiv bewertet. Deutschland gehört zu den sieben Ländern der EU, in denen weniger als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung mit ihrer Gesellschaft zufrieden ist.

Versucht man zusammenfassend Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität in Deutschland im europäischen Vergleich zu beurteilen, so kann man für die meisten Lebensbereiche eine mittelmäßige Position Deutschlands in Europa feststellen. Defizite zeigen sich jedoch im Hinblick auf verschiedene Aspekte des sozialen Zusammenhalts und – dadurch bedingt – auch im globalen subjektiven Wohlbefinden, wo sich die Mehrheit der EU-Länder besser stellt.

(Regina Berger-Schmitt)

Weitere Informationen zum Thema Sozialleistungen siehe Teil I, Kap. 20.

Stichwortverzeichnis

Kursiv gesetzte Seitenzahlen beziehen sich auf Teil II

- Abendschulen 65 f.
Abfallaufkommen, -beseitigung 408 ff.
Abgeordnete 169 ff.
Abtreibungen 198 ff.
Abwässer, -beseitigung 412 ff.
Akademiker 76 ff.
ALLBUS 2002 454
Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 453
Alleinerziehende 42 ff.
Alleinlebende 41, 45
Altersaufbau, -struktur 36 ff., 59, 564
Alters- und Hinterbliebenenversorgung 208 ff.
Anbauflächen, landwirtschaftliche 278 ff.
Angestellte 104 ff., 124 ff., 246 ff., 351 ff., 359 ff.
Arbeiter/innen 104 ff., 124 ff., 247, 359 ff.
Arbeitgeberleistungen 205 ff., 260, 262
Arbeitgeberverbände 179, 181 f.
Arbeitnehmervereinigungen 179 ff.
Arbeitsbedingungen 660 ff.
Arbeitsbeschaffung 214
Arbeitsförderung 206, 213 f.
Arbeitskämpfe 183 f.
Arbeitskosten 327, 361 ff.
Arbeitslose 99 ff., 107 ff., 213 f.
– Qualifikationsstruktur 117
Arbeitslosengeld, -hilfe 98 f., 125 f., 213 f.
Arbeitslosenquote 107 ff.
Arbeitslosigkeit 96 ff., 213 f.
– Dauer 119
– finanzielle Absicherung 119
– im nationalen und internationalen Vergleich 111 ff.
– Struktur 114 ff.
Arbeitsmarkt 503 ff., 660 ff.
– Chancen 507, 510, 661
– Erwartungen Erwerbstätiger 503
– Politik 110 ff.
– Problemgruppen 114 ff.
Arbeitsmarktbeteiligung 504
Arbeitsorientierungen 503, 506
Arbeitsplatzverlust 110 ff.
Arbeitsproduktivität 254
Arbeitsunfähigkeit 192 f.
Arbeitsunfälle 192 f.
Arbeitszeit 161 f.
Arbeitszufriedenheit 662
Armut 559, 623 ff., 630 ff.
– Begriff 629
– relative 628 f.
Ärzte, Arztbesuch 194 ff., 482, 569
Asylbewerberleistungsgesetz 217
Asylsuchende, -berechtigte 51 f., 217 ff., 576
Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG) 94 f.
Ausbaugewerbe 300 f.
Ausbildung 61 ff.
– s. a. *Schul- und Berufsausbildung*
Ausbildungsberufe 72 ff.
Ausbildungsförderung (BAföG) 92 ff., 206
Ausfuhr 262 ff.
Ausfuhrpreise 267 f.
Ausgaben
– Bundesagentur für Arbeit 213 f.
– Erziehungsgeld 206, 216 f.
– für Freizeit, -güter 162 ff.
– für Gesundheit 201 ff.
– für Kultur 162 ff.
– für Sport und Erholung 162
– Kindergeld 206, 214 ff.
– Krankenversicherung 210 f., 482
– öffentlicher Haushalte 162 ff., 235 ff.
– privater Haushalte 121 ff., 162 ff.
– Rentenversicherung 202, 204, 206, 208 ff.
– Sozialhilfe 99, 206, 217 ff.
– Umweltschutz 423 ff.
Ausländer 47 ff., 576 ff., 584 ff.
– Arbeitslose 116 f.
– Aufenthaltsdauer 49
– Auszubildende 74 f.
– Bildungsniveau 89, 491
– Ehepartner 44 f.
– Einstellungen 468, 584
– Kinder 49 f., 63, 67
– Kontakte zu 592

- regionale Verteilung 50f.
- Sozialhilfeempfänger 219
- Studierende 84
- Werthaltungen 478
- Zu- und Fortzüge 31 f., 54 ff.
- Zuwanderer 584
- Außenhandel 262 ff., 267
- Außenhandelsbilanz 267 f.
- Außenwirtschaft 262 ff.
- Aussiedler/Spätaussiedler 31 f., 576
- Aussperrung 184
- Ausstattung der privaten Haushalte 134 ff., 595
- Auszubildende 71 ff.

- BAföG *s. Bundesausbildungsförderungsgesetz*
- Bahnverkehr *s. Eisenbahnverkehr*
- Banken 325 ff.
- Baufertigstellungen 156 ff.
- Baugenehmigungen 156 ff.
- Baugewerbe 256 ff., 261, 300 ff.
- Baukosten 159
- Bauland, Kaufwert 349 ff.
- Baupreisentwicklung 349 ff.
- Bautätigkeit 156 ff.
- Beamte 104 ff., 124 ff., 246 ff.
- Beamtenbund, Deutscher 180
- Beförderungen (Verkehr) 374 ff.
- Beherbergungsgewerbe 314
- Behinderte 200 f.
- Bekleidung 298
- Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 292 ff.
- Berufe 103 ff., 358
- Berufliche Positionen 615
- Berufsausbildung 63 ff., 68 ff., 71 ff.
- Berufskrankheiten 192 ff.
- Berufsschulen 62 ff., 68 ff.
- Berufsverbände 178 ff.
- Beschäftigte *s. a. Erwerbstätige*
- Baugewerbe 302
- Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 292 ff.
- Energie- und Wasserversorgung 303 f.
- Handel 309 f.
- Handwerk 305 f.
- Kreditgewerbe 327
- Landwirtschaft 277
- öffentlicher Dienst 246 ff.
- ökologischer Landbau 291
- Verarbeitendes Gewerbe 292 ff.
- Versicherungen 330 f.
- Bestattungen, kirchliche 185 f.
- Beteiligung
 - politische 168 ff.
 - soziale 168 ff.
- Betriebe *s. a. Unternehmen*
- forstwirtschaftliche 285 f.
- landwirtschaftliche 273 ff.
- Bevölkerung 29 ff.
- Bevölkerungsbewegung 52 ff.
- Bevölkerungsdichte 33 ff.
- Bevölkerungsentwicklung 30 ff., 58
- Bevölkerungsverteilung, räumliche 33 ff.
- Bevölkerungsvorausberechnung, 10. Koordinierte 56 ff.
- Bibliotheken 166
- Bildung 61 ff., 489 ff., 555, 578 ff.
 - Ausländerkinder 491
 - Aussiedler 578
 - Migrationshintergrund 491, 494
 - Schichtzugehörigkeit 490
 - soziale Herkunft 490, 492 f.
 - Zuwanderer 578
- Bildungsabschluss 67 ff.
- Bildungsausgaben, öffentliche 90 ff.
- Bildungschancen 87 ff., 490, 492
- Bildungserfolg 496
- Bildungsniveau 87 ff.
- Bildungssystem 62
- Binnenschifffahrt 367 f., 371 ff., 377 ff.
- Bodennutzung 272 f., 400 ff.
- Bruttoinlandsprodukt 235, 252 ff., 257 ff., 383
- Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt) 252 f., 260
- Bruttowertschöpfung 252 f., 256 f.
- Bücher 166
- Bundesagentur für Arbeit 213 f.
- Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 92 ff.
- Bundesländer 34 f., 50, 114, 168 f., 235 ff., 242 ff., 246 f., 319 f.
- Bundestag, Deutscher 169 ff.
- Bundestagswahlen 168 ff.
- Bundesverkehrswegeplan 368 f.

Chemische Industrie 293
 Chancengleichheit 620 ff.
 Chöre 167
 Computer (PC) 138 ff.

 Datenverarbeitung, Geräte 298
 Demokratie 649 ff.
 – Einstellung 649 ff.
 – Zufriedenheit 649 ff.
 Dienstleistungsbereich 102, 307 ff.,
 331 ff.
 Dienstleistungsstatistik 331 ff.
 Dienstleistungsunternehmen 256 ff.,
 331 ff.
 Duales System 68, 71

 Ehedauer 46, 536 f.
 Ehelösungen/Ehescheidungen 45 ff.,
 538 f.
 Ehepaare, binationale 44 f.
 Eheschließungen 45 ff.
 Ehrenamtliche Tätigkeit 560
 Eiererzeugung 284 f.
 Eigentumswohnungen 151 ff., 513
 Einfuhr 262 ff.
 Einfuhrpreise 267 f.
 Einkommen 623 ff.
 – Ausländer 579
 – aus unselbstständiger Arbeit 99 ff.,
 124 ff.
 – aus Unternehmertätigkeit und Ver-
 mögen 124 ff., 262
 – der privaten Haushalte 121 ff.
 – Dynamik 634, 637
 – verfügbares 122 ff.
 – von Arbeitslosen 99, 120
 Einkommensentwicklung 624 ff.
 Einkommenspositionen 629
 Einkommensteuer 238 ff.
 Einkommens- und Verbrauchs-
 stichproben 121, 134 ff.
 Einkommensungleichheit 626
 Einkommensverteilung 122 ff., 628
 Einnahmen
 – der öffentlichen Haushalte 238 ff.
 – der privaten Haushalte 121 ff.
 Einschulung 63 f.
 Einstellungen
 – Demokratie 649, 651
 – Familie 541
 – Heirat 541
 – Islam 589
 – Kinder 541
 – Umwelt 530
 – Verhaltensweisen 471
 Einwohner 33 ff.
 Einzelhandel 309 ff.
 Eisenbahnverkehr 365 f., 375 f., 377 ff.
 Elternzeit 216 f.
 Emissionen 383 f., 404 ff.
 Endenergieverbrauch 383
 Energieausgaben 129 ff.
 Energieeinfuhr 388 ff.
 Energiepreise 392
 Energieträger 388 ff.
 Energie- und Wasserversorgung 303 ff.
 Energieverbrauch 383 ff., 391 f.
 Energiewirtschaft 383
 Erdgas 383, 386 ff., 392 f.
 Erdöl 383, 386 ff., 392 f.
 Erneuerbare Energien 384
 Ernteerträge, -mengen 279 f.
 Erwerbsbeteiligung 99 ff.
 Erwerbslose 96 ff.
 Erwerbsorientierung 503, 506 f.,
 512
 Erwerbsquote 100 f.
 Erwerbsstatus 615
 Erwerbstätige 96 ff., 257
 Erwerbstätigkeit 96 ff., 503, 555 f.
 – Ausländer 579
 – Zeitverwendung 545
 – Zuwanderer 579
 Erziehungsgeld 206, 216 f.
 Europa
 – Lebensbedingungen 658 ff.
 – Wohlbefinden 658 ff.
 Europäische Union 111 ff., 234 f., 242,
 246, 263, 269, 326, 368 f., 383, 387,
 389, 430 ff.
 – Arbeitsmarkt 111 ff., 430, 436 ff.
 – außenwirtschaftliche Beziehungen
 430, 443 ff.
 – Bevölkerung 430, 436 f.
 – Bruttoinlandsprodukt 439 ff.
 – Erweiterung 430
 – Finanzierung 430, 434 ff.
 – Haushalt 434 ff.

- Konvergenz- bzw. Stabilitätskriterien 432 ff.
- Lebensverhältnisse 446 ff.
- Wirtschaftsentwicklung 430, 439 ff.
- Wirtschafts- und Währungsunion 430, 432
- Europäisches Parlament (Wahlen) 168, 175 f.
- Evangelische Kirche 186 f.
- Export 162 ff.
- Exportquote 294 f.

- Fachhochschulen 62
- Fachschulen 62
- Fahrzeugbestände 379 ff.
- Familien 40 ff., 534 ff., 564 ff., 577, 631 f.
 - Bedeutung 541
 - Einstellung zu 541
 - Zeitverwendung 547 ff.
- Familienarbeitskräfte 105 ff., 277
- Familienformen 534 ff.
- Familienleistungsausgleich 206 f., 214 ff.
- Familienstand 46
- Fernsehgeräte 298
- Fernsehen, -programm 164 ff.
- Fernwärme 390
- Finanzausgleich *s. Länderfinanzausgleich*
- Finanzen, öffentliche 234 ff.
- Fischerei 102, 256 ff., 261, 271 f.
- Flächennutzung, landwirtschaftliche 278
- Fleischerzeugung 284 f., 298
- Flugzeuge 373 f.
- Fonds »Deutsche Einheit« 234 f.
- Forstwirtschaft 285 f.
 - s. a. Land- und Forstwirtschaft*
- Frauen
 - Abgeordnete 172 ff.
 - akademische Laufbahn 80, 83
 - Arbeitslose 109, 117
 - Arbeitsmarktbeteiligung 504
 - Arbeitsmarktchancen 510
 - Bevölkerung 29
 - Bildungsniveau 88
 - Erwerbsquote 100 ff.
 - Erwerbstätigkeit 100 ff., 105 f., 224, 504, 506
- Gewerkschaftsmitglieder 179 f.
- Heiratsalter 538
- im öffentlichen Dienst 247 f.
- Krankheit 191
- Parteimitglieder 177 f.
- Rente 208 f.
- Schwangerschaftsabbrüche 198 ff.
- Sozialhilfeempfänger 219 ff.
- Stellung im Beruf 104 f.
- Straffälligkeit 231
- Studienabsichten 83
- Überschuss 36 ff.
- Verdienste 352 ff.
- Wahlbeteiligung 171 f.
- Freie Waldorfschulen 65
- Freiheitsstrafen 232 f.
- Freizeit 160 ff.
- Freizeitaktivitäten 546, 559

- Gas *s. Erdgas*
- Gastgewerbe 256 ff., 261, 314, 323 ff.
- Gaststudium 87
- Gebrauchsgüter 129 ff., 134 ff.
- Geburten 31 ff., 38 ff.
- Geburtenüberschuss, -defizit 31 ff., 38 ff., 61
- Geflügelproduktion 284 f.
- Gehälter 260 ff., 342 ff., 351 ff.
- Geldstrafen 232
- Gemeinden 235 ff., 244, 246 f.
- Gerichte 225 ff.
- Gesamtschulen 62
- Gesellschaftliche Mitwirkung 168 ff.
- Gesundheit 191 ff., 479 ff.
 - Ausgaben 201 ff., 210 f.
 - Beeinträchtigung 421 f.
 - Beurteilung 569
 - Eigen-, Selbstbeteiligung 485, 487
 - Krankenhausaufenthalt 191 f., 484 f.
 - Versorgung 662
 - Zufriedenheit mit 479 ff., 569
 - Zustand 568 ff.
- Gesundheitsberichterstattung des Bundes 191, 421
- Getränke 129 ff.
- Gewässerschutz 423
- Gewerbesteuer 239
- Gewerkschaften 179 ff.
- Gewerkschaftsbund, Deutscher 180

Gewinne *s. Kostenstruktur*
 Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften 43
 Gottesdienstbesucher 185 f.
 Gripeschutzimpfung 191
 Großhandel 309 ff.
 Großstädte 41 f.
 Grundschulen 62 ff.
 Güterverkehr 377 ff.
 Gymnasium 62, 65

 Handel 256 ff., 261, 308 ff., 352 f.
 Handwerk 305 ff.
 Handy 138 f.
 Hauptschulen 62, 65
 Hausarbeit 553
 Haushalte, öffentliche 234 ff.
 – Ausgaben 207, 235 ff.
 – Einnahmen 238 ff.
 – Personal 246 ff.
 – Schulden 244 ff.
 Haushalte, private 40 ff., 343 ff., 564 ff.
 – Ältere 565
 – Ausgaben 121 ff., 126 ff., 162, 206, 257 ff., 343 ff.
 – Ausstattung 134 ff., 595
 – Einkommen 121 ff., 623
 – Einnahmen und Ausgaben 121 ff.
 – Energiekosten, -verbrauch 391
 – Zusammensetzung 40 ff.
 (Haushalts-)Äquivalenzeinkommen 463, 565, 577, 623
 Haushaltsgeräte, elektrische 135
 Haushaltsgröße 41 ff.
 Haushaltstätigkeit 546
 Haushalts- und Familienaktivitäten 550 ff.
 Haushaltstypen 126 ff., 132 f., 358
 Heiratsalter 45 f., 536 ff.
 Heranwachsende 231
 Hochschulabsolventen 76 ff.
 Hochschulen 62, 75 ff.
 – Personal 82 f.
 Hörfunk/Rundfunk 164 ff.
 Homosexualität, Tolerierung von 471

 Import 262 ff.
 Industrie 292 ff.
 – Energieverbrauch 391

Informations- und Kommunikationstechnik 134, 138 ff.
 Insolvenzen 143 ff., 301 f.
 Integration *s. a. Ausländer*
 – politische 639, 642
 – soziale 576, 582
 Internetanschluss 138 ff.
 Investitionen 257, 298 f.
 – für Umweltschutz 423 f.
 Investitionsgüter produzierendes Gewerbe 292 ff.
 Islam 185

 Juden 185
 Jugendarbeitslosigkeit 115 f.
 Jugendhilfe 206, 222 ff.
 Jugendkriminalität/Jugendstrafen 232
 Junge Erwachsene
 – Bildung 555
 – Erwerbstätigkeit 555
 – Lebensbedingungen 555
 – Lebensformen 557 ff.
 Justiz 225 ff.

 Kapitalbilanz 268 ff.
 Katholische Kirche 185 ff.
 Kernenergie 384, 389 f.
 Kinder
 – Altersaufbau 36 ff.
 – Ausbildung 67 ff.
 – Ausländer 63, 67 f.
 – Einstellungen zu 541
 – Geburten 38 ff.
 – Haushaltsgröße 41 ff.
 – in unvollständigen Familien 42 ff.
 – Unfälle im Straßenverkehr 382
 Kindergärten 62 f., 65, 224
 Kindergeld 206, 214 ff.
 Kindertageseinrichtung 224
 Kino 164
 Kirche
 – evangelische 186 f.
 – katholische 185 ff.
 Klassenlage
 – soziale Herkunft 493, 609 ff.
 Klimakonferenz der UN 383, 423
 Kohle 383, 386 ff.
 Kollegs 65 f.
 Kombierter Verkehr 368

Kommunalwahlen 168
 Konfessionen 184 ff.
 Konkurse 301 f.
 Konsumausgaben 129 ff.
 Konsumentenkredite 596 ff.
 Körperschaftsteuer 238 ff.
 Kostenentwicklung im Gesundheitswesen 201 ff., 210 f.
 Kostenstruktur *s. a. Arbeitskosten*
 – Baugewerbe 302 f.
 – Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 299 f.
 – Energie- und Wasserversorgung 304
 – Gastgewerbe 323 ff.
 – Handel 310
 – Verarbeitendes Gewerbe 299 f.
 Kraftfahrzeuge, Bestand 370
 Kranke 191 ff.
 Krankenhäuser 484 f., 569
 Krankenhausaufenthalte 196 ff.
 Krankenhauspatienten 191 f.
 Krankenpflegepersonal 197 f.
 Krankenversicherung
 – gesetzliche 202, 204, 206, 210 f.
 – private 202, 204
 Krankheit 191 ff.
 – Eigenbeteiligung 487
 – Finanzielle Absicherung 485
 Kreditaufnahme
 – öffentliche Haushalte 244 ff.
 Kreditgewerbe, -institute 325 ff., 352 f.
 Kriminalität, -bedrohung 229 ff.
 Kultur/Kultureinrichtungen 160 ff.
 Kurzarbeit 110 f., 214

Länderfinanzausgleich 242 ff.
 Lärm 525, 528
 Landtagswahlen 168, 174 f.
 Land- und Forstwirtschaft 102, 256 ff., 261, 271 ff.
 – Beschäftigte 277
 – ökologischer Anbau 287 ff.
 – Rechtsformen 276
 Lastenausgleich 206
 Lastkraftwagen 370
 Lebendgeborene *s. Geburten*
 Lebensbedingungen 451 ff., 477, 479 ff., 555, 576 f., 606 ff.
 – Ältere 564 ff.
 – Ausländer 576
 – in Europa 658 ff.
 – junge Erwachsene 555
 – Zuwanderer 576
 Lebensbereiche(n)
 – Sorgen 561
 – Zufriedenheit mit 457 ff., 561, 573
 Lebenserwartung 39
 Lebensformen (-konzept) 40 ff., 534 ff., 557 ff.
 Lebenspartnerschaften 536
 Lebensstandard
 – ältere Personen 565
 – Ansprüche 473
 – Anteil am 473, 611
 – Zufriedenheit 577
 Lebensunterhalt 99
 Lebenszufriedenheit 460, 464, 543, 574, 666 *s. a. Zufriedenheit*
 Lehrkräfte 70 f.
 Lehrstellen 71 ff.
 Leistungsbilanz 268 ff.
 Löhne 260, 342 ff., 351 ff.
 Lohnsteuer 238 ff.
 Luftbelastung, -verschmutzung 421 f., 525, 528
 Luftschadstoffe 403 ff., 421 f.
 Luftverkehr 367 f., 373 f., 376 ff.

Mediennutzung 546 ff., 551
 Medizinische Versorgung 194 ff.
 Mieten 129 ff., 159 f., 519 ff.
 Mietbelastung 519 ff.
 Mietwohnungen 148 ff.
 Migranten, Bildung 494
 Mikrozensus 30, 40, 43, 121 ff., 191
 Milcherzeugung 284 f.
 Mineralölsteuer 239
 Mitbestimmung 182 f.
 Mitgliedschaften
 – Gewerkschaften 179 ff., 643
 – Interessengruppen 643
 – Parteien 177 f., 643
 – Vereine 167, 643
 Mithelfende Familienangehörige 105 ff., 124 ff.
 Mobilität
 – alltägliche 565, 568
 – Einkommenspositionen 634

- soziale 609, 614 ff.
- vertikal und horizontal 619
- Mobiltelefon 138 f.
- Museen 164
- Musizieren 167

- Nachhaltigkeit (sustainability) 394, 397 ff.
- Nahrungs- und Genussmittel 129 ff.
- Nationalparke 427 f.
- Naturschutz/Naturschutzgebiete 426 f.
- Nichteheliche Lebensgemeinschaften 42 ff.
- Nichterwerbstätige 124 ff., 507
- Niedrigeinkommen 630
- Notare/Notarinnen 228

- Öffentlicher Dienst 246 ff., 256 ff., 261
- Ökologie s. *Umwelt*
- Ökologischer Landbau
 - Arbeitskräfte 291
 - Betriebe 287 ff.
 - Flächennutzung 288 ff.
 - Viehbestände 290 f.
- Offene Stellen 107 ff.

- Parteien 170 ff., 642 ff.
- Parteimitgliedschaft 177 f., 642, 646
- Parteipräferenz 529
- Partnerschaft 565
- Pensionäre/Pensionen 98 f., 125 f., 206, 208 ff.
- Personal
 - Gesundheitswesen 197 f.
 - Hochschulen 82 f.
 - öffentlicher Dienst 246 ff.
- Personalnebenkosten 362 f.
- Personenkraftwagen 142 f., 298, 370, 376
- Personenverkehr 374 ff.
- Pflanzen, gefährdete 418 ff.
- Pflanzliche Produktion 278 ff.
- Pflegedienste 213
- Pflegeheime 213
- Pflegeversicherung 202, 204, 206, 210 ff.
- Politik
 - Beteiligung 641
 - Integration 639
 - Interesse 168 ff., 639
 - Partizipation 639
- Praxisgebühr 482 f.
- Preise/Preissteigerungen 342 ff.
- Preisentwicklung 342 ff.
- Preisindizes 342 ff.
- Primärenergie/Primärenergieverbrauch 383 ff., 389
- Privater Verbrauch/private Konsumausgabe 121 ff., 129 ff., 257 ff., 312
- Problemgruppen
 - des Arbeitsmarktes 115 ff.
- Produktivität 254
- Produzierendes Gewerbe 102 f., 256 ff., 261, 292 ff., 352 f., 355 ff., 442
- Prüfungen
 - Berufsausbildung 75
 - Hochschulen 81
- Realschulen 62, 65
- Rechtsanwälte/innen 228
- Rechtspflege/Rechtsprechung 225 ff.
- Rehabilitation (med.)/-Einrichtungen 196 f.
- Reiseverhalten der Deutschen 315 ff.
- Religion/religiöses Leben 184 ff.
- Religionsunterricht 589
- Renten, Rentner/innen 98 f., 125 f., 208 ff.
- Rentenversicherung, gesetzliche 202, 204, 206, 208 ff.
- Richter/innen 228
- Rohstoffe 383 ff., 386 ff.

- Saisonarbeitskräfte 277
- Saisonverläufe (Handel) 314
- Scheidungen 45 ff., 539 ff.
- Schichtzugehörigkeit 611 ff.
- Schichtung, soziale 603
 - Bildung 490
- Schienenfahrzeuge 371 f.
- Schienennetz/Schienenverkehr 365 f.
- Schiffbestand 371 ff.
- Schiffahrt 371 ff.
- Schlachtungen 264 f.
- Schulabschluss 67
- Schulden öffentlicher Haushalte 244 ff.
- Schulen 61 ff.
- Schüler/innen 61 ff.
- Schulpflicht 63
- Schul- und Berufsausbildung 61 ff., 71 ff.

Schutzgebietskategorien 427
 Schwangerschaftsabbrüche 198 ff.
 – Tolerierung 471
 Schwerbehinderte 200 f.
 – Arbeitslose 117
 Seeschifffahrt 377 ff.
 Selbstmordfälle 193
 Selbstständige 104 ff., 124 ff.
 Selbstbeteiligung 485
 Sicherheit, öffentliche 662
 Siedlungsabfälle 409 ff.
 Siedlungs- und Verkehrsfläche 394
 Singles *s. Alleinlebende*
 Sonderschule 62, 65 f.
 Sorgen 561 ff.
 Sozialbeiträge 260
 Sozialberichterstattung 451 ff.
 Sozialbudget 205 ff.
 Soziale Auf- und Abstiege 618 ff.
 Soziale Distanz 591
 Soziale Herkunft 495, 614 ff., 621
 Soziale Lagen 603 ff.
 Soziale Mobilität 614 ff., 620
 Soziale Sicherung 205 f., 235 ff., 662
 – Beurteilung 653
 – Einstellungen 653
 Soziale Ungleichheit 495
 – Bildung 495
 Sozialer Wohnungsbau 158
 Sozialhilfe 99, 206, 217 ff.
 Sozialhilfeempfänger 125 ff.
 Sozialleistungen 205 ff., 655
 Sozialleistungsquote 205
 Sozialstaat 649 ff.
 Sozialversicherung 205 ff., 235 ff.
 Sozio-ökonomisches Panel (SOEP)
 453
 Sparen privater Haushalte 595 ff.
 Sport,-veranstaltungen 167
 Sportgeräte 142 f.
 Staatsanwältinnen 228
 Staatsausgabenquote 235 f.
 Staatsschulden 244 ff.
 Staatsverbrauch 257 ff.
 Statistisches Amt der Europäischen
 Gemeinschaften (Eurostat) 430
 Statistisches Bundesamt 19 ff.
 Stellung im Beruf 104 ff., 124 ff.
 Sterbefälle, Sterblichkeit 32, 38 ff.
 Sterbehilfe, Tolerierung von 471
 Steuereinnahmen 238 ff.
 Steuerpflichtige 240 f.
 Steuerquote 239
 Stiftungen 187 ff.
 – privaten Rechts 188 f.
 – öffentlichen Rechts 189 f.
 Straffälligkeit/Straftaten 229 ff.
 Strafverfolgung 230 ff.
 Strafvollzug 233
 Straßenbahn 371 f.
 Straßennetz/Straßenverkehr 265 f.,
 374 ff.
 Straßenverkehrsunfälle 380 ff.
 Stromerzeugung 389 f.
 Studienabsichten 79 f.
 Studienanfänger 76 ff., 497
 – soziale Herkunft 498 f.
 Studienfächer 79 f.
 Studierende 76 ff.
 Tabaksteuer 239
 Tabakwaren (Konsum) 129 ff.
 Tarifpartner 178 ff.
 Taufen 185 f.
 Teilzeitarbeit/Teilzeitbeschäftigte 508
 – Gesundheitswesen 197 f.
 – Handel 310
 – öffentlicher Dienst 246
 Telefone, mobile 138 f.
 Teuerung/Teuerungsraten 346 f.
 Theater 163 f.
 Tiere, gefährdete 418 ff.
 Tierische Produktion 280 ff.
 Todesursachen 193 ff.
 Tourismus/Tourismusgewerbe 314 f.,
 317 f.
 Transferleistungen des Staates 121 ff.
 Trauungen, kirchliche 185 f.
 Treibhausgase 383 f., 394
 Übernachtungen (Gastgewerbe) 317 ff.
 Überschuldung 599 ff.
 Umsätze
 – Baugewerbe 302
 – Bergbau und Gewinnung von Steinen
 und Erden 294 ff.
 – Energie- und Wasserversorgung 303 f.
 – Gastgewerbe 323 ff.

- Handel 310 ff.
- Handwerk 305
- Verarbeitendes Gewerbe 294 ff.
- Umsatzsteuer 238 ff.
- Umwelt 364 f., 394 ff., 524 ff.
 - Einstellungen 530
 - Ökonomie 394 ff.
 - Sorgen 526 f.
 - Verhaltensweise 530
 - Wichtigkeit 531
 - Zufriedenheit 526 f.
- Umweltbeeinträchtigung 524 ff.
- Umweltbelastungen 394, 400 ff., 524 ff.
 - Abfall 408 ff.
 - Bodennutzung 400 ff.
 - Luftbelastungen 403 ff.
 - Verpackungen 410 ff.
- Umweltökonomische Gesamtrechnungen 394 ff.
- Umweltrecht, internationales 422 ff.
- Umweltressourcen 395 ff.
- Umweltschutz 422 ff.
- Umweltsteuern 424 ff.
- Umweltzustand 416 ff.
- Unfälle 380 ff.
- Unfallursachen (Straßenverkehr) 382
- Unfallverletzte, -getötete Personen 380 ff.
- Unfallversicherung 202, 206
- Ungleichheit 625 ff.
- Universitäten 62, 75 ff.
- UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 394, 423
- Unterhaltungselektronik 134, 137 f.
- Unterhaltungsgüter 162
- Unternehmen
 - Baugewerbe 302
 - Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 293
 - Energie- und Wasserversorgung 304 f.
 - Gastgewerbe 319
 - Handel 309 f.
 - Handwerk 305 f.
 - Kreditinstitute 326 f.
 - Verarbeitendes Gewerbe 293
 - Versicherungen 330 f.
- Unternehmensdienstleister 256 ff., 261
- Urlaub 161 f.
- Verarbeitendes Gewerbe 292 ff.
- Verbrauch, privater 121 ff., 129 ff.
- Verbraucherinsolvenzen 143 ff.
- Verbraucherpreise 343 ff.
- Verbraucherpreisindex 343 ff.
- Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe 292 ff.
- Verdienste 342 ff., 341 ff.
- Vereinsmitgliedschaft 167
- Verhaltensweisen
 - Tolerierung von 471
 - umweltbezogene 530
- Verkehr 364 ff.
 - Ausgaben des Bundes 367 f.
 - Infrastruktur 365 ff.
 - Leistungen 374 ff.
 - Unfälle 380 ff.
 - Wertschöpfung 256 ff.
- Vermögensbildung (Förderung) 206
- Verpackungen 410 ff.
- Verschuldung privater Haushalte 595 ff.
- Versicherungen 330 ff., 352 f.
- Vertriebene 30
- Verurteilte 230
- Verwendungsrechnung 257 ff.
- Videorecorder/Videokamera 137 f.
- Viehbestand 281 ff., 290 f.
- Volkseinkommen 252 f., 260 ff.
- Volkshochschulen 87
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 124 ff., 205, 234, 251 f., 257
- Volkszählung 30
- Vorleistungsgüter produzierendes Gewerbe 292 ff.
- Wachstumsraten 254 ff.
- Wahlberechtigte 169 f.
- Wahlbeteiligung 169 ff., 640
- Wahlen 168 ff.
- Wahlstatistik 170 ff.
- Waldfläche 285 f.
- Waldschäden 416 ff.
- Wanderungen (Migration) 52 ff.
 - Außenwanderung 54 ff.
 - Binnenwanderung 52 ff.
- Wassergefährdende Stoffe 415 f.
- Wassergewinnung 412 f.
- Wasserkraft 386 ff.
- Wasserstraßen 365 f.

Weiterbildung 85 ff.
 Wertorientierungen 468 ff.
 Wirtschaftsbereiche 102 ff., 255 f., 261
 Wirtschaftsordnung 250 ff.
 Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte 121 ff., 126 ff.
 Wohlbefinden, subjektives 451 ff., 457 ff., 543, 561 ff., 571 ff., 666 ff.
 Wohlfahrtssurvey 453, 455
 Wohnbedingungen 513 ff.
 Wohnen 146 ff.
 Wohngebäude
 – Beurteilung 515
 – Zustand 515
 Wohngeld 206, 519
 Wohnkosten 513 ff.
 Wohnraumversorgung 146 ff., 151 ff., 516 f.
 Wohnungen
 – Belegung 151 ff., 516
 – Bestand 146 ff.
 – Eigentum/Eigentümerquote 147 f., 513
 – Größe 148 f., 152 f.
 – Heizungsart 149 f.
 – Mieten 129 ff., 517
 Wohnungsbautätigkeit 156 ff.
 Wohnzufriedenheit 521 ff.
 s. a. *Zufriedenheit*
 Zahlungsbilanz 268 f.
 Zeitbudgeterhebungen 453, 545
 Zeitverwendung 545
 – Erwerbsarbeit 552
 – Kinder 552
 Zölle 239, 242
 Zufriedenheit in Lebensbereichen 460
 – Arbeit 458, 462 f., 662
 – Demokratie 650
 – Dienstleistungen 459
 – Einkommen 571, 608
 – Familie 543
 – Freizeit 458, 462 f.
 – Gesundheit 458, 462 f., 479 ff., 569, 571
 – Haushaltseinkommen 458, 462 f.
 – Kinderbetreuung 459, 462 f.
 – Lebensstandard 458, 462 f., 571, 608
 – mit dem Leben 608
 – soziale Sicherungen 459, 462 f., 571
 – Tätigkeit im Haushalt 459, 462 f.
 – Umweltzustand 459, 462 f., 526 ff.
 – Wohnen 521 ff.
 – Wohnung 459, 462 f.
 – Zeitverwendung 552
 Zufriedenheitsmessung 457
 Zukunftserwartungen 474 ff.
 Zusammenhalt, sozialer 664 ff.
 Zuwanderer 576 ff.

